

Beteiligungsbericht 2022 des Kreises Düren

Inhaltsverzeichnis

A. Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kreisen	5
B. Beteiligungsbericht 2022	7
C. Kurzüberblick: Änderungen in der wirtschaftlichen Betätigung im Jahr 2022	10
D. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Düren zum 31. Dezember 2022	11
1 Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)	16
2 Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	37
3 BRAINENERGY Park Jülich GmbH	53
4 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland A.ö.R.	68
5 Dürener Deponiegesellschaft mbH (DDG)	82
6 d-NRW AöR	94
7 Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH (EwiG)	105
8 Förderschulzweckverband im Kreis Düren (aus Eröffnungsbilanz 2015)	123
9 Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.	150
10 Krankenhaus Düren gGmbH	171
11 Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR	192
12 Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG)	203
13 Medizincampus Düren AöR	213
14 Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	223
15 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen	235
16 Technologiezentrum Jülich GmbH (TZJ)	248
17 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	258
18 Vogelsang ip gemeinnützige GmbH	269
19 ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	285
20 Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)	295
21 Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)	304
22 Zweckverband Region Aachen	319

E. Mittelbare Beteiligungen des Kreises Düren zum 31. Dezember 2022	338
1 AGKAMED Holding GmbH	342
2 ATC - Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH	344
3 beka GmbH	362
4 Dürener Bauverein AG	364
5 Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)	381
6 Duria e.G.	393
7 EWW Energie- und Wasserversorgung GmbH	395
8 Freizeitbad Kreuzau GmbH	428
9 Future Mobility Park	440
10 Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)	446
11 GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	458
12 HyDN GmbH	471
13 KHD Träger GmbH	479
14 MVZ Rur gGmbH	487
15 Notfallbildungszentrum Eifel-Rur gGmbH (NOBIZ)	497
16 REA GmbH & Co.KG WEA 1	508
17 REA WEA Birk GmbH & Co.KG	519
18 regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	529
19 RURENERGIE GmbH	544
20 Rurtalbahn GmbH	556
21 Rurtalbus GmbH	575
22 SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG	591
23 TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH	599
24 Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	605
25 VIAS GmbH	617
26 Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH	633
27 Windenergie Jülich GmbH & Co. KG	645
28 Windenergie Körrenzig GmbH	655
29 Windenergie Kreuzau GmbH & Co.Kg	666
30 Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	676
F. Konzernübersichten zum 31.12.2022	687

A. Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Betätigung von Kreisen

Die Aufgaben des Kreises Düren können sowohl durch die eigene Behörde als auch durch öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierte Unternehmen und Einrichtungen erfüllt werden. Die kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, die Errichtung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen, um die den Gebietskörperschaften zugewiesenen öffentlichen Aufgaben zu erfüllen.

Deshalb gestattet § 107 ff. Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Gründung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Gem. § 53 Abs. 1 Kreisordnung NRW (KrO NRW) ist dieser Teil der GO NRW ebenfalls auf Kreise anzuwenden. Deshalb gelten die folgenden Verweise auf die GO NRW immer i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW.

§ 107 Abs. 1 GO NRW regelt die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kreisen (Unternehmen). Demnach darf sich ein Kreis zur Erfüllung seiner Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Gemäß § 107 Absatz 3 GO NRW ist die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Kreisgebiets nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des § 107 Absatz 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind.

Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des § 107 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Nummer 2 GO NRW vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

Die Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung eines Kreises ist Gegenstand des § 107a GO NRW.

§ 107 Abs. 2 GO NRW stellt einen Katalog von Aufgaben auf, bei deren Wahrnehmung keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt (Einrichtungen). Neben Einrichtungen, zu denen der Kreis verpflichtet ist, gehören dazu:

- + öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind,
- + Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- + Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
- + Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

§ 108 GO NRW gibt die Voraussetzungen vor, nach denen ein Kreis Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen bzw. sich daran beteiligen darf. Eine der Voraussetzungen ist, dass eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung des Kreises auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Darüber hinaus kann der Kreis Unternehmen und Einrichtung gem. § 114a GO NRW als Anstalten öffentlichen Rechts errichten.

B. Beteiligungsbericht 2022

Gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW ist eine Gemeinde von der Pflicht, einen Gesamtabchluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei von drei im Gesetz genannten Merkmalen zutreffen. Diese Befreiungsregelung gilt erstmalig für den Gesamtabchluss zum Stichtag 31.12.2019.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Kreistag gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Kreistag des Kreises Düren hat am 12.12.2019 entschieden, grundsätzlich von § 116a Absatz 1 GO NRW Gebrauch zu machen, wenn die Voraussetzungen vorliegen. In seiner Sitzung am 19.09.2023 hat der Kreistag das Vorliegen der Voraussetzungen für den Gesamtabchluss 2022 festgestellt.

Sofern ein Kreis von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses Gebrauch macht, ist gemäß § 117 GO NRW ein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht 2022 informiert über die unmittelbaren und mittelbaren Unternehmensbeteiligungen des Kreises Düren. Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2022. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen den Stand zum 24.04.2024 aus.

a) Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche Beteiligungen des Kreises Düren. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabchluss angehören würden.

Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Düren durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen es, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Düren durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Düren insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist der Kreis Düren.

Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen dem Kreis Düren die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Düren unmittelbar von dem beteiligten Unternehmen alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

b) Rechtliche Grundlagen für den Beteiligungsbericht

Rechtsgrundlage des Beteiligungsberichtes ist § 117 GO NRW. Inhaltlich gilt für die Erstellung des Beteiligungsberichtes § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Kreistags in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

Der Beteiligungsbericht hat Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, so

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
5. die Ziele der Beteiligung und
6. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Gem. § 53 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) sind die Angaben in Form des vom für Kommunales zuständigen Landesministeriums vorgegebenen Musters zu machen.

Bei dem verbindlichen Muster handelt es sich um eine Mindestvorgabe; der Kreis Düren geht an folgenden Stellen über den geforderten Inhalt des Musterentwurfs hinaus:

- Darstellung der Gesellschafter-, bzw. Trägerstruktur in den Steckbriefen der Beteiligungen,
- Aufnahme des Vorvorjahres in der Auswertung der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen, bzw. der Ergebnisrechnungen,
- Abdruck des vollständigen Lageberichts in den Steckbriefen der unmittelbaren Beteiligungen statt Darstellung ausgewählter Aspekte,
- namentliche Nennung der Vertreter des Kreises Düren in den Aufsichtsorganen der Beteiligungen,
- Ergänzung des Kennzahlensets um die bereits in den bisherigen Beteiligungsberichten enthaltenen graphischen Auswertungen und
- verkürzte steckbriefliche Darstellung der mittelbaren Beteiligungen bis auf Ebene der unmittelbaren Töchter der in den Gesamtabchluss einzubeziehenden Beteiligungen (der Musterentwurf sieht lediglich eine Auflistung der mittelbaren Beteiligungen und ihrer Einbeziehung in den Konzern Kreis Düren vor).

c) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Jedes Handeln der öffentlichen Hand, darunter das der Kommunen, muss sich an einem öffentlichen Zweck legitimieren, da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist.

Normiert ist dieser Grundsatz unter anderem in § 107 GO NRW. Daher ist es nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben.

Eine öffentliche Verwaltung finanziert sich grundsätzlich aus öffentlichen Abgaben und nicht durch die Teilnahme am Wettbewerb. Eine zulässige kommunalwirtschaftliche Betätigung kann daher stets nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Was ein solcher öffentlicher Zweck sein kann, ist so vielfältig wie der örtliche kommunale Zuständigkeitsbereich, den das Grundgesetz als „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ (Artikel 28 Absatz 2 GG) und die Verfassung Nordrhein-Westfalen mit der Formulierung „die alleinigen Träger öffentlicher Verwaltung“ (Artikel 78 Absatz 2 Verf NRW) umreißt.

Für die inhaltliche Bestimmung des unbestimmten Rechtsbegriffs „öffentlicher Zweck“ ist zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich.

C. Kurzüberblick: Änderungen in der wirtschaftlichen Betätigung im Jahr 2022

Nach dem Gesamtabchlussstichtag 31.12.2021 hat sich der Konzern fortentwickelt. Insbesondere die Struktur der Beteiligungen hat sich wie folgt dargestellt verändert:

HyDN GmbH

Eintragung der HyDN GmbH beim Amtsgericht am 17.01.2022

Erhöhung der Beteiligung an der HyDN GmbH auf 37,5% am 26.07.2022.

D. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Düren zum 31. Dezember 2022

Der Kreis Düren war 2022 unmittelbar an 22 Unternehmen und mittelbar an 30 Unternehmen beteiligt. Im Zusammenhang mit diesem Beteiligungsbericht beschränkt sich der Kreis Düren hinsichtlich der mittelbaren Beteiligungen auf die Darstellung bis auf Ebene der unmittelbaren Töchter der in den Gesamtabchluss einzubeziehenden Beteiligungen. Eine darüber hinausgehende Darstellung ist der Konzernübersicht zum 31.12.2022 zu entnehmen.

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz des Kreises Düren unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Düren mehr als 50,0 % der Anteile hält und/oder einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann,
- als „Beteiligungen“

ausgewiesen:

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unternehmen	Stimmanteile [%] ↓
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	100,00%
Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	100,00%
Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR	100,00%
Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG)	94,00%

Beteiligungen

Unternehmen	Stimmanteile [%] ↓
Krankenhaus Düren gGmbH	50,00%
Medizincampus Düren AöR	50,00%
Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH (EwiG)	37,00%
Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)	33,00%
Dürener Deponiegesellschaft mbH (DDG)	25,10%
Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen	25,00%
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)	25,00%

Unternehmen	Stimmanteile [%] ↓
Zweckverband Region Aachen	20,00%
Technologiezentrum Jülich GmbH (TZJ)	10,00%
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)	8,54%
ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	8,00%
Förderschulzweckverband im Kreis Düren	6,25%
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland A.ö.R.	5,83%
Vogelsang ip gemeinnützige GmbH	2,86%
BRAINERGY Park Jülich GmbH	1,00%
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	0,42%
Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.	1 Stimme
d-NRW AöR	< 0,1%

Nachfolgend werden die unmittelbaren Beteiligungen des Kreises Düren in alphabetischer Reihenfolge dargestellt. Im Anschluss daran werden die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit dem Kreis Düren im Wege einer Matrix abgebildet. Hieran schließen sich Erläuterungen zu den einzelnen, unmittelbaren Unternehmensbeteiligungen mit einer jeweiligen Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und zur Entwicklung des Eigenkapitals an.

In der Darstellung der unmittelbaren Beteiligungen werden u.a. auch folgende Kennzahlen verwendet:

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100\%$$

Die Kennzahl "Eigenkapitalquote" misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz. Die Eigenkapitalquote kann ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100\%$$

Die Kennzahl Eigenkapitalrentabilität wird auch als Unternehmerrentabilität oder Eigenkapitalrendite bezeichnet. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis von Gewinn (Jahresüberschuss) zum Eigenkapital. Diese Kennzahl bringt die Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals zum Ausdruck.

$$\text{Anlagendeckungsgrad 2} = \frac{\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100\%$$

Die Kennzahl "Anlagendeckungsgrad 2" gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten, die Eigenkapitalanteile aufweisen, und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

$$\text{Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} \times 100\%$$

Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur.

Im Runderlass des damals zuständigen Innenministeriums NRW vom 01.10.2008 "Kommunales Haushaltsrecht NKF – Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen (NKF-Kennzahlen)" wird das Fremdkapital im Zusammenhang mit dem Verschuldungsgrad definiert als Summe der Bilanzpositionen Sonderposten für den Gebührenaussgleich, Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Die Beteiligungen des Kreises Düren erheben keine eigenen Gebühren, so dass sich das Fremdkapital hier auf die Rückstellungen und Verbindlichkeiten beschränkt.

$$\text{Umsatzrentabilität} = \frac{\text{ordentliches Betriebsergebnis}}{\text{Umsatz}} \times 100\%$$

Die Umsatzrentabilität, auch Umsatzrendite genannt, stellt den auf den Umsatz bezogenen Gewinnanteil dar. Um diese Kennzahl nicht durch nicht dem eigentlichen Betriebszweck dienende Einflüsse zu verfälschen, wird das ordentliche Betriebsergebnis und nicht der Gewinn herangezogen. Das ordentliche Betriebsergebnis enthält keine Zinserträge und -aufwendungen, keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen und auch keine Steuern.

Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Düren mit der Angabe der Beteiligungsverhältnisse und der Jahresergebnisse

Unternehmen ↓	Nennkapital [T€]	Anteil am Nennka- pital		Jahresregbnis [T€]
		[T€]	[%]	
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)	3.253,0	277,8	8,54%	-702,7
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	2.160,4	2.160,4	100,00%	8.538,8
BRAINENERGY Park Jülich GmbH	25,0	0,3	1,00%	-926,4
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland A.ö.R.	300,0	17,5	5,83%	897,5
Dürener Deponiegesellschaft mbH (DDG)	1.000,0	251,0	25,10%	446,0
d-NRW AöR	1.368,0	1,0	< 0,1%	0,0
Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH (EwiG)	25,0	9,3	37,00%	-316,3
Förderschulzweckverband im Kreis Düren (aus Eröffnungsbilanz 2015)	15.860,8	991,3	6,25%	liegt noch nicht vor
Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.	761,8	2,1	0,47%	845,2
Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR	25,0	25,0	100,00%	0,0
Krankenhaus Düren gGmbH	1.100,0	550,0	50,00%	-7.272,4
Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG)	1.540,0	1.447,6	94,00%	8,1
Meidizincampus Düren AöR	50,0	25,0	50,00%	-54,6
Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	326,9	326,9	100,00%	1.626,3
Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen	0,0	0,0	25,00%	117,5
Technologiezentrum Jülich GmbH (TZJ)	153,4	15,3	10,00%	135,0
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	127,8	0,4	0,42%	-255,9
Vogelsang ip gemeinnützige GmbH	100,0	2,9	2,86%	221,5
ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	25,0	2,0	8,00%	6,0
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)	0,0	0,0	25,00%	0,0
Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)	34,0	8,5	25,00%	-3,9
Zweckverband Region Aachen	0,0	0,0	20,00%	70,5

Übersicht über die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Kreises Düren mit den unmittelbaren Beteiligungen und der unmittelbaren Beteiligungen untereinander

In der folgenden Matrix sind ausschließlich diejenigen unmittelbaren Beteiligungen dargestellt, die wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen zum Kreis oder anderen unmittelbaren Beteiligungen hatten.

Als wesentliche Finanzbeziehungen betrachtet der Kreis Düren Einzelsachverhalte, die der Höhe nach erheblichen Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW entsprächen.

Gem. den Haushaltssatzungen für das Jahr 2022 gelten über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen als erheblich i.S. des § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 100.000 EUR übersteigen.

Demnach sind in der folgenden Matrix diejenigen Finanz- und Leistungsbeziehungen aufaddiert, die den Betrag von 100.000 EUR übersteigen.

2022		Zahlungsempfänger											
wesentliche Finanzbeziehungen [T€]		Kreis Düren	BTG	CVUA	DGA	GIS	Kita AöR	KHD	VVG	RDKD	SFKVAC	AVV	ZRAC
Zahlungsleistender	Kreis Düren		3.137	580				2.716	2.244	25.802	150	198	325
	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	592											
	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland A.ö.R.												
	Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung (DGA)												
	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)												
	Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR	728	271		782	3.312							
	Krankenhaus Düren gGmbH (KHD)												
	Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG)	1.023				297							
	Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	526				141							
	Studieninstitut f. komm. Verwaltung AC (SFKVAC)												
	Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)	247											
	Zweckverband Region Aachen (ZRAC)												

1 **Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)**



Pauwelsstraße 17
52074 Aachen
Telefon: 0241/963-0
Telefax: 0241/963-1005
E-Mail: info@agit.de
Homepage: www.agit.de

a) **Gegenstand der Gesellschaft**

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

b) **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen**

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) **Gesellschafterstruktur**

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	277,867	8,54
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	380,925	12,95
Handwerkskammer Aachen	138,934	4,27
Stadt Aachen	971,450	29,86
StädteRegion Aachen	552,378	16,98
Kreis Euskirchen	138,934	4,27
Sparkasse Aachen	467,815	14,38
Sparkasse Düren	67,296	2,07
Kreissparkasse Euskirchen	36,00	1,11

Fachhochschule Aachen	3,075	0,09
Stammkapital	3,253	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Den Zuschuss zur Verlustabdeckung teilen sich die Gesellschafter Stadt Aachen, StädteRegion Aachen, Kreis Düren, Kreis Euskirchen, Kreis Heinsberg im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander. Damit betrug der Zuschuss des Kreises Düren 60 T€ (2022).

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	14,00 €	14,00 €	14,00 €	0,00 €	0,00%
II. Sachanlagen	12.522.760,76 €	12.193.489,26 €	11.961.493,16 €	-231.996,10 €	-1,90%
III. Finanzanlagen	32.289,48 €	32.289,48 €	32.289,48 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	342.279,67 €	192.130,34 €	267.678,38 €	75.548,04 €	39,32%
II. Kassenbestand	14.103.980,34 €	13.331.094,04 €	12.581.619,39 €	-749.474,65 €	-5,62%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	27.001.324,25 €	25.749.017,12 €	24.843.094,41 €	-905.922,71 €	-3,52%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	3.074.991,00 €	3.074.991,00 €	3.074.991,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Bilanzgewinn	20.607.707,44 €	19.837.730,91 €	19.134.992,75 €	-702.738,16 €	-3,54%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	19,00 €	19,00 €	19,00 €	0,00 €	0,00%
C. Rückstellungen	479.853,70 €	289.780,50 €	82.600,00 €	-207.180,50 €	-71,50%
D. Verbindlichkeiten	292.866,54 €	165.888,98 €	297.602,47 €	131.713,49 €	79,40%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	58.296,57 €	11.594,73 €	8.130,19 €	-3.464,54 €	-29,88%
F. Passive Latente Steuern	2.487.590,00 €	2.369.012,00 €	2.244.759,00 €	-124.253,00 €	-5,24%
Summe Passiva	27.001.324,25 €	25.749.017,12 €	24.843.094,41 €	-905.922,71 €	-3,52%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.416.976,93 €	1.814.025,20 €	1.996.986,77 €	182.961,57 €	10,09%
2. sonstige betriebliche Erträge	910.307,73 €	577.562,54 €	547.500,42 €	-30.062,12 €	-5,20%
3. Materialaufwand	622.718,47 €	730.314,52 €	988.863,63 €	258.549,11 €	35,40%
4. Personalaufwand	1.676.062,45 €	1.554.241,07 €	1.619.418,97 €	65.177,90 €	4,19%
5. Abschreibungen	342.852,89 €	372.853,04 €	371.933,57 €	-919,47 €	-0,25%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	504.664,27 €	583.676,40 €	354.821,99 €	-228.854,41 €	-39,21%
Betriebsergebnis	-819.013,42 €	-849.497,29 €	-790.550,97 €	58.946,32 €	-6,94%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	1.166,67 €	1.166,67 €	
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	60.914,83 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	-60.914,83 €	0,00 €	1.166,67 €	1.166,67 €	
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-879.928,25 €	-849.497,29 €	-789.384,30 €	60.112,99 €	-7,08%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	352.673,00 €	-118.334,26 €	-123.945,29 €	-5.611,03 €	4,74%
11. sonstige Steuern	35.144,21 €	38.813,50 €	37.299,15 €	-1.514,35 €	-3,90%
Jahresergebnis	-1.267.745,46 €	-769.976,53 €	-702.738,16 €	67.238,37 €	-8,73%
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	21.697.443,90 €	20.607.707,44 €	19.837.730,91 €	-769.976,53 €	-3,74%
Kapitalanpassung Gewinnrücklagen	178.009,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Bilanzgewinn	20.607.707,44 €	19.837.730,91 €	19.134.992,75 €	-702.738,16 €	-3,54%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens – Geschäftsmodell

Als regionale und technologieorientierte Wirtschaftsförderung unterstützt die AGIT mbH (im folgenden AGIT) seit nunmehr 40 Jahren Unternehmen unentgeltlich bei Gründung, Wachstum sowie Innovation, mit wertvollen Netzwerkkontakten, Standortinformationen und bei Ansiedlung durch Investitionsberatung. Dabei ist die zukünftige Sicherung der TechnologieRegion Aachen, als florierenden Wirtschaftsstandort mit diversifizierter, innovativer und wachsender Unternehmenslandschaft, Grundlage und konkreter Auftrag der AGIT. Wesentliche Ziele der verschiedenen Aktivitäten sind in diesem Kontext u.a. die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen und dabei erste Ansprechpartnerin für Unternehmen, Beschäftigte, Investor:innen, Gründungsinteressierte sowie Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Verbände, Kammern und euregionale Partner:innen zu sein. Das Team der AGIT ist für und innerhalb der Stadt und Städte-Region Aachen, den Kreisen Düren und Euskirchen tätig, betreibt derzeit ein Technologie-/Innovationszentrum auf dem RWTH Aachen Campus und führt Wirtschaftsförderungsprojekte und -aufträge in der gesamten Region Aachen sowie in der Euregio Maas-Rhein durch.

Entlang dieses Aufgabenprofils ist die Organisation in zwei wesentliche Geschäftsbereiche unterteilt:

- Der Bereich „Technologiezentrummanagement“ verantwortet derzeit das Zentrum für Bio-Medizintechnik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH Aachen in Melaten und vernetzt u.a. die Mieter:innen mit dem Ökosystem der Hochschulen. Zusätzlich ist der Bereich für den geplanten Neubau auf dem Campus der RWTH verantwortlich.
- Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst u.a. die Beratung von Existenzgründer:innen und Unternehmen (Start- & Scale-up), die Ansiedlungswerbung für die Region sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten bzw. Wirtschaftsförderungsaufträgen für Hochschulen und Kommunen in der TechnologieRegion Aachen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Weniger Wachstum, mehr Inflation, wiederkehrende Zinserhöhungen und heterogene Phänomene derzeitiger Polykrisen: Von der unfassbaren menschlichen Tragödie in der Ukraine abgesehen, spüren wir die Auswirkungen des Kriegs auch in unserem Land. Ein steigendes Preisniveau, insbesondere durch hohe Energiekosten trifft auch die hiesigen Unternehmen. Ein sich verschärfender Fachkräftemangel begegnet einer alternden Gesellschaft, die immer noch nachwirkende Covid-19 Pandemie hat u.a. zu unterbrochenen Liefer- und Wertschöpfungsketten geführt, eine überbordende Bürokratie führt zu diversen Verzögerungen, die Abhängigkeit von Drittstaaten bzw. vom Export gefährden zusätzlich das deutsche Geschäftsmodell und haben das Potenzial, den notwendigen Strukturwandel und der damit verbundenen Defossilisierung unserer Wirtschaft, zu einer echten Strukturkrise zu machen. Die in den letzten Monaten erfolgten Zinserhöhungen am Kapitalmarkt, wirken sich ebenfalls nachhaltig auf die heimische Wirtschaft und die Investitionsbereitschaft aus. So soll die Nachfrage nach Unternehmenskrediten im Jahr 2023 voraussichtlich sinken, während im Jahr 2022 noch ein Wachstum von 7,3 % verzeichnet werden konnte. Zwischenzeitlich sind auch die Banken selbst von sich ändernden Rahmenbedingungen betroffen, wenngleich die Wirtschaftsweisen entschieden darauf hinweisen, dass es zu keiner neuen Finanzkrise kommen wird. Anders als in der globalen Finanzkrise, so die Experten weiter, basieren die Schwierigkeiten einzelner Banken derzeit nicht auf weitgehend wertlosen Finanzprodukten. Weiter ansteigende Zinsen könnten jedoch viele Eigner von Gewerbeimmobilien in Schwierigkeiten bringen. Können diese Investor:innen ihre Kredite nicht bedienen, haben die Banken ein weiteres Problem.

So sahen und sehen sich alle Markteilnehmenden mit großen Unsicherheiten konfrontiert. Dennoch sind die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt stabiler als erwartet. Das Inflationstempo verliert an Dynamik, wird aber aus Sicht der Expert:innen voraussichtlich bis Mitte des Jahrzehnts eine der großen volkswirtschaftlichen Herausforderungen bleiben. So ist die Inflationsrate im März 2023 von 8,7 % im Vormonat, auf 7,4 % gesunken. Das lag vor allem an niedrigeren Benzin- und Heizölpreisen. Allerdings spielt hier auch der Basiseffekt eine Rolle: Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine in 2022 stiegen die Energiepreise massiv und nun werden sie erstmals mit den erhöhten Preisen verglichen. Die Kerninflation, bei der die stark schwankenden Energie- und Nahrungsmittelpreise herausge-

rechnet sind, ist dagegen im vergangenen Monat weiter gestiegen. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird also zentral von der Teuerung der kommenden Monate bzw. Jahre abhängen.

Kürzlich hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Konjunkturprognose für das Wirtschaftsjahr 2023 / 2024 bestätigt. Das Beratergremium der Bundesregierung erwartet folglich, dass die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr in etwa auf der Höhe des Vorjahres verharren (-0,1%) wird. Während die Wirtschaft in den verbrauchernahen Branchen unter der hohen Inflation leidet und schrumpft, wird die Industriekonjunktur voraussichtlich das Wachstum stützen. Im kommenden Jahr 2024 dürfte die Wirtschaft dann laut Sachverständigenrat kräftiger zulegen, um 1,7 Prozent. Die große Spanne in den verschiedenen Vorhersagen der diversen Wirtschaftsinstitute (ifo, OECD, KfW, IW etc.) macht jedoch deutlich, wie schwierig der Blick in die Zukunft zurzeit ist. Noch nie mussten die Prognosen so häufig angepasst werden wie zuletzt. Dieses hohe Maß an Unsicherheit wird uns auch über das Jahr 2023 begleiten und Prognoserisiken sind deutlich größer als üblich.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass sich die Weltwirtschaft deutlich verdunkelt hat und die Kombination aus diversen Krisen bzw. sog. Stapelkrisen, sich verschärfende globale (Handels-) Konflikte bzw. geopolitischer Unsicherheiten und deren unklarer Verlauf bzw. Ausgang, verstärkend auf eine sich abzeichnende langfristige negative Entwicklung des Weltwirtschaftsklimas hindeuten.

II.2) Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Hintergrund zum Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2022 ist das dritte Jahr der (finanziellen) Übergangsjahre (2020 – 2025) zur Neupositionierung der AGIT. Die Gesellschafterzuschüsse, welche zur Grundfinanzierung des Bereichs Wirtschaftsförderung dienen, wurden mit Wirkung des Jahres 2019 halbiert. Für das Wirtschaftsjahr 2022 ergibt sich damit eine Grundfinanzierung durch allgemeine Gesellschafterzuschüsse i. H. v. ca. 14,6 % (Gesamtaufwand inkl. AfA vs. Zuschüsse – ohne AfA 16,4 %). Der Verkauf des TZA im Jahr 2019 bedeutet für die AGIT darüber hinaus eine Reduzierung der vermietbaren Fläche um ca. 75 %, während die Mieteinnahmen aus dem Bereich Technologiezentrumsmanagement (allein durch das TZA) in den Jahren vor dem Verkauf regelmäßig Überschüsse (2016 - 2018: insg. 879 TEUR) generiert hatten.

An dieser Stelle ist ebenfalls zu erwähnen, dass die AGIT ohne langfristige Verbindlichkeiten bzw. Fremdkapital gegenüber aktuellen und ehemaligen Gesellschafter:innen bzw. Kreditinstituten agiert sowie seit 2020 keine Verlustausgleiche zum Betrieb des Technologiezentrumsmanagement (Geschäftsbereich I) mehr erhält. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren diverse „Altvorgänge“ bereinigt, so dass die Gesellschaft auf einer soliden Basis aufbauen kann. Die o.g. Reduzierungen (Mietfläche und Gesellschafterzuschüsse) wirken sich jedoch spürbar auf die vergangenen, auf das aktuelle und auch auf die kommenden Gesamtergebnisse der AGIT aus und müssen mit Ablauf der Übergangsjahre final mit den Gesellschafter:innen geklärt werden.

Wirtschaftsjahr 2022 – Allgemein

Das Jahr 2022 war finanziell insbesondere davon geprägt, dass es seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zu zahlreichen und teils unerwarteten Folgewirkungen kam, welche sich zusätzlich an die noch nicht abgeschlossene Covid-19 Krise anschließen und u.a. zu drastisch gestiegenen Energiepreisen, Lieferengpässen sowie einem wachsenden Preisniveau führten. Diese Polykrisen erforderten neue Herangehensweisen, welche auch unterjährig immer angepasst werden mussten, denn der Einfluss der

einzelnen Risiken auf die AGIT und die hiesige Wirtschaft (Mieter:innen & Beratungskund:innen) unterlagen einem ständigen Wandel. Reaktionsgeschwindigkeit, Anpassungsfähigkeit und Kostendisziplin sind per se wichtig, aber im Wirtschaftsjahr 2022 waren diese Eigenschaften entscheidende Faktoren. Die EZB bekämpfte in 2022 und auch anhaltend in 2023 die Inflation mit verschiedenen Zinsschritten und hatte zuletzt im März 2023 eine weitere Erhöhung des Leitzinses vorgenommen, welcher nunmehr bei 3,5 % liegt. Diese Entscheidungen hatten für die AGIT gleichzeitig zur Folge, dass das sog. Verwahrentgelt nur noch bis zum 26.07.2022 zu entrichten war (37 TEUR für 2022). Ende 2022 wurde der Großteil der vorhandenen Liquidität auf ein Tagesgeldkonto der Sparkasse Aachen transferiert, welches seit diesem Zeitpunkt Zinserträge generiert. Da die Einlagezinsen jedoch langsamer steigen als die Inflation, sind diese bei realer statt nominaler Betrachtung weiterhin negativ und die vorgehaltene Liquidität ist auf Dauer ein Verlustgeschäft.

Gewinn- und Verlustrechnung 2022 – Allgemein

Der Jahresfehlbetrag in der GuV-Rechnung zum 31.12.2022 liegt bei 703 TEUR. Das v. g. Defizit kann durch Ausgleich bzw. Verrechnung des vorhandenen Bilanzgewinn (Stand Jahresabschluss zum 31.12.2021: 19.838 TEUR) gedeckt werden.

Erneut kam es zu Minderausgaben i. H. v. 140 TEUR bei den Personalkosten, welche durch Langzeiterkrankungen und eine Stellenvakanz zu erklären sind und somit Sondereffekte darstellen. Mit Ablauf des Wirtschaftsjahres konnte eine Einigung mit den langzeiterkrankten Kolleg:innen gefunden werden, so dass für die Jahre 2023 ff. eine angepasste Situation erfolgt und Stellenvakanzen teilweise bereinigt werden. Die im Jahr 2022 vakante Stelle der Assistenz, konnte zum Jahreswechsel 2022 / 2023 besetzt werden ist seit dem 01.01.2023 aktiv.

Konsequente Kostendisziplin und Verschiebungen im Projektgeschäft haben für den Bereich der Sachkosten zu Minderausgaben i. H. v. 212 TEUR, im Vergleich zum genehmigten Wirtschaftsplan, geführt. Anders als im Vorjahr sind die sonstige betriebliche Aufwendungen i. H. v. 355 TEUR um 229 TEUR im Vergleich zum Jahr 2021 gesunken, während der Materialaufwand i.H.v. 989 TEUR um 259 TEUR im selben Vergleichszeitraum gestiegen ist. Kumuliert sind die beiden Aufwandspositionen um 30 TEUR im Vergleichszeitraum 2021 – 2022 gestiegen.

Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden wie geplant Gewerbesteuerrückstellungen i. H. v. 167 TEUR aufgelöst, sonstige Rückstellungen liegen zum Endsaldo bei 83 TEUR, wovon mit 32 TEUR, der Großteil der Rückstellungen Urlaubsrückstellungen der Mitarbeitenden betrifft.

Das o.g. Defizit in der GuV-Rechnung wird daher insgesamt 374 TEUR geringer ausfallen als im Wirtschaftsplan 2022 vorgesehen bzw. kalkuliert (genehmigter Wirtschaftsplan 2022: - 1.077 TEUR / Prognose III. Q. 2022 lag bei - 927 TEUR) und kann durch Ausgleich bzw. Verrechnung des vorhandenen Gewinnvortrags (19.838 TEUR) gedeckt werden. Das o.g. GuV-Ergebnis 2022 beinhaltet jedoch ebenfalls nicht ausgabewirksame Aufwendungen in Form von Abschreibungen i.H.v. 372 TEUR und nicht einnahmewirksame Erlöse aus der Auflösung latenter Steuern i.H.v. 124 TEUR.

Das Jahr 2022 wird demnach mit einer Verringerung der liquiden Mittel (auf 12.582 TEUR), erneut erhöhten Umsatzerlösen, einer anhaltend guten Lage im Bereich des Projekt- bzw. Auftragsgeschäfts und einer guten Vermietungsquote im ZBMT abschließen.

Dies vorweggeschickt, wird im Folgenden auf die wesentlichen budgetrelevanten Sachverhalte der Geschäftsbereiche eingegangen, die konkret inhaltlichen Aktivitäten können dem offiziellen AGIT-Jahresrückblick 2022 entnommen werden, welcher auf der AGIT-Homepage abrufbar ist (<https://www.agit.de/agit/aktuelles/details/agit-jahresrueckblick-2020>).

Geschäftsbereich I: Technologiezentrumsmanagement

Die Mieteinnahmen im ZBMT waren im Geschäftsjahr auf einem hohen Niveau, wenngleich anders als im Vorjahr Mietausfälle i. H. v. ca. 25 TEUR als Forderungsverlust zu verzeichnen sind. Darüber hinaus waren auch in 2022 weiterhin Maßnahmen aus dem Verkauf des TZA notwendig (Verpflichtungen im Kaufvertrag), welche jedoch final zum Abschluss gebracht werden konnten und zukünftige Wirtschaftsjahre nicht mehr belasten werden. Trotz dieser Vorzeichen konnte der Bereich TZ Management das Jahr 2022 ohne Verluste abschließen.

Das Gebäude war im Jahr 2022 Standort für insgesamt 13 Unternehmen bzw. Start-ups mit verschiedenen Mietzinsen. Aufgrund aktueller allgemeiner Krisen (Krieg, Ressourcenverknappung, Lieferengpässe etc.) sowie individueller Herausforderungen, war u.a. ein langjähriges Mieterunternehmen in Schieflage geraten. Das Unternehmen war aufgrund eines Insolvenzeröffnungsverfahrens nicht mehr in der Lage, den vereinbarten Mietzins zu zahlen. Um dem Mieter die Möglichkeit zu gewähren, einen geeigneten Investor zu finden, der das Unternehmen fortführt und somit den Betrieb und die Arbeitsplätze des Mieters sichert, hat die AGIT dem Mieter eine Reduktion des vereinbarten Mietpreises (netto kalt) um einmalig 50 % für eine Laufzeit von vier Monaten gewährt. Da nach Ablauf der Frist keine Mietzahlungen eingingen und kein Investor gefunden wurde, hatte die Geschäftsführung dem Unternehmen fristlos kündigen müssen. Ein Nachmieter war bereits 2022 gefunden, jedoch konnte ein Einzug nicht unmittelbar erfolgen, da zunächst die Räumung der Flächen durchgeführt werden musste, das gekündigte Mieterunternehmen hatte ausnahmslos alle Anlagen und Einrichtungsgegenstände in der Mieteinheit zurückgelassen. Hierdurch ergaben sich Mietausfall- sowie zusätzlich Räumungskosten für die AGIT.

Des Weiteren kam es zu verschiedenen Aus- bzw. Einzügen im ZBMT. Insgesamt haben sich im Jahr 2022 drei Unternehmen entschlossen, Anschlussmietverträge mit unterschiedlichen Laufzeiten zu unterzeichnen. Die Nachfrage nach Büro-, vor allem aber Laborflächen, ist unverändert hoch. Dies gilt gleichermaßen für neue, wie auch bereits ansässige Unternehmen.

Im Jahr 2022 wurden verschiedene Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen notwendig, insbesondere um einen reibungslosen Betrieb der Labore zu gewährleisten. Neben turnusmäßigen kleineren Wartungen der Heizungsanlage, Druckluft usw. stand im Jahr 2022 die Prüfung der ortsfesten elektrischen Anlagen an (alle sechs Jahre). Die Prüfung hat einige wesentliche Mängel hervorgebracht, so dass u.a. zahlreiche Brandschotts erneuert werden mussten.

Der mit der AGIT abgeschlossene Öko-Stromvertrag endet fristgerecht zum 31.12.2022, so dass dieser zur Preissicherung für das Jahr 2023 erneuert werden musste. Aus diesem Grund wurde im Sommer 2022 ein neuer Vertrag für den Zeitraum ab 01.01.2023, unter den zu diesem Zeitpunkt gebotenen Besonderheiten, ausgehandelt. Die Energiepreise sind im Jahr 2022 exponentiell angestiegen und werden wohl langfristig teurer als vor dem 24.02.2022 bleiben, dennoch ist beabsichtigt, die Energiekosten langfristig senken zu können, so dass der o.g. Vertrag nur für ein Jahr abgeschlossen wurde. Darüber hinaus kam es auch in anderen Bereichen zu höheren Kosten bspw. durch zahlreiche Tarifierhöhungen (Gebäudereinigung, Glasreinigung, Hausmeisterdienst) bzw. die bestehende Abhängigkeit der Fernwärmepreise vom Gaspreis. Um die Kosten und den Verbrauch möglichst abzusenken, wurden bereits für die zweite Jahreshälfte 2022 Einsparmaßnahmen eingeleitet, welche bis dato andauern.

An der Realisierung des geplanten Neubaus der AGIT wurde auch in 2022 mit Hochdruck gearbeitet, so dass die geleisteten Anzahlungen für Anlagen im Bau auf 168 TEUR angewachsen sein. Die Flächen werden aber aufgrund diverser nicht durch die AGIT beeinflussbare Entwicklungen, frühestens 2025 zur Vermietung zur Verfügung stehen.

Im Rahmen des Strukturwandels wurde bereits Ende 2021 ein Projektantrag, zur Realisierung eines Neubauvorhabens unter dem Titel „Aviation Innovation Center“ (AIC) in Merzbrück, gestellt, welcher in 2022 intensiv weiterentwickelt wurde. Das AIC soll als Kickstarter und Beschleuniger zentrale Funktionen am Forschungsflugplatz Aachen-Merzbrück sowie in der gesamten Region übernehmen. Nicht nur, aber auch aus diesem Grund war es folgerichtig, eine Beteiligung an der ab 01.01.2023 umfirmierten Forschungsflughafen Merzbrück GmbH in 2022 zu forcieren.

Ausblick

Für das Jahr 2023 stehen erneut diverse Ein- und Auszüge im ZBMT an, so schließt ein AGIT-Ankermieter weltweit seine Medizinsparte. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Vermietungssituation des ZBMT, da das Mieterunternehmen derzeit mit ca. 31 % Flächenanteil und der höchsten Miete (Campusmiete) ertragswesentlich für die AGIT ist. An Nachnutzungslösungen wurde bereits im Jahr 2022 intensiv gearbeitet, so ist u.a. beabsichtigt, die verbleibenden TZA Kolleg:innen der AGIT ins ZBMT umziehen zu lassen und neue Mieter:innen kurzfristig zu gewinnen.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

Der Bereich Wirtschaftsförderung musste vor allem auf verspätete Projektstarts (z.B. „reACT“) und Aufträge (z.B. „Geschäftsstelle BioÖkonomie“) reagieren und unterjährig neu kalkulieren. Trotz dieser und weiterer Herausforderungen konnten die überproportional hohen Erwartungen an den Bereich Wirtschaftsförderung mit Erlösen für Projekte und Aufträge i.H.v. 752 TEUR erneut verbessert werden (2021: 648 TEUR – 2020: 207 TEUR). Insbesondere das Projekt „Grüne Talachse“, welches gemeinsam mit der Kupferstadt Stolberg, der IHK Aachen und StädteRegion Aachen sowie insgesamt 13 Unternehmen aus der Stolberger Talachse durchgeführt wurde (125 TEUR), konnte sich hier besonders auszeichnen. Gleichzeitig hat dieses Projekt ebenso zu höheren Aufwänden geführt, jedoch muss das Projekt in der aktuellen Energiekrise als vorausschauend betrachtet und als Blaupause für die Region genutzt werden. Der Bereich „Ansiedlungswerbung“ musste im Jahr 2022 erneut auf Delegationsreisen verzichten und konnte insbesondere in diesem Bereich Minderausgaben für das Wirtschaftsjahr 2022 verzeichnen. Weitere Kosteneinsparungen, u.a. durch die Verschiebung von Projekten und Aufträgen, haben neben der herrschenden Kostendisziplin zusätzlich zu Sachkosteneinsparungen i.H.v. 137 TEUR im Geschäftsbereich Wirtschaftsförderung (im Vergleich zum genehmigten Wirtschaftsplan) geführt.

Laufende Aktivitäten

Durch die Unterstützungsleistungen der AGIT, in Form von Beratung und Coaching werden Unternehmen und Start-ups von der Ideenphase bis hin zur Realisierung eng begleitet. Dabei werden unterschiedliche Beratungsschwerpunkte adressiert: Von der Marktfähigkeit neuer Ideen und Produkte, über Forschungs- und Entwicklungskooperationen, Prototypenentwicklung bis hin zum gewerblichen Schutz

von neuen Ideen (Patent, Gebrauchsmuster, Marke bzw. Design). Insgesamt wurden 142 Start-ups bzw. Scale-ups und technologieorientierte Unternehmen im Jahr 2022 intensiv beraten und betreut. Zusätzlich zu den individuellen Beratungen bietet die AGIT technologieorientierten Gründer:innen und innovationsbasierten Wachstumsunternehmen Fachveranstaltungen, wie z. B. den „Förder- und Finanzierungstag“, „Fachveranstaltung zu Forschungszulage“, den „Innovationstag“ und den „Innovationsabend“ an.

Sowohl große Unternehmen, als auch Start-ups und Spin-offs profitierten zusätzlich vom Standortmanagement und der individuellen Betreuung der AGIT. Regional bereits ansässige Unternehmen werden zumeist bei der Suche nach Flächenvergrößerungen unterstützt, während bei nationalen und internationalen Unternehmensanfragen neben der Standortsuche besonders die Vorstellung der Region Aachen, der exzellenten Forschungslandschaft - in Zusammenarbeit mit diversen Partner:innen - im Vordergrund stehen. So konnten im Jahr 2022 insgesamt 111 Unternehmen aus der Region Aachen, aus Deutschland und dem Ausland bei der Standortsuche oder Verlagerung begleitet, beraten und unterstützt werden.

Als Schnittstelle zwischen regionaler Wirtschaft und Wissenschaft befördert die AGIT darüber hinaus gezielt neue Kooperationen. Seit nunmehr drei Jahren führt die Gesellschaft zu diesem Zweck proaktive Unternehmensbesuche in der Region Aachen durch. Als Wegbereiter wurden im Jahr 2022 so 96 Unternehmensbesuche bei hiesiger Wirtschaft und Wissenschaft durchgeführt. Darüber hinaus werden seit 2020 das Wissenschaftsnetzwerk und die Rolle der AGIT im Ökosystem Campus stetig erweitert und gestärkt. Die Initiierung von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft als Service für Unternehmen und Institutionen ist von besonderer Bedeutung zur Stärkung der Innovationsfähigkeit.

Neben den klassischen Gewerbeflächen-Informationssystemen, wie gisTRA® und The Locator, bietet die AGIT seit dem Jahr 2022 auch ein Gewerbeflächen-Dashboard auf ihrer Webseite an. Mit optisch ansprechend aufbereiteten relevanten Kennzahlen und individuellen Filtermöglichkeiten bietet das Dashboard politischen Entscheider:innen, Wirtschaftsförderer:innen und Planer:innen einen Überblick über das Geschehen auf dem Gewerbeflächenmarkt. Das Dashboard stellt somit eine wertvolle Ergänzung zu den ausführlichen Analysen im „Standort im Fokus“ dar.

Über das Competence Center im Kreis Düren pflegt die AGIT weiterhin eine enge räumliche Nähe zu den relevanten Akteur:innen aus Wirtschaft sowie Wissenschaft und unterstützt eine Integration der ansässigen Unternehmen im Kreisgebiet, insbesondere im Sinne des Technologietransfers. Gleichzeitig wird so das AGIT-Service-Portfolio bei den kommunalen Akteur:innen im Kreis Düren stärker verankert.

Mit dem Competence Center Kreis Euskirchen bietet die AGIT den Unternehmen aus dem Kreis Euskirchen ein konstant umfangreiches Beratungs- und Unterstützungsangebot vor Ort an. Das Büro des Competence Center, in direkter Anbindung an die Stabsstelle für Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen, ermöglicht eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen der AGIT und dem Kreis Euskirchen.

Besondere Aktivitäten

Von besonderer Bedeutung ist ebenfalls das Einstein-Teleskop (ET), um das sich unsere Region am Drei-Länder-Eck mit guten Erfolgsaussichten bewirbt. Mit dem Ziel, bereits vor der eigentlichen Standortentscheidung (Anfang 2025) einen direkten Nutzen für die (eu)regionale Wirtschaft zu stiften, startete die AGIT im Frühjahr 2021 gemeinsam mit sechs Voll- und sechs assoziierten Partner:innen aus der erweiterten Euregio Maas-Rhein das Projekt ET2SMEs (ET to Small and Medium-sized Enterprises). Das

Projekt mit einem Gesamtvolumen von 2.230 TEUR - allein 558 TEUR entfallen auf die AGIT als Leadpartnerin – eröffnet KMUs zahlreiche konkrete Mehrwerte und der AGIT eine Ko-Finanzierung ihrer Personalkosten.

Im Jahr 2022 konnte im Rahmen des Technologietransfers und -beratung das BMBF-Projekt reACT (Resorbierbare Lösungen aus der Aachener Technologieregion) mit einem AGIT-Gesamtvolumen von rund 230 TEUR akquiriert werden, welches im September 2022 offiziell startete. Das Projekt zielt darauf ab, den Standort Aachen als Medizintechnikstandort mit exzellenter Forschung und Entwicklung zu stärken. Dabei wird die AGIT als eine von insgesamt 22 Projektpartner:innen, insbesondere neue Geschäftsmodelle und neue Businessplanleitfäden für die Ausgründungen der Medizintechnikunternehmen erarbeiten.

Die mit dem Strukturwandel und der Energiewende einhergehenden Zukunftsaufgaben stellen insbesondere in den energieintensiven Industrien Chancen und Herausforderungen zugleich dar. Auch die Stadt Stolberg befindet sich - verschärft durch die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 – zwischen diesen beiden Welten. In 2022 wurde daher das Projekt „Grüne Talachse“ von den Akteur:innen Kupferstadt Stolberg, StädteRegion Aachen, IHK Aachen und AGIT auf den Weg gebracht: Die umlaut energy mit dem NOWUM-Energy und dem Solar-Institut Jülich analysierten im engen Austausch mit Stolberger Unternehmen die Potenziale und Synergien einer auf erneuerbaren Quellen basierenden, nachhaltigen Energieversorgung und -speicherung. Die AGIT war neben der inhaltlichen Begleitung für die Projektentwicklung verantwortlich.

Im Oktober 2022 wurde der MineReWIR e. V. als gemeinnütziger Verein für und von Unternehmen im Rheinischen Revier, die dem Strukturwandel direkt ausgesetzt sind, gegründet, die AGIT ist Gründungsmitglied. Der Verein geht aus dem Bündnis „MineReWIR“ als BMBF-gefördertes Projekt hervor, welches bereits damals u.a auch von der AGIT unterstützt wurde. Dem nun gegründeten Verein geht es darum, die vielfältigen vorhandenen Kompetenzen der Unternehmen insbesondere auch durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und (mittelständischen) Unternehmen so weiterzuentwickeln, dass die Unternehmen in der Region eine Zukunftsperspektive haben.

Nach einigen Verschiebungen, u.a. auf Grund der Covid-19 Beschränkungen, konnte das Projekt „Digitale Werkstatt“ final im Sommer 2022 abgeschlossen werden, so dass ab diesem Zeitpunkt ebenfalls keine Mittel mehr im Budget wirksam wurden.

Start der Gemeinwohlbilanzierung

In der zweiten Jahreshälfte 2022 ist die AGIT, nach einigen Monaten der Vorgespräche, in den Prozess zur Bilanzierung der Gesellschaft als gemeinwohlorientiertes Unternehmen eingestiegen. Die Gemeinwohlökonomie, die das Ziel verfolgt, ein ethisches Wirtschaftsmodell zu etablieren, bietet mit der Gemeinwohl-Bilanz ein Instrument, das die Chance bietet, den Zielkonflikt zwischen der betriebswirtschaftlich geforderten stetigen Gewinnmaximierung des Einzelnen und den Zielen des Gemeinwohls aufzulösen, indem zusätzlich ethische Kennzahlen bei der Erfolgsmessung herangezogen werden.

Unter der Leitung zertifizierter Gemeinwohl-Berater wurden bereits in 2022 in verschiedenen Workshops erarbeitet, wie die AGIT hinsichtlich verschiedener Werte-Kategorien (Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Partizipation) aufgestellt ist. Die Workshops bedürfen jeweils einer intensiven Vorarbeit, bei der Berichtsvorlagen ausgefüllt und Kennzahlen gesammelt werden müssen. Die Bearbeitung findet gemeinsam mit den Mitarbeitenden statt, die sich zur Bearbeitung auf die verschiedenen Kategorien aufteilen. Der Prozess wird in einem Ge-

meinwohl-Bericht münden, der einer offiziellen Auditierung unterzogen und voraussichtlich im 2. Quartal 2023 vorliegen wird.

II.3) Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2022 wird mit einer Verringerung des Anlagevermögens und einer Verringerung der liquiden Mittel sowie erneut erhöhten Umsatzerlösen i. H. v. 1.997 TEUR (2021: 1.814 TEUR – 2020: 1.417 TEUR) und einem im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2021 *verbesserten* Rohergebnis (1.450 TEUR) abschließen.

a) Ertragslage

Insgesamt wird das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 703 TEUR ausweisen, welcher durch Verrechnung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr gedeckt werden kann. Das voraussichtliche Defizit liegt rd. 374 TEUR unter dem für 2022 erwarteten Jahresergebnis (- 1.077 TEUR), welches in der gemeinsamen Sitzung des AGIT Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung am 10.12.2021 genehmigt wurde.

Folgende wesentliche Hinweise sind an dieser Stelle anzuführen:

Die Umsatzerlöse konnten im Vergleich zum Jahr 2021 um 10,1 % auf 1.997 TEUR gesteigert werden, während die Zuschüsse der Gesellschafter konstant bei 487,5 TEUR liegen. Ein erneut verbessertes Projekt- und Auftragsgeschäft (752 TEUR) und eine gute Vermietungsquote im ZBMT tragen die erzielten Umsatzerlösen insbesondere. Weitere Steigerungen in den Umsatzerlösen sind in Zukunft schwer realisierbar, da insbesondere die Skalierbarkeit der AGIT Dienstleistungen, außerhalb des Flächenangebots, unmittelbar mit den zur Verfügung stehenden Personalressourcen ankert.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2022
	<u>T€</u>
Jahresfehlbetrag	-703
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	372
Abnahme der Rückstellungen	-207
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-70
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-5
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	67
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	10
Abnahme der erhaltenen Anzahlungen	-17
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>-56</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>-609</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	<u>-140</u>
Investitionstätigkeit	<u>-140</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	13.331
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-749</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>12.582</u>

c) Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 906 TEUR vermindert.

Im Wesentlichen resultiert der Rückgang des Vermögens aus der Abnahme der flüssigen Mittel in Höhe von 749 TEUR sowie 372 TEUR für Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen. Lang- bis mittelfristig gebundenes Vermögen i. H. v. 11.994 TEUR bilden 48,3 % des AGIT-Gesamtvermögens. Kurzfristig gebunden (< 1 Jahr) sind 12.849 TEUR, wovon wiederum 12.582 TEUR bzw. 97,9 % den Kassenbestand bei Kreditinstituten widerspiegelt. Das Gesamtvermögen der AGIT liegt zum Ende des Wirtschaftsjahres 2022 bei 24.843 TEUR.

Langfristiges gebundenes Fremdkapital existiert im Wirtschaftsjahr 2022 nicht, der Anteil des kurzfristig gebundenen Fremdkapitals hat einen Anteil von 1,6 % darüber hinaus machen passive latente Steuern

9,0 % aus, während die Eigenkapitalquote im Wirtschaftsjahr 2022 bei einem hohen Wert von 88,4 % liegt.

II.4) Finanzielle Leistungsindikatoren und Kennzahlen

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	11.993	12.225
Gesamtvermögen	24.843	25.749
Anlageintensität in %	48,3	47,5

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	22.210	22.913
Gesamtkapital	24.843	25.749
Eigenkapitalanteil in %	89,4	88,99

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdkapital	380	456
Eigenkapital	22.210	25.749
Verschuldungsgrad in %	1,53	1,77

III. Prognosebericht

Nach der mittelfristigen Finanzplanung erwartet die Gesellschaft folgende Entwicklung:

Finanzplanung 2023 – 2027 in TEUR - operatives Betriebsergebnis -

Lfd.- Nr.	Position	Plan-Wirtschaftsjahre				
		2023	2024	2025	2026	2027

1	Gesamterlöse					
		2.178 TEUR	2.323 TEUR	3.677 TEUR	4.898 TEUR	5.178 TEUR

2	Personalkosten					
		2.070 TEUR	2.374 TEUR	2.620 TEUR	2.705 TEUR	2.777 TEUR

3	Sachkosten					
		1.229 TEUR	1.206 TEUR	1.713 TEUR	2.454 TEUR	2.458 TEUR

4	operatives Ergebnis	- 1.121 TEUR	- 1.257 TEUR	- 657 TEUR	- 261 TEUR	- 84 TEUR

**Afa und Auflösung latenter Steuern sind nicht berücksichtigt*

Aufgrund der Ausrichtung der Gesellschaft, welche auf die Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft fokussiert ist, verfolgt die AGIT in der Mehrperiodenbetrachtung nicht das Ziel der Gewinnmaximierung, sondern das Ziel, mindestens eine ausgeglichene Ertragslage bei gleichzeitig maximaler Wirtschaftsförderung zu erreichen. Die Skalierbarkeit der AGIT-Dienstleistungen, insbesondere im Kontext des Bereichs „Wirtschaftsförderung“, hängen unmittelbar mit der Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden zusammen, so dass Erlöse und inhaltliche Wirkungen nur durch eine angemessene Ressourcenerbereitstellung zu realisieren sind. Das klassische Beratungsgeschäft wirkt daher im Kontext der Personalkosten intensiver, insbesondere im Vergleich zu klassischen Technologie- und Gründerzentren (TGZs). TGZs haben in der Regel das Zentrumsmanagement im Fokus des Handelns, während dies bei der AGIT als flankierendes und unterstützendes Instrument zur eigentlichen Kernaufgabe dient. Dies vorweggeschickt, zeichnet sich die mittelfristige Finanzplanung insbesondere durch folgende Kernelemente aus:

Geschäftsbereich I „Technologiezentrummanagement“

Die skizzierte mittelfristige Finanzplanung berücksichtigt u.a. die Fertigstellung des Campus Neubaus zum Jahresende 2025, bestehend aus 70 % Gründungsmieten (1 Staffel) und 30 % Campusmieten sowie der Errichtung eines Co-Working-Space im Erdgeschoss. Das ZBMT ist im Jahr 2024 & ff. ebenfalls voll ausgelastet, das Gebäude verfügt über 30 % Gründungs- und 70 % Campusmieter:innen.

Das geplante Aviation-Innovation-Center in Merzbrück erreicht voraussichtlich Anfang des Jahres 2026 einen Mietermix von 25 % Gründungsmieter:innen, 45 % Gewerbemieter:innen und 30 % „Eco2Air Mieter:innen“ bzw. ARR-Mieter:innen, bei einer 50 %igen Auslastung. Für Ende des Jahres 2026 wird mit 75 % Auslastung kalkuliert und zu Mitte des Jahres 2027 wird mit einer Vollauslastung gerechnet.

Diese (Re-)Investitionen auf dem Campus bzw. eine geförderte Investition im AEROPARK Aachen-Merzbrück bedeuten für die Gesellschaft, neben hohen Investitionen und einer voraussichtlichen (Investitions-)Kreditaufnahme im Jahr 2024, dass der überwiegende Teil des Vermögens in den o.g. Immobilien der Gesellschaft gebunden sein wird und dem Sachanlagevermögen (hohe Anlagenintensität) ebenfalls hohe Abschreibungen gegenüberstehen, welche das GuV Ergebnis entsprechend beeinflussen werden. Bedeutende Überschüsse, die eine rückläufige Entwicklung des Vermögens durch die Abschreibungen auf das Gebäude ausgleichen könnten, werden von der Gesellschaft voraussichtlich nicht erwirtschaftet. Die AGIT führt jedoch sog. wirtschaftsfördernde Maßnahmen durch, deren Nutzen nicht in monetären Gewinnen, sondern in einer Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft besteht. Dabei ist auch die Ausrichtung des eigenen Flächenangebots insbesondere im Kontext der Bedarfe der Zielgruppe zu bewerten. Start-ups bzw. Gründer:innen und junge technologieorientierte Unternehmen sollen für die ersten Schritte der Unternehmensentwicklung mit einer entsprechend vergünstigten Miete ausgestattet werden. Diese Tatsache verringert jedoch gleichzeitig das kalkulatorische Erlöspotenzial der AGIT. Dieser Zielkonflikt ist nicht neu, muss jedoch regelmäßig und transparent kommuniziert werden, damit die Gemeinwohlausrichtung bzw. der Beitrag zur Wirtschaftsförderung der Gesellschaft für die gesamte Region an dieser Stelle deutlich wahrgenommen wird.

Geschäftsbereich II „Wirtschaftsförderung“

Der Bereich der allgemeinen Wirtschaftsförderung zeichnet sich im Gegensatz zum Technologiezentrummanagement regelmäßig durch eine sehr hohe Dienstleistungsquote aus, welche grundsätzlich mit einem hohen Personalkostenanteil einhergeht. Start-up-, Wachstums-, Patent- und Verwertungsberatung, um nur einige Dienstleistungen zu benennen, sind im Rahmen des Gesellschaftszwecks bzw. der Gemeinwohlausrichtung bis dato ohne Fakturierung geblieben.

Erlössteigerungen sind daher eher in klassischen Wirtschaftsförderungsbereichen zu erzielen, u.a. durch geförderte Projekte zur Querfinanzierung der laufenden Personal- und Sachkosten bzw. durch konkrete weitere (Gesellschafter-) Aufträge, welche jedoch u.U. zusätzliche Personalressourcen erfordern können.

Zusätzliche Aufträge zur Stärkung der AGIT in finanzieller und inhaltlicher Sicht sollten folglich für Aufträge aus dem Gesellschafterkreis bzw. der angehörigen Kommunen erzeugt werden (z.B. „Vermarktungskriterien“ für nachhaltige Gewerbegebiete, Studien, Workshops etc.). Hierzu wurden neue und erweiterte Wirtschaftsförderungsangebote (Dienstleistungen und Produkte) entwickelt, welche mit einem geringen zusätzlichen Aufwand auch grundsätzlich aus dem Bestand der AGIT geleistet werden können.

Strukturelle Aufgaben

Darüber hinaus sollte angestrebt werden, die durch die AGIT in 2020 erworbenen Gesellschaftsanteile des Kreises Heinsberg und der Kreissparkasse Heinsberg (4,27 % & 1,20 %), in neue Gesellschaftsbeteiligungen umzusetzen, welche laufende finanzielle Zuwendungen zum Betriebskostenbudget oder personelle Unterstützung zu den Arbeitsbereichen der Gesellschaft leisten. Die vorherige mittelfristige Finanzplanung sah dies für das Wirtschaftsjahr 2023 vor und berücksichtigte entsprechend einen Zuwachs der Gesellschafterzuschüsse um diesen Anteil ab 2023. Dies wurde ebenfalls mit aktueller mittelfristiger Finanzplanung auf das Jahr 2024 verschoben, da sich die Gesellschaft im Jahr 2022 weiterhin mit massiven Anforderungen im Kontext des Neubaus, einer sehr dünnen Personaldecke und Krisenmanagement als Folge der aktuellen Lage, konfrontiert sah.

Im Tenor zeigt die mittelfristige Finanzprognose deutlich, dass der langfristige Fortbestand der Gesellschaft weiterhin von drei wesentlichen Elementen abhängig ist:

- 1.) der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität bzw. Zuschüssen, welche vor allem durch die (zuschussgebenden) Gesellschafter:innen erfolgen sollte
- 2.) durch die Akquise zusätzlicher Aufträge und geförderter Projekte, welche auf die Strategie der AGIT einzahlen sowie einen finanziellen Deckungsbeitrag erreichen können und
- 3.) Mieteinnahmen aus dem Technologiezentrumsmanagement, welche trotz des Zielkonflikts der Mietpreise, aus dem ZBMT und dem Neubau erfolgen müssen.

Nur im Dreiklang dieser Mittelzuflüsse kann die AGIT langfristig ihren Gesellschaftszweck erfüllen und erfolgreich in und für die TechnologieRegion agieren.

Für die Punkte „Aufträge & Projekte“ (Nr. 2) und „Mieteinnahmen TZM“ (Nr. 3) sieht sich die AGIT auf einem guten Weg. So konnte z.B. der Betrieb des ZBMT aus langjährigen Verlusten (2009 bis 2019) in die Gewinnzone geführt werden. Darüber hinaus wird der geplante Neubau ebenfalls zu Mieteinnahmen und einer voraussichtlichen Kostendeckung (nach ersten kfm. vorsichtigen Schätzungen) führen. Die in den letzten Jahren eingeworbenen Aufträge und Projekte haben darüber hinaus zu anhaltenden hohen Erlösen geführt, welche neben ihrem Beitrag zur Kostendeckung, insbesondere einen inhaltlichen Mehrwert und Schwerpunkt im Kerngeschäft der AGIT finden.

Folgerichtig ist für die mittelfristige Finanzplanung geboten, die Zuschüsse der aktuellen und zukünftigen Gesellschafter:innen zu adressieren. Sollten z.B. die Zuschüsse der Gesellschafter:innen ab dem Jahr 2025, also mit Vollendung der Übergangsjahre, wieder auf das Niveau des Jahres 2018 angepasst werden, so reduziert sich das entsprechende Defizit der AGIT deutlich – diese Annahme ist Teil der vorab dargestellten Prognose. So hat der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung in ihrer gemeinsamen Sitzung am 09.12.2022 die Geschäftsführung beauftragt, Szenarien für eine auskömmliche Zuschusshöhe ab dem Jahr 2024 zu entwickeln.

IV. Chancen- und Risikobericht

VI.1) Risiken

Gerade vor dem Hintergrund der in 2022 eingetretenen Mietausfälle und des angekündigten Auszugs eines Ankermieters für das Jahr 2023, kann trotz aller Bemühungen nicht vollends ausgeschlossen werden, dass es angesichts der sich rasch verändernden wirtschaftlichen Umstände, erneut zu negativen Korrekturen im Bereich der Mieterlöse kommen kann. Die Gesellschaft verfügt derzeit über ausreichend Liquidität, so dass die AGIT bei potenziellen Mietausfällen ihren Verpflichtungen bei Fälligkeit weiterhin nachkommen kann.

Im Rahmen des Campus-Neubaus werden Boden- und Baugrundrisiken, womit insbesondere Altlasten, Denkmalfunde, mangelnde Tragfähigkeit und ungünstige hydrogeologische Verhältnisse gemeint sind, aufgrund der Erfahrungen mit dem ZBMT an gleicher Stelle größtenteils ausgeschlossen. Finanzierungsrisiken sind auf Grundlage der vorhandenen und eingeplanten Mittel für den Neubau ebenfalls als kalkulierbar einzustufen. Baukostensteigerungen wurden bis dato seitens der Geschäftsführung berücksichtigt (letzte Kalkulation aus 03/22) und fließen in die konkrete Planung ein. Zeitlich ist durch die Bildung einer 6 b EStG Rücklage (Verkaufserlös TZA) ebenfalls ein potenzielles Risiko erkennbar. § 6b Abs. 3 Satz 2 EStG sieht eine Frist von vier Wirtschaftsjahren vor, in der die Rücklage reinvestiert bzw. übertragen werden muss. Diese verlängert sich nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EStG bei neu hergestellten Gebäuden auf sechs Jahre, wenn mit deren Herstellung vor dem Schluss des vierten auf die Bildung der Rücklage folgenden Wirtschaftsjahres, begonnen worden ist. Mit dem Verkauf des TZA im Dezember 2019 muss die Gesellschaft spätestens im Dezember 2023 mit den Neubauvorhaben begonnen haben bzw. spätestens im Dezember 2025 den Neubau errichtet haben. Die derzeitigen Planungen zum Neubau auf dem RWTH Aachen Campus gehen von einer Fertigstellung im Laufe des Jahres 2025 aus, während der Baubeginn für 2023 vorgesehen ist. Ein latentes Risiko besteht somit derzeit im Kontext des Neubaus, insbesondere bzgl. unkalkulierbarer zeitlicher Verzögerungen. Wenngleich erste Übertragungen (6 b Rücklage) für den Ankauf des ZBMT im Februar 2020 vorgenommen wurden.

Insgesamt stellen steigende Kosten, z. B. Energiekosten, Infrastrukturkosten oder allgemeine betriebliche Aufwendungen derzeit alle wirtschaftlichen Akteur:innen vor massive Herausforderungen, deren konkrete Auswirkungen noch nicht final einschätzbar sind bzw. viel Ungewissheit und somit Unsicherheit im allgemeinen wirtschaftlichen Handeln bedeutet.

Außerplanmäßige Instandhaltungsmaßnahmen für den Betrieb des ZBMT sind derzeit nicht erkennbar, können aber bei einer Immobilie (älter > 10 Jahre) nicht ausgeschlossen werden.

VI.2) Chancen

Insgesamt sind mehr Chancen als Risiken für die Gesellschaft vorhanden. Die positive Wahrnehmung der AGIT führt aktuell und perspektivisch zu neuen Aufträgen und Projekten. So wurden u. a. für und mit der RWTH Aachen die notwendigen Rahmenbedingungen erarbeitet, die die AGIT als Teil des Campus Ökosystems integrieren wird. Darüber hinaus wurde mit der RWTH Innovation GmbH an einem Kooperationsvertrag gearbeitet, mit welchem die v. g. Partner eine horizontale und vertikale Vernetzung ihrer Aktivitäten anstreben. Ähnliche Bestrebungen werden derzeit durch die FH Aachen und AGIT vo-

rangetrieben, so dass auch hier ein stärkerer Zusammenschluss erwartet wird. Durch den Schulterchluss mit der RWTH Campus GmbH, der RWTH Innovation GmbH und der FH Aachen wird ein einzigartiges Wirkungsfeld erzeugt, welches zusätzliche Hebelmechanismen und eine neue Dynamik in der Regionalentwicklung erzeugen kann.

Ferner wird der anstehende Strukturwandel im Rheinischen Revier zusätzliche Aufgaben und Möglichkeiten für die AGIT eröffnen. Pars pro toto hierfür steht die Entwicklung des Standortes Merzbrück sowie die Chance über ein gefördertes Strukturwandel-Projekt das sog. Aviation- Innovationcenter zu entwickeln. Insbesondere die Investitionen in weitere Immobilien bieten der AGIT ab dem Jahr 2025 / 2026 weitere Ertragsmöglichkeiten, die die Wirtschaftlichkeit stärken könnten.

Über die Funktionseinheiten im Kreis Düren und Euskirchen ist die Wahrnehmung der AGIT bei den dortigen Gesellschaftern gestiegen, zusätzliche Aufträge und Projekte sind sehr realistisch und eröffnen weitere Entwicklungschancen für die AGIT im gesamten Tätigkeitsgebiet.

VI.3) Zusammenfassung

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsunternehmen, der Förderung von Innovations- und Technologietransfer sowie der Ansiedlungswerbung in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten und spannenden Aufgaben. Der langfristige Fortbestand der Gesellschaft ist jedoch von der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität u. a. durch die Gesellschafter:innen, zusätzlicher Aufträge, geförderter Projekte bzw. einer grundsätzlichen Stärkung der AGIT abhängig. Die o. g. Immobilienentwicklungen sind darüber hinaus von elementarer Bedeutung, stärken die inhaltliche und finanzielle Position der AGIT, genießen Priorität hinsichtlich des aktuellen Ressourceneinsatz und werden auf der anderen Seite mittelfristig durch hohe Abschreibungssummen das GuV Ergebnis beeinflussen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Pennings, Sven (seit September 2020)	Aachen	
Aufsichtsrat:	Stadt Aachen	5 Sitze	29,86 %
	StädteRegion Aachen	3 Sitze	16,98 %
	Kreis Düren	1 Sitz	8,54 %
	IHK zu Aachen	2 Sitze	12,95 %
	Handwerkskammer Aachen	1 Sitz	4,27 %
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	4,27 %
	Sparkasse Aachen	2 Sitze	14,38 %
	Fachhochschule Aachen	1 Sitz	0,09 %
	Kreissparkasse Euskirchen	1 Sitz	1,11 %
	Sparkasse Düren	1 Sitz	2,07 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	26.03.2020	

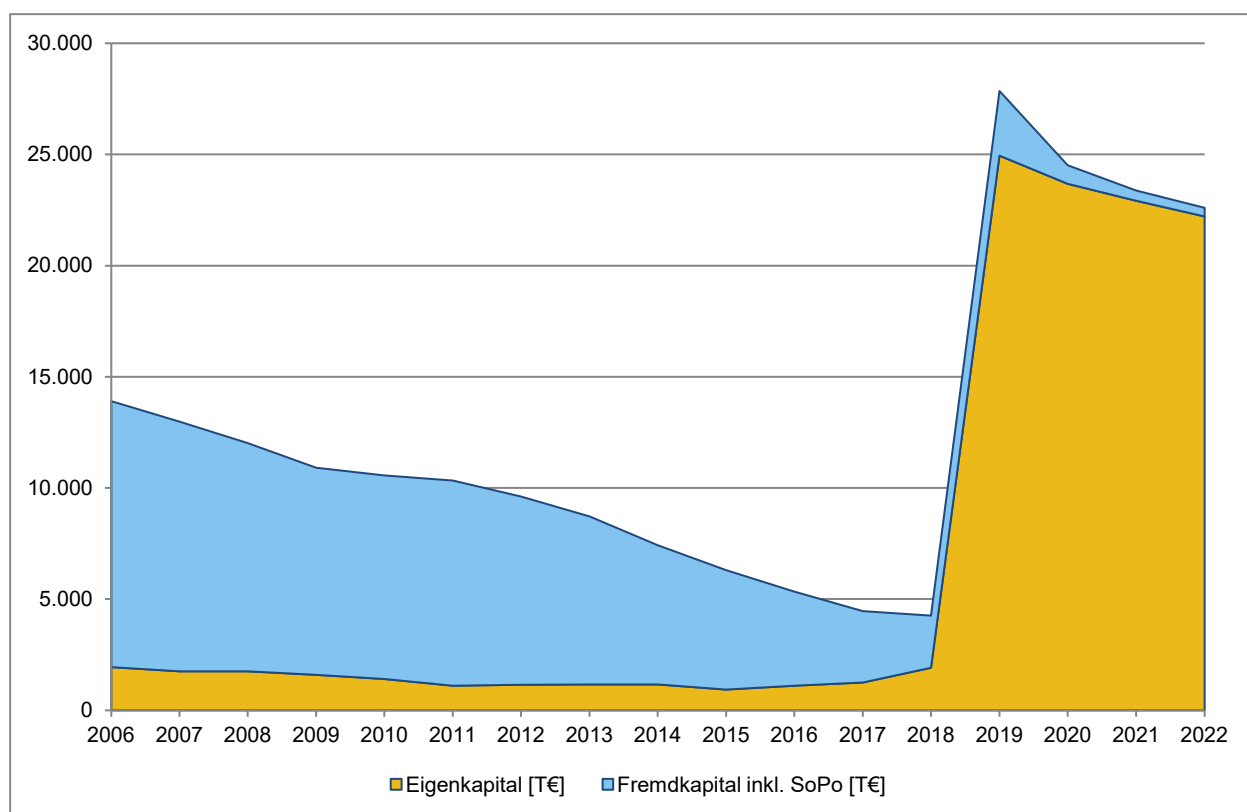
Gesellschafterversammlung:

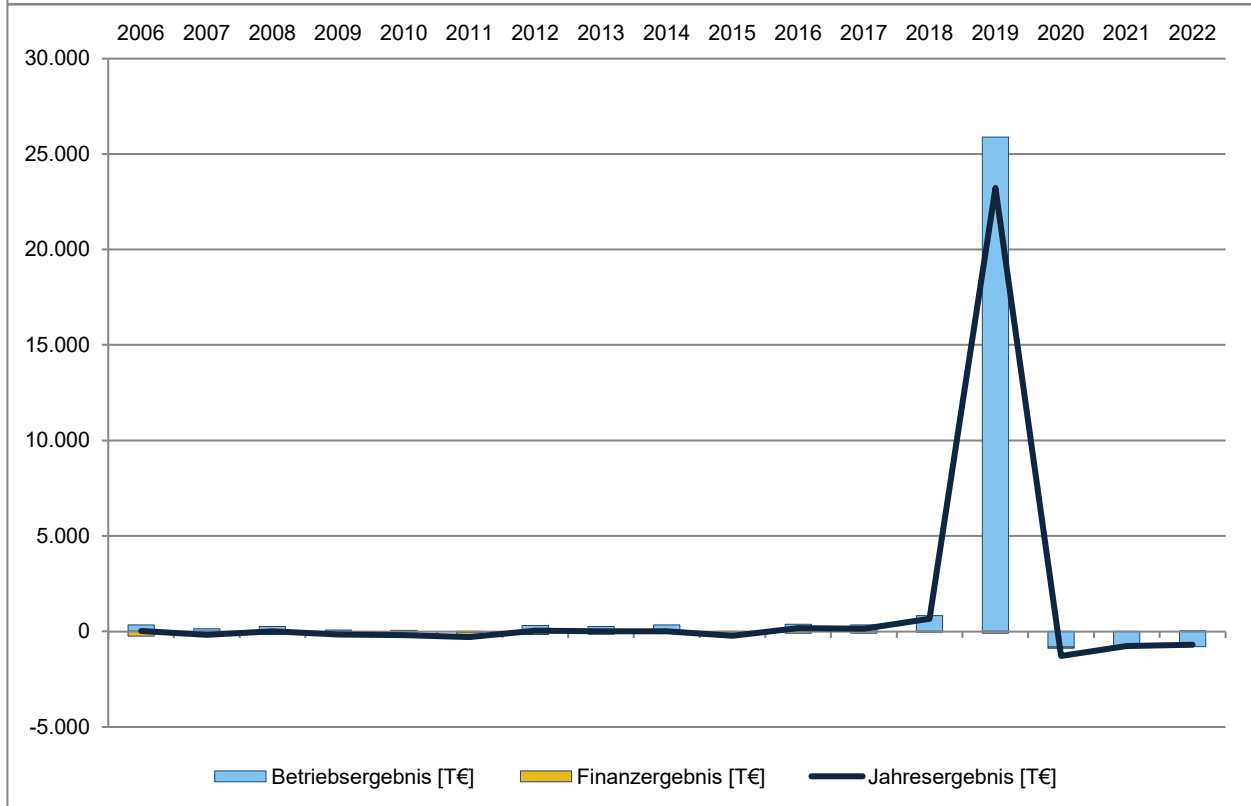
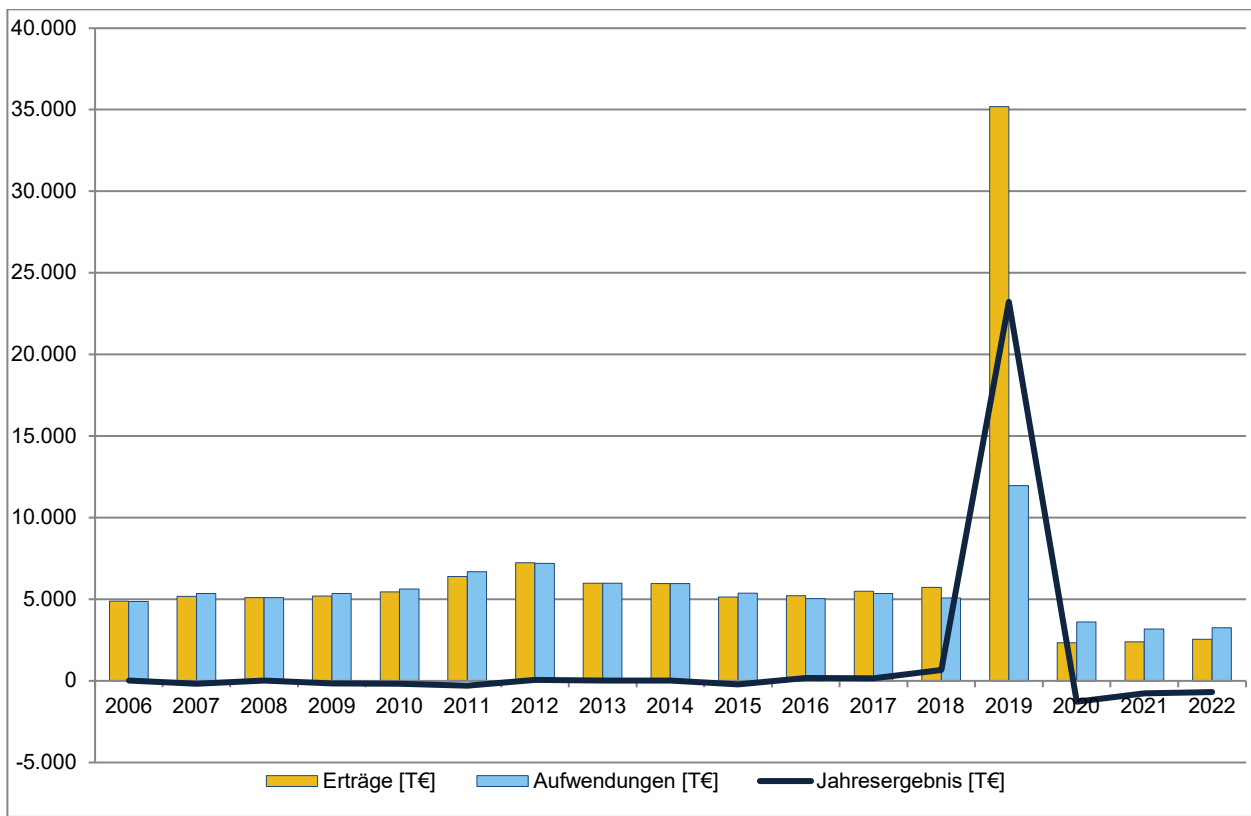
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	26.03.2020	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	87,71%	88,98%	89,40%	0,42%
Eigenkapitalrentabilität	-5,35%	-3,36%	-3,16%	0,20%
Anlagendeckungsgrad 2	188,63%	187,41%	185,18%	-2,23%
Verschuldungsgrad	3,26%	1,99%	1,71%	-0,28%
Umsatzrentabilität	-57,80%	-46,83%	-39,59%	7,24%

2 Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)

Beteiligungsgesellschaft
Kreis Düren mbH



Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 0 24 21.22-10 80 00 1
Telefax: 0 24 21.22-10 80 95 0
E-Mail: d.huertgen@btg-kreis-dueren.de
g.emunds@btg-kreis-dueren.de
Homepage:
www.kreisdueren.de/wirtschaft/gesellschaften/btg/index.php

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gem. Gesellschaftsvertrag vom 27. Januar 2015 ist der Gegenstand des Unternehmens der Besitz und die Verwaltung der Beteiligungen des Kreises, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge und des öffentlichen Nahverkehrs sowie das Halten von Grundvermögen und die Verwaltung von RWE- Stammaktien.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Gesellschaft ist als Holding für den Kreis Düren tätig. Hinsichtlich der tatsächlichen Geschäftstätigkeit wird auf den nachfolgend wiedergegebenen Lagebericht verwiesen. Der öffentliche Zweck wird damit erfüllt.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	2.160,4	100
Stammkapital	2.160,4	

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Auf Grund des DAWI-Betrauungsaktes vom 16.12.2020 gewährt der Kreis Düren der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) einen jährlichen Betriebskostenzuschuss für den Betrieb des Freizeitbades Kreuzau (Wellenbad, Kinderbereich, Außenbecken und Sportbecken). Für das Jahr 2022 betrug er 750 T€.

Der Kreis Düren hat zum Stichtag 31.12.2022 Darlehen in Höhe von 34,9 Mio.€, an die BTG ausgereicht. Im Jahr 2022 hat die BTG variable Darlehen in Höhe von 2.100 T€ in Anspruch genommen. Der Kreis Düren hat Darlehenszinsen in Höhe von 490 T€ erhalten.

Der Kreis Düren erhielt Personalkostenerstattungen in Höhe von 77 T€ von der BTG.

Das Straßenverkehrsamt des Kreises Düren und Teile der job-com befinden sich in einem Gebäude der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Der Kreis Düren hat dafür Miet- und Nebenkosten in Höhe von 255 T€ gezahlt.

Die BTG erhielt aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Kindertagesbetreuung Kreismäuse AÖR Erlöse in Höhe von 271 T€.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	837.460,00 €	589.830,00 €	261.095,00 €	-328.735,00 €	-55,73%
II. Sachanlagen	50.617.471,20 €	47.967.492,73 €	57.891.245,81 €	9.923.753,08 €	20,69%
III. Finanzanlagen	72.596.479,17 €	75.178.012,95 €	81.911.104,11 €	6.733.091,16 €	8,96%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	138.034,76 €	138.034,76 €	138.034,76 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.577.596,45 €	5.785.612,45 €	8.535.765,57 €	2.750.153,12 €	47,53%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.434.973,71 €	2.515.892,01 €	2.112.267,63 €	-403.624,38 €	-16,04%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.530,44 €	7.860,51 €	4.251,03 €	-3.609,48 €	-45,92%

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	2.160.400,00 €	2.160.400,00 €	2.160.400,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	37.479.635,81 €	38.069.635,81 €	38.069.635,81 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	0,00 €	0,00%
IV. Ergebnisvortrag	-25.626.437,57 €	-17.087.632,12 €	-15.161.841,94 €	1.925.790,18 €	-11,27%
V. Jahresergebnis	8.538.805,45 €	1.925.790,18 €	9.301.510,80 €	7.375.720,62 €	383,00%
B. Sonderposten	37.354.091,88 €	33.859.677,63 €	40.764.283,25 €	6.904.605,62 €	20,39%
C. Rückstellungen	3.336.134,95 €	2.919.673,59 €	3.125.882,94 €	206.209,35 €	7,06%
D. Verbindlichkeiten	63.061.875,58 €	64.813.501,67 €	67.464.463,50 €	2.650.961,83 €	4,09%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	967.072,97 €	587.721,99 €	195.462,89 €	-392.259,10 €	-66,74%
Summe Passiva	132.205.545,73 €	132.182.735,41 €	150.853.763,91 €	18.671.028,50 €	14,13%
Summe Aktiva	132.205.545,73 €	132.182.735,41 €	150.853.763,91 €	18.671.028,50 €	14,13%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Umsatzerlöse	14.165.886,06 €	14.257.193,00 €	14.273.532,62 €	16.339,62 €	0,11%
aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	57.850,40 €	56.151,08 €	-1.699,32 €	-3%
sonstige betriebliche Erträge	11.181.270,33 €	2.996.037,23 €	9.357.872,71 €	6.361.835,48 €	212,34%
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.886.429,12 €	3.935.464,99 €	3.729.852,19 €	-205.612,80 €	-5,22%
Materialaufwand	2.164.944,32 €	2.210.527,42 €	2.377.192,33 €	166.664,91 €	7,54%
Personalaufwand	10.221.228,85 €	10.379.334,79 €	10.910.856,40 €	531.521,61 €	5,12%
Abschreibungen	5.398.343,32 €	5.525.447,10 €	5.378.848,05 €	-146.599,05 €	-2,65%
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.388.681,64 €	948.732,25 €	792.920,07 €	-155.812,18 €	-16,42%
Betriebsergebnis	10.060.387,38 €	2.182.504,06 €	7.957.591,75 €	5.775.087,69 €	264,61%
Erträge aus Beteiligungen	732.132,18 €	686.861,99 €	1.528.004,24 €	841.142,25 €	122,46%
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.258.300,69 €	1.250.856,95 €	1.292.176,14 €	41.319,19 €	3,30%
sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	66.116,31 €	182,09 €	5.589,53 €	5.407,44 €	2969,65%
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.461.539,49 €	1.085.054,90 €	1.072.444,98 €	-12.609,92 €	-1,16%
Aufwendungen aus Verlustübernahme	2.114.127,62 €	1.716.405,58 €	1.327.923,58 €	-388.482,00 €	-22,63%
Erträge aus Gewinnübernahme	0,00 €	608.565,57 €	920.200,70 €	311.635,13 €	51%
Finanzergebnis	-1.519.117,93 €	-254.993,88 €	1.345.602,05 €	1.600.595,93 €	-627,70%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	8.541.269,45 €	1.927.510,18 €	9.303.193,80 €	7.375.683,62 €	382,65%
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
sonstige Steuern	2.464,00 €	1.720,00 €	1.683,00 €	-37,00 €	-2,15%
Jahresergebnis	8.538.805,45 €	1.925.790,18 €	9.301.510,80 €	7.375.720,62 €	383,00%
Jahresergebnis	8.538.805,45 €	1.925.790,18 €	9.301.510,80 €	7.375.720,62 €	383,00%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde mit Verschmelzungsvertrag Nr. 2117/2008 vor dem Notar Dr. Monath durch die Verschmelzung der vorherigen Gesellschaften „Dürener Kreisbahn GmbH“ und „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH“ gebildet. Beide Gesellschaften waren zu 100 % im Besitz des Kreises Düren. Die Dürener Kreisbahn GmbH fungierte bei diesem Prozess aus gesamtwirtschaftlicher Überlegung als

aufnehmender Rechtsträger. Sodann wurde die Dürener Kreisbahn GmbH umfirmiert in „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)“. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte zum 13.08.2009.

Auf Grund der öffentlichen Vergabe der Verkehrsleistungen zum 01.01.2020 an die obsiegende Rurtalbus GmbH, an der die Tochtergesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) mit 49 % beteiligt war, wurde der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs übergeben und die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) in 2020 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2020 auf die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH verschmolzen. Das vormalig bei der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) beschäftigte Personal wird durch die Gesellschaft weiterbeschäftigt und gemeinsam mit dem ÖPNV-Fuhrpark und -Infrastruktur der Rurtalbus GmbH im Rahmen des Verkehrsvertrages beigestellt.

Die Gesellschaft generiert Umsatzerlöse im Wesentlichen aus Personalbeistellung (seit dem 01.04.2017 erfolgt die Personalüberlassung auf Basis eines Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes zwischen KAV und ver.di im Rahmen der Personalgestaltung), Vermietungen und Verpachtungen von ÖPNV-Infrastruktur und -Fahrzeugen an Verkehrsunternehmen so-wie der Erbringung von Geschäftsbesorgungsleistungen im Bereich der Finanzbuchhaltung, Personalverwaltung und Personalabrechnung.

Die Gesellschaft hält folgende direkte Beteiligungen an weiteren Unternehmen und stellt einen Konzernabschluss auf:

Wirtschafts- und Strukturförderung	100,00 %	DGA Dürener Gesellschaft für Arbeits- förderung mbH
	100,00 %	Freizeitbad Kreuzau GmbH
	100,00 %	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)
	51,00 %	ATC – Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH
	51,00 %	Future Mobility Park GmbH
	25,02 %	Dürener Bauverein AG
	0,86 %	regio iT GmbH
Verkehr	49,00 %	Rurtalbus GmbH
	25,10 %	Rurtalbahn GmbH
	0,78 %	beka GmbH
Wasserwerke	49,00 %	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH
	1,21 %	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH
Regenerative Energien	50,10 %	RURENERGIE GmbH

50,00 %	HyDN GmbH (zum 31.12.2022: 37,50 %)
3,00 %	GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH
0,58 %	EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erbringt im Rahmen von Geschäftsbesorgungen kaufmännische Leistungen im Bereich der Finanzbuchhaltung, Personalverwaltung und -abrechnung für verschiedene Unternehmen.

Die produktiven Gesellschaften agieren im Wesentlichen im regionalen Bereich - überwiegend im Kreis Düren. Die Tätigkeitsfelder haben eine hohe Affinität zum kommunalen Charakter des Gesellschafters. Bis vor einigen Jahren haben internationale und nationale wirtschaftliche Rahmenbedingungen die Gesellschaft überwiegend nicht schwerwiegend betroffen.

Geändert hat sich dies überproportional mit Beginn der Corona-Krise, den dadurch beeinflussten internationalen Lieferketten, insb. im Chip-Leiterbereich, den kriegesischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und der eingesetzten plötzlichen und sehr starken Inflation.

Die Corona-Krise wirkte erheblich auf die Betriebsleistungen und Einnahmen der Verkehrsunternehmen. Für die Rurtalbahn erfolgte ein Ausgleich durch den Corona-Rettungsschirm, bei der Rurtalbus greifen die Regelungen aus dem Verkehrsvertrag. Die Rurtalbus befindet sich noch in der Bruttophase, hierdurch trägt der Kreis Düren das Einnahmerisiko. Auch hier greift die Entlastung durch den Corona-Rettungsschirm, der auch für das Jahr 2022 vorliegt.

Die sogenannte Chip-Leiter-Krise hat dazu geführt, dass Verspätungen sowohl bei der Fertigstellung der Wasserstofftankstelle in Düren, Im großen Tal als auch bei der Auslieferung der ersten Charge der Wasserstoffbusse eingetreten sind. Weiterhin haben sich die Lieferzeiten für Wasserstoffbusse erheblich erweitert, so dass in 2022 keine weiteren Wasserstoffbusse ausgeliefert wurden.

Ergebnisabführungsverträge bestehen derzeit mit den 100 %igen Tochtergesellschaften Freizeitbad Kreuzau GmbH und der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH (GIS).

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Maßgeblich für besondere Entwicklungen war auch in 2022 die Nachwirkung der Corona Pandemie. Positiv verblieben ist die Fortnutzung des ausgebauten Systems von Home-Office-Arbeitsplätzen und daraus resultierende Vorteile beim Personalmanagement und der Büroraumbelegung.

Bei der Freizeitbad Kreuzau setzte im Bereich des Liquiditätsbedarfs eine Entspannung ein. Die Rurtalbus GmbH wurde weiterhin mit entzerrenden Verstärkerfahrten beauftragt und litt auf Grund der Bruttovertragsphase im Verkehrsvertrag nicht unter dem Einnahmerückgang aus Fahrscheinverkauf, da der Aufgabenträger Abschlagszahlungen entsprechend angepasst hat.

Die Nachfrage der Tochtergesellschaften nach Beistellungen und Geschäftsbesorgungen wurde angehoben. Die Kita AÖR nahm weitere Kindertagesstätten in Betrieb, die Rurtalbahn baute die Bördebahn

weiter aus und tritt in Planungen zur Stärkung des Streckennetzes und dem Lückenschluss Linnich-Baal ein.

Bemerkenswert ist auch die zunehmend schwieriger gestaltete Akquise von Fachpersonal. Die Bewerberzahlen sind deutlich zurückgegangen. Dies ist in 2022 im Besonderen im Bereich des Fahrpersonals bei der Rurtalbus GmbH auffällig.

Durch die seit Jahren erfolgenden Kurserholungen der von der Gesellschaft gehaltenen RWE Aktien konnte auch in 2022 eine Zuschreibung vorgenommen werden.

Geschäftsverlauf

Neben dem Bereich des Kerngeschäftes der BTG, die Erbringung von kaufmännischen Dienstleistungen insbesondere für Tochter- und „Schwesterunternehmen“, wurde die Gesellschaft auch in 2022 wesentlich durch die Entscheidung des Kreises, die Leistungen im ÖSPV öffentlich zu vergeben, beeinflusst. Neben der lfd. Überwachung und Begleitung der Rurtalbus GmbH durch die Beistellung von Personal, Fahrzeugen und Infrastruktur erfolgten weitere Planungen zur Stärkung der Wasserstoffinitiative des Kreises Düren im Bereich der Verkehrsunternehmen. Es wurden fünf Wasserstoffbusse eingesetzt und nach anfänglicher Verzögerung die bezuschusste Buskomponente an einer Wasserstofftankstelle fertiggestellt.

Das Geschäftsergebnis ist maßgeblich beeinflusst von der Zuwendung des Kreises Düren für die Übernahme gemeinwirtschaftlicher Aufgaben, der Zuschreibung des Buchwertes der RWE Aktien, Beteiligungserträgen, den Ergebnisabführungsverträgen mit der Freizeitbad Kreuzau GmbH sowie der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH.

Die Gesellschaft hat ihre Investitionstätigkeit in die an die Rurtalbahn GmbH verpachteten Eisenbahnstrecken fortgeführt, dies insbesondere im Bereich der Bördebahn Düren-Zülpich-Euskirchen und fünf Wasserstoffbusse beschafft.

Die Gesellschaft hat mit dem Betriebsrat eine betriebsindividuelle Entwicklung verhandelt, die es den Beschäftigten erlaubt, an Stelle einer Entgelterhöhung alternativ die persönlichen Urlaubsansprüche zu erhöhen. Dies ist auch im Kontext zur – insbesondere im Fahrdienst wahrnehmbaren – demographischen Entwicklung bzw. zum hohen Altersdurchschnitt zu sehen. Die Maßnahme war zeitlich begrenzt und wird in Bezug auf den Fachkräftemangel nicht neu aufgelegt.

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bildet in Anerkennung der unternehmerischen wie gesellschaftlichen Verpflichtung junge Menschen in den ihr möglichen Berufsbildern aus. Im Jahre 2022 befanden sich drei kaufmännische und fünf technische Auszubildende in einem Ausbildungsverhältnis. Die Gesellschaft hat aus eigener Betriebstätigkeit im Bereich der Anlagenbewirtschaftung nur einen geringen Kundenstamm überwiegend im Bereich der Tochter- und Schwestergesellschaften. Eine sich aus dieser Betriebstätigkeit heraus ergebende ökologische Einflussnahme auf die Umwelt findet nahezu nicht statt. Anders verhält es sich bei der Rurtalbus GmbH und der Rurtalbahn GmbH, die durch ihre Tätigkeit im öffentlichen Personennahverkehr einen wesentlichen Beitrag zur Energieeffizienz bei der Raumüberwindung leisten. In Bezug auf den Kreistagsbeschluss, den von ihm ausgeschriebenen ÖPNV auf alternative Antriebsformen umzustellen, hat die Gesellschaft seit 2020 fünf batterieelektrisch und fünf mit Wasserstoff angetriebene Kraftomnibusse im Austausch gegen ältere Dieselfahrzeuge in Dienst gestellt. Bereits im Laufe des Jahres 2020 erfolgte der Beschluss der zukünftigen ausschließlichen Beschaffung von wasserstoffbetriebenen Kraftomnibussen. Derzeit beschäftigt sich die Gesellschaft intensiv mit dem Aufbau eines H₂-Tankstellennetzes für die zukünftige Versorgung im Rahmen der Umstellung aus Wasserstoffantrieb.

Die Gesellschaft ist bisher an drei Gesellschaften beteiligt, die sich mit dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung im Bereich Solaranlagen und Windräder beschäftigen. Die Gesellschaft hat sich mit 25 % an der Gründung der HyDN GmbH beteiligt und diesen Geschäftsanteil bis heute auf 50 % erweitert. Zweck der HyDN GmbH ist die Produktion von grünem Wasserstoff durch Nutzung u.a. von der Rur-Energie produziertem Strom aus regenerativen Quellen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit präsentiert sich die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH selbst nicht. Hier agieren die Verkehrsunternehmen, die RurEnergie sowie die Freizeitbad Kreuzau GmbH im lokalen Bereich, insbesondere auch in Begleitung öffentlicher Großveranstaltungen.

Die Tochtergesellschaft ATC GmbH, an welcher die BTG mit 51 % beteiligt ist, unterhält und betreibt ein Autotestzentrum. BTG und ATC selbst forschen nicht.

Wirtschaftliche Lage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen mit 14.274 T€ auf dem Niveau des Vorjahres. Die gewerblichen Mieterträge sind rückläufig. Hingegen sind die Erträge aus Busvermietung gestiegen.

Aktivierbare Eigenleistungen wurden in 2022 in Höhe von ca. 56 T€ erbracht. Weitere Kosten der Infrastrukturabteilung wurden projektbezogen direkt der Rurtalbahn GmbH berechnet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Gesellschaft betragen 9.358 T€ (Vj. 2.996 T€). Wesentlichste Position ist die Zuschreibung beim Buchwert der RWE-Aktien in Folge der massiven Erholung des Aktienkurses. Die Zuschreibung beträgt 5,87 € (Vj. 1,15 €) je Aktie und führt zu einem aktuellen Buchwert der Aktien in Höhe von 41,59 € zum Bilanzstichtag. Weiterhin beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge die Daseinsvorsorgezuwendung des Kreises Düren in Höhe von 750 T€. Im Vorjahr erhielt die Gesellschaft inkl. einer Corona bedingten Erhöhung insgesamt 1.300 T€. Weitere periodenfremde Erträge sind Einnahmen aus Nebenkostenabrechnungen für Vorjahre und Spitzabrechnungen zur Personalkostenabrechnung für das Vorjahr an die Rurtalbus GmbH.

Die Gesellschaft erzielt Erträge aus der zeitanteiligen Auflösung von Zuschüssen zu Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 3.730 T€ (Vj. 3.935 T€). Ein nicht unwesentlicher Betrag an Zuwendungen wird noch unter sonstige Verbindlichkeiten aufgeführt, da eine Umgliederung in den auflösbaren Sonderposten erst nach vollständig abgeschlossener Herstellung des jeweils betreffenden Bauobjektes erfolgt.

Die Aufwendungen für den Materialaufwand steigen überproportional. Dies liegt insbesondere an den gestiegenen Energiekosten im Bereich Gas. Ein Großteil dieser Mehrbelastung kann über folgende Nebenkostenabrechnungen an Mieter und Pächter weitergegeben werden. Der Aufwand für bezogene Leistungen steigt insbesondere im Bereich der Werkstattkosten für die an die Rurtalbus beigestellte Busflotte – und auch hier im Bereich der Gasbezugskosten. Diese Kosten werden über den Beistellungsvertrag an die Rurtalbus weitergegeben.

Die Personalkosten steigen um ca. 5,1 %. Die Mehrkosten werden teilweise gemindert durch die Erstattung der Energiepauschale und von Lohnfortzahlungen. Weiterbelastungen – auch von Mehrkosten – erfolgen über die Abrechnung von Personalgestellungen an die Rurtalbus und an die Rurtalbahn. Im Vorjahr mussten auf Grund einer Umstellung der Abrechnungssystematik keine Beiträge zur Berufsgenossenschaft gezahlt werden. In 2022 wurde die normale Beitragszahlung vorschüssig wieder aufgenommen. Auf Grund der Anpassung zukünftiger Rentenerwartung mussten die Pensionsrückstellungen neu bewertet werden. Den Rückstellungen mussten 194 T€ (Vj. 79 T€) zugeführt werden.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen, insbesondere Eisenbahninfrastruktur und Kraftomnibusse, betragen 5.378 T€ (Vj. 5.525 T€). Die Abschreibungen auf Eisenbahninfrastruktur sinken vorübergehend, da Altmaßnahmen zum Teil zwischenzeitig voll abgeschrieben werden konnten und neue Baumaßnahmen, sich zurzeit noch im Bau befindlich, noch nicht vollumfänglich aktiviert wurden. Abschreibungen auf Kraftfahrzeuge erhöhen sich und werden sich zukünftig weiterhin erheblich erhöhen, da mit der Beschaffung von Wasserstoffbussen statt Dieselnissen erheblich höhere Investitionen vorgenommen werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 793 T€ (Vj. 949 T€). Sie enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Beratungs- und Prüfungsleistungen, Versicherungen, Fortbildungs- und Reisekosten, Mietleasing. Minderaufwendungen traten insbesondere im Bereich Versicherung auf. Hier besteht im Rahmen der Haftpflichtversicherung für Kraftomnibusse im Versicherungsverband auf Gegenseitigkeit eine Nachhaftung für den Zeitraum der Betriebstätigkeit der Dürener Kreisbahn GmbH. Diese Nachhaftung wird im Laufe der Zeit weiter rückläufig sein. Weiterhin sind die periodenfremden Aufwendungen stark rückläufig. Im Vorjahr dominierten hier noch Belastungen aus Schlussabrechnungen für die Dürener Kreisbahn GmbH im Aachener Verkehrsverbund sowie eine Umsatzsteuerzahlung auf eine Zuwendung. Hiergegen läuft das Einspruchsverfahren noch vor dem Bundesfinanzhof.

Die Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen betragen 1.528 T€ (Vj. 687 T€). Der enorme Anstieg beruht im Wesentlichen auf Anstiegen bei der Rurtalbahn und der Rurtalbus. Abweichend zum Vorjahr erhielt die BTG eine Gewinnausschüttung der RurEnergie.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sind in Summe auf dem Niveau des Vorjahres. Die Erträge aus RWE-Dividenden sind um ca. 60 T€ angestiegen. Dem gegenüber steht ein Rückgang bei den Zuschreibungen aus der Ergebnisverrechnung der Freizeitbad Kreuzau mit Altdarlehen.

Zinserträge und Zinsaufwendungen befinden sich auf dem Niveau des Vorjahres.

In die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH sind die Freizeitbad Kreuzau GmbH und die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH mit Ergebnisabführungsverträgen eingebunden. Letztere hat in 2022 einen Überschuss von ca. 920 T€ (Vj. 609 T€). Die Verlustübernahme des FZB hatte sich für 2022 wesentlich, um ca. 388 T€ auf ca. 1.328 T€, verbessert. In Vorjahren erfolgten umfangreiche Baumaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung und Modernisierung. Hieraus folgten neben den Einschränkungen in Folge der Corona-Pandemie auch Umsatzeinbußen auf Grund von Schließzeiten.

Insgesamt schließt die Gesellschaft mit einem positivem Jahresergebnis von 9.302 T€ (Vj. 1.926 T€). Das positive Ergebnis wurde insbesondere bestimmt durch die Zuschreibung auf die Buchwerte der RWE-Aktien. Im Geschäftsjahr konnte in Folge der Kursentwicklung eine Aufwertung in Höhe von 7.061 T€ (Vj. 1.393 T€) vorgenommen werden. Weiteren wesentlichen Anteil an dem positiven Ergebnis haben die Nachzahlungen für Vorjahre sowie die positiven Gewinnentwicklungen der Tochtergesellschaften.

Finanzlage:

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr im Wesentlichen in die Schieneninfrastruktur, welche vollständig an die Rurtalbahn GmbH verpachtet ist und in Wasserstoffbusse, die der Rurtalbus GmbH beigestellt sind, investiert. Die Finanzierung erfolgt durch öffentliche Zuwendungen nach dem ÖPNV-Gesetz. Der Eigenanteil wird im Schienenbereich durch die Rurtalbahn GmbH beigestellt und mit den Forderungen aus der Verpachtung verrechnet. Die Investitionen in übrigen Bereichen werden aus Darlehensaufnahmen finanziert. Weiterhin hat die Gesellschaft im Rahmen der regenerativen Energien weitere Anteile an der HyDN GmbH als Produktionsunternehmen für grünen Wasserstoff erworben.

Die Liquiditätslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH ist durchgängig angespannt. Hauptgrund hierfür ist, dass die Gesellschaft in Folge der Ergebnisabführungsverträge die eingebundene Tochtergesellschaft Freizeitbad Kreuzau GmbH auch unterjährig mit Liquidität versorgt und aus Investitionen in Daseinsvorsorgemaßnahmen eine hohe Zins- und Tilgungslast zu tragen hat. So erhält die Freizeitbad Kreuzau GmbH noch regelmäßig Abschläge auf die Verlustabdeckung.

Zur Sicherung der Liquidität wurde die Geschäftsführung durch Aufsichtsratsbeschluss ermächtigt, einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 5 Mio. € zu vereinbaren und diesen befristet um weitere 4 Mio. € unter Verwendung der RWE-Aktien zur Besicherung aufzustocken. Die Gesellschaft verfügt zudem über einen Rahmenvertrag mit dem Kreis Düren, über welchen kurzfristig Über- und Unterliquidität im Rahmen von kurzfristigen Darlehen ausgeglichen werden kann.

Zum 31.12.2022 betrugen die liquiden Mittel im Kassenbestand und aus Guthaben bei Kreditinstituten 2.112 T€ (Vj. 2.516 T€).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöht sich um 18.671T€ (ca. 14 %) auf nunmehr 150.854 T€.

Der Zuwachs bedingt sich überwiegend im Anlagevermögen, durch Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur und neue Wasserstoffbusse; im Finanzvermögen durch die Zuschreibung zu den Buchwerten für gehaltene RWE Aktien und im Umlaufvermögen durch Zunahme der Forderungen gegen die Rurtalbus GmbH sowie Ansprüche gegen Zuwendungsgeber i.V. mit den getätigten Investitionen.

Die Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) beträgt 93 % (Vj. 94 %). Aufgrund der anlagenintensiven Vermögensstruktur ist das Vermögen mit ca. 38 % (Vj. 36 %) in Sach- und mit ca. 54 % (Vj. 57 %) in Finanzanlagen gebunden.

Das Eigenkapital beträgt 39.304 T€ (Vj. 30.002 T€). Der Sonderposten für erhaltene Zuschüsse wird in Bezug auf die zweckgebundene Verwendung der geförderten Investitionsgegenstände aufgelöst. Er beträgt 40.764 T€ (Vj. 33.860 T€). Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 26,1 % (Vj. 22,7 %). Unter Berücksichtigung des anteiligen Sonderpostens (70 %) ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 45,0 % (Vj. 40,6 %).

Die Verbindlichkeiten steigen per Saldo um ca. 2.650 T€. Während ca. 1,9 Mio. € Darlehen bei Kreditinstituten getilgt werden konnten, wurden zu Investitionszwecken in die Wasserstofftechnologie neue Darlehen in etwa gleicher Höhe neu aufgenommen. Den größten Einzelzuwachs stellen Verbindlichkeiten gegenüber der Rurtalbahn infolge erheblicher Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur dar.

Kritisch betrachtet werden muss auf Grund der hohen Anlagenintensität, der Verlustübernahme für das Freizeitbad Kreuzau GmbH und der hohen Zins- und Tilgungslast die Liquiditätslage des Unternehmens. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen zur Finanzlage.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren:

Für die Unternehmenssteuerung werden die folgenden Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse und Kosten im Bereich der durch die Muttergesellschaft erbrachten direkten Geschäftsbesorgungsleistungen;
- Kurs- und Dividendenentwicklung der RWE Aktie im Deutschen Aktien Index;

- Investitionstätigkeit/ -bedarf der beiden über Beistellungen bedienten Tochtergesellschaften im ÖPNV;
- Personalaufwand- und weiterbelastungen gesamt und je Beistellung / Geschäftsbesorgung;
- Finanz- und Ertragslage der Tochtergesellschaften, insbesondere der über Ergebnisabführungsvertrag eingebundenen;
- Fremdkapitalbedarf und Zinsentwicklung;
- Entwicklung auf dem Energieversorgungs- und Wasserstoffmarkt in Bezug auf die Beteiligung an der RurEnergie GmbH und der HyDN GmbH.
Strategische Planungen des Gesellschafters und der Verkehrsverbünde im Bereich der Daseinsvorsorgemaßnahmen.

Die BTG arbeitet im Bereich der Überwachung der Leistungsindikatoren intensiv mit der Kreisverwaltung Düren, hier insbesondere in der gemeinsamen Abteilung Beteiligungscontrolling, zusammen.

Gesamtaussage

Durch die Zuschreibung zum Wert der RWE-Aktien kann die Gesellschaft in 2022 ihr positives Jahresergebnis wesentlich ausbauen und die Eigenkapitalausstattung deutlich verbessern. Die Umsatzerlöse zeigen sich stabil und die Gesellschaft konnte trotz der Belastungen aus dem Bereich der Daseinsvorsorge aus eigenen Leistungen im Bereich Geschäftsbesorgung, Vermietung/Verpachtung Anlagevermögen, Personalbeistellung und Erträgen aus Beteiligungen einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung eines positiven Jahresergebnisses erbringen.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein positives Jahresergebnis erwartet. Die Gesellschaft plant weitere Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur zu laufenden geförderten Projekten sowie in ihre Beteiligung an der HyDN GmbH zur Errichtung einer Elektrolyseanlage zur Herstellung von Wasserstoff und den Bau von zwei Wasserstofftankstellen auf ihrem Gelände am Bahnhof Düren.

Es wird auf Basis des positiv geplanten Jahresergebnisses und der fortgesetzten geförderten Investitionstätigkeit von einer verbesserten Eigenkapitalsituation und einer steigenden Vermögenslage mit Erhöhung der Anlagenintensität ausgegangen. Die Ertragslage soll stabil bleiben. Dies liegt ursächlich auch in einer Stabilisierung der Beteiligungserträge.

Auf Grund der durch Beistellung refinanzierten Investitionen werden bei den Umsatzerlösen Erhöhungen erwartet, die von höheren Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Infrastrukturzuwendungen begleitet werden. Dem stehen ein höherer Abschreibungsaufwand und eine höhere Zinslast gegenüber. Die derzeitigen Zinserhöhungen werden sehr kritisch betrachtet. Insbesondere durch die Finanzierungstätigkeit besteht ein hoher Darlehensbestand. Für Zinsbelastungen aus verpachtetem oder beigestelltem Anlagevermögen können die Zinsen durchgeleitet werden. Für das laufende Geschäft und insbesondere die Investitionen in die HyDN GmbH ist das zurzeit noch nicht gegeben. Diese werden sich erst in Folgejahren, nach Produktionsaufnahme, refinanzieren.

Die Personalkosten werden erheblich und überproportional auf Grund der Tarifabschlüsse steigen. Die Gesellschaft kann ca. 84 % der Personalkosten im Rahmen der Beistellungen an Verkehrsunternehmen durchleiten. Im Übrigen sind die Geschäftsbesorgungsverträge, die Personaleinsatz bedingen, anzupassen.

Für die Freizeitbad Kreuzau GmbH wird nach Wegfall von Corona-Beschränkungen und auf Grund der attraktivitätssteigernden Maßnahmen eine weitere Stabilisierung möglich sein. Für die GIS wird ein positives Ergebnis in geringerer Höhe als für 2022 erwartet. Die RurEnergie sieht auf Grund ihrer wirtschaftlich verbesserten Situation weiterhin Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter vor. Für die Folgejahre wird eine kontinuierliche und steigende Ausschüttung aus der RurEnergie erwartet.

Aus der angespannten Liquiditätslage der Vorjahre heraus und der noch vorliegenden Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten und neuen Investitionskrediten wird bei der Liquiditätslage der Gesellschaft im nächsten Jahr keine Entspannung erwartet. Im Betrieb der Enkelgesellschaft Rurtalbus im ÖSPV liegt das Einnahmenrisiko für die ersten Betriebsjahre beim Aufgabenträger, so dass hier nicht mit Umsatzeinbußen aus der Einführung des Deutschlandtickets gerechnet wird.

Die Gesellschaft plant 2023 mit einem Jahresergebnis in Höhe von ca. 914 T€. Das operative Geschäft der Beteiligungsgesellschaft selbst wird kontinuierlich fortgesetzt und ausgeweitet. Es wird damit gerechnet, dass Kontokorrentkredite in Höhe von ca. 7 Mio. € weiterhin in Anspruch genommen werden müssen.

IV. Risiko- und Chancenbericht

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH refinanziert einen erheblichen Teil ihrer Personalkosten durch Gestellung des Personals an ihre Tochtergesellschaften Rurtalbus GmbH und Rurtalbahn GmbH. Ein Wegfall der Möglichkeiten der Personalgestellung würde sich wesentlich auf die Ertragslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH auswirken. Die Fortsetzung der Gestellungsverhältnisse konnte bei der Rurtalbahn durch Verlängerung des Pachtvertrages gesichert werden. Bei der Rurtalbus GmbH wurde sie vom Aufgabenträger im Vergabeverfahren entsprechend für die Verkehrsvertragslaufzeit vorgegeben.

In den ersten Jahren ist die Rurtalbus GmbH durch den Auftraggeber nach dem Bruttoverfahren beauftragt, d.h. die Rurtalbus GmbH trifft insofern für diesen Zeitraum kein Einnahmerisiko.

Die Liquiditätslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH ist angespannt. Maßnahmen im Bereich der überbrückenden Kreditbeschaffung sind weiterhin erforderlich. Die Gesellschaft verfügt über einen angemessenen Kreditrahmen. Die RWE-Aktien stellen in den Finanzanlagen einen der wesentlichsten Vermögensbestandteile dar. Kursänderungen der RWE-Aktien verbunden mit der Dividendenpolitik der RWE stellen für die Gesellschaft einen wesentlichen Chancen- und Risikofaktor bei der Vermögens- und Ertragslage dar. Insofern trifft die Gesellschaft das allgemeine Kursrisiko des Aktienmarktes.

Neben den Beteiligungserträgen aus der Ergebnisausschüttung ist die Rurtalbahn GmbH als Mieter der Eisenbahnstrecken und des Werkstatt- und Betriebsgeländes einer der umsatzstärkeren Kunden der Gesellschaft. Ein Wegfall der Geschäftsbeziehungen mit der Rurtalbahn GmbH würde zumindest mittelfristig die Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Im Vorgriff auf die Verschmelzung mit der ACI GmbH wurde im Jahr 2014 das Eigentum an einem Grundstück in Aldenhoven, auf dem eine Filmautobahn steht, auf die Gesellschaft übertragen. Diesbezüglich besteht ein Pachtvertrag mit der FTL GmbH. Nachdem mit der FTL GmbH die Vertrags- und Darlehensbeziehungen neu geordnet wurden, haben sich bisher keine Zahlungsverzögerungen ergeben. Ein Risiko besteht jedoch bei einer negativen Nachfrageentwicklung im Bereich der Fernseh- und Filmproduktionen. Die FTL GmbH ist in 2022 ihren Verpflichtungen vollumfänglich nachgekommen.

Für die Tochtergesellschaft ATC zeigten sich in den ersten Betriebsjahren eine positive operative Geschäftsentwicklung die im Zuge der Corona-Krise dementsprechend rückläufig ist. Risiken bestehen in

der Nachfrageentwicklung nach Test- und Forschungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich der Automobilindustrie. Die gute wirtschaftliche Auslastung der ATC vor der Corona-Krise machte es erforderlich, Rückstellungen für den Fall zu bilden, dass sich über die gesamte Zweckbindungsdauer der öffentlichen Förderung der Testanlage diese positive Entwicklung fortsetzt, da im Falle der wirtschaftlichen Auskömmlichkeit die Zuwendung nachberechnet und ggf. rückwirkend gekürzt werden kann.

Für die Ertragslage der Tochtergesellschaft GIS ist es von Bedeutung, dass sie auf Grund ihrer besonderen Eignung und kommunalen Nähe auch in den Folgejahren mit der Begleitung von Bauprojekten und der Entwicklung der Infrastruktur beauftragt wird. Derzeit projiziert die Gesellschaft überwiegend Baulösungen für den Kreis Düren und Gemeinden im Kreises Düren im Bereich Kindertagesstätten und Feuerwehrgerätehäusern.

Im Bereich der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung ist es von besonderer Bedeutung, dass die der Firmierung zu entnehmende, soziale Aufgabenstellung auch zukünftig bundes- und landespolitisch gefördert und erhalten wird. Das insgesamt von der DGA erbrachte Leistungsspektrum im Rahmen der sozialen Arbeitsförderung und -eingliederung ist ein Betätigungsfeld, das langfristig auf Eigenwirtschaftlichkeit ausgerichtet ist. Der derzeit bundesweit feststellbare Arbeitskräftemangel kann auf Grund der besonderen Aufgabenstellung der DGA für sie eine Chance auf zukünftige bessere Auslastung sein.

Durch den geplanten Betrieb einer Großküche im Rahmen eines Integrationsbetriebes bietet sich neben der höheren Auslastung des allgemeinen Verwaltungsapparates die Chance, für ihren Gastronomiebereich im Bereich der Personalbeschaffung und -bindung Synergien zu nutzen.

Ende 2021 hat die Gesellschaft sich mit 25 % an der Gründung der HyDN beteiligt. Der Geschäftsanteil wurde in 2022 auf 37,5 % und in 2023 auf 50 % erhöht. Aufgabe der HyDN ist die Produktion von Wasserstoff sowie die damit in Zusammenhang stehenden Nebengeschäfte. Hier trifft auf Grund der vorgesehenen hohen Investition die Gesellschaft grundsätzlich das Marktrisiko der HyDN, die auf einem neuen – noch nicht ausgereiftem – Markt tätig wird. Insbesondere der Absatz zeigt hier sowohl Risiko als auch Chance und ist von dem entstehenden Marktumfeld auf Anbieter- und Abnehmerseite abhängig. Als große Chance ist jedoch zu werten, dass Wasserstoff als alternative Energiequelle derzeit politisch sehr hoch forciert und die Einführungen in diesem technischen Bereich stark gefördert werden. Eine weitere Sicherheit bietet sich dadurch, dass der Kreis Düren als Aufgabenträger durch seine Grundsatzentscheidung, seine ÖSPV-Flotte auf Wasserstoffantrieb umzustellen, einen eigenen regionalen Absatzmarkt schafft.

Eine Anzahl der von der Gesellschaft aufgenommenen Finanzierungsdarlehen läuft mittel- bis langfristig. Die Entwicklung des Zinsmarktes stellt insofern ein direktes Risiko im Bereich der Kontokorrentmittel und mittelfristig im Bereich der Investitionsdarlehen dar. Zu letzteren kann die Gesellschaft den Zinsaufwand überwiegend an die Infrastrukturnutzer durchleiten.

Die Geschäftsführung sieht folgende Chancen im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Unternehmens:

Mit der Rurtalbahn GmbH konnte in Bezug auf den Erwerb von weiterer Eisenbahninfrastruktur – der „Bördebahn“ – eine weitere Pachtvertragsverlängerung erreicht werden. Dies und auch die Reaktivierungsmöglichkeit weiterer Eisenbahninfrastrukturen im Kreis Düren garantieren eine langfristig gesicherte kostendeckende Pachteinnahme für die Gesellschaft und geben dem Tochterunternehmen entsprechende Sicherheit bei der langfristigen Planung im Investitions- und Angebotsbereich für seine Sparte Schieneninfrastrukturunternehmen.

Durch die Vergabe im Bereich ÖSPV im Kreisgebiet Düren an die Rurtalbus GmbH ist die Beschäftigung des vorhandenen Personals und die entgeltliche Auslastung vorhandener Infrastruktur und des ÖSPV-

Fuhrparkes gesichert. Die Rurtalbus GmbH hat auf Grund ihrer regionalen marktwirtschaftlichen Stellung und in Verbindung mit der erfolgten Beauftragung die Chancen, bei zunehmender Nachfrage nach ÖPNV-Leistungen (bestellte Verkehrsverdichtung, neue Anbindungen) ihr Betätigungsfeld zu erweitern. Weiterhin sind durch die Entscheidung des Kreistages, den ÖPNV im Kreis Düren auf Wasserstoff umzustellen, auf Grund der Beistellung langfristiger Investitionsgüter i.V. mit einem Wasserstoffversorgungsnetz, auch zukünftig Beauftragungen für ÖPNV im Rahmen des jetzt bestehenden Beistellungsverfahrens zu erwarten. Dies sichert der BTG in diesem Bereich einen langfristig auskömmlichen Geschäftsbereich.

Die Gesellschaft hat in Folge der besonderen Förderung regenerativer Energien eine hohe Investitionstätigkeit in ihre Tochtergesellschaft RurEnergie GmbH vorgenommen. Mittelfristig werden auf Grund der dort umgesetzten Projekte Renditen und Rückführungen erwartet.

Die RWE-Aktie hat in jüngster Vergangenheit Wertaufholungen verzeichnen können. Auch wirken sich politische Beschlüsse zurzeit positiv auf den Kurswert aus. Aus der Beteiligung besteht dementsprechend nicht nur ein Risiko, sondern auch eine Chance in der Kurs- und Dividendenentwicklung.

Bezüglich der Chancen die Beteiligung an der HyDN betreffend wird auf obige Ausführungen verwiesen.

Gesamtaussage

Maßgeblich für die Entwicklung der Gesellschaft ist die Refinanzierung durch den Betrieb der operativen Gesellschaften welchen das Infrastrukturvermögen beigestellt wird. Diese sind z.B. im Bereich des ÖSPV durch die Aufgabenträgerschaft des Gesellschafters nur bedingt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst und im Bereich der regenerativen Energien abhängig von bundespolitischen Zielsetzungen, nunmehr insbesondere auch im Bereich des Einsatzes von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft. Das Geschäftsfeld der Geschäftsbesorgungen für Tochter- und Schwesterunternehmen hat sich gut entwickelt und bietet auch in Zukunft Erweiterungspotentiale. Die grundsätzliche Bereitschaft zur Mittelausstattung durch die öffentliche Hand für investive Maßnahmen zur Wahrnehmung, zur Verbesserung und zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur im Bereich der Daseinsfürsorge sowie im Bereich der regenerativen Energieerzeugung muss derzeit weder beim Gesellschafter noch bei der Kompensationsförderung durch Zuwendungen des Bundes oder Landes grundsätzlich in Frage gestellt werden.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist Herr Dirk Hürtgen, Kämmerer des Kreises Düren. Weiterer Geschäftsführer ist Herr Guido Emunds.

Vertreter des Kreises Düren im Aufsichtsrat

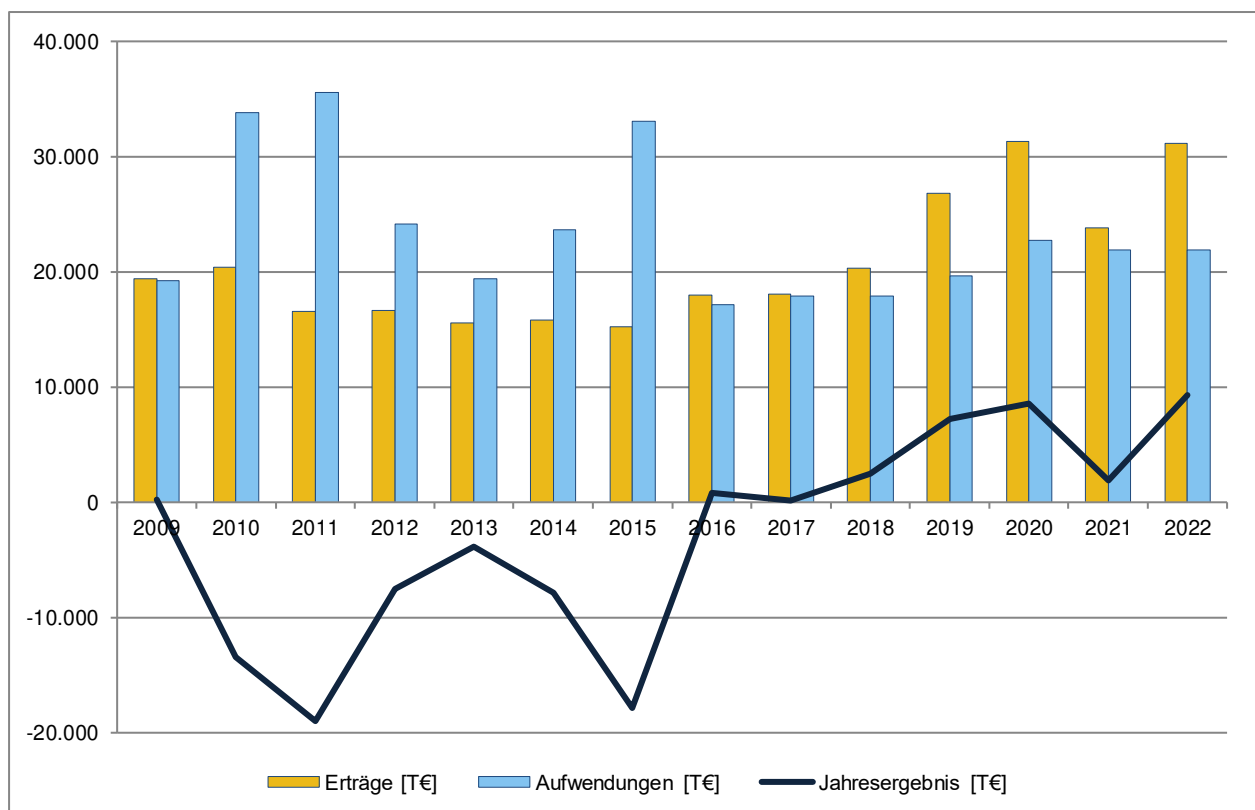
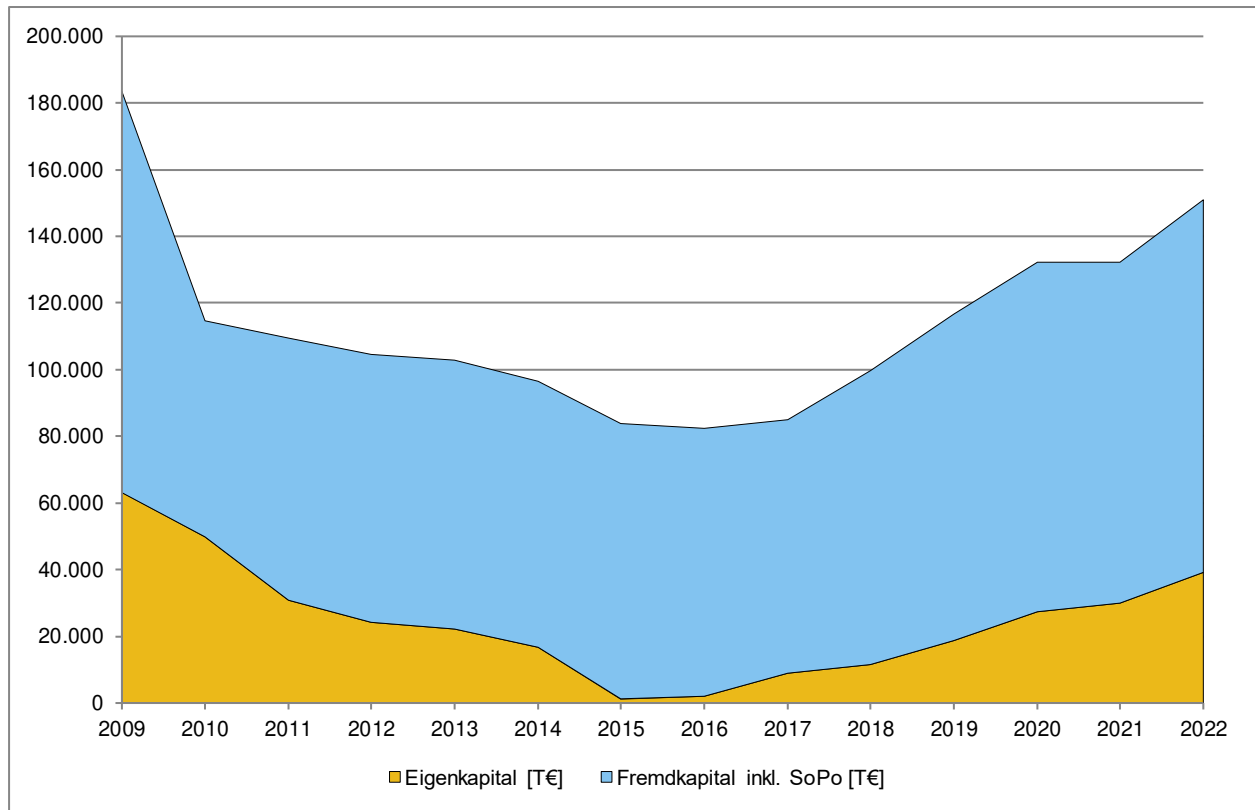
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Berres-Förster, Menka	Kreistagsmitglied	31.03.2022	
Bozkır, Timur	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Braumüller, Heinz-Peter	Kreistagsmitglied	03.11.2004	

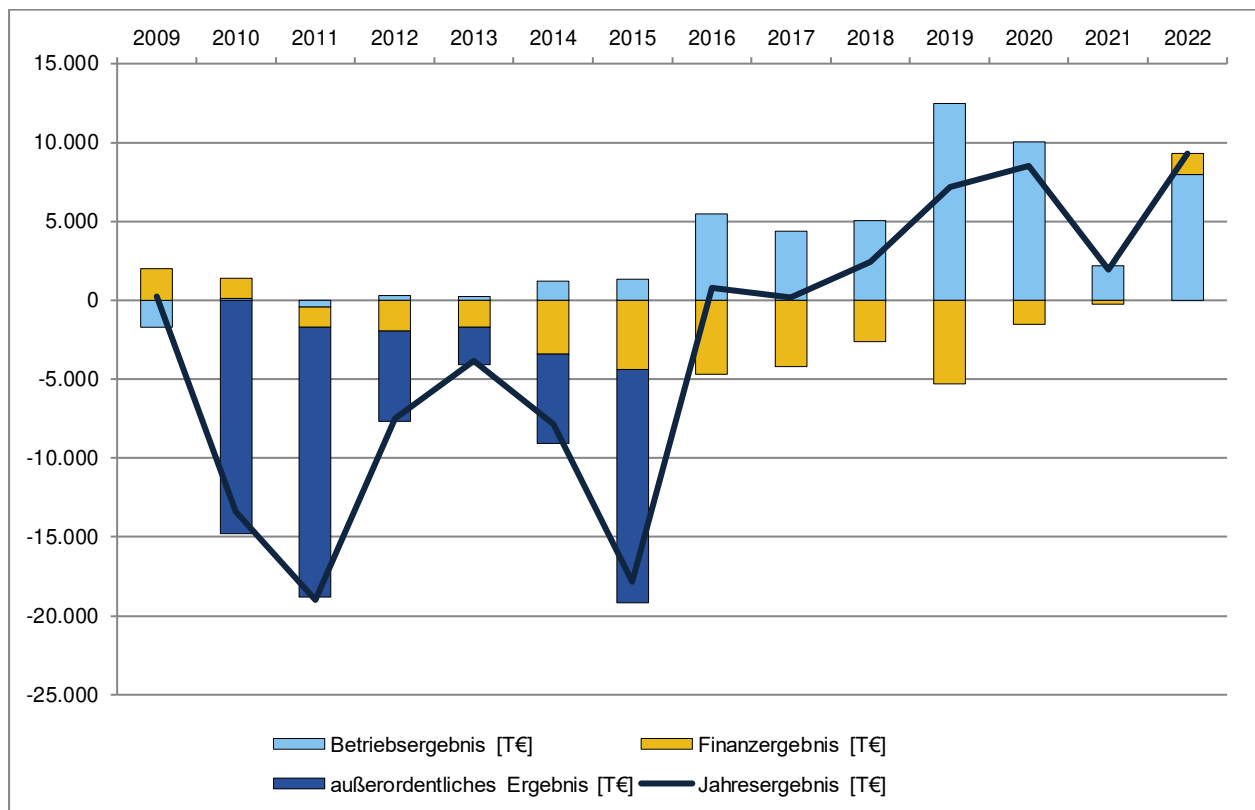
Breuer, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	02.02.2004	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Esser, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	01.01.2024
Filipovic, Sanja	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Hamacher, Rolf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Krischer, Andreas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Nix, Christoph	Kreistagsmitglied	20.04.2024	
Nolten, Ralf	Kreistagsmitglied	01.04.2003	
Schmitz, Georg	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	
Strack, Birgit	Kreistagsmitglied	03.07.2014	30.03.2022
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 207 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	20,79%	22,70%	26,05%	1,91%
Eigenkapitalrentabilität	31,07%	6,42%	23,67%	-24,65%
Anlagendeckungsgrad 2	83,34%	88,17%	89,95%	4,83%
Verschuldungsgrad	241,57%	225,76%	179,60%	-15,81%
Umsatzrentabilität	71,02%	15,31%	55,75%	-55,71%

3 BRAINENERGY Park Jülich GmbH



An der Deutschen Well 20
52428 Jülich
Telefon 0 24 61 31 89 730
E-Mail: info@brainergy-park.de
Homepage: <https://www.brainergy-park.de/>

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Vermarktung des "Campus Merscher Höhe" in Jülich. Dazu zählen insbesondere der Ankauf, die Erschließung, Entwicklung, Verwaltung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken und Immobilien im Bereich der Merscher Höhe.

Der Kreis Düren hat sich im Jahr 2022 an der Gesellschaft beteiligt.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	0,25	1,00
Stadt Jülich	12,375	49,50
Gemeinde Niederzier	6,682	26,73
Gemeinde Titz	5,693	22,77
Stammkapital	25,00	100,00

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für das Geschäftsjahr gab es keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	2,00 €	3.954,00 €	3.952,00 €	197600,00%
II. Sachanlagen	1.964.728,51 €	6.621.045,71 €	10.526.197,59 €	3.905.151,88 €	58,98%

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	13.502.845,43 €	17.717.669,77 €	20.470.714,25 €	2.753.044,48 €	15,54%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	877.450,25 €	2.288.393,67 €	2.502.688,06 €	214.294,39 €	9,36%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	22.391,52 €	677.961,48 €	8.343.582,81 €	7.665.621,33 €	1130,69%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	79,00 €	5.200,00 €	49.778,17 €	44.578,17 €	857,27%
D. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	770.064,03 €	1.591.903,54 €	2.518.341,20 €	926.437,66 €	58,20%
Summe Aktiva	17.137.558,74 €	28.902.176,17 €	44.415.256,08 €	15.513.079,91 €	53,67%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	-159.017,99 €	-795.064,03 €	-1.616.903,54 €	-821.839,51 €	103,37%
III. Jahresfehlbetrag	-636.046,04 €	-821.839,51 €	-926.437,66 €	-104.598,15 €	12,73%
IV. davon nicht durch EK gedeckt	770.064,03 €	1.591.903,54 €	2.518.341,20 €	926.437,66 €	58,20%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	0,00 €	0,00 €	1.388.981,76 €	1.388.981,76 €	
C. Rückstellungen	31.571,00 €	105.674,00 €	69.623,00 €	-36.051,00 €	-34,12%
D. Verbindlichkeiten	17.104.542,62 €	28.795.057,05 €	41.463.557,03 €	12.668.499,98 €	44,00%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.445,12 €	1.445,12 €	1.493.094,29 €	1.491.649,17 €	103219,74%
Summe Passiva	17.137.558,74 €	28.902.176,17 €	44.415.256,08 €	15.513.079,91 €	53,67%

f) **Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	187.692,17 €	239.873,66 €	3.838.995,73 €	3.599.122,07 €	1500,42%
2. Erhöhung des Bestands des zur Weiterveräußerung bestimmten Grundbesitzes	6.154.755,21 €	4.233.805,97 €	2.753.044,48 €	-1.480.761,49 €	-34,97%
4. sonstige betriebliche Erträge	177.487,26 €	1.260.571,75 €	1.266.588,82 €	6.017,07 €	0,48%
5. Materialaufwand	5.407.908,09 €	3.422.627,76 €	4.441.765,37 €	1.019.137,61 €	29,78%
6. Personalaufwand	256.959,78 €	626.016,55 €	1.277.806,83 €	651.790,28 €	104,12%
7. Abschreibungen	101.410,83 €	101.245,24 €	389.778,91 €	288.533,67 €	284,98%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.126.368,72 €	1.774.502,20 €	1.935.700,91 €	161.198,71 €	9,08%
Betriebsergebnis	-372.712,78 €	-190.140,37 €	-186.422,99 €	3.717,38 €	-1,96%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	237.924,64 €	608.710,92 €	712.105,73 €	103.394,81 €	16,99%
Finanzergebnis	-237.924,64 €	-608.710,92 €	-712.105,73 €	-103.394,81 €	16,99%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-610.637,42 €	-798.851,29 €	-898.528,72 €	-99.677,43 €	12,48%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. sonstige Steuern	25.408,62 €	22.988,22 €	27.908,94 €	4.920,72 €	21,41%
Jahresergebnis	-636.046,04 €	-821.839,51 €	-926.437,66 €	-104.598,15 €	12,73%

g) Lagebericht

Öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung

Der Unternehmensgegenstand der Brainergy Park Jülich GmbH ist die Entwicklung und Vermarktung des Gewerbegebietes „Brainergy Park Jülich“. Dazu zählen insbesondere der Ankauf, die Erschließung, Entwicklung, Verwaltung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken und Immobilien im Bereich der Merscher Höhe.

Die angelaufenen Projekte dienen ausschließlich dieser öffentlichen Zwecksetzung.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Der Brainergy Park Jülich hat in den letzten Jahren beachtliche Entwicklungsschritte vollzogen. Die Schaffung des Planungsrechtes, die Finalisierung des Grunderwerbs sowie die Planung und Ausschreibung aller Erschließungsarbeiten sind bedeutende Meilensteine. Die im April 2021 begonnenen Erschließungsmaßnahmen wurden im Laufe des Jahres 2022 vollumfänglich abgeschlossen.

Mit dem in rund 12 Monaten durch die Brainergy Park Jülich GmbH realisierten Brainergy Starter wurde ein erstes repräsentatives festes Gebäude errichtet, das zum 01. März 2022 von der Zukunftsagentur Rheinisches Revier bezogen wurde. Neben internen und externen Veranstaltungen der ZRR besteht auch für die Brainergy Park Jülich GmbH und andere Akteure die Möglichkeit, Veranstaltungen im Kontext des Strukturwandels im Rheinischen Revier abzuhalten, so dass im Brainergy Park Jülich ein erster Begegnungs- und Austauschort geschaffen werden konnte. Zusammen mit der Multi Tess-Halle, den im Mai finalisierten Bürocontainern des Helmholtzcluster Wasserstoffwirtschaft des Forschungszentrums Jülich (im folgendem H2-HC abgekürzt) sowie den Bürocontainern der Brainergy Park Jülich zeugen bereits vier (Im)Mobilien vom derzeitigen Aufbruch im Brainergy Park Jülich.

Die im Masterplan von 2018 entwickelte Grundphilosophie ist weiter ausgearbeitet worden und wurde im Rahmen des mit 3,4 Mio. € budgetierten Förderprojektes „MachBrain“ bis Ende des Jahres 2022 planerisch konkretisiert.

Mit dem Gründer- und Innovationszentrum Brainergy HUB, dem Städtebau des Brainergy Village und dem innovativen Energiesystem wurden im Jahr 2022 die wesentlichen Säulen des Brainergy Park Jülich in diesem Planungsprojekt verbindlich bis zur LPH 3 geplant und festgelegt.

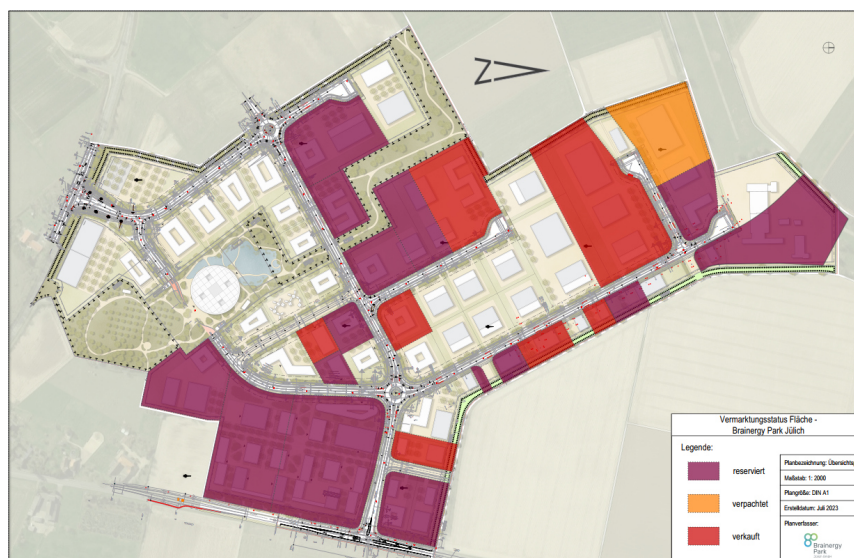
Die Ergebnisse des Planungsprojekts Machbrain mündeten in zwei Förderanträgen. Der erste Antrag bezieht sich auf das im Rahmen von Machbrain geplante Energiesystem. Dieser Antrag wurde im Herbst 2022 unter dem Förderprogramm „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ gestellt und im Frühjahr 2023 vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle positiv beschieden.

Der Zweite Förderantrag wurde im Dezember 2022 bei der Bezirksregierung Köln eingereicht. Er hat die Förderung des Gründerzentrums Brainergy HUB zum Gegenstand und befindet sich zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung noch in Prüfung durch die Bezirksregierung.

Des Weiteren ist es gelungen, den Brainergy Park Jülich als das Vorzeigeprojekt des Strukturwandels im Rheinischen Braunkohlerevier zu positionieren. Das Projekt erfährt eine entsprechend große überregionale Aufmerksamkeit und wird von allen relevanten Stakeholdern nachdrücklichst unterstützt.

Das Konzept des Brainergy Park Jülich stößt auch in der Wirtschaft und bei den regionalen Forschungspartnern auf sehr großes Interesse. Mit dem HC-H2 konnte im Mai 2022 bereits ein erstes Strukturwandelprojekt der Forschungseinrichtungen im Brainergy Park Jülich verstandortet werden. Mit der Aerogel Launch Factory des DLR hat sich im Frühjahr ein weiteres Projekt angesiedelt.

Die Brainergy Park Jülich GmbH ist mit der Vergabe der Gewerbeflächen weiter fortgeschritten. Das auf quantitative und qualitative Kriterien gestützte Vergabeverfahren, welches durch das Gewerbeflächenvergabegremium implementiert wurde, hat sich bewährt. Stand 05.07.2023 sind nach sieben Vergaberunden ca. 136.262 m² Gewerbefläche für 13 Unternehmen reserviert. Es konnten bisher fünf Grundstückskaufverträge, ein Tauschvertrag und ein Erbbaurechtsvertrag mit einer Gesamtfläche von ca. 71.990 m² abgeschlossen werden.



Mit dem Projekt „Startup Village“ befindet sich ein weiteres Förderprojekt mit einem Volumen von 7,1 Mio. EUR in der Umsetzung. Das Startup Village dient als Plattform für Innovation und Gründung und bildet das Herzstück der Transferaktivitäten im Brainergy Park. Hier treffen sich Gründungsinteressierte, kreative Köpfe und andere Stakeholder der Startup Kultur. In Kooperation mit den Projektpartnern aus der Wissenschaft (DLR, FZJ, FH Aachen, RWTH und Fraunhofer Gesellschaft) bietet das Startup Village darüber hinaus Raum, Wissenstransfer neu zu denken und die Gründungskultur in der regionalen Forschungslandschaft zu fördern. Im Geschäftsjahr 2022 konnte das Projektteam weitgehend aufgebaut werden und bereits seine Arbeit aufnehmen. Neben der architektonischen und städtebaulichen Planung konnte sich das Team mit Forschungseinrichtungen wie dem Forschungszentrum Jülich, dem DLR und der RWTH Aachen intensiv vernetzen und dort bereits erste Workshops mit Gründungsteams halten.

Der Brainergy Park Jülich GmbH ist es gelungen, auf einem kompetitiven Personalmarkt hochqualifiziertes Fachpersonal für die weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte zu gewinnen. Sie verfügt nunmehr über eine breite fachliche Kompetenz, die in Verbindung mit der Umsetzungsgeschwindigkeit und Hands-on-Mentalität der Gesellschaft derzeit ein hoch beachtetes Alleinstellungsmerkmal regional wie überregional darstellt.

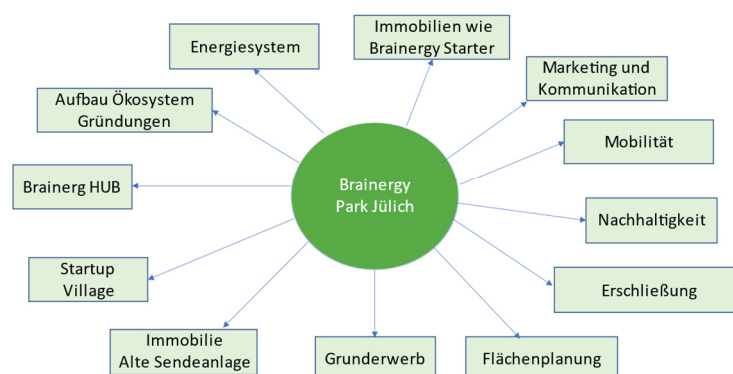
Das Team der Brainergy Park Jülich GmbH umfasst stand 30.06.2023 insgesamt 20 Mitarbeiter, von denen 14 über Förderprogramme finanziert werden.

Die Einführung eines ERP-Systems, die Durchführung von Teamworkshops, die Entwicklung, Definition und Dokumentation von internen Prozessen sowie die Implementierung einer neuen Organisationsstruktur, haben die Gesellschaft weiter gefestigt und gestärkt.

Im Jahr 2021 ist der Kreis Düren mit 1% der Gesellschafteranteile strategischer Partner der Brainergy Park Jülich GmbH geworden. Durch diese Beteiligung werden regionale Kommunikationsprozesse optimiert und die Aktivitäten des Kreises Düren als auch des Brainergy Park Jülich im Zukunftsfeld Wasserstoff synergetisch synchronisiert.

Im Rahmen der Projektumsetzung werden durch die Brainergy Park Jülich GmbH die in der folgenden Abbildung dargestellten Aufgabenfelder bearbeitet:

Aufgaben Brainergy Park Jülich



Darstellung der Lage

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von 3840 TEUR erzielt (im Vorjahr 240 TEUR). Diese Umsätze stammen im Wesentlichen aus der Verpachtung von Teilflächen des Brainergy Park Geländes an die Stadt Jülich.

Durch erste Erschließungsmaßnahmen und planerische Vorarbeiten hat sich der Wert der zur Weiterveräußerung bestimmten Flächen/unfertigen Leistungen auf 20.471 TEUR erhöht (Vorjahr: 17.718 TEUR).

Durch Personalaufbau haben sich die Personalkosten auf 1.080 TEUR erhöht (Vorjahr: 517 TEUR). Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen bis die Gesellschaft auf ca. 25 Personen angewachsen ist.

Die Vermögenslage der Gesellschaft weist auf der Aktivseite ein Anlagevermögen in Höhe von 10.530 T€, zur Weiterveräußerung bestimmte Grundstücke in Höhe von 18.194 T€ aus, unfertige Leistungen von 2.277 T€ sowie liquide Mittel von 8.344 T€ aus. Unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages in Höhe von (926 T€) und des Verlustvortrages (1.617 T€) ergibt sich zum Bilanzstichtag ein negatives Eigenkapital in Höhe von 2.518 T€.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Ende des Berichtsjahres 34.060 T€. Das Anlagevermögen sowie die zum Verkauf bestimmten Grundstücke sind in voller Höhe langfristig finanziert.

Die Gesellschaft ist derzeit bis zu einer Gesamthöhe von rund 38,32 Mio. € über einen Gesamtbürgschaftsrahmen in Höhe von 29,07 Mio. € zugunsten der Brainergy Park Jülich GmbH und Gesellschafterdarlehen finanziert. Stand Mitte September 2023 verfügt die Gesellschaft über eine freie Liquidität in einer Größenordnung von 3,19 Mio. €, die durch die Ausschöpfung eines Gesellschafterkreditrahmens bei der Stadt Jülich um weitere 4 Mio.€ aufgestockt werden können.

Das Geschäftsjahr 2022 weist für die Brainergy Park Jülich GmbH einen Verlust in Höhe von 926T€ aus, das Vorjahr schloss die Gesellschaft mit einem Verlust von 822 T€.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Geschäftsführung hat im vergangenen Geschäftsjahr dem Aufsichtsrat der Gesellschaft eine langfristige Strategie sowie ein hieraus abgeleitetes Zielbild vorgestellt. Demnach verfolgt die Gesellschaft die Zielsetzung, den Brainergy Park Jülich über den bisherigen Flächenzuschnitt von 52 ha zu erweitern und diesen dauerhaft als innovativen Science- und Businessparks langfristig zu betreiben.

Erweiterung des Brainergy Park Jülich

Das Konzept des Brainergy Park Jülich stößt in der Wirtschaft und bei den regionalen Forschungspartnern auf sehr große Nachfrage. Die Vermarktung schreitet entsprechend zügig voran. Innerhalb des Aufsichtsrates gibt es Konsens, den Brainergy Park Jülich über die bereits vorhandenen 52 Gewerbeflä-

che (brutto) hinaus, in mehreren Bauabschnitten strategisch und langfristig, um bis zu weitere rund 90 ha zu vergrößern, sodass sich der Brainergy Park in 20 Jahren über eine Fläche von insgesamt 142 ha erstrecken könnte.

Brainergy Craft – Handwerkergewerbegebiet im Titz

Der Aufsichtsrat der Brainergy Park Jülich GmbH hat beschlossen, die aktuell 52 ha große Fläche des Brainergy Park Jülich gemäß der Vergabekriterien der Gesellschaft und im Sinne einer thematischen und innovationsorientierten Spezialisierung auf die Leitthemen Neue Energien und Wasserstoff, Bioökonomie und Digitalisierung zu vergeben. Dieser Vergabeansatz erweist sich bisher als überaus erfolgreich und zahlt auf den Aufbau eines innovativen Unternehmensbesatz im Brainergy Park Jülich ein.

Gleichzeitig hat diese Schwerpunktsetzung zur Folge, dass bei Anfragen traditioneller Unternehmen derzeit auf zukünftige Bauabschnitte verwiesen wird und diese abgelehnt werden müssen, wenn kein thematischer Bezug zu den Leitthemen des Brainergy Park Jülich besteht und die Arbeitsplatzdichte je m² tendenziell eher niedrig ausfällt.

Vor diesem Hintergrund ist es der klare Wille des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung, traditionellen Unternehmen so zeitnah wie möglich Flächen in weiteren Bauabschnitten anbieten zu können. Hierzu soll eine ca. 8 ha große Fläche in der Landgemeinde Titz – der Grundstückseigentümer hat bereits Verkaufsbereitschaft signalisiert – als Gewerbefläche durch die Brainergy Park Jülich GmbH entwickelt werden. Dieses Gewerbeflächenangebot könnte sich vorrangig an kleinere, handwerklich orientierte Unternehmen richten. Unter dem derzeitigen Arbeitstitel „Brainergy Craft“ würde diese Fläche durch die Brainergy Park Jülich GmbH entwickelt, betrieben und vermarktet und so die interkommunale Zusammenarbeit der drei Kommunen zusammen mit dem Kreis Düren thematisch ausgeweitet werden.

Strukturwandelprojekte der regionalen Forschungseinrichtungen

Im Rahmen des Strukturwandels im rheinischen Braunkohlerevier erfahren anwendungs- und transferorientierte Projekte der regionalen Forschungseinrichtungen eine starke Förderung. Mit dem Helmholtzcluster Wasserstoffwirtschaft (HC-H2) des FZJ hat sich bereits das erste große Strukturwandelprojekte einer regionalen Forschungseinrichtungen im BPJ angesiedelt. Mit der Aerogel Launch Factory des DLR ist ein zweites vielversprechendes Projekt gefolgt. Projektziel ist der Aufbau eines technologietransfer-orientierten Kompetenzzentrums für Aerogele (Moderne Werkstoffe) mit ca. 60 Mitarbeitenden.

Mit einem Förderbudget von 860 Mio. € bis 2038 wird das HC-H2 das mit Abstand größte Strukturwandelprojekt im rheinischen Revier sein. Zielsetzung des Projektes ist die transferorientierte Entwicklung und Marktgängigmachung von verflüssigtem Wasserstoff für die Wirtschaft. Dieses Wissen soll nicht nur der Wirtschaft zugänglich gemacht werden, sondern explizit von Startups und für die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten genutzt werden.

Nach heutigem Stand werden bis zu 800 Mitarbeiter und ca. 200 Angestellte von externen assoziierten Unternehmen am HC-H2 aktiv sein. De facto wird der Brainergy Park Jülich somit zu einem der größten Wasserstoff HUBs in Deutschland und Europa.

Beide Strukturwandelprojekte sind explizit nicht in der Grundlagenforschung positioniert, sondern klar Technologietransfer-orientiert und passen in hervorragender Weise zu den Zielen des Startup Village und des Brainergy HUB. Weitere Projekte aus dem FZJ sind derzeit in der Vorbereitung. Diese Projekte haben durch ihre nationale wie internationale Sogwirkung das Potential, der langfristige Motor für die Ansiedlung von Unternehmen aus Zukunftstechnologien im BPJ zu sein. Gemein ist diesen Projekten auch, dass sie selber aufgrund der Förderbedingungen oder der Richtlinien des öffentlichen Bauens, nicht in der Lage sind, kurzfristige eigene Immobilienkapazitäten zu schaffen.

Im Sinn des Strukturwandels als auch der Standortentwicklung des Brainergy Park Jülich ist es jedoch existenziell, diese Projekte schnellstmöglich am Standort BPJ arbeitsfähig zu machen. Mit der beispielhaften, weil sehr schnellen Errichtung von 110 Büroarbeitsplätzen in Containerbauweise für den HC-H2, geplanter Bezug ist bereits im Mai 2022, konnte nicht nur der erste kurzfristige Bedarf des HC-H2 gedeckt werden, sondern ein Prozess initiiert werden, der geeignet ist, das HC-H2 schnellstmöglich operativ im Brainergy Park Jülich anzusiedeln und als Blaupause für weitere Ansiedlungsaktivitäten der Forschungseinrichtungen zu dienen.

Die Rolle des Brainergy Park Jülich, der Kommunalpolitik und der Jülicher Stadtverwaltung als innovative „Enabler“ solcher Strukturwandelprojekte wird von allen relevanten Stakeholdern des Strukturwandelprozesses überaus positiv wahrgenommen und wird zunehmend zu einem gewichtigen Ansiedlungsgrund für weitere technologie- und transferorientierte Projekte und Unternehmensansiedlungen. Die Realisierung dieser immobilienwirtschaftlichen Projekte bedarf jedoch einer Finanzierung, die über die Möglichkeiten der Brainergy Park Jülich GmbH hinaus geht. Hier bedarf es eines zusätzlichen Akteurs in Form einer im Kontext der BPJ GmbH handelnden, finanzstarken Immobiliengesellschaft. Die Gründung einer solchen Immobiliengesellschaft wird durch den Aufsichtsrat der Brainergy Park Jülich GmbH begrüßt und wird im Sommer in den Räten der drei Gesellschafterkommunen zur Beschlussfassung gestellt.

Energie- und Wärmeversorgung

Das Energiesystem des Brainergy Parks ist eine Kernkomponente der Marke „Brainergy Park“. Ziel ist es eine nahezu CO₂ freie Versorgung des Brainergy Parks umzusetzen und gleichzeitig ein dauerhaftes Reallabor realisieren zu können. Die Planungsarbeiten der letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass ein solches System, welches sich über den gesamten Brainergy Park erstreckt, etwa 3- bis 5-mal teurer ist als ein kommerzielles auf fossilen Brennstoffen beruhendes Energiesystem, wenn man als Vergleichskosten den Stand der Brennstoffkosten von Mitte 2021 anlegt. Dieses System lässt sich dank der Förderung aus dem Programm „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)“ in der Form umsetzen, dass den aufsiedelnden Unternehmen, Energiekosten in einem moderaten Umfang entstehen. Die Umsetzung ist für das Jahr 2024 geplant.

Realisierung des Brainergy Hub

Als zentrales Innovations- und Gründerzentrum im Brainergy Park Jülich wird der Brainergy Hub einen Anlaufpunkt für die Brainergy Park Community, aber auch für externe Besucher darstellen. Er wird repräsentativer Leuchtturm sowie Informationspunkt des Parks sein und Aufenthaltsmöglichkeiten bieten, die sowohl zum Verweilen als auch zum Arbeiten, Präsentieren und Kommunizieren anregen. Die vorherrschende Atmosphäre wird sich durch ein Spannungsfeld von „kreativ-chaotischem“ Arbeiten in den Open-Space-Bereichen und fokussiert-organisierten Tätigkeiten in den Einzel- und Gruppenbüros auszeichnen.

Als Ergebnis des geförderten Planungsprojektes MachBrain wurde der Brainergy Hub bis Ende 2022 bis zur LPH 3 ausgeplant. Auf dieser Basis wurde der Hauptantrag im Kontext des „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“ bei der Bezirksregierung Köln gestellt. Eine Fördermittelbewilligung ist für Mitte 2023 avisiert.

Zielsetzung ist es, den Brainergy HUB bis Ende 2025 zu realisieren und 2026 in den Regelbetrieb zu nehmen.

Gründungsimpulse durch das Projekt „Startup Village“

Am 09.09.2021 (Bewilligung zum 01.10.2021) hat die Brainergy Park Jülich GmbH einen Fördermittelbescheid in Höhe von 6,3 Mio.€ für das Projekt „Startup Village“ erhalten.

Unter dem Motto „Gründen. Arbeiten. Austauschen.“ entsteht im Brainergy Park neben dem Brainergy Hub auf ca. 2.000 m² das Startup Village. Die Idee des Dorfes ist, bereits deutlich vor der Fertigstellung des Brainergy Hubs, Gründungsinteressierten, Kreativen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft einen gemeinsamen Anlaufpunkt zu bieten. Hierdurch entstehen kreative Austauschmöglichkeiten sowie die Grundsteinlegung eines Startup-Ökosystems im Brainergy Park Jülich.

Darüber hinaus wird im Startup Village die Umsetzbarkeit eines Gründerzentrums im späteren Hub erprobt und konkretisiert. Erkenntnisse und Erfahrungen können im Nachhinein in die Gestaltung und das Managementkonzept des Hubs mit einfließen.

Mit dem Startup Village soll ein Ort mit kreativ-chaotischem Charakter entstehen, der seinen Nutzern aus Gründern, Kreativen, Schülern, Studenten und Wissenschaftlern erlaubt, den Arbeitsort zu IHREM Ort zu machen. Durch den optisch und materiell erzeugten Eindruck der Unvollkommenheit werden die Nutzer zum Arbeiten und Aneignen der jeweiligen Arbeitsumgebung eingeladen. Die Anordnung der Module fördert einen hervorgehobenen „Villagecharakter“, welcher die Startup-Community in einen informellen, spontanen und so wichtigen Austausch untereinander bringt.

Das Startup Village ermöglicht eine kurzfristige Erweiterung der Besiedelung des Parkes. Durch seinen Aufbau aus Holzmodulen, in denen sich entweder Büros oder Open Spaces (Coworking) befinden, ist das Village frei erweiterbar und folgt dabei dem Grundanspruch der Nachhaltigkeit des Brainergy Parks. Um neben einem ressourceneffizienten Materialeinsatz auch einen nachhaltigen Lebenszyklus der Holzmodule zu ermöglichen, sind diese in ein umfassendes, langfristiges Entwurfs- und Erweiterungskonzept eingebunden.

Das Projekt „Startup Village“ wird zunächst vier Jahre mit einer, im Erfolgsfalle, Verlängerungsoption von weiteren vier Jahren gefördert. Gefördert werden die Anmietung der Holzmodule, der Bau eines Zentralgebäudes sowie 12 Mitarbeiter zum Aufbau als auch Betrieb und zur Implementierung eines regionalen Transfernetzes mit den regionalen Forschungseinrichtungen.

Im Laufe des Jahre 2021 konnten bereits der Teamleiter und eine Projektcontrollerin für das Startup-Village Team gewonnen werden. Seit Mitte 2022 ist das Team voll besetzt und arbeitet an der Umsetzung der beschriebenen Transferaktivitäten und der Baumaßnahmen.

Risikobetrachtung der zukünftigen Entwicklung

Mit Beschluss vom 07.03.2018 hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft einstimmig beschlossen, den im Masterplan Brainergy Park Jülich aufgezeigten Entwicklungspfad, hin zu einer Flächenspezialisierung im Sinne des Brainergy Village und des Brainergy Hub, zu beschreiten. Dieser Entwicklungspfad ist gemäß letzter Schätzkostenermittlung mit Zusatzinvestitionen in einer Größenordnung von bis zu 96 Mio. € netto verbunden.

Hierauf aufbauend wurde im 2.Quartal 2023 im Aufsichtsrat der Gesellschaft eine Langfriststrategie vorgestellt, die eine langfristige Erweiterung des Brainergy Park Jülich in der Fläche als auch den dauerhaften Betrieb als innovativen Science- und Businessparks festlegt. Die hieraus resultierenden erheblichen Investitionsbedarfe sind über die Gesellschafterinnen abzubilden, wobei Höhe und Zeitpunkt der Investitionsbedarfe derzeit noch nicht final bekannt sind.

Wie dargelegt, konnten bis zum [Juli 2023] wesentliche Umsetzungsschritte initiiert und Erfolge in der Fördermittelakquise verzeichnet werden. Mit dem im August 2020 in Kraft getretenen Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen und dem Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier sind erste und wesentliche Schritte erfolgt, die nunmehr durch ein Regelprogramm für das Rheinische Braunkohlerevier operationalisiert werden. Für den Brainergy HUB und auch für das Energiesystem sind konkrete Förderzugänge identifiziert worden. Im Falle des Brainergy Hubs wird die Förderquote voraussichtlich 90% betragen, im Falle des Energiesystem beträgt die Förderquote 40%. Neben einem, im Falle des Brainergy Hub, zu tragenden Eigenanteils von 10 %, werden auf die Gesellschafterkommunen nicht förderfähige Anlauf- und Projektkosten zukommen, die der Höhe nach derzeit nicht final abschätzbar sind. Ob dieser Eigenanteil und die Projektkosten durch entsprechende Mehrerlöse aus Grundstücksverkäufen oder etwaige spätere Immobilienbuchwerte oder -erträge aufzufangen sein werden, ist derzeit nicht abschließend prognostizierbar.

Diesem Eigenanteil können aber indirekte Kompensationseffekte in Form gesicherter und neuer zukunftsfester Arbeitsplätze, direkte und indirekte Steuereinnahmen, Bevölkerungszugewinne und eine effektive und somit wirtschaftliche Infrastrukturauslastung der drei Kommunen entgegengestellt werden. Hierzu wurde im Sommer 2023 ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Sekundäreffekte des Brainergy Park für die Gesellschafterkommunen prognostiziert. Hinzukommen, im Falle des Brainergy Hub, in erheblichem Maße geförderte, perspektivische Immobilienbuchwerte.

Des weiteren werden im I. Bauabschnitt des Brainergy Park Jülich mit dem Gründer- und Innovationszentrum Brainergy Hub, den Transferaktivitäten der regionalen Forschungseinrichtungen und dem at-

traktiven Städtebau Strukturen gelegt, die geeignet sind, eine dauerhafte Nachfrage innovativer Unternehmen zu generieren. Eine Entwicklung weiterer Bauabschnitte wird vor dem Hintergrund dieser positiven Standortfaktoren sicherlich nachfrageseitig sehr gut angenommen und birgt die Chance, zukünftige Gewerbeflächen hochpreisiger und somit rentierlicher zu veräußern.

Stand [Juli 2023] hat der Brainergy Park Jülich sehr gute Perspektiven, die annoncierten Fördermittel zeitnah einzuwerben. Gelingt es jedoch wider Erwarten nicht, auskömmliche Fördermittel einzuwerben, werden die Entwicklung der Spezialflächen und -Infrastrukturen sowie der Bau des Brainergy Hub nicht oder nur durch private, als auch massive Investitionen der Gesellschafterinnen darstellbar sein. Die derzeitige Konkretisierung und Umsetzung des Brainergy Park Jülich erfolgt weiterhin, soweit als möglich, mit einer Rückfalloption dergestalt, dass im Falle eine Versagung der Förderung oder einer nicht auskömmlichen Förderung, kostengünstigere Standardlösungen zum Einsatz gebracht werden können. Eine solche Rückfalloption würde jedoch einen Abschreibungsbedarf in Höhe der Anlaufkosten für die Spezialfläche des Brainergy Park Jülich generieren.

Angesichts der in der Region Aachen am Markt durchsetzbaren Gewerbeflächenpreise ist es unsicher, ob eine kostendeckende Entwicklung und Vermarktung der Gewerbeflächen realisierbar sein wird.

Die der Flächenentwicklung vorgelagerte Kampfmitteluntersuchung konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Aus der archäologischen Begleitprospektion heraus haben sich seitens des LVR Amt für Bodendenkmalpflege Anregungen für weitere Flächenprospektionen ergeben, die mit Kosten von bis zu 1Mio. € verbunden sein könnten. Es ist nicht auszuschließen, dass seitens des LVR Amtes für Bodendenkmalpflege weitere Prospektionen eingefordert werden. Hierzu lässt sich die Gesellschaft derzeit juristisch beraten.

Die Verschneidung der Themen Gewerbeflächenentwicklung, Hochbau, Tiefbau, städtebauliche Masterplanung, Planung und Implementierung innovativer Energieversorgungs- und Speichersysteme und der Schaffung sowie Beförderung von günstigen Rahmenbedingungen für Gründungen und technologieaffine Unternehmen führt zu einer erheblichen Projektkomplexität, die, trotz der Implementierung eines detaillierten Projekts- und Schnittstellenmanagements, erhebliche Risiken für das Projekt Brainergy Park Jülich birgt.

Auch aus der aktuellen globalen Wirtschaftslage, die geprägt ist von hohen Energiepreisen, steigenden Zinsen und stockenden Lieferketten ergeben sich Risiken für die Brainergy Park Jülich GmbH. Eine dauerhafte gesamtwirtschaftliche Eintrübung könnte zu einem Einbruch der Gewerbeflächennachfrage führen. Andererseits ist, trotz erster Anzeichen einer Rezession, derzeit weiterhin eine Nachfrage nach Flächen im Brainergy Park Jülich festzustellen, da viele Unternehmen die Krise als Chance zur Neuausrichtung und Unternehmensmodernisierung begreifen sowie entsprechende Standort- und Unternehmensverlagerungen diskutieren.

Etwaige Verluste aus der Wirtschaftsförderungsmaßnahme Brainergy Park Jülich sind in den kommunalen Haushalten abzubilden oder über Betriebszuschüsse abzufangen.

Der Brainergy Park Jülich hat mittlerweile eine erhebliche Projektkomplexität erreicht, aus der Risiken resultieren, die es zu managen gilt. Gleiches gilt für die deutliche personelle Aufstockung und organisatorische Fortentwicklung der Gesellschaft in den Jahren 2022 und in 2023.

Mit steigender Anzahl an Strukturwandelprojekten in den deutschen Braunkohlerevieren wird sich der Konkurrenzkampf um Führungskräfte und Fachexperten so stark verschärfen, dass Mitarbeitersicherung und -entwicklung stark an Bedeutung gewinnen werden.

Aufgrund der stark steigenden Zinsen musste die Wirtschaftsplanung angepasst werden. Die Wirtschaftsplanung der Gesellschaft kalkuliert für das Jahr 2023ff mit einem durchschnittlichen Zinsniveau von 5,5 %. Aufgrund des signifikanten Fremdkapitalbedarfs der Gesellschaft, führt das hohe Zinsniveau zu einem deutlich negativeren Zinsergebnis und Betriebsergebnis als noch im vorigen Jahr geplant.

Der Erwerb notwendiger Erweiterungs- und Tauschflächen, für die avisierten Folgebauabschnitte des Brainergy Park Jülich, könnte nicht, nur sehr langsam oder nur sehr kostenintensiv erfolgen. Die Gesellschaft ist derzeit bis zu einer Gesamthöhe von rund 38,32 Mio. € über einen Gesamtbürgschaftsrahmen in Höhe von 29,07 Mio. € zugunsten der Brainergy Park Jülich GmbH und Gesellschafterdarlehen finanziert. Stand [...] verfügt die Gesellschaft über eine freie Liquidität in eine Größenordnung von [...] Mio. €. Es ist unterjährig jedoch kritisch zu überwachen, ob dieser Liquiditätsrahmen ausreichend sein wird, um den Brainergy Park Jülich betreiben zu können, oder ob es zusätzlicher liquiditätsteigender Maßnahmen durch die Gesellschafter bedarf. Erweiterungen des Brainergy Park Jülich in der Fläche bedürfen zwingend der Liquiditätszuführung durch die Gesellschafterinnen. Mit dem Abverkauf von Gewerbeflächen wird der Gesellschaft jedoch kontinuierlich Liquidität zufließen.

Die Vermarktung von Gewerbegrundstücken unterliegt grundsätzlich zyklischen Schwankungen des Marktes, dessen Entwicklung nicht zuverlässig prognostiziert werden kann.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung

Geschäftsführung:	Frank Drewes	Aachen
	Prof. Dr.-Ing. Bernhard Hoffschmidt	Bergisch Gladbach
Aufsichtsrat:	Stadt Jülich	6 Stimmen
	Gemeinde Titz	3 Stimmen
	Gemeinde Niederzier	3 Stimmen
	Kreis Düren	1 Stimme

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis

Spelthahn, Wolfgang Landrat

23.03.2021

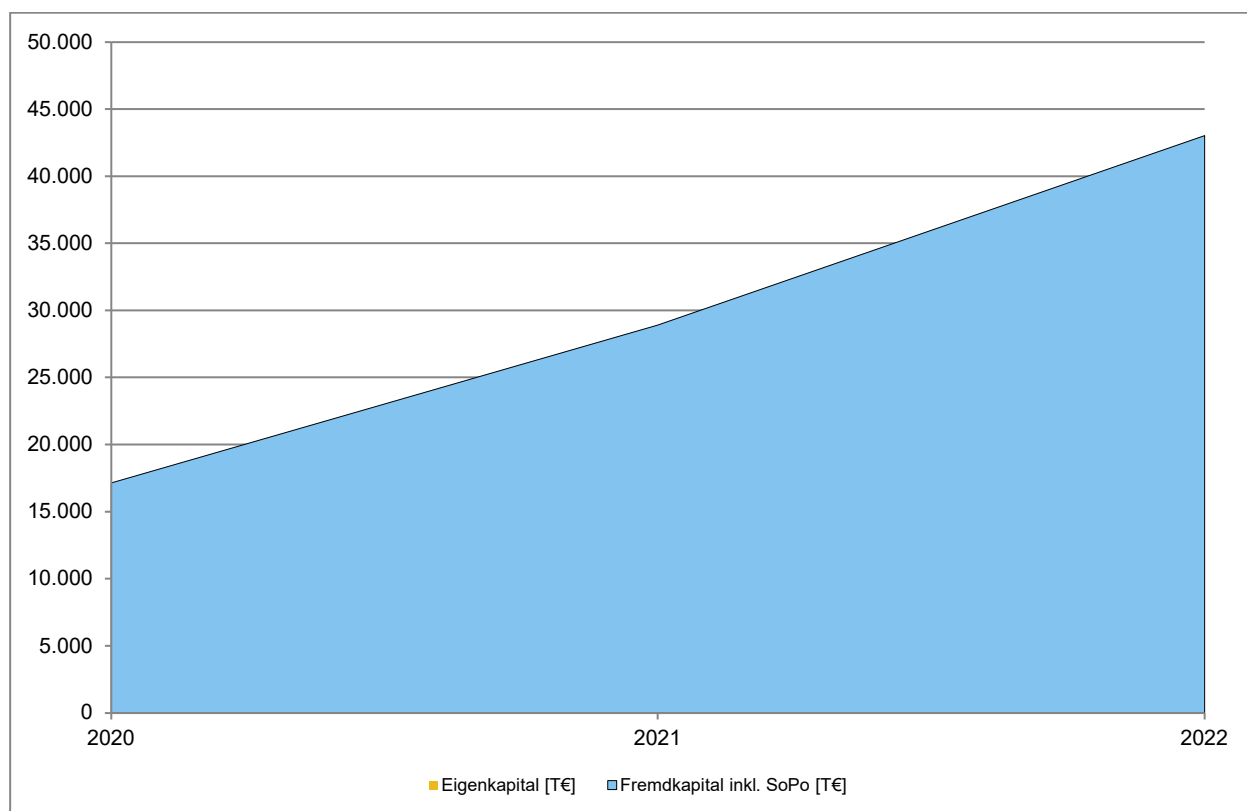
Gesellschafterversammlung:

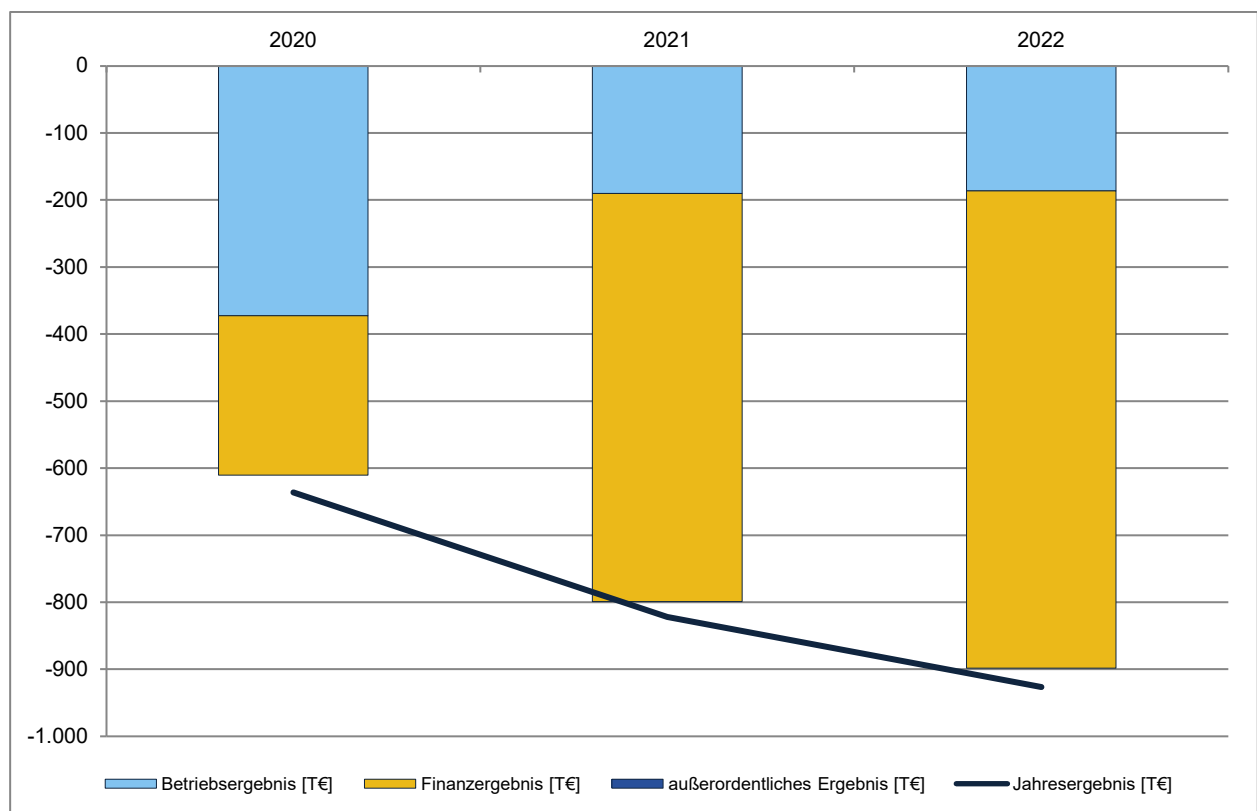
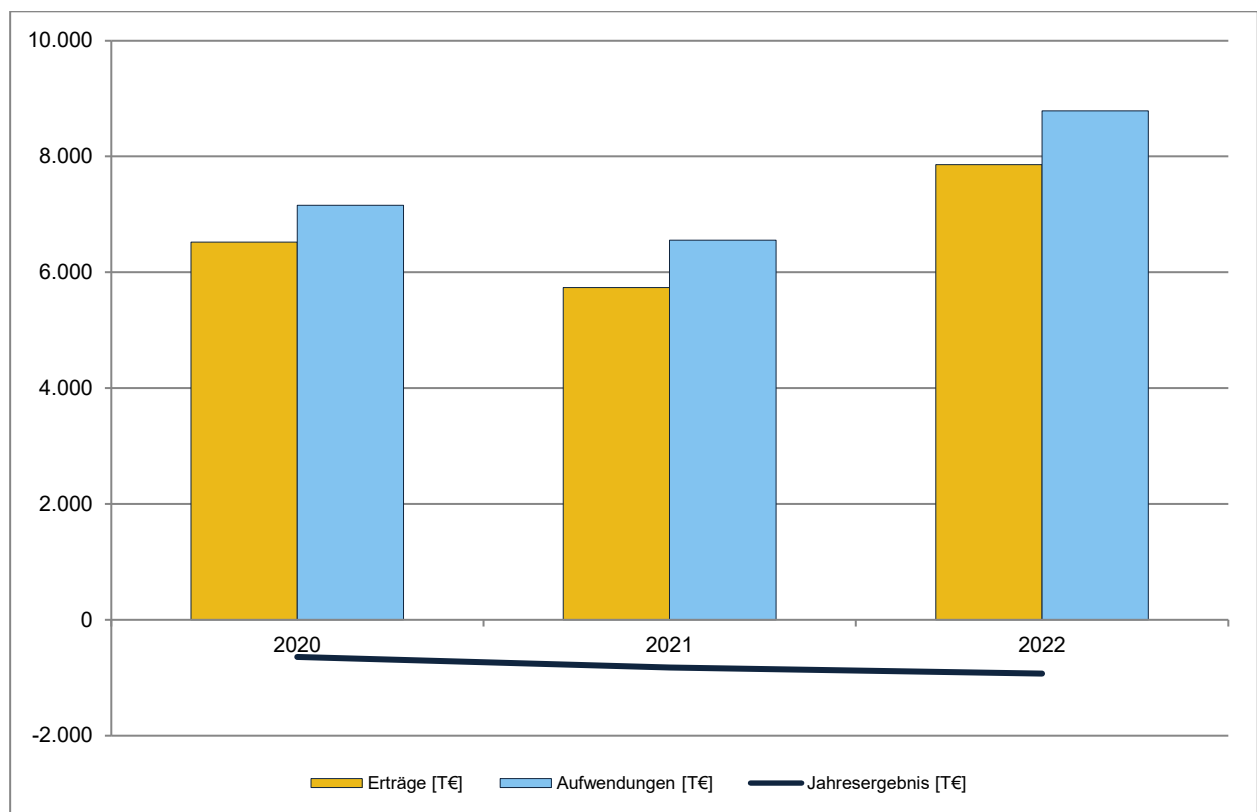
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	23.03.2021	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	Ek~0	Ek~0	Ek~0	
Eigenkapitalrentabilität	Ek~0	Ek~0	Ek~0	
Anlagendeckungsgrad 2	Ek~0	Ek~0	Ek~0	
Verschuldungsgrad	Ek~0	Ek~0	Ek~0	
Umsatzrentabilität	-198,58%	-79,27%	-4,86%	-60,08%

4 Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR (CVUA)



Winterstraße 19
50354 Hürth
Telefon 0241-5102120
Telefax 0241-505296
E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Homepage: www.cvua-rheinland.de

a) Gegenstand der Anstalt

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	17,5	5,83
Land NRW	90,0	30,0
Stadt Aachen	17,5	5,83
Stadt Bonn	17,5	5,83
Stadt Köln	17,5	5,83
Stadt Leverkusen	17,5	5,83
StädteRegion Aachen	17,5	5,83
Kreis Heinsberg	17,5	5,83
Kreis Euskirchen	17,5	5,83
Oberbergischer Kreis	17,5	5,83
Rheinisch-Bergischer Kreis	17,5	5,83
Rhein-Erft Kreis	17,5	5,83
Rhein-Sieg Kreis	17,5	5,83
Stammkapital	300	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR erhebt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten von dem Land NRW und den kommunalen Trägern Entgelte, soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind. In dem Haushaltsjahr 2022 belief sich das vom Kreis Düren aufzubringende Entgelt auf 580T€.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	37.789,98 €	28.514,23 €	22.594,01 €	-5.920,22 €	-20,76%
II. Sachanlagen	18.671.265,42 €	17.835.332,45 €	17.033.837,03 €	-801.495,42 €	-4,49%
III. Finanzanlagen	416.053,78 €	416.053,78 €	4.200.227,78 €	3.784.174,00 €	909,54%
B. Umlaufvermögen				0,00 €	
I. Vorräte	71.551,05 €	73.051,00 €	56.478,93 €	-16.572,07 €	-22,69%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	10.074.864,45 €	12.656.647,13 €	11.256.682,96 €	-1.399.964,17 €	-11,06%
III. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	3.539.655,76 €	3.734.483,72 €	3.389.134,80 €	-345.348,92 €	-9,25%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	404.940,64 €	67.830,15 €	66.061,11 €	-1.769,04 €	-2,61%
Summe Aktiva	33.216.121,08 €	34.811.912,46 €	36.025.016,62 €	1.213.104,16 €	3,48%
Passiva				0,00 €	
A. Eigenkapital				0,00 €	
I. Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklagen	2.957.178,97 €	2.444.748,76 €	3.250.749,58 €	806.000,82 €	32,97%
III. Ergebnisvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Jahresergebnis	-708.818,28 €	0,00 €	91.451,25 €	91.451,25 €	
B. Rückstellungen	20.154.380,35 €	22.090.443,20 €	23.380.887,49 €	1.290.444,29 €	5,84%
C. Verbindlichkeiten	10.513.380,04 €	9.755.115,70 €	9.001.928,30 €	-753.187,40 €	-7,72%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	221.604,80 €	0,00 €	-221.604,80 €	-100,00%
Summe Passiva	33.216.121,08 €	34.811.912,46 €	36.025.016,62 €	1.213.104,16 €	3,48%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	9.761.044,24 €	10.618.134,44 €	11.210.753,16 €	592.618,72 €	5,58%
2. sonstige betriebliche Erträge	349.580,67 €	354.065,19 €	531.883,50 €	177.818,31 €	50,22%
3. Materialaufwand	1.676.995,37 €	1.755.953,58 €	1.848.688,67 €	92.735,09 €	5,28%
4. Personalaufwand	5.864.676,61 €	5.684.777,06 €	6.279.340,62 €	594.563,56 €	10,46%
5. Abschreibungen	1.297.681,59 €	1.266.426,56 €	1.251.806,34 €	-14.620,22 €	-1,15%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.007.939,09 €	996.806,50 €	1.109.399,76 €	112.593,26 €	11,30%
Betriebsergebnis	263.332,25 €	1.268.235,93 €	1.253.401,27 €	-14.834,66 €	-1,17%
7. Erträge aus sonstigen Wertpapieren und Ausleihungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
8. sonstige Zinsen und u. ähnliche Erträge	864.221,00 €	909.203,00 €	469.743,00 €	-439.460,00 €	-48,33%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.835.048,00 €	1.979.728,33 €	824.369,67 €	-1.155.358,66 €	-58,36%
Finanzergebnis	-970.827,00 €	-1.070.525,33 €	-354.626,67 €	715.898,66 €	-66,87%
				0,00 €	
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	-707.494,75 €	197.710,60 €	898.774,60 €	701.064,00 €	354,59%
10. sonstige Steuern	1.323,53 €	1.322,53 €	1.322,53 €	0,00 €	0,00%
Jahresergebnis	-708.818,28 €	196.388,07 €	897.452,07 €	701.064,00 €	356,98%
12. Einstellung in die zweckgebundene Investitionsrücklage	0,00 €	196.388,07 €	806.000,82 €	609.612,75 €	310,41%
Jahresergebnis	-708.818,28 €	0,00 €	91.451,25 €	91.451,25 €	

g) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet. Sitz der Anstalt ist Hürth.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein-Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

1.1 Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

D

Gemäß der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 23. November 2021 wurde die Schwerpunktbildung aus dem Jahr 2017 mit in Kraft treten zum 1. Januar 2022 fortgeschrieben. Das CVUA Rheinland ist nunmehr Kompetenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würzmittel, Gewürze, Getreide, Getreideprodukte, Backvormischungen, Brote, Kleingebäck und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und -Ester, Glycidol und -Ester, Mykotoxine, Nitrosamine in Kosmetika und mikrobiologische Untersuchungen in Kosmetika.

1.2 Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Vorstandsvorsitz:	Dagmar Pauly-Mundegar
Vorstandsmitglied:	Rainer Lankes

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

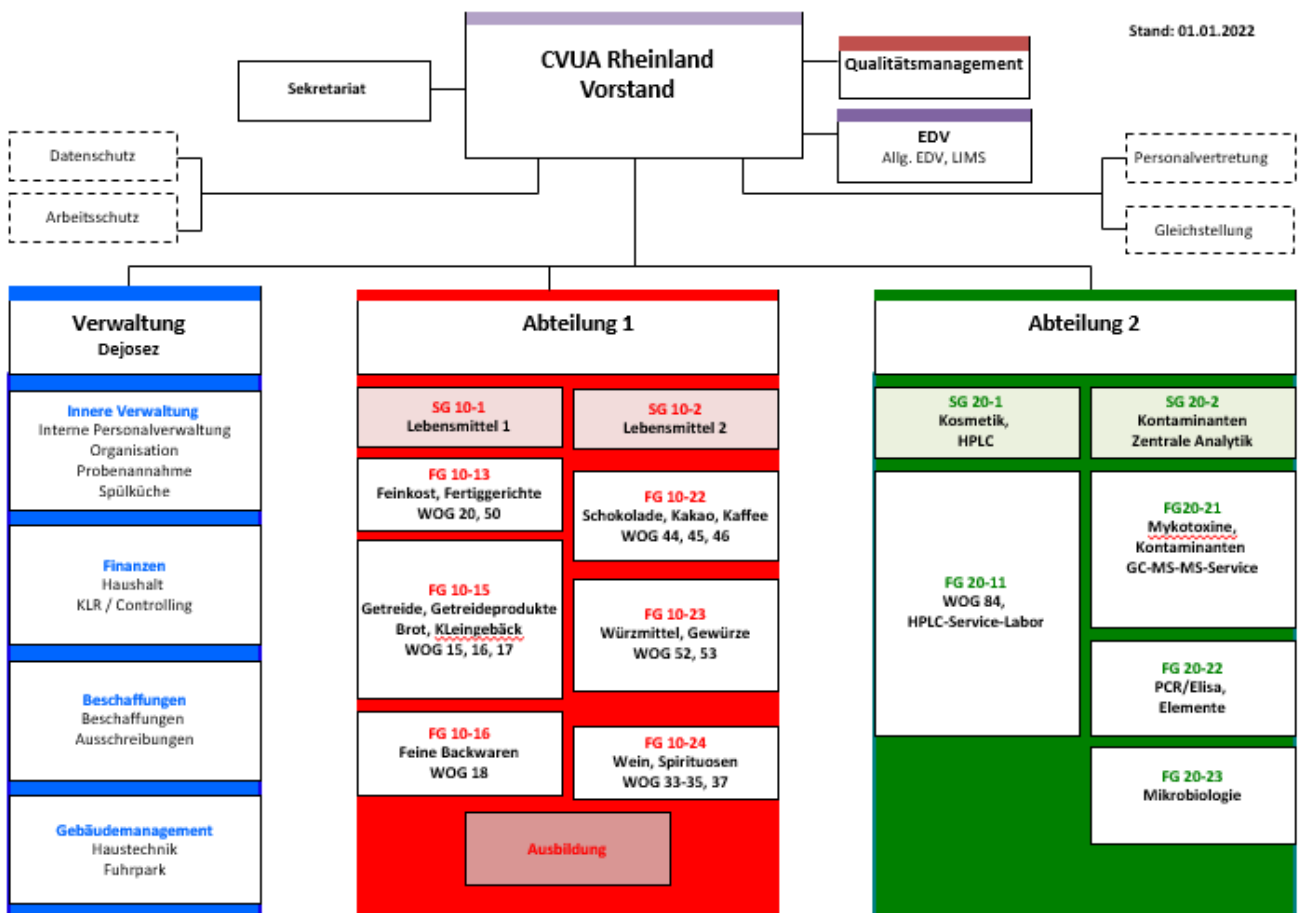
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation am Standort Hürth ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



(Die Zahlen hinter „WOG“ bezeichnen die Warenobergruppen)

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 5 Mitarbeitende aus. Vier Mitarbeitende durch Verrentung, davon einer in der Freistellung der Altersteilzeit, und eine durch Eigenkündigung. Zwei Stellen wurden durch interne Umsetzung nachbesetzt. Zwei Verrentungen wurden mit Jahresende wirksam, eine Wiederbesetzung erfolgt in 2023, ebenso wie die durch Umsetzung freigewordenen Stellen. Darüber hinaus wechselte ein wissenschaftlicher Mitarbeiter in Altersteilzeit in die Freistellungsphase. Die Stelle wurde nachbesetzt.

2.2.2 Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Für das Berichtsjahr 2022 wird wieder ein gemeinsamer Jahresbericht der fünf CVUÄ in NRW erstellt. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2022 wurden insgesamt 13.984 (Vorjahr: 8.965) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. Zusätzliche 2.843 (Vorjahr: 1.391) Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2022, der vom Verwaltungsrat am 9. Dezember 2021 beschlossen wurde, sah Einnahmen in Höhe von 1.315.540 € und Ausgaben in Höhe von 1.303.333 € im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 620 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Verlust von 10 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss von 897 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 25. Juni 2020 beschlossenen Entgeltordnung 11.186 T€ (Vj.: 10.588 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 329 T€ (Vj.: 311 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 46 T€ (Vj.: 41,5 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 6.279 T€ (Vj.: 5.865 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den Umsatzerlösen betrug ca. 56 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.383 T€ berücksichtigt.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 595 T€ gestiegen. Dies ist auf die Zunahme der Zuführungen zu sonstigen Pensions- und Beihilferückstellungen (+654 T€) zurückzuführen. Insgesamt liegen die Personalausgaben rund 69 T€ unter dem Planansatz für 2022.

Große Aufwandsposten bleiben die Materialkosten mit 452 T€ (Vj.: 362 T€) und die Energie und Wasserkosten mit 351 T€ (Vj.: 295 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 159 T€ (Vj.: 152 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 42 T€ (Vj.: 40 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von 315 T€ (Vj.: 230 T€), für Versicherungen in Höhe von 29 T€ (Vj.: 28 T€), für Periodika (Zeitschriften, Loseblatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 16 T€ (Vj.: 15 T€) und für den Proben-transport 34 T€ (Vj.: 28 T€).

Die Abschreibungen betrugen im Berichtsjahr 1.252 T€ (Vj.: 1.266 T€).

Statt des im Wirtschaftsplan 2022 ausgewiesenen Verlusts von 10 T€ wurde ein Jahresüberschuss von 897 T€ erzielt. Dies ist auf besseren Ergebnissen in vielen Bereichen, insbesondere aber auf ein besseres Finanzergebnis, der Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeit (140 T€) und insgesamt Wenigerausgaben bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (139 T€), zurückzuführen. Die Zinsbelastungen für die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2021	31.12.2022
Bilanzsumme	34.811.912,46 €	36.025.016,62
Anlagevermögen	18.279.900,46	21.256.658,82
Vorratsvermögen	73.051,00 €	56.478,93
Sonstige Vermögensgegenstände	1.864.913,00 €	0,00
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00
Eigenkapital	2.744.748,76 €	3.642.200,83
Eigenkapitalquote	7,9 %	10,1 %
Rückstellungen	22.090.443,20 €	23.380.887,49
Liquide Mittel	3.734.483,72 €	3.389.134,80
Verbindlichkeiten	9.755.115,70 €	9.001.928,30
davon Bankschulden	9.570.833,18 €	8.887.499,82

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 34.812 T€ auf 36.025 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Erstattungsansprüche nach § 107b BeamtVG, der Verringerung des Anlagevermögens und der Erhöhung der liquiden Mittel. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen und einer Verringerung der Verbindlichkeiten.

Im Geschäftsjahr wurden 4.230 T€ investiert, davon 3.784 T€ in Finanzanlagen (KVR-Fonds) und 446 T€ in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 23.381 T€ (Vj.: 22.090 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 22.802 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 11.257 T€ (Vj.: 10.792 T€).

3. Prognosebericht

3.1 Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt und, bedingt durch die Umstellung der Akkreditierung auf die neue DIN EN ISO/IEC 17025:2018, im Jahr 2019 vollständig überarbeitet. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

3.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Im Laufe des Jahres 2017 hatte die Kooperation Düsseldorf/Mettmann die Gespräche mit dem CVUA-RRW wieder aufgenommen, um über einen Beitritt zu verhandeln. Im November 2018 stimmte der Verwaltungsrat des CVUA-RRW dem Beitritt zu. Nach den noch erforderlichen Beschlussfassungen der betroffenen Kommunen, erfolgte der Beitritt der Kooperation zum 1.1.2020.

Ca. 4.500 Proben/Jahr aus dieser Kooperation betreffen Warenobergruppen der Schwerpunktbildung, wodurch eine Anpassung der Schwerpunktbildung innerhalb der CVUÄ NRW erforderlich wurde.

Die Umsetzung ist zum 01.01.2022 ohne größere Schwierigkeiten erfolgt und hat sich mittlerweile eingespielt.

3.1.2 Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Im August 2022 fand tournusmäßig eine Wiederholungsbegutachtung und Erweiterung der Akkreditierung aufgrund der durch die Schwerpunktbildung 2.0 geänderten Untersuchungsmethoden statt. Die festgestellten, nicht kritischen, Abweichungen konnten fristgerecht behoben werden. Die nächste externe Begehung wird voraussichtlich im Februar 2024 stattfinden.

3.1.3 § 2b Umsatzsteuergesetz

die Übergangsfrist für die weitere Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG a.F. („Optionserklärung“) wurde bis zum 31.12.2024 verlängert. Es ist derzeit nicht ersichtlich, dass das CVUA Rheinland für seine Leistungen Umsatzsteuer erheben muss. Allerdings ist für einige derzeit steuerfrei erhaltenen Leistungen (z. B. Personalbetreuungsvertrag) zukünftig Umsatzsteuer zu zahlen.

3.1.4 Corona-Pandemie

Die bereits 2020 getroffenen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden auch in 2022 durchgängig beibehalten. Dazu gehörten die Anweisung von Verhaltensregeln, das Anbringen von Spuckschutz an Doppelarbeitsplätzen, die Einführung und vermehrte Nutzung von „mobiles Arbeiten“ und vieles mehr. Ein Ausbruchsgeschehen im Haus gab es bisher nicht. Mittlerweile sind die Schutzmaßnahmen aufgehoben, werden aber auf freiwilliger Basis teilweise von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fortgesetzt. Durch die Aufhebung der Schutzmaßnahmen ist kein signifikant höherer Ausfall von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch eine Corona-Erkrankung zu beobachten.

3.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2023, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 13. Dezember 2022 verabschiedet wurde, weist einen Überschuss von rd. 17 T€ aus. Es wurden Einnahmen in Höhe von 1.357.536 € und Ausgaben in Höhe von 1.303.333 € im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 620 T€ beschlossen.

Bereits in der Dezembersitzung 2019 wurde die stufenweise Erhöhung der Entgelte ab dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2023 beschlossen. Diese wurden wie folgt festgesetzt:

2021: 2,06 €/Einwohner

2022: 2,19 €/Einwohner

2023: 2,23 €/Einwohner

Die sehr hohen Aufwendungen für die Pensions- und Beihilfelasten könnten in den kommenden Jahren zu Jahresfehlbeträgen führen, die das Eigenkapital weiter abschmelzen lassen. Der Verwaltungsrat hat daher der Einberufung des Entgeltbeirats im ersten Halbjahr 2023 beschlossen.

Die Stromlieferung wurden für den Zeitraum ab 2022 erneut europaweit ausgeschrieben werden. Es wurde ein Vertrag mit einer Laufzeit vom 1.01.2022 bis 31.12.2024 abgeschlossen. Der Preis je kWh hat sich dabei, über die gesamte Laufzeit gesehen, gegenüber den Vorjahren verdoppelt. Dennoch bewegen sich die Stromkosten durch den langfristig abgeschlossenen Vertrag auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau im Vergleich zu den derzeit geltenden Energiepreisen.

4. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung

Vorstand:	Pauly-Mundegar, Dagmar (Vorsitzende)		
	Lankes, Rainer		
Verwaltungsrat:	Land NRW	2 Sitze	30,00%
	Stadt Aachen	1 Sitz	5,83%
	Stadt Bonn	1 Sitz	5,83%
	Stadt Köln	1 Sitz	5,83%
	Stadt Leverkusen	1 Sitz	5,83%
	Städteregion Aachen	1 Sitz	5,83%
	Kreis Düren	1 Sitz	5,83%

Kreis Heinsberg	1 Sitz	5,83%
Kreis Euskirchen	1 Sitz	5,83%
Oberbergischer Kreis	1 Sitz	5,83%
Rheinisch-Bergischer Kreis	1 Sitz	5,83%
Rhein-Erft-Kreis	1 Sitz	5,83%
Rhein-Sieg-Kreis	1 Sitz	5,83%

Vertretung des Kreises Düren

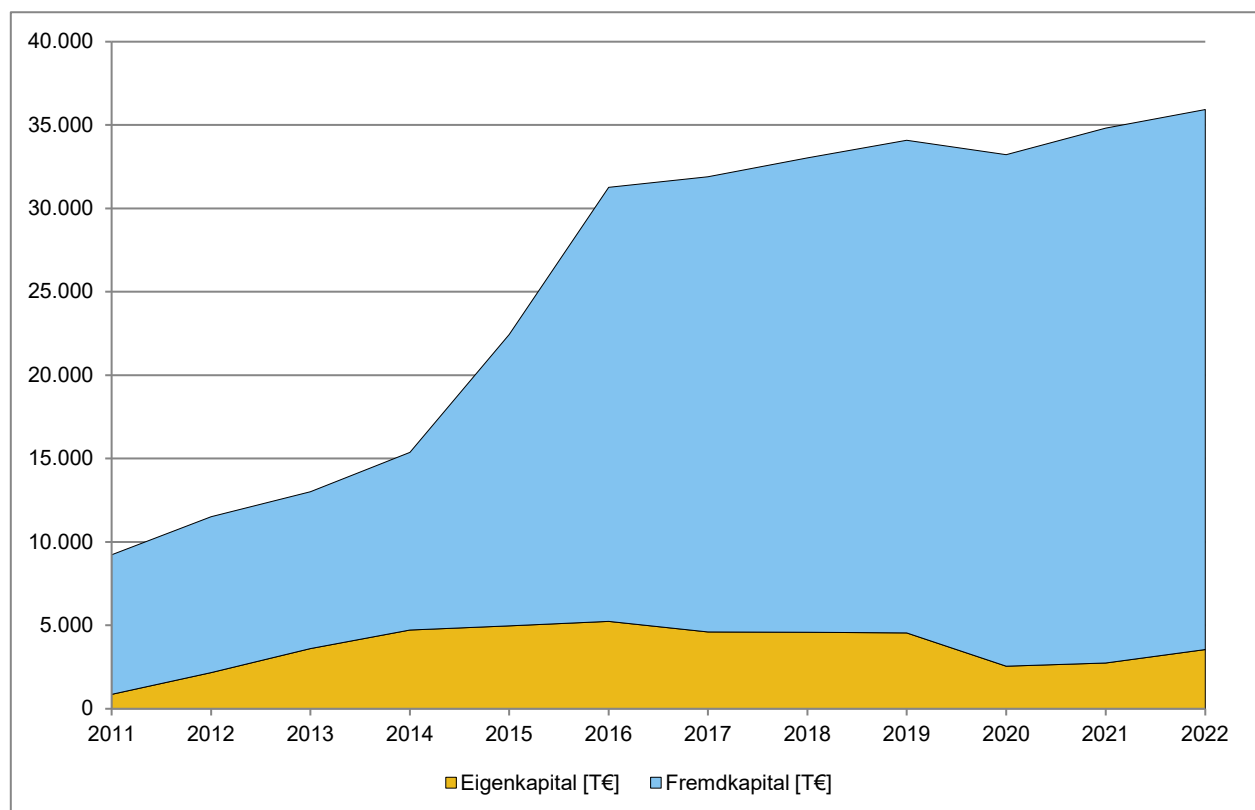
Verwaltungsrat:

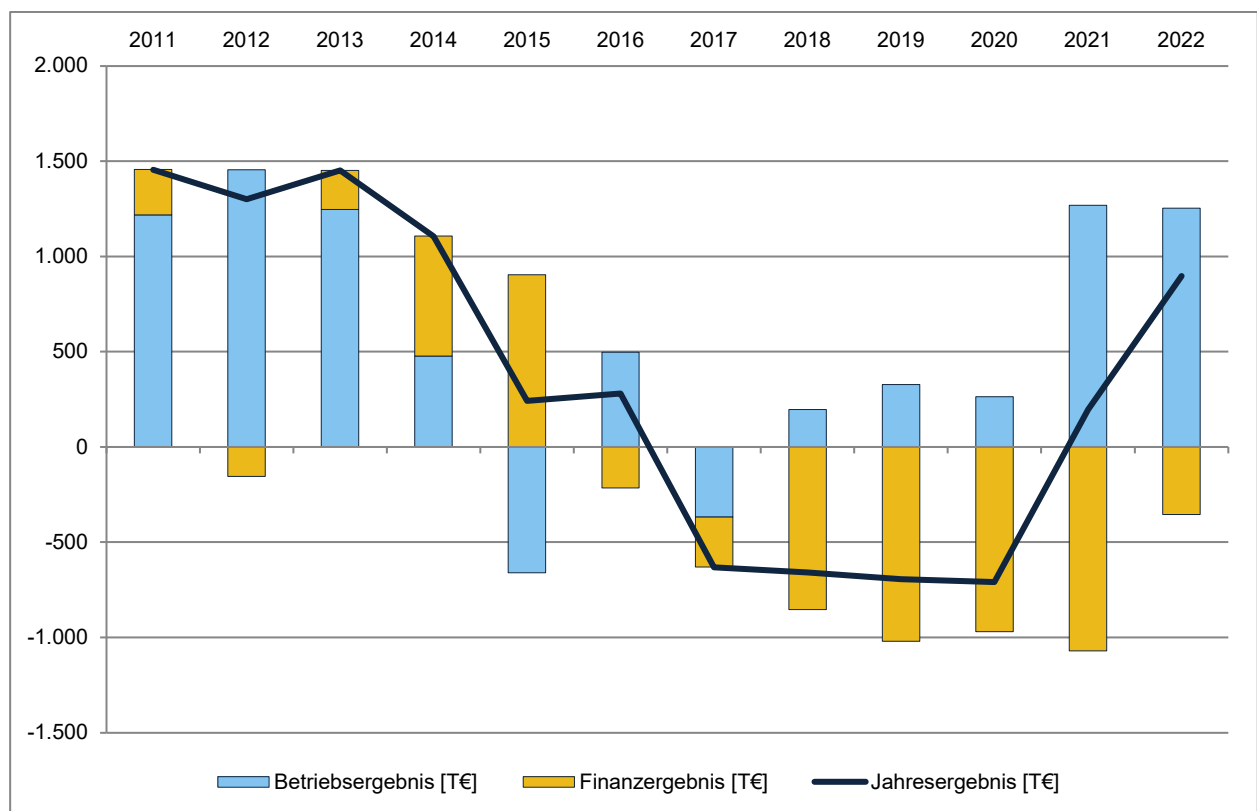
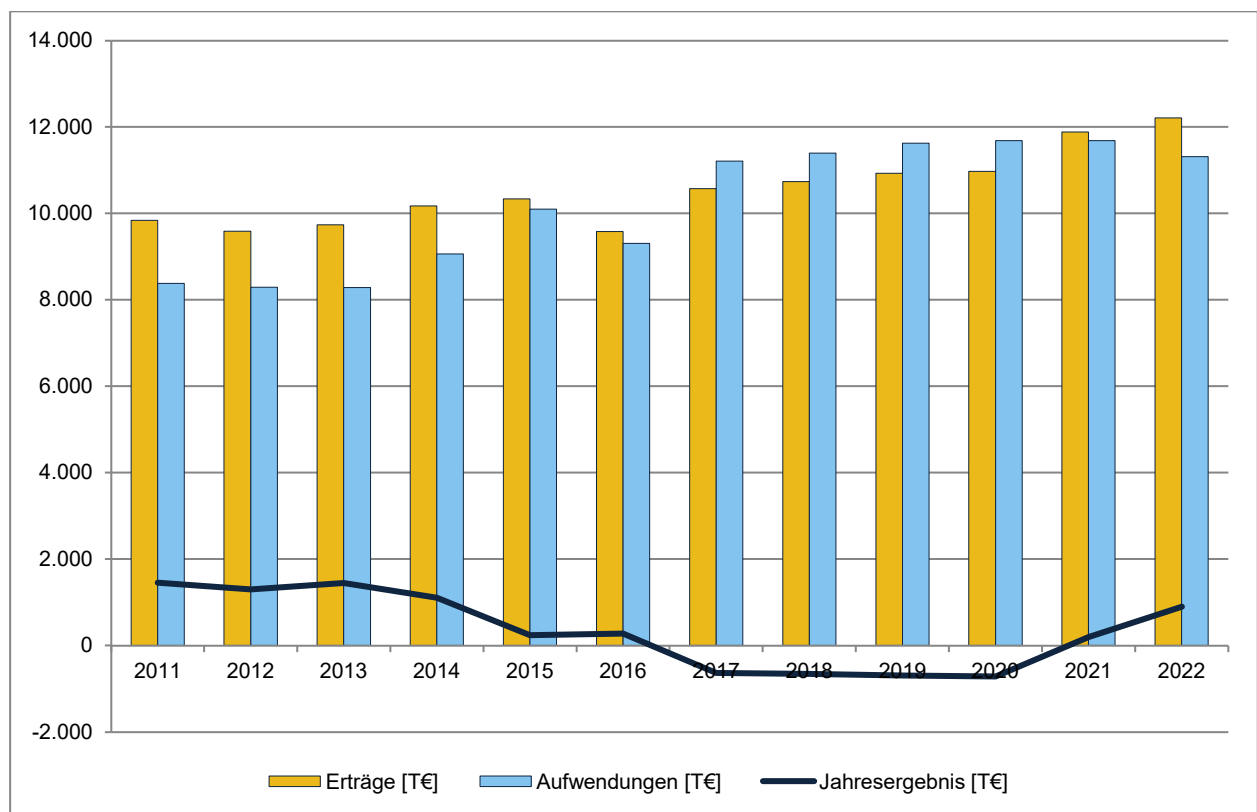
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	02.12.2014	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Anstalt tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	7,67%	7,88%	73,98%	66,10%
Eigenkapitalrentabilität	-27,81%	7,16%	78,12%	70,96%
Anlagendeckungsgrad 2	63,37%	63,63%	30,15%	-33,49%
Verschuldungsgrad	1.203,43%	1.160,24%	59,86%	-1.100,37%
Umsatzrentabilität	2,70%	11,94%	-2,50%	-14,45%

5 Dürener Deponiegesellschaft mbH (DDG)

Pfarrer Pleus Str. 46
52393 Hürtgenwald
Telefon: 02429/9494-0
Telefax: 02429/9494-25
E-Mail: info@ddg-mbh.de
Homepage: www.ddg-mbh.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung von Aufgaben der Abfallentsorgung, die der Kreis Düren auf die Gesellschaft übertragen hat oder übertragen wird oder die mit Zustimmung des Kreises Düren von dritten Auftraggebern auf die Gesellschaft übertragen werden.

Der eingeschränkte Betrieb der Deponie seit dem 01.01.2005 führt zu einem Wegfall der wesentlichen Aufgaben der DDG. Zudem hat der Kreis Düren wesentliche Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2005 auf den Zweckverband Entsorgungsregion (ZEW) West übertragen. Die Gesellschaft hat seit dem 01.01.2005 ihre Schwerpunkte auf die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm verlagert.

Seit 2018 betreibt die Gesellschaft eine "Deponie auf Deponie" für Inertabfälle.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	251	25,1
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	749	74,9
Stammkapital	1.000	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2022 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vorhanden.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	6.190.141,77 €	8.801.857,10 €	11.144.243,25 €	2.342.386,15 €	26,61%
II. Finanzanlagen	25.316.650,63 €	21.692.450,47 €	26.665.165,55 €	4.972.715,08 €	22,92%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermö- gensgegenstände	1.606.787,82 €	1.584.888,12 €	2.035.209,34 €	450.321,22 €	28,41%
III. Kassenbestand, Bundesbankgut- haben, Guthaben bei Kreditinstitu- ten und Schecks	5.183.069,95 €	8.607.007,48 €	6.032.493,92 €	-2.574.513,56 €	-29,91%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	36.718,71 €	34.930,79 €	26.575,00 €	-8.355,79 €	-23,92%
Summe Aktiva	38.334.368,88 €	40.722.133,96 €	45.904.687,06 €	5.182.553,10 €	12,73%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	0,00 €	1.967.989,86 €	1.967.989,86 €	
II. Gewinnrücklage	4.443.387,89 €	4.471.176,33 €	4.783.586,60 €	312.410,27 €	6,99%
III. Ergebnisvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Jahresergebnis	167.966,71 €	397.328,89 €	446.032,18 €	48.703,29 €	12,26%
B. Rückstellungen	10.738.039,36 €	3.734.637,83 €	8.754.776,74 €	5.020.138,91 €	134,42%
C. Verbindlichkeiten	21.984.974,92 €	25.118.990,91 €	28.952.301,68 €	3.833.310,77 €	15,26%
Summe Passiva	38.334.368,88 €	34.722.133,96 €	45.904.687,06 €	11.182.553,10 €	32,21%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	5.998.090,22 €	5.289.962,34 €	6.227.211,45 €	937.249,11 €	17,72%
2. sonstige betriebliche Erträge	1.619.045,11 €	1.586.746,50 €	2.359.112,38 €	772.365,88 €	48,68%
3. Materialaufwand	3.598.054,01 €	3.245.162,77 €	4.608.569,03 €	1.363.406,26 €	42,01%
4. Personalaufwand	442.794,53 €	488.485,06 €	433.477,75 €	-55.007,31 €	-11,26%
5. Abschreibungen	1.512.252,34 €	1.152.091,33 €	1.371.124,97 €	219.033,64 €	19,01%
6. sonstige betriebliche Aufwendun- gen	1.890.646,90 €	1.541.562,75 €	1.465.618,20 €	-75.944,55 €	-4,93%
Betriebsergebnis	173.387,55 €	449.406,93 €	707.533,88 €	258.126,95 €	57,44%
7. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	40.000,00 €	40.000,00 €	
8. Erträge aus sonstigen Ausleihun- gen	315.041,29 €	308.165,34 €	330.466,97 €	22.301,63 €	7,24%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	11,48 €	8,30 €	46,87 €	38,57 €	464,70%
10. Abschreibung auf Finanzanlagen	81.949,08 €	0,00 €	163.655,72 €	163.655,72 €	
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	130.650,35 €	127.332,08 €	217.061,73 €	89.729,65 €	70,47%
Finanzergebnis	102.453,34 €	180.841,56 €	-10.203,61 €	-191.045,17 €	-105,64%

Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	275.840,89 €	630.248,49 €	697.330,27 €	67.081,78 €	10,64%
12. außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
13. außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	89.024,87 €	213.169,70 €	231.548,19 €	18.378,49 €	8,62%
15. Sonstige Steuern	18.849,31 €	19.749,90 €	19.749,90 €	0,00 €	0,00%
Jahresergebnis	167.966,71 €	397.328,89 €	446.032,18 €	48.703,29 €	12,26%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Dürener Deponiegesellschaft mbH führt im Kreis Düren Aufgaben der Abfallentsorgung aus. Hierzu hat der Kreis Düren als entsorgungspflichtige Körperschaft der DDG auf Basis einer Rahmenvereinbarung vom 30. September 1994 und dazugehörigen Einzelverträgen Aufgaben der Abfallentsorgung übertragen:

- Einrichtung, Betrieb, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm
- Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Inden und Stetternich

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Geschäftsjahr 2022 um 1,9 %. Für 2023 wird ein Anstieg um 0,2 % erwartet (Quelle: Jahreswirtschaftsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz). Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs in Verbindung mit der Pandemie zeigten bislang keinen durchgreifenden Effekt für die Ertragssituation der Dürener Deponiegesellschaft mbH, allerdings muss für 2023 mit einer Verschlechterung der Ertragssituation durch den zu erwartenden Einbruch in der Baukonjunktur gerechnet werden.

Die Dürener Deponiegesellschaft mbH bewegt sich als Betreiber einer DK I - Deponie im Raum Stadt und Kreis Aachen, Kreise Düren, Heinsberg, Erftkreis, Rhein-Kreis Neuss und angrenzenden Gebieten. Der Wettbewerb in dieser Region findet statt zwischen den vorhandenen bzw. in der baulichen Erweiterung befindlichen weiteren Deponien der DK I.

2. Geschäftsverlauf

Im Dezember 2010 erhielt die DDG von der Bezirksregierung Köln die endgültige Genehmigung zur Durchführung von Stilllegungsmaßnahmen auf der Deponie Horm.

Das von der Bezirksregierung Köln in diesem Rahmen geforderte Grund- und Sickerwassermonitoring wurde auch in 2022 weitergeführt. Die Grundwasserstände, die Grundwasserbeschaffenheit und die

Beschaffenheit der Mischwässer im zentralen Pumpenschacht und des in 2013 angelegten Förderbrunnens WS 0005 werden der Bezirksregierung in regelmäßigen Abständen gemeldet.

Der abwechselnde Betrieb der beiden Gasmotoren im BHKW wird weiterhin mit einer Mischung von Erdgas und Deponiegas fortgeführt.

Im Dezember 2014 wurde ein Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung Köln zur Errichtung einer „Deponie auf Deponie“ innerhalb der bestehenden Planfeststellungsgrenzen eingereicht. Dem Antrag wurde mit Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln vom 19.01.2018 zugestimmt.

Aufgrund des Verfüllfortschrittes des in 2018/2019 errichteten ersten Betriebsabschnittes wurde mit dem Bau des zweiten Betriebsabschnittes mit einer Fläche von ca. 55.000 qm im März 2021 begonnen. Die Abdichtungsarbeiten wurden Ende 2022 beendet, Restarbeiten im Außenbereich der Deponie werden voraussichtlich im Frühjahr 2023 abgeschlossen. Die erste Teilfläche des zweiten Betriebsabschnittes wurde im Herbst 2022 in Betrieb genommen, die zweite Teilfläche soll im März 2023 behördlich abgenommen und anschließend mit der Verfüllung begonnen werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die DDG erzielt ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen aus dem Betrieb des mit Planfeststellungsbeschluss vom 19. Januar 2018 genehmigten Deponieabschnittes „Deponie auf Deponie“.

Mit der Inbetriebnahme des ersten Betriebsabschnittes der „Deponie auf Deponie“ im Dezember 2018 erfolgt wieder eine Entsorgung mineralischer Abfälle der Deponieklasse I (DK I). Im Herbst 2022 wurde im fertiggestellten zweiten Betriebsabschnitt mit der Verfüllung begonnen. Damit verbunden ist die verfüllvolumenabhängige Abschreibung der Vorlaufkosten sowie der Einrichtungskosten dieser Abschnitte einschließlich der 2018 neu errichteten Nebenanlagen, außerdem die Berücksichtigung der zugehörigen Finanzierungskosten.

Die Aufwendungen aus der Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm werden durch den Verbrauch der hierfür gebildeten Rückstellungen gedeckt. Gleiches galt auch für die Nachsorge der Deponie Inden, wobei hierfür im Jahr 2015 die Rückstellungen aufgebraucht waren. Die über die gebildeten Rückstellungen hinausgehenden Aufwendungen werden aufgrund der vertraglichen Regelungen durch den Kreis Düren getragen. Im Geschäftsjahr 2022 resultieren hieraus Umsatzerlöse von TEUR 5.

Die Kosten des Betriebes werden seit dem 01. Januar 2017 gemäß Dienstleistungsvertrag zwischen der DDG und der EGN vom 21./28. Dezember 2016 abgerechnet.

Die folgende Tabelle stellt die Abfallmengen und die zugehörigen Umsätze für 2022 und 2021 dar:

	2022		2021	
	Menge t	Umsatz TEUR	Menge t	Umsatz TEUR
Inertabfälle	425.917	9.166	342.769	7.724

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 275 (Vorjahr: TEUR 181). Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von TEUR -10 (Vorjahr: TEUR 181), dem neutralen Ergebnis von TEUR 413 (Vorjahr: TEUR 248) und dem Steueraufwand in Höhe von TEUR 232 (Vorjahr: TEUR 213) erzielt die Gesellschaft in 2022 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 446 (Vorjahr: TEUR 397).

b) Finanzlage

Die DDG ist der Verpflichtung nachgekommen, während der Verfüllungszeit der Deponie Horm Mittel für die Rekultivierung und Nachsorge anzusammeln. Die Ansammlung von Mitteln und die Bildung von Rückstellungen bis Ende 2004 erfolgte entsprechend dem Beschluss des Kreistages aus 2002 im Umfang von ursprünglich 32 Mio. EUR. Zum Bilanzstichtag werden die Rückstellungen, unter Berücksichtigung des Verbrauchs in 2022 und Vorjahren, mit TEUR 7.272 ausgewiesen. Entsprechend dem Gutachten vom 19. Juli 2011 zur Kostenermittlung für einen Nachsorgezeitraum bis zum Jahr 2041 werden die Rückstellungen voraussichtlich nicht ausreichen, um alle künftigen Aufwendungen für Nachsorge und Rekultivierung zu decken. Die über die gebildeten Rückstellungen hinausgehenden Aufwendungen sind aufgrund der vertraglichen Regelungen durch den Kreis Düren zu tragen.

Die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel zeigt folgende Übersicht:

Liquide Mittel am Jahresanfang	TEUR	8.607
Mittelzufluss/-abfluss aus		
Geschäftstätigkeit	TEUR	+ 1.521
Investitionstätigkeit	TEUR	- 8.036
Finanzierungstätigkeit	TEUR	+ 3.940
Liquide Mittel am Jahresende	TEUR	6.032

In der nachfolgenden Übersicht sollen die in der Gesellschaft vorhandenen Bestände für Rekultivierung und Nachsorge noch einmal nachrichtlich zusammengefasst werden:

	<u>Stand zum 31.12.2022</u>
1. Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge Deponie Horm (Altbereich)	TEUR 7.272
2. a) Sonst. Verbindlichkeiten der DDG gegenüber dem Kreis Düren	TEUR 18.028
b) Finanzverbindlichkeiten der DDG gegenüber dem Kreis Düren	TEUR 10.525

3. Gewinnrücklagen der DDG, die zweckgebunden für Rekultivierung und Nachsorge eingesetzt werden sollen	TEUR 4.784
4. Gesellschaftereinlage des Kreis Düren in die Kapitalrücklage, die zweckgebunden für Rekultivierung und Nachsorge eingesetzt werden soll	TEUR 1.968
Altbereich der Deponie (Kreis Düren zugeordnet)	TEUR 42.577
5. Rückstellung für Nachsorge der Erweiterung „Deponie auf Deponie“ (DDG zugeordnet)	TEUR 340
GESAMT	<u>TEUR 42.917</u>

Neben der Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge des Altbereiches (Punkt 1) wird eine weitere Rückstellung für die Nachsorge der Erweiterung der „Deponie auf Deponie“ in Höhe von TEUR 340 ausgewiesen (Punkt 5). Sie wird getrennt dargestellt, da sie künftigen Verpflichtungen der DDG zuzuordnen ist und nicht dem Kreis Düren.

Für die aus der Nachsorge des neuen Deponieabschnittes entstehenden zusätzlichen Aufwendungen wurde eine Betrachtung über einen Zeitraum von 30 Jahren als Ergänzung des vorgenannten Gutachtens vom 19. Juli 2011 erstellt und bei der Rückstellungsbildung berücksichtigt. Dieser Betrag wurde in 2020 um die nach Abschluss des Betriebs erforderlichen Baukosten zur Aufstockung von vier Schächten des neuen Deponieabschnittes im Zuge der Rekultivierung ergänzt.

c) Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt TEUR 5.182 erhöht. Die Anlagendeckung beträgt 21,68 % (Vorjahr: 19,24 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 17,86 % (Vorjahr: 14,41 %).

III. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Unternehmenssteuerung nutzen wir die monatlichen Controlling-Berichte, in denen die Plan-/Ist-Abweichungen der Kennzahlen Außenumsatz, Materialaufwand, Rohertrag, betrieblicher Cash-Flow und Earnings before Interest and Taxes (EBIT) betrachtet werden.

Der Außenumsatz lag im Geschäftsjahr 2022 um 75,5 % über dem Planwert. Obwohl gleichzeitig der Materialaufwand um 125,0 % gegenüber der Planung gestiegen war, fiel der Rohertrag um 55,2 % besser aus als geplant. Dies führte letztlich zu einem EBIT von TEUR 3.727, das mit TEUR 1.924 über dem geplanten EBIT (d.h. inkl. des Nachkalkulationsergebnisses von TEUR 3.256, welches dem Kreis Düren zusteht) von TEUR 1.803 lag. Die Hauptursache für die Abweichungen liegt im erhöhten Mengenaufkommen bei gleichzeitig erzieltm höherem Durchschnittsentgelt je t.

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2022 im Jahresdurchschnitt 8 Mitarbeiter.

IV. Prognosebericht

Für 2023 wird ausweislich der Unternehmensplanung mit einem Ergebnis vor Steuern und vor Berücksichtigung der Ergebnisse aus der erforderlichen Nachkalkulation aufgrund der Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP) von TEUR 1.960 gerechnet. Einem Umsatz in Höhe von TEUR 7.201 steht ein Betriebsaufwand in Höhe von TEUR 5.411 gegenüber bei einem Finanzergebnis in Höhe von TEUR 170. Das geplante EBIT liegt bei TEUR 1.947.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagement

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der EGN eingebunden. Dieses Risikomanagementsystem besteht im Wesentlichen aus den folgenden Bausteinen: Mittelfristplanung mit fünfjährigem Planungshorizont, monatliches Berichtswesen, institutionalisierte Gesprächsrunden und Prüfung durch die interne Revision. Ergänzt werden diese Bausteine durch die quartalsweise Aktualisierung der Risikolandschaft (Risikoatlas).

2. Chancenbericht

Mit dem Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln vom 19.01.2018 wurde der Erweiterung der Deponie um einen Deponieabschnitt „Deponie auf Deponie“ der Deponieklasse I mit einem Verfüllvolumen von 3,7 Mio. cbm zugestimmt. Damit ist in Abhängigkeit von der Jahresverfüllung eine weitere Betriebszeit von 20 bis 30 Jahren als gesichert anzusehen.

3. Risikobericht

Branchenbezogene Risiken

Der Betrieb einer DK I – Deponie ist im Wesentlichen abhängig von der Entwicklung der Baukonjunktur. Bei einer Abschwächung reduziert sich die zur Deponierung gelangende Abfallmenge. Allerdings sind $\frac{3}{4}$ der Betriebskosten der Deponie Horm ausschließlich abhängig von dem Volumenverzehr und stehen damit unmittelbar in Zusammenhang mit der Annahmemenge. Lediglich für $\frac{1}{4}$ der Betriebskosten besteht damit ein Risiko bei rückläufigen Mengen.

Mögliche wirtschaftliche Auswirkungen des im Februar 2022 begonnenen Ukraine-Kriegs und der hohen Inflationsrate sind gesondert zu betrachten. In 2022 haben sich für die Deponie Horm keine negativen Einflüsse daraus ergeben. Es wurden erheblich mehr Mengen angenommen als geplant (auch ohne die Ersatzbaustoffmengen für die Einrichtung des BA 2), zudem zu einem höheren Durchschnittspreis als im Wirtschaftsplan angenommen. Allerdings ist davon auszugehen, dass in 2023 die Baukonjunktur insgesamt, vor allem der private Bausektor, rückläufig sein wird. Ein Schwerpunkt der Deponiemengenannahme liegt jedoch im öffentlichen Straßenbau. Ein massiver Rückgang der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand wird nicht erwartet.

Ertragsorientierte Risiken

Durch die Schaffung weiteren Deponievolumens DK I im Einzugsbereich der Deponie Horm kann die entstehende zusätzliche Konkurrenzsituation bei gleicher Marktmenge zu einer Preisminderung führen. Gleiches gilt bei insgesamt sinkender Deponiemenge. Dem steuert die DDG durch Festlegung einer Entgeltuntergrenze gegenüber dem verantwortlichen Vertrieb der EGN gegen, unterhalb derer kein Deponievolumen vermarktet werden darf.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der seit Jahren stark rückläufigen Zinserträge am Kapitalmarkt kann die DDG die Zinserträge nicht mehr in dem Maße am Markt realisieren, wie es ursprünglich von der Geschäftsführung geplant wurde. Dies wird langfristig dazu führen, dass die für Rekultivierung und Nachsorge angesparten Gelder eher als geplant aufgezehrt sein werden. Dieses Risiko liegt aufgrund der vertraglichen Regelungen jedoch nicht bei der DDG, sondern beim Kreis Düren als Auftraggeber.

Insgesamt wurden bis Ende 2022 freiwerdende Mittel im Umfang von 18 Mio. EUR der externen Vermögensverwaltung zugeführt, bei der eine risikoarme Anlage in Aktien (max. 30%) und Anleihen erfolgt. Der Betrag wurde auf die beauftragten zwei Bankhäuser zu gleichen Anteilen verteilt. Darüber hinaus erfolgte die Einlage von 4 Mio. EUR in einen geschlossenen Immobilienfonds (IMMAC Sozialimmobilien 118. Renditefonds GmbH & Co. geschlossene Investmentkommanditgesellschaft) sowie die Einlage von 3,76 Mio. EUR in einen weiteren geschlossenen Immobilienfonds (BVT Ertragswertfonds Nr. 9 GmbH & Co. Geschlossene Investment KG).

Außerdem wurden die der DDG zuzuordnenden Mittel für die Nachsorge der Erweiterung „Deponie auf Deponie“ in Höhe von 177 TEUR (aus dem Jahresabschluss 2021) in einen Fonds des Bankhauses Hauck Aufhäuser Lampe eingebracht.

4. Gesamtaussage

Durch die Rechtswirksamkeit des Planfeststellungsbeschlusses der Bezirksregierung Köln kann der Deponiebetrieb noch für einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren als gesichert angesehen werden. Parallel dazu bestehen die Aufgaben der DDG weiterhin in der Nachsorge und Rekultivierung der Deponie Horm.

Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten, Guthaben bei Kreditinstituten sowie die externe Vermögensverwaltung durch zwei Bankhäuser und die Beteiligung an zwei geschlossenen Immobilienfonds.

Die Gesellschaft setzt Finanzinstrumente ein, um beim Prozess der Leistungserbringung sowie der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen finanzielle Risiken für die Gesellschaft zu vermeiden bzw.

mindestens zu verringern. Bei Neukunden werden Bonitätsprüfungen durchgeführt und bei Bedarf erfolgt die Dienstleistungserbringung erst gegen Entrichtung einer Vorauszahlung. Wöchentlich wird der Forderungsbestand überwacht und Kontakt zu den Kunden aufgenommen.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurz- und langfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über das eigene Bankguthaben sowie - im investiven Bereich - durch Kreditvereinbarungen mit dem Kreis Düren in Form einer Inanspruchnahme von Finanzanlagemitteln.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung

Geschäftsführung:	Baumgardt, Rainer Steins, Hans Martin	Wassenberg Kreis Düren	Dezernent
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	3 Sitze	25,10 %
	EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	4 Sitze	74,90 %
Gesellschafterrat:	Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten.	1 Stimme	je 1.000,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	09.10.2014	
Szadkowski, Heike	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
von Laufenberg, Reiner	Kreistagsmitglied	03.11.2003	31.08.2023
Nolten, Ralf	Kreistagsmitglied	20.02.2024	

Gesellschafterrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Berres-Förster, Menka	Kreistagsmitglied	31.03.2022	
Bozkır, Timur	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Braumüller, Heinz-Peter	Kreistagsmitglied	03.11.2004	
Breuer, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	02.02.2004	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Esser, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	01.01.2024
Filipovic, Sanja	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Hamacher, Rolf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Krischer, Andreas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Nix, Christoph	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Nolten, Ralf	Kreistagsmitglied	02.02.2004	
Schmitz, Georg	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	
Strack, Birgit	Kreistagsmitglied	03.07.2014	30.03.2022
Veithen, Valentin Raimund	Kreistagsmitglied	03.11.2009	
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

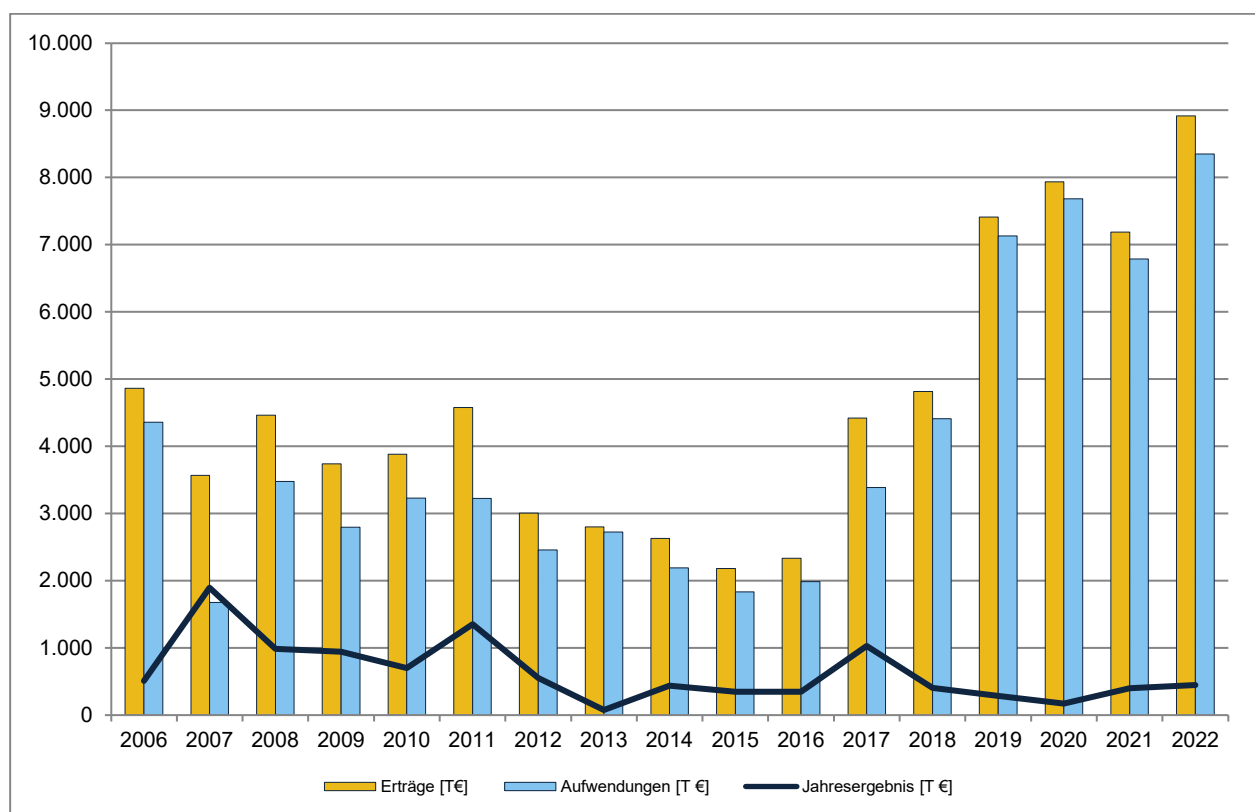
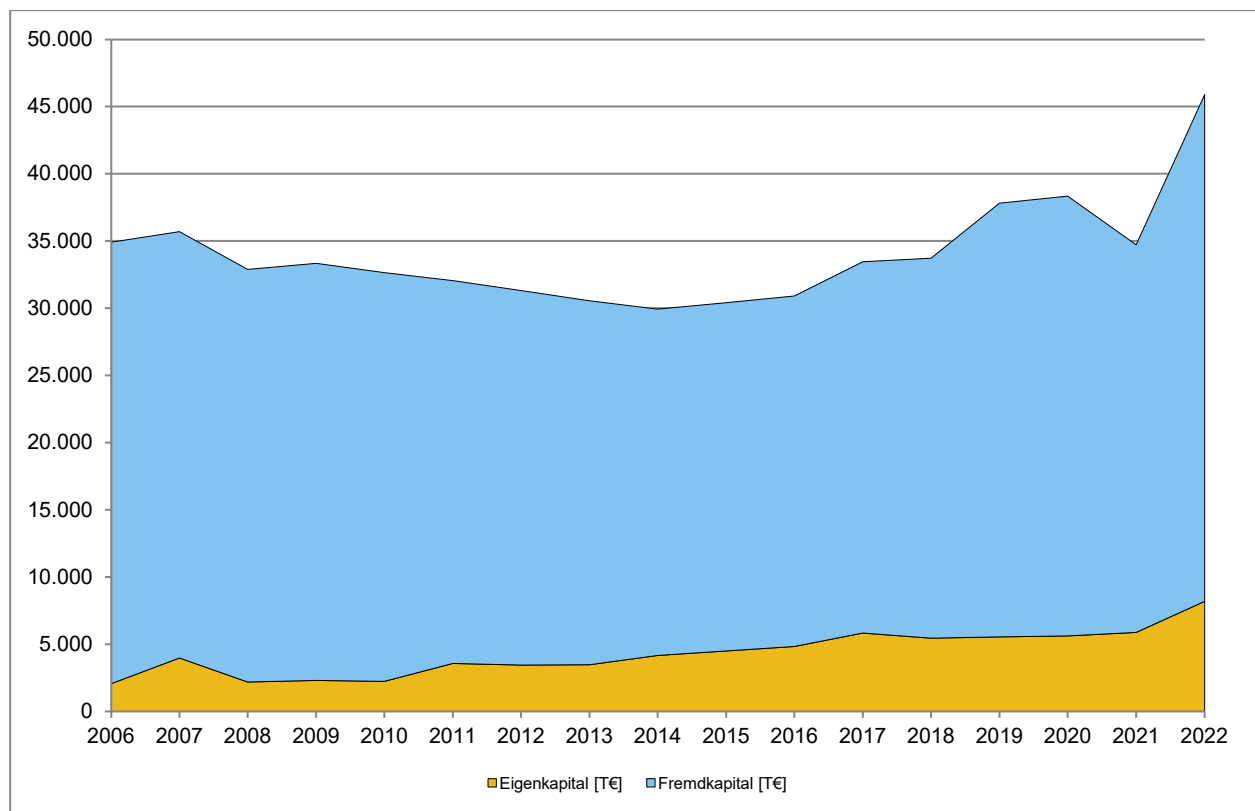
Gesellschafterversammlung:

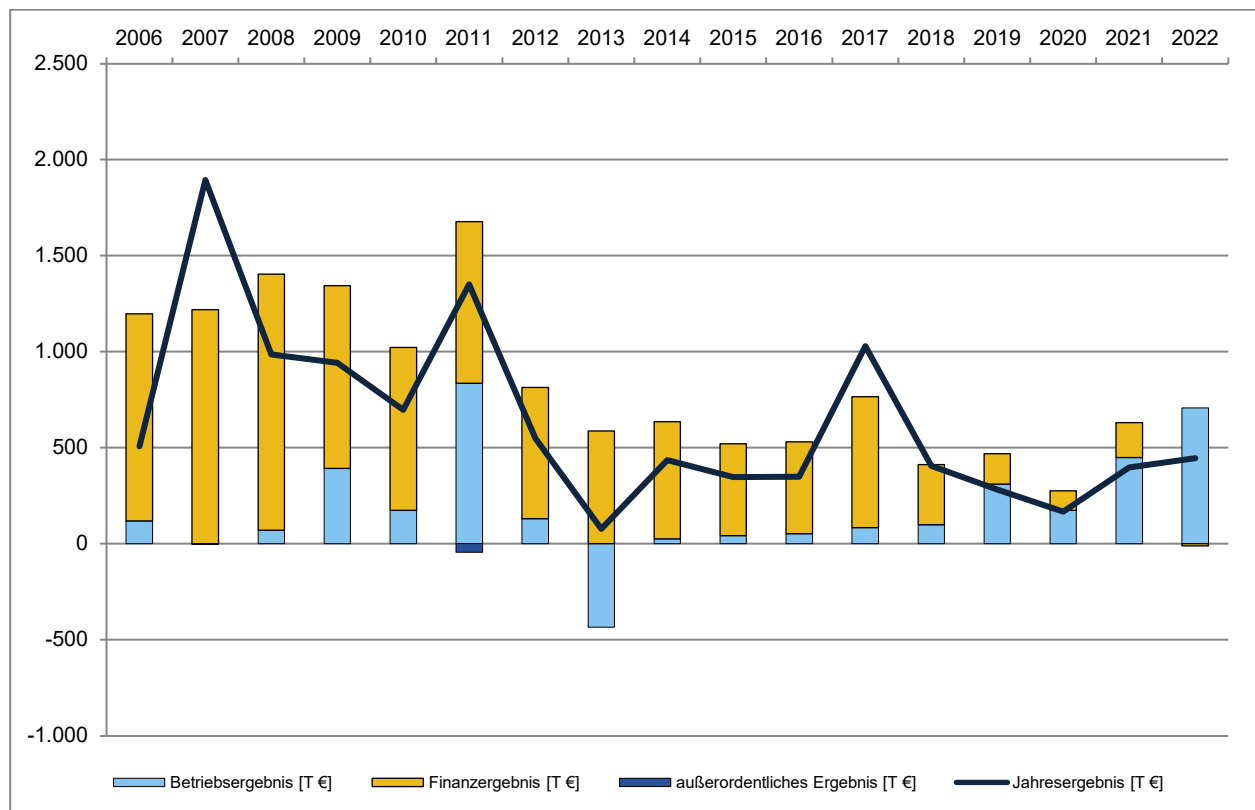
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	23.05.2006	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	14,64%	16,90%	17,86%	0,96%
Eigenkapitalrentabilität	2,99%	6,77%	5,44%	-1,33%
Anlagendeckungsgrad 2	34,37%	41,95%	46,21%	4,26%
Verschuldungsgrad	583,16%	491,67%	459,98%	-31,69%
Umsatzrentabilität	2,89%	8,50%	11,36%	2,87%

6 d-NRW AöR



Rheinische Straße 1
44137 Dortmund
Telefon: 0231/222 438-10
Telefax: 0231/222 438-11
E-Mail: info@d-nrw.de
Homepage: www.d-nrw.de

a) Gegenstand der Anstalt

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten.

Die Anstalt unterstützt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 551).

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	1,00	<0,1
Land NRW	1.000,00	81,43
Weitere Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände	280,00 (je 1,00)	18,49
Stammkapital	1.368,0	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine Verbindungen zum Kreishaushalt.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.715,00 €	7.416,00 €	63.822,98 €	56.406,98 €	760,61%
II. Sachanlagen	75.710,25 €	68.434,25 €	75.880,75 €	7.446,50 €	10,88%
B. Umlaufvermögen				0,00 €	
I. Vorräte	2.852.755,02 €	2.392.488,83 €	2.396.237,37 €	3.748,54 €	0,16%
II. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.715,00 €	7.416,00 €	63.822,98 €	56.406,98 €	760,61%
III. Sachanlagen	75.710,25 €	68.434,25 €	75.880,75 €	7.446,50 €	10,88%
B. Umlaufvermögen				0,00 €	
I. Vorräte	2.852.755,02 €	2.392.488,83 €	2.396.237,37 €	3.748,54 €	0,16%
II. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	2.895.314,06 €	7.780.437,14 €	4.788.233,34 €	-2.992.203,80 €	-38,46%
III. Kassenbestand	7.186.977,90 €	10.347.155,40 €	18.758.025,55 €	8.410.870,15 €	81,29%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.998,35 €	5.088,01 €	10.155,51 €	5.067,50 €	99,60%
Summe Aktiva	13.016.470,58 €	20.601.019,63 €	26.092.355,50 €	5.491.335,87 €	26,66%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.271.000,00 €	1.281.000,00 €	1.368.000,00 €	87.000,00 €	6,79%
II. Kapitalrücklage	1.528.752,40 €	1.528.752,40 €	1.528.752,40 €	0,00 €	0,00%
III. Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Rückstellungen	1.883.658,13 €	3.339.662,11 €	5.607.394,23 €	2.267.732,12 €	67,90%
C. Verbindlichkeiten	8.333.060,05 €	14.451.605,12 €	17.558.628,87 €	3.107.023,75 €	21,50%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	29.580,00 €	29.580,00 €	
Summe Passiva	13.016.470,58 €	20.601.019,63 €	26.092.355,50 €	5.491.335,87 €	26,66%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	28.061.527,33 €	51.001.544,75 €	101.209.076,39 €	50.207.531,64 €	98,44%
2. Veränderung des Bestands anfertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	22.953,89 €	344.201,31 €	432.735,97 €	88.534,66 €	25,72%
4. Materialaufwand	24.774.858,64 €	47.342.141,81 €	96.866.327,83 €	49.524.186,02 €	104,61%
5. Personalaufwand	2.343.268,81 €	3.312.697,13 €	4.039.919,59 €	727.222,46 €	21,95%
6. Abschreibungen	55.211,69 €	39.777,47 €	45.626,74 €	5.849,27 €	14,70%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	736.465,46 €	636.770,92 €	676.092,82 €	39.321,90 €	6,18%
Betriebsergebnis	174.676,62 €	14.358,73 €	13.845,38 €	-513,35 €	-3,58%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	31.173,34 €	31.327,63 €	13.837,42 €	-17.490,21 €	-55,83%
Finanzergebnis	-31.173,34 €	-31.327,63 €	-13.837,42 €	17.490,21 €	-55,83%

Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	143.503,28 €	-16.968,90 €	7,96 €	16.976,86 €	-100,05%
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. sonstige Steuern	143.503,28 €	-16.968,90 €	7,96 €	16.976,86 €	-100,05%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1326,89%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Absatz 2 (n. F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die d-NRW AöR (d-NRW VO) vom 28.03.2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25.04.2022 (GV. NRW. 2022 S. 493), ist am 26.04.2022 in Kraft getreten. Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

Geschäftsstelle Onlinezugang / Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW) / FIM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW / Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW / Wirtschafts-Service-Portal.NRW / Vergabeportal.NRW / Meldeportal Behörden und Lichtbildportal / Förderplan.web / Sozialplattform / KiBiz.web / Bauportal.NRW / PfAD-Familie sowie Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2022 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 368 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Berichtsjahr trotz Inflation, Ukraine-Krieg, Energiepreiskrise und fortdauernder Lieferschwierigkeiten um ca. 2,0 % (Vorjahr: 2,9 %) gewachsen. Wie schon in den Vorjahren ist der IT-Sektor vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Für den Bereich Information und Kommunikation konnte ein deutlicher Zuwachs von 3,6 % verzeichnet werden. Aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung gewinnt die Informationstechnologie-Branche weiter an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2022 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) *Finanzierung*

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2022 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) *Personal*

Die Anstalt hat im Jahr 2022 im Durchschnitt 69 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) *Umwelt*

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) *Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr*

Auf die im Berichtsjahr erfolgte Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR, die insbesondere eine Verordnungsermächtigung (§ 6 Abs. 2) beinhaltet, und die exklusive Zuweisung von Digitalisierungsaufgaben auf die Anstalt per Rechtsverordnung (d-NRW VO) wurde bereits unter I. hingewiesen.

Im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 15.05.2022 haben sich nachfolgende Umressortierungen ergeben, die für die d-NRW AöR bedeutsam sind. Die allgemeine Aufsicht über die Anstalt ist vom vormaligen Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) NRW auf das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) NRW übergegangen, das zugleich auch das Land Nordrhein- Westfalen als Träger der Anstalt vertritt.

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung, Wartung, Pflege, Gestaltung und Redaktion von nrwGOV-Themenseiten die Zuschlagserteilung mit einer Obergrenze von bis zu 3 Mio. EUR und einer Laufzeit von 4 Jahren.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den IT- Dienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online- Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 85 Beitritte von Städten, Gemeinden und Kreisen zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d-NRW AöR bis zum Jahresende 2022 auf insgesamt 368 Kommunen haben anwachsen lassen.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 101.209 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 51.002) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

a) *Vermögenslage*

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	31.12.2021	31.12.2022	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	76	140	+64
Umlaufvermögen	20.520	25.942	+5.422
Rechnungsabgrenzung	5	10	+5
Passiva			
Eigenkapital	2.810	2.897	+87
Fremdkapital	17.791	23.195	+5.404
Bilanzsumme	20.601	26.092	+5.491

Im Vergleich zum 31.12.2021 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 5.422 erhöht. Grund dafür sind bei einer Erhöhung der bereits geleisteten Anzahlungen (+TEUR 4) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 8.411) bei zugleich verringerten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-TEUR 2.194) sowie eine Verringerung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (-TEUR 802).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 87) und das Fremdkapital ist um +TEUR 5.404 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 1.116) und die „Sonstige Verbindlichkeiten“ (+TEUR 2.102) gewachsen. Demgegenüber sind die „Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 112) im Vergleich zum 31.12.2021 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht

(+TEUR 2.268). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.557) und die Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit (+TEUR 28), bei verringerten „Sonstige Rückstellungen“ (-TEUR 279) und verringerten Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 42).

b) *Finanzlage*

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2022 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+TEUR 5.491), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 8.411), auf 11,1 % (31.12.2021: 13,6 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 18.758 (31.12.2021: TEUR 10.347).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,6 % (Vorjahr: 101,9 %).

c) *Ertragslage*

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2022 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Onlinezugangsgesetz (OZG), Wirtschafts-Service- Portal.NRW, Sozialplattform, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Kommunalvertreter.NRW, Serviceportal.NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal Behörden und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landes-verwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2021	2022	+/- Vj.
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebserträge	51.345	101.642	+50.297
Betriebsaufwendungen	-51.314	-101.628	+50.314
Finanzergebnis	-31	-14	-17
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d- NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2021 TEUR	2022 TEUR	+/- Vj. TEUR
Projekterlöse	22.604	16.184	-6.420
Dienstleistungen	29.819	87.582	57.763
übrige Umsatzerlöse	1	0	-1
	52.424	103.766	51.342
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-1.423	-2.557	-1.134
	51.001	101.209	50.208

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 49.524 auf TEUR 96.866 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 676 (Vorjahr: TEUR 637) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 24 (Vorjahr: TEUR 21), Raummiete TEUR 195 (Vorjahr: TEUR

185), Fortbildungskosten TEUR 57 (Vorjahr: TEUR 62), Rechts- und Beratungskosten TEUR 105 (Vorjahr: TEUR 52), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 11), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 22) sowie Buchführungs- kosten TEUR 27 (Vorjahr: TEUR 25).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 31) – ausgewiesen im Finanzergebnis – handelt es sich um Verwarentgelte.

d) Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „RV 2019-2023 (Lose 1-7)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 3.238 (von ursprünglich TEUR 40.000), „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 922 (von ursprünglich TEUR 10.000), „RV 2021- 2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 121.000 (von ursprünglich TEUR 200.000).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AöR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AöR auch in den zahlreichen Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate (4 % in 2022) erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind). Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitenden Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Für den Gesamtkontext befindet sich ein Personalentwicklungskonzept in der Aufstellung. Die d-NRW AöR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von 36,4 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

e) Risikomanagement

Ein dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem gibt es bislang nicht. Aktuell wird vor dem Hintergrund des stetigen Wachstums der d-NRW AöR ein Risikomanagementsystem etabliert.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch ergeben sich weitere Potentiale für die Anstalt. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, sind auf der Grundlage der bereits o. g. d-NRW VO zu erwarten, mit der der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung übertragen worden sind. Dadurch kann sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen (z. B. Ausgestaltung des OZG-Folgegesetzes). Unwägbarkeiten ergeben sich zudem noch im Nachgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022, weil die Ausrichtung der weiteren Digitalisierung der Verwaltung in NRW bislang noch nicht abschließend geklärt ist.

c) Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist zu erwarten, dass sich Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden, d. h. sich wieder in Richtung der Vorjahreswerte bewegen werden.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:

Lienenkamp, Dr. Roger
(Vorsitzender)

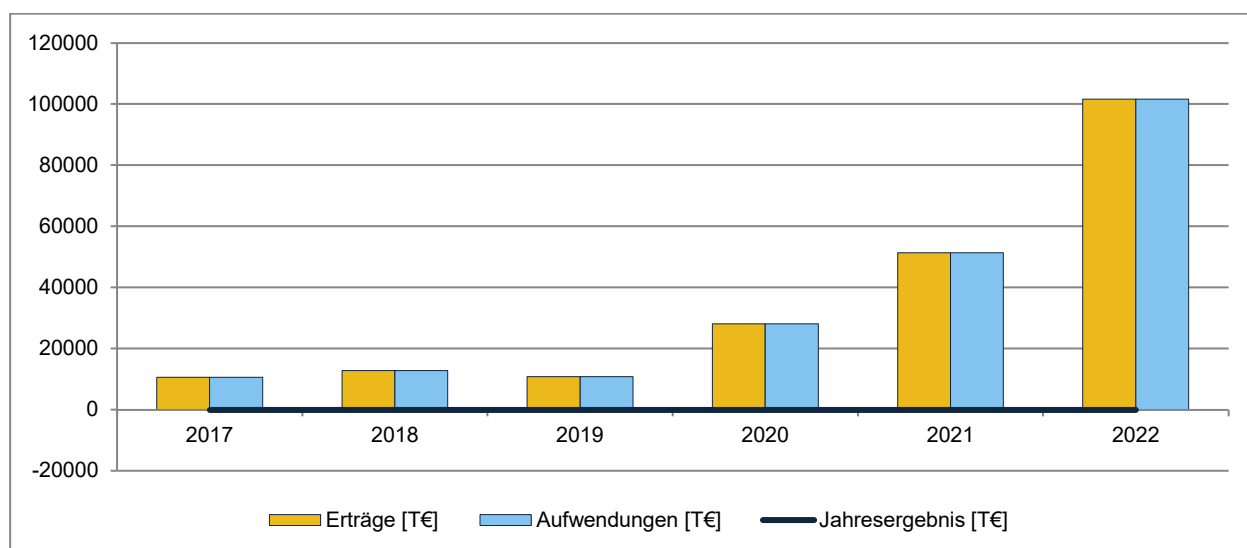
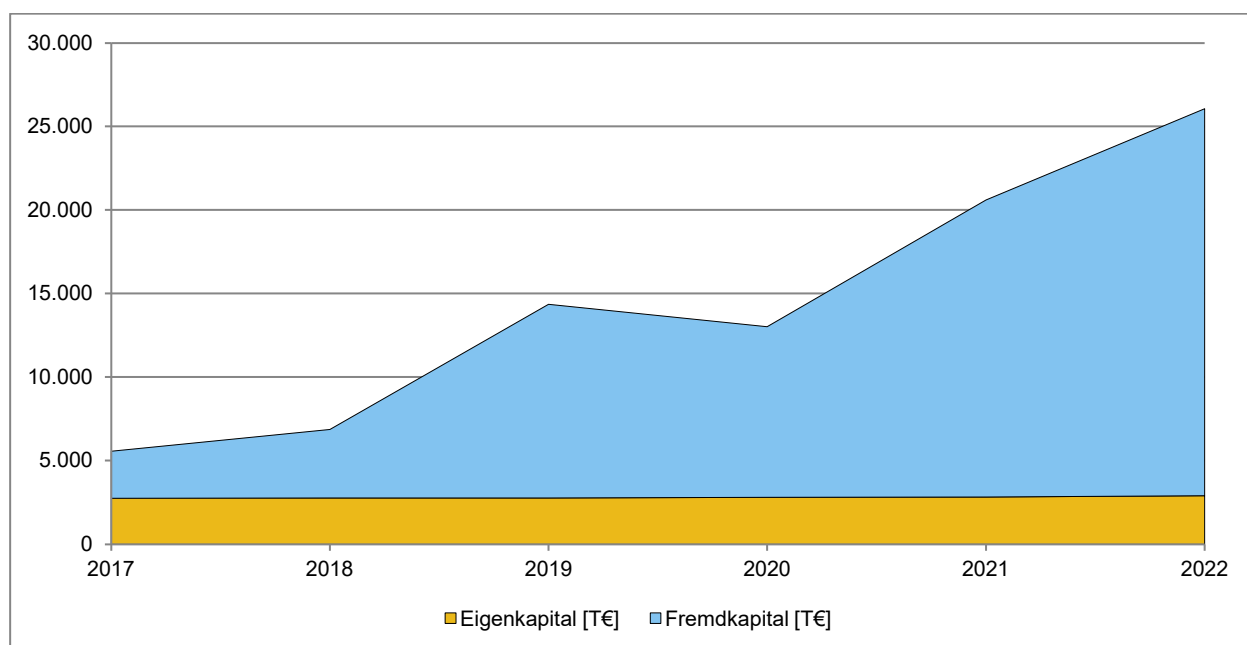
Both, Markus

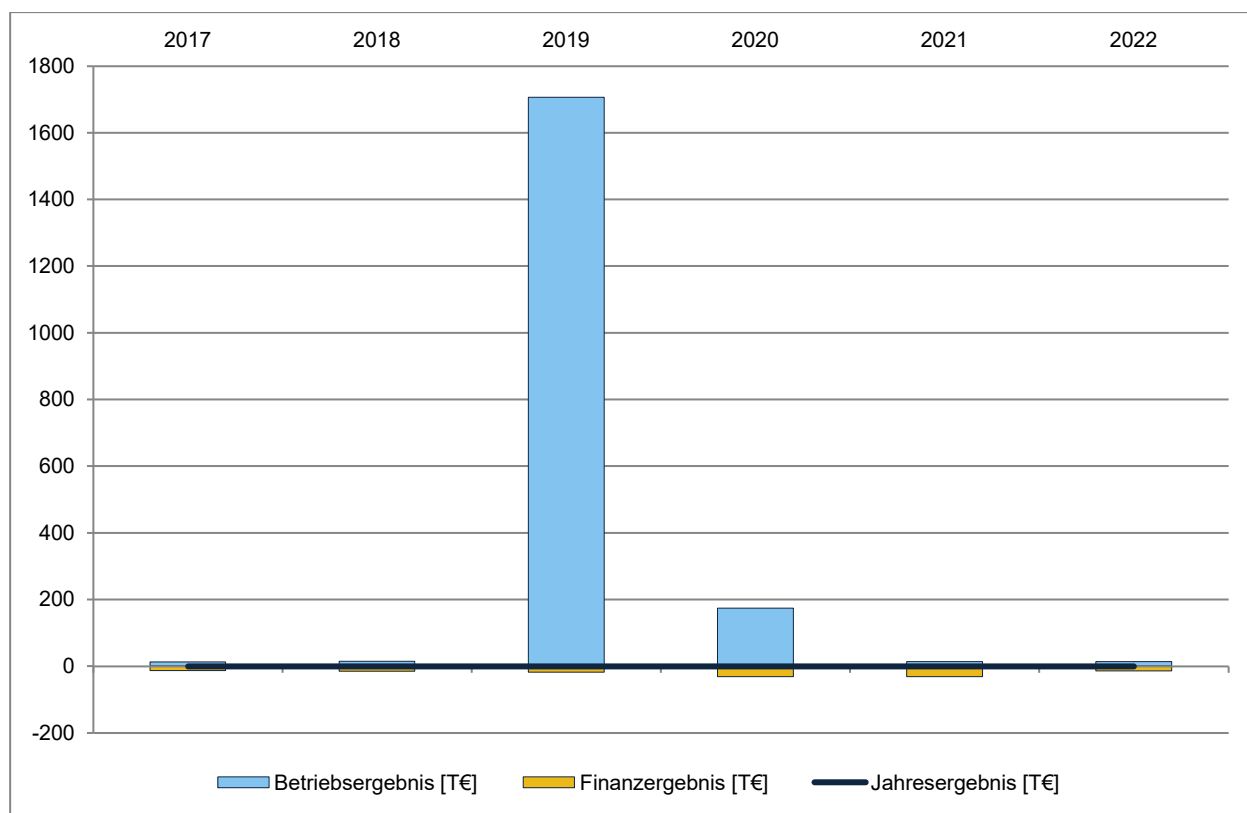
Verwaltungsrat:	Land NRW	7 Sitze
	Städte- und Gemeindebund NRW	1 Sitz
	Stadt Jüchen	1 Sitz
	Stadt Bochum	1 Sitz
	Rhein-Kreis-Neuss	1 Sitz
	Landkreistag NRW	1 Sitz

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 69 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Anstalt tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	21,51%	13,64%	11,10%	-2,54%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Anlagendeckungsgrad 2	3.616,07%	3.704,34%	2.073,50%	-1.630,84%
Verschuldungsgrad	364,92%	633,20%	799,72%	166,53%
Umsatzrentabilität	0,62%	0,03%	0,01%	-0,01%

7 Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH



indeland

Bismarckstr. 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22-1084005
E-Mail: info@indeland.de
Homepage: www.indeland.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

- 1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- 2) Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.
- 3) Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der in vorstehenden Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigten Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecken dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

- 4) Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch
 - die konzeptionellen Arbeiten i.S. des erstellten Masterplans fortsetzen und weiterentwickeln;
 - die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren unterstützen;
 - an Maßnahmen zur Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) **Gesellschafterstruktur**

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	9,25	37
Stadt Eschweiler	2,25	9
Stadt Jülich	2,25	9
Gemeinde Aldenhoven	2,25	9
Gemeinde Inden	2,25	9
Stadt Linnich	2,25	9
Gemeinde Langerwehe	2,25	9
Gemeinde Niederzier	2,25	9
Stammkapital	25	100

d) **Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Es lagen keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vor.

e) **Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00 €	31.290,00 €	16.110,00 €	-15.180,00 €	-48,51%
II. Sachanlagen	561.426,62 €	520.979,88 €	490.783,01 €	-30.196,87 €	-5,80%
III. Finanzanlagen	769.472,00 €	678.944,00 €	633.680,00 €	-45.264,00 €	-6,67%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte (geleistete Anzahlungen)	0,00 €	0,00 €	34.436,63 €	34.436,63 €	
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	147.693,74 €	532.731,06 €	243.200,50 €	-289.530,56 €	-54,35%
III. Kassenbestand	1.002.586,18 €	1.954.665,01 €	2.072.585,20 €	117.920,19 €	6,03%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	751.593,44 €	614.912,99 €	532.992,47 €	-81.920,52 €	-13,32%
Summe Aktiva	3.232.773,98 €	4.333.522,94 €	4.023.787,81 €	-309.735,13 €	-7,15%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklage	1.525.000,00 €	2.500.000,00 €	3.000.000,00 €	500.000,00 €	20,00%
III. Gewinnvortrag	1.254.104,27 €	971.780,52 €	1.036.078,30 €	64.297,78 €	6,62%
IV. Jahresergebnis	206.286,10 €	564.297,78 €	-316.340,93 €	-880.638,71 €	-156,06%
V. Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Sonderposten	2.194,15 €	4,67 €	4,00 €	-0,67 €	-14,35%
C. Rückstellungen	47.492,88 €	58.808,05 €	47.453,56 €	-11.354,49 €	-19,31%
D. Verbindlichkeiten	107.931,58 €	205.160,25 €	223.038,71 €	17.878,46 €	8,71%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	64.765,00 €	8.471,67 €	8.554,17 €	82,50 €	0,97%
Summe Passiva	3.232.773,98 €	4.333.522,94 €	4.023.787,81 €	-309.735,13 €	-7,15%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.194.926,51 €	1.480.364,39 €	959.323,24 €	-521.041,15 €	-35,20%
2. sonstige betriebliche Erträge	483.612,22 €	390.823,94 €	859.092,74 €	468.268,80 €	119,82%
3. Materialaufwand	0,00 €	6.333,00 €	108.674,75 €	102.341,75 €	1616,01%
4. Personalaufwand	604.857,28 €	646.036,94 €	828.447,16 €	182.410,22 €	28,24%
5. Abschreibung	37.014,04 €	49.890,66 €	55.734,55 €	5.843,89 €	11,71%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	545.842,83 €	599.421,09 €	1.141.915,30 €	542.494,21 €	90,50%
Betriebsergebnis	490.824,58 €	569.506,64 €	-316.355,78 €	-885.862,42 €	-155,55%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	218,05 €	185,50 €	256,55 €	71,05 €	38,30%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	56,18 €	39,38 €	0,00 €	-39,38 €	-100,00%
Finanzergebnis	161,87 €	146,12 €	256,55 €	110,43 €	75,57%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	490.986,45 €	569.652,76 €	-316.099,23 €	-885.751,99 €	-155,49%
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	4.374,05 €	5.298,48 €	231,70 €	-5066,78	-95,63%
10. sonstige Steuern	222,25 €	56,50 €	10,00 €	-46,5	-82,30%
Jahresergebnis	486.390,15 €	564.297,78 €	-316.340,93 €	-880.638,71 €	-156,06%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Firma, Rechtsform, Handelsregister

Die Firma der Gesellschaft lautet „Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH“. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und im Handelsregister beim Amtsgericht Düren unter der Nummer HRB 5025 eingetragen.

Gesellschaftssitz

Der Sitz der Gesellschaft ist in 52351 Düren, Bismarckstraße 16.

Gegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens ist seit 2017 die Förderung von Volks- und Berufsbildung, Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Naturschutz sowie Landschaftspflege, Jugend- und Altenhilfe, Denkmalschutz und Denkmalpflege, des Sports, traditionellem Brauchtum, Heimatpflege und Heimatkunde, Wissenschaft und Forschung, Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf all en Gebieten

der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens insbesondere durch das Eingehen und die Pflege von Partnerschaften sowie die Förderung des bürgerlichen Engagements im Zusammenhang mit den Unternehmensgegenständen der Entwicklungsgesellschaft in/land im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.

Der Gesellschaftszweck wird auch durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der vorgenannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Die Gesellschaft führt auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages genannten steuerbegünstigten Zwecke dienen, durch, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen oder Investitionsmaßnahmen geschehen.

Zur Mittelbeschaffung kann die Gesellschaft auch Zweckbetriebe oder wirtschaftliche Geschäftsbetriebe unterhalten sowie alle Maßnahmen ergreifen, die die Verwirklichung der vorstehend beschriebenen Zwecke sicherstellen.

Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch

- konzeptionelle Arbeiten i.S. des erstellten Masterplanes fortsetzen und weiterentwickeln;
- die Gesellschafter in künftigen Braunkohlenplanänderungsverfahren sowie bergrechtlichen Verfahren wie z.B. Rahmenbetriebsplan, Sonderbetriebspläne und Abschlussbetriebspläne, unterstützen;
- an Maßnahmen zum Standortmarketing sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag vom 14.08.2006 (URNr. 0280 für 2006 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) wurde geändert am 23.06.2010 (URNr. 1308 für 2010/M des Notars Dr. Hagen Monath in Düren), am 21.03.2013 (URNr. 915 für 2013 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) und erneut am 21.11.2017 (URNr. 3114 für 2017 des Notars Dr. Hagen Monath).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingen

Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH ist durch ihre Gemeinnützigkeit nur beschränkt abhängig von volks- und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, da ihr Unternehmenszweck in der Erfüllung der gemeinnützigen Ziele und nicht in der Gewinnerlangung liegt.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft war in 2022 weiterhin in Folge geprägt durch den Einfluss der weltweiten COVID-Pandemie, die in ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung durch den Krieg in der Ukraine jedoch noch weit übertroffen wurde.

Laut STATISTA wuchs das weltweite Bruttoinlandsprodukt in 2022 um 4,6% (STATISTA) gegenüber 2021. Das Wachstum in Deutschland fiel geringer aus.

„Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,9 % höher als im Vorjahr. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich: Einige Dienstleistungsbereiche profitierten nach dem Wegfall nahezu aller Corona-Schutzmaßnahmen von Nachholeffekten.“ (Statistisches Bundesamt).

„Nach der Corona-Krise und dem wirtschaftlichen Einbruch im Jahr 2020 erhoffte sich die deutsche Wirtschaft eine Regeneration in den Folgejahren. Durch den Krieg in der Ukraine, den steigenden Energiepreisen und der Rekordinflation fiel die ökonomische Regeneration im Jahr 2022 jedoch gering aus.“ (STATISTA).

Eine gefürchtete Rezession in 2022 blieb allerdings aus.

Im Vergleich gegenüber Deutschland stieg das BIP (nicht preisbereinigt) in der Eurozone in 2022 um 8,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. (STATISTA, eigene Berechnung).

Die internationale Geldpolitik hat sich im Berichtsjahr grundlegend geändert und ist nicht wie in den Vorjahren weiterhin expansiv. Der am 16.03.2016 auf 0% gesenkte Leitzins der EZB stieg zum 14. September auf 1,25 Prozent, im Oktober 2022 auf 2,0 Prozent, im Dezember 2022 auf 2,5 Prozent. Weitere Zinserhöhungen in 2023 sind nicht auszuschließen.

Vor allem aufgrund erheblich gestiegener Preise für Energieprodukte kletterte die Inflation bereits in 2021 von 1% im Januar auf 5,3% Dezember 2021 (DeStatis). In 2022 verschärfte sich die Situation durch extreme Verteuerung der Energiepreise in Folge des Ukrainekrieges. Die Inflationsrate betrug im Jahresdurchschnitt 7,9%. „Die monatlichen Inflationsraten waren im gesamten Jahr 2022 hoch und erreichten im September die 10-Prozent-Marke. Der höchste Wert wurde im Oktober 2022 mit +10,4 % ermittelt. Auch wenn diese Preiserhöhungen nicht vollständig an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wurden, wurden für sie besonders Energie (+34,7%) und Nahrungsmittel (+13,4%) spürbar teurer.“ (Statistisches Bundesamt) Es handelt sich um Durchschnittswerte. Je nach Energieart bewegten sich die Preise für Haushaltsenergie zwischen 20% und 87%.

Das Indeland gehört zum Bereich der Arbeitsmarktagentur Aachen-Düren. In den Geschäftsstellen Düren, Jülich und Eschweiler mit ihren Indeland-Kommunen schlug sich die allgemeine Verbesserung des Arbeitsmarktes nur teilweise nieder. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in 2022 im gesamten Kreis Düren von 6,4% im Januar auf 6,6% im Dezember. Dies stellte sich auch in Jülich so dar: 5,3% im Januar und 5,5% im Dezember. Im Gegensatz dazu verringerte sich in Eschweiler die Quote von 7% auf 6%. (Arbeitsmarkt 2022, IHK Aachen). Insgesamt blieb der regionale Arbeitsmarkt relativ stabil.

Dieser positive Trend war auch in NRW sichtbar. So sanken hier die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten kontinuierlich von 7,3% in 2021 auf 6,8% in 2022 (STATISTA).

Prognosen für die deutsche Konjunktur und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in 2023 sind nur sehr schwer zu erstellen. Es ist nicht vorhersehbar, ob und wann eine weitere COVID-Pandemie die Wirtschaft hier und weltweit noch beeinflussen wird. Zusätzlich wird die Prognose erschwert durch den anhaltenden Krieg, der seit dem 24. Februar 2022 in der Ukraine stattfindet, sowie die Auswirkungen der Sanktionen der westlichen Staaten auf die Weltwirtschaft. Seit 2021 sind die Energiepreise in Deutschland z.T. drastisch gestiegen. Die weitere Preisentwicklung in diesem Segment ist nicht abschätzbar. Für die gesamte Weltwirtschaft wird trotz Erhöhung des Leitzinses in 2023 ein Wirtschaftswachstum von 2,9% erwartet, in Deutschland jedoch lediglich 0,1% (Wachstumsprognosen IWF).

2. Geschäftsverlauf

Wie in den Vorjahren auch, befindet sich die Gesellschaft mit Herrn Jens Bröker unter der Führung eines allein verantwortlichen Geschäftsführers.

Die Arbeiten der Entwicklungsgesellschaft Indeland wurden auch in 2022 noch durch die auslaufende Pandemie erschwert. Öffentliche Veranstaltungen wie das Zukunftslabor, Sommerleuchten am Indemann und der Indeland-Triathlon konnten jedoch wieder in Präsenz durchgeführt werden. Die eigenen Mitarbeiter behielten die Möglichkeit, ihre Arbeit an einem Tag in der Woche zuhause zu erledigen, nachdem die technischen Rahmenbedingungen sich in Zeiten der Pandemie als zuverlässig und erprobt erwiesen hatten.

Zum Kerngeschäft der Entwicklungsgesellschaft zählen nach wie vor die Interessensvertretung der Gesellschafterkommunen sowie die Fortschreibung und Vertiefung teilräumlicher Entwicklungskonzepte und deren Abgleich mit den benachbarten Tagebau-Umfeldinitiativen in Hambach und Garzeiler.

Die beiden wesentlichen Förderprojekte ReBau und ReNeReB im Bereich Faktor X konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Zusätzlich hat die Faktor X-Agentur ihr Beratungsangebot für Kommunen, Institutionen und Privatleute erweitert. Das Indeland ist in dieser Thematik weiterhin bundesweiter Vorreiter und leistet durch die beratende Tätigkeit einen aktiven Anteil am Umwelt- und Naturschutz im Bereich des Tagebaus Inden. Die Faktor X-Agentur folgt dabei weiterhin dem im Masterplan 2030 formulierten Ziele der Schaffung einer ressourceneffizienten Baukultur. Dies wurde in 2022 weiter vertieft: inzwischen existieren fünf Faktor X-Siedlungen und vier weitere Siedlungen sind geplant.

Das als Kooperation konzipierte Projekt „Faktor X in Gewerbegebieten“ erhielt in dem dreistufigen Qualifikationsprozess bereits Ende April 2021 den dritten Stern. Dieser ist mit der Identifikation der

Förderkulisse STARK beim Bundesamt für Außenwirtschaftskontrolle (BAFA) verbunden. Der Antrag bei der BAFA wurde im Juli 2021 eingereicht. Nach einigen Verzögerungen wird damit gerechnet, das Projekt im Sommer 2023 starten kann.

Die Entwicklungsgesellschaft indeland hatte sich im März 2021 mit der Projektskizze „indelands Regionale Nachhaltigkeitsstrategie 2030“ (inReNa 2030) um Fördermittel beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), das zum 1.01.2022 beginnen sollte, beworben. Zum 1.4.2022 begann die Arbeit in diesem Projekt, nachdem zwei qualifizierte Mitarbeiterinnen eingestellt werden konnten. Ziel ist die Entwicklung einer Regionalen Nachhaltigkeitsstrategie im indeland zusammen mit den Gesellschafterkommunen, Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich Nachhaltigkeit und die Schaffung von insgesamt sieben Miniwäldern. Aufbauend auf bereits vorhandenen Konzepten wird bis 2024 ein Leitfaden für nachhaltiges Handeln im indeland entstehen.

In 2022 begann die erste vierjährige Förderphase STARK. Die Förderung teilt sich auf in Personalkosten für insgesamt vier Personalstellen sowie Projektkosten. Insgesamt drei Stellen konnten im Berichtsjahr besetzt werden: Regionalmanagement, Partizipationsmanagement und Fördermittelmanagement. Es wurde ein umfangreiches Portfolio an Projekten entwickelt, externe Dienstleistungen ausgeschrieben und Aufträge vergeben.

Dies umfasste:

- externe Dienstleistung Fördermittelscouting und -beratung
- Organisation und Durchführung von regelmäßigen Austauschformaten zusammen mit den kommunalen Strukturwandelmanagements
- Vorstudie Mobilitätskonzept indeland
- Entwicklung des Masterplans indeland 2038
- Rahmenvertrag Kommunikation für STARK-Projekte
- Markenentwicklung
- Szenarienentwicklung 2060
- Meinungsumfrage im indeland

Die Laufzeit der Projekte reicht teilweise bis in das Jahr 2023 hinein. Geplant sind für 2023 die Erarbeitung des Mobilitätskonzepts indeland, eine Vorstudie zum Projektmanagement Inwertsetzung Indesee sowie die Durchführung von identitätsstiftenden Erzählsalons, die die Beteiligung der Bevölkerung im indeland weiter verstärken.

Die Überarbeitung des bestehenden Rahmenplans Indesee aus 2015 nahm in einem Gremium aus Gemeinde Inden, Stadt Düren, RWE Power, dem Büro RMP sowie weiteren Kooperationspartnern in 2022 konkrete Formen an. Die erarbeiteten Karten für die Phase nach Befüllung des Sees wurden in drei Bürger-Workshops sowie in politischen Gremien beraten/beschlossen. So fanden die regionalen Vorstellungen den Weg in den von RWE Power bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereichten Abschlussbetriebsplan. In 2023 wird die Erarbeitung der potenziellen Zwischennutzungen erfolgen, so dass dieses Projekt gegen Ende des Jahres abgeschlossen sein wird

In der Region und somit auch im indeland entwickeln sich unter dem Einfluss der Aufstellung des neuen Regionalplans Köln Vorstellungen über zukünftige interkommunale Gewerbe- und Industrieflächen. An diesem Prozess beteiligt sich die Entwicklungsgesellschaft indeland weiterhin aufgrund ihrer besonderen Fachkompetenz im Bereich der Ressourceneffizienz und Energie und fördert im Rahmen ihres gemeinnützigen Unternehmenszweckes den Umwelt- und Landschaftsschutz. Sie unterstützt in diesem Bereich auch die Projektpartner. In 2022 wurde die Überarbeitung des Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes für das indeland aus 2017 fertiggestellt, das als aktualisierter Fachbeitrag für den neuen Regionalplan Köln eingereicht wurde. Zu zahlreichen Planungen war eine Stellungnahme der Entwicklungsgesellschaft indeland gefragt. Im Prozess der Neuaufrstellung des Regionalplans Köln, der Änderung des Abschlussbetriebsplans sachlicher Teil 1 - Oberflächengestaltung und Wiedernutzbarmachung für die Restfläche der Braunkohlenpläne Inden I + II, das Zielabweichungsverfahren Braunkohlenplan I sowie den Abschlussbetriebsplan ehemalige Tagesanlagen Inden waren die planerische Expertise der Gesellschaft gefragt.

In 2020 wurde der Bereich Freizeit/Naherholung vom „indeland Tourismus e.V.“ übernommen. Auch in 2022 arbeitete die Entwicklungsgesellschaft indeland zusammen mit dem indeland Tourismusverein in verschiedenen Arbeitskreisen weiterhin an der Attraktivierung der Region für Freizeitmöglichkeiten. So fanden in Inden-Schophoven Arbeitssitzungen zur Wiederbelebung von Gut Müllenark sowie zu alternativen Nutzungsmöglichkeiten der Ortskirche statt. Das Vorhaben einer Ferienhaussiedlung mit sogenannten Tiny Houses auf und am Blausteinsee wurde zusammen mit der Blaustein-See GmbH und der Stadt Eschweiler weiter verfolgt und das Konzept an die Blaustein GmbH übergeben. Somit ist dieses Projekt für die Entwicklungsgesellschaft abgeschlossen. Die Tiny-House-Feriansiedlung soll nach Rechtskraft des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans von einem Investor erstellt und betrieben werden.

Die Kommunikation der Marke „indeland“ wurde in 2022 weiterhin verstetigt. Die Marketingaktivitäten und Kommunikationsleistungen haben sich etabliert. Die weitere Professionalisierung durch den Einsatz eines externen Dienstleisters in diesem Bereich hat sich bewährt und zu einer verstärkten Wahrnehmbarkeit der Tätigkeiten der Gesellschaft in der Öffentlichkeit geführt. Die Webseite der Entwicklungsgesellschaft wurde neu entwickelt, aufgesetzt und wird laufend durch aktuelle Informationen z.B. über die Projekte ergänzt. Zahlreiche Pressemitteilungen und Dokumentationen verschiedener Aktivitäten und Veranstaltungen wie z.B. Bürgerbeteiligungs-Formate runden das Bild der indeland-Kommunikation ab.

Weitergeführt wurde das Sponsoring des TTC indeland Jülich, die Verleihung des Ehrenamtspreises indeland, der DKB-Beach-Cup, Sommerleuchten am Indemann, indeland-Triathlon und Spenden an zahlreiche gemeinnützige Vereine aus Kultur, Sport und Brauchtum im Zuge des Budgets der lokalen Kommunikation. Der Brass Band Düren e.V. (Vereinssitz Linnich) präsentierte das indeland auf der eigenen Webseite sowie bei Konzerten im indeland und im direkten Umfeld. Das Interesse am indeland ist weiterhin gestiegen. Dazu haben auch die vermehrten Zugriffe auf die eigene Seite der Entwicklungsgesellschaft auf Facebook sowie eine Werbung auf einem Bus der Rurtalbus GmbH und der VIAS GmbH beigetragen.

Die in 2016 übernommene Funktion eines Trägers und Treuhänders für die „Stiftung RWE Mitarbeiter für das indeland“ wurde in 2022 weitergeführt. Gegründet wurde die Stiftung nach dem Vorbild der vor mehr als 20 Jahren etablierten Mitarbeiterstiftung des Tagebaus Hambach.

Im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Region unter Koordination der Zukunftsagentur Rheinisches Revier bis Ende 2019 das „Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier 1.0“ (WSP 1.0) entwickelt. Dieses wurde in sieben unterschiedliche Themenbereiche (Revierknoten) aufgegliedert, von denen der Revierknoten „Ressourcen und Agrobusiness“ seit 2019 nebenamtlich und unentgeltlich vom Geschäftsführer Herrn Bröker geleitet wurde. Die Übertragung dieser Aufgabe im Prozess des regionalen Strukturwandels zeigt die Bedeutung, die das Land NRW der Arbeit der Entwicklungsgesellschaft indeland unter der Leitung von Herrn Bröker beimisst. Diese Tätigkeit endete im April 2022, und die seitdem folgenden und zukünftigen Aufgabenfelder der einzelnen Revierknoten werden von der Zukunftsagentur Rheinisches Revier wahrgenommen.

Auch in 2022 nahmen Mitarbeiter der Entwicklungsgesellschaft aktiv an den digitalen Veranstaltungen der übrigen Revierknoten teil, da die dort erarbeiteten Ergebnisse Einfluss auf die zukünftige Arbeit der Entwicklungsgesellschaft haben werden. So wird z.B. die Raumstrategie 2038+ für das Rheinische Revier, die federführend vom Revierknoten Raum betreut wird, sich auf die Fortschreibung des Masterplan 2030 auswirken.

Die Stabsstelle „Innovation und Wandel“ beim Kreis Düren wird weiter von Herrn Bröker im Nebenamt geleitet. Die Stabsstelle hat unter anderem die Aufgabe, die Grundlagen für ein zukunfts sicheres Wachstum im Kreis Düren weiterzuentwickeln.

Aus dieser Funktion ergeben sich naturgemäß zahlreiche fruchtbare Schnittstellen in Bezug auf Strukturwandel und Regionalentwicklung im indeland, etwa bei Fragen zur Flächenplanung und der Schaffung eines attraktiven Umfelds für zukünftige Bewohner und Unternehmen, die in der Region investieren wollen.

3. Lage

a. Ertragslage

Das Jahresergebnis 2022 der Gesellschaft beinhaltet folgende wesentlichen Erträge (gerundet auf 1.000 €):

Eigenanteile Gesellschafter	350.000 €
Mittel der RWE AG	300.000 €
Sparkasse Düren	243.000 €
Spende RWE Power	50.000 €
Sonstige Erträge	67.000 €

öffentliche Fördergelder "STARK"	511.000 €
öffentliche Fördergelder "inReNa2030"	118.000 €
öffentliche Fördergelder "ReBau"	95.000 €
öffentliche Fördergelder "LEADER"	36.000 €
öffentliche Fördergelder "ReBeReB"	26.000 €
Öffentliche Fördergelder "Revierknoten"	10.000 €

Den Erträgen stehen folgende wesentlichen Aufwendungen gegenüber:
(gerundet auf 1.000 €)

Für Projekte der Gesellschafter

Projekte Gemeinde Inden (anteilige Zuwendungen Betrieb und Unterhaltung Indemann)	75.000 €

Für Projekte/Aufwendungen der Gesellschaft
(ohne anteilige Personalkosten):

Allgemeine Kommunikation	75.000 €
Lokale Kommunikation	99.000 €
Rechts- und Beratungskosten	41.000 €
Abschluss- und Prüfungskosten	22.000 €
Projektvorbereitende Untersuchungen	85.000 €
Grundlagenstudien (Visualisierung)	15.000 €
Rahmenplan Indesee	70.000 €
Öffentlichkeitsarbeit, Marktentwicklung	135.000 €

b. – c, Vermögens- und Finanzlage

Die Herkunft der Mittel der Gesellschaft zum 31.12.2022 stellt sich wie folgt dar:
(gerundet auf 1.000 €)

Eigenkapital	3.745.000 €
Sonstige Rückstellungen	47.000 €
Verbindlichkeiten	222.000 €
- davon langfristig (Restlaufzeit > 1 Jahr)	62.000 €
- davon gegen Gesellschafter	0 €

Passive Rechnungsabgrenzungsposten	9.000 €

Die Mittel der Gesellschaft wurden zum Bilanzstichtag wie folgt verwendet:

(gerundet auf 1.000 €)

Anlagevermögen zum 31.12.2022	1.141.000 €
- dabei Investitionen in Anlagevermögen 2022	10.000 €
- davon immaterielle Vermögensgegenstände	0 €
- davon Sachanlagen	10.000 €
geleistete Anzahlungen	34.000 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	243.000 €
- davon langfristig (Restlaufzeit > 1 Jahr)	0 €
- davon gegenüber Gesellschaftern	31.000 €
Sichtguthaben bei Kreditinstituten	2.073.000 €
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	533.000 €

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Da die Gesellschaft als steuerbefreite gemeinnützige Körperschaft in erster Linie nicht nach Gewinn, sondern nach Verwirklichung ihrer gemeinnützigen Zwecke strebt, haben Eckdaten und Kennzahlen zur Ertragslage bzw. zur Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft, wenn überhaupt, nur eine eingeschränkte Aussagekraft.

Finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft in 2022 sind:

(gerundet auf 1.000 €)

Eigenkapitalrentabilität	- %
Gesamtkapitalrentabilität	- %
Personalintensität	45,56 %
Anlagenintensität	28,35 %
Anlagendeckung	328,22 %
Eigenkapital	3.745.000 €
Eigenkapitalquote	93,07 %
Cashflow	259.000 €
Kapitaldienstfähigkeit	259.000 €

Die finanziellen Leistungsindikatoren wurden dabei wie folgt definiert:

Eigenkapitalrentabilität	- %
Eigenkapitalrentabilität	Jahresüberschuss, -fehlbetrag / Eigenkapital
Gesamtkapitalrentabilität	(Jahresüberschuss, -fehlbetrag + Ertragssteuern + Zinsaufwand) / Gesamtkapital
Personalintensität	Personalaufwand / Gesamtleistung
Anlagenintensität	Anlagevermögen / Gesamtvermögen
Anlagendeckung	Eigenkapital / Anlagevermögen
Eigenkapital	Eigenkapital lt. Bilanz
Eigenkapitalquote	Eigenkapital / Gesamtkapital
Cashflow	Jahresüberschuss, -fehlbetrag + Abschreibungen + Erhöhung langfristige Rückstellungen
Kapitaldienstfähigkeit =	Cashflow + Zinsaufwand

III. Prognosebericht

Mit den im Juli 2020 beschlossenen „Kohleausstiegsgesetz“ sowie dem „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“ wurden die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, an der sich die Strukturentwicklung des indelandes in den kommenden Jahren und Jahrzehnten orientieren muss. Die Vorzeichen für unsere Region sind dabei positiv, da das indeland gut aufgestellt ist. Für die Menschen im indeland ist es von entscheidender Bedeutung, dass konkrete Maßnahmen zur sozialen Absicherung der Beschäftigten im Revier vereinbart und zugleich die Voraussetzungen geschaffen wurden, um in der Region auch zukünftig erfolgreich wirtschaften, leben und arbeiten zu können. Sämtliche Projekte und Maßnahmen, die im Rahmen des Strukturwandels mit Fördermitteln umgesetzt werden, müssen sich an diesem Ziel orientieren. Im nordrhein-westfälischen Sofortprogramm, das für die Startphase des Prozesses erarbeitet worden ist und in den Förderkulissen „SofortprogrammPLUS“ sowie „Starterpaket Kernrevier“ sind wichtige Impulsprojekte benannt und als Skizze eingereicht worden, davon aus dem indeland u.a.: Projektmanagement Inwertsetzung Indesee, Weiterentwicklung des Freizeitentrums Indemann, Faktor X Ressourcen- und Klimaeffizienz in Gewerbe- und Industriegebieten und der Aus- und Umbau Bahnhofsquartier Langerwehe und Mobilität der Zukunft für den ländlichen Raum „Future Mobility Park“.

Durch das Anlaufen der STARK-Förderung in 2022 und die Laufzeit der ersten Förderphase von vier Jahren sind starke Entwicklungsimpulse im indeland zu erwarten. So wird der in Überarbeitung befindliche Masterplan vermehrt konkrete Projekte benennen, die umgesetzt werden sollen. Auch das zukünftige Mobilitätskonzept für das indeland wird wie der Masterplan Leitlinien benennen, die in regionaler Kooperation erarbeitet werden. Für eine aktive Mitwirkungsmöglichkeit der Bürgerschaft werden verschiedene Formate angeboten werden.

Die Entwicklungsgesellschaft hat ihre Fachkompetenz in Sachen Ressourcen auch bei der Erstellung des „Wirtschafts- und Strukturprogramms für das Rheinische Zukunftsrevier 2.0“ eingebracht. Für die Aufgabenerfüllung des Revierknotens wurden bis Ende August 2022 von Seiten der Zukunftsagentur Rheinisches Revier finanzielle Mittel des Land es NRW an die Entwicklungsgesellschaft indeland weitergeleitet sowie Personal gestellt.

Nach der Fertigstellung des Faktor 4-Hauses in Inden im Frühjahr 2018 wurde die Faktor X-Agentur dort verstandortet und informiert seitdem rund um die ressourceneffiziente Bauweise mit einer Ausstellung und in Beratungen. Dieses Konzept wird weiterhin als Angebot an indeland-Kommunen für die Entwicklung von Wohnbaugebieten genutzt, als Kooperationsmodell mit RWE sowie als Beratungsinstanz für Bauinteressenten. Im Zuge des Jahres 2022 wurden mehrjährige Förderprojekte, die zum Teil zusammen mit Projektpartnern zum Ausbau und zur Verstetigung der Arbeiten im Bereich Faktor X führen werden, beendet. Im Einzelnen handelt es sich um Projekte aus den Förderkulissen LEADER, Unternehmen Revier sowie Regio.NRW. Weitere Förderprojekte wie z.B. „Faktor X in Gewerbegebieten“ werden angestrebt. Die Faktor X-Agentur soll sich als Dienstleistungseinheit weiterentwickeln.

Die Entwicklungsgesellschaft indeland hat sich in 2021 mit einer Projektskizze für eine finanzielle Förderung zur Etablierung einer Nachhaltigkeitsstrategie und eines Nachhaltigkeitsmanagementsystems beworben. Das Projekt begann in 2022 und wird Ende März 2024 abgeschlossen sein. Das Thema „Nachhaltigkeit“ wird auch danach ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Entwicklungsgesellschaft indeland sein.

Das Projekt eines weiteren InfoCenters, in diesem Fall auf der Sophienhöhe im Bereich der Gemeinde Niederzier, wird gemeinsam mit der Neuland Hambach GmbH weiterverfolgt. Auch in der Stadt Linnich als nördlichem Eingangstor ins indeland bleibt man diesbezüglich im Gespräch.

Insgesamt gibt die positive finanzielle Lage der Gesellschaft für 2022 keinen Grund zur Sorge.

Die in 2016 mit der RWE Power AG final verhandelte Unterstützungsvereinbarung für den Zeitraum 2017 bis 2021 ist zum 31.12.2021 ausgelaufen. Dies gilt ebenso für die Folgevereinbarung mit der Sparkasse Düren über Sponsoringmaßnahmen im gleichen Zeitraum. Wenn auch auf einem reduzierten finanziellen Niveau wurden mit beiden Unternehmen wiederum Vereinbarungen zur Unterstützung der Entwicklungsgesellschaft indeland geschlossen. Zur Deckung der Finanzierungslücke hat die Entwicklungsgesellschaft in 2021 einen Antrag im Zuge der „Förderrichtlinie zur Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten“ (STARK) gestellt und erhielt im Dezember 2021 den Zuwendungsbescheid für die Haushaltsjahre 2022 bis 2026. Aus diesen Mitteln werden ab 2023 dann insgesamt vier Personalstellen sowie zahlreiche regional bedeutsame Projekte finanziert.

IV. Chancen und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Durchführbarkeit von Projekten zusammen mit Kommunen ist - wenn auch nur partiell - grundsätzlich abhängig von der Bereitstellungsmöglichkeit von personellen oder finanziellen Ressourcen in den Gesellschafterkommunen, die z.T. Haushaltssicherungskonzepten unterliegen oder Stärkungspakt-kommunen sind. Vor allem die Verfügbarkeit von qualifiziertem und erfahrenem Fachpersonal zur Projektsteuerung, Fördermittelakquise und Planung auf dem Arbeitsmarkt war und ist zunehmend zu einem limitierenden Faktor des Strukturwandels im gesamten Rheinischen Revier geworden. Dieses systemrelevante Problem ist der Landesregierung bekannt. Zumindest die Finanzierung entsprechender

Stellen bei den Anrainerkommunen und Tagebauumfeldinitiativen ist seit 2021 geregelt worden. Die Besetzung dieser Stellen mit entsprechend qualifiziertem Personal wurde in 2022 weitgehend abgeschlossen.

Eine mittelfristig positive Entwicklung der Umsetzung von Maßnahmen für die Bewältigung des anstehenden Strukturwandels im Indeland ist auch von politischen Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene abhängig. Diese Maßnahmen können nur greifen bei unbürokratischen und schnellen Vergabeverfahren für Fördermittel. Dies war teilweise auch in 2022 nicht der Fall. Die zuständigen Stellen arbeiten zurzeit an Verbesserungen und Vereinfachungen in diesen Verfahren. So ist zwischenzeitlich das in der Region umstrittene Sterne-Verfahren für Projektanträge aus der Förderkulisse „Starterpaket Rheinisches Revier“ gestoppt worden.

Weiterhin besteht für 2023 ein nicht kalkulierbares Risiko durch den anhaltenden Krieg in der Ukraine auf volks- und regionalwirtschaftlicher Ebene. Die Auswirkungen steigender Energiepreise, höherer Kreditzinsen, gestörter internationaler Wertschöpfungsketten so wie überdurchschnittlich gestiegener Lebenshaltungskosten lassen sich seriös nicht prognostizieren.

2. Chancenbericht

Seit Beginn 2022 erhält die Entwicklungsgesellschaft bis einschließlich 2026 Unterstützungsleistungen von Seiten der RWE Power AG, für je ein Jahr Sponsoringmittel von der Sparkasse Düren sowie für vier Jahre Fördermittel aus dem Programm STARK. Eine weitere Unterstützung durch die Sparkasse Düren über 2022 hinaus ist unverzichtbar. Insgesamt steht die Entwicklungsgesellschaft im Indeland vor der Herausforderung eines aperiodischen Mittelzuflusses. Aufgrund dieses Gesamtfinanzierungspakets können die Chancen auf eine weiterhin bestehende Handlungsfähigkeit der Gesellschaft zur Umsetzung ihrer ersatzungsmäßigen Zwecke insgesamt auch mittelfristig aufrechterhalten werden.

Die Etablierung des Vereins „Indeland Tourismus e.V.“ und dessen Integration in die revierweite Tourismusstruktur wird freizeitwirtschaftlich orientierte Projekte umsetzen können, um das Indeland im Kontext des Rheinischen Reviers mittelfristig als eine auch interregional touristisch interessante Region zu etablieren.

Das laufende Verfahren zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln wird in Kombination mit den Chancen des regionalen Strukturwandels dazu führen können, dass dringend benötigte Flächen zur Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen planerisch gesichert werden können. Wesentliche Impulse zu einer nachhaltigen Entwicklung wird die Umsetzung des Projektes „Faktor X Ressourcen- und Klimateffizienz in Gewerbe- und Industriegebieten“ setzen, das im Sommer 2023 und mit einem Zuwendungsbescheid rechnet. Exemplarisch soll zusammen mit Kooperationspartnern aus der Wissenschaft an Gewerbegebieten in Inden und Eschweiler untersucht werden, wie diese Flächen unter den Aspekten Ressourcen- und Klimaschutz gestaltet werden können.

Die partizipative Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie im Indeland in Kombination mit Qualifizierungsmaßnahmen in den Jahren 2022 bis 2024 wird über den Förderzeitraum hinaus ein Netzwerk auch mit gleichartigen Konzepten in der Nachbarschaft des Indeland entstehen lassen. Somit wird ein

besondere Schwerpunkt im Bereich der Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Zivilgesellschaft geschaffen.

Die Entwicklungsgesellschaft hat bereits in 2021 mit verschiedenen potenziellen Kooperationspartnern Gespräche begonnen, um zukünftig durch nachhaltiges Engagement im Immobiliensektor weitere Deckungsbeiträge zur Finanzierung der Umsetzung der gemeinnützigen Gesellschaftszwecke zu erzielen und damit marktgerechte Projekte der Strukturentwicklung in der Region zu positionieren. Dieser Prozess wurde in 2022 zwar weitergeführt; auch um eine zeitnahe und zweckgerechte Verwendung von Rücklagemitteln zu gewährleisten. Aufgrund der erheblichen Zinserhöhungen für Immobilienfinanzierungen und weitere geänderte Parameter war ein solches Engagement 2022 unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit seriös nicht kalkulierbar und daher nicht zweckmäßig.

3. Gesamtaussage

Nach den o.a. Darstellungen erscheinen die direkten Risiken für die Entwicklungsgesellschaft in- und ausländisch in 2022 überschaubar, während die Aussichten für die künftigen Jahre durchaus positive Wirkungen haben dürften, unter Einschränkung der bisher nicht kalkulierbaren Folgen der Pandemie sowie des Krieges in der Ukraine. Die finanzielle Basis ist bei weiterer aufwandsorientierter Weitsicht der Gesellschaft als gesichert anzusehen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Bröker, Jens (bis 24.04.2024)	Düren	
	Weinberger, Walter (ab 01.05.2024)	Düren	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	5 Sitze	37,0 %
	Stadt Eschweiler	3 Sitze	9,0 %
	Stadt Jülich	3 Sitze	9,0 %
	Gemeinde Aldenhoven	3 Sitze	9,0 %
	Gemeinde Merzenich	3 Sitze	9,0 %
	Stadt Linnich	3 Sitze	9,0 %
	Gemeinde Langerwehe	3 Sitze	9,0 %
	Gemeinde Niederzier	3 Sitze	9,0 %
Gesellschafter- versammlung:	Je 50 € Stammkapital haben die Gesellschafter einer Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.		
		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Dichant, Maximilian	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

Schlächter, Herbert	Kreistagsmitglied	01.11.2021
Schmitz-Esser, Gabriele	Sachkundige Bürgerin	03.07.2014
Schütz, Jürgen	Kreistagsmitglied	26.11.2020
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	10.01.2007

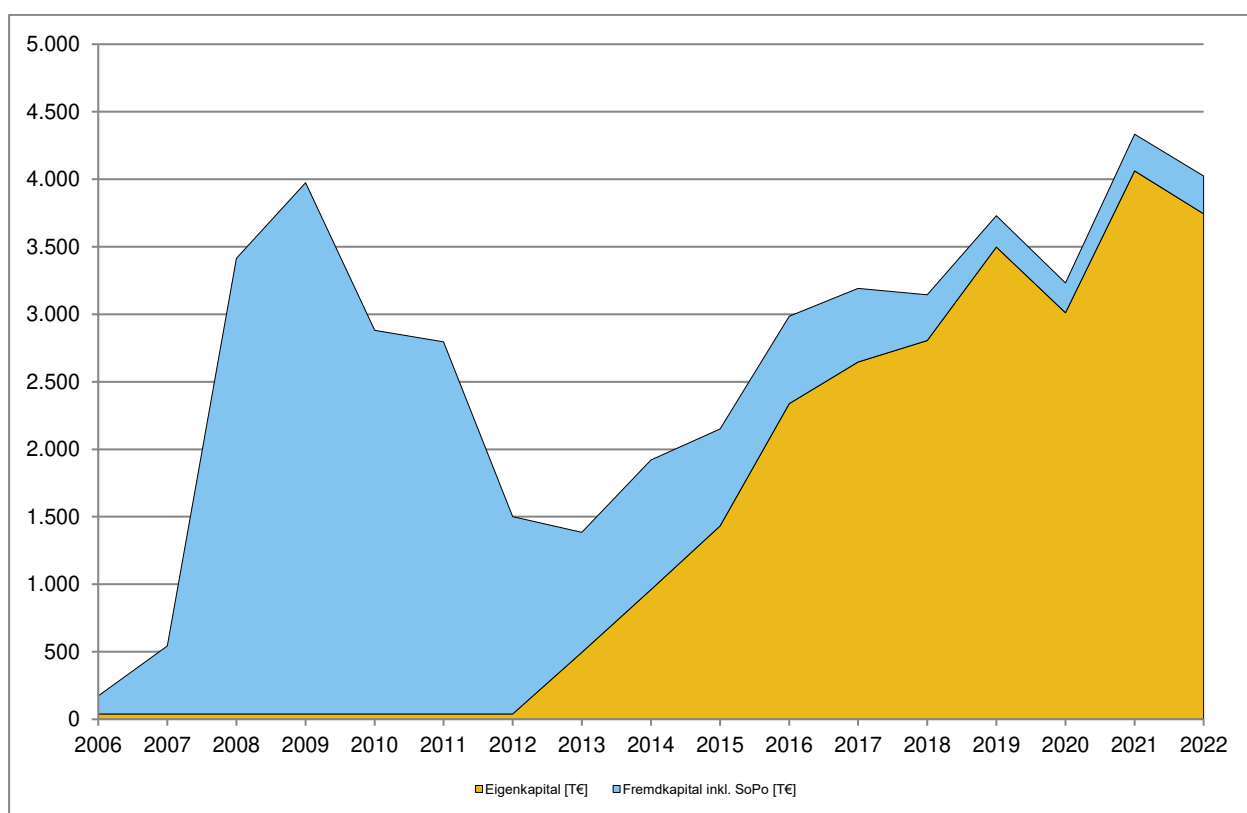
Gesellschafterversammlung:

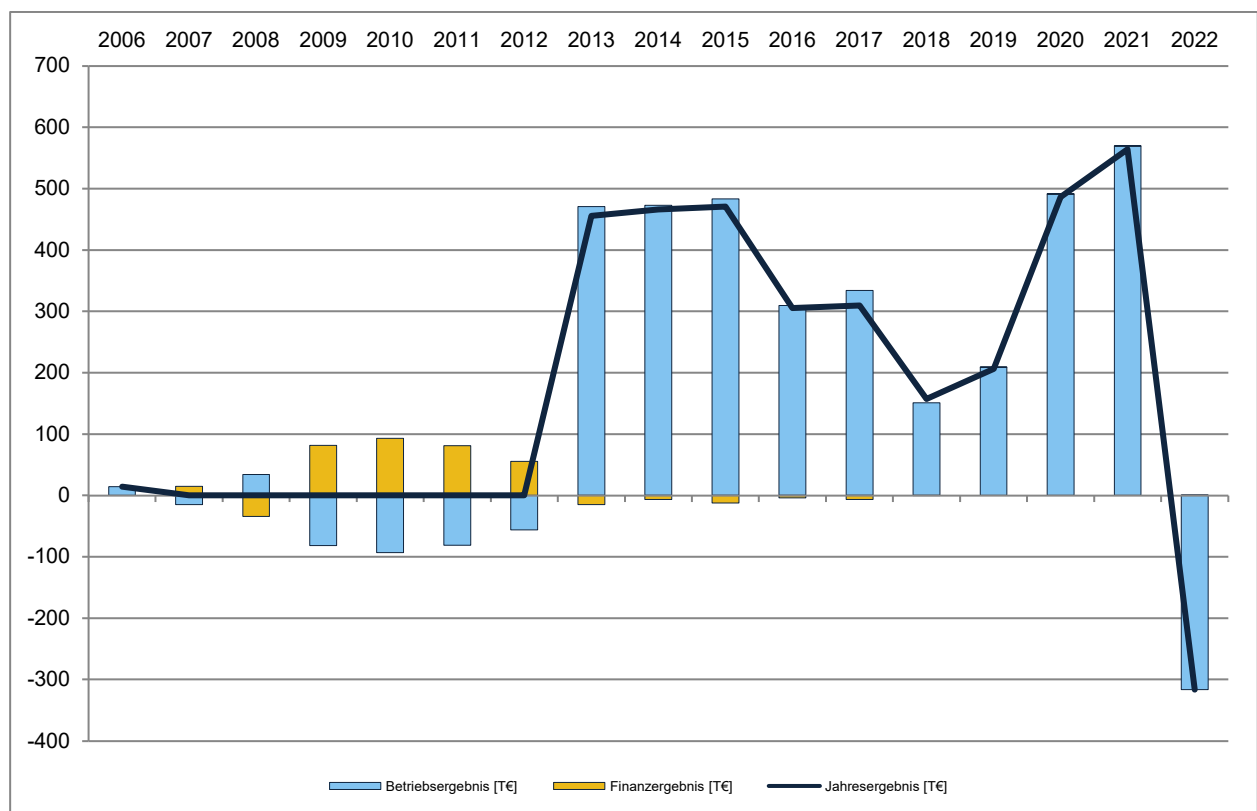
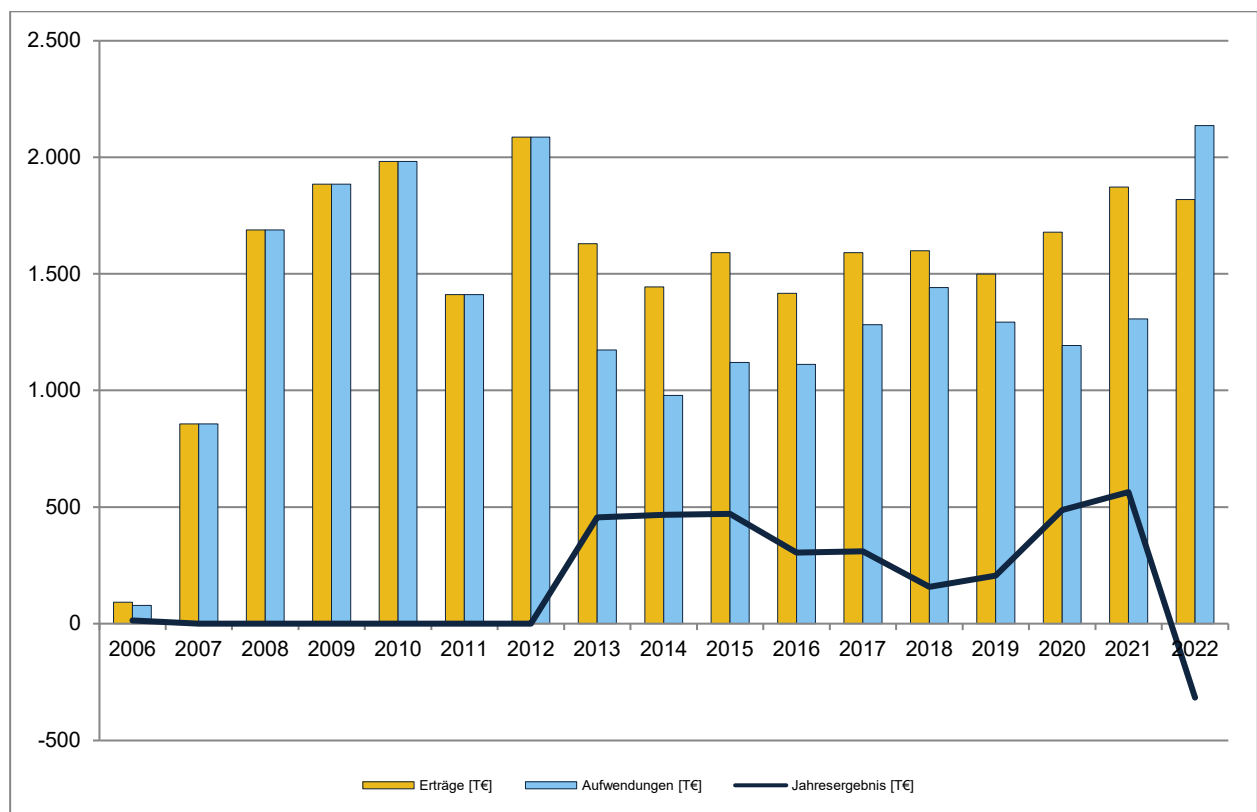
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	14.08.2006	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	93,12%	93,71%	93,06%	-0,65%
Eigenkapitalrentabilität	16,16%	13,90%	-8,45%	-22,34%
Anlagendeckungsgrad 2	231,19%	334,89%	333,77%	-1,12%
Verschuldungsgrad	5,16%	6,50%	7,22%	0,72%
Umsatzrentabilität	41,08%	38,47%	-32,98%	-71,45%

8 Förderschulzweckverband im Kreis Düren

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421 / 22-0
Telefax: 02421 / 22-2023
E-Mail: -
Homepage: -

a) Gegenstand des Zweckverbands

1. Der Zweckverband ist seit dem 01.08.2015 Träger der Förderschulen
 - a) Schirmerschule mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LES) in Jülich
 - b) Bürgewaldschule mit einer Dependence Athenée Royal (ehemals Erich Kästner Schule und Schule am Silberbach) mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LES) in Düren
 - c) Stephanusschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in Jülich-Selgersdorf
 - d) Christophorus-Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in Düren
2. An den Förderschulen LES werden in der Primar- und Sekundarstufe I Schüler/innen mit den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung und in der Primarstufe Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt Sprache beschult, die ihren Wohnort im Verbandsgebiet haben.
3. An den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung werden in der Primar- und Sekundarstufe I Schüler/innen mit dem entsprechenden Förderschwerpunkt beschult, die ihren Wohnort im Verbandsgebiet haben.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Mitglieder:	Stimmanteil am Zweckverband
Gemeinde Aldenhoven	6,25%
Stadt Düren	6,25%
Stadt Heimbach	6,25%
Gemeinde Hürtgenwald	6,25%
Gemeinde Inden	6,25%
Stadt Jülich	6,25%
Gemeinde Kreuzau	6,25%
Gemeinde Langerwehe	6,25%

Mitglieder:	Stimmanteil am Zweckverband
Stadt Linnich	6,25%
Gemeinde Merzenich	6,25%
Gemeinde Niederzier	6,25%
Gemeinde Nörvenich	6,25%
Gemeinde Titz	6,25%
Gemeinde Vettweiß	6,25%
Stadt Nideggen	6,25%
Kreis Düren	6,25%

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den kreisangehörigen Kommunen, die Mitglied des Zweckverbandes sind, eine Umlage. Der Kreis Düren ist umlagebefreit.

Der Kreis Düren erledigt die Geschäftsbesorgung gegen Kostenerstattung für den Zweckverband. Der Kreis Düren hat eine Kostenerstattung in Höhe von 643 T€ erhalten.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Wiedergabe der wirtschaftlichen Verhältnisse bezieht sich auf die Jahresabschlüsse 2018 bis 2020, da der geprüfte Jahresabschluss 2020 bis zur Erstellung des vorgelegten Berichtes der letzte erstellte Jahresabschluss ist.

Bilanz	2018	2019	2020	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
Aufw. Z. Erhaltung der gem. Leistungsfähigk. Covid19-Pandemie	0,00 €	0,00 €	285.072,79 €	285.072,79 €	
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.080,57 €	1.756,70 €	6.475,95 €	4.719,25 €	268,64%
II. Sachanlagen	52.109.609,31 €	51.137.405,43 €	50.220.609,15 €	-916.796,28 €	-1,79%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	23.887,91 €	28.900,09 €	34.068,61 €	5.168,52 €	17,88%
II. Liquide Mittel	2.169.013,82 €	2.849.402,93 €	3.573.422,36 €	724.019,43 €	25,41%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	9.386,63 €	9.386,63 €	
Summe Aktiva	54.306.591,61 €	54.017.465,15 €	54.129.035,49 €	111.570,34 €	0,21%
Passiva					
A. Eigenkapital				0,00 €	
I. Allgemeine Rücklage	15.860.897,23 €	15.833.468,18 €	15.833.468,29 €	0,11 €	0,00%
II. Sonderrücklagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

III. Ausgleichsrücklage	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Jahresüberschuss	611.821,65 €	711.587,84 €	730.400,15 €	18.812,31 €	2,64%
V. Ergebnisvortrag	1.162.456,32 €	1.774.277,97 €	2.485.865,81 €	711.587,84 €	40,11%
B. Sonderposten	6.535.083,82 €	6.394.491,25 €	6.259.333,21 €	-135.158,04 €	-2,11%
C. Rückstellungen	70.000,00 €	68.815,00 €	92.280,00 €	23.465,00 €	34,10%
D. Verbindlichkeiten	27.786.140,78 €	26.357.298,86 €	25.230.013,57 €	-1.127.285,29 €	-4,28%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.280.191,81 €	2.877.526,05 €	3.497.674,46 €	620.148,41 €	21,55%
Summe Passiva	54.306.591,61 €	54.017.465,15 €	54.129.035,49 €	111.570,34 €	0,21%

f) Entwicklung der Ergebnisrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2018	2019	2020	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.456.690,15 €	8.702.648,12 €	8.292.007,69 €	-410.640,43 €	-4,72%
2. Sonstige Transfererträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	128.415,82 €	125.870,57 €	93.799,20 €	-32.071,37 €	-25,48%
4. Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.146,61 €	203,50 €	263,98 €	60,48 €	29,72%
5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.457,53 €	23.189,25 €	30.579,04 €	7.389,79 €	31,87%
6. sonstige ordentliche Erträge	4.241,30 €	10.857,75 €	14.254,96 €	3.397,21 €	31,29%
7. Personalaufwendungen	597.300,55 €	732.938,08 €	741.919,52 €	8.981,44 €	1,23%
8. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.423.473,52 €	4.369.319,60 €	3.955.021,74 €	-414.297,86 €	-9,48%
9. Abschreibungen	1.057.144,63 €	1.029.228,17 €	1.026.130,60 €	-3.097,57 €	-0,30%
10. Transferaufwendungen	157.729,76 €	202.006,16 €	206.864,95 €	4.858,79 €	2,41%
11. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.629.674,53 €	1.727.916,97 €	1.959.819,23 €	231.902,26 €	13,42%
Betriebsergebnis	733.628,42 €	801.360,21 €	541.148,83 €	-260.211,38 €	-32,47%
11. Finanzerträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
12. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen ähnliche Erträge	121.806,77 €	89.772,37 €	95.821,47 €	6.049,10 €	6,74%
Finanzergebnis	-121.806,77 €	-89.772,37 €	-95.821,47 €	-6.049,10 €	6,74%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	611.821,65 €	711.587,84 €	445.327,36 €	-266.260,48 €	-37,42%
13. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	285.072,79 €	285.072,79 €	
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	611.821,65	711.587,84	730.400,15	18.812,31 €	2,64%

g) Lagebericht

I 1. Allgemeine Vorbemerkungen

Gem. § 38 Abs. 2 KomHVO ist die Bilanz um einen Lagebericht gem. § 49 KomHVO zu erweitern.

Gemäß § 49 KomHVO ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Verbands vermittelt wird.

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solche, die nach dem 31.12.2020 eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu enthalten. In die Analyse sollen produktorientierte Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Zweckverbandes sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die in den vorherigen Jahresabschlüssen enthaltenen Werte erläutert werden. Auch ist auf Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Zweckverbandes einzugehen.

I 2. Allgemeine Rahmenbedingungen

Zur Umsetzung einer wohnortnahen Beschulung im Förderbereich Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung (LES) sowie geistige Entwicklung sollte als Träger der Förderschulen im Kreis Düren ein gemeinsamer Zweckverband gegründet werden, da die breite Mehrheit der Kommunen den Wunsch nach einer Möglichkeit der Mitsprache und Gestaltung der Förderschullandschaft geäußert hatte.

Seit dem 01.08.2015 bestehen von vormals sechs Förderschulen im Rahmen des Schwerpunktes LES nach der Reduzierung auf zwei inzwischen wieder drei Standorte. Für den Nordkreis ist dies die Schirmerschule und für den Südkreis bzw. die Mitte des Kreises Düren die Bürgewaldschule sowie seit dem 01.08.2020 die Förderschule Athenée Royal (Gebäude der Erich Kästner Schule und der Schule am Silberbach). Auf Basis der Entwicklung der prognostizierten Schülerzahlen schien es sinnvoll, den Förderschwerpunkt LES weiter zu teilen und Insellösungen zu finden. Eine flexible Reaktion auf das Tempo der Inklusion war somit möglich.

Die beiden Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung des Kreises Düren (Christophorus Schule und Stephanusschule) wurden ebenfalls in die Gesamtträgerschaft mit einbezogen. Die in Trägerschaft des LVR stehenden beiden Förderschulen (Louis Braille Schule und Förderschule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung in Linnich) im Kreis Düren blieben von diesen Regelungen unberührt, ebenso verblieb die Rurkreisschule, eine Schule für Kranke, in Trägerschaft des Kreises Düren.

I 2.1 Zusammenschluss der kreisangehörigen Kommunen

Die konstituierende Sitzung der Zweckverbandsversammlung des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren fand auf Einladung der Bezirksregierung Köln am 03.08.2015 im Kreishaushaus Düren statt. Mitglieder des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren waren zu diesem Zeitpunkt bis auf die Stadt Nideggen alle kreisangehörigen Kommunen sowie der Kreis Düren. Alle Mitgliedskommunen sprachen sich in der konstituierenden Sitzung dafür aus, dass die Kommunen, deren Kinder Schulen des Förderschulzweckverbandes besuchen, obgleich die Kommunen selbst kein Mitglied sind, zu Kosten in der Höhe heranzuziehen sind, die sie auch hätten zahlen müssen, falls sie Mitglied geworden wären.

Der Rat der Stadt Nideggen fasste in seiner Sitzung am 25.10.2016 den Beschluss, dem Förderschulzweckverband beizutreten. In der Verbandsversammlung am 12.01.2017 wurde ein entsprechender Beschluss über den Beitritt der Stadt Nideggen gefasst. Die entsprechende Änderung der Satzung des Förderschulzweckverbandes wurde mit dem Genehmigungs- und Bekanntmachungsvermerk im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln, Nr. 7, am 20.02.2017 öffentlich bekannt gemacht.

Bezüglich der Angaben zu den Mitgliedern der Zweckverbandsversammlung nach § 95 Abs. 2 GO NRW wird auf die Anlage L 2 verwiesen.

I 2.2 Einbringung der Vermögenswerte in den Förderschulzweckverband

Gem. § 3 der Zweckverbandssatzung wurden das Vermögen, die schulbezogenen Verbindlichkeiten sowie die Sonderposten des ehemaligen Zweckverbandes "Schulverband Schirmerschule", des Schulverbandes Düren-Niederzier-Merzenich sowie der vier ehemaligen Kreisschulen auf den Zweckverband mit Ablauf des 31.07.2015 übertragen.

I 3. Kennzahlen

Das damalige Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW (MIK NRW) hat im Rahmen seiner Handreichung zum NKF ein Kennzahlenset entwickelt und zwischenzeitlich überarbeitet. Dieses soll der Beurteilung der haushaltswirtschaftlichen Lage des Zweckverbandes dienen und kann zukünftig zu Analyse Zwecken im Zeitreihenvergleich genutzt werden. Ob eine Vergleichbarkeit mit anderen Zweckverbänden bzw. Umlageverbänden darüber möglich wird, ist eher unwahrscheinlich, da diese sich in Größe, Ausprägung und Aufgabenfeldern zum Teil deutlich unterscheiden. Es folgen die Kennzahlen gem. RdErl. d. Innenministeriums vom 01.10.2008 für das Wirtschaftsjahr 01.01.2020 – 31.12.2020, wobei hier nur die Kennzahlen, die für den Förderschulzweckverband aussagekräftig sind, ausgewiesen werden.

Es handelt sich hier um den sechsten Jahresabschluss des Förderschulzweckverbandes. Der dargestellte Vergleichswert zum Jahresabschluss 2015 bezieht sich auf das Rumpfwirtschaftsjahr vom 01.08. bis 31.12.2015, wodurch nur eine bedingte Vergleichbarkeit gegeben ist. Ab dem Jahresabschluss 2016 ist eine Vergleichbarkeit gegeben.

I 3.1. Aufwandsdeckungsgrad:

1. Erläuterung der Kennzahl:

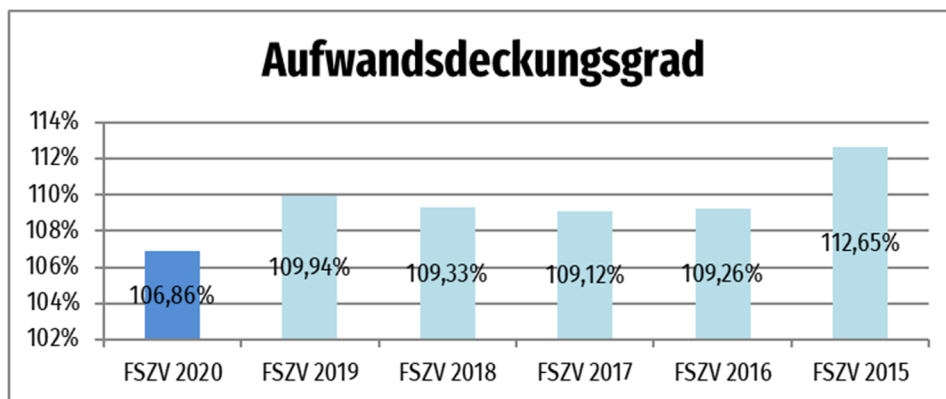
Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können. Die Kennzahl trifft eine Aussage darüber, inwieweit im operativen Kernbereich des Förderschulzweckverbandes die Erträge ausreichen. Sie lässt damit auch eine Aussage über die Wirtschaftlichkeit des Zweckverbandshandelns zu. Das finanzielle Gleichgewicht wird durch eine vollständige Deckung erreicht. Die Kennzahl zeigt an, inwieweit die satzungsgemäß erhobene Umlage gemeinsam mit den Erträgen des Zweckverbandes zur Deckung der Aufwendungen ausreicht.

Aufwandsdeckungsgrad =	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Ordentliche Erträge" sind die Erträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße "Ordentliche Aufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu berücksichtigen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Aufwandsdeckungsgrad =	8.430.904,87 € x 100	=	106,86%
	7.889.756,04 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Der Aufwandsdeckungsgrad des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren zeigt, dass der Zielwert von 100% in 2020 übertroffen wurde.

Der Förderschulzweckverband finanziert sich im Wesentlichen über die Zweckverbandsumlage. Diese ist grds. so festzusetzen, dass das Delta zwischen Erträgen und Aufwendungen durch die Umlage geschlossen wird. Insofern ist die Kennzahl nicht aussagekräftig. Die nicht benötigten Erträge werden über den "Umweg" Ausgleichsrücklage an die Umlagezahler erstattet und in diesen Jahren zu Auf-

wandsdeckungsgraden kleiner 100% führen. Über die Gesamtlaufzeit gesehen werden sich Erträge und Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüberstehen.

I 3.2. Eigenkapitalquote 1:

1. Erläuterung der Kennzahl:

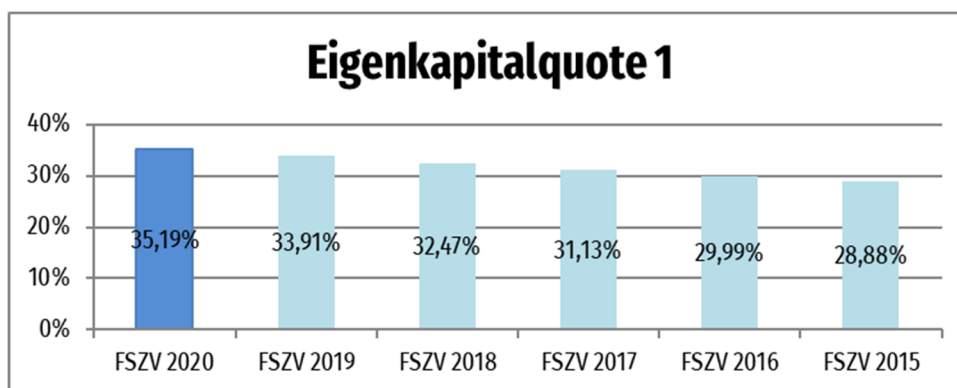
Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz des Förderschulzweckverbandes.

Eigenkapitalquote 1 =	Eigenkapital x 100
	Bilanzsumme

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Eigenkapital" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße "Bilanzsumme" ist die Summe der Passiva nach § 42 Abs. 4 KomHVO zu verstehen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Eigenkapitalquote 1 =	19.049.734,25 € x 100	=	35,19%
	54.129.035,49 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Das Eigenkapital zeigt sich gegenüber der Vorjahresbilanz um den in 2020 erzielten Jahresüberschuss erhöht.

I 3.3. Abschreibungsintensität:

1. Erläuterung der Kennzahl:

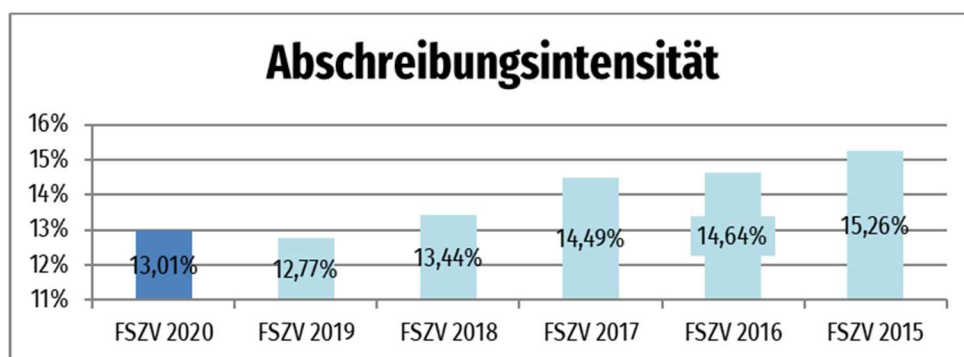
Diese Kennzahl gibt das Verhältnis der Abschreibungen auf das Anlagevermögen zu den ordentlichen Aufwendungen an. Sie zeigt damit, in welchem Umfang der Haushalt des Förderschulzweckverbandes durch den Wertverlust des Anlagevermögens belastet wird. In diese Kennzahl fließen sowohl die bilanziellen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen als auch die Abschreibungen auf Finanzanlagen ein.

Abschreibungsintensität =	$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 KomHVO (Ergebnisplan), die mit unmittelbarem Bezug zum Anlagevermögen der Bilanzposten nach § 42 Abs. 3 Nr. 1 KomHVO stehen, zu erfassen. Unter der Wertgröße „Ordentliche Aufwendungen“ sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. nach § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Abschreibungsintensität =	$\frac{1.026.130,60 \text{ €} \times 100}{7.889.756,04 \text{ €}}$	=	13,01%



3. Analyse der Kennzahl:

Diese Kennzahl deutet darauf hin, dass bilanzielle Abschreibungen den Haushalt des Förderschulzweckverbandes außergewöhnlich belasten. Dies ist u. a. dadurch begründet, dass Gebäude und Einrichtung der Förderschulen neueren Datums nicht gemietet sind. Es ist hier zu berücksichtigen, dass diesen planmäßigen Abschreibungen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten gegenüberstehen, die sich durch neu aufgelegte Investitionsprogramme wie den "Digitalpakt Schule" ab dem Jahr 2021 noch steigern werden. Daher bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.

I 3.4. Investitionsquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

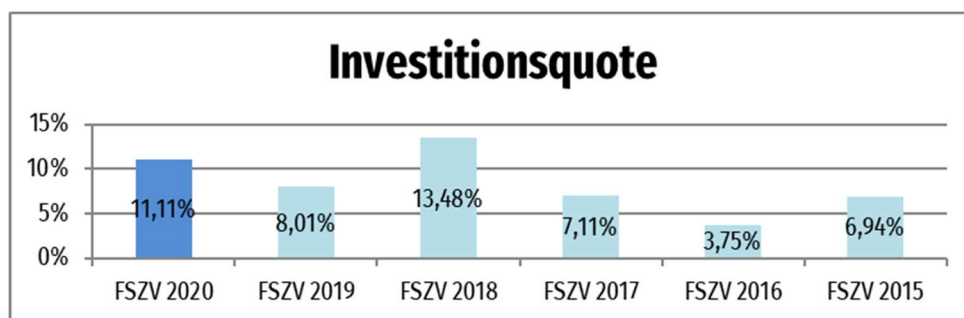
Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang der Förderschulzweckverband neu investiert, um dem Substanzverlust durch Vermögensabgänge und Abschreibungen entgegen zu wirken.

Investitionsquote =	Bruttoinvestitionen x 100
	Abgänge + Abschreibungen auf Anlagevermögen

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Bruttoinvestitionen" ist die Summe der Zugänge und Zuschreibungen des Anlagevermögens zu verstehen, die dem Anlagenspiegel nach § 46 KomHVO zu entnehmen ist. Diesem sind ebenfalls die Werte für die Abgänge und Abschreibungen auf Anlagevermögen zu entnehmen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Investitionsquote =	114.053,57 € x 100	=	11,11%
	1.026.130,60		



3. Analyse der Kennzahl:

Die Investitionsquote stellt dar, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Vermögensabgänge und Abschreibungen neue Investitionen gegenüberstehen. Somit lassen sich mit Hilfe der Entwicklung dieser Kennzahl im Zeitablauf Hinweise auf Wachstums- bzw. Schrumpfungstendenzen beim Anlagevermögen des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren erkennen.

Eine steigende Investitionsquote darf dabei nicht einfach als Indiz für Wachstum interpretiert werden, echtes Wachstum findet erst statt, wenn über die Abschreibungen hinaus investiert wird.

Die Situation im Förderschulzweckverband stellt sich so dar, dass die Neuinvestitionen die Abschreibungen und sonstigen Wertverluste bei weitem nicht aufwiegen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den Jahren 2007 und 2008 bis 2032 laufende PPP Projekte abgeschlossen wurden, die die Erweiterung und Modernisierung der Vertragsobjekte zum Inhalt haben.

Für die Folgejahre könnten hier Investitionen aus dem Investitionsprogramm "Digitalpakt Schule" die Entwicklung der Neuinvestitionen positiv beeinflussen. Eine ansteigende Investitionsquote kann hier als Gradmesser für eine moderne Ausstattung mit hohen Standards und somit einer gesteigerten Attraktivität der Schulen für künftige Schüler*innen und Eltern gesehen werden.

I 3.5. Anlagendeckungsgrad 2:

1. Erläuterung der Kennzahl:

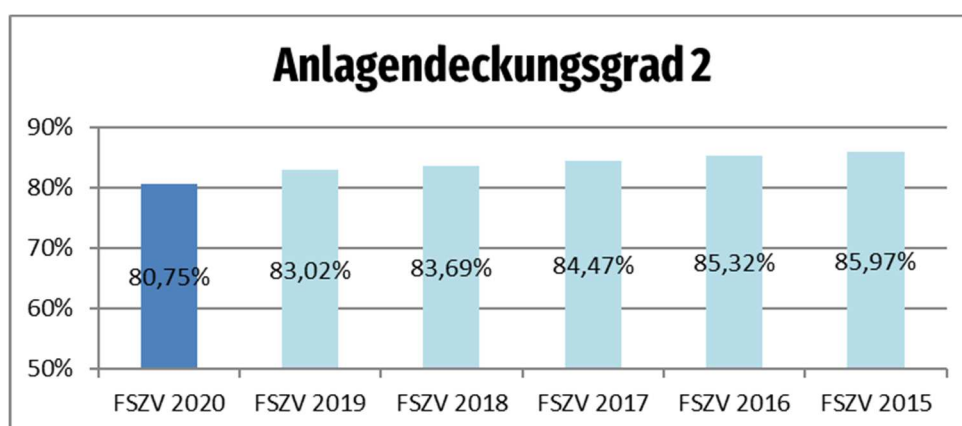
Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2 (ADG 2)“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind.

Anlagendeckungsgrad 2 =	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital} \times 100)}{\text{Anlagevermögen}}$

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Eigenkapital" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße "Sonderposten Zuwendungen/Beiträge" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 2.1 und 2.2 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße "Langfristiges Fremdkapital" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 3.1, 3.2 und 4 KomHVO zu erfassen. Die langfristigen Verbindlichkeiten nach § 42 Abs. 4 Nr. 4 KomHVO müssen eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren haben (Verbindlichkeitspiegel). Unter der Wertgröße "Anlagevermögen" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 3 Nr. 1 KomHVO zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Anlagendeckungsgrad 2 =	41.294.766,00 € x 100	=	80,75%
	51.139.162,13 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Die Kennzahl Anlagendeckungsgrad 2 zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Da das Anlagevermögen langfristig gebunden ist, sollte es i.d.R. auch langfristig finanziert werden. Im Umkehrschluss würde das Umlaufvermögen nicht ausreichen, um das gesamte kurzfristige Fremdkapital zu bedienen. Der ADG 2 sollte nach der betriebswirtschaftlichen (auf die Privatwirtschaft bezogenen) Theorie daher mindestens 100 % betragen. Die so genannte "goldene Bilanzregel" besagt in diesem Zusammenhang, dass langfristig gebundenes Vermögen (Grundstücke, Anlagen, Lizenzen, etc.) durch langfristiges Kapital (Eigenkapital, Darlehen) gedeckt werden soll, da ansonsten ein Liquiditätsengpass droht.

I 3.6. Kurzfristige Verbindlichkeitsquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

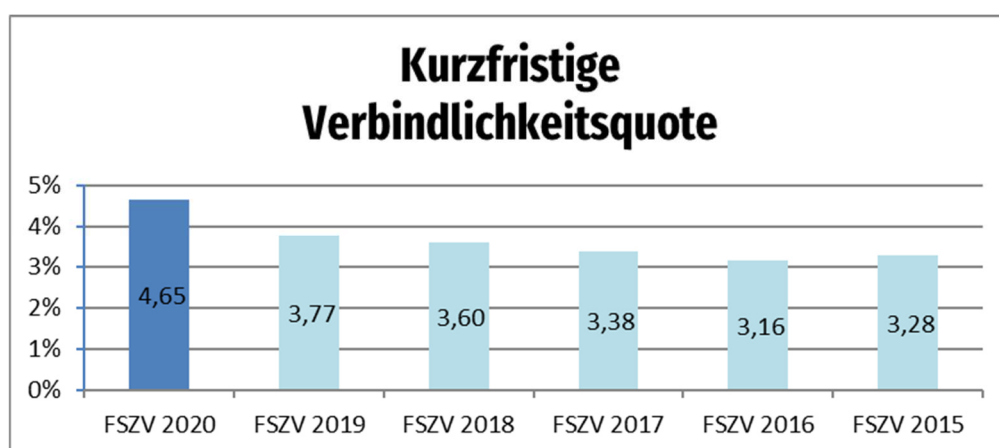
Diese Kennzahl zeigt an, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote =	Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100
	Bilanzsumme

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Kurzfristige Verbindlichkeiten" sind die Teilansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 4 KomHVO zu erfassen, die eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß Verbindlichkeitspiegel nach § 48 KomHVO haben. Unter der Wertgröße "Bilanzsumme" ist die Summe der Passiva nach § 4 Abs. 4 KomHVO zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote =	2.515.721,20 € x 100	=	4,65%
	54.129.035,49 €		



3. Analyse der Kennzahl :

Auf Grund des Umstandes, dass beim Förderschulzweckverband zur Sicherung der Liquidität keine Liquiditätskredite in Anspruch genommen werden mussten, zeigt sich keine nennenswerte Belastung durch kurzfristiges Fremdkapital. Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert, was sich anhand der Darlehen und im Verbindlichkeitspiegel ablesen lässt.

13.7. Zinslastquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

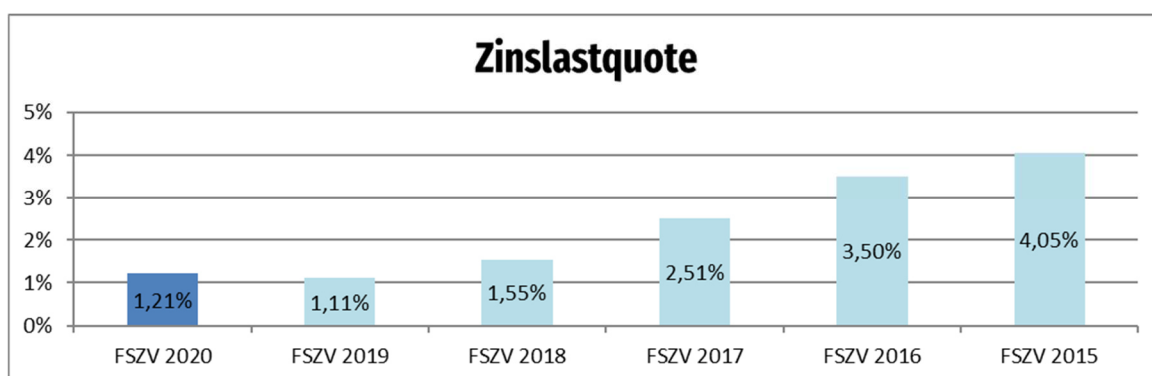
Diese Kennzahl gibt Aufschluss darüber, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Zinslastquote =	Finanzaufwendungen x 100
	Ordentliche Aufwendungen

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Finanzaufwendungen" sind die Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 17 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße "Ordentliche Aufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Zinslastquote =	95.821,47 € x 100	=	1,21%
	7.889.756,04 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Die Zinslastquote zeigt die Belastung aus den Investitionskreditzinsen. Bezüglich der Zinsanteile aus PPP Verpflichtungen wird auf die Ausführungen zu Punkt III Erläuterungen zur Ergebnisrechnung (zu Zeile 16) des Anhangs verwiesen. Unter Berücksichtigung der Zinsen aus den PPP-Projekten (715.124,70 €) würde sich die Zinslastquote auf 10,28 % (Vj. 10,50 %) erhöhen.

Perspektivisch ist, auch bei ansteigendem Zinsniveau, eine weitere Reduzierung der Belastung zu erwarten. Satzungsgemäß kann ein negativer "Betrag" in der Gesamtfinanzzrechnung durch den Finanzierungszuschuss, den die Mitglieder neben der Zweckverbandsumlage leisten, ausgeglichen werden. Daher ist eine Neuverschuldung, die auch die Zinslastquote beeinflusst, nicht zu erwarten. Zudem wird auf Grund dieser Tatsache deutlich, dass sich die Belastung aus Kreditverträgen ergibt, die vor Gründung des Förderschulzweckverbandes abgeschlossen und im Rahmen der Verbandsgründung übernommen wurden.

I 3.8. Allgemeine Umlagenquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

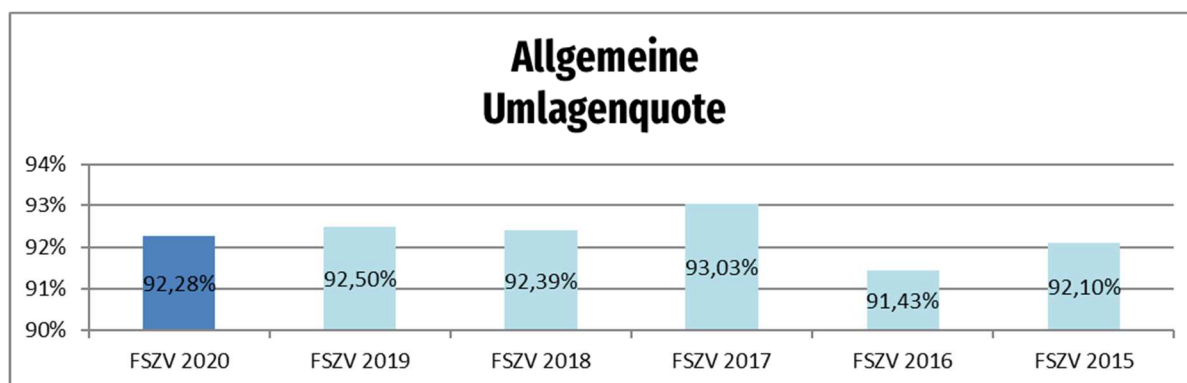
Die an dieser Stelle grundsätzlich darzustellende Netto-Steuerquote ist bei Verbänden, denen Steuern nicht wie den Gemeinden zufließen, durch eine Allgemeine Umlagenquote zu ersetzen.

Allgemeine Umlagenquote =	Allgemeine Umlage x 100
	Ordentliche Erträge

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Allgemeine Umlagen" sind die entsprechenden Teilerträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO zu erfassen. Dies sind Erträge aus der Zweckverbandsumlage. Unter der Wertgröße "Ordentliche Erträge" sind die Erträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Allgemeine Umlagenquote =	7.779.710 € x 100	=	92,28%
	8.430.904,87 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Soweit die sonstigen Erträge zur Deckung der Aufwendungen nicht ausreichen, erhebt der Förderschulzweckverband satzungsgemäß von seinen Mitgliedern die Zweckverbandsumlage. Zusätzliche Erträge

werden hier nur in geringem Umfang aus Bundes- und Landeszuschüssen (vgl. I 3.9.), aus der ertragswirksamen Auflösung von Sonderposten und aus Entgelten, die für die Mittagsverpflegung gezahlt werden, generiert. So erklärt sich die Tatsache, dass der Förderschulzweckverband in erheblichem Maße umlagefinanziert ist.

I 3.9. Zuwendungsquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

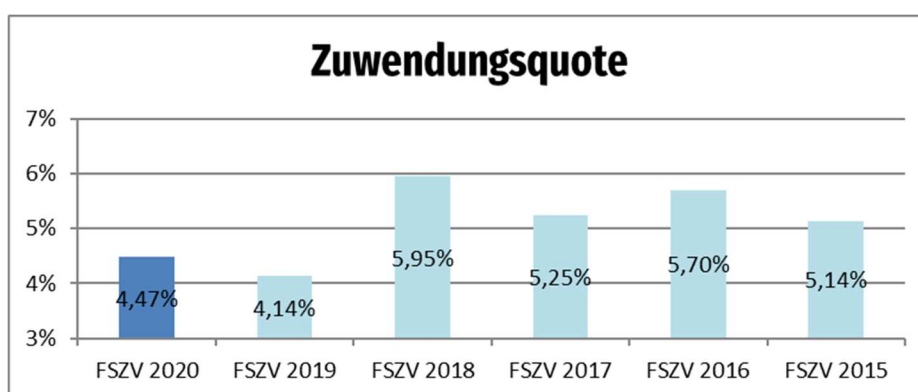
Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Förderschulzweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Zuwendungsquote =	Erträge aus Zuwendungen x 100
	Ordentliche Erträge

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Erträge aus Zuwendungen" sind die zutreffenden Teilerträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO zu erfassen. Dies sind Erträge aus den Schlüsselzuweisungen vom Land, den Bedarfszuweisungen vom Land und von Gemeinden (GV), den allgemeinen Zuweisungen vom Bund, vom Land und von Gemeinden (GV), den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke sowie den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Unter der Wertgröße "Ordentliche Erträge" sind die Erträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 38 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Zuwendungsquote =	377.139,76 € x 100	=	4,47%
	8.430.904,87 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Zuwendungen generieren sich beim Förderschulzweckverband aus Bundes- und Landesmitteln, die in den Bereichen Aufwendungen für den Bundesfreiwilligendienst, Personalkostenzuschüsse, laufende Zwecke, offene Ganztagschule und Fortbildung gewährt werden.

Aus der Kennzahl wird deutlich, dass die Zuwendungen im Vergleich zu den Umlagen lediglich eine untergeordnete Rolle einnehmen.

I 3.10. Personalintensität

1. Erläuterung der Kennzahl:

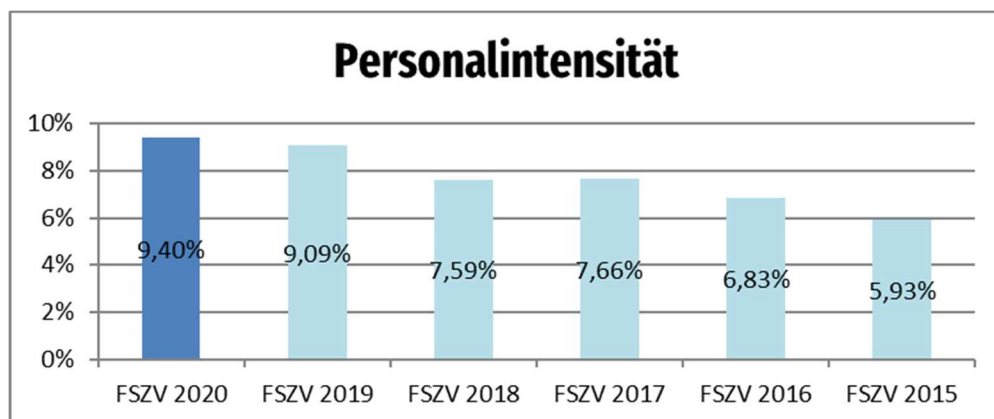
Diese Kennzahl zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Die Kennzahl trifft eine Aussage darüber, inwieweit im operativen Kernbereich des Förderschulzweckverbandes die gesamten ordentlichen Aufwendungen durch die Personalaufwendungen gebunden werden. Sie lässt damit bedingt auch eine Aussage über die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu.

Personalintensität =	Personalaufwendungen x 100
	Ordentliche Aufwendungen

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Personalaufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße "Ordentliche Aufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Personalintensität =	741.919,52 € x 100	=	9,40%
	7.889.756,04 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Die Analyse dieser Kennzahl muss unter Berücksichtigung der Tatsache vorgenommen werden, dass hier nur Aufwendungen für die beim Förderschulzweckverband angestellten Mitarbeiter*innen dargestellt sind. Tätigkeiten, die im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages von Mitarbeiter*innen des

Kreises erledigt und vom Zweckverband vergütet werden, sind hier nicht aufgelistet, sondern werden als Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ausgewiesen.

I.3.11. Sach- und Dienstleistungsintensität:

1. Erläuterung der Kennzahl:

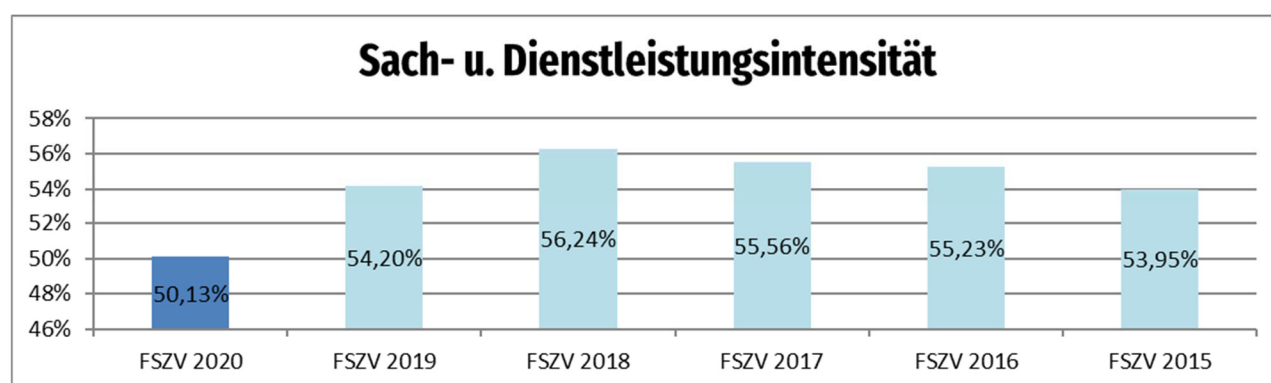
Diese Kennzahl gibt an, in welchem Verhältnis die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu den ordentlichen Aufwendungen stehen. Sie lässt darauf schließen, in welchem Umfang sich der Förderschulzweckverband für die Beanspruchung von Leistungen Dritter entschieden hat.

Sach- und Dienstleistungsintensität =	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen x 100
	Ordentliche Aufwendungen

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 12 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße "Ordentliche Aufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Sach- und Dienstleistungsintensität =	3.955.021,74 € x 100	=	50,13%
	7.889.756,04 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Diese Kennzahl lässt sich beim Förderschulzweckverband in erheblichem Umfang auf die Aufwendungen für die Schülerbeförderung zurückführen. Sie machen mehr als 46% der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aus. Weiterhin sind hier Tätigkeiten, die im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages von Mitarbeiter*innen des Kreises erledigt und vom Zweckverband vergütet werden, aufgelistet.

Es besteht jedoch für den Förderschulzweckverband nur eine geringe Möglichkeit der Einflussnahme, da diese zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs unabdingbar sind.

I 4. Haushalts- und Finanzlage des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren im Haushaltsjahr 2020

Geplante Entwicklung

Mit dem Haushalt 2020 wurde für das Jahr 2020 sowohl ein ausgeglichener Gesamtergebnisplan als auch ein ausgeglichener Gesamtfinanzplan durch die Zweckverbandsversammlung beschlossen. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Darstellungen im Haushalt 2020 verwiesen.

Tatsächliche Entwicklung

Seit dem 01.08.2020 wurde die Errichtung einer Förderschule mit den Förderschwerpunkten Sprache in der Primarstufe, Lernen und emotionale und soziale Entwicklung in der Primar- und Sekundarstufe I unter dem Namen "Förderschule Athenée Royal" von der Bezirksregierung genehmigt. Diese wurde bisher als Teilstandort der Bürgewaldschule geführt. Die Umsetzung in der Finanzbuchhaltung erfolgte erst ab dem 01.01.2021, da bei der Erstellung des Haushaltes 2020 der Zeitpunkt der Genehmigung noch nicht feststand.

Die Zusammensetzung des Jahresergebnisses sowie die Abweichungen zum Haushaltsansatz sind in der nachfolgenden Darstellung der Gesamtergebnisrechnung auf Zeilenebene dokumentiert:

Ergebnisrechnung 2020 Förderschulzweckverband

Pos.	Name	Ansatz Rechnungsjahr	Ergebnis Rechnungsjahr	Vergleich Ansatz/Ergebnis
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.342.380,00	8.292.007,69	-50.372,31
03	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	113.850,00	93.799,20	-20.050,80
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	263,98	263,98
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	30.579,04	30.579,04
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	100,00	14.254,96	14.154,96
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	8.456.330,00	8.430.904,87	-25.425,13
11	- Personalaufwendungen	-893.000,00	-741.919,52	151.080,48
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	-4.474.660,00	-3.955.021,74	519.638,26
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-1.038.340,00	-1.026.130,60	12.209,40
15	- Transferaufwendungen	-192.320,00	-206.864,95	-14.544,95
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.769.010,00	-1.959.819,23	-190.809,23
17	= Ordentliche Aufwendungen	-8.367.330,00	-7.889.756,04	477.573,96
18	= Ordentliches Ergebnis(10 und 17)	89.000,00	541.148,83	452.148,83
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-89.000,00	-95.821,47	-6.821,47
21	= Finanzergebnis(19 und 20)	-89.000,00	-95.821,47	-6.821,47
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit(18 und 21)	0,00	445.327,36	445.327,36
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	285.072,79	285.072,79
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis(23 und 24)	0,00	285.072,79	285.072,79
26	= Ergebnis(22 und 25)	0,00	730.400,15	730.400,15
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
29	= Jahresergebnis(= Zeilen 26, 27, 28)	0,00	730.400,15	730.400,15
30	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage			
31	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00
32	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00
34	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
35	Verrechnungssaldo (=Zeilen 30 bis 33)	0,00	0,00	0,00

Die wertmäßig größten Abweichungen werden im Folgenden kurz erläutert.

Zeile 02

Der Minderertrag resultiert zum größten Teil aus der Tatsache, dass Zuwendungen des Bundes (für den Bundesfreiwilligendienst) nicht im geplanten Umfang geflossen sind.

Zeile 04

Der Minderertrag ergibt sich aus nicht im geplanten Umfang geflossenen Elternbeträgen zur Mittagsverpflegung. Dies ist durch Corona bedingte Schulschließungen begründet.

Zeile 06

Der Mehrertrag ergibt sich im Wesentlichen aus Zuschüssen zum Mutterschaftsgeld.

Zeile 11

Der Minderaufwand im Bereich der Personalaufwendungen ist im Wesentlichen dadurch begründet, dass nicht alle Stellen im Bundesfreiwilligendienst besetzt werden konnten.

Zeile 13

Bei den Sach- und Dienstleistungen konnten bedingt durch die zeitweisen Schulschließungen Einsparungen erzielt werden.

Zeile 16

Die Mehraufwendungen resultieren überwiegend aus den Geschäftsaufwendungen, die im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie entstanden sind. Beispielhaft seien hier die Kosten für Masken, Handschuhe, Desinfektionsmittel und -spender oder zusätzliche Kosten für Einzelfahrten mit Taxen und zusätzliche Busrouten aufgeführt.

Zeile 23

Hier werden die außerordentlichen Erträge für den Ausgleich der Corona-Belastungen ausgewiesen. Es wird auf die Gliederungsziffer I 5. verwiesen.

Zur Begründung der Abweichungen in der nachfolgend dargestellten Finanzrechnung wird auf die v. g. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung verwiesen. Darüber hinaus sind durch Rechnungsabgrenzung bedingte Abweichungen vor allem im Bereich der sonstigen Auszahlungen (z.B. konsumtive Auszahlungen PPP) und der Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (z.B. Energiekosten, Auszahlungen für Schülerbeförderung) zu verzeichnen.

Finanzrechnung 2020 Förderschulzweckverband

Pos.	Name	Ansatz Rechnungsjahr	Ergebnis Rechnungsjahr	Vergleich Ansatz/Ergebnis
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.180.810,00	8.146.282,34	-34.527,66
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	113.850,00	85.768,81	-28.081,19
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	869,07	869,07
06	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	27.424,94	27.424,94
07	+ Sonstige Einzahlungen	100,00	12.109,76	12.009,76
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00
09	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	8.294.760,00	8.272.454,92	-22.305,08
10	- Personalauszahlungen	-893.000,00	-740.557,68	152.442,32
11	- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00
12	- Ausz. für Sach- und Dienstleistungen	-4.477.979,96	-3.989.906,91	488.073,05
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-91.000,00	-96.340,71	-5.340,71
14	- Transferzahlungen	-196.680,19	-178.114,95	18.565,24
15	- Sonstige Auszahlungen	-1.848.801,42	-1.929.179,58	-80.378,16
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-7.507.461,57	-6.934.099,83	573.361,74
17	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 und 16)	787.298,43	1.338.355,09	551.056,66
18	+ Zuwendungen für Invest.maßnahmen	1.014.270,00	1.014.270,00	0,00
19	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Sachanlagen	0,00	0,00	0,00
20	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Finanzanl.	0,00	0,00	0,00
21	+ Einzahlg. a. Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.014.270,00	1.014.270,00	0,00
24	- Auszahlg. f.d. Erwerb von Grdst. und Gebäuden	0,00	0,00	0,00
25	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-1.000.700,00	-998.945,78	1.754,22
26	- Auszahlg. f.d. Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	-318.176,58	-114.053,57	-518.000,00
27	- Auszahlg. f.d. Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
28	- Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.318.876,58	-1.112.999,35	-516.245,78
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (23 und 30)	-304.606,58	-98.729,35	-516.245,78
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (17 und 31)	482.691,85	1.239.625,74	34.810,88
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0,00	0,00	0,00
34	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	-518.000,00	-517.363,20	636,80
36	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-518.000,00	-517.363,20	636,80
38	= Änd. d. Best. an eig. Finanzmitteln (32 und 37)	-35.308,15	722.262,54	35.447,68
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	2.849.402,93	2.849.402,93
40	+ Bestand an fremden Mitteln	0,00	1.756,89	1.756,89
41	+ durchlfd. Gelder	0,00	0,00	0,00
42	= Liquide Mittel	-35.308,15	3.573.422,36	2.886.607,50

I 5. Covid-19-bedingte Kosten

Aus der COVID-19-Pandemie resultieren diverse Belastungen für die Haushalte der Kommunen (GV). Das Land NRW hat im Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie (in analoger Anwendung für den Förderschulzweckverband) folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-CIG) festgelegt, dass und in welcher Form mit diesen Belastungen im Jahresabschluss 2020 umgegangen werden soll. Hierzu führt das Land im Rahmen der "FAQs" folgendes aus:

"Das „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften“ wurde vom Landtag Nordrhein-Westfalen am 17. September 2020 angenommen. Artikel 1 (NKF-CIG“) sowie Artikel 2 („Sonderhilfengesetz Stärkungspakt“) ist am 1. Oktober 2020 in Kraft getreten. Das NKF-CIG dient dazu, die in den Kommunalhaushalten entstandenen bzw. entstehenden Mindererträge bzw. Mehraufwendungen haushaltsrechtlich zu isolieren, um die kommunalen Haushalte auch in den Folgejahren tragfähig zu halten, um so die kommunale Handlungsfähigkeit abzusichern.

Hierzu enthält das NKF-CIG Regelungen zur rechnerischen Ermittlung der COVID-19-pandemiebedingten außerordentlichen Haushaltsbelastung, welche durch eine Verringerung der kommunalen Erträge und dem Anstieg von Mehraufwendungen verursacht werden. Diese pandemiebedingten Haushaltsverschlechterungen werden im Wege einer Bilanzierungshilfe in den kommunalen Haushalten in einem gesonderten Posten vor dem Anlagevermögen aktiviert. Die Aktivierung erfolgt mittels des außerordentlichen Ergebnisses und ermöglicht so eine buchhalterische Isolierung der pandemiebedingten Haushaltsverschlechterung."

Es gilt somit im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2020 die zu isolierenden Beträge zu ermitteln und entsprechende außerordentliche Erträge zu buchen. Diese Erträge sind gem. § 5 Abs. 4 NKF-CIG bilanziell gemäß § 6 NKF-CIG zu aktivieren (als sog. Bilanzierungshilfe). Darüber hinaus ist dies im Anhang des Jahresabschlusses zu erläutern (vgl. Punkt C II 0).

Zwecks Feststellung der außerordentlichen Haushaltsverschlechterungen wurden daher die spezifisch für COVID-19 eingerichteten Konten aus der Finanzsoftware Infoma ausgewertet, mit den Ermittlungen der Organisationseinheiten abgeglichen und die Vollständigkeit der Buchungen sichergestellt. Aus Genauigkeitsgründen wurde auf die Ableitung der Mehraufwendungen im Vergleich zum Haushaltsplan verzichtet. Ausgewiesen werden je Kostenträger nur die "Netto-Belastungen", was bedeutet, dass Covid 19 bedingte Erstattungen gegengerechnet werden.

Insgesamt haben sich folgende „Netto-Belastungen“ ergeben:

Produkt	Bezeichnung	2020
03.221.01	Christophorusschule	62.621,98
03.221.02	Stephanusschule	97.215,94
03.221.03	Schirmerschule	37.614,98
03.221.04	Bürgewalschule	22.975,83
03.221.05	Förderschule Athenée Royal	64.644,06

Die vorgenannten Verschlechterungen sind je Teilergebnisrechnung zu eliminieren. Dies geschieht durch Einbuchung von außerordentlichen Erträgen in Höhe der v. g. Nettobelastungen in den jeweiligen Produkten

Im Umfang der außerordentlichen Erträge wird gleichsam die neue Bilanzposition 0 "Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit – Covid-19-Pandemie" (Bilanzierungshilfe) auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Diese wird, entsprechend der Vorgaben des Landes im CIG NRW, ab dem Jahr 2025 in voller Höhe oder über einen Zeitraum von 50 Jahren aufgelöst, so dass die Belastung des Kreishaushalts durch die Pandemie de facto auf die kommenden Jahre / Jahrzehnte verschoben und verteilt wird.

I 6. Nachtragsbericht

Nach dem Jahresabschlussstichtag 31.12.2020 hat sich der Förderschulzweckverband fortentwickelt.

Mit Beginn des Schuljahres 2026/2027 tritt der Rechtsanspruch eines Kindes auf Förderung in einer Tageseinrichtung ab Schuleintritt bis zum Beginn der 5. Klassenstufe in Kraft, unabhängig von der besuchten Schulform. Die konkrete Umsetzung vor Ort soll wie bisher auch an offenen Ganztagschulen bzw. Ganztagsförderschulen erfolgen.

I 7 Chancen und Risiken

Die Entwicklung der Schülerzahlen verlief seit Gründung des Förderschulzweckverbandes konstant bzw. sogar leicht ansteigend. Die Nachfrage der Erziehungsberechtigten nach Plätzen in Förderschulen ist in den letzten Jahren wieder deutlich gestiegen. Dies unterstreicht zum einen die von den Schulleitungen und Lehrerkollegien geleistete gute Arbeit an den Förderschulen zum anderen aber auch die Richtigkeit der seinerzeit von den Schulträgern und Kommunen getroffenen Entscheidungen einer möglichst wohnortnahen Beschulungsmöglichkeit an Förderschulen. So besuchten zum Schuljahr 2018/ 2019 insgesamt 926 Schüler*innen eine Förderschule (davon 609 LES), im Schuljahr 2019/2020 waren es 939 Schüler*innen (davon 601 LES), im Schuljahr 2020/2021 insgesamt 946 Schüler*innen (davon 611 LES) und im Schuljahr 2021/2022 956 Schüler*innen (davon 601 LES). Im Schuljahr 2022/2023 werden 960 Schüler*innen (davon 605 LES) beschult. Diese Entwicklung wird durch die Erstellung der Schülerstatistik durch das Amt für Schule, Bildung und Integration dokumentiert. Die jeweils aktuelle Schülerstatistik wird regelmäßig dem Ausschuss für Schule und Arbeit mitgeteilt. Weiter untermauert die Dokumentation 234 der Kultusministerkonferenz über die Vorausbildung der Schülerzahlen den zu erwartenden leichten Anstieg. Die prognostizierten Zahlen ergeben sich aus der folgenden Tabelle (auszugsweise für Deutschland und Nordrhein-Westfalen).

Jahr	NW	D
2020 (Ist)	80.900	327.526
2021	82.600	331.777
2022	85.400	336.605
2023	87.900	341.378
2024	90.800	345.761
2025	93.900	350.059
2026	94.400	351.738
2027	95.200	352.874
2028	96.300	355.003
2029	97.000	356.939
2030	97.600	358.311
2031	97.900	358.678
2032	97.900	358.065
2033	97.800	356.533
2034	97.600	355.036
2035	97.200	353.008

Zum Stichtag 31.12.2020 konnten keine Prognosen über die Dauer der Corona-Pandemie getroffen werden. Wenngleich zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses die Pandemie überwunden scheint, sollte hier noch auf die erhöhten Belastungen in den Folgejahren vor allem im Bereich der Schülerbeförderung sowie zur Umsetzung der Hygienekonzepte, die sich infolge der Pandemie ergeben haben, hingewiesen werden.

Aus der Umsetzung des Rechtsanspruchs eines Kindes auf Förderung in einer Tageseinrichtung könnten sich für den Förderschulzweckverband deutliche Veränderungen ergeben.

Die Christophorus- und Stephanusschule werden bereits als Ganztagsförderschulen geführt. An der Schirmer- und Stephanusschule ist, anders als an der Förderschule Athenée Royal und der Bürgewaldschule, bereits eine OGS eingerichtet. Vor allem an der Förderschule Athenée Royal werden zur Realisierung des Rechtsanspruchs voraussichtlich bauliche Veränderungen vorgenommen werden müssen. Dabei muss ein Gesamtkonzept für OGS und Schule erstellt werden, Schule muss als Ganztagschule gesehen werden, so dass die Räume morgens und nachmittags genutzt werden können. Die Schirmer- und die Bürgewaldschule bieten auf Grund der Gebäudegröße genügend Möglichkeiten, veränderter Bedarfen ohne große bauliche Änderungen zu begegnen, so dass hierfür keine Schulbauberatung durchgeführt werden muss. Für die Stephanusschule wird dies ebenso gesehen.

Es wurde daher eine Schulbauberatung mit Schulentwicklungsplanung für zwei (Förderschule Athenée Royal und Christophorus-Schule) der fünf Förderschulen des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren ausgeschrieben. Die Schulentwicklungsplanung bezieht sich auch auf die drei weiteren Förderschulen (Bürgewald-, Schirmer- und Stephanusschule). Die Ergebnisse werden im Sommer 2024 vorliegen, so dass dann konkrete Planungen erfolgen können.

Bei der Prolongation der bestehenden Verbindlichkeiten in den Jahren 2024, 2026 und 2027 (Gesamtvolumen rund 2,25 Mio €) sind mögliche Zinsrisiken zu beachten. Obwohl eine Langzeitprognose auf Grund unsicherer Rahmenbedingungen nur schwer abzugeben ist, ist derzeit durch Inflationsdämpfen-

de Maßnahmen der EZB (Erhöhung des Leitzinses) eine deutliche Erhöhung der Zinslast zu verzeichnen. Dem entgegen wirkt sich die Zinsbindung sowie die geringere Restschuld, die zu finanzieren wäre, aus.

Infolge des seit dem 24. Februar 2022 andauernden Krieges in der Ukraine treten weitere Belastungen für die kommunalen Haushalte und entsprechend auch für den Förderschulzweckverband hinzu. Die Unsicherheit bei der Erdgasversorgung, die durch die konkrete Angebotsverknappung noch verstärkt wurde, hat zur Folge, dass der Preis für Erdgas am Markt stark angestiegen ist und sich derzeit auf einem hohen Niveau stabilisiert hat - bei der Preisentwicklung für Strom zeigen sich vergleichbare Effekte. Im Bereich des Förderschulzweckverbands spiegelt sich das hohe Preisniveau im Energiebereich unter anderem auch deutlich bei den Schülerfahrkosten wider.

Darüber hinaus wirken sich inflationsbedingte Preissteigerungen in allen den Förderschulzweckverband betreffenden Bereichen (z. B. Schulmöbel, Lernmittel, Mittagsverpflegung) aus.

Im Zuge der Inflation ist auch von steigenden Personalkosten auszugehen. Diese sind im Wesentlichen durch Entgelterhöhungen durch erzielte Tarifabschlüsse begründet. In Verbindung mit der allgemeinen Situation am Arbeitsmarkt, dass qualifizierte Fachkräfte z. B. im medizinischen Bereich kaum zur Verfügung stehen, könnte dies zu einer weiteren Belastung für den Förderschulzweckverband werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass

- die Schülerzahlen an den Förderschulen steigen tendenziell an,
- grundsätzlich auch zukünftig weiter flexibel auf Veränderungen über die Änderungen der Einzugsbereiche reagiert werden kann,
- durch die Gründung der Förderschule Athenée Royal die Individualität eines jeden Standorts weiter herausgearbeitet werden und jeder Standort sein Profil schärfen konnte und
- die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Inflation und des Krieges in der Ukraine zu einer zusätzlichen Belastung für den Förderschulzweckverband geworden sind.
- sich Veränderungen aus der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Förderung in einer Tageseinrichtung ergeben werden.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Verbandsvorsteher:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat	
Verbandsversammlung:	je Mitglied		3 Sitze	6,25 %

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsversammlung:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Küpper, Anne	Kreistagsmitglied	28.03.2023	

Spelthahn, Wolfgang
Zentis, Gudrun

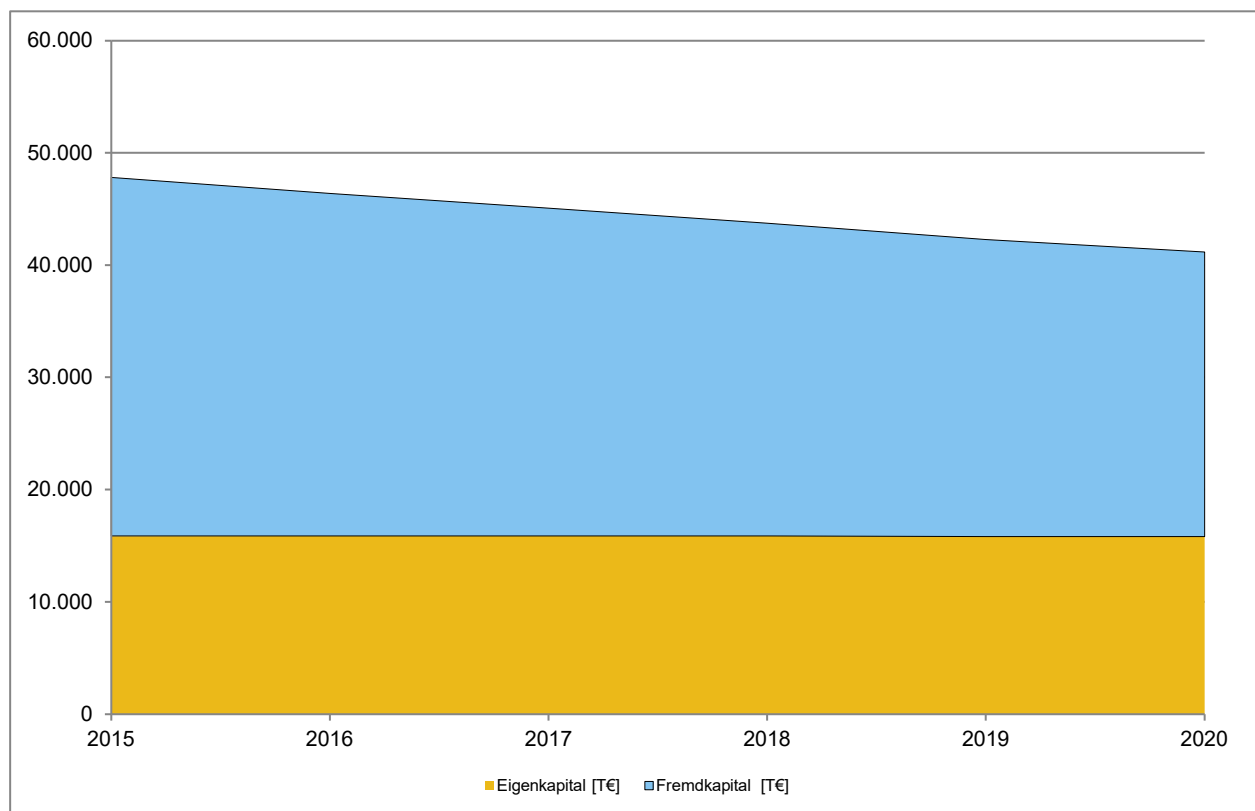
Landrat
Kreistagsmitglied

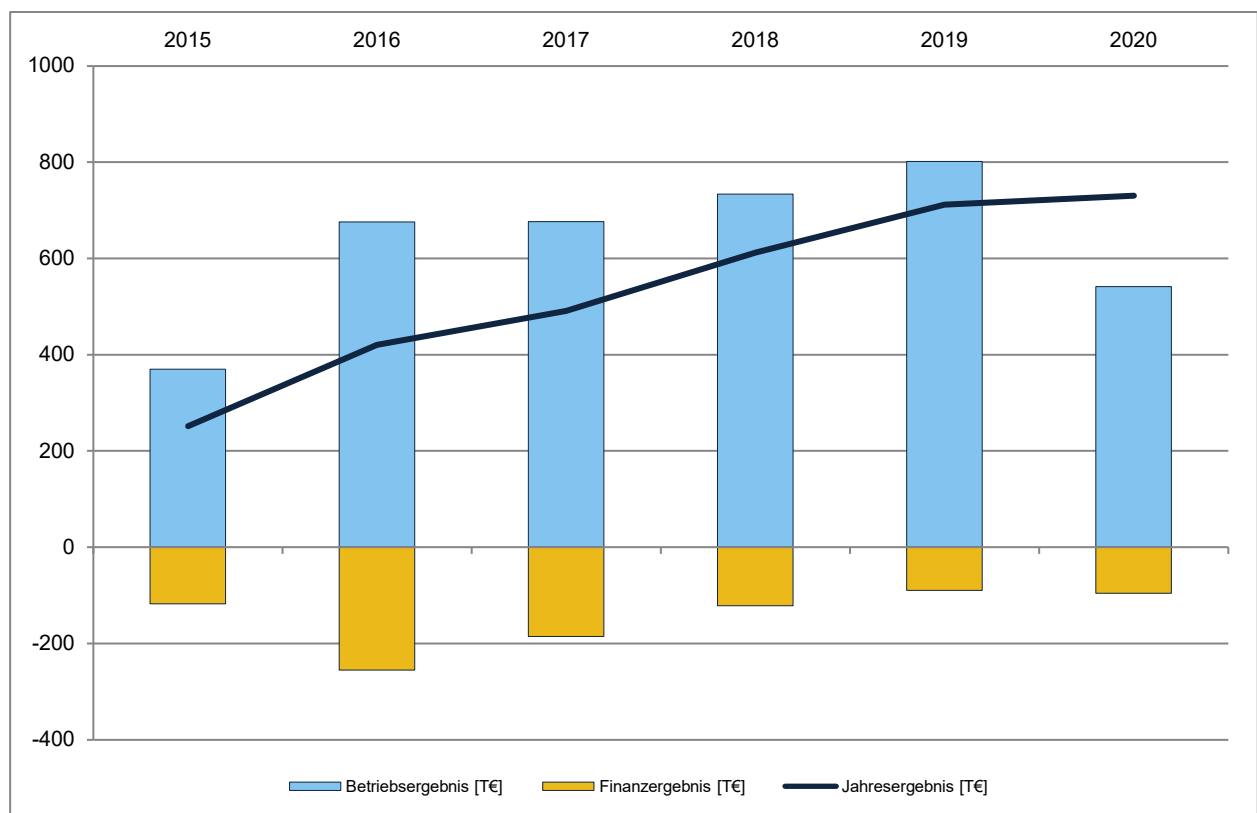
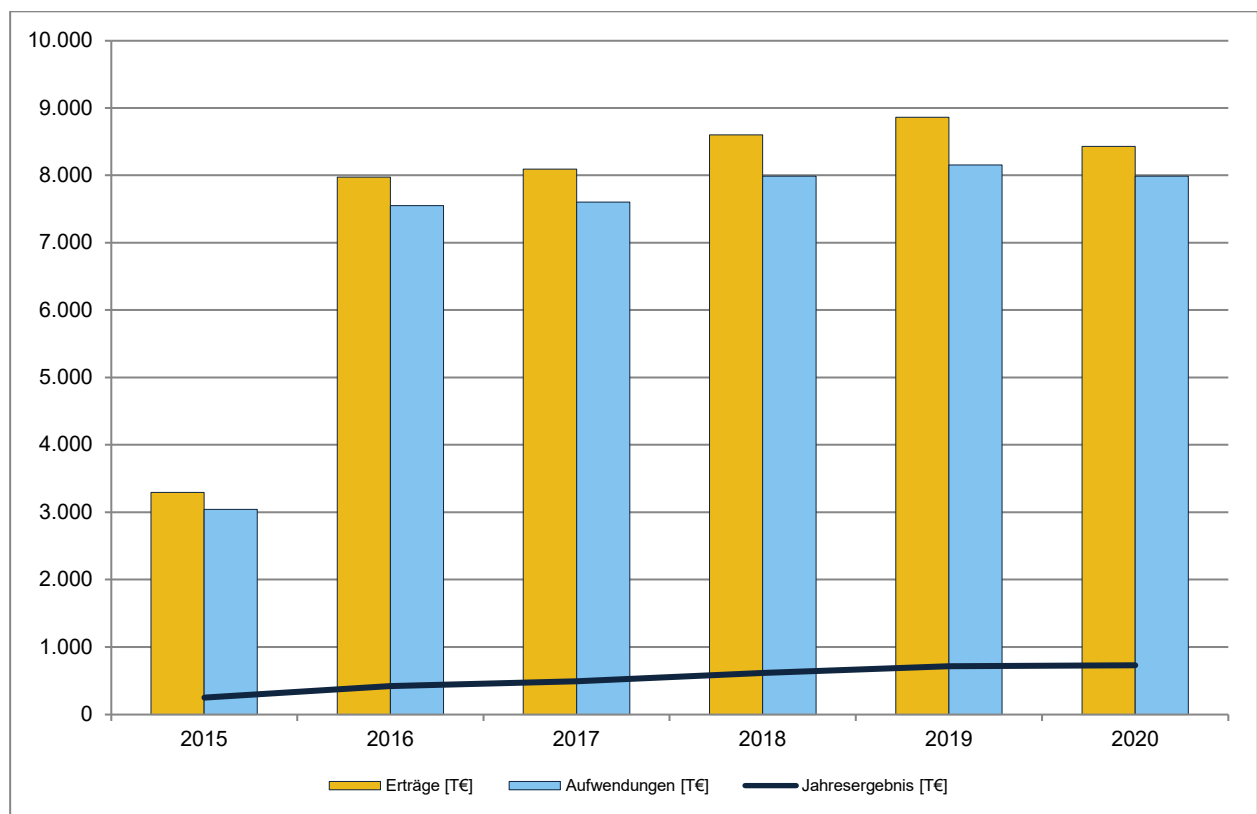
01.08.2015
26.11.2020

i) Personalbestand

Zum 31.12.2018 waren 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Zweckverband tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2018	2019	2020	Veränderung
Eigenkapitalquote	32,47%	33,91%	35,19%	1,34%
Eigenkapitalrentabilität	3,47%	3,88%	3,83%	0,59%
Anlagendeckungsgrad 2	46,38%	48,33%	50,39%	1,69%
Verschuldungsgrad	51,29%	48,92%	46,78%	-2,12%
Umsatzrentabilität	Keine Umsatzerlöse	Keine Umsatzerlöse	Keine Umsatzerlöse	0,00%

9 Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.



Grüngürtel 31
Telefon: 02421/3909-0
E-Mail: info@wohnungsbaugenossenschaft-dn.de
Telefax: 02421/390970
Homepage: www.wohnungsbaugenossenschaft-dn.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Mitglieder können natürliche Personen, Personenhandelsgesellschaften sowie juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts werden.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteile	Anteil in %	Wert je Anteil	Wert insgesamt
Kreis Düren	10	0,27	205,00	2050,00
Mitglieder	2129			

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2022 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vorhanden.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	39.633.523,68 €	41.100.711,91 €	46.209.604,24 €	5.108.892,33 €	12,43%
II. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.720.079,68 €	1.924.460,11 €	1.886.113,58 €	-38.346,53 €	-1,99%
II. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	60.712,34 €	47.926,38 €	128.216,08 €	80.289,70 €	167,53%
III. Kassenbestand	686.126,09 €	1.633.581,31 €	1.472.419,85 €	-161.161,46 €	-9,87%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	23.001,81 €	20.503,65 €	15.712,85 €	-4.790,80 €	-23,37%
Summe Aktiva	42.123.443,60 €	44.727.183,36 €	49.712.066,60 €	4.984.883,24 €	11,15%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Geschäftsguthaben der mit Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschiedenen Mitglieder	12.710,00 €	13.530,00 €	9.020,00 €	-4.510,00 €	-33,33%
II. Der verbleibenden Mitglieder	751.735,00 €	751.735,00 €	761.780,00 €	10.045,00 €	1,34%
III. Aus gekündigten Geschäftsanteilen	1.025,00 €	0,00 €	205,00 €	205,00 €	
IV. Ergebnisrücklagen	22.871.234,45 €	23.317.892,70 €	24.132.988,94 €	815.096,24 €	3,50%
V. unverteilter Bilanzgewinn aus dem Vorjahr	29.864,40 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
VI. Bilanzgewinn	29.889,00 €	30.069,40 €	30.069,40 €	0,00 €	0,00%
B. Rückstellungen	33.465,00 €	320.000,00 €	321.900,00 €	1.900,00 €	0,59%
C. Verbindlichkeiten	18.393.520,75 €	20.293.956,26 €	24.456.103,26 €	4.162.147,00 €	20,51%
Summe Passiva	42.123.443,60 €	44.727.183,36 €	49.712.066,60 €	4.984.883,24 €	11,15%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	6.147.130,29 €	6.335.137,80 €	6.662.018,80 €	326.881,00 €	5,16%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	134.456,70 €	204.380,43 €	-38.346,53 €	-242.726,96 €	-118,76%
3. sonstige betriebliche Erträge	142.255,37 €	96.353,43 €	120.003,15 €	23.649,72 €	24,54%
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	2.903.626,43 €	3.440.082,38 €	3.203.891,32 €	-236.191,06 €	-6,87%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	80.635,00 €	42.920,00 €	41.925,00 €	-995,00 €	-2,32%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	10.524,12 €	0,00 €	658,85 €	658,85 €	
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	1.215.302,79 €	1.261.691,38 €	1.297.685,94 €	35.994,56 €	2,85%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.580.834,83 €	1.080.658,37 €	998.595,57 €	-82.062,80 €	-7,59%
Betriebsergebnis	632.919,19 €	810.519,53 €	1.200.918,74 €	390.399,21 €	48,17%
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	329.973,73 €	328.281,74 €	352.008,09 €	23.726,35 €	7,23%
Finanzergebnis	-329.973,73 €	-328.281,74 €	-352.008,09 €	-23.726,35 €	7,23%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	302.945,46 €	482.237,79 €	848.910,65 €	366.672,86 €	76,04%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
13. sonstige Steuern	5.807,83 €	5.510,14 €	3.745,01 €	-1.765,13 €	-32,03%
Jahresergebnis	297.137,63 €	476.727,65 €	845.165,64 €	368.437,99 €	77,28%
14. Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklagen	267.248,63 €	446.658,25 €	815.096,24 €	368.437,99 €	82,49%
Jahresergebnis	29.889,00 €	30.069,40 €	30.069,40 €	0,00 €	0,00%

g) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

1. Angaben zum Unternehmen

Das im Jahre 1913 als Genossenschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Düren. Die Geschäftsräume befinden sich in Düren, Grüngürtel 31.

Die Genossenschaft ist eine steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft mit partieller Besteuerung einzelner Geschäfte.

Das Unternehmen beschäftigte zum 31.12.2022 eine geringfügig Beschäftigte. Die Geschäfte werden durch das Personal der Dürener Bauverein AG besorgt. Grundlage der Geschäftsbesorgung im Jahr 2022 ist der Geschäftsbesorgungsvertrag vom 29.10.2015. Eine Kündigung des zum 31.12.2022 ausgelaufenen Vertrages wurde nicht ausgesprochen, so dass sich die Laufzeit automatisch bis zum 31.12.2024 verlängerte.

2. Immobilienmarkt Düren

Die vom Kreis Düren aufgerufene „Wachstumsinitiative 2030“ ist im Betrachtungszeitraum ins Stocken gekommen. Als Gründe hierfür sind die hohe Inflation und die damit einhergehende Kreditzinssteigerungen, unkalkulierbare Höhe der Baukosten und rasant gestiegene Grundstückspreise zu nennen. Die unklare gesetzliche Lage bezüglich der energetischen Normen für Alt- und Neubauten, sowie die unklaren Förderkulissen befeuerten ebenfalls die Stagnation im Wohnungsbaumarkt. Die negativen Rahmenbedingungen auf dem Immobilienmarkt bewirkten, dass Projektentwickler Wohnbauprojekte zurückgestellt haben. Eine Folge darauf sind weiterhin steigende Mieten im Wohnungsbausektor. Hinzukommen, bei der sogenannten 2. Miete, die Nebenkosten, in Folge der unklaren Energiepreisentwicklung, weitere mögliche Belastungen für die Mieter. Vorgenannte Rahmenbedingungen führten besonders in den Ballungsräumen Köln/Aachen zu einem nochmals verstärkten Anstieg der Mieten, so dass die im Vergleich zu den Ballungsräumen günstigen Mieten im Kreis Düren und in der Stadt Düren, als Wohnungsoption verstärkt in den Fokus der Wohnungssuchenden steht.

Die Wohnungsbaugenossenschaft kann, aufgrund ihrer guten Bestandswohnungen und angelassenen Neubauprojekte, eine große Rolle spielen, die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern und noch bezahlbaren Wohnraum in einer guten Wohnqualität anbieten.

Aus der Sicht des genossenschaftlichen Auftrages gilt es dabei auch, die verschiedenen Herausforderungen der Zeit zusammen zu denken: Bezahlbarkeit, Klimaschutz.

Dem Klimaschutz kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. So basiert die Bekämpfung des Klimawandels in der heutigen Diskussion im Wesentlichen auf vier Hypothesen, die betonen, wie wichtig das Thema „Energieeffizienz“ ist.

1. Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert eine Reduktion der Emissionen.
2. Eine Reduktion der Emissionen heißt, weniger Energie- und Ressourcen verbrauchen.
3. Die Reduktion des Verbrauchs bedeutet, effizienter zu werden.
4. Effizienter zu werden ist somit eine der wichtigsten Aufgaben der Genossenschaft in ihrem Bestand an Wohnimmobilien. Folglich bedeutet Energieeffizienz nicht nur, die Reduktion der Emissionen, sondern erfordert gerade im Hinblick auf den genossenschaftlichen Auftrag „be-

zahlbaren Wohnraum in einem marktgerechten Standard für die Genossenschaftsmitglieder zur Verfügung zu stellen“, auch im Hinblick auf die Kosteneffizienz der Maßnahmen.

Während sich die reine Energieeffizienz auf technische Investitionen und deren Einsparpotential bezieht, geht es bei der Kosteneffizienz darum, Gelder und Subventionen bestmöglich zu nutzen. Die Genossenschaft wird sich dem Ziel einer klimaneutralen Transformation bis 2045 stellen und mit entsprechenden Tools Kosten, Investitionsbedarfe und Wirkungen auf Miete und nicht zuletzt den Wert der Immobilie prüfen. Ziel ist es, eine Roadmap mit entsprechenden Maßnahmen zu entwickeln, damit ein Investition - Emissionspfad im Sinne des genossenschaftlichen Auftrages bestritten werden kann. Die Genossenschaft hat bereits hierzu 2017 eine Portfolioanalyse erster Grundlagen vorhersehend geschaffen.

Dabei geht es der Genossenschaft nicht darum Idealvorstellungen zu erreichen, sondern je nach Ort und Möglichkeiten, einzelne Zielsetzungen unterschiedlich zu gewichten und um zu setzen.

3. Geschäftsentwicklung

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2022 einen Überschuss von 845 T€, der oberhalb des im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ergebnisses von 456 T€ lag. Dies ist im Wesentlichen auf geringeren Zinsaufwand, geringere Abschreibungen auf Sachanlagen sowie auf geringere Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung zurückzuführen. Zur Wahrung des bisherigen Wohnungsstandards wurden Mittel in Höhe von 2.046 T€ für Instandhaltung und Modernisierung aufgewandt, die zu einer durchweg guten Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes führen.

4. Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein Jahresüberschuss von 845 T€ (Vorjahr: 477 T€) erwirtschaftet.

Es ist beabsichtigt, satzungsgemäß 4% Gewinnanteile auf Geschäftsguthaben auszuschütten. Satzungsgemäß wurde ein Betrag in Höhe von 815.096,24 € in die Ergebnissrücklagen eingestellt. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziffer B. 2. verwiesen.

5. Geschäftstätigkeit

a) Neubautätigkeit

Am 10.05.2021 wurde mit dem Neubauvorhaben in der Scharnhorststraße 165-167 begonnen. Dort entstanden zwei Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 20 Wohnungen, von denen vier öffentlich gefördert werden. Zum 01.10.2022 wurden die ersten Wohnungen vermietet. Zum Bilanzstichtag sind Kosten in Höhe von 4.559 T€ angefallen. Die geplanten Kosten betragen 4.857 T€.

Scharnhorststraße 165-167



Am 11.10.2021 wurde mit dem Neubauvorhaben in der Blücherstr. 78/80 begonnen. Dort entstanden insgesamt vier Einfamilienhäuser. Die geplanten Kosten betragen 1.317 T€. Das erste Mietverhältnis wurde zum 01.03.2023 abgeschlossen.

Blücherstr. 78/80



Am 10.01.2022 wurde mit dem Neubauvorhaben in der Blücherstraße 79 und 94 begonnen. Dort werden insgesamt acht Wohnungen entstehen mit einer Gesamtwohnfläche von ca. 556 m². Die geplanten Kosten belaufen sich auf 2.209 T€.

Blücherstr. 79/94



b) Modernisierung (Um- und Ausbau) und Instandsetzung

Allgemeine Modernisierungstätigkeit

Die Modernisierungsmaßnahmen zur Bestandsverbesserung wurden weitergeführt. In 17 Wohnungen wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt. Im Wesentlichen handelte es sich um Heizungseinbauten, Badsanierungen, Erneuerung der Türen, der Elektroinstallation und des Fußbodenbelages, sowie Anstrich- und Tapezierarbeiten. Die Gesamtkosten betrugen 893 T€.

Instandhaltung

Für die Bestandserhaltung des Hausbesitzes wurden im Jahr 2022 insgesamt 1.054 T€ aufgewandt. Unter Berücksichtigung von Aufwendungen für die Behebung von Versicherungsschäden sowie der Instandhaltung zuzuordnende Verwaltungskosten entspricht dies 17,51 €/m² Wohn-/ Nutzfläche im Jahr.

c) Planung und Vorbereitung

Grunderwerb

Konkrete Planungen hierzu existieren nicht.

Neubau

Das unbebaute Grundstück in der Viandener Straße befindet sich derzeit in Planung und soll zeitnah bebaut werden.

Um- und Ausbauprogramm 2023 und folgende Jahre

Ein Schwerpunkt der Tätigkeiten wird in der Bestandspflege und Vollmodernisierung liegen. Damit kann eine Verbesserung der Vermietbarkeit durch Änderungen der Wohnungsgrundrisse bzw. Ausstattungsmerkmale sowie der energetischen Verbesserung erreicht werden. Weiterhin werden die Sanierungsarbeiten in leerstehenden Wohnungen, insbesondere im Althausbestand, fortgeführt.

6. Wohnungsbewirtschaftung

Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand

Der Grundbesitz der Genossenschaft beträgt flächenmäßig am 31.12.2022:

a) bebaute Grundstücke	158.449 m ²
b) unbebaute Grundstücke	<u>27.755 m²</u>
insgesamt	<u>186.204 m²</u>

Hierin sind Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 7.353 m² enthalten.

Am 31.12.2022 waren 251 Häuser mit insgesamt 1.178 Mietwohnungen, 4 gewerblichen Einheiten, 144 Garagen, 70 Einstellplätzen in 2 Tiefgaragen und 138 Stellplätzen vorhanden. Die gesamte Wohn-/Nutzfläche beträgt 78.398 m².

Im Geschäftsjahr fanden 93 Mieterwechsel statt. Das entspricht einer Fluktuationsrate von 8,00 %. Am 31.12.2022 standen insgesamt 35 Wohnungen und 29 Garagenstellplätze leer. Darin enthalten sind 24 Wohnungen, in denen Umbauarbeiten durchgeführt werden. Diese Wohnungen sind deshalb nicht mehr belegt worden. Für 6 der verbleibenden 11 Wohnungen konnten kurzfristig wieder Anschlussmietverträge abgeschlossen werden.

Unser Wohnungsbestand:

	Häuser	Wohnungen	gewerbl. Einheiten	Garagen	Einstell- plätze in Tiefgaragen	Stell- plätze	Wohn-/ Nutzfläche
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohn- bauten	250	1.178	1	141	20	138	77.133
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	1	0	3	3	50	0	1.265
	<u>251</u>	<u>1.178</u>	<u>4</u>	<u>144</u>	<u>70</u>	<u>138</u>	<u>78.398</u>

Von den insgesamt 1.178 Wohnungen sind 316 öffentlich gefördert und 862 freifinanziert. Die 862 Wohnungen teilen sich auf in 238 Altbauwohnungen und 624 Neubauwohnungen.

Die Nettodurchschnittsmieten je Wirtschaftseinheit und je m² Wohnfläche und Monat betragen zum 31.12.2022:

bis	4,50 €	283 Wohnungen
	5,00 €	384 Wohnungen
	5,50 €	197 Wohnungen
	6,00 €	88 Wohnungen
	6,50 €	105 Wohnungen
	7,00 €	101 Wohnungen
	9,00 €	<u>20 Wohnungen</u>
		<u>1.178 Wohnungen</u>

Die Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich aus den folgenden Kennzahlen:

Kennzahlenübersicht		2022	2021	2020	2019	2018
1. Bestandszahlen						
Bewirtschafteter Bestand						
Wohneinheiten	Anzahl	1.178	1.159	1.160	1.194	1.194
Gewerbeeinheiten	Anzahl	4	4	4	4	4
Garagen	Anzahl	144	144	144	153	153
Einstellplätze	Anzahl	70	70	70	70	70
Stellplätze	Anzahl	138	138	138	138	138
Wohnfläche/Nutzfläche	m ²	78.398	76.693	76.733	78.583	78.580
Durchschnittliche Wohnungsgröße	m ²	65,48	65,08	65,06	64,75	64,75

2. Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen

Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/ m ²	5,18	5,12	5,09	4,95	4,66
Durchschnittliche Betriebskosten	€/ m ²	2,68	2,33	2,28	2,15	2,24
Wohnungswechsel	Anzahl	93	86	106	100	111
Fluktuationsrate	%	8,0	7,4	9,1	8,4	9,3
Wohnungsleerstände	Anzahl	35	31	39	97	112
davon modernisierungsbedingt	Anzahl	24	23	27	84	91
sonstige	Anzahl	11	8	12	13	21
Neuvermietung						
Angeschriebene Bewerber	Anzahl	870	1.414	2.098	1.859	1.941
davon interessierte Bewerber	Anzahl	233	210	242	219	194
Absagen	Anzahl	130	133	201	202	277
nicht gemeldet	Anzahl	109	65	117	99	117
Immobilienscout Anfragen	Anzahl	398	1.006	1.538	1.339	1.353

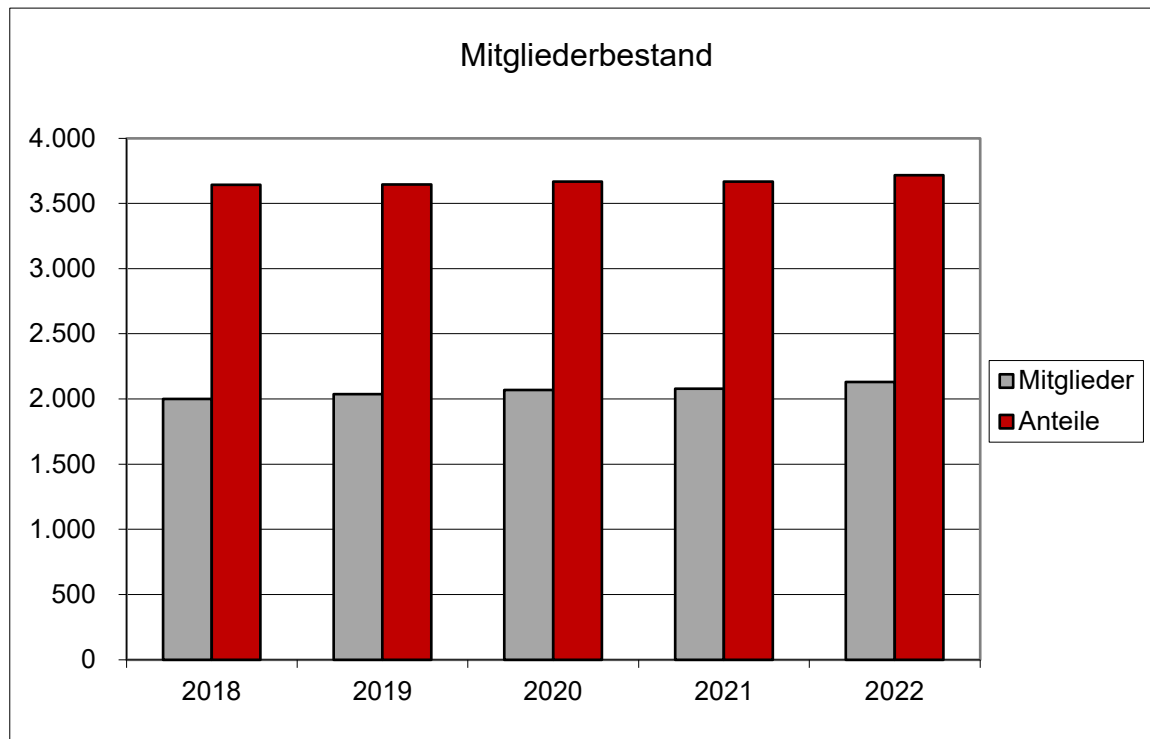
7. Mitglieder

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 23. Juni 2022 statt.

Mitgliederbewegung

Bestand am 1.1.2022		2.078 Mitglieder mit	3.667 Anteilen
Zugang durch Neuaufnahmen		<u>103 Mitglieder mit</u>	<u>103 Anteilen</u>
		2.181 Mitglieder mit	3.770 Anteilen
Abgang	Mitgl.	Anteile	
durch Todesfälle	20	21	
durch Kündigungen	19	19	
durch Ausschluss	6	6	
durch Anteilsündigung	0	1	
durch Übertragungen	7	7	52 Mitglieder mit 54 Anteilen
Bestand am 31.12.2022		<u>2.129 Mitglieder mit</u>	<u>3.716 Anteilen</u>

Mitgliederbewegung seit 2018



Jahr	Bestand am 1.1.	Zugänge	Abgänge	Bestand am 31.12.	mit Anteilen
2018	1.996	92	88	2.000	3.642
2019	2.000	110	74	2.036	3.645
2020	2.036	107	73	2.070	3.667
2021	2.070	88	80	2.078	3.667
2022	2.078	103	52	2.129	3.716

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder betrugen zum Ende des Geschäftsjahres 762 T€ (Vorjahr 752 T€).

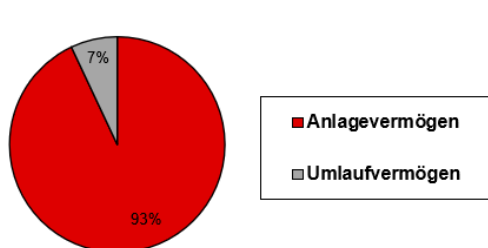
B. Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

1. Vermögens- und Finanzlage

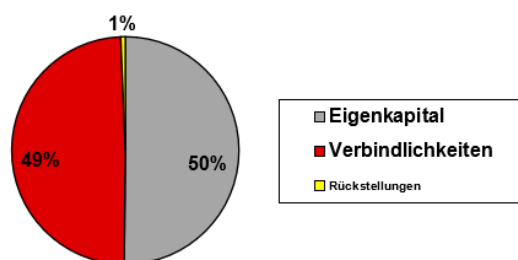
Die Strukturbilanz der Genossenschaft stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Anlagevermögen	46.210	93,0	41.101	91,9	5.109
Umlaufvermögen	3.487	7,0	3.606	8,1	-119
Rechnungs- abgrenzungsposten	15	0,0	20	0,0	-5
Gesamtvermögen	49.712	100,0	44.727	100,0	4.985
Passiva					
Eigenkapital	24.934	50,2	24.113	53,9	821
Rückstellungen	322	0,6	320	0,7	2
Verbindlichkeiten	24.456	49,2	20.294	45,4	4.162
Gesamtvermögen	49.712	100,0	44.727	100,0	4.985

Aktiva 31.12.2022



Passiva 31.12.2022



Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4.985 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen hat sich bei Zugängen von 6.407 T€ und planmäßigen Abschreibungen von 1.266 T€ sowie außerplanmäßigen Abschreibungen von 32 T€ um 5.109 T€ erhöht. Die Zugänge sind im Wesentlichen auf die Neubauvorhaben der Häuser Scharnhorststr. 165-167, Blücherstr. 78/80, Blücherstr. 79/94 und verschiedene Einzelwohnungsmodernisierungen im Bestand zurückzuführen. Das Umlaufvermögen verringerte sich, insbesondere im Bereich der flüssigen Mittel, um 119 T€.

Auf der Passivseite stieg das bilanzielle Eigenkapital im Wesentlichen aufgrund des erzielten Jahresüberschusses um 821 T€. Durch Aufnahmen neuer Darlehen erhöhten sich die Verbindlichkeiten um 4.162 T€. Des Weiteren erhöhten sich die Rückstellungen um 2 T€.

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Investitionen für Modernisierung, Ausbau und Erweiterung wurden fristgerecht durch Eigenmittel aus dem geldrechnungsmäßigen Überschuss und durch Aufnahme von Darlehen finanziert. Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für 2023 gewährleistet.

2. Ertragslage

Der Jahresüberschuss im Jahr 2022 beträgt 845 T€. Er setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der Hausbewirtschaftung in Höhe von + 869 T€, dem Ergebnis der Bautätigkeit von - 12 T€, dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von - 3 T€, dem neutralen Bereich von - 9 T€ und Steuern von ± 0 T€.

Die Erhöhung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 368 T€ ist im Wesentlichen bedingt durch die Steigerung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind um 327 T€ gestiegen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Erhöhung der Sollmieten und der Umsatzerlöse aus den Betriebs- und Heizkostenabrechnung.

Die Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr, aufgrund der gestiegenen Erstattung von Versicherungsschäden, um 24 T€ gestiegen.

Die Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung sanken um 236 T€. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um gesunkene Instandhaltungs- und Betriebskosten.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 36 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 82 T€ gesunken.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Überschuss gemäß Wirtschaftsplan von 545 T€ erwartet. Die Ertragslage ist unter Einbeziehung unserer Erfolgsplanung für die nächsten Jahre gesichert.

Insgesamt beurteilen wir die Entwicklung unseres Wohnungsunternehmens im gegebenen Marktfeld als gut.

C. Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Vorstand hat aufgrund des **Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)** ein Risikomanagement eingerichtet. In verschiedenen Beobachtungsbereichen und Beobachtungsfeldern werden Risikoindikatoren ermittelt, die Frühwarninformationen liefern können. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklungen unterrichtet. Eine Kennziffernübersicht wurde erstellt, die auszugsweise nachstehend veröffentlicht wird:

D. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

		2022	2021	2020	2019	2018
1. Jahresabschlusszahlen						
Bilanzsumme	T€	49.712	44.727	42.123	40.845	40.586
Sachanlagevermögen	T€	46.210	41.101	39.634	38.246	36.061
Sachanlagenintensität	%	92,96	91,89	94,09	93,64	88,85
Investitionen in Sachanlagen	T€	6.407	2.729	2.654	3.365	1.407
Eigenkapital (langfristig)	T€	24.895	24.070	23.623	23.345	22.657
Eigenkapitalquote	%	50,08	53,82	56,08	57,16	55,83
Fremdkapital (langfristig)	T€	20.091	16.900	15.274	14.312	14.922
Fremdmittelquote	%	40,41	37,78	36,26	35,04	36,77
Umsatzerlöse	T€	6.662	6.335	6.147	5.959	5.873
Jahresüberschuss	T€	845	477	297	720	472
Cash-flow	T€	2.143	1.738	1.512	1.904	1.569
Tilgung (planmäßig)	T€	612	624	566	561	603
Ausschüttung	T€	30	60	0	30	30
Durchschnittlicher Buchwert Hausbesitz	€/ m²	558,94	515,98	518,17	482,16	454,38
Durchschnittliche Verschuldung	€/ m²	219,10	224,05	202,39	182,13	196,93
2. Kennzahlen zur Rentabilität						
Eigenkapitalrentabilität	%	3,39	1,98	1,25	3,08	2,08
3. Gewinn- und Verlustrechnung						
Sollmieten	T€	4.810	4.661	4.657	4.600	4.562
Erlösschmälerungen	T€	128	134	202	308	374
In Relation zur Sollmiete	%	2,66	2,88	4,34	6,69	8,20
Instandhaltungskosten	T€	1.274	1.502	1.174	1.090	1.293
Durchschnittliche Instandhaltungskosten	€/ m²	17,51	20,57	16,65	16,96	16,45
Abschreibungen auf Mietforderungen	T€	12	17	23	9	22
Verwaltungskosten	T€	770	764	737	761	756
Abschreibungen auf Sachanlagen	T€	1.298	1.262	1.215	1.180	1.097
Zinsaufwendungen	T€	352	329	330	327	364

a) Risiken der künftigen Entwicklung

Wie bereits in den vergangenen Jahren wirkten sich die Fluktuation und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur nicht spürbar auf den Bestand der Genossenschaft aus. Aufgrund der stabilen städtebaulichen und sozialen Entwicklung, der nachhaltig gesicherten Wettbewerbsposition und der ebenso wirtschaftlichen wie fairen Mietpreisgestaltung sind in den nächsten beiden Jahren keine erhöhten Leerstands- und Fluktuationszahlen mit korrespondierenden Mietausfällen zu erwarten. Bei Neuvermietungen von Wohnungen und Gewerbeeinheiten erfolgt eine standardisierte Bonitätsprüfung potenzieller Mieter. Zudem sichert das Forderungsmanagement die kontinuierlichen Zahlungseingänge und kann zeitnah möglichen Versäumnisausfällen entgegenwirken. Das Risiko von Mietausfällen ist in Einzelfällen vorhanden, in seiner Gesamtheit ist es jedoch als gering zu erachten. Insgesamt zeichnen sich derzeit keine Vermietungsrisiken ab.

Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um langfristige Annuitätendarlehen, die dinglich gesichert sind. Ein Zinsänderungsrisiko besteht im Wesentlichen im Hinblick auf zukünftige Refinanzierungen auslaufender Kredite. Die Genossenschaft nutzt das derzeitige Marktumfeld, um sich durch Refinanzierungen von langfristigen Krediten zu günstigen Konditionen vor diesem Risiko abzusichern. Dies geschieht in Form langfristiger Festzinssatzkredite, um Zinsänderungsrisiken zu minimieren. Insgesamt hält sich das Zinsänderungsrisiko aufgrund steigender Tilgungsanteile in beschränktem Rahmen.

Wesentlichen Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und Liquiditätsrisiken ist die Genossenschaft aufgrund regelmäßiger Mieteinzahlungen nicht ausgesetzt. Die Mieterträge sind durch die Nutzungs- und Mietverträge gesichert, Preisänderungsrisiken bestehen aufgrund des vielfach bestehenden Abstands zum ortsüblichen Mietpreinsniveau nicht. Das aktuelle Mietniveau bietet kurz- und mittelfristig Mieterhöhungsmöglichkeiten.

„Zeitenwende“ ist das Wort des Jahres 2022. Das Wort bezeichnet allgemein den Übergang zu einer neuen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ära. Eine Ära mit Zentralen Herausforderungen und daraus resultierenden Anforderungen an die genossenschaftlichen Aufgaben und Aktivitäten. Zur Klimakrise, der Covid-19-Pandemie kam der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hinzu, der unmittelbar und mittelbar Auswirkungen auf den Alltag und die Geschäftspolitik der Genossenschaft hat.

Aus Sicht der Genossenschaft wird das Ziel der Genossenschaft, bedarfsgerechten, bezahlbaren und klimaneutralen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, auf unterschiedlichen Ebenen beeinflusst.

„Die Kosten für Wohnungsbau verteuern sich angesichts erhöhter Energiepreise, Energiestandards, Fachkräftemangels, akuter Baustoffknappheit, d.h. aufgrund von Lieferengpässen, hoher Inflation und der damit in Verbindung stehenden Zinswende auf den Kapitalbeschaffungsmärkten. Faktoren, die nicht nur die Nebenkosten in die Höhe treiben, sondern bei der Neuvermietung auch mit Preis Anpassungen gerechnet werden muss.

Der Kostendruck führte dazu, dass Privatleute ihre Bauvorhaben zurückstellten, dadurch wurde der Preisdruck im Mietwohnungsbau auf Grund geringeren Angebots erhöht. Der Zustrom von Flüchtlingen erhöhte darüber hinaus den Druck auf den Wohnungsmarkt, insbesondere in dem von der Genossenschaft bedienten Segment, des bezahlbaren Wohnraums. Die Genossenschaft erkennt hier die Kalkulationsrisiken im Bestand und Neubau, die bei Neuvermietungen und der Berechnung der Kostenmiete ihren Niederschlag finden werden.

Ein nicht zu unterschätzendes Problem bei der Planung ist die Tatsache, dass die Vorhersehbarkeit der Ereignisse und damit die Rahmenbedingungen der Wohnungswirtschaft rasant abnimmt. Wie stark treffen die Inflation im Allgemeinen und die steigenden Wohnnebenkosten im Speziellen die Mieter? Wer kann sich ab welcher Höhe das Leben und Wohnen zur Miete noch leisten? Es ist abzu-sehen, dass die Zahl der Menschen, die erstmals soziale Hilfsangebote in Anspruch nehmen müssen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, steigen wird.

Die Genossenschaft geht zurzeit in diesem Risikosegment zwar nicht von Mietausfällen aus, erkennt aber die damit verbundene Problematik und Dimension für zukünftige Planungen.

Für die Genossenschaft bedeuten diese Rahmenbedingungen im Berichtsjahr 2022 keine Entspannung und deuten auf eine weiterhin fortschreitende Anspannung im Wohnungsmarkt. Angesichts der wachsenden Ansprüche an klimafreundlichem und zugleich bezahlbarem und genossenschaftsorientiertem Bauen und Wohnen sind Kostenrisiken entstanden, die nur über eine abwägende und faktenbasierende Planung zu meistern sind und die dennoch die Möglichkeiten wohnungswirtschaftlicher Aufgabenerfüllung einschränken.

Für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentliche und insbesondere bestandsgefährdende Risiken sind zurzeit nicht erkennbar.

b) Chancen der künftigen Entwicklung

Die bundesweit zu beobachtenden Trends, dass immer mehr ältere Menschen aus den Vororten zurück in die Stadt ziehen und junge Familien Wohnraum in der Stadt suchen, sind auch in Düren festzustellen. Durch eine Verstärkung der Betreuung der Mieter rund um die alltäglichen kleineren Wohnungsprobleme sowie durch soziale Projekte kann die Genossenschaft die Chance einer starken Mieterbindung ausbauen und dadurch zu einer stabilen wirtschaftlichen Lage der Genossenschaft beitragen. Nach wie vor bilden die in den letzten Jahren kontinuierlich durchgeführten Investitionen in den Bestand die Grundlage zukünftiger Erfolgspotentiale. Die positiven Auswirkungen des Modernisierungskonzeptes zeigen sich bereits jetzt nach der Modernisierung der Wohnhäuser in der Blumenthalstraße und in der Blücherstraße.

Nach jahrelangen Investitionen in den Bestand wurden im Jahr 2022 erstmals Neubauten in der Scharnhorststraße sowie in der Blücherstraße gebaut. Mit diesem neuen Wohnraum kann die Genossenschaft auf die derzeitigen Marktpreferenzen bezüglich Grundrisse, Ausstattung und Nachhaltigkeit reagieren.

In Planung sind weitere Neubauten in der Viandener Straße, die in Sachen Nachhaltigkeit und Energieeffizienz neue Maßstäbe setzen werden. Die Vorteile des genossenschaftlichen Wohnens in Düren für alte und neue Mieter führen aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes in Düren und in den Ballungsräumen zu einer verbesserten Vermarktungssituation im Jahr 2023.

Die Immobilien der Genossenschaft haben in der Stadt Düren, insbesondere im Grüngürtel, ortsteilprägenden Charakter. Sie haben Ecken und Kanten, sind markant und stehen für gewachsene soziale Mieterstrukturen. Derjenige, der das Besondere darin sieht, wird es nutzen wollen und dafür auch Miete zahlen, ein Umstand, den die Genossenschaft positiv belegt und der weiter auszubauen ist.

Auf der Grundlage der Wohnquartiere und der Modernisierungsbemühungen verfolgt die Genossenschaft schon immer eine Geschäftspolitik, die die derzeitige Diskussion um bezahlbaren Wohnraum und die damit verbundene Nachfrage als Chance einer stabilen und nachhaltigen Vermietung erkannt hat.

Die steigenden Anforderungen an die digitale Medienausstattung von Wohnungen sind weiterhin zu beobachten. Die Genossenschaft berücksichtigt in ihrer Planung bereits jetzt die energetische Optimierung ihrer Objekte und kennzeichnet diese Entwicklung als weitere Marktchance. Der erste Beitrag der Genossenschaft in erneuerbare Energien wurde mit der Installation einer Photovoltaik-Anlage auf der Basis des sogenannten Mieterstrommodells zusammen mit den Stadtwerken Düren in der Blumenthalstr. 34,36 geschaffen. Die dadurch eingesparten Stromkosten kommen unmittelbar den Mietern zugute. Das Neubauvorhaben in der Scharnhorststraße ist ebenfalls mit einer Photovoltaik-Anlage ausgestattet worden.

In der Digitalisierung ist bei der Genossenschaft Glasfaseranschluss Standard, bei den Modernisierungs- und Neubauvorhaben will man durch mehr Digitalisierung der Haustechnik einen Beitrag zur Kostensenkung leisten.

E. Voraussichtliche Entwicklung

Geschäftspolitische Grundlage der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Zu dieser sozialen Verpflichtung hat die Genossenschaft seit der Gründung ihren Beitrag geleistet und wird diese Zielsetzung auch in Zukunft verfolgen. Unsere Mitglieder stehen im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Das Eingehen auf die Bedürfnisse unserer Mieterschaft wird die Marktposition unseres Unternehmens weiter stärken.

Im Geschäftsjahr 2023 wird eine Umsatzsteigerung angestrebt. Im Vergleich zum Jahr 2022 soll der Umsatz um ca. 4,0 % auf 6.960 T€ steigen. Dieser Anstieg ist zum einen auf Mieterhöhungen im Rahmen der Anpassung an den Mietspiegel und zum anderen auf höhere Mieteinnahmen infolge der abgeschlossenen Neubauvorhaben zurückzuführen. Demgegenüber stehen steigende Aufwendungen für Abschreibung, Aufwendungen für Instandhaltung und Modernisierung sowie Fremdkapitalzinsen.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird gemäß dem detaillierten Wirtschaftsplan mit einem Überschuss von 545 T€ gerechnet.

Aufgrund des demographischen Wandels und der erhöhten Nachfrage auf dem Dürener Wohnungsmarkt gehen wir weiterhin von einer angespannten Vermietungssituation aus. Gerade für Studenten der umliegenden Studentenstädte wie Aachen oder Köln bietet Düren aufgrund der guten Lage und ausgeprägten Infrastruktur eine Alternative zu den hohen Mieten der Großstadt. Des Weiteren muss Düren auch zukünftig als Wohnstandort für einkommensschwache Haushalte angesehen werden. Diese Parameter erschweren die Wohnungsmarktsituation in Düren zusätzlich. Es gilt, geeignete Anregungen zur qualitativen Aufwertung modernisierungsbedürftiger Wohnungsbestände zu entwickeln. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass zu tätige Aufwendungen für dringend notwendige Modernisierungsmaßnahmen zukünftig auch im Rahmen von Mieterhöhungen Berücksichtigung finden können.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit konzentriert sich die Geschäftstätigkeit auch zukünftig auf die Erhaltung und die Modernisierung des Wohnungsbestandes im Rahmen der genossenschaftlichen Möglichkeiten und weitet dies um das Geschäftsfeld Neubau aus. Ziel ist, die langfristige Vermietbarkeit unter Berücksichtigung der Mieterstrukturen und der Nachfrage am Wohnungsmarkt zu erhalten. Dieses kann dauerhaft nur über ein Wohnungsangebot mit entsprechenden Wohnungsgrößen, ansprechendem Wohnumfeld und gesteigertem Wohnungsausstattungsstandard, auch unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben, wie z. B. Energieeinsparmaßnahmen, erreicht werden. Der mittelfristige Ausbau der Modernisierungs- und Instandhaltungskontingente ist daher notwendig. Die Planung von Umbau- und Neubauvorhaben muss hierauf ausgerichtet sein.

Ausdrücklich begrüßt die Genossenschaft die Anstrengungen der Stadt Düren die Attraktivität der Stadt durch z.B. die Erhöhung der Aufenthaltsqualität zu erreichen, dadurch wird auch der Wohnstandort Düren aufgewertet und somit die Vermarktbarkeit der genossenschaftlichen Wohnungen verbessert.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand: Mannheims, Heinz (Vorsitzender)
Denker, Helmut (bis 30.06.2022)
Knappe, Hermann Josef (bis 31.03.2023)
Peterhoff, Andreas
Vosen, Ingo
Hourtz, Britta
Schaffert, Niels-Christian

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 3 Mitgliedern.

Mitgliederversammlung: In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine 1 Stimme.

Vertreter des Kreises Düren

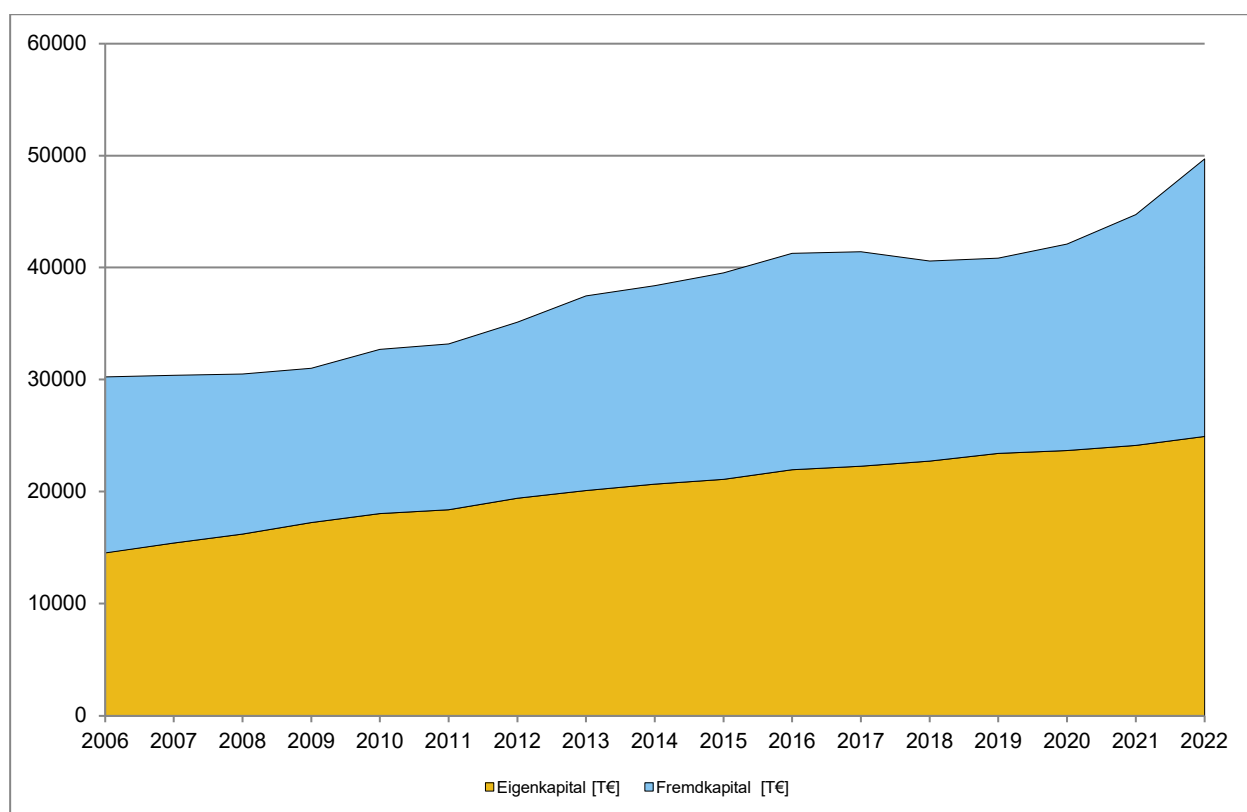
Mitgliederversammlung:

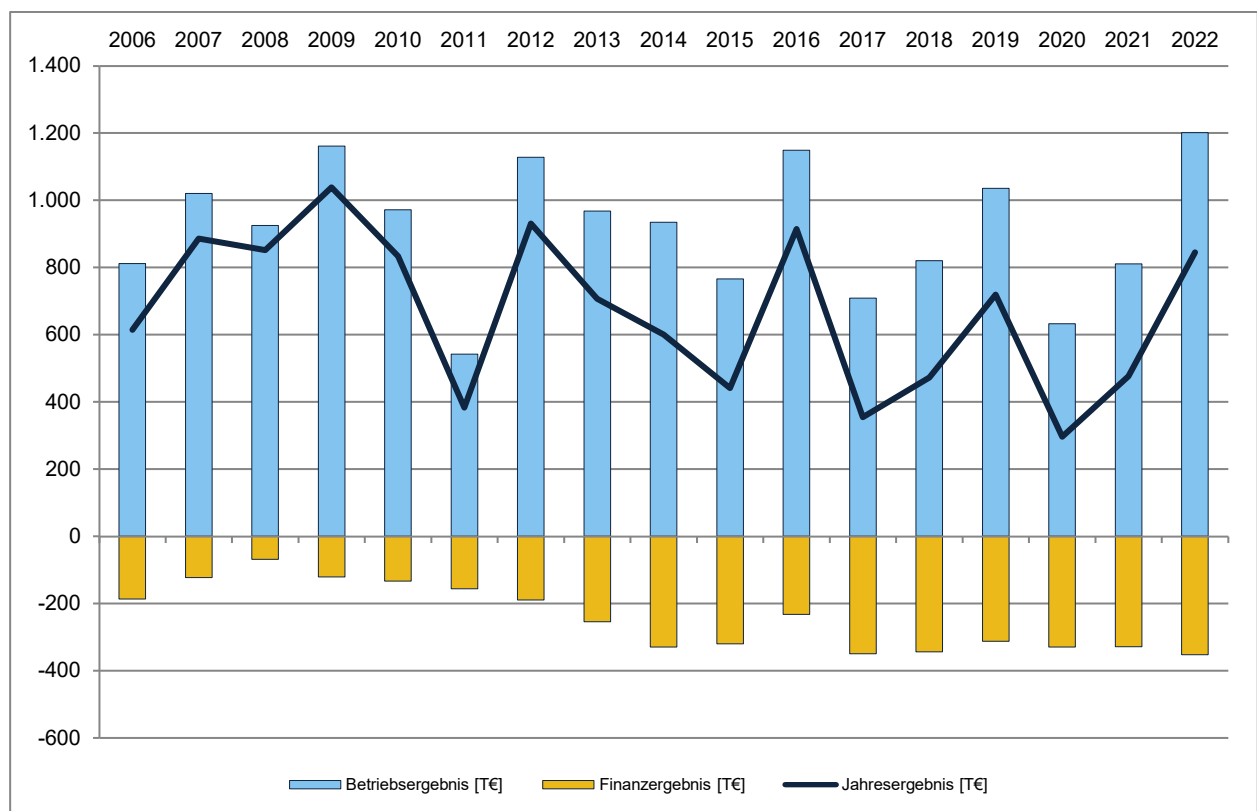
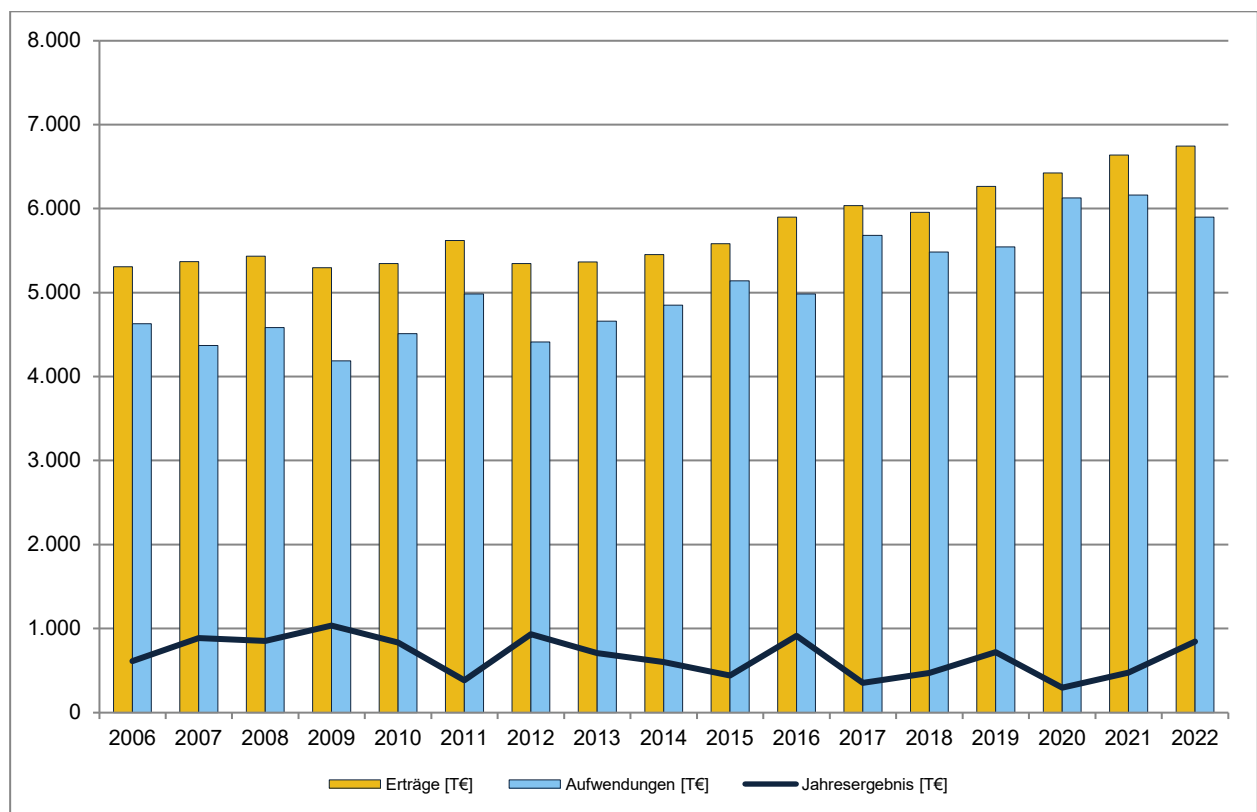
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.11.1999	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Genossenschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	56,25%	53,91%	50,16%	-3,75%
Eigenkapitalrentabilität	1,25%	1,98%	3,39%	1,41%
Anlagendeckungsgrad 2	98,54%	99,96%	90,68%	-9,27%
Verschuldungsgrad	77,76%	85,49%	99,37%	13,89%
Umsatzrentabilität	10,30%	12,79%	18,03%	5,23%

10 Krankenhaus Düren gGmbH



Roonstraße 30
52351 Düren
Telefon: 02421/30-0
Telefax: 02421/30-1387
E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de
Homepage: www.krankenhaus-dueren.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentliche Gesundheitspflege. Zweck der Gesellschaft ist ferner die Förderung der Bildung bzw. Berufsbildung. Weiterer Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung. Zweck der Gesellschaft ist ferner die Förderung des Sports. Ziel des Krankenhausbetriebes ist eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet.

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH mit Sitz in Düren verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Kreis und Stadt Düren haben ihre Anteile an der Krankenhaus Düren gGmbH in 2023 vollständig veräußert. Deshalb wird hier die Gesellschafterstruktur bis zur Veräußerung dargestellt.

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	550	50
Stadt Düren	550	50
Stammkapital	1.100	

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gem. § 9 des Vertrages über die Gestellung des ärztlichen Leiters Rettungsdienst werden dem Kreis Düren Bruttopersonalkosten in Höhe von 165 T€ berechnet.

Zusätzlich hat der Kreis Düren der Krankenhaus Düren gGmbH mit Darlehensvertrag vom 19.12.2022 ein Darlehen in Höhe von 2.500 T€ ausgezahlt.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	388.510,05 €	274.658,27 €	663.777,82 €	389.119,55 €	141,67%
II. Sachanlagen	26.550.505,61 €	24.926.110,13 €	24.133.613,21 €	-792.496,92 €	-3,18%
III. Finanzanlagen	186.880,69 €	186.881,69 €	186.881,69 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	3.931.172,92 €	4.284.765,79 €	3.523.511,62 €	-761.254,17 €	-17,77%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	21.799.686,40 €	15.353.924,01 €	17.778.718,50 €	2.424.794,49 €	15,79%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.160.707,59 €	8.810.805,90 €	3.470.034,38 €	-5.340.771,52 €	-60,62%
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	1.190.772,00 €	1.190.772,00 €	1.190.772,00 €	0,00 €	0,00%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	127.155,62 €	106.749,40 €	70.156,74 €	-36.592,66 €	-34,28%
E. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	1.836.132,87 €	1.836.132,87 €	
Summe Aktiva	59.335.390,88 €	55.134.667,19 €	52.853.598,83 €	-2.281.068,36 €	-4,14%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	3.903.359,11 €	3.863.264,85 €	3.823.170,59 €	-40.094,26 €	-1,04%
III. Gewinnrücklagen	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	0,00 €	0,00%
IV. Bilanzgewinn	1.385.146,67 €	-1.060.877,64 €	-8.293.179,10 €	-7.232.301,46 €	681,73%
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	1.836.132,87 €	1.836.132,87 €	
B. Sonderposten	15.838.828,02 €	14.874.120,73 €	14.361.778,11 €	-512.342,62 €	-3,44%
C. Rückstellungen	10.654.855,00 €	11.015.807,61 €	12.241.864,20 €	1.226.056,59 €	11,13%
D. Verbindlichkeiten	24.781.267,83 €	23.681.922,27 €	26.134.907,67 €	2.452.985,40 €	10,36%
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	138.058,61 €	126.553,73 €	115.048,85 €	-11.504,88 €	-9,09%
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
G. Passive latente Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	59.335.390,88 €	55.134.667,19 €	52.853.598,83 €	-2.281.068,36 €	-4,14%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	107.210.461,51 €	107.616.414,34 €	110.336.339,90 €	2.719.925,56 €	2,53%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-309.123,16 €	195.520,96 €	-938.632,80 €	-1.134.153,76 €	-580,07%
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
4. Zuweisungen und Zuschüsse der	139.824,47 €	598.752,75 €	733.294,64 €	134.541,89 €	22,47%

öfftl. Hand					
5. sonstige betriebliche Erträge	4.902.002,44 €	1.829.885,92 €	1.577.626,79 €	-252.259,13 €	-13,79%
5. Personalaufwand	67.298.773,06 €	70.328.652,63 €	70.894.645,84 €	565.993,21 €	0,80%
6. Materialaufwand	27.710.047,89 €	29.257.433,90 €	34.539.073,04 €	5.281.639,14 €	18,05%
7. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	5.571.582,24 €	3.010.325,44 €	5.480.634,17 €	2.470.308,73 €	82,06%
8. Erträge aus der Einstellung der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.791.142,65 €	3.596.963,12 €	4.144.693,93 €	547.730,81 €	15,23%
10. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	11.504,88 €	11.504,88 €	11.504,88 €	0,00 €	0,00%
11. Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	5.578.877,16 €	2.972.039,40 €	5.285.277,61 €	2.313.238,21 €	77,83%
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	1.235.207,01 €	1.188.850,04 €	1.403.747,50 €	214.897,46 €	18,08%
13. Abschreibungen	3.654.917,85 €	3.147.795,00 €	3.318.755,70 €	170.960,70 €	5,43%
14. sonstige betriebliche Aufwendungen	14.668.366,60 €	12.249.817,10 €	13.012.170,61 €	762.353,51 €	6,22%
Betriebsergebnis	171.205,46 €	-2.285.220,66 €	-7.108.208,79 €	-4.822.988,13 €	211,05%
15. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
16. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	78.306,82 €	59.951,83 €	73.225,81 €	13.273,98 €	22,14%
17. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	940.994,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
18. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	278.605,55 €	202.648,65 €	180.602,73 €	-22.045,92 €	-10,88%
Finanzergebnis	-1.141.292,73 €	-142.696,82 €	-107.376,92 €	35.319,90 €	-24,75%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-970.087,27 €	-2.427.917,48 €	-7.215.585,71 €	-4.787.668,23 €	197,19%
19. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	86.776,12 €	31.319,63 €	20.254,15 €	-11.065,48 €	-35,33%
21. sonstige Steuern	21.468,36 €	26.881,46 €	36.555,86 €	9.674,40 €	35,99%
Jahresergebnis	-1.078.331,75 €	-2.486.118,57 €	-7.272.395,72 €	-4.786.277,15 €	192,52%

g) Lagebericht

1. Allgemeines zum Unternehmen

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH genießt als Haus in öffentlicher Trägerschaft eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung der Region Düren. Die Sicherstellung der ortsnahe Patientenversorgung bei moderner und qualitativ hochwertiger Medizin zählt zu den primären Aufgaben des Krankenhauses. Rund 17.200 stationäre und mehr als 50.000 ambulante Patienten vertrauen jedes Jahr auf die Krankenhaus Düren gem. GmbH.

Die Schwerpunkte unserer Spezialisten sind die Behandlung von Tumoren, Erkrankungen des Herzkreislaufsystems, der Verdauungs- und Stoffwechselorgane und des Bewegungsapparates. Durch ständige interne und externe Überprüfung sichert das Krankenhaus Düren die Qualität seiner Arbeit und konnte somit wertvolle medizinische Zentren etablieren.

Auch regional ist das Krankenhaus Düren medizinisch gut vernetzt. Durch die Gründung des medizinischen Versorgungszentrums MVZ Rur gem. GmbH im Jahr 2016 stellt das Unternehmen auch einen wichtigen Baustein für die ambulante Versorgung der Bevölkerung dar.

2. Gesundheitspolitische Entwicklungen

Auch in 2022 hielt die Pandemie die Krankenhäuser und deren Personal weiterhin in Atem. Die in 2021 erhoffte Verbesserung der Lage durch die Impfungen und die Rückkehr zu einem Normalbetrieb erfüllte sich leider noch nicht: Steigende Infektionszahlen, Personalausfall, die Auszahlung der Corona-Prämien, das Besuchsrecht im Krankenhaus und die Umsetzung der Testverordnungen beschäftigten die Krankenhäuser in immer neuen Ausprägungen.

Allein der Januar brachte eine enorm lange Infektionswelle, die erst im Mai spürbar abflaute und sich dabei allerdings nur auf einem Hochplateau einpendelte. Leider stiegen im Juni die Infektionszahlen erneut massiv an und die übliche Erholungspause im Sommer fiel weitestgehend aus. Damit fehlte auch die sonst übliche Möglichkeit für die Krankenhäuser, planbare Behandlungen durchzuführen bzw. nachzuholen. Gleichzeitig führten massive Personalausfälle mitten in der Urlaubszeit dazu, dass immer wieder Stationen geschlossen werden mussten. Dies konnte teilweise durch den Einsatz von Fremdpersonal kompensiert werden, was jedoch zu einem deutlichen Kostenanstieg führte.

Angesichts der im 4. Quartal 2021 wieder gestiegenen COVID-19-Inzidenzen hat der Gesetzgeber im November 2021 zunächst die Einführung eines neuen Versorgungsaufschlags für vom 1. November 2021 bis zum 19. März 2022 aufgenommene COVID-19-Patienten beschlossen. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie hatte der Bundestag kurz vor Jahresende 2021 zudem beschlossen, den Krankenhäusern rückwirkend zum 15. November 2021 wieder Ausgleichszahlungen für freigehaltene Betten zu gewähren, wenn sie planbare Operationen bzw. Eingriffe verschieben, um Kapazitäten für COVID-19-Patienten freizuhalten. Diese zunächst bis zum 31. Dezember 2021 befristete Regelung wurde mit der zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser zunächst bis zum 19. März 2022 erneut verlängert. Mit der am 29. März 2022 veröffentlichten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Änderung der Hygienepauschaleverordnung wurde eine Verlängerung dieser Ausgleichszahlungen nach § 21 Abs. 1b Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und des Versorgungsaufschlags nach § 21a KHG über den 19. März 2022 hinaus beschlossen. Konkret sah die aktuelle Verordnung eine Verlängerung der Ausgleichszahlungen bis zum 18. April 2022 und eine Verlängerung des Versorgungsaufschlags letztmalig bis zum 30. Juni 2022 vor.

Mit der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser am 9. April 2021 wurde der sogenannte Ganzjahresausgleich geregelt. Der Ganzjahresausgleich stellt eine Abgeltung für eine in 2021 und 2022 gegenüber 2019 rückläufige Leistungsentwicklung dar. Hierbei werden jeweils Erlösrückgänge des Jahres 2021 und 2022 unter Anrechnung von 85 Prozent der gemäß § 21 KHG geleisteten Freihaltepauschalen im Vergleich zu 98 Prozent der Erlöse aus dem Jahre 2019 unter Berücksichtigung inflationsbedingter Preissteigerungen und der Bereinigung von Sachkos-

ten zu 85 Prozent ausgeglichen. Sofern jeweils die Erlöse des Jahres 2021 und die Erlöse des Jahres 2022 die Erlöse des Referenzjahres 2019 übersteigen und der übersteigende Betrag sich vollständig aus den erhaltenen Freihaltepauschalen ergibt, ist dieser Betrag zurückzuzahlen.

Die Ausgleichszahlungen für die Jahre 2021 und 2022 sind jeweils zu 50 Prozent bei der Ermittlung des Ganzjahresausgleichs anzurechnen.

Neben den Erlösrückgängen durch die Corona-Pandemie stellen enorme Kostensteigerungen die Krankenhäuser vor die nächste große Herausforderung. Angesichts der hohen Inflation geraten die Krankenhäuser in extreme wirtschaftliche Schwierigkeiten und können, nicht wie andere Wirtschaftsunternehmen, die gestiegenen Kosten weitergeben. Am 2. November 2022 beschloss daher die Bundesregierung, dass aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds 6 Milliarden Euro für Krankenhäuser bis 2024 fließen sollen. Ebenfalls profitierten die Krankenhäuser von der Gas- und Strompreisbremse. Der tatsächliche Finanzmittelfluss erwies sich allerdings als leider komplizierter, diese schnellstmöglich bei den Kliniken ankommen zu lassen.

Der Fachkräftemangel betrifft die Krankenhäuser in allen Bereichen. Insbesondere in den Bereichen Pflegefachkräfte, Ärztinnen und Ärzte haben die pandemiebedingten Ausfälle deutlich vor Augen geführt, dass ein gut funktionierender Krankenhausbetrieb von verfügbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abhängig ist.

Durch die zum 1. Januar 2019 in Kraft getretene Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) sind erstmalig Pflegepersonaluntergrenzen eingeführt worden. In weiteren Schritten wurden die Untergrenzen insbesondere hinsichtlich der Ausweitung auf weitere Fachabteilungen sukzessive weiterentwickelt. Ab 1. Januar 2022 gelten die Untergrenzen für die Fachabteilungen Intensivmedizin, Geriatrie, Kardiologie, Unfallchirurgie, Herzchirurgie, Neurologie, Allgemein Chirurgie, Innere Medizin, Pädiatrie sowie die pädiatrische Intensivmedizin und mit der Änderung der PpUGV vom 8. November 2022 auch für die Bereiche Orthopädie sowie Gynäkologie und Geburtshilfe.

Die Krankenhausgesellschaft NRW (KGNW) hat am 28.11.2022 die Initiative „Klimaneutrales Krankenhaus“ gestartet, in der sie die NRW-Krankenhäuser in den Jahren 2023 bis 2025 auf dem Weg zur Klimaneutralität begleiten will. Die neue Landesregierung hat die Vorschläge zum Klimaschutz im Krankenhaus aufgegriffen und will nicht unerhebliche Mittel für den Klimaschutz sowohl im Rahmen der Umsetzung der neuen Krankenhausplanung als auch in Form eines Krankenhaus-Klimaschutzfonds zusammen mit dem Bund auf den Weg bringen.

In Nordrhein-Westfalen wird darüber hinaus der Krankenhausplan neu aufgestellt, der die Kapazitäten und Versorgungsbereiche neu regeln soll und dazu weitere Vorgaben zu qualitativen Mindeststandards macht. Nachdem das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) den neuen Krankenhausplan am 27. April 2022 veröffentlichte und damit in Kraft gesetzt hatte, wurde der Fahrplan für die regionalen Planungsverfahren und damit für die wichtige Phase der Umsetzung des neuen Krankenhausplans am 10.8.2022 vom Gesundheitsminister Karl-Josef Lauterbach vorgestellt. Die Aufnahme der Verhandlungen begannen am 17.11.2022 mit dem Hochladen der ausgefüllten Antragsunterlagen durch die Krankenhäuser. Ab dem 17. Mai 2023 hat das MAGS dann darüber zu entscheiden, welche Leistungsbe-
reiche ein Krankenhaus abdecken darf.

3. Geschäftsverlauf 2022

3.1 Gesamtaussage

Der Wirtschaftsplan 2022 wurde vom Aufsichtsrat der Krankenhaus Düren gem. GmbH am 20.01.2022 mit einem negativen Jahresergebnis in Höhe von -3.972 TEUR beschlossen.

Gegenüber der Planung ergaben sich im Verlauf des Geschäftsjahres 2022, nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Pandemie, wesentliche Änderungen.

		Plan	Ist	Abweichung	
				abs.	%
Fallzahl (inkl. integrierte Versorgung)	Anzahl	18.111	17.112	- 999	-5,51%
Casemix-Index	Quotient	0,850	0,842	- 0,008	-0,94%
Casemix-Punkte	Anzahl	15.396	14.444	- 952	-6,18%
Vollkräfte	Anzahl	791,7	766,1	- 26	-3,23%
Casemix je Vollkraft	Anzahl	19,4	18,8	- 0,6	-3,09%
Erlöse aus Krankenhausleistungen	in TEUR	85.670	84.861	- 808	-0,94%
Erlöse aus Wahlleistungen	in TEUR	5.569	5.362	- 207	-3,72%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	in TEUR	14.856	15.948	1.092	7,35%
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB	in TEUR	2.764	3.663	899	32,52%
Sonstige Erträge (inkl. Zuschüsse und Bestandsveränderungen)	in TEUR	1.228	1.372	144	11,73%
Personalaufwand	in TEUR	- 72.392	- 70.895	1.498	-2,07%
Materialaufwand	in TEUR	- 30.009	- 34.539	- 4.530	15,10%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	in TEUR	- 11.658	- 12.044	- 386	3,3%
Jahresergebnis	in TEUR	- 3.972	- 7.272	- 3.301	83,10%

Abbildung 1. Eckdaten im Vergleich Plan und Ist 2022

3.2 Leistungsentwicklung

Im Krankenhaus Düren wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr inklusive integrierter Versorgung 17.112 Patienten stationär behandelt (Vorjahr 17.202, Rückgang ca. - 0,5%). Außerdem wurden 53.159 Patienten ambulant versorgt (Vorjahr 49.176, Anstieg ca. 8 %), hiervon wurden 2.593 ambulante Operationen und stationersetzende Eingriffe durchgeführt (Vorjahr 2.410, Zuwachs ca. 7,5 %). Die leicht

rückläufigen bzw. stagnierenden Patientenzahlen im stationären Bereich sind der andauernden pandemischen Lage und der damit verbundenen Kapazitätsengpässe im personellen Bereich geschuldet.

Fachabteilung	Stationäre Fälle*		Casemixpunkte*	
	2021	2022	2021	2022
Anästhesie	-	131	-	154
Chirurgie	4.011	4.023	4.989	5.169
Frauenheilkunde- und Geburtshilfe	2.243	2.415	1.173	1.274
Kardiologie	4.502	4.337	3.567	3.349
Innere Medizin II	2.192	2.251	1.397	1.441
Hämatologie	1.786	1.657	1.350	1.227
Urologie	2.273	2.109	1.723	1.488
Strahlentherapie	153	166	267	333
HNO	42	23	22	9
	17.202	17.112	14.488	14.444
*davon integrierte Versorgung	233	143	111	45

Abbildung 2. Stationäre Patienten des Krankenhauses 2022 im Vergleich zu 2021

Die durchschnittliche Verweildauer der stationären Patienten betrug 2022 6,3 Tage und hat sich gegenüber dem Vorjahr (6,1 Tage) um ca. 3 % erhöht.

Der mittlere Schweregrad der Behandlungen (Casemix-Index) bewegt sich auf Vorjahresniveau und hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen durchschnittlichen Wert von 0,842 Punkten. In diesem Wert ist die Auslagerung der Bewertungsrelationen für die Pflege (Einführung des neuen Pflegebudgets ab 2020) enthalten.

Die 449 Krankenhausbetten waren im Jahresdurchschnitt 2022 zu 65,9 % (Vorjahr 65,4 %) belegt. Für den starken Rückgang seit 2020 ist im Wesentlichen die Corona-Pandemie ursächlich.

3.3 Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2022 wurde mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 7.272 abgeschlossen.

Ertragslage in T€	2021	2022	Veränderung	
			abs.	%
Umsatzerlöse	107.787	109.371	1.584	1,5%
Sonstige Erträge	2.429	2.312	- 117	-4,8%
Betriebliche Erträge	110.216	111.683	1.467	1,3%
Personalaufwand	70.329	70.895	-566	0,8%

Materialaufwand	29.257	34.539	-5.282	18,1%
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstiger Steuern)	11.499	12.044	-545	4,7%
Betriebliche Aufwendungen	111.085	117.478	6.393	5,8%
Betriebsergebnis ohne Abschreibungen	- 869	- 5.795	- 4.926	>100
Nicht geförderte Abschreibungen	1.506	1.588	82	5,4%
Betriebsergebnis	- 2.375	- 7.383	- 5.008	>100
Fördermittelergebnis	0	220	220	>100
Finanzergebnis	- 80	- 89	- 9	-11,25%
Ertragssteuern	31	20	- 11	-35,48%
Jahresergebnis	- 2.486	- 7.272	- 4.786	>100

Abbildung 3. Ertragslage des Unternehmens, Vergleich 2022 zu 2021

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um rund TEUR 1.584 (1,5%) auf Mio. EUR 109,4 gestiegen. Dem Leistungsrückgang durch die Belegungseinschränkungen durch die COVID-19-Pandemie sowie den erhöhten Aufwendungen stehen Erlöse infolge der COVID-19 Gesetzgebung in Höhe von insgesamt TEUR 4.235 (im Vorjahr TEUR 5.009) gegenüber.

Da neben dem Finanzbudget auch das Leistungsprogramm mit den Krankenkassen vereinbart wird, sind Abweichungen hiervon auszugleichen. Dies führt zu positiven oder negativen finanziellen Ansprüchen des Krankenhauses an die Krankenkassen bzw. umgekehrt.

Zum 31.12.2022 bestehen Ausgleichsforderungen gegen die Kostenträger in Höhe von TEUR 4.140. Die Entgeltverhandlungen mit den Krankenkassen über ein Erlös-, Pflegepersonalkosten- und ein Ausbildungsbudget für die Budgetzeiträume ab dem Jahr 2021 sind auf Ende August 2023 terminiert.

Die ambulanten Erlöse inkl. Nutzungsentgelte der Ärzte stiegen von 2021 zu 2022 um rd. TEUR 773 auf rd. Mio. Euro 16,4; ihnen stehen entsprechende Aufwandssteigerungen gegenüber.

Der Personalaufwand erhöhte sich um rd. TEUR 566 (+0,8 %). Die Tarifsteigerungen konnten weitestgehend durch einen reduzierten Personaleinsatz kompensiert werden. Die gesetzlichen Sozialabgaben und Abgaben für Altersvorsorge in Höhe von TEUR 13.392 machten 18,9 % der Personalaufwendungen aus.

Der Materialaufwand liegt mit TEUR 5.282 rund 18,1 % über dem Aufwand des Vorjahres. Davon entfallen rd. TEUR 2.317 auf die Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe, wobei der Anstieg im Bereich der Materialaufwendungen im Wesentlichen auf die inflationsbedingten Preissteigerungen zurückzuführen ist. Die Energiekosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.378 bzw. 87,5% auf TEUR 2.952 (Vorjahr TEUR 1.574).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen um TEUR 2.965. Hintergrund der Veränderung bei den bezogenen Leistungen ist hauptsächlich ein deutlicher Anstieg der Kosten für Fremdpersonal, denen entsprechend geringere eigene Personalaufwendungen gegenüberstehen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um TEUR 545, insbesondere durch höhere Abschreibungen auf Forderungen.

Das Fördermittelergebnis ist durch nicht aktivierungsfähige Maßnahmen aus dem Sonderinvestitionsprogramm für Krankenhäuser in Höhe von TEUR 1.004 geprägt, die in der GuV-Position „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens“ ertragswirksam ausgewiesen und somit ergebnisneutral sind. Zudem sind im Berichtsjahr Tilgungen in Höhe von TEUR 200 von geförderten Investitionen über Bau- und Pauschalfördermittel finanziert worden.

3.4 Mitarbeiter

Die Anzahl der Beschäftigten inklusive Auszubildende im Krankenhaus Düren betrug im Jahresdurchschnitt 2022 1.252 (Vorjahr 1.288). Das entspricht 766,1 Vollkräften (Vorjahr 796,2 Vollkräfte).

Personal nach Dienstarten	2021	2022	Veränderung	
	VK	VK	abs. VK	%
Ärztlicher Dienst	158,0	156,2	-1,8	-1,1%
Pflegedienst	276,9	260,9	-16,0	-5,8%
Medizinisch-technischer Dienst	110,1	107,1	-3,0	-2,8%
Funktionsdienst	103,4	100,8	-2,6	-2,5%
Klinisches Hauspersonal	1,0	1,0	0,0	0,0%
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	24,1	20,4	-3,7	-15,3%
Technischer Dienst	18,5	17,2	-1,3	-7,0%
Verwaltungsdienst	65,7	63,1	-2,6	-4,0%
Sonderdienst	8,2	10,1	1,8	22,4%
Personal der Ausbildungsstätten	14,6	15,5	0,9	5,8%
Pflegeschüler	15,8	14,1	-1,8	-11,2%
Gesamtpersonal in Vollkräften	796,2	766,1	-30,1	-3,8%

Abbildung 4. Gesamtpersonal in Vollkräften, Vergleich 2021 zu 2022

Die Anforderung an die Arbeitgeber, familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, um so langfristig Fachkräfte gewinnen und binden zu können steigt. Die Krankenhaus Düren gem. GmbH ist hier seit Jahren aktiv und kommt dem steigenden Bedarf an Teilzeitstellen mit attraktiven Arbeitszeitmodellen entgegen.

Teilzeitbeschäftigte	2021	2022	Veränderung	
	VK	VK	abs. VK	%
Gesamtpersonal in Vollkräften	796,2	766,1	-30,1	-3,8%
davon Teilzeitkräfte	232,9	226,4	-6,5	-2,8%

davon:				
männlich	19,9	21,6	1,7	8,5%
weiblich	213,0	204,8	-8,2	-3,8%

Abbildung 5. Anteil an Teilzeitbeschäftigten in Vollkräften, Vergleich 2021 mit 2022

Neben einem Angebot für Berufseinsteiger betreibt die Klinik ein eigenes Bildungszentrum mit einem breit gefächerten Fort- und Weiterbildungsangebot für die Krankenpflege. Neben der Vollzeitausbildung bietet die Klinik hierbei auch eine Teilzeitausbildung an. Im Jahr 2022 wurden durchschnittlich 254 Auszubildende betreut.

Darüber hinaus gewährleistet ein Kindergarten auf dem Krankenhausgelände die arbeitsplatznahe Versorgung der Kinder, angepasst an die Dienstzeiten der Mitarbeiter.

Die gesetzliche Regelung zu den Personaluntergrenzen und die Arbeitsmarktlage für Fachkräfte hatten für das Krankenhaus Düren im Jahr 2022 zur Folge, dass weiterhin Leiharbeitskräfte engagiert werden mussten.

3.5 Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2022 betrug nach Zurechnung des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung, des Sonderpostens sowie des passiven Ausgleichspostens für Darlehensförderung zum wirtschaftlichen Eigenkapital 49.827 TEUR (Vorjahr 53.944 TEUR). Das Vermögen umfasst 50,1 % Anlagevermögen und 49,9 % Umlaufvermögen inkl. Rechnungsabgrenzungsposten.

Das Anlagevermögen ist zu rd. 58 % (im Vorjahr rd. 59 %) mit Fördermitteln finanziert. Die Anlagendeckung unter Berücksichtigung von Sonderposten (TEUR 14.477) und langfristigen Verbindlichkeiten (TEUR 11.322) verschlechterte sich um 13,8% auf 91,1%.

	2021		20	2	Abw.
	T€	%	T€	%	TEUR
Anlagevermögen	25.388	47,1	24.985	50,1	-403
Umlaufvermögen einschl. Rechnungsabgrenzungsposten	28.556	52,9	24.842	49,9	-3.714
	53.944	100,0	49.827	100,0	-4.117
Eigenkapital abzgl. Ausgleichspos- ten aus Eigenmittelförderung	4.245	7,9	-3.027	-6,1	-7.272
Sonderposten zzgl. Ausgleichspos- ten aus Darlehensförderung	15.001	27,8	14.477	29,0	-524
Rückstellungen	11.016	20,4	12.242	24,6	1.226
Verbindlichkeiten ein- schl. RAP	23.682	43,9	26.135	52,5	2.453
	53.944	100,0	49.827	100,0	-4.117

Abbildung 6. Vermögenslage, Entwicklung 2021 zu 2022

Die Gesellschaft finanziert sich bei den beweglichen Vermögensgegenständen durch den Abschluss von Leasingverträgen, die zu nicht in der Bilanz enthaltenen Verpflichtungen im Umfang von Mio. EUR 2,1 (Vorjahr: Mio. EUR 3,4) führen. Diese konnten im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich reduziert werden.

3.6 Finanzlage

Aus der Kapitalflussrechnung ergeben sich Zahlungsfehlbeträge aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Mio. EUR 6,8) und der Investitionstätigkeit (Mio. EUR 2,8), denen ein Zahlungsüberschuss aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von Mio. EUR 6,9 gegenübersteht. Insgesamt verminderte sich der Fonds der liquiden Mittel um rd. Mio. EUR 2,8 auf Mio. EUR 1,6. Unter Berücksichtigung der Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten, die für die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit erforderlich waren (TEUR 1.880; Vorjahr: TEUR 4.461) und unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen werden, ist der Fonds der liquiden Mittel positiv (TEUR 1.590; Vorjahr: TEUR 4.350). Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass im Liquiditätsbestand noch nicht zweck- entsprechend verwendete Fördermittel in Höhe von TEUR 3.419 (Vorjahr: TEUR 4.223) enthalten sind. Nach Abzug dieser Mittel verbleibt insgesamt ein negativer Betriebsmittelbestand in Höhe von TEUR -1.829 (Vorjahr: TEUR +127).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wurde durch die Gewährung von Sicherheiten durch die Gesellschafter gewährleistet. Die Besicherung erfolgt maßgeblich durch Kommunalbürgschaften. Die Kontokorrentkreditlinie beträgt zum Bilanzstichtag Mio. EUR 7,5. Zur finanziellen Stabilisierung des Krankenhauses Dören haben Stadt und Kreis Dören jeweils ein Gesellschafterdarlehen über Mio. EUR 2,5 in 2022 gewährt.

Finanzlage - Kennzahlen	2021	2022	Veränderung %-Punkte
Eigenkapitalquote I	7,9%	-6,1%	-100,00%
Eigenkapitalquote II	35,7%	22,9%	-24,37%
Fremdkapitalquote	64,3%	77,1%	13,53%

Abbildung 7. Finanzlage-Kennzahlen

4. Prognosebericht

4.1 Branchenspezifische Entwicklungen

Der fortdauernde Krieg in der Ukraine verursachte Störungen der Lieferketten und führte damit einhergehend zu einer allgemeinen Steigerung des Preisniveaus. Die Dissonanz zwischen den gesetzlichen Erstattungsmechanismen einerseits und der inflationären Preisentwicklung andererseits hat erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Gesundheitswirtschaft. Nach den Belastungen der Pandemie trifft die Krankenhäuser nun die Inflation und insbesondere die gestiegenen Energiepreise. Zur Unterstützung der Krankenhäuser im Zusammenhang mit diesen gestiegenen Energiekosten wurde durch den Gesetzgeber ein Hilfsprogramm gestartet. § 26f KHG sieht für den Zeitraum Oktober 2022 bis April 2024 pauschale Ausgleichszahlungen für mittelbar gestiegene Kosten sowie krankenhausindividuelle Erstattungen für direkte Mehrkosten beim Bezug von leitungsgebundenem Erdgas, leitungsgebundener Fernwärme und leitungsgebundenem Strom vor.

2021 lagen die Ausgaben der GKV bei Mrd. EUR 285,0, dabei beliefen sich die reinen Leistungsausgaben auf rund Mrd. EUR 263,4. Den größten Anteil der Leistungsausgaben stellte der Krankenhaussektor dar. Insgesamt musste die GKV hierfür Mrd. EUR 85,9 aufbringen. Dies entspricht einem Anteil von 32,6 Prozent an allen Leistungsausgaben und ist nahezu doppelt so hoch wie die ambulante ärztliche Versorgung mit einem Volumen von Mrd. EUR 44,8 und einem Anteil von 17,0 Prozent. Den drittgrößten Ausgabensektor stellt der Arzneimittelbereich mit Mrd. EUR 46,6 und einem Anteil von 17,7 Prozent dar.

Zur Bewältigung der Corona-Pandemie trug der Bund weiterhin einen Großteil der Ausgaben für pandemiebedingte Zahlungsverfahren, die aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vorfinanziert werden. Hierunter fallen insbesondere Aufwendungen für Corona-Testungen und für Impfungen gegen COVID-19 im Rahmen der Coronavirus-Impf- und Testverordnung sowie Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser. Insgesamt wurden rund Mrd. EUR 19,9 aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zur Verfügung gestellt und vom Bund refinanziert.

Für das Jahr 2022 konnte der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz in der GKV durch die Zahlung eines ergänzenden Bundeszuschusses von Mrd. EUR 14 weitestgehend stabilisiert werden. Dieser Zuschuss entfällt jedoch in 2023 vollständig. Mit dem am 12. November 2022 in Kraft getretenen GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) hat die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen ergriffen, um auch in 2023 eine stabile und verlässliche Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung sicherzustellen. Die Belastungen werden auf verschiedene Schultern verteilt: Neben höheren Bundesmitteln werden Reserven des Gesundheitsfonds und der Krankenkassen herangezogen sowie Effizienz-

reserven insbesondere im Arzneimittelbereich gehoben, um den Anstieg der Zusatzbeiträge im kommenden Jahr zu begrenzen.

Im Mai 2022 wurde, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, eine Kommission eingerichtet, um notwendige Reformen im Krankenhausbereich anzugehen. Sie legt Stellungnahmen vor und erarbeitet Leitplanken für eine auf Leistungsgruppen und auf Versorgungsstufen basierende Krankenhausplanung. Ziel ist es, den Krankenhäusern Pauschalen für die Vorhaltung einer guten Versorgung zu geben.

Da die Finanzierung von Krankenhausleistungen weitestgehend über Fallpauschalen geregelt ist, müssen Fixkosten – wie das Vorhalten von Personal, einer Notaufnahme oder notwendiger Medizintechnik – überwiegend ebenfalls über die Fallpauschale erwirtschaftet werden. Um die Bedeutung der Krankenhäuser für die Daseinsvorsorge zu unterstreichen und um den wirtschaftlichen Druck auf möglichst viele Behandlungsfälle zu senken, empfiehlt die Regierungskommission, künftig einen festen Betrag als Vorhaltekosten zu definieren, den Krankenhäuser, je nach ihrer Versorgungsstufe, erhalten.

Insgesamt soll es drei Versorgungsstufen geben, nach denen Krankenhäuser eingeordnet werden:

- Level I Grundversorgung: medizinisch und pflegerische Basisversorgung,
- Level II Regel- und Schwerpunktversorgung: Krankenhäuser, die im Vergleich zur Grundversorgung noch weitere Leistungen anbieten,
- Level III Maximalversorgung: zum Beispiel Universitätskliniken.

Neben der Einführung von Versorgungsstufen empfiehlt die Regierungskommission ein System von 128 Leistungsgruppen mit einer konkreten Definition von Strukturvorgaben. Vorgeschlagen wird, die Leistungsgruppen auf jedem Level nach ICD-10-Diagnosen und OPS-Codes zu definieren, sodass die Patientenbehandlung innerhalb einer Gruppe ähnliche personelle Vorhaltungen, Qualifikationen und Erfahrungen sowie gleichartige technische Ausstattung benötigt. Hinsichtlich der Strukturvorgaben für die Leistungsgruppen ist jedoch eine Abstimmung zwischen Bund und Ländern erforderlich, da die Letztverantwortung und die Entscheidung darüber, welchem Krankenhaus welche Leistungsgruppen zugewiesen werden, bei den Ländern liegt. Hier hat das Land NRW mit „seinem“ Krankenhausplan und den definierten Leistungsgruppen bereits eine solide Grundlage für die Versorgung der Bevölkerung geschaffen.

Die fehlenden Umsatzerlöse durch das verringerte Patientenaufkommen sowie nicht refinanzierte Kostensteigerung im Bereich der Energie- und Sachkosten infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und auch die Klimaziele der Bundesregierung stellen die Krankenhäuser vor enorme Herausforderungen. Die Kostenstrukturen müssen dem veränderten Krankenhausbetrieb noch weiter angepasst werden. Insbesondere der sich auf sämtliche Berufsfelder ausweitenden Verschärfung des Fachkräftemangels muss mit gezielten Maßnahmen entgegengewirkt werden. Die Krankenhäuser benötigen dafür Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Tariflohnsteigerungen und Investitionen in moderne Infrastrukturen sowie weniger Bürokratielasten. Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage ist davon auszugehen, dass der wirtschaftliche Druck auf die Kliniken nochmals deutlich steigt und die Strukturbereinigung konsequent verfolgt wird.

Im Jahr 2022 sind weitere mit dem MDK-Reformgesetz beschlossene und aufgrund der Pandemie um ein Jahr zeitlich verschobene Regelungen zu Abrechnungsprüfungen im Krankenhaus in Kraft getreten. Dazu zählt die Einführung quartalsbezogener Prüfquoten für die Prüfung von Abrechnungsfällen durch

die gesetzlichen Krankenkassen. Die Höhe der hausindividuellen Prüfquote je Quartal ist dabei abhängig vom Anteil der unbeanstandeten Rechnungsprüfungen des vorvergangenen Quartals. Zusätzlich ist diese Positivquote auch maßgeblich für die Höhe der Aufschläge, die für die Krankenhäuser ab dem Jahr 2022 im Falle einer Rechnerkorrektur zusätzlich auf den zu korrigierenden Rechnungsbetrag anfallen.

Am 2. Dezember 2022 wurde im Deutschen Bundestag das Gesetz zur Pflegepersonalbemessung im Krankenhaus sowie zur Anpassung weiterer Regelungen im Krankenhauswesen und in der Digitalisierung (Krankenhauspflegeentlastungsgesetz, KHPfLEG) beschlossen. Mit der beschlossenen Regelung sind Hebammen und Entbindungspfleger ab dem Jahr 2025 vollumfänglich mit den dafür nachgewiesenen Kosten im Pflegebudget berücksichtigungsfähig.

Das Gesetz enthält zudem Regelungen zur finanziellen Stärkung der Pädiatrie und der Geburtshilfe sowie zur Einführung von tagesstationären Behandlungen.

Krankenhäuser können demnach in geeigneten Fällen anstelle einer vollstationären Behandlung eine tagesstationäre Behandlung ohne Übernachtung erbringen. Damit beabsichtigt der Gesetzgeber, nicht notwendige Übernachtungen im Krankenhaus zu vermeiden und das Pflegepersonal zu entlasten. Um die Ambulantisierung weiter voranzutreiben, wird zudem für bestimmte Behandlungen eine sektorengleiche Vergütung eingeführt. Bis zum 31. März 2023 sollen Krankenkassen, Krankenhäuser und die kasernenärztlichen Bundesvereinigungen gemeinsam geeignete Leistungen aus dem Katalog ambulanter Operationen sowie eine entsprechende Vergütung festlegen. Darüber hinaus beinhaltet das Gesetz Bestimmungen zur Personalbemessung, zu den Fristen für Budgetverhandlungen, mit dem Ziel den Verhandlungsstau der Budgetverhandlungen aufzulösen sowie für die kommenden Jahre zeitnahe Abschlüsse zu gewährleisten und zur Finanzierung von landesrechtlich geregelten Pflegehilfe- und Pflegeassistentenausbildungen, zur Verlängerung des Hygieneförderprogramms als Infektiologieförderprogramm um drei Jahre, zu telekonsiliarärztlichen Leistungen sowie zur Telematikinfrastruktur und zum Arzneimittelbereich.

Mit der anhaltenden Pandemie mussten Kliniken auch in 2022 weiterhin Kapazitäten für die Versorgung von COVID-19-Patienten vorhalten und unter Umständen planbare Operationen und nicht lebensbedrohliche Behandlungen verschieben. Darüber hinaus führte die hohe Infektionslast und die neue Virusvariante Omikron in den ersten Wochen des Jahres 2022 dazu, dass Krankenhäuser Kapazitäten vom Netz nehmen mussten, da Mitarbeiter vermehrt erkrankten oder sich in Quarantäne befanden.

4.2 Finanzielle Prognosen

Entgeltverhandlungen wurden für das Jahr 2021 und für 2022 prospektiv mit den Kostenträgern noch nicht geführt. Derzeit wird davon ausgegangen, dass im 3. Quartal 2023 die Verhandlung für das Jahr 2021 und gleichzeitig für das Jahr 2022 stattfinden werden.

Die 2019 eingeführte Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) und die Ausdehnung der Vorgaben in 2022 erfordert auch künftig erhebliche Anstrengungen vor dem Hintergrund des Arbeitsmarktes für examinierte Pflegekräfte. Aus der Einführung eines Pflegekostenbudgets im Jahr 2020 wird ein Mehrerlös erwartet. Beide Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen bedürfen weiterhin einer Vorfinanzierung durch die Gesellschaft und belasten damit die Liquiditätssituation.

Die Nachfrage nach medizinischen, insbesondere spezialmedizinischen Leistungen nach dem Überwinden der Pandemie wird voraussichtlich anders aussehen. Die Verschiebung von Leistungen von ehemals stationären Leistungen in den ambulanten Sektor wird sich weiter verstärken. Möglicherweise wird die Vergütung dafür nicht kurzfristig ergänzt oder angemessen angepasst werden. Daher sind

viele Anstrengungen im Krankenhaus Düren darauf auszurichten, notwendige Anpassungen in Kosten- und Leistungsstruktur vorzunehmen, die zu einem betriebswirtschaftlich positiven Ergebnis in der Zukunft führen.

Das Jahr 2023 ist weiterhin durch eine große Diskrepanz zwischen Kosten- und Erlössteigerungen geprägt. Während die Erlöse, basierend auf dem Landesbasisfallwert, moderat um 4,3 % in 2023 gegenüber 2022 gestiegen sind, sind die Sach- als auch Personalkosten des Krankenhaus Düren deutlich gestiegen. Bspw. hat sich die Energie nach einem starken Anstieg in 2022 nochmals signifikant in 2023 verteuert. Außerdem führt die Anpassung des TVöD zu einer deutlichen Mehrbelastung für das Krankenhaus Düren (siehe zur hohen Inflation auch die Ausführungen unter 5.2). Die hohe Inflation 2022/2023 wird erst in der Ermittlung des Landesbasisfallwerts 2024 berücksichtigt bzw. mit dem Landesbasisfallwert 2024 erstattet werden. In der Finanzplanung 2024 geht das Krankenhaus Düren konservativ von einer moderaten Wachstumsrate von 5 % des Landesbasisfallwertes 2024 aus. Die gestiegenen Personalkosten im Pflegebereich werden auch erst zeitversetzt mit dem Abschluss des Pflegebudgets 2022/2023 an das Krankenhaus Düren zurückfließen.

Neben einem Anstieg der Krankenhauspreise erwartet das Krankenhaus Düren im Bereich der Erlöse auch ein Wachstum der Patientenzahl. Der Planung 2023 ist ein Leistungsvolumen zu Grunde gelegt, welches über dem im Corona-geprägten Jahr 2022 erzielten Volumen rd. 4,4 % liegt. Für 2024 wird ein Anstieg der medizinischen Leistung von rund 3,1 % unterstellt. Das Wachstum 2023/2024 resultiert zum einen aus einer engen Zusammenarbeit mit der Artemed-Klinik St. Brigida in Simmerath, die 35 km entfernt von Düren liegt. Diese Kooperation kann kurzfristig umgesetzt werden. Zum anderen sollen bestehende Fachbereiche weiter ausgebaut/gestärkt werden und neue Fachbereiche geschaffen werden. Der Aufbau neuer Fachzentren erfordert einen gewissen zeitlichen Vorlauf.

Im Bereich der Kosten werden für 2024 weitere Steigerungen erwartet. Bei den Personalkosten wurden die bereits bekannten TVöD Anpassungen berücksichtigt sowie weitere moderate Lohnsteigerungen eingeplant. Gleiches gilt auch für die geplanten Sachkosten, mit einer leicht abgeschwächten Teuerungsrate von rund 4,5%. Gegenläufig wurden Einkaufsvorteile aufgrund der Zugehörigkeit zur Artemed Gruppe eingeplant.

Basierend auf der GuV- und Finanzplanung ist in den Jahren 2023 und 2024 mit Jahresfehlbeträgen von Mio. EUR -10,9 (2023) und Mio. EUR -9,4 (2024) und einem gesamten Finanzierungsbedarf i.H.v. Mio. EUR 15,755 für den laufenden Geschäftsbetrieb zu rechnen. Dieser Finanzierungsbedarf ist unter Berücksichtigung der aktuellen Dispolinie von Mio. EUR 5,5 des Krankenhauses, die sich gegenüber 2022 um Mio. EUR 2 durch Rückgabe einer Dispolinie reduziert hat, nur teilweise gedeckt.

Die Finanzierungslücke konnte sowohl durch die Altgesellschafter als auch durch den neuen Gesellschafter geschlossen werden. Die Alteigentümer Kreis Düren und Stadt Düren verzichten zum einem auf die Rückzahlung des gemeinschaftlich gewährten Gesellschafterdarlehens von Mio. EUR 5. Zum anderen beteiligen sich die beiden Altgesellschafter mit jeweils einer Bareinzahlung i.H.v. Mio. EUR 3,5 zum 15.10.23. Gleichzeitig hat die Artemed SE zum 24.08.23 ein neues Gesellschafterdarlehen i.H.v. Mio. EUR 5 gewährt und zusätzlich eine Patronatserklärung über Mio. EUR 3,8, befristet bis 31.12.2024, abgegeben. Im Gegenzug zum Finanzierungsbeitrag werden Kreis und Stadt Düren zum 15.10.23 aus ihrer bisherigen Bankbürgschaft (sog. Kommunalbürgschaft) entlassen.

Durch das geschlossene Finanzierungspaket ist die Liquidität des Krankenhaus Düren in einem aktuell schwierigen Marktumfeld längerfristig gesichert. Jede Planung ist jedoch per se mit Unsicherheit behaftet. Sollte nun ein höherer Finanzierungsbedarf sich ergeben, so wäre der neue Gesellschafter Artemed bereit, diesen zusätzlichen Finanzierungsbedarf zu decken.

4.3 Weitere besondere Aspekte

Zur Verbesserung der Liquidität streben wir eine Reduzierung der Kapitalbindung in den Forderungen an. Die notwendige Liquidität wurde für das Geschäftsjahr 2022 zeitweise durch Fördermittel, die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens und die eingeräumte Kreditlinie sichergestellt.

Ein Kontokorrentkredit ist zum Bilanzstichtag in Höhe von rd. Mio. EUR 1,9 in Anspruch genommen. Zur Vermeidung der insolvenzrechtlichen Folgen einer Überschuldung der MVZ Rur gem. GmbH wurde eine Patronatserklärung durch die Gesellschaft zugunsten des MVZ ausgestellt, die zukünftig zu weiteren Belastungen in der Gesellschaft führen könnte.

5. Chancen und Risikobericht

5.1 Risikomanagementsystem

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH überwacht und bewertet permanent mögliche Risiken.

Für jedes dieser Risikofelder werden Einzelrisiken identifiziert und analysiert sowie Gegenmaßnahmen zur Risikosteuerung dokumentiert.

Die Geschäftsführung wird durch das Finanzmanagement und Controlling monatlich über die Leistungs- und Kostenentwicklung mittels einer integrierten Software umfassend informiert. Die monatliche Berichterstattung von Aufwendungen, Erträgen, Leistungen, Personalbesetzungen und betriebswirtschaftlichen Kennzahlen ermöglicht es, frühzeitig negative Ergebnisentwicklungen zu erkennen und korrigierend einzugreifen. Diese Steuerungssysteme werden kontinuierlich verbessert und auf ihre Aktualität hin weiterentwickelt. Bei Abweichungen zum Wirtschaftsplan können monatlich mögliche Auswirkungen auf das Jahresergebnis abgeschätzt werden.

Als weiteres Instrument zur Absicherung von Risiken im Bereich des Finanzmanagements wurde bereits 2021 eine Software zur digitalen Rechnungsbearbeitung eingeführt. Nicht nur alle Eingangsrechnungen des Unternehmens werden hierbei zentral digital erfasst, es erfolgt auch strukturiert und transparent die Freigabe. Die Software ermöglicht es, Rückstände in der Bearbeitung und Skontofristabläufe zu monitoren.

Die Kommunikation über klinische und ökonomische Chancen und Risiken sowie die daraufhin zu treffenden Entscheidungen über entsprechende Maßnahmen finden in strukturierten regelmäßigen Terminen statt. Die Grundlage sind unter anderem die Auswertungen des kaufmännischen und des medizinischen Controllings sowie des Beschwerdemanagements.

Über die Geschäftsentwicklung der Krankenhaus Düren gem. GmbH wird regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsrates und des Bilanz- und Wirtschaftsausschusses berichtet.

5.2 Chancen und Risiken

Durch die ausschließliche Tätigkeit auf dem deutschen Gesundheitsmarkt unterliegt die Gesellschaft nur bedingt kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen.

Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem das Krankenhaus primär mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zu kämpfen hatte, kam in 2022 der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dazu, in dessen Folge die Inflationsrate auf 7,9% stieg. Insbesondere die Steigerung der Energiekosten können die Krankenhäuser aufgrund der geltenden Finanzierungsregelungen nicht kompensieren. Weitere Kostenrisiken liegen vor allem in der Tarifentwicklung des TVöD und des ärztlichen Tarifvertrages sowie

bei Versicherungen und beim medizinischen Sachbedarf. Insgesamt geht die KostenErlös-Schere derzeit immer weiter auseinander.

Die die Gesundheitsbranche wesentlich beeinflussenden von gesetzgeberischen Regularien sind weiterhin die Finanzierung und Personalstärke in der Pflege. Daneben wird durch die sich verstärkende Verschiebung von Leistungen von ehemals stationären Leistungen in den ambulanten Sektor bei nicht gleichzeitiger Vergütungsanpassung, die betriebswirtschaftliche Anspannung im Krankenhaussektor nochmals verstärken.

Neben den gesetzlichen Veränderungen in Bezug auf die Krankenhausleistungen ergeben sich vor allem Mengen- und Preisrisiken aus der Entwicklung des landesweiten Basisfallwertes und Veränderungen im DRG-System. Erlörisiken bestehen hinsichtlich von Rückforderungen durch Kürzung der abgerechneten Entgelte für Krankenhausleistungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Insbesondere erfolgen Beanstandungen im Zusammenhang mit der Möglichkeit einer ambulanten Behandlung oder den Grenzverweildauern.

Ein weiterhin begrenzender Faktor ist die Personaluntergrenzen-Verordnung. Wegen dem Personal-mangel im Pflegebereich gelingt aber die Einstellung von examinierten Pflegekräften, insbesondere in den spezialisierten Bereichen bzw. Funktionsbereichen nach wie vor kurzfristig nicht im erforderlichen Umfang. Hinzu kommt, dass die Krankenpflegeschule in 2022 nicht alle zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze besetzen können wird. Unter anderem liegt das an den geburtenschwachen Jahrgängen. Ein weiteres branchenspezifisches Risiko stellt die Unterfinanzierung mit Fördermitteln dar, die durch die Krankenhausfinanzierungsgesetzgebung eigentlich als sogenannte duale Finanzierung gesetzlich verankert ist. Bei weiterhin hohem Investitionsbedarf in Gebäude und Technik ergibt sich immer mehr die Notwendigkeit von eigenmittelfinanzierten Investitionen, weil die Investitionsförderung des Landes nicht ausreicht, die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren.

Dies führt zu erhöhten Abschreibungen mit entsprechenden Belastungen der Jahresergebnisse und zum Entzug von Betriebsmitteln zu Investitionszwecken bei gleichzeitig gedeckeltem Budget oder zu eigenmittelfinanzierten Nutzungsentgelten für Anlagevermögen.

Das im September 2020 verabschiedete Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) sieht im Wesentlichen die Bereitstellung von Investitionsmitteln für die Modernisierung und Digitalisierung sowie die Förderung von Notfallkapazitäten vor. Aufgrund des jahrelangen Investitionsmitteldefizites werden diese Gelder jedoch bei weitem nicht ausreichen, um den Investitionsstau in den Krankenhäusern zu beseitigen. Dazu kommt auch, dass diese Mittel einerseits nicht vollständig den Finanzmittelbedarf abdecken werden und andererseits erst nach Verausgabung beantragt werden können.

Daher werden nach wie vor externe Finanzierungsquellen auch für das Krankenhaus Düren eine bedeutende Rolle einnehmen müssen, damit die Leistungsfähigkeit des Unternehmens erhalten bleibt und wachsen kann. Die Gesellschafter Stadt und Kreis Düren nahmen aufgrund von Besicherungsinstrumenten für Darlehen weiterhin eine zentrale Rolle für die Gesellschaft im Jahr 2022 ein. Bereits gegen Ende des Jahres 2022 haben sich die Corona-Inzidenzen weiter abgeschwächt, sodass mit einem Auslaufen der Corona-Schutzmaßnahmen zu rechnen war. Die Corona-Schutzverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen ist schließlich am 28. Februar 2023 nach 1.073 Tagen ausgelaufen. Am 7. April 2023 sind mit dem Auslaufen der rechtliche Rahmen für die Corona-Schutzmaßnahmen des Bundes ausgelaufen die letzten noch verbliebenen Maßnahmen weggefallen. Inwieweit sich nach dem Ende der Corona-Pandemie die stationären Patientenzahlen erholen, wird sich zeigen müssen. Bei den sogenannten ambulant-sensitiven Fällen ist jedoch ein genereller Rückgang erkennbar.

Durch das ab dem 1.1.2020 neu eingeführte veränderte DRG-Entgeltsystem, aus dem die pflegerelevanten Kosten herausgetrennt und separat finanziert werden sowie der gleichzeitigen Änderung der Fi-

finanzierung des Ausbildungsbudgets war zu befürchten, dass sich die Budgetverhandlungen bis weit in das Jahr 2021 hinziehen könnten. Mit den Krankenkassen konnte im ersten Halbjahr 2021 jedoch eine Einigung über das Budget 2020 erzielt werden. Die Genehmigung durch die Bezirksregierung erfolgte am 1. Juli 2022. Die Verhandlungen über das Budget 2021 wurden im Oktober 2022 mit den Krankenkassen aufgenommen. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung liegt noch kein Ergebnis vor. Ein Verhandlungstermin über das Budget 2021 und gleichzeitig auch für das Budget 2022 ist für Ende August 2023 vereinbart.

Die vor einem Jahr befürchtete Streichung der in 2020 eingeführten Verkürzung des Zahlungsziels der Krankenkassen auf einheitlich fünf Tage wurde auf Grund des Pandemiegeschehens mehrmals verschoben und sollte zuletzt zum 1. Juli 2022 umgesetzt werden. Das Bundesministerium für Gesundheit hat jedoch von seiner Verordnungsermächtigung Gebrauch macht und die verkürzte gesetzliche Zahlungsfrist von fünf Tagen für Krankenhausrechnungen bis Ende 2023 verlängert. Für die Liquiditätssicherung der Krankenhäuser ist diese Maßnahme von hoher Bedeutung.

Die seit Mitte 2021 angestoßenen Bemühungen zur Aufnahme eines weiteren Gesellschafters konnten am 11. Mai 2023 abgeschlossen werden. Letztlich sind einhundert Prozent der Geschäftsanteile von Stadt und Kreis Düren an die Artemed SE mit Sitz in Tutzing/Bayern übergegangen, verbunden mit der gleichzeitigen Verpflichtung des neuen Gesellschafters, bis Ende 2030 Investitionen von rund 30 Millionen EUR zu tätigen.

Durch diesen sogenannten Share Deal stehen externe Mittelzuflüsse zur Verfügung, durch die der vorhandene Investitionsstau und die dadurch bedingten Defizite behoben werden können und das Unternehmen übergreifend Synergien in den Kostenstrukturen des neuen Mutterkonzerns eingehen kann, was sich positiv auf die künftige Entwicklung des Ergebnisses auswirken wird.

6. Gesamtaussage

Nach Überprüfung der Risikolage kommt die Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts zu dem Ergebnis, dass die Gesellschaft in ihrem Bestand zwar gefährdet ist, jedoch durch die Unterstützung des neuen Gesellschafters sowie Aufrechterhaltung der Liquidität, den bestandsgefährdenden Risiken für die Krankenhaus Düren gem. GmbH derzeit entgegengewirkt werden können. Mit der Artemed SE hat das Krankenhaus Düren nun einen neuen Gesellschafter, der bereits in der Vergangenheit zahlreiche Krankenhäuser in Schieflage erfolgreich saniert hat.

Die Geschäftsführung geht auch davon aus, dass die RZVK diese positive Fortführungsprognose des Krankenhaus Düren teilt. Sollte die RZVK die Fortführung gefährdet sehen, besteht das Risiko, dass die RZVK die bestehende Mitgliedschaft nicht unverändert fortführt und Sicherheitsleistungen fordert. Das Krankenhaus Düren ist hierzu bereits im engen Austausch mit der RZVK.

Unter diesen in 2023 geschaffenen Voraussetzungen schätzt die Geschäftsführung die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft grundsätzlich weiterhin positiv ein.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Die Anteile an der Krankenhaus Düren gGmbH wurden in 2023 an die Artemed SE veräußert. Die nachfolgenden Angaben zu den Organen der Gesellschaft beziehen sich somit auf den Zeitpunkt der Veräußerung. Mit dem Datum der Wirksamkeit der Veräußerung hat die Artemed SE den Gesellschafts-

vertrag angepasst. Da der Kreis keine Geschäftsanteile mehr an der Krankenhaus Düren gGmbH hält, entfällt auch das Recht, Aufsichtsratsmandate zu besetzen.

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Büttner-Hoigt, Kathleen (seit 01.11.2019)	Aachen	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	50 %
	Stadt Düren	9 Sitze	50 %
Gesellschafterversammlung:	Die Gesellschafterversammlung besteht aus zwei Mitgliedern. Je ein Mitglied der Gesellschafterversammlung wird vom Kreistag und vom Stadtrat bestellt. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaft gebunden. Je 55.000 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden.	je 1 Sitz	je 50 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Breuer, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Frings, Thomas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hamacher, Rolf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Nolten, Ralf	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Spelthahn, Wolfgang	Verwaltung	01.06.2011	
Strack, Birgit	Kreistagsmitglied	27.09.2016	
Weingartz, Hermann Josef	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

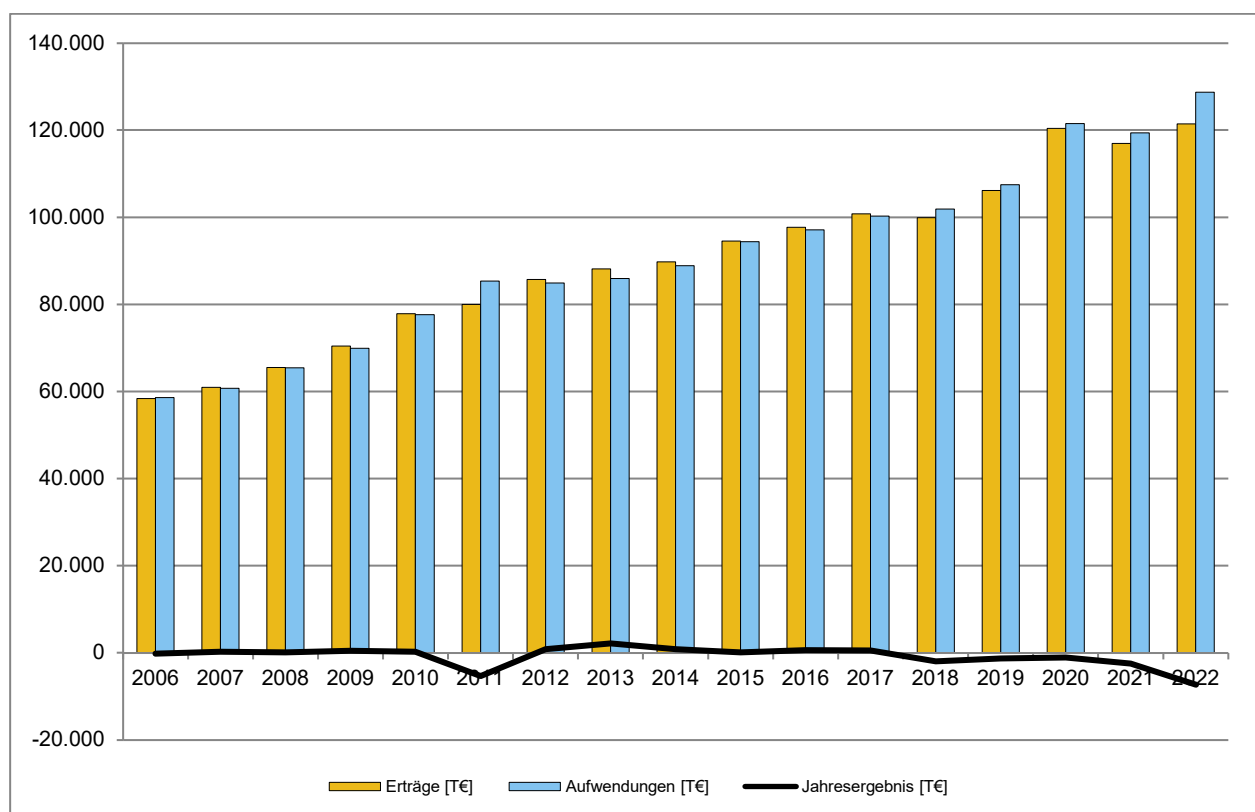
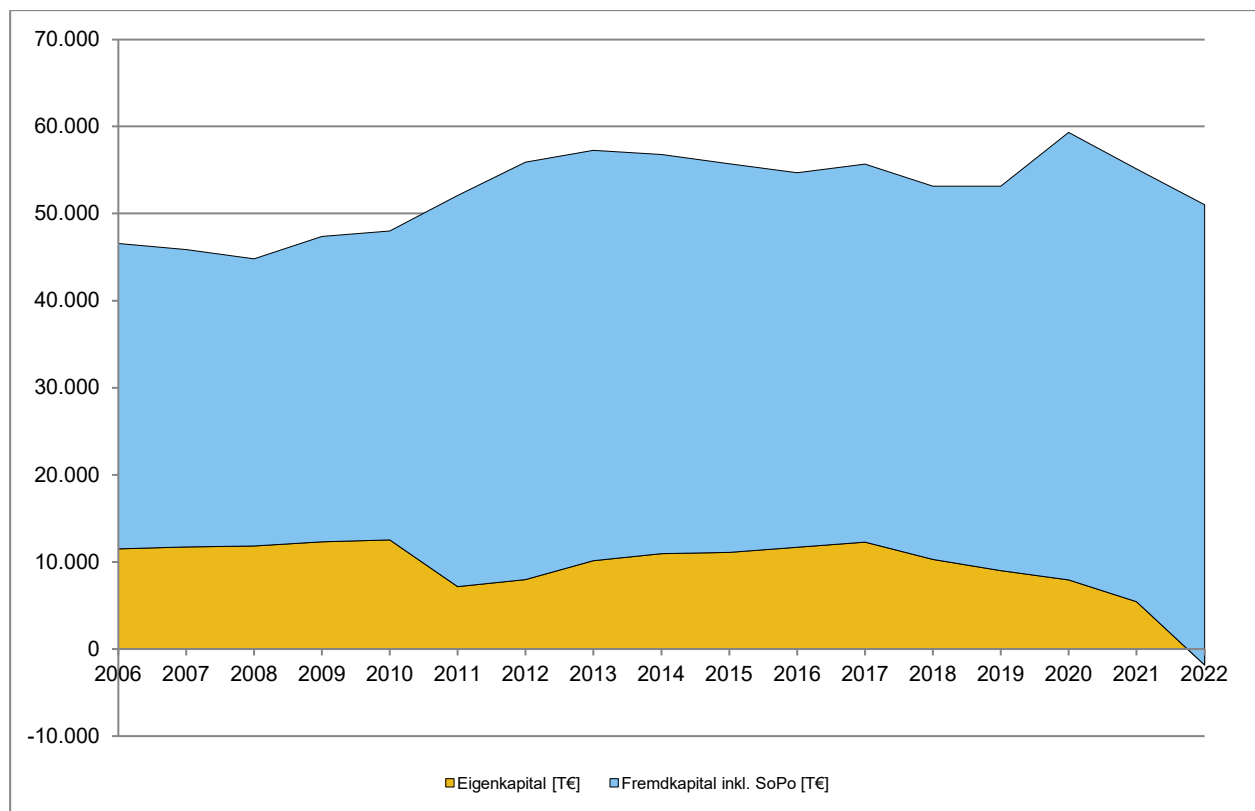
Gesellschafterversammlung:

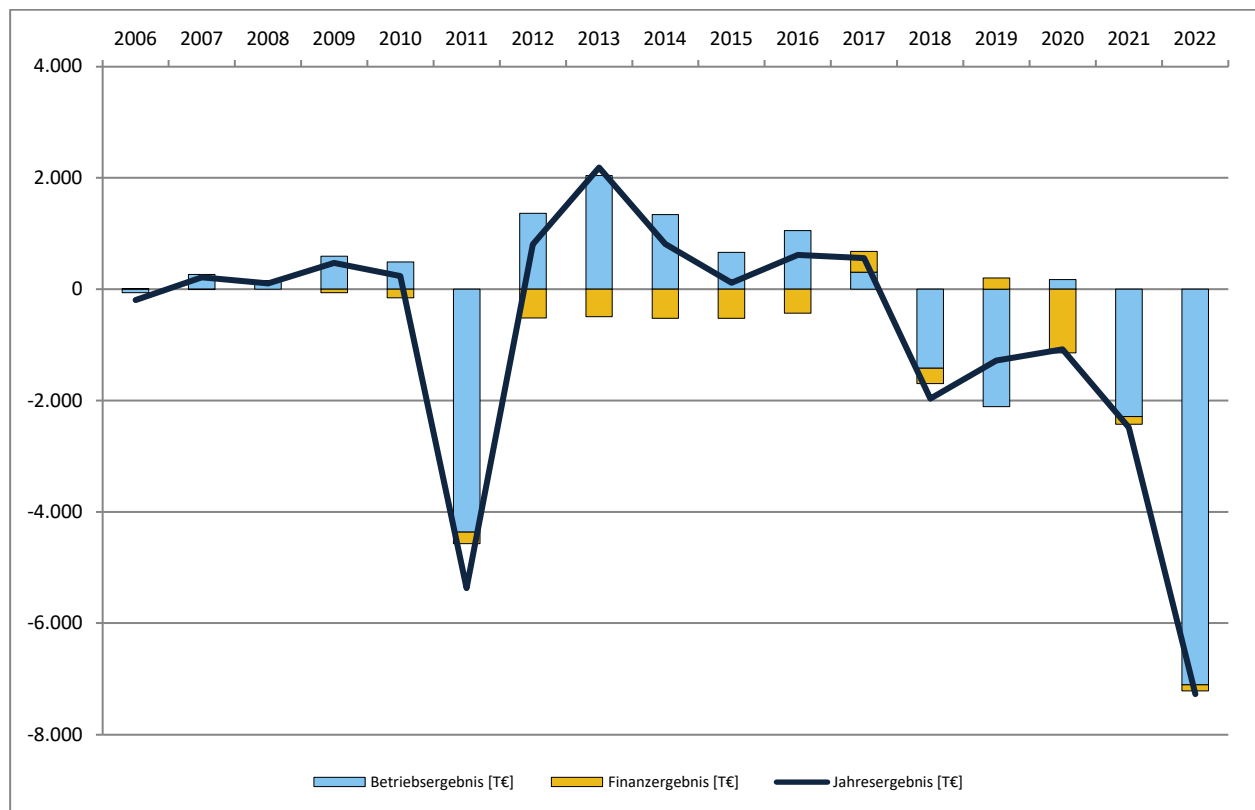
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.02.2004	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 1100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	13,35%	9,86%	318,82%	308,96%
Eigenkapitalrentabilität	-13,61%	-45,73%	65,81%	111,55%
Anlagendeckungsgrad 2	120,85%	109,10%	1929,89%	1820,79%
Verschuldungsgrad	447,29%	638,26%	-50,59%	-688,85%
Umsatzrentabilität	0,16%	-2,12%	-177,32%	-175,20%

11 Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR



Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421-22-1051002
Telefax: 0241-22-2027
E-Mail: kreismaeuse-aoer@kita-kreis-dueren.de
Homepage: [www. https://www.kreis-dueren.de/microsite/kreismaeuse/index.php](https://www.kreis-dueren.de/microsite/kreismaeuse/index.php)

a) Gegenstand der Anstalt

Aufgabe der Anstalt sind der Betrieb, die Unterhaltung und die Verwaltung von Kindertageseinrichtungen i. S. d. § 1 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KiBiz NRW).

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	25	100
Stammkapital	25	

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Rahmen der Personalgestellung sind Mitarbeiterinnen des Kreises auch für die Anstalt tätig. Hierfür erhielt der Kreis Düren eine Erstattung für die Personal- und Sachkosten in Höhe von 86 T€.

Zusätzlich erhielt der Kreis Düren eine Rückzahlung der Kindpauschale in Höhe von 422 T€, da für eine Kita-Gruppe Zuwendungen ausgezahlt wurden, obwohl diese Kita-Gruppe nicht entstanden ist.

Der Kreis Düren hat als Anstaltsträger einen Abschlag für den Verlustausgleich in Höhe von 3.895 T€ gezahlt.

Als Träger von Kindertageseinrichtungen im Kreis Düren erhielt die Anstalt Zuwendungen auf Grund des KiBiZ. Im Jahr 2022 lagen die Zuwendungen hierfür bei 12.131 T€. Zusätzlich zahlt der Kreis Düren einen freiwilligen Kreiszuschuss zu den Betriebskosten der Kitas. Hierfür wurden 4.219 T€ gezahlt.

Zusätzlich zahlte der Kreis Düren Billigkeitsleistung zur Finanzierung von zusätzlichen Hilfskräften und der Aufstockung von Stunden bei vorhandenem Personal im nichtpädagogischen Bereiche in Höhe von 680 T€.

Im Rahmen des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH (GIS) hat die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR Beträge in Höhe von 409 T€ geleistet.

Im Rahmen der Nutzung der Gebäude von der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) hat die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR Mieten in Höhe von 2.902 T€ geleistet.

Im Rahmen des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) hat die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR Beträge in Höhe von 271 T€ geleistet.

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA) kümmert sich um die Gebäude sowie die Pflege der Außenanlagen der Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR, hierfür wurden Beträge in Höhe von 309 T€ geleistet. Zusätzlich beliefert die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA) unterschiedliche Kitas mit Essen. Hierfür hat die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR Beträge in Höhe von 482 T€ gezahlt.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	671.749,00 €	706.818,00 €	1.044.557,00 €	337.739,00 €	47,78%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	997.516,35 €	1.255.059,09 €	2.956.259,49 €	1.701.200,40 €	135,55%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.454.435,78 €	1.547.861,07 €	2.872.227,74 €	1.324.366,67 €	85,56%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.471,70 €	916.727,22 €	740.230,46 €	-176.496,76 €	-19,25%
Summe Aktiva	4.127.172,83 €	4.426.465,38 €	7.613.274,69 €	3.186.809,31 €	71,99%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Sonderposten	577.415,00 €	526.758,95 €	790.614,90 €	263.855,95 €	50,09%
C. Rückstellungen	1.550.090,79 €	1.192.109,70 €	3.836.005,76 €	2.643.896,06 €	221,78%
D. Verbindlichkeiten	1.974.667,04 €	2.431.606,55 €	2.735.813,47 €	304.206,92 €	12,51%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	250.990,18 €	225.840,56 €	-25.149,62 €	-10,02%
Summe Passiva	4.127.172,83 €	4.426.465,38 €	7.613.274,69 €	3.186.809,31 €	71,99%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	621.994,01 €	785.458,25 €	1.033.409,75 €	247.951,50 €	31,57%
2. Sonstige betriebl. Erlöse	20.608.493,22 €	25.821.842,84 €	28.610.601,05 €	2.788.758,21 €	10,80%
3. Materialaufwand	473.586,09 €	720.816,77 €	999.330,07 €	278.513,30 €	38,64%
4. Personalaufwand	15.687.766,19 €	19.783.815,77 €	24.895.180,55 €	5.111.364,78 €	25,84%
5. Abschreibungen	147.418,42 €	233.413,45 €	308.102,66 €	74.689,21 €	32,00%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	6.720.913,32 €	8.171.527,65 €	8.851.393,17 €	679.865,52 €	8,32%
Betriebsergebnis	-1.799.196,79 €	-2.302.272,55 €	-5.409.995,65 €	-3.107.723,10 €	134,99%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	29,37 €	20,59 €	20,20 €	-0,39 €	-1,89%
Finanzergebnis	-29,37 €	-20,59 €	-20,20 €	0,39 €	-1,89%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-1.799.226,16 €	-2.302.293,14 €	-5.410.015,85 €	-3.107.722,71 €	134,98%
8. sonstige Steuern	460,00 €	136,00 €	20,00 €	-116,00 €	-85,29%
9. Erträge aus Verlustübernahme	1.799.686,16 €	2.302.429,14 €	5.410.035,85 €	3.107.606,71 €	134,97%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

g) Lagebericht

1. Grundlagen der AÖR

1.1 Geschäftsmodell der AÖR

Der Kreistag des Kreises Düren hat in seiner Sitzung am 30.03.2017 (Drs.Nr. 68/17) die Errichtung der Kindertagesbetreuung Kreismäuse AÖR als Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.07.2017 beschlossen. Mit Schreiben vom 22.05.2017 hat die Bezirksregierung Köln als zuständige Aufsichtsbehörde dem Kreis Düren mitgeteilt, dass sie keine kommunalrechtlichen Bedenken gegen die geplante Gründung der Kindertagesbetreuung Kreismäuse AÖR erhebt.

Die öffentliche Bekanntmachung der Anstaltssatzung erfolgte am 07.06.2017. Die Satzung ist zum 01.07.2017 in Kraft getreten, wurde am 17.10.2017 zuletzt geändert und am 29.11.2017 öffentlich bekanntgegeben.

Aufgabe der Anstalt ist der Betrieb, die Unterhaltung und die Verwaltung von Kindertageseinrichtungen i. S. d. § 1 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KiBiz NRW).

Die AÖR hat ihren Sitz im Kreis Düren, Stadt Düren, Bismarckstraße 16.

Zu Vorständen sind bestellt:

Frau Elke Ricken-Melchert, Kerpen, und Herr Christoph Siebertz, Merzenich.

1.2 Ziele und Strategien

Die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR ist eine kommunale Trägerin von Kindertageseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes Düren. Die AöR übernimmt auf Wunsch der Städte und Gemeinden die kommunalen Kindertageseinrichtungen durch Trägerwechsel im Rahmen des § 613a BGB (Rechte und Pflichten bei Betriebsübergang). Ziel ist die flächendeckende Erhaltung der kommunalen Trägerstruktur. Bei Bedarf wird die AöR auch Trägerin von neuen Kindertageseinrichtungen. Der Ausbau erfolgt bedarfsgerecht im Rahmen der Planungs- und Steuerungsverantwortung des Kreises Düren als örtlicher Träger der Jugendhilfe.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR steht grundsätzlich im Wettbewerb mit verschiedenen anderen freien Trägern von Kindertageseinrichtungen (Arbeiterwohlfahrt, Johanniter Unfallhilfe, kirchliche Träger usw.). Dies zeigt sich insbesondere im Personalbereich. So ist der Fachkräftemangel bei den pädagogischen Fachkräften bereits akut und wird sich voraussichtlich weiter verschärfen.

Der Kreis Düren befindet sich mit seinen Kommunen in einer Wachstumsoffensive. Hieraus leitet sich ein zusätzlicher Bedarf an Betreuungsplätzen ab. Darüber hinaus führt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr nach wie vor zu einem steigenden Bedarf an Betreuungskapazitäten.

2.2 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2022 war die AöR Trägerin von 33 Kindertageseinrichtungen im Kreis Düren. Die Einrichtungen liegen in den Kommunen Aldenhoven, Düren, Heimbach, Hürtgenwald, Inden, Jülich, Kreuzau, Langerwehe, Linnich, Nörvenich und Vettweiß.

Aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen hat die AöR nach der Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses des Kreises Düren im Geschäftsjahr zwei weitere Neubauten eröffnet und die mobilen Vorläufereinrichtungen überführt. Zudem wurden bestehende Kindertageseinrichtungen erweitert. Kurz vor Jahresende wurden die beiden Kindertageseinrichtungen des Trägervereins Tageseinrichtungen für Kinder Heimbach e.V. zum 01.11.2022 durch die AöR übernommen. Insgesamt hat sich die Anzahl der Gruppen dadurch von 102 auf 116 Gruppen erhöht.

Die Erweiterungen und die Errichtung der mobilen Einheiten erfolgte durch die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) als Vermieter, die auch als Investor und Projektentwickler für die bedarfsgerecht geplanten Festbauten auftritt. Für die Betreuung der Liegenschaften und die Durchführung der Gebäudeunterhaltung ist die GIS im Wege der Geschäftsbesorgung zuständig.

Die Personalabrechnung und die kaufmännische Abwicklung der Geschäftsvorfälle werden durch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) abgewickelt.

Im Geschäftsjahr 2022 beschäftigt die AöR durchschnittlich etwa 634 Mitarbeitende, die an 33 Standorten rund 2.000 Kinder betreuen. Alle Einrichtungen sind dabei voll belegt.

Trotz der angespannten Personalsituation auf dem Arbeitsmarkt konnten alle Stellen gemäß den Vorgaben der Betriebserlaubnis mit qualifizierten pädagogischen Fachkräften besetzt werden. Zum neuen Kindergartenjahr 2022/2023 sind 41 neue Auszubildende bei der Trägerin gestartet.

Die weltweite Coronapandemie stellte auch die AöR im Jahr 2022 weiterhin vor große Herausforderungen. Bedingt durch die sich stetig veränderten gesetzlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen an den Betrieb von Kindertageseinrichtungen, musste die AöR in vielen Arbeitsbereichen ihre Handlungskonzepte regelmäßig anpassen sowie ein durchgängiges Krisenmanagement in der Trägerverwaltung aufrecht halten. Zu den größten Herausforderungen gehörte im Jahr 2022 der hohe Personalausfall von erkrankten Beschäftigten und die damit verbundene gesetzliche Quarantänefrist. Dies führte in den Einrichtungen immer wieder zu hohem Personalmangel, was zeitweise Einschränkungen des Regelbetriebes der Einrichtungen, verbunden mit der Sicherstellung der Notbetreuung für Eltern, zur Folge hatte. Das Land als Hauptkostenträger der AöR finanzierte die Betreuungsangebote regulär weiter, sodass auf der Ertragsseite keine Einschränkungen erfolgten. Die Mitarbeitenden erhielten ebenfalls durchgängig ihre Gehaltszahlungen ohne Einschränkungen. Zusätzliche Aufwendungen sind insbesondere durch die hohen Anforderungen zum Schutz vor Corona entstanden. Dabei wurden im Bereich der Arbeitssicherheit die aufwendigen Schutz- und Hygienekonzepte auf der Grundlage des Rahmenhygienepplans weiter gepflegt.

Schon wenige Wochen nach dem Jahreswechsel rückte neben der Pandemie zunehmend ein anderes Thema in den Fokus: der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Stark gestiegene Energiepreise, hohe Inflation, Engpässe bei Lieferungen in vielen Bereichen des täglichen Bedarfs waren die Folge mit teils enormen Auswirkungen auf den Betrieb von Kindertageseinrichtungen. Zusätzlich belasteten die deutlich gestiegenen Preise für Lebensmittel und Konsumgüter die tägliche Arbeit der Trägerin. Die Materialknappheit und Lieferengpässe wirkten sich insbesondere bei der Beschaffung von Ausstattungsgegenständen und Mobiliar durch die Rahmenvertragspartner aus. Lange Lieferzeiten und damit aufwendige Beschaffungsprozesse sind inzwischen fest in den Planungen für die Schaffung von neuen Betreuungsplätzen integriert.

Nach streikintensiven Verhandlungen im Zuge des Fachkräftemangels und der Aufwertung des Personals im Sozial- und Erziehungsbereich trat der Tarifabschluss im TVöD VKA Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) zum 01.07.2022 in Kraft. Rückwirkend zum 01.07.2022 erhielten die Beschäftigten in den Entgeltgruppen S 2 bis S 11a (u.a. Erzieherinnen und Erzieher) eine monatliche Zulage in Höhe von 130 Euro. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (in den Entgeltgruppen S 11b bis S 12 sowie S 14 und S 15 bei Tätigkeiten in der Fallgruppe 6) erhielten rückwirkend zum 01.07.2022 eine Zulage in Höhe von 180 Euro. Zudem erhielten alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst 2 Regenerationstage pro Kalenderjahr.

2.3 Lage der AöR

2.3.1 Ertragslage

Aufgrund des beschriebenen Geschäftsverlaufs ist das Geschäftsjahr 2022 nur bedingt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1.033 T€ (Vj. 785 T€) betreffen im Wesentlichen Erlöse aus Essensgeldzahlungen der Eltern (924 T€; Vj. 633 T€) sowie im Rahmen der Zahlungen im Förderprogramm Bildung und Teilhabe (109 T€; Vj. 125 T€). Dem gegenüber stehen im Materialaufwand die wesentlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Essensverpflegung (999 T€; Vj. 721 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Körperschaft betragen im Geschäftsjahr 2022 insgesamt 28.611 T€ (Vj. 25.822 T€). Diese resultieren im Wesentlichen aus KiBiz-Mitteln (21.889 T€; Vj. 19.895 T€) und Trägeranteilen (2.986 T€; Vj. 2.626 T€) sowie den sonstigen Zuschüssen (3.331 T€; Vj. 3.230 T€). Die sonstigen Zuschüsse betreffen Zuschüsse für Mieten (2.516 T€), Personalkosten (511 T€) sowie investive Zuschüsse (304 T€). Die zusätzlichen Mietzuschüsse betreffen den Teil der Mietzahlungen, die nicht von den Mietpauschalen im KiBiz gedeckt sind.

2.3.2 Finanzlage

	31.12.2022
	T€
Jahresüberschuss	0
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	308
Zunahme der Rückstellungen	2.644
Zunahme des Sonderpostens	264
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-1.525
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-11
Zunahme der erhaltenen Anzahlungen	29
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>261</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>1.970</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	<u>-646</u>
Investitionstätigkeit	<u>-646</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	1.548
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>1.324</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>2.872</u>

2.3.3 Vermögenslage

Zum 31.12.2022 beträgt die Bilanzsumme bzw. das Gesamtvermögen 7.613 T€ (Vj. 4.426 T€) und hat sich damit im Vorjahresvergleich deutlich um 3.187 T€ erhöht.

Die Aktivseite besteht aus Anlagevermögen (1.045 T€; Vj. 707 T€), aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (2.956 T€; Vj. 1.255 T€), aus liquiden Mitteln (2.872 T€; Vj. 1.548 T€) sowie aus aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (740 T€; Vj. 917 T€).

Das Anlagevermögen zum 31.12.2022 in Höhe von 1.045 T€ (Vj. 707 T€) betrifft im Wesentlichen die Investitionen in neue Betreuungsplätze (Erweiterungen und neue Kitas). Dem stehen Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen zum Anlagevermögen in Höhe von 791 T€ (Vj. 527 T€) gegenüber. Die Kitagebäude befinden sich nicht im Eigentum der Anstalt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen Forderungen für investive Zuschüsse, Forderungen aus KiBiz Zuschüssen so wie Forderungen aus der Verlustübernahme gegenüber dem Gesellschafter Kreis Düren.

Die liquiden Mittel sind im Geschäftsjahr von 1.548 T€ auf 2.872 T€ gestiegen (siehe Finanzlage).

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen neben Mietzahlungen für den Januar 2023 (220 T€) insbesondere Herrichtungskosten für provisorische Containeranlagen, die über die ursprünglich vereinbarte Nutzungsdauer aufgelöst werden (521 T€).

Das Eigenkapital der Kita AöR beträgt unverändert zum Vorjahr 25 T€. Der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen zum Anlagevermögen in Höhe von 791 T€ (Vj. 527 T€) wird korrespondierend der jeweiligen Nutzungsdauern ratierlich aufgelöst.

Die sonstigen Rückstellungen betragen 3.836 T€ (Vj. 1.192 T€) und betreffen neben Personalrückstellungen im Wesentlichen Rückstellungen für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen im Rahmen der KiBiz-Finanzierung (rd. 2.802 T€). Damit sind die Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr um 2.644 T€ gestiegen. Diese Steigerung betrifft mit 2.390 T€ die gestiegenen Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen im Rahmen der KiBiz-Finanzierung.

Auch die Verbindlichkeiten sind im Zuge des Wachstums von 2.432 T€ auf 2.736 T€ gestiegen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 226 T€ (Vj. 251 T€) resultiert aus Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2023, die bereits in 2022 ausgezahlt wurden.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR besteht in der Unterhaltung und der Verwaltung von Kindertageseinrichtungen i.S.d. § 1 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KiBiz NRW). Die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen erfolgt auf der Grundlage des KiBiz und der hierzu ergangenen Verordnungen. Die Belegung der Kindertageseinrichtungen ist abhängig von der Anzahl der angemeldeten Kinder und dem Kita-Platzvergabeverfahren des Jugendamtes des Kreises Düren. Die Platzvergabe der AöR erfolgt nach einheitlichen Aufnahmekriterien, die auf der Empfehlung des Landesjugendamtes sowie der regionalen Arbeitsgemeinschaft für Kindertageseinrichtungen (AG 78) basieren.

Der Personalaufwand als größter Kostenblock hat einen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis der Anstalt. Dabei steht insbesondere die Personalaufwandsquote als Verhältnis vom Personalaufwand zu den KiBiz-Mitteln inkl. der Trägeranteile im Blickfeld der Gesellschaft (siehe Ertragslage 2.3.1).

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Zweck der Anstalt nachhaltig erfüllt bzw. erreicht werden kann.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Zum 01.01.2023 wurden die in kommunaler Trägerschaft befindlichen Kindertageseinrichtungen der Gemeinden Kreuzau und Langerwehe in die Trägerschaft der AöR übertragen. Hierbei handelt es sich jeweils um vier Einrichtungen mit insgesamt neun (Kreuzau) bzw. 12 (Langerwehe) Gruppen.

Zum neuen Kindergartenjahr 2023/2024 wurden zwei bestehende mobile Einrichtungen um je eine Gruppe erweitert (Rath Feldmäuse in Nörvenich-Rath und Waldmäuse in Hürtgenwald-Hürtgen), um

dringend benötigte Betreuungsplätze zu schaffen. Im November 2023 wurde zudem mit der Kindertageseinrichtung „Mäusegarten“ eine neue dreigruppige mobile Einrichtung in Langerwehe-Pier eröffnet. Im Jahr 2023 war auch Baubeginn für zwei je fünfgruppige Festbauten in Nörvenich (Rather Feldmäuse und Vicus Quartier), deren Inbetriebnahme zum Kindergartenjahr 2024/2025 geplant ist. Der Neubau der Rather Feldmäuse wird dabei die mobile Vorläufereinrichtung ablösen. Der Baubeginn für einen weiteren viergruppigen Festbau in Nörvenich ist für das Jahr 2024 geplant (Mäusenest in Eschweiler ü. Feld).

Für das Frühjahr 2024 ist aktuell die Eröffnung einer neuen dreigruppigen mobilen Einrichtung in Jülich anvisiert, um auch hier dringend benötigte Betreuungsplätze anbieten zu können. Im Jahr 2024 ist der Baubeginn von zwei Neubauten in Hürtgenwald (Hofmäuse in Gey und Waldmäuse in Hürtgen) und einem Neubau in Linnich (Zaubermäuse) geplant. Alle Festbauten lösen dabei die mobilen Vorläufereinrichtungen ab.

Die inhaltliche Entwicklung der Kindertageseinrichtungen in der Trägerschaft der Kreismäuse AöR wird auch in den Jahren 2023 und 2024 weiter fortgesetzt. Entsprechend wird es nach wie vor dringend erforderlich sein, qualifiziertes Personal zu beschäftigen und auszubilden, um eine qualitativ hochwertige Betreuung zu gewährleisten.

Mit dem „Sofortprogramm Kita“ wurden durch die Landesregierung im Frühjahr 2023 zudem Maßnahmen gegen den akuten Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung auf den Weg gebracht. Diese Sofortmaßnahmen eröffnen weitere Unterstützungsfelder beim Personaleinsatz und zu Personalgewinnungsmaßnahmen.

Im April 2023 haben die Tarifvertragsparteien eine Einigung in den Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen erzielt.

Die Beschäftigten erhalten zunächst einen Inflationsausgleich. Im März 2024 erfolgt dann eine Erhöhung der Tabellenentgelte.

Die dynamische Fortschreibungsrate des KiBiz berücksichtigt eine tatsächliche Kostenentwicklung. Die Zuschüsse wurden für das Kindergartenjahr 2022/2023 um + 1,02 % und für das Kindergartenjahr 2023/2024 um 3,46 % erhöht. In einer Mitteilung der Landesregierung aus September 2023 wurde angekündigt, den Ansatz für die KiBiz-Pauschalen auf fast 10 Prozent zu erhöhen. Damit erhält die AöR ab der nächsten gesetzlich vorgesehenen Dynamisierung des KiBiz für das Kindergartenjahr 2024/25 fast zehn Prozent mehr Mittel für die Kindpauschalen.

3.2 Risikobericht

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung im Kreisgebiet erfolgt im Rahmen der Planungsverantwortung des Kreises Düren als öffentlicher Träger der Jugendhilfe. Neue Kindertageseinrichtungen übernimmt die AöR nur bei entsprechender Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses. Das Risiko, Überkapazitäten zu schaffen, wird hierdurch weitgehend ausgeschlossen. Aufgrund der Finanzierungssystematik der AöR muss der Kreis Düren Defizite der AöR ausgleichen und über die Jugendamtsumlage refinanzieren. Der Tarifabschluss aus 2023 hat auch für die AöR große Auswirkungen. Unabhängig von der Bedeutung für die Beschäftigten, stellt das Ergebnis die AöR vor eine große finanzielle Belastung. Bis die Entlastung durch die Dynamisierung der KiBiz-Pauschale ab August 2024 greift, wird die AöR auf zusätzliche finanzielle Unterstützung des Jugendamtes angewiesen sein.

Die AöR hat im Bereich der Personalentwicklung einen Schwerpunkt auf die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte gelegt. Es besteht hier wie auch bei dem pädagogischem Fachpersonal das Risiko, künftig nicht die benötigte Anzahl zur Besetzung offener Stellen zu finden.

3.3 Chancenbericht

Die Geburtenraten stagnieren nach wie vor auf einem hohen Niveau und die Nachfrage der Eltern nach Betreuungsplätzen für immer jüngere Kinder bleibt unverändert hoch. Gleichzeitig entwickeln viele Kommunen des Kreises Düren neue Wohngebiete, die die Anzahl junger Familien kontinuierlich steigen lassen. Diese Entwicklung führt dazu, dass die AöR auch in den nächsten Jahren einen wichtigen Beitrag zur Wachstumsoffensive des Kreises Düren leisten wird.

Die Sicherstellung und Schaffung notwendiger Betreuungsplätze im Kreisgebiet Düren ist eine wichtige Aufgabe, die in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Ämtern und Gesellschaften des Kreises Düren sowie den einzelnen Kommunen wahrgenommen wird. Die eingerichteten mobilen Einheiten als Vorläufer-Einrichtungen werden voraussichtlich alle in Neubauten überführt, um so auch langfristig den Bedarf an Betreuungsplätzen decken zu können. Daher kann die AöR von der Wachstumstendenz profitieren, wenngleich diese mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit das Jahresergebnis der AöR weiter verschlechtern wird. Durch die Verlustübernahme des Kreises Düren entsteht hier jedoch kein hohes Risiko.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:	Ricken-Melchert, Elke	Kreis Düren	Dezernentin
	(Vorsitzende) Siebertz, Christoph (seit 01.10.2019)	Merzenich	
Verwaltungsrat:	Kreis Düren	7 Sitze	100%

Vertretung des Kreises Düren

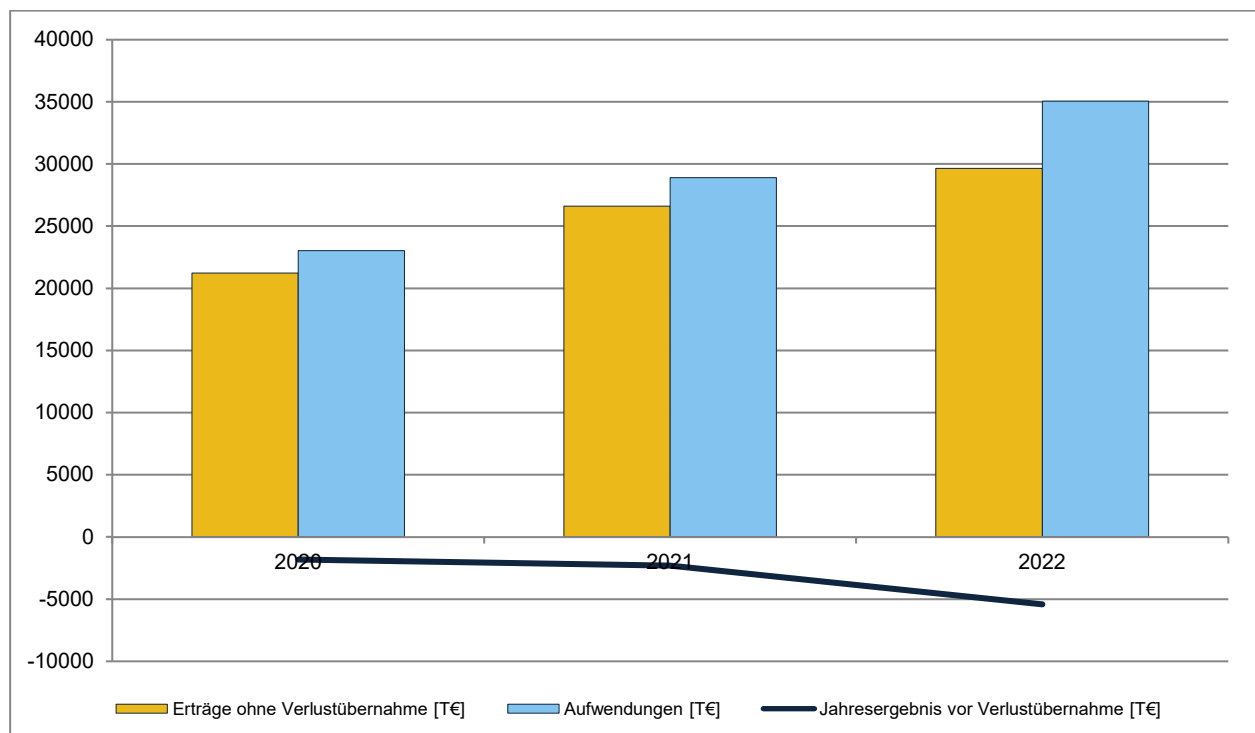
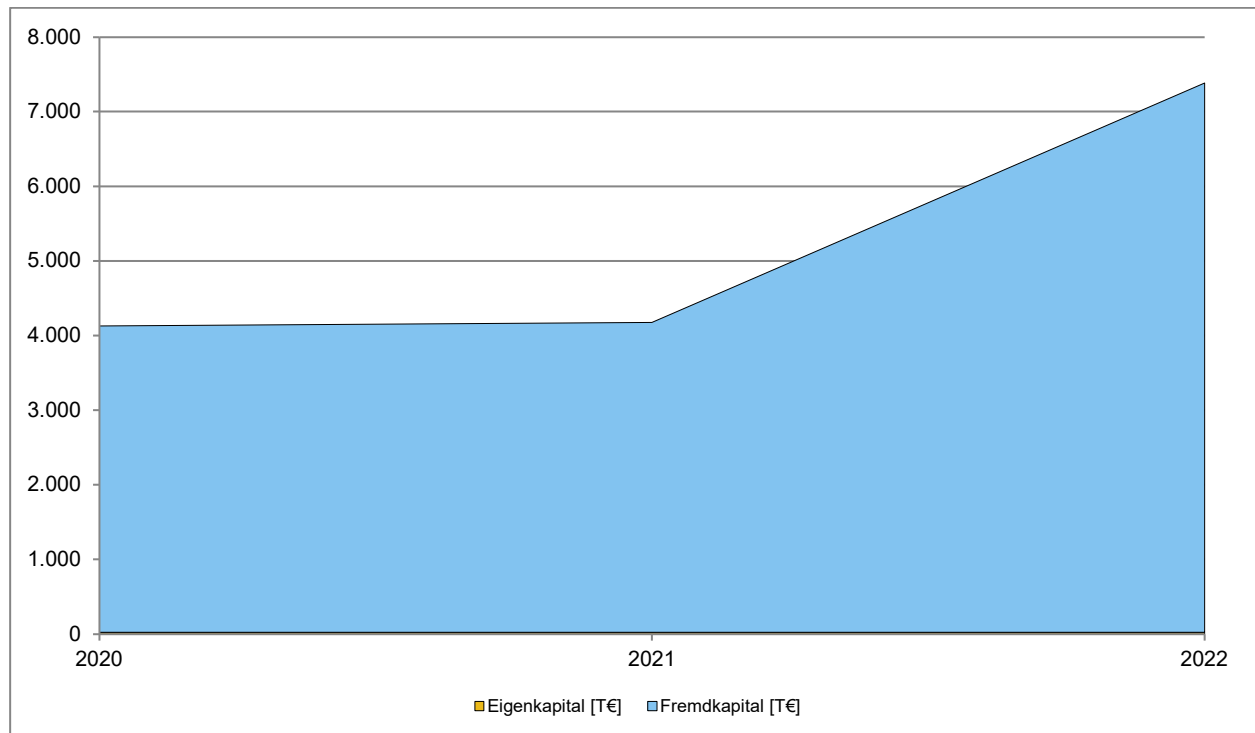
Verwaltungsrat:

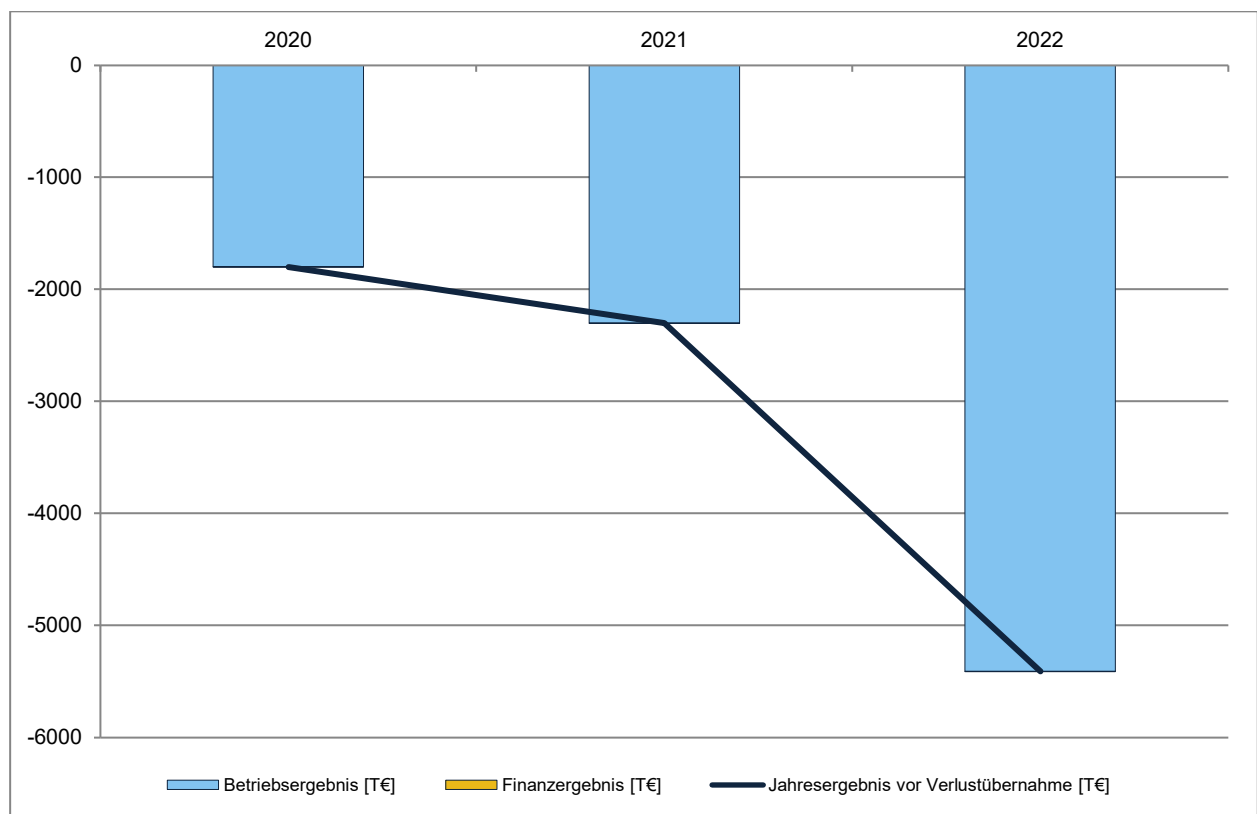
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Balen, Yvonne	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Bär, Britta	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Bozkır, Timur	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Braumüller, Heinz-Peter	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Clever, Maria Luise	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	30.03.2017	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 634 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	0,61%	0,56%	0,33%	-0,24%
Eigenkapitalrentabilität	-7198,74%	-9209,72%	-21640,14%	-12430,43%
Anlagendeckungsgrad 2	89,68%	78,06%	78,08%	0,02%
Verschuldungsgrad	14099,03%	14494,87%	26287,28%	11792,41%
Umsatzrentabilität	-289,26%	-293,11%	-523,51%	-230,40%

12 Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

Bismarckstr. 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22 – 1000 100
Telefax: 02421/22 - 2010
E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des Bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	1.447,6	94
S-Beteiligungsgesellschaft mbH	92,4	6
Stammkapital	1.540,00	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Als Mieter des in Besitz der VVG stehenden Feuerschutztechnischen Zentrums in Kreuzau-Stockheim, des Verwaltungsgebäudes Haus C in Düren und der ARENA zahlt der Kreis Düren Miete, Neben-, Wartungs- und Instandhaltungskosten.

Der Kreis Düren hat die Arena, das FTZ und das Haus C von der VVG angemietet und hat dafür 1.997 T€ Miete gezahlt.

Zusätzlich zahlt der Kreis Düren monatlich eine Kostenpauschale für die Arena, die in Summe 238 T€ ergeben hat.

Zwischen der VVG und der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag, aus dem der VVG ein Aufwand in Höhe von 297 T€ entstanden ist.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Sachanlagen	20.437.328,34 €	19.632.871,34 €	18.877.156,34 €	-755.715,00 €	-3,85%
III. Finanzanlagen	756.933,27 €	715.154,17 €	726.495,77 €	11.341,60 €	1,59%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	598.000,00 €	598.000,00 €	625.000,00 €	27.000,00 €	4,52%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	151.282,17 €	85.715,57 €	73.676,52 €	-12.039,05 €	-14,05%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	573.955,94 €	722.050,74 €	759.707,63 €	37.656,89 €	5,22%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.368,48 €	5.979,06 €	12.901,96 €	6.922,90 €	115,79%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	6.775.647,13 €	6.815.887,34 €	6.807.780,69 €	-8.106,65 €	-0,12%
Summe Aktiva	29.300.515,33 €	28.575.658,22 €	27.882.718,91 €	-692.939,31 €	-2,42%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	150.000,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-8.152.328,39 €	-8.465.647,13 €	-8.505.887,34 €	-40.240,21 €	0,48%
III. Jahresergebnis	-313.318,74 €	-40.240,21 €	8.106,65 €	48.346,86 €	-120,15%
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	6.775.647,13 €	6.815.887,34 €	6.807.780,69 €	-8.106,65 €	-0,12%
B. Rückstellungen	167.817,86 €	201.452,95 €	159.462,67 €	-41.990,28 €	-20,84%
C. Verbindlichkeiten	357.168,17 €	277.751,03 €	359.274,65 €	81.523,62 €	29,35%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	28.775.529,30 €	28.096.454,24 €	27.363.981,59 €	-732.472,65 €	-2,61%
E. Passive latente Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	29.300.515,33 €	28.575.658,22 €	27.882.718,91 €	-692.939,31 €	-2,42%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.446.113,24 €	2.478.123,71 €	2.597.227,44 €	119.103,73 €	4,81%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,00 €	0,00 €	27.000,00 €	27.000,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	251.012,08 €	110.765,55 €	11.341,60 €	-99.423,95 €	-89,76%
4. Materialaufwand	14.431,84 €	-343,60 €	-18,70 €	324,90 €	-94,56%
5. Personalaufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
6. Abschreibungen	805.688,00 €	806.812,55 €	805.847,10 €	-965,45 €	-0,12%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.136.980,88 €	878.029,26 €	827.548,91 €	-50.480,35 €	-5,75%

Betriebsergebnis	740.024,60 €	904.391,05 €	1.002.191,73 €	97.800,68 €	10,81%
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	20.407,93 €	19.440,07 €	18.472,20 €	-967,87 €	-4,98%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	17,88 €	17.653,00 €	0,00 €	-17.653,00 €	-100,00%
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.073.769,15 €	1.045.974,19 €	1.012.557,28 €	-33.416,91 €	-3,19%
Finanzergebnis	-1.053.343,34 €	-1.008.881,12 €	-994.085,08 €	14.796,04 €	-1,47%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-313.318,74 €	-104.490,07 €	8.106,65 €	112.596,72 €	-107,76%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	-1,82 €	0,00 €	1,82 €	-100,00%
13. sonstige Steuern	0,00 €	64.248,04 €	0,00 €	-64.248,04 €	-100,00%
Jahresergebnis	-313.318,74 €	-40.240,21 €	8.106,65 €	48.346,86 €	-120,15%

g) Lagebericht

1. Grundlagen der Gesellschaft

1.1 Geschäftsmodell

Mit Gesellschaftsvertrag nach dem Stand vom 1. Januar 2011 wurde die in „Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH“ umbenannte vormalige „Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH“ umfirmiert und entsprechend den durch Gremienbeschlüsse beabsichtigten Umstrukturierungen im Rahmen des Gesellschaftsvertrages angepasst. Nach § 2 des Gesellschaftsvertrags ist Gegenstand des Unternehmens die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft. Hierbei wirtschaftet die Gesellschaft nach § 109 GO NRW, die Erreichung des öffentlichen Zwecks hat Vorrang vor der Gewinnerzielung.

Da die Gesellschaft seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr über eigenes Personal verfügt, wird die Verwaltung des Gesellschaftsvermögens über einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) abgewickelt, der auch die Betriebsführung und die Vermarktung der ARENA Kreis Düren beinhaltet.

1.2 Ziele und Strategien

Die Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH konzentriert nach der erfolgten Umstrukturierung ihre Aktivitäten auf die Verwaltung der drei Großimmobilien Haus C, Feuertechnisches Zentrum und ARENA. Die Finanzierung dieser Immobilien ist infolge des in 2011 realisierten Forward-

Forfaitierungsgeschäfts mit der Landesbank Baden-Württemberg bis zum Jahr 2041 gesichert. Die Gesellschaft hat danach keine langfristigen Kreditverpflichtungen mehr.

Der weitere Schwerpunkt liegt im Betrieb der ARENA Kreis Düren.

1.3 Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt die jährlich aufzustellende 5-jährige Wirtschafts- und Finanzplanung dar.

Zu Rechnungswesen und Administration wird auf die Ausführungen unter 1.1 verwiesen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2022 war geprägt durch den Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Februar sowie der damit verbundenen erheblichen Preissteigerungen insbesondere im Energiesektor. In Folge stiegen die Finanzierungskosten erheblich an. Die Corona-Pandemie spielte erstmals seit ihrem Ausbruch im Jahr 2020 eine untergeordnete Rolle.

Das BIP (preis- und kalenderbereinigt) erhöhte sich im gesamten Jahr 2022 um 2,0%. Trotz dieser im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, um 0,7% höherem BIP prägten Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise sowie der Fachkräftemangel das wirtschaftliche Umfeld.

Während diese Rahmenbedingungen keinen Einfluss auf den Bereich Immobilienverwaltung der Gesellschaft haben, der durch die Forward-Forfaitierung bis 2041 einen planmäßigen Geschäftsverlauf nimmt, konnte das Veranstaltungsgeschäft der Arena Kreis Düren mit einem Umsatz von TEUR 269 (V): TEUR 154) aufgrund der durch die im Vorjahr 2021 noch bestehenden Corona-Schutzmaßnahmen erfolgten Auflagen einen wieder ansteigenden Verlauf nehmen.

Die Prognosen für das Jahr 2023 werden aufgrund der weltpolitischen Unsicherheiten und besonders wegen des Ukraine-Kriegs zurzeit von den Regierungen, internationalen Organisationen und Wirtschaftsforschern sehr different gesehen. Sie schwanken aktuell (02/2023) zwischen -0,75% und +0,2%. Eine belastbare Aussage ist daher nicht möglich.

2.2. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf für das Berichtsjahr war durch die Corona-Krise geprägt. Tätigkeitsschwerpunkt bildete die Immobilienverwaltung und weniger der Betrieb der ARENA Kreis Düren.

Die Gesellschaft arbeitet ohne eigenes Personal.

Die Verkaufsverhandlungen für das **Laborgebäudes in Jülich** konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Der Verkaufsvertrag wurde im Januar 2023 notariell beurkundet.

2.3 Lage

2.3.1 Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Umsatzerlöse mit TEUR 2.597 über dem Vorjahresniveau (+119 TEUR). Vorrangig hat hier das wieder normal verlaufende Veranstaltungsgeschäft beigetragen.

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres erfolgten i. H. v. TEUR 806 planmäßig.

Insgesamt weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss i. H. v. TEUR 8 (VJ TEUR 40) für das Geschäftsjahr aus.

Zum Wirtschaftsplan ergibt sich eine Verbesserung von TEUR 213. Ursächlich hierfür sind hauptsächlich höhere Umsätze (TEUR 111), wozu alleine Mehreinnahmen der ARENA in Höhe von +68 TEUR beitragen, ein Buchgewinn in Höhe von 27 TEUR aus dem Verkauf des Laborgebäudes Jülich, geringere sonstige betriebliche Aufwendungen (TEUR 70).

2.3.2 Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft erhöhten sich um TEUR 38 auf nunmehr TEUR 760.

Die Einnahmen der Gesellschaft werden künftig nur noch aus dem Hallenbetrieb der ARENA Kreis Düren generiert.

2.3.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 693 auf TEUR 27.882 verringert. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem durch die planmäßigen Abschreibungen geminderten Sachanlagevermögen.

Das bisher langfristige DKB-Darlehen wurde zwar im Mai 2013 aus dem Forfaitierungserlös außerplanmäßig vorzeitig getilgt; hierfür entsteht aber ein langfristig gebundener passiver Rechnungsabgrenzungsposten. Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind daher durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Immobilieninvestitionen wurden laufzeitkongruent durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Im Rahmen des Forfaitierungsgeschäfts wurden die Mietverträge für die drei betroffenen Großimmobilien FTZ, Haus C und ARENA an die Erfordernisse dieses Vertrages angepasst.

Nach der Wirtschafts- und Finanzplanung für die Jahre 2023 – 2027 wird von der Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft trotz weiterhin negativer Ertragslage des Unternehmens ausgegangen.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Risikomanagement des Unternehmens wurde aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der GIS und deren konzernabhängiger Integrierung in das Mutterunternehmen, die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, in deren Controlling- und Überwachungssystem einbezogen.

1. Bilanzzahlen	31.12.2022
Bilanzsumme	TEUR 27.883
Sachanlagevermögen	TEUR 18.877
Eigenkapital	TEUR -6.808
2. Gewinn- und Verlustrechnung	2022
Umsatzerlöse	TEUR 2.597
Gesamtleistung	TEUR 2.609
Rohergebnis.....	TEUR 2.635
Betriebsergebnis.....	TEUR 1.002
Finanzergebnis	TEUR -994
Jahresüberschuss.....	TEUR 8

Das operative Geschäft der Gesellschaft besteht in der Verwaltung der drei Großimmobilien sowie des Hallenbetriebs der ARENA Kreis Düren.

Als Steuerungselemente dienen die jährlich aufzustellenden Wirtschafts- und Finanzpläne sowie die laufende Liquiditätsüberwachung. Daraus werden Rentabilitätskennziffern und Cashflow-Analysen abgeleitet.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren (Hauptgesellschafter) von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erreicht wird.

3. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

3.1 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2023 geht die Gesellschaft von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 177 aus.

Für die Geschäftsjahre ab 2024 geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens wegen stetig sinkender Zinsbelastungen von einer Reduzierung der Jahresfehlbeträge aus. Durch die Konzentration der geschäftlichen Aktivitäten auf die Verwaltung der drei Großimmobilien sowie den Hallenbetrieb der ARENA wird die Planung künftiger Wirtschaftsjahre erleichtert.

Der Abschluss der langen und arbeitsintensiven Betriebsprüfung im Jahr 2015 für den außergewöhnlichen Prüfungszeitraum der Jahre 2002 - 2012 mit den daraus folgenden Konsequenzen gibt dem Unternehmen zusätzliche Planungssicherheit für die künftigen Wirtschaftspläne.

Eine seit 2019 laufende weitere Betriebsprüfung für den Prüfungszeitraum der Jahre 2013 – 2016 konnte in 2020 abgeschlossen werden und hat zu einer Steuerrückerstattung von TEUR 77 geführt.

Die Konzentration der operativen Geschäftstätigkeit auf den Betrieb der ARENA Kreis Düren bedeutet insbesondere eine kontinuierliche Prüfung auf Investitionen, um die Attraktivität der Sport- und Veranstaltungsstätte zu erhalten und auszubauen.

Der im Februar 2022 ausgebrochene Ukrainekrieg wird voraussichtlich keinen Einfluß auf die Geschäftsentwicklung der VVG nehmen.

3.2 Risikobericht

Unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel und der langfristigen Finanzplanung des Unternehmens ist nicht von Liquiditätsengpässen auszugehen. Es wird von fortbestehender Zahlungsfähigkeit des Unternehmens ausgegangen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass ähnliche nicht voraussehbare Ereignisse aufgrund möglicher Einschränkungen bei Veranstaltungen in der ARENA Kreis Düren einen erheblichen Einfluss auf das Ergebnis der Gesellschaft hätten.

3.3 Chancenbericht

Durch die Restrukturierung der Gesellschaft und die Neuausrichtung durch den Abschluss langfristiger Verträge im Bereich der Miet- und Finanzierungsverträge besteht für den Immobilienbereich langfristige Planungssicherheit.

Im Bereich der ARENA wurden entscheidende Maßnahmen zur positiven Entwicklung des Geschäftsbereichs und zur Vermeidung bzw. Abwendung von Defiziten ergriffen. Hierzu gehören insbesondere die Einführung von neu strukturierten Vergütungssystemen für Werbung, Sponsoring und Hallenmiete.

Aus dem Wirtschaftsplan für die Jahre 2023-2027 ist die Tendenz abnehmender Jahresfehlbeträge ablesbar. Es wird auf die Ausführungen im Prognosebericht verwiesen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Kaptain, Peter Kreis Düren Allgemeiner Vertreter des Landrats

**Gesellschafter-
versammlung:** 1 Stimme je 100 € Anteil am Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Geschäftsführung:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	01.01.2011	

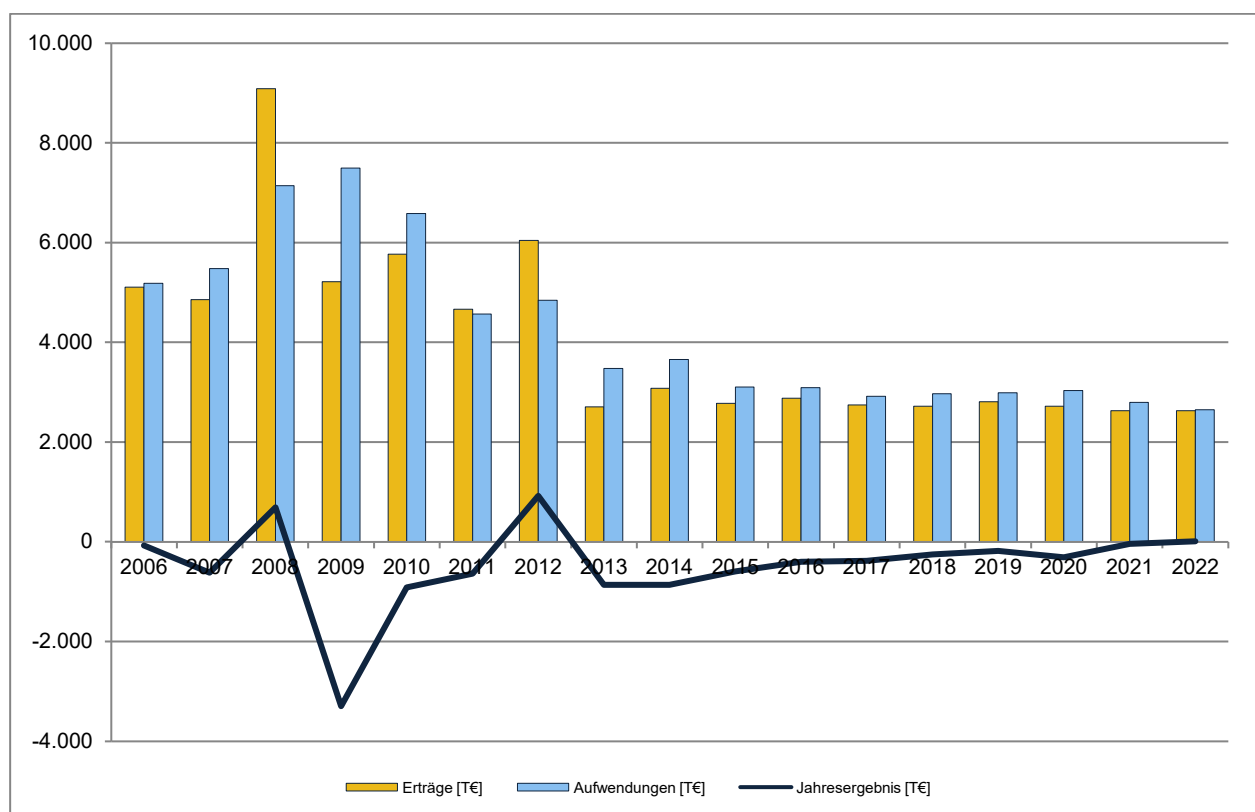
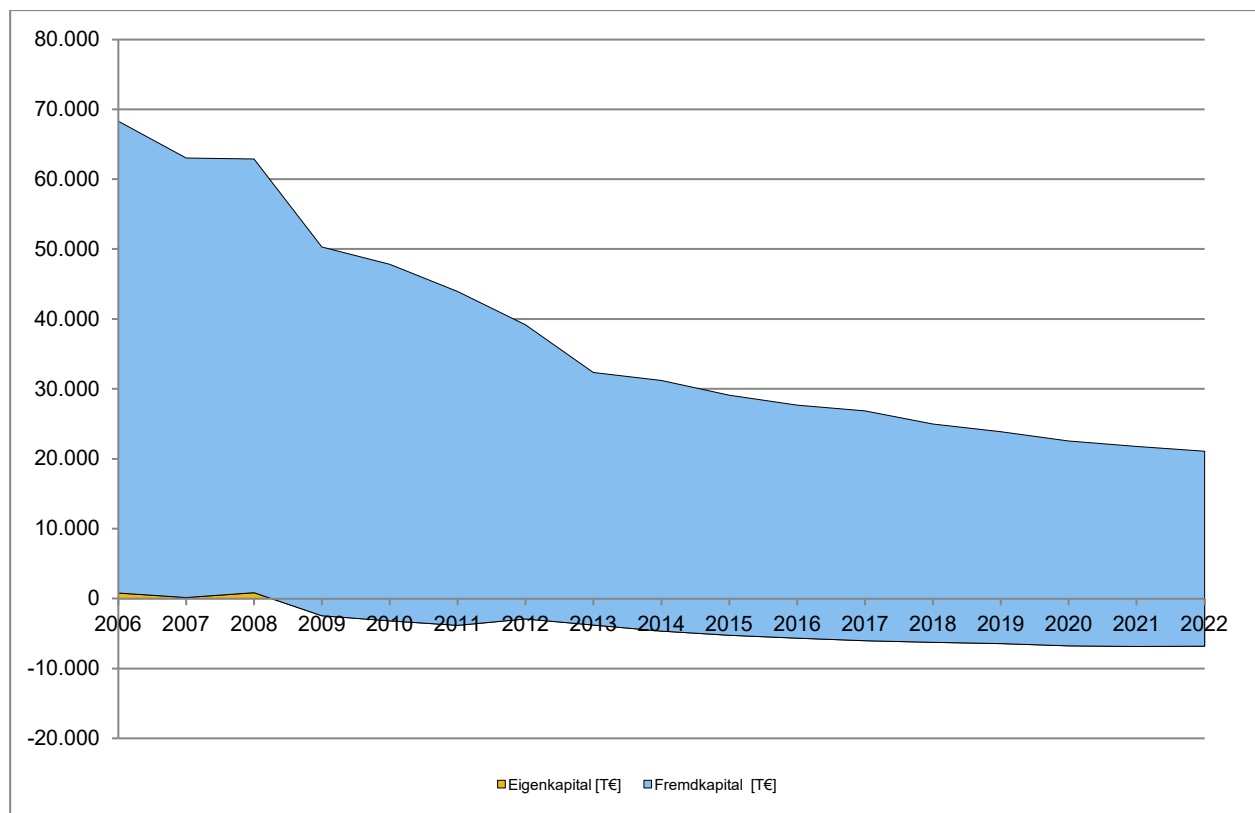
Gesellschaftersammlung:

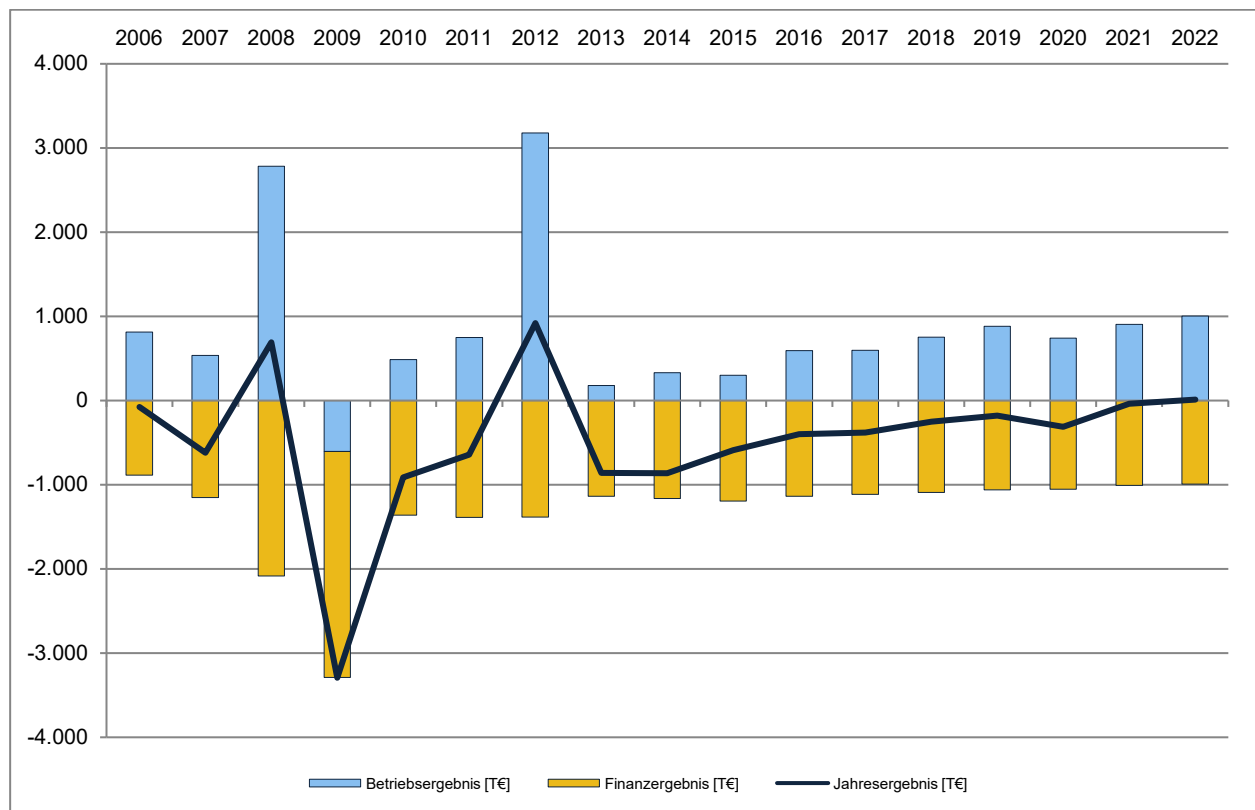
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.05.2013	

i) Personalbestand

Die VVG beschäftigt kein eigenes Personal.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	-23,12%	-23,85%	-1,17%	22,68%
Eigenkapitalrentabilität	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
Anlagendeckungsrad 2	1,05%	1,08%	0,00%	-1,08%
Verschuldungsgrad	-7,75%	-7,03%	487,67%	494,70%
Umsatzrentabilität	30,25%	36,49%	82,11%	45,62%

13 Medizin Campus Düren AöR

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 0 24 21.22-10 80 00 1
Telefax: 0 24 21.22-10 80 95 0
E-Mail: d.huertgen@btg-kreis-dueren.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Anstalt

Gegenstand der Anstalt ist die Finanzierung, der Bau und die Bewirtschaftung von Immobilien, die der Krankenhaus Düren gGmbH als gemeinsames Tochterunternehmen von Kreis und Stadt Düren in der Ausübung ihrer Geschäftsfelder dienlich sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann das gemeinsame Kommunalunternehmen

- a. die erforderlichen Grundstücksflächen und Immobilien erwerben
- b. alle hiermit zusammenhängende oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z.B. Finanzierung, Bau, Verpachtung und Vermietung, Bewirtschaftung)

Wenn es dem Unternehmenszweck dient, kann das gemeinsame Kommunalunternehmen andere Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	25,0	50
Stadt Düren	25,0	50
Stammkapital	50,0	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für das Jahr 2022 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vorhanden.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	5.481,00 €	67.265,76 €	67.265,76 €	0,00 €	0,00%
II. Finanzanlagen	4.632.526,02 €	4.982.526,02 €	5.049.352,44 €	66.826,42 €	1,34%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	0,00 €	101.003,00 €	37.157,15 €	-63.845,85 €	-63,21%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	215.097,86 €	106.074,32 €	11.982,95 €	-94.091,37 €	-88,70%
Summe Aktiva	4.853.104,88 €	5.256.869,10 €	5.165.758,30 €	-91.110,80 €	-1,73%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00 €	50.000,00 €	50.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	200.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlustvortrag	0,00 €	-20.285,14 €	3.878,49 €	24.163,63 €	-119,12%
IV. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-20.285,14 €	24.163,63 €	-54.588,54 €	-78.752,17 €	-325,91%
B. Rückstellungen	4.000,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €	0,00 €	0,00%
C. Verbindlichkeiten	4.619.390,02 €	4.996.990,61 €	4.960.468,35 €	-36.522,26 €	-0,73%
Summe Passiva	4.853.104,88 €	5.256.869,10 €	5.165.758,30 €	-91.110,80 €	-1,73%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	4.209,68 €	10.833,18 €	10.800,00 €	-33,18 €	-0,31%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.031,37 €	1.625,77 €	1.984,10 €	358,33 €	22,04%
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	15.044,09 €	25.561,78 €	20.374,47 €	-5.187,31 €	-20,29%
Betriebsergebnis	-20.285,14 €	-38.020,73 €	-33.158,57 €	4.862,16 €	-12,79%
3. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	101.003,00 €	0,00 €	-101.003,00 €	-100,00%
4. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	3.983,57 €	3.983,57 €	
5. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	22.835,36 €	25.413,54 €	2.578,18 €	11,29%
Finanzergebnis	0,00 €	78.167,64 €	-21.429,97 €	-99.597,61 €	-127,42%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-20.285,14 €	40.146,91 €	-54.588,54 €	-94.735,45 €	-235,97%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	15.983,28 €	0,00 €	-15.983,28 €	-100,00%
Jahresergebnis	-20.285,14 €	24.163,63 €	-54.588,54 €	-78.752,17 €	-325,91%

g) Lagebericht

I. Grundlagen der Anstalt öffentlichen Rechts

1. Geschäftsmodell der Anstalt öffentlichen Rechts

Die Errichtung der Anstalt zur Bewirtschaftung des medizinischen Infrastrukturvermögens wurde durch die Beschlüsse des Kreistages des Kreises Düren vom 23.06.2020 und des Rates der Stadt Düren vom 17. Juni 2020 mit einer Stammeinlage von insgesamt 50 T€ beschlossen. Träger zu jeweils 50 % sind die Stadt Düren und der Kreis Düren.

Die Veröffentlichung im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln erfolgte am 03.08.2020, die Anstalt ist entsprechend Kreistagsbeschluss vom 23.06.2020 und dem Stadtratsbeschluss vom 17.06.2020 damit am 04. August 2020 entstanden.

Die Anstalt wurde am 18.09.2020 in das Handelsregister, Amtsgericht Düren, HRA 3851 eingetragen.

Gegenstand der Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 2 der Satzung ist die Finanzierung, der Bau und die Bewirtschaftung von Immobilien, die der Krankenhaus Düren gGmbH als gemeinsames Tochterunternehmen von Kreis und Stadt Düren in der Ausübung ihrer Geschäftsfelder dienlich sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann das gemeinsame Kommunalunternehmen

die erforderlichen Grundstücksflächen und Immobilien erwerben
alle hiermit zusammenhängende oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z. B. Finanzierung, Bau, Verpachtung und Vermietung, Bewirtschaftung)

Wenn es dem Unternehmenszweck dient, kann das gemeinsame Kommunalunternehmen andere Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen.

Zum Vorstand sind für die Dauer von fünf Jahren Herr Erhard Vanselow, Stadtverwaltung Düren und Herr Dirk Hürtgen, Kreisverwaltung Düren, bestellt.

2. Ziele und Strategien

Stadt und Kreis Düren halten gemeinsam (jeweils zu 50 %) in Form einer gGmbH das Krankenhaus Düren.

Der Anspruch der beiden Gesellschafter Stadt und Kreis Düren ist es, dauerhaft die best- mögliche medizinische Versorgung für ihre Bevölkerung zu bieten.

Die Krankenhaus Düren gGmbH (KHD) arbeitet aktuell mit Hochdruck an einer zukunftsweisenden Positionierung im hart umkämpften Krankenhausmarkt der Region. Dabei stehen medizinstrategische und betriebswirtschaftliche Aspekte ebenso im Fokus wie die vom Krankenhaus genutzten Immobilien.

Im Laufe des Jahres stellte sich heraus, dass sich eine Aufrechterhaltung des Krankenhausbetriebes ohne strategischen Partner nicht darstellen lässt.

Alle Fragen betreffend Nutzung, Bau, Erweiterung oder Sanierung von Immobilien wurden daher zurückgestellt, bis Klarheit bezüglich eines strategischen Partners besteht, da die Zielrichtung gemeinsam mit diesem abgestimmt werden muss.

3. Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt der jährlich aufzustellende Wirtschaftsplan dar.

Das Rechnungswesen wurde aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH, einem 100 %igen Tochterunternehmen des Kreises Düren, übernommen und somit in das Controlling- und Überwachungssystem dieses Unternehmens integriert.

Die AÖR soll – wie oben dargestellt - die Finanzierung, den Bau und die Bewirtschaftung von Immobilien, die dem Konzern Krankenhaus dienlich sind, übernehmen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Gesundheitswesen in Deutschland bleibt grundsätzlich ein Wachstumsmarkt, unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Diese und auch die spezifische Entwicklung im Krankenhaussektor ist auch im Berichtsjahr deutlich von den Auswirkungen der Corona- Pandemie geprägt.

Neu hinzu kommen erhebliche Einflussfaktoren aus der Krankenhausplanung des Landes NRW.

Ertragsverluste einerseits und Stützungsmaßnahmen (sog. Rettungsschirme) andererseits beeinflussen die gesamte Branche außergewöhnlich stark.

2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Ergebnis von -55 T €.

Aufgrund der vordringlich anstehenden Suche nach einem strategischen Partner wurden über den laufenden Geschäftsbetrieb hinaus keine weiteren Aktivitäten entwickelt (s. Pkt. 2.).

3. Lage

3.1 Ertragslage

Im Jahr 2022 wurden bei der Anstalt öffentlichen Rechts noch keine Umsatzerlöse erwirtschaftet.

Es fielen Personalkosten in Höhe von insgesamt 13 T€ sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 20 T€ an. Diese bestanden vorwiegend aus Beratungs- und Abschlussprüfungskosten (9 T€) sowie aus Verwaltungsratsvergütungen (8 T€).

Im Ergebnis zeigt sich für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresverlust in Höhe von 55 T€.

3.2 Finanzlage

Die liquiden Mittel der Anstalt öffentlichen Rechts betragen 12 T€.

Die Finanzierung erfolgt über Eigenmittel in Form von gezeichnetem Kapital (50T€) und der Kapitalrücklage (200 T€) und Fremdmittel über Bankdarlehen (4.944 T€).

An die Tochtergesellschaft Krankenhaus Träger GmbH wurde ein Darlehen über 350 T€ ausgereicht.

3.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2022 5.166 T€.

Die Aktivseite ist geprägt durch den Anteil an der Krankenhaus Träger GmbH (4.733 T€), die Passivseite dazu korrespondierend mit Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 4.944 T€.

Das Vermögen der Anstalt ist zum Bilanzstichtag mit 95 % fremdfinanziert.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der Anstalt besteht u.a. in der Durchführung neuer Projekte. Wie oben bereits dargestellt, ruhen diese, bis ein neuer strategischer Partner für die Krankenhaus gGmbH gefunden ist. Sollten neue Projekte durchgeführt werden, werden die diesen zu Grunde liegenden Rentabilitätsberechnungen sich zukünftig in den wesentlichen Steuerungsgrößen Umsatz und Erträge widerspiegeln.

Es ist beabsichtigt, dass zukünftig als Steuerungselemente Rentabilitätskennziffern sowie Cashflow-Analysen dienen. Berücksichtigt werden sollen die Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss / Umsatzerlöse), die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss / Eigenkapital) sowie die Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss + Fremdkapitalzinsen / Gesamtkapital).

Des Weiteren ist beabsichtigt, Kennzahlen wie die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme), die Rohertragsquote (Rohertrag/Gesamtleistung) sowie die Liquidität 2. Grades (sie gibt an, inwieweit die Forderungen und flüssigen Mittel die kurzfristigen Verbindlichkeiten decken) als Steuerungsgrößen herangezogen werden.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Satzungszweck nachhaltig erfüllt und erreicht werden kann.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2023 geht die Wirtschaftsplanung der Anstalt von einem Ergebnis von -55 T€ aus, welches sich insbesondere aufgrund der veranschlagten Beratungs- und Vorplanungskosten ergibt. Es wird allerdings davon ausgegangen, dass die Aufwendungen im Wesentlichen aktiviert werden, da sie, falls sie anfallen, im Vorlauf zu anstehenden Investitionen stehen und daher das Ergebnis 2023 nicht belasten. In der Tendenz könnte daher ein ausgeglichenes Ergebnis am Jahresende stehen. Die Liquiditätssituation der Anstalt ist nicht zuletzt aufgrund der durch die Träger geleisteten Einlagen in die Kapitalrücklage jederzeit gesichert.

2. Risikobericht

Bei der in 2023 geplanten Geschäftstätigkeit der Anstalt sind derzeit keine Risiken erkennbar, die nicht im Wirtschaftsplan abgebildet werden. Mittelbare Risiken bestehen in der Geschäftsentwicklung der Krankenhaus Träger GmbH, die Mieterträge aus der Bewirtschaftung von Parkraum und Wohnheimzimmern eingeplant hat.

Grundsätzlich bestehen durch die Immobilienbewirtschaftung in der KHD Träger GmbH gewisse Risiken durch unvorhersehbare Instandhaltungsaufwendungen. Gleiches gilt für die sich infolge des Ukrainekrieges ergebende angespannte Situation auf den Energiemärkten sich evtl. ergebenden Belastungen aus der aktuell grds. hohen Inflationsrate. Diese Risiken sind aber im Detail nicht zu beziffern.

Die Anstalt ist mittels Geschäftsbesorgungsvertrag in das Controlling- und Überwachungssystem der BTG mbH und der KHD gGmbH integriert.

3. Chancenbericht

Im Jahr 2023 wird eine Restrukturierung der KHD Träger GmbH geplant, von der die Anstalt 94% Anteile erworben hat. Insbesondere ergibt sich die Chance, Ertragssteigerungen durch Mietanpassungen im Bereich der Kommanditanteile der als KG geführten Ärztehäuser I und II zu generieren. Darüber hinaus besteht die Chance, dass Planungsaufwendungen nicht in der im Wirtschaftsplan benötigten Höhe aufgewendet werden müssen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:	Hürtgen, Dirk Vanselow, Erhard	Kreiskämmerer
Verwaltungsrat:	Kreis Düren Stadt Düren	5 Sitze 5 Sitze

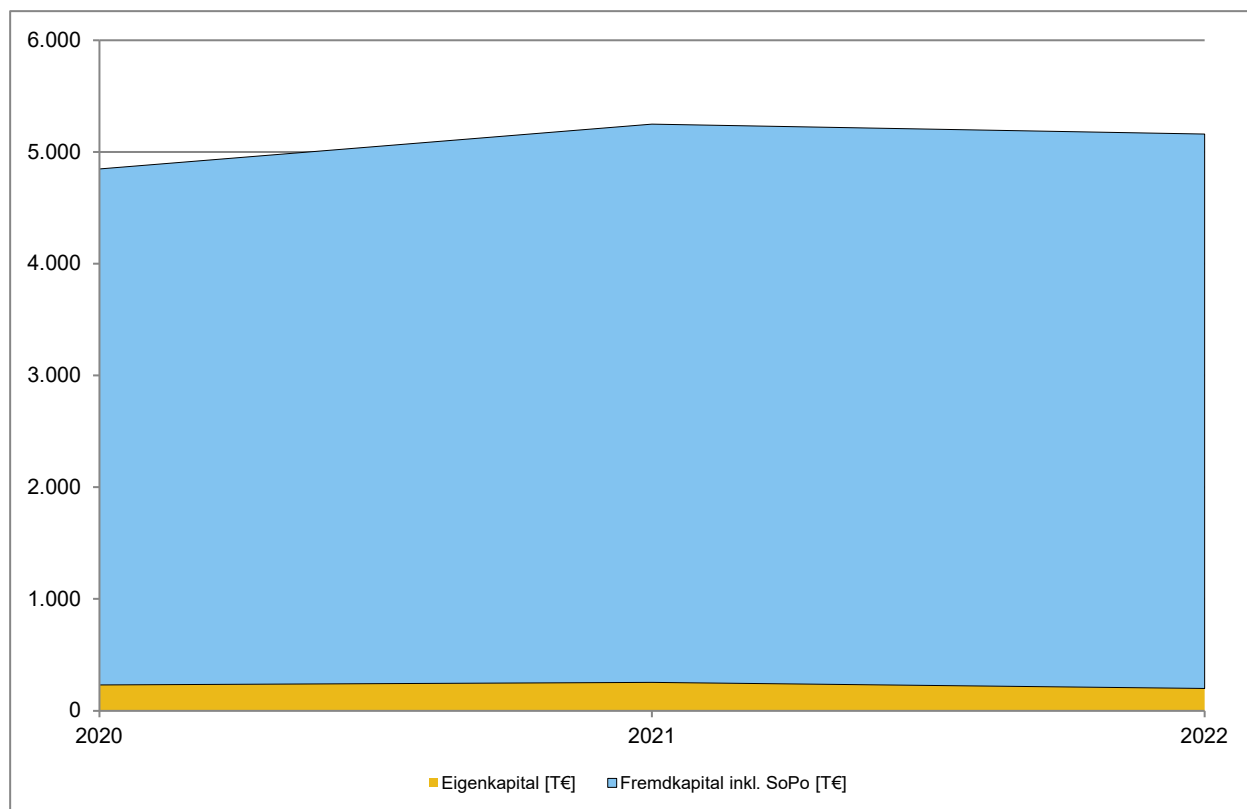
Vertreter des Kreises Düren

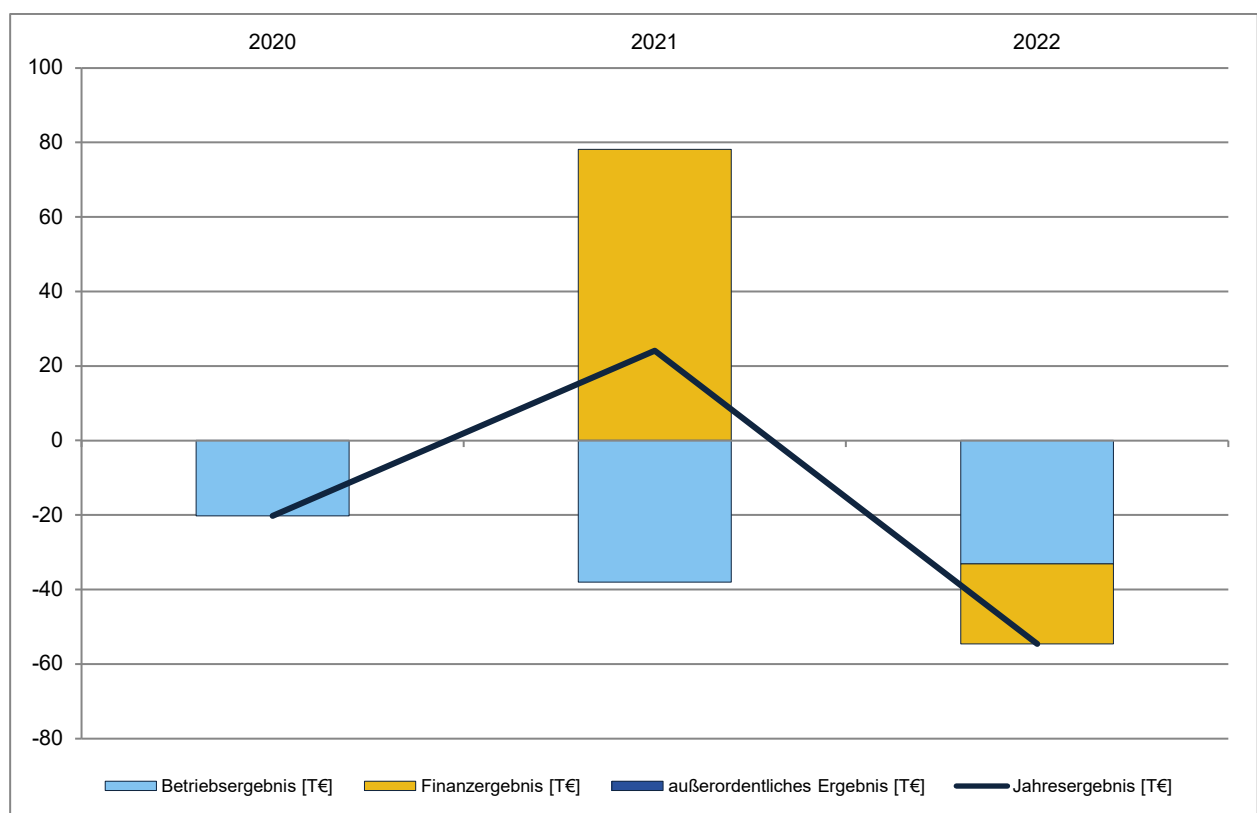
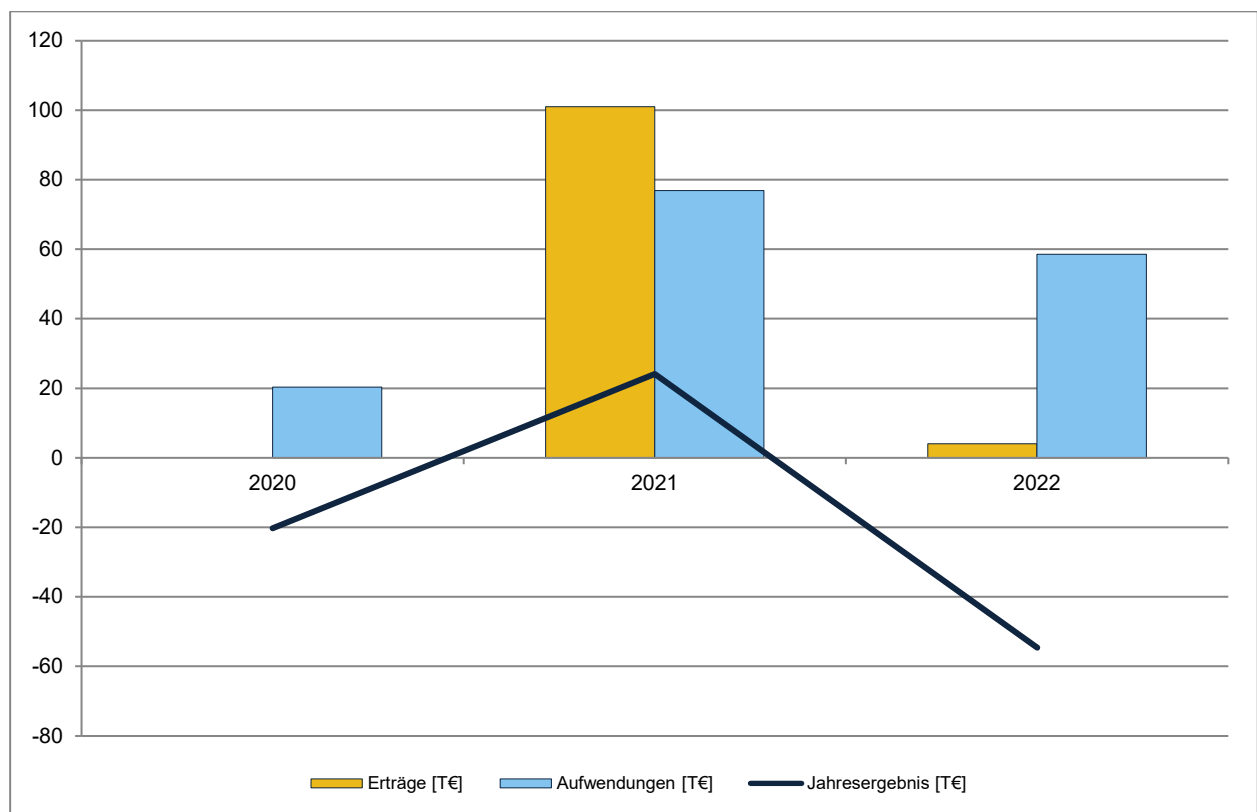
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hilger, Andrea	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Marré, Heike	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Nolten, Ralf	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	23.06.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	23.06.2020	
Strack, Birgit	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren neben den Vorstandsmitgliedern keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Anstalt tätig..

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	4,73%	4,83%	3,86%	-0,97%
Eigenkapitalrentabilität	-8,83%	9,52%	-27,39%	-36,91%
Anlagendeckungsgrad 2	4,95%	5,03%	99,88%	94,85%
Verschuldungsgrad	2012,66%	1970,62%	2492,08%	521,46%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%

14 Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)



Marienstraße 29
52372 Kreuzau-Stockheim
Telefon: 02421-559-0
Telefax: 0241-559-206
E-Mail: rdkd-info@kreis-dueren.de
Homepage: www.rdkd.de

a) Gegenstand der Anstalt

Die Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD) wurde zum 09. Oktober 2014 gegründet. Zunächst wurden der Anstalt dem Kreis obliegende Verpflichtungen nach § 6 Rettungsgesetz NRW (RettG) einschließlich der Trägerschaft übertragen.

Zum 01.01.2019 hat der Kreistag des Kreises Düren die Trägerschaft über den bodengebundenen Rettungsdienst zurückgenommen. Die RDKD wird seitdem im Rahmen der Beauftragung nach § 13 RettG NRW tätig.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	326,9	100
Stammkapital	326,9	

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die RDKD hat Räumlichkeiten des Kreises Düren angemietet. Hierfür hat sie Mieten in Höhe von 196 T€ gezahlt.

Außerdem hat der Kreis Düren Dienstleistungen im Bereich der EDV-Betreuung und Personalsachbearbeitung erbracht. Darüber hinaus wurden Mitarbeiter des Kreises unmittelbar für die RDKD tätig. Als Vergütung und Personalkostenerstattung hat der Kreis Düren einen Betrag von 323 T€ erhalten.

Zusätzlich wurden an den RDKD auch Personalkosten in Höhe von 398 T€ vom Kreis Düren für Personalentlehnungen gezahlt.

Im Jahr 2020 hat der Kreisausschuss/Kreistag der Kooperationsvereinbarung mit dem Land NRW sowie der damit verbundenen Beauftragung der RDKD mit der Umsetzung des Projektes Süd zugestimmt, so-

mit ist die RDKD zuständig für die Anmietung des temporären Trainingsgeländes sowie den Umbau des bisherigen Schulgebäudes Haus B und die Errichtung weiterer Parkplätze. Hierfür hat der Kreis Düren 2.131 T€ gezahlt.

Die Durchführung des Rettungsdienstes im Kreis Düren wird durch den RDKD koordiniert und organisiert. Hierfür hat der Kreis Düren der RDKD 21.090 T€ gezahlt.

Der RDKD hat auf der Liegenschaft Stockheim, Marienstraße 29, eine neue Fahrzeughalle mit Verwaltungstrakt und Leitstelle errichtet. Neben den Leitstellenräumen stellt die RDKD dem Kreis auch die entsprechende Leitstellentechnik sowie die Büroausstattung für die Verwaltungsräume zur Verfügung. Hierfür hat der Kreis Düren der RDKD 670 T€ gezahlt.

Der Kreis Düren hat im Rahmen der Corona Pandemie für die COVID-Impfereinheit (KoCI) für Arbeitnehmerüberlassungen 1.489 T€ gezahlt.

Im Rahmen des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags mit der GIS hat die RDKD Beträge in Höhe von 105 T€ geleistet.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6.332,00 €	53.522,00 €	39.811,00 €	-13.711,00 €	-25,62%
II. Sachanlagen	17.460.381,99 €	27.804.398,60 €	30.895.013,08 €	3.090.614,48 €	11,12%
III. Finanzanlagen	36.750,00 €	36.750,00 €	36.750,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.058.540,50 €	913.036,00 €	449.599,08 €	-463.436,92 €	-50,76%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.594.546,90 €	2.306.908,06 €	2.012.279,66 €	-294.628,40 €	-12,77%
III. Kassenbestand	0,00 €	185.839,64 €	0,00 €	-185.839,64 €	-100,00%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21.750,41 €	21.968,68 €	782.843,46 €	760.874,78 €	3463,45%
Summe Aktiva	21.178.301,80 €	31.322.422,98 €	34.216.296,28 €	2.893.873,30 €	9,24%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	326.850,58 €	326.850,58 €	326.850,58 €	0,00 €	0,00%
II Gewinnrücklagen	2.931.662,64 €	3.862.308,52 €	5.488.599,56 €	1.626.291,04 €	42,11%
III. Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Rückstellungen	1.987.022,19 €	419.879,03 €	444.459,45 €	24.580,42 €	5,85%
C. Verbindlichkeiten	15.932.766,39 €	26.468.130,35 €	27.757.118,65 €	1.288.988,30 €	4,87%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	245.254,50 €	199.268,04 €	-45.986,46 €	-18,75%
Summe Passiva	21.178.301,80 €	31.322.422,98 €	34.216.296,28 €	2.893.873,30 €	9,24%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	23.801.095,75 €	23.916.164,47 €	26.746.460,88 €	2.830.296,41 €	11,83%
2. sonstige betriebliche Erträge	17.438,67 €	83.819,91 €	76.577,02 €	-7.242,89 €	-8,64%
3. Materialaufwand	12.627.645,47 €	10.614.873,67 €	12.154.644,20 €	1.539.770,53 €	14,51%
4. Personalaufwand	4.342.971,57 €	4.621.680,93 €	4.858.149,24 €	236.468,31 €	5,12%
5. Abschreibungen	1.567.570,07 €	2.025.510,17 €	2.175.962,13 €	150.451,96 €	7,43%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.216.708,80 €	5.657.003,57 €	5.825.522,25 €	168.518,68 €	2,98%
Betriebsergebnis	1.063.638,51 €	1.080.916,04 €	1.808.760,08 €	727.844,04 €	67,34%
7. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	1.506,28 €	1.506,28 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	136.858,45 €	150.270,16 €	183.975,32 €	33.705,16 €	22,43%
Finanzergebnis	-136.858,45 €	-150.270,16 €	-182.469,04 €	-32.198,88 €	21,43%
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	926.780,06 €	930.645,88 €	1.626.291,04 €	695.645,16 €	74,75%
Jahresergebnis	926.780,06 €	930.645,88 €	1.626.291,04 €	695.645,16 €	74,75%
9. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Einstellung in weitere Rücklagen	926.780,06 €	930.645,88 €	1.626.291,04 €	695.645,16 €	74,75%
Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-100,00%

g) Lagebericht

1. Grundlagen der AöR

1.1 Geschäftsmodell der AöR

Der Kreistag des Kreises Düren hat in seiner Sitzung am 30.09.2014 die Errichtung der Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD) als Anstalt des öffentlichen Rechts auf den Tag nach der Bekanntmachung der Anstaltssatzung beschlossen.

Mit Schreiben vom 01.10.2014 teilte die Bezirksregierung Köln dem Kreis Düren mit, dass sie gegen die geplante Gründung der Rettungsdienst Kreis Düren AöR keine kommunalrechtlichen Bedenken erhebt.

Die öffentliche Bekanntmachung der Anstaltssatzung erfolgte am 08.10.2014; die RDKD ist somit mit Datum vom 09.10.2014 offiziell gegründet.

Der Kreis Düren hat der RDKD die Aufgaben des bodengebundenen Rettungsdienstes („Rettungsdienst“ und „Notarzt“) übertragen. Zudem ist das Recht der Gebührenerhebung auf die AöR übertragen worden.

Zum 01.01.2019 wurden die hoheitlichen Aufgaben auf Grund rechtlicher Bedenken von Seiten des Ministeriums des Innern des Landes NRW auf den Kreis Düren rückübertragen. Der RDKD wurde so dann durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag die Durchführung des bodengebundenen Rettungsdienstes im Kreis Düren nach §13 RettG NRW übertragen. Die der RDKD im Rahmen der Durchführung ihrer, gemäß des öffentlich-rechtlichen Vertrages, übertragenen Aufgaben entstehenden Kosten werden durch den Kreis Düren erstattet, so dass eine auskömmliche Finanzierung sichergestellt ist.

Sitz der AöR ist Marienstraße 29 in 52372 Kreuzau-Stockheim.

Zu Vorständen sind bestellt:

- Herr Peter Kaptain, Kreuzau und
- Herr Ralf Butz, Hürtgenwald.

1.2 Ziele und Strategien

Ziel der RDKD ist es, für alle Bürgerinnen und Bürger einen kreisweit qualitativ gleichwertigen Rettungsdienst anzubieten, der jederzeit in der Lage ist, sich auf die verschiedensten Schadenslagen einzustellen und rechtzeitig vor Ort kompetente Hilfe anbieten kann.

Die Fahrzeuge im Rettungsdienst werden einheitlich ausgestattet, so dass ein flexibler Einsatz der Einsatzkräfte ohne evtl. Umgewöhnung möglich ist. Auch die Aus- und Fortbildung des Personals wird, soweit dies möglich ist, auf die Bedürfnisse der RDKD zugeschnitten und zentral in Stockheim umgesetzt.

Die zeitliche Umsetzung der Ziele ist im jeweilig gültigen Rettungsdienstbedarfsplan definiert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

Neben der Umsetzung des operativen Rettungsdienstes für den Kreis Düren und der daraus resultierenden Verantwortung für die Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes gehört zum ständigen Tätigkeitsfeld der RDKD aufgrund der relativ kurzen Abschreibungsfristen von 5 Jahren die ständige Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und dem dazugehörigen medizinisch-technischem Gerät.

Des Weiteren standen auch in 2022 verschiedene Baumaßnahmen an, die auch noch in den kommenden Jahren einen Aufgabenschwerpunkt der RDKD bedeuten.

In 2021 konnte mit dem Bau der neuen Notarzt- und Rettungswache Nideggen begonnen werden, welcher aufgrund des Rettungsdienstbedarfsplanes 2019 erforderlich ist. Im Mai 2022 konnte die neue Wache offiziell ihre Dienste aufnehmen.

In der nachfolgenden Aufstellung sind die einzelnen Rettungsmittel und die jeweiligen Einsatzzahlen aufgeführt. Des Weiteren sind die jeweiligen Fehlfahrten (FF) angegeben, die bereits in den Einsatzzahlen eingerechnet sind.

RTW-Einsätze (ohne Stadt Düren)	22.148 (FF: 4.499)
KTW-Einsätze (ohne Stadt Düren)	4.057 (FF: 246)
NEF-Einsätze (ohne Stadt Düren)	5.825 (FF: 616)

2.2 Lage

2.2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse (Gesamtleistung) der Anstalt betragen 26.746 T€. Dies stellt eine Abweichung zum Wirtschaftsplan in Höhe von + 409 T€ dar. Die Erstattungen für Personalkosten im Rahmen von Personalgestellungen für den Kreis Düren im Rahmen der Bewältigung der Covid 19 Pandemie sind höher ausgefallen als geplant.

Der Posten Materialaufwand enthält die Dienst- und Schutzkleidung sowie Verbrauchsmaterial, das auf den Fahrzeugen mitgeführt wird. Dazu kommen die Personalkostenerstattungen an die beteiligten Hilfsorganisationen (6.748 T€; VJ 6.627 T€) und die Erstattungen an die Krankenhäuser für die Notarztstellung (2.900 T€; VJ 2.248 T€) sowie die Erstattungen an die Leitenden Notärzte und Aufwendungen für bezogene Leistungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie (Impfteams). Gegenüber dem Wirtschaftsplan ergibt sich beim Materialaufwand eine Abweichung von +1.921 T€. Durch Kostensteigerungen steigen die Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung an. Zudem fallen die Zahlungen für die Gestellung von Notärzten an die Krankenhäuser höher aus. Auch sind die bezogenen Leistungen für Impfteams deutlich gestiegen.

Der Personalaufwand inklusive sozialer Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung betrug 4.858 T€ (VJ: 4.622 T€) und liegt damit leicht unter dem Ansatz von 5.083 T€ des Wirtschaftsplans.

Die Abschreibungen betragen insgesamt 2.176 T€ (VJ 2.026 T€) und liegen damit aufgrund der zwischenzeitlich getätigten Investitionen über dem Vorjahr, jedoch unter dem Planansatz von 2.960 T€. Hintergrund der Einsparung sind die durch teilweise sehr lange Lieferzeiten nicht mehr im Jahr 2022 aktivierten Rettungswagen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (5.826 T€; VJ: 5.657 T€) werden vorwiegend durch Personalkostenerstattungen an den Kreis Düren, Aus- und Fortbildungskosten, Raumkosten, Fahrzeugkosten und allgemeine Verwaltungskosten bestimmt. Der Ansatz im Wirtschaftsplan (6.385 T€) wird unterschritten, da ein Fehler bei der Kalkulation der Kosten für Notfallsanitäterausbildung den Wert im Wirtschaftsplan fälschlicherweise erhöhte.

Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von 182 T€ (VJ: 150 T€) ergibt sich eine Überdeckung in Höhe von 1.664 T€. Nach Einstellung dieses Betrags in die Gewinnrücklage verbleibt ein Bilanzergebnis von 0.

2.2.2 Finanzlage

Die RDKD ist in Bezug auf die Durchführung des bodengebundenen Rettungsdienstes direktfinanziert durch den Kreis Düren. Dieser erhebt die notwendigen Gebühren und erstattet der RDKD die entstehenden Kosten für ihre gemäß des öffentlich-rechtlichen Vertrags durchzuführenden Tätigkeiten. Daneben führt die RDKD auch Tätigkeiten durch, welche nicht der Direktfinanzierung unterliegen. Hierbei ist die Vermögensverwaltung, Personalgestellung sowie die Projekte „Ein Leben retten“ und „Corhelper“ und das Projekt "IDF Süd" zu nennen.

Der eingeräumte Kontokorrentkredit beträgt 5.000 T€ und wurde zum 31.12.2022 in Höhe von 1.667 T€ in Anspruch genommen.

Zusätzlich wurden für getätigte Investitionen Darlehen mit einer Laufzeit entsprechend der Nutzungsdauern der Investitionsgüter aufgenommen (periodengerechter Werteverzehr, Nutzungsdauer ist in der Regel entsprechend der Finanzierungszeit). Die daraus resultierenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betrugen zum Stichtag 27.048 T€ (VJ: 24.889 T€).

Das Eigenkapital beläuft sich auf 5.816 T€. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 17,00 % (VJ: 13,37). In Bezug auf die Art und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf die Bilanz und den Anhang verwiesen.

2.2.3 Vermögenslage

Zum 31.12.2022 beträgt die Bilanzsumme 34.216 T€.

Die Aktivseite ist geprägt durch das Anlagevermögen (30.972 T€). Die Anlagenintensität (Anlagevermögen / Bilanzsumme) beträgt 90,52 %.

Das Anlagevermögen zum 31.12.2022 ist im Vergleich zum Vorjahr um 3.077 T€ angestiegen. Die Neuanschaffungen stehen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans, der Neuinvestitionen in allen Bereichen des Sachanlagevermögens notwendig machte. Zudem sind im Jahr 2022 Investitionen für das Projekt Süd in erheblicher Höhe getätigt worden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Umsatzsteuerforderungen.

Die Rückstellungen betragen 407 T€, die Fremdkapitalquote (Fremdkapital / Bilanzsumme) beträgt 82,87 %.

Aus der Inanspruchnahme von 20 Darlehen bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 27.048 T€.

2.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der RDKD besteht in der Durchführung des Rettungsdienstes laut Rettungsdienstbedarfsplan 2019. Die RDKD ist im weitaus größten Teil direktfinanziert durch den Kreis Düren. Dieser erhebt die notwendigen Gebühren und erstattet der RDKD die entstehenden Kosten für ihre gemäß des öffentlich-rechtlichen Vertrags durchzuführenden Tätigkeiten. Daher erfolgt in diesem Tätigkeitsbereich keine Betrachtung von Rentabilitätskennzahlen.

Die Aufnahme weiterer Geschäftstätigkeiten, insbesondere das Projekt „IDF Süd“ sowie „Ein Leben retten“ und „Corhelper“ erfordern ein genaues Controlling. Hierbei stehen die Deckungsbeiträge und die Einhaltung der langfristigen Planrechnungen im Vordergrund.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erfüllt bzw. erreicht werden kann.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht Rettungsdienst

Für das Jahr 2023 ff. ist die Verabschiedung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2023 vorgesehen. Turnusmäßig muss der Rettungsdienstbedarfsplan alle 5 Jahre erneuert werden. Soweit es jedoch Anlass gibt, die aktuelle Situation vorab zu beleuchten, ist der Träger des Rettungsdienstes (hier Kreis Düren) dazu verpflichtet, dies vorzuziehen. Da Auswertungen zeigten, dass ein vorzeitiges Einschreiten vor Ablauf der 5 Jahre notwendig wird, wurde der neue Bedarfsplan 2022 in Angriff genommen. Es ist geplant, dass die Verabschiedung im Kreistag am 13.06.2023 erfolgt.

Im August 2023 wird der nächste Jahrgang Notfallsanitäter seine Ausbildung beenden. Durch die Übernahme weiterer Auszubildender sowie die erfreuliche Entwicklung im Bereich des Personals konnten alle offenen Stellen im Einsatzdienst besetzt werden. Somit wird die Belastung des vorhan-

denen Personals weiter sinken, die Personalkosten hingegen steigen. Weiterhin werden zum 01.09.2023 vier neue Auszubildende als Notfallsanitäter/in eingestellt.

Im Sommer 2023 wird ein weiterer Schritt in Richtung Digitalisierung im Rettungsdienst erfolgen. Die mobile Datenerfassung soll für Patienten, Einsatzpersonal und Verwaltung die Abwicklung der Einsätze erleichtern und Auswertungen der Ergebnisse ermöglichen und verbessern.

3.1.1 Risikobericht Rettungsdienst

Die wahrzunehmenden Aufgaben der RDKD ergeben sich aus dem Rettungsdienstbedarfsplan, den der Kreis Düren dem Aufgabenverhältnis mit der RDKD zugrunde legt. Dieser Bedarfsplan ist mit den Verbänden der Krankenkassen abgestimmt. Die Krankenkassen haben die Pflicht zur Refinanzierung der Kosten zur Ausführung des Bedarfsplanes über die Gebühren.

Da der Kreis seit dem 01.01.2019 die Trägerschaft des Rettungsdienstes einschließlich der Erhebung der Gebühren übernommen hat, trägt auch er das alleinige Risiko.

Die RDKD erhält für die Umsetzung der vom Kreis übertragenen Aufgaben einen monatlichen Zuschuss, der alle Kosten, welche im Zusammenhang mit der Durchführung des bodengebundenen Rettungsdienstes entstehen, abdeckt. Solange sich die RDKD an den Vorgaben aus dem Rettungsdienstbedarfsplan orientiert, trägt sie auch kein Risiko für den bodengebundenen Rettungsdienst.

3.1.2 Chancenbericht Rettungsdienst

Der bodengebundene Rettungsdienst wird auf Grundlage des Rettungsdienstbedarfsplanes, welcher mit den Verbänden der Krankenkassen einvernehmlich aufgestellt und durch den Kreistag beschlossen wird, durchgeführt. Die RDKD fungiert hier als Partner des Kreises Düren, welcher alle Kosten, die vom Bedarfsplan gedeckt sind, zahlt, da diese wiederum durch die Gebühren über die Krankenkassen finanziert werden.

3.2 Prognosebericht weiterer Tätigkeiten

Bereits mit dem Neubau der "Mehrzweckhalle mit Leitstelle und Verwaltungstrakt" im Jahre 2018 (Fertigstellung 2019) wurde die RDKD für den Teil der Vermietung der Leitstelle erstmals in weiteren Feldern tätig als dem bodengebundenen Rettungsdienst.

Im Jahre 2019 übernahm die RDKD auf Wunsch des Verwaltungsrates für das Kreisgebiet Düren das Projekt "Region Aachen rettet" und setzt dies im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten als zweites Tätigkeitsfeld um.

Als bisher letztes Projekt wurden die Bau- und Umbaumaßnahmen im Rahmen des Projektes "IdF Süd" im 1. Halbjahr 2022 abgeschlossen.

3.2.1 Risikobericht weiterer Tätigkeiten

Bei allen Projekten bestehen entsprechende Verträge mit dem Kreis Düren, so dass die Finanzierung sichergestellt ist und somit ohne Risiko für die RDKD sind. Das Projekt "Region Aachen rettet" ist zwar nicht durch einen Vertrag refinanziert, jedoch wird das Risiko dahingehend minimiert, da Maßnahmen nur insoweit umgesetzt werden können, wie Überschüsse aus den anderen Bereichen erzielt werden können.

3.2.2 Chancenbericht weiterer Tätigkeiten

Durch die weiteren Tätigkeitsfelder ist es möglich, Überschüsse zu generieren, die wiederum zweckentsprechend verwendet werden. So finanziert sich das Projekt „Ein Leben retten“ z.B. durch die Überschüsse aus dem Projekt "IDF Süd".

Insgesamt kann sich die RDKD mit diesen Überschüssen auch mit Themenfeldern aus dem Bereich der Notfall-/Medizinischen Versorgung befassen, die nicht unmittelbar dem gebührenfinanzierten Rettungsdienst zuzuordnen sind. Damit lassen sich insbesondere Schnittstellen zwischen Rettungsdienst und Krankenhaus sowie Rettungsdienst und Katastrophenschutz intensiver betrachten und mit allen beteiligten Partnern können zielorientierte Lösungsfelder gesucht werden, um dann eine evtl. Fort- und Weiterbildung anbieten zu können.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:	Kaptain, Peter (Vorsitzender)	Kreis Düren	Allgem. Vertreter des Landrats
	Butz, Ralf	Kreis Düren	Amtsleiter
Verwaltungsrat:	Kreis Düren	7 Sitze	100%

Vertretung des Kreises Düren

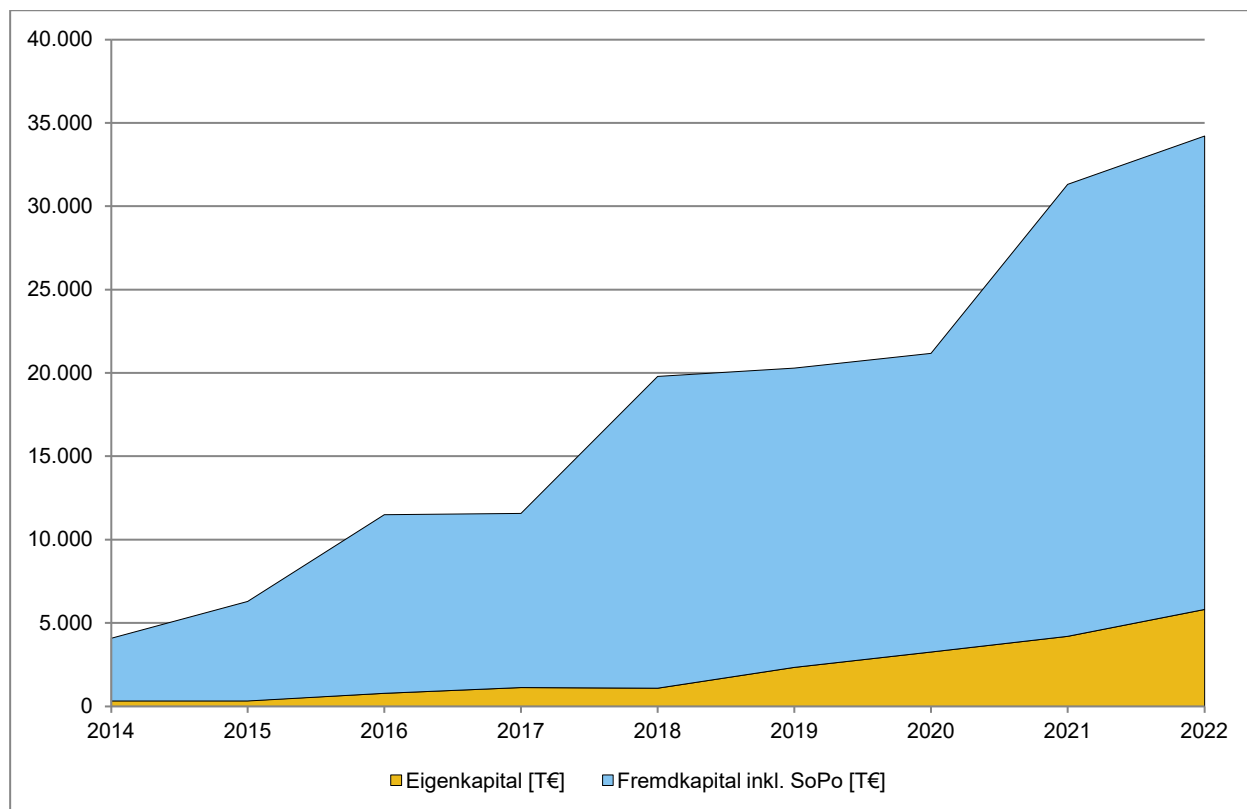
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Becker, Rene	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Filipovic, Sanja	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Göddertz, Klaus-Peter	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hamacher, Rolf	Kreistagsmitglied	28.03.2023	

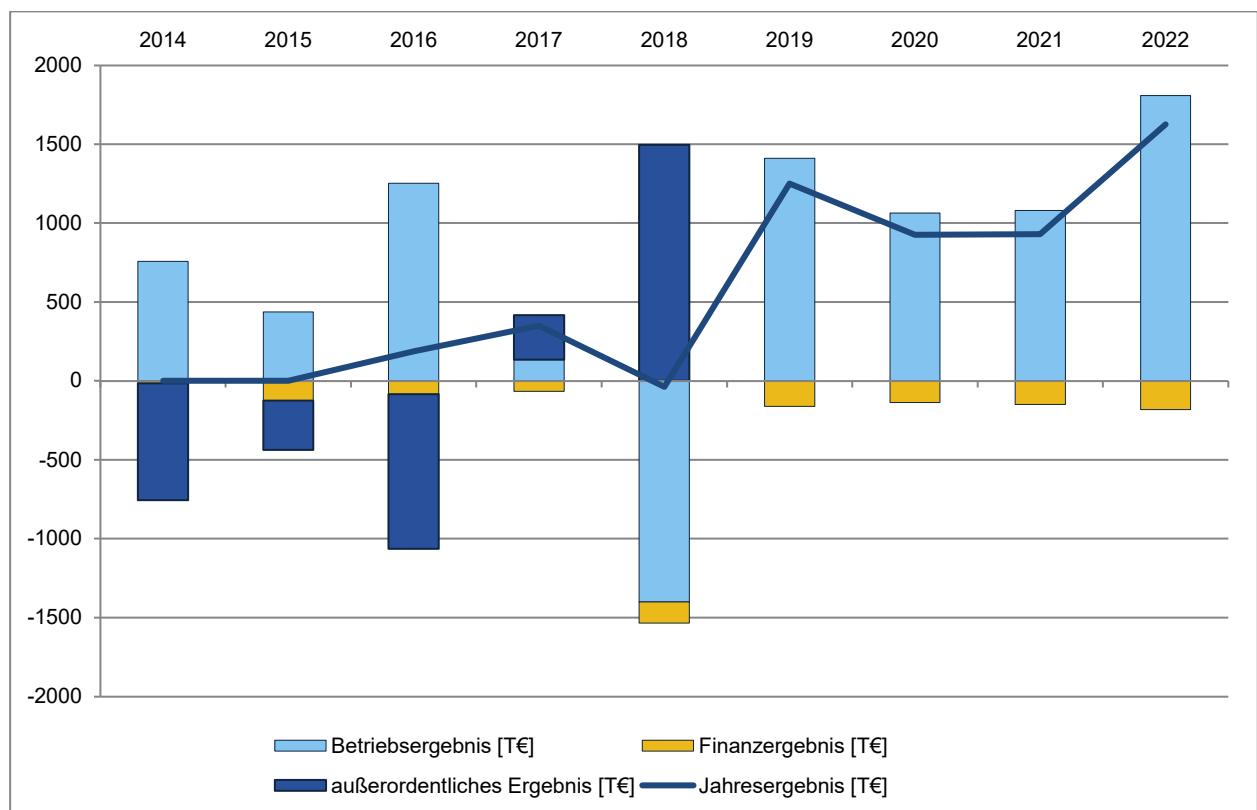
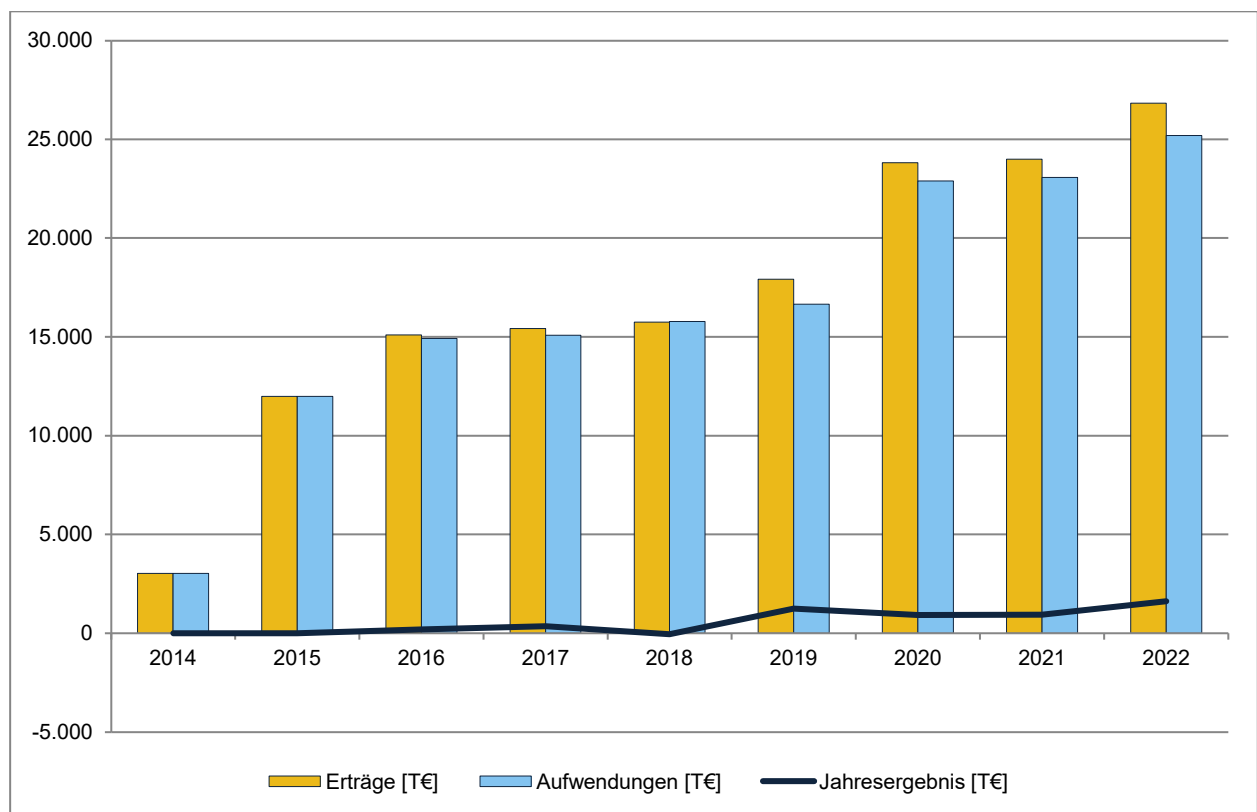
Jorde, Frank Christian	Kreistagsmitglied	30.09.2014	
König, Michael	Kreistagsmitglied	31.03.2022	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	30.09.2014	
Strack, Birgit	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
von Wirth - Oktar, Daniela	Kreistagsmitglied	26.11.2020	09.02.2023

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 101 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Anstalt tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	15,39%	13,37%	17,00%	3,62%
Eigenkapitalrentabilität	28,44%	22,22%	27,97%	5,75%
Anlagendeckungsgrad 2	83,46%	95,40%	90,02%	-5,38%
Verschuldungsgrad	549,94%	641,85%	484,94%	-156,91%
Umsatzrentabilität	4,47%	4,52%	6,76%	2,24%

15 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen



Leonhardstraße 23-27
52064 Aachen
Telefon: 0241 / 99 00 76 - 0
E-Mail: info@studieninstitut-aachen.de
Homepage: www.studieninstitut-aachen.de

a) Gegenstand des Zweckverbands

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist als kommunaler Zweckverband in den Aufgabengebieten Personalauslese, Ausbildung und Prüfung sowie Fortbildung für die Verbandmitglieder tätig.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Verbandsmitglied	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	-	25
Stadt Aachen	-	25
StädteRegion Aachen	-	25
Kreis Heinsberg	-	25
Stammkapital	-	100

Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Düren bezahlt für die unterschiedlichen Lehrgänge und Seminare ein entsprechendes Lehrgangsgeld. Dies betrug in Summe 142 T€.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	56.943,80 €	49.359,22 €	35.254,41 €	-14.104,81 €	-28,58%
II. Sachanlagen	3.762,28 €	2.998,30 €	24.286,46 €	21.288,16 €	710,01%
III. Finanzanlagen	543.578,11 €	564.034,97 €	564.034,97 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.836.502,26 €	1.902.723,49 €	1.755.612,07 €	-147.111,42 €	-7,73%
II. Liquide Mittel	321.577,14 €	425.567,08 €	477.993,65 €	52.426,57 €	12,32%
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	8.410,57 €	19.454,81 €	17.956,51 €	-1.498,30 €	-7,70%
Summe Aktiva	2.770.774,16 €	2.964.137,87 €	2.875.138,07 €	-88.999,80 €	-3,00%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	309.402,54 €	343.478,22 €	388.152,33 €	44.674,11 €	13,01%
II. Ausgleichsrücklage	154.701,27 €	171.739,11 €	252.816,30 €	81.077,19 €	47,21%
III. Jahresergebnis	51.113,52 €	125.763,30 €	117.480,29 €	-8.283,01 €	-6,59%
B. Rückstellungen	2.209.414,97 €	2.281.884,75 €	2.070.206,42 €	-211.678,33 €	-9,28%
C. Verbindlichkeiten	46.098,31 €	41.272,49 €	46.482,73 €	5.210,24 €	12,62%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	43,55 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	2.770.774,16 €	2.964.137,87 €	2.875.138,07 €	-88.999,80 €	-3,00%

f) Entwicklung der Ergebnisrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32.432,97 €	32.205,27 €	32.346,87 €	141,60 €	0,44%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.051.342,65 €	1.341.009,86 €	1.410.511,45 €	69.501,59 €	5,18%
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	226,74 €	1.434,65 €	1.078,37 €	-356,28 €	-24,83%
Sonstige ordentliche Erträge	2.504,17 €	0,00 €	3.006,10 €	3.006,10 €	
Ordentliche Erträge	1.086.506,53 €	1.374.649,78 €	1.446.942,79 €	72.293,01 €	5,26%
Personalaufwendungen	641.199,55 €	737.723,93 €	872.098,24 €	134.374,31 €	18,21%
Versorgungsaufwendungen	50.064,79 €	184.416,88 €	183.388,35 €	-1.028,53 €	-0,56%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	75.242,15 €	71.151,49 €	41.349,45 €	-29.802,04 €	-41,89%
Bilanzielle Abschreibung	14.999,93 €	17.217,05 €	19.346,41 €	2.129,36 €	12,37%
Transferaufwendungen	250,00 €	168,77 €	0,00 €	-168,77 €	-100,00%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	253.637,10 €	237.827,81 €	212.218,34 €	-25.609,47 €	-10,77%
Ordentliche Aufwendungen	1.035.393,52 €	1.248.505,93 €	1.328.400,79 €	79.894,86 €	6,40%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	51.113,01 €	126.143,85 €	118.542,00 €	-7.601,85 €	-6,03%
Finanzerträge	0,51 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	380,55 €	1.061,71 €	681,16 €	178,99%
Finanzergebnis	0,51 €	-380,55 €	-1.061,71 €	-681,16 €	178,99%
Ordentliches Jahresergebnis	51.113,52 €	125.763,30 €	117.480,29 €	-8.283,01 €	-6,59%
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	51.113,52 €	125.763,30 €	117.480,29 €	-8.283,01 €	-6,59%

g) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Allgemeines

Das Ergebnis der Jahresrechnung des Zweckverbandes als Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen hat folgende Parameter:

- o die Menge der durchgeführten Lehrgänge,
- o die Anzahl der organisierten Fortbildungsveranstaltungen sowie
- o deren Teilnehmerzahlen im genannten Berichtszeitraum und
- o die durchgeführten Testfälle und erteilten Testauskünfte aus den Personalausleseverfahren.

Vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Betriebsabläufe alljährlich einer intensiven Betrachtung unterzogen. Die Plandaten beruhen zum einen auf exakten Ermittlungen, zum anderen auf qualifizierten Schätzungen, selbst wenn diese insbesondere von externen Einflüssen abhängig sind. So ist die Einrichtung und Durchführung von Laufbahnlehrgängen für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (vorher mittlerer allgemeinen Verwaltungsdienst) und von Sonderlehrgängen für die dienstbegleitende Unterweisung für Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten von der Zahl der durch die Körperschaften eingestellten Auszubildenden im Verbandsgebiet abhängig.

Diese richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Stellenbedarf und orientiert sich an den Veränderungsprozessen innerhalb der Behörden, die in den letzten Jahren zunehmend durch die Auswirkungen des demographischen Wandels beeinflusst sind. Zudem kommen trotz der strengen Vorgaben durch das Grundgesetz, der Landesverfassung NRW und der Gemeindeordnung NRW alljährlich zusätzliche Aufgaben und finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Seit geraumer Zeit sind Aufgabenzuwächse im Bereich der Leistungsverwaltung zu erkennen, die die Kommunen vermutlich auch in den kommenden Jahren zu überproportionalen Einstellungen im Personalbereich zwingen (u.a. Jobcenter). Somit bedingen insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen eine Ausdehnung des Personalkörpers.

Unabhängig davon unterliegen die Personaletats bei den Kommunen und vor allem die Budgets für Personalentwicklung (Fortbildung) stets den gesetzlichen Vorgaben der wirtschaftlichen Haushaltsführung, wenn nicht gar den Kriterien bestehender Haushaltssicherungskonzepte.

Die Durchführung der Lehrgänge ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulabteilungen. Dabei sind vorrangig die räumlichen und personellen Kapazitäten unter Berücksichtigung der Ferientermine maximal nutzbare Schultage - zu beachten. Der Bestand der vorhandenen Unterrichtsräume mit ihrer Ausstattung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Summe der jährlichen Unterrichtsstunden und die Menge der durchzuführenden Zwischen- und Abschlussprüfungen.

Eine weitere, nur begrenzt belastbare Größe ist der Kader der nebenamtlichen Dozenten, die den Unterricht nur im Konsens mit ihrer Dienststelle oder auch in Abstimmung mit dem Dienstbetrieb erteilen können. Die einzelnen Abteilungen haben sich auch 2022 um neue nebenamtlichen Dozentinnen und Dozenten bemüht. Dies hat zu guten Ergebnissen geführt. Die Anzahl von jungen Dozenten mit fachlich hoher Kompetenz hat zugenommen. Darüber hinaus konkurriert das Studieninstitut auch mit der örtlichen Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung um geeignete Lehrende.

Der Fortbildungsbedarf der Kommunen richtet sich nach dem Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Sachgebieten. Durch neue oder geänderte Rechtsanwendung, neue Rechtsprechung etc. ergibt sich die Notwendigkeit oder das Interesse, sich fortzubilden. Hierauf kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Der Seminarkalender wird jährlich neu aufgelegt. Dabei stehen Anfragen der Gebietskörperschaften im Vordergrund.

Umfangreiche Druckstücke werden aus Kostengründen (Druckkosten, Versand etc.) vermieden. Es bleibt jedoch auch weiterhin das Ziel, Seminarangebote passgenau für die Gebietskörperschaften im Sinne einer markt- und kunden-gerechten Orientierung zu erarbeiten und aktiv zu bewerben. Kommunen fragen zunehmend nach Inhouse Veranstaltungen. Diese werden, wenn möglich, bei entsprechender Preisgestaltung durchgeführt.

Wie oben bereits beschrieben, unterliegt die betriebene Angebotsplanung der Unsicherheit, den Bedarf der Kommunen nicht in Gänze zu treffen oder aufgrund einer angespannten Finanzsituation ins Leere zu laufen. Gleichwohl wird weiterhin die Strategie verfolgt, ein quantitativ umfangreiches und qualitativ gehobenes Angebot für Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu gestalten, was einem ständigen Kontrollprozess unterzogen wird.

Planung und Kalkulation der angebotenen Seminare erfolgen grundsätzlich durch den Studienleiter. Bei der Umsetzung wird er durch die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle unterstützt. Hierbei wird neben der fachlichen Ausrichtung auch auf die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen gesetzt.

Personalsituation

Die Geschäftsstelle war neben dem hauptamtlichen Dozenten und dem Studienleiter bis zum 30.11.2018 nur mit 1,5 Verwaltungskräften ausgestattet. Durch die enorme Steigerung der durchgeführten Seminare und auch der zu betreuenden Lehrgangsteilnehmer hat sich auch der Arbeitsanfall erheblich verdichtet, so dass seit 2018 die EG 6 Stelle auf 28 Stunden und die zusätzlich eingerichtete EG 9a Stelle seit 2022 von 18 auf 30 Stunden angehoben wurden. Darüber hinaus wurden seit 01.12.2021

bzw. 01.01.2022 die vier Abteilungen um jeweils eine Sekretariatskraft im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung verstärkt. Zwei Verwaltungskräfte der Stadt Aachen waren bzw. sind befristet an das Studieninstitut abgeordnet. Eine Mitarbeiterin wurde bereits zum 01.01.2022 und die andere Mitarbeiterin ab dem 05.07.2022 in den Dienst des Studieninstitutes übernommen. Aufgrund der gestiegenen Lehrgänge und der neuen Lehrpläne für den VL I und VL II war ursprünglich geplant, ab Sommer 2020 eine zusätzliche halbe hauptamtliche Dozentenstelle einzurichten. Die Besetzung der Stelle wurde 2020 zunächst zurückgestellt. Mit der Verabschiedung des Digitalisierungskonzeptes wurde durch die Verbandsversammlung im September 2021 beschlossen, die Dozentenstelle auf eine Vollzeitstelle aufzustocken und zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen. Der zunächst ausgewählte Bewerber hat leider am 23.12.2021 seine Bewerbung zurückgezogen, so dass die Stelle 2022 neu ausgeschrieben werden musste. Zwischenzeitlich wurde ein neues Auswahlverfahren durchgeführt. Der ausgewählte Bewerber hat die Stelle am 01.08.2022 angetreten.

Der Studienleiter hat zum 30.09.2022 das Studieninstitut verlassen. Die Nachbesetzung der Stelle ist Anfang 2023 erfolgt. Das Stellenbesetzungsverfahren wurde im IV. Quartal 2022 abgeschlossen.

Haushaltssatzung; Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband für das Haushaltsjahr 2022 (Doppelhaushalt 2022/2023) konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 03.12.2021 beschlossen werden.

Der Beschluss beinhaltet die Beibehaltung der Höhe der Umlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied.

Lehrgangsgeld

Als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes (ohne Berufsförderungswerk) für das Haushaltsjahr 2022 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgeblich.

Im Rahmen des Doppelhaushaltes 2022/2023 wurde zunächst entschieden, für das Jahr 2022 ein Lehrgangsgeld in Höhe von 5,95 €/Std./Teilnehmer zu erheben.

Insgesamt wurde 2022 ein Betrag von rd. 878.000 € an Entgelt für Lehrgänge (ohne BW) in Rechnung gestellt, was Mehreinnahmen von rd. 35.600 € entspricht, was auf u.a. auf die erhöhte Zahl der Teilnehmenden zurückzuführen ist.

Das Lehrgangsgeld für das Berufsförderungswerk Düren wird getrennt über einen eigenen Kostenträger (429502) abgerechnet. Hier erfolgt keine Abrechnung nach Lehrgangsstunden und Teilnehmer, sondern vielmehr nach tatsächlich angefallenen Kosten beim Studieninstitut zuzüglich eines Aufschlags für Overheadkosten.

Aufgrund des besonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger bestehen die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises meistens aus maximal zehn Personen. Diesen Um-

schulungslehrgängen werden seit 2016 Vorbereitungskurse mit Eignungsprognosen beim Kreis Düren vorgeschaltet, um hierzu eine Einschätzung hinsichtlich der Aussicht auf Erfolg für die Teilnehmer zu treffen. In der Regel werden jeweils drei parallellaufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungsfachangestellten beim Berufsförderungswerk durchgeführt.

Fortbildung

Insgesamt wurden 179 Seminare mit 2140 Teilnehmer in 2022 durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Anzahl der Seminare weiter gesteigert werden und auch mehr Teilnehmende gewonnen werden.

Unterstützung Personalauswahl der Nachwuchskräfte

Als dritten Bereich des Aufgabenspektrums führt das Studieninstitut für die 38 Kommunen im Verbandsgebiet in Zusammenarbeit mit dem geva-Institut München Onlinetests für die Personalgewinnung durch. Die Vorbereitung und Durchführung der Testverfahren bindet die Kapazitäten der Geschäftsstelle verstärkt über einen Zeitraum von etwa zehn Wochen im Spätsommer bzw. Herbst jedes Jahres, aber mit zunehmender Tendenz auch immer mehr unterjährig.

24 von 38 Verbandskommunen und deren Untergliederungen sowie das Bistum Aachen haben im Jahr 2022 insgesamt 2414 Bewerber/innen gemeldet. Nach Rückmeldung der Testergebnisse durch das geva-Institut wurden diese an die anmeldenden Behörden entsprechend aufbereitet weitergegeben.

Das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2022 konnte äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Ende August 2022 an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten.

Für die Abrechnung der Kosten für den Einstellungsjahrgang 2022 wurde als Basispreis ein Betrag in Höhe von 27,00 € je Testauskunft ermittelt und den Behörden in Rechnung gestellt. Außerhalb des regulären Termins wurden 29,90 € in Rechnung gestellt, da einiger Kommunen außerhalb der regulär angesetzten Meldezeiträumen Testverfahren in Auftrag gegeben haben.

B. Plan und tatsächliche Entwicklung der Haushaltsdaten

Geplante Entwicklung 2022:

Bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2022/2023 wurde für 2022 ursprünglich ein ausgeglichener Haushalt geplant.

Dieses Ergebnis resultierte aus folgenden Annahmen:

Kostenträger Lehrgänge:	Unterdeckung	11888,87 €
Kostenträger BFW:		0 €
Kostenträger Seminare:	Unterdeckung	20459,00 €
Kostenträger Personalauslese:	Überschuss	1 €
Kostenträger Allgemeine FW:	Überschuss	32.346,87 €

Tatsächliche Entwicklung 2022:

Der Jahresabschluss 2022 hat mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe 117.480,29 € abgeschlossen. Dieser Betrag ist auch entsprechend im Gesamtergebnisplan ausgewiesen. Im Einzelnen haben die Kostenträger mit folgenden Zahlen abgeschlossen:

Kostenträger Lehrgänge:	Überschuss	91869,78 €
Kostenträger BFW:	Überschuss	12.738,55 €
Kostenträger Seminare:	Unterdeckung	11.415,70 €
Kostenträger Personalauslese:	Unterdeckung	8.059,21 €
Kostenträger Allgemeine FW:	Überschuss	32.346,87 €

Wo liegen die größten Abweichungen zwischen Plan und Ist 2022?

Die größten Abweichungen werden auf Zeilenebene der Ergebnisrechnung (ER) und der Finanzrechnung (FR) dargestellt.

Zeile 5 ER/Zeile 5 FR:

Die erfreulichen Mehrerträge von rd. 100.000 € bzw. Mehreinzahlungen von 45.700 € sind zu einem großen Teil auf Mehreinnahmen bei dem Kostenträger Lehrgänge zurückzuführen.

Zeile 11 ER/10 FR

Bei den Personalaufwendungen bzw. -auszahlungen wurden insgesamt rd. 20.100 € bzw. rd. 20.300 € weniger verausgabt, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass die Dozentenstelle nicht zum 01.01 „ besetzt werden konnte.

Zeile 16 ER/Zeile 15 FR

Die Minderaufwendungen von rd. 9500 € bzw. Minderauszahlungen von rd. 5400 € resultieren insbesondere aus Einsparungen bei den Druckkosten und Geschäftsausgaben (hier: Bewirtungskosten und Übernachtungskosten der Referenten), da immer noch diverse Seminare digital durchgeführt wurden.

Ermächtigungsübertragungen

In 2021 ist keine Ermächtigungsübertragung nach 2022 erfolgt.

C. Darstellung der Lage

Im Sinne der Transparenz der Aufwendungen und Erträge sind für das Finanzwesen des Zweckverbandes fünf Kostenträger (Produkte) gebildet worden, und zwar:

- 429501 Lehrgangsbetrieb
- 429502 Berufsförderungswerk Düren (BFW),
- 429503 Fortbildungsbetrieb und
- 429504 Personalauswahlverfahren
- 160101 Allgemeine Finanzwirtschaft und Umlagen
-

Im Kostenträger „429500 Verwaltung“ wurden bis 31.12.2017 insbesondere allgemeine Kosten wie Mieten und Bewirtschaftungskosten erfasst. Ab dem Haushaltsjahr 2018 wurde dieser Kostenträger nicht mehr geplant. Die dort ausgewiesenen Aufwendungen bzw. Auszahlungen werden seit 2018 entsprechend dem tatsächlichen Ressourcenverbrauch produktscharf bei den anderen Kostenträgern abgebildet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen für die hauptamtlichen Dienstkräfte entsprechend dem Zeitanteil des Einsatzes auf die einzelnen Kostenträger verteilt werden. Die Verbandsumlage wird erst seit 2018 bei dem Kostenträger „160101 Allgemeine Finanzwirtschaft“ (vorher beim Kostenträger Verwaltung), der für solche Finanzbewegungen vorgesehen ist, abgebildet.

Das Haushaltsjahr 2022 hat insgesamt mit einem Jahresüberschuss von 117.480,29 € abgeschlossen.

D. Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Bereich Ausbildung, berufliche Weiterbildung

Der Ausbildungsbedarf und der Bedarf an beruflichen Weiterbildungslehrgängen (VL I und VL II) werden sich voraussichtlich mit steigender Tendenz entwickeln. Nach aktueller Einschätzung werden die

Gebietskörperschaften im Verbandsgebiet als Antwort auf einen allgemeinen Aufgabenzuwachs und als notwendige Reaktion auf den demografischen Wandel zunehmend Personalverstärkungen vornehmen müssen.

In den letzten Jahren ist eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten zu konstatieren. Nach den aktuellen Anmeldezahlen werden zum 01.08.2023 in den Abteilungen StädteRegion (29) Heinsberg (18) und Düren (25) drei Unterstufen mit insgesamt 72 Auszubildenden an den Start gehen.

Für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt liegen bisher 26 Anmeldungen für den Laufbahnlehrgang I bei der Abteilung Aachen Stadt vor.

Die enormen Anmeldezahlen für die Verwaltungslehrgänge I und II erforderten die Erstellung von „Longlists“ mit Wartezeiten bis zu mehreren Jahren. Anfang 2017 standen noch mehr als 200 Personen für die Verwaltungslehrgänge auf der Warteliste. Die vier Abteilungen haben seit Ende 2017 jeweils einen zusätzlichen VL I - bzw. VL II Lehrgang gestartet, um so den Wartestau abzubauen. Durch den Wegfall der gesetzlich verankerten vierjährigen Wartezeit für die Verwaltungsfachangestellten haben sich die Anmeldungen für den VL II proportional erhöht.

Im Herbst 2018 hatte der KAV aufgrund der Nachwuchs- bzw. Einstellungsprobleme großer Kommunen dafür geworben, die Ausbildungs- und Prüfungspflichten für den VL I und VL II zunächst bis 2020 auszusetzen. Dies wurde jedoch von den zuständigen Gremien nicht befürwortet. Vielmehr hat man die Studieninstitute NRW aufgefordert, bis März 2019 ein Konzept vorzulegen, in dem die bisherigen Lehrgangsformen des VL I und VL II modifiziert und gestrafft werden. Ferner sollten insbesondere für den VL II Anerkennungsmöglichkeiten von vorherigen Studiengängen etc. geschaffen werden. Die Studieninstitute NRW haben unter Beteiligung des Städtetages und Landkreistages NRW und unter Einbindung aller Kommunen von NRW entsprechend die Prüfungsordnungen sowie die Lehrpläne für den VL I und VL II überarbeitet. Die neuen Prüfungsordnungen für den VL I und VL II sind für das hiesige Studieninstitut jeweils zum 01.01.2020 in Kraft getreten. Darüber hinaus wurde von den Studieninstituten NRW gemeinsam eine Richtlinie über mögliche Anerkennungen von Vorleistungen für den VL II erarbeitet. Auch die neuen Lehrpläne für den VL I und den künftigen modularen VL II sind am 18.03.2020 in Kraft getreten. Der neue VL I unterteilt sich in einen sogenannten „Basislehrgang mit 150 Unterrichtsstunden“ und einem „Aufbaulehrgang mit 400 Unterrichtsstunden.“ Der Lehrplan des modularen VL II beinhaltet insgesamt 814 Präsenzstunden.

In der letzten Zeit haben sich die Anfragen gehäuft, ob das Studieninstitut den VL II auch am Wochenende für „Selbstzahler“ anbieten könnte. Viele Studieninstitute führen solche Wochenendlehrgänge bereits durch. Seit dem Januar 2022 ist dieser sogenannte „Selbstzahler VL II“ mit 23 Personen gestartet. Dieser Lehrgang wurde pilotweise als I-Pad Lehrgang durchgeführt. Dies hat sich jedoch durch die Struktur der Teilnehmenden nicht bewährt, sodass zukünftig im Laufbahnlehrgang eine I-Pad Klasse eingerichtet werden soll.

Durch die verstärkte Gewinnung von Nachwuchskräften werden seit geraumer Zeit Plätze für die Teilnahme an Ausbilderlehrgängen angefragt. Beim Studieninstitut sind bis zum Jahr 2025 fortlaufend

mindestens zwei Ausbilderlehrgänge je Jahr geplant. Darüber hinaus finden auch dezentrale Lehrgänge in Düren statt.

Ein weiterer Fokus soll in der Ausbildung von Nachwuchskräften gelegt werden. Erstmals werden ab 2023 Nachwuchskräfte des GD von der Stadt Aachen im Studieninstitut ausgebildet in den Modulen Finanzen und Personal. Die Abstimmung sieht vor, dass insgesamt 7 Nachwuchskräfte über das Jahr verteilt eingesetzt werden sollen. Darüber hinaus wird auch weiterhin im Bereich des mittleren Dienstes ausgebildet.

Bereich Fortbildung Seminare

Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass es insbesondere wichtig ist, aktuelle Themen aufzugreifen und auch Seminare intensiv zu bewerben. Darüber hinaus hat sich im letzten Jahr ebenfalls als sehr positiv herausgestellt, aktiv auf die Kommunen zuzugehen und deren Bedarf abzufragen sowie konkrete Seminarwünsche entgegenzunehmen. Die Anzahl der durchgeführten Inhouse-Seminare wächst stetig.

Die Nachfrage zu Kompaktkursen für die Qualifizierung von Ausbildern zu Praxisprüfern für die Durchführung der fachpraktischen Module im Bachelor-Studiengang ist konstant hoch. In 2022 wurden mehrere ausgebuchte Schulungen diesbezüglich durchgeführt. Für 2023 ist ein Projekt mit der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung geplant, in dem neue Videobeispiele für diese Fortbildung als Rollenspiele erarbeitet werden sollen.

Die „Modulare Qualifizierung“ mit jeweils 40 Seminartagen und 4 Leistungsnachweisen ist mittlerweile fester Bestandteil des Fortbildungsangebotes des Studieninstitutes und wird sehr rege in Anspruch genommen.

Bereich Personalauswahl

Seit 2016 werden die Kommunen bei der Personalauswahl der Nachwuchskräfte durch einen Online-test der Fa. geva unterstützt.

Das Personalauswahlverfahren für die Einstellungsjahrgänge bis einschl. 2023 konnte nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden und soll auch weiterhin für die Kommunen im Verbandsgebiet angeboten werden. Durch geringere Bewerberzahlen sind die Anmeldungen leicht rückläufig.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Verbandsvorsteher:	Wirtz, Ellen	StädteRegion Aachen	Amtsleitung
Verbandsversammlung:	Stadt Aachen	1 Sitz	25 %

StädteRegion Aachen	1 Sitz	25 %
Kreis Düren	1 Sitz	25 %
Kreis Heinsberg	1 Sitz	25 %

Institutsbeirat: wurde nicht gebildet.

Vertretung des Kreises Düren

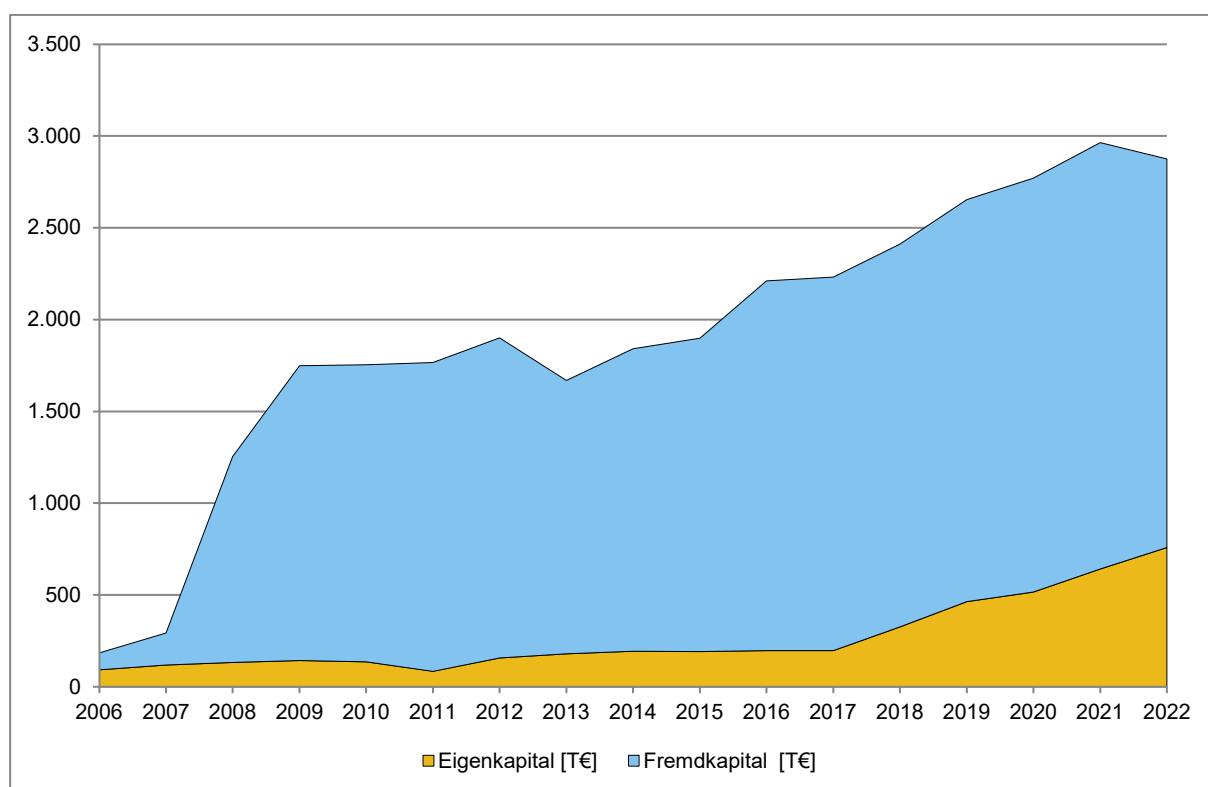
Verbandsversammlung:

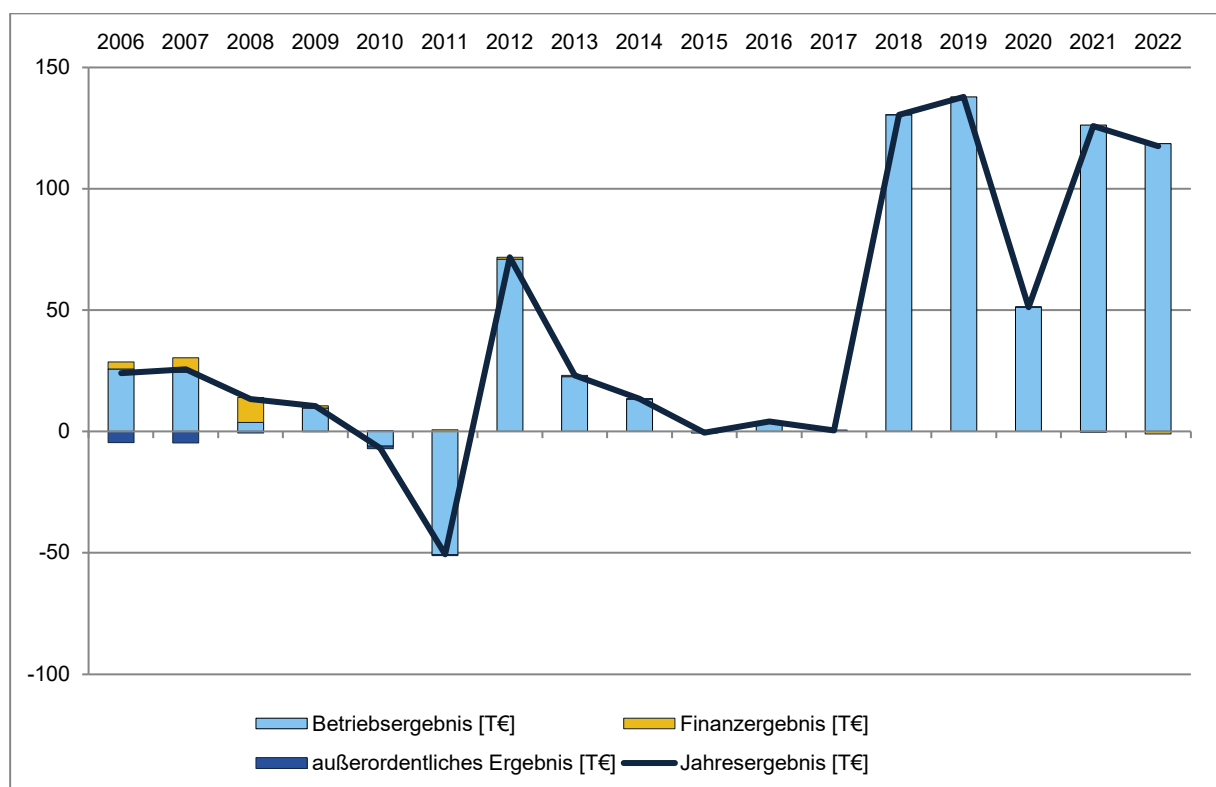
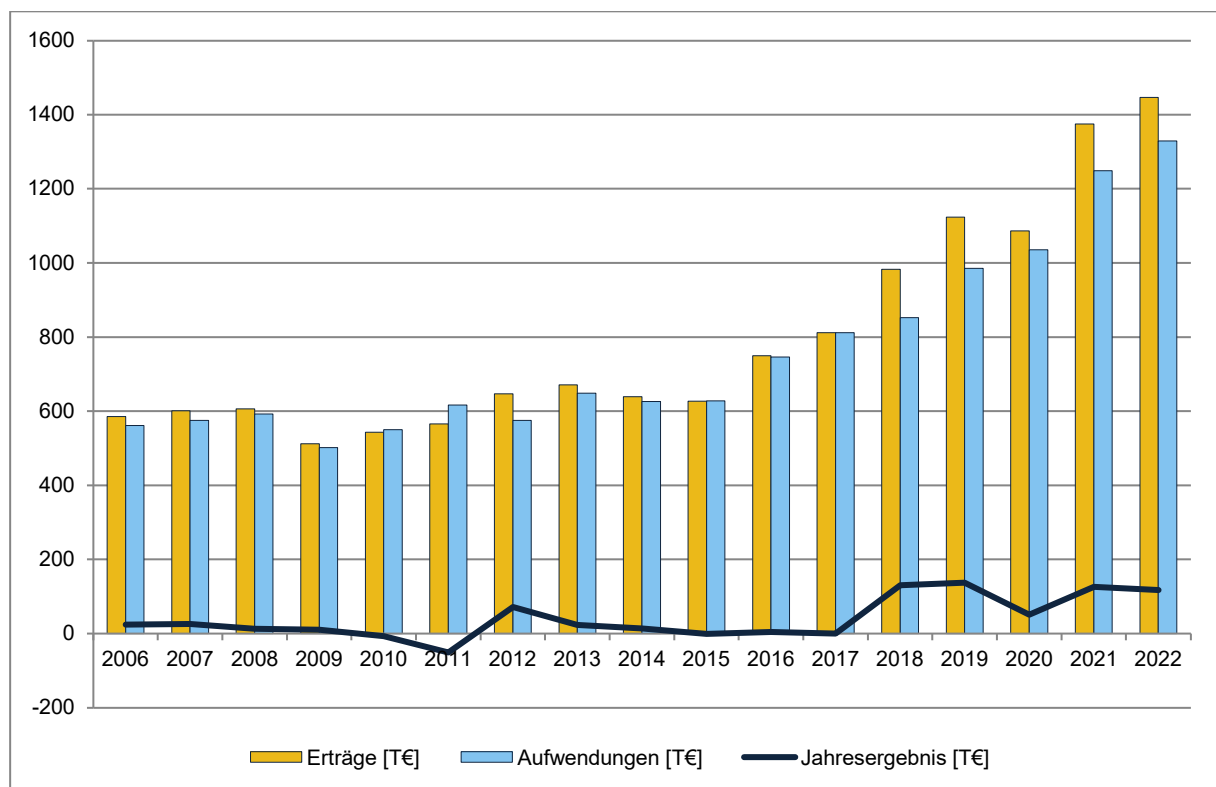
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	15.09.2018	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Zweckverband tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	18,59%	21,62%	26,38%	4,76%
Eigenkapitalrentabilität	9,92%	19,62%	15,49%	-4,13%
Anlagendeckungsgrad 2	85,26%	103,99%	121,63%	17,64%
Verschuldungsgrad	437,78%	362,44%	279,08%	-83,36%
Umsatzrentabilität	4,86%	9,41%	8,40%	-1,00%

16 Technologiezentrum Jülich GmbH



Karl Heinz Beckurts Straße
52428 Jülich
Telefon: 02461/690-0
Telefax: 02461/690-100
E-Mail: info@tz-juelich.de
Homepage: www.tz-juelich.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines multifunktionalen Technologiezentrums, insbesondere für innovative Unternehmen und Existenzgründer.

Dies umfasst die An- und Vermietung geeigneter Räumlichkeiten, den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen und -räumen sowie das Angebot von Beratungs-, technischen und sonstigen Dienstleistungen. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Beteiligungen an Gesellschaften, die unter anderem den Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an innovativen Unternehmen sowie die Betreuung und die Beratung dieser Unternehmen betreiben.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	15,3	10
Stadt Jülich	42,9	28
AGIT GmbH	19,9	13
Forschungszentrum Jülich	7,7	5
H. Lamers GmbH & Co. KG	7,7	5
RWE Power AG	7,7	5
Enrichment Technology Company Limited	7,7	5
Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG	7,7	5
Sparkasse Düren	12,3	8
Aachener Bank e.G.	12,3	8
Deutsche Bank	12,3	8
Stammkapital	153,4	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2022 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vorhanden.

Der Kreis Düren ist zu 361/1000 Eigentümer am Grundstück des Technologiezentrums. Dieser Anteil ist an das Technologiezentrum verpachtet. Z.Zt. ist die Pacht ausgesetzt.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Sachanlagen	131.975,00 €	356.309,42 €	1.696.635,81 €	1.340.326,39 €	376,17%
III. Finanzanlagen	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Forderungen u. Sonstige Vermögensgegenstände	668.625,94 €	648.502,78 €	712.116,76 €	63.613,98 €	9,81%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.492.796,78 €	2.545.802,62 €	1.095.967,57 €	-1.449.835,05 €	-56,95%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.075,80 €	887,50 €	618,50 €	-269,00 €	-30,31%
Summe Aktiva	3.319.473,52 €	3.576.502,32 €	3.530.338,64 €	-46.163,68 €	-1,29%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	153.387,57 €	153.387,57 €	153.387,57 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	1.802.029,56 €	1.993.357,62 €	2.078.794,34 €	85.436,72 €	4,29%
III. Jahresergebnis	191.328,06 €	85.436,72 €	135.016,45 €	49.579,73 €	58,03%
B. Sonderposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rückstellungen	934.206,81 €	1.104.909,98 €	996.178,94 €	-108.731,04 €	-9,84%
D. Verbindlichkeiten	220.061,22 €	237.817,61 €	165.266,66 €	-72.550,95 €	-30,51%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18.460,30 €	1.592,82 €	1.694,68 €	101,86 €	6,39%
Summe Passiva	3.319.473,52 €	3.576.502,32 €	3.530.338,64 €	-46.163,68 €	-1,29%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.304.356,73 €	1.318.441,90 €	1.412.419,12 €	93.977,22 €	7,13%
2. Verminderung /Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
4. sonstige betriebliche Erträge	30.746,68 €	17.176,13 €	40.682,22 €	23.506,09 €	136,85%
6. Personalaufwand	342.358,77 €	367.845,04 €	380.575,48 €	12.730,44 €	3,46%
7. Abschreibungen	36.089,15 €	27.265,91 €	65.596,05 €	38.330,14 €	140,58%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	601.898,41 €	771.876,72 €	802.427,14 €	30.550,42 €	3,96%
Betriebsergebnis	354.757,08 €	168.630,36 €	204.502,67 €	35.872,31 €	21,27%
11. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	9.519,44 €	9.990,92 €	9.979,65 €	-11,27 €	-0,11%
12. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	184,00 €	17,96 €	0,02 €	-17,94 €	-100%
Finanzergebnis	9.335,44 €	9.972,96 €	9.979,63 €	6,67 €	0,07%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	364.092,52 €	178.603,32 €	214.482,30 €	35.878,98 €	20,09%
15. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag	110.688,45 €	30.957,59 €	7.671,75 €	-23.285,84 €	-75,22%
19. sonstige Steuern	62.076,01 €	62.209,01 €	71.794,10 €	9.585,09 €	15,41%
Jahresergebnis	191.328,06 €	85.436,72 €	135.016,45 €	49.579,73 €	58,03%

g) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

1.1. Geschäftsverlauf

Die gute wirtschaftliche Lage der Technologiezentrum Jülich GmbH bleibt – trotz der allgemeinen weltweiten Krisensituation - auch im Geschäftsjahr 2022 weiterhin stabil: Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft kann als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden. Bestätigung finden diese positiven Beurteilungen des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses auch in den verschiedenen Kennzahlen.

1.2. Tätigkeiten der Gesellschaft

Die Technologie-, und Gründerzentren fördern nachhaltig Innovationen, Unternehmensgründungen und –entwicklungen und stellen diese in Öffentlichkeit und Politik angemessen dar. Sie tragen dazu bei, dass die Region gerade auch in Anbetracht der demographischen Entwicklung des Landes in Zukunft ein Technologiestandort mit innovativen Produkten und Unternehmen bleibt.

Die Kompetenz der Technologiezentren liegt insbesondere in folgenden Gebieten:

- Initiierung und Betreuung von Unternehmensgründungen, insbesondere innovativer, technologieorientierter Unternehmen und Ausgründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen
- Durchgängigkeit der Gründungsbetreuung von der Vorgründungs- in die Wachstumsphase
- Gestaltung des wachstumsbedingten Auszugs aus den Zentren und Ansiedlung in der Region
- Aktive Gestaltung der regionalen Wirtschaftsförderung und struktureller Neuorientierung
- Scharnierfunktion an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Unterstützung und aktive Mitwirkung beim innovationsorientiertem Strukturwandel in der Region

Seit Gründung der ersten Technologie- und Gründerzentren in Deutschland im Jahr 1983 hat sich die Zentrumslandschaft kontinuierlich weiterentwickelt. Heute besteht in Deutschland ein flächendeckendes Netzwerk von rund 400 Innovationszentren sowie ähnlichen Infrastruktureinrichtungen, Dienstleistungs- und Gewerbezentren für innovative Unternehmensgründungen und technologieorientierten Unternehmen, die im engeren Sinne als Innovationszentren eingestuft werden können. Weitere neue Unterstützungseinrichtungen, wie Acceleratoren, Hubs, Coworking-Spaces, etc. bieten ergänzende und teilweise vergleichbare Angebote.

1.3. Stand der Vermietung

Trotz der allgemein instabilen wirtschaftlichen Situation, bleibt die Belegungsquote im Technologiezentrum Jülich auf erfreulich hohem Niveau: Seit Februar 2018 besteht nahezu eine Vollausslastung des Hauses.

Die durchschnittliche Verweildauer der Unternehmen im TZJ beträgt ca. 4 - 5 Jahre und liegt damit in den Größenordnungen, die den Zielvorstellungen des Geschäftskonzeptes des TZJ entsprechen. Derzeit befinden sich im Technologiezentrum 27 Firmen, die ca. 290 festangestellte Mitarbeiter, studentische Aushilfskräfte sowie Diplomanden beschäftigen. Das Spektrum reicht von Einzelunternehmen bis zu Unternehmen mit über 80 Mitarbeitern.

Die von zahlreichen Mieterfirmen, bzw. deren Mitarbeitern genutzte Möglichkeit des Arbeitens im Homeoffice während des Lockdowns, zog bisher keine Reduzierung der angemieteten Flächen im TZJ nach sich, bzw. es ist mittlerweile auch wieder ein Trend zur Rückkehr in die Firmenräume erkennbar.

Seit dem Beginn der Vermietungstätigkeit vor 30 Jahren haben bis Dezember 2022 insgesamt 196 Unternehmen die komplexen Angebotsstrukturen im TZJ im Rahmen ihrer Mietverhältnisse genutzt. 90 (knapp 47 Prozent) davon fallen in die Kategorie der „klassischen“ Existenzgründer, so dass sich das TZJ mit Fug und Recht auch als ein Existenzgründungszentrum bezeichnen kann.

Bis zum Stichtag 31. Dezember 2022 haben insgesamt 169 Unternehmen das TZJ wieder verlassen: 63 dieser Unternehmen verblieben im Kreis Düren, 40 weitere siedelten sich in der Technologie-Region Aachen an. Damit ist es gelungen, über 61 Prozent dieser Firmen im engeren Sprengel zu halten. 24 Firmen fanden ihren Standort innerhalb von NRW, weitere 17 in anderen Bundesländern. 14 Firmen nahmen ihren neuen Firmensitz im Ausland ein und lediglich 11 der im Hause betreuten und begleiteten Unternehmen mussten einen Insolvenzantrag stellen.

1.4. Liegenschaften und Verwaltungen

HighTech Mall

Seit Juni 2014 hat die TZJ GmbH die Vermietung der „HighTech Mall“ für die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH übernommen und seit 2015 das gesamte Gebäude vermietet.

Synlight® (Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH)

Das erste gemeinsame Großprojekt Synlight®, das am 23. März 2017 von NRW-Umweltminister Johannes Remmel feierlich eingeweiht wurde, ist die weltweit größte künstliche Sonne und unterstützt die DLR-Forscher in der Entwicklung eines Verfahrens, Solartreibstoffe zu erzeugen und Materialien für die Luft- und Raumfahrt sowie für große Solarkraftwerke zu erproben.

Das TZJ stärkt mit diesem Projekt nicht nur die langfristige Partnerschaft mit dem DLR, sondern generiert zusätzlich ein weltweites Interesse an der Forschung und dem Know-how made in Jülich.

2. Strukturwandel in Rheinischen Revier

Um die Transformationsprozesse im Rheinischen Revier zu gestalten und dabei die Teilhabe aller Menschen in der Region zu ermöglichen, müssen Visionen entwickelt, innovative Ideen gefördert und somit infolge neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Dasgip GmbH / Eppendorf AG

Die innovativen Bioprocess-Produkte von Eppendorf aus Jülich verzeichnen einen stetigen, weltweiten Nachfragezuwachs. Der Kampf gegen das Coronavirus hat diesen Trend zusätzlich verstärkt. Die weltweit agierende Eppendorf Gruppe erweitert ihren Bioprocess-Standort in Jülich mit dem Neubau eines hochmodernen Multifunktionsgebäudes. Durch die zusätzliche Fläche steigert die DASGIP Information and Process Technology GmbH, eine einhundertprozentige Eppendorf Tochtergesellschaft, ihre Produktionskapazität nach der Fertigstellung des Gebäudes um bis zu 20 Prozent. Geschäftsführer René Hess geht davon aus, dass die Zahl an Mitarbeitern am Standort Jülich in den Folgejahren noch weiter steigen wird.

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt DLR

Das DLR entwickelt gemeinsam mit Synhelion und dem Solar-Institut Jülich der FH Aachen eine zentrale Komponente für die DAWN-Anlage: den solaren Reformierungsreaktor. Er nutzt die Wärme konzentrierter Sonnenstrahlung, um aus Biogas und Wasserdampf ein Synthesegas herzustellen. Daraus kann anschließend mit industriellen Standardprozessen flüssiger Kraftstoff gewonnen werden. Erste Tests mit Prototypen unterschiedlicher Größe fanden in der DLR-Großforschungsanlage Synlight und auf dem DLR-Multifokusturm statt. Forschende aus dem DLR haben das Team von Synhelion bei den Tests beraten und unterstützt. Synlight ist die weltweit größte Forschungsanlage, um konzentriertes, künstliches Sonnenlicht zu erzeugen. Sie wird vom DLR-Institut für Future Fuels in Jülich betrieben.

3. Chancen für positive Entwicklungen

Aktuelle Probleme in der Gesellschaft und der Weltpolitik beeinflussen die Stimmung in der Gründerszene 2022 stärker als im vorigen Jahrzehnt. Unberechenbare Entwicklungen sorgen in manchen Branchen für Verunsicherung, während potenzielle Existenzgründer sowie Startups über die Chancen und Risiken einer Geschäftsidee nachdenken.

Neben Networking-Events, Workshops, Messen oder Ratgebern zum Thema Gründung konnten angehende Unternehmer 2022 auch die aktuelle Situation in der Gründerszene bei Planungen berücksichtigen, um ihre Erfolgsaussichten zu optimieren. Die Bundesregierung hat im Juni beschlossen, Deutschland zum führenden Standort für Start-ups und Wachstumsunternehmen zu machen. Deshalb soll der Zugang zum Kapitalmarkt verbessert und die Aufnahme von Eigenkapital erleichtert werden. Geldgeber haben in der jüngeren Vergangenheit viele Milliarden in Unternehmensgründungen investiert.

Geschäftsleute mit innovativen Ideen profitieren von großen Chancen und außergewöhnlich positiven Voraussetzungen. Verbesserungen der Situation am Arbeitsmarkt mit attraktiven Geschäftsoptionen beschleunigten die Entwicklung der Start-ups in mehreren Branchen.

Ein beliebter Trend in der deutschen Gründerszene ist 2022 die Nachhaltigkeit, die sich als zentraler Bestandteil der Konzepte ähnlich wie die Digitalisierung in sehr verschiedenen Geschäftsfeldern zeigt. Zahlreiche Existenzgründer legen einen verstärkten Wert auf das Umweltbewusstsein. Mit der Green Economy als Grundidee wollen junge Geschäftsleute Ressourcen schonen und die Umweltbelastung minimieren.

4. Sonstiges

Trotz Corona-Pandemie haben zahlreiche Unternehmen und Institutionen die Technologiezentrum Jülich GmbH als Veranstaltungsort gewählt. Unter Einhaltung der jeweils aktuell geltenden Hygiene- und Verhaltensregeln wurden Technologieaula sowie Besprechungsräume wieder erfolgreich vermietet. Die anhaltende Nachfrage an der Belegung zeigt den ungebrochenen Bedarf.

Die Gesellschafter Forschungszentrum Jülich (FZJ), Stadt Jülich, Enrichment Technology, die Partnerunternehmen und diverse Berufsverbände führen in unregelmäßigen Abständen Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen im TZJ durch.

5. Ausblick

Die Innovationszentren haben auch zukünftig eine Schlüsselfunktion bei der Unterstützung von Ausgründungen aus der Wissenschaft aber auch von innovativen Start-ups ohne Hochschulhintergrund und damit beim Aufbau einer lebenswerten Zukunft. Diese Unternehmen sind der Mittelstand von Morgen.

Dies hat auch die Bundesregierung erkannt und hat am 27. Juli 2022 die erste umfassende Start-up-Strategie beschlossen.

Ziel der Strategie ist, die Start-up-Ökosysteme in Deutschland zu stärken. Mit der Strategie hat die Bundesregierung einen konkreten Fahrplan vorgelegt, wie sie dieses Ziel erreichen will. Die Maßnahmen bündeln sich in zehn Handlungsfeldern:

1. Finanzierung für Start-ups stärken,
2. Start-ups die Gewinnung von Talenten erleichtern – Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver ausgestalten,
3. Gründungsgeist entfachen – Gründungen einfacher und digitaler machen,
4. Start-up-Gründerinnen und Diversität bei Gründungen stärken,
5. Start-up-Ausgründungen aus der Wissenschaft erleichtern,
6. Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientierte Start-ups verbessern,
7. Start-up-Kompetenzen für öffentliche Aufträge mobilisieren,
8. Start-ups den Zugang zu Daten erleichtern,
9. Reallabore stärken – Zugänge für Start-ups erleichtern,
10. Start-ups ins Zentrum stellen.

Die Bundesregierung will damit die bestmöglichen Rahmenbedingungen in Stadt und Land schaffen, Gründende als Vorbilder sichtbar machen – und auch selbst neue Wege beschreiten, wo dies erforderlich ist. So entsteht ein neuer Gründungsgeist, der mehr Startups hervorbringt, sie nachhaltig wachsen lässt und die notwendige Dynamik erzeugt, den großen Herausforderungen unserer Zeit ökonomisch und gesellschaftlich zu begegnen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Aretz, Carlo

Aufsichtsrat:	Stadt Jülich	3 Sitze	28,00 %
	AGIT GmbH	2 Sitze	13,00 %
	Kreis Düren	2 Sitze	10,00 %
	Forschungszentrum Jülich GmbH	1 Sitz	5,00 %
	Enrichment Technology Company Limited	1 Sitz	5,00 %
	Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG	1 Sitz	5,00 %
	Sparkasse Düren	1 Sitz	7,69 %
	Aachener Bank e.G.	1 Sitz	7,69 %
	Deutsche Bank AG	1 Sitz	7,69 %
	H. Lamers GmbH & Co. KG	1 Sitz	5,00 %
	RWE Power AG	1 Sitz	5,00 %

Gesellschafterversammlung: Jeder Gesellschafter ist stimmberechtigt. 1 Stimme je 250,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Braumüller, Heinz-Peter	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	26.11.2020	

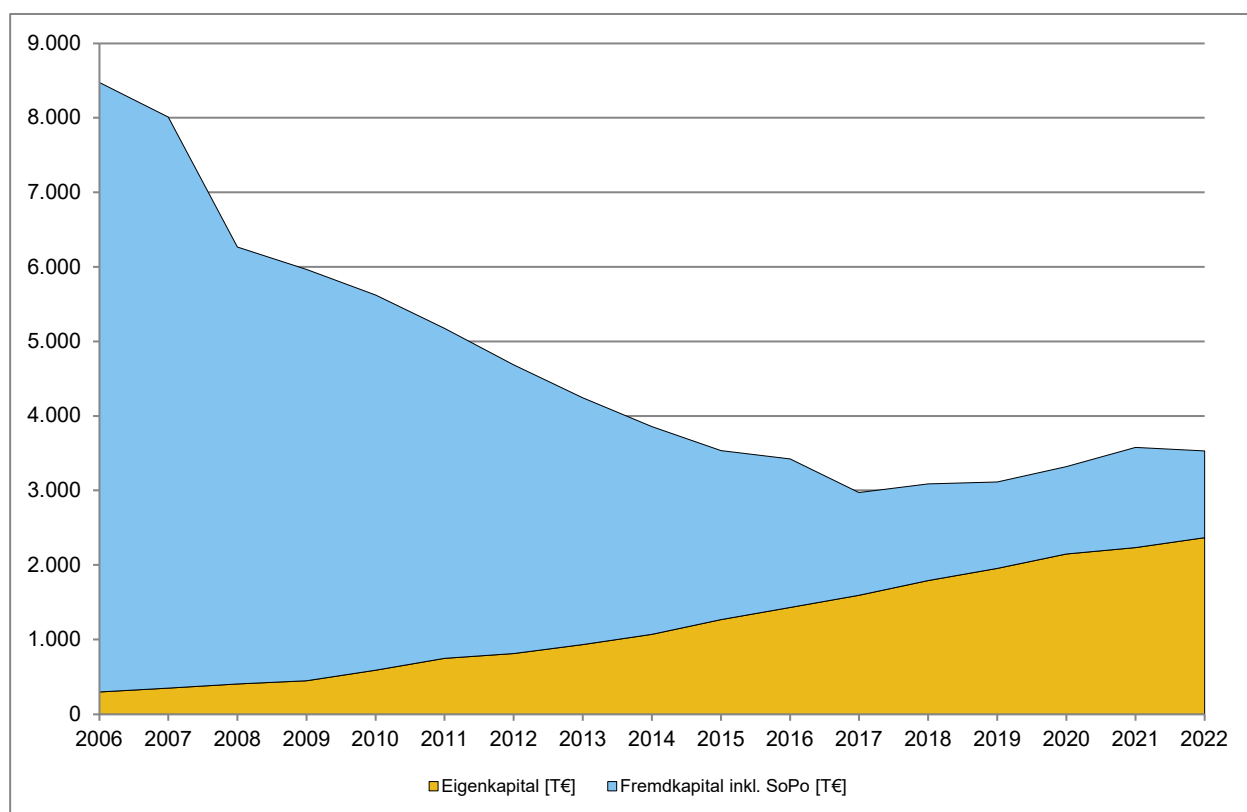
Gesellschafterversammlung:

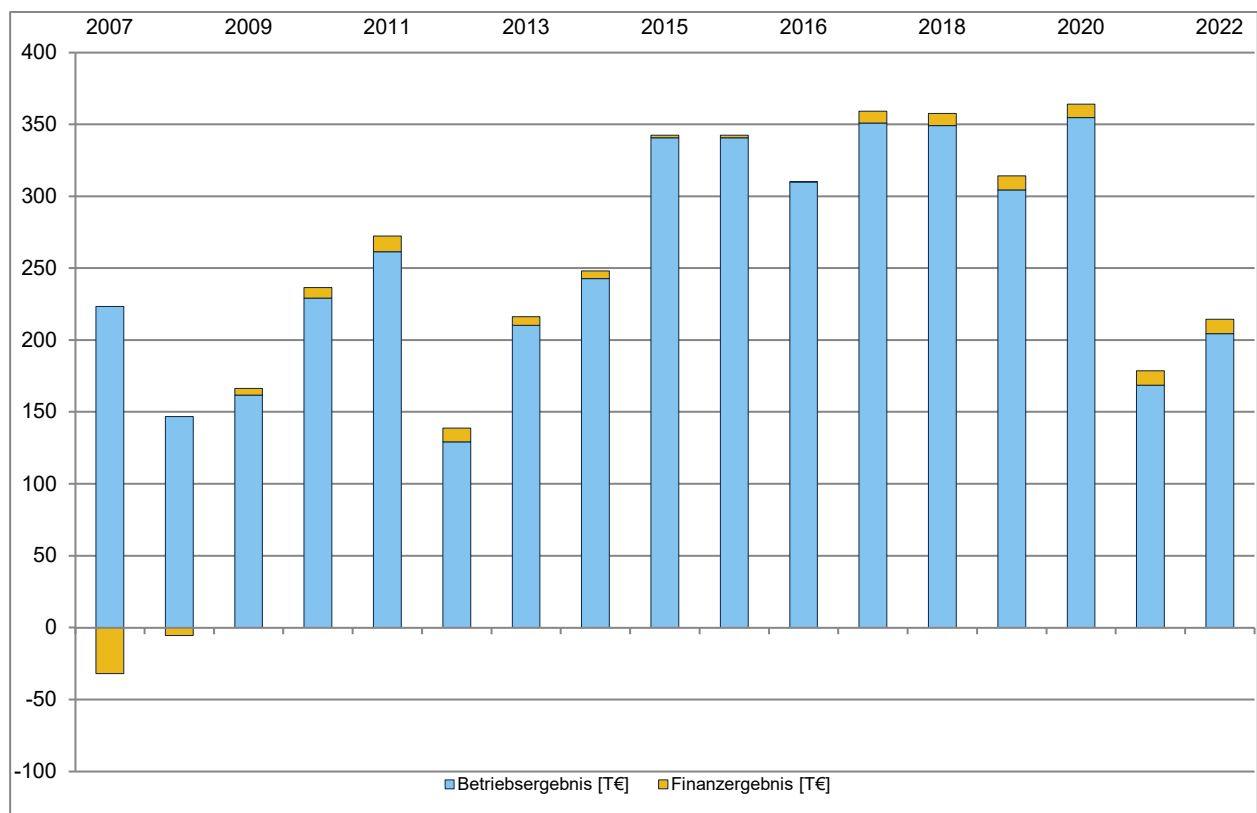
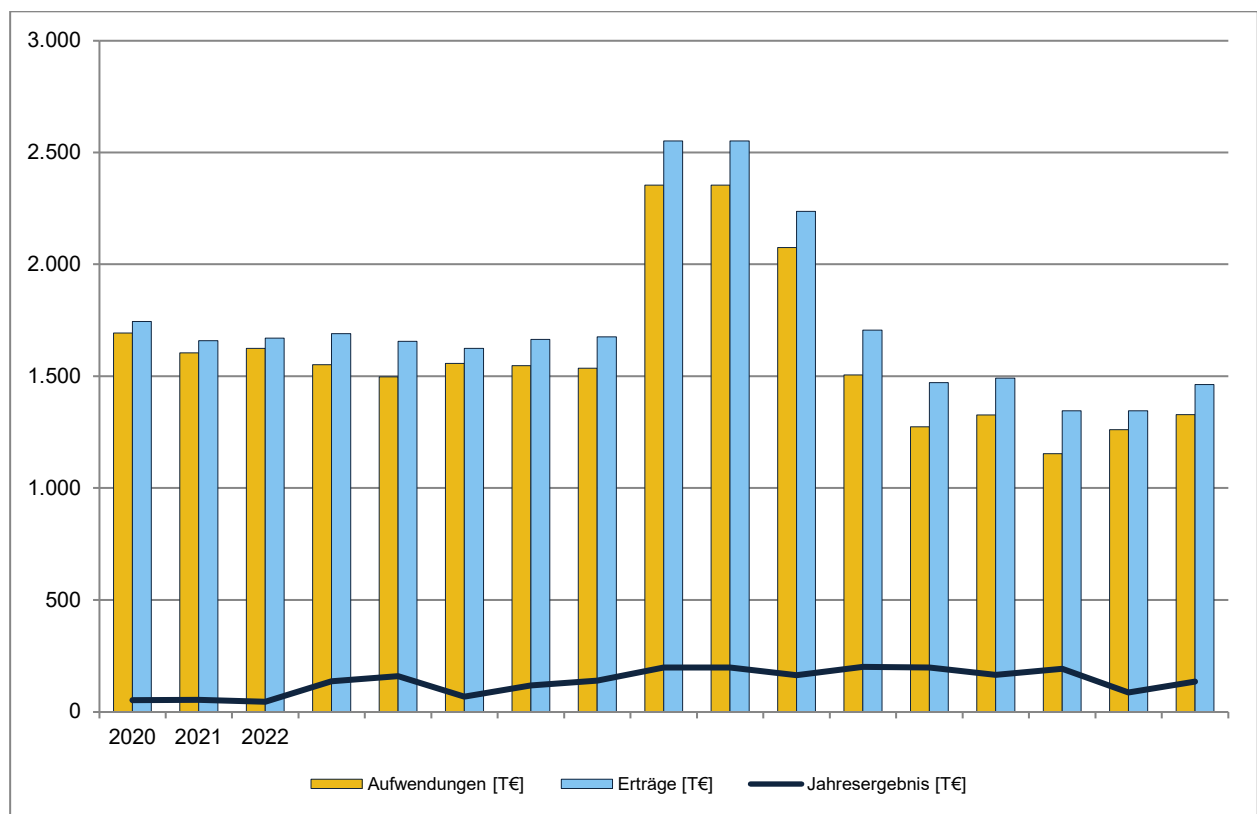
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	26.11.2020	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	64,67%	62,41%	67,05%	4,64%
Eigenkapitalrentabilität	8,91%	3,83%	5,70%	1,88%
Anlagendeckungsgrad	64,67%	62,41%	67,05%	4,64%
Verschuldungsgrad	53,77%	60,15%	49,06%	-11,09%
Umsatzrentabilität	27,20%	12,79%	14,48%	1,69%

17 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)



Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen
Telefon: 0201/22 1377
Telefax: 0201/22 2974
E-Mail: info@vka-rwe.de
Homepage: www.vka-rwe.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlicher und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2021/2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	536,86	0,42
Stammkapital	127,822	

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2022 gab es keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2019/2020	2020/2021	2021/2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	1.214,55 €	978,24 €	1.151,68 €	173,44 €	17,73%
II. Finanzanlagen	144.942,13 €	100.596,13 €	76.205,83 €	-24.390,30 €	-24,25%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermö- gensgegenstände	10.735,99 €	8.826,83 €	7.120,74 €	-1.706,09 €	-19,33%
II. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Guthaben bei Kreditinstituten	110.930,46 €	78.174,07 €	290.282,39 €	212.108,32 €	271,33%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.440,00 €	2.455,00 €	2.455,00 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	270.263,13 €	191.030,27 €	377.215,64 €	186.185,37 €	97,46%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97 €	127.822,97 €	127.822,97 €	0,00 €	0,00%
II. Eigene Anteile	-26.623,12 €	-38.981,03 €	0,00 €	38.981,03 €	-100,00%
II. Kapitalrücklage	2.288.084,68 €	185.808,00 €	255.546,55 €	69.738,55 €	37,53%
III. Gewinnrücklagen	400.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
V. Jahresergebnis ab 2008/2009 Bilanzergebnis	-2.670.365,29 €	-170.269,45 €	-255.949,99 €	-85.680,54 €	50,32%
B. Rückstellungen	9.900,00 €	10.400,00 €	10.400,00 €	0,00 €	0,00%
C. Verbindlichkeiten	141.443,89 €	76.249,78 €	239.396,11 €	163.146,33 €	213,96%
Summe Passiva	270.263,13 €	191.030,27 €	377.215,64 €	186.185,37 €	97,46%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2019/2020	2020/2021	2021/2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	40.659,13 €	80.674,00 €	61.469,63 €	-19.204,37 €	-23,80%
2. Personalaufwand	222.215,75 €	222.759,82 €	239.390,50 €	16.630,68 €	7,47%
3. Abschreibungen	487,93 €	236,31 €	323,98 €	87,67 €	37,10%
4. sonstige betriebliche Aufwendun- gen	60.023,54 €	58.381,71 €	91.990,14 €	33.608,43 €	57,57%
Betriebsergebnis	-242.068,09 €	-200.703,84 €	-270.234,99 €	-69.531,15 €	34,64%
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	18.470,00 €	12.715,00 €	14.285,00 €	1.570,00 €	12,35%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	44,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
7. Zinsen und ähnliche Aufwendun- gen	396,75 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	18.117,25 €	12.715,00 €	14.285,00 €	1.570,00 €	12,35%

Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-223.950,84 €	-187.988,84 €	-255.949,99 €	-67.961,15 €	36,15%
Jahresergebnis	-223.950,84 €	-187.988,84 €	-255.949,99 €	-67.961,15 €	36,15%

g) Lagebericht

1. Gegenstand und Finanzierung der Gesellschaft

Seit dem 1. Juli 2021 (Beginn des Geschäftsjahres) sind die beiden ehemaligen Vka-Verbände Essen (Rheinland) und Dortmund (Westfalen) in der Vka GmbH zusammengeführt. Gegenstand der Gesellschaft ist nach dem Gesellschaftsvertrag vom 24. November 2020 die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr einzelne Gesellschafter in energiewirtschaftlichen Fragen ihrer Gebiete beraten und insgesamt den Informationsaustausch zur Energiewende, Versorgungssicherheit und Energiepolitik gewährleistet. Verbandspositionen wurden gegenüber staatlichen Stellen, der RWE AG, anderen Verbänden und der Öffentlichkeit vertreten.

Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die durch Vor- und Nachschüsse der Gesellschafter gedeckt werden. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führte die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital minderten. Die Fehlbeträge wurden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt worden sind, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen.

In der Vereinbarung zwischen dem Vka Essen (Rheinland) und der Vka Dortmund (Westfalen) vom 24.11.2020 ist als Ziel die paritätische Finanzierung des Vka durch die „Alt- und Neugesellschafter“ formuliert worden. Die Kosten der Geschäftsstelle werden ab dem 01.07.2021 je zur Hälfte getragen, wobei der Kostenanteil für die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund auf maximal 120.000 € jährlich gedeckelt ist. Spätestens für das Geschäftsjahr 2024/2025 soll der Fehlbetrag nicht höher als 240.000 € sein. Bis dahin werden nach dem Beschluss der Gesellschafterversammlung des Vka Essen vom 27.04.2021 auftretende Liquiditätslücken durch die „Altgesellschafter“ und über den Verkauf von Allianz-Aktien geschlossen. So soll nun auch für den Ausgleich des Verlustvortrags aus dem (255.949,99 €) und zur weiteren Liquiditätssicherung verfahren werden.

Die Geschäftsführung wurde zudem beauftragt, auf der Grundlage einer Kostenanalyse Empfehlungen zur Senkung der Gesamtkosten der Geschäftsstelle bei der personellen und sächlichen Ausstattung zu erarbeiten. In der Gesellschafterversammlung am 02.12.2021 wurden die Ergebnisse der Kostenanalyse vorgestellt. Danach entfallen bezogen auf das Geschäftsjahr 2020/21 rd. 88 % der Gesamtkosten auf das Personal und die Miete einschließlich Nebenkosten, so dass signifi-

kante Aufwandsreduzierungen sich auch nur bei diesen Kostenpositionen erzielen lassen können. Die Erarbeitung von Handlungsoptionen war in den vergangenen Monaten darauf ausgerichtet.

In dieser Zeit ist es der Geschäftsführung gelungen, einen Restrukturierungsprozess einzuleiten, dessen Ergebnisse zu einer deutlichen Aufwandsreduzierung führen werden. Und dies nicht erst ab dem Geschäftsjahr 2024/2025, sondern bereits ab 2022/2023, also zwei Jahre früher. Insgesamt ergibt sich eine Aufwandsreduzierung von rd. T€ 31.

Unter Berücksichtigung der übrigen Erlös- und Aufwandspositionen reduzieren sich die Aufwendungen im Wirtschaftsplan 2022/2023 damit auf 258.500 €. Damit ist das Kostensenkungspotenzial bis auf weiteres ausgeschöpft. Mit Blick auf die aktuelle Inflationsrate, zu erwartende Tarifabschlüsse, steigende Energiepreise und die allgemeine Kostenentwicklung werden künftige Wirtschaftspläne auf dem jetzt erreichten Niveau vermutlich sogar wieder Aufwandssteigerungen verkraften müssen. Da das Stammkapital der Gesellschaft zu schützen ist, wird nach dem dadurch begrenzten Verkauf von Allianz-Aktien dann auch kein Weg an einer Erhöhung der Vorschüsse vorbeiführen.

Mit dem Zusammenschluss der beiden Vka-Verbände Essen und Dortmund ist die Anzahl der Geschäftsführer von vier auf zwei reduziert worden. Zumindest bis zum 30.06.2024 wird das nach den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung auch so bleiben. Ob es dann zum 01.07.2024 unter strategischen und finanziellen Gesichtspunkten Veränderungen geben soll, bedarf vorbereiteter Entscheidungen der Gesellschafter. Diese sollen in der Herbstsitzung 2023 getroffen werden, um einen hinreichenden Umsetzungszeitraum nutzen zu können. Die Geschäftsführung wird in Abstimmung mit den Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung rechtzeitig Handlungsalternativen erarbeiten.

Als weitere Konsequenz der Fusion hat die Gesellschafterversammlung am 27.04.2021 personelle Veränderungen in der Geschäftsführung beschlossen. Der bisherige Geschäftsführer Ernst Gerlach ist mit Ablauf des 30.06.2021 ausgeschieden, als Nachfolger wurde zum 01.07.2021 Herr Udo Mager zum Geschäftsführer bestellt. Ferner ist Herr Peter Ottmann mit Ablauf des 31.12.2021 aus der Geschäftsführung ausgeschieden; Herr Ingolf Graul wurde durch die Gesellschafterversammlung am 02.12.2021 zum 01.01.2022 als weiterer Geschäftsführer bestellt.

Am 15.06.2021 und mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.07.2021 sind die vom Vka selbst gehaltenen Geschäftsanteile mit einem Gesamtvolumen von € 38.981,03 an Gesellschafter der Vka Westfalen verkauft worden. Außerdem sind an diesem Tag weitere fünf Geschäftsanteile im Gesamtnennwert von € 3.149,58 von „Altgesellschaftern“ an Gesellschafter der Vka Westfalen mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.07.2021 verkauft worden. Diese insgesamt € 42.130,61 entsprechen einem Anteil von 32,96 % am Stammkapital von € 127.822,97. Zum 01.07.2021 hatte der Vka damit insgesamt 78 Gesellschafter.

Im laufenden Geschäftsjahr ist die Kreissparkasse Köln aus dem Gesellschafterkreis ausgeschieden. Die Geschäftsanteile wurden von Hochsauerlandkreis übernommen, sodass der Vka zum 30.06.2022 insgesamt 77 Gesellschafter hat.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahresstichtag betreffen die Finanzanlagen und das Guthaben bei Kreditinstituten. Die Finanzanlagen auf der Aktivseite verringerten sich durch die zur Liquiditätssicherung notwendigen Aktienverkäufe von T€ 101 auf T€ 76 (Buchwert). Bei den Guthaben bei Kreditinstituten sind in den ausgewiesenen T€ 290 bereits für das Geschäftsjahr 2022/2023 angeforderte Vorschüsse der Gesellschafter von T€ 226 (Vorjahr T€ 43) enthalten. Die frühzeitige Anforderung der Vorschüsse für das neue Geschäftsjahr erfolgte zur Sicherung der Liquidität. Insgesamt führte dieses zu einer Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten um T€ 63 auf T€ 239 bei gleichzeitiger Erhöhung des Eigenkapitals um T€ 23 auf T€ 127 auf der Passivseite.

Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen 970 Allianz-Aktien sowie 500 E.ON SE Aktien. Die letzteren wurden ursprünglich erworben, um auch nach der Neustrukturierung von RWE und E.ON die kommunalen Interessen vertreten zu können.

Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens ist zum 30. Juni 2022 mit T€ 76 in der Bilanz ausgewiesen.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2022 auf T€ 127 (30. Juni 2021: T€ 104). Es wurde durch Vorschüsse/Nachschüsse der Gesellschafter i.H.v. T€ 240 (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 33,8 % (30. Juni 2021: 54,6 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsmäßigen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2021/22 ein Jahresfehlbetrag von T€ 256, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat. Eigenkapitalerhöhend hat sich der mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1.07.2021 an Gesellschafter der Vka Westfalen erfolgte Verkauf der zuvor selbst gehaltenen Geschäftsanteile in Höhe von insgesamt T€ 39 ausgewirkt. Basierend auf dem Beschluss der Gesellschafter vom 2.12.2021 wurde der Bilanzverlust aus dem Geschäftsjahr 2020/2021 i.H.v. € 170.269,45 mit der zum 30.06.2021 vorhandenen Kapitalrücklage (185.808 €) verrechnet.

Die Ertragslage der Gesellschaft unterlag im Vergleich zum Vorjahr besonderen Einflüssen. Maßgebend dafür waren geringere Buchgewinne aus dem Verkauf von Allianz-Aktien (T€ -45) sowie einmalig gestiegene Personalkosten (T€ +17) für Urlaubsabgeltungen ausgeschiedener Mitarbeiter. Hinzu kommt, dass für die bis zum Geschäftsjahresende angefallenen Aufwendungen anlässlich einer kapitalmarktrechtlichen Beratung i.H.v. T€ 35 zunächst nur Erstattungen der Gesellschafter in Höhe von T€ 25 in Anspruch genommen wurden. Im Folge-Geschäftsjahr 2022/23 erfolgt die vollständige Kostenerstattung analog zu der finalen Honorarnote für restliche Beratungsleistungen.

Über die mit der Fusion der beiden Vka-Verbände getroffene Finanzierungsvereinbarung stehen dem Jahresfehlbetrag von T€ 256 Nachschüsse der Gesellschafter von T€ 240 und ein Bestand der Kapitalrücklage zum 30.06.2022 von T€ 16 gegenüber. Im Rahmen der Beschlüsse über die Ergebnisverwendung im Geschäftsjahr 2022/2023 wird damit ein vollständiger Ausgleich erzielt.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens betragen T€ 14 (2020/2021: T€ 13)

und resultieren aus Dividendenzahlungen der Allianz-Versicherung sowie der E.ON SE.

3. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip. Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.

Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend erhalten bleibt und die vollständige Finanzierung durch die Gesellschafter auch bei steigenden Kosten für den Geschäftsbetrieb getragen wird. Die Weichen für eine auskömmliche Finanzierung sind durch die zuvor beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen gestellt.

In 2022 hat die RWE AG eine Dividende für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von € 0,90 pro Aktie gezahlt. Gegenüber der Dividende für 2020 ergibt das ein Plus von € 0,05. In Zukunft soll die RWE-Dividende zunächst auf diesem Niveau gehalten und weiteres Ergebniswachstum den Investitionen in den Transformationsprozess zugeführt werden.

Obwohl der Gründungsgedanke der Anteilseigner des Vka unverändert fortbesteht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch künftig Gesellschafter ihre RWE-Aktien verkaufen und aus dem Vka auscheiden. Die Geschäftsführung stuft diese Entwicklung als ein latentes Risiko ein. Zu beachten ist allerdings auch, dass die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund erklärt haben, in diesem Fall ihre Gesellschaftsanteile auf bis zu 50 v. H. aufstocken zu wollen.

In der zum 01.07.2021 erfolgten Zusammenführung der beiden Vka-Verbände wird – neben einer angestrebten auskömmlichen Finanzierung des Vka – aber auch die Chance gesehen, dass für die 77 Gesellschafter und RWE-Aktionäre eine noch stärkere Verwirklichung des Gesellschaftszwecks verbunden werden kann. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit profilieren. Über regelmäßige Meetings, Veranstaltungen sowie über Rundschreiben werden die Gesellschafter kontinuierlich

über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns und relevante energie-wirtschaftliche Entwicklungen informiert.

Mit Schreiben vom 25.4.2022 hat die Enkraft Impactive GmbH & Co. KG (Enkraft) wenige Tage vor der Hauptversammlung der RWE AG 2022 gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)) geltend gemacht, dass sowohl den kommunalen-RWE Aktionären als auch dem Vka wegen der Verletzung von kapitalmarktrechtlichen Mitteilungspflichten nach dem Wertpapierhandels- gesetz ein Stimmrecht in der Hauptversammlung nicht zustehe und zudem die Ausschüttung von Dividenden zurückzustellen sei. Die Geschäftsführung des Vka ist diesem Ansinnen vor der Hauptversammlung unter Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe mit einer umfassenden Stellungnahme gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der RWE AG als auch gegenüber der BaFin entgegengetreten. Die in der Eingabe von Enkraft enthaltenen Vorwürfe sind nicht begründet. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die BaFin den Vorgang nicht weiter untersuchen wird. Die in diesem Zusammenhang entstandenen Aufwendungen wurden von den Gesellschaftern auf der Grundlage von Beschlüssen des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung vom 27.04.2022 übernommen.

Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nicht gesehen. Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

5. Ausblick

Die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem Verzicht auf fossile Energieträger sind bereits gewaltige Herausforderungen, die durch die geopolitischen Entwicklungen seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 eine neue Dimension erfahren haben. Aktuell stehen die Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiekosten im Vordergrund, ohne die klimapolitischen Ziele aufzugeben. Die Folgen für die Unternehmen der Energiewirtschaft und die Gesellschaft insgesamt lassen sich derzeit kaum seriös einschätzen. Um so wichtiger ist die Bündelung energiewirtschaftlicher Interessen der Kommunen über den Vka, denn in den Kommunen werden die Konsequenzen in erster Linie und unmittelbar spürbar.

Für das Geschäftsjahr 2022/2023 geht die Geschäftsführung nach dem Wirtschaftsplan, der in der Gesellschafterversammlung am 27.04.2022 vorgelegt wurde, von einem Jahresfehlbetrag auf Vorjahreshöhe aus, dessen Ausgleich durch die Nachschüsse der Gesellschafter erfolgt. Wesentliche Erträge sind neben gegenüber dem Vorjahr geringeren Aktienverkäufen nicht zu erwarten. Die sonstigen Aufwendungen werden sich jenseits der Sondereffekte für die kapitalmarktrechtliche Beratung um rd. T€ 30 reduzieren. Auf Basis der integrierten Liquiditätsplanung, mit der die Finanzierung der Gesellschaft bis Ende Oktober 2023 abgebildet wird, ist mit einer auskömmlichen Liquidität zu rechnen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Mager, Udo (seit 01.07.2021 bis 30.06.2024)) Ottmann, Peter (bis 31.12.2021) Graul, Birger Ingolf Joachim (seit 01.01.2022 bis 30.06.2025) Raphael, Detlef (ab 01.07.2024 bis 30.06.2027)	Dipl.-Verwaltungswirt Landrat a.D. Kämmerer a.D.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt

Gesellschafterversammlung: In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Gebietsausschuss: Dem Gebietsausschuss Nord: Alle Gesellschafter aus dem Land Niedersachsen und dem Regierungsbezirk Münster mit Ausnahme des Gebietes des Regionalverbandes Ruhr und aus den Regierungsbezirk Detmold.

Dem Gebietsausschuss Süd: Alle Gesellschafter aus den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland.

Dem Gebietsausschuss Mitte: Alle Gesellschafter aus dem Regierungsbezirk Köln und Arnsberg sowie den Städten Remscheid und Solingen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf.

Dem Gebietsausschuss West: Alle Gesellschafter aus Nordrhein-Westfalen, die nicht einem der übrigen Gebietsausschüsse angehören.

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Vertreter des Kreises Düren

Verwaltungsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	01.01.2015	

Gesellschafterversammlung:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.11.2004	

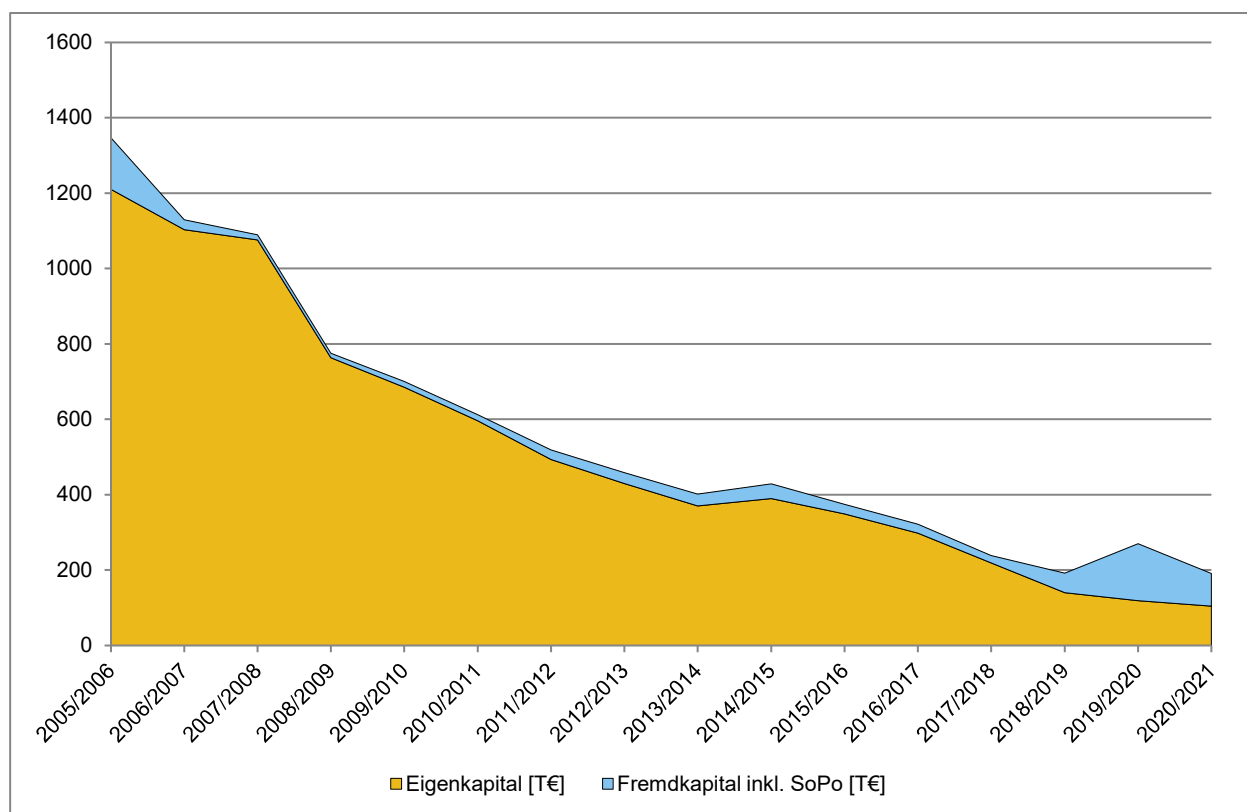
Gebietsausschuss Mitte:

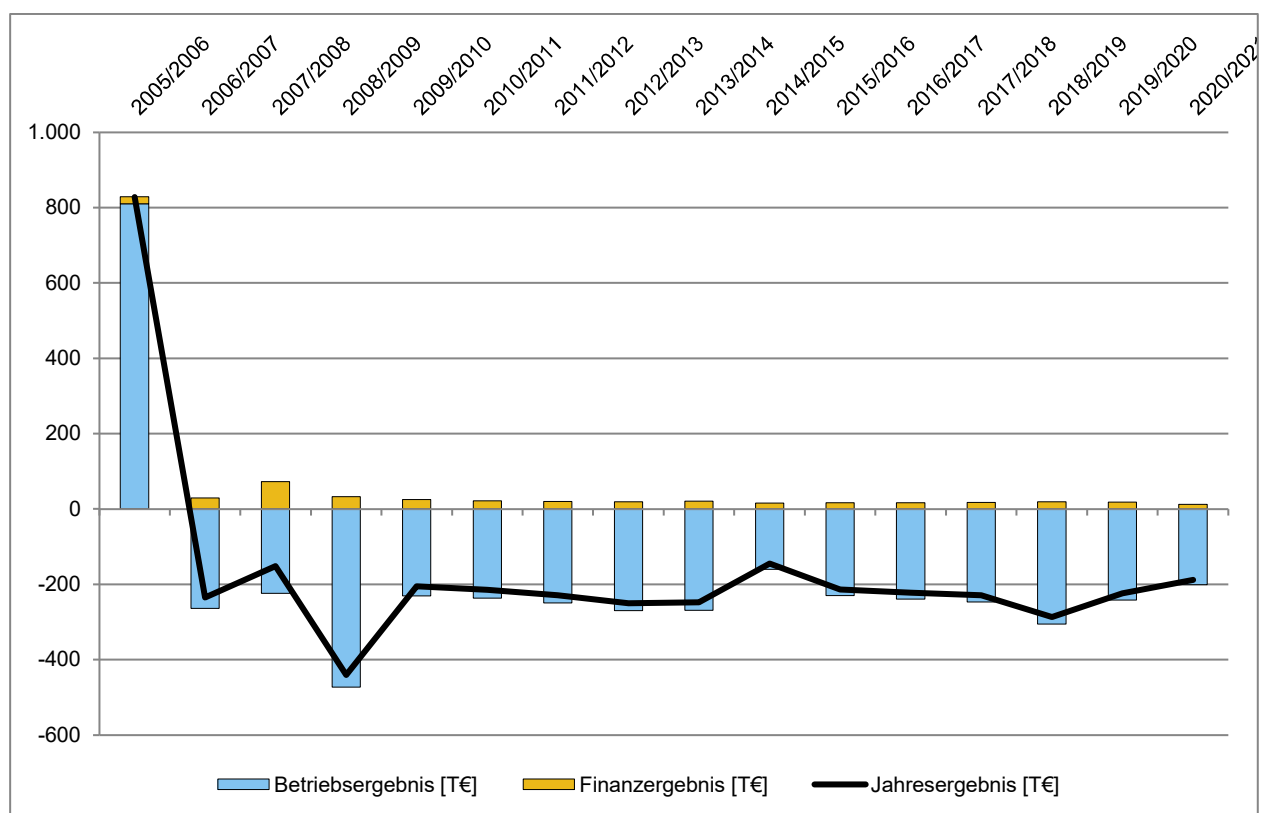
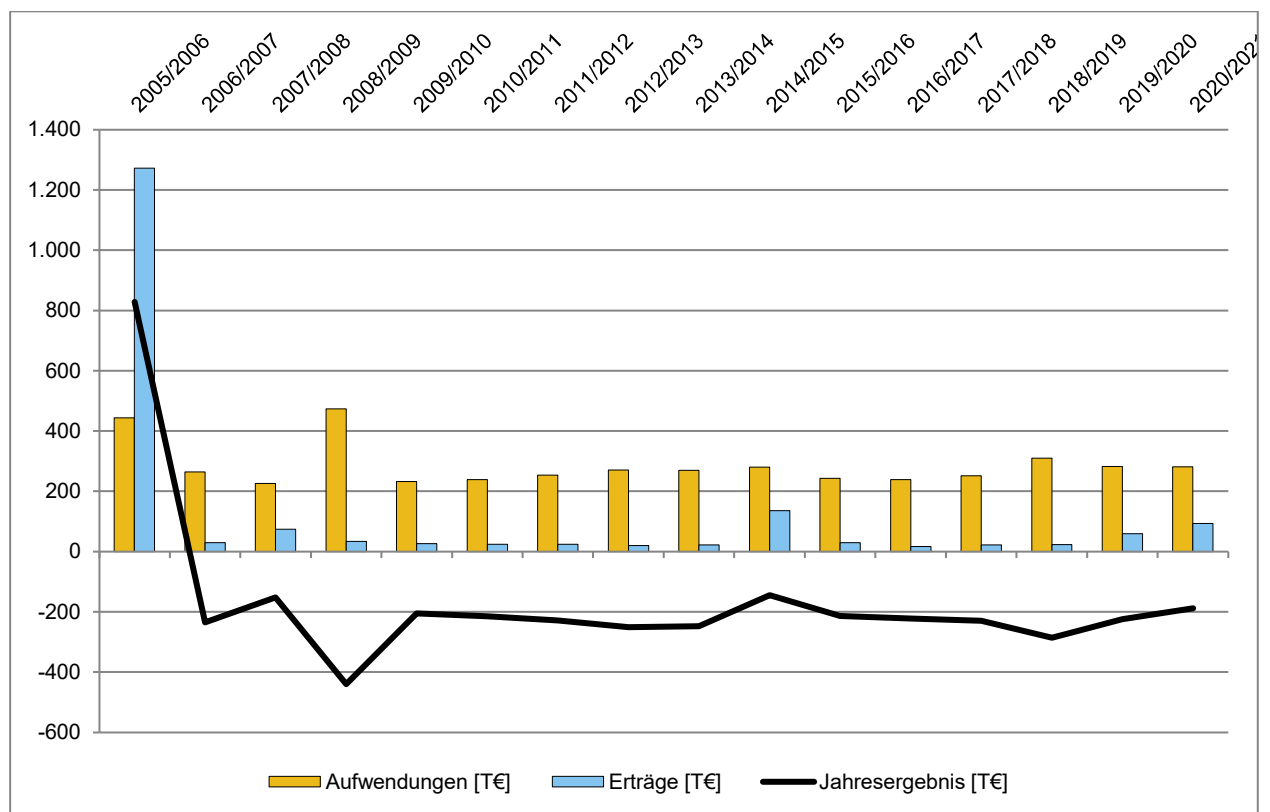
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	24.06.2014	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2019/2020	2020/2021	2021/2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	44,00%	54,64%	33,78%	-20,86%
Eigenkapitalrentabilität	227,27%	183,01%	296,04%	113,03%
Anlagendeckungsgrad 2	81,36%	102,76%	164,72%	61,95%
Verschuldungsgrad	127,27%	83,01%	196,04%	113,03%
Umsatzrentabilität				

18 Vogelsang IP gemeinnützige GmbH



Vogelsang 71
53937 Schleiden
Telefon: 02444/91579 23
Telefax: 02444/91579 29
E-Mail: info@vogelsang-ip.de
Homepage: www.vogelsang-ip.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von
 - a) Wissenschaft und Forschung
 - b) Bildung und Erziehung,
 - c) Kunst und Kultur
 - d) internationaler Gesinnung
 - e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur
 - f) Völkerverständigung
 - g) Umwelt- und Landschaftsschutz
 - h) Denkmalschutz
 - i) regionaler Identität sowie
 - j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen
3. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich
 - a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - b) die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
 - d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.
4. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
5. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	2,857	2,857
LVR Landschaftsverband Rhein-land	70,00	70,00
Kreis Euskirchen	17,142	17,142
StädteRegion Aachen	4,286	4,286
Kreis Heinsberg	1,429	1,429
Stadt Schleiden	2,857	2,857
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1,429	1,429
Stammkapital	100	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2022 gab es keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	25.413,00 €	42.174,00 €	38.693,06 €	-3.480,94 €	-8,25%
II. Sachanlagen	41.665.457,83 €	39.853.593,53 €	38.003.385,30 €	-1.850.208,23 €	-4,64%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	150.579,52 €	121.733,27 €	143.489,68 €	21.756,41 €	17,87%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	534.210,79 €	327.213,28 €	217.797,74 €	-109.415,54 €	-33,44%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.062.824,09 €	1.633.365,69 €	2.563.361,37 €	929.995,68 €	56,94%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	49.519,00 €	52.056,89 €	51.573,09 €	-483,80 €	-0,93%
Summe Aktiva	44.488.004,23 €	42.030.136,66 €	41.018.300,24 €	-1.011.836,42 €	-2,41%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	86.578,72 €	86.578,72 €	86.578,72 €	0,00 €	0,00%
III. Ergebnisvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
V. Bilanzergebnis	-80.341,65 €	-80.341,65 €	141.149,09 €	221.490,74 €	-275,69%
B. Ausgleichsposten Gebäude	0,00 €	0,00 €	1.618.487,39 €	1.618.487,39 €	

B. Sonderposten	28.961.916,99 €	27.583.189,99 €	26.200.304,80 €	-1.382.885,19 €	-5,01%
C. Rückstellungen	133.794,00 €	196.049,75 €	128.120,75 €	-67.929,00 €	-34,65%
D. Verbindlichkeiten	15.220.956,17 €	14.064.276,84 €	12.743.171,99 €	-1.321.104,85 €	-9,39%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	65.100,00 €	80.383,01 €	487,50 €	-79.895,51 €	-99,39%
Summe Passiva	44.488.004,23 €	42.030.136,66 €	41.018.300,24 €	-1.011.836,42 €	-2,41%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.331.641,33 €	1.973.629,50 €	2.515.454,61 €	541.825,11 €	27,45%
2. Erhöhung des Bestands anfertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. andere aktivierte Eigenleistungen	48.029,84 €	11.293,47 €	5.809,94 €	-5.483,53 €	-48,55%
4. Erträge aus Auflösung von Sonderposten	1.441.779,75 €	1.428.192,63 €	0,00 €	-1.428.192,63 €	-100,00%
5. sonstige betriebliche Erträge	1.756.470,45 €	1.838.839,30 €	3.100.124,49 €	1.261.285,19 €	68,59%
6. Materialaufwand	215.471,45 €	517.973,65 €	709.881,70 €	191.908,05 €	37,05%
7. Personalaufwand	1.908.833,84 €	1.747.421,83 €	1.676.836,05 €	-70.585,78 €	-4,04%
8. Abschreibungen	2.050.256,55 €	2.013.804,83 €	2.054.387,12 €	40.582,29 €	2,02%
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.123.659,04 €	712.209,03 €	709.802,79 €	-2.406,24 €	-0,34%
Betriebsergebnis	279.700,49 €	260.545,56 €	470.481,38 €	209.935,82 €	80,58%
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.350,00 €	0,00 €	0,94 €	0,94 €	
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	261.167,00 €	259.773,30 €	249.686,42 €	-10.086,88 €	-3,88%
Finanzergebnis	-258.817,00 €	-259.773,30 €	-249.685,48 €	10.087,82 €	-3,88%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	20.883,49 €	772,26 €	220.795,90 €	220.023,64 €	28490,88%
12. Sonstige Steuern	2.434,02 €	772,26 €	1.112,93 €	340,67 €	44,11%
13. Steuerern vom Einkommen und Ertrag	12.212,40 €	0,00 €	-1.807,77 €	-1.807,77 €	
Jahresergebnis	6.237,07 €	0,00 €	221.490,74 €	221.490,74 €	

g) Lagebericht

1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH (im Folgenden VIP genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Der Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

ZWECK UND GEGENSTAND DER GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

- a) Wissenschaft und Forschung,
- b) Bildung und Erziehung,
- c) Kunst und Kultur,
- d) internationaler Gesinnung,
- e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,
- f) Völkerverständigung,
- g) Umwelt- und Landschaftsschutz,
- h) Denkmalschutz,
- i) regionaler Identität sowie
- j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen.

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Hierzu zählen ausschließlich

- a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- b) die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Im Jahr 2022 waren die folgenden Gesellschafter beteiligt:

- Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit 70.000 € | (70 %)
- Kreis Euskirchen mit 17.142 € | (17,142%)

- StädteRegion Aachen mit 4.286 € | (4,286%)
- Kreis Düren mit 2.857 € | (2,857%)
- Kreis Heinsberg mit 1.429 € | (1,429%)
- Stadt Schleiden mit 2.857 € | (2,857%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 1.429 € | (1,429%)

Organe der Gesellschaft im Jahr 2022 waren die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führte gemäß Festlegung im Gesellschaftsvertrag ein Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland, den stellvertretenden Vorsitz ein Vertreter des Kreises Euskirchen.

Die Gesellschaft weist ein Stammkapital von 100.000 € auf, deren Anteile von den Gesellschaftern quotal eingebracht sind. Bei einzelnen wichtigen Beschlüssen besteht eine Mehrheitserfordernis von 85%. Die Verlustausgleichsverpflichtung der Gesellschafter ist satzungsgemäß auf max. 1,4 Mio. € p.a. beschränkt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Seit dem 07.04.2020 ist Thomas Kreyes alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft.

Gemäß notarieller Beurkundung vom 08.02.2022 besitzt Frank Jansen Einzelprokura und ist Leitender Angestellter nach § 5 Abs. 3 BetrVG.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VERMÖGENS- FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die VIP den Betrieb der zentralen Besucherinformation des Standortes Vogelsang IP sowie eine Vielzahl von Bildungsaktivitäten durch. Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Besucherinformationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Shop,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“
- die Organisation von offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie von Begleitprogrammen von Tagungen und Konferenzen
- den Betrieb des Besucherparkplatzes,
- den Betrieb des Geländemanagements.

Darüber hinaus vermietet bzw. verpachtet die VIP

- die Flächen des Nationalpark-Zentrums Eifel und der Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“ an Wald und Holz NRW
- die Räumlichkeiten der Gastronomie.

Mit Wald und Holz NRW besteht des Weiteren ein Geschäftsbesorgungsvertrag zum gemeinsamen Besucherzentrum und Informationssystem.

Im Jahr 2022 waren u.a. folgende Nachfragewerte festzustellen:

		2022	2021	2019	2022 zu	
					2021	2019
1.	Besucher Gelände ca.	221.940	185.100	281.500	20%	-21%
2.	Besucher Ausstellung NS-Dokumentation	21.169	12.218	38.873	73%	-46%
3.	Anzahl Bildungsformate Gesamt	1.994	794	2.041	151%	-2%
	Teilnehmende Gesamt	29.150	12.198	35.470	139%	-18%
	Anzahl Offene Führung (inkl. Specials)	534	419	664	27%	-20%
	Teilnehmende Offene Führung	9.377	5.616	10.148	67%	-8%
	Anzahl Gebuchte Führung	578	227	920	155%	-37%
	Teilnehmende Gebuchte Führung	9.394	3.313	15.538	184%	-40%
	Anzahl Jugendbildungsformate	501	142	445	253%	13%
	Teilnehmende Jugendbildung	8.412	3.194	9.559	163%	-12%
	Anzahl sonstige vertiefende Angebote (Workshops)	20	6	12	233%	67%
	Teilnehmende sonstige vertiefende Angebote	267	75	225	256%	19%
4.	Anzahl offene Turmaufstiege	361	263	394	37%	-8%
	Teilnehmer Turmaufstiege	1.700	1.035	2.432	64%	-30%

Das Jahr 2019 ist als letztes betriebliches „Normaljahr“ – vor Corona und dem Hochwasser in der Nordeifel - nachrichtlich mitaufgeführt.

Die Besucherzahlen des Standorts Vogelsang IP im Nationalpark Eifel haben sich im Jahr 2022 wieder erhöht, lagen jedoch weiter deutlich hinter 2019.

Die Nachfrage-Werte sind im Vergleich zum Jahr 2021 teilweise wieder deutlich gestiegen, haben jedoch noch nicht bei allen Formaten die Werte aus dem Jahr 2019 erreicht. Erfreulich ist die Steigerung bei den Jugendbildungsprogrammen. Bei den (gebuchten) Führungen und den Einritten zur NS-Dokumentation ergibt sich leider ein rückläufiger Trend gegenüber dem Jahr 2019.

Nach den Erfahrungen scheinen die Beeinträchtigungen durch die Corona-Pandemie und die Hochwasser-Katastrophe im Jahre 2021 weitestgehend überwunden zu sein. Das allgemeine Konsumklima ist angesichts der Unsicherheiten wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der gestiegenen Lebenshaltungskosten weiterhin getrübt, was sich negativ auf die allgemeinen Besucherzahlen und die damit in Verbindung stehenden Werte ausgewirkt hat.

Weitere Ausführungen s. Ziffer 2.4 Ertragslage.

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

Das aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschafter finanzierte Forum Vogelsang IP wurde im Jahre 2016 eröffnet. Hierzu bestehen noch einzelne Restmaßnahmen. Dies betrifft insbesondere die Sanierung des Daches des Besucherzentrums, die im Jahre 2022 gestartet wurde.

Die VIP hat alle weiteren geplanten größeren Investitionen wegen der angespannten Finanzlage in Abstimmung mit den Gesellschaftern zurückgestellt und nach öffentlichen Förderungen gesucht.

Zur mittelfristig erforderlichen Restaurierung der sogenannten „Bastion“ und der anliegenden Stützmauer mit einem Volumen von rd. 870 T€ wurden Fördermittel beantragt; eine Förderung mit Beginn der Maßnahme im Jahre 2023 ist avisiert. Zur mittelfristig zwingend erforderlichen Sanierung von Teilen des Kulturkinos wurden bislang keine Fördermittel bewilligt. Die Beschaffung eines Dienstfahrzeuges wurde mit Fördermitteln durchgeführt.

Einen weiteren Schwerpunkt im Jahr 2022 bildete die Weiterentwicklung des Konzepts zu Van Dooren – Neue Mitte. Der im Jahr 2021 gefasste Beschluss der Gesellschafterversammlung zum Kauf der Immobilie und der Grundstücke im zentralen Bereich wurde im Juli 2022 vollzogen. Weiterhin wurde ein qualifiziertes Planungsbüro mit der Entwicklung von Nutzungsentwürfen zur Suche nach potenziellen Mietern beauftragt. Im April 2023 wird hierzu ein Studierenden-Workshop stattfinden. Die Geschäftsführung hofft auf die Unterstützung seitens der Landesregierung hinsichtlich Fördermöglichkeiten und zu möglichen Mietern, z.B. der Nationalparkverwaltung.

2.1.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Unter Einbeziehung der vorab geleisteten Gesellschafterverlustausgleichszahlungen von 1.383.316,01 € ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 221.490,74 €. Das Geschäftsergebnis des Jahres 2022 liegt vor dem Gesellschafterverlustausgleich bei einem Minus von 1.161.825,26 € und damit deutlich unter dem Planwert von Minus 1.383.316,00 € und dem maximalen Verlustrahmen lt. Gesellschaftsvertrag von 1.400.000 €.

Die Aufwendungen, Erträge und das Ergebnis stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar (in T€, gerundet):

	2022	2021	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
1. Umsatzerlöse, davon	2.515	1.974	542	27,5%
Erlöse aus Vermietung und Verpachtung	1.036	907	129	14,2%
Erträge aus Förderprojekten	338	265	73	27,7%
Erlöse NS-Ausstellung und Bildungsprogramme	407	222	186	83,9%
Erlöse Geschäftsbesorgungsvertrag NPZ	219	183	36	19,4%
Erlöse Parkplatz	152	106	46	43,7%
Erlöse Tagungen und Veranstaltungen	114	60	54	89,8%
Erlöse Shop	107	59	48	80,6%
Erlöse Geländemanagement	47	48	- 1	-1,9%
Erlöse NPZ Tickets und Programme	78	46	32	70,2%
Korrektur NPZ-Abrechnungen Vorjahr	-	25	- 25	
Erlöse Turmaufstiege	9	5	4	72,3%
Sonstige Erlöse	6	46	- 40	-87,6%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	6	11	- 5	-48,6%
3. Sonstige betriebliche Erträge, davon	3.100	3.267	- 167	-5,1%
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1.423	1.428	- 5	-0,4%
Finanzierungszuschüsse Gesellschafter	1.383	1.399	- 15	-1,1%
Periodenfremde Erträge	101	10	91	926,9%
Erträge aus der Herabsetzung EWB	28	-	28	
Erträge aus Anlagenabgängen	17	-	17	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	16	25	- 10	-37,9%
Erhaltene Spenden	6	0	6	3850,1%
Versicherungsentschädigungen	1	15	- 14	-94,0%
Erträge aus Corona-Hilfen	-	267	- 267	-100,0%
Erstattungen Aufwandsausgleichsgesetz (AAG)	-	7	- 7	-100,0%
Verrechnete sonstige Sachbezüge	-	7	- 7	-100,0%
Sonstige betriebliche Erträge	126	109	17	15,1%
4. Materialaufwand, davon	710	518	192	37,0%
Betriebskosten Nationalpark-Zentrum Eifel	194	192	2	1,3%
Wareneingang Shop, Tagungen, Veranstaltg.	135	55	80	146,3%
Betriebskosten Gastronomie	83	60	22	36,9%
NPZ Tickets und Programme	78	46	32	68,7%
Materialaufwand Förderprojekte	52	32	20	61,1%
Bestandsveränderungen Vorratsvermögen	- 24	29	- 53	-184,2%
Materialaufwand Nationalpark-Zentrum Eifel	18	9	9	104,3%
Materialaufwand Werbemittel	7	-	7	
Materialaufwand Geländemanagement	7	12	- 5	-43,0%
Referententätigkeit	110	53	57	108,4%
Fremdleistungen Förderprojekte	48	29	19	64,2%
Fremdleistungen Veranstaltungsmanagement	4	2	2	74,3%
5. Personalaufwand	1.677	1.747	- 71	-4,0%
6. Abschreibungen	2.054	2.014	41	2,0%
7. Sonstige betr. Aufwendungen, davon:	710	712	- 2	-0,3%
Raumkosten (Reinigung, Strom, Gas, Wasser)	185	203	- 18	-8,6%
Instandhaltungskosten	96	108	- 12	-11,0%
Rechts-/Beratungs-/Buchführungs-/Abschluss- und Prüfungskosten	74	102	- 28	-27,2%
Versicherungen und Beiträge	66	66	- 0	-0,1%
Einzelwertberichtigung auf Forderungen	57	24	33	135,5%
Geländemanagement	13	17	- 5	-26,8%
Sonstige	219	192	27	13,9%
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	-	0	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	250	260	- 10	-3,9%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 2	-	2	
11. Ergebnis nach Steuern	223	1	222	
12. Sonstige Steuern	1	1	0	
13. Jahresüberschuss	221	-	221	

Zu den Erlösen wird auf Ziffer 2.4 Ertragslage verwiesen. Auf der Aufwandsseite haben die von der Geschäftsführung eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen Erfolg gezeigt. Bei den Energiekosten ist zu berücksichtigen, dass der Strom- und Gaspreis bis Ende 2022 durch bestehende Verträge auf dem alten Niveau geblieben ist.

2.1.4 ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Der öffentliche Zweck wurde auch im Jahr 2022 vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Information, Bildung und kulturelle Angebote verwirklicht. Nach der Pandemie und dem Hochwasser ist es gelungen, die Funktion von Vogelsang IP im Nationalpark Eifel als kultur- und bildungstouristische Destination zu erhalten, ebenso als außerschulischer Lernort. Zudem hat die VIP zahlreiche Kooperationen z.B. mit Schulen und anderen Bildungsträgern abgeschlossen, um die Aktivitäten in der Jugendbildung und in öffentlichen Ausstellungs-, Bildungs- und Veranstaltungsangeboten weiter auszubauen.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft zum 31.12.2022 stellt sich im Vergleich zum 31.12.2021 wie folgt dar (Angaben in T€):

			Veränderung	
	2022	2021	T€	%
AKTIVA				
A. Anlagevermögen	38.042	39.896	- 1.854	- 4,6%
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	39	42	- 3	- 8,3%
II. Sachanlagen	38.003	39.854	- 1.850	- 4,6%
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	36.876	38.422	- 1.547	- 4,0%
2. Technische Anlagen und Maschinen	43	48	- 6	- 11,5%
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.075	1.375	- 300	- 21,8%
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10	8	2	23,6%
B. Umlaufvermögen	2.925	2.082	842	40,5%
I. Vorräte	143	122	22	17,9%
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	23	15	8	52,9%
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	120	107	14	12,9%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	218	327	- 109	- 33,4%
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	174	192	- 19	- 9,8%
2. Forderungen gegen Gesellschafter	16	32	- 16	- 50,9%
3. sonstige Vermögensgegenstände	28	103	- 74	- 72,3%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	2.563	1.633	930	56,9%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	52	52	- 0	
Summe Aktiva	41.018	42.030	- 1.012	- 2,4%
PASSIVA	2022	2021		
A. Eigenkapital	328	106	221	208,5%
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	-	
II. Kapitalrücklage	87	87	-	
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	141	-80	221	- 275,7%
B. Ausgleichsposten Gebäude	1.618	0	1.618	
C. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	26.200	27.583	- 1.383	- 5,0%
D. Rückstellungen	128	196	- 68	- 34,6%
1. Steuerrückstellungen	0	0	0	- 100,0%
2. Sonstige Rückstellungen	128	196	- 68	- 34,5%
E. Verbindlichkeiten	12.743	14.064	- 1.321	- 9,4%
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.983	8.319	- 336	- 4,0%
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	5	0	5	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	169	320	- 151	- 47,1%
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.867	5.033	- 1.166	- 23,2%
5. Sonstige Verbindlichkeiten	719	392	327	83,3%
- davon aus Steuern	415	60	355	591,7%
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	1	13	- 12	- 92,3%
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	80	- 80	- 99,4%
Summe Passiva	41.018	42.030	- 1.012	- 2,4%

Als besonderer Posten ist eine im Jahr 2022 erhaltene Abstandszahlung der Bundesimmobilienanstalt für die öffentliche Entwicklung der ehemaligen Kaserne Van Dooren, die als NS-Projekt „Haus des Wissens“ teilweise unter Denkmalschutz steht, zu sehen. Dieser wurde auf der Passivseite als Ausgleichsposten ausgewiesen. Unter den sonstigen Verbindlichkeiten ist unter anderem die sich hieraus voraussichtlich ergebende Umsatzsteuer in Höhe von 310 T€ enthalten.

Die Eigenkapitalquote hat sich verbessert.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der VIP war im Berichtsjahr 2022 aufgrund

- der seitens der Gesellschafter im Voraus zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- eines seitens des LVR bereitgestellten Liquiditätsdarlehens im Rahmen des Cash-Poolings von bis zu 1 Mio. € und
- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich und zu Investitionen

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der VIP geordnet. Die Liquidität zum Bilanzstichtag beträgt 2.563 T€ (Vorjahr: 1.633 T€).

2.4 ERTRAGSLAGE

Die Erträge sind in der Übersicht zu Ziffer 2.1.3 Geschäftsergebnis dargestellt.

Die Umsätze haben im Jahr 2022 in vielen Bereichen noch nicht das Niveau des Jahres 2019 erreicht, allerdings bei den Bildungsprogrammen im Bereich der vertiefenden Angebote und der Jugendbildung übertroffen, ebenso bei den Förderprojekten im Bildungsbereich.

Schwierig erscheint bei den Erlösen weiterhin das Niveau der Ausstellungseintritte der Dauerausstellung „Bestimmung Herrenmensch“, die noch deutlich hinter dem Niveau des Jahres 2019 und auch des Jahres 2020 rangieren. Bei den Parkeinnahmen konnte nach der Umstellung auf einen Tagestarif im August 2022 wieder ein deutlicher Einnahmeanstieg verzeichnet werden, der aber auf Jahresbasis immer noch unter den Erlösen des Jahres 2019 liegt.

Im Gegensatz zu den Jahren 2020 und 2021 wurden keine Hilfen für Corona oder Flut in Anspruch genommen.

3. PROGNOSEBERICHT

Bei der im Oktober 2022 aufgestellten Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 wurde angesichts der zu erwartenden Steigerung der Energiekosten ein Ergebnis von -1.399 T€ vor Verlustausgleich durch die Gesellschafter in der Erwartung staatlicher Hilfen für die Energiekosten geplant.

Die aktuellen Aussichten für das Geschäftsjahr 2023 haben sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung verbessert, sind in Teilen noch unsicher.

Das Gäste- und Gruppenaufkommen am Standort Vogelsang IP in den Monaten Januar bis März 2023 hat sich wieder leicht erholt. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen bzw. konjunkturellen Entwicklung auf das Freizeit- und Reiseverhalten bleiben für die wichtige Frühjahrs- und Sommersaison offen. Zielsetzung ist es, den Trend „Urlaub im eigenen Land“ aus dem Corona-Jahr mit dem Fokus auf kultur-, natur- und bildungstouristische Angebote zu nutzen. Die ersten drei, generell umsatzschwachen Monate im Jahre 2023 lassen noch keine Rückschlüsse auf den Jahresverlauf zu. Wesentlich erscheint die Positionierung von Vogelsang IP im Nationalpark Eifel als weit überregionale Destination mit einer hohen öffentlichen bzw. gesellschaftlichen Bedeutung, um die Gästennutzung weit über die Landesgrenzen auszudehnen.

Als gravierendes Risiko sind zunächst die hohen Energiekosten zu sehen. Der ab dem Jahre 2020 abgeschlossene Stromliefervertrag galt bis Ende 2022, der Vertrag zur Gaslieferung aus dem Jahre 2021 (mit guten Konditionen) besteht noch bis Ende 2024. Beim Strompreis hat ein neuer Vertragsabschluss zu einer eklatanten Preiserhöhung für das Jahr 2023 geführt. Die VIP wird hier voraussichtlich durch die sog. „Strompreisbremse“ und einer erwarteten Hilfe aus dem „Energiefonds Kultur“ entlastet werden, deren genaue Volumina und Bedingungen zurzeit noch nicht feststehen.

Aus Sicht des Unternehmens stellt auch die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht feststehende Steigerung der Personalkosten durch eine mögliche Übernahme der tariflichen Steigerung im Öffentlichen Dienst ein Risiko dar. Die VIP ist nicht tarifgebunden, in der Vergangenheit sind allerdings die Abschlüsse im TVöD übernommen worden. Eine Abkoppelung von der Tarifentwicklung könnte die Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal für die anspruchsvolleren Tätigkeiten in der Region zu gewinnen, weiter verschärfen.

Durch den hohen Bestand an Gebäuden und Liegenschaften inkl. hoher Denkmalschutzanforderungen sieht sich die VIP auch den Lieferschwierigkeiten und dem Fachkräftemangel seiner Zulieferer und Auftragnehmer ausgesetzt, zumal im Immobilien- und Baubereich eine hohe Inflation festzustellen ist, die sich unmittelbar auf die Aufgaben der Sanierung und Erhaltung der VIP auswirkt.

Die Maßnahmen im Investitionsbereich hängen in hohem Maße von Förderungen ab. Hier sind Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen zu beachten.

Wesentliche operative Schwerpunkte im Jahr 2023 sind:

- Pflege der Reputation als Ort für qualitativ hochwertige Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Bildungsangebote mit überregionaler Bedeutung
- Ausbau bzw. Entwicklung eines proaktiven Vertriebssystems in Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern wie dem Nationalpark Eifel
- Verstärkung der Präsenz in den digitalen Medien in Verbindung mit digitaler Angebotsplanung und Buchungsmöglichkeit
- Analyse und Bewertung des Bestands an Immobilien und Liegenschaften und deren zukünftige Konzeption und Finanzierung
- Ausbau der Schul- und Jugendbildungsangebote über die bisherigen Förderungen mit dem Kreis Euskirchen hinaus
- Steigerung der Professionalität und Modernität bei der Abwicklung der Projekte der historisch-politischen bzw. gesellschaftlichen Bildung
- Akquise renommierter Kooperationspartner im Hinblick auf die Schwerpunkte Historie/Bildung sowie Natur- und Artenschutz
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der Gastronomie zur Erhöhung der Kunden- und Veranstaltungszahlen
- Etablierung neuer Angebote und Ausbau der (größeren) Veranstaltungen insbesondere im Belgischen Kulturkino
- Fortführung der Konsolidierungsmaßnahmen und des Kostenmanagements in allen relevanten Aufgabenbereichen

- Akquise von Förderungen für Investitionsprojekte unter Einschluss von Landes-, Bundes- und EU-Programmen
- Weiterentwicklung wichtiger Themen wie Mobilität/Parken, Digitalisierung und nachhaltige Energieversorgung

Grundlage hierfür ist der im Jahre 2020 eingeleitete Strategieprozess unter Einbindung der Gesellschafter, der Standortpartner und der Mitarbeitenden der VIP, der auf eine bessere Vernetzung, Arbeitsteilung und öffentliche Wahrnehmung von Vogelsang abzielt. Mehrere Projektansätze, u.a. zur besseren Mobilität zum und am Standort sowie zu einer erhöhten Digitalisierung des Kundenaustauschs und der Bildungsangebote, erfordern bereits in der Konzeptphase öffentliche Förderungen, weil sie kaum aus dem laufenden Geschäftsbetrieb adäquat finanziert werden können. Gleiches gilt für diverse Bau- und Technikinvestitionen wie die erforderlichen Sanierungen der sog. „Bastion“ oder des Belgischen Kulturkinos.

Die VIP wird wie in den Vorjahren die wirtschaftliche Situation regelmäßig betrachten und gegebenenfalls unter Einbindung der Gesellschafter bei potentiellen Risiken geeignete Gegenmaßnahmen einleiten.

Im Falle eines entsprechenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung aufgrund der Empfehlung der Geschäftsführung entsteht eine Kapitalrücklage von 212 T€, um eventuelle künftige Defizite auszugleichen.

5. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Gesellschaft verfolgt gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29.10.2020 einen wirtschaftlichen Konsolidierungskurs mit dem Ziel, einerseits den Aufwand, insbesondere Personalaufwand, systematisch zu begrenzen und andererseits die Erlöse vor allem im Bildungsbereich nach den Corona-Einbrüchen allmählich zu erhöhen. Hierfür werden weiterhin Personal- und Sachaufwand kritisch hinterfragt und der Mitteleinsatz stärker an potenzielle Erlösmöglichkeiten gekoppelt. Die Verbesserung unprofessioneller Geschäftsprozesse (z.B. Buchhaltung) ist in großen Teilen abgeschlossen und wird im Jahr 2023 mit der Etablierung eines Risikomanagement-Systems und Internes Kontrollsystem (IKS) fortgeführt.

Die Chancen der VIP richten sich vor allem auf die Steigerung der Gäste im Bildungs- und Veranstaltungsbereich auch durch verstärkte digitale Aktivitäten. Darüber hinaus hängt die Entwicklung der VIP entscheidend vom professionellen Ausbau des Standorts Vogelsang IP im Nationalpark Eifel sowie dessen öffentlicher und gesellschaftlicher Wahrnehmung inkl. der politischen Unterstützung durch die Gesellschafter und das Land NRW ab. Nur mit solcher Unterstützung ist das aktuelle Projekt „Van Doo- ren | Neue Mitte“ zu realisieren. Das Hotelprojekt eines niederländischen Investors ist ein weiterer, wichtiger Faktor für den Standort und die VIP. Die in den letzten Jahren kritische wirtschaftliche Situation erscheint aber auf dem derzeitigen Niveau gesichert. Die Aktivitäten der VIP können sich nun auch auf weitere Zukunftsthemen wie Mobilität, Energie und Digitalisierung konzentrieren.

6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der VIP wurden im Jahr 2022 keine Finanzinstrumente eingesetzt. Im Jahr 2023 erfolgte eine Anlage in sichere Anlageformen wie Fest- und Tagesgelder.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Kreyes, Thomas (seit November 2019)	Erftstadt	
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.	1 Stimme	je 1,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

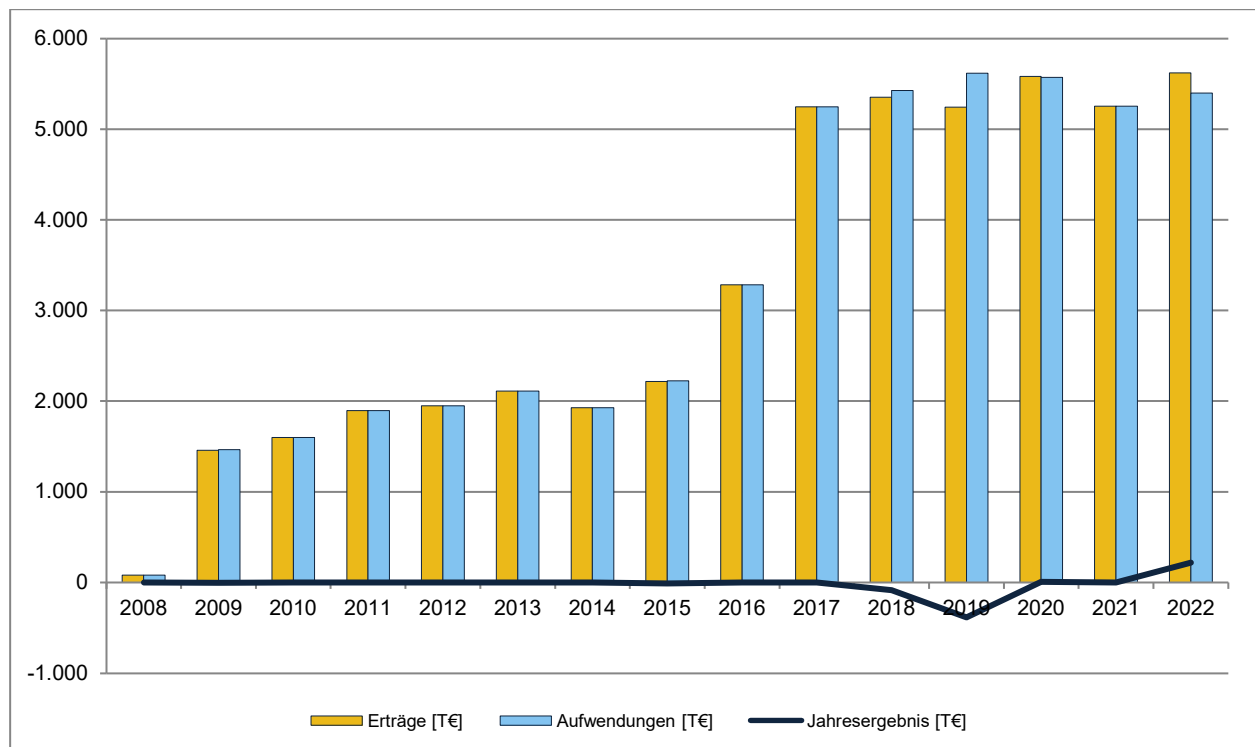
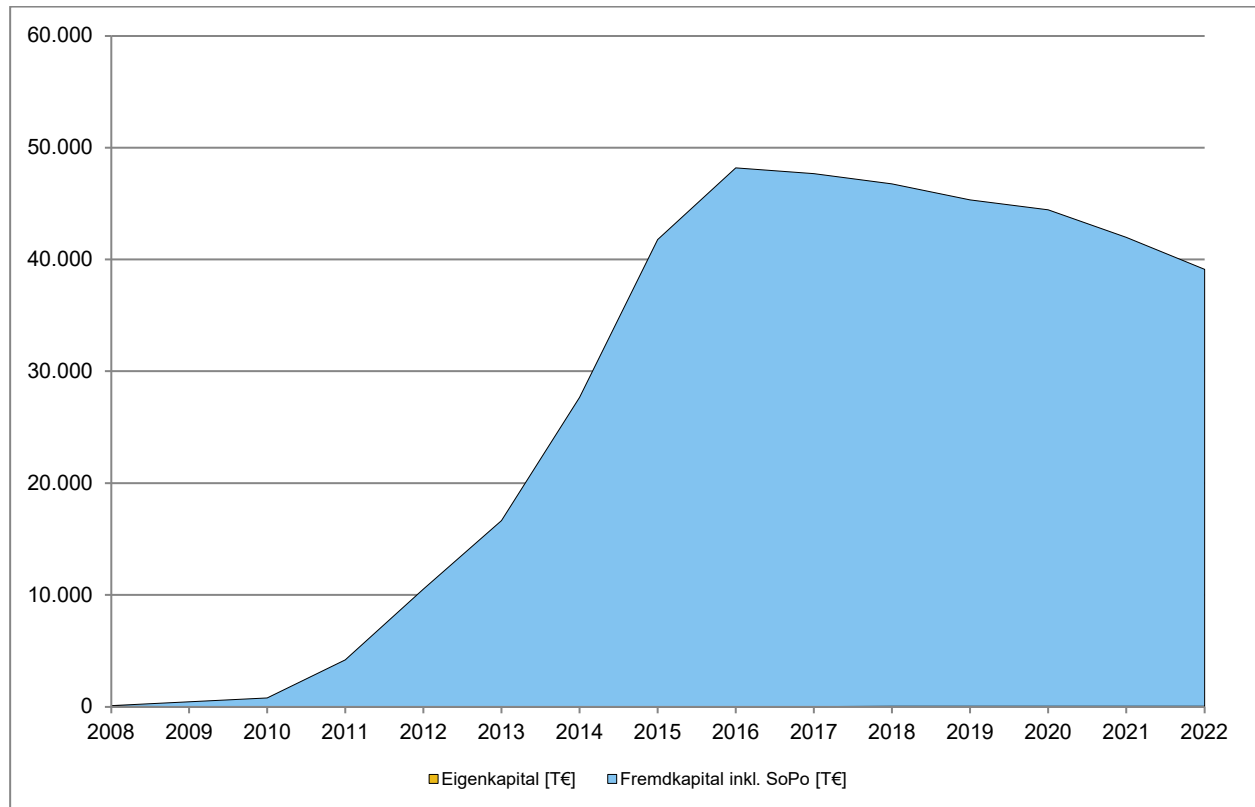
Gesellschafterversammlung:

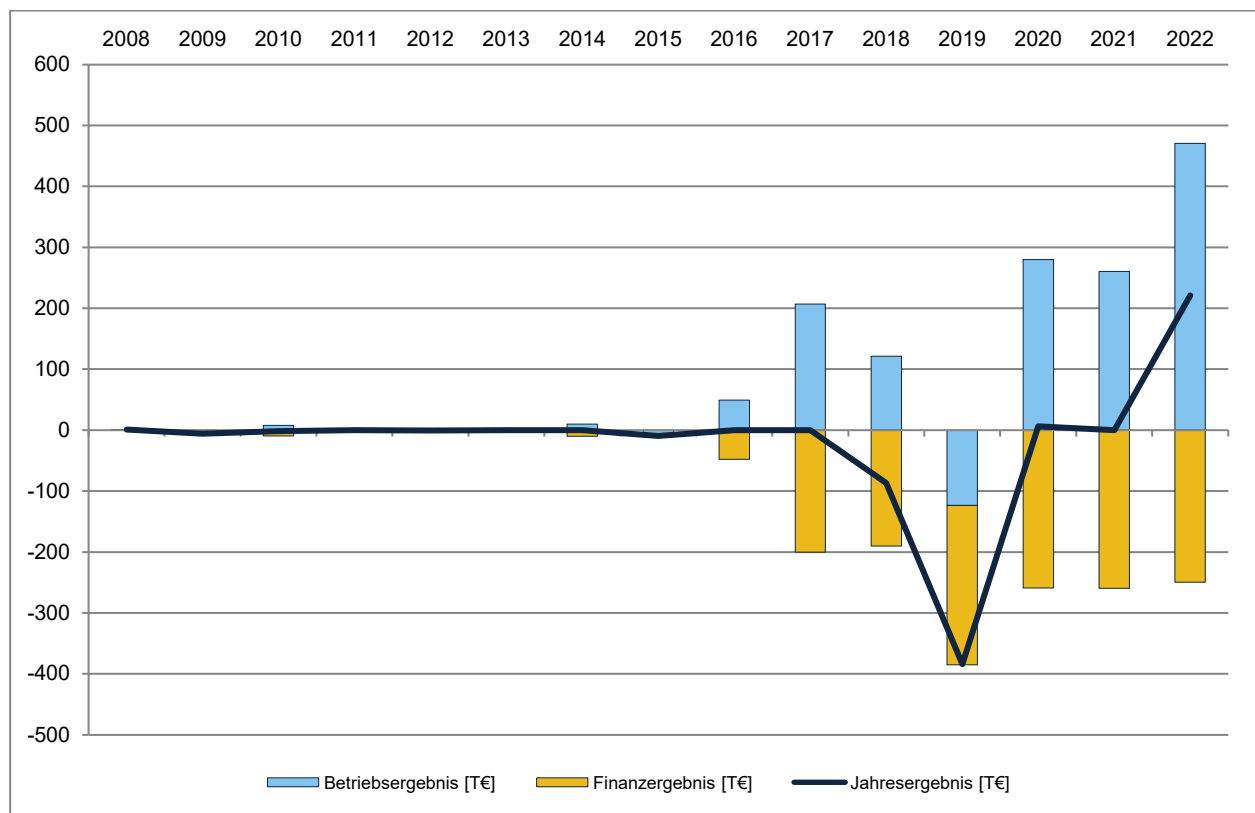
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Bröker, Jens	Verwaltung	14.12.2017	24.04.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 48,25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	0,24%	0,25%	0,80%	0,55%
Eigenkapitalrentabilität	5,87%	0,00%	67,58%	67,58%
Anlagendeckungsgrad 2	97,14%	99,63%	100,12%	0,49%
Verschuldungsgrad	14453,29%	13423,12%	3927,43%	-9495,68%
Umsatzrentabilität	12,00%	13,20%	18,70%	5,50%

19 Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH



Karl-Heinz-Beckurts-Straße 13
52428 Jülich
Telefon: 02461/690-180
Telefax: 02461/690-189
E-Mail: zukunftsagentur@rheinisches-revier.de
Homepage: www.rheinisches-revier.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung und die Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess im rheinischen Braunkohlerevier. Dieser Unternehmensgegenstand wird insbesondere verwirklicht durch - die Bündelung aller für den Strukturwandel relevanten Akteure und Initiativen im gesamten Rheinischen Revier (einheitlicher Ansprechpartner), - die Übernahme der Funktion als Schnittstelle zur EU, dem Bund, dem Land sowie zu den Bezirksregierungen, - die Initiierung von Strategie- und Leitbildprozessen zur Entwicklung und Qualifizierung strukturwirksamer Projekte.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	2,0	8
Rhein-Erft-Kreis	2,5	10
Rhein-Kreis Neuss	2,5	10
Kreis Heinsberg	2,0	8
Kreis Euskirchen	2,0	8
StädteRegion Aachen	2,0	8
Zweckverband Region Aachen	2,0	8
Stadt Mönchengladbach	2,5	10
IHK Köln	1,5	6
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie mbH	0,50	2
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH	0,25	1

Region Köln/Bonn e.V.	0,25	1
IHK Mittlerer Niederrhein	1,25	5
HWK Aachen	0,75	3
HWK Düsseldorf	0,75	3
HWK Köln	0,50	2
IHK Aachen	1,5	6
Standort Niederrhein GmbH	0,25	1
Stammkapital	25,00	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2022 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vorhanden.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	18.091,00 €	19.843,00 €	10.441,00 €	-9.402,00 €	-47,38%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	4.838.058,07 €	1.804.103,38 €	192.260,69 €	-1.611.842,69 €	-89,34%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	704.597,04 €	926.649,96 €	922.230,10 €	-4.419,86 €	-0,48%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.568,68 €	2.153,00 €	12.036,24 €	9.883,24 €	459,05%
Summe Aktiva	5.562.314,79 €	2.752.749,34 €	1.136.968,03 €	-1.615.781,31 €	-58,70%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	62.915,49 €	35.019,21 €	37.580,68 €	2.561,47 €	7,31%
III. Jahresüberschuss	-27.896,28 €	2.561,47 €	5.970,65 €	3.409,18 €	133,09%
B. Sonderposten	4.180,00 €	1.428,00 €	0,00 €	-1.428,00 €	-100,00%
C. Rückstellungen	464.162,33 €	776.574,23 €	932.256,65 €	155.682,42 €	20,05%
D. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	171.720,36 €	123.523,81 €	65.258,83 €	-58.264,98 €	-47,17%
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonst. Verbindlichkeiten	4.832.232,89 €	1.758.642,62 €	40.901,22 €	-1.717.741,40 €	-97,67%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	30.000,00 €	30.000,00 €	30.000,00 €	0,00 €	0,00%
Summe Passiva	5.562.314,79 €	2.752.749,34 €	1.136.968,03 €	-1.615.781,31 €	-58,70%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	120.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €	0,00 €	0,00%
2. sonstige betriebl. Erträge	3.218.075,23 €	4.211.389,65 €	5.386.695,12 €	1.175.305,47 €	27,91%
3. Materialaufwand	1.327.685,85 €	1.211.358,47 €	1.404.750,26 €	193.391,79 €	15,96%
4. Personalaufwand	1.475.831,24 €	2.576.914,41 €	2.752.362,22 €	175.447,81 €	6,81%
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	6.919,29 €	11.822,69 €	288.082,08 €	276.259,39 €	2336,69%
6. sonstige betriebl. Aufwendungen	560.230,16 €	527.591,65 €	1.047.354,51 €	519.762,86 €	98,52%
Betriebsergebnis	-32.591,31 €	3.702,43 €	14.146,05 €	10.443,62 €	282,07%
7. Zinsen und ähnliche Erträge	20,30 €	0,16 €	0,07 €	-0,09 €	-56,25%
8. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	5.280,79 €	5.280,79 €	
Finanzergebnis	20,30 €	0,16 €	-5.280,72 €	-5.280,88 €	-3300550,00%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-32.571,01 €	3.702,59 €	8.865,33 €	5.162,74 €	139,44%
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	-4.860,73 €	874,12 €	2.894,68 €	2.020,56 €	231,15%
10. Sonstige Steuern	186,00 €	267,00 €	0,00 €	-267,00 €	-100,00%
Jahresergebnis	-27.896,28 €	2.561,47 €	5.970,65 €	3.409,18 €	133,09%

g) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft

Das Unternehmen hat seinen Geschäftsbetrieb am 1.4.2014 als „IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH“ aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Am 21.12.2020 wurde die erste Änderung des Gesellschaftsvertrags unterzeichnet, welche u.a. die Umfirmierung als „Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH“ (im Handelsregister eingetragen seit Juni 2021) sowie die Erweiterung der Gesellschafter sowie Gremienmitglieder umgesetzt hat. Am 5.10.2021 wurde die zweite Änderung des Gesellschaftsvertrags unterzeichnet (im Handelsregister eingetragen seit Februar 2022), welche die Erweiterung der Gremiumsmitglieder und die Konkretisierung der Haftungskonditionen umfasste. Die Verlegung des Unternehmenssitzes vom Technologiezentrum Jülich an den Standort Brainergy Park Jülich erfolgte im März 2022.

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung und die Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess im rheinischen Braunkohlerevier. Dieser Unternehmensgegenstand wird insbesondere verwirklicht durch die Bündelung aller für den Strukturwandel relevanten Akteure und Initiativen im gesamten Rheinischen Revier im Sinne eines einheitlichen Ansprechpartners, die Übernahme der Funktion als Schnittstelle zum Land und den Bezirksregierungen sowie durch die Initiierung von Strategie- und Leitbildprozessen zur Entwicklung und Qualifizierung strukturwirksamer Projekte. Es betreibt die

Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2021 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH wird im Wege öffentlich getragener Förderprojekte und Aufträge finanziert. Mit dem im Jahr 2020 beschlossenen Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen haben Bund und Land u.a. mit der Erstellung und Umsetzung eines Wirtschafts- und Strukturprogramms (WSP) zudem langfristige Aufgaben bei der Zukunftsagentur verankert.

Seit 2019 besteht der Zuwendungsvertrag mit der Bezirksregierung Köln zur „Erstellung eines Wirtschafts- und Strukturprogramms und zur Begleitung, Koordination, Abwicklung und Kommunikation der Revierknoten im Rheinischen Revier“ mit Landesmitteln. Die darüber an externe Partner ausgeliehenen Revierknoten-Mitarbeitenden wechseln seit dem Beschluss einer mittels breiter Öffentlichkeitbeteiligung fortentwickelten zweiten Fassung des WSP im Jahr 2021 sukzessive an den Standort Jülich. Dort übernehmen sie Aufgaben zur WSP-Umsetzung im Rahmen der institutionellen Förderung.

Die institutionelle Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde erstmals im Jahr 2020 bewilligt und wird seitdem jährlich fortgeschrieben. Mit dem Auslaufen der WSP-Förderung im August 2022 handelt es sich um die mit Abstand bedeutendste Finanzierungsquelle.

Darüber hinaus erfüllt die Zukunftsagentur nach wie vor weitere Aufgaben:

- Bereits seit Mitte 2018 besteht ein Kooperationsvertrag mit der Bezirksregierung Köln zur Übernahme der Aufgaben des „Regionalpartners des Bundes“ im Modellvorhaben „Unternehmen Revier“, der im Jahr 2021 erneuert wurde.
- Mit einem Start ab März 2020 konnte die Zukunftsagentur das Projekt „ReBAU – Regionale Ressourcenwende in der Bauwirtschaft“ akquirieren und beantragen. 80 % der Ausgaben tragen das Land NRW sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).
- Die Zukunftsagentur unterstützt einen europaweiten Forschungsverbund als Praxispartner über ein „Consortium Agreement“ im EU- Horizon 2020-Verbundvorhaben „Carbon Intensive Regions in Transition – Unravelling the Challenges of Structural Change“ (CINTRAN) vom 3. Februar 2020
- Die Zukunftsagentur bringt sich in dem Forschungstransfer-Verbundvorhaben „Dazwischen“ seit 2020 als assoziierter Partner ohne Förderung aktiv mit ein. Verbundpartner sind die TU Dortmund, die RWTH Aachen, infas GmbH, Kreis Euskirchen und die Stadt Düren. Ziel ist die Etablierung eines Online-Rauminformationssystems (RIS) im Rheinischen Revier.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte und Verträge in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt ausgewiesenen Teilbudgets dargestellt.

Im April 2021 wurde das Wirtschafts- und Strukturprogramm in der Fassung 1.1 von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung beschlossen und im Juni von der Landesregierung als inhaltliche Handlungsgrundlage für die Arbeit der Gesellschaft sowie die Ausrichtung der Förderstruktur genehmigt. Zur gleichen Zeit schlossen das Land NRW und die Zukunftsagentur als Vertreterin der Region im Strukturwandel den Reviervvertrag, der die gemeinsame Zielsetzung des Strukturwandelprozesses festlegt.

Auf der Basis dieser Beschlüsse und unter der Leitung einer neuen Geschäftsführung wurden in 2021 die Weichen für den Umbau der Gesellschaft zu einer zentralen koordinierenden Instanz zur Umsetzung des Strukturwandelprozesses in der Region gestellt. Der Aufsichtsrat wurde um weitere Mitglieder erweitert.

Jährlich leisten die Gesellschafter für allgemeine Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier, insbesondere im Rahmen der institutionellen Förderung, einen Zuschuss, der durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan beschlossen wird. Für die Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung wie z.B. ReBAU können einzelne Gesellschafter selektiv Zuschüsse bereitstellen. Bei den Verträgen war ein Eigenanteil im Jahr 2021 nicht notwendig.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter ohne einen expliziten Beschluss im Wirtschaftsplan insgesamt bis zu einer Grenze von 500.000 € für außerplanmäßige und nicht-förderfähige Ausgaben der GmbH haften. Im Geschäftsjahr 2021 erhielt die Gesellschaft zudem eine Spende in Höhe von 120.000,00 € von der RWE Power AG.

Somit sind die durch die Zukunftsagentur durchgeführten Aktivitäten grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Die 2021 erfolgswirksam verbuchten **Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 4,2 Mio. €** (3,2 Mio. € im Jahr 2020). Insgesamt ergab sich für das Jahr 2021 ein geringer Überschuss in Höhe von 2.561,47 €, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch dünn.

2. Prognosebericht

Der Firmensitz wurde im Jahr 2022 in den Brainergy Park als einem der ersten großflächig sichtbaren Transformationsstandorte verlegt. Die begonnene Erweiterung der Aufbauorganisation um eine neue mittlere Führungsebene wird eine Abteilungsstruktur etablieren, die insbesondere den konzeptionellen Anforderungen sowie der Projektinitiierung und -begleitung gerecht wird und den wachsenden Bedarfen im Bereich Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und zentral vorzuhaltenden Dienstleistungen begegnet.

Neben diesen Kernaufgaben werden Aufbauteams für neue Aufgaben des regionalen Strukturwandels fungieren. Dazu gehört die Strategie- und Organisationsentwicklung für die Umsetzung z.B. zu

den Initiativen „Internationale Bau- und Technologieausstellung“ und „Gigawattpakt“. Im Erfolgsfall können die Aufgaben im weiteren Verlauf durch eigens gegründete Gesellschaften oder durch Dritte fortgeführt werden.

3. Risikobericht

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft beruht darin, dass die Förderung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht für alle Ausgaben durch die Zuwendungsgeberin gewährt wird. Dies betrifft insbesondere die vom Finanzvolumen dominierende institutionelle Förderung, die im Sinne einer aktualisierten Fortschreibung jährlich neu zu beantragen ist. Die institutionelle Förderung ist als Fehlbedarfsförderung konzipiert. Zunächst müssen alle gesicherten Einnahmen verwendet werden, sofern sie nicht für andere Zwecke (z.B. Projektförderungen) benötigt werden. Nicht alle Ausgaben sind förderfähig. Geht die Summe der nicht anerkannten Ausgaben und der Rückforderungen aus bereits erfolgten Förderungen über die Summe der nicht anzurechnenden Einnahmen hinaus, werden weitere Gesellschafterzuschüsse notwendig.

Da das Wachstum der Zukunftsagentur nicht mit einer Erhöhung der Gesellschafterbeiträge und Spenden einher geht, steigt das Risiko für Rückforderungen von Förderung sowie der Umfang nicht-förderfähiger Ausgaben. Dementsprechend steigt die Bedeutung der Einhaltung aller mit Fördergeldern verbundenen Abläufe und Regelungen des Zuwendungs- und Vergaberechts. Die gestiegenen Rückstellungen symbolisieren den Bedarf zur Professionalisierung in diesen Bereichen.

Das Risikomanagement zielt zunächst auf die Verringerung der Förderschädlichkeit größerer Summen ab. Das beinhaltet einen stärkeren Detailgrad bei der Offenlegung aller erwartbaren Ausgaben und Einnahmen gegenüber den zuwendungsgebenden Stellen im Rahmen der Antragstellung ex ante. Zudem werden größere Ausgabenveränderungen während des Durchführungszeitraums vorab abgestimmt. Risiken durch förderschädliche Abläufe u.a. im Rahmen größerer europaweiter Auftragsvergaben wurden durch die Einbindung einer auf Verwaltungs- und Vergaberecht spezialisierten Kanzlei reduziert.

Der Personalumfang im Bereich Verwaltung wurde seit dem Jahr 2021 verstärkt ausgebaut, um der gewachsenen Arbeitsquantität infolge des starken Wachstums in allen weiteren Bereichen der Zukunftsagentur gerecht zu werden. Damit einher geht eine Professionalisierung der Ablauforganisation. Mit der Einführung der eigenständigen Abteilung Organisation wurden und werden arbeitsteilige Aufgabengebiete geschaffen, in denen Mitarbeitende eine Expertise z.B. in den Bereichen Finanzbuchhaltung, Fördermanagement, Vergabe- und Vertragsmanagement, Personalwesen sowie (IT-)Infrastruktur aufbauen und ausfüllen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Middeldorf, Bodo (seit 15.04.2021)	Jülich	
Aufsichtsrat:	Rhein-Erft Kreis	1 Sitz	10 %
	Rhein-Kreis Neus	1 Sitz	10 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	8 %
	Kreis Düren	1 Sitz	8 %
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	8 %
	StädteRegion Aachen	1 Sitz	8 %
	Zweckverband Region Aachen	1 Sitz	8 %
	Industrie- und Handelskammer Aachen	1 Sitz	6 %
	Industrie- und Handelskammer Köln	1 Sitz	6 %
	Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein	1 Sitz	5 %
	Handwerkskammer Aachen	1 Sitz	3 %
	Handwerkskammer zu Köln	1 Sitz	2 %
	Handwerkskammer Düsseldorf	1 Sitz	3 %
	Stadt Mönchengladbach	1 Sitz	10 %
	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie	1 Sitz	
	Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW	1 Sitz	
	Land Nordrhein-Westfalen	2 Sitze	
	RWE Power AG	1 Sitz	
	Bezirksregierung Köln	1 Sitz	
	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen	1 Sitz	
	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	1 Sitz	
	Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen	1 Sitz	
	Region Köln/Bonn e.V.	1 Sitz	
	NABU-Landesverband NRW	1 Sitz	
	DGB NRW	1 Sitz	
	Stadt Bedburg	1 Sitz	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	01.03.2014	

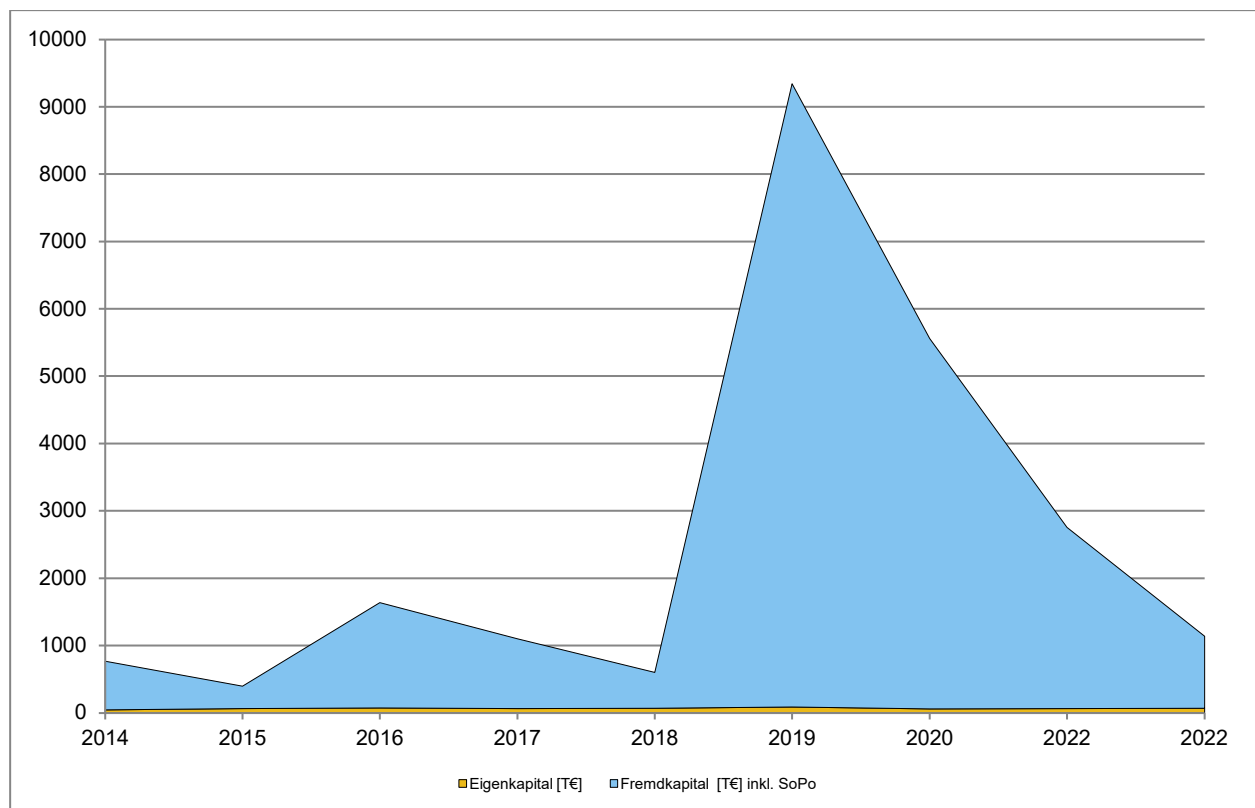
Gesellschafterversammlung:

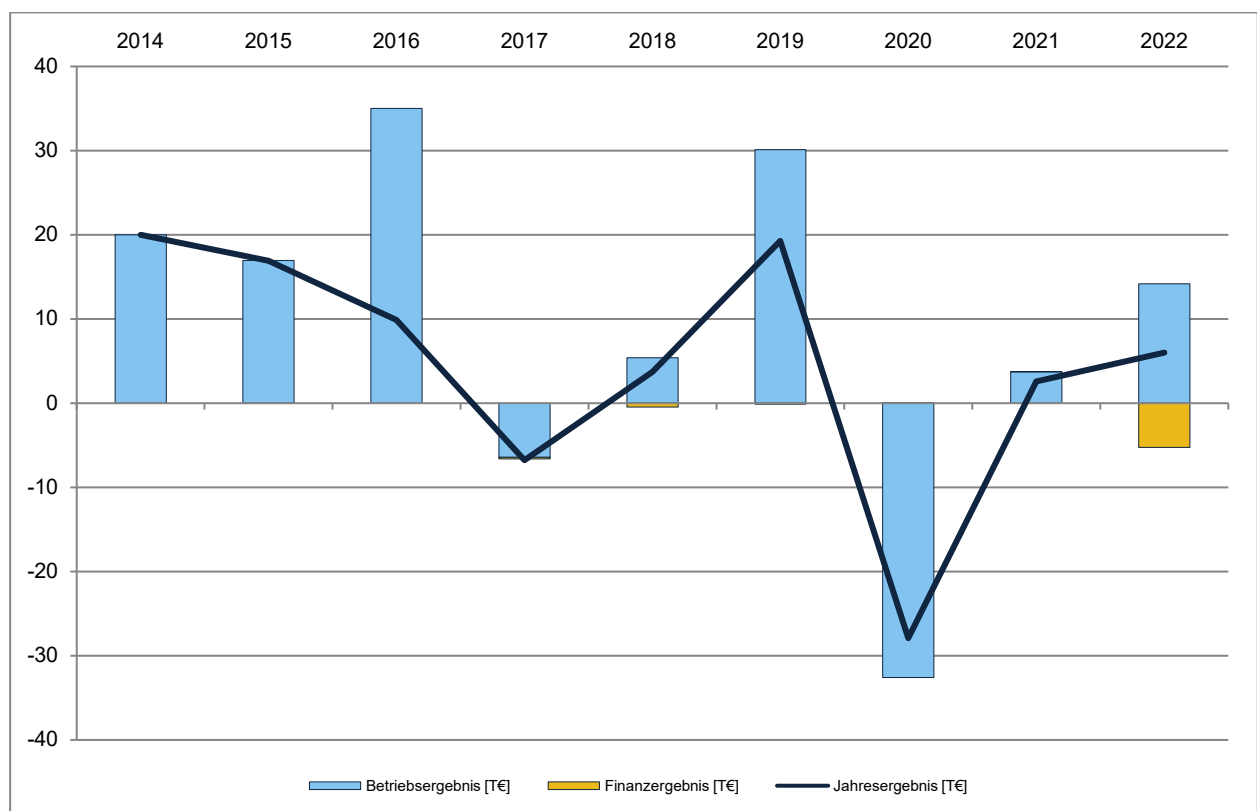
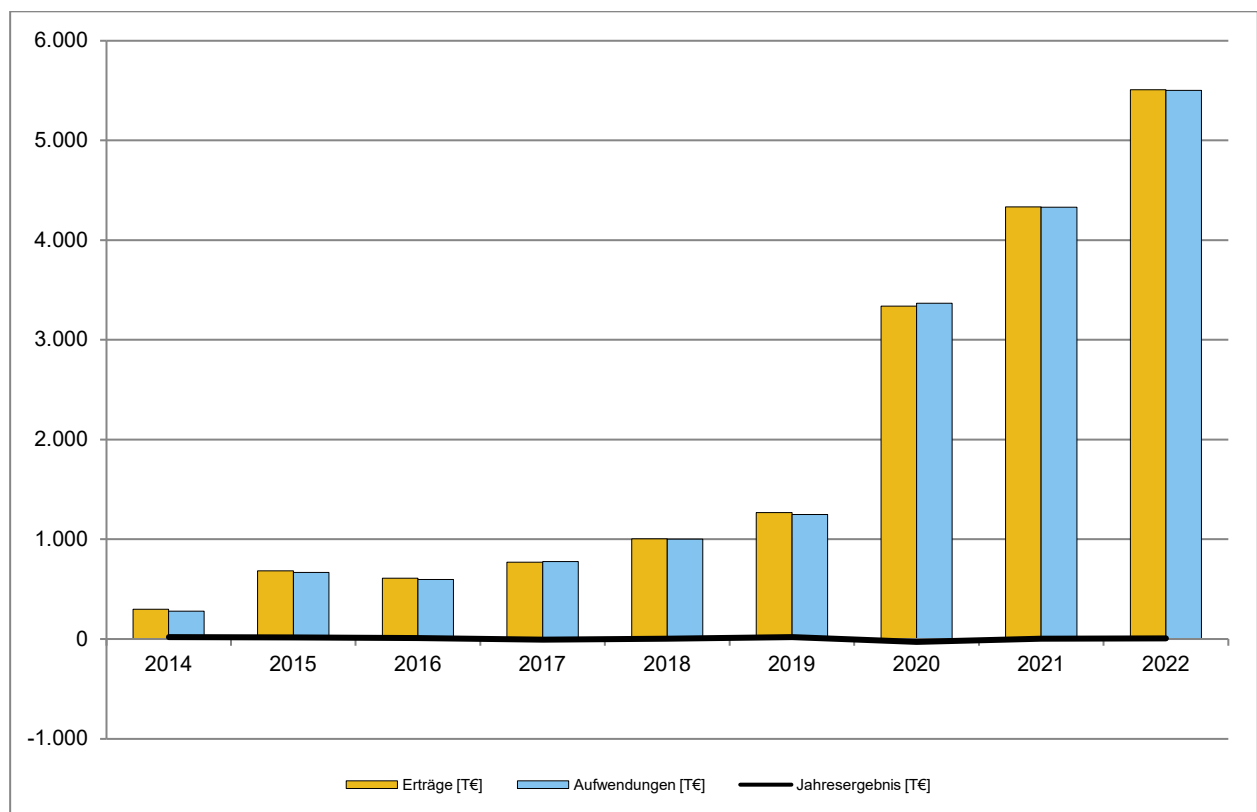
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hamacher, Rolf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Peill, Patricia	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	01.03.2014	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 47 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	1,08%	2,27%	6,03%	3,76%
Eigenkapitalrentabilität	-46,48%	4,09%	8,71%	4,62%
Anlagendeckungsgrad 2	354,87%	322,58%	656,56%	333,98%
Verschuldungsgrad	9110,61%	4248,50%	1514,80%	-2733,70%
Umsatzrentabilität	-27,16%	3,09%	11,79%	8,70%

20 Zweckverband Aachener Verkehrsverbund



Neuköllner Straße 1
52068 Aachen
Telefon: 0241 / 968 970
Telefax: 0241 / 968 97 20
E-Mail: zweckverband@avv.de
Homepage: www.avv.de

a) Gegenstand des Zweckverbands

Der Zweckverband hat im Verbundraum folgende Aufgaben:

- allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr unter Beachtung der Planungen des "Zweckverband go.Rheinland" zu beschließen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Aachener Verkehrsverbund GmbH (Verbundgesellschaft) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbands in ihrem Einflussbereich umsetzen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der Verbundgesellschaft in ihren Planungen beachten und die Verbundgesellschaft als Träger öffentlicher Belange anerkennen,
- Ermittlung und Feststellung der für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen von Verkehrsunternehmen im ÖSPV notwendigen Ausgleichsleistungen unter Beachtung des Rechts der Europäischen Union und des nationalen Rechts,
- Erstellung und Veröffentlichung eines Jahresberichts gemäß Art. 7 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (VO 1370/2007) für den Zweckverband und seine Verbandsmitglieder,
- Förderung des ÖPNV im Rahmen der vom Land NRW gewährten Mittel gemäß § 11a und § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW sowie zur Förderung des Azubitickets, des Sozialtickets und des NRW-eTarifs als eigene Aufgabe nach näherer Maßgabe von § 13 dieser Satzung.
- Wahrnehmung der Aufgaben eines Trägers öffentlicher Belange (TöB) in seinem Zuständigkeitsbereich
- Funktion einer Behördengruppe im Sinne der VO 1370/2007
- Koordination grenzüberschreitender ÖSPV-Verkehre.
- Umsetzung von Aufgaben des Zweckverband go.Rheinland nach Maßgabe der Satzung des Zweckverband go.Rheinland,
- Koordinierung des SPNV-Nahverkehrsplans des Zweckverband go.Rheinland mit den lokalen Nahverkehrsplänen der Verbandsmitglieder unter deren Mitwirkung und Mitwirkung der nach dem ÖPNVG NRW zu beteiligenden Verkehrsunternehmen,
- Vorschlag von verbundraumbezogenen Investitionsmaßnahmen zum jährlichen Katalog des Zweckverband go.Rheinland gemäß § 12 Abs. 5 ÖPNVG NRW,
- Hinwirkung auf eine integrierte Verkehrsgestaltung im ÖPNV und auf die Bildung von landesweiten Tarif- und landeseinheitlichen Beförderungsbedingungen sowie die Bildung kooperationsraumübergreifender Tarife mit dem Ziel eines landesweiten Tarifs,

- Hinwirkung auf die Anwendung des Verbundtarifs und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen und sonstiger Verbundstandards durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen¹ auf der Grundlage von Kooperationsverträgen unter Beachtung der Vorgaben des Zweckverbands sowie auf die Schaffung von Übergangstarifen bei starken überregionalen Verkehrsverflechtungen bzw. auf die Fortschreibung bestehender Übergangstarife,
- Entscheidung über die Fortschreibung des Verbundtarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen. Gemeinsame Entscheidung mit den übrigen Zuständigen in NRW über die Fortschreibung des landesweiten Tarifs (NRWTarif),
- Wahrnehmung der Aufgabe „Tarif“ unter dem Aspekt „Gemeinschaftstarif“ nach den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (derzeit als Aufgabenträger gemäß § 8 Abs. 3 PBefG und als zuständige Behörde nach der VO 1370/2007).

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen, unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszu-schöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Mitglieder	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	-	25
Stadt Aachen	-	25
StädteRegion Aachen	-	25
Kreis Heinsberg	-	25
Stammkapital	-	100

Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haushaltssatzung enthält unter anderem die allgemeine Verbandsumlage basierend auf den Daten des Verbundetats. Nach Verrechnung einzelner Umlagebeiträge hat der Kreis Düren einen Umlagebeitrag i.H.v. 198 T€ getätigt.

Der Kreis Düren erhält vom Zweckverband AVV eine Pauschale in Höhe von 170 T€ nach § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW).

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	1,00 €	1,00 €	1,00 €	0,00 €	0,00%
II. Finanzanlagen	153.001,00 €	386.036,41 €	386.036,41 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen	4.991,31 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. sonstige Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Liquide Mittel	5.972.563,33 €	5.595.790,42 €	7.018.822,47 €	1.423.032,05 €	25,43%
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	17.632.537,22 €	18.898.473,06 €	18.560.383,67 €	-338.089,39 €	-1,79%
Summe Aktiva	23.763.093,86 €	24.880.300,89 €	25.965.243,55 €	1.084.942,66 €	4,36%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	495.794,59 €	728.830,00 €	728.830,00 €	0,00 €	0,00%
II. Ausgleichsrücklage	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Rückstellungen	6.069,00 €	6.188,00 €	5.236,00 €	-952,00 €	-15,38%
C. Verbindlichkeiten	523.218,66 €	513.566,31 €	718.889,75 €	205.323,44 €	39,98%
D. Passive Rechnungsabgrenzung	22.738.011,61 €	23.631.716,58 €	24.512.287,80 €	880.571,22 €	3,73%
Summe Passiva	23.763.093,86 €	24.880.300,89 €	25.965.243,55 €	1.084.942,66 €	4,36%

f) Entwicklung der Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	19.032.941,91 €	18.902.418,42 €	18.795.437,96 €	-106.980,46 €	-0,57%
2. sonstige ordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. aktivierte Eigenleistungen	12.880,64 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. Personalaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
4. Bilanzielle Abschreibungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Transferaufwendungen	18.992.189,30 €	18.860.560,11 €	18.757.285,03 €	-103.275,08 €	-0,55%
6. sonstige ordentliche Aufwendungen	53.633,26 €	41.858,31 €	38.152,93 €	-3.705,38 €	-8,85%
Betriebsergebnis	-0,01 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-112,50%
7. Finanzerträge	0,01 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
8. Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

Finanzergebnis	0,01 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-112,50%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-112,50%

g) Lagebericht

Lagebericht gemäß der Kommunalhaushaltsverordnung NRW

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2022.

Im Haushaltsjahr 2022 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 5.308.732,42 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 1.426.502,69 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen und Rückforderungen von Verkehrsunternehmen. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 6.735.235,11 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 779.997,51 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2022 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2022 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 5.955.237,60 € im ersten Halbjahr des Jahres 2023 zweckentsprechend verwendet worden.

Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Ein Anteil in Höhe von 10.671.153,56 € ist gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW im Jahr 2022 ausgezahlt worden. Die zum Jahresabschluss 2022 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 201.967,78 € im ersten Halbjahr des Jahres 2023 zweckentsprechend verwendet worden.

Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den „Richtlinien Sozialticket 2011“ in Höhe von 2.207.164,58 € erhalten. Diese Mittel wurden zusammen mit den Restmitteln des Vorjahres im Jahr 2022 vollständig gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt.

Des Weiteren hat der ZV AVV zur Förderung von Azubitickets im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Azubitickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen (Richtlinien Azubiticket)“ in Höhe von 310.897,20 € erhalten. Diese Mittel sind den Verkehrsunternehmen im Jahr 2022 zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverbandes Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Azubitickets im AVV ausgezahlt worden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 386.035,41 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH), deren alleiniger Gesellschafter der ZV AVV ist.

Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV go.Rheinland (vormals ZV NVR) bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Vor diesem Hintergrund konnte das Haushaltsjahr insgesamt mit einem ausgeglichenen Ergebnis in Höhe von 0,00 € abgeschlossen werden.

Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsmitgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert.

Die Auswirkungen der im Frühjahr 2020 eingetretenen Coronavirus-Pandemie auf den Öffentlichen Personennahverkehr haben sich im Berichtsjahr sukzessive weiter verringert. Zwar erreichte das Mobilitätsverhalten im ÖPNV vielerorts noch nicht das vorpandemische Niveau des Jahres 2019, dennoch nähert sich die Auslastung der ÖPNV-Kapazitäten – trotz einer anlässlich der Pandemie eingetretenen Anpassung des Mobilitätsverhaltens – schrittweise wieder den ursprünglichen Kenndaten an.

Ungeachtet weiterhin verbleibender Auswirkungen der Corona-Pandemie sieht sich die Nahverkehrsbranche seit Mai 2023 bundesweit veränderten tariflichen Rahmenbedingungen und damit verbunden erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber. Nachdem zur Abfederung der infolge des Ukraine-Kriegs stark gestiegenen Energiekosten bereits im Berichtsjahr während eines dreimonatigen Aktionszeitraums eine bundesweit im Nahverkehr gültige Monatskarte zum Preis von 9,- Euro / Monat angeboten wurde, haben sich Bund und Länder mit der gemeinsamen Absicht, die Ziele der Verkehrswende durch eine massive tarifliche Entlastung und Vereinfachung zu fördern, im Herbst 2022 auf die dauerhafte Einführung eines vergleichbar attraktiven Nachfolgeangebots verständigt.

Die Einführung des „Deutschlandticket“ zum Preis von 49,- Euro zum 01.05.2023 ist für die Verkehrsunternehmen bzw. die gesamte Nahverkehrslandschaft mit erheblichen Veränderungen verbunden. In wirtschaftlicher Hinsicht haben der Bund und die Länder der Branche grundsätzlich eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung in Aussicht gestellt, in Bezug auf andere Aspekte, wie etwa eine sachgerechte Einnahmenaufteilung, besteht aktuell hingegen noch erheblicher Abstimmungsbedarf.

Nachdem mit Blick auf die auslaufende Corona-Pandemie bereits frühzeitig ein weiterer ÖPNV-Rettungsschirm für das Jahr 2023 ausgeschlossen worden war, sehen die zwischen dem Bund und den Ländern vereinbarten Finanzierungsregelungen zur Absicherung der wirtschaftlichen Stabilität im Nahverkehr für das Jahr 2023 einen Ausgleich für die mit dem Deutschlandticket verbundenen Auswirkungen.

gen vor, welcher mit dem Ausgleichsmechanismus des pandemiebedingten ÖPNV-Rettungsschirms vergleichbar ist.

Nach derzeitigem Stand kann jedoch allein für das Jahr 2023 von einer stabilen Einnahmenentwicklung bei den Verkehrsunternehmen ausgegangen werden. Hintergrund dafür ist, dass der Bund und das Land NRW sich in Bezug auf das Jahr 2023 zur Gewährung eines nachträglichen Ausgleichs von solchen Schäden verpflichtet haben, welche ggf. über die auf Prognosedaten basierenden Vorauszahlungen für das Jahr 2023 hinausgehen. Eine entsprechende Nachschusspflicht für den Zeitraum ab 2024 besteht bislang formal nicht, so dass – abhängig vom Erfolg des Deutschlandtickets und den aus der bundesweiten Einnahmen-aufteilung auf den AVV bzw. seine Verkehrsunternehmen entfallenden Einnahmen-anteilen – eine gewisse rückläufige Entwicklung zumindest in den folgenden Jahren aus derzeitiger Sicht grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden kann.

Nach Ablauf der vorgenannten Einführungsphase, während der die Stabilität der wirtschaftlichen Situation der Verkehrsunternehmen im Kontext des Deutschlandtickets garantiert wird, verbleibt im Übrigen ein gewisses Restrisiko, dass die Branche sich trotz aller Anstrengungen nicht wieder vollständig von den Folgen der Corona-Pandemie erholt haben wird.

Die Einführung des preislich hochattraktiven Deutschlandtickets führt nicht zuletzt dazu, dass der tarifliche Gestaltungsspielraum im Rahmen der lokalen Verbundtarife deutlich eingeengt wird. Die Umsatzentwicklung der Verkehrsunternehmen und mithin die Wirtschaftlichkeit des Verbundverkehrs wird somit künftig in deutlich geringerem Umfang durch eigene tarifpolitische Maßnahmen seitens der Aufgabenträger steuerbar sein.

Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personen-nahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko im Hinblick auf die diesbezüglich notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann.

Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV go.Rheinland, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV go.Rheinland ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist.

Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagen-bestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen.

Risiken für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des ZV AVV sind nicht ersichtlich. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023. Durch die kriegsbedingt anhaltend hohe Inflation oder die Einführung des Deutschlandtickets werden beim ZV AVV selbst aktuell keine direkten Risiken bzw. Beeinträchtigungen in wirtschaftlicher oder operativer Hinsicht erwartet.

Mitglieder des Zweckverband AVV zum 31.12.2022 sind:

Stadt Aachen, StädteRegion Aachen (ohne Stadt Aachen), Kreis Düren und Kreis Heinsberg zu jeweils gleichen Teilen.

Verbandsvorsteher zum 31.12.2022 war Städteregionsrat Dr. Tim Grüttemeier, StädteRegion Aachen, Zollernstraße 10, 52070 Aachen.

Stellvertretende Verbandsvorsteher zum 31.12.2022 waren:

Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg, Valkenburger Straße 45, 52525 Heinsberg;

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen, Stadt Aachen, Rathaus, Markt 1, 52062 Aachen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Verbandsvorsteher:	Pusch, Stephan	Kreis Heins- berg	Landrat	
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	5 Sitze		25 %
	StädteRegion Aachen	5 Sitze		25 %
	Stadt Aachen	5 Sitze		25 %
	Kreis Heinsberg	5 Sitze		25 %

Vertretung des Kreises Düren

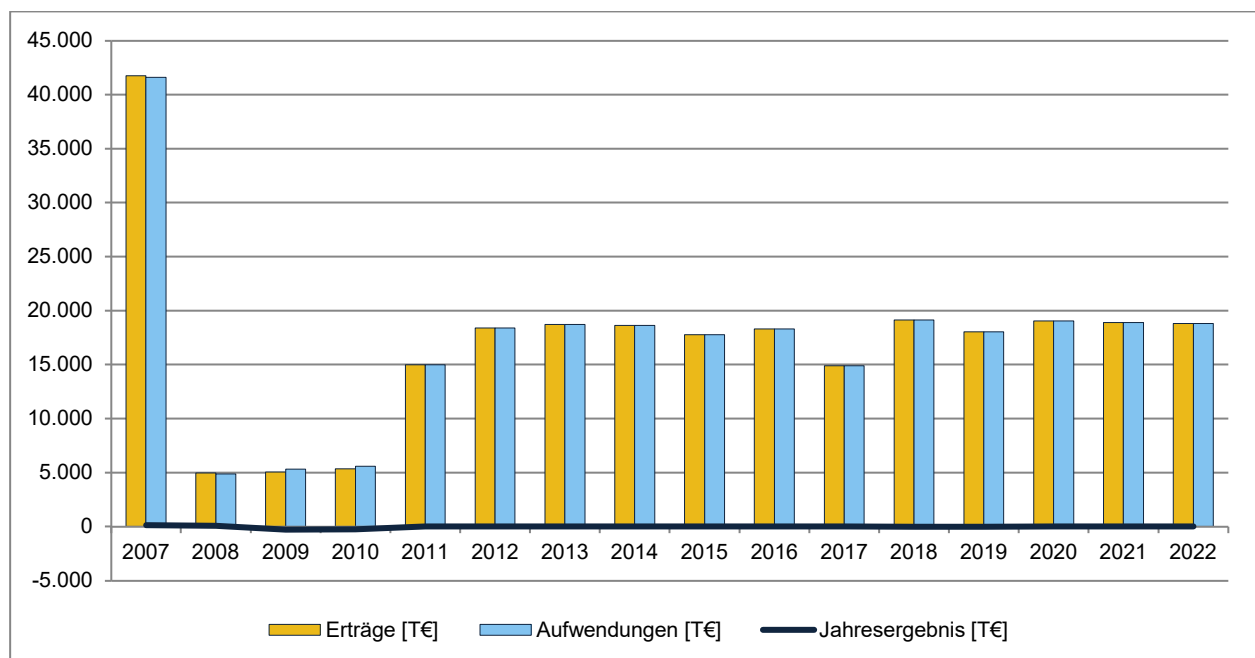
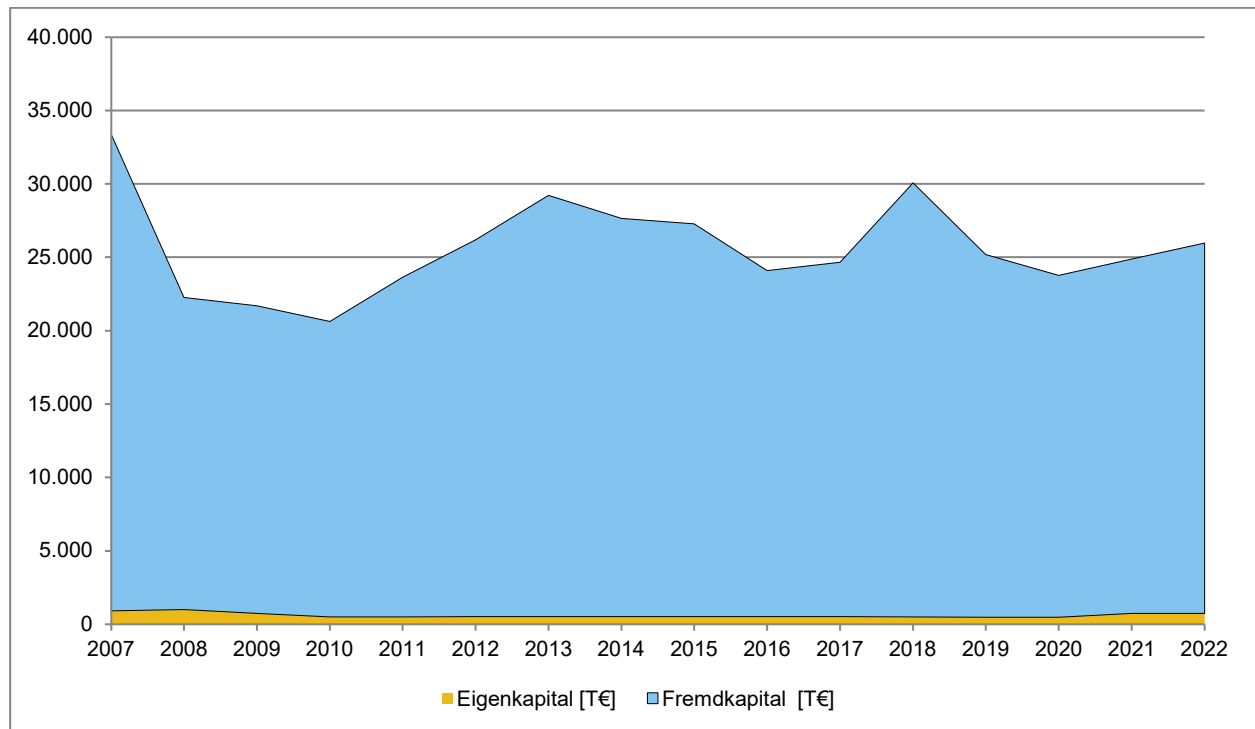
Verbandsversammlung:

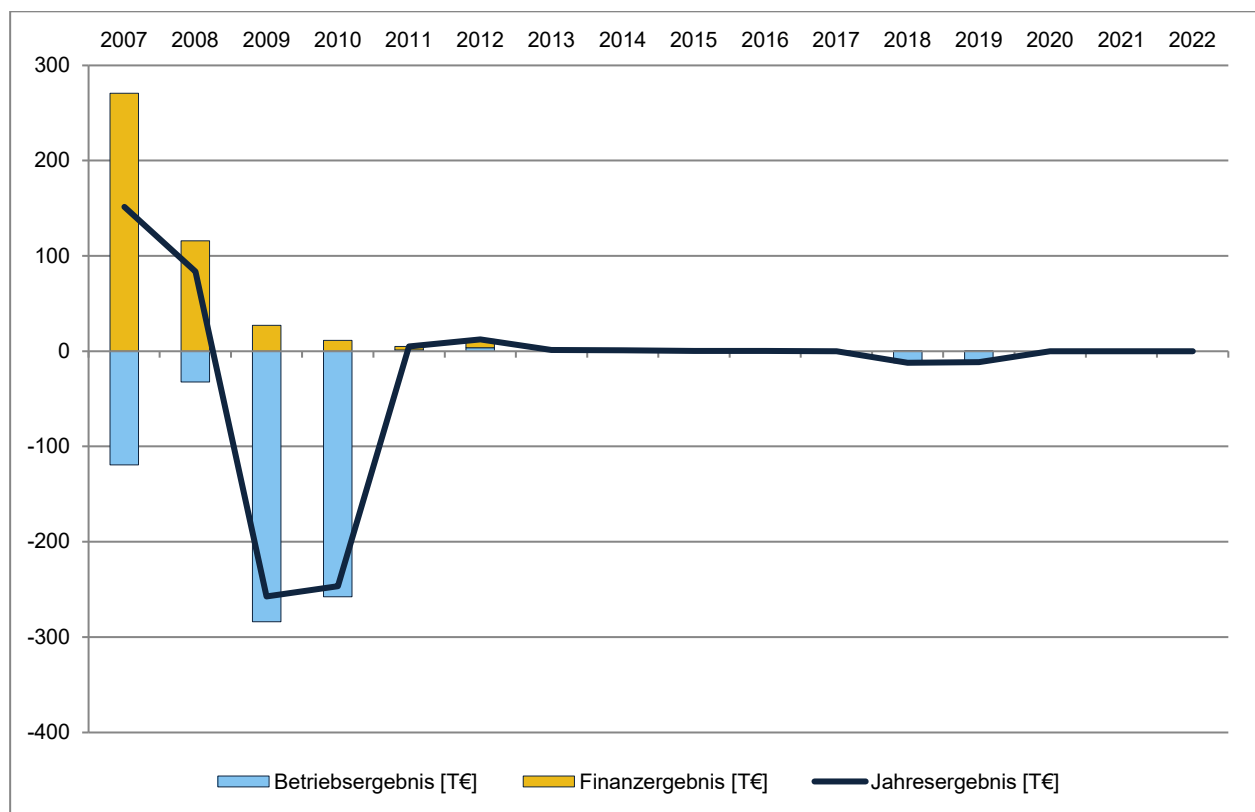
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hamel, Jörg	Kreistagsmitglied	30.09.2014	
Krischer, Andreas	Kreistagsmitglied	01.12.2020	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	01.12.2020	
Schiffer, Norbert	Kreistagsmitglied	17.10.2017	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	17.10.2017	

i) Personalbestand

Der Zweckverband beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	2,09%	2,93%	2,81%	-0,12%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Anlagendeckungsgrad 2	324,04%	188,80%	188,80%	0,00%
Verschuldungsgrad	106,76%	71,31%	99,35%	28,04%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%

21 Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)



Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 8766 530
Telefax: 02403 / 8766 535
E-Mail: info@zew-entsorgung.de
Homepage: www.zew-entsorgung.de

a) Gegenstand des Zweckverbands

Der Zweckverband nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gem. §§ 15 I 1, 13 I 1 KrW-/AbfG, § 5 LABfG wahr.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Mitglieder	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	8,5	25
Stadt Aachen	8,5	25
StädteRegion Aachen	8,5	25
Kreis Euskirchen	8,5	25
Stammkapital	34,0	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der ZEW erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitglieds zur Zahl der Gesamteinwohner im Verbandsgebiet ins Verhältnis gesetzt. Soweit die Notwendigkeit einer Umlage aus einer Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes resultiert, die dieser lediglich für einzelne Verbandsmitglieder erfüllt, können nur diese hierfür zu einer Umlage herangezogen werden.

Nach den Bestimmungen der Gebührensatzung erhebt der ZEW für die Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen Benutzungsgebühren. Zur Zahlung der Gebühren sind die überlassungspflichtigen Abfallerzeuger aus dem Verbandsgebiet, die die vom ZV zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen benutzen, verpflichtet. Gebührenmaßstab ist das Gewicht der angelieferten Abfälle.

Für das Geschäftsjahr 2022 hat der ZEW eine Umlage in Höhe von 8.081,70 € vom Kreis Düren erhoben.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen	49.000,00 €	49.000,00 €	49.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	4.613.509,77 €	12.124.581,98 €	2.513.981,53 €	-9.610.600,45 €	-79,27%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.077.369,21 €	4.558.370,10 €	3.038.492,33 €	-1.519.877,77 €	-33,34%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	13.449,38 €	13.449,38 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	7.739.878,98 €	16.745.401,46 €	5.614.923,24 €	-11.130.478,22 €	-66,47%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.500,00 €	25.500,00 €	34.000,00 €	8.500,00 €	33,33%
II. Ergebnisvortrag	0,00 €	14.777,00 €	8.559,81 €	-6.217,19 €	-42,07%
III. Jahresergebnis	14.777,00 €	-6.217,19 €	-3.881,52 €	2.335,67 €	-37,57%
B. Rückstellungen	2.162.768,84 €	2.315.371,75 €	2.342.289,42 €	26.917,67 €	1,16%
C. Verbindlichkeiten	5.536.833,14 €	14.395.969,90 €	3.233.955,53 €	-11.162.014,37 €	-77,54%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	7.739.878,98 €	16.745.401,46 €	5.614.923,24 €	-11.130.478,22 €	-66,47%

f) Entwicklung der Ergebnisrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	45.197.389,42 €	53.304.639,53 €	39.992.616,13 €	-13.312.023,40 €	-24,97%
2. sonstige betriebliche Erträge	33.218,70 €	4.727,41 €	2.063,52 €	-2.663,89 €	-56,35%
3. Materialaufwand	44.740.059,01 €	52.722.515,14 €	39.287.291,39 €	-13.435.223,75 €	-25,48%
4. Personalaufwand	303.165,62 €	328.897,85 €	342.548,81 €	13.650,96 €	4,15%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	140.885,31 €	206.484,62 €	308.577,97 €	102.093,35 €	49,44%
Betriebsergebnis	46.498,18 €	51.469,33 €	56.261,48 €	4.792,15 €	9,31%
6. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	23.403,15 €	9.416,13 €	9.126,00 €	-290,13 €	-3,08%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	55.124,33 €	67.102,65 €	69.269,00 €	2.166,35 €	3,23%
Finanzergebnis	-31.721,18 €	-57.686,52 €	-60.143,00 €	-2.456,48 €	4,26%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	14.777,00 €	-6.217,19 €	-3.881,52 €	2.335,67 €	-37,57%
Jahresüberschuss					
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	14.777,00 €	-6.217,19 €	-3.881,52 €	2.335,67 €	-37,57%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Zweckverbandes

Die Verbandsmitglieder StädteRegion Aachen, Stadt Aachen sowie die Kreise Düren und Euskirchen (Beitritt am 08. November 2022) bilden den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW), der in seiner Rechtsform eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Der ZEW trägt die öffentlich-rechtlicher Entsorgungsverantwortung in dem von seinen Mitgliedern ganz oder teilweise übertragenen Aufgabenumfang. Der Umfang der ihm übertragenen Aufgaben bestimmt sich nach den Anlagen 1-4 der Verbandsatzung des ZEW.

Organe des ZEW sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Im Übrigen gibt es die Funktion des Vorsitzenden der Verbandsversammlung sowie die Leitung der Geschäftsstelle (Geschäftsleitung).

Das Verbandsgebiet umfasst die 36 Städte und Gemeinden der dem ZEW angehörigen vier Gebietskörperschaften. In diesem 2.897 km² großen Entsorgungsgebiet in der süd-westlichsten Region Nordrhein-Westfalens garantiert der Zweckverband die Entsorgungssicherheit für rund 1,02 Mio. Bürgerinnen und Bürger und steht für leistungsgerechte und stabile Abfallgebühren. Nach Maßgabe seiner Abfallsatzung gewährleistet der ZEW vorrangig Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen, zur Vorbereitung einer Wiederverwendung, zum Recycling sowie zur stofflichen und energetischen Verwertung aber auch letztendlich zur umweltgerechten Beseitigung von Abfällen.

Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der ZEW hauptberuflich Bedienstete (Beamte, Angestellte) eingestellt, die die Geschäftsstelle bilden. Des Weiteren kann sich der ZEW ganz oder teilweise Dritter bedienen.

Mit der operativen Erledigung eines großen Teils seiner Entsorgungsaufgaben hat der ZEW seine 100%ige Tochtergesellschaft AWA Entsorgung GmbH (AWA) über einen Rahmenvertrag und zugehörige Einzelverträge beauftragt. Darüber hinaus besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen ZEW und AWA. Die AWA als eine kommunale Entsorgungsgesellschaft mit den Tätigkeitsschwerpunkten Anlagenbetrieb und Anlagenplanung nimmt u.a. den Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen wie z.B. Müllverbrennungsanlage, Biovergärungs- und Kompostierungsanlagen sowie Recyclinghöfen wahr.

Die im Dezember 2018 gegründete 100 %ige Tochtergesellschaft Materis GmbH, übernimmt die Auslastung der für den ZEW errichteten und betriebenen Anlagen, soweit die für den ZEW vorgehaltenen Behandlungskapazitäten nicht für die Entsorgung der dem ZEW überlassenen Abfällen benötigt werden.

Für die Erledigung der übernommenen abfallrechtlichen Aufgaben werden entsprechende Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) gegenüber den jeweiligen Verbandsmitgliedern erhoben.

Die Kalkulation der Gebühren erfolgt dabei auf Basis der tatsächlichen Ist-Kosten. Auf der Grundlage des Zahlenwerks aus dem geprüften Jahresabschluss, erfolgt die Nachkalkulation, mit der die tatsächlich angefallenen Kosten für den Kalkulationszeitraum ermittelt werden.

Gem. § 6 Abs. 2 des KAG NRW sind Kostenüberdeckungen am Ende eines Kalkulationszeitraums innerhalb von vier Jahren auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraums ausgeglichen werden.

In die Gebührenkalkulation des ZEW fließen die von der AWA für deren Leistung berechnete Entgelte ein. Die Preise für diese Leistungen sind gemäß den zugrundeliegenden Verträgen nach der Verordnung PR-Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen zu berechnen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bereits mit der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurden die Ziele der Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung, Wiederverwendung und damit die Ressourcenschonung nochmals in stärkerem Maße in den Fokus genommen. Am 19. Februar 2022 ist das neue Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz NRW (LKrWG NRW) in Kraft getreten. Die Gesetzesnovelle ersetzt das bisherige Landesabfallgesetz und unterstreicht die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Die fünfstufige Abfallhierarchie wurde jetzt auch auf Landesebene festgeschrieben. Den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sowie den Gesellschaften, an denen sie beteiligt sind, werden verschiedene Pflichten auferlegt, die den Wandel von einer linearen Abfallwirtschaft zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft weiter vorantreiben sollen.

Aufgrund der Verwertungsvorgaben des novellierten LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW sind die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (öRE) verpflichtet, weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen, die der thermischen Behandlung zugeführt werden, auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Der ZEW ist bestrebt, über die bisher getrennt gesammelten Wertstofffraktionen wie z.B. Altmetall, Altglas, Altholz, Alttextilien hinaus weitere Fraktionen für eine stoffliche Verwertung an den Wertstoffhöfen getrennt zu erfassen bzw. die Sammelstrukturen in Richtung getrennte Sammlung / schonende Sperrmüllsammlung zu beeinflussen. Die separate Sammlung von Hartkunststoffen für die stoffliche Verwertung wurde im Jahr 2022 erfolgreich und Erträge generierend eingeführt. Darüber hinaus wurden die Gebührenanreize für eine verstärkte Getrenntsammlung von Altholz der Klasse AI-AIII gesetzt.

Die neuen oder veränderten Entsorgungswege bzw. Maßnahmen sind im Abfallwirtschaftskonzept für das Verbandsgebiet darzustellen.

Die neue LKrWG NRW gibt vor, dass bei der Gebührenbemessung wirksame Anreize zur Vermeidung, zur Getrennthaltung, des Recyclings und der sonstigen Verwertung geschaffen werden sollen. Deshalb wird ab 2023 eine Lenkungsgebühr für Bio- und Grünabfälle eingeführt. Die deutliche Senkung der Leistungsgebühren für den Bioabfall um 54,07 €/t auf 36,86 €/t, für kompostierbare Grünabfälle um 32,65€/t auf 27,34 €/t ist geboten, um spürbare Anreize zu schaffen, einerseits die getrennt gesammelte Menge an Bioabfall für die Biovergärung/Kompostierung (und damit auch indirekt die Energiegewinnung) deutlich zu erhöhen. Andererseits soll dadurch der relative hohe Nativ-Organik-Anteil im Restmüll, ca. 36% (Literaturwert), der sich aufgrund seines Feuchtegehaltes merklich negativ auf den Verbrennungsprozess auswirkt, reduziert werden.

Die Senkung der Gebühr für Altholz AI-AIII, soll ebenfalls eine Lenkungswirkung entfalten. Eine CO₂-Reduzierung ist insbesondere bei der stofflichen Verwertung dieses Stoffstroms erheblich und geboten.

Infolge des Jahrhunderthochwassers aus Juli 2021 mussten zusätzlich 30.582 t Sperrmüll aus dem Verbandsgebiet vorbehandelt und in der MVA Weisweiler entsorgt werden. Die thermische Behandlung der zusätzlichen Mengen war im Mai 2022 abgeschlossen.

Mit dem Beitritt des Kreises Euskirchen mit seinen 11 Städten und Gemeinden als viertes Mitglied im November 2022 wurde die Entsorgung des im Kreis Euskirchen anfallenden und zu überlassenen Sperrmülls, ca. 12.000 t/a, ab dem Abfallwirtschaftszentrum Mechernich, auf den ZEW übertragen. Die Aufgabe des Transportes vom Abfallentsorgungszentrum Mechernich zu den Entsorgungsanlagen des ZEW wurde gesondert dem ZEW übertragen. Sie ist als gesondert übertragene Leistung bei der Nachkalkulation separat nachzuweisen. Mit der Erfüllung dieser Transportleistung wurde die AWA GmbH beauftragt.

2. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation.

Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Die thermische Behandlung der dem ZEW überlassenen Abfälle war zu jeder Zeit gewährleistet. Die im Wirtschaftsplan der MVA geplante Durchsatzmenge von 360.000 t wurde um 9.000 t überschritten, über 51 % davon (188.510 t) lieferten ZEW und AWA.

Gestiegene gesetzliche Anforderungen an Kompost und vermehrter Störstoffeintrag in den Bioabfall durch mangelhafte Abfalltrennung in den Haushalten haben bei der Behandlung des Bioabfalls zu erheblichem Mehraufwand geführt. Aussortierte Störstoffe vermischt mit erheblichen Anteilen Bioabfall wurden der MVA zur thermischen Behandlung zugeführt.

Im Hinblick auf die schärferen Qualitätsvorgaben der BioAbfV werden weiterhin im Auftrag des ZEW alle kommunalen Bioabfallanlieferungen kontrolliert und bonitiert. Gemeinsam mit den Sammel-örE sind bis 2025 dringend weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Bioabfallqualität voranzutreiben. Deutlich veränderte Lenkungsgebühren für Bio- und Grünabfälle (z.B. Bonussystem statt Malussystem) sollten wirksame Anreize für die Kommunen bzw. die Sammel-örE schaffen, noch vor 2025 ihre Sammelfahrzeuge flächendeckend mit Detektorsystemen zur Erkennung von Verunreinigungen in der Biotonne auszustatten.

Die Gebühreneinnahmen stellen sich für das Jahr 2022 wie folgt dar:

Herkunft	Ist	Plan	ΔPL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	10.984.876 €	14.505.787 €	-3.520.911 €
Stadt Aachen	7.651.559 €	10.589.140 €	-2.937.581 €
Kreis Düren	10.373.320 €	12.675.982 €	-2.302.662 €
Summe	29.009.755 €	37.770.909 €	-8.761.154 €

Auch im Verbandsgebiet zeigt sich der bundesweite Trend, dass die Hausmüll- und Sperrmüllmengen im Jahr 2022 deutlich gegenüber 2021 annähernd auf Vorcoronaniveau gesunken sind.

Aufgrund der Folgen der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2021 ist im Verbandsgebiet eine Schlussfolgerung aufgrund eines Mengenvergleich insbesondere bei den Sperrmüllmengen sehr schwierig. Im Lagebericht 2021 wurde die außergewöhnliche Mengensteigerung im Jahr 2021 gegenüber dem Jahr 2020 auf das Hochwasserereignis zurückgeführt.

	Ist	Plan	ΔPL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	96.153 t	102.970 t	-6.817 t
Stadt Aachen	64.860 t	69.180 t	-4.320 t
Kreis Düren	86.694 t	89.020 t	-2.326 t
Summe	247.707 t	261.170 t	-13.463 t

Das Wirtschaftsjahr 2022 schließt vor Berücksichtigung von Rückerstattungsverpflichtungen/Inanspruchnahmen aus Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen mit einem Jahresfehlbetrag von T€ -72 ab.

3. Personalentwicklung

Neben vier hauptamtlichen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr 2022 weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2022 insgesamt 3,50 Arbeitnehmer / innen beschäftigt.

Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages.

4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2022 lagen mit insgesamt T€ 39.993 um 25 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 53.305). Die Umsatzminderung erfolgt im Wesentlichen aus dem Herkunftsbereich der Stadt Aachen (T€ 10.325; Vj. T€ 11.593), der StädteRegion Aachen (T€ 14.389; Vj. T€ 24.797) und dem Kreis Düren (T€ 12.538; Vj. T€ 13.621).

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen (s.a. Ausführungen unter I.).

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis (T€ 706; Vj. T€ 582) nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis deckt die übrigen Verwaltungskosten.

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem negativen Ergebnis in Höhe von T€ -96 ab.

Da der ZEW seine Gebühren auf KAG-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne aus dem operativen Geschäft. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen.

In der Gebührenkalkulation dürfen Pensionen und Versorgungsleistungen für ehemals beim ZEW beschäftigte Beamte nicht angesetzt werden. Diese Aufwendungen (T€ 24) sind durch Umlagen der Verbandsmitglieder an den ZEW zu erstatten. Vor Zuführung/Inanspruchnahme der Rückstellung für Rückstattungsverpflichtungen an die Bürger/-innen wies der ZEW damit ein negatives Ergebnis von T€ -72 aus.

Finanzlage

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet.

Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden keine Investitionen getätigt.

Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ -1.528) hatte Abnahme von Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ -1.930).

Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung des Finanzmittelfonds um T€ 1.520 auf nunmehr T€ 3.038.

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2022 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert.

Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern/ -besitzern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

Der ZEW kann von seinen Mitgliedern eine Umlage erheben, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge gemäß § 3 Abs. 2 dieser Satzung, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen.

c) Vermögenslage

Das Anlagevermögen ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.616; Vj. T€ 11.075), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW grundsätzlich überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind. Die Abweichung zum Vorjahr liegt im Wesentlichen an der Forderung gegenüber der Bezirksregierung Köln aufgrund von Erstattungen aus dem Hochwasserfond i.H. von T€ 9.226.

Den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen standen ebenfalls Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit dem Hochwasser in 2021 gegenüber, sodass die Abweichung in 2022 im Vergleich zum Vorjahr darauf zurückzuführen ist (T€ 2.934; Vj. T€ 12.253).

Weiterhin bestehen Forderungen gegen Verbandsmitglieder (T€ 851; Vj. T€ 930) sowie Forderungen im Verbundbereich (T€ 36; Vj. T€ 103). Die Forderungen im Verbundbereich resultieren aus ausstehenden Forderungen gegenüber der AWA per 31.12.2022 hinsichtlich der Verwertung des Verpackungspapiers, die im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von Preisschwankungen geringer ausgefallen sind.

Die Rückstellungen (T€ 2.342; Vj. T€ 2.315) erhöhten sich um insgesamt T€ 27.

Unter den Verbindlichkeit gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ 0; Vj. T€ 1.941) war im Wesentlichen eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, die aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und ihren Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat. Die Rückzahlung an den Kreis Düren ist im April 2022 erfolgt.

5. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt verwendbar.

Die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) weist einen Wert von 92 % auf. Die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) beträgt 168 %.

Im monatlichen Berichtswesen werden finanzielle Leistungsindikatoren fortlaufend analysiert. Hervorzuheben sind hier die Tonnagen bzgl. der angenommenen und entsorgten Abfallmengen und den daraus resultierenden Umsatzerlösen.

5.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung.

Hierbei ist der ZEW bestrebt, die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und eine sonstige Verwertung vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen gemäß den Zielen der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen. Zahlreiche Projekte der durch den ZEW beauftragten Abfallberatung der AWA Entsorgung GmbH, wie die Kampagne Blumen ohne Plastik, #wirfürBio – kein Plastik in die Tonne sowie die Erarbeitung eines regionalen Reparaturführers sind hier zu nennen.

III. Prognosebericht

Aufgrund der Verwertungsvorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, des LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW ist der Zweckverband verpflichtet, stetig weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Um einerseits vorgegebene Recyclingquoten erfüllen zu können und andererseits der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gerecht zu werden, sind nicht unerhebliche Abfallmengen der Verbrennung und damit der MVA Weisweiler zu entziehen.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und die Übertragung der Sperrmüllmengen (ca. 12.000 t/a) zum 1.1.2022 und der Hausmüllmengen (ca. 32.000 t/a) zum 1.1.2025 auf den ZEW entsteht keine Lücke im Verbrennungskontingent von ZEW und AWA. Im Gegenteil, der ZEW kann sich weiterhin vorrangig der Erfassung von Wertstoffen mit zielführenden Maßnahmen und neuen Ideen zur Wiederverwendung/-verwertung dieser Stoffe annehmen. Ziel ist eine verstärkte Förderung der Kreislaufwirtschaft.

Beispielsweise sollen auf den Wertstoffhöfen/Entsorgungszentren im Verbandsgebiet zukünftig weitere Abfallfraktionen (z.B. Rigips, Matratzen) getrennt werden.

Durch die Novellierung der Kreislaufwirtschaftsgesetze ist die Überarbeitung der kommunalen Beratungsstrukturen im Allgemeinen und der Inhalte der Abfallberatung nun dringend geboten. Eine zielgruppengerechte Förderung des Wissens über Abfallvermeidung, Wiederverwendung und richtige Abfalltrennung ist wesentlich für eine nachhaltige Abfallwirtschaft. Deshalb soll beispielsweise im Bereich der Abfallpädagogik in den Kindergärten und Grundschulen zukünftig die Bewusstseinsbildung hin zu abfallvermeidenden Maßnahmen im Fokus stehen, mit dem Ziel der Veränderung des Konsumverhaltens. Schließlich bedeutet Abfallvermeidung gleichzeitig Klimaschutz. Jede Tonne Restmüll, der nicht entsteht, entlastet das Klima um ca. eine Tonne CO₂.

Die teils umgesetzten, teils geplanten Maßnahmen zur Intensivierung der Getrenntsammlung von Wertstoffen zur stofflichen Verwertung, die schärfere Qualitätsvorgaben der BioAbfV an die eingesammelten Bioabfälle in 2025 sowie das Konzept zur Optimierung der Bio- und Grünabfallverwertung im gesamten Verbandsgebiet und auch der Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW sollten im Abfallwirtschaftskonzept dokumentiert, das AWK fortgeschrieben werden.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und der Übertragung der Entsorgung von 12.000 t/a Sperrmüll auf den ZEW wurde ab dem Jahr 2023 eine Kontingentverschiebung notwendig und auf Basis der Zusammenarbeitsvereinbarung möglich. Das Verbrennungskontingent von ZEW und AWA konnte um 6.000 t/a auf 186.000 t/a erhöht werden. Dadurch musste das der EGN zur Verfügung stehende Kontingent um 6.000 t/a auf nun 174.000 t/a reduziert werden.

Bereits im Jahr 2022 wurden 188.510 t Abfälle durch ZEW/AWA angeliefert. Das vorrangige Anlieferrecht des ZEW in der MVA hat weiter Gültigkeit.

Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres betrugen T€ 39.993 (Vj. T€ 53.305). Aufgrund der kalkulatorischen Bedingungen (s.a. unter Nr. 1) erhält der ZEW seine Selbstkosten erstattet, die somit auch ihren Niederschlag in den Gebühren (Umsatzerlösen) finden. Es besteht dadurch eine Korrelation und korrespondierende Entwicklung zwischen den Entsorgungskosten (T€ 39.287; Vj. T€ 52.723) und den Umsatzerlösen (T€ 39.993; Vj. T€ 33.305).

Der Wirtschaftsplan 2023 weist Entsorgungskosten von T€ 36.557 und Umsatzerlöse von T€ 38.278 aus.

Grundlage der Plankosten sind die Kosten, die die AWA gemäß ihres Wirtschaftsplanes dem ZEW 2023 in Rechnung stellen wird. Diese Kosten fallen für die Erbringung von Entsorgungsleistungen an, mit denen der ZEW die AWA beauftragt hat. Diese Kosten machen 95,5 % der im Wirtschaftsplan des ZEW angesetzten Kosten aus.

Den Kostenplanungen der AWA liegen Mengenplanungen zugrunde, die auf Basis der Erfahrungen aus den Vorjahren und unter Berücksichtigung eventueller gesetzlicher und struktureller (z.B. Änderungen von Sammelsystemen) Einflüsse entwickelt worden sind.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Der angelieferte kommunale Bioabfall weist weiterhin zum Teil sehr hohe Störstoffmengen auf. Die Gefahr besteht, dass bei zu hoher Störstoffmenge eine Entfrachtung nicht in ausreichendem Maße durch technische Hilfsmittel in der Kompostierungsanlage erreicht wird. Der hergestellte Kompost darf dann nicht verwertet, sondern muss verbrannt werden.

Der geforderte Kontrollwert von 1% Gesamtkunststoff bei Bioabfällen darf ab 2025 nicht überschritten werden. Die Menge Bioabfall, die aufgrund eines solchen Grenzwertes nicht mehr der Kompostierung zugeführt werden dürfte sondern verbrannt werden müsste, würde deutlich steigen und auch der Biogasproduktion entzogen.

Die Einführung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes stellt einerseits auch ein Risiko für die Verbrennungsentgelte des ZEW dar. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass die Siedlungsabfälle einen höheren Anteil an organischem Kohlenstoff im Verhältnis zum fossilen Kohlenstoff haben, dies ist bei den Gewerbeabfällen umgekehrt. Hier ist noch die Berücksichtigung bei den Verbrennungsentgelten zu klären, dies kann ggfs. durch eine Hausmüllanalyse erfolgen.

2. Chancenbericht

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 20 (DRS 20) nur bedingt beschrieben werden.

Mit dem am 29.10.2020 in Kraft getretenen Gesetz zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union wird das Deutsche Kreislaufwirtschaftsgesetz an die neuen EU-Vorgaben aus dem Jahr 2018 angepasst. Die daraus resultierenden weitergehenden Anforderungen an Getrennterfassung von verwertbaren Stoffen, Wiederverwendung und Wiederverwertung werden als Chance betrachtet, die Abfallwirtschaft ökonomisch und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz werden ökonomische Anreize zur CO₂ Verminderung in den betrieblichen Abläufen geschaffen. Auch diese Entwicklung ist als Chance für den ZEW zu bewerten.

Es ist als Chance im Rahmen der Novellierung der GewAbfV zu betrachten, dass die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie auch dort sehr fokussiert wurde, mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wiederverwertung sind demnach strenger.

Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für überlassungspflichtige Abfälle aus Gewerbebetrieben bleibt weiterhin Tatbestand der GewAbfV. Auch die Betreiber von Sortieranlagen werden stärker zu einer hochwertigen Sortierung und Erhöhung der Verwertungsmengen angehalten. Sie sind seit 01.01.2019 verpflich-

tet, gegenüber den Abfallerzeugern/-besitzern Erklärungen abzugeben, dass ihre Anlagen technisch den Anforderungen der GewAbfV entsprechen und die geforderte Sortierquote erreicht wird. Allerdings fehlt aktuell eine konsequente Überwachung durch die unteren Abfallwirtschaftsbehörden.

Durch einen Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und der Übertragung der Aufgabe, Sperrmüll und Restabfälle zu entsorgen, wird das Kontingent von AWA/ZEW in der MVA vollständig ausgelastet werden. Wertstoffe, die den Abfällen mit dem Ziel der Wiederverwendung oder des Recyclings künftig entzogen werden, führen nicht zu Lücken in der Auslastung der vorhandenen Verbrennungskapazität.

3. Gesamtaussage

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist.

Es ist Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Verbandsvorsteher:	Grüttemeier, Dr. Tim (seit 01.01.2022)	StädteRegion Aachen	Städteregionsrat
	Spelthahn, Wolfgang (bis 31.12.2021)	Kreis Düren	Landrat
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	7 Sitze	25%
	StädteRegion Aachen	7 Sitze	25%
	Stadt Aachen	7 Sitze	25%
	Kreis Euskirchen	7 Sitze	25%

Verbandsvorsteher:

Name	Personenkreis
Thomas, Heiko	Stadt Aachen

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsversammlung:

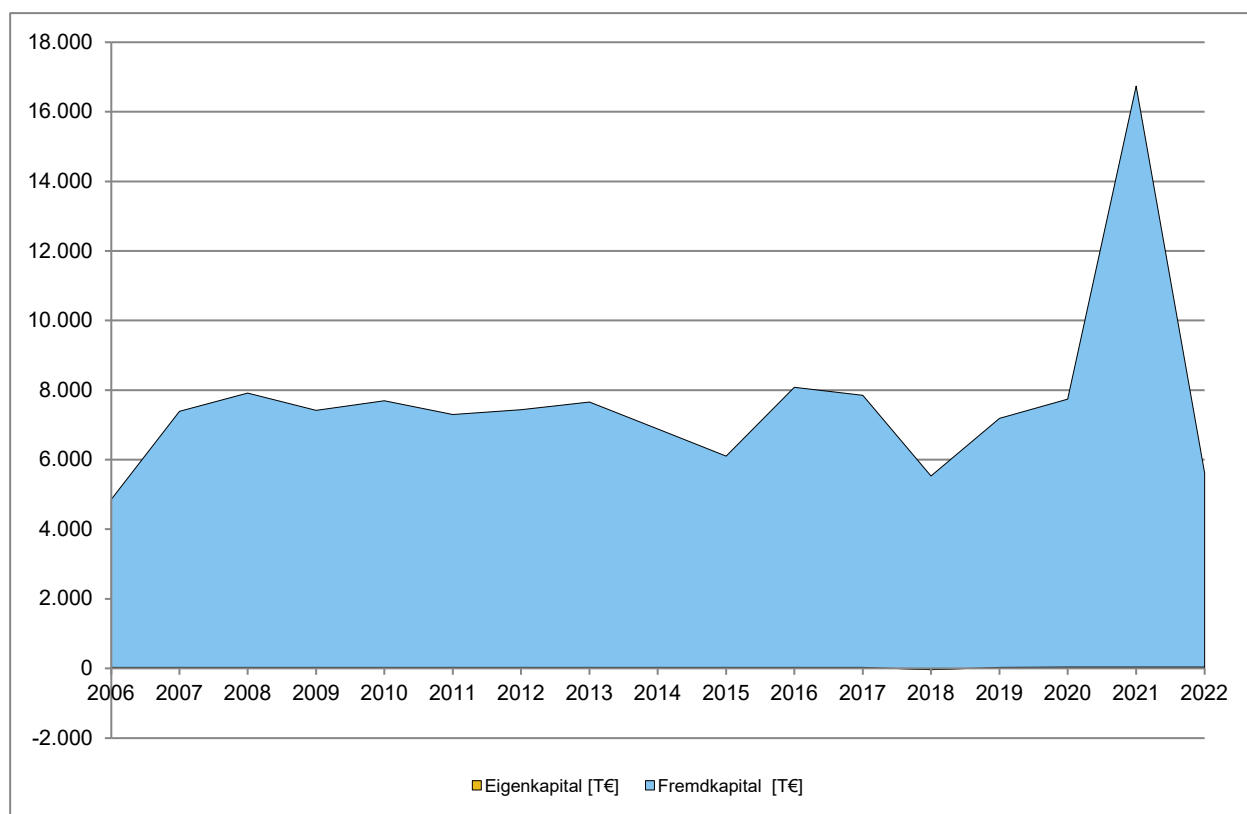
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Antons, Hubert	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Gruben, Julia	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Krischer, Andreas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

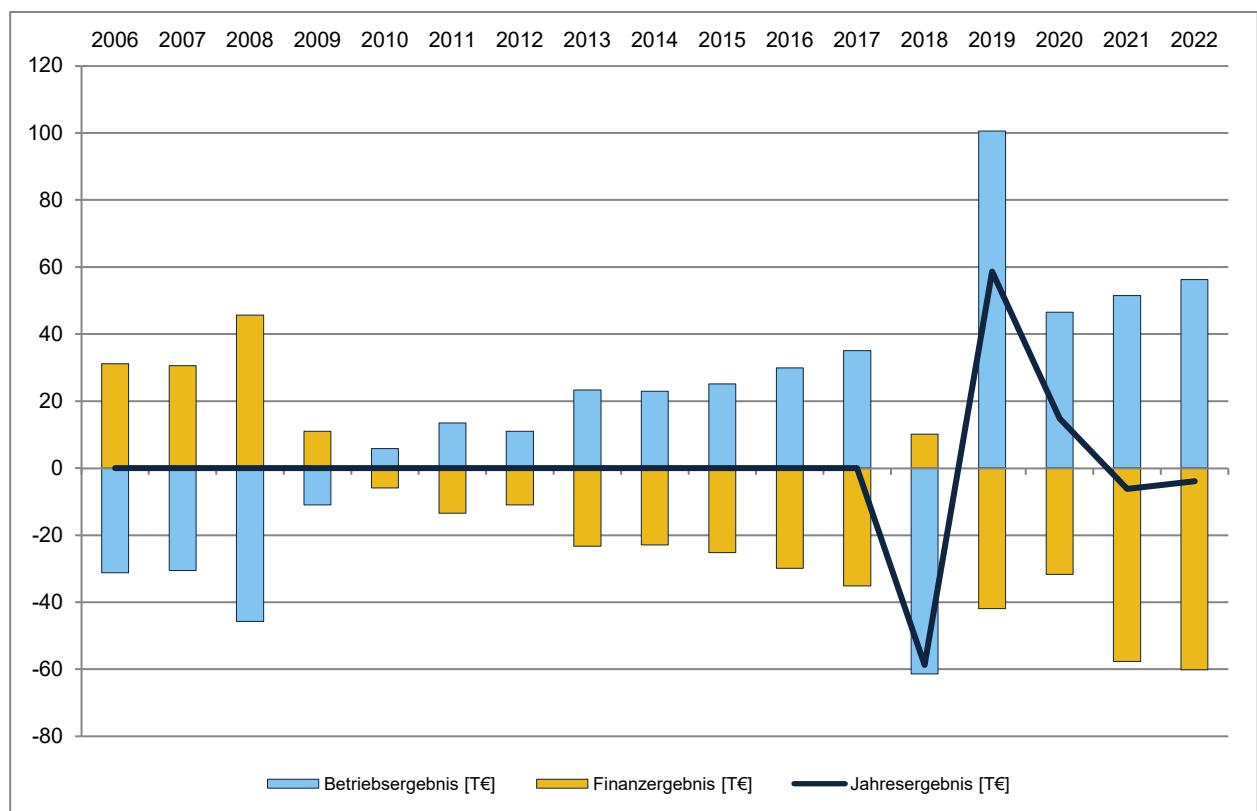
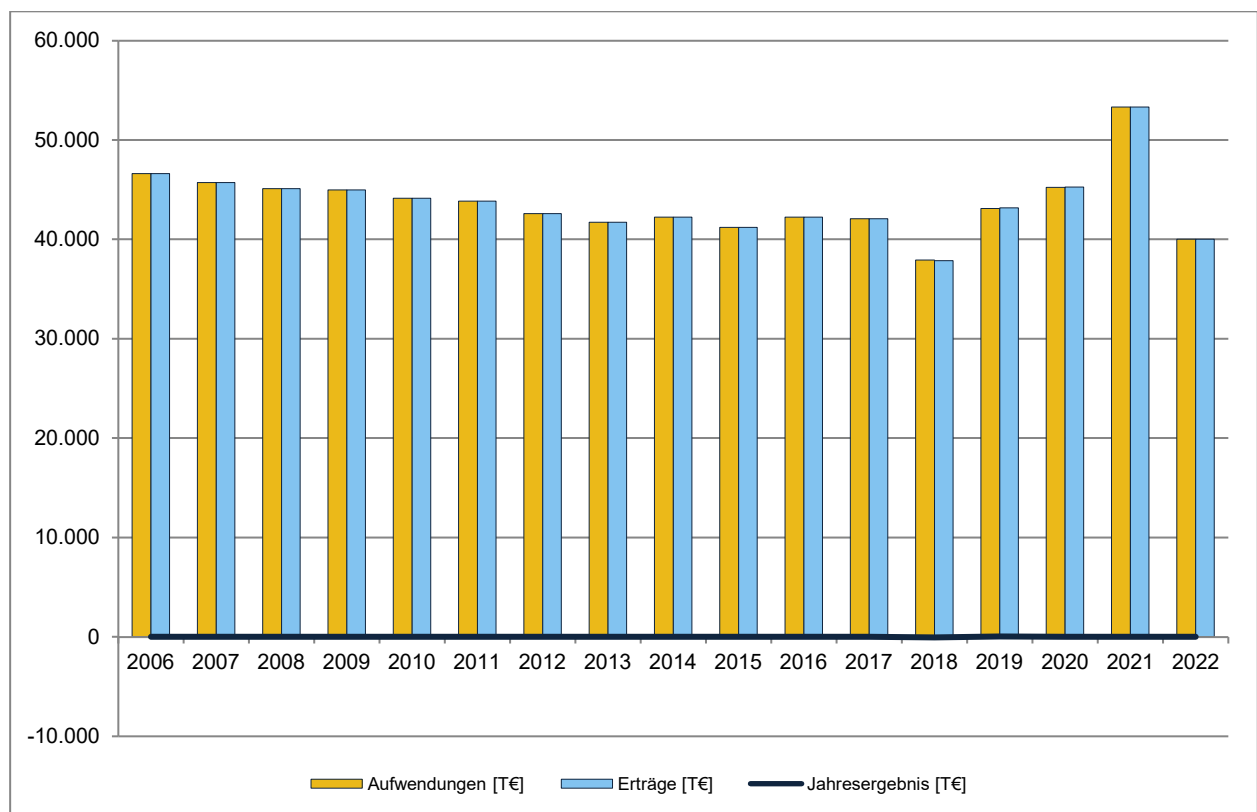
Lenzen, Jonas	Kreistagsmitglied	26.11.2020
Nix, Christoph	Kreistagsmitglied	20.02.2024
Schmitz, Hans-Peter	Kreistagsmitglied	03.07.2014
Schütz, Jürgen	Kreistagsmitglied	28.03.2023
Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender der Verbandsversammlung)	Landrat	03.07.2014

i) Personalbestand

Zum 31.12.2021 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Zweckverband tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	0,52%	0,20%	0,69%	0,49%
Eigenkapitalrentabilität	36,69%	-18,25%	-10,04%	8,22%
Anlagendeckungsgrad 2	82,20%	69,51%	78,94%	9,43%
Verschuldungsgrad	19116,62%	49064,69%	14416,99%	-34647,70%
Umsatzrentabilität	0,10%	0,10%	0,14%	0,04%

22 Zweckverband Region Aachen



Rotter Bruch 6
52068 Aachen
Telefon: 0241 / 927 8721-10
Telefax: 0241 / 927 8721-20
E-Mail: info@regionaachen.de
Homepage: www.regionaachen.de

a) Gegenstand des Zweckverbands

Der Zweckverband Region Aachen mit Sitz in Aachen verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts ‚Steuerbegünstigte Zwecke‘ der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die nachfolgend aufgeführten Aufgaben:

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Der Zweckverband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Zweckverbands dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Mitglieder	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	-	20
StädteRegion Aachen	-	20
Stadt Aachen	-	20
Kreis Euskirchen	-	20
Kreis Heinsberg	-	20
Landschaftsverband Rheinland	-	beratend
Stammkapital	-	0

Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von seinen Verbandsmitgliedern eine Umlage. Der Kreis Düren hat für das Haushaltsjahr 2022 eine Verbandsumlage – auf Grundlage der Einwohnerzahl – i.H.v. 325 T€ entrichtet.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
1. Anlagevermögen					
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00 €	2,00 €	2,00 €	0,00 €	0,00%
1.2 Sachanlagen	20.664,00 €	33.039,00 €	29.689,00 €	-3.350,00 €	-10,14%
1.3 Finanzanlagen	2.000,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	0,00 €	0,00%
2. Umlaufvermögen					
2.1 Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	1.026.896,52 €	1.137.099,78 €	903.006,80 €	-234.092,98 €	-20,59%
2.2 Liquide Mittel	499.260,28 €	485.801,21 €	820.580,06 €	334.778,85 €	68,91%
3. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	5.614,64 €	0,00 €	7.140,00 €	7.140,00 €	
Summe Aktiva	1.554.437,44 €	1.657.941,99 €	1.762.417,86 €	104.475,87 €	6,30%
Passiva					
1. Eigenkapital					
1.1 Allgemeine Rücklagen	44.894,18 €	71.983,25 €	97.652,56 €	25.669,31 €	35,66%
1.2 Ausgleichsrücklagen	22.088,89 €	35.991,63 €	48.826,28 €	12.834,65 €	35,66%
1.3 Jahresergebnis	40.991,81 €	38.503,96 €	70.510,83 €	32.006,87 €	83,13%

3. Rückstellungen	22.000,00 €	22.500,00 €	16.500,00 €	-6.000,00 €	-26,67%
4. Verbindlichkeiten	1.393.703,82 €	1.453.483,15 €	1.493.987,23 €	40.504,08 €	2,79%
5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	30.758,74 €	35.480,00 €	34.940,96 €	-539,04 €	-1,52%
Summe Passiva	1.554.437,44 €	1.657.941,99 €	1.762.417,86 €	104.475,87 €	6,30%

f) Entwicklung der Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.244.970,33 €	3.601.461,90 €	3.679.066,10 €	77.604,20 €	2,15%
Kostenerstattungen und -umlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	4.222,80 €	4.222,80 €	
sonstige ordentliche Erträge	430.153,13 €	322.567,23 €	479.839,65 €	157.272,42 €	48,76%
Personalaufwendungen	1.976.426,44 €	1.952.576,91 €	1.933.099,48 €	-19.477,43 €	-1,00%
Vorsorgeaufwendungen	320.504,57 €	336.088,99 €	331.688,58 €	-4.400,41 €	-1,31%
Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	30.045,23 €	48.119,41 €	26.696,62 €	-21.422,79 €	-44,52%
Bilanzielle Abschreibungen	5.727,01 €	12.104,60 €	102.618,51 €	90.513,91 €	747,76%
Transferaufwendungen	0,00 €	958,11 €	5.952,00 €	4.993,89 €	521,22%
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.296.345,07 €	1.530.607,71 €	1.686.576,64 €	155.968,93 €	10,19%
ordentliches Ergebnis	46.075,14 €	43.573,40 €	76.496,72 €	32.923,32 €	75,56%
Finanzerträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	5.083,33 €	5.069,44 €	5.985,89 €	916,45 €	18,08%
Finanzergebnis	-5.083,33 €	-5.069,44 €	-5.985,89 €	-916,45 €	18,08%
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	40.991,81 €	38.503,96 €	70.510,83 €	32.006,87 €	83,13%
Jahresergebnis	40.991,81 €	38.503,96 €	70.510,83 €	32.006,87 €	83,13%

g) Lagebericht

1. Allgemeines

Das Haushaltsjahr 2022 stellt das zehnte operative Geschäftsjahr des Region Aachen Zweckverband dar.

Mitglieder des Region Aachen Zweckverband sind die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg, die StädteRegion Aachen sowie die Stadt Aachen und mit beratender Stimme der Landschaftsverband Rheinland.

Entsprechend der Satzung organisiert der Region Aachen Zweckverband die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die **Aufgabe**, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.

3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Zukunftsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbes. der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW) sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Region Aachen Zweckverband sind die Verbandsversammlung, die Präsidentin/der Präsident des Zweckverbandes und die Verbandsvorhersteherin/der Verbandsvorsteher.

- a) Die **Verbandsversammlung** hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitglieder - 12 Mitglieder je Gebietskörperschaft zuzüglich einer Vertreterin/eines Vertreters des Landschaftsverbands Rheinland als beratendes Mitglied. Als Vorsitzenden wählte die Verbandsversammlung am 21.12.2020 Herrn Dr. Hanno Kehren.

Die Verbandsversammlung beschließt grundsätzlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des Verbandes. Zur fachlichen Beratung hat der Zweckverband mit Beginn der Kommunalwahlperiode 2020 als beratende Gremien drei Ausschüsse:

Ausschuss für:

(eu)regionale Wirtschaft, Strukturentwicklung und Gesundheit
Vorsitz: Dr. Ralf Nolten, MdL, CDU Fraktion

(eu)regionale Arbeit, Fachkräftesicherung, Bildungs- und Wissensregion
Vorsitz: Manfred Bausch, SPD Fraktion

(eu)regionale Kultur und Tourismus
Vorsitz: Bernd Schwuchow, SPD Fraktion

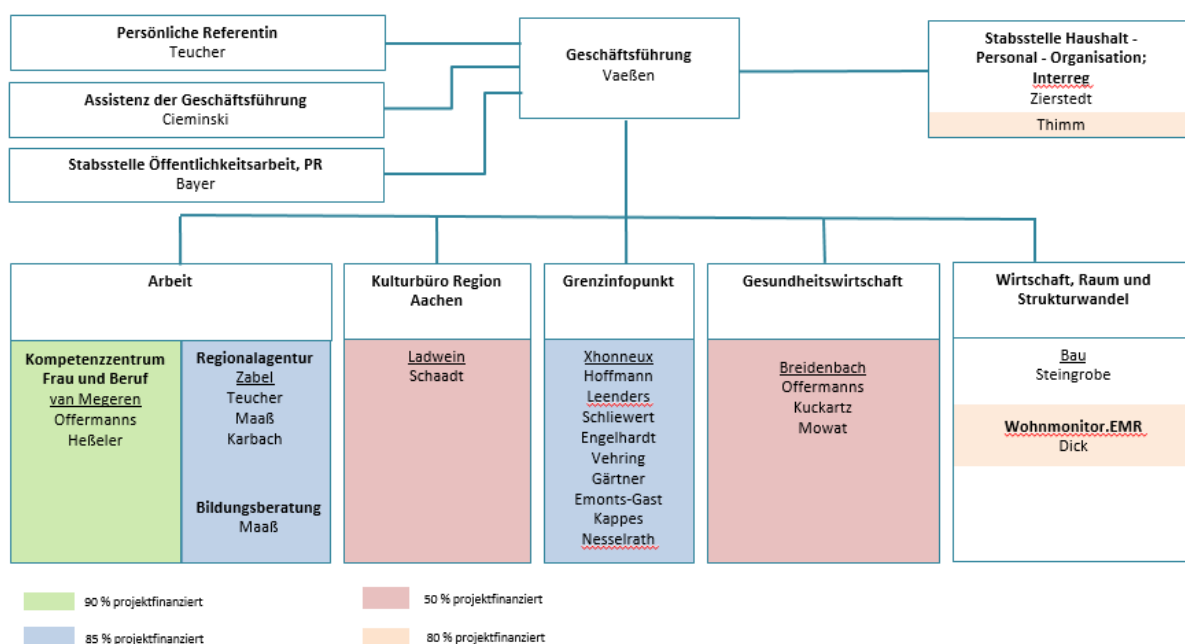
- b) **Präsident** des Region Aachen Zweckverband ist der Kölner Regierungspräsident Dr. Thomas Wilk, der nach den Landtagswahlen in NRW im Jahr 2022 auf Frau Gisela Walsken folgte. Der Verbandspräsident vertritt vorrangig die Interessen der Aachener Region in den Gremien der EUREGIO Maas-Rhein.
- c) **Verbandsvorsteher** des Region Aachen Zweckverband ist der Landrat des Kreises Heinsberg Herr Stephan Pusch, der am 21. Dezember 2020 von der Verbandsversammlung gewählt wurde.

Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Zweckverbandes und vertritt diesen gerichtlich und außergerichtlich. Er wird hierbei durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Die Geschäftsstelle

Die laufenden Geschäfte werden durch die Geschäftsstelle des Region Aachen Zweckverband umgesetzt. Die Geschäftsführung oblag bis 28.02.2023 Frau Prof. Dr. Christiane Vaeßen. In der Sitzung der Verbandsversammlung vom 02.12.2022 wurde Frau Ulla Thönnissen zur neuen Geschäftsführerin bestellt.

Die Gliederung der Geschäftsstelle richtet sich nach dem folgenden Organigramm:
Organigramm Region Aachen Zweckverband – Stand: Dezember 2022



Anmerkungen:

1. alle nicht hinterlegten Stellen werden komplett aus der Umlage finanziert
2. Die Differenz zwischen Projekt- und Vollfinanzierung der Stellen wird aus der Umlage bezahlt

Erläuterungen zur Haushaltsrealisierung

Nachfolgend sind zu den verschiedenen Sachkonten die wichtigsten Abweichungen erläutert.

- 459100 Abschluss der Forderungsvereinbarung zum Grenzümpunkt Aachen-Eurode zwischen der Region Aachen und seinen fünf Mitgliedsgebietskörperschaften (vgl. Anhang Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden)
- 540101 / 540102 Minderausgaben aufgrund der Corona-Pandemie im ersten Halbjahr 2022 sowie Einsparungen aufgrund der Nutzung digitaler Veranstaltungsformate

540303/ 540306	Mehraufwendungen im Produkt 0403 – gedeckt durch erhöhten Projektertrag
540310	Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen aufgrund von verausgabten Projektmitteln für die kein anderes Sachkonto verfügbar war
542900	Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen durch die nicht im Haushaltsjahr 2021 erstellte Rechnung zum Jahresabschluss durch das Steuerberatungsbüro (vgl. Entwicklung der sonstigen Rückstellungen), welche im Jahr 2022 aufwandswirksam wurde, sowie Mehraufwendungen des Steuerberatungsbüros
549900	Abschluss einer Forderungsvereinbarung zum Grenzübergangspunkt Aachen-Eurode zwischen der Region Aachen und seinen fünf Gebietskörperschaften (vgl. Anhang Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden)

2. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2022 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von +64.510,83 Euro ab.

2.1. Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

2.1.1. Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

Ergebnisart	Ist 2021 in €	Plan 2022 in €	Ist 2022 in €	Abweichung Plan/Ist 2022 in €
Ordentliche Erträge	3.924.029,13	3.656.845,00	4.147.312,55	490.467,55
Ordentliche Aufwendungen	3.880.455,73	3.651.345,00	4.076.815,83	425.470,83
Ordentliches Ergebnis	43.573,40	5.500,00	70.496,72	64.996,72
Finanzergebnis	-5.069,44	-5.500,00	-5.985,89	-485,89
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	38.503,96	0,00	64.510,83	64.510,83
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	38.503,96	0,00	64.510,83	64.510,83

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen.

Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von 70.496,72 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von -5.985,89 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von 64.510,83 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um 64.510,83 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2022.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2022 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein. Das Jahresergebnis beträgt 64.510,83 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um 64.510,83 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2022. Im Anhang zum Jahresabschluss wurde bereits unter „Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Schlussbilanz“ aufgezeigt, dass das Jahresergebnis der Ausgleichsrücklage (i.H.v. 21.503,61 Euro) und der Allgemeinen Rücklage (i.H.v. 43.007,22 Euro) zugeführt werden soll. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklagen dargestellt.

Rücklagen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung für das Berichtsjahr 2021:

Position	Ist-2015 in-€	Ist-2016 in-€	Ist-2017 in-€	Ist-2018 in-€	Ist-2019 in-€	Ist-2020 in-€	Ist-2021 in-€	Plan-2022 in-€	Ist-2022 in-€
Jahresergebnis	-12.901	-17.576	14.359	-18.467	22.089	40.992	38.504	0	64.511
Bestand-der- Ausgleichsrücklage-zum-01.01.	26.493	13.592	0	14.359	0	22.089	35.992	48.827	48.827
Inanspruchnahme/Zuführung- Ausgleichsrücklage	-12.901	-13.592	+14.359	-14.359	+22.089	+13.903	+12.835	0	21.503
Endbestand- Ausgleichsrücklage	13.592	0	14.359	0	22.089	35.992	48.827	48.827	70.330
Bestand-der-Allgemeinen- Rücklage-zum-01.01.	52.987	52.987	49.003	49.003	44.895	44.895	71.984	97.653	97.653
Inanspruchnahme/Zuführung- Allgemeine-Rücklage	0	-3.984	0	-4.108	0	+27.089	+25.669	0	43.007
Endbestand-der- Allgemeinen-Rücklage	52.987	49.003	49.003	44.895	44.895	71.984	97.653	97.653	140.660
Eigenkapital-insgesamt	66.579	49.003	63.362	44.895	66.984	107.976	146.480	146.480	210.990

2.1.2. Ertragslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2022:

Ertragsart	Ist 2021 in €	Plan 2022 in €	Ist 2022 in €	Abweichung Plan/Ist 2022 in €
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.601.461,90	3.631.166,00	3.668.327,55	37.161,55
Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
Privatrechtliche Leistungserträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige ordentliche Erträge	322.567,23	25.679,00	478.985,00	453.306,00
Aktiviertete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Ordentliche Erträge	3.924.029,13	3.656.845,00	4.147.312,55	490.467,55
Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	3.924.029,13	3.656.845,00	4.147.312,55	490.467,55

Gegenüber dem Planansatz 2022 ist eine Abweichung von +490.467,55 Euro festzustellen.

Ordentliche Erträge

Insgesamt beziffern sich die ordentlichen Erträge der Region Aachen im Jahr 2022 auf 4.147.312,55 Euro. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder in Höhe von 1.557.085 Euro (= 37,54%) sowie projektorientierter Fördermittel und sonstiger Zuschüsse bzw. ordentlicher Erträge von 2.590.227,55 Euro (= 62,46%).

Die Verbandsumlage deckt damit lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung ab. Des Weiteren wird die Verbandsumlage als Eigenmittel für Projektfinanzierungen eingesetzt, die notwendig sind, um die satzungsgemäßen Aufgaben wenigstens in den zentralen Aufgabefeldern zu erfüllen. Der im Vergleich zu benachbarten Regionalmanagements überhohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für den Region Aachen Zweckverband ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip).

Weiterhin führt die geringe Grundfinanzierung dazu, dass eine Aufgabenwahrnehmung der satzungsgemäßen gesamtregionalen Aufgaben dadurch erschwert wird, dass ein hoher zeitlicher Arbeitsaufwand der Geschäftsführung und der Bereichsleitungen erforderlich ist, um Projektmittel zu akquirieren - und somit nicht direkt für die Bearbeitung der satzungsgemäßen Aufgaben zur Verfügung steht. Gleiches gilt für den hohen zeitlichen Aufwand des Projektcontrollings, wie z.B. Mittelabrufe, Sachstandsberichte, Verwendungsnachweise.

2.1.3. Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2022:

Aufwandsart	Ist 2021 in €	Plan 2022 in €	Ist 2022 in €	Abweichung Plan/Ist 2022 in €
Personalaufwendungen	1.952.576,91	2.432.456,00	1.928.876,68	503.579,32
Versorgungsaufwendungen	336.088,99	0,00	331.688,58	-331.688,58
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	48.119,41	30.853,00	26.696,62	4.156,38
Bilanzielle Abschreibungen	12.104,60	2.900,00	100.920,48	-98.020,48
Transferaufwendungen	958,11	0,00	0,00	0,00
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.530.607,71	1.185.136,00	1.688.633,47	-503.497,47
Ordentliche Aufwendungen	3.880.455,73	3.651.345,00	4.076.815,83	-425.470,83
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.069,44	5.500,00	5.985,89	-485,89
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	3.885.525,17	3.656.845,00	4.082.801,72	-425.956,72

Gegenüber dem Planansatz 2022 ist eine Abweichung von -425.956,72 Euro festzustellen.

2.2. Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ist 2021 in €	Plan 2022 in €	Ist 2022 in €	Abweichung Plan/Ist 2022 in €
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.581.768,73	3.656.845,00	3.938.848,25	282.003,25
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.567.267,36	3.653.945,00	3.596.136,98	57.808,02
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.501,37	2.900,00	342.711,27	339.811,27
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	27.960,44	0,00	7.932,42	-7.932,42
Saldo aus Investitionstätigkeit	-27.960,44	0,00	-7.932,42	-7.932,42
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	-13.459,07	2.900,00	334.778,85	331.878,85
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	-13.459,07	2.900,00	334.778,85	331.878,85

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 331.878,85 Euro.
Der Wert der liquiden Mittel zum 31.12.2022 beträgt 820.580,06 Euro.

3. Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2022).

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich die Gesamtbilanzsumme um 104.475,87 Euro auf 1.762.417,86 Euro.

4. Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt.

Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

4.1. Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Kennzahl	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %	Wert 2019 in %	Wert 2020 in %	Wert 2021 in %	Wert 2022 in %
Eigenkapitalquote 1	6,93	3,19	4,32	6,95	8,83	11,97

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

4.2. Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

Kennzahl	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %	Wert 2019 in %	Wert 2020 in %	Wert 2021 in %	Wert 2022 in %
Liquidität 1. Grades	12,95	36,69	24,17	39,80	42,79	70,76
Liquidität 2. Grades	115,49	107,31	113,93	115,13	137,97	148,15

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2022 nicht in der Lage seinen kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten nachzukommen.

Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2022 in der Lage seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

4.3. Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

Kennzahl	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %	Wert 2019 in %	Wert 2020 in %	Wert 2021 in %	Wert 2022 in %
Allgemeine Umlagequote	36,99	36,42	42,47	41,55	39,68	37,54
Zuwendungsquote	54,91	53,56	44,36	46,74	52,09	50,91
Personalintensität	56,97	55,70	55,31	63,29	58,98	55,45

Aufwandsdeckungs- grad	100,58	99,51	100,75	101,27	101,12	101,73

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat.

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

5. Entwicklung des Region Aachen Zweckverband

Gemäß § 49 KomHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen Zweckverband darzustellen.

Die Haushaltsstruktur des Region Aachen Zweckverband basiert auf zwei wesentlichen Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Eine solide Finanzierung des Region Aachen Zweckverband ist leider immer noch nicht gegeben, so dass das mittelfristige Ziel sein muss, die Projektfinanzierungsquote auf höchstens 40 Prozent (z. Zt. circa 60 Prozent) zu senken.

Um mögliche Haushaltsrisiken frühzeitig zu erkennen, wird quartalsweise durch die Geschäftsstelle ein Finanzbericht erstellt und dieser der Verbandsversammlung vorgelegt.

Ein dauerhaftes Problem ergibt sich durch die späte Refinanzierung von Projektaufwendungen, insbesondere bei Interreg-finanzierten Projekten, die dazu führt, dass im Jahr 2022 eine Liquidität 1. Grades von rd. 70 Prozent vorliegt.

Dem Region Aachen Zweckverband fällt insbesondere durch seine breite politische Legitimation eine zentral steuernde Funktion zu. Gleichmaßen ist er schon jetzt in wichtigen Feldern der regionalen Entwicklung (Wirtschaft und Strukturwandel, Arbeit, Fachkräfte, Bildungs- und Wissensregion, Gesundheitsregion, euregionale Zusammenarbeit, Kultur etc.) sowohl politisch-strategisch als auch in den o.g. regional wichtigen Themenfeldern operativ tätig. Dies erfolgt wie auch in den letzten Jahren durch eine intensive regionale Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften, der AGIT und mit den NRW-Ministerien für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem MHKBG, dem MKW, dem MWIKE und der ZRR innerhalb des Strukturwandels durch den Braunkohleausstieg.

Die Geschäftsführerin der Region Aachen hatte bis zum April 2022 weiterhin im Rahmen der Aufgaben der Zukunftsagentur und des MWIKE den Vorsitz des **Revierknotens Innovation und Bildung** inne. Zu ihren Aufgaben gehörte die intensive Mitarbeit an der Erstellung des *Wirtschafts- und Strukturprogrammes* (WSP) für das Rheinische Revier, das zu einer neuen Version WSP 1.1 weiterentwickelt wurde. Auf dessen Grundlage können Ziele und Inhalte, Aufbau und Aufteilung künftiger Förderaufrufe konkre-

tisiert sowie die Projektauswahlkriterien und -mechanismen erarbeitet werden. Mit der Konzeptionierung des *Innovation Valleys* für das Rheinische Revier und der *Learning Factory* wird ein Leuchtturm für die innovative regionale Entwicklung geschaffen. Hierbei wurde sie bis Februar 2022 von drei Mitarbeiter*innen unterstützt, die von der ZRR zur Region Aachen abgeordnet wurden.

Als regionale Entwicklungsgesellschaft steht das Themenfeld **Wirtschaft und Strukturwandel** sowie die Förderung der wirtschaftlichen Prosperität im Fokus unserer Leistungen. Der Strukturwandel stellt die Menschen, aber insbesondere auch die Unternehmen in der Region vor ganz besondere Herausforderungen: Die von der Region Aachen durchgeführten Veranstaltungsreihen wie *Dialogreihe For-schen:Gesellschaft:Zukunft* und *Business Break* gaben den regionalen Unternehmen konkrete Umsetzungsideen. Die Region Aachen ist im Vergleich zu anderen Regionen, die in einem ähnlichen Transformationsprozess stecken, exzellent aufgestellt. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Region Aachen schaffen Know-how und bestausgebildete Menschen. Die zentrale Aufgabe ist es nun, damit innerhalb der Region Wertschöpfung und nachhaltige Beschäftigung anzuregen. Ein Schlüssel dafür sind s.g. Cross-Potenziale oder -Innovationen. Diese Potenziale liegen an den Grenzen benachbarter Branchen oder Disziplinen. Die dafür notwendigen Netzwerke werden von der Region Aachen initiiert, gepflegt und ausgebaut.

Um den Wohnstandort der Euregio nachhaltig zu stärken, startete die Region Aachen mit ihren Partner*innen das Interreg-Projekt **Wohnmonitor EMR**. Im Frühjahr 2021 wurde mit dem deutsch-niederländischen Konsortium GeoDok GmbH und Etil Research Group, die als Auftragnehmer den Aufbau des Wohnmonitors begleiten, mit der Finalisierung des 2020 entwickelten euregionalen Indikatorensatzes begonnen. Zum Jahresende 2022 wurde die webbasierte Kartenanwendung mit einem Event mit rund 100 Teilnehmer*innen feierlich der Öffentlichkeit vorgestellt und damit das Projekt erfolgreich abgeschlossen.

Eine der bedeutendsten Herausforderungen in der Raumplanung manifestierte sich mit der Flutkatastrophe im Juli 2021. Die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung haben dadurch noch einmal Eingang in das Bewusstsein der Region gefunden und sind zentrale Aufgabenfelder einer nachhaltigen **Raumentwicklung** in der Region Aachen. Das von der Region Aachen initiierte Netzwerk Klimafolgenanpassung mit rund 60 Teilnehmer*innen aus über 20 Kommunen der Region ist für die Entwicklung einer klimaresilienteren Region eine wichtige Grundvoraussetzung. Der Besuch von Messen und Konferenzen gab den Mitarbeitenden wichtige Impulse.

Der **Tourismus** trägt zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Schaffung einer für Einwohner*innen lebenswerten Region bei. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor dieses Wirtschaftssektors liegt in einem prosperierenden und nachhaltigen Angebot von Gastronomie und Hotellerie. Die Region Aachen unterstützt diese Entwicklung und die grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Euregio Maas-Rhein mit dem Netzwerk Genussregion EMR, das sich seit 2021 etabliert hat. Diese Zusammenarbeit mit unseren westlichen Nachbarn wird auch durch **Netzwerke** wie dem *Denktank Stadsregio Limburg / Region Aachen* gestärkt.

Erfolgreiche Regionen konzentrieren sich in ihrer Regionalentwicklung auf ihre starken Branchen und ihre technologischen Kompetenzen. Die **Gesundheitswirtschaft** ist einer von sechs Leitmärkten in der Region Aachen mit einem hohen Potenzial für Innovationen und Beschäftigung. Zusätzliche Wertschöp-

fung kann über Cross-Innovationen mit den anderen Leitmärkten abgerufen werden. Sowohl im Bereich der Life Science mit Medizintechnik, Pharma- und Biotechnologie als auch in der digitalen Medizin mit den Themen Telemedizin, Künstliche Intelligenz, Personalisierte Medizin, Robotik und Assistenzsysteme bietet der Strukturwandelprozess die Perspektive, innovative Lösungen aus der Region in der Region zur Anwendung zu bringen und damit Unternehmen anzusiedeln, Wertschöpfung zu erzielen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zentrale Bedeutung hatte dabei auch 2022 unser Leitprojekt *Care and Mobility Innovation – In Zukunft gut versorgt und intelligent mobil*. In *Care and Mobility Innovation* werden regionale Innovationstreiber und Anwender in Innovationspartnerschaften miteinander verbunden, die Projekte und Geschäftsmodelle für die Gesundheits- und Mobilitätsversorgung von morgen entwickeln. 2022 konnte die Region Aachen – wie im Projekt geplant – 12 Innovationspartnerschaften an den Start bringen. Mit den Innovationsbudgets der kommunalen Partner*innen im Projekt wurden 2022 u.a. die telemedizinische Anbindung von Pflegeheimen im Kreis Euskirchen und die *Smart Care and Mobility-Plattform* für die Bürger*innen im Kreis Heinsberg und in der StädteRegion auf den Weg gebracht. Mit dem Projekt *digital health innovation #zukunftsrevier* wird im Rheinischen Revier ein Leuchtturmprojekt zur Modellregion für digitale Medizin und Gesundheitswirtschaft umgesetzt werden. Gemeinsam mit Partnern aus Medizin, Wissenschaft und Wirtschaft arbeitet die Region Aachen in mehreren Projekten an digitalen Lösungen für die Gesundheitsversorgung. Die Initiative *Region Aachen rettet* konnte erfolgreich fortgesetzt werden; bei insgesamt 1.995 Einsätzen waren Ersthelfer*innen bis Ende des Jahres 2022 vor Ort. In dem Projekt *GALA – Gesundheitsregion Aachen: Innovativ Lernen und Arbeiten* entwickeln Unternehmen gemeinsam mit Forschungspartnern neue Methoden des Lernens und Arbeitens für die Gesundheitsberufe. Die Region Aachen ist im Projekt für die Öffentlichkeitsarbeit und den Transfer in die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft verantwortlich

Die **Regionalagentur Region Aachen** ist die Schnittstelle zwischen dem *Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen* (MAGS) und der Region Aachen.

Sie unterstützt zum einen die Umsetzung des ESF-Programms und zum anderen die Arbeitspolitik des MAGS, für das sie als integrierte, strategische Partnerin fungiert.

Zu ihren Aufgaben gehören: Koordination der ESF-Programme; Unterstützung bei der Durchführung von Interessenbekundungsverfahren; Information und Beratung von Antragstellern sowie Öffentlichkeitsarbeit zu ESF-Programmen. Zu den Aktivitäten, die nicht der ESF-Umsetzung zugerechnet werden können gehören u.a. Aktivitäten in den Bereichen Transformation von Unternehmen im Hinblick auf Digitalisierung und ökologisch-soziale Marktwirtschaft; Stärkung der dualen Ausbildung bzw. Teilzeitausbildung; Transformation im Rheinischen Revier sowie Weiterbildung von Beschäftigten. Die Formate *Digitaler Elternabend zur Berufsorientierung* sowie die *Digitalen Unternehmenssprechtage* wurden in 2022 weitergeführt und um Veranstaltungen zum Thema Digitalisierung und KI in KMU ergänzt. Der Fachkräftemangel wurde im Jahr 2022 zunehmend sichtbarer. Die Anzahl unbesetzter Arbeitsplätze stieg auf über 10.000 in der Region Aachen. Die Regionalagentur entwickelte hier erste Ideen, wie dieser Situation durch konkrete Maßnahmen begegnet werden kann. Ein Termin mit den regionalen Hochschulen förderte erste Ergebnisse zutage. So muss u.a. die Anzahl von Absolventen aus dem Ausland, die in der Region bleiben wollen, gesteigert werden. Ein weiteres Schwerpunktthema war die Situation der aus der Ukraine geflüchteten Menschen und ihre Integration in den regionalen Arbeitsmarkt. Bei einem Austauschtermin mit regionalen Jobcentern, den Beratungsstellen Arbeit, der Landesberatungsgesellschaft G.I.B. wurde die aktuelle Situation thematisiert und Lösungsmöglichkeiten erörtert.

Das **Kompetenzzentrum Frau und Beruf** machte 2022 Fachkräfte sichtbar, denn die berufliche Gleichstellung und höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen wird als Schlüssel gegen den Fachkräftemangel gesehen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben einen enormen Personalbedarf, sind aber oft bei den Fachkräften nicht bekannt. Das Kompetenzzentrum hat deshalb die Sichtbarkeit regionaler Unternehmen erhöht und diese mit weiblichen, potentiellen Fachkräften zusammengebracht. Das Kompetenzzentrum konzipiert Recruiting-Strategien und Veranstaltungsformate, die einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchssicherung leisten. Es setzt sich dafür ein, dass Frauen aller Ausbildungsgrade in den Unternehmen der Region bessere Arbeitsbedingungen vorfinden, erarbeitet Lösungen für eine lebensphasenorientierte Personalpolitik und sensibilisiert Unternehmen für eine vereinbarkeitsorientierte Unternehmenskultur.

Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf Müttern und Vätern, die nach der Familienzeit wieder in den Beruf einsteigen und ein familienfreundliches Unternehmen suchten. Bei dem Format *Wer wird Mamas Chef*in?* präsentierten sich KMU als familienfreundliche Arbeitgeber*innen. Dabei konnten die Bewerberinnen ihre Kinder betreut spielen lassen, während sie mit den Unternehmen ins Gespräch kamen.

Das Kompetenznetzwerk Familienfreundliche Unternehmen ist 2022 um mehr als 20 Prozent gewachsen und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zum Erhalt der Wachstums- und Innovationskraft der Unternehmen in der Region. Das Kompetenzzentrum Frau und Beruf engagiert sich gemeinsam mit regionalen Partnern dafür, dass alle Akteure*innen und Unternehmen in der Region zu dieser wichtigen Thematik vernetzt sind.

Kultur in die Fläche bringen in Vernetzung von Stadt und Land – das ist Aufgabe des **Kulturbüros Region Aachen**. Im Jahr 2022 geschieht dies bereits seit 25 Jahren. Anlässlich dieses Jubiläums erfuhr das Förderprogramm ein Makeover: Das Programm wurde umbenannt in **RKP - Regionales Kultur Programm NRW** ein neues Logo, Webseite und Flyer wurden entwickelt sowie landesweite Jubiläumsveranstaltungen. Das Kulturbüro führte zahlreiche Beratungsgespräche durch und begleitete Antragsteller*innen intensiv von der Projektidee bis zum Antrag – das stolze Ergebnis: Für 30 Projekte betrug die Förderung insgesamt 810.937 Euro im Jahr 2022. Zu den Highlights zählte das gesamtregionale Projekt der kulturellen Bildung *Junges Kulturfestival Rampenfieber* (in Kooperation mit den fünf Gebietskörperschaften) mit einem Budget von 190.000 €, über 500 mitwirkenden Kindern und Jugendlichen und einem fulminanten Finale im Eurogress Aachen. Vom kulturfachlichen Beratungsgremium (RKP-Jury) wurde es zum zweiten dauergeförderten Projekt der Region Aachen bestimmt. Mit dem neu eingerichteten *Forum Kulturelle Bildung Region Aachen* wurde zudem ein Grundstein für die verbesserte Vernetzung der fünf Gebietskörperschaften zum Thema Kulturelle Bildung gelegt. Weitere Meilensteine waren das interdisziplinär besetzte Barcamp *Kultur. Wandel. Räume im Rheinischen Revier* im ENERGETICON, Alsdorf, das sich mit der Transformation des Rheinischen Reviers in Bezug auf das Thema Kultur beschäftigte. Das Kombi-Ticket *auf ins museum – naar het museum!* für 26 Museen im Herzen der Euregio Maas-Rhein wurde mit 4.405 in 2022 eingelösten Tickets abgeschlossen und an die EVTZ Euregio Maas-Rhein als neue Trägerin der Entwicklungsinitiative für eine gesamteuregionale Museumscard übergeben. Die erfolgreiche Fortbildungsreihe *JOUR FIXE KULTUR PRO* wurde in Kooperation mit dem Kulturministerium Ostbelgiens wieder mit acht Qualifizierungs-Workshops in Aachen und Eupen fortgesetzt.

Nachdem in den Jahren 2020 und 2021 der Beratungsbedarf sprunghaft angestiegen war, stabilisierten sich die Beratungszahlen auf dem Pandemie-Niveau. So gab es auch 2022 immer noch deutlich mehr Kundenkontakte als vor Corona. Verständlicherweise gingen die Fragestellungen zu Coronathemen im letzten Jahr zurück. Lässt man diese Corona-bezogenen Anfragen außer Acht, sind die Kontaktzahlen

sogar nahezu identisch wie 2021. Das große Thema Corona konnte der **GrenzInfoPunkt** zwar hinter sich lassen, dessen Folgen bestimmen aber immer noch das Tagesgeschäft: New Work und Arbeit 4.0 dominieren nun die Anfragen.

Allen Fragen voran steht das Thema Home-Office, bzw. mobiles Arbeiten in der Grenzregion heraus. Liegt der Sitz des Arbeitgebers im Nachbarland, ergeben sich ganz andere Herausforderungen als wenn Wohn- und Dienstort im selben Land liegen, denn im Home-Office wird die tatsächliche Arbeit nun nicht mehr im Arbeitgeberland geleistet. Die hierzu in der Coronazeit eigens eingerichteten Übergangsregelungen sind teils bereits ausgelaufen, die anderen folgen in Kürze. Die Menschen in der Euregio und darüber hinaus sind stark verunsichert. Das Team des GIP stand selbstredend auch 2022 Betrieben, Angestellten sowie Selbstständigen in der Euregio Maas-Rhein (EMR) sowie Institutionen und Politik euregional und überregional zur Seite: durch persönliche Gespräche, Sprechtag mit digitalen und hybriden Individualberatungen, Gruppenberatungen in Betrieben, größeren Veranstaltungen sowie durch Bereitstellung von Informationen auf verschiedenen Online-Kanälen. Das Online-Angebot wurde weiter ausgebaut und noch zugänglicher gestaltet.

Mit dem Ziel weitere Hürden abzubauen und die Menschen in der Euregio Maas-Rhein einander noch näher zu bringen, entwickelte das Team auch zielgruppenorientierte Inhalte zur Förderung interkultureller Kompetenz, z.B. für Schüler*innen, Studierende und Arbeitsuchende.

Um die Interessen der grenzüberschreitend Tätigen Betriebe und Menschen zu wahren und deren Fragen zu beantworten, arbeitet der GIP u.a. eng mit dem *EVTZ Euregio Maas-Rhein* zusammen. Der euregionale 360°-Arbeitsmarkt soll weiter ausgebaut werden. Hierfür kooperiert der GIP nicht nur mit dem *Service grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung* (SGA) in unserer Region, sondern vernetzt sich mit allen GIPs und SGAs entlang der deutsch-niederländisch-belgischen Grenze.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den euregionalen Partnerregionen im Rahmen des **EVTZ Euregio Maas-Rhein** hat sich für die Region Aachen auch und gerade in Krisenzeiten bewährt und dabei kreative und pragmatische Lösungen gesucht und gefunden, um die alltägliche Kooperation in unseren Projekten trotz aller Einschränkungen fortzuführen.

Zusammen mit zwölf weiteren Programmpartnern aus den Niederlanden, Belgien und Deutschland arbeitet die Region Aachen an der erfolgreichen Realisierung des Interreg Euregio Maas-Rhein Programms. Im Jahr 2022 hat Interreg EMR rund 6,2 Mio. Euro an Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) investiert, davon rund 0,7 Mio. Euro in die Region Aachen. Konkret wurden zwei grenzüberschreitende Projekte mit belgischen, niederländischen und deutschen Partner*innen in der Region gefördert. Diese beiden Projekte gingen aus dem spezifischen Aufruf zur Hochwasserkatastrophe hervor.

Im Jahr 2022 arbeiteten die 13 Programmpartner*innen intensiv an den Vorbereitungen für die sechste Förderperiode. Das Programm, fortan bekannt unter Interreg Maas-Rhein, startet im Februar 2023 mit dem ersten Projektauftrag. Die ersten Projekte können zum Ende des Jahres 2023 mit ihren Aktivitäten beginnen.

Darüber hinaus wurden von der Geschäftsführung verschiedene überregionale Netzwerke gepflegt, wie der Verbund regionen.NRW und der Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen (IMeG).

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Verbandspräsident:	Wilk, Dr. Thomas	Köln	Regierungspräsident
Verbandsvorsteher:	Pusch, Stephan	Kreis Heinsberg	Landrat
Verbandsversammlung:	Städteregion Aachen	12 Sitze	20 %
	Stadt Aachen	12 Sitze	20 %
	Kreis Düren	12 Sitze	20 %
	Kreis Euskirchen	12 Sitze	20 %
	Kreis Heinsberg	12 Sitze	20 %
	Landschaftsverband Rheinland	1 Sitz (beratend)	
	Europaabgeordneter Verbandsgebiet	1 Sitz (beratend)	
	Bundestagsabgeordneter Verbandsgebiet	1 Sitz (beratend)	
	Landtagsabgeordneter Verbandsgebiet	1 Sitz (beratend)	

Vertretung des Kreises Düren

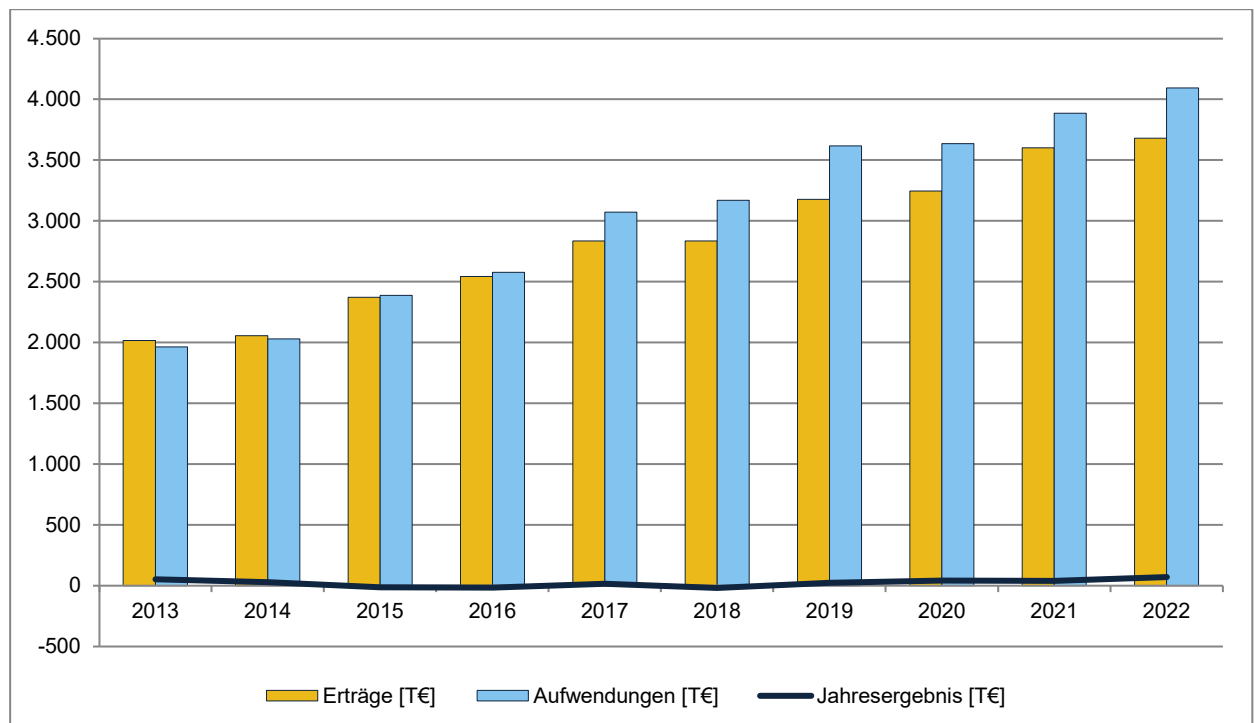
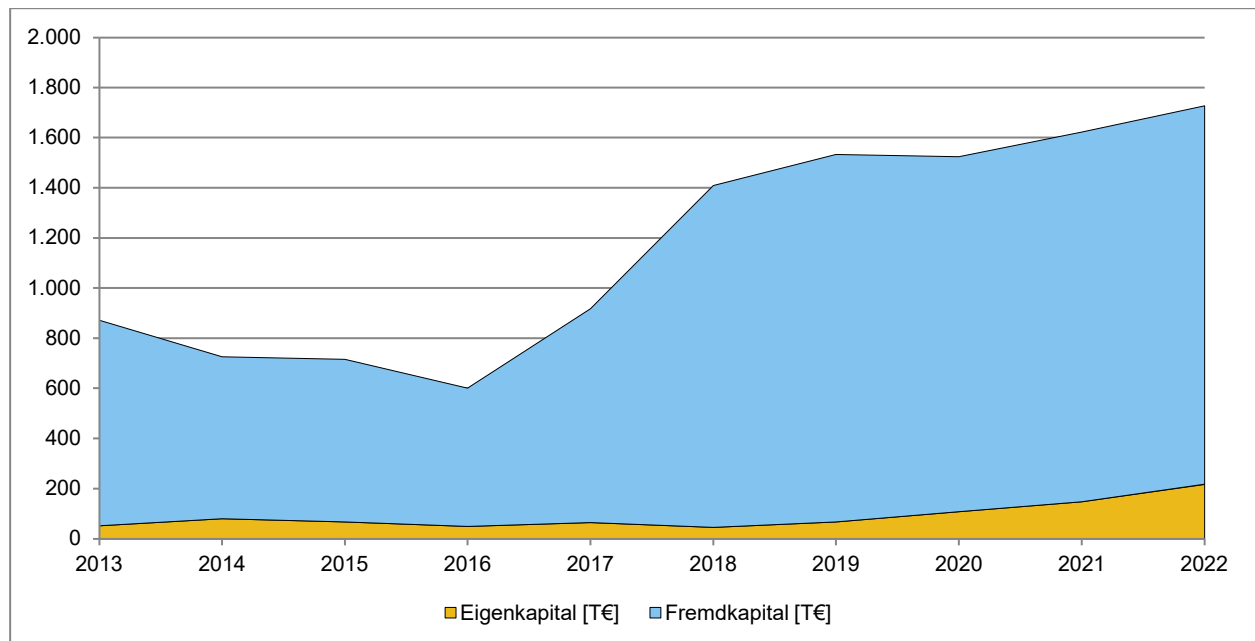
Verbandsversammlung:

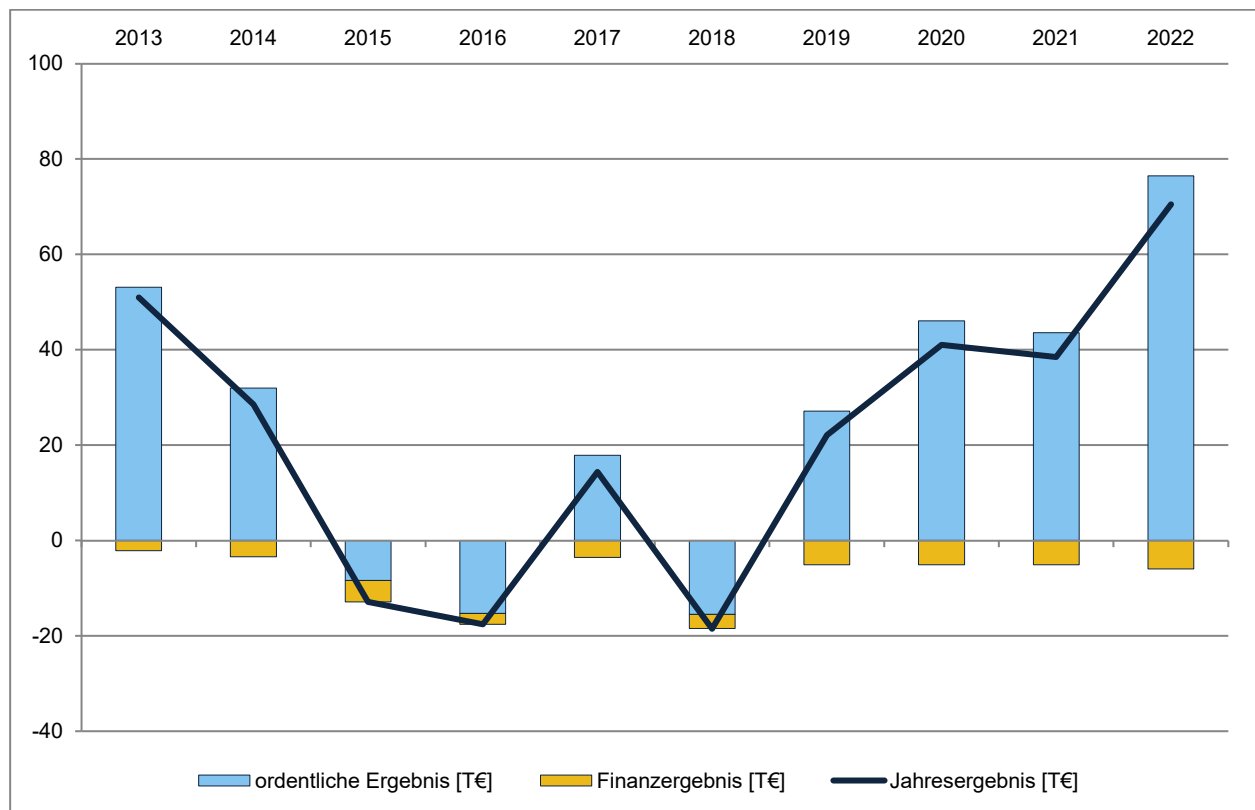
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Bär, Britta	Kreistagsmitglied	04.04.2019	13.06.2022
Bozkır, Timur	Kreistagsmitglied	26.11.2020	13.06.2022
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	31.03.2022	
Filipovic, Sanja	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hilger, Andrea	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hohn, Astrid	Kreistagsmitglied	26.11.2020	18.09.2023
Göddertz, Klaus-Peter	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Kaplakarslan, Ayşe	Kreistagsmitglied	14.06.2022	
Kochs, Wolfgang	Kreistagsmitglied	26.11.2020	30.03.2022
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Maris, Achim	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Marré, Heike	Kreistagsmitglied	14.06.2022	
Nolten, Ralf	Kreistagsmitglied	03.12.2012	
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Schultz-Hock, Reinhard			
Christoph	Kreistagsmitglied	19.09.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.12.2012	
von Wirth - Oktar, Daniela	Kreistagsmitglied	26.11.2020	09.02.2023

i) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	6,95%	8,83%	12,31%	3,48%
Eigenkapitalrentabilität	37,96%	26,29%	32,50%	6,21%
Anlagendeckungsgrad 2	476,37%	418,02%	684,70%	266,68%
Verschuldungsgrad	1311,14%	1007,64%	696,11%	-311,53%
Umsatzrentabilität	1,42%	1,21%	2,08%	0,87%

E. Mittelbare Beteiligungen des Kreises Düren zum 31. Dezember 2022

Beteiligung ↓	Unternehmensgegenstand	Nennkapital [T€]	Anteils- eigner	Anteil am Nennkapital [%]	Anteil am Nennkapital [T€]
1 AGKAMED Holding GmbH	der Erwerb, das Halten und Verwalten von Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften, die im medizinischen und sozialen Bereich tätig sind	75,0	KHD	0,67%	0,5
2 ATC - Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH ¹	Betrieb eines Innovations- und Forschungszentrums sowie die nachhaltige Förderung der Wirtschaftsregion und die Verbesserung der Wirtschaftssituation	25,0	BTG	51,00%	12,8
3 beka GmbH	Ein- und Verkauf aller für den Bau, die Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmen erforderlichen Wirtschaftsgüter	382,5	BTG	0,78%	3,0
4 Dürener Bauverein AG	sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung von breiten Schichten der Bevölkerung	230,1	BTG	25,02%	57,6
5 Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)	dauerhafte berufliche Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z.B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren	30,7	BTG	100,00%	30,7
6 Duria e.G.	die Unterstützung der Mitglieder bei der Ausübung ihres Berufs unter Einsatz elektronischer Datenverarbeitungssysteme sowie der Telekommunikation insbesondere der DURIA-Programme und die Einrichtung und Unterhaltung eines Programmierzentrums sowie die Erbringung von Nebenleistungen zu dem Unternehmenszweck.		KHD	< 1%	6,6
7 EWW Energie- und Wasserversorgung GmbH	Energieversorgung und Wasserversorgung in der StädteRegion Aachen und benachbarten Gebieten	18.151,5	BTG	0,58%	105,3
8 Freizeitbad Kreuzau GmbH	Betrieb einer Freizeitanlage	25,0	BTG	100,00%	25,0

¹ Umfirmierung der ATC in Aldenhoven Testing Center GmbH zum 01.02.2024

Beteiligung ↓	Unternehmensgegenstand	Nennkapital [T€]	Anteils- eigner	Anteil am Nennkapital [%] [T€]	
9 Future Mobility Park	die Förderung der regionalen Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Düren und der RWTH durch Etablierung eines Campus-Areals. Das Campus-Areal soll die Grundlage für die Durchführung von Lehr-, Forschungs-, Entwicklungs- und Transfervorhaben bilden und dient somit der nachhaltigen Förderung der vom Strukturwandel besonders betroffenen Wirtschaftsregion des Rheinischen Reviers sowie der Verbesserung der dortigen Wirtschaftssituation.	25,0	BTG	51,00%	12,8
10 Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)	wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren	25,0	BTG	100,00%	25,0
11 GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft	625,0	EWV	39,16%	244,8
			VWA	15,00%	93,8
			RE	5,00%	31,3
			BTG	3,00%	18,8
12 HyDN GmbH	die Planung, Entwicklung, Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Wasserstoff sowie die Errichtung und der Betrieb einer öffentlichen Wasserstofftankstelle für PKW sowie einer Trailer-Abfüllanlage für den Transport von Wasserstoff in Jülich (Kreis Düren) mit dem Ziel der Herstellung, Reinigung, Speicherung und dem Verkauf von Wasserstoff, Sauerstoff und anderen Gasen, die im Zusammenhang mit der Herstellung von Wasserstoff entstehen, des Verkaufs der Abwärme aus dem Produktionsprozess sowie die Erbringung von Leistungen zur Stabilisierung des Stromnetzes.	25,0	BTG	37,50%	9,4
13 KHD Träger GmbH	Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen	120,0	Med.campus AöR	94,00%	112,8
			Kreis Düren	3,00%	3,6
14 MVZ Rur gGmbH	Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege	25,0	KHD	100,00%	25,0

Beteiligung ↓		Unternehmensgegenstand	Nennkapital [T€]	Anteils- eigner	Anteil am Nennkapital [%] [T€]	
15	Notfallbildungszentrum Eifel-Rur gGmbH (NOBIZ)	Unterhaltung einer Schule, in der alle Formen von Aus-, Fort- und Weiterbil- dung sowie von Seminaren angeboten werden, die der nichtpolizeilichen Ge- fahrenabwehr dienen	25,0	RDKD	49,00%	12,3
16	REA GmbH & Co.KG WEA 1	die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Wind- kraftanlage WEA 1 Düren	1.450,0	RE	53,10%	770,0
17	REA WEA Birk GmbH & Co.KG	die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Wind- kraftanlage WEA Würselen-Birk	750,0	RE	33,33%	250,0
18	regio iT gesellschaft für informati- onstechnologie mbH	automatisierte Informationsverarbei- tung für alle hierfür geeigneten Aufga- ben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirt- schaftlich selbständigen Organisations- einheiten sowie ihrer juristischen Per- sonen des öffentlichen Rechts	1.500,0	BTG	0,86%	12,9
19	RURENERGIE GmbH	die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwand- lung regenerativer Energien, bzw. die Vermarktung der in diesen Anlagen er- zeugten Energie, sowie die Erbringung von Versorgungsleistungen in den Be- reichen Energie und Wärme und die mit diesen Bereichen unmittelbar verbun- denen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen	500,0	BTG	50,10%	250,5
				EWV	5,00%	25,0
20	Rurtalbahn GmbH	Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen und Güterbeförderung, sowie die Durchführung von Gelegen- heitsverkehren im Rahmen des öffentli- chen Verkehrs	1.000,0	BTG	25,10%	251,0
21	Rurtalbus GmbH	gewerbsmäßige Beförderung von Per- sonen mit Kraftfahrzeugen im Linien- verkehr einschließlich dessen Sonder- formen sowie im Gelegenheitsverkehr	25,0	BTG	49,00%	12,3

Beteiligung ↓		Unternehmensgegenstand	Nennkapital [T€]	Anteils- eigner	Anteil am Nennkapital [%] [T€]	
22	SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG	die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Gereonsweiler. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.	2,0	RE	50,00%	1,0
				SL	50,00%	1,0
23	TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH	Vermietung und Verwaltung von Gewerbeimmobilien im Zusammenhang mit der Förderung des Technologiestandorts Jülich	25,0	TZJ	100,00%	25,0
24	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	Wasser- und Wärmeversorgung einschließlich Nah- und Fernwärmeversorgung sowie der Einsatz von modernen Energieerzeugungsanlagen wie Blockheizkraftwerke (BHKW), die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, der Ein- und Verkauf von Wasser und Energie sowie energienaher Dienstleistungen	2.047,3	BTG	1,21%	24,8
25	VIAS GmbH	Planung, Organisation und Durchführung eines Schienenpersonennahverkehrs	25,0	RtBa	50,00%	12,5
26	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH	Wasserversorgung der Einwohner des Versorgungsgebietes sowie der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienenden Geschäfte	1.000,0	BTG	49,00%	490,0
27	Windenergie Jülich GmbH & Co. KG	die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Jülich-Bourheim. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.	10,0	RE	50,00%	5,0
				REA	50,00%	5,0
28	Windenergie Körrenzig GmbH	Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlagen 1, 3, 4 und 5 Linnich-Körrenzig	25,0	RE	60,00%	15,0
29	Windenergie Kreuzau GmbH & Co.Kg	Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Kreuzau-Thum	13,5	RE	73,00%	9,9
30	Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	Beteiligung als Kommanditistin an der RWE Innogy Windpark Eschweiler GmbH & Co.KG (heute: Innogy indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co.KG)	25,0	EWV	55,18%	13,8
				RE	40,82%	10,2
				GREEN	4,00%	1,0

1 AGKAMED Holding GmbH



Ruhralle 175
45136 Essen
Telefon: 02 01.18 55-0
Telefax: 02 01.18 55-19 9
E-Mail: dispo@agkamed.de
Homepage: www.agkamed.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Einkauf und die Distribution von Artikeln, die vom medizinischen und sozialen Bereich benötigt werden, sowie Pharmazeutika und allen sonstigen Produkten, die im Krankenhaus und im sonstigen sozialen Bereich benötigt werden. Das Unternehmen ist tätig für Gesellschafter der AGKAMED Holding GmbH sowie sonstige Kooperationspartner und Dritte (über Dienstleistungsvertrag). Ebenso wird das Unternehmen sonstige Dienstleistungen für den vorbezeichneten Kreis erbringen, die zur Erledigung der Aufgaben im Gesundheitsbereich förderlich sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Beteiligung dient der Inanspruchnahme der Leistungen der AGKAMED Holding GmbH durch die Krankenhaus Düren gGmbH. Insoweit dient sie dem öffentlichen Zweck der Krankenhaus Düren gGmbH.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Krankenhaus Düren gGmbH	-	< 1
Stammkapital	-	

d) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:

Dürr, Carsten
Opperbeck, Marcel

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat wird von der Gesellschafterversammlung gewählt. Der Krankenhaus Düren gGmbH, bzw. ihren Gesellschaftern steht kein Vorschlags- oder Entsendungsrecht zu.

Gesellschafterversammlung:

Die Krankenhaus Düren gGmbH wird in der Gesellschafterversammlung von der Geschäftsführung vertreten.

Die Krankenhaus Düren gGmbH hält nur eine geringe Beteiligung an der Gesellschaft, um ihre Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Aus diesem Grund wird auf die weitere Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse an dieser Stelle verzichtet.

Mit der Veräußerung der Anteile an der Krankenhaus Düren gGmbH in 2023 entfällt auch die mittelbare Beteiligung des Kreises Düren an der AGKAMED Holding GmbH.

2 ATC – Aldenhoven Testing Center GmbH



Industriepark Emil Mayrisch
52457 Aldenhoven
Telefon: 02 41.80-25 63 9
Telefax: 02 41.80-22 14 7
E-Mail: info@atc-aldenhoven.de
Homepage: www.atc-aldenhoven.de

1

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Innovations- und Forschungszentrums sowie die nachhaltige Förderung der Wirtschaftsregion und die Verbesserung der Wirtschaftssituation, insbesondere durch die weitergehende Forschung auf dem Gebiet der Entwicklung innovativer Technologien für alle Branchen, die sich mit Mobilität beschäftigen sowie neuer Fahrzeug- und Verkehrstechnik zu ermöglichen und die wirtschaftliche Entwicklung der Region und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Gesellschaft betreibt ein automotive-Testzentrum im Rahmen der strukturellen Entwicklung im interregionalen Industriepark Aldenhoven-Siersdorf. Der öffentliche Zweck wird damit erfüllt.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	12,8	51
RWTH Aachen	12,2	49
Stammkapital	25,0	

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	191.474,00 €	148.743,00 €	105.425,00 €	-43.318,00 €	-29,12%
II. Sachanlagen	11.602.772,14 €	10.730.343,14 €	9.873.715,24 €	-856.627,90 €	-7,98%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	228.309,91 €	145.172,53 €	174.427,72 €	29.255,19 €	20,15%

¹ Umfirmierung der ATC in Aldenhoven Testing Center GmbH zum 01.02.2024

II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	530.869,44 €	772.635,05 €	1.924.877,53 €	1.152.242,48 €	149,13%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	504.317,09 €	466.848,79 €	411.666,34 €	-55.182,45 €	-11,82%
Summe Aktiva	13.057.742,58 €	12.263.742,51 €	12.490.111,83 €	226.369,32 €	1,85%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	8.800.000,00 €	8.800.000,00 €	8.800.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-1.110.817,35 €	-1.225.309,88 €	-1.783.355,07 €	-558.045,19 €	45,54%
IV. Jahresergebnis	-114.492,53 €	-558.045,19 €	824.545,30 €	1.382.590,49 €	-247,76%
B. Sonderposten	4.425.444,66 €	3.969.854,66 €	3.514.785,66 €	-455.069,00 €	-11,46%
C. Rückstellungen	956.455,41 €	1.189.453,79 €	74.616,31 €	-1.114.837,48 €	-93,73%
D. Verbindlichkeiten	76.152,39 €	62.789,13 €	1.034.519,63 €	971.730,50 €	1547,61%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	13.057.742,58 €	12.263.742,51 €	12.490.111,83 €	226.369,32 €	1,85%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	923.428,16 €	878.701,26 €	1.198.630,12 €	319.928,86 €	36,41%
2. sonstige betriebliche Erträge	745.086,96 €	546.190,98 €	1.534.247,08 €	988.056,10 €	180,90%
3. Materialaufwand	28.006,24 €	17.250,71 €	65.127,52 €	47.876,81 €	277,54%
4. Personalaufwand	383.176,59 €	374.792,72 €	528.104,49 €	153.311,77 €	40,91%
5. Abschreibungen	926.600,43 €	936.534,80 €	938.691,21 €	2.156,41 €	0,23%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	369.681,08 €	637.635,53 €	374.775,29 €	-262.860,24 €	-41,22%
Betriebsergebnis	-38.949,22 €	-541.321,52 €	826.178,69 €	1.367.500,21 €	-252,62%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	49,97 €	49,97 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	74.564,08 €	16.557,66 €	1.375,00 €	-15.182,66 €	-91,70%
Finanzergebnis	-74.564,08 €	-16.557,66 €	-1.325,03 €	15.232,63 €	-92,00%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-113.513,30 €	-557.879,18 €	824.853,66 €	1.382.732,84 €	-247,86%
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. sonstige Steuern	979,23 €	166,01 €	308,36 €	142,35 €	85,75%
Jahresergebnis	-114.492,53 €	-558.045,19 €	824.545,30 €	1.382.590,49 €	-247,76%

f) Lagebericht

I. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die ATC – Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH (im Folgenden: ATC GmbH) [HRB 6080] wurde am 10.12.2010 gegründet und wird von zwei Gesellschaftern gehalten: der Beteiligungs-gesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) mit einem Anteil von 51 % und der Rheinisch-Westfälischen Techni-schen Hochschule Aachen (RWTH Aachen University) mit 49 % Gesellschaftsanteil.

Zweck der ATC GmbH ist der Bau, der Betrieb und die Instandhaltung eines Testzentrums für mobile An-wendungen. Ziel ist die diskriminierungsfreie Zurverfügungstellung von

Erprobungsinfrastrukturkapazitäten für den Automobilbereich, aber auch andere Domänen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die über keine eigenen Testzentren verfügen. Aufgrund der umfassenden Finanzierung aus der öffentlichen Hand durch das Land NRW und die Europäische Union (EU) steht die Erreichung der Förderziele vor der Gewinnerzielung im Vordergrund. Ein weiterer Aspekt ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaft, die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation, der Aufbau neuer Geschäftsfelder und die damit einhergehende Begünstigung des Strukturwandels in der Region.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 haben sich die Corona-Pandemie und ihre Folgen merklich abgeschwächt. Zwar gab es sowohl in Europa als auch weltweit teils heftige Ausbrüche und damit erhebliche Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft. Dennoch haben in Europa und Deutschland Gesellschaft und Wirtschaft weitgehend wieder zu einer Normalität in Bezug auf die Einschränkungen zum Gesundheitsschutz gefunden. Mindestens so große Auswirkungen wie die Corona-Krise hatte, hat jedoch der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit den unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen auf die globale Weltordnung, die Wirtschaftsbeziehungen, Lieferketten, Absatzmärkte, Energieversorgung und -preise sowie einer daraus folgenden hohen Inflationsrate. Das Statistische Bundesamt hat am 13. Januar 2023 verlautbart, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2022 um 1,9 % höher als im Vorjahr ausfiel [Quelle: DESTATIS-Pressemittlung Nr. 020 vom 13. Januar 2023]. Die DESTATIS-Präsidentin erläuterte dazu, dass sich die deutsche Wirtschaft trotz der extremen Energiepreiserhöhungen sowie verschärften Material- und Lieferengpässen, massiv steigenden Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie des Fachkräftemangels und der andauernden, wenn auch im Jahresverlauf nachlassenden Corona-Pandemie gut behaupten konnte. Der Vergleich zum BIP von 2019 (vor Corona) mit einer Steigerung von 0,7 % zeigt jedoch auch, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren allenfalls moderat ausgefallen ist. In diesem schwierigen Umfeld fielen auch die Absätze von Neufahrzeugen signifikant geringer aus als vor den Corona- und Ukraine-Krisen. In Deutschland beträgt der Rückgang 2022 im Vergleich zu 2019 rund 24 % [Quelle: KBA, Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Deutschland]. Weltweit zeigt sich eine ähnliche Größenordnung, wenngleich konkrete Zahlen für das Jahr 2022 zum Berichtszeitpunkt noch nicht vorliegen. Erfreulicherweise hat sich zumindest die Verfügbarkeit von Halbleitern und Chips im Jahresverlauf 2022 verbessert und kaum noch unmittelbare Produktionsausfälle zur Folge. Mit dem sich verschärfenden Konflikt zwischen China und Taiwan gibt es jedoch neue Unsicherheiten bezüglich der Verfügbarkeit, da global und über annähernd alle produzierenden Branchen eine starke Abhängigkeit von Lieferungen aus Taiwan besteht.

Die Kundschaft der ATC GmbH speist sich weitgehend unverändert weiterhin überwiegend aus der Branche der Automobilhersteller, -zulieferer sowie für diese tätige Forschungs- und Entwicklungsunternehmen. Die geschilderte gesamtwirtschaftliche Lage spiegelte sich auch in ihrem Nutzungsverhalten wider, wobei erfreulicherweise wieder deutlich mehr Events stattfinden konnten. Die Buchungen im Bereich der Testfahrten haben sich etwa auf dem Niveau von 2021 gehalten, wie in den folgenden Kapiteln genauer ausgeführt wird.

Für die Mobilitätsbranche bleiben nicht nur aufgrund der noch schneller als in Vorjahren erwarteten Abkehr von sämtlichen fossilen Brennstoffen [vgl. IPCC-Berichte] sowie den gesellschaftlichen Änderungen beim Mobilitätsverhalten erhebliche Veränderungsbedarfe bestehen. Durch die genannten Krisen werden die Zwänge bspw. für die Veränderungen der Energieträger teils erheblich verstärkt, wohingegen im Bereich der Automatisierung deutliche Verzögerungen eintreten. Diese sind vornehmlich in der Komplexität der Absicherung der automatisierten und autonomen Systeme begründet, die mehr Zeit als erwartet beanspruchen. Neue und erstarkte Marktteilnehmer aus Asien verschärfen die Konkurrenzsituation der etablierten deutschen und europäischen Hersteller und Zulieferer. Für die ATC GmbH ist dies letztlich positiv, da sich der Kreis der potenziellen Nutzer und ihrer Testumfänge vergrößert.

II.2 Lage des Unternehmens

a. Ertragslage

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	1.198,6	878,7
sonstige betriebliche Erträge	1.534,2	546,2
Materialaufwand	-65,1	-17,3
Personalaufwand	-528,1	-374,8
Abschreibungen	-938,7	-936,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-374,8	-637,6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1,4	-16,6
Ergebnis nach Steuern	824,8	-557,9
sonstige Steuern	0,3	0,2
Jahresergebnis	824,5	-558,0

Die Gesamtleistung betrug im Berichtszeitraum TEUR 1.198,6. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr 2021 (TEUR 878,7) um 36 % gesteigert und liegt damit wieder auf dem Niveau der Geschäftsjahre 2017/2018. Die hohe Steigerung ist jedoch damit begründet, dass die Gesamtleistung im Jahr 2021 corona-bedingt sehr gering war. Im Geschäftsjahr 2022 wurde das Aldenhoven Testing Center deutlich häufiger als in den Vorjahren für Veranstaltungen gebucht, so dass diese einen deutlich positiven Einfluss auf die Gesamtleistung haben. Es gab hier corona-bedingt einen Nachholbedarf, der jedoch Ende 2022 bereits wieder gedeckt zu sein scheint. Von den Top 5 Kunden im Jahr 2022 sind drei Kunden mit Veranstaltungen (ca. 300 T€) und ein Kunde mit einer einmaligen großen Testkampagne zu bewerten. Das normale Testgeschäft hat im Vergleich mit den Vorjahren ebenfalls einen Aufschwung zu verzeichnen, jedoch in einem deutlich geringeren Umfang als bei den Veranstaltungen. Hier zeichnen sich weiter die Auswirkungen der Veränderungsprozesse in der Automobilindustrie auf die Entwicklung der Testbedarfe ab. Trotzdem kann festgestellt werden, dass die in den letzten Jahren gewonnenen Dauerkunden das Aldenhoven Testing Center weiter nutzen. Dies lässt für die Zeit nach der Pandemie und die durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Unsicherheiten hoffen, dass das Testangebot des Aldenhoven Testing Centers von den Kunden weiterhin geschätzt wird.

Der für das Jahr 2022 aufgestellte Wirtschaftsplan wies eine Gesamtleistung in Höhe von TEUR 1.100 aus, so dass gegenüber der Planung eine ca. 8 % höhere Gesamtleistung erzielt werden konnte. Dies zeigt, dass sich die Umsatzentwicklungen nach der Corona-Pandemie langsam wieder stabilisieren. Dazu trug bei, dass im Jahr 2022 keine größeren Einschränkungen aufgrund von behördlichen Auflagen den Testbetrieb negativ beeinflusst haben.

Die Erhöhung des Materialaufwands ist auf die gesteigerte Auslastung des Aldenhoven Testing Centers sowie die allgemein im Jahresverlauf ansteigenden Einkaufspreise zurückzuführen, wobei das Vorjahresniveau sehr gering war.

Die auf den ersten Blick hohe Steigerung des Personalaufwands ist insbesondere auf das im Jahr 2021 noch verrechnete Kurzarbeitergeld zurückzuführen. Weiterhin hat die Geschäftsführung freiwillig (ohne Anspruch auf Kurzarbeitergeld) bis zum Ende des Jahres 2021 auf 20 % des Gehalts verzichtet, um die angespannte wirtschaftliche Lage der Gesellschaft im gleichen Maße wie die Mitarbeitenden in Kurzarbeit zu verbessern. Mit Abschluss neuer Geschäftsführerverträge zum 01.01.2022 wurde das Gehalt der Geschäftsführung erhöht.

Die Abschreibungen 2022 betrugen TEUR 939 und liegen mit TEUR 2 nur leicht über dem Vorjahresniveau. Im Jahr 2022 wurden nur für den Betrieb dringliche Investitionen getätigt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 2022 betrugen TEUR 375 gegenüber TEUR 638 im Vergleichszeitraum 2021. Die Reduzierung ist im Wesentlichen auf die im Vergleich zum Vorjahr nicht notwendige Zuführung zur Rückstellung für die etwaige Rückzahlungsverpflichtung zurückzuführen. Dafür sind in diesem Jahr die sonstigen betrieblichen Erträge deutlich gestiegen.

Aufgrund des corona-bedingten Umsatzeinbruchs in den Jahren 2020 und 2021 sowie den sich seinerzeit abzeichnenden negativen wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs musste die Umsatzprognose innerhalb der DCF-Rechnung reduziert werden. Infolge der „nur“ moderaten Umsatzerholung im Jahr 2022 im Vergleich zum aufgestellten Wirtschaftsplan wurde die Prognose für die Jahre 2023 ff. nicht weiter nach oben angepasst.

Im Zuge der Aktualisierung der DCF-Rechnung während der Erstellung des Wirtschaftsplans wurden folgende Entwicklungen festgestellt:

- Aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Bereich der Inflation mussten die notwendigen Ausgaben für z.B. Energie deutlich erhöht werden.
- Bezogen auf die Verteilung der Umsätze und Aufwendungen zwischen dem geförderten und dem nicht-geförderten Bereich kann eine Verschiebung vom geförderten Bereich zum nicht-geförderten Bereich festgestellt werden, die sich insbesondere ab dem Geschäftsjahr 2021 deutlich zeigt. So beträgt die Verteilung der Umsätze nunmehr 50:50. Im Geschäftsjahr 2018 lag die Verteilung zum Vergleich bei 62:38. Dieser Effekt wurde bisher in der Prognose der Umsätze für den geförderten Bereich nicht in dieser Deutlichkeit berücksichtigt. Aus Sicht der Geschäftsführung zeichnet sich hier jedoch eine längerfristige Entwicklung ab. Der Ursprung liegt u.a. in der Restrukturierung der Automobilwirtschaft weg von den verbrennungsmotorischen hin zu elektrischen Antrieben sowie einem weiter

anhaltenden, großen Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Automatisierung. Aus beiden Einflüssen ergibt sich eine andere Nutzung der Streckenelemente als noch vor wenigen Jahren. Dies betrifft auch die Verteilung der Gemeinkosten auf die beiden Bereiche..

Insgesamt wurde die DCF-Rechnung mit den Ist-Zahlen des Jahres 2022 und den geänderten Annahmen zur Prognose an die wirtschaftlichen Gegebenheiten aktualisiert. Die Systematik zur Berechnung der Rückzahlungsverpflichtung bleibt unverändert. Im Ergebnis wird nun keine Rückzahlungsverpflichtung aus der Förderung des 2. Bauabschnitts mehr ausgewiesen, so dass die bisher aufgebaute Rückstellung für eine mögliche Rückzahlungsverpflichtung in Höhe von TEUR 1.064 vollständig aufgelöst werden musste.

Als Ergebnis wurde für das Jahr 2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 825 (inkl. TEUR 1.064 Auflösung der Rückstellung) erzielt. Im Vorjahr 2021 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 558 erwirtschaftet.

Neben den corona-bedingten Einflüssen zeigt die Entwicklung der vergangenen Geschäftsjahre weiterhin, dass das Jahresergebnis überproportional stark von der DCF-Rechnung und der damit verbundenen Rückstellungsthematik beeinflusst wird. Aufgrund der Berechnungsmethodik der DCF-Rechnung können selbst kleine Änderungen im Jahresergebnis aufgrund des langen Betrachtungszeitraums größere Änderungen im erforderlichen Rückstellungsbetrag ergeben, so dass sich das Ergebnis von Jahr zu Jahr stark ändern kann. Aus diesem Grund wird das nun durch die Auflösung der Rückstellung freigewordene Vermögen nicht umfangreich für Investitionen etc. verwendet, sondern es wird die Entwicklung der nächsten Jahre abgewartet, ob sich das jetzige Ergebnis der DCF-Rechnung stabilisiert.

b. Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2022
	<u>T€</u>
Jahresüberschuss	825
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	939
Abnahme der Rückstellungen	-1.115
Abnahme Sonderposten	-456
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-29
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	55
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-12
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-16
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>191</u>
Anlagenabgänge zu Buchwert	21
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-60
Investitionstätigkeit	<u>-39</u>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	1.000
Finanzierungstätigkeit	<u>1.000</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	773
Zahlungswirksame Veränderungen	1.152
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>1.925</u>

c. Vermögenslage

Das Vermögen und die Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 226 von TEUR 12.264 auf TEUR 12.490 erhöht. Im Wesentlichen führte der Anstieg der liquiden Mittel (TEUR 1.152) einhergehend mit dem Werteverzehr des Anlagevermögens (TEUR 900) zum Anstieg des Vermögens. Demgegenüber stand eine Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen (TEUR 455) einhergehend mit einer Abnahme der sonstigen Rückstellungen (TEUR 1.114) sowie ein Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss (TEUR 825) und der sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 985).

II.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	9.979,1	10.879,1
Gesamtvermögen	12.490,1	12.263,7
Anlagenintensität in %	79,9	88,7

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	10.326,5	9.820,5
Gesamtkapital	12.490,1	12.263,7
Eigenkapitalanteil in %	82,7	80,1

Rückstellungsquote

Formel: $\text{Rückstellungen} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Rückstellungen	74,6	1.189,5
Gesamtkapital	12.490,1	12.263,7
Rückstellungsquote in %	0,6	9,7

Kennzahldefinition:

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- Kapitalrücklage
- Bilanzgewinn
- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (70 %)

III. Prognosebericht

Die im Geschäftsjahr 2022 erzielte Gesamtleistung liegt mit ca. 8 % über dem prognostizierten Wert, so dass die getroffenen Annahmen im Wirtschaftsplan für 2022 im Wesentlichen zutreffend waren. Auf der Kostenseite war die aufgrund des Krieges stark gestiegene Inflation dagegen deutlich spürbar, so dass der Wirtschaftsplan für 2023 ff. im Umsatz nur leicht angepasst wurde. Bei den Ausgaben insbesondere für Energie mussten deutliche Anpassungen vorgenommen werden. Die bisher unvorhersehbaren wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie beeinflussen nicht mehr im großen Maßstab das Geschäft des Aldenhoven Testing Centers. Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs bleiben jedoch weiterhin bestehen, betreffen die Gesellschaft aber nur mittelbar. Entscheidender sind hier die Entwicklungen in der Automobilwirtschaft, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Entscheidung über ein

Zulassungsverbot von neuen Verbrennungsmotoren innerhalb der EU ab 2035 sowie dem weiteren Engagement der Fahrzeughersteller (OEM) und -zulieferer zur Serienentwicklung automatisierter und autonomer Fahrfunktionen und ihrer Absicherung.

Technisch sind zurzeit alle Voraussetzungen erfüllt, um den Kunden die Erforschung, Entwicklung und Absicherung ihrer Produkte zu ermöglichen. Dazu gehören neben den Teststreckenelementen, die sich bis auf die Fahrdynamikfläche in einem guten und gepflegten Zustand befinden, die notwendigen Räumlichkeiten und weitere Infrastruktur, die für das Arbeiten vor Ort erforderlich sind. Für das Jahr 2023 ist eine Teilsanierung der Fahrdynamikfläche geplant. Weiterhin ist die Errichtung einer weiteren Testmöglichkeit für Versuche nach dem Euro NCAP-Protokoll geplant.

Mit der Stadtumgebung sowie der umfassenden Vernetzungstechnologie auf dem Gelände besitzt das Aldenhoven Testing Center eine konkurrenzfähige Ausstattung, insbesondere für die Zukunftsthemen der adressierten Branchen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde eine Abschlussveranstaltung eines großen Forschungskonsortiums mit zahlreichen OEMs und Zulieferern im Themenumfeld des autonomen Fahrens in der Stadtumgebung durchgeführt. Dies zeigt, dass die Stadtumgebung in der Branche wahrgenommen wird und als geeignete Test- und Demonstrationsstrecke gefragt ist.

In den vergangenen Jahren konnte festgestellt werden, dass zwischenzeitlich viele Teststrecken um entsprechende Testmöglichkeiten erweitert wurden, so dass sich das Aldenhoven Testing Center hier vermehrt in einer Konkurrenzsituation befindet. Aufgrund verzögerter Erweiterungen und Änderungen an den herstellereigenen Testgeländen hat sich die Position des Aldenhoven Testing Centers noch nicht spürbar verschlechtert. Als Vorteil ist hier weiterhin die Herstellerneutralität zu nennen, da Forschungskonsortien aus verschiedenen OEMs ungern auf dem jeweiligen Fremdgelände ihre Fahrzeuge testen möchten.

Darüber hinaus ist abzusehen, dass sich die Testbedarfe ändern werden, da zukünftig weniger neue Verbrennungsmotoren entwickelt werden. Diese Einschätzung wird dadurch bestätigt, dass viele OEM angekündigt haben, dass die nächste Motorengeneration für Euro 7 die Letzte für den europäischen Markt sein wird. Außerdem steht diesbezüglich eine Entscheidung der EU über ein Zulassungsverbot für Verbrennungsmotoren ab 2035 im Raum. Der Trend geht daher weiterhin verstärkt zu batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen. Welche Rolle der wasserstoffbasierte Antrieb zukünftig spielen wird, ist noch nicht klar zu erkennen.

Beiden Antriebsvarianten ist jedoch gemein, dass sie aller Voraussicht nach weniger Applikationsarbeit benötigen als die herkömmlichen Verbrennungsmotoren. Um diesen geänderten Anforderungen zu begegnen, werden zukünftige Investitionen in Ladeinfrastruktur bzw. in eine Möglichkeit zur Betankung von Wasserstofffahrzeugen notwendig. Im aktuellen Wirtschaftsplan ist daher bereits die Installation von zwei 150-kW-Schnellladestationen geplant. Aufgrund der Nähe zu Forschungseinrichtungen ist das Aldenhoven Testing Center in der Lage, Veränderungen frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang auch das Zusammenspiel von Straßen- und Luftfahrzeugen, bspw. Drohnen.

Wie in den vergangenen Geschäftsjahren konnten wiederkehrende Tests nach den Standards des European New Car Assessment Programme (Euro NCAP) auf dem Gelände durchgeführt werden. Der Umfang

war zwar deutlich geringer als in der Zeit vor Corona, da die Testkunden teilweise mit anderen Testkampagnen ausgelastet waren. Für das Jahr 2023 ist hier jedoch wieder mit einer deutlichen Steigerung zu rechnen. Zur Sicherstellung und Verbesserung dieser Tests erfolgten bereits 2018 und 2019 Anpassungen an bestehenden Strecken, die 2020 fortgeführt wurden. Die den Tests zugrunde liegenden Protokolle werden regelmäßig fortgeschrieben und erweitert. So ist für das Jahr 2023 seitens Euro NCAP eine deutliche Erweiterung der Testumfänge geplant. Damit die neuen Testvorschriften auch am Aldenhoven Testing Center durchgeführt werden können, ist eine Erweiterung der Fahrdynamikfläche notwendig. Um zeitgerecht zur Einführung der neuen Protokolle die Baumaßnahmen abschließen zu können, wurde bereits frühzeitig mit den Planungstätigkeiten begonnen. Die Fertigstellung dieser Baumaßnahme ist für 2023 geplant.

Die bisher offene Frage der Finanzierung der geplanten Baumaßnahmen (Sanierung Fahrdynamikfläche und Euro-NCAP-Erweiterung) konnte zum Ende des Jahres 2022 geklärt werden: Mit dem Kreis Düren als mittelbare Gesellschafterin der ATC GmbH wurde ein Kredit in Höhe von 1 Mio. € abgeschlossen. Somit ist die Finanzierung der Baumaßnahmen gesichert.

Die aus wirtschaftlicher Sicht attraktive Nutzung des Geländes für Events unterschiedlicher Formate fand im vergangenen Jahr wieder mit einem deutlichen Anteil am Gesamtumsatz statt. Hier bestand auf Grund der langjährigen Corona-Pandemie ein Nachholbedarf. Die Anfragen und konkreten Buchungen für Veranstaltungen im Jahr 2023 haben noch nicht das Niveau von 2022 erreicht. Die Geschäftsführung ist dennoch zuversichtlich, dass auch im Jahr 2023 das Aldenhoven Testing Center für Events genutzt wird. Die Testauslastung steigt ebenfalls kontinuierlich, wobei sie der sehr positiven Entwicklung im Eventgeschäft etwas hinterher hängt. Da die Automobilwirtschaft zu Beginn der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg externe Entwicklungsaufträge sehr schnell gekündigt hat, müssen diese nun erst wieder abgeschlossen werden.

Aufgrund der genannten guten Ausstattung, verbunden mit einer guten Organisation und einem guten Kundenservice, ist die Prognose für den Weiterbetrieb des Testzentrums grundsätzlich sehr positiv. Das Vermarktungskonzept wird stetig so angepasst, dass kurzfristig auf die Möglichkeiten und Kapazitäten zur Nutzung des Testzentrums hingewiesen wird.

Zudem verfolgt die Gesellschaft weiterhin das Ziel, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) auf die Testmöglichkeiten im Aldenhoven Testing Center aufmerksam zu machen. Dies beinhaltet z.B. die vermehrte Nutzung von Social-Media-Kanälen wie LinkedIn und Facebook sowie neuerdings auch Instagram. Hierdurch wird eine größere Reichweite als bei herkömmlichen Medien erreicht, so dass somit auch vermehrt KMU angesprochen werden.

Als weitere Maßnahme wird im Jahr 2023 erstmals seitens des Aldenhoven Testing Centers eine Automobilausstellung mit Autohäusern aus der Region unter dem Titel „Autofrühling Aldenhoven“ organisiert, um weitere Aufmerksamkeit zu erzielen.

Durch die Zusammenarbeit mit Vodafone im Bereich „Connected Mobility“ unter dem Titel 5G Mobility Lab gelingt dem Aldenhoven Testing Center die Akquise weiterer Kunden, insbesondere da die Kombination aus Automobil- und Mobilfunktestfeld europaweit führend ist. Im IT- und Kommunikationsumfeld sind zudem viele KMU tätig, so dass auch hier die gute Aussicht besteht, dass diese Firmen auf das

Aldenhoven Testing Center aufmerksam werden und es für ihre Entwicklungen nutzen. Die Firma Vodafone hat sich dazu entschieden ein eigenes Gebäude auf dem Gelände des Aldenhoven Testing Centers zu errichten. Hierdurch wird eine Signalwirkung für weitere ansiedlungswillige Firmen erwartet. Außerdem unterstreicht es die gute Zusammenarbeit zwischen Vodafone und dem Aldenhoven Testing Center. Mit dem Baubeginn wird in diesem Jahr gerechnet.

Neben den genannten Aspekten ist es weiterhin wichtig, das Aldenhoven Testing Center auf dem aktuellen Stand der Forschung und Technik zu halten. Hierzu gehört es beispielsweise Testmöglichkeiten im Bereich der Fahrzeugkommunikation und im Themenumfeld des (hoch-)automatisierten Fahrens anbieten zu können. Mit der Stadtumgebung und dem 5G Mobility Lab besitzt das Aldenhoven Testing Center bereits entsprechende, hochmoderne Infrastruktur. Es ist nun wichtig, hier am Puls der Forschung zu bleiben und die Testmöglichkeiten in diesem Bereich weiter auszubauen.

IV. Chancen- und Risikobericht

IV.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Ergänzend zu den Ausführungen im Kapitel II.1 bezüglich der gesamt- und branchenspezifischen wirtschaftlichen Lage kann festgehalten werden, dass das Mobilitätsbedürfnis der Menschen – insbesondere nach Ende der Pandemie – sowie der Umfang der Warenströme annähernd unverändert bis steigend ist. Dem Verkehrsträger Straße, der im Mittelpunkt des Test- und Eventangebots der ATC GmbH steht, kommt weiterhin eine große Bedeutung zu. Gleichzeitig ist festzustellen, dass neben dem Energiebedarf eine zunehmende gesellschaftliche Diskussion über die Priorisierung des Straßenverkehrs sowie seines Flächenverbrauchs eingesetzt hat. Andere Verkehrsträger gewinnen an Bedeutung. Sofern es um die Wechselwirkung mit dem Straßenverkehr geht, kann zumindest eine wachsende Bedeutung des Fuß- und Fahrradverkehrs einen positiven Effekt auf die Gesellschaft haben – Mischverkehr kann sehr gut dargestellt werden. Größere Verschiebung in der öffentlichen Finanzierung von Forschungsprojekten vom Straßen- in beispielsweise den Bahnverkehr könnten hingegen den Bedarf der in dieser Form finanzierten Kundinnen und Kunden reduzieren.

Auch bereits im Kapitel II.1 wird darauf hingewiesen, dass für die etablierten deutschen und europäischen Hersteller eine zunehmende Konkurrenz aus Asien erwächst. Hier sind es insbesondere Hersteller aus China, die nun den europäischen Markt erschließen. Für die ATC GmbH halten sich hier Chance und Risiko die Waage – außereuropäische Hersteller benötigen Testkapazitäten in Europa, europäische Hersteller konsolidieren sich und reduzieren dadurch vermeintlich ihre Bedarfe. Solange die Zulieferer, als wichtige Kundengruppe für das Testgelände, weltweit agieren können und gerade auch bei den neuen Fahrzeugherstellern erhebliche Komponentenumfänge beisteuern, überwiegen auf sie bezogen vorerst die Chancen. Die zum Berichtszeitpunkt sinkende Brisanz in Bezug auf die Inflationssteigerung und des sich daraus ergebenden, zurückhaltenden Kaufverhaltens stimmen vorsichtig optimistisch, dass die Fahrzeugabsätze wieder steigen. Letztlich sind sie für alle Marktteilnehmer der Indikator für den Erfolg.

IV.2 Unternehmensspezifische Chancen und Risiken

Der starke Veränderungsdruck der Mobilitätsbranche kann grundsätzlich als Chance für das Aldenhoven Testing Center gewertet werden. Durch ihn getrieben werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten in

Forschung und Entwicklung immer wieder Testbedarfe entstehen. Dank seiner Nähe zur universitären und außeruniversitären Forschung bleibt das Testzentrum auch für Nutzerinnen und Nutzer interessant, die sich in öffentlichen Forschungsvorhaben mit der Mobilität von morgen beschäftigen. Die teils deutlich gesteigerte öffentliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die letztlich auch die Bedeutung der Mobilitäts- und insbesondere Automobilbranchen für die deutsche Volkswirtschaft anerkennen, dürften ebenfalls – mit einigem zeitlichen Verzug – zu einer moderaten Steigerung der Nachfrage aus diesen Projekten herausführen. Als Beispiele seien hier die Abschlussveranstaltung des Forschungsprojekts @City und der Demo Day der IEEE Intelligent Vehicle Conference im vergangenen Jahr sowie die geplante Abschlussveranstaltung des Forschungsprojekts UNICARagil in Jahr 2023 genannt.

Dem entgegen steht eine stetige Zunahme von virtuellen Tests, die schon seit vielen Jahren einen festen Bestandteil im Produktentstehungsprozess haben und im Kontext der Digitalisierung weiter zunehmen. Allerdings bleibt festzuhalten, dass zumindest für die Erzeugung digitaler Modelle und die Validierung neuer Entwicklung immer Realtests erforderlich sein werden. Deren Umfang und das Vertrauen in rein oder überwiegend virtuelle Tests lassen sich derzeit hinsichtlich ihrer Effekte auf die Nutzung des Aldenhoven Testing Centers noch nicht quantifizieren. Für sogenannten hybride Tests kann von zwei unabhängigen Anbietern ein hochgenaues digitales Abbild des Testzentrums erworben werden.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2022 ist maßgeblich durch die notwendige Auflösung der Rückstellung für eine etwaige Rückzahlungsverpflichtung in Höhe von rund 1,1 Mio. € geprägt. Wird dieser Einfluss herausgerechnet, hat die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag in Höhe von ca. TEUR 240 erwirtschaftet. Im Vergleich zu den durch die Corona-Pandemie geprägten Jahren ist dies ein gutes Ergebnis. Insgesamt ist jedoch noch nicht das Umsatzniveau von vor der Corona-Pandemie erreicht. Für die Prognose sind auch weiterhin die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Inflation und Unsicherheit im Kaufverhalten oder die Auswirkungen der Transformation der Automobilwirtschaft in Deutschland zu berücksichtigen. Im aktuellen Wirtschaftsplan wird daher davon ausgegangen, dass ein ähnliches Umsatzniveau wie vor der Pandemie mit einem prognostizierten Jahresumsatz von TEUR 1.500 – 1.600 auf absehbarer Zeit nicht erreicht werden kann. Der Jahresumsatz wird vielmehr in einem Bereich von TEUR 1.200 – 1.300 gesehen.

Die Entwicklung hängt stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Kundinnen und Kunden des Aldenhoven Testing Centers zusammen. Weiterhin muss der Entwicklung des Testrückgangs bei der Entwicklung von Verbrennungsmotoren stärker Rechnung getragen werden, da sich die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen aufgrund des Ukraine-Kriegs mit den dadurch aktuell deutlich gestiegenen Kraftstoffpreisen beschleunigen könnte. Hier muss die Entwicklung weiter beobachtet werden.

Die vergangenen Geschäftsjahre zeigen deutlich, dass das Testgelände nicht ohne die Fördermittel des zweiten Bauabschnittes rentabel bewirtschaftet werden kann, da die Abschreibungen nicht vollständig erwirtschaftet werden.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2015 wurde die Fördermaßnahme des zweiten Bauabschnittes vom Landesrechnungshof (LRH) geprüft. Die Prüfung galt primär der Bewilligungsbehörde sowie dem NRW-Wirtschaftsministerium, allerdings wird im Laufe einer solchen Prüfung auch die Fördermaßnahme vor Ort geprüft. Bzgl. der Durchführung der Fördermaßnahme sowie des bisherigen Betriebs durch die ATC GmbH gab es keine Beanstandung. Die Prüfer wiesen jedoch auf zwei Sachverhalte hin, die die ATC GmbH in Zukunft beachten sollte:

1. Aufgrund der Förderauflagen wird es bei weiterhin so guten Betriebsergebnissen zu Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber den Fördergebern kommen. Diese Verpflichtung sollte, so der Hinweis der Prüfer des Landesrechnungshofs, frühestmöglich vom Wirtschaftsprüfer geprüft und ggfs. sollte eine Rückstellung gebildet werden, um die zukünftigen Rückzahlungsansprüche befriedigen zu können. Diese Auflage des Förderbescheides ist der Geschäftsführung und den Gesellschaftern der ATC GmbH bewusst und es wird seit Beginn der Fördermaßnahme ein entsprechendes Controlling mittels DCF-Rechnung in Zusammenarbeit mit dem Steuerberater sowie dem Wirtschaftsprüfer durchgeführt. Auf Basis dieses Vorgehens und den beschriebenen Anpassungen in der Umsatzprognose sowie den gestiegenen Ausgaben ergab die Berechnungssystematik, dass eine Rückzahlung von Fördermitteln nicht mehr zu erwarten ist. Da hierdurch keine Grundlage mehr zur Bildung einer Rückstellung gegeben ist, wurde die bestehende Rückstellung in Höhe von TEUR 1.064 vollständig aufgelöst. Die vergangenen Geschäftsjahre haben gezeigt, dass die Entwicklung der Höhe der Rückstellung sehr dynamisch ist. Aus diesem Grund wird das freigewordene Vermögen nicht für Investitionen etc. verwendet. Es wird zunächst die Entwicklung der nächsten Jahre abgewartet, um zu sehen, ob sich ggfs. wieder eine Notwendigkeit zur Rückstellungsbildung ergibt.
2. Eine wesentliche Auflage des Förderbescheides besagt, dass das Testzentrum primär kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) zur Verfügung gestellt werden soll. Die aktuellen Auslastungszahlen des Aldenhoven Testing Centers, so der Hinweis der Prüfer im Jahr 2015, würden zeigen, dass das Aldenhoven Testing Center nicht überwiegend von KMU angemietet wird. Dies könnte zu einer Rückzahlungsverpflichtung der Fördermittel führen. Die Corona-Pandemie hat in allen Bereichen zu wirtschaftlichen Einschnitten geführt, wovon insbesondere die KMU betroffen sind, da diese meist keine großen finanziellen Reserven besitzen, so dass externe Aufträge nur sehr eingeschränkt vergeben werden.

Um diesen Hinweisen zu begegnen, erfolgte zeitnah nach Feststellung des Jahresabschlusses 2015 ein Treffen mit der Bewilligungsbehörde (BZR Köln) und dem NRW-Wirtschaftsministerium, in dem die Förderauflagen und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen im Detail besprochen wurden. In den Gesprächen wurde das seitens der ATC GmbH vorgeschlagene Verfahren zur Sicherstellung der eventuellen Rückzahlungsverpflichtung besprochen und als gutes Instrument zur Sicherstellung der Ansprüche des Landes akzeptiert. Aus diesem Grund wird auch davon abgesehen, dass aufgrund der Auflösung der Rückstellung frei gewordene Vermögen direkt zu investieren. Hier wird zunächst die weitere Entwicklung der Rückstellungsberechnung abgewartet. Weiterhin wurde seitens des NRW-Wirtschaftsministeriums darauf hingewiesen, dass die ATC GmbH sich aktiv bemühen muss, KMU mit geeigneten Mitteln auf die Testmöglichkeiten im Aldenhoven Testing Center hinzuweisen. Im Geschäftsjahr 2022 wurden zwei große Veranstaltungen am Aldenhoven Testing Center durchgeführt, die zur Verbesserung der Sichtbarkeit des Testzentrums national wie international beigetragen hat. Dies war zum einen der Tag der offenen Tür zu Ehren des 50. Geburtstags des Kreis Düren und zum anderen der Demo Day der IEEE Intelligent Vehicle Konferenz, welche eine der bedeutendsten internationalen Konferenzen für das autonome Fahren ist. Darüber hinaus war die Gesellschaft im Bereich der Social-Media-Kanäle sehr aktiv.

Hierdurch verspricht sich das Aldenhoven Testing Center eine größere Sichtbarkeit und Reichweite, um auf diese Weise auch vermehrt KMU zu erreichen.

Insgesamt sind die von den Prüfern des LRH angesprochenen Themen bereits seit Beginn der Fördermaßnahme bekannt und die Geschäftsführung sowie die Gesellschafter der ATC GmbH gehen davon aus, dass gemeinschaftlich mit der Bewilligungsbehörde eine Lösung erarbeitet werden kann. Die Problematik der Rückzahlung hat sich zumindest zum aktuellen Zeitpunkt entspannt, da die zugrundeliegende Berechnungsmethodik keine Rückzahlungsverpflichtung mehr ergibt. Endgültige Gewissheit wird jedoch erst nach Ende der Zweckbindungsfrist und Prüfung der Ist-Zahlen durch die Prüfinstanzen herrschen.

Die Teststrecke musste bereits aufgrund von Baumängeln aufwändig im Jahr 2018 saniert werden. Da die Schadensursache für die Mängel des Ovals nicht eindeutig ermittelt werden konnte, prüft die ATC GmbH das Oval engmaschig auf Veränderungen. Aktuell zeigen sich Risse in den Wartungswegen zum Übergang in das Oval. Die Ursache wurde gutachterlich untersucht und liegt in der Einbringung eines Verstärkungsfließ während der Sanierung. Die Risse werden zeitnah versiegelt, so dass keine weiteren Schäden durch Frost etc. entstehen können. Es verbleibt jedoch ein Restrisiko, dass das Oval zukünftig erneut weitere Mängel aufzeigt. Dies lässt sich aufgrund des schwierigen Baugrunds leider nicht vollständig ausschließen.

In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2019 gegen die Planungsfirma und den Bodengutachter des zweiten Bauabschnitts Klage auf mangelbedingten Schadensersatz beim Landgericht (LG) Aachen eingereicht. Beide Parteien wurden gesamtschuldnerisch auf TEUR 995 zuzüglich Zinsen in Höhe 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz sowie die anfallenden Rechtsanwaltskosten verklagt. Das Verfahren wurde seitens des Landgerichts Aachen im November 2019 eröffnet. Am 23.02.2021 hat das Landgericht Aachen das Urteil bekanntgegeben und in diesem die Klage bedauerlicherweise in vollem Umfang abgewiesen. Da das Urteil jedoch aus Sicht der Rechtsvertreter der ATC GmbH grobe Fehler aufwies wurde es mit einer Berufung vor dem Oberlandesgericht (OLG) Köln angegriffen. Mit Urteil vom 13.01.2022 bestätigt das OLG Köln zwar die Annahme, dass das Urteil des LG Aachen aufgrund falscher Annahmen erfolgte, lehnt die Berufung allerdings letztlich aus anderen Gründen ab. Da eine Berufung nicht zugelassen ist und mangels Erfolgsaussichten auf eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesgerichtshof verzichtet wird, ist dieser Rechtsstreit zu Ungunsten der Gesellschaft beendet. Die ATC GmbH muss die Gerichts- und Anwaltskosten beider Instanzen tragen.

Vor dem Hintergrund, dass es sich bei diesem Rechtsstreit um die Verwendung von Fördermittel (öffentliche Co-Finanzierung des zweiten Bauabschnitts) handelt, geht die ATC GmbH davon aus, dass sie die anfallenden Kosten als Ausgaben im Rahmen der DCF-Rechnung verbuchen kann.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden ca. 50 % des Umsatzes mit dem Oval (ca. TEUR 343) und der Fahrdynamikfläche (ca. TEUR 246) erwirtschaftet. Der Anteil sank erfreulicherweise im Vergleich zum Vorjahresergebnis um 15 %. Dies liegt vor allem daran, dass die Umsätze mit der Stadtumgebung (ca. TEUR 182) im Geschäftsjahr 2022 stark angestiegen sind. Hiervon fällt gut die Hälfte auf eine große Abschlussveranstaltung, so dass abzuwarten bleibt, ob sich der Trend zur stärkeren Nutzung der Stadtumgebung stabilisiert. Die Abhängigkeit der Umsätze von Oval und Fahrdynamikfläche konnte somit verringert werden. Es ist insgesamt festzustellen, dass aufgrund des geänderten Testverhaltens der Kunden der Umsatz sich vom geförderten Bereich, in den nicht geförderten Bereich verschiebt. Dies ist durch die Zunahme der Testbedarfe im Bereich des autonomen und vernetzten Fahrens sowie vor allem durch die gestiegene Anzahl von Tests im Rahmen Euro NCAP zu erklären.

Die Gesamtentwicklung zeigt, dass alle errichteten Streckenelemente von den Kunden benötigt werden und daher insgesamt zur Attraktivität des Testzentrums beitragen. Als generelle Chance ist der diskriminierungsfreie Zugang zu den Streckenelementen anzusehen, wodurch sich das Aldenhoven Testing Center von bestehenden Teststrecken unterscheidet.

Bei der Fahrdynamikfläche (Fertigstellung im Jahr 2009) zeigt sich seit Ende 2017 eine leichte Wellenbildung entlang der Asphaltbahnen, die bei stationären Kreisfahrten bemerkbar wird. Sie schränken die Nutzbarkeit zurzeit nicht ein. Die Entwicklung muss jedoch beobachtet werden. Im Laufe der Jahre 2018 bis 2020 hat sich die Wellenbildung nicht weiter verschlechtert. Allerdings sind aufgrund von Alterungseffekten an der Asphaltoberfläche kleine Risse entstanden. Um den Zustand zu stabilisieren, war für das Jahr 2020 eine Asphaltkonservierung angedacht.

Diese Maßnahme konnte corona-bedingt nicht wie geplant durchgeführt werden. Die Konservierung war dafür im Wirtschaftsplan für das Jahr 2021 vorgesehen. Aufgrund der anhaltenden Umsatzeinbußen und der drohenden Prozesskosten für die zweite Instanz im Rechtsstreit der Ovalsanierung konnte die Sanierung wiederum nicht durchgeführt werden. Im Jahr 2021 wurde zusätzlich ein Asphaltgutachten in Auftrag gegeben, welches klären sollte, ob eine Asphaltkonservierung noch die richtige Sanierungsmaßnahme ist. Dieses Gutachten kam zum Schluss, dass aufgrund der fortschreitenden Rissbildung aufgrund von Alterung eine vollständige Sanierung der Deckschicht notwendig ist, um ein nachhaltiges Sanierungsergebnis zu erzielen. Diese Maßnahme ist deutlich teurer als die Asphaltkonservierung, bietet im Gegenzug dafür aber eine deutlich längere Haltbarkeit. Nach der oben beschriebenen Klärung der Finanzierung werden diese Maßnahmen im Verlauf des Jahres 2023 umgesetzt. Da die Gesellschaft nur ein beschränktes Budget zur Sanierung zur Verfügung steht und die Baupreise immer noch auf einem hohen Niveau verharren, kann evtl. nur ein Teil der Oberfläche saniert werden. Da sich die Risse aktuell auf einer Hälfte der Fläche konzentrieren, wäre auch eine Teilsanierung ohne größere Einschränkungen machbar.

Wie bereits im Prognosebericht erläutert, ist davon auszugehen, dass sich die bereits eingetretene Änderung der Testbedarfe fortsetzen wird. Es werden voraussichtlich kaum noch neue Verbrennungsmotoren entwickelt. Gleichzeitig werden vermehrt batteriebetriebene Elektrofahrzeuge entwickelt. Wie sich die wasserstoffangetriebenen Fahrzeuge (sei es mit einer Brennstoffzelle oder als Wasserstoffverbrennungsmotor) entwickeln, ist aktuell nur schwer abzuschätzen.

Gleichzeitig führen Digitalisierung und Automatisierung zu neuen Testformen, denen beispielsweise auch durch Bewertungsprogramme wie Euro NCAP Rechnung getragen wird. Das Aldenhoven Testing Center muss stets auf die sich ändernden Bedarfe einstellen. Hierzu zählen Anpassungen von Streckenverläufen, aber auch Investitionen in Ladeinfrastruktur sowohl für die batteriebasierten als auch die wasserstoffbasierten Antriebskonzepte. Im laufenden Geschäftsjahr 2023 ist daher die Errichtung von zwei Schnellladesäulen vorgesehen.

Die im Jahr 2018 errichtete Stadtumgebung ist mittlerweile in ähnlicher Form auch bei einigen Teststrecken weltweit verfügbar, so dass sich die ATC GmbH hier steigender Konkurrenz gegenüber sieht. Um den Vorsprung in diesem Testumfeld zu behalten, sind weitere Investitionen in die technischen Einrichtungen notwendig, um z.B. Kommunikationstests für autonome Fahrzeuge auf dem Gelände anbieten zu können. Weiterhin sind hochpräzise Karten der Strecken und ihrer Eigenschaften sowie sog. Targets zum Testen

von gefährlichen Situationen (Fußgänger läuft vor das Auto etc.) notwendig, die durch unabhängige Anbieter mittlerweile angeboten werden.

V. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Zu Geschäftsführer*innen sind bestellt: Günther, Marco
 Heßeler, Frank-Josef
 Lesemann, Micha (Vorsitzender)
 Winkler, Annette (Abteilungsleiterin des Kreises Düren)

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Oetjen, Hans-Friedrich	Kreistagsmitglied	27.09.2016	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	21.12.2010	
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

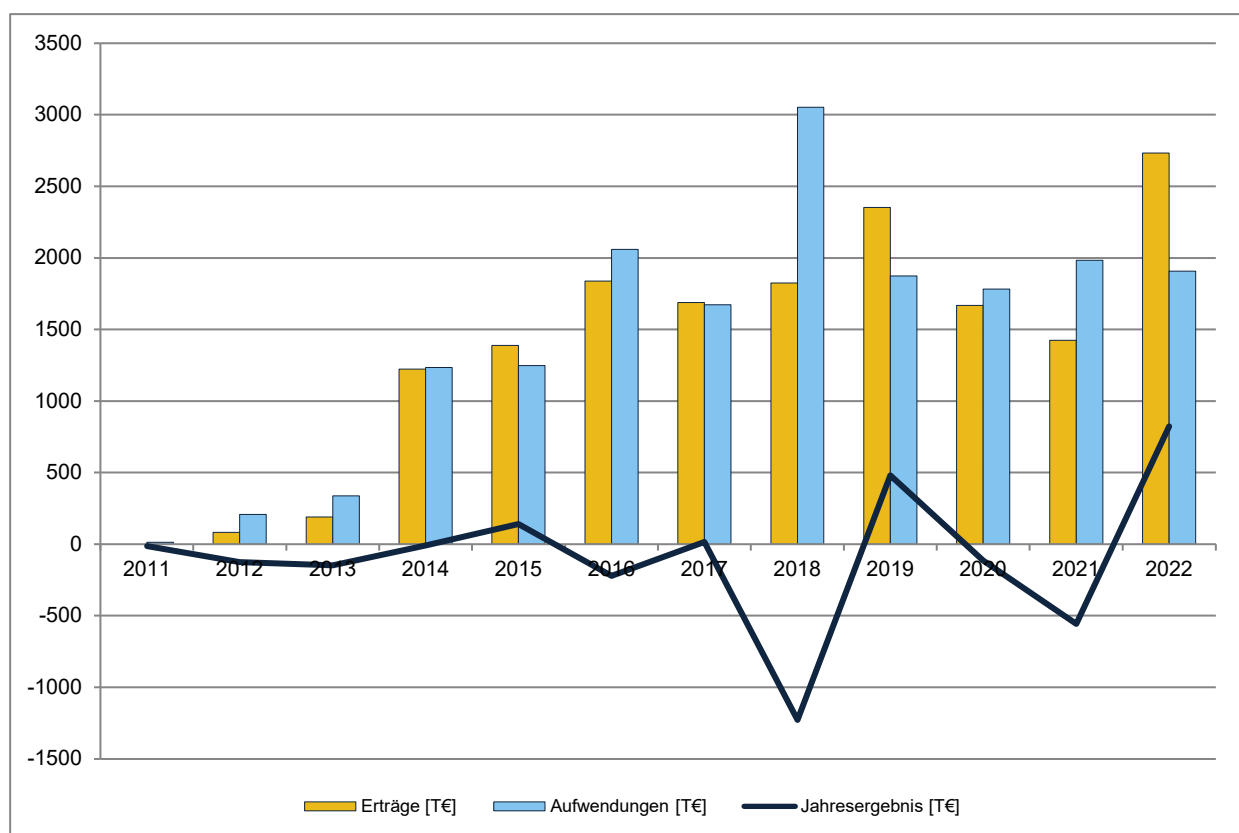
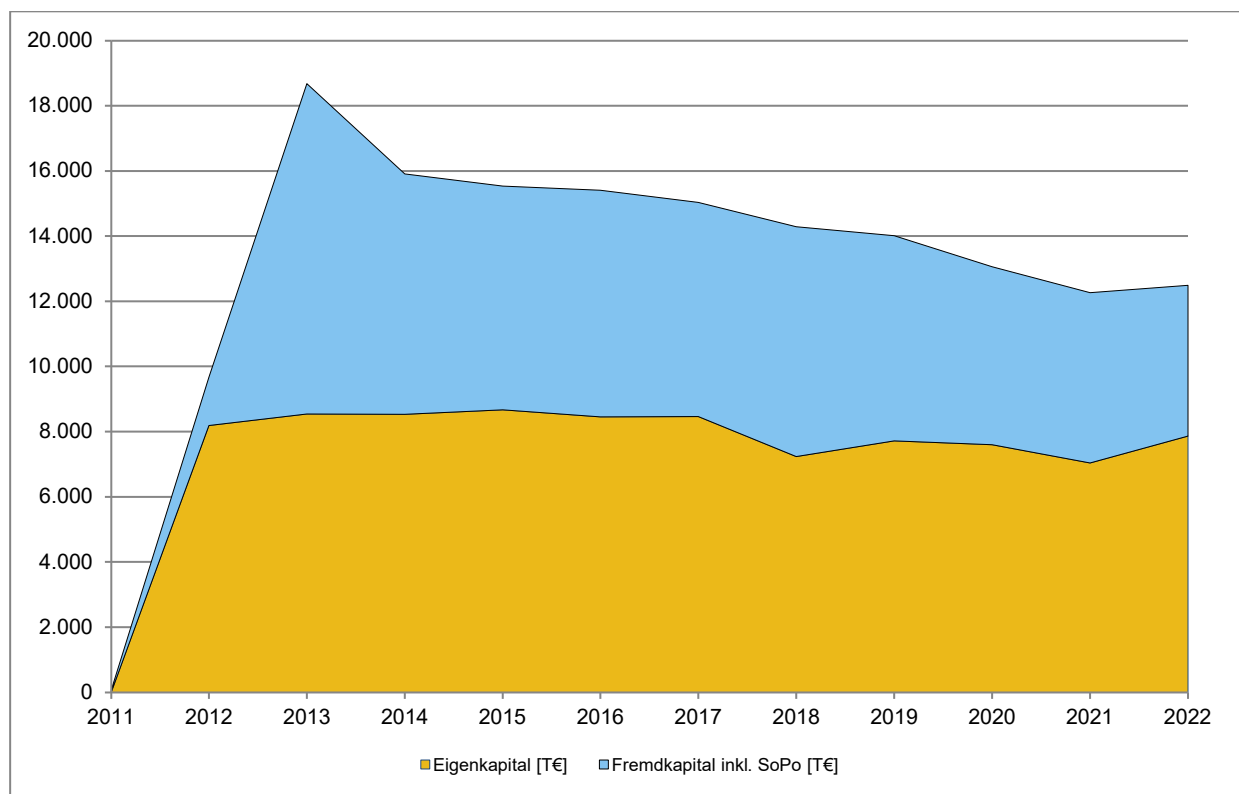
Gesellschafterversammlung:

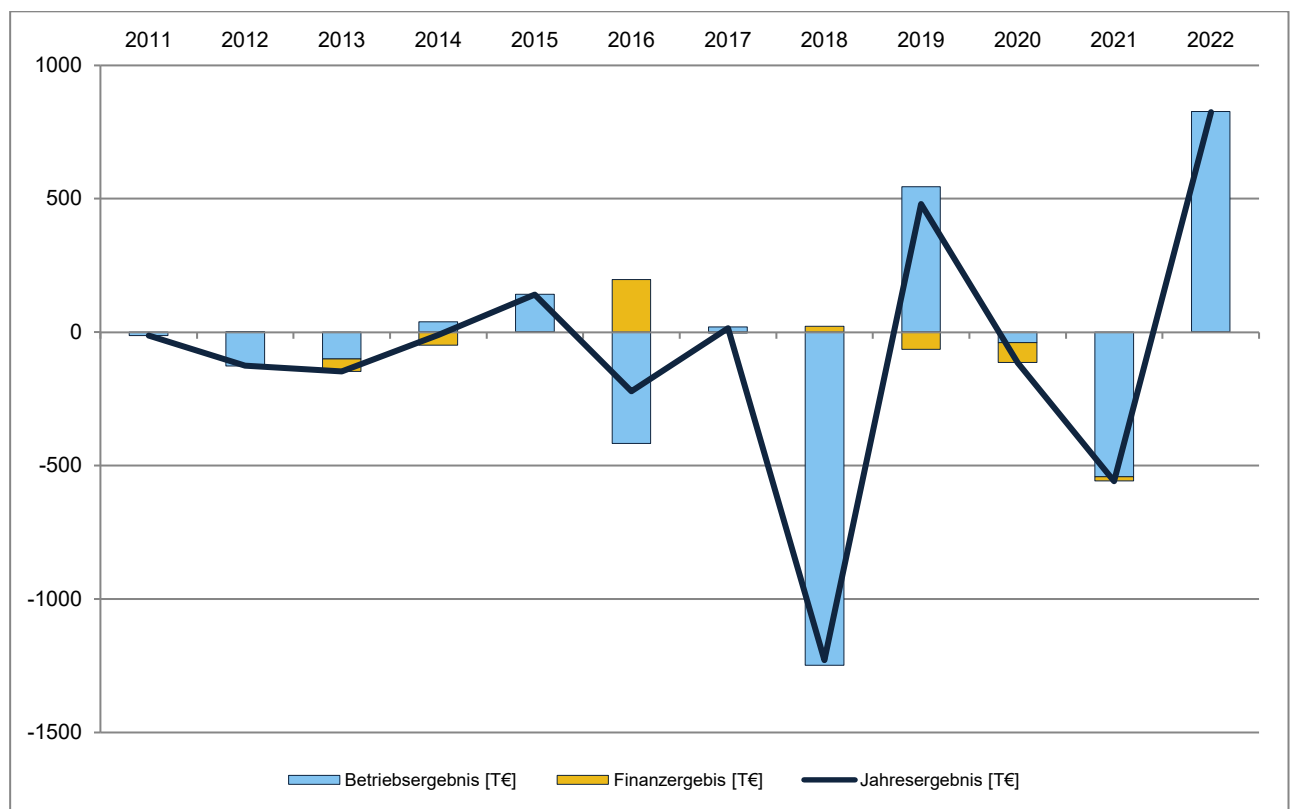
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	12.04.2012	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	58,20%	57,42%	62,98%	5,56%
Eigenkapitalrentabilität	-1,51%	-7,92%	10,48%	18,41%
Anlagendeckungsgrad 2	64,44%	64,73%	88,29%	23,56%
Verschuldungsgrad	13,59%	17,78%	14,10%	-3,68%
Umsatzrentabilität	-4,22%	-61,60%	68,93%	130,53%

3 beka GmbH



Christophstraße 15-17
50670 Köln
Telefon 0221 95 14 49-0
Telefax 0221 95 14 49-20
E-Mail: info@beka.de
Homepage: www.beka.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf aller für den Bau, die Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlichen Wirtschaftsgüter. Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und der öffentlichen Nahverkehrsunternehmungen durch Geschäfte und Maßnahmen aller Art. Die Gesellschaft kann solche Geschäfte und Maßnahmen im eigenen oder fremden Namen betreiben.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Beteiligung dient der Inanspruchnahme der Leistungen der beka GmbH durch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG). Insoweit dient sie dem öffentlichen Zweck der BTG.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3,0	0,78
Stammkapital	382,5	

d) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:

Coenen, Dr. -Ing. Robert

Aufsichtsrat:

Mitglieder des Aufsichtsrates sollen im Allgemeinen nur leitende Persönlichkeiten der Unternehmungen sein, die als Gesellschafter beteiligt sind, jedoch soll das Recht der Gesellschafterversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern hiervon unberührt bleiben.
Aufgrund der Vielzahl der Gesellschafter dieser Einkaufsgesellschaft entfällt eine weitere Darstellung.

Gesellschafterversammlung:

Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Werden mehrere Vertreter entsendet, so können diese ihre Stimme nur einheitlich ausüben.

1 Stimme

Je 10 € Kapital

Vertreter des Kreises Düren**Aufsichtsrat:**

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH entsendet kein Mitglied in den Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung:

Emunds, Guido

BTG

Geschäftsführer

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH hält nur eine geringe Beteiligung an der Gesellschaft, um ihre Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Aus diesem Grund wird auf die weitere Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse an dieser Stelle verzichtet.

4 Dürener Bauverein AG



Grüngürtel 31
52351 Düren
Telefon: 02421/3909-0
Telefax: 02421/3909-740
E-Mail: info@bauverein-dn.de
Homepage: www.bauverein-dn.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung von breiten Schichten der Bevölkerung.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	57,571	25,02
Stadt Düren	170,515	74,11
Private Dritte	1,994	0,87
Stammkapital	230,081	

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	15.851,17 €	17.416,37 €	10.613,53 €	-6.802,84 €	-39,06%
II. Sachanlagen	48.318.011,83 €	50.591.401,25 €	49.603.868,77 €	-987.532,48 €	-1,95%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.212.136,53 €	2.413.701,13 €	2.401.105,23 €	-12.595,90 €	-0,52%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	62.999,04 €	214.340,63 €	639.985,59 €	425.644,96 €	198,58%
III. Flüssige Mittel	3.249.648,40 €	1.248.702,06 €	882.296,41 €	-366.405,65 €	-29,34%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	33.716,80 €	31.127,93 €	25.992,02 €	-5.135,91 €	-16,50%
Summe Aktiva	53.892.363,77 €	54.516.689,37 €	53.563.861,55 €	-952.827,82 €	-1,75%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	230.081,35 €	230.081,35 €	230.081,35 €	0,00 €	0,00%

II. Gewinnrücklagen	16.906.997,91 €	17.438.853,80 €	17.968.765,69 €	529.911,89 €	3,04%
III. Bilanzgewinn	317.959,14 €	223.115,14 €	316.153,46 €	93.038,32 €	41,70%
C. Rückstellungen	156.026,67 €	250.622,26 €	300.010,18 €	49.387,92 €	19,71%
D. Verbindlichkeiten	36.281.298,70 €	36.374.016,82 €	34.748.850,87 €	-1.625.165,95 €	-4,47%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	53.892.363,77 €	54.516.689,37 €	53.563.861,55 €	-952.827,82 €	-1,75%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	8.775.926,88 €	9.032.696,85 €	9.875.254,46 €	842.557,61 €	9,33%
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen	89.735,20 €	201.564,60 €	-12.595,90 €	-214.160,50 €	-106,25%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	159.983,79 €	81.273,27 €	15.278,01 €	-65.995,26 €	-81,20%
4. Sonstige betriebliche Erträge	186.125,77 €	204.516,26 €	200.341,97 €	-4.174,29 €	-2,04%
5. Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	4.011.801,32 €	4.426.588,56 €	4.509.473,46 €	82.884,90 €	1,87%
6. Personalaufwand				0,00 €	
a) Löhne u. Gehälter	1.622.360,13 €	1.624.710,63 €	1.763.394,42 €	138.683,79 €	8,54%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	388.962,49 €	409.180,96 €	447.962,17 €	38.781,21 €	9,48%
7. Abschreibungen	1.300.681,68 €	1.412.637,90 €	1.481.127,00 €	68.489,10 €	4,85%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	633.251,94 €	674.595,39 €	699.446,86 €	24.851,47 €	3,68%
Betriebsergebnis	1.254.714,08 €	972.337,54 €	1.176.874,63 €	204.537,09 €	21,04%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	44,17 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	546.434,31 €	524.205,51 €	494.428,25 €	-29.777,26 €	-5,68%
Finanzergebnis	-546.390,14 €	-524.205,51 €	-494.428,25 €	29.777,26 €	-5,68%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	708.323,94 €	448.132,03 €	682.446,38 €	234.314,35 €	52,29%
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	69.573,34 €	-213,17 €	48.280,21 €	48.493,38 €	-22748,69%
12. sonstige Steuern	2.991,46 €	2.130,06 €	2.012,71 €	-117,35 €	-5,51%
Jahresergebnis	635.759,14 €	446.215,14 €	632.153,46 €	185.938,32 €	41,67%
13. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	317.800,00 €	223.100,00 €	316.000,00 €	92.900,00 €	41,64%
Jahresergebnis	317.959,14 €	223.115,14 €	316.153,46 €	93.038,32 €	41,70%

f) Lagebericht

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

1. Angaben zum Unternehmen

Das im Jahre 1902 als Aktiengesellschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Düren.

Die angemieteten Geschäftsräume befinden sich im Hause der Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren eG, Grüngürtel 31, 52351 Düren.

Wesentliche Anteilseigner sind die Stadt Düren mit 170.515,84 € (74,11 %) und die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH mit 57.571,47 € (25,02 %) am gezeichneten Gesamtkapital in Höhe von 230.081,35 €. Darüber hinaus sind 6 weitere Aktionäre an der Gesellschaft beteiligt.

Die Dürener Bauverein AG wird durch eine hauptamtliche Vorstandsvorsitzende und drei nebenamtliche Vorstandsmitglieder geleitet. Daneben sind 14 kaufmännische Angestellte (davon 1 Teilzeiterkraft), 18 technische Angestellte (davon 2 Teilzeiterkräfte), 2 Auszubildende und 12 geringfügig Beschäftigte tätig.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2022 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

2. Wohnungsmarkt in Stadt und Kreis Düren

Die Vertreter von Stadt und Kreis Düren haben in 2020 eine „Wachstumsinitiative 2025“ aufgerufen, wonach bis zum Jahr 2025 300.000 Menschen im Kreis Düren leben sollen. Da die Mieten in den umliegenden Ballungszentren überdurchschnittlich gestiegen sind, soll ein Angebot für günstigen Wohnraum sowohl in der Stadt als auch im Kreis Düren erstellt werden. Allerdings gestaltet sich die Realisierung schwierig, da neben der Knappheit an Grund und Boden weitere Faktoren immense Schwierigkeiten bedingen. So hat der Ukrainekrieg zu einer Energiekrise geführt und bewirkte in der Folge die höchste Inflationsrate seit der deutschen Wiedervereinigung. Erschwerend kam der Material- sowie Fachkräftemangel hinzu, der gemeinsam mit den zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen dem Baugewerbe einen deutlichen Einbruch verschaffte und letztlich verhinderte, dass die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr weder in der Stadt noch im Kreis Düren Neubauten errichtet hat.

Experten gehen allerdings davon aus, dass sich die Wirtschaftslage stabilisiert und die Nachfrage nach Wohnraum, der durch den Ukrainekrieg und die allgemeine Flüchtlingslage nochmals erheblich angestiegen ist, in Zukunft befriedigt werden kann, weil z.B. das Land NRW die Höhe der öffentlichen Mittel erneut an die gestiegenen Baupreise angepasst hat, sodass die Errichtung geförderten Wohnraums wieder realisierbar ist. Parallel haben Unternehmen und Handwerksbetriebe wieder Kapazitäten frei, da sich deren Auftragslage aufgrund der derzeitigen Finanzierungsbedingungen verschlechtert hat. Somit besteht gerade in den kommenden Geschäftsjahren die Möglichkeit, öffentlich geförderten Wohnungsbau zu errichten und so ein Angebot für die Vielzahl gering verdienender Menschen zu schaffen.

Des Weiteren wird auch der bereits eingeschlagene Pfad der Bestandssanierung nicht vernachlässigt, da dies eine zwingende Voraussetzung für ein attraktives Wohnumfeld darstellt. Ein solches Umfeld bildet wiederum die Grundlage der Umzugswilligkeit von Familien und Einzelpersonen.

3. Geschäftsentwicklung

Der Geschäftsverlauf ist für das Unternehmen im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als zufriedenstellend zu kennzeichnen. Die Leerstandsquote im Geschäftsjahr 2022 von 6,3 % ist gegenüber dem Vorjahr (4,8 %) gestiegen. Die Fluktuationsrate stieg von 6,5 % im Vorjahr auf 7,0 %.

4. Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein Jahresüberschuss von 632 T€ (Vorjahr: 446 T€) erwirtschaftet. Nach der Prognose im Wirtschaftsplan wurde mit einem Jahresüberschuss von 240 T€ gerechnet. Wesentliche Gründe der Abweichung sind nicht angefallene Abbruchkosten und Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen. Des Weiteren sind weniger Zinsaufwendungen angefallen als geplant.

5. Geschäftstätigkeit

5.1 Grundstückserwerb

Mit Kaufvertrag vom 08.04.2022 wurde in Kreuzau das mit 4 Garagen bebaute Grundstück „Im Herkesgarten“, Flur 13, Flurstücke 759, 760 und 761 mit der Größe von 151 m² erworben. Die Gesamtkosten einschließlich Erwerbsnebenkosten betrugen ca. 77 T€.

5.2 Modernisierung und Instandsetzung

a) Modernisierung

In verschiedenen Wohnungen wurden zur Erhöhung des Standards und zur besseren Vermietbarkeit umfassende Wohnungssanierungen durchgeführt. Grundsätzlich ist die Feststellung zu treffen, dass eine Vermietbarkeit von Wohnungen einfachen Standards kaum noch gewährleistet ist.

b) Instandhaltung

Für die Bestandserhaltung des Hausbesitzes wurden im Jahr 2022 insgesamt 1.700 T€ (Vorjahr: 1.637 T€) aufgewendet. Das sind 18,65 €/m² Wohn-/Nutzfläche (Vorjahr: 17,95 €/m² Wohn-/Nutzfläche) ohne Aufwendungen für die Behebung von Versicherungsschäden.

5.3 Planung und Vorbereitung

5.3.1 Grundstücksankäufe

Es ist geplant, bei einem entsprechenden Angebot, weitere Grundstücke zu erwerben und diese mittelfristig zu bebauen.

5.3.2 Neubau

Die Grundstücke Zehnthofstraße in Niederzier, Hauptstraße 52, 54, 56 in Kreuzau, Brückenstraße 195 – 201 und Am Wehr 39, 41 befinden sich derzeit in Planung und sollen zeitnah bebaut werden. Des Weiteren werden in naher Zukunft auf den Grundstücken Rütger-von-Scheven-Str. 27 – 37 Neubauten errichtet.



Einfamilienhäuser Brückenstraße

5.3.3 Um- und Ausbauprogramm der folgenden Jahre

Die Objekte Goebenstraße 17 - 19a werden umfassend energetisch saniert und die Ausstattung dem heutigen Standard angepasst. Des Weiteren sollen die Bestandsgebäude erweitert werden und die Wohnungen einen zeitgemäßen Zuschnitt erhalten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit soll bei der Bestandspflege und Modernisierung liegen. Es werden Modernisierungskonzepte erstellt mit dem Ziel, eine Verbesserung der Vermietbarkeit durch Änderungen der Wohnungsgrundrisse bzw. Ausstattungsmerkmale zu erreichen.

6. Wohnungsbewirtschaftung

Die Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich aus den folgenden Kennzahlen:

Kennzahlenübersicht		2022	2021	2020	2019	2018
1. Bestandszahlen						
Bewirtschafteter Bestand						
Wohneinheiten	Anzahl	1.453	1.453	1.419	1.403	1.403

Gewerbeeinheiten	Anzahl	1	1	1	1	1
Garagen	Anzahl	196	196	196	196	196
Einstellplätze Tiefgarage	Anzahl	36	36	36	36	36
Stellplätze	Anzahl	196	196	166	158	158
Wohnfläche/Nutzfläche	m ²	91.142	91.148	88.929	87.813	87.826
Durchschnittliche Wohnungsgröße	m ²	62,69	62,70	62,64	62,56	62,56

2. Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen

Durchschnittliche Sollmiete pro Monat	€/m ²	5,44	5,20	5,16	5,10	4,82
Durchschnittliche umlagefähige Betriebskosten pro Monat	€/m ²	2,34	2,34	2,20	2,13	2,05
Wohnungswechsel	Anzahl	102	94	113	142	169
Fluktuationsrate	%	7,0	6,5	8,0	10,1	12,1
Neuvermietung angeschriebene Bewerber	Anzahl	1.346	2.531	3.703	4.507	3.738
Davon interessierte Bewerber	Anzahl	255	215	257	336	336
Absagen	Anzahl	66	114	99	146	271
nicht gemeldet	Anzahl	1.025	2.202	3.347	4.025	3.131
Wohnungsleerstände	Anzahl	91	70	79	58	69
Davon modernisierungsbedingt	Anzahl	88	63	72	51	53
sonstige	Anzahl	3	7	7	7	16

Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand

Der Grundbesitz der Gesellschaft beträgt flächenmäßig bei den bebauten Grundstücken am 31.12.2022 insgesamt 149.377 m². Hierin sind Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 38.163 m² enthalten. Der Haus- und Wohnungsbestand der Gesellschaft umfasst am 31.12.2022 209 Mehrfamilienhäuser und 16 Einfamilienhäuser, zusammen 225 Häuser mit insgesamt 1.453 Mietwohnungen, 232 Garagen (davon 36 Einstellplätze in einer Tiefgarage), 196 Stellplätzen und 1 gewerbliche Einheit. Die gesamte Wohn-/Nutzfläche beträgt 91.142 m².

7. Treuhandverwaltung

Die Dürener Bauverein AG verwaltet gemäß Treuhandvertrag vom 01.08.1990 ab 01.01.1991 in eigenem Namen auf Rechnung der Stadt Düren zum 31.12.2022 124 Häuser mit 324 Wohnungen, 9 gewerblichen Einheiten, 16 Garagen und 23 Stellplätzen auf einer Wohn-/Nutzfläche von 21.461 m².

8. Geschäftsbesorgung

Seit dem 01.01.1991 besorgt die Dürener Bauverein AG die Geschäfte der Gemeinnützige Wohnungsbau-genossenschaft für Stadt und Kreis Düren eG. Am 29.10.2015 wurde mit Wirkung zum 01.01.2016 ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren abgeschlossen. Eine Kündigung des zum 31.12.2022 auslaufenden Vertrages wurde nicht ausgesprochen, so dass sich die Laufzeit automatisch bis zum 31.12.2024 verlängert.

Zum 31.12.2022 werden 251 Häuser mit 1.178 Wohnungen, 4 gewerblichen Einheiten, 138 Stellplätzen, 144 Garagen und 2 Tiefgaragen mit 70 Einstellplätzen auf einer Wohn-/Nutzfläche von 78.398 m² verwaltet.

B. Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

1. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 953 T€ verringert.

Das Anlagevermögen hat sich um 995 T€ verringert. Das Umlaufvermögen und die Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich um 42 T€. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 92,6 % der Bilanzsumme. Die Anlagendeckung durch Eigenkapital stieg von 35,4 % auf 37,3 %.

Auf der Passivseite der Bilanz stieg das Eigenkapital um 623 T€. Die Verbindlichkeiten verringerten sich im Saldo um 1.625 T€. Die Rückstellungen erhöhten sich um 49 T€. Die Verbindlichkeiten umfassen 64,9 % der Bilanzsumme. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtvermögen hat sich von 32,8 % in 2021 auf 34,6 % in 2022 erhöht.

Die Veränderungen des Finanzmittelbestandes (Cashflow) sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen stellen sich mit Hilfe der nachstehenden Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

Finanzlage

Cash Flow

	2022 T€	2021 T€
Jahresüberschuss	632	446
Abschreibungen Anlagevermögen	1.481	1.413
Zunahme der langfristigen Rückstellungen	1	2
Abschreibungen auf Geldbeschaffungskosten	0	1
Cashflow	2.114	1.862
Zunahme der kurzfristigen Rückstellungen	48	93
Zunahme sonstiger Aktiva	-405	-351
Zu-/Abnahme sonstiger Passiva	286	-88
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.043	1.516
Einzahlungen aus Abgängen des Anlagevermögens	30	0
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-860	-3.688
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-830	-3.688
Valutierung von Darlehen	0	1.700
Planmäßige Tilgung von Darlehen	-1.435	-1.355
Rückzahlung von Darlehen	-136	-163
Zahlung von Dividenden	-9	-9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.580	173
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-367	-1.999
Finanzmittelbestand am 1. Januar	1.249	3.248
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	882	1.249

Das Netto-Geldvermögen hat sich um 228 T€ auf 293 T€ verringert. In dem nachfolgenden Liquiditätsstatus zu Buchwerten werden die Veränderungen des Netto-Geldvermögens während des Geschäftsjahres gezeigt.

Liquidität	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
	T€	T€	T€
Langfristiger Bereich			
Vermögenswerte	49.640	50.640	-1.000
Finanzierungsmittel	49.933	51.161	-1.228
Überdeckung	293	521	-228
Kurzfristiger Bereich			
Finanzmittelstand	882	1249	-367
Übrige kurzfristig realisierbare Vermögenswerte	3.042	2.628	414
	3.924	3.877	47
kurzfristige Verpflichtungen	3.631	3.356	275
Netto-Geldvermögen	293	521	-228

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gegeben.

Die Investitionen für Modernisierung wurden fristgerecht durch Eigenmittel aus dem geldrechnungsmäßigen Überschuss finanziert. Die Zahlungsfähigkeit ist auch bei planmäßigem Verlauf für das Geschäftsjahr 2023 gegeben.

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Anlagevermögen	49.614	92,6	50.609	92,8	-995
Umlaufvermögen	3.924	7,3	3.877	7,1	47
Rechnungsabgrenzungsposten	26	0,1	31	0,1	-5
Gesamtvermögen	53.564	100,0	54.517	100,0	-953
Passiva					
Eigenkapital	18.515	34,6	17.892	32,8	623
Rückstellungen	300	0,5	251	0,5	49
Verbindlichkeiten	34.749	64,9	36.374	66,7	-1.625
Gesamtvermögen	53.564	100,0	54.517	100,0	-953

2. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft war im Berichtsjahr zufriedenstellend. Der Jahresüberschuss im Jahr 2022 beträgt 632 T€ (Vorjahr: 446 T€).

Das Jahresergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um 186 T€ gestiegen.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung erhöhten sich um 514 T€. Die Sollmieten stiegen im Wesentlichen aufgrund von Mieterhöhungen um 261 T€. Die Erlöse aus der Umlagenabrechnung erhöhten sich um 231 T€. Die Erlösschmälerungen aus Sollmieten verringerten sich um 4 T€.

Die Erlöse aus Lieferungen und Leistungen betragen 1.356 T€. Die darin enthaltenen Erträge aus der Geschäftsbesorgung der Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren eG in Höhe von 1.241 T€ waren im Vorjahr unter der Position Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit ausgewiesen.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 177 T€.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich um 46 T€. Die Abschreibungen auf Zugänge durch nachträgliche Herstellungs- und Modernisierungskosten betrugen 54 T€. Die Abschreibung auf Büro- und Geschäftsausstattung verringerte sich um 8 T€.

3. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet. Insgesamt schätzt der Vorstand die Lage der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts als gut ein.

C. Leistungsindikatoren

1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Vorstand hat aufgrund des **Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)** ein Risikomanagement eingerichtet. In verschiedenen Beobachtungsbereichen und Beobachtungsfeldern werden Risikoindikatoren ermittelt, die Frühwarninformationen liefern können. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklungen unterrichtet. Eine Kennziffernübersicht wurde erstellt, die auszugsweise nachstehend veröffentlicht wird:

		2022	2021	2020	2019	2018
1.1 Jahresabschlusszahlen						
Bilanzsumme	T€	53.564	54.517	53.892	51.058	44.350
Sachanlagevermögen	T€	49.604	50.591	48.318	43.627	41.627
Sachanlagenintensität	%	92,7	92,8	89,7	85,5	93,9

Investitionen in Sach- anlagen	T€	859	3.677	5.986	3.245	4.123
Eigenkapital (langfristig)	T€	18.506	17.883	17.446	16.819	16.135
Verbindlichkeiten (langfristig)	T€	29.880	31.802	31.860	29.521	23.810
Fremdkapitalquote	%	65,4	67,2	67,6	67,0	63,6
Umsatzerlöse	T€	9.875	9.033	8.776	8.612	8.230
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	T€	632	446	636	694	628
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	T€	2.043	1.516	2.508	2.224	1.984
Tilgung	T€	1.571	1.518	1.446	1.041	2.528
davon planmäßig	T€	1.434	1.355	1.210	1.041	909
Ausschüttung	T€	9	9	9	9	9
Durchschnittlicher Buchwert Hausbesitz	€/m²	513,14	527,32	492,79	464,20	467,31
Durchschnittliche Verschuldung	€/m²	327,84	348,91	358,58	334,53	261,87
1.2 Kennzahlen zur Rentabilität						
Eigenkapitalrentabilität	%	3,67	2,51	4,05	4,80	4,31

		2022	2021	2020	2019	2018
1.3 Gewinn- und Verlustrechnung						
Sollmieten	T€	5.947	5.686	5.516	5.369	5.247
Erlösschmälerungen	T€	236	250	219	208	295
in Relation zur Sollmiete	%	4,0	4,2	3,9	3,9	5,6
Instandhaltungskosten*	T€	1.700	1.637	1.460	1.410	1.621
Durchschnittliche Instandhaltungskosten	€/m²	18,65	17,95	16,42	16,06	18,46
* darin enthalten Beiträge nach § 8 Kommunalen Abgabengesetz (KAG)	T€	0	141	0	0	0
Abschreibungen auf Mietforderungen	T€	16	10	10	12	16
Verwaltungskosten (Hausbewirtschaftung)	T€	1.260	1.258	1.109	1.081	785
Abschreibungen auf Sachanlagen (davon planmäßig)	T€	1.474	1.404	1.294	1.244	1.223
	T€	1.451	1.404	1.294	1.244	1.223
Zinsaufwendungen	T€	494	524	546	510	470

2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung.

D. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Risiken der künftigen Entwicklung

Nachdem alle Coronamaßnahmen beendet wurden und ein Aufatmen zu erwarten war, hat der Ukraine-krieg zudem zu einer großen Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Der darauffolgende Anstieg der Energiepreise hat zudem zu einem historischen Höchststand der Inflationsrate geführt. Sowohl die Lebenshaltungskosten als auch die Baupreise sind gestiegen. Gleichzeitig verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen erheblich und bewirkten einen deutlichen Einbruch des gesamten Baugewerbes.

Es gilt nunmehr, trotz der durch mehrere Faktoren bewirkten Krise des Baugewerbes die Initiative zu ergreifen und in den Segmenten tätig zu werden, die noch ein Bauen erlauben. Denn die Krise des Baugewerbes bewirkt auch, dass trotz des Fachkräftemangels die im Bausektor tätigen Unternehmen wieder Aufträge entgegennehmen können und somit ein Bauen innerhalb eines vorgesehenen Zeitfensters tatsächlich auch möglich ist. So hat das Land NRW seine Konditionen für öffentlich geförderten Wohnraum unter anderem von 2.620 € im Vorjahr auf 3.010 €/m² förderfähiger Wohnfläche verbessert, weil aufgrund der gestiegenen Baupreise und der Tatsache, dass der Plan, 400.000 dringend benötigte Wohnungen (davon 100.000 öffentlich geförderte) nur dann verwirklicht werden kann, wenn das der öffentlichen Förderung zugrunde liegende Prinzip, wonach lediglich 20% Eigenmittel des Bauherrn aufzubringen sind, auch tatsächlich aufgeht und dieser Eigenanteil nicht viel höher wäre. Deshalb sollte es Ziel der Gesellschaft sein, eine Stagnation zu verhindern und bei der Umsetzung der Ziele der Landesregierung, eine möglichst hohe Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen zu errichten, mitzuwirken.

Auf der anderen Seite würde die Errichtung frei finanzierter Wohnungen angesichts der schwierigen Finanzierungsbedingungen und der hohen Baukosten zu Mietpreisen führen, die in Düren bzw. einer ländlichen Umgebung überdurchschnittlich und somit schwer zu vermarkten sind und deshalb möglicherweise zu einem Leerstand führen, was es zu verhindern gilt, da so Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgeschlossen werden können.

2. Chancen der künftigen Entwicklung

Stetige Investitionen in den Bestand, in Form von laufenden Instandhaltungen und durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen, bilden die Grundlage zukünftiger Erfolgspotenziale.

Mit Hilfe qualifizierter Mitarbeiter und bewährter Geschäftsstrategie wird die Leistungsfähigkeit gegenüber unseren Kunden stetig verbessert und unsere Position am Wohnungsmarkt in der Stadt Düren gefestigt und im Kreis Düren angekurbelt. Entsprechend ehrgeizige Ziele werden mit den bereits in der Planung befindlichen Neubauten auf den Grundstücken Am Wehr 39, 41, Brückenstraße 195 - 201 in Düren, Hauptstraße 52, 54, 56 in Kreuzau und der Zehnthofstraße in Niederzier gesetzt. Auf den Grundstücken Rütger-von-Scheven-Straße 27 - 37 sollen in naher Zukunft Neubauten entstehen.

E. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2023 wird gemäß Wirtschaftsplan ein Überschuss von 116 T€ und ein geldrechnungsmäßiger Überschuss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 106 T€ erwartet.

Im Geschäftsjahr 2023 wird eine Umsatzsteigerung der Sollmieten angestrebt. Im Vergleich zum Jahr 2022 sollen diese um ca. 1,1 % auf 8.330 T€ steigen. Dieser Anstieg ist zum einen auf moderate Mieterhöhungen im Rahmen der Anpassung an den Mietspiegel und zum anderen auf höhere Mieteinnahmen infolge der

erfolgreich abgeschlossenen Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen zurückzuführen. Demgegenüber stehen branchenüblich steigende Aufwendungen für Abschreibung sowie Aufwendungen für Instandhaltung und Modernisierung.

Aufgrund des demographischen Wandels und der allgemeinen Flüchtlingssituation gehen wir weiterhin von einer hohen Nachfrage aus. So sind derzeit Menschen aller Altersgruppen, aber auch aller Einkommensgruppen auf der Suche nach adäquatem Wohnraum. Für die Gesellschaft bedeutet dies, dass sie ein Angebot erstellen muss, dass dem Nachfragepotential gerecht wird. Angesichts der angespannten Situation in der Baubranche, die auf Material- und Fachkräftemangel einerseits und einer schwierigen Finanzierungssituation andererseits zurückzuführen ist, gilt es, trotz dieser Beschränkungen das Optimum zu erreichen. Dies gelingt, in dem zunächst für die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen Angebote erstellt werden. Sowohl ältere, alleinstehende und geflüchtete Menschen sind berechtigt, in öffentlich gefördertem Wohnraum zu leben. Dieser großen Anzahl an Berechtigten steht ein geringes Angebot an Wohnungen gegenüber, da im vergangenen Jahrzehnt viele Wohnungen aus der öffentlichen Bindung rausgefallen sind und nunmehr nur noch ein geringes Angebot an solchen Wohnungen besteht. Aufgrund der aktuellen Bedingungen bei der Errichtung öffentlich geförderten Wohnraum wird daher zunächst ein Angebot für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen erstellt, dass dann in den Folgejahren um freifinanzierten Wohnungsbau ergänzt wird.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit konzentriert sich die Geschäftstätigkeit aber auch weiterhin auf die Erhaltung und die Modernisierung des Wohnungsbestandes mit dem Ziel der stetigen Verbesserung der Wohnqualität. Ein Wohnungsangebot mit entsprechenden Wohnungsgrößen, ansprechendem Wohnumfeld und gesteigertem Wohnungsausstattungsstandard kann das angestrebte Ziel der langfristigen Vermietbarkeit unter Berücksichtigung der Mieterstrukturen sowie des tatsächlichen Nachfragepotentials gewährleisten. Die Beibehaltung der Modernisierungs- und Instandhaltungskontingente ist daher notwendig.

Durch die Errichtung öffentlich geförderten Wohnraums einerseits und Modernisierung des Wohnungsbestandes andererseits erreichen wir diverse Bevölkerungsgruppen, denen günstiger, aber gut ausgestatteter Wohnraum zu bezahlbaren Preisen angeboten werden kann.

II. Angaben nach § 312 AktG

Über die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde ein separater Bericht erstellt. Dieser Bericht enthält für das Geschäftsjahr 2022 folgende Schlusserklärung:

Schlusserklärung

Abschließend erklären wir, dass nach den Umständen, die zum Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren, unsere Gesellschaft bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat.

Rechtsgeschäfte mit Dritten auf Veranlassung oder im Interesse der Stadt Düren oder der mit ihr verbundenen Unternehmen sind im Berichtsjahr 2022 nicht getätigt worden.

Desgleichen sind berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der Stadt Düren oder der mit ihr verbundenen Unternehmen weder getroffen noch unterlassen worden.

Hinsichtlich der öffentlichen Zwecksetzung ist die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren satzungsgemäßen Aufgaben, nämlich eine nach Qualität und Quantität befriedigende und preiswerte Wohnungsverorgung von breiten Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, nachgekommen. Zu dieser sozialen Verpflichtung hat die Gesellschaft seit der Gründung ihren Beitrag geleistet und wird diese Zielsetzung auch in Zukunft verfolgen.

Die Geschäfte des Unternehmens werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:	Runge, Dagmar (Vorsitzende) Hissel, Thomas (seit 01.07.2019) Kaptain, Peter (seit 01.07.2019)	Nideggen Aachen Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1 Sitz	
Hauptversammlung:		1 Sitz	25,02%

Vertreter des Kreises Düren

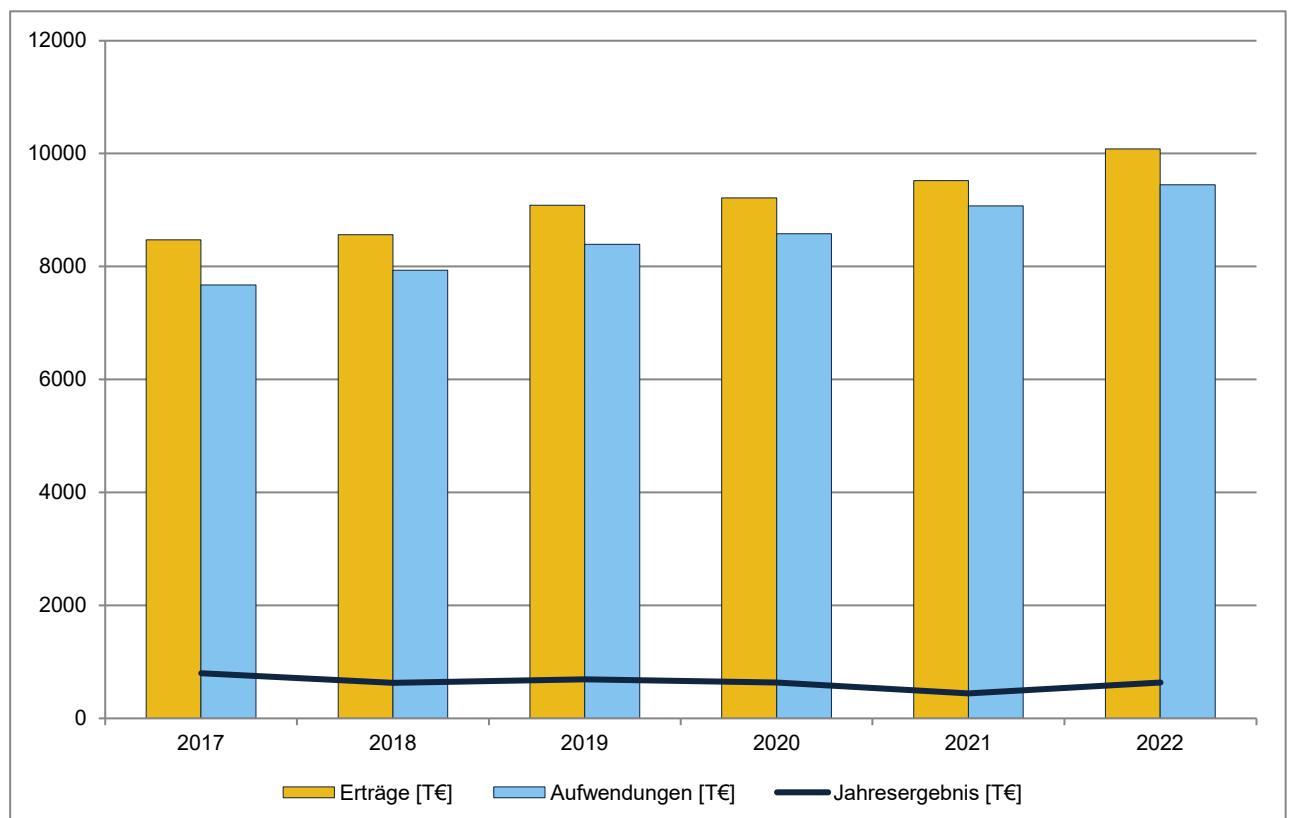
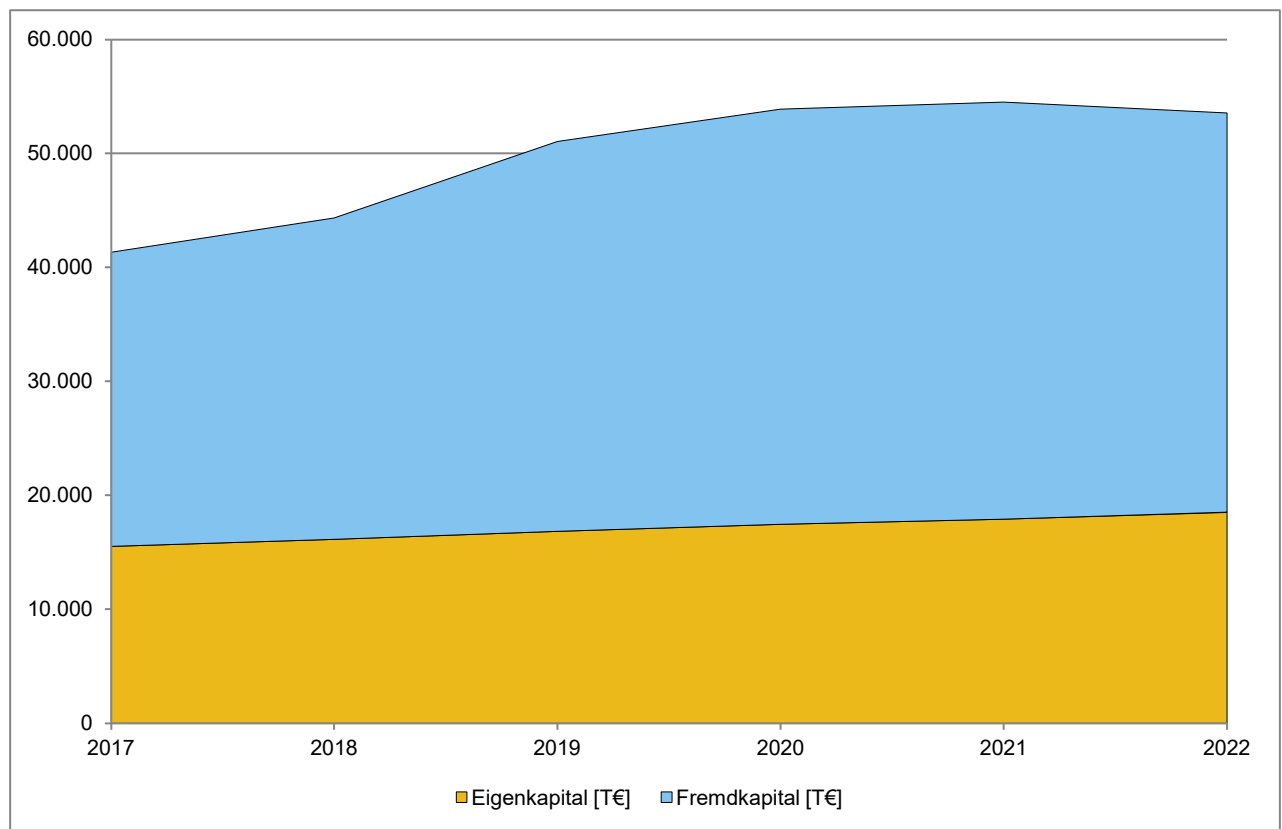
Aufsichtsrat:

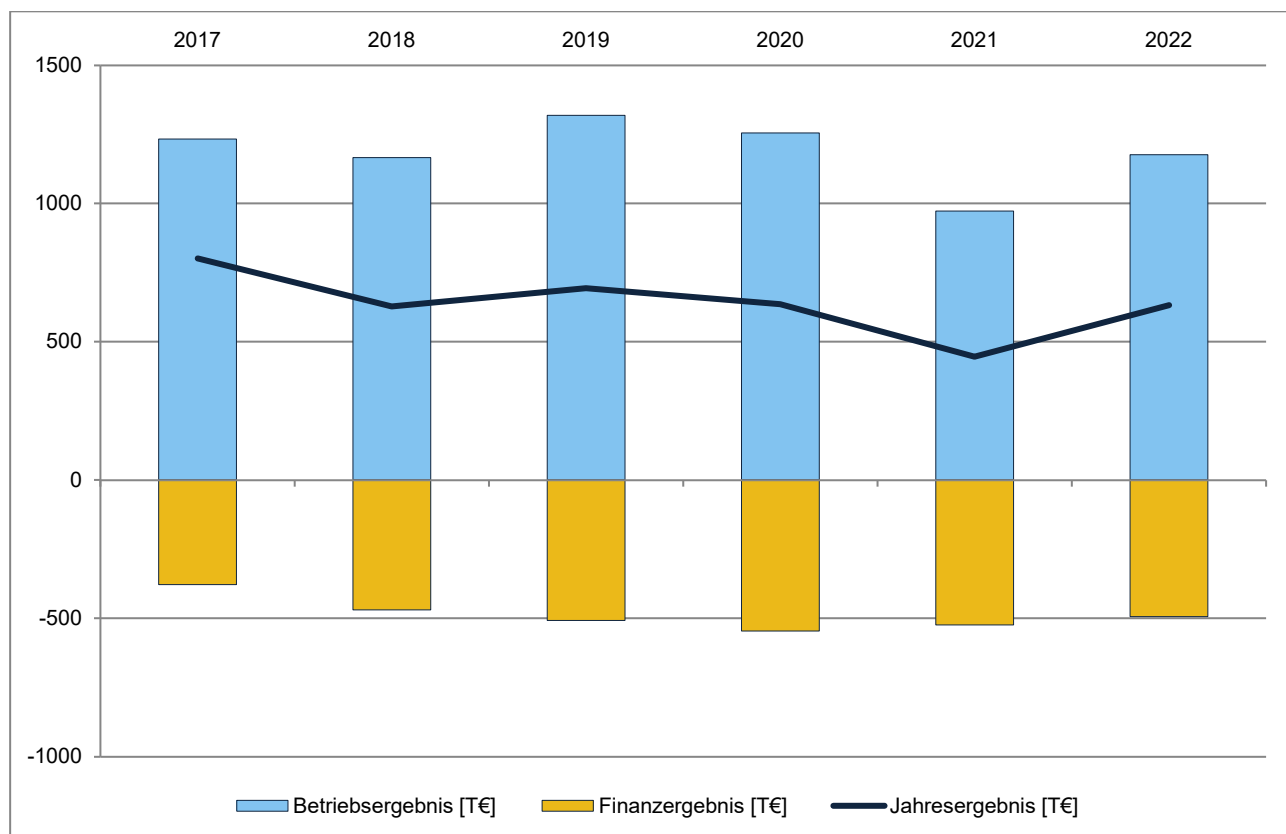
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	23.08.2018	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 43,25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderungen
Eigenkapitalquote	32,39%	32,82%	-65,38%	-98,20%
Eigenkapitalrentabilität	3,64%	2,49%	101,48%	98,98%
Anlagendeckungsgrad 2	102,03%	98,19%	-62,65%	-160,84%
Verschuldungsgrad	208,75%	204,70%	-252,95%	-457,65%
Umsatzrentabilität	14,30%	10,76%	11,92%	1,15%

5 Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)



Friedrichstr.4
52351 Düren
Telefon: 02421/121988-0
Telefax: 02421/121988-2
E-Mail: info@dga-dueren.de
Homepage: www.dga-dueren.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH soll einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z.B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung eröffnet werden.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Ziel der Gesellschaft ist die Ausbildung, Qualifizierung, Beschäftigung und soziale Betreuung von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmern, Langzeitarbeitslosen, Behinderten und anderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik zu deren dauerhaften Wiedereingliederung in das Erwerbsleben. Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	30,678	100
Stammkapital	30,678	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	530,50 €	958,50 €	292,50 €	-666,00 €	-69,48%
II. Sachanlagen	233.154,00 €	630.664,65 €	1.464.270,84 €	833.606,19 €	132,18%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	32.313,70 €	31.414,04 €	30.622,66 €	-791,38 €	-2,52%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	820.884,23 €	632.565,14 €	541.004,61 €	-91.560,53 €	-14,47%
III. Kassenbestand	337.125,20 €	580.257,11 €	1.290.290,65 €	710.033,54 €	122,37%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18.400,14 €	5.596,11 €	3.183,97 €	-2.412,14 €	-43,10%

Summe Aktiva	1.442.407,77 €	1.881.455,55 €	3.329.665,23 €	1.448.209,68 €	76,97%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	30.677,51 €	30.677,51 €	30.677,51 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	697.464,82 €	697.464,82 €	697.464,82 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Verlustvortrag	-80.816,64 €	132.211,40 €	75.277,41 €	-56.933,99 €	-43,06%
V. Jahresergebnis	213.028,04 €	-56.933,99 €	22.804,62 €	79.738,61 €	-140,05%
B. Rückstellungen	262.578,53 €	277.630,02 €	435.108,05 €	157.478,03 €	56,72%
C. Verbindlichkeiten	319.475,51 €	556.625,86 €	1.742.735,67 €	1.186.109,81 €	213,09%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	243.779,93 €	325.597,15 €	81.817,22 €	33,56%
Summe Passiva	1.442.407,77 €	1.881.455,55 €	3.329.665,23 €	1.448.209,68 €	76,97%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.572.483,27 €	7.762.457,24 €	9.036.526,67 €	1.274.069,43 €	16,41%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
4. sonstige betriebliche Erträge	7.823.641,67 €	866.923,57 €	589.669,78 €	-277.253,79 €	-3,54%
5. Materialaufwand	397.264,03 €	1.193.441,70 €	1.718.060,94 €	524.619,24 €	132,06%
6. Personalaufwand	5.966.191,47 €	5.773.331,23 €	6.058.178,05 €	284.846,82 €	4,77%
7. Abschreibungen	99.806,39 €	112.233,92 €	103.751,38 €	-8.482,54 €	-8,50%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.706.052,95 €	1.593.013,78 €	1.696.660,93 €	103.647,15 €	3,83%
Betriebsergebnis	226.810,10 €	-42.639,82 €	49.545,15 €	92.184,97 €	40,64%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	68,00 €	182,09 €	13.309,24 €	13.127,15 €	19304,63%
Finanzergebnis	-68,00 €	-182,09 €	-13.309,24 €	-13.127,15 €	19304,63%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	226.742,10 €	-42.821,91 €	36.235,91 €	79.057,82 €	34,87%
11. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	7.141,00 €	6.418,54 €	-4.359,00 €	-10.777,54 €	-150,92%
16. sonstige Steuern	6.573,06 €	7.693,54 €	17.790,29 €	10.096,75 €	153,61%
Jahresergebnis	213.028,04 €	-56.933,99 €	22.804,62 €	79.738,61 €	37,43%

g) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung hat sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z. B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Handicap) im Kreisgebiet Düren zu leisten. Diesem

Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung und Teilhabe zu einem selbstbestimmten Leben eröffnet werden.

Der überwiegende Teil der Erlöse wurde im Jahre 2022 durch Aufträge des Kreises Düren (job-com) erzielt. Mit der Agentur für Arbeit wird die seit 2013 laufende REHA-Ausbildung in Kooperation mit anderen Trägern durchgeführt. Dabei erfolgte 2022 die Zuweisung weiterer Teilnehmer.

Zusätzlich werden Umsätze mit der in 2014 geschaffenen Integrationsabteilung „Vielwerker“ generiert. Sie umfasst die Bereiche KFZ-Werkstatt, Elektro, Garten- und Landschaftsbau (Baum&Borke) und Holz.

Das Jahr 2022 endet mit einem **Bilanzgewinn von 23 T€**, das im Wirtschaftsplan prognostizierte Planergebnis von -94 T€ konnte damit übertroffen werden.

Das Jahr 2022 war anders als die Vorjahre nur noch bereichsweise durch die Corona-Pandemie und den damit verbundenen Folgen gekennzeichnet. Während sich bei den Maßnahmen die Durchführung in Absprache mit den Auftraggebern zunehmend normalisierte, war im Bereich der Gastronomie im a la carte Geschäft sowie bei den Veranstaltungen in der ARENA eine Besuchszurückhaltung zu verzeichnen.

Die Erlöse im Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen stiegen auf nunmehr 6.303 T€ (VJ 5.890 T€) zurück. Bei den Zweckbetrieben der DGA konnten die Umsätze gesteigert werden, erreichen jedoch noch nicht das Vor-Corona-Niveau.

Die Integrationsbetriebe erzielten Umsätze in Höhe von 1.211 T€ (VJ 1.116) und profitieren von einer konstanten Nachfrage aus dem Gesellschafterkonzern des Kreises Düren.

Im Bereich der Gastronomie konnten die Umsätze im Vorgriff auf die geplante neu zu errichtende Großküche massiv gesteigert werden. Sowohl die Küche in der ARENA Kreis Düren als auch im Dienstleistungszentrum Nideggen erhielten die EU-Zertifizierung, so dass die Produktion entsprechend der anhaltenden Nachfrage durch die KiTa-AöR als auch durch Förderschulen gesteigert wurde. Die Umsätze im Bereich Zweckbetriebe Gastronomie betrugen in 2022 1.236 T€ (VJ 562 T€).

Der **wirtschaftliche Geschäftszweig der** Gastronomie litt unter den eher gering besuchten Veranstaltungen. Diese Zurückhaltung ist auf die noch immer präsente Corona-Pandemie zurückzuführen. Der Umsatz konnte zwar auf 102 T€ (VJ 45 T€) gesteigert werden, dies reichte jedoch nicht aus, um die Kosten zu decken. Auch gab es anders als im Vorjahr keine staatlichen Unterstützungsleistungen, so dass dieser Bereich erstmalig ein negatives Ergebnis von -23 T€ (VJ 23T€) erwirtschaftete.

Die DGA schließt das Jahr 2022 mit einem Gewinn von 23 T€ ab, der verabschiedete Wirtschaftsplan wurde übertroffen. Der Gewinnvortrag zum 31.12.2022 beträgt 75 T€.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen konnte die Gesellschaft größtenteils auf die vorhandene Infrastruktur ohne große Neuanschaffungen zurückgreifen.

Auch die stark gestiegene Nachfrage im Bereich der Versorgung KiTa-AöR und Förderschulen konnte durch die bereits bestehenden Küchen in der ARENA Kreis Düren sowie der Lehrküche in Nideggen bewältigt werden.

Die Akquirierung von notwendigem neuem Personal gestaltet sich dagegen weiterhin schwierig, so dass in 2022 teilweise die Kompensation durch vorhandenes Personal mit entsprechender Ergebnisauswirkung erfolgen musste.

Die Umsatzerlöse Gesamt sowie die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 11,6% auf nunmehr 9.627 T€.

Die Personalkosten stiegen analog zum Anstieg der Gesamtleistung auf 5.773 T€ (+4,9%).

Der Umsatz der mit 2021 vergleichbaren Zweckbetriebe stieg um 57 % auf nunmehr 2.862 T€. Durchgängig erfolgte in jedem Bereich eine Steigerung im Vergleich zu dem durch die Corona-Pandemie geprägten Vorjahr. Das Sozialmöbelhaus Nutz und Nippes erzielte ein Plus von 14,4%, die Integrationsabteilung steigerte den Umsatz um 30,5%. Ursächlich hierfür sind vorwiegend Aufträge aus dem öffentlichen Bereich.

Im Vorgriff auf eine noch zu errichtende Großküche als Integrationsabteilung mit der Aufgabe der Versorgung kreiseigener Betriebe, insbesondere von Kindertagesstätten, erfolgte 2022 eine massive und diesem Umfang nicht geplante Erweiterung der Produktion für diese Zielgruppe im Rahmen der Möglichkeiten der bestehenden Infrastruktur. Dies führte dazu, dass der Umsatz im Bereich der Gastronomie Zweckbetrieb um 119,8% auf nunmehr 1.236 T€ gesteigert wurde.

Im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb setzte eine Erholung ein, der Umsatz erreichte mit 103 T€ ein Plus von 126,8%, das Vor-Corona-Niveau wurde jedoch nicht erreicht.

Weiterhin muss an einer dauerhaften Auslastung der vorhandenen Infrastruktur kontinuierlich gearbeitet werden. Die Geschäftsführung weist wie in den Vorjahren darauf hin, dass eine höhere Abnahme der Auslastung zu einer Verlustsituation führt.

Die Position der DGA in der Branche beurteilen wir durch die Vergabepaxis des Kreises Düren (Optionskommune) nach wie vor als sehr wichtig.

Vom 05. bis 6. Mai 2022 konnte ein Überwachungsaudit des Unternehmens nach ISO 9001 und AZAV erfolgreich abgeschlossen werden. Die Zertifizierung trägt dazu bei, die Organisationsstruktur des Unternehmens ständig zu überprüfen. Dies greift in alle Unternehmensteile ein und ist Voraussetzung für eine positive Geschäftsentwicklung. Weiterhin ist die Zertifizierung bei Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des ESF (europäische Sozialfonds) Voraussetzung zur Abgabe eines Angebots. Ihr kommt weiterhin aufgrund der Vorgaben der möglichen Auftraggeber eine wichtige Rolle zu.

Laut Aussage der job-com für die Erstellung des Wirtschaftsplans ist in 2022 mit gleichbleibender Auftragslage zu rechnen.

Weiterhin ist es das Ziel der DGA, wie auch in den Vorjahren eine optimale Nutzung der vorhandenen Infrastruktur auch unabhängig von den Zuschüssen der job-com zu erreichen.

2. Ertragslage

Die Ertragslage unterliegt den Rahmenbedingungen der Unternehmensaufgabe sowie der Gemeinnützigkeit. Sie wird entscheidend beeinflusst durch die Kostenstruktur; dabei spielen weiterhin die Personalkosten die herausragende Rolle.

Die Ertragslage in 2022 hat sich verbessert. Die Gesamtleistung stieg um 11,7% auf 9.636 T€.

Der Materialeinsatz betrug 1.718 T€ (VJ 1.193 T€) und stieg insbesondere aufgrund der massiven Umsatzsteigerung in den gastronomischen Zweckbetrieben.

Der Personalaufwand stieg um 4,9% auf 6.058 T€. Die Abschreibungen verringerten sich um -7,6 % auf 104 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 6,5 % auf 1.696,7 T€.

In den sonstigen Kostenpositionen kam es zu folgenden Veränderungen:

Raumkosten:	+11,1% (682 T€)
Versicherungen, Beiträge, Gebühren:	-9,6% (101 T€)
Reparaturen und Instandhaltung:	+7,9% (172 T€)
KFZ-Kosten:	+28,8% (74 T€)

Die Belastung mit Zinsen und ähnlichen Aufwendungen erhöhte sich aufgrund der geänderten Zinspolitik der europäischen Zentralbank auf 13 T€. Die Ertragslage und die Einrichtung gegenseitiger Kontokorrentkreditlinien mit der Muttergesellschaft Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wirkten sich vorteilhaft aus.

3. Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich für 2022 noch entspannt dar. Die eingeräumte Kontokorrentlinie in Höhe von 250 T€ bei der Sparkasse Düren reichte aus, um einerseits die Ausgaben zu bedienen, andererseits die Zusage des Gesellschafters zur Einbringung einer Einlage in Höhe von 450 T€ zum Ausgleich des Verlustes nicht in Anspruch zu nehmen.

Finanzierungen erfolgen für Dienstfahrzeuge (PKW und Fahrräder) sowie für alle Drucker und Kopierer über Leasingverträge. Die für 2022 zu erwartende Gesamtbelastung beträgt 52 T€ (VJ: 41 T€).

Das Projekt Großküche wird während der Bauphase die Finanzlage maßgeblich beeinflussen. Gespräche über die Finanzierung wurden in 2022 begonnen. In seiner Sitzung vom 30.09.2022 stimmte der Kreistag des Kreises Düren einer Ausfallbürgschaft zur Besicherung von Investitionsdarlehen für die Errichtung der „Großküche“ im Umfang von bis zu 15 Mio. € zugunsten der DGA zu. Die Besicherung durch die Ausfallbürgschaft umfasst 80% des jeweils ausstehenden Darlehensbetrags.

In seiner Sitzung vom 7.12.2022 hat der Kreistag zusätzlich beschlossen, dass diese Ausfallbürgschaft im Fall der Gründung einer Tochtergesellschaft der DGA zum Betrieb der Großküche unter Beibehaltung der beschlossenen Voraussetzungen und Konditionen zu Gunsten dieser Projektgesellschaft ausgereicht wird.

Der aktuelle Projektstand erlaubt noch nicht die Aufnahme eines Darlehens für die gesamte Projektfiananzierung. Der Kreis Düren hat daher eine Überbrückungsfinanzierung im Umfang von bis zu 3 Mio. € gewährt. Zum Bilanzstichtag wurde diese in Höhe von 1 Mio. € in Anspruch genommen.

4. Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Höhe des Anlagevermögens auf 1.465 T€ (VJ: 632 T€). Die Steigerung ist durch das Projekt „Großküche“ in der Position Anlagen im Bau begründet.

Das Umlaufvermögen stieg um 49,2 % auf 1.865 T€. Während der Bestand an fertigen Erzeugnissen und Waren fast unverändert bei 31 T€ liegt, verringerten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände zum Vorjahr um 92 T€ auf 541 T€. Der Bankbestand betrug 1.290 T€ und veränderte sich damit zum Vorjahr um +710 T€ (VJ 580 T€). Ursächlich hierfür ist das Zahlverhalten der job-com, die auch bereits Zahlungen für Maßnahmen des Jahres 2023 veranlasst hat.

Die Bilanzsumme erhöhte sich von 1.881 T€ auf nunmehr 3.330 T€. Es wird ein Bilanzgewinn von 23 T€ ausgewiesen.

Die Mittelherkunft ergibt sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich von 391 T€ auf 652 T€, die sonstigen Verbindlichkeiten reduzierten sich von 166 T€ auf nunmehr 90 T€.

Die Rückstellungen betragen 435T€ und haben sich damit gegenüber 2022 um 157T€ erhöht. Berücksichtigt wurde u. a. eine Personalarückstellung im Rahmen der Inflationsausgleichsprämien.

Der Ansatz der Rückstellungen entspricht handelsrechtlichen Vorschriften sowie dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip.

5. Risikobericht

Die potenzielle Abhängigkeit von der Höhe der Eingliederungsmittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales hat gezeigt, dass die Auslastung der vorhandenen Infrastruktur auf mehreren Säulen stehen muss. Dies ist der Geschäftsführung der DGA mit der Durchführung der Reha-Ausbildung, der Implementierung der Integrationsabteilung „Vielwerker“, die 2020 um den Bereich Holz erweitert wurde, und der Fortführung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs in 2022 gelungen und trägt entsprechend zum Ergebnis bei.

Die Geschäftsführung führt in dem ihr möglichen Rahmen diese Entwicklung fort, indem sie sich sowohl bei der job-com, bei der Agentur für Arbeit als auch beim Landschaftsverband Rheinland LVR um weitere Maßnahmen und Projekte bemüht und zusätzlich in teilweiser Abstimmung mit den anderen im Kreis Düren tätigen Trägergesellschaften eine Optimierung bzw. Reduzierung der Infrastruktur prüft. Ebenso wird geprüft, ob die vorhandene Infrastruktur zur Realisierung neuer Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik genutzt werden kann.

Sorge bereiten der Geschäftsführung die immer schwächer werdenden Teilnehmer, die zum Teil nicht qualifiziert werden können, da sie a) der deutschen Sprache nicht mächtig sind und b) es immer mehr Analphabeten (nicht nur bei den Menschen mit Migrationshintergrund) gibt. Mit den Zuwanderern kommen in diesem Bereich völlig neue Herausforderungen auf die DGA zu, da die „Bildungsschere“ sehr weit auseinanderklafft. Für die studierten, zugewanderten Menschen ist die Arbeit in den Werkstätten eine Unterforderung (ohne ausreichende Sprachkenntnisse finden sie jedoch noch keine Arbeit in den Betrieben der Region) und für die kaum qualifizierten Menschen ohne Schulabschluss eine Überforderung.

Die Geschäftsführung weist darauf hin, dass eine mangelnde Auslastung der Infrastruktur dazu führt, dass die bestehenden Fixkosten nicht gedeckt werden. Sie sieht dieses Risiko als gleichbleibend hoch an. Personalverträge wurden überwiegend sachgrundbezogen abgeschlossen, so dass im Bereich Personalkosten bedingte Flexibilität besteht. Die Deckung ist jedoch nicht mehr gewährleistet, wenn die definierten und in der Kalkulation berücksichtigten Verteilerschlüssel zwischen Anleitern und Teilnehmern nicht eingehalten werden können.

Eine Reduzierung der Fixkosten ist nur eingeschränkt möglich, da es besonders im Bereich der Mietkosten feste Laufzeiten gibt. Kurzfristige Kürzungen im Bereich der Maßnahmen lassen sich daher nur mittelfristig kompensieren und stellen vorübergehend eine Gefahr für einen kostendeckenden Betrieb der DGA dar.

Der weitere Erfolg ist abhängig von

- einer ausreichenden Anzahl von finanzierten Auszubildenden bzw. Maßnahmeteilnehmern
- einer ausreichenden Auslastung der Werkstätten und der (Lehr-)Restaurants
- einer guten Zusammenarbeit mit Unternehmen und der lokalen Gastronomie
- der stetigen Suche und Recherche nach neuen Maßnahmen, Programmen und Ideen
- der Kreativität und dem Mut des Leitungs- und Lenkungskreises, neue Wege zu beschreiten

Aufgrund der bisher bekannten, weiterhin niedrigen Anzahl von Zuweisungen neuer Auszubildender werden diese Risiken als gleichbleibend hoch eingeschätzt. Die Gastronomieberufe sind bei Jugendlichen insbesondere aufgrund der Arbeitszeiten und der schlechten Bezahlung nicht beliebt. Die job-com wirbt nach wie vor mit Unterstützung unserer Anleiter vermehrt für diese am Arbeitsmarkt gesuchten Ausbildungsberufe. Eine Aufrechterhaltung der sehr guten Infrastruktur im Gastronomiebereich sieht die Geschäftsführung bei mangelnder Zuweisung wie bereits im Jahr 2022 als zunehmend gefährdet an. In 2023 wird ein Schwerpunkt die Akquise von neuen Auszubildenden und Maßnahmeteilnehmern speziell für diesen Bereich sein. Sollte dies nicht gelingen, muss die Größe der vorhandenen Infrastruktur entsprechend angepasst werden.

Das Projekt Großküche ist in 2022 fortgeführt worden: In der Aufsichtsratssitzung vom 29.04.2021 wurde der Kauf eines Grundstücks, der Neubau einer Großküche sowie die Beauftragung der Schwestergesellschaft GIS (Gesellschaft für Infrastrukturentwicklung mbH) mit der Projektentwicklung und Projektsteuerung des Neubaus der Großküche beschlossen.

Als Ergebnis mehrerer Gutachten und zur Risikominimierung wurde in der Gesellschafterversammlung vom 30.11.2022 die Gründung einer Tochtergesellschaft für den Betrieb des Integrationsunternehmens Großküche beschlossen. Die Gründung ist bis dato noch nicht erfolgt.

Aufgrund der stark gestiegenen Baukosten im Zuge der weltpolitischen Ereignisse musste eine neue Ermittlung der Gesamtkosten sowie eine neue wirtschaftliche Beurteilung in Auftrag gegeben werden. In den Aufsichtsratssitzungen vom 02.02.2023 und 02.03.2023 wurde die Fortführung des Projekts mit einem erhöhten Gesamtkostenrahmen von bis zu 22 Mio € beschlossen und die neue wirtschaftliche Beurteilung vorgestellt, die den Rahmen für einen wirtschaftlichen Betrieb aufzeigt. Mit Umsetzung dieses Projekts kann die DGA und die noch zu gründende Tochtergesellschaft das Arbeitsangebot für Menschen mit Behinderung erheblich erweitern.

Zur Vermeidung einer Überschuldung im Sinne von § 19 InsO hat der Gesellschafter der Gesellschaft die Erbringung einer Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 450.000 € zugesagt. Die Gewährung der Einlage steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass eine Überschuldung im Sinne des § 19 InsO bis höchstens 450.000 € vorliegt. Diese Verpflichtung zur Einlage durch den Gesellschafter entfällt jedoch, wenn die Gesellschaft eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO von mehr als 450.000 € aufweist. Die Erbringung der Einlage ist mit Feststellung einer Überschuldung nach § 19 InsO sofort zur Zahlung fällig.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist aufgrund der nicht durch die DGA verursachten Rahmenbedingungen angespannt.

Sämtliche Geschäfte und Maßnahmen müssen weiterhin sorgfältig hinsichtlich ihrer Auswirkungen, insbesondere auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage untersucht werden. Ein Wegfall von Zuschüssen würde den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Aufgrund der im März 2020 aufgetretenen, aber mittlerweile zurückgehenden Corona-Krise sowie aufgrund des im Februar 2022 ausgebrochenen Ukrainekrieges hat die Geschäftsführung mögliche negative wirtschaftliche Konsequenzen für die Gesellschaft untersucht. Innerhalb der Ausführungen zum Nachtragsbericht (§ 285 S. 1 Nr. 33 HGB) finden sich im Anhang entsprechende ergänzende Erläuterungen.

6. Prognosebericht

Die Planung der DGA geht aktuell von einem negativen Ergebnis für das Jahr 2022 in Höhe von 8 T€ aus. Erstmals seit Ausbruch der Corona-Pandemie steht die Planung unter keinen Vorbehalten, von einer teilweisen Schließung der Zweckbetriebe wird nicht ausgegangen.

Veranstaltungen in der ARENA Kreis Düren sind für 2023 geplant. Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der die gastronomischen Leistungen bei Veranstaltungen in der ARENA Kreis Düren umfasst, wird wieder ganzjährig geplant.

Die Planung enthält nicht den Betrieb der Großküche. Diese soll in einer neu zu gründenden Gesellschaft betrieben werden. Zusätzliche Belastungen wurden auf der Ausgabenseite im Bereich der Energiekosten sowie bei den Personalkosten geplant.

Die Geschäftsführung arbeitet an einer weiteren Konsolidierung des Unternehmens sowie der Ermittlung von Einsparpotenzialen.

Die Zertifizierung verpflichtet die DGA auch für die Zukunft, die erreichten Qualitätsstandards nicht nur beizubehalten, sondern auch zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Die Arbeitsschwerpunkte 2023 liegen in folgenden Bereichen:

- Durchführung des Projekts „Großküche“ als Integrationsabteilung und in einer noch zu gründenden Tochtergesellschaft zur Versorgung vorrangig von Kitas, Schulen und Krankenhäusern mit dem Ziel der weiteren Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt
- Beobachtung der arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen und zeitnahes Reagieren
- Abstimmungsgespräche mit der job-com und anderen Trägergesellschaften zur Optimierung der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur im Kreis Düren
- Organisationsentwicklung
- Weiterentwicklung des Qualitäts-Management-Prozesses
- Durchführung der Maßnahmen, Wiederholung von erfolgreichen und Schaffung neuer Erfolg versprechender Projekte
- Ausbildung in den vorhandenen Gewerken
- Fortführung der REHA-Ausbildung
- Fortbildung der Mitarbeiter/innen
- Kreative und innovative Konzeptentwicklung und Recherche neuer Aufgabenbereiche DGA
- Umsetzung von Maßnahmen für die Integration von Flüchtlingen

Besondere Bedeutung wird einem stetigen innovativen Prozess beigemessen, Konzepte zu entwickeln und Entwicklungen und Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen, um damit den Bedürfnissen sowohl des Arbeitsmarktes als auch der Langzeitarbeitslosen durch neue Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gerecht zu werden.

Die Geschäftsführung sieht nach wie vor einen großen Unterstützungsbedarf für Langzeitarbeitslose und hier besonders im Bereich der arbeitsmarktfernen und Personen mit Handicap. Nur durch lange intensive Begleitung und Zielplanung können Vermittlungshemmnisse reduziert bzw. abgebaut und der Kunde in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dies erfordert Ausdauer und passgenaue Qualifizierung und keine schnelle Vermittlung, die ohne den Abbau der Vermittlungshemmnisse nicht nachhaltig ist.

Die DGA bleibt bei Einstellungen nicht vom Fachkräftemangel verschont und muss innovativ auf Mitarbeitersuche gehen.

Unter Berücksichtigung aller genannten Faktoren sieht die Geschäftsführung den Fortbestand der DGA als notwendig und die Entwicklung als positiv an und stellt sich mit Engagement und Kreativität den neuen Herausforderungen.

f) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Küpper, Astrid	Düren	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %

Gesellschafterversammlung:

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.

1 Stimme

100 %

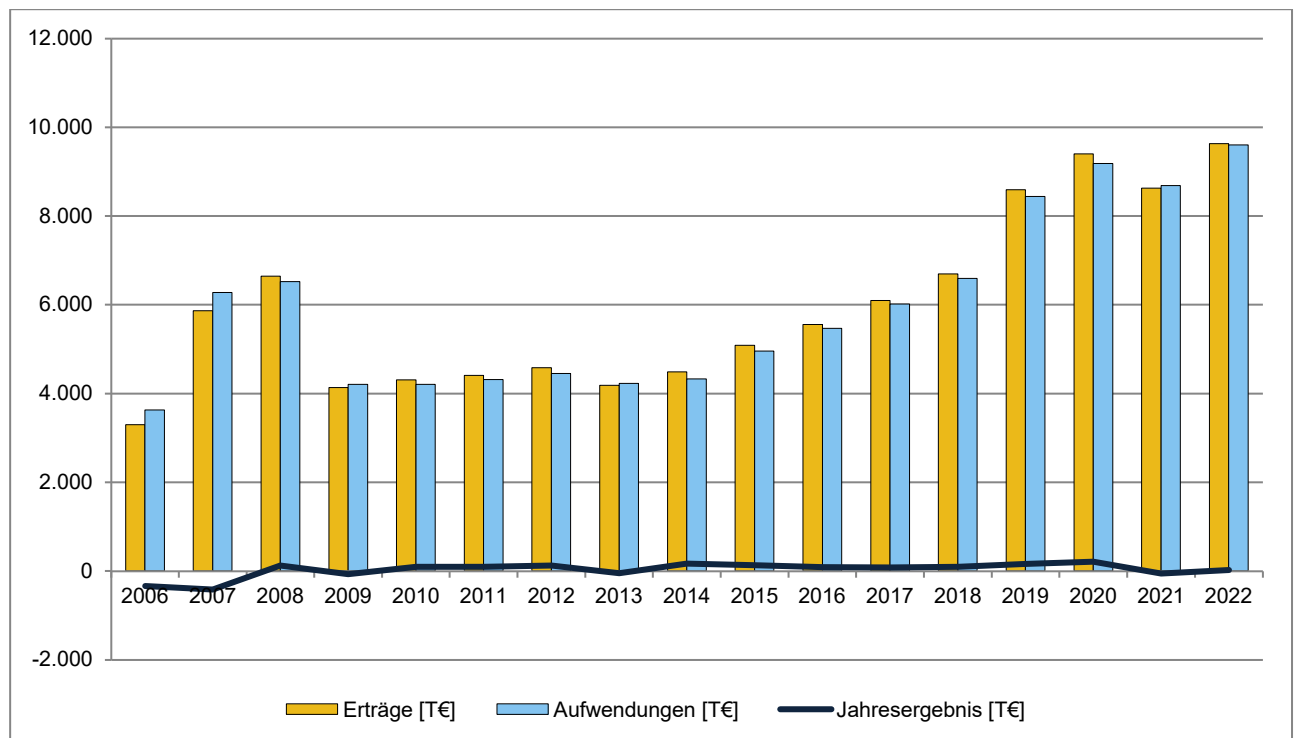
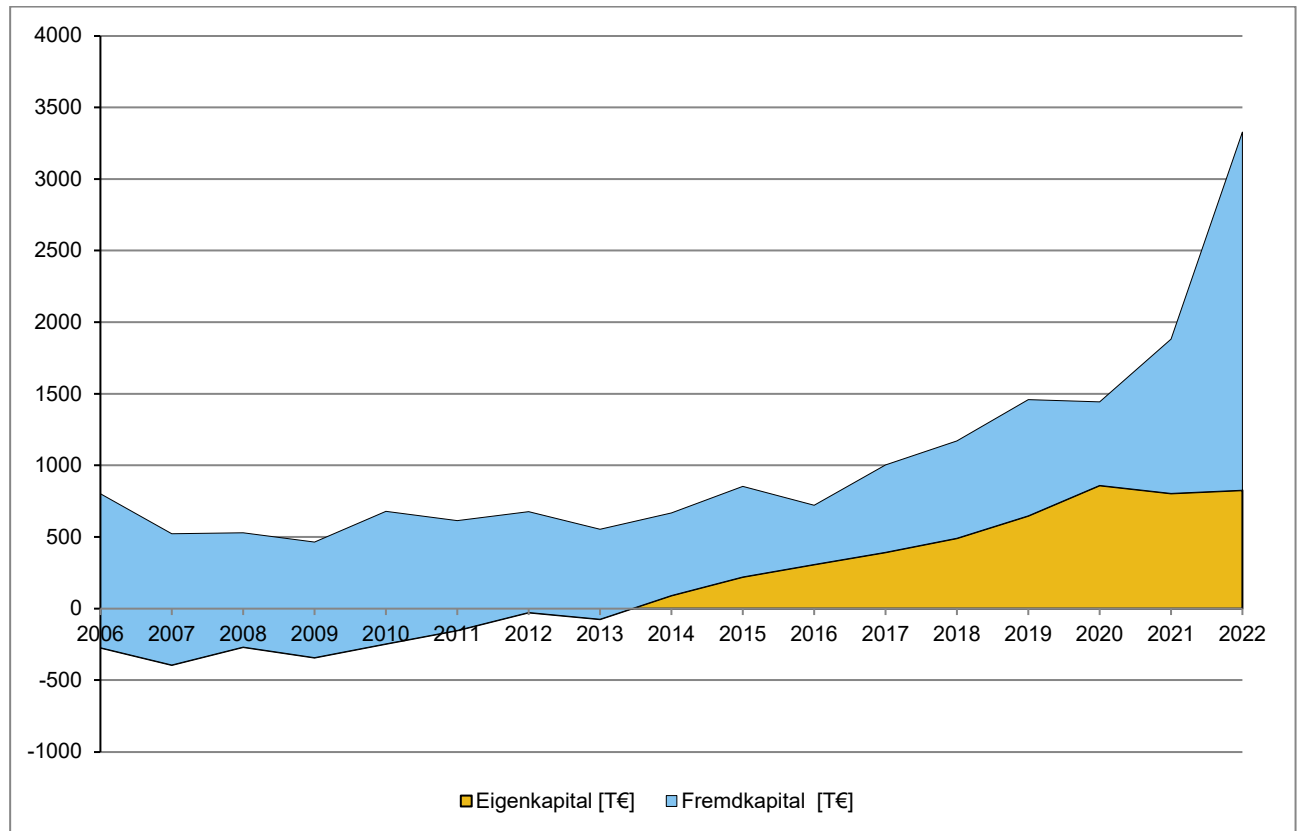
Vertreter des Kreises Düren**Aufsichtsrat:**

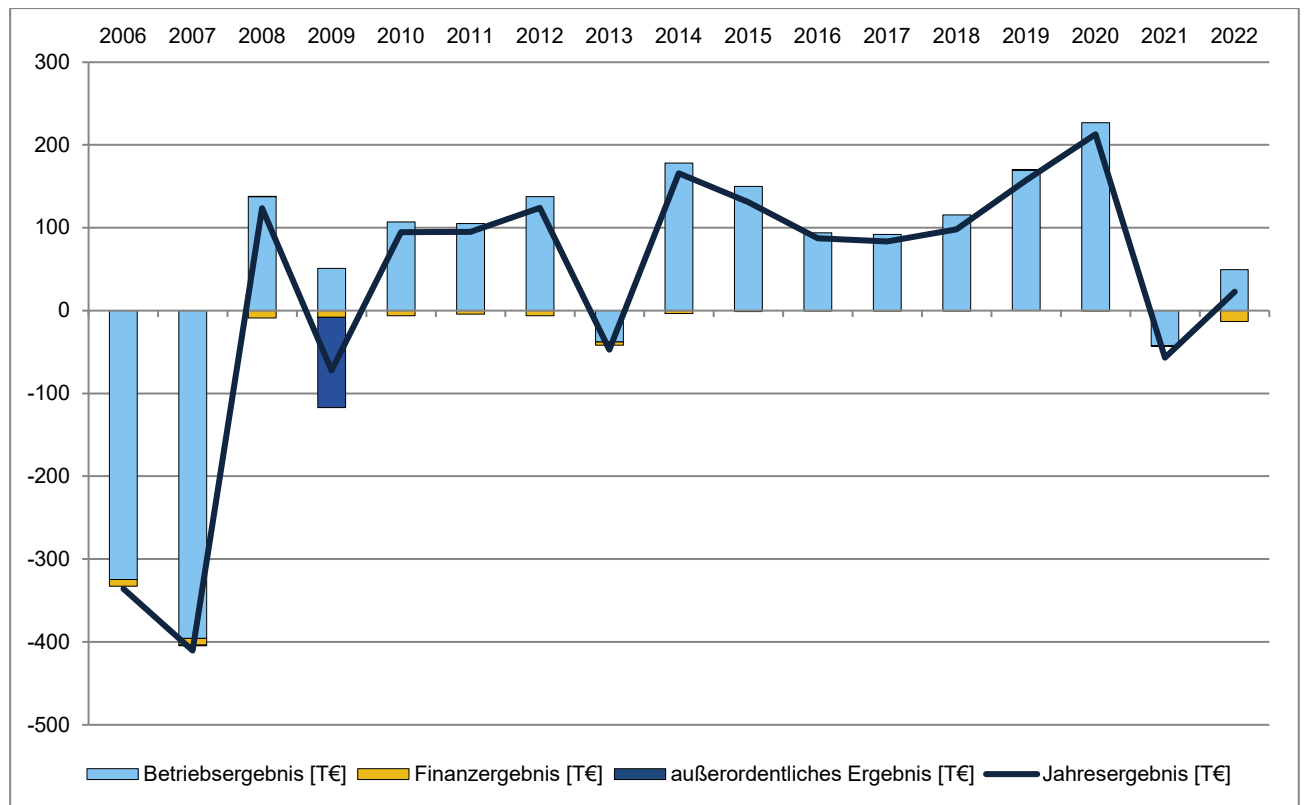
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Bär, Britta	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Esser, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Hilger, Andrea	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hohn, Astrid	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Jorde, Frank Christian	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
König, Michael	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Küpper, Anne	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.11.2009	
Veithen, Gisela	Sachkundige Bürgerin	26.11.2020	

g) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 274 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

h) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	59,65%	42,70%	24,81%	-17,89%
Eigenkapitalrentabilität	24,76%	-7,09%	2,76%	9,85%
Anlagendeckungsgrad 2	480,53%	171,15%	86,12%	-85,03%
Verschuldungsgrad	67,65%	103,84%	263,59%	159,75%
Umsatzrentabilität	14,42%	-0,55%	0,55%	1,10%

6 Duria e.G.



Nikolaus-Otto-Str. 22
52351 Düren
Telefon 02421/2707-227
Telefax 02421/2707-122
E-Mail: info@duria.de
Homepage: www.duria.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Unterstützung der Mitglieder bei der Ausübung ihres Berufs unter Einsatz elektronischer Datenverarbeitungssysteme sowie der Telekommunikation insbesondere der DURIA-Programme und die Einrichtung und Unterhaltung eines Programmierzentrums sowie die Erbringung von Nebenleistungen zu dem Unternehmenszweck.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Beteiligung dient der Inanspruchnahme der Leistungen der Duria e.G. durch die Krankenhaus Düren gGmbH. Insoweit dient sie dem öffentlichen Zweck der Krankenhaus Düren gGmbH.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Krankenhaus Düren gGmbH	-	< 1
Stammkapital	-	

c) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:

Gehlen, Dr. rer. nat. Erich (Vorsitzender)
Wieder, Dr. med. Michael
Bamberg, Dr. medic Andrea
Schmitz, Georg

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat wird von der Genossenschaftsversammlung gewählt. Der Krankenhaus Düren gGmbH, bzw. ihren Gesellschaftern steht kein Vorschlags- oder Entsendungsrecht zu.

Genossenschaftsversammlung:

Die Krankenhaus Düren gGmbH wird in der Genossenschaftsversammlung von der Geschäftsführung vertreten.

Die Krankenhaus Düren gGmbH hält nur eine geringe Beteiligung an der Gesellschaft, um ihre Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Aus diesem Grund wird auf die weitere Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse an dieser Stelle verzichtet.

Mit der Veräußerung der Anteile an der Krankenhaus Düren gGmbH in 2023 entfällt auch die mittelbare Beteiligung des Kreises Düren an Duria e.G.

7 EWV Energie und Wasserversorgung GmbH



Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@ewv.de
Homepage: www.ewv.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der StädteRegion Aachen und benachbarter Gebieten, die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und -Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligungen an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	105,300	0,58
Innogy SE	9.750,450	53,72
Stadt Stolberg	2.591,650	14,28
Stadt Eschweiler	2.394,150	13,19
StädteRegion Aachen	1.679,300	9,25
Kreis Heinsberg	687,950	3,79
Stadt Alsdorf	395,750	2,18
Stadt Würselen	358,350	1,97
Stadt Baesweiler	181,550	1,00
Gemeinde Roetgen	1,050	0,01
Gemeinde Simmerath	1,050	0,01
Stadt Monschau	1,050	0,01
Stadt Heinsberg	0,550	0,00
Gemeinde Aldenhoven	0,550	0,00

Gemeinde Inden	0,550	0,00
Gemeinde Langerwehe	0,550	0,00
Stadt Linnich	0,550	0,00
Gemeinde Niederzier	0,550	0,00
Stadt Geilenkirchen	0,550	0,00
Stammkapital	18.151,450	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.464.422,84 €	1.946.138,22 €	2.093.939,32 €	147.801,10 €	7,59%
II. Sachanlagen	14.390.146,09 €	13.626.722,08 €	14.619.598,06 €	992.875,98 €	7,29%
III. Finanzanlagen	138.963.945,36 €	154.049.157,84 €	138.100.203,97 €	-15.948.953,87 €	-10,35%
B. Umlaufvermögen				0	
I. Vorräte	5.651,68 €	6.942.044,09 €	6.690.142,86 €	-251.901,23 €	-3,63%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	38.483.450,21 €	54.879.710,80 €	49.515.185,72 €	-5.364.525,08 €	-9,78%
III. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Kassenbestand	15.703.131,84 €	9.281.078,79 €	30.832.963,65 €	21.551.884,86 €	232,21%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.308.310,95 €	1.295.808,13 €	1.389.419,76 €	93.611,63 €	7,22%
Summe Aktiva	210.319.058,97 €	242.020.659,95 €	243.241.453,34 €	1.220.793,39 €	0,50%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	0,00 €	0,00%
III. Andere Gewinnrücklagen	13.592.000,00 €	15.479.000,00 €	16.974.000,00 €	1.495.000,00 €	9,66%
IV. Gewinnvortrag	16.287,48 €	17.090,31 €	17.292,24 €	201,93 €	1,18%
V. Jahresüberschuss	18.387.802,83 €	18.995.201,93 €	24.520.696,86 €	5.525.494,93 €	29,09%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rückstellungen	66.929.888,00 €	80.978.611,53 €	99.153.834,46 €	18.175.222,93 €	22,44%
D. Verbindlichkeiten	85.366.388,93 €	84.855.721,77 €	76.174.667,03 €	-8.681.054,74 €	-10,23%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	830.117,79 €	925.600,17 €	1.204.388,81 €	278.788,64 €	30,12%
Summe Passiva	210.319.058,97 €	226.447.799,65 €	243.241.453,34 €	16.793.653,69 €	7,42%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	251.815.015,09 €	276.935.710,30 €	322.574.562,18 €	45.638.851,88 €	16,48%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-45.350,43 €	-5.651,68 €	0,00 €	5.651,68 €	-100,00%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
4. sonstige betriebliche Erträge	2.208.559,03 €	4.518.472,55 €	2.088.591,89 €	-2.429.880,66 €	-53,78%
5. Materialaufwand	190.784.820,52 €	219.940.208,59 €	250.356.312,98 €	30.416.104,39 €	13,83%
6. Personalaufwand	23.419.169,56 €	22.757.626,40 €	28.174.698,44 €	5.417.072,04 €	23,80%
7. Abschreibungen	2.727.443,35 €	3.036.897,01 €	2.744.009,40 €	-292.887,61 €	-9,64%
8. Pachten für Werksanlagen und Netze	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	24.186.662,42 €	25.829.250,00 €	25.515.816,55 €	-313.433,45 €	-1,21%
Betriebsergebnis	12.860.127,84 €	9.884.549,17 €	17.872.316,70 €	7.987.767,53 €	80,81%
10. Erträge aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
11. Erträge aus Beteiligungen	13.754.832,67 €	15.331.692,28 €	15.382.055,12 €	50.362,84 €	0,33%
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	17.264,44 €	16.721,19 €	41.456,03 €	24.734,84 €	147,93%
13. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	123.758,43 €	150.467,15 €	150.923,25 €	456,10 €	0,30%
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
15. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	4.498.537,59 €	4.573.774,45 €	2.039.990,30 €	-2.533.784,15 €	-55,40%
16. Aufwand aus Verlustübernahme	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Finanzergebnis	9.397.317,95 €	10.925.106,17 €	13.534.444,10 €	2.609.337,93 €	23,88%
				0,00 €	0,00%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	22.257.445,79 €	20.809.655,34 €	31.406.760,80 €	10.597.105,46 €	50,92%
17. außerordentliche Aufwendungen/außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.611.133,30 €	1.510.998,67 €	6.649.872,58 €	5.138.873,91 €	340,10%
19. sonstige Steuern	258.509,66 €	303.454,74 €	236.191,36 €	-67.263,38 €	-22,17%
Jahresergebnis	18.387.802,83 €	18.995.201,93 €	24.520.696,86 €	5.525.494,93 €	29,09%

f) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Unternehmensgegenstand

Die „EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH“ (im Folgenden EWV) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt rund 160.000 Privathaushalte und Unternehmen in der Städte-Region Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Trinkwasser und Energiedienstleistungen.

1.2. Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV steht u.a. als Grundversorger für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung. Als regionaler Energieversorger in der StädteRegion Aachen und in den Kreisen Düren und Heinsberg kennt die EWV die Bedürfnisse ihrer Kunden. Das Versorgungsangebot für Privatkunden, Industrie, Gewerbe, Handel und Kommune geht weit über die Belieferung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme hinaus, denn auch im Dienstleistungsbereich ist die EWV breit aufgestellt.

Den Transport der Energie im Rahmen der modernen und verlässlichen Energieversorgung sichert die Regionetz GmbH mit ihren circa 550 Mitarbeitern. Sie kümmert sich um die Betreuung und den Ausbau der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmenetze und ist der größte Netzbetreiber in der Region. Die EWV ist zu 49,2 % an der Regionetz beteiligt und für die kaufmännische Betriebsführung zuständig. Aus dieser Beteiligung erzielt die EWV Erträge über den Ergebnisabführungsvertrag im Wege einer Ausgleichszahlung sowie über die Erbringung der kaufmännischen Dienstleistungen.

Die EWV ist ein wichtiger Partner für die Grundversorgung in der Region, sowohl in Form von Beteiligungen und Betriebsführungen. Neben den Sparten Strom und Gas ist sie somit auch im Wasser- und Wärmegeschäft umfangreich tätig. Daneben baut die EWV konsequent ihr Portfolio entlang der Wertschöpfungsstufen hin zur Stromerzeugung aus. Dieser Ausbau erfolgt aber ausschließlich in Anlagen bzw. Gesellschaften im Rahmen von Erneuerbaren Energien.

Auch beim Thema Beleuchtung setzen die Kommunen in der Region ihr Vertrauen in die EWV. In Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft

Das Weltwirtschaftswachstum entwickelte sich vor dem Hintergrund der angespannten Lage im vergangenen Jahr nur langsam. Das Bruttoinlandsprodukt ist gemäß OECD mit 3,1 Prozent nur etwa halb so stark gewachsen wie im Jahr 2021.

Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine veränderten sich die zunächst positiven wirtschaftlichen Vorzeichen für die gesamte EU schlagartig. Zwar wird ein BIP-Wachstum für 2022 von 3,3 Prozent prognostiziert. Doch die Aussichten für 2023 sind mit einem erwarteten Plus von 0,3 Prozent deutlich schwächer und die Inflation mit 7,0 Prozent höher als in der Zwischenvorhersage der Europäischen Kommission vom Sommer 2022. Wegen der über das Jahr hinweg anhaltend hohen Inflation im gesamten Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Sommer 2022 eine Kehrtwende in ihrer Geldpolitik vollzogen: Nachdem sie im Juli erstmals seit 16 Jahren den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte anhebte und im September den nächsten Zinsschritt um 0,75 Punkte folgen ließ, folgten Ende Oktober und Mitte Dezember weitere Anstiege um 0,75 und 0,5 Punkte. Kurzfristig dürfte die nunmehr vollzogene Zinswende, die bereits auf breiter Front zu einem Anstieg der Zinssätze bei Banken geführt hat, das Wirtschaftswachstum in Europa weiter dämpfen.

Ein wichtiger Einflussfaktor für die Wirtschaft im Euroraum sind zudem die RusslandSanktionen der internationalen Gemeinschaft. Als Folge der hohen Energieabhängigkeit Europas von Russland haben diese die Rohstoffpreise stark steigen lassen. Daraus folgte eine allgemeine Verunsicherung der Märkte, die auch die Konjunktur beeinträchtigte und gemeinsam mit den historisch hohen Inflationsraten in der EU und in den USA die konjunkturellen Aussichten merklich verschlechtert hat.

Die Konjunkturprognosen für Deutschland 2022 zeichneten im Herbst 2021 für das Berichtsjahr ein zunächst optimistisches, aber auch vielschichtiges Gesamtbild. Aus Sicht des ifo Instituts sollte zwar das Bruttoinlandsprodukt deutlich um 5,1% steigen, dass damit einhergehende Wirtschaftswachstum aufgrund der Corona-Pandemie jedoch nicht alle Branchen gleichermaßen begünstigen.

Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar hat die Wachstumshoffnungen zunichte gemacht. Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine sprach Bundeskanzler Olaf Scholz vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages unmittelbar nach dem russischen Angriff von einer Zeitenwende. Die in diesem Zuge ebenfalls angekündigte Neuorientierung kennzeichnete seither die politischen Entscheidungen und die Gesetzgebung, insbesondere im Energiesektor.

Im März rief Bundeswirtschaftsminister Habeck die Frühwarnstufe und Ende Juni die Alarmstufe des Notfallplans Gas aus. Um die Preise für Strom und Gas zu stabilisieren und dann sinken zu lassen, beschloss der Bundestag im Oktober zusätzlich einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Mrd. Euro. Nachdem die Bundesregierung bereits im April die Gazprom Germania (heute: SEFE) zunächst unter Treuhänderschaft gestellt hatte, übernahm sie als weitere Maßnahme zur Sicherung der Energieversorgung Ende September den größten deutschen Gasimporteure Uniper. Damit endeten Überlegungen der Bundesregierung, eine Gasumlage zur Unterstützung exponierter Unternehmen einzuführen. Im November wurde dann auch SEFE verstaatlicht. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist laut der Bundesnetzagentur weiter gewährleistet, auch weil die Gasspeicher durch umfangreiche Käufe schneller als erwartet wieder vollständig gefüllt sind. Die Lage bleibt jedoch aufgrund der weiterhin angespannten Situation am Gasmarkt unter strenger Beobachtung.

Trotz aller stützenden Maßnahmen kühlte die deutsche Wirtschaft spätestens seit Sommer merklich ab. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck korrigierte entsprechend der wirtschaftlichen Lage die Erwartungen der Bundesregierung für das Jahr 2023 nach unten.

Über das ganze Berichtsjahr hinweg für Wirtschaft und Bürger spürbar war die rasant steigende Teuerung. Die Bundesregierung ging in ihrer Herbstprojektion von Mitte Oktober für den Jahresdurchschnitt 2022 von einer Inflationsrate von 8,0 Prozent und für 2023 von 7 Prozent aus. Der Sachverständigenrat kam in seiner Novemberprognose für 2022 auf denselben Wert und geht für 2023 von einer Teuerung von 7,4 Prozent aus. Tatsächlich haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9 Prozent gegenüber 2021 erhöht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, lag die Jahresteuerrate damit deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren. So hatte sie im Jahr 2021 noch bei +3,1 % gelegen. Als Ursachen für die historisch hohe Jahresteuerrate wurden die extremen Preisanstiege bei Energieprodukten und Nahrungsmitteln seit Beginn des Kriegs in der Ukraine genannt.

2.2. Energiepolitisches Umfeld

International

Die Fragen, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden müsse, prägte auch im Jahr 2022 weltweit die energiepolitische Debatte.

Bei der UN-Klimakonferenz COP 27 (United Nations-Framework Convention on Climate Change, 27th Conference of the Parties) in Sharm el-Scheikh hat man sich erstmals auf einen gemeinsamen Fonds zum Ausgleich von Klimaschäden für ärmere Länder geeinigt. Zudem bekräftigten diverse Staaten die im Vorjahr in Glasgow getroffenen Entscheidung, schrittweise aus der Kohle auszusteigen, allerdings fehlen bislang konkrete Daten für den Ausstieg aus Öl und Gas. Erstmals findet sich auch die Forderung nach einem Ausbau der Erneuerbaren Energien im Abschlussdokument einer Klimakonferenz. Weiter werden die Staaten aufgefordert, ihre Klimaschutzpläne bis spätestens zur nächsten Klimakonferenz nachzubessern, allerdings besteht die Aufforderung auf einer freiwilligen Basis und ist nicht verpflichtend.

Obgleich vom Krieg Russlands gegen die Ukraine überschattet, stand auch der Kampf gegen den Klimawandel auf der Tagesordnung des G20-Treffens in Bali. In ihrem Abschluss-Communiqué bekräftigten die Staats- und Regierungschefs die Absicht, entschlossen gegen die Erderwärmung vorgehen zu wollen und riefen dazu auf, mehr Anstrengungen zu unternehmen und für eine bessere Finanzierung der Projekte und Maßnahmen zu sorgen. Die Staaten, so ist in der Erklärung festgehalten, wollen dazu beitragen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. Zudem solle der Ausbau der Erneuerbaren mit hoher Priorität verfolgt werden und Lösungen gefunden werden, um die Energiemärkte stabil und die Preise für Energie bezahlbar zu halten.

Europa

Die Serie von Hitzewellen quer durch Europa zusammen mit ungewöhnlich trockenen Bedingungen hat die europäische Wirtschaft und Energieversorger im vergangenen Jahr vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Das Jahr 2022 war in Europa bis Ende Oktober das wärmste

Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen vor rund 140 Jahren. Aufgrund von Wartungs- und Reparaturarbeiten, aber auch bedingt durch Hitze und Trockenheit waren in Frankreich zeitweise weniger als die Hälfte der 56 französischen Atomreaktoren mit voller Leistung am Netz. Dadurch sank der Anteil der Atomenergie am französischen Strommix deutlich unter das Normalniveau von 70 %, was preistreibende Wirkung auf die europäischen Großhandelsmärkte hatte.

Bereits kurz nach Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine wurden in Brüssel Forderungen einzelner Mitgliedsstaaten nach einem Preisdeckel an Großhandelsmärkten für Erdgas laut. Im Laufe des Jahres 2022 wurden unterschiedliche Modelle zur Umsetzung eines Preisdeckels diskutiert. Im Mai 2022 hatten Spanien und Portugal im Rahmen einer sogenannten „iberischen Ausnahme“ die Zustimmung der Europäischen Union erhalten, einen Preisdeckel für Gas, das auf Elektrizitätsmärkten gehandelt wird, einzuführen. Am 19. Dezember beschloss der Rat der Europäischen Union, einen Marktkorrekturmechanismus einzuführen. Unter den Voraussetzungen, dass der Großhandelspreis an drei aufeinanderfolgenden Werktagen über einem Niveau von 180 EUR/MWh und mehr als 35 EUR über einem Referenzpreis von LNG liegt, darf der Großhandelspreis für Termingeschäfte nicht mehr als 180 EUR bzw. nicht mehr als der LNG-Referenzpreis, zuzüglich 35 EUR, betragen. Dieser sogenannte dynamische Preisdeckel soll 28 Tage in Kraft bleiben und kann unter bestimmten Voraussetzungen automatisch oder durch Entscheidung der Kommission ausgesetzt werden. Vor dem Hintergrund der durch den russischen Krieg verursachten Energiekrise und immer deutlicher zutage tretenden Folgen des Klimawandels für Menschen, Umwelt, Wirtschaft und Energieversorgung haben die EU und die Bundesregierung Maßnahmen verschärft bzw. wollen diese auf den Weg bringen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen und die Dekarbonisierung der Wirtschaft voranzutreiben.

Im Mai hat die EU-Kommission mit dem Vorschlag des sogenannten „REPowerEUPakets“ den Ausbau der Erneuerbaren und die Abkehr von fossilen Energieträgern abermals forciert. Es handelt sich dabei um ein Maßnahmenpaket, das die Abhängigkeit von russischen Energieimporten mindern, die CO₂-Emissionen reduzieren und den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen soll. Die Pläne, die u.a. als legislative Revision in die Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED IV) einfließen, sehen vor, das 2030-Ziel für den Anteil der Erneuerbaren im EU-Energiemix auf 45 % anzuheben. Das soll durch einen beschleunigten Bau von Erneuerbaren-Anlagen erfolgen, u.a. in sogenannten und von den Mitgliedstaaten zu definierenden „Go-to-Gebieten“ für erneuerbare Energien. Nach der bislang geltenden Gesetzgebung ist die EU verpflichtet, bis 2030 mindestens 32 % des Energiebedarfs erneuerbar zu decken.

Ein ähnlich ambitionierter Ausbau ist im Bereich Elektromobilitäts-Ladeinfrastruktur notwendig. Die EU hat Ende Oktober beschlossen, ab 2035 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge in Europa zuzulassen. Diese grundsätzliche Entscheidung wird den Trend zum E-Fahrzeug weiter beschleunigen und damit auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur in den Mittelpunkt rücken.

Deutschland

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause hat der Bundestag das sogenannte Osterpaket zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien verabschiedet. Insbesondere das EnWG, EEG und WindSeeG haben umfangreiche Änderungen erfahren. Insgesamt wurden 19 Einzelgesetze geändert.

Der Gesetzgeber hat die Ziele für den Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von bislang 50 Prozent auf 80 Prozent erhöht. Dabei rückt der Ausbau der Solarenergie in den Fokus. Bis 2030 soll die installierte Photovoltaik-Leistung von 100 GW auf über 215 GW mehr als verdoppelt werden. Um das zu erreichen, wird der Ausbau erneuerbarer Energie als von „überragendem öffentlichen Interesse“ verankert. Damit erhält die erneuerbare Energieerzeugung Vorrang in zahlreichen Abwägungsprozessen. Mit diesem Schritt, so die Hoffnung des Gesetzgebers, werden sich die Bremsen im Bereich Planung und Genehmigung lösen lassen. So gelten beispielsweise nun im novellierten Bundesnaturschutzgesetz für die artenschutzrechtliche Prüfung bundeseinheitliche Standards. Das neue Bundesnaturschutzgesetz erlaubt nun explizit, dass auch Landschaftsschutzgebiete in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden können. Der Finanzierungsbedarf für die Erneuerbaren Energien wird künftig aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ ausgeglichen. Verbraucher und Unternehmen werden durch den Wegfall der EEG-Umlage entlastet. Um das neue Ausbauziel für Wind- und Solarenergie 2030 zu erreichen, werden die Ausschreibungsmengen für die Zeit bis 2028/29 erhöht.

Parallel dazu hat der Gesetzgeber das Wind-an-Land-Gesetz beschlossen, um den Ausbau der Windenergie an Land zu beschleunigen. Demnach müssen die Bundesländer bis 2032 2 Prozent der Bundesfläche für die Windenergie ausweisen. Bis 2027 sollen 1,4 Prozent der Flächen für Windenergie bereitstehen. Repowering-Maßnahmen alter Windanlagen am selben Standort sind vorzuziehen.

Einen weiteren Schub zur Dekarbonisierung des Straßenverkehrs soll der Masterplan Ladeinfrastruktur II bringen. Mit 68 im Masterplan aufgeführten Maßnahmen will die Bundesregierung unter Federführung des Bundesverkehrsministeriums das Laden von Millionen zusätzlichen Elektroautos sicherstellen. Bis zum Jahr 2025 will der Bund den Ausbau mit 6,3 Mrd € fördern.

2.3. Branchensituation

Der Energiesektor befindet sich in einer Phase grundlegender und anhaltender Veränderungen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Situation an den Energiemärkten in Deutschland und Europa immer weiter verschärft und stellt die Welt vor neue, große Herausforderungen.

Sie ist seit Beginn des Krieges von einer extremen Unsicherheit über notwendige Gaslieferungen sowie einer außerordentlichen Volatilität bei ohnehin bereits hohem Preisniveau gekennzeichnet. Insbesondere die sehr massiven Preissteigerungen bei Gas, die einen Teil der gestiegenen Strompreise begründen, stellen eine erhebliche, teilweise existenzbedrohende Belastung für die Bevölkerung und Unternehmen in Deutschland und Europa dar und sind eine enorme gesellschafts- und wirtschaftspolitische Herausforderung. Die gestiegenen und deutlich volatileren Commodity-Preise, steigende Zinsen, die Inflation sowie weitere Belastungen der schon durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogenen Lieferketten führen zu Unsicherheiten.

Die derzeitige Energiemangellage und die daraus resultierenden hohen Strompreise können mittel- und langfristig nur durch Investitionen in neue Erzeugungsanlagen und Diversifizierung bestehender Energiequellen überwunden werden, also durch die Schaffung von mehr

Alternativen zu russischem Erdgas. Daher hat die Bundesregierung neben vielen weiteren Maßnahmen z.B. das Ausbautempo für die erneuerbaren Energien mit einer großen EEG-Novelle massiv beschleunigt und die Grundlagen für den Import von Flüssigerdgas geschaffen. Auch wenn die Großhandelspreise für Strom zuletzt zurückgegangen sind, verbleiben die Strompreise in Deutschland und Europa weiterhin auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Krise. Zugleich führen die anhaltend hohen Börsenstrompreise auch zu einem Anstieg anderer Strompreisbestandteile. So prognostizieren die Übertragungsnetzbetreiber für das Jahr 2023 einen erheblichen Anstieg der Redispatchkosten für Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen im deutschen Stromnetz, der im Ergebnis höhere Übertragungsnetzkosten und damit höhere Übertragungsnetzentgelte bedeuten würde.

Vor diesem Hintergrund sind weitere Maßnahmen erforderlich. Diese Maßnahmen verfolgen nicht nur das Ziel, einen weiteren Anstieg der Strompreise zu verhindern, sondern sie sollen zu einer spürbaren Entlastung bei den privaten und gewerblichen Stromverbraucherinnen und Stromverbrauchern führen. Die Bundesregierung hat daher mit den sog. „Entlastungspaketen I-III“ umfangreiche Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Unternehmen in Deutschland beschlossen. Zudem hat die Bundesregierung mit dem weiterentwickelten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) einen umfassenden wirtschaftlichen Abwehrschirm mit einem Gesamtvolumen von bis zu 200 Milliarden Euro geschaffen. Dieser Abwehrschirm federt die Auswirkungen der verschärften Energielage ab. Ein wichtiges Element dieses Abwehrschirms ist die Strompreisbremse, die durch dieses Gesetz eingeführt wird. Sie soll die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abfedern. Sie ist zugleich ein wichtiger nationaler Beitrag in dieser Krise, die die gesamte Europäische Union betrifft und eine europaweit abgestimmte Lösung erfordert. Die Europäische Union hat sich daher auf ihrem Sonder-Ministerrat am 30. September 2022 ebenfalls – auch zur Vermeidung eines größeren Eingriffs in das europäische Strommarktdesign – auf eine Strompreisbremse verständigt, die denselben Ansatz verfolgt und der deutschen Strompreisbremse entspricht. Flankierend ist durch ein gesondertes Gesetz eine einmalige Entlastung für Kunden von leitungsgebundenem Erdgas und Wärme für Dezember 2022 umgesetzt worden, und es wird parallel mit dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz eine zu der Strompreisbremse vergleichbare Gaspreisbremse eingeführt. Die Energiewende in Europa ist unumkehrbar und gewinnt auch vor dem Hintergrund der aktuellen Marktsituation an Tempo. Für die Energiewirtschaft ergeben sich daraus nicht nur neue Herausforderungen, sondern auch enorme Chancen.

Durch die Dekarbonisierung der Volkswirtschaften steht die Energiewirtschaft vor einer Schlüsseldekade des Wachstums. Denn mit Themen wie Erneuerbare Energien, EMobilität und Wasserstoff im Zuge der weltweiten Dekarbonisierung ist die Energiebranche zum wichtigen Problemlöser für die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert geworden. In diesem Kontext werden die Energiesysteme zunehmend von digitalen und vernetzten Anwendungen und Lösungen geprägt. Netze, Produkte und Kundenschnittstellen, aber auch interne Prozesse in den Energieunternehmen werden digitalisiert. Damit können die Energienetze sicher geführt und der Netzausbau optimiert werden. Die Digitalisierung ermöglicht in einem herausfordernden Regulierungsumfeld den daraus resultierenden Effizienzvorgaben gerecht zu werden. Gleichzeitig befindet sich das Netzgeschäft in einem herausfordernden regulatorischen Umfeld sowie in einem weiterhin intensiven Wettbewerb um Konzessionen für das Betreiben der regionalen Strom- und

Gasverteilnetze.

2.4. Energiepreisentwicklung

Nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen sinkt der Primärenergieverbrauch in Deutschland im Jahre 2022 um 4,7 % gegenüber dem Vorjahr und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die stark gestiegenen Energiepreise zurückzuführen, die zu verhaltensbedingten Einsparungen, Energieeffizienzinvestitionen sowie Produktionskürzungen geführt haben. Der Erdgasverbrauch fällt 2022 sogar um etwa 15 %. Neben den oben genannten Faktoren kommen die im Jahresdurchschnitt milde Witterung sowie preisgetriebene Substitutionseffekte hin zu anderen Energieträgern (Mineralöl sowie Kohle in der Stromerzeugung) hinzu. Der Stromverbrauch ist nach vorläufigen Daten des BDEW um 3,1% zurückgegangen. Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung stieg dagegen auf 44,6 %.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die damit einhergehenden politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Maßnahmen hatten einen massiven Einfluss auf die europäischen Energiemärkte. So stiegen sämtliche Energie-Commodities (Rohöl, Kohle, Erdgas und Strom) in der ersten Jahreshälfte sehr deutlich an. Dabei wurden die preislichen Höchststände in den Sommermonaten Juni bis August erreicht. In der zweiten Jahreshälfte war dann eine eher fallende Preistendenz zu verzeichnen, die aber bei weitem nicht die Dynamik der Preissteigerungen aufwies und auch auf einem deutlich höherem Niveau das Jahr beendete.

Lediglich der CO₂-Zertifikatspreis konnte sich von dieser Entwicklung abkoppeln und bewegte sich im Jahresverlauf seitwärts – meist in einem Preisband zwischen 70 und 90 €/tCO₂. Dennoch lag der CO₂-Preis damit deutlich über dem Jahresmittelpreis des Vorjahres.

Dabei sind hohe CO₂-Preise politisch durchaus erwünscht: Verbraucher sollen dadurch zum Umstieg auf klimafreundlichere Technologien motiviert werden – beispielsweise auf Elektrofahrzeuge. Um zusätzliche Anreize für Emissionsminderungen zu schaffen, hatte unter anderem Deutschland bereits 2019 mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) die Grundlage für eine Bepreisung von CO₂-Emissionen im Gebäude- und Verkehrsbereich geschaffen.

Strompreise

Die Großhandelspreise für Strom sind im Geschäftsjahr 2022 auf den höchsten Stand aller Zeiten gestiegen. In Folge des Ukraine-Krieges sind die Strompreise exponentiell auf das Achtfache im Vergleich zum Jahresanfang gestiegen. Der Maximalwert am Terminmarkt für das Frontjahresprodukt Cal23 Base wurde am 26.08.2022 mit 985 €/MWh erreicht. Mit Wirkung verschiedener politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen entfaltete sich im weiteren Jahresverlauf dann aber eine gewisse preisliche Entspannung, so dass die Preise dann bis zum Jahresende auf ein Preisniveau von unter 300 €/MWh zurückgingen. Auch der Jahresmittelpreis am Terminmarkt lag dann schlussendlich bei 300 €/MWh und damit etwa 230 €/MWh über dem Mittelpreis des Jahres 2021. Dementsprechend ist der durchschnittliche Strompreis für kleinere bis

mittlere Industriebetriebe (ohne Stromsteuer) im Durchschnitt um rund 40 % höher als im Vorjahr. Hingegen haben die zeitversetzt wirkenden geringeren Strom-Großhandelspreise der Vorjahre bei leicht höheren Netznutzungsentgelten zu um circa 7 % höheren Strompreisen für Privatkunden auf durchschnittlich 34,47 ct/kWh geführt.

Gaspreise

Die Großhandelspreise für Erdgas sind im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen und waren damit auch ein wesentlicher Impulsgeber für die Strompreise. Auch am Gasterminmarkt wurden die Rekordwerte in der letzten AugustWoche erreicht (314 €/MWh). Im Kurzfristhandel notierte Erdgas mit einem Mittelwert von 124 €/MWh ebenso deutlich teurer und es wurden Maximalpreise von über 300 €/MWh erzielt.

Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf ein deutlich reduziertes Erdgasangebot aus russischen Quellen zurückzuführen. Gleichzeitig wurden die deutschen Gasspeicherbetreiber gesetzlich dazu verpflichtet, die Gasspeicher bis zu Winterbeginn vollständig zu füllen. Dies führte gerade in den Sommermonaten zu einer deutlich erhöhten Gasnachfrage, die preistreibend wirkte. Auch die weltweiten LNG-Preise wurden dadurch in die Höhe getrieben. Mit den überdurchschnittlich warmen Herbstmonaten Oktober und November sowie einer ausgeprägten

Energiesparbereitschaft in Deutschland konnten gegen Jahresende Risiken in Bezug auf eine drohende Gasmangellage ausgepreist werden. Schließlich konnte am Jahresende ein Jahresmittelwert am Terminmarkt von etwa 120 €/MWh verzeichnet werden und damit 5-fach höher als im Mittel 2021 (24 €/MWh). Infolge der weiterhin gestiegenen Großhandelspreise haben sich sowohl die Preise für Privatkunden wie auch für Industriekunden bei ebenfalls höheren Netznutzungsentgelten im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt.

2.5. Wichtige Ereignisse des Jahres

Energiekrise

Die größten Auswirkungen auf die EWW hatte im Jahr 2022 die Energiekrise. Die bereits 2021 steigenden Energiepreise wurden durch den Krieg in der Ukraine auf einen nie dagewesenen Höchststand getrieben. Hinzu kamen die mögliche Gasmangellage und stetig neue oder angepasste Gesetzesgrundlagen. Noch nie war das Thema Energie medial derart präsent wie im Jahr 2022. Dies führte unter anderem zu einem extremen Anstieg der Kundenkontakte. Trotz der infolge gestiegener Beschaffungskosten durchgeführten Preiserhöhungen und eines zeitweisen Vermarktungsstopps von Energieprodukten konnte die EWW 2022 ein deutliches Kundenwachstum im Bereich Strom und Gas erzielen. Die Entlastungen der Bundesregierung im Zuge der Energiekrise werden die gesamte Energiebranche und somit auch die EWW langfristig beeinflussen.

Neuorganisation

Um den Herausforderungen der Zukunft besser gerecht werden zu können, hat sich die EWW im Laufe des Jahres 2022 zu einem Organisations-Update entschlossen. Aus bislang drei Bereichen werden zukünftig zwei. Der Ausbau und die Optimierung des vertrieblichen Kerngeschäfts sowie die strategische Weiterentwicklung neuer vertrieblicher Themen werden zukünftig allein im Vertrieb gebündelt. Die neue Abteilung Energiewende wird sich mit den vertrieblichen Themen der Zukunft beschäftigen. Die neue Organisation startet zum 01.01.2023.

Sanierung des Verwaltungsgebäudes

Durch die Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021 wurde der Hauptsitz der EWW in Stolberg massiv beschädigt. 2022 stand ganz im Zeichen der Finanzierung und Beauftragung der Sanierungsmaßnahmen. Durch den hohen Auslastungsgrad bei den benötigten Dienstleistern verbunden mit dem Ausmaß der Beschädigungen, dauern die Sanierungsarbeiten noch an. Die EWW geht derzeit davon aus, das Gebäude im Herbst 2023 wieder vollumfänglich nutzen zu können. Bis dahin weichen die Mitarbeiter auf alternative, zum Teil angemietete Standorte aus und arbeiten im Home-Office.

Corona

Corona war auch in 2022 ein Thema, jedoch gegenüber den Vorjahren in deutlich abgeschwächter Form. Immer wieder gab es bedingt durch den Virus Ausfälle von Mitarbeitern. Die Veranstaltungen sowie die Sponsoringmaßnahmen konnten jedoch in überwiegender Anzahl plangemäß durchgeführt werden.

2.6. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWW werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen.

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWW und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss. Das Jahresergebnis beträgt in 2022 24,5 Mio. € gegenüber 19,0 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist demnach höher als dies in der Prognose des Vorjahres (23,1 Mio. €) geplant war. Nicht antizipierte Kundengewinne, Erlöse aus der Rückvermarktung nicht benötigter Gasmengen sowie eine kurzfristige Margenausweitung infolge einer konservativen Beschaffungsstrategie zeichnen hierfür verantwortlich. Aufgrund der deutlich steigenden Beschaffungspreise wird diese spezifische Marge in 2023 aber nicht gehalten werden können.

Investitionen: Die EWW investierte in 2022 Mio. 4,0 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €, geplant waren 9,1 Mio. €). Die deutliche Unterschreitung gegenüber der Planung resultiert zum einen aus einer deutlich niedrigeren Aktivierungsquote der Maßnahmen zur Schadensbehebung des Hochwassers im Juli 2021. Zum anderen wurden die Investitionsziele vertrieblicher Projekte im Bereich Wärme-Contracting, Fernwärme und Erneuerbare Energien nicht in Gänze erreicht. Bei letzterem spielen unter anderem Bauverzögerungen durch Material- und/oder Ressourcenknappheit sowie auch krisenbedingt rückläufige bzw. zeitliche verzögerte Kundenaufträge eine große Rolle.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWW den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2022 hat die EWW 702 GWh Strom (Vorjahr 741 GWh, geplant 748 GWh) und 1.297 GWh Gas (Vorjahr 1.628 GWh, geplant 1.380 GWh) abgesetzt.

2.7. Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2022 belaufen sich auf 322,6 Mio. € (Vorjahr: 276,9 Mio. €, geplant 275,9 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 157,4 Mio. € (Vorjahr 142,5 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 114,4 Mio. € (Vorjahr: 86,8 Mio. €) sowie 5,2 Mio. € (Vorjahr: 3,3 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Trotz der Mengenrückgänge im Strom und Gas erfolgte durch entsprechende Preiseffekte eine Umsatzerhöhung sowohl gegenüber Vorjahr als auch gegenüber der Planung. Gegenläufig im Strom wirkte sich der Wegfall der EEG-Umlage ab dem 01.07.2022 aus.

Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 25,7 Mio. € (Vorjahr: 25,7 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 19,9 Mio. € (Vorjahr: 18,6 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, aus der Rückvermarktung von Gasmengen infolge angepasster Absatzprognosen, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

In 2022 wurde eine Preiserhöhung in der Grundversorgung für Privatkunden und kleinere Gewerbekunden durchgeführt. Durch Lieferanteninsolvenzen sind einige tausend Kunden in unsere Grund- und Ersatzversorgung überführt worden. Dies führte aufgrund kurzfristiger Nachbeschaffung zu steigenden Beschaffungskosten.

Durch die Trennung von rund 5.500 enerSwitch-Kunden ist die Bilanz der Stromkunden in 2022 zwar insgesamt negativ, allerdings ist die Kundenanzahl im Stammgebiet um ca. 2.900 angestiegen.

Zudem konnten mit rund 43 verkauften PV-Anlagen einige Kunden auf regenerative Energien überführt werden.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Um das Risiko im Rahmen der Energiebeschaffung zu minimieren, wurden die Verträge in 2022 im Wesentlichen über freibleibende Angebote oder spotindizierte Verträge geschlossen. Diese Verfahren sind für die EWW risikolos.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2022 bei 702 GWh und damit unter der Abgabemenge des Vorjahres (741 GWh inkl. periodenfremder Effekte). Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus der Kündigung der enerSwitch Kunden (ca. 46 GWh). Die Stromabsatzmenge verteilt sich mit 200 GWh auf private Haushalte, 33 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 469 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegenüber der Prognose aus 2021 für 2022 wurden 46 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Mengenrückgängen im Bereich der externen Akquise resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei zu rund 8% über E.ON und zu 92% über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Im Kundensegment Privatkunden und kleinere Gewerbekunden wurde in 2022 eine Preisanpassung der Grundversorgung und des Produktes regioErdgas Basis zum 01.02.2022 und 01.11.2022 durchgeführt. Im Bereich der Sonderverträge wurde eine Produktüberführung des aktiven Produktportfolios in das Produkt „ÖkoGas12“ zum 01.10.2022 durchgeführt, welches die Weitergabe von gestiegenen Umlagen und NNE ermöglicht. Geringere Kundenverluste sowie deutlich höhere Kundenzugänge haben zu einem Anstieg der Kundenanzahl geführt. Die Zahl der verkauften Wärmecontractinganlagen ist im Jahr 2022 auf 49 zurückgegangen. Dies liegt insbesondere am Vermarktungsstopp und dem damit verbundenen Wechsel zu Pacht- und Verkaufsmodellen.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden sowie die Verlängerung von Bestandskunden unterlagen auch im Gas-Segment strengen Risikoauflagen (im Wesentlichen freibleibende Angebote).

Die Erdgasabsatzmenge 2022 liegt mit rund 1.297 GWh insgesamt 331 GWh unter der des Vorjahres (1.628 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus temperaturbedingten Minderverbräuchen sowie Einspareffekten. Gegenüber der Prognose aus 2021 für 2022 wurden 83 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Temperatureffekten sowie Einspareffekten im Geschäftskunden-Segment resultieren. Der Mengeneffekt im Segment Privat- und Gewerbekunden wurde durch die höhere Kundenanzahl kompensiert. Der Gasabsatz wurde dabei zu rund 8% über E.ON und zu 92% über fremde Händler beschafft.

2.8. Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 24,5 Mio. € (Vorjahr: 19,0 Mio. €). Im Verhältnis zur Planung i. H. v. 23,1 Mio. € wurde demnach ein um 1,4 Mio. € höheres Ergebnis erzielt, welches insbesondere auf Kundengewinne und – angesichts zukünftig steigender Beschaffungspreise – nur kurzfristig wirkende Margenausweitungen zurückzuführen ist. Gegenläufig wirkt ein aufgelegtes Altersteilzeitprogramm, welches die Reorganisation der Bereiche im Berichtsjahr komplementiert hat.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2022		2021		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	322.575	100,0%	276.936	100,0%	45.639	16,5%
Materialaufwand	-250.356	-77,6%	-219.940	-79,4%	-30.416	-13,8%
Rohergebnis	72.219	22,4%	56.996	20,6%	15.223	26,7%
Andere betriebliche Erträge	2.089	0,6%	4.518	1,6%	-2.429	-53,8%
Personalaufwand	-28.175	-8,7%	-22.758	-8,2%	-5.417	-23,8%
Andere betriebliche Aufwendungen	-28.496	-8,8%	-29.175	-10,5%	679	2,3%
Betriebsergebnis	17.637	5,5%	9.581	3,5%	8.056	84,1%
Beteiligungsergebnis	15.382	4,8%	15.332	5,5%	50	0,3%
Zinsergebnis	-1.848	-0,6%	-4.407	-1,6%	2.559	58,1%
Steuerergebnis	-6.650	-2,1%	-1.511	-0,5%	-5.139	-340,1%
Jahresüberschuss	24.521	7,6%	18.995	6,9%	5.526	29,1%

Die Umsatzerlöse nahmen um 16,5 % bzw. 45,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 322,6 Mio. € zu; im Verhältnis zur Planung i. H. v. 275,9 Mio. € ergab sich ein Anstieg i. H. v. 46,7 Mio. €.

Im Gasgeschäft zeigen sich deutliche, temperaturbedingte Mengeneffekte, sowie die darüber hinausgehenden Einspareffekte der Kunden aufgrund der starken Preisanstiege. Dennoch stiegen die Gaserlöse – auch bedingt durch die Rückvermarktung der nicht benötigten Gas-mengen – um 27,6 Mio. € von 86,8 Mio. € auf 114,4 Mio. €.

Die Stromerlöse sind gegenüber dem Vorjahr deutlich um 14,9 Mio. € auf 157,4 Mio. € gestiegen, insbesondere bedingt durch die Weitergabe von Preiseffekten infolge gestiegener Beschaffungspreise.

Die Erlöse aus Fernwärme und Contracting sind im Wesentlichen durch gestiegene Absatzpreise sowie durch Anlagen-/Kundengewinne gegenüber dem Vorjahr von 3,3 Mio. € auf 5,2 Mio. € gestiegen.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund gestiegener Großhandelspreise sowie der erhöhten Absatzmenge um 30,4 Mio. € auf 250,4 Mio. €. Die Strom- und Gasbezugskosten lagen deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die Netzentgelte sind im Vergleich zum Vorjahr sowohl im Strom- als auch im Gassegment gestiegen. Gegenläufig wirkte die Senkung der EEG-Umlage zur Jahresmitte.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 72,2 Mio. € (Vorjahr: 57,0 Mio. €) bzw. 22,4 % der Umsatzerlöse, was einen Anstieg i. H. v. 26,7 % bedeutet.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten unter anderem Erlöse aus dem Verkauf von PV-Anlagen (0,5 Mio. €, Vorjahr 0,2 Mio. €), Ansprüche auf Wiederaufbauhilfen (0,5 Mio. €, Vorjahr: 1,1 Mio. €) sowie Rückstellungsaufösungen i. H. v. 0,3 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €).

Der Personalaufwand beträgt 28,2 Mio. € und erhöhte sich um 23,8 % gegenüber dem Vorjahr. Neben der tariflichen Erhöhung um 3,3 % ist der Anstieg insbesondere auf die Aufwendungen im Rahmen des aufgelegten Altersteilzeitprogramms zurückzuführen.

Die Abschreibungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € auf 2,7 Mio. €.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen sanken unter anderem durch im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. € reduzierte Abschreibungen um 0,7 Mio. € bzw. 2,3 % auf 28,5 Mio. € (Vorjahr: 29,2 Mio. €).

Das Betriebsergebnis stieg im Wesentlichen aufgrund des höheren Rohergebnisses um 8,0 Mio. € auf 17,6 Mio. € an.

Das negative Zinsergebnis beträgt 1,8 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 1,5 Mio. € (Vorjahr: 3,7 Mio. €). Die Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit den Kreditverbindlichkeiten liegen im Geschäftsjahr bei 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €).

Das Beteiligungsergebnis liegt bei 15,4 Mio. € (Vorjahr: 15,3 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus der Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 13,6 Mio. € (Vorjahr 13,9 Mio. €).

Der Ertragsteueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2022 mit einem Betrag i. H. v. 6,6 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragsteuern/Ergebnis vor Ertragsteuern) beträgt im Geschäftsjahr 21,3 % (Vorjahr: 7,3 %). Die Ausgleichszahlung der Regionetz wird dabei zu 95% steuerfrei behandelt. Die geringe Steuerquote des Vorjahres resultierte vor allem aus einer steueraufwandmindernden Auflösung einer Steuerrückstellung im Zusammenhang mit der im Vorjahr durchgeführten und abgeschlossenen Betriebsprüfung.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr leicht erhöht bei 7,6 % (Vorjahr: 6,9 %). Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 24,5 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 41,1 % (Vorjahr: 33,2 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 4,8 % (Vorjahr: 3,6 %).

2.9. Investitionen

Im Berichtsjahr 2022 erfolgten Investitionen i. H. v. 4,0 Mio. € in den Bereichen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Energiedienstleistungen sowie den immateriellen Vermögensgegenständen.

Von den Investitionen in Energiedienstleistungen beziehen sich rd. 1,8 Mio. € auf das Segment Privat- und Geschäftskunden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagencontractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte.

Des Weiteren erfolgten Kapitalrückführungen von Beteiligungen im Bereich des Finanzanlagevermögens i. H. v. 0,4 Mio. €.

2.10. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva						
Anlagevermögen	154,8	63,6%	154,0	68,0%	0,8	0,5%
- davon Sachanlagen	14,6	6,0%	13,6	6,0%	1,0	7,5%
- davon Finanzanlagen	138,1	56,8%	138,5	61,2%	-0,4	-0,3%
Umlaufvermögen	87,0	35,8%	71,1	31,4%	15,9	22,4%
- davon Forderungen aus LuL	28,5	11,7%	33,1	14,6%	-4,6	-14,0%
Rechnungsabgrenzungsp.	1,4	0,6%	1,3	0,6%	0,1	7,7%
	243,2	100,0%	226,4	100,0%	16,8	7,4%
Passiva						
Eigenkapital	66,7	27,4%	59,7	26,4%	7,0	11,8%
Rückstellungen	99,2	40,8%	81,0	35,8%	18,2	22,4%
- davon Pensionsrückstellungen	54,7	22,5%	55,1	24,4%	-0,4	-0,8%
Verbindlichkeiten	76,2	31,3%	84,9	37,5%	-8,7	-10,2%
- davon ggüber Kreditinstituten	46,2	19,0%	54,6	24,1%	-8,5	-15,5%

Rechnungsabgrenzungsp.	1,2	0,5%	0,9	0,4%	0,3	33,3%
	243,2	100,0%	226,4	100,0%	16,8	7,4%

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 16,8 Mio. € von 226,4 Mio. € auf 243,2 Mio. €. Grund hierfür ist im Wesentlichen ein Anstieg der Rückstellungen, insbesondere bedingt durch den Anstieg ausstehender Rechnungen – insbesondere Energiebezugsrechnungen – von 9,6 Mio. € im Vorjahr auf 23,5 Mio. €.

Die Anlagenintensität liegt bei 63,6 % (Vorjahr: 68,0 %).

Das Eigenkapital zeigt sich erhöht um 11,8 % bei 27,4 % der Bilanzsumme.

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 54,7 Mio. € (Vorjahr: 55,1 Mio. €) betragen. Diese machen 22,5 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich aufgrund der regelmäßigen Tilgungen sowie der geringeren Kontoinanspruchnahme um 15,5 % auf 46,2 Mio. €.

2.11. Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft sowie durch die bestehende Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach CashFlow aus operativem Geschäft sowie aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2022	2021	Veränderung
			in Mio. €
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	33,0	3,1	29,9
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	10,2	11,9	-1,7
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-21,3	-20,4	-0,9
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	21,9	-5,4	27,3
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	8,7	14,1	-5,4
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	30,6	8,7	21,9

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zeigt sich deutlich erhöht. Er ist um 29,9 Mio. € gestiegen und liegt im Geschäftsjahr bei 33,0 Mio. €.

Generell wird dieser zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifikundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifikunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei der EWV.

Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungstromschwankungen.

Im Berichtsjahr ist der Anstieg des Cash-Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit insbesondere auf gestiegene Abschlagszahlungen in der zweiten Jahreshälfte 2022 zurückzuführen.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt 10,2 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. € vermindert. Im Wesentlichen beinhaltet der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit die Vorweggewinnausschüttung der Regionetz i. H. v. 13,6 Mio. € und weitere Beteiligungserträge i. H. v. 1,8 Mio. €. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände i. H. v. 0,6 Mio. € sowie für Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 3,9 Mio. €.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -21,3 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i. H. v. 17,5 Mio. € (Vorjahr: 16,5 Mio. €) sowie Darlehenstilgungen i. H. v. 3,2 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden 34,4 Mio. € (Vorjahr: 37,3 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist damit fristenkongruent finanziert.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt 30,6 Mio. € und setzt sich zusammen aus einem kurzfristigen Kontokorrentkredit i. H. v. 12,0 Mio. €, Guthaben auf dem Girokonto der Sparkasse Aachen i. H. v. 30,8 Mio. € sowie Cash Pool-Forderungen gegen die Regionetz und deren Beteiligungen i. H. v. 11,8 Mio. €. Er erhöhte sich demnach um 21,9 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 46,2 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 33,1 %.

Die Geschäftsführung der EWV bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil.

2.12. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2022 beschäftigte die EKV durchschnittlich 248 (Vorjahr: 254) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei der EKV zehn Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann
- Kauffrau/-mann für Büromanagement
- Kauffrau/-mann für Digitalisierungsmanagement

Im Berichtsjahr wurde eine Vielzahl von Berufsfelderkundungen, Schülerbetriebspraktika, Fachpraktika sowie Bachelor- und Masterarbeiten im kaufmännischen Bereich angeboten.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,2 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden), belief sich auf 382.

Personalentwicklung

Im Kontext der Covid-19-Pandemie wurde ein Leitfaden für das Führen auf Distanz für alle Führungskräfte der EKV zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden vermehrt virtuelle Bildungsformate eingesetzt, um die fachliche und überfachliche Weiterbildung der Mitarbeiter und Führungskräfte sicherzustellen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeiter (m/w/d). Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: „Jeder Mitarbeiter (m/w/d) geht so gesund nach Hause, wie er (m/w/d) gekommen ist.“ Dies gilt umso mehr in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Darüber hinaus wurden von unserem BGM Team (betriebliches Gesundheitsmanagement) folgende Maßnahmen zur Gesunderhaltung unserer Mitarbeiter konzipiert und durchgeführt:

Verschiedene Vorsorgescreenings, darunter Augen- und Rückenmessungen incl. Empfehlung zur Verbesserung bei Rückenleiden und Angebot eines OnlineFitnessprogramms.

Digitale Vorträge zu den Themen Home-Office mit Familie und Motivation in Krisenzeiten Einbindung des Caritas Unternehmensservice als Employee Assistance Program

2.13. Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für die EKV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert die EKV den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

Die EWV berät mit ihrem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

2.14. Tätigkeitsabschlüsse

Die EWV erbringt energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG gegenüber der Regionetz GmbH und ist somit verpflichtet, einen Tätigkeitsabschluss aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

3. Chancen- und Risikobericht

3.1. Risikomanagement

Bei der EWV orientiert sich das Risikomanagementsystem an der E.ON Funktionsrichtlinie FP-14 Risikomanagement.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

3.1.1. Marktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch EEG-Anlagen wirken ebenfalls absatzmindernd. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmende Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

3.1.2. Strategische Risiken

Strategische Risiken thematisieren insbesondere potenzielle Bedrohungen der strategischen Erfolgspotenziale eines Unternehmens (wie Kernkompetenzen und Wettbewerbsvorteile). Strategische Entscheidungen können von Investitionen bis hin zur Beschaffungsstrategie von Medien und der Festlegung von Organisationsstrukturen reichen.

Aktuell ergeben sich Chancen aus einer strategischen Neuausrichtung. Die EWW hat eine Reihe von neuen Geschäftsfeldern identifiziert, die sich aus der grundlegenden Veränderung der Energiemärkte ergeben.

3.1.3. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Hierunter fallen auch jene Risiken, die durch ungeeignete Methoden und Modelle entstehen können. Der Prozess zur Energiebeschaffung ist in diesem Kontext von herausragender Bedeutung. Zum Management eben dieses Risikos wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2022 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2018 bis 2021 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWW angepasste Produkte beschafft. Durch die aktuelle Energiekrise werden die Entwicklungen am Markt noch enger monitort. Für die Lieferjahre 2023 bis 2025 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

Weitere Beispiele sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im EDV- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWW sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

3.1.4. Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der E WV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der E WV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die Refinanzierung über Kreditlinien wird über eine solide Bonität der E WV sichergestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnismrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch die laufende Überwachung der Beteiligungen.

3.1.5. Rechtliche und regulatorische Risiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Unter diese Kategorie fallen auch Risiken aus Compliance, Governance und HSE (Health, Safety, Environment).

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

3.1.6. Soziale und Ökologische Risiken

Die Kategorie Soziale und Ökologische Risiken umfasst jene Risiken, die für die Gesundheit von Personen, den Lebensraum oder die Arbeitsumgebung von besonderer Wichtigkeit sind. Ökologische Risiken entstehen meist durch externe Einflüsse. Im Bereich HR gibt es bspw. Risiken für die menschliche Gesundheit und für das Ökosystem oder auch Risiken der persönlichen Haftung von Unternehmen für umweltrelevante Aktivitäten eines Unternehmens.

Ziel ist es, die Emissionen völlig zu eliminieren oder so gering wie möglich zu halten.

Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch das laufende ESG-Reporting sowie laufende Schulungen der Mitarbeiter im regelmäßigen Turnus.

3.1.7. Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der E WV wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der E WV vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - Niedrig (>1 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)

- Hoch (>20 bis 50 %)
- Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - Gering (0 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - Kritisch (>50 %)
 - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWW nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Hier die fünf wertwichtigsten Risiken:

1. *Beschaffungskostenanstieg aufgrund eines Lieferantenausfalls (Schadensklasse „Kritisch“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)*

Liquiditätsprobleme eines Lieferanten könnten zu einem Ausfall von Beschaffungsmengen führen für die Medien Strom und Gas. Dieses Szenario bildet den Ausfall des Lieferanten mit höchster Liefermenge je Jahr dar.

2. *Spotmarktrisiko (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)*

Das Risiko entsteht aus Abweichungen zwischen langfristig eingedeckten Mengen und kurzfristigen temperatur- und/oder konjunkturbedingten Verbrauchsschwankungen. Der Schaden ergibt sich entsprechend aus der Divergenz der Einkaufs- und Verkaufspreise. Je nach Preislage kann dieses Risiko allerdings auch einen positiven Effekt aufweisen.

3. *Zerstörung der Dienststelle (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Es wird eine vollständige Zerstörung der Dienststelle im Szenario unterstellt bei der die Versicherung nicht greift.

4. *Margenminderung aufgrund geringerer spez. Verbrauchsmengen (Effizienzen/Substitution) (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Mögliche Ursachen sind bspw. durch das Einsparverhalten der Kunden, Substitution durch andere Energieträger, Wärmedämmung, effizientere Energietechnik etc. Das Risiko beinhaltet geringere spez. Verbrauchsmengen sowohl im Gas als auch im Strom

5. *Kreditrisiken Retail B2B/B2B (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Das Risiko umfasst im Wesentlichen Forderungsausfälle im B2C Segment. Hauptrisikotreiber bilden neben Kaufkraftveränderungen auch Preissteigerungen, konjunkturelle Entwicklungen und Insolvenzen (§133 ff InsO)

3.1.8. Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

3.2. Chancen

Die derzeit instabile Situation auf den Energiemärkten mit beträchtlichen Händlerinsolvenzen und der damit verbunden Übernahme der freigewordenen Kunden durch den Vertrieb der EWW kann insgesamt zu einer Stabilisierung der Kundenbasis sowohl bei Privat- als auch Gewerbekunden und damit verbunden Ertragseffekten im mittleren sechsstelligen Bereich führen. Mit Blick auf die Bestandskunden ist davon auszugehen, dass sich insgesamt die Wechselbewegung zu anderen Versorgern abschwächen wird.

Kalte Nahwärmekonzepte für Neubaugebiete und nachhaltige Energiekonzepte für Bestands-Quartiere gewinnen politisch weiter an Bedeutung. Mehrere Entwicklungen zählen hierauf ein:

- Die stark gestiegenen Gas- und Strompreise führen bei vielen Hauseigentümern zu einem Umdenken. Die Nachfrage nach Photovoltaik und Wärmepumpen ist hierdurch enorm gestiegen.
- Die für 2023 angekündigte Verpflichtung von NRW-Kommunen, in die kommunale Wärmeplanung einzusteigen, führt 2022 zu einer gesteigerten kommunalen Nachfrage nach entsprechenden Konzepten bzw. Beratungsleistungen.
- Der angestrebte Klimaneutralitätspfad vieler Gemeinden in der StädteRegion sowie das angekündigte Verbot des Einbaus von rein fossilen Heizungen ab 2024 verstärkt das Bewusstsein bei Bürgern, kurz- bis mittelfristig in die eigenen vier Wände energetisch zu investieren.

In Neubaugebieten hat sich kalte Nahwärme als die zentrale Alternative zu dezentralen Wärmepumpenlösungen etabliert.

EWV profitiert durch Umsetzung der Energiekonzepte mit langfristiger Wärme- und Stromlieferung sowie gegebenenfalls auch durch bezahlte Planungsleistungen für Dritte. Dank der neuen Rahmenparameter besteht im Energiedienstleistungsbereich durchaus die Chance, in allen Kundensegmenten deutlich mehr Abschlüsse zu generieren.

Durch den Wegfall der Umsatzsteuer für PV-Anlagen ab 2023 wird die Attraktivität von Kaufmodellen im B2C-Segment gesteigert. Pachtmodelle werden für Endkunden hingegen aufgrund der weiter zu entrichtenden Umsatzsteuer wirtschaftlich uninteressant.

2023 wird – wie auch 2022 – werden grundsätzlich durch Materialengpässe wie auch Fachkräftemangel (Installationsengpässe) geprägt sein. Derjenige Akteur, der es schafft, sowohl Material als auch Installationskapazitäten in ausreichender Menge vorzuhalten, wird von der gestiegenen Nachfrage profitieren. So sind in der Photovoltaik allein im B2C Segment durchaus 300 Anlagen mehr als planerisch unterstellt möglich. Aufgrund der Mangellage sind zudem die Endkundenpreise und somit auch der Ertrag je Anlage angestiegen.

Bei der E-Mobilität positioniert sich EWV als Projektierer und setzt bei größeren Kunden oder Objekten komplexe Abrechnungsmodelle um. Nachfrage nach entsprechenden Lösungen ist bereits da und wird steigen. Die in diesem Bereich abgesetzten Mengen sind in 2022 gegenüber 2021 spürbar angestiegen. In Abhängigkeit der weiteren politischen Rahmenbedingungen erscheint eine Margenausweitung im niedrigen sechsstelligen Bereich in der Zukunft im Bereich des Möglichen.

4. Prognosebericht

4.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Angesichts der aktuell großen Herausforderungen hat die Weltwirtschaft an Dynamik verloren. Die anhaltend hohe Inflation hat sich über Länder und Produkte hinweg ausgebreitet; Engpässe in der Energieversorgung könnten die Preise weiter in die Höhe treiben. Zinserhöhungen, die notwendig sind, um die Inflation einzudämmen, erhöhen die finanzielle Anfälligkeit. In ihrem Wirtschaftsausblick vom November 2022 geht die OECD davon aus, dass fast drei Viertel des globalen Wachstums im kommenden Jahr auf die großen asiatischen Schwellenländer entfallen wird, während der Aufschwung in den USA und in Europa an Tempo verliert. Für das Jahr 2023 wird ein Wachstum von nur 2,2 Prozent und für das Jahr 2024 von 2,7 Prozent prognostiziert. Eine straffere Geldpolitik und höhere Realzinsen, anhaltend hohe Energiepreise, ein schwaches Wachstum der realen Haushaltseinkommen und ein sinkendes Vertrauen dürften das Wachstum schwächen. Es wird erwartet, dass die Inflation in 2023 auf hohem Niveau verbleiben wird, bevor eine straffere Geldpolitik sowie eine Verlangsamung des Wachstums dazu beitragen werden, die Inflation letztendlich zu dämpfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr angesichts der Energiekrise und der Lieferkettenprobleme als erfreulich widerstandsfähig erwiesen. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr um 1,9 % zu. Damit ist die deutsche Wirtschaft trotz

Ukraine-Krieg, Lieferkettenengpässen und Energiepreiskrise gewachsen. Noch im Frühjahr 2022 hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage mit einem Wachstum des BIP in Deutschland von 3,6 Prozent im Jahr 2023 gerechnet. Im Jahresgutachten, das im Herbst publiziert wurde, wird ein Rückgang für das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2023 um 0,2 Prozent erwartet. Auch die Bundesbank geht in ihrem Monatsbericht von Dezember unter den gegebenen Bedingungen von einem Schrumpfen der deutschen Wirtschaft von sogar 0,5 Prozent aus, das aber keinen schwerwiegenden Einbruch zur Folge habe, weil in der 2. Jahreshälfte mit einer Erholung zu rechnen sei. Für 2024 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent gerechnet.

4.2. Strategische Entwicklung der EWW

Die für EWW bedeutende Rolle des Geschäftsfeldes Erdgasversorgung wird sich in den kommenden Jahren abbauen. Demgegenüber steht eine Kompensation durch zunehmende Wärmepumpen- und Fernwärmeaktivitäten. Die EWW-seitige Beteiligung an der kommunalen Wärmeplanung stellt dabei einen wichtigen strategischen Stellhebel für die Wärmetransformation dar. Hier gilt es Involvement und Beratung zunächst zu sichern, bevor eine Beteiligung an der eigentlichen Umsetzung erfolgt. Abzuwarten bleibt, wie sich zunehmende grüne Wasserstoffbeimischungen auf dem Wärmemarkt entwickeln werden.

Das Strommarktdesign wird sich bis 2030 in Richtung Regenerative Erzeugung, Flexibilitätsdienstleistungen und Wasserstoff entwickeln. Auf der Verbraucherseite kommt es zu einem starken Anstieg der Wärmepumpentechnologien, aber auch die Elektromobilität wird einen weiteren Hochlauf nehmen. Diese Technologien werden künftig auch als Flexibilität und daher als steuerbare Einheiten (vehicle2grid/intelligentes Laden) eingebunden werden können. Hier gilt es den Wachstumspfad über attraktive Produktoptionen auf der Commodity- und Dienstleistungsseite zu begleiten und abzuschöpfen. Auf der Erzeugerseite gilt es weiterhin Geschäftsoptionen für Photovoltaik und Windkraft im regionalen Umfeld zu prüfen und umzusetzen. Dabei ist die enge Verzahnung mit den kommunalen Entscheidungsträgern essentiell. Aus vertrieblicher Sicht wird es zunehmend wichtig, den Smart-Meter-Roll-Out proaktiv zu begleiten. Die sich hieraus ableitenden zusätzlichen Optionen für „Sub-Metering“, „Smart Home“ (u.a. auch IoT Wallbox, Heizung, Waschmaschine) und „Daten-Hubs“ (u.a. personalisierte Dienstleistungen) werden aufgrund des neuen Energiebewusstseins und des Preisniveaus zunehmend in den Fokus rücken. Mit steigender Smart-Meter Dichte müssen auch adäquate dynamische Commodity-Tarife nachgerüstet werden, die entsprechende Anreize zur Einsparung und Flexibilität liefern.

Die für 2023 avisierte Gas-, Wärme- und Strompreisbremse für alle Kundensegmente, verkleinert im Prinzip den wettbewerblichen Anteil im Verkaufspreis, allerdings auf einem hohen Niveau. Sollten allerdings drastische Preisabsenkungen auf den Großhandelsmärkten zu verzeichnen sein, muss schnell mit entsprechenden Preis- und Produktmaßnahmen sowie Kundenbindungsinstrumenten gegengesteuert werden.

Das derzeit hohe Level an Kundenanfragen und -anliegen stellt für den Vertrieb insbesondere auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels eine enorme Herausforderung dar. Daher spielt die verbesserte Ausgestaltung des digitalen Frontends (Kundenportal und Produktplattform) für den Customer-Service eine entscheidende Rolle, denn auch die Customer-Journey

wird immer digitaler. Aber auch der Digitalisierungsfortschritt der nachgelagerten Prozesse wird vor dem Hintergrund der Kosteneffizienz und Schnelligkeit kombiniert mit einer exzellenten Datenstrategie forciert werden. Gleichzeitig gilt es, die Anforderungsprofile der Stellen anzupassen und neuartige Stellen zu konzipieren.

Um den immer komplexeren Anforderungen, aber auch den Marktchancen in der Energiewirtschaft zu begegnen, spielen Kooperationen mit Spezialisierungskompetenzen eine fortwährend wichtige Rolle. Diese gilt es zu bewerten und gewinnbringend mit der Organisation zu verzahnen. Eine professionelle Begleitung und ggf. Integration von Start-up-Unternehmen trägt zum Innovationsgrad und ggf. neuen Geschäftsimpulsen bei.

Die EWV will ihr Beteiligungsportfolio, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien, weiter ausbauen und optimieren. Im Rahmen einer internen Neuorganisation mit Start zum 01.01.2023 werden die EE-Projekte EWV-weit in der Abteilung Energiewende gebündelt. Dabei sind verschiedene Projekte in Vorbereitung.

4.3. Ausblick

Klimaschutz und Strukturwandel

Der Klimaschutz bildet das aktuelle zentrale Politikthema. Für ihn wird eigens ein Gesetz erstellt: das Klimaschutzgesetz. Der Klimaschutz wird vor allem durch die Energiewende vorangetrieben. Wesentliche Impulse ergeben sich hier aus der jüngeren EUGesetzgebung in Form der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie als auch aus dem Strukturwandelprozess im Rahmen des Braunkohleausstiegs.

Nach dem Beschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vom 26. Januar 2019 wird Deutschland zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2038 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen.

Die Zukunftsagentur „Rheinisches Revier“ wird den Strukturwandelprozess im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich steuern, um auf lange Zeit Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der Raum des Rheinischen Reviers umfasst die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, die StädteRegion Aachen und die Stadt Mönchengladbach. Gemeinsam mit den 2,4 Millionen Menschen, die im Rheinischen Revier leben, ist es Ziel, eine lebenswerte Zukunft für diese Region zu gestalten.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 wurde mit dem Ziel erstellt, einen konkreten Leitfaden für den bestmöglichen Einsatz der in Aussicht gestellten Fördermittel für das Rheinische Revier zu schaffen. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Rheinische Revier in den nächsten zwei Jahrzehnten mit bis zu 15 Milliarden Euro zu unterstützen, um Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste in den Teilregionen zu kompensieren und eine erfolgreiche Transformation für die Zeit nach der Braunkohleverstromung zu ermöglichen.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist die bislang ambitionierteste Zukunftsvision des Rheinischen Reviers für die Zeit nach der Braunkohle. Das Rheinische Revier will seine herausragenden Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen- und Bioökonomie, in der

industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neue Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell und Pilotregion für neue Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktionen werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen. Bis zum Jahr 2050 will die Region zudem vollständig CO₂-neutral wirtschaften. Die international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) und deren Umsetzungsstrategien können dabei eine wichtige Orientierung liefern.

EWV Schwerpunkte

Trotz der Umstände rund um das zu sanierende Verwaltungsgebäude in Stolberg hat es die EWV erfolgreich geschafft, alle Prozesse in hoher Qualität aufrechtzuerhalten. Die Arbeiten wurden zum größten Teil ins Home-Office verlegt. Dieser Zustand wird weitestgehend auch noch in 2023 anhalten. Parallel erfolgt die fortschreitende Sanierung des Verwaltungsgebäudes, so dass derzeit von einem vollständigen Bezug in der zweiten Jahreshälfte 2023 ausgegangen wird.

Unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier sind entlang der Themenfelder Infrastruktur und Mobilität, Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Raum, Innovation und Bildung sowie Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA) so genannte Revierknoten definiert worden. Die Revierknoten erarbeiten jeweils mit einem Expertenkonsortium die inhaltliche Basis für künftige Förderprogramme. Die EWV wird sich im Rahmen des Zukunftsfeldes „Energie und Industrie“ als Experte aus der Energiewirtschaft gemeinsamen mit anderen Unternehmen der Region engagieren. Unser Schwerpunkt wird auch hier auf der Vernetzung mit unseren kommunalen Partnern liegen, mit denen wir gemeinsam die Potentiale im Strukturwandel nutzen wollen. Ein zentrales Vorhaben titulierte unter der sogenannten Talachse der Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Hierunter wird eine von Südwest nach Nordost verlaufende infrastrukturelle Achse verstanden, welche sich entlang des natürlichen Verlaufs des Vichtbachs entwickelt hat. Die Talachse prägt im Besonderen das Bild Stolbergs als Industriestandort. Ziel ist es, Stolbergs energieintensive Traditionsunternehmen entlang der Talachse mit Hilfe erneuerbarer Energiesysteme sowie innovativer Energiespeicher energieautark aufzustellen und mittels Kooperationen im Bereich Technologie- und Innovationstransfer bestehende Standortvorteile auszubauen. Zur Umsetzung des Vorhabens soll unter Beteiligung der Akteure über eine Studie der Antrag zu einem gemeinsamen Förderprojekt erarbeitet werden. Die EWV wird sich als Mitglied des Akteurkonsortiums an der Studie und den flankierenden Maßnahmen finanziell beteiligen.

In Kommunen bestehen hohe Energie-Einsparpotenziale, vor allem in öffentlichen Gebäuden. Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke tragen nennenswert dazu bei, diese Potenziale zu identifizieren und zu heben. Daher wurde als wichtige Sofortmaßnahme des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) die Förderung von Energieeffizienz-Netzwerken von Kommunen eingeführt.

Die Umsatzerlöse der EWW werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2023 507,4 Mio. € betragen. Einen wesentlichen Beitrag liefern die Commodity-Absatzmengen mit 708 GWh Strom und 1.258 GWh Gas mit korrespondierenden Stromerlösen i. H. v. 232,1 Mio. € und Gaserlösen i. H. v. 221,0 Mio. €. Der Jahresüberschuss der EWW für 2023 wird gemäß Plan bei 25,3 Mio. € liegen. Darin enthalten ist eine Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 17,1 Mio. €. Das Investitionsvolumen 2023 beträgt ca. 9,8 Mio. €. Es besteht in der Vorausschau auf das kommende Jahr weiterhin große Ungewissheit bezüglich der Auswirkungen aus der anhaltenden Energiekrise.

5. Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWW ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWW Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWW hat sich im Geschäftsjahr 2022 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Schröder, Manfred bis (30.06.2023)	Köln	
	Bedenbecker, Nicolai (seit 01.04.2023)	Mühlheim	
Aufsichtsrat:	Innogy SE	1 Sitz	
	Stadt Stolberg	1 Sitz	
	Stadt Eschweiler	1 Sitz	
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	
	weitere von GV bestellt	9 Sitze	
	Arbeitnehmervertreter	7 Sitze	
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.	1 Stimme	Je 51,13 Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.
Beirat:	Die Mitglieder des Beirates werden von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen.		

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	

Der Landrat des Kreises Düren, Herr Spelthahn, ist Mitglied des Aufsichtsrates der EWW. Die Mitgliedschaft beruht jedoch nicht auf einer Wahl durch den Kreistag, da entsprechend des

sehr niedrigen Gesellschaftsanteils dem Kreis Düren kein Mandat zusteht. Vielmehr wurde Herr Spelthahn vom Gesellschafter rhenag in den Aufsichtsrat berufen.

Beirat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Schiffer, Norbert	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	

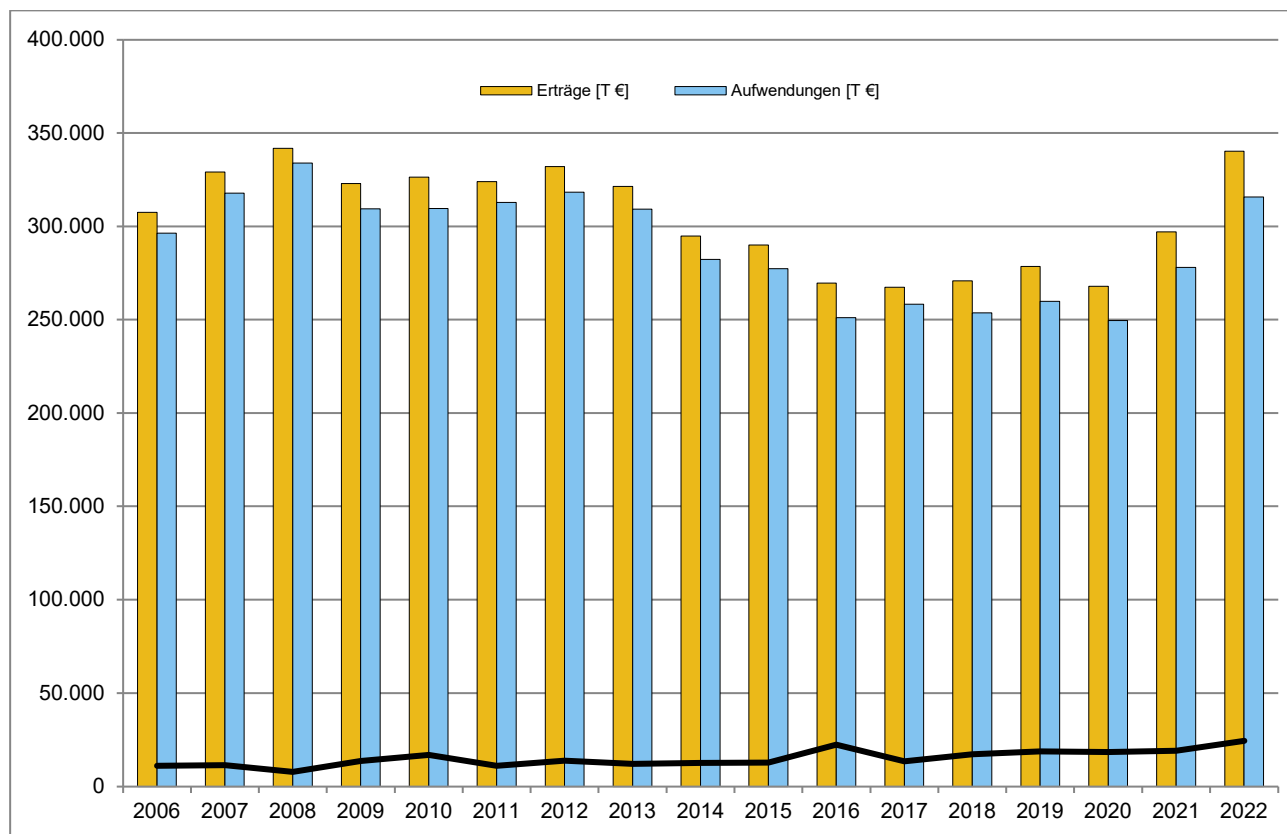
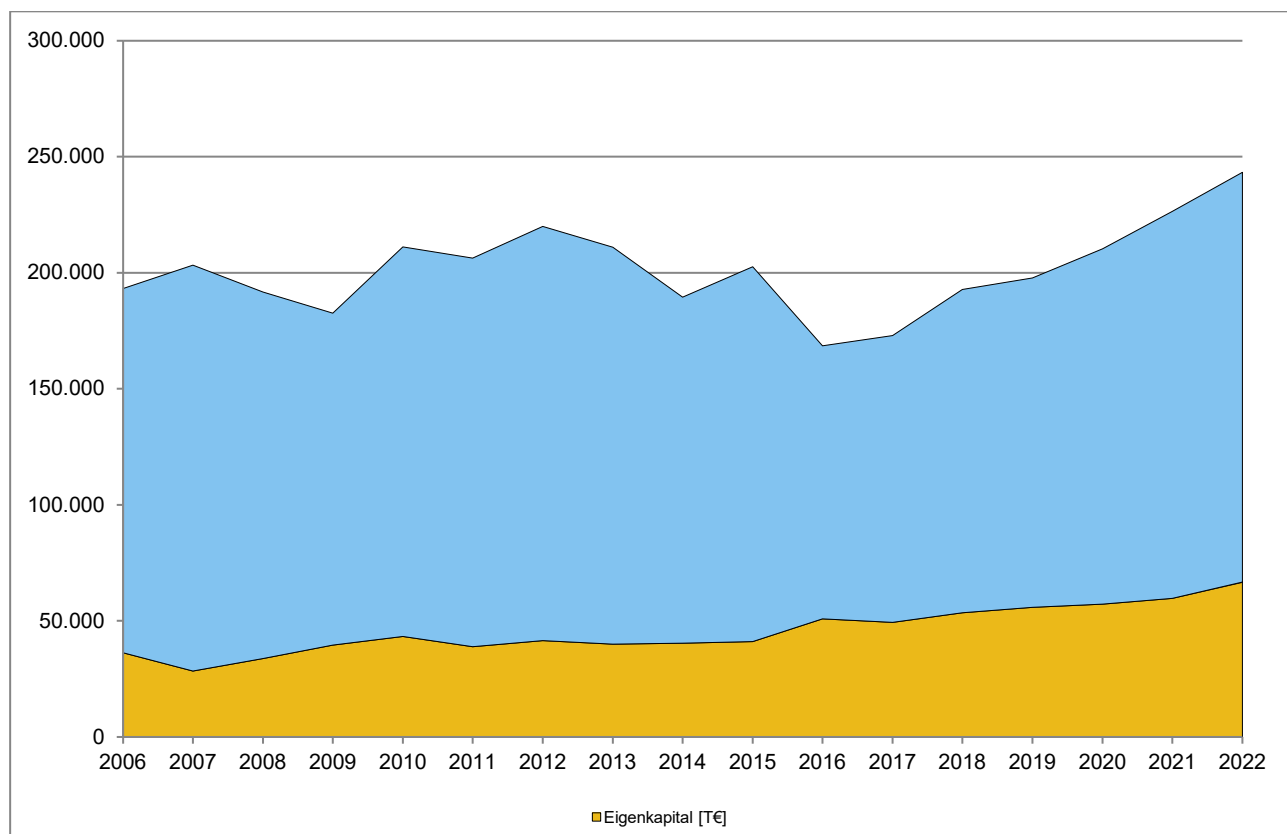
Gesellschafterversammlung:

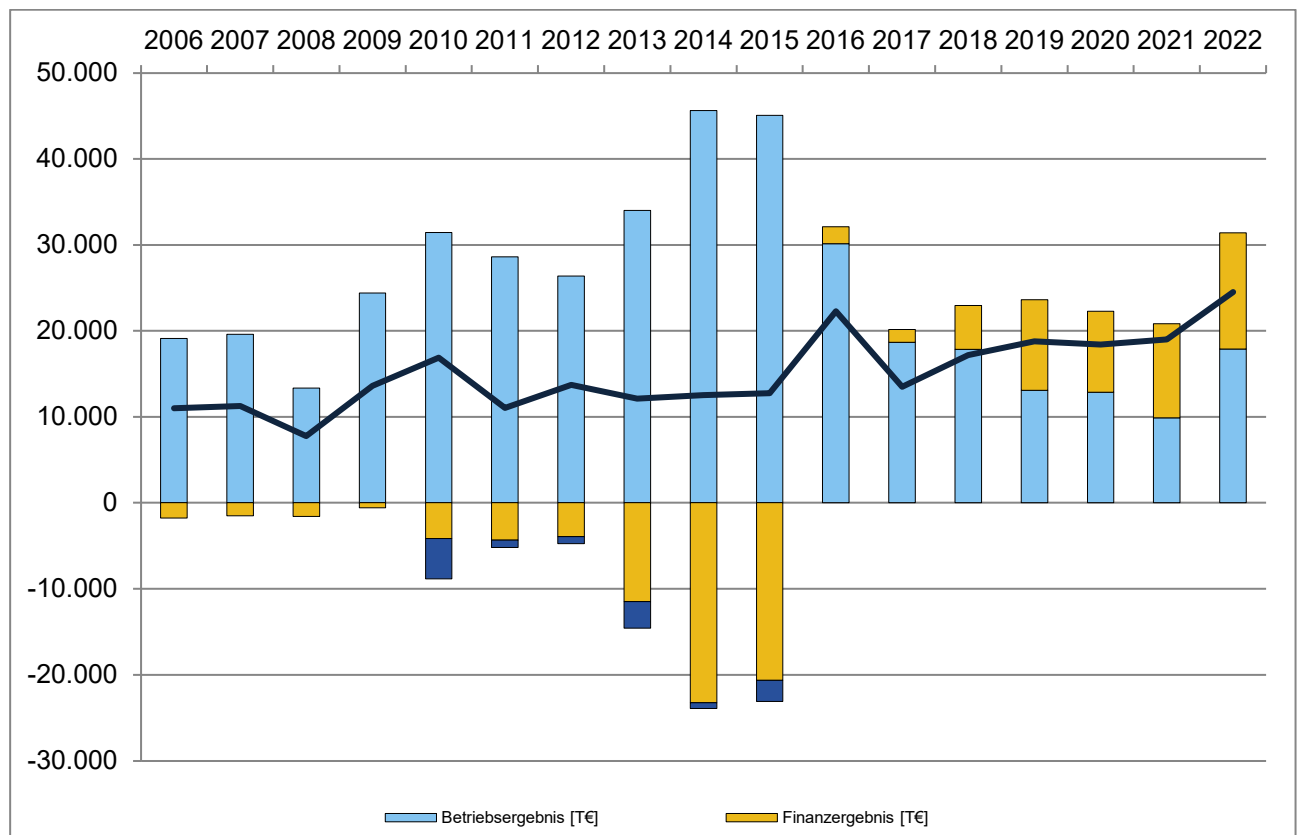
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Schavier, Karl	Kreistagsmitglied	01.10.1999	25.11.2022
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 256 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	27,19%	24,66%	575,09%	550,43%
Eigenkapitalrentabilität	32,15%	31,82%	78,70%	46,88%
Anlagendeckungsgrad 2	60,35%	56,05%	-47,41%	-103,46%
Verschuldungsgrad	266,29%	277,84%	135,23%	-142,60%
Umsatzrentabilität	5,11%	3,57%	17,50%	13,93%

8 Freizeitbad Kreuzau GmbH



Windener Weg 7
52372 Kreuzau
Telefon 02422/9426-0
Telefax: 02422/9426-40
E-Mail: kreuzau@monte-mare.de
Homepage: www.monte-mare.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25,00	100
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	220,00 €	4,00 €	1.692,00 €	1.688,00 €	42200,00%
II. Sachanlagen	7.125.431,00 €	6.645.364,83 €	6.877.127,00 €	231.762,17 €	3,49%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	26.765,49 €	23.736,92 €	29.223,01 €	5.486,09 €	23,11%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	554.128,85 €	931.175,63 €	917.297,04 €	-13.878,59 €	-1,49%
III. Kassenbestand	55.793,05 €	590.653,89 €	139.483,97 €	-451.169,92 €	-76,38%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.199,66 €	7.880,92 €	11.712,39 €	3.831,47 €	48,62%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.128.855,15 €	538.855,15 €	538.855,15 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	8.897.393,20 €	8.737.671,34 €	8.515.390,56 €	-222.280,78 €	-2,54%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	228,09 €	590.228,09 €	590.228,09 €	0,00 €	0,00%

III. Bilanzverlust	-1.154.083,24 €	-1.154.083,24 €	-1.154.083,24 €	0,00 €	0,00%
IV. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.128.855,15 €	538.855,15 €	538.855,15 €	0,00 €	0,00%
B. Rückstellungen	41.345,17 €	57.958,08 €	89.507,74 €	31.549,66 €	54,44%
C. Verbindlichkeiten	8.824.768,01 €	8.632.552,76 €	8.410.645,90 €	-221.906,86 €	-2,57%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	31.280,02 €	47.160,50 €	15.236,92 €	-31.923,58 €	-67,69%
Summe Passiva	8.897.393,20 €	8.737.671,34 €	8.515.390,56 €	-222.280,78 €	-2,54%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	993.967,20 €	1.049.360,78 €	2.252.227,39 €	1.202.866,61 €	114,63%
2. sonstige betriebliche Erträge	110.231,57 €	39.611,00 €	35.122,04 €	-4.488,96 €	-11,33%
3. Materialaufwand	361.684,26 €	406.798,89 €	658.553,00 €	251.754,11 €	61,89%
4. Personalaufwand	915.676,89 €	735.516,28 €	1.246.285,22 €	510.768,94 €	69,44%
5. Abschreibungen	571.552,06 €	560.462,08 €	559.802,55 €	-659,53 €	-0,12%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	968.070,05 €	875.924,50 €	938.529,92 €	62.605,42 €	7,15%
Betriebsergebnis	-1.712.784,49 €	-1.489.729,97 €	-1.115.821,26 €	373.908,71 €	-25,10%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	41,65 €	41,98 €	155,10 €	113,12 €	269,46%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	193.342,16 €	198.132,34 €	180.429,99 €	-17.702,35 €	-8,93%
Finanzergebnis	-193.300,51 €	-198.090,36 €	-180.274,89 €	17.815,47 €	-8,99%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-1.906.085,00 €	-1.687.820,33 €	-1.296.096,15 €	391.724,18 €	-23,21%
9. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. sonstige Steuern	27.503,61 €	28.585,25 €	31.827,43 €	3.242,18 €	11,34%
12. Erträge aus Verlustübernahme	1.933.588,61 €	1.716.405,58 €	1.327.923,58 €	-388.482,00 €	-22,63%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

f) Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH wurde am 21.12.1999 errichtet. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage (Schwimmbad, Sauna, Gastronomie). Der Sitz der Gesellschaft ist Kreuzau.

Gesellschafter der Freizeitbad Kreuzau GmbH ist die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG). Mit dieser besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die Betriebsführung wird seit dem 13.02.2009 von der monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH wahrgenommen. Das Geschäftsjahr 2022 ist das dreizehnte reguläre Betriebsjahr nach der Übernahme der Betriebsführung durch die monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2022 war geprägt durch den Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Februar sowie der damit verbundenen erheblichen Preissteigerungen insbesondere im Energiesektor. Die Corona-Pandemie spielte erstmals seit ihrem Ausbruch im Jahr 2020 eine untergeordnete Rolle.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9% gegenüber 2021 erhöht¹. Damit liegt die Jahresteuerrate deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren.

Das BIP (preis- und kalenderbereinigt) erhöhte sich im gesamten Jahr 2022 um 2,0 %². Trotz dieser im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, um 0,7% höherem BIP³ prägten Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise sowie der Fachkräftemangel das wirtschaftliche Umfeld.

Die Prognosen für das Jahr 2023 werden aufgrund der weltpolitischen Unsicherheiten und besonders wegen des Ukraine-Kriegs zurzeit von den Regierungen, internationalen Organisationen und Wirtschaftsforschern sehr different gesehen. Eine belastbare Aussage ist daher nicht möglich.

Der in den vergangenen Jahren fortschreitende Verlust von Hallenbädern ist problematisch. Sie sind als Ganzjahresbäder Träger der Schwimmbildung, des Schulschwimmens und der sportlichen Freizeitbetätigung der Bevölkerung (auch in der kalten Jahreszeit) und unverzichtbar für die wasser- und hier insbesondere die schwimmsporttreibenden Verbände.

Aspekte wie der Rückgang der körperlichen Leistungsfähigkeit und Fitness von Kindern und Jugendlichen, die steigende Zahl der NichtschwimmerInnen in Deutschland und die Anzahl der tödlichen Schwimmunfälle werden immer stärker öffentlich diskutiert. Laut Zahlen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) hat sich die Zahl der Grundschulkinder, die nicht schwimmen können, seit 2017 von zehn auf 20 Prozent verdoppelt⁴.

Die Zahl der Todesfälle durch Ertrinken beläuft sich in 2022 auf mindestens 355 Menschen, dies sind 56 Todesfälle mehr als in 2021. Die DLRG sieht die Ursache neben den Risikogruppen Nicht- bzw. nicht

1 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_022_611.html

2 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_020_811.html

3 ebenda

4 <https://www.dlrg.de/news/news-detail/dlrg-statistik-2022-mindestens-355-menschen-102213-n/>

sichere Schwimmer u. a. auch darin, dass wieder mehr Menschen in zumeist unbewachten Seen und Flüssen schwimmen gegangen sind.⁵

Weniger im Fokus der Diskussion steht, dass öffentliche Bäder mehr als nur Sportstätten oder Orte der körperlichen Ertüchtigung sind. Schwimmbäder übernehmen soziale, kommunikative und gesundheitsfördernde Aufgaben und tragen zur Lebensqualität bei. Zu den Aufgaben einer Kommune zählt es, sich sport- und gesundheitspolitisch zu engagieren, d. h. verhältnis- und verhaltenspräventive Maßnahmen zu initiieren und zu fördern und so für gesundheitsfördernde Lebenswelten und Angebote Sorge zu tragen. Schwimmbäder sind Bestandteil eines sozio-kulturellen und sportlichen Angebotes, das die Lebensqualität einer Region mitbestimmt.

Als regionales Freizeitbad mit Sportbecken und Saunabereich leistet das Freizeitbad Kreuzau einen gesellschafts-, gesundheits- und sozialpolitischen Beitrag. Dabei hebt sich das Angebot in Kreuzau ganz bewusst von den deutlich hochpreisigen Mitbewerbern im Umfeld ab.

Geschäftsverlauf

Durch die pandemiebedingten Nachwirkungen, dem andauernden Ukraine Krieg, dem Bau der Turmsauna und die damit verbundene ganzjährige Schließung der Ruroase und des Biergartens wurde anfänglich mit negativen Auswirkungen auf den Betrieb des monte mare Kreuzau gerechnet.

Trotz dieser speziellen Lage, insbesondere auch vor dem Hintergrund der allgemein steigenden Energiekosten und dem Fachkräftemangel, kann von einem positiven Geschäftsjahr gesprochen werden.

Die Gäste haben von Anfang des Jahres an zahlreich das Freizeitbad, das Sportbecken und die Textile Wellness besucht. Zusätzlich ist eine starke Nachfrage nach Kursen zu erkennen. Zur gezielten Ansprache des hohen Kursbedarfs erfolgte eine Optimierung des Kurskonzeptes sowie der Nutzungszeiten für Kurse. Dadurch ist der Kursbereich als Einnahmequelle ausgebaut worden.

Die ganzjährige Baustelle der Turmsauna, mit Sperrung des Kaminzimmers und der Terrasse des Sauna-restaurants, sowie der unvermeidliche Baulärm mit Verschmutzungen haben sich unweigerlich negativ auf die Besucherzahlen ausgewirkt. Durch die Eröffnung der Turmsauna am 26.12.2022 und der damit einhergehenden gestiegenen Attraktivität wird eine positive Prognose für das Geschäftsjahr 2023 erwartet.

Die Nutzung des Bades durch Schulen und Vereine war im 1. Quartal 2022 noch durch die pandemiebedingten Einschränkungen betroffen. Trotzdem sind durch die hohe Nachfrage nach Wasserzeiten bei Schulen und Vereinen die Sportlerzahlen von Beginn des Jahres an hoch gewesen. Der limitierende Faktor, der höhere Eintrittszahlen beim Schul- und Vereinssport verhindert, ist die kleine Beckengröße mit lediglich 4 Bahnen à 25 m.

Ein zusätzliches Lehrschwimmbassin würde besonders in den Bereichen der Wassergewöhnung, Schwimmkurse und Grundschulschwimmunterricht ein großes Plus darstellen. Planungsseitig sollte dies in weitere Überlegungen einbezogen werden.

Aufgrund der steigenden Energie- und Personalkosten ist im Bereich der Saunaeintritte, der Freizeitbadeintritte und der monte mare & friends Mitgliedschaften eine Optimierung des Tarifsystems zum 01.09.2022 notwendig geworden.

Hier erfolgte die letzte Preisanpassung zum 01.07.2020.

⁵ ebenda

Das monte mare Kreuzau ist wie die meisten Unternehmen der Freizeitbranche in Deutschland im gesamten Betriebsjahr 2022 nicht vom Fachkräftemangel verschont geblieben. Zusätzlich resultierte ein hoher Krankenstand in allen Abteilungen. Die Aufrechterhaltung des operativen Betriebes jeden Tag ist nur durch zeitweise veränderte Öffnungszeiten, z.B. im Sportbad möglich gewesen. Dieser Trend hat sich zum Ende des Jahres allmählich normalisiert.

Besucherzahlen:

Die Gesamtbesucherzahlen liegen im Geschäftsjahr 2022 mit 217.110 Gästen über der Prognose des Wirtschaftsplanes von 213.412 Gästen.

Das bedeutet im Freizeitbadbereich ein Plus von 6,52% (151.444 statt 142.176). Im Saunabereich konnten durch die ganzjährige Baumaßnahme Turmsauna die Vorgaben nicht ganz erfüllt werden. Dort ist ein Minus von 10,64% zu verzeichnen (41.432 statt 46.365).

Beim Schul- und Vereinssport ist ein leichtes Minus von 2,57% zu verzeichnen (24.235 statt 24.875). Ursache hierfür sind die noch geringen Pandemiebeschränkungen im 1. Quartal 2022 gewesen.

Einnahmen:

Auf der Einnahmenseite sind die positiven Erlöse aus den Saunaeintritten zu erwähnen.

Insgesamt konnte die Vorgabe des Wirtschaftsplans 2022 um 40,03% überschritten werden. Dies gelang, trotz des leichten Minus bei den Besucherzahlen durch eine Tarifoptimierung der Saunaeintrittspreise und der Saunamitgliedschaften.

Durch eine Optimierung der Prozesse in der Schwimmbadgastronomie konnte eine signifikante Steigerung der Einnahmen erreicht werden. Ein Plus von 40,52 % ist im Gegensatz zur Vorgabe des Wirtschaftsplanes zu verzeichnen. Dies gelang aufgrund einer moderaten Preiserhöhung aller Speisen, zusätzlich ist auch ein höheres Konsumverhalten der Gäste zu bemerken.

Besonders positiv sind die hohen Umsatzerlöse aus der Einspeisevergütung Strom - BHKW und Photovoltaik – hervorzuheben.

Insgesamt lagen die Gesamteinnahmen bei 2.266.775 € und damit um 6,91% über der Vorgabe des Wirtschaftsplanes mit 2.120.180 €.

Ausgaben:

Auf der Seite der Ausgaben konnten im gesamten Jahr 2022 die Maßnahmen zur Kostenminimierung, mit denen schon im Jahr 2020 begonnen wurde, erfolgreich fortgesetzt werden.

Die Kosten im Energiebereich wurden durch den optimierten Einsatz des Blockheizkraftwerkes und eines überarbeiteten Leitfadens zur Ressourcenoptimierung reduziert.

Lediglich die Kosten für den Wareneinkauf, die Werterhaltung und die sonstigen Ausgaben liegen leicht über der Vorgabe des Wirtschaftsplanes mit 2022. Dies ist auf die allgemeine Kostensteigerung im Jahr 2022 zurückzuführen.

Die Gesamtausgaben von 2.750.626 € lagen damit deutlich unter der Planvorgabe des Wirtschaftsplanes 2022 mit 2.934.982 €. Das bedeutet eine positive Veränderung von 6,28%.

Instandhaltung/Sanierung/Attraktivierung:

Neben den üblichen Instandhaltungsmaßnahmen des operativen Betriebes war die Hauptattraktivierung im Geschäftsjahr 2022 der Bau der Turmsauna direkt am Ruruferrweg gelegen.

Mit der Eröffnung der neuen Turmsauna am 26.12.2022 hat sich nicht nur das Erscheinungsbild des monte mare Kreuzau geändert, sondern die Anlage gewinnt dadurch eine neue Attraktion als touristische Destination, die den Mehrwert für die Gäste steigert.

Nicht nur durch diese neue Attraktion, sondern auch durch die Fertigstellung der Saunarestaurant-Terrasse, des Biergartens und der modernisierten Ruroase im Frühjahr 2023 wird der positive Trend des Betriebsjahres 2022 für das Jahr 2023 weiter prognostiziert.

Im Bereich der Reparaturen, Instandhaltungen und Instandsetzungen ist weiterhin mit zunehmenden Kosten zu rechnen.

Freizeitbäder sind aufgrund der intensiven Nutzung einem starken Verschleiß ausgesetzt. Die Spuren der Alterung treten in Erscheinung und werden auch von den Badegästen mehr und mehr wahrgenommen. Dies trifft auch auf das monte mare Kreuzau zu.

Von daher sind zunächst Maßnahmen zum Erhalt und zur Attraktivierung hinsichtlich der Standortsicherung und Wettbewerbsfähigkeit zu treffen. Dabei sind insbesondere neue gesetzliche Rahmenbedingungen zu erfüllen sowie technische, sicherheitsrelevante und hygienische Anforderungen auf den heutigen Stand der Technik (z.B. Brandmeldeanlage, Gebäudeleittechnik, Lüftungsanlage, Badewassertechnik, etc.) zu bringen.

Lage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse der Freizeitbad Kreuzau GmbH betrugen im Geschäftsjahr 2022 2.252 T€ und stiegen damit um 114,6% (2021: 1.049 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen 35 T€ und verminderten sich damit um 4 T€ zum Vorjahr.

Entsprechend zur Entwicklung des Umsatzes erhöhte sich der Materialaufwand von 407 T€ auf nunmehr 659 T€ (+61,9%).

Die Personalkosten erhöhten sich von 735 T€ auf 1.246 T€. Dieser Anstieg ist damit begründet, dass im Gegensatz zum Vorjahr keine Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld mehr erfolgte.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen von 876 T€ im Vorjahr auf nunmehr 939 T€. Darin enthalten ist eine erstmals seit 2018 wieder gezahlte Erfolgsbeteiligung in Höhe von 115 T€.

Unter Berücksichtigung der Zinsen in Höhe von 180 T€ (2021: 198 T€) beträgt das Ergebnis nach Steuern - 1.296 T€ (2021: -1.688 T€).

Die sonstigen Steuern des Berichtsjahres beinhalten ausschließlich Grundsteuerzahlungen (32 T€).

Der von der BTG zu übernehmende Verlust beträgt 1.328 T€ (2021 1.716 T€). Im Wirtschaftsplan 2022 wurde für das Szenario einer weiterhin anhaltenden Corona-Pandemie von einem durch die BTG zu übernehmenden Verlust in Höhe von 1.616 T€ ausgegangen.

Unter Berücksichtigung der Verlustübernahme durch den Gesellschafter ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von 0 T€ (2020: Jahresergebnis 0 T€).

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand ist gegenüber dem Vorjahr um 451 T€ auf 139 T€ gesunken. Im Vorjahr war dieser durch die Einzahlung in die Kapitalrücklage durch die BTG in Höhe von 590 T€ kurzfristig gestiegen. Das buchmäßige Eigenkapital beträgt 0,00 €.

Die Gesellschaft ist von der Fortführung des mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages sowie der unterjährigen Liquiditätsbereitstellung durch die BTG abhängig.

Im Berichtsjahr wurden die durch den Aufsichtsrat verabschiedete Maßnahme „Turmsauna“ weitgehend fertiggestellt. Zur Finanzierung wurden sowohl die erhöhte Kapitalrücklage als auch Gesellschafterdarlehen verwendet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Freizeitbad Kreuzau GmbH beträgt zum 31.12.2022 8.515 T€ und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 222 T€ vermindert.

Die Anlagenintensität (Anlagevermögen/Gesamtvermögen) beträgt 81% (2021: 76%).

Das Umlaufvermögen ist verglichen mit dem Vorjahr um 460 T€ von 1.546 T€ auf 1.086 T€ gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang der liquiden Mittel zurück zu führen.

Es besteht ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 539 T€, der aus Zeiten vor Inkrafttreten des Ergebnisabführungsvertrages stammt und durch die Einzahlung in die Kapitalrücklage verkleinert wurde.

Die Veränderungen auf der Passivseite ergeben sich im Wesentlichen durch den Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 443 T€ und dem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter um 653 T€. Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen haben sich um 7 T€ erhöht, die sonstigen Verbindlichkeiten um 7 T€ verringert. Nach Tilgung eines Darlehens betragen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 0.

Prognosebericht

Nachdem in den letzten beiden Jahren der Großteil der umfangreichen Sanierungsmaßnahmen beendet wurde, stehen den Gästen ein in vielen Bereichen renoviertes Bad sowie ein zusätzlicher Ruheraum, ein familiengerechtes Spieleland und ein erweiterter gastronomischer Außenbereich zur Verfügung. Die Saulandschaft bietet mit der Ende 2022 fertiggestellten Turmsauna eine zusätzliche Attraktion.

Für das Jahr 2023 ist der Wirtschaftsplan erstmals wieder ohne die Annahme einer pandemischen Lage erstellt worden. Es wird mit moderat steigenden Besucherzahlen gerechnet und die durch die Baumaßnahmen geschlossene Gastronomie für externe Gäste wurde in den Planzahlen berücksichtigt. Der Wirtschaftsplan zeigt ein Ergebnis von -1.396 T€.

Für die nächsten Jahre muss aufgrund der technischen Alterung der Anlage mit kürzeren Intervallen notwendiger Reparaturen und Instandhaltungen gerechnet werden. Bei den Personalkosten ist aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen mit nicht unerheblichen prozentualen Steigerungen zu rechnen.

Durch die weitreichenden und zukunftsweisenden Maßnahmen verbunden mit positiven Rahmenbedingungen wie den Bau des Tourismusprojekts Ruruferradweg und höheren Bevölkerungszahlen im Kreis Düren, insbesondere bedingt durch den Zuzug von Familien, rechnet die Freizeitbad Kreuzau GmbH mit kontinuierlich steigenden Besucherzahlen und damit verbunden einem steigenden operativen Ergebnis in den nächsten Jahren.

Durch einheitliche Angebote (z. B. neue Standard-Speisekarte) innerhalb der monte mare Familie verbunden mit einem überregionalen Marketing erwartet die Gesellschaft die Attraktivität und den Bekanntheitsgrad der Anlage in Kreuzau weiterhin zu steigern.

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Zwischen der Freizeitbad Kreuzau GmbH und der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (Beginn 01.01.2003). Der Vertrag kann jeweils zum 31.12. eines Jahres gekündigt werden. Die mögliche jährliche Kündigung des Ergebnisabführungsvertrages beinhaltet das Risiko der Zahlungsunfähigkeit für die Freizeitbad Kreuzau GmbH. Für den weiteren Betrieb der Freizeitanlage in Kreuzau durch die Gesellschaft ist die Fortführung des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft erforderlich. Von einem Fortbestehen des Ergebnisabführungsvertrags wird ausgegangen.

Die Eröffnung eines neuen Hallenbads in der Stadt Düren im Jahr 2022 hat bisher keine negativen Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung in Kreuzau gezeigt. Mit beiden Häusern werden verschiedene Zielgruppen angesprochen, so dass eine direkte Konkurrenzsituation bislang nicht erkennbar ist. Nichtsdestotrotz muss die weitere Entwicklung beobachtet werden.

Die Erfahrungen während der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass Risiken aufgrund von pandemischen Ereignissen für die Freizeitbad Kreuzau GmbH bestehen. Schließungen aufgrund von Verordnungen führen zu einem kompletten Wegfall der Umsätze. Einzig die Nutzung von Kurzarbeitergeld und staatlichen Hilfsprogrammen, soweit sie denn für öffentliche Unternehmen zugänglich sind, können dieses Risiko minimieren.

Die Entwicklung des Ukraine-Kriegs und in Folge dessen ein russischer Gaslieferstopp haben deutlich gezeigt, dass die Sicherheit der Energieversorgung höchste Priorität für den Betrieb des Freizeitbades hat. Diesem Risiko wurde und wird entgegengewirkt, indem Maßnahmen zur Energieeffizienz ergriffen wurden und werden. Zusätzlich wird geprüft, inwieweit Optimierungen bzw. Substitutionen im Bereich der Energieversorgung in Form von Hybridlösungen, Wärmepumpen, Photovoltaik oder auch Geothermie Optionen sein können. Im Hinblick auf den nächsten Winter wird jedoch darauf hingewiesen, dass ein möglicher Energieengpass zu einer Priorisierung der Gasversorgung durch die Bundesnetzagentur führen kann, bei der Schwimm- und Spaßbäder von einer Gasabschaltung vorrangig bedroht wären.

Dazu kommt die allgemeine Steigerung der Energiekosten, die das Ergebnis entsprechend belasten werden.

Chancenbericht

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Kooperation mit der Betreibergesellschaft monte-mare, die aufgrund ihrer zahlreichen Standorte auf vielfältige Erfahrung im Bereich des Badwesens zurückgreifen kann. Die Fortführung erfolgreicher Maßnahmen wie z. B. die Saunamitgliedschaften und die in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzten Attraktivierungsmaßnahmen führen zur Hebung der Entwicklungspotenziale des Freizeitbades mit dem Ziel der langfristigen Kundenzufriedenheit und -bindung und damit verbunden der Stabilisierung der Einnahmenseite. Auch für die Zukunft wird die Attraktivierung durch neue geeignete Maßnahmen fortgeführt werden.

Die sich dadurch bereits abzeichnende positive Entwicklung dient dazu, die Kapazität des Freizeitbads auszulasten, die Kundenbindung zu steigern und damit zur Zukunftssicherung und Einhaltung der Ergebnisprognose der Gesellschaft entscheidend beizutragen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Deutz, Hans-Joachim (seit 01.01.2018)		
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Balen, Yvonne	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hohn, Astrid	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Kaufmann, Katrin	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Nix, Christoph	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Schlepütz, Markus	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Schröteler, Rolf	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Simon, Jörg	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.11.2009	
von Laufenberg, Reiner	Kreistagsmitglied	03.11.2009	31.08.2023

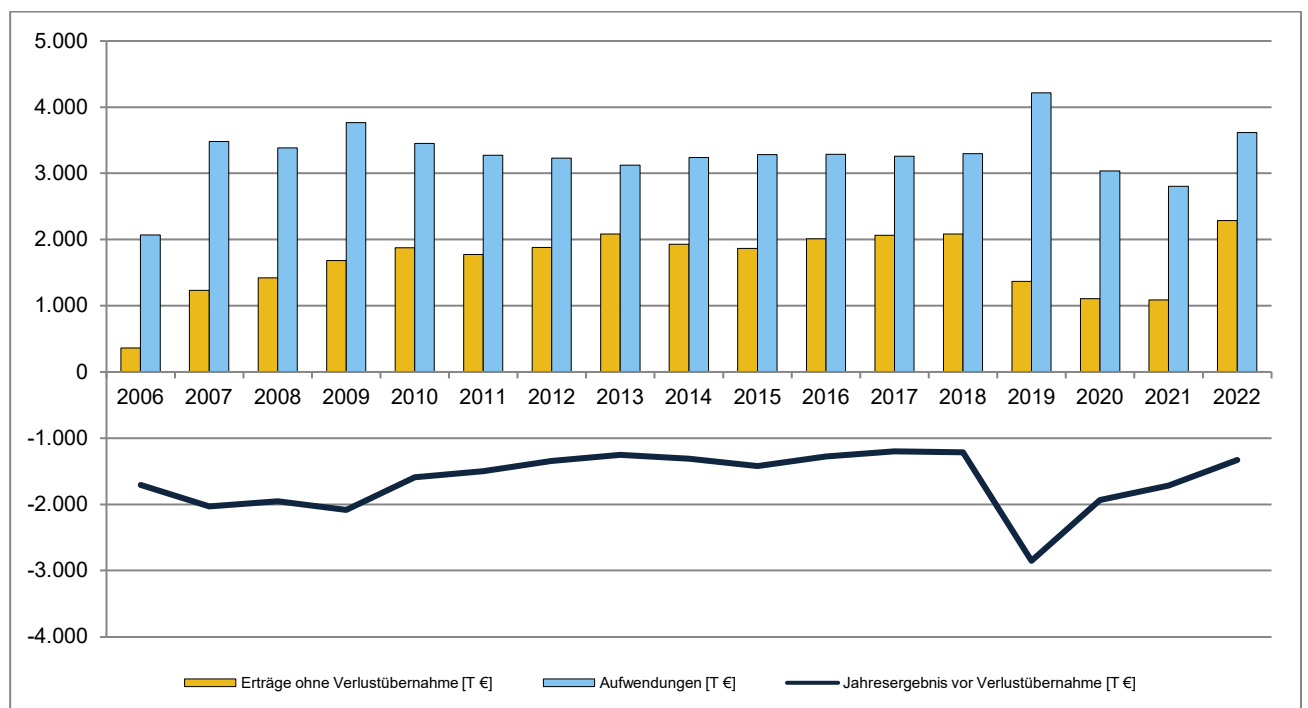
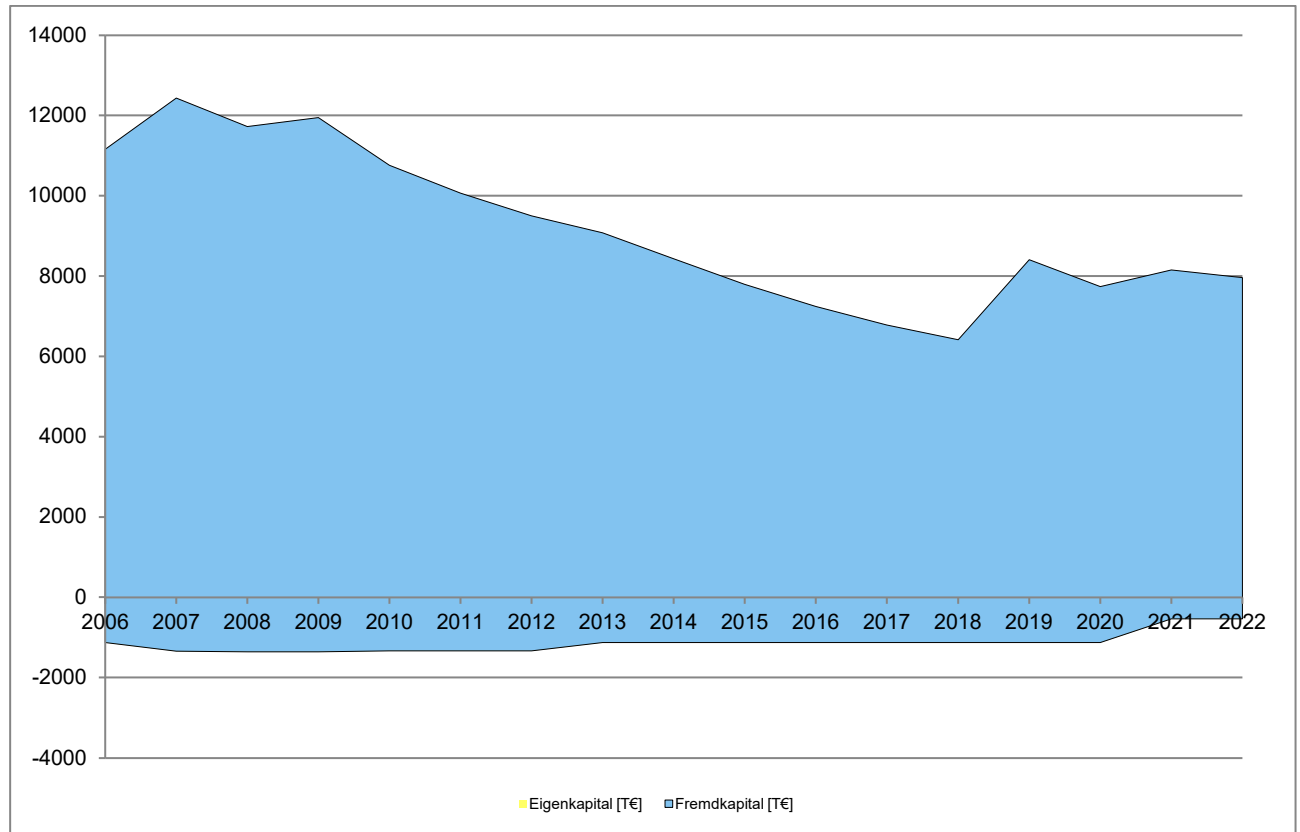
Gesellschafterversammlung:

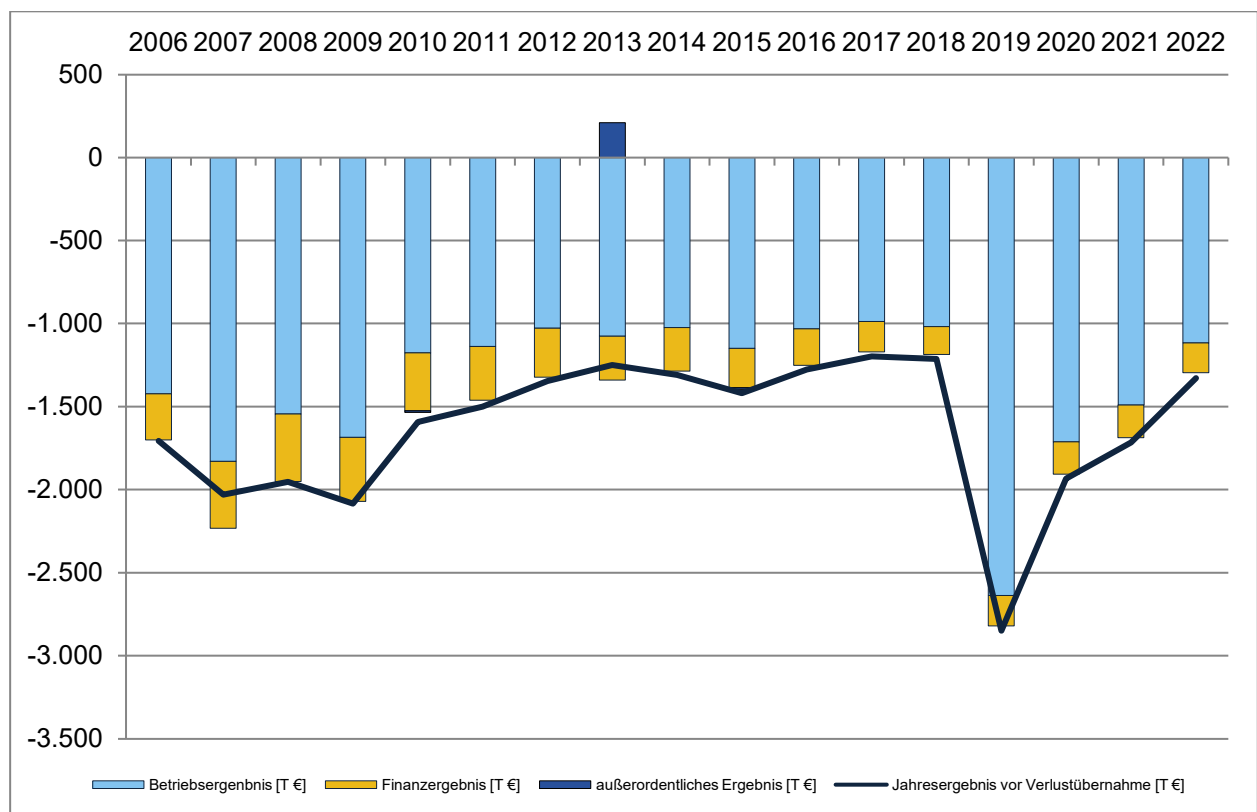
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	01.04.2003	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 60,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2019	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	-11,80%	-12,69%	-6,17%	-6,33%	-0,16%
Eigenkapitalrentabilität	JÜ ~ 0	JÜ ~ 0	JÜ ~ 0	JÜ ~ 0	
Anlagendeckungsgrad 2	26,15%	15,44%	24,40%	22,46%	-1,94%
Verschuldungsgrad	-844,57%	-785,41%	-1612,77%	-1577,45%	35,33%
Umsatzrentabilität	-205,99%	-172,32%	-141,97%	-49,54%	92,42%

9 Future Mobility Park GmbH

Galileo-Allee 13
52457 Aldenhoven
Telefon: 02421 22 1061 200
E-Mail: winkler@future-mobility-park.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der regionalen Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Düren und der RWTH durch Etablierung eines Campus-Areals. Das Campus-Areal soll die Grundlage für die Durchführung von Lehr-, Forschungs-, Entwicklungs- und Transfervorhaben bilden und dient somit der nachhaltigen Förderung der vom Strukturwandel besonders betroffenen Wirtschaftsregion des Rheinischen Reviers sowie der Verbesserung der dortigen Wirtschaftssituation.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Zweck soll verwirklicht werden durch:

- Konzeptionierung und Planung eines Campus-Areals
- den Erwerb, die Entwicklung, die Erschließung und die Vermarktung von Gewerbearealen, Immobilien und weitergehender Infrastruktur
- Initiierung und Koordinierung von Lehr-, Forschungs-, Entwicklungs- und Transfervorhaben.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	12,75	51
RWTH Aachen	12,25	49
Stammkapital	25,0	

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	0,00 €	10.000,00 €	0,00 €	-10.000,00 €	-100,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	10.000,00 €	0,00 €	-10.000,00 €	-100,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	638,95 €	2.280,15 €	79,65 €	-2.200,50 €	-96,51%

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	192.600,59 €	133.430,03 €	128.016,68 €	-5.413,35 €	-4,06%
Summe Aktiva	193.239,54 €	155.710,18 €	128.096,33 €	-27.613,85 €	-17,73%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	200.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlustvortrag	0,00 €	-37.026,14 €	-72.911,76 €	-35.885,62 €	96,92%
III. Jahresfehlbetrag	-37.026,14 €	-35.885,62 €	-34.201,45 €	1.684,17 €	-4,69%
B. Rückstellungen	2.500,00 €	2.800,00 €	3.090,00 €	290,00 €	10,36%
C. Verbindlichkeiten	2.765,68 €	821,94 €	7.119,54 €	6.297,60 €	766,19%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	193.239,54 €	155.710,18 €	128.096,33 €	-27.613,85 €	-17,73%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	10.000,00 €	14.250,00 €	4.250,00 €	42,50%
2. Verminderung des Bestands in Arbeit befindlicher Aufträge	0,00 €	10.000,00 €	-10.000,00 €	-20.000,00 €	-200,00%
4. sonstige betriebliche Erträge	1.936,00 €	2.112,00 €	225,10 €	-1.886,90 €	-89,34%
5. Personalaufwand				0,00 €	
a) Löhne und Gehälter	24.263,60 €	26.416,05 €	7.061,00 €	-19.355,05 €	-73,27%
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.501,12 €	4.970,40 €	1.261,32 €	-3.709,08 €	-74,62%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	10.197,42 €	16.611,17 €	30.354,23 €	13.743,06 €	82,73%
Betriebsergebnis	-37.026,14 €	-35.885,62 €	-34.201,45 €	1.684,17 €	-4,69%
Finanzergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-37.026,14 €	-35.885,62 €	-34.201,45 €	1.684,17 €	-4,69%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	-37.026,14 €	-35.885,62 €	-34.201,45 €	1.684,17 €	-4,69%

f) Lagebericht

Entsprechend § 108 Abs. 1 Satz 2 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW liegt bei der Future Mobility Park GmbH eine Ausnahmegenehmigung vor, sodass aufgrund der Ruhendstellung der Gesellschaft ab dem Jahresabschluss 2022 kein Lagebericht erstellt werden muss.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Allgemein

Geschäftsführung	Winkler, Anette Heßeler, Dr. Frank-Josef (bis 17.02.2022) Lesemann, Micha (bis 17.02.2022) Günther, Dr. Marco (bis 17.02.2022)		
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3 Sitze	51 %
	RWTH Aachen	3 Sitze	49 %
Gesellschafterversammlung:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1 Stimme	51 %
	RWTH Aachen	1 Stimme	49 %

Vertreter des Kreises Düren

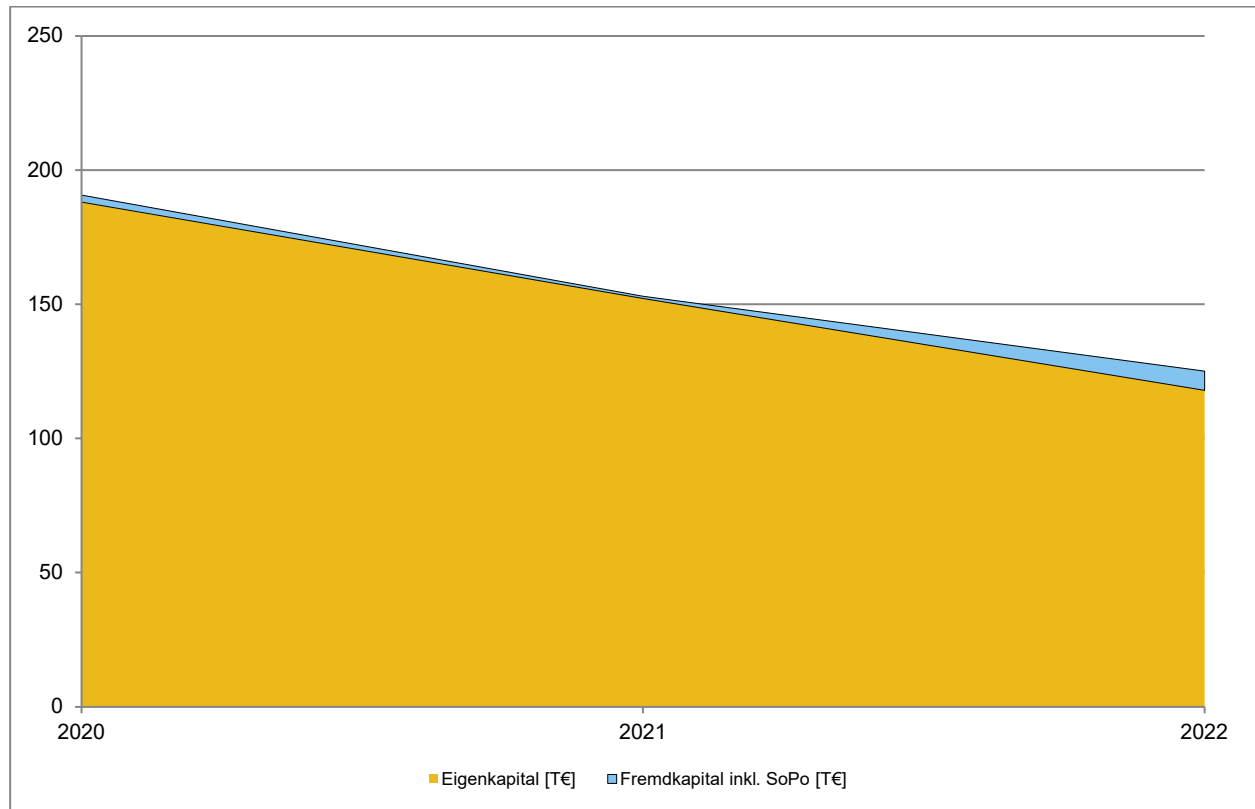
Aufsichtsrat:

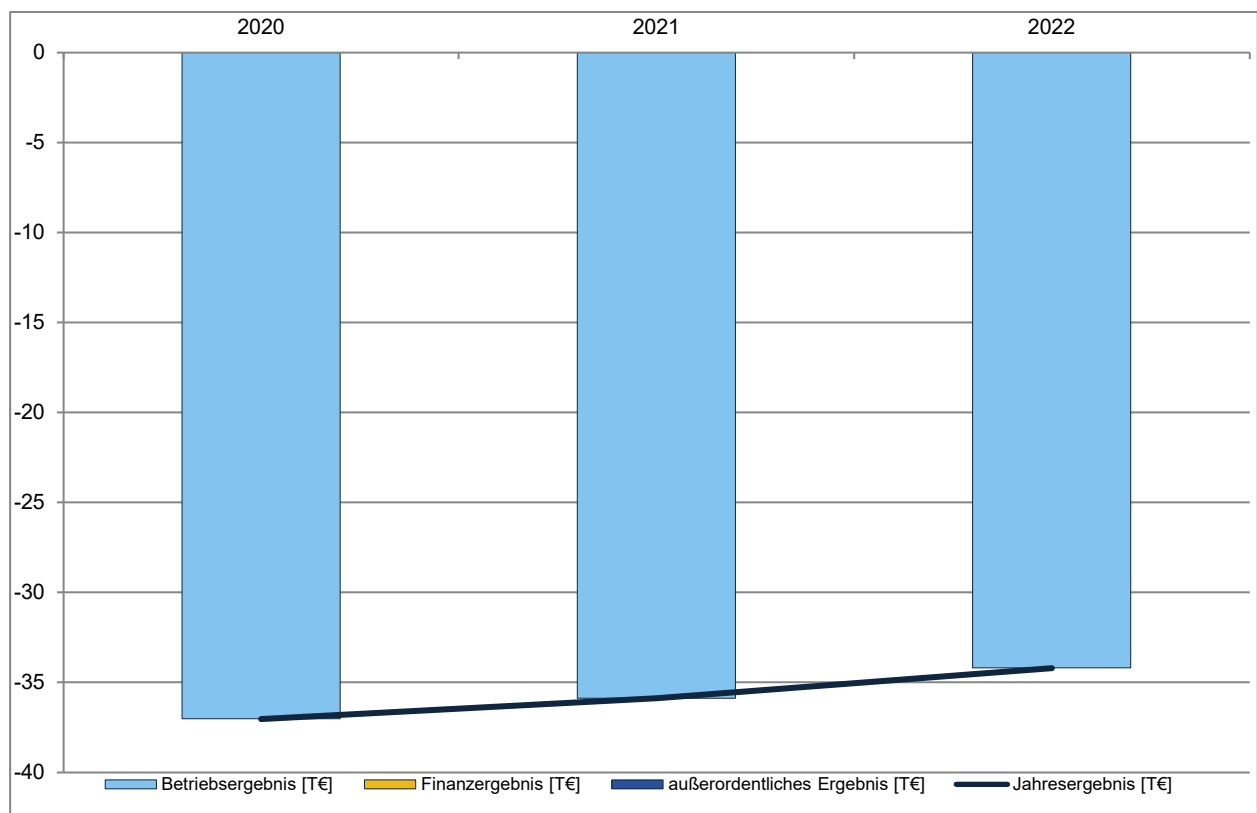
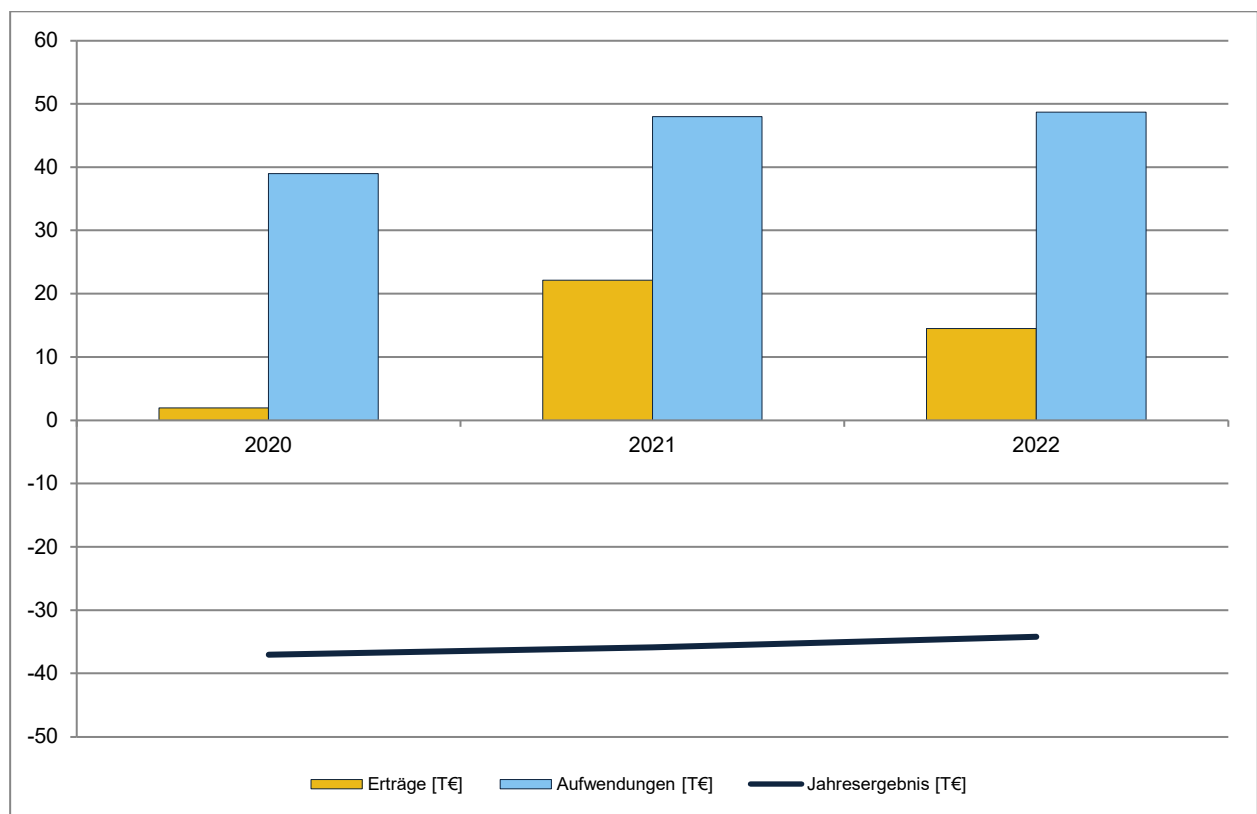
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Oetjen, Hans-Friedrich	Kreistagsmitglied	24.09.2019	
Schütz, Jürgen	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	24.09.2019	
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

h) Personalbestand

Die Future Mobility Park GmbH beschäftigt neben der Geschäftsführung keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	97,28%	97,67%	92,03%	-5,64%
Eigenkapitalrentabilität	-19,70%	-23,60%	-29,01%	-5,42%
Anlagendeckungsgrad 2	0,00%	1520,88%	0,00%	-1520,88%
Verschuldungsgrad	2,80%	2,38%	8,66%	6,28%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%

10 Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)



Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421/20-1000 100
Telefax: 02421/22-2010
E-Mail: info-gis@kreis-dueren.de
Homepage: www.gis-dueren.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftragsgeberfunktionen bei Planungen und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.

Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd subsidiär tätig.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25,00	100
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	34.901.898,55 €	40.129.511,74 €	48.340.574,38 €	8.211.062,64 €	20,46%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.490.731,99 €	3.468.084,50 €	3.050.168,22 €	-417.916,28 €	-12,05%
III. Guthaben bei einem Kreditinstitut	2.096.784,68 €	2.181.283,24 €	2.823.782,17 €	642.498,93 €	29,46%

C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.868,65 €	64.525,09 €	59.555,81 €	-4.969,28 €	-7,70%
Summe Aktiva	40.501.283,87 €	45.843.404,57 €	54.274.080,58 €	8.430.676,01 €	18,39%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	350.000,00 €	350.000,00 €	350.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnvortrag	177.122,84 €	177.122,84 €	177.122,84 €	0,00 €	0,00%
IV. Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
B. Sonderposten	883.075,00 €	855.268,00 €	827.461,00 €	-27.807,00 €	-3,25%
C. Rückstellungen	517.675,57 €	627.580,13 €	755.073,54 €	127.493,41 €	20,32%
D. Verbindlichkeiten	16.032.407,24 €	21.940.755,11 €	30.904.454,35 €	8.963.699,24 €	40,85%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	22.516.003,22 €	21.867.678,49 €	21.234.968,85 €	-632.709,64 €	-2,89%
Summe Passiva	40.501.283,87 €	45.843.404,57 €	54.274.080,58 €	8.430.676,01 €	18,39%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	5.735.158,26 €	7.224.134,80 €	7.500.018,21 €	275.883,41 €	3,82%
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
4. Sonstige betriebliche Erträge	58.239,87 €	52.067,74 €	124.243,24 €	72.175,50 €	138,62%
5. Materialaufwand	3.369.306,84 €	3.688.016,19 €	2.915.820,16 €	-772.196,03 €	-20,94%
6. Personalaufwand	823.749,29 €	998.278,55 €	1.339.158,16 €	340.879,61 €	34,15%
7. Abschreibungen	877.107,54 €	1.062.590,30 €	1.250.074,77 €	187.484,47 €	17,64%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	183.502,53 €	265.085,58 €	403.059,46 €	137.973,88 €	52,05%
Betriebsergebnis	539.731,93 €	1.262.231,92 €	1.716.148,90 €	453.916,98 €	35,96%
9. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	101.839,54 €	70.422,19 €	66.493,04 €	-3.929,15 €	-5,58%
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	821.114,25 €	723.459,54 €	846.084,27 €	122.624,73 €	16,95%
Finanzergebnis	-719.274,71 €	-653.037,35 €	-779.591,23 €	-126.553,88 €	19,38%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-179.542,78 €	609.194,57 €	936.557,67 €	327.363,10 €	53,74%
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,23 €	0,00 €	15.852,97 €	15.852,97 €	0,00%
12. Sonstige Steuern	996,00 €	629,00 €	504,00 €	-125,00 €	-19,87%
13. Aufwand aus Ergebnisabführung	-180.539,01 €	608.565,57 €	920.200,70 €	311.635,13 €	51,21%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Gesellschaft

1.1 Geschäftsmodell der Gesellschaft

Mit notarieller Urkunde Nr. 1098 für 2007 vom 03.09.2007 des Notars Dr. Christian Kessler, Düren, wurde die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) als hundertprozentige Tochter des Kreises Düren mit einer Stammeinlage von 25 T€ gegründet.

Die Gesellschaft wurde am 07.09.2007 in das Handelsregister, Amtsgericht Düren, HRB 5191 eingetragen. Mit Vertrag vom 4. November 2009 des Notars Dr. Hagen Monath wurden die Gesellschaftsanteile zu 100 % vom Kreis Düren auf die "Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH" übertragen.

Nach einem Beschluss der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH vom 20.07.2010 wurde eine Einlage in die Kapitalrücklage von 100 T€ beschlossen und am 29.12.2010 eingezahlt.

Im Zuge von Eigentumsänderungen bei den Immobilien in Nideggen, Im Effels, hat der Kreistag am 25.9.2018 beschlossen, dass der Gesellschafter eine weitere Kapitalrücklage in Höhe von 250 T€ leistet. Diese wurde in 2019 in Form der Einbringung einer Forderung erbracht.

Gegenstand des Unternehmens nach § 2 des Gesellschaftsvertrages ist:

- 1.) Die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.
- 2.) Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftraggeberfunktionen bei Planung und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.
- 3.) Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd tätig.

Zum Geschäftsführer ist Herr Peter Kaptain, Kreuzau, bestellt.

1.2 Ziele und Strategien

Die GIS ist als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, deren alleiniger Gesellschafter wiederum der Kreis Düren ist, ausschließlich im kommunalen Umfeld tätig. Die Konzentration der geschäftlichen Aktivitäten auf kommunal genutztes Infrastrukturvermögen bringt demzufolge auch Synergieeffekte durch die jeweiligen Aktivitätsschwerpunkte der öffentlichen Hand mit sich.

1.3 Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt der jährlich aufzustellende 5-jährige Wirtschafts- und Finanzplan dar.

Ab 2010 wurden das Rechnungswesen bzw. das gesamte Finanzmanagement aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der alleinigen Gesellschafterin übernommen. Die Gesellschaft wurde somit in das Controlling- und Überwachungssystem des Mutterunternehmens integriert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2022 war geprägt durch den Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Februar sowie der damit verbundenen erheblichen Preissteigerungen insbesondere im Energiesektor. In Folge stiegen die Finanzierungskosten erheblich an. Die Corona-Pandemie spielte erstmals seit ihrem Ausbruch im Jahr 2020 eine untergeordnete Rolle.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9% gegenüber 2021 erhöht. Damit liegt die Jahresteuersatzrate deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren.

Das BIP (preis- und kalenderbereinigt) erhöhte sich im gesamten Jahr 2022 um 2,0 %. Trotz dieser im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, um 0,7% höherem BIP prägten Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise sowie der Fachkräftemangel das wirtschaftliche Umfeld.

Die Prognosen für das Jahr 2023 werden aufgrund der weltpolitischen Unsicherheiten und besonders wegen des Ukraine-Kriegs zurzeit von den Regierungen, internationalen Organisationen und Wirtschaftsforschern sehr different gesehen. Sie schwanken aktuell (02/2023) zwischen -0,75% und +0,2%. Eine belastbare Aussage ist daher nicht möglich.

Die GIS konnte in 2022 nur noch teilweise die günstigen Finanzierungsbedingungen nutzen und wurde zusätzlich mit preislich höheren Angeboten der verschiedenen Unternehmen des Baugewerbes konfrontiert. Obwohl der öffentliche Bereich Auftraggeber der Gesellschaft ist, sind die Auswirkungen der Zins- und Preisentwicklung sowie der Fachkräftemangel auf den Geschäftsverlauf mittlerweile von Bedeutung.

2.2 Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Ergebnis von 920 T€ (Plan 739 T€) vor Ergebnisabführung.

Der Geschäftsverlauf für das Berichtsjahr war durch folgende Tätigkeitsschwerpunkte geprägt:
Baumaßnahmen für die RDKD

Infolge der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2014 hat die Rettungsdienst Kreis Düren, Anstalt des öffentlichen Rechts (RDKD), die GIS mit der Herrichtung der notwendigen neuen Rettungswachen beauftragt.

Der Bau der Rettungswache mit Notarztstandort in Nideggen wurde im Geschäftsjahr 2022 fertiggestellt und der RDKD übergeben.

Anfang 2022 wurde nach Abschluss von verschiedenen Restarbeiten auch die zweite Erweiterung der Rettungswache in Nörvenich-Eggersheim (Erweiterungsbau) übergeben.

Darüber hinaus hat die GIS die Erweiterung des Kantinenbereichs im bisherigen Verwaltungsgebäude sowie die Errichtung eines Parkplatzes im Bereich der sog. Panzerstraße am Campus in Stockheim umgesetzt.

Ende des Jahres konnten die Planungen für das Boardinghaus am Standort in Stockheim abgeschlossen werden.

Neubauten Kindertagesstätten (KiTa)

Die GIS plant und entwickelt als Investor KiTas für die KiTa AöR und andere Träger. Es werden langfristige Mietverträge analog zur Finanzierung geschlossen. Dieser Aufgabenbereich ist dadurch gekennzeichnet, dass die Projekte teilweise sehr schnell aufgrund der Bedarfe angestoßen werden. In diesen Fällen müssen Zwischenlösungen mittels Containeranlagen umgesetzt werden, die den Zeitraum bis zum Bau der endgültigen Kindertagesstätte überbrücken.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde der Neubau in Kreuzau fertiggestellt und Anfang 2023 der Neubau der Kita Inden an die Kita AöR übergeben.

Aktuell sind weitere Projekte in enger Abstimmung mit den jeweiligen Trägern und dem Kreis-Jugendamt in Planung; dies gilt sowohl für Neubauten, als auch für provisorische Unterbringungen in Containern.

Sonstige Projekte

Die GIS hat vom Kreis Düren zwischenzeitlich den Projektsteuerungsauftrag zum Umbau, zur Erweiterung bzw. zum Neubau aller vier Berufskollegs im Kreisgebiet erhalten.

Am Berufskolleg kaufmännische Schulen wurden die Planungen für den Erweiterungsbau abgeschlossen. Für den Neubau des Nelly-Pütz-Berufskollegs wurde die Planung der Leistungsphase 3 abgeschlossen und vielseitige Gespräche geführt, wie das Projekt in einem finanziellen Rahmen gehalten werden kann. Für die Umbauten am BK-Technik und am BK-Jülich wurden erste Gespräche mit allen Beteiligten geführt.

Die Schwestergesellschaft DGA mbH plant den Betrieb einer Großküche im Rahmen einer Integrationsabteilung. Im April 2021 wurde die GIS mit der Projektentwicklung und -steuerung des Neubaus beauftragt. Nach kurzzeitiger Unterbrechung konnten die Planungen hierzu zwischenzeitlich wieder aufgenommen werden.

Für die Gemeinde Merzenich hat die Gesellschaft darüber hinaus als Projektentwicklerin den Endausbau eines Wohngebietes fertiggestellt und das Bebauungsplanverfahren für ein weiteres Wohnbaugebiet abgewickelt.

Geschäftsbesorgungsverträge

Ein weiterer wesentlicher Aufgabenschwerpunkt des abgelaufenen Jahres resultierte aus den Geschäftsbesorgungsverträgen für

- die BTG,
- die Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG),
- die Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD),
- die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR (KiTa AöR),
- die „F&S“ GmbH für das Polizei- und AOK-Gebäude und
- den Kreis Düren.

Es bestehen für die VVG im Bereich der ARENA Kreis Düren und die BTG konstante Auftragslagen. Die Geschäftsbesorgung für die RDKD und den Kreis Düren befinden sich in der Weiterentwicklung. Die Geschäftsbesorgung für die KiTa AöR entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch. Die Geschäftsbesorgung für die SüdKom wurde zum Jahresende eingestellt, weil sich die Kommunen aus dem Südkreis der MILAN GmbH angeschlossen haben.

2.3 Lage

2.3.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft betrugen im Geschäftsjahr 7.500 T€ (VJ 7.224 T€) und erhöhten sich damit um 276 T€. Die Umsatzerlöse setzen sich aus Dienstleistungsverträgen, Projekterträgen und sonstigen Erlösen in Höhe von 2.394 T€ (VJ 2.398 T€) sowie aus Mietverträgen in Höhe von 5.106 T€ (VJ 4.826 T€) zusammen.

Die weiterhin wachsende Zahl von Mietverhältnissen im Zusammenhang mit den KiTas begründet die Zunahme der Mieterträge.

Dem gegenüber steht ein Materialaufwand in Höhe von 2.916 T€ (VJ 3.688 T€). Der Rückgang ist auf den im Vorjahresvergleich geringeren Aufbau von provisorischen Containeranlagen zur kurzfristigen Vermietung an die Kita AöR zurückzuführen.

Im weiter gestiegenen Personalaufwand auf 1.339 T€ (VJ 998 T€) spiegelt sich die dynamische Entwicklung der Gesellschaft wider.

Die Abschreibungen stiegen aufgrund der zahlreichen Aktivierungen im Bereich der Geschäftsbauten um 187 T€ auf nunmehr 1.250 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Geschäftsjahr aufgrund von gestiegenen Grundbesitzabgaben (+ 73 T€) und periodenfremden Aufwendungen für EEG-Umlagen aus Vorjahren (+ 64 T€) von 265 T€ auf 403 T€ gestiegen.

Die Zinserträge veränderten sich von 70 T€ auf 66 T€. Die Zinsaufwendungen stiegen um 123 T€ auf nunmehr 846 T€. Das in 2022 anziehende Zinsmarktniveau beeinflusste die Entwicklung bei Neudarlehen.

Im Ergebnis zeigt sich für das Geschäftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 920 T€ (VJ 609 T€).

2.3.2 Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft haben sich auf 2.824 T€ (VJ 2.181 T€) erhöht.

Strukturell werden die Auszahlungen für die Personal- und Gemeinkosten im Wesentlichen über die Einnahmen aus den Geschäftsbesorgungsverträgen refinanziert. Die Einnahmen aus den langfristigen Mietverhältnissen berücksichtigen neben der Zins- und Tilgungsleistung auch Rücklagen für die Instandhaltung der Gebäude sowie anteilig Verwaltungskosten. Darüber hinaus werden die Gebäudenebenkosten über Abschlagszahlungen von den Mietern finanziert.

Im Übrigen wird bezüglich der Kapitalstruktur, der Eigen- und Fremdkapitalquote sowie zu projektbezogenen Finanzierungen auf den Punkt 2.3.3 Vermögenslage verwiesen.

2.3.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2022 54.274 T€ (VJ 45.843 T€). Die Steigerung resultiert primär aus den Investitionen ins Anlagevermögen und auf der Passivseite aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch die Aufnahme weiterer Darlehen zur Finanzierung der Sachanlagen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 552 T€. Der Sonderposten entwickelte sich planmäßig von 855 T€ im Vorjahr auf 827 T€. Die Rückstellungen liegen mit 755 T€ über Vorjahresniveau (VJ 627 T€).

Das Vermögen der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag mit 99,0 % (VJ 98,6 %) fremdfinanziert (ohne anteilige Berücksichtigung des Sonderpostens als Eigenkapital). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das langfristige Vermögen auch langfristig finanziert wurde. Neben klassischen Bankdarlehen in Höhe von 26.382 T€ (VJ 17.696 T€) und einem Gesellschafterdarlehen in Höhe von 2.287 T€ (VJ 2.402 T€) wurden in der Vergangenheit Forfaitierungsgeschäfte abgeschlossen, die unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden (21.235 T€; VJ 21.868 T€).

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der Gesellschaft besteht u. a. in der Durchführung neuer Projekte. Die diesen zu Grunde liegenden Rentabilitätsberechnungen spiegeln sich in den wesentlichen Steuerungsgrößen Umsatz und Erträge wider.

Als Steuerungselemente dienen Kennziffern zur Kapital- und Vermögensstruktur.

Berücksichtigt werden die Eigen- und Fremdkapitalquote sowie die Anlagenintensität.

Des Weiteren werden Kennzahlen wie der Anlagendeckungsgrad (Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital/Anlagevermögen) sowie die Personalaufwandsquote und Umsatzrendite als Steuerungsgrößen herangezogen.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erfüllt und erreicht werden kann.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2023 geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens von einem Ergebnis von 948 T€ aus. Aufgrund der sich stetig ändernden Auftragslage und Projektzeitabläufen ist eine Anpassung der Planung im laufenden Jahr möglich.

Die Auftragslage der Gesellschaft für die kommenden Jahre ist positiv zu bewerten: Insbesondere ist hier die Projektentwicklung und der Bau neuer Kindertagesstätten für die KiTa AöR zu erwähnen.

Mit der Beauftragung der größeren Schulprojekte an den BKs durch den Kreis Düren und die DGA mbH wird es zu einer Ausweitung des Geschäftsumfangs kommen, die sowohl eine organisatorische Anpassung der Betriebsabläufe als auch die personelle Aufstockung der GIS erfordern.

3.2 Risikobericht

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Da die Gesellschaft vorwiegend über Kunden aus dem öffentlichen Bereich verfügt, sind Forderungsausfälle nicht zu erwarten. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend aus der laufenden Liquidität.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird regelmäßig ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt. Darüber hinaus stimmte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 16.06.2014 der Einrichtung gegenseitiger Kontokorrentkreditlinien zwischen dem Mutterunternehmen Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) und dem Tochterunternehmen GIS zur Optimierung des Finanzmittelbedarfs zu.

Die Gesellschaft ist als Tochterunternehmen der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH in das Controlling- und Überwachungssystem des Mutterunternehmens integriert. Durch den in 2017

abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wurde das Verlustrisiko eliminiert.

3.3 Chancenbericht

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Verbindung zu den Kommunen und kommunalen Gesellschaften, wodurch sich positive Synergieeffekte ergeben. Für den positiven Fortbestand der GIS sind die im Bericht aufgezeigten neuen Aufträge von wesentlicher Bedeutung.

Hinsichtlich der Solvenz der Mieter sind keine Risiken zu erwarten, da als Auftraggeber Kommunen oder kommunale Gesellschaften auftreten.

Aus den Geschäftsbesorgungsverträgen ergeben sich positive Rahmenbedingungen für das Unternehmen, die zu einer Stabilisierung auf der Einnahmenseite beitragen.

Die sich abzeichnenden neuen Projekte werden die Kapazität der GIS bei einem mittelfristigen Planungszeitraum auslasten und damit zur Zukunftssicherung und Einhaltung der Ergebnisprognose der Gesellschaft entscheidend beitragen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Allgemeiner Vertreter des Landrats
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.		1 Stimme 100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Dichant, Maximilian	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Esser, Klaus	Kreistagsmitglied	31.03.2022	01.01.2024
Frings, Thomas	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Graßmann, Rainer	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Kochs, Wolfgang	Kreistagsmitglied	26.11.2020	30.03.2022
Körffer, Michaela	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Maris, Achim	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

Schiffer, Norbert	Kreistagsmitglied	26.11.2020
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	21.08.2007
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020

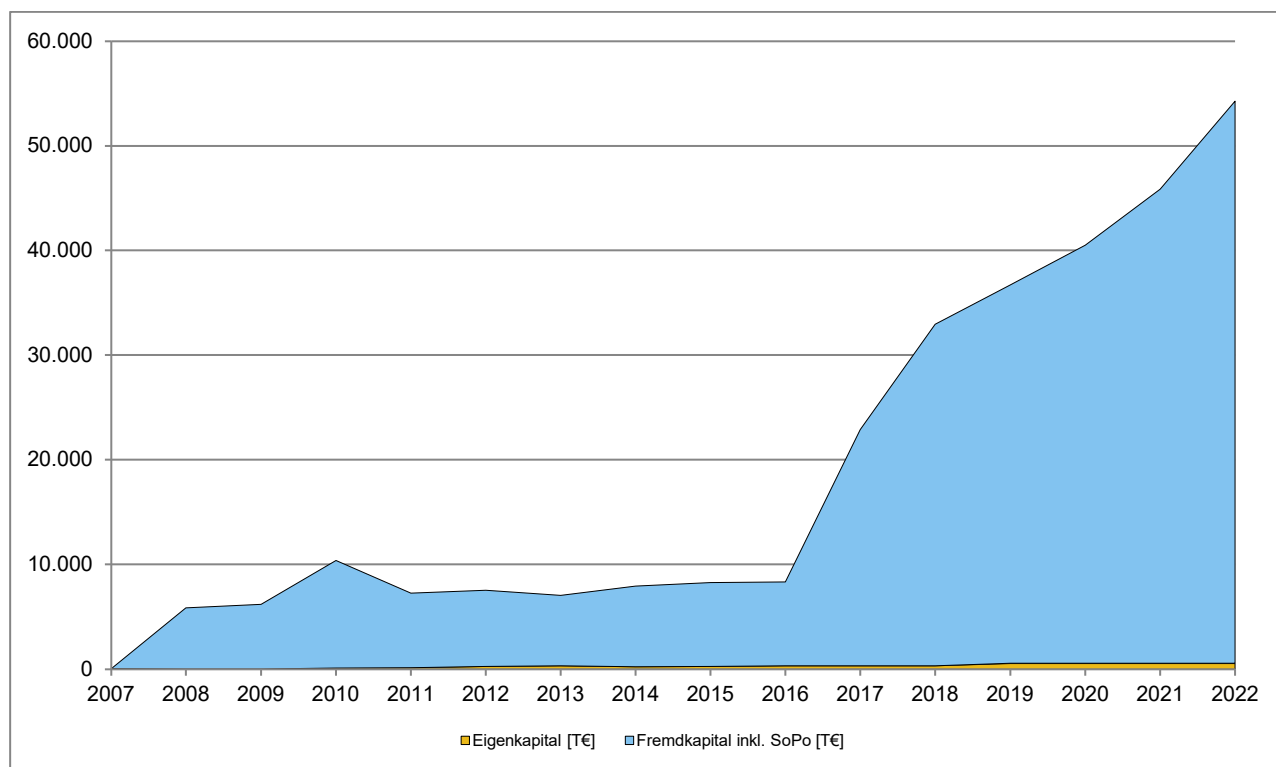
Geschäftsführung:

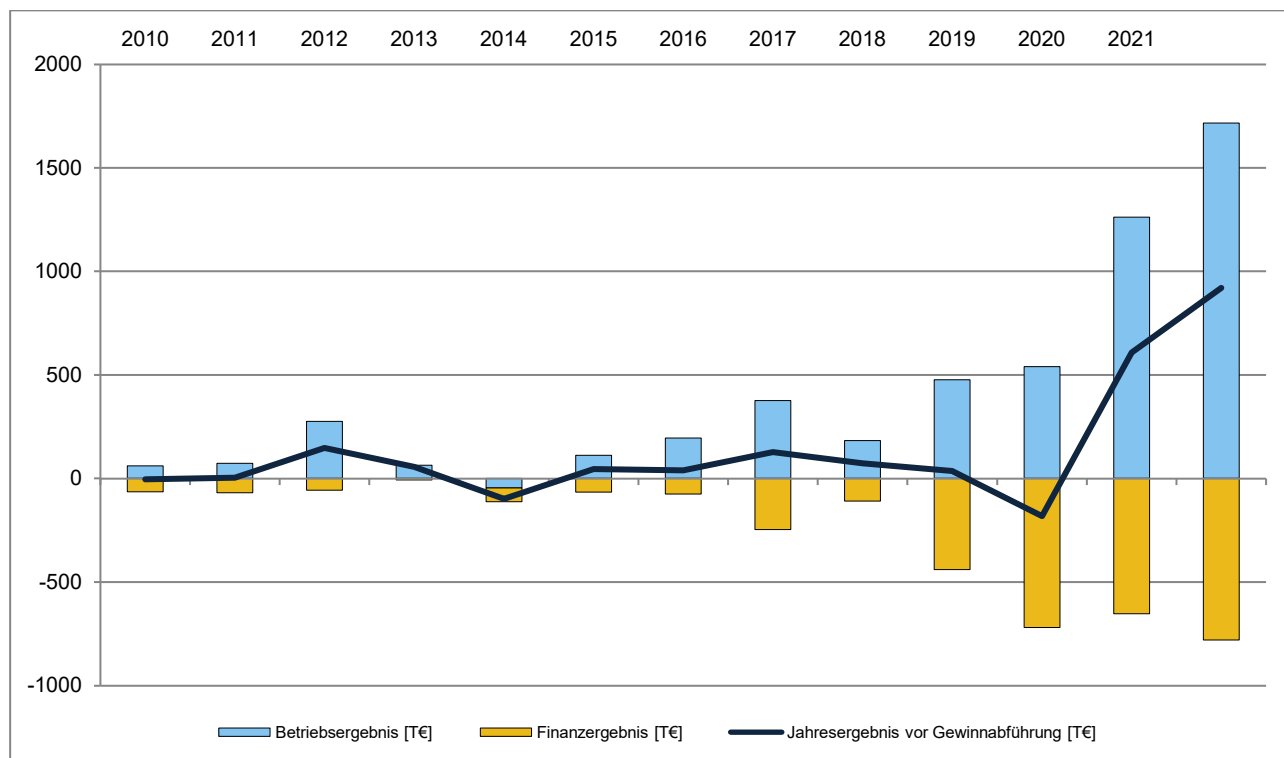
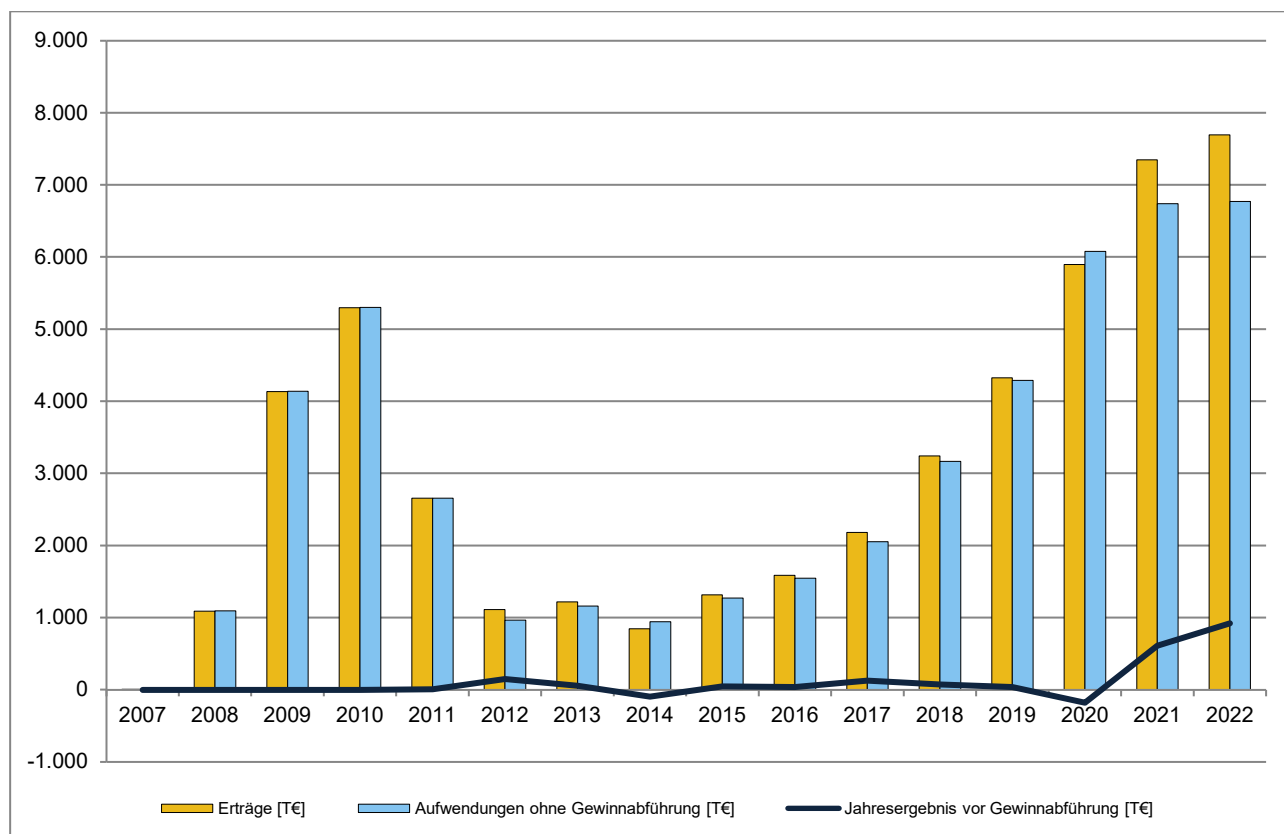
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	21.12.2007	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 86 Beschäftigte für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	1,36%	1,20%	1,02%	-0,19%
Eigenkapitalrentabilität	-32,70%	110,22%	166,67%	56,44%
Anlagendeckungsgrad 2	34,50%	50,76%	57,03%	6,27%
Verschuldungsgrad	2997,54%	4087,56%	5734,15%	1646,59%
Umsatzrentabilität	9,41%	17,47%	22,88%	5,41%

11 GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH



Gesellschaft für regionale und
erneuerbare Energie mbH

Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: 02402/101-1500
Telefax: 02402/101-52 1500
E-Mail: daniel.schürmann@ewv.de
Homepage: <https://www.ewv.de/privatkunden/unternehmen/nachhaltigkeit/erneuerbare-energien>

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	18,750	3,00
EWV	244,750	39,16
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	93,750	15,00
Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	93,750	15,00
Rheinland-Westfalen Energiepartner GmbH	62,50	10,00
RURENERGIE GmbH	31,250	5,00
Stadt Linnich	18,750	3,00
Gemeinde Roetgen	18,750	3,00
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	18,750	3,00
Stadt Stolberg	18,750	3,00
Gemeinde Titz	0,750	0,12
Gemeinde Langerwehe	0,750	0,12
Gemeinde Selfkant	0,750	0,12
Kreis Heinsberg	0,750	0,12
Gemeinde Aldenhoven	0,750	0,12
Gemeinde Inden	0,750	0,12
Gemeinde Niederzier	0,750	0,12
Stammkapital	625,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	774.556,13 €	715.081,77 €	688.220,94 €	-26.860,83 €	-3,76%
II. Finanzanlagen	438.775,51 €	420.408,16 €	404.081,63 €	-16.326,53 €	-3,88%
B. Umlaufvermögen				0,00 €	
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	22.275,28 €	7.546,76 €	28.799,66 €	21.252,90 €	281,62%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	38.150,51 €	101.652,49 €	142.520,70 €	40.868,21 €	40,20%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	1.273.757,43 €	1.244.689,18 €	1.263.622,93 €	18.933,75 €	1,52%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	625.000,00 €	625.000,00 €	625.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Ergebnisvortrag	119.215,31 €	136.985,70 €	147.645,11 €	10.659,41 €	7,78%
IV. Jahresergebnis	17.770,39 €	10.659,41 €	24.093,93 €	13.434,52 €	126,03%
B. Rückstellungen	13.983,44 €	20.035,55 €	17.357,55 €	-2.678,00 €	-13,37%
C. Verbindlichkeiten	497.788,29 €	452.008,52 €	449.526,34 €	-2.482,18 €	-0,55%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	1.273.757,43 €	1.244.689,18 €	1.263.622,93 €	18.933,75 €	1,52%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	150.249,85 €	152.737,97 €	172.091,31 €	19.353,34 €	12,67%
2. sonstige betriebliche Erträge	844,17 €	0,06 €	0,00 €	-0,06 €	-100,00%
3. Materialaufwand	7.043,11 €	11.605,15 €	21.642,39 €	10.037,24 €	86,49%
4. Personalaufwand	844,17 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Abschreibungen	59.474,37 €	59.474,36 €	59.610,83 €	136,47 €	0,23%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	43.346,30 €	43.962,10 €	46.510,13 €	2.548,03 €	5,80%
Betriebsergebnis	40.386,07 €	37.696,42 €	44.327,96 €	6.631,54 €	17,59%
7. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	14.693,88 €	27.346,94 €	12.653,06 €	86,11%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	13.898,07 €	12.871,45 €	11.665,42 €	-1.206,03 €	-9,37%

Finanzergebnis	-13.898,07 €	1.822,43 €	15.681,52 €	13.859,09 €	760,47%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	26.488,00 €	39.518,85 €	60.009,48 €	20.490,63 €	51,85%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.717,61 €	28.859,44 €	35.915,55 €	7.056,11 €	24,45%
Jahresergebnis	17.770,39 €	10.659,41 €	24.093,93 €	13.434,52 €	126,03%

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH (GREEN) wurde am 18. Juli 2011 in den Räumlichkeiten der Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV), Willy-Brandt-Platz 2 in Stolberg, gegründet. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 24. August 2011. Die Unternehmensgründung erfolgte in Form einer Bargründung mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000 Euro.

In der ersten ordentlichen Gesellschafterversammlung am 21. November 2011 wurde die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung verabschiedet und der Prüfungsausschuss der Gesellschafterversammlung benannt. Für den operativen Bereich wurde am 15. August 2011 mit der EWV ein Betriebsführungsvertrag abgeschlossen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafter der Gesellschaft.

1.2. Ziele und Strategien

Die GREEN strebt mit den Gesellschaftern und Fachpartnern die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien an, in dem kommunale und regionale Interessen, innovative Ideen, interdisziplinäre Kräfte und fachliches Know-how gebündelt werden. Sie verschafft den Kommunen somit ein Instrument, interessante Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien zu identifizieren, diese zu planen und in ein regionales Energiekonzept strategisch einzubinden, um es anschließend mit regional ansässigen Unternehmen umzusetzen. Schwerpunktmäßig werden die Geschäftsfelder Wind und Photovoltaik bearbeitet.

Weitere Geschäftsfelder der GREEN könnten aus dem Immobilien- und Grundbesitz der Kommunen und deren Vermarktungspotenzial entstehen. So können erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung oder zur Stromerzeugung in kommunalen Liegenschaften eingesetzt werden. Dach- und sonstige Flächen der Kommunen kann die Gesellschaft erwerben oder pachten und somit z. B. das Entstehen von Bürgerenergieanlagen unterstützen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2023 ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Energiewende und Klimaneutralität. Es hat zum Ziel, den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland weiter zu fördern und die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen.

Die wesentlichen übergeordneten Änderungen der Novellierung zum vorherigen EEG liegen vor allem im Bereich der Ausschreibungen. So wird zum Beispiel die Ausschreibungsmenge für Windenergie an Land und Photovoltaik erhöht.

Ein weiterer wichtiger Punkt des EEG 2023 ist die Zielsetzung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045. Hierfür wird ein ambitionierter Zeitplan aufgestellt, der die schrittweise Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Strommix vorsieht. Bis 2030 soll der Anteil auf mindestens 65 Prozent und bis 2040 auf mindestens 80 Prozent erhöht werden.

Insgesamt stellt das EEG 2023 eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Energiewende in Deutschland dar. Es trägt dazu bei, die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen und die Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energien weiter zu verbessern.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2022 betrug 46 %.

2.2. Geschäftsverlauf

Operative Tätigkeit und Projektentwicklung

Die GREEN wurde durch Mitarbeiter der EWV im Bereich kaufmännische und technische Betriebsführung unterstützt.

Die Windvorhaben „3 Kaiser Eichen“ und „Laufenburger Wald“ wurden im vergangenen Jahr weiterbearbeitet. Der erhoffte und angekündigte Abbau von regulatorischen Hemmnissen zeigt bislang auf operativer Ebene keine spürbare Wirkung innerhalb der Vorhaben.

Im Rahmen der Projektakquise wurden in 2022, mit der Unterstützung der Gesellschafter, Photovoltaik-freiflächen-Projekte akquiriert. Zwei Flächen wurden gesichert und befinden sich derzeit in der Projektentwicklung. Die Bauleitplanungen mit dem Ziel einer Baugenehmigung sind für beide Flächen in Bearbeitung. Eine Fläche befindet sich in Langerwehe-Jüngersdorf. Eine Fläche befindet sich in Stollberg-Zweifall. Die Flächenakquise läuft priorisiert weiter.

Aufgrund der aktuellen Umfeld-Entwicklungen rechnet die GREEN damit, zukünftig Photovoltaik-Freiflächenprojekte außerhalb des EEG gewinnbringend betreiben zu können.

Dies erfolgt, indem der Strom unmittelbar an Stromabnehmer veräußert wird.

Die ablehnende Haltung der Landesregierung scheint sich indes bzgl. Flächennutzung für Windenergie- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen sukzessive zu wandeln. Der Betrieb von Anlagen zur

Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Energien außerhalb des EEG, bietet die Chance, standortbezogene Nachteile in NRW bei den Ausschreibungen der Bundesnetzagentur zu kompensieren. Der Betrieb von Anlagen außerhalb des EEG ist ein neues Geschäftsmodell mit neuen Risiken, bietet jedoch regional große Chancen, bisher nicht realisierte Potenziale zu heben.

Kleinere und mittlere Projekte, z. B. im Bereich PV, können auch weiterhin unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit direkt durch GREEN projektiert werden. Hier wurden im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2022 einige kommunale Liegenschaften bewertet und Anlagen angeboten. Die Gespräche sind anhaltend. Bei den weiterhin zur Diskussion stehenden Objekten, mittlerer Größe, ist im Vorfeld Sanierungsbedarf angemeldet worden. Zudem wurde in 2022 eine PV-Anlage auf der Grundschule Oidtweiler mit einer installierten Leistung von rd. 22 kWp von der EWW übernommen.

Die GREEN wird weiterhin PV-Dachanlagen projektieren. Sie wird sich aber vermehrt um Freiflächenanlagen außerhalb des EEG und der damit verbundenen Flächenakquise bemühen.

Die durch die sieben PV-Anlagen eingespeisten kWh-Mengen betragen im Geschäftsjahr:

Straße	Einspeisesatz in Euro	Eingespeiste Menge in kWh		Veränderung	
		2022	2021	Absolute	Relative
Bendenweg 19	0,23819	65.905	57.971	7.934	13,7%
Bendenweg 21	0,23696	79.297	72.266	7.031	9,7%
Bendenweg 23	0,23396	115.986	100.609	15.377	15,3%
Ritzerfeldstraße	0,23874	60.750	53.489	7.261	13,6%
Dennewartstr. 25	0,26724	213.218	180.488	32.730	18,1%
Bahnhofstr. 8	0,28740	26.532	26.532	0	0,0%
Bardenberger Str. 1	0,28035	83.822	78.980	4.842	6,1%
		645.510	570.335	75.175	13,2%

Jahresergebnis

Für das Geschäftsjahr 2022 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 24. Damit konnte das im Herbst 2021 von der Gesellschafterversammlung verabschiedete Budget 2022 (T€ 34) nicht eingehalten werden, was ursächlich auf periodenfremde Steuern zurückzuführen ist.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2022 wurde eine neue PV Anlage von der EWW gekauft, welche an die Stadt Baesweiler verpachtet wird.

Finanzierung

Dem im Anlagevermögen ausgewiesenen Buchwert der fünf fremdkapitalfinanzierten PVAnlagen i. H. v. T€ 466 stehen langfristige Bankdarlehen i. H. v. T€ 402 gegenüber. Die planmäßigen Tilgungen wurden fristgerecht erbracht.

Die EWW hat in 2015 ein Gesellschafterdarlehen i. H. v. T€ 80 gewährt, das im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen wurde. Diese Linie hat weiterhin Bestand und kann von der Gesellschaft jederzeit abgerufen werden.

Die Wahrung des finanziellen Gleichgewichts war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Personalbereich

Die GREEN beschäftigt keine Mitarbeiter mehr. Betriebsführungsvereinbarungen mit EWW sichern den Geschäftsbetrieb der GREEN.

Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr 2023 kam es zu einem Wechsel der Geschäftsführung. Herr Christoph Hesse legte am 31.01.2023 seine Funktion als Geschäftsführer nieder. Neuer Geschäftsführer für das Unternehmen ist seit dem 01.02.2023 Herr Daniel Schürmann.

2.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme zeigt sich um T€ 19 erhöht und beträgt zum Bilanzstichtag T€ 1.264.

Die Verringerung des Anlagevermögens ergibt sich aus den Abschreibungen in Höhe von 60 TEUR, dem Anlagenzugang der neuen PV Anlage in Höhe von T€ 33 im Sachanlagevermögen und durch die Eigenkapitalrückführung der WEB Beteiligung in Höhe von 16 TEUR im Finanzanlagevermögen.

Das Eigenkapital zeigt sich ausschließlich durch das positive Jahresergebnis (T€ 24) erhöht. Die Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen durch die Tilgung der Darlehen (T€ 35) und dem Kauf der PV Anlage (T€ 33) beeinflusst.

Es zeigt sich eine Anlagenintensität von 86,4 %.

2.4. Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in T€	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	92	80
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-16	19
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-35	-35
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	41	64
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	102	38
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	143	102

Der Bestand an liquiden Mitteln beträgt T€ 143.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit ist durch die Einlagenrückgewähr der Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH (T€ 16) und dem Kauf der neuen PV Anlage (T€ 33) geprägt. Das finanzielle Gleichgewicht war durch die vorhandene Liquidität, einem Bankdarlehen und einer bestehenden Kreditlinie des Gesellschafters EWV gewahrt.

2.5. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	2022		2021		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Umsatzerlöse	172.091,31	114,4%	152.737,97	108,2%	19.353,34	12,7%
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,0%	0,06	0,0%	-0,06	-100,0%
Materialaufwand	-21.642,39	-14,4%	-11.605,15	-8,2%	-10.037,24	86,5%
Rohergebnis	150.448,92	100,0%	141.132,88	100,0%	9.316,04	6,6%
Abschreibungen	-59.610,83	-39,6%	-59.474,36	-42,1%	-136,47	0,2%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-46.510,13	-30,9%	-43.962,10	-31,1%	-2.548,03	5,8%
Betriebsergebnis	44.327,96	29,5%	37.696,42	26,7%	6.631,54	17,6%
Finanzergebnis	15.681,52	10,4%	1.822,43	1,3%	13.859,09	760,5%
Steuerergebnis	-35.915,55	-23,9%	-28.859,44	-20,4%	-7.056,11	24,4%
Jahresüberschuss	<u>24.093,93</u>	<u>16,0%</u>	<u>10.659,41</u>	<u>7,6%</u>	<u>13.434,52</u>	<u>126,0%</u>

Die sieben Photovoltaikanlagen der GREEN erzielten im Geschäftsjahr Erlöse in Höhe von T€ 164 (Vorjahr: T€ 145). Die eingespeiste MWh-Menge beträgt im aktuellen Geschäftsjahr 646 MWh (Vorjahr 570 MWh).

Die übrigen Umsatzerlöse resultieren aus einem Pachtentgelt i. H. v. T€ 8 von der verpachteten PV Anlage auf dem Gebäude der Firma Home Care sowie der neu verpachteten PV Anlage Oidtweiler Straße.

Das Rohergebnis erhöhte sich um T€ 9 (6,6 %) im Vergleich zum Vorjahr.

Im Aufwand befindet sich der Materialaufwand T€ 22 (Vorjahr T€ 12), die Abschreibungen der Photovoltaikanlagen T€ 60 (Vorjahr T€ 59) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 47 (Vorjahr T€ 44). Da im Jahr 2022 keine Mitarbeiter mehr beschäftigt wurden, fielen keine Personalaufwendungen an. Der Anstieg im Materialaufwand ist durch die Reparatur an der PV Anlage Dennewartstraße zu begründen. Im Finanzergebnis zeigt sich die Gewinnausschüttung aus der Beteiligung an der WEB. Im Aufwand sind die Zinsen für das Finanzierungsdarlehen der Kreissparkasse Heinsberg und der Sparkasse Aachen für

die PV-Anlagen in Höhe von T€ 12 (Vorjahr T€ 13) ausgewiesen. Das Geschäftsjahr schließt mit einem positiven Jahresergebnis i. H. v. T€ 24 ab.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

2.6. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Der Geschäftszweck der GREEN GmbH sind Investitionen in Projekte zur Erzeugung von erneuerbaren Energien, hieraus ergeben sich positive Umweltauswirkungen durch die regionale Kompensation von CO₂ Emissionen.

Der von Anlagen der GREEN erzeugte Strom versorgt regionale Verteilnetze. D.h. jede eigen erzeugte kWh der GREEN verdrängt nicht nur fossile Energieträger, sondern ebenso global gehandelte und schwer zu kontrollierende CO₂ Zertifikate. Die nachweisliche regionale Erzeugung von umweltfreundlichem Strom kann erheblich zum Gelingen und zur Akzeptanz der Energiewende lokal beitragen.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1. Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Auf bestehende Risiken wird im Folgenden näher eingegangen.

Betriebsrisiken

Generell schützt die GREEN sich gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung von der EWW abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der GREEN und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Ebenso erfolgt im Rahmen der Betriebsführung durch die EWW eine permanente Liquiditätsüberwachung.

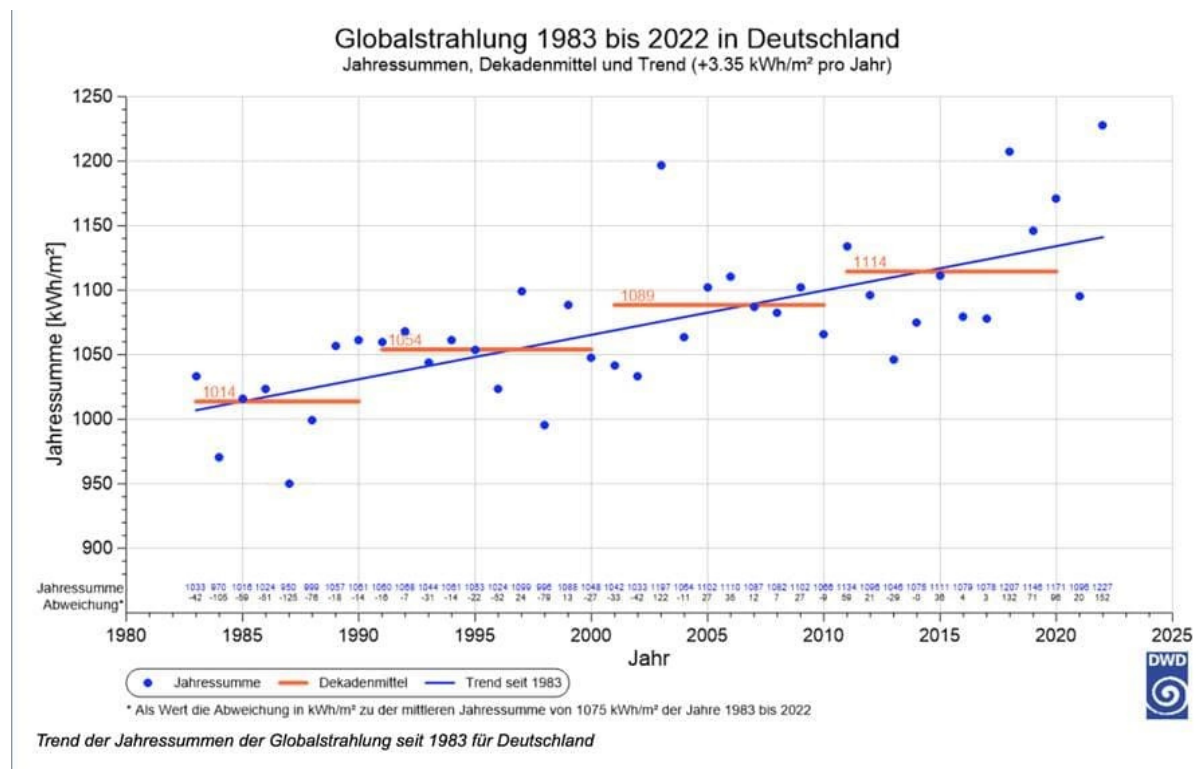
Gesamtrisiko

Insgesamt erfasst das Risikoportfolio den Ausfall der sieben PV-Anlagen aufgrund eines technischen Defekts. Die Schadensklasse hierfür wird als gering eingestuft; die Eintrittswahrscheinlichkeit wird als gering angesehen.

Die Haftung der Gesellschafter ist zudem entsprechend der Rechtsform der GmbH begrenzt. Eine vertraglich vereinbarte Nachschusspflicht für die Gesellschafter besteht nicht.

Stromproduktion

Die Stromproduktion einer Photovoltaikanlage hängt neben dem technischen Zustand der Anlage, die der Betreiber beeinflussen kann, maßgeblich von der Globalstrahlung am Anlagenstandort und der Ausrichtung der Anlage ab. In nachfolgender Abbildung des Deutschen Wetterdienstes ist die Globalstrahlung für den Standort Potsdam exemplarisch für den Zeitraum 1983 bis 2022 dargestellt. Die Durchschnittswerte in der Region Aachen sind mit den Werten in Potsdam vergleichbar. Aus der Abbildung wird deutlich, dass die Schwankungsbreite der Globalstrahlung um den langjährigen Mittelwert (1.000 kWh/m²) zwischen 1.014 kWh/m² und 1.114 kWh/m² liegen. Aus der Tabelle ist auch ersichtlich, dass wir uns derzeit in einer Hochphase der 70 Jahresschwingungen befinden, was dazu führen kann, dass die Globalstrahlung tendenziell oberhalb der langjährigen Mittelwerte liegt.



Quelle: Deutscher Wetterdienst

3.2. Prognosebericht

Projekte

Wind

Weitere Windprojekte in der Städteregion sind möglich, diese hängen sowohl von den jeweiligen Kommunen als auch von den politischen Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene ab. Die aktuellen Ausschreibungsergebnisse größerer Windparkprojekte lässt erkennen, dass dieses Segment weiterhin preislich von den Anbietern/Projektieren gesteuert wird. Die Kaufpreise schlüsselfertiger Anlagen sind so hoch, dass das Rendite- / Risikoverhältnis für GREEN nicht mehr ausgewogen ist. Gleichwohl beobachtet die Gesellschaft ständig die Marktentwicklung.

PV

Die GREEN schätzt den Bau von Freiflächenphotovoltaikanlagen oberhalb von 1.000 kWp als wirtschaftlich interessante Möglichkeit ein. Es werden derzeit mehrere potenzielle Standorte konkret entwickelt. Für die Standorte sind nach der Planung und Sicherung noch die genehmigungsrelevanten Verfahren zu durchlaufen, sodass frühestens in der zweiten Hälfte 2023 mit Baumaßnahmen gerechnet werden kann. Vorab zu treffende Investitionsentscheidungen werden im Rahmen von Beschlüssen rechtzeitig angezeigt.

Die Teilnahme an EEG-Ausschreibungen zur Errichtung größerer Anlagen schließt die GREEN in NRW zukünftig unter Wirtschaftlichkeits- und Risikogesichtspunkten nicht mehr aus. Jedoch bestehen die Standortbenachteiligungen für große Freiflächenanlagen in NRW weiterhin, sodass sich die wirtschaftliche Ausgangssituation derzeit für an der Ausschreibung teilnehmende Anlagen in NRW nicht grundlegend verändert hat.

Im Bereich der Randstreifen von Autobahnen und überregionalen Schienenverkehrswegen, auf Konversionsflächen wird die GREEN Kontakt zur Bezirksregierung aufnehmen, um die Bereitschaft zur Nutzungsänderung von Flächen zu diskutieren.

PV Dachanlagen weisen aktuell nicht mehr die größten Realisierungswahrscheinlichkeiten für Projekte der GREEN auf. Das klassische Geschäftsmodell der volleinspeisenden PV Anlagen könnte im Rahmen des Stromverkaufs außerhalb des EEGs zukünftig, neben den aktuell wirtschaftlichen Eigenverbrauchsmodellen, wieder an Potenzial gewinnen. Die Gesellschaft verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf zukünftiges Geschäftspotenzial genau.

Ferner prüft die Gesellschaft mögliche Optionen bei Beteiligungen an Freiflächenphotovoltaikanlagen, sowohl im regionalen und überregionalen Umfeld als auch deutschlandweit. Sobald hinreichende Konkretisierungen vorliegen, wird die Geschäftsführung der Gesellschafterversammlung ihre Vorschläge vorstellen.

Ergebnisentwicklung

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 zeigt ein im Vergleich zum Geschäftsjahr 2022 deutlich erhöhtes Ergebnis i. H. v. T€ 34. Die Steigung resultiert im Wesentlichen aus dem erwarteten Beteiligungsertrag der WEB in Höhe von T€ 51.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Hesse, Christoph Wolfgang Leverkusen
(vom 01.09.2021 bis 31.01.2023)
Schürmann, Daniel
(seit 01.02.2023)

Gesellschafterversammlung: 1 Stimme je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

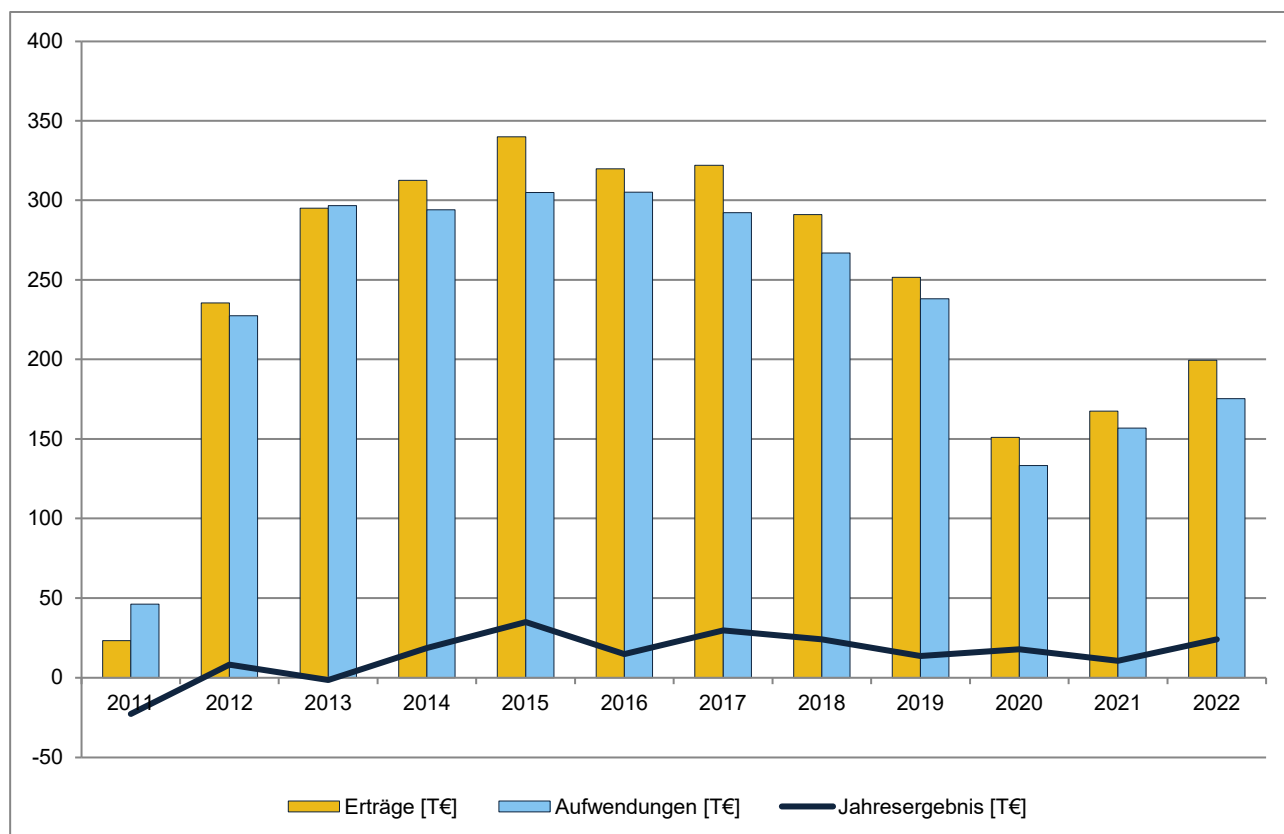
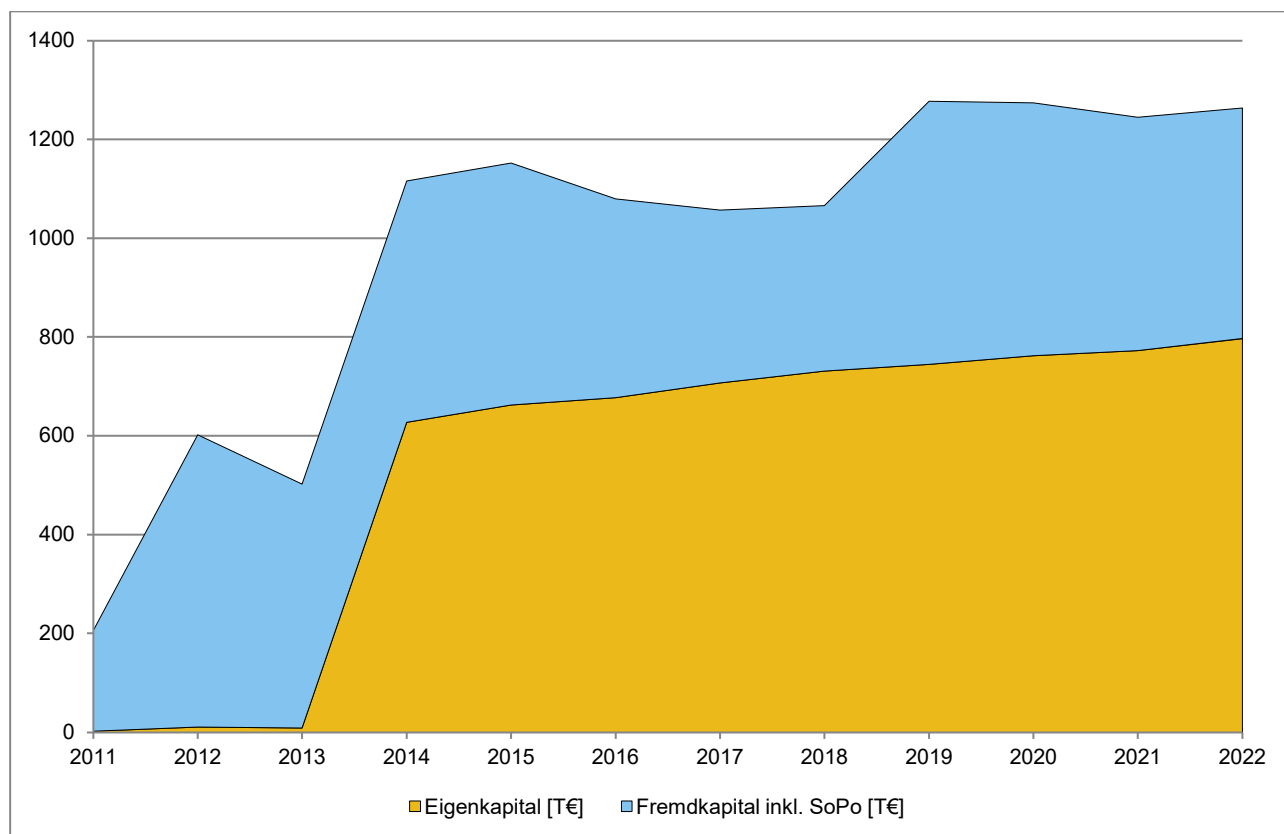
Gesellschafterversammlung:

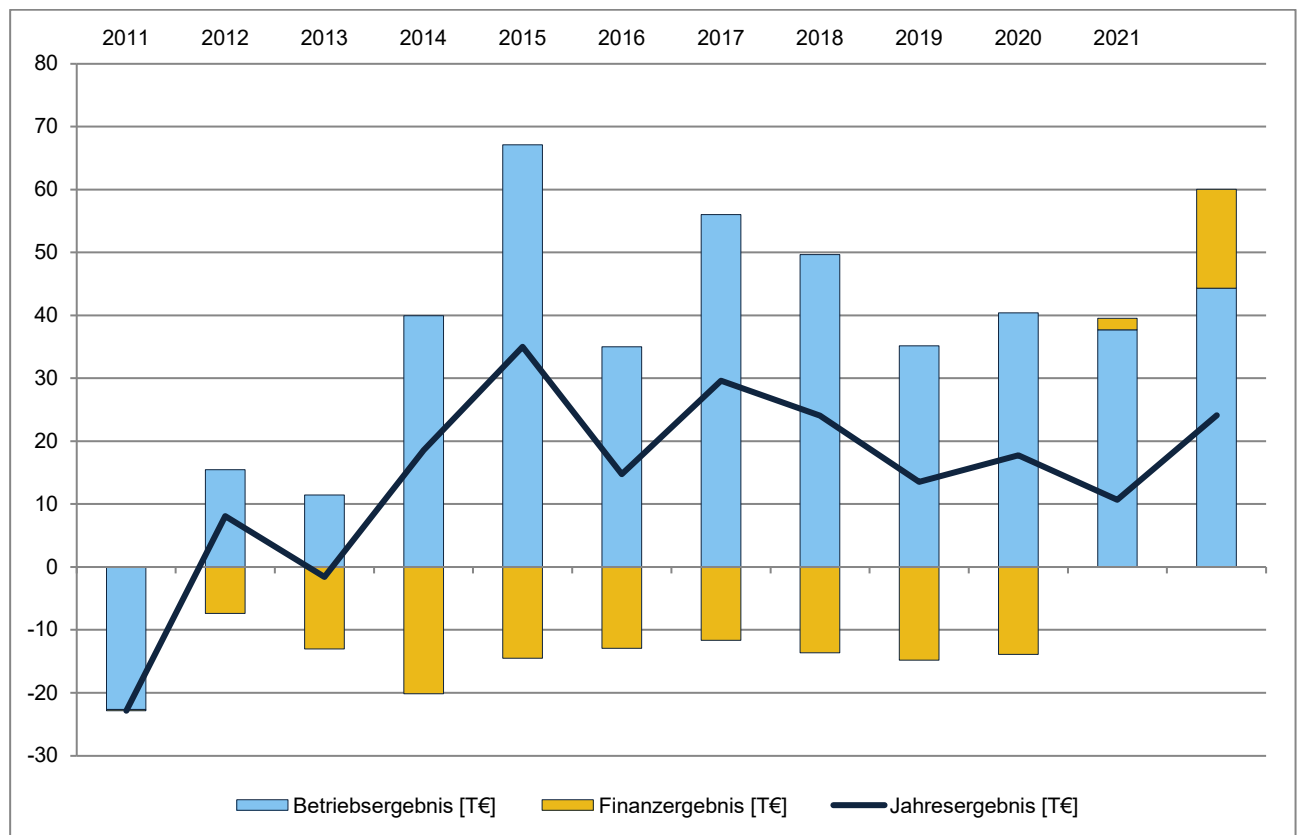
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	03.07.2014	07.04.2023
Zerres, Thomas	RURENERGIE	07.04.2023	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren keine Mitarbeiterinnen und für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	59,82%	62,08%	63,05%	0,98%
Eigenkapitalrentabilität	2,33%	1,38%	3,02%	1,64%
Anlagendeckungsgrad 2	98,88%	103,50%	106,57%	3,07%
Verschuldungsgrad	67,16%	61,09%	58,60%	-2,50%
Umsatzrentabilität	26,88%	24,68%	25,76%	1,08%

12 HyDN GmbH

Am Brainergy Park 1
52428 Jülich
Telefon: 02421.2210-61001
Telefax: 02421.22-182558
E-Mail: a.schuessler@kreis-dueren.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Entwicklung, Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Wasserstoff sowie die Errichtung und den Betrieb einer öffentlichen Wasserstofftankstelle für PKW sowie einer Trailer-Abfüllanlage für den Transport von Wasserstoff in Jülich (Kreis Düren) mit dem Ziel der Herstellung, Reinigung, Speicherung und dem Verkauf von Wasserstoff, Sauerstoff und anderen Gasen, die im Zusammenhang mit der Herstellung von Wasserstoff entstehen, des Verkaufs der Abwärme aus dem Produktionsprozess sowie der Erbringung von Leistungen zur Stabilisierung des Stromnetzes.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	12,50	50
Messer Industriegase GmbH	12,50	50
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva				
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	0,00 €	24.195,42 €	24.195,42 €	
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	24.989,36 €	232.302,68 €	207.313,32 €	829,61%

C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	2.563,10 €	2.563,10 €	
Summe Aktiva	24.989,36 €	259.061,20 €	234.071,84 €	936,69%
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Kapitalanteile Kommanditisten	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	435.000,00 €		
III. Bilanzgewinn/-verlust	-10,64 €	-370.040,66 €		
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00 €	-10,64 €		
B. Rückstellungen	0,00 €	20.362,50 €	20.362,50 €	
C. Verbindlichkeiten	0,00 €	148.750,00 €	148.750,00 €	
Summe Passiva	24.989,36 €	259.061,20 €	234.071,84 €	936,69%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	10,64 €	370.040,66 €	370.030,02 €	3477725,75%
Betriebsergebnis	-10,64 €	-370.040,66 €	-370.030,02 €	3477725,75%
4. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
			0,00 €	
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-10,64 €	-370.040,66 €	-370.030,02 €	3477725,75%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	-10,64 €	-370.040,66 €	-370.030,02 €	3477725,75%

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Die HyDN GmbH ist im Bereich der Planung, Entwicklung, Errichtung und des Betriebes einer Anlage mit ca. 10 MW Leistung zur Herstellung von grünem Wasserstoff in im Brainergy Park in Jülich, Kreis Düren in Nordrhein-Westfalen tätig. Die Anlage befindet sich noch in der Planungsphase und der Bau bzw. Betrieb der Anlage wurde noch nicht aufgenommen. In der Anlage soll Wasser mithilfe

von Strom aus erneuerbaren Energien im Wege der Elektrolyse in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten werden. Das Vorhaben umfasst ferner die Errichtung und den Betrieb einer Wasserstoff-Tankstelle für PKWs (700 bar) sowie einer Trailer-Abfüllanlage für den Transport von Wasserstoff jeweils in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Produktionsanlage. Der erzeugte Wasserstoff soll vorwiegend an Kunden aus dem Mobilitätsbereich, einschließlich ÖPNV-Betreiber im Kreis Düren, aber auch mittels der Trailer-Abfüllanlage zur weiteren Verwendung im Mobilitätsbereich verkauft werden. Darüber hinaus soll die im Rahmen der Wasserstofferzeugung angefallene Abwärme vor Ort direkt in das lokale Wärmenetz des Industriegebiets Brainergy Park eingespeist und an Gewerbekunden im Brainergy Park verkauft werden.

Der Baubeginn der Anlage mit einer Leistung von ca. 10 MW soll 2023 erfolgen und HyDN GmbH wird die operative Produktion frühestens im 3. Quartal 2024 aufnehmen. Eine volle Kapazitätsauslastung von bis zu 1.000 t grünem Wasserstoff pro Jahr wird für 2028 erwartet.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld ist im Jahr 2022 von großen geopolitischen Herausforderungen geprägt. Insbesondere die gestiegenen Energiepreise in Folge der Ukraine Krise sowie die sprunghaft gestiegene Inflation aufgrund von Störungen in den Lieferketten und insbesondere auch bei Investitionsgütern und Anlagenausrüstungen haben laufenden Auswirkungen auf den beabsichtigten Geschäftsplan der HyDN GmbH. Hingegen sind die politischen Rahmenbedingungen zur Förderung von grünem Wasserstoff, sowie Dekarbonisierung in der Mobilitätsbranche günstige Einflussfaktoren.

2. Geschäftsverlauf

Nach vollzogener Gründung durch die Gesellschafter im Januar 2022 hat die HyDN GmbH die Projektentwicklung vorangetrieben. Dies beinhaltete Planungsleistungen sowie Angebotseinholung für einen oder mehrere noch abzuschließende(n) Vertrag/Verträge zur Anlagenerstellung, Beauftragung von rechtlicher Beratung, kaufmännischer Betriebsführung sowie eines technischen Beraters, Bezug weiterer technischer Dienstleistungen, Abstimmungen und Vorplanungen mit dem Verkäufer des Grundstücks Brainergy Park. Weiterhin befindet sich HyDN GmbH in enger Abstimmung bezüglich des erwarteten Übertrags einer Förderung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr welche über den Projektträger Jülich („PTJ“) ausgereicht wird. Die Förderung erfolgt im Rahmen des Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP II) und soll bis zu 45% bestimmter Baukosten, mit einem Höchstbetrag von 14,8 Mio. € betragen.

3. Lage der Gesellschaft

Im Jahr 2022 gab es noch keinen operativen Geschäftsbetrieb der HyDN GmbH und dementsprechend keine Umsätze. Die getätigten und budgetierten Ausgaben im Rahmen der Projektentwicklung sind vollumfänglich über Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage gedeckt, bzw. für noch vorzunehmenden Projektentwicklungsleistungen über bestehende

Einzahlungsverpflichtungen der Gesellschafter. Neben dem eingezahlten Stammkapital sind Einzahlungen in die Kapitalrücklage derzeit die einzige Finanzierungsquelle der HyDN GmbH, d.h. es gibt keine Bankverbindlichkeiten.

III. Prognosebericht

Basierend auf den bisherigen Projektentwicklungstätigkeiten wird die HyDN GmbH voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2023 die finale Investitionszusage der Gesellschafter, sowie den Übertrag des Förderbescheides des PTJ erhalten und somit den Baubeginn der Elektrolyseanlage ermöglichen. Es ist beabsichtigt, vor Beauftragung der Verträge zur Anlagenerstellung und vor Baubeginn der Anlage eine Finanzierungsvereinbarung der Gesellschafter abzuschließen, welche die Baukosten der Anlage vollständig abdeckt. Hier wird auch der Übertrag der PTJ Förderung berücksichtigt. Eine Anbieterauswahl des Anlagenherstellers wird momentan vorgenommen und im ersten Quartal 2023 finalisiert.

Die Inbetriebnahme der Anlage ist für das Jahr 2024 vorgesehen und ab diesem Zeitpunkt würde die HyDN GmbH Wasserstoff produzieren und regelmäßige Umsätze erwirtschaften. Ein positives Jahresergebnis ist aufgrund der stufenweisen Ramp-up Phase und konstant hohen Abschreibungen erst nach ca. 2 Betriebsjahren zu erwarten. Der Fehlbetrag wird im Rahmen der zu erwartenden Gesamtfinanzierung aus Gesellschaftermitteln gedeckt werden.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancen- und Risikobericht

Chancen

Es ist zu erwarten, dass durch die positiven politischen Rahmenbedingungen (u.a. steigende CO₂-Bepreisung, nationale Wasserstoffstrategie) das Momentum im Wasserstoffmarkt zunimmt und die Nachfrage von Industrie und Mobilität nach grünem Wasserstoff steigt. Diese Entwicklung birgt großes Potential für den Absatz der HyDN GmbH. Mit Blick auf die regionalen Gegebenheiten im Kreis Düren besteht die Chance, dass die im öffentlichen Personennahverkehr angesiedelten Unternehmen verstärkt auf grünen Wasserstoff setzen, wenn es vor Ort eine wettbewerbsfähige Wasserstoffquelle gibt. Die Nachfrage nach grünem Wasserstoff nicht nur aus den ÖPNV sondern auch aus der Industrie steigt stetig, wobei das Angebot an grünem Wasserstoff weiterhin sehr gering ist.

Risiken

Das Genehmigungsverfahren nach Bundes-Immissionsschutzgesetz sowie die Beantragung der Baugenehmigung ist noch nicht begonnen. Demzufolge bestehen hier trotz der unterstützenden politischen Rahmenbedingungen ein geringes Restrisiko für die Fortführung des Unternehmens. Die Überarbeitung des Konsortialvertrages sowie der Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung der Gesellschafter muss noch vollzogen werden.

Falls dies nicht realisierbar ist, wäre die Fortführung des Unternehmens gefährdet.

Eine Strukturierung der wesentlichen Projektverträge wie z.B. Stromeinkauf sowie Wasserstoffverkauf muss implementiert werden.

Eine Verzögerung der Transformation des regionalen Personennahverkehrs kann zu einer zeitlichen Verschiebung der ansteigenden Nachfragekurve (H2) führen.
 Signifikante Umweltrisiken werden nicht gesehen, da die Hauptmedien Wasser, Wasserstoff und Sauerstoff hier kein besonderes Gefahrenpotenzial aufweisen.
 Strombezugsverträge sind bislang nicht abgeschlossen. Insbesondere die Marktverwerfungen im Strommarkt als auch regulatorische Einflussfaktoren wie das Strompreisbremsen Gesetz können erhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsplan haben, allerdings kann bis zur Betriebsaufnahme der Anlage in 2024 eine deutliche Beruhigung der Märkte eintreten.

2. Gesamtaussage

Abschließend ist die HyDN GmbH zuversichtlich, die Restrisiken im Rahmen der Projektentwicklung aussteuern zu können und dieses Projekt erfolgreich realisieren zu können.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Schüssler, Anne (seit 26.01.2023)	Kreis Düren	Abteilungsleitung
	Hopfenbach, Frank Manfred Franziskus	Messer Industriegase	CFO
	Brehm, Jochen (bis 26.01.2023)		
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	50 %

Vertreter des Kreises Düren

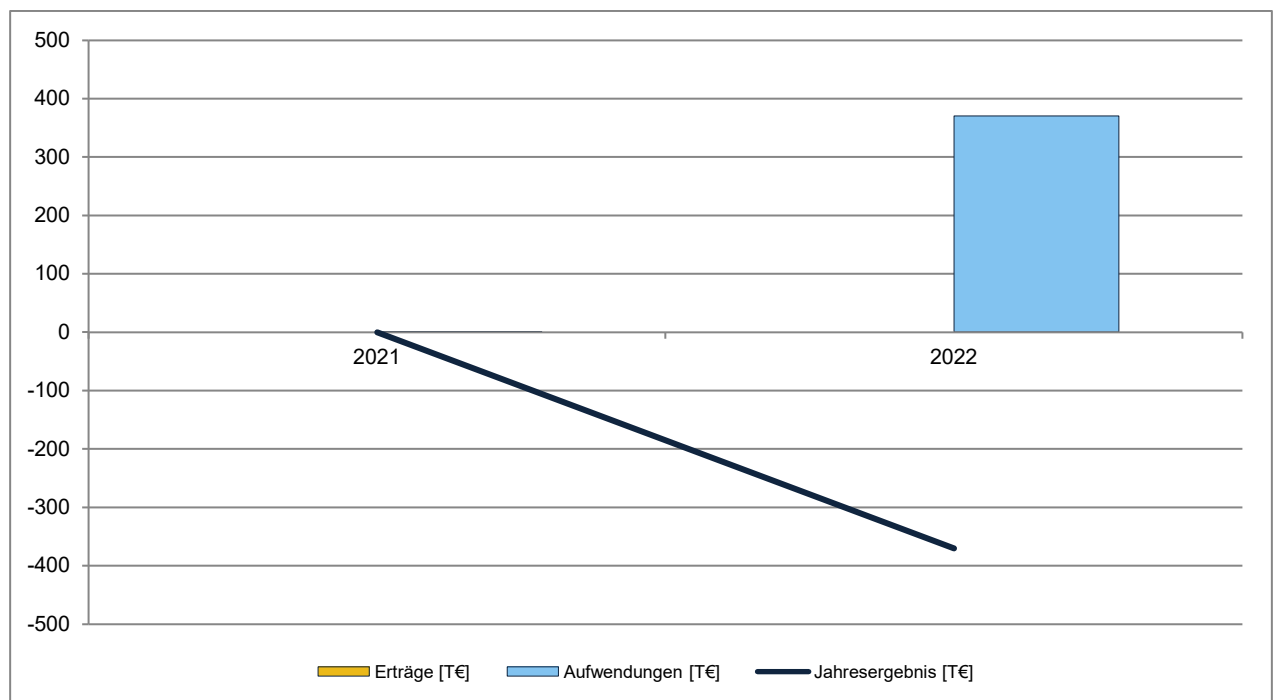
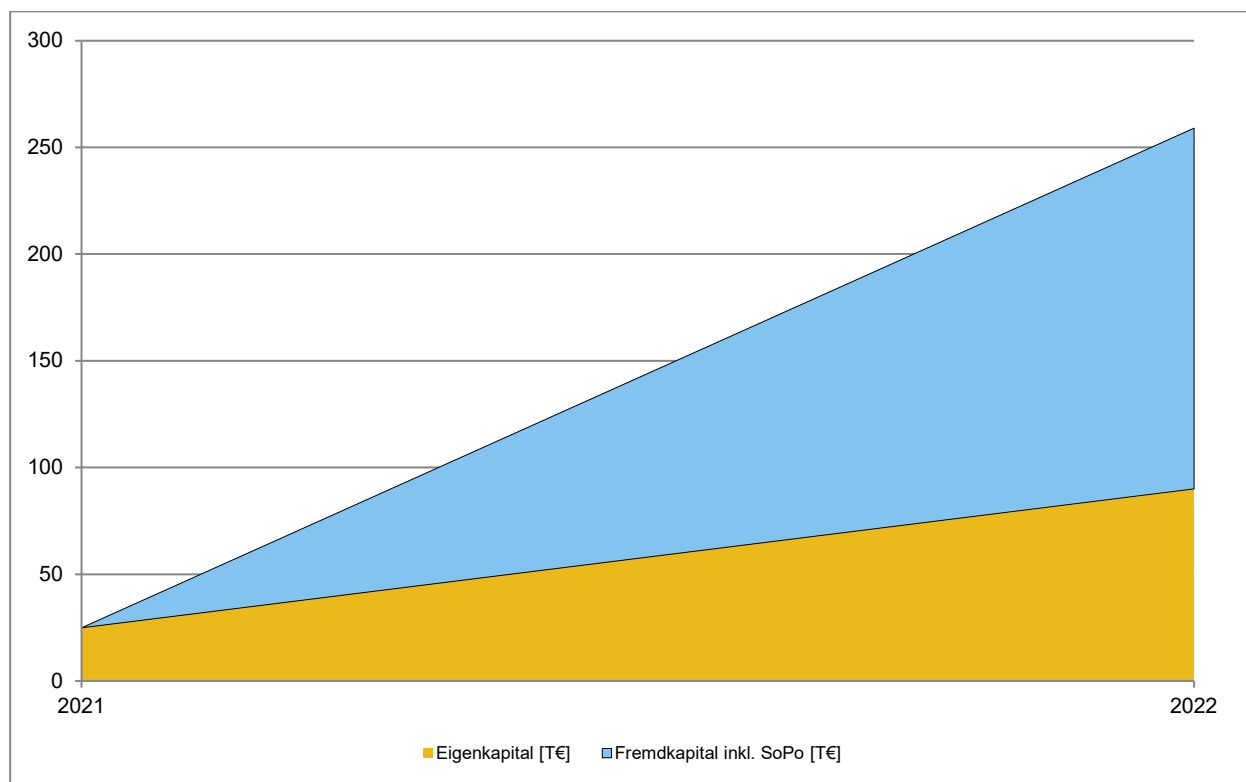
Beirat:

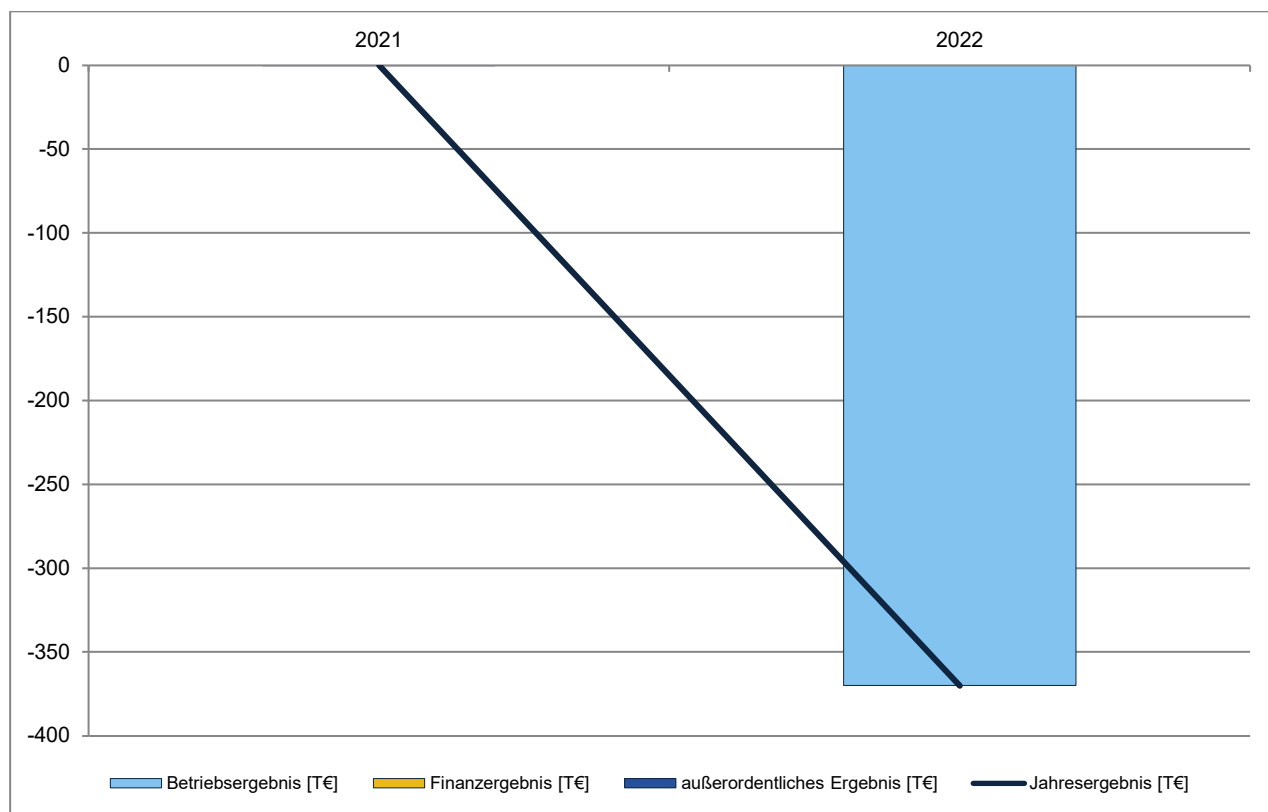
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	29.11.2021	
Peill, Patricia	Kreistagsmitglied	29.11.2021	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren keine Beschäftigte für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	100,04%	9,65%	-90,39%
Eigenkapitalrentabilität	-0,04%	-1480,16%	-1480,12%
Anlagendeckungsgrad 2	0,00%	0,00%	0,00%
Verschuldungsgrad	0,00%	188,01%	188,01%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%

13 KHD Träger GmbH

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421-22 1000200
Telefax: 02421 -22 18 21 70
E-Mail: d.huertgen@kreis-dueren.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.
2. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten oder sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder diese gründen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur seit dem 01.01.2021

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Medizincampus Düren AöR	116,4	94
Kreis Düren	3,6	3
Stadt Düren	3,6	3
Stammkapital	120	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	5.341.016,63 €	5.208.658,63 €	5.133.900,15 €	-74.758,48 €	-1,44%
II. Finanzanlagen	658.900,00 €	658.900,00 €	658.900,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	410.940,16 €	326.017,08 €	427.182,21 €	101.165,13 €	31,03%

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	70.615,55 €	462.481,15 €	56.722,45 €	-405.758,70 €	-87,74%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.638,87 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
D. Aktive latente Steuern	1.443,98 €	1.443,98 €	1.443,98 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	6.485.555,19 €	6.657.500,84 €	6.278.148,79 €	-379.352,05 €	-5,70%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	120.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	900.618,22 €	900.618,22 €	1.000.618,22 €	100.000,00 €	11,10%
III. Ergebnisvortrag	273.000,08 €	398.902,05 €	452.047,45 €	53.145,40 €	13,32%
IV. Jahresergebnis	233.351,97 €	53.145,40 €	69.061,99 €	15.916,59 €	29,95%
B. Rückstellungen	60.054,11 €	91.568,23 €	48.171,86 €	-43.396,37 €	-47,39%
C. Verbindlichkeiten	4.617.945,97 €	4.817.331,20 €	4.316.962,63 €	-500.368,57 €	-10,39%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
E. Passive latente Steuern	280.584,84 €	275.935,74 €	271.286,64 €	-4.649,10 €	-1,68%
Summe Passiva	6.485.555,19 €	6.657.500,84 €	6.278.148,79 €	-379.352,05 €	-5,70%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	507.604,76 €	486.327,47 €	515.117,96 €	28.790,49 €	5,92%
2. Sonstige betriebl. Erlöse	162.573,07 €	312,50 €	5.371,34 €	5.058,84 €	1618,83%
3. Personalaufwand	6.958,25 €	1.203,02 €	7,29 €	-1.195,73 €	-0,99 €
4. Abschreibungen	154.442,50 €	152.465,50 €	152.889,49 €	423,99 €	0,28%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	181.260,20 €	205.343,56 €	250.200,87 €	44.857,31 €	21,85%
Betriebsergebnis	327.516,88 €	127.627,89 €	117.391,65 €	-10.236,24 €	-8,02%
6. Erträge aus Beteiligungen	34.646,63 €	48.316,92 €	66.848,44 €	18.531,52 €	38,35%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	91.151,44 €	80.270,27 €	75.836,49 €	-4.433,78 €	-5,52%
Finanzergebnis	-56.504,81 €	-31.953,35 €	-8.988,05 €	22.965,30 €	-71,87%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	271.012,07 €	95.674,54 €	108.403,60 €	12.729,06 €	13,30%
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	37.660,10 €	30.945,04 €	16.521,50 €	-14.423,54 €	-46,61%
10. sonstige Steuern	0,00 €	11.584,10 €	22.820,11 €	11.236,01 €	97,00%
Jahresergebnis	233.351,97 €	53.145,40 €	69.061,99 €	15.916,59 €	29,95%

f) Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 14. April 2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der Krankenhaus Düren gem. GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HRB 6074 erfolgte am 20. April 2011.

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.

Die Gesellschaft gründete ihrerseits am 27. April 2011 die Krankenhaus Düren Service GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft, eingetragen im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HRB 6085 am 06. Mai 2011.

Die Gesellschaft hat nach Maßgabe des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages vom 26. August 2013 sowie der Zustimmungsbeschlüsse ihrer Gesellschafterversammlung vom 26. August 2013 und der Gesellschafterversammlung der Krankenhaus Düren gem. GmbH den Parkraumbewirtschaftungsbetrieb der Krankenhaus Düren gem. GmbH als Gesamtheit im Wege der Umwandlung durch Ausgliederung übernommen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 29. August 2013.

Weiterhin wurde durch Gesellschafterversammlung vom 26. August 2013 zum Zwecke der Durchführung der Ausgliederung die Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft um 10 T€ sowie durch Sacheinlage eine weitere Erhöhung um 10 T€, insgesamt um 20 T€ auf 120 T€ und die entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 4 beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 19. September 2013.

Mit Wirkung zum 31.12.2018 erwarb die Gesellschaft das ehemalige Schwesternwohnheim der Krankenhaus Düren gem. GmbH. Die bestehenden Mietverträge wurden übernommen und die bisher durch die Krankenhaus Düren gem. GmbH genutzten Räumlichkeiten werden ab dem 01.01.2019 an den vorherigen Eigentümer vermietet.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 01. Juli 2020 sowie notarieller Beurkundung vom 18. Dezember 2020 hat die Gesellschafterversammlung die Veräußerung der Anteile an der Krankenhaus Düren Service GmbH an die Krankenhaus Düren gem. GmbH beschlossen.

Mit Wirkung zum 31.12.2020 wurde die Gesellschaft von der Krankenhaus Düren gGmbH an die Medizin Campus Düren AöR veräußert und ist somit nicht mehr Bestandteil des Konzerns Krankenhaus Düren.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2022 war geprägt durch den Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Februar sowie der damit verbundenen erheblichen Preissteigerungen insbesondere im Energiesektor. Die Corona-Pandemie spielte erstmals seit ihrem Ausbruch im Jahr 2020 eine untergeordnete Rolle.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9% gegenüber 2021 erhöht¹. Damit liegt die Jahresteuerrate deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren.

Das BIP (preis- und kalenderbereinigt) erhöhte sich im gesamten Jahr 2022 um 2,0 %². Trotz dieser im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, um 0,7% höherem BIP³ prägten Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise sowie der Fachkräftemangel das wirtschaftliche Umfeld.

Die Prognosen für das Jahr 2023 werden aufgrund der weltpolitischen Unsicherheiten und besonders wegen des Ukraine-Kriegs zurzeit von den Regierungen, internationalen Organisationen und Wirtschaftsforschern sehr different gesehen. Eine belastbare Aussage ist daher nicht möglich

Die Auswirkungen auf die Gesellschaft selbst beschränken sich auf die höheren Kosten und hier insbesondere auf die Energiekosten.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr hat sich die Gesellschaft auf die Bewirtschaftung der Liegenschaften und die Vermietungen von Parkflächen beschränkt.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 515 T€ (VJ 486 T€) und einen Jahresüberschuss in Höhe von 81 T€ (VJ 53 T€). Die Umsatzerlöse resultieren in Höhe von 232 T€ aus der Parkraumbewirtschaftung sowie in Höhe von 283 T€ aus der Vermietung von Räumlichkeiten an der Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie an weitere Mieter.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand ist gegenüber dem Vorjahr um 405 T€ auf 57T€ gesunken.

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) beträgt (VJ 22,1 %).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2022 6.265 T€ und hat sich damit zum Vorjahr um 393 T€ verringert.

Die Anlagenintensität (Anlagevermögen/Bilanzsumme) beträgt zum Stichtag 92,0% (VJ 88,1%).

Das Umlaufvermögen ist verglichen mit dem Vorjahr um 318 T€ von 790 T€ auf 472 T€ gesunken:-

1 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_022_611.html

2 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_020_811.html

3 ebenda

Auf der Passivseite erhöhten sich die Rückstellungen im Bereich der Steuerrückstellungen, so dass sie nun 92 T€ betragen. Die Darlehensverbindlichkeiten betragen 4.043 T€, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen 64 T€ sowie sonstige Verbindlichkeiten 134 T€.

Prognosebericht

Die Prognosen der Gesellschaft beruhen auf der Annahme einer dauerhaften Vermietung der Gebäudeflächen insbesondere an die Krankenhaus Düren gGmbH sowie der Parkraumbewirtschaftung bei gleichzeitig stabiler Ertragslage der Unternehmen, an denen die Gesellschaft Beteiligungen hält.

Für das folgende Geschäftsjahr 2023 erwartet die Gesellschaft einen Überschuss in Höhe von 592 TEUR. Dieses Ergebnis ist maßgeblich geprägt durch die sonstigen betrieblichen Erträge aus der Veräußerung der Geschäftsanteile sowohl von Ärztehaus I als auch Ärztehaus II. Für das Jahr 2023 wird mit 12 TEUR gerechnet. Dabei sind erhebliche höhere Zinsaufwendungen aufgrund des aktuellen Zinsniveaus berücksichtigt.

Risiko- und Chancenbericht

Die Finanzierung des zum 31.12.2018 erworbenen Schwesternwohnheims erfolgte durch Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse Düren im Januar 2019. Dieses Darlehen ist endfällig zum 30.07.2025. Die Verzinsung ist flexibel, so dass bei weiter steigenden Zinsen ein Risiko für erhöhten Zinsaufwand besteht. Notwendige jetzt noch nicht bekannte Risiken in der Instandhaltung insbesondere des Schwesternwohnheims mit dem Ziel, der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen, können erheblichen Einfluss sowohl auf die Ergebnisentwicklung als auch die Liquidität der Gesellschaft haben.

Weitere Nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht bekannt.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Büttner-Hoigt, Kathleen (bis 21.08.2023)	Krankenhaus Düren gGmbH	
	Vanselow, Erhard (seit 12.07.2021)	Stadt Düren	
	Hürtgen, Dirk (seit 12.07.2021)	Kämmerer	
	Deutz, Hans Joachim (seit 22.09.2023)	Prokurist (BTG)	
Gesellschafterversammlung:	Die Vertreter des Kreises Düren und der Stadt Düren in der Gesellschafterversammlung der KHD Träger GmbH besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der Medizincampus Düren AöR.		
		1 Stimme	je 1000 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

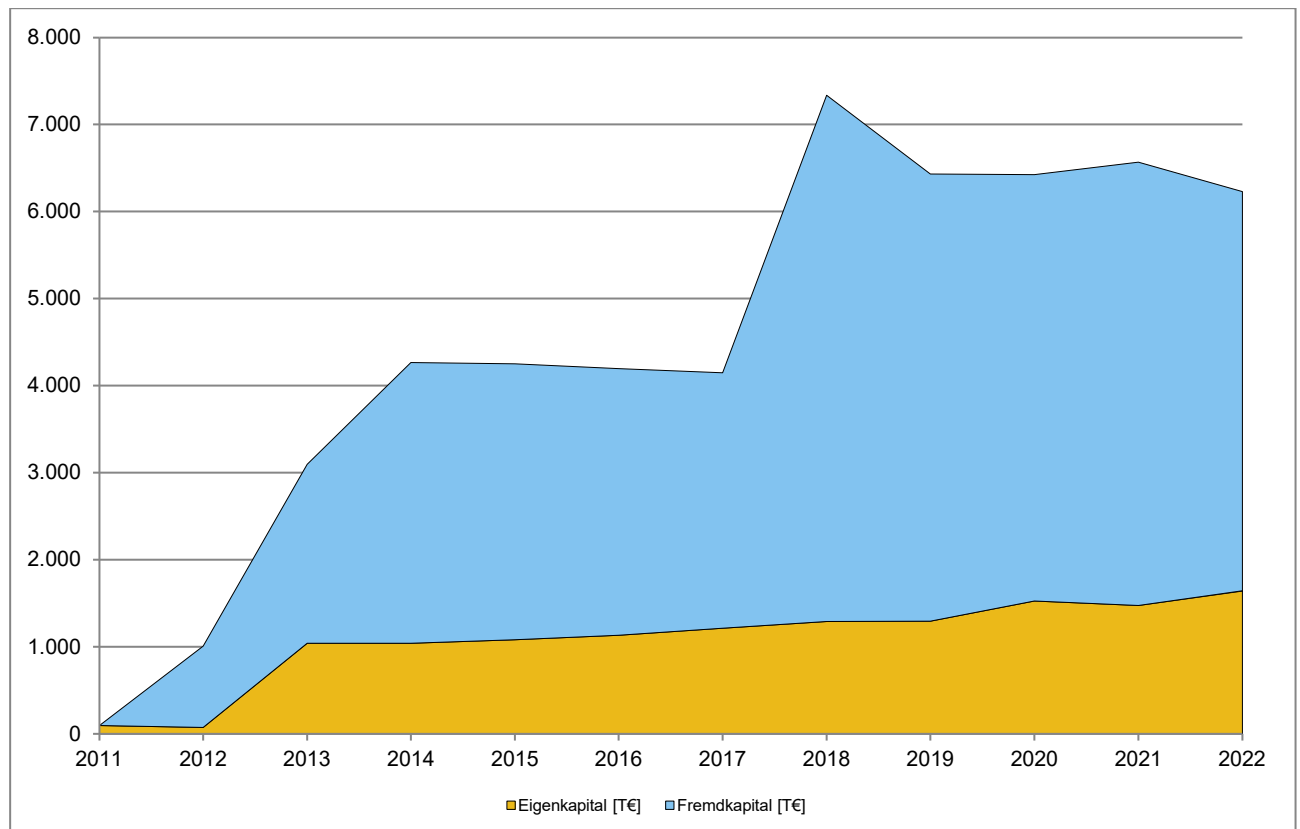
Gesellschafterversammlung:

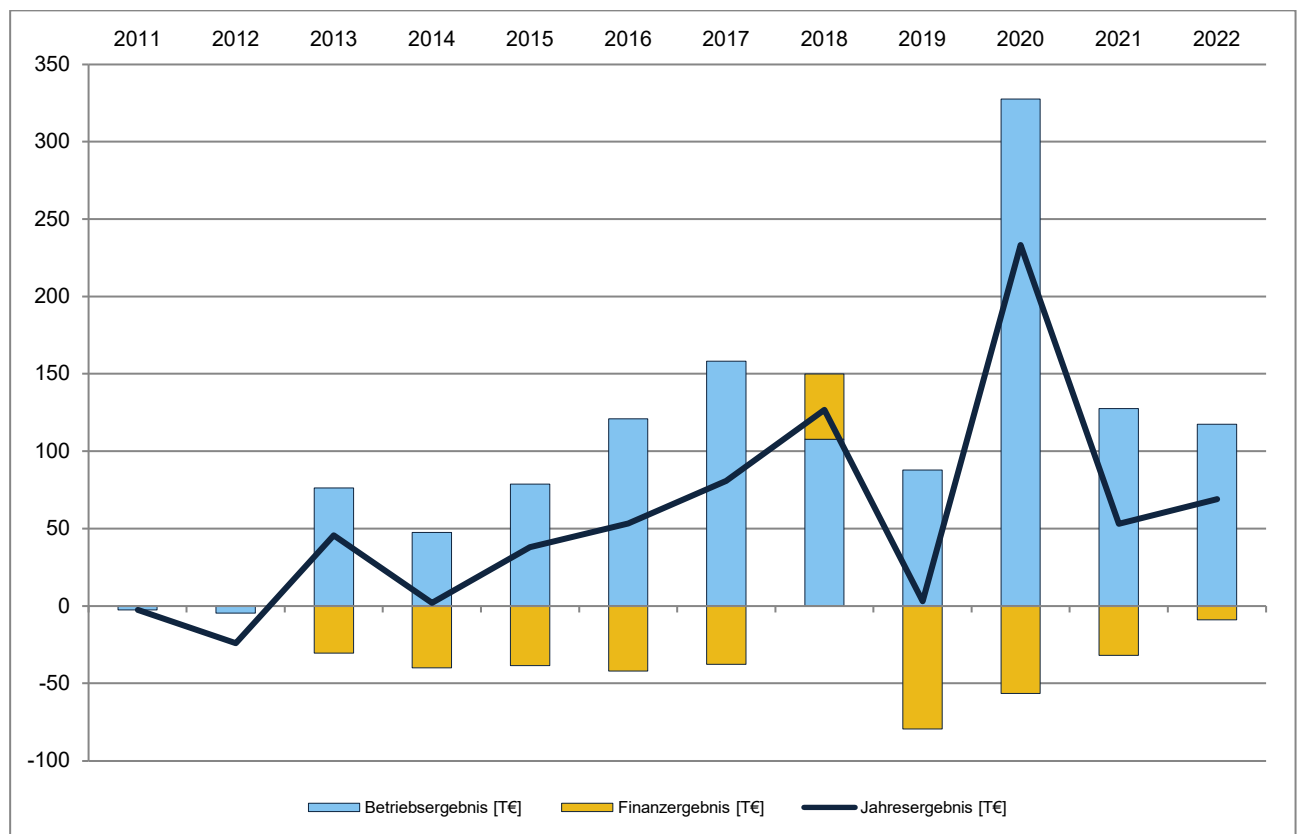
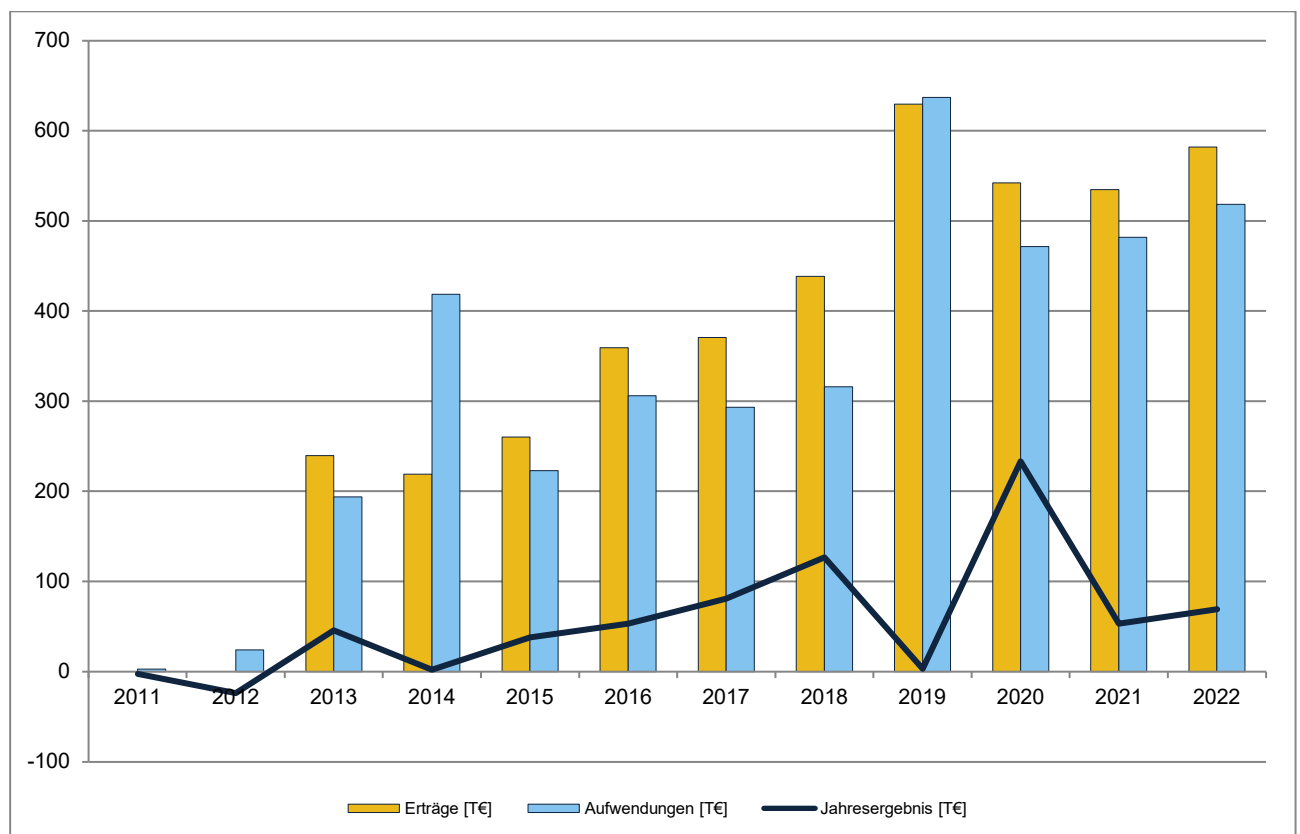
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	14.04.2011	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 war keine Person für die Gesellschaft beschäftigt.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	23,54%	22,12%	26,15%	4,03%
Eigenkapitalrentabilität	15,28%	3,61%	4,21%	0,60%
Anlagendeckungsgrad 2	57,10%	93,59%	96,28%	2,68%
Verschuldungsgrad	306,36%	333,33%	265,89%	-67,45%
Umsatzrentabilität	64,52%	26,24%	22,79%	-3,45%

14 MVZ Rur gem. GmbH

Roonstraße 30
52351 Düren
Telefon: 02421/30-0
Telefax: 02421/30-1387
E-Mail: -
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Die MVZ Rur gem. GmbH wurde am 31. August 2015 als Tochtergesellschaft der Krankenhaus Düren gGmbH gegründet.

Zweck des Unternehmens ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren i. S. des § 95 SGB V zur Einbringung aller hiernach zu-lässigen ärztlichen und nicht ärztlichen Leistungen und aller hiermit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie z.B. die integrierte Versorgung.

Daneben kann das Unternehmen auch die ideelle und finanzielle Förderung anderer steuerbegünstigter Körperschaften, von Körperschaften des öffentlichen Rechts, insbesondere der Krankenhaus Düren gem. GmbH zur ideellen und materiellen Förderung und Pflege des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege vornehmen. Die Förderung der vorgenannten Körperschaften wird insbesondere verwirklicht durch die Beschaffung von Mitteln.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Krankenhaus Düren gem. GmbH	25	100
Stammkapital	25	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	486.684,50 €	406.659,50 €	219.933,50 €	-186.726,00 €	-38,37%
II. Sachanlagen	454.173,10 €	382.705,10 €	300.576,50 €	-82.128,60 €	-18,08%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	30.168,12 €	59.025,31 €	34.375,40 €	-24.649,91 €	-81,71%
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	501.511,51 €	841.558,06 €	679.999,09 €	-161.558,97 €	-32,21%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0,00 €	1.822,61 €	2.423,27 €	600,66 €	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	22.982,47 €	39.388,18 €	14.265,02 €	-25.123,16 €	-109,31%
D. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.058.016,38 €	1.381.924,23 €	1.693.993,51 €	312.069,28 €	29,50%
Summe Aktiva	2.553.536,08 €	3.113.082,99 €	2.945.566,29 €	-167.516,70 €	-6,56%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Ergebnisvortrag	-375.112,27 €	-1.083.016,38 €	-1.406.924,23 €	-323.907,85 €	86,35%
III. Jahresergebnis	-707.904,11 €	-323.907,85 €	-312.069,28 €	11.838,57 €	-1,67%
IV. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.058.016,38 €	1.381.924,23 €	1.693.993,51 €	312.069,28 €	29,50%
B. Rückstellungen	49.035,70 €	121.400,00 €	158.949,13 €	37.549,13 €	76,58%
C. Verbindlichkeiten	2.504.500,38 €	2.990.682,99 €	2.786.617,16 €	-204.065,83 €	-8,15%
Summe Passiva	2.553.536,08 €	3.112.082,99 €	2.945.566,29 €	-166.516,70 €	-6,52%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.990.130,65 €	3.707.214,65 €	3.543.866,33 €	-163.348,32 €	-4,41%
2. Sonstige betriebl. Erträge	58.151,93 €	13.754,23 €	9.638,35 €	-4.115,88 €	-29,92%
3. Materialaufwand	116.455,21 €	116.036,00 €	132.164,63 €	16.128,63 €	13,90%
4. Personalaufwand	2.532.540,36 €	2.683.726,10 €	2.525.804,17 €	-157.921,93 €	-5,88%
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	303.014,30 €	292.687,53 €	241.937,30 €	-50.750,23 €	-17,34%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	732.273,06 €	855.137,47 €	875.798,93 €	20.661,46 €	2,42%
Betriebsergebnis	-636.000,35 €	-226.618,22 €	-222.200,35 €	4.417,87 €	-1,95%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	234,28 €	234,28 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	71.883,76 €	97.269,63 €	90.083,21 €	-7.186,42 €	-7,39%
Finanzergebnis	-71.883,76 €	-97.269,63 €	-89.848,93 €	7.420,70 €	-7,63%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-707.884,11 €	-323.887,85 €	-312.049,28 €	11.838,57 €	-3,66%
9. Sonstige Steuern	20,00 €	20,00 €	20,00 €	0,00 €	0,00%
Jahresergebnis	-707.904,11 €	-323.907,85 €	-312.069,28 €	11.838,57 €	-3,65%

f) Lagebericht

1. Geschäftszweck und Struktur der Gesellschaft

Die MVZ Rur gem. GmbH wurde am 31.08.2015 in der Rechtsform der gem. GmbH als 100%ige Tochter der Krankenhaus Düren gem. GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HR B 7117 erfolgte am 14.09.2015.

Der Geschäftszweck der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, die ambulante vertragsärztliche Versorgung im Versorgungsgebiet der Krankenhaus Düren gem. GmbH durch eine verstärkte Kooperation von Ärztinnen und Ärzten untereinander und mit anderen Gesundheitsberufen sicherzustellen.

Die Sitze der MVZ Rur gem. GmbH sind per 01.01.2022 wie folgt:

1. Facharztpraxen:

Fachgebiet	Standort	KV-Sitze
Gastroenterologie	Düren	1,0
Pulmologie	Düren	1,0
Neurologie/Psychiatrie	Düren	1,0
Neurologie/Psychiatrie	Kreuzau	1,0

2. Hausarztpraxen:

Fachgebiet	Standort	KV-Sitze
Allgemeinmedizin	Hürtgenwald/Gey	2,0
Allgemeinmedizin	Langerwehe	2,0
Allgemeinmedizin	Merzenich	1,0
Allgemeinmedizin	Niederzier	1,0

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

„Die Zahl der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte ist im Jahr 2022 geringfügig um 1,2 Prozent auf rund 421.000 berufstätige Ärztinnen und Ärzte gestiegen. Nachdem das Wachstum der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte schon in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 (je +1,7 % zum Vorjahr) hinter den

Erwartungen zurückblieb, fiel das Wachstum im Jahre 2022 ebenfalls spürbar geringer aus als noch im Jahr vor der Pandemie (+2,5 %). Das Wachstum im ambulanten (+1,1 %) und stationären (+1,2 %) Bereich fiel in etwa gleich stark aus, wohingegen die Zahl an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten um 3,8 Prozent sank. Ungebrochen ist der Trend zu Angestelltenverhältnissen im ambulanten Bereich: hier wurde ein Rekordwachstum von 12,6 % im Vergleich zum Vorjahr festgestellt.“¹ Damit nimmt die Bedeutung der MVZ für die ambulante Versorgung der Patientinnen und Patienten beständig zu. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hatte in ihrer MVZ-Statistik aus dem Jahr 2021 ermittelt, dass es in der Bundesrepublik Deutschland 4.100 Medizinische Versorgungszentren gibt und damit rund 300 mehr als im Jahr 2020.

Jedoch setzt die Sicherstellung einer guten medizinischen Versorgung Versorgungsstrukturen voraus, die den Vorstellungen der Ärztinnen und Ärzte von ihrer Berufsausübung Rechnung tragen. Neben dem Bekenntnis zur Freiberuflichkeit besteht auch der Wunsch vieler junger Medizinerinnen und Mediziner nach einer Tätigkeit in einem Angestelltenverhältnis. MVZ sind dafür seit Jahren eine attraktive Form der Berufsausübung, zumal eine Tätigkeit dort häufig auch mit flexibleren Arbeitszeiten verbunden ist. MVZ sind als Leistungserbringer in der vertragsärztlichen Versorgung inzwischen etabliert und werden nicht nur von angehenden Ärztinnen und Ärzten häufig als interessanter Arbeitgeber genannt, sondern haben sich zunehmend auch als wichtiges Bindeglied bei der Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung erwiesen.

MVZ bieten darüber hinaus die Möglichkeit der umfassenden Versorgung aus einer Hand, bei der auch Effizienzreserven erschlossen werden und ein verbesserter Informationsaustausch gewährleistet wird. Nichtsdestotrotz stehen auch MVZ vor immensen Herausforderungen. Trotz der hohen Attraktivität als Arbeitgeber ist der Fachkräftemangel auch für MVZ ein ernstzunehmendes Problem, das in den nächsten Jahren eher noch zunehmen wird.

Darüber hinaus ist die Schaffung und Beibehaltung der Wirtschaftlichkeit von MVZ-Praxen eine Herausforderung. Eine Inflationsrate im deutlichen zweistelligen Bereich, hohe Energiepreise und generell steigende Kosten können schon längst nicht mehr durch die Punktwertsteigerungen kompensiert werden. Der einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM), der die Grundlage für die Abrechnung von vertragsärztlichen Leistungen darstellt, ist in der jüngsten Vergangenheit immer nur um knapp zwei Prozent gestiegen, die Vergütung für privatärztliche Versorgung sogar konstant geblieben.

2.2 Geschäftsverlauf und Analyse der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Geschäftsentwicklung der MVZ Rur gem. GmbH war im Jahr 2022 überwiegend von personellen Nachbesetzungsthemen geprägt. Vereinzelt konnten insbesondere Allgemeinarzt-Sitze nur mit erheblichem Suchaufwand und zeitverzögert wiederbesetzt werden.

Die Entwicklung der Ertragslage sowie der Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr sind weiterhin als schwierig einzustufen. Die in den Vorjahren in Anspruch genommenen Gesellschafterdarlehen besteht unverändert fort. Zu diesen Gesellschafterdarlehen wurden entsprechende Rangrücktrittsvereinbarungen abgeschlossen, da eine Rückzahlung weiterhin nicht möglich ist. Zusätzlich zu den gewährten Darlehen stellte die Krankenhaus Düren gem. GmbH eine Patronatserklärung zu Gunsten der MVZ Rur gem. GmbH aus, um etwaige zukünftige Deckungslücken im Eigenkapital oder in der Liquidität auszugleichen. Der Finanzmittelbestand zum Bilanzstichtag verbesserte sich jedoch gegenüber dem Vorjahr um rd. 114 TEUR.

¹ Quelle: <https://www.bundesaerztekammer.de/baek/ueber-uns/aerztestatistik/2022>

2.2.1 Ertragslage

Die Gesamterlöse der MVZ Rur gem. GmbH lagen mit 3.554 TEUR etwa +1,3% über den geplanten Gesamterlösen von 3.509 TEUR. Negative Planabweichungen ergaben sich insbesondere bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, bedingt durch Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens sowie periodenfremder Aufwendungen.

Mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -312 TEUR (Vorjahr -324 TEUR) konnte das Planergebnis in Höhe von -213 TEUR nicht erreicht werden. Der Geschäftsverlauf ist nach wie vor nicht zufriedenstellend und hat sich nicht planmäßig entwickelt.

2.2.2 Stellenplan

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt rd. 36 Vollzeitkräfte.

2.2.3 Finanzlage

Die Finanzlage soll anhand der Kapitalflussrechnung dargestellt werden:

Kapitalflussrechnung	2022 (in TEUR)	2021 (in TEUR)
(1) Laufende Geschäftstätigkeit		
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-312	-324
+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen	242	293
+ Zinsaufwendungen, soweit sie den Finanzierungsbereich betreffen	90	97
+ Aufwand aus dem Abgang von Anlagevermögen	60	0
= Zwischensumme (Cashflow I)	80	66
- Erhöhung der Vorräte	25	-29
- Erhöhung / + Minderung der Forderungen	160	-326
+ Erhöhung / - Minderung der Rückstellungen	38	72
+ Erhöhung / - Minderung der Verbindlichkeiten	96	-185
+ Erhöhung / - Minderung des Rechnungsabgrenzungspostens	25	-16
= Zahlungsmittelüberschuss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Cashflow II)	424	-418
(2) Investitionstätigkeit		
- Zugänge bei immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen	-34	-140
= Zahlungsmittelfehlbetrag aus der Investitionstätigkeit	-34	-140
(3) Finanzierungstätigkeit		
- Tilgung von Darlehen	-186	-218
- Gezahlte Zinsen	-90	-97
+ Gesellschafterdarlehen	0	835
= Zahlungsmittelfehlbetrag aus der Finanzierungstätigkeit	-276	520
(4) = Veränderung des Fonds der liquiden Mittel (1) + (2) + (3)	114	-38
+ Finanzmittelbestand zum Jahresanfang	-354	-316
(5) = Finanzmittelbestand zum Jahresende	-240	-354

Die Inanspruchnahme des Kontokorrentkredits hat sich zum 31. Dezember 2022 um TEUR 114 auf TEUR - 242 gemindert. Im laufenden Betrieb wurde ein Finanzmittelüberschuss (Cashflow II) in Höhe von TEUR 424 erwirtschaftet.

2.2.4 Vermögenslage

Die Vermögenslage wird hier im Vergleich zum Vorjahr analysiert (Ist-Ist-Vergleich).

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr mit 2.946 TEUR um rd. TEUR 169 gesunken. Es ergibt sich ein Anlagendeckungsgrad II² von 91,6% (2021: 120,3%).

Das bilanzielle Eigenkapital ist in Folge der Jahresfehlbeträge vollständig aufgezehrt. Die Gesellschaft ist bilanziell überschuldet. Mithin wird auf der Aktivseite ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ausgewiesen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt TEUR -1.694 (2021: TEUR -1.382).

2.3 Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Die Chancen und Risiken der MVZ Rur gem. GmbH wurden durch die Geschäftsführung bewertet und in einen Wirtschaftsplan für 2023 und 2024 überführt.

Chancen zur Verbesserung insbesondere der Ertragslage ergeben sich aus den eingeleiteten bzw. geplanten Restrukturierungsmaßnahmen.

Hier sind insbesondere zu nennen:

- Einführung einer softwarebasierten Abrechnungsunterstützung
- Verbesserung der privatärztlichen Abrechnung
- Verbesserung des Deckungsbeitrages der Allgemeinarztpraxen

Risikobehaftet bleibt weiterhin die zeitnahe Nachbesetzung insbesondere von hausärztlichen Stellen.

Der Erfolgsplan für 2023 geht von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 188 TEUR aus. Aktuellen Hochrechnungen zufolge wird mit einem negativen Jahresergebnis in Höhe von rd. 120 TEUR gerechnet.

Der Vermögens- und Finanzplan sieht für 2023 Investitionen in Höhe von +57 TEUR sowie Tilgungen von Darlehen in Höhe von +166 TEUR vor.

Hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit kann das MVZ nun im Rahmen seiner Kontokorrentlinie bleiben und ist nicht mehr zwingend auf liquiditätsunterstützende Maßnahmen der Gesellschafterin angewiesen. Eine Patronatserklärung zugunsten des MVZ besteht weiterhin, da ohne entsprechende Maßnahmen eine Bestandsgefährdung nicht zweifelsfrei ausgeräumt werden kann und das MVZ mithin nicht in der Lage sein wird, seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Das MVZ soll mittelfristig weiter im Facharztbereich expandieren. Das ist auch deswegen wichtig, um die Verzahnung des ambulanten mit dem stationären Sektor zu stärken und weiter auszubauen.

² Lang- und mittelfristiges Eigen- und Fremdkapital / Anlagevermögen

3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlusstichtag

Aufgrund fehlender Nachbesetzungsmöglichkeit und der in der Vergangenheit negativen Deckungsbeiträge werden die Hausarztsitze in Niederzier und Merzenich in 2023 nicht weiter betrieben. Die Schließung der Praxis Merzenich erfolgte zum 31.01.2023, Niederzier zum 31.03.2023.

Mit Wirkung zum 11.05.2023 wurden 100% der Gesellschaftsanteile an der Muttergesellschaft Krankenhaus Düren gem. GmbH im Rahmen eines Share Deal durch die Artemed SE übernommen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Die Anteile an der Krankenhaus Düren gGmbH wurden in 2023 an die Artemed SE veräußert. Somit entfällt seit diesem Zeitpunkt auch die mittelbare Beteiligung des Kreises Düren an der MVZ Rur gem. GmbH. Die nachfolgenden Angaben zu den Organen der Gesellschaft beziehen sich somit auf den Zeitpunkt der Veräußerung. Mit dem Datum der Wirksamkeit der Veräußerung hat die Artemed SE den Gesellschaftsvertrag angepasst. Da der Kreis keine mittelbare Beteiligung mehr an der MVZ Rur gem. GmbH hält, entfällt auch das Recht, Organmandate zu besetzen.

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Büttner-Hoigt, Kathleen (seit 2019)	Krankenhaus Düren gGmbH
Gesellschafterversammlung:	Die Vertreter des Kreises Düren und der Stadt Düren in der Gesellschafterversammlung der MVZ Rur gem. GmbH besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der Krankenhaus Düren gem. GmbH.	1 Stimme

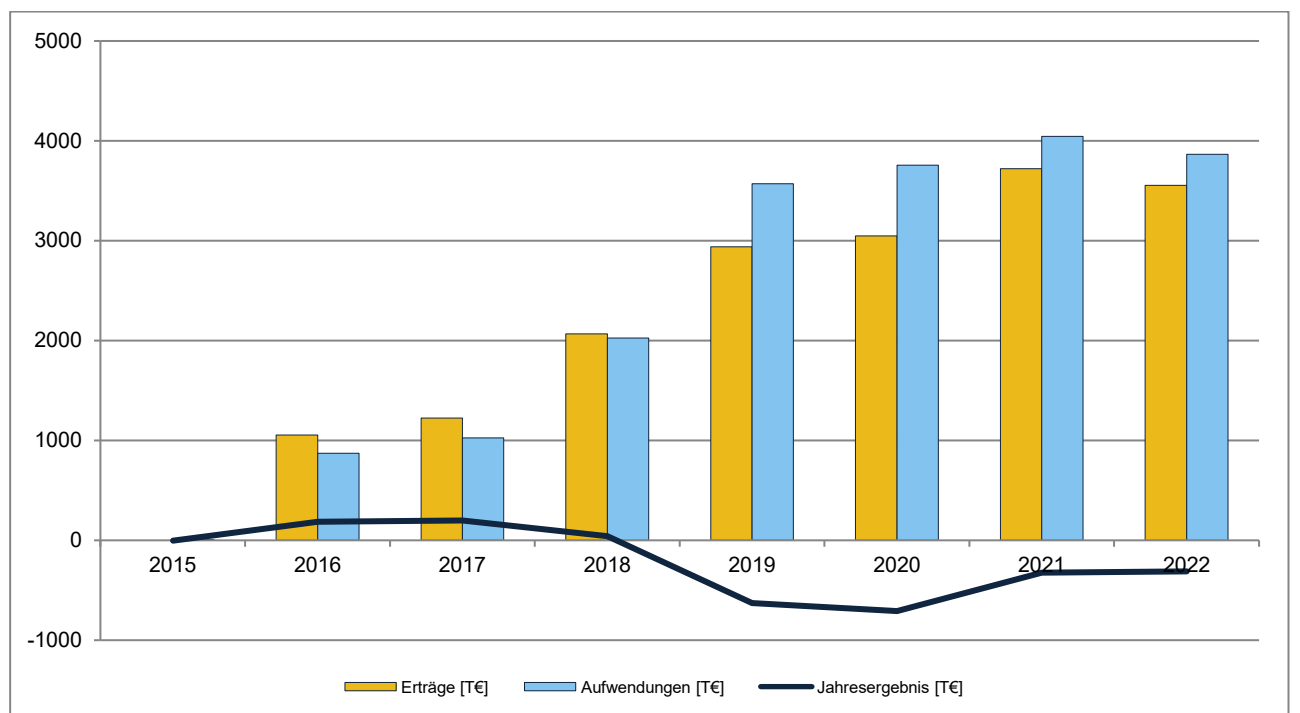
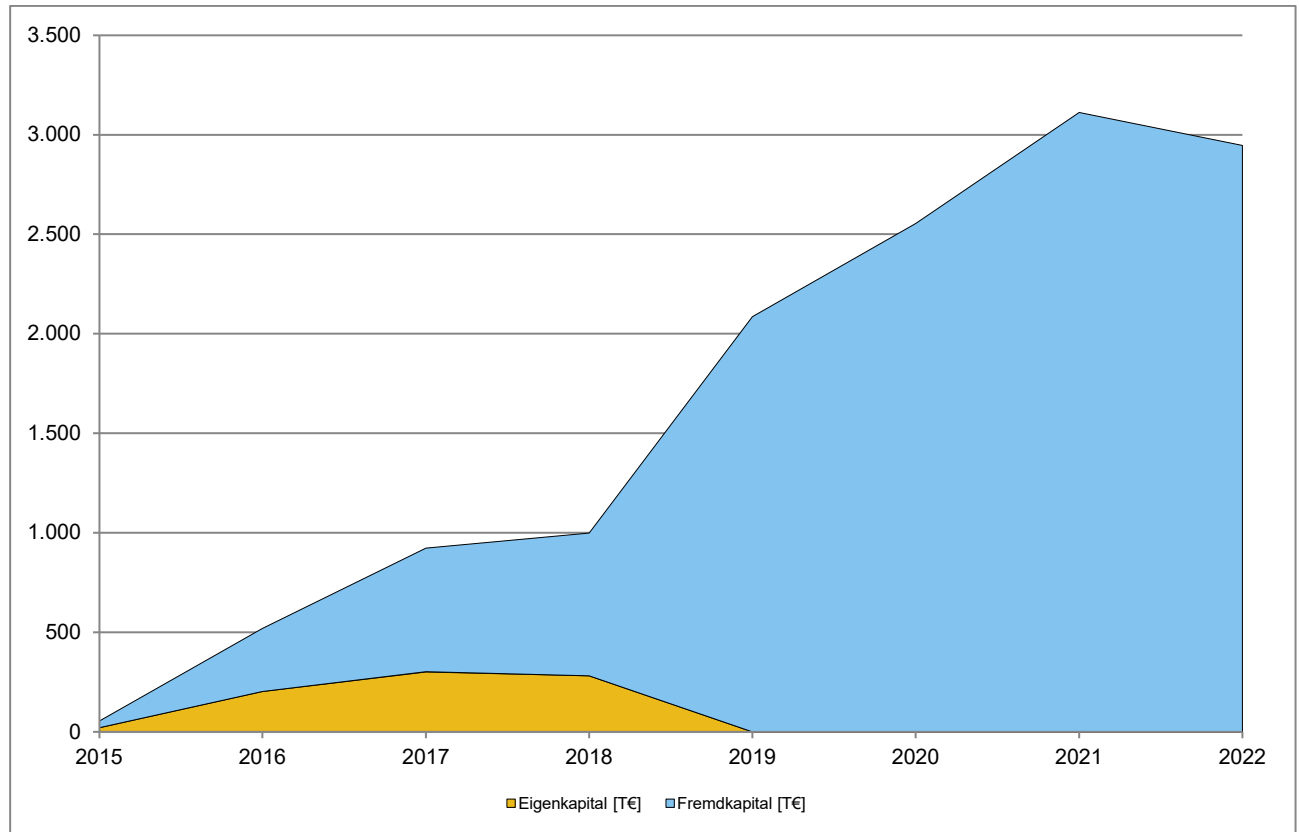
Vertreter des Kreises Düren

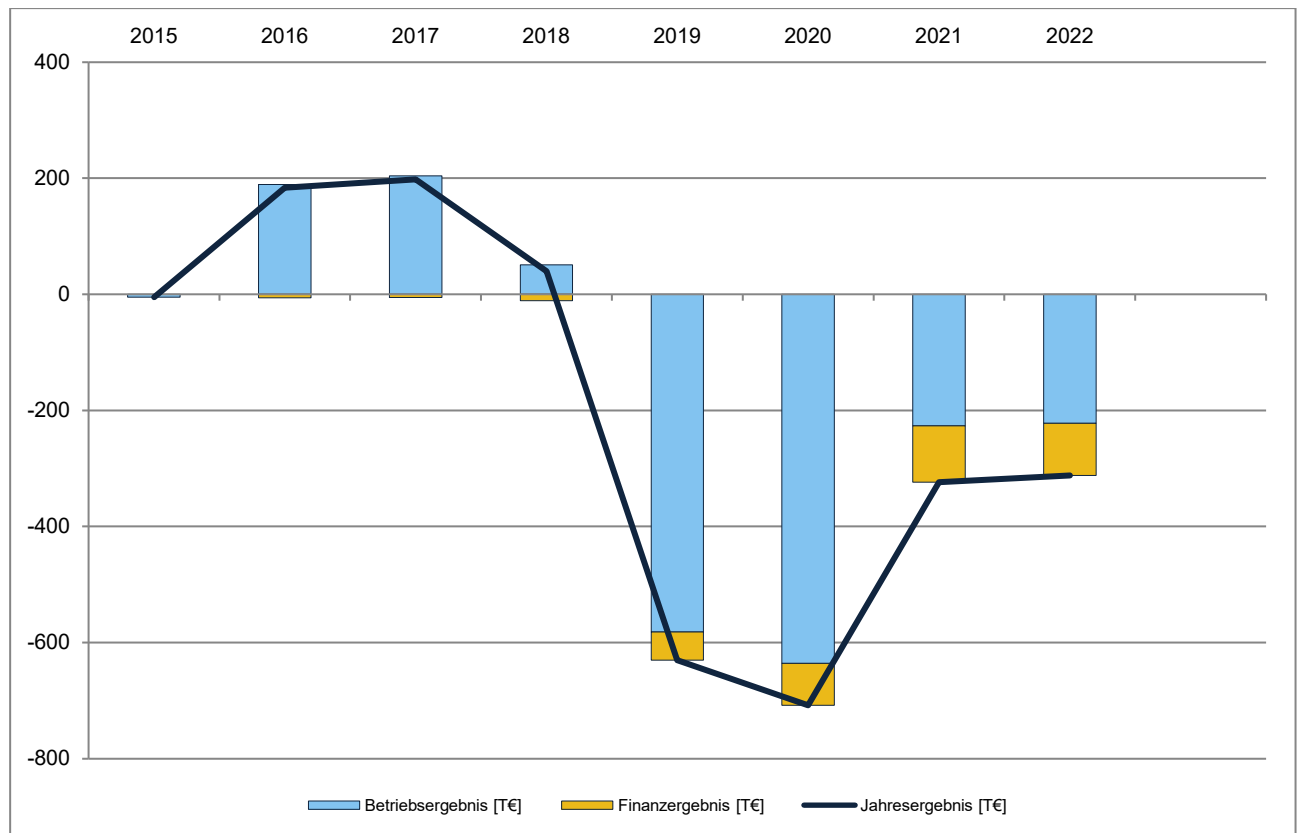
Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 47 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	-41,43%	-44,41%	187,41%	231,82%
Eigenkapitalrentabilität	EK ~ 0	EK ~ 0	EK ~ 0	
Anlagendeckungsgrad 2	70,20%	120,23%	116,07%	-4,16%
Verschuldungsgrad	-241,35%	-225,20%	53,36%	278,56%
Umsatzrentabilität	-21,27%	-6,11%	-2,70%	3,41%

15 Notfallbildungszentrum Eifel-Rur gGmbH (NOBiZ)



Marienstraße 29
52372 Kreuzau-Stockheim
Telefon: 02421/559-450
Telefax: 02421/559-235
E-Mail: info@nobiz-eifel-rur.de
Homepage: www.nobiz-eifel-rur.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung des Rettungsdienstes als öffentliche Aufgabe der Gesundheitsvorsorge und der Gefahrenabwehr in der Region-Eifel-Rur.

Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch die Unterhaltung einer Schule, in der alle Formen von Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie von Seminaren angeboten werden, die der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr dienlich sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	12,250	49
Deutsches Rotes Kreuz Nordrhein gGmbH	12,750	51
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	13.169,27 €	4.421,03 €	2.655,87 €	-1.765,16 €	-39,93%
II. Sachanlagen	69.266,72 €	158.339,13 €	422.330,97 €	263.991,84 €	166,73%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	11.953,99 €	23.250,03 €	20.799,28 €	-2.450,75 €	-10,54%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	41.493,13 €	188.854,49 €	141.057,82 €	-47.796,67 €	-25,31%

III. Guthaben bei Kreditinstituten	702.484,41 €	826.693,05 €	1.058.905,65 €	232.212,60 €	28,09%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.757,65 €	14.516,15 €	27.021,28 €	12.505,13 €	86,15%
Summe Aktiva	844.125,17 €	1.216.073,88 €	1.672.770,87 €	456.696,99 €	37,56%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	50.000,00 €	50.000,00 €	50.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnvortrag	0,00 €	600.552,85 €	938.095,75 €	337.542,90 €	56,21%
IV. Bilanzergebnis	600.552,85 €	337.542,90 €	282.287,84 €	-55.255,06 €	-16,37%
B. Rückstellungen	65.202,25 €	37.098,85 €	72.022,13 €	34.923,28 €	94,14%
C. Verbindlichkeiten	103.370,07 €	165.879,28 €	305.365,15 €	139.485,87 €	84,09%
Summe Passiva	844.125,17 €	1.216.073,88 €	1.672.770,87 €	456.696,99 €	37,56%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.246.332,70 €	2.479.485,28 €	3.526.262,04 €	1.046.776,76 €	42,22%
2. sonstige betriebliche Erträge	44.334,79 €	18.923,81 €	21.807,61 €	2.883,80 €	15,24%
3. Materialaufwand	604.156,79 €	386.299,54 €	719.440,35 €	333.140,81 €	86,24%
4. Personalaufwand	933.857,84 €	1.058.320,27 €	1.314.085,85 €	255.765,58 €	24,17%
5. Abschreibungen	47.929,77 €	98.437,86 €	114.582,70 €	16.144,84 €	16,40%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	322.501,06 €	617.036,35 €	1.116.685,98 €	499.649,63 €	80,98%
Betriebsergebnis	382.222,03 €	338.315,07 €	283.274,77 €	-55.040,30 €	-16,27%
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	136,86 €	0,00 €	2,00 €	2,00 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	5,00 €	423,81 €	214,80 €	-209,01 €	-49,32%
Finanzergebnis	131,86 €	-423,81 €	-212,80 €	211,01 €	-49,79%
				0,00 €	
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	382.353,89 €	337.891,26 €	283.061,97 €	-54.829,29 €	-16,23%
9. sonstige Steuern	446,85 €	348,36 €	774,13 €	425,77 €	122,22%
Jahresergebnis	381.907,04 €	337.542,90 €	282.287,84 €	-55.255,06 €	-16,37%

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Vorwort

Am 01.05.1998 ist das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) in Kraft getreten, welches auf den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2022 Anwendung findet. Nach dem Grundsatz der Vollständigkeit muss der Lagebericht alle Angaben enthalten, die für die Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und des Geschäftsverlaufs sowie der Risiken der künftigen Entwicklung erforderlich oder im Rahmen von besonderen Abgabepflichten nach § 289 Abs. 2 HGB zu machen sind.

Die Angaben des vorliegenden Lageberichtes sollen ein zutreffendes Bild von der Gesamtlage des Unternehmens und seiner voraussichtlichen Entwicklung vermitteln.

1.2. Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Deutsche Rote Kreuz Nordrhein gGmbH, Düsseldorf, (DRK) und die Rettungsdienst Kreis Düren AöR, Kreuzau, (RDKD) haben am 21. Januar 2016 das Notfallbildungszentrum Eifel-Rur gGmbH (NOBiZ) Deutsches Rotes Kreuz in Nordrhein Rettungsdienst Kreis Düren, Kreuzau, (NOBiZ) gegründet.

Basierend auf den aktuellen rechtlichen Entwicklungen durch das Rettungsgesetz Nordrhein-Westfalen (RettG NRW), den damit einhergehenden Veränderungen im Rettungsdienst allgemein und den Veränderungen im Bereich der rettungsdienstlichen Ausbildung im Speziellen sollen mit dieser Gesellschaftsgründung wirtschaftliche, logistische und strategische Synergien erzielt werden, die auf beiden Seiten zu einer Win-Win-Situation führen. Das DRK bringt umfangreiche Erfahrung im Bereich Bildung, langjährige Erfahrung sowie erfahrenes Lehr- und Leitungspersonal im Betrieb einer Rettungsdienstschule mit.

Der Mehrwert dieses Unternehmens für das DRK liegt in einer erweiterten Marktpräsenz sowie den möglichen Innovationen in der engen Zusammenarbeit mit einem operativen Rettungsdienstpartner.

Die RDKD ist ein großer operativer Rettungsdienst mit vielen unterschiedlichen Organisationen. Sie verfügt ebenfalls über umfangreiche und langjährige Erfahrung im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr und Daseinsvorsorge in allen Vorhalte- und Versorgungsstufen. Die Verfasser gehen davon aus, dass der mittel- und langfristige Vorteil am Betrieb und an der Beteiligung einer großen Bildungseinrichtung ist zum einen in der regionalen Innovationskraft einer solchen Einrichtung zu sehen und zum anderen in den nachhaltigen Möglichkeiten in der Personalakquise- und Entwicklung.

Mit dem DRK, als am Markt etabliertem Anbieter qualitativ hochwertiger Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote in den Bereichen Breitenausbildung, Betriebssanitäter, Rettungsdienst und Führungskräftequalifizierung in Nordrhein, und der RDKD als kommunalen Rettungsdienst eines großen Flächenkreises, ergeben sich über die reine schulische Dienstleistung hinaus strategische Entwicklungspotentiale.

Mit dem Notfallsanitätergesetz hat sich der höchste rettungsdienstliche-nichtärztliche Ausbildungszweig grundlegend gewandelt. Die Ausbildung von Rettungsassistenten wurde komplett eingestellt. Die neuen Ausbildungskontingente für die Ausbildung zum Notfallsanitäter werden durch Träger und Krankenkassen festgelegt. Es existiert im Gegensatz zur bisherigen Rettungsassistentenausbildung für die Ausbildung von Notfall-sanitätern kein freier Markt mehr. Gleichzeitig sind die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Schulen, insbesondere hinsichtlich der Ausbildungsinhalte und der Lehrkräftequalifikation, gestiegen. Nach jahrelanger Erfahrung der Geschäftsführung der NOBiZ wird es nur größeren Rettungsdienstschulen zukünftig gelingen, die qualitativen und rechtlichen Anforderungen an Personal, Ausstattung und räumlichen Verfügbarkeiten so umzusetzen, dass der Schulbetrieb auskömmlich betrieben werden kann.

Die NOBiZ hat mehrere Standbeine. Neben der Vollausbildung zur/m Notfallsanitäter/in sowie der Aufqualifizierung von Rettungsassistenten zu Notfallsanitätern sind dies die Fortbildung des rettungsdienstlichen Personals im gesamten Kreis Düren (incl. Notärzte) sowie die Durchführung und pädagogische Verantwortlichkeit der Aus- und Fortbildung für die Feuerwehren im Kreis Düren. Weiterhin gehört die Ausbildung von Personal auf Rettungsleitstellen, im medizinischen Themenbereich, zum Lehrgangsangebot der NOBiZ. Dieses Lehrgangsprodukt wird landesweit nur von zwei Rettungsdienstschulen angeboten (Kommunales Studieninstitut Bielefeld & NOBiZ). Zur Etablierung der Gesellschaft waren ein schneller Markteintritt und die Gewinnung einer ausreichenden Anzahl an Rettungsdiensten (Ausbildungsträger) zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit notwendig. Dies ist mit der Gründung des Notfallbildungszentrums im Frühjahr 2016 gelungen.

1.3. Ziele und Strategien

Der Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung des Rettungsdienstes als öffentliche Aufgabe der Gesundheitsvorsorge und der Gefahrenabwehr in der Region Eifel-Rur.

Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch die Unterhaltung einer Schule zur rettungsdienstlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung der haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der jeweils am Rettungsdienst im Kreis Düren beteiligten Kommunen und Organisationen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Im Wirtschaftsjahr 2022 haben in der NOBiZ 6 Klassen mit insgesamt 117 Schülerinnen und Schülern die Berufsausbildung zum Notfallsanitäter besucht.

Die Höhe der Gelder, die die NOBiZ von den Ausbildungsträgern erhält, ist durch das zuständige Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) vorgeschrieben (s. 2.2).

2.2. Geschäftsverlauf

Die Erträge der NOBiZ im Wirtschaftsjahr 2022 generieren sich aus den klassischen Feldern Notfallsanitätervollausbildung, Ergänzungsprüfungen incl. Vorbereitungslehrgänge, Praxisanleiteraus- und

fortbildungen, Ausbildung von Leitstellenpersonal sowie Rettungsdienstfortbildungen. Der bestehende Zweig der Aus- und Weiterbildung von Feuerwehren wurde in 2021 deutlich erweitert und intensiviert.

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss von TEUR 282 ab. Dies bedeutet eine Planabweichung von 1.029 % (Planansatz 2021: TEUR 25).

Die Hintergründe für die positiven wirtschaftlichen Planabweichungen der NOBiZ werden in 3.1. Ertragslage und 3.2. Kosten und Aufwandsentwicklung dargestellt. Die Umsatzrentabilität – das Verhältnis von Jahresüberschuss zu Umsatzerlösen – kann mit 8,0 % nach Meinung der Geschäftsführung als sehr gut bezeichnet werden.

Nachfolgend wird der Geschäftsverlauf differenziert auf die Ertragslage sowie die Kosten- und Aufwandslage dargestellt.

3. Lage

Nach Einschätzung der Geschäftsführung ist die Geschäftsentwicklung im Berichtszeitraum einschließlich Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage insgesamt als gut zu bewerten.

3.1. Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss i.H.v. TEUR 282 erzielt.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.047 gestiegen. So erreichten sie den Jahreswert i.H.v. TEUR 3.526. Der Erlösanstieg ist im Wesentlichen auf Neugeschäft durch Anpassung und Erweiterung von Kursangeboten und –formaten zurückzuführen.

Der Materialaufwand erhöht sich den höheren Umsätzen entsprechend auf TEUR 719. Die Materialaufwandsquote ist wieder leicht auf 20,4% gestiegen (Vj. 15,6%).

Der Anstieg der Personalkosten um TEUR 256 auf TEUR 1.314 (Vorjahr TEUR 1.058) resultiert aus einer planmäßigen Personalsteigerung im pädagogischen Bereich sowie aus mehreren langfristigen Krankheitsausfälle im Bereich der Geschäftsstelle.

Die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Erträge der Notfallsanitätärvollausbildung ist eingeschränkt, da diese durch die Erlasslage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) des Landes NRW vorgegeben sind.

Das MAGS hat mit Erlass vom 02.06.2021 (Gültigkeit rückwirkend zum 01.01.2021) konkret geregelt, wie die Notfallsanitätärausbildung finanziert werden soll.

Die Träger des Rettungsdienstes (gemäß RettG) zahlen die jeweils durch die Krankenkassen anerkannten Kosten für die Notfallsanitäterqualifizierung direkt an den Ausbildungsträger. Konkret geschieht dies pro verhandeltem Aus- und Weiterbildungsplatz „Notfallsanitäter/in“. Derzeit sind die Finanzierungssätze durch den vorgenannten Erlass festgelegt.

Der Ausbildungsträger leitet den Betrag für die schulische Ausbildung sowie das Klinikpraktikum direkt an die ausbildende Notfallsanitäterschule weiter. Diese leitet den Betrag für das erforderliche Klinikpraktikum vollumfänglich an die jeweiligen Kliniken weiter.

Damit entstehen, mit Stand vom 01.01.2021, folgende Kosten für die komplette Notfallsanitäterausbildung:

Schulgebühr:	EUR 44.811,- € / 3 Jahre
Krankenhaus:	EUR 8.500,- € / 3 Jahre

Die Ertragslage bei der Aufqualifizierung von Rettungsassistent/innen zu Notfallsanitäter/innen (sogenannte EP 1 – 3 Lehrgänge mit staatlichen Prüfungen) wird ebenfalls vollumfänglich durch den vorgenannten Erlass des MAGS wirtschaftlich reguliert und festgelegt. Allerdings ist hier zu beachten, dass diese Aufqualifizierungen durch den Bundesgesetzgeber (NotSanG) nur bis zum 31.12.2023 (Frist wurde durch den Bundesgesetzgeber verlängert) möglich sind.

3.2. Finanzlage

Die Finanzlage ist stabil, es sind keinerlei Liquiditätsengpässe aufgetreten.

Die Verbindlichkeiten wurden zu jedem Zeitpunkt innerhalb der Zahlungsfristen beglichen. Kreditlinien zur Finanzierung des laufenden Geschäfts werden nicht benötigt.

Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum 31.12.2022 deutlich.

3.3. Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft besteht zu 25,4 % (Vorjahr: 13,4 %) aus Anlagevermögen. Der absolute Wert des Anlagevermögens hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (+161,1 %). Der Zuwachs ist bedingt durch Investitionen in die Informationstechnik, sowie die Aktivierung eines Fahrzeugs.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zum Vorjahr um 25,4 % auf TEUR 141 gesunken. Diese bestehen im Wesentlichen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten.

Zum Bilanzstichtag waren flüssige Mittel in Höhe von TEUR 1.059 (Vorjahr: TEUR 827) vorhanden.

In 2022 hat sich das Eigenkapital auf TEUR 1.295 erhöht. Durch die höhere Bilanzsumme und die höheren Verbindlichkeiten hat sich die Eigenkapitalquote, trotz des höheren Eigenkapitals, im Berichtsjahr auf 77,4 % (Vorjahr 83,3 %) verringert.

Die Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr um TEUR 139 auf TEUR 305 gestiegen. Im Wesentlichen resultiert der Anstieg aus den Veränderungen der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der

sonstigen Verbindlichkeiten. Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten aus Steuern.

4. Prognosebericht

Das Wirtschaftsjahr 2022 schließt mit einem deutlich positiven Ergebnis ab. Die Planung für das Jahr 2023 geht ebenfalls von einem positiven, allerdings niedrigeren, Jahresüberschuss aus. Für das Jahr 2023 plant die Gesellschaft mit einem steigenden Umsatz. Deutlich höheren Personalkosten steht eine Reduzierung des Materialaufwandes entgegen. Abhängig von den Entwicklungen am Markt und den sich daraus ergebenden Beschränkungen, kann die Geschäftsführung erst mit Ablauf des dritten Quartals beurteilen, zu welchem Grad die gesteckten Ziele erreicht werden können.

5. Chancen und Risiko

5.1. Risikobericht

Als Risiken werden durch die Geschäftsführung organisatorische, politische und wirtschaftliche Veränderungen im Bereich des Rettungsdienstes und des Gesundheitswesens erkannt.

Aktuell werden Kursabbrecher bei der Vollausbildung zur/zum Notfallsanitäter/in, je nach Kostenträger, lediglich für ein Schuljahr übernommen. Diese birgt wirtschaftliche Risiken für die NOBiZ.

Auch in Zukunft ist die Gesellschaft von gesetzlichen Entscheidungen abhängig und muss diese in ihren Planungen berücksichtigen.

Das Risikomanagement der Gesellschaft beobachtet vor allem Liquiditäts-, Ausfall- und Preisänderungsrisiken. Diesen Risiken wird durch den Aufbau einer Liquiditätsplanung, sowie einer steten Überwachung der offenen Forderungen entgegengewirkt

5.2. Chancenbericht

Als Chancen werden durch die Geschäftsführung organisatorische, politische und wirtschaftliche Veränderungen im Bereich des Rettungsdienstes und des Gesundheitswesens erkannt.

Besonders das Thema Personal - mit der Personalakquise und der Personalentwicklung - wird bei zukünftigen Planungen eine immer größere Rolle spielen. Das bestehende Personaltableau der NOBiZ gilt es in den kommenden Jahren zu halten sowie bedarfsorientiert zu entwickeln.

Auch in Zukunft ist die Gesellschaft von gesetzlichen Entscheidungen abhängig und muss diese in ihren Planungen berücksichtigen.

Es ist für die Rettungsschulen im Land NRW von existentieller Wichtigkeit, auf allen politischen und verwaltungsinternen Ebenen auf das Ministerium Einfluss zu nehmen, stets frühzeitig die per Erlass vorgegebenen finanziellen Ansätze auf ihre Nachvollziehbarkeit der einzelnen Kostenpositionen sowie deren

Auskömmlichkeit zu überprüfen und diese auch für die kommenden Jahre neu festzusetzen, um die Finanzierung durch die Kostenträger sicherstellen zu können.

5.3. Gesamtaussage

Insgesamt gibt es auf dem Markt der rettungsdienstlichen Aus- und Fortbildung – insbesondere im Bereich der NotfallsanitäterIn deutlich mehr Chancen (Wachstum, neue Märkte) als Risiken in der Portfolio Betrachtung der NOBiZ.

Diese Einschätzung gilt allerdings unter dem Vorbehalt eines entsprechend großen Einzugsgebietes und stabiler Markt- und Auftragslage im Rettungsdienst.

Von existenzieller Bedeutung ist der im Jahr 2021 beschlossene Finanzierungserlass für die Notfallsanitäterausbildung. Allerdings wird dieser Finanzierungserlass am Ende zu einem allgemeingültigen Musterabrechnungsbogen („Spitzabrechnung“) führen. Der vorgenannte Musterabrechnungsbogen führt zu einem weitausgenaueren Abrechnungsverfahren, mit deutlich geringeren Optionen auf Überschusserwirtschaftung. Der Qualitätsanspruch an die Ausbildung der NOBiZ drückt sich zum einen durch eine von der Gesellschaft wahrgenommene hohe Kundenzufriedenheit sowie durch eine deutlich unterdurchschnittliche Abbruchquote der Lehrgangsteilnehmenden aus.

Der gewählte Weg einer gemeinsamen Gesellschaft zwischen einem Bildungsträger im Bereich Notfallmedizin (DRK) und einem operativem Rettungsdienst (RDKD) wird weiterhin als der Richtige gesehen.

6. Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Das originäre Kerngeschäft der NOBiZ, die Ausbildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern, ist im Bereich des Präsenzunterrichtes im Jahre 2022 weitergelaufen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Butz, Ralf	Kreis Düren	Amtsleiter
	Grönheim, Michael	DRK	ab 05.01.2021 bis 13.0.5.2022
	Von Hammerstein, Florian	DRK	ab 13.05.2022 bis 14.04.2023
	Kulik, Florian		seit 15.04.2023
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 250 € eingezahlten Stammkapitals

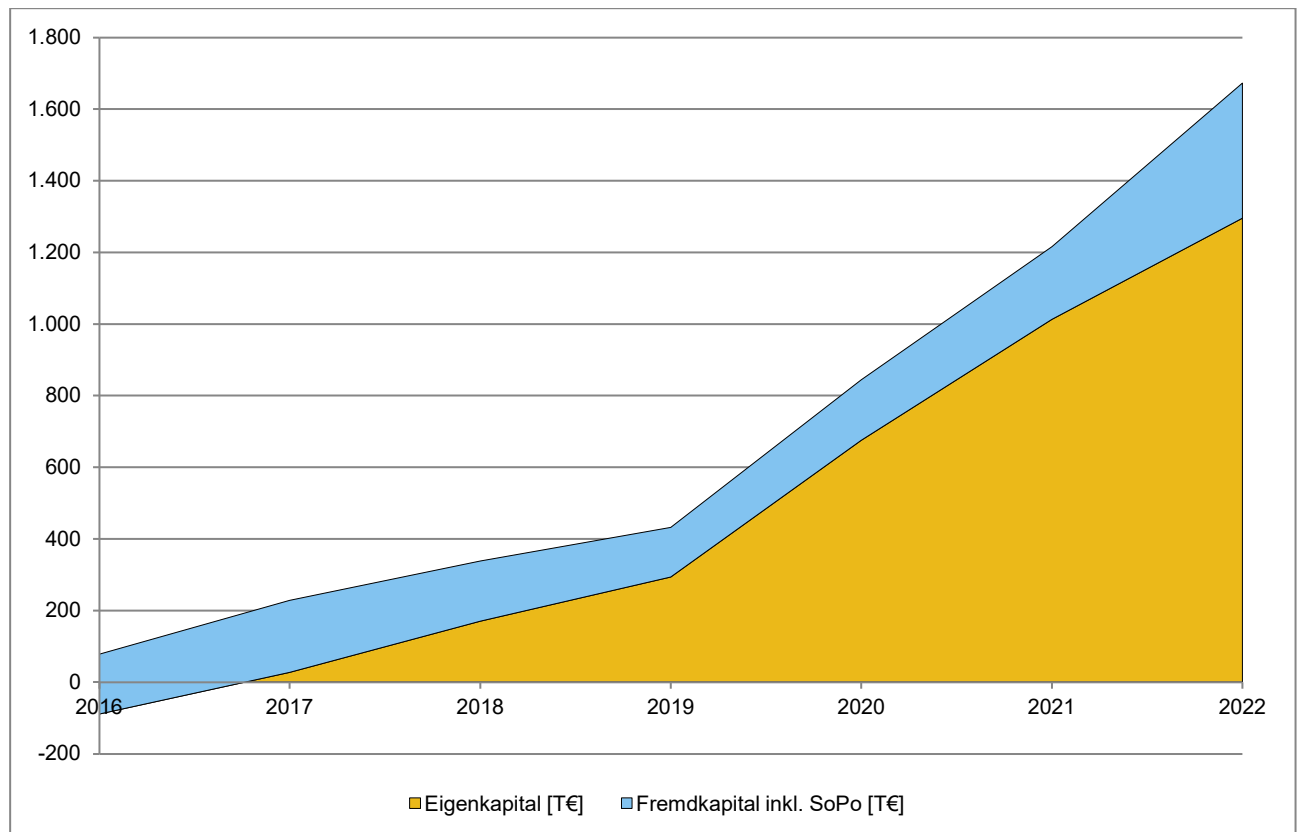
Vertreter des Kreises Düren

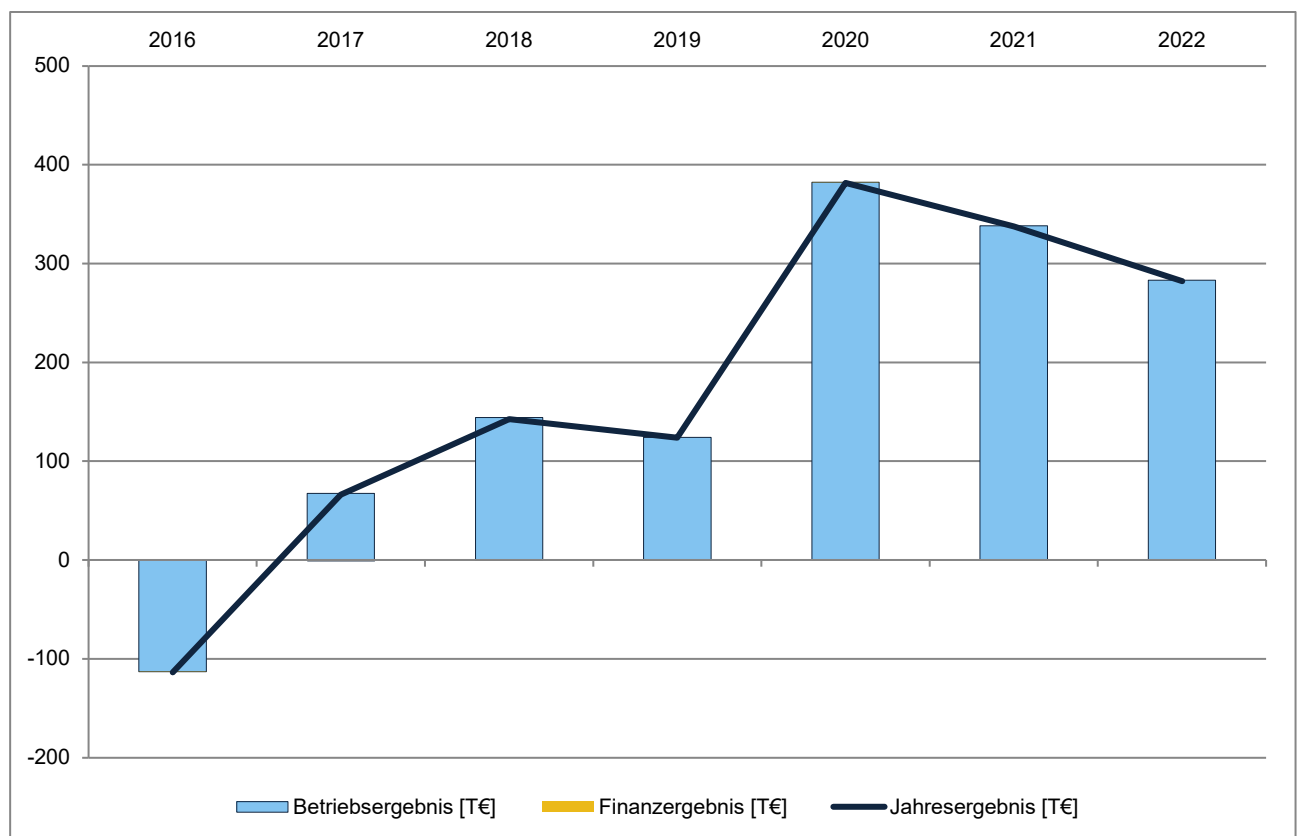
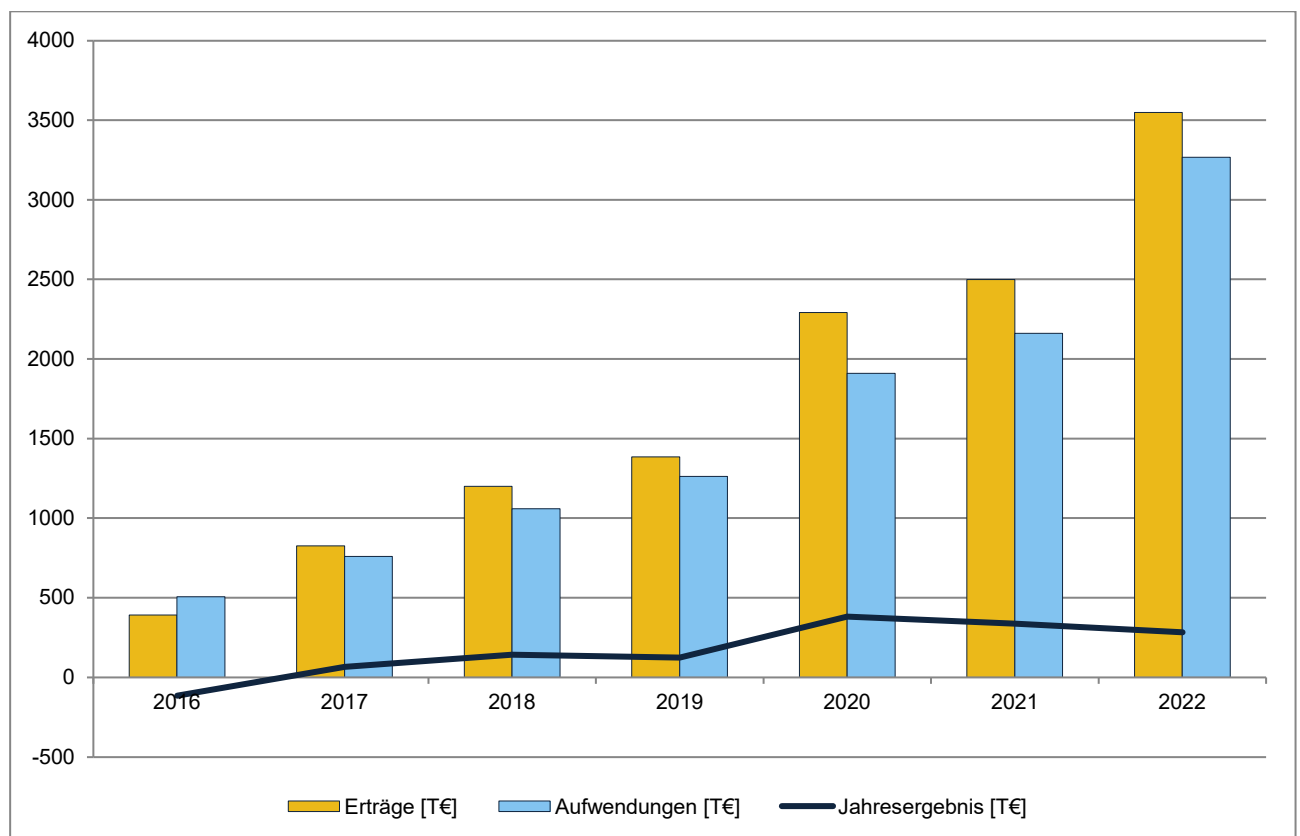
Gesellschafterversammlung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Allgem. Vertreter des Landrats

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	80,03%	83,31%	61,81%	-21,50%
Eigenkapitalrentabilität	56,53%	33,32%	-19,57%	-52,89%
Anlagendeckungsgrad 2	819,49%	622,45%	107,65%	-514,80%
Verschuldungsgrad	24,95%	20,04%	61,78%	41,75%
Umsatzrentabilität	17,02%	13,64%	-5,26%	-18,90%

16 REA GmbH & Co.KG WEA1

Wernersstraße 23
52351 Düren
Telefon: -
Telefax: -
E-Mail: j.lehmann@rea-dn.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windkraftanlage WEA 1 Düren.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	770,00	53,1
Bürgerenergie Düren eG	50,00	3,4
REA GmbH Regenerative Energie Anlagen Management	50,00	3,4
Weitere Privatpersonen	580,00	40,1
Stammkapital	1.450,00	100,00
Pers. haftende Komplementärin		
REA GmbH Umweltinvest Düren		

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	136.666,00 €	122.666,00 €	108.666,00 €	-14.000,00 €	-11,41%
II. Sachanlagen	3.296.702,00 €	2.954.052,00 €	2.613.402,00 €	-340.650,00 €	-11,53%
III. Finanzanlagen	31.000,00 €	31.000,00 €	31.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	68.890,45 €	176.325,26 €	144.785,00 €	-31.540,26 €	-17,89%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	644.982,84 €	554.383,75 €	921.347,17 €	366.963,42 €	66,19%

C. Rechnungsabgrenzungsposten	73.430,95 €	63.836,49 €	53.738,64 €	-10.097,85 €	-15,82%
D. Nicht durch Vermögens-einlagen gedeckter Verlust-anteil Kommanditisten	69.324,31 €	69.222,77 €	69.174,30 €	-48,47 €	-0,07%
Summe Aktiva	4.320.996,55 €	3.971.486,27 €	3.942.113,11 €	-29.373,16 €	-0,74%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Kapitalanteile Kommanditisten	1.448.000,00 €	1.448.000,00 €	1.448.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Rücklagen	12.954,51 €	6.829,64 €	5.720,75 €	-1.108,89 €	-16,24%
III. Jahresergebnis	73.616,67 €	35.139,58 €	293.154,70 €	258.015,12 €	734,26%
B. Rückstellungen	82.768,84 €	97.893,38 €	162.801,10 €	64.907,72 €	66,30%
C. Verbindlichkeiten	2.703.656,53 €	2.383.623,67 €	2.032.436,56 €	-351.187,11 €	-14,73%
Summe Passiva	4.320.996,55 €	3.971.486,27 €	3.942.113,11 €	-29.373,16 €	-0,74%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	752.673,35 €	685.838,57 €	1.041.695,79 €	355.857,22 €	51,89%
2. Sonstige betriebliche Erträge		73,70 €	0,00 €	-73,70 €	-100,00%
3. Abschreibungen	356.650,00 €	356.650,00 €	356.650,00 €	0,00 €	0,00%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	212.428,94 €	201.413,56 €	262.435,68 €	61.022,12 €	30,30%
Betriebsergebnis	183.594,41 €	127.848,71 €	422.610,11 €	294.761,40 €	230,55%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	45,84 €	45,39 €	1.442,73 €	1.397,34 €	3078,52%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	95.268,08 €	85.464,52 €	73.725,64 €	-11.738,88 €	-13,74%
Finanzergebnis	-95.222,24 €	-85.419,13 €	-72.282,91 €	13.136,22 €	-15,38%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	88.372,17 €	42.429,58 €	350.327,20 €	307.897,62 €	725,67%
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14.755,50 €	7.290,00 €	57.172,50 €	49.882,50 €	684,26%
Jahresergebnis	73.616,67 €	35.139,58 €	293.154,70 €	258.015,12 €	734,26%
8. Gutschrift auf Kapitalkonten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. Gutschrift auf Verbindlichkeitskonten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Bilanzgewinn	73.616,67 €	35.139,58 €	293.154,70 €	258.015,12 €	734,26%

f) Lagebericht

1. BERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF

Die REA GmbH & Co. KG WEA 1 Düren wurde in 2012 gegründet und ist die Betreibergesellschaft der Windenergieanlage Nr. 1 (nachfolgend Gesellschaft) - eine Windenergieanlage des Typs ENERCON E-101 südlich der A4 im Windpark Düren-Echtz.

An der REA GmbH & Co. KG WEA 1 Düren sind neben der vermögenslosen Beteiligung der Komplementärin REA GmbH Umweltinvest ab dem Geschäftsjahr 2013 dreizehn Kommanditisten beteiligt. Dabei ist die RURENERGIE GmbH, eine kommunale Gesellschaft, mit 53,10% beteiligt. Das Eigenkapital in Höhe von EUR 1.450.000 wurde in 2013 vollständig eingezahlt.

Mit dem Gesellschaftsvertrag vom 09.12.2013 haben die Kommanditisten dem Investitionsplan und der Ertragsprognose mit einer Gesamtinvestitionssumme von EUR 5.900.000 zugestimmt.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2022

Nach dem überdurchschnittlichen Jahr 2020 (102,5%) und dem unterdurchschnittlichen Jahr 2021 (93,9%) liegt der Windindex für das Jahr 2022 in Nordrhein-Westfalen mit 97,5% wieder nahe an 100%. Durch den außerordentlich windstarken Monat Februar und einen windstarken April, sowie nur zwei Monaten mit Werten deutlich unter 75%, liegt der Windindex 2022 deutlich näher am Durchschnitt als im Jahr 2021.*

Von besonderer Bedeutung für die Windenergie Branche in 2022 waren die Entwicklungen am Strommarkt.

Mit dem Inkrafttreten des EEG 2014 wurde die verpflichtende Direktvermarktung eingeführt. Im gesamten Jahr 2022 lag der Marktwert stets über 10 Cent und erreichte im August 2022 einen Rekordwert von 46,092 Cent. Aufgrund dieser außerordentlichen Marktlage erlangten die Betreibergesellschaften der REA Firmengruppe deutlich höhere Erlöse als in den Vorjahren.

*Quelle: Anemos Windreport 2022 (Ertragsindex NRW)

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMÄßNAHMEN

Der Bau der WEA 1 ist im Jahr 2014 vollständig abgeschlossen worden. Darüber hinaus hat die Gesellschaft keine Investitionen getätigt.

2. DARSTELLUNG DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Die Ertragslage der Gesellschaft kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2014. Die Regelungen wurden im aktuellen EEG 2023 für Bestandsanlagen übernommen. Für den Zeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022 wurde aufgrund der Entwicklung am Strommarkt anstelle der garantierten EEG-Vergütung für die erbrachte Arbeit (in kWh) (Anfangsvergütung) in Höhe von EUR 0,1002 pro kWh ein Preis pro kWh in Höhe von durchschnittlich 0,1554 EUR erzielt.

Das Steuerungs-, Vermarktungs- und Abrechnungsmanagement wird über ein dynamisiertes vom Marktwert abhängiges Dienstleistungsentgelt von der Quadra Energy GmbH im Rahmen des Direktvermarktungsvertrages in Rechnung gestellt.

Aufgrund der Entwicklung des Börsenstrompreises im Jahr 2022 lag die Gesamtvergütung pro kWh im Durchschnitt bei EUR 0,1554. Insgesamt hat die WEA der Gesellschaft im Jahr 2022 6.500.241 kWh (Vorjahr 6.124.052 kWh) produziert und vergütet bekommen. Dies bedeutet eine Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr von EUR 355.857,22.

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus den Pacht-, Wartungs- und Finanzierungsaufwendungen zusammen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten aus dem Stromabrechnungsvertrag mit der REA GmbH & Co. KG Fonds 4 i. H. v. EUR 53.257,59 (Vorjahr EUR 9.083,68), hier schlägt insbesondere das erhöhte Dienstleistungsentgelt des Direktvermarkters zu Buche. Weiterhin sind aus dem Wartungsvertrag Kosten i. H. v. EUR 71.455,99 (Vorjahr 73.015,34), aus dem Vertrag über Repowering-Projekt mit der REA GmbH Umweltinvest i. H. v. EUR 15.626,58 (Vorjahr EUR 14.697,72), Kosten für die Betriebsführung i. H. v. EUR 34.413,20 (Vorjahr EUR 21.983,44) und Kosten für den Ausgleich der Leistungs-drosselungsverluste i. H. v. EUR 9.485,49 (Vorjahr EUR 10.361,85) enthalten.

Durch die Darlehensgewährung der Sparkasse Düren zum 15.07.2014 sind Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 70.130,32 (Vorjahr EUR 80.012,76) angefallen.

In Summe verbleibt im Jahr 2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 293.154,70.

Angaben für Lagebericht bei WP (GUV)			
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG			
	31.12.2021		31.12.2022
	EUR		
UMSATZERLÖSE	685.838,57		1.041.695,79
REPARATUREN & WARTUNGEN	-73.015,34		-74.785,99
SONSTIGE BETRIEBL. ERTRÄGE	73,70		0,00
ROHERTRAG	612.896,93		966.909,80
ABSCHREIBUNGEN	-356.650,00		-356.650,00
PACHTEN	-38.988,33		-40.249,42
VERSICHERUNGEN UND BEITRÄGE	-3.368,90		-3.028,60
SONSTIGE BETRIEBL. AUFWENDUNGEN	-86.040,99		-144.371,67
BETRIEBSERGEBNIS	127.848,71		422.610,11
ZINSERTRÄGE	45,39		1.442,73
ZINSAUFWENDUNGEN	-85.464,52		-73.725,64
FINANZERGEBNIS	-85.419,13		350.327,20
STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	-7.290,00		-57.172,50
JAHERERGEBNIS	35.139,58		293.154,70

FINANZLAGE

Die Gesellschaft verfügt über EUR 921.347,17 (Vorjahr EUR 554.383,75) an liquiden Mitteln.

Davon wurden EUR 206.744,07 (Vorjahr EUR 211.685,46) auf dem Festgeldkonto der Sparkasse Düren als Schuldendienstreserve und weitere EUR 239.820,54 (Vorjahr EUR 239.802,86) auf einem zweiten Festgeldkonto hinterlegt. Davon beträgt die Rückbaureserve EUR 215.000,00 entsprechend dem Darlehensvertrag und zusätzlich EUR 24.688,48 für die seitens der Sparkasse Düren übernommene Bürgschaft aus dem Verlustübernahmevertrag (Leistungs-drosselungsverluste) mit Windpark Düren-Echtz GmbH & Co. KG.

Diese Festgelder stehen dementsprechend nicht zur Ausschüttung zur Verfügung.

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Angaben für Lagebericht bei W P (Bilanz)				
Bilanz				
AKTIVA ZUM		31.12.2021		31.12.2022
		EUR		EUR
BIANZSUMME		3.971.486,27		3.942.113,11
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		122.666,00		108.666,00
SACHANLAGEN		2.954.052,00		2.613.402,00
FINANZANLAGEN		31.000,00		31.000,00
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		63.836,49		53.738,64
NICHT DURCH VERMÖGENSINLAGEN				
	GEDECKTER VERLUSTANTEIL	69.222,77		69.174,30
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		3.240.777,26		2.875.980,94
FORDERUNGEN + SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		170.324,27		144.450,54
STEUERFORDERUNGEN		6.000,99		334,46
ZAHLUNGSMITTEL		554.383,75		921.347,17
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		730.709,01		1.066.132,17
PASSIVA ZUM		31.12.2021		31.12.2022
		EUR		EUR
BIANZSUMME		3.971.486,27		3.942.113,11
EIGENKAPITAL		1.489.969,22		1.746.875,45
RÜCKSTELLUNGEN		97.893,38		162.801,10
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		2.294.100,00		1.941.156,00
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		89.523,67		91.280,56

3. BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG UND MÖGLICHE CHANCEN UND RISIKEN DES UNTERNEHMENS

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die langlebige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse sind soweit wie möglich versichert. Für sämtliche WEA wurde eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein

Vollwartungsvertrag nach dem Enercon-Partner-Konzept vom 18.05.2011 über die Finanzierungs-
laufzeit von 15 Jahren eine Verfügbarkeit seitens des Herstellers von 97 %.

Ziel der Gesellschaft ist, dass eine möglichst hohe Verfügbarkeit erreicht wird. Dies wird durch ein
laufendes Monitoring und Prüfung von Warnmeldungen erreicht, um Fehler und Stillstandzeiten
der WEA zu verringern und den Ertrag zu erhöhen. Die Verfügbarkeit betrug im Jahr 2022 97,6 %.

Für die 20-jährige Betriebslaufzeit der WEA wird in dem Wirtschaftsplan eine durchschnittliche
Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 7 % prognostiziert.

Im Jahr 2022 ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan eine Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von
20,2%. Die prognostizierte Eigenkapitalrendite nach GewSt beträgt 1,9 %.

Die ersten Monate im Jahr 2023 waren bisher mit Blick auf den Ertrag zufriedenstellend.

Der Börsenstrompreise der ersten Monate haben im Vergleich zu den Werten im Vorjahr wieder
im Bereich 8 bis 10 Ct eingependelt und führten zu den gewohnten Einnahmen.

Im Dezember 2022 wurde das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) erlassen. Dies führt für die Ge-
sellschaft neben der Dämpfung der Energiekosten durch eine Strompreisbremse dazu, dass für den
Zeitraum vom 01.12.2022 bis 30.06.2023 (ggf. Verlängerung bis 30.04.2024) bei erhöhten Marktwerten
Überschusserlöse abgeschöpft werden. Die maximale Abschöpfung für den Dezember wurde im
Jahresabschluss 2022 zurückgestellt. Die Meldung und Zahlung erfolgt im Juni/August 2023.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse am Standort schwanken saisonal und können deutlich hinter
den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Windenergieanlage im angrenzenden Gemeindegebiet Langerwehe

Im Jahr 2019 entstand auf dem Gebiet der Gemeinde Langerwehe eine Nordex N131, die im August
2019 fertiggestellt wurde. Es könnte zu Windverschattungen kommen, die jedoch bereits in der
Wirtschaftlichkeitsprognose und den gutachterlich errechneten Erträgen mit dem ursprünglich zu-
sätzlich geplanten Bau von drei WEA Enercon E82 berücksichtigt sind. Die 2019 errichtete Wind-
energieanlage in Langerwehe hat bisher zu keinen nennenswerten Einschränkungen im Betrieb
der WEA 1 Düren geführt. Die zu erwartenden Erträge liegen auch mit der Verschattung der WEA in
Langerwehe über den Prognosen im Wirtschaftsplan.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der WEA bzw. einzelner Komponenten kann geringer sein als nach
den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für das Jahr der Inbetriebnahme und die folgenden 20 Betriebsjahre. Eine stark ansteigende Inflation (6,9 % in 2022) hat im Jahr 2022 zu erhöhten Aufwendungen, insbesondere bei den Wartungskosten (gerechnet auf die kWh) des EPK, geführt.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Direktvermarktung

Zum Jahreswechsel 2022 haben sich die Konditionen für die Direktvermarktung im Windpark Düren-Echtz geändert, die Dienstleistungsgebühr wurde in Abhängigkeit vom Marktwert angehoben. Ab dem 01.09.2022 wurde das Dienstleistungsentgelt erneut verhandelt, die Erhöhungsstufen wurden dabei gemildert/abgeschwächt.

Aktuelles Risiko**Nachrüstung der WEA und Reparaturen**

Der Gesetzgeber hat ab Ende 2022 eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Die beauftragten Kosten für die „Transponderlösung“ inkl. Schnittstelle liegen bei ca. EUR 45.500,00 für den Windpark. Für die WEA 1 liegen die anteiligen Kosten bei ca. EUR 15.200,00. Zusätzlich ergeben sich jährliche Kosten i.H.v. ca. 500 Euro für die Wartung des Systems. Diese Nachrüstung ist im Jahr 2022 noch nicht abgeschlossen.

2. SONSTIGE ANGABEN**VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN**

Zur Sicherung des Darlehens-Zinssatzes der Sparkasse Düren ab dem 11. bis zum 15. Jahr der Darlehenslaufzeit hat die Gesellschaft ein Zinsbegrenzungsgeschäft mit der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) abgeschlossen. Damit beträgt der Zinssatz 2,8% über die gesamte Laufzeit des Darlehens.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: REA GmbH Umweltinvest
vertr. durch
Johanna Lehmann

**Gesellschafter-ver-
sammlung:**

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

**Gesellschafter-
versammlung:**

Zerres, Thomas

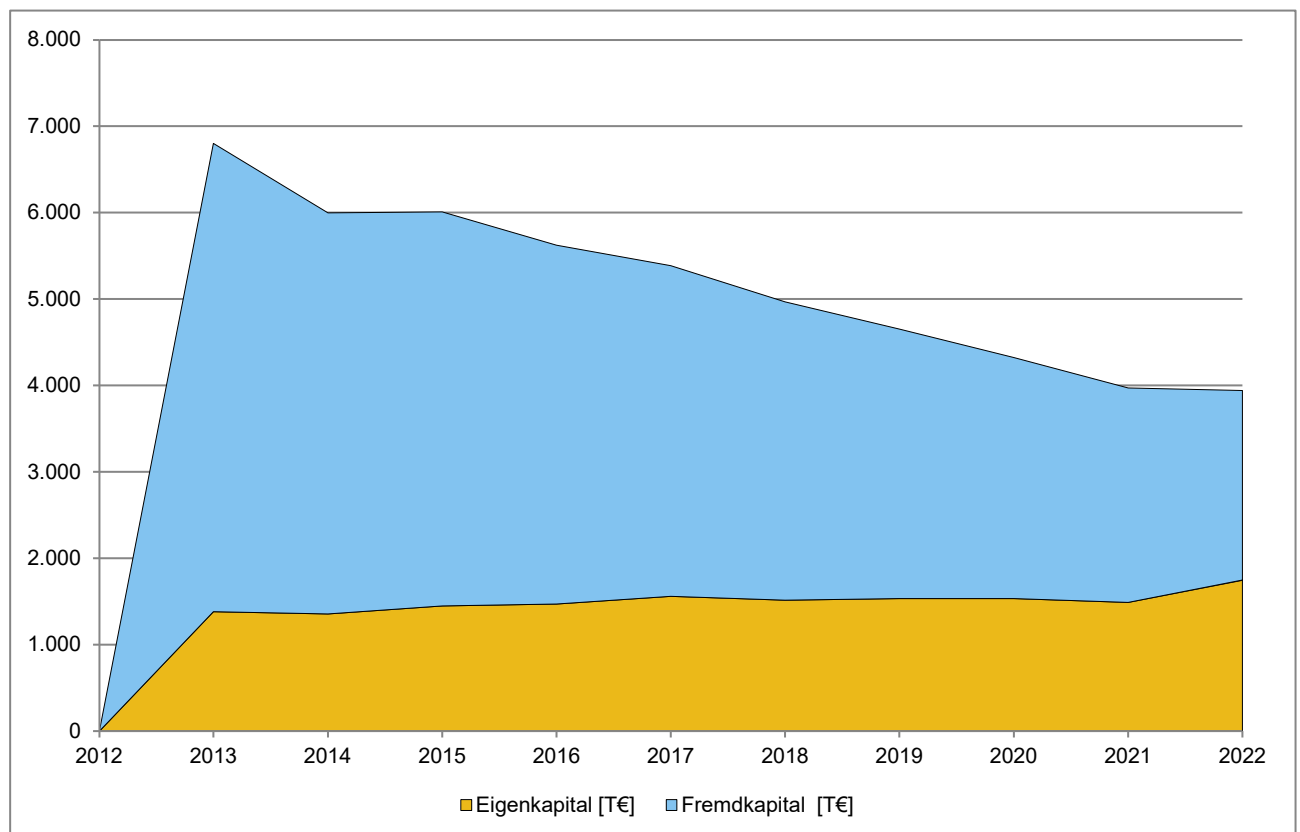
RURENERGIE

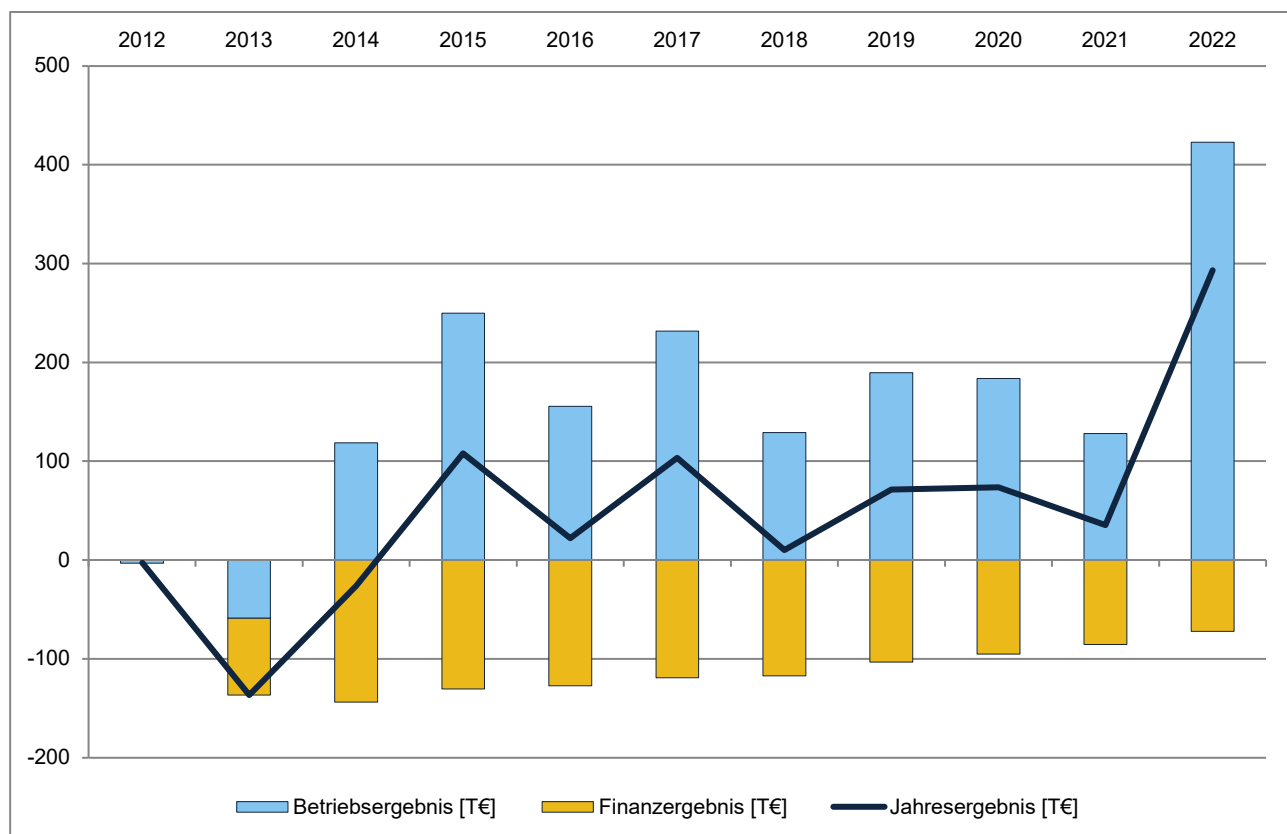
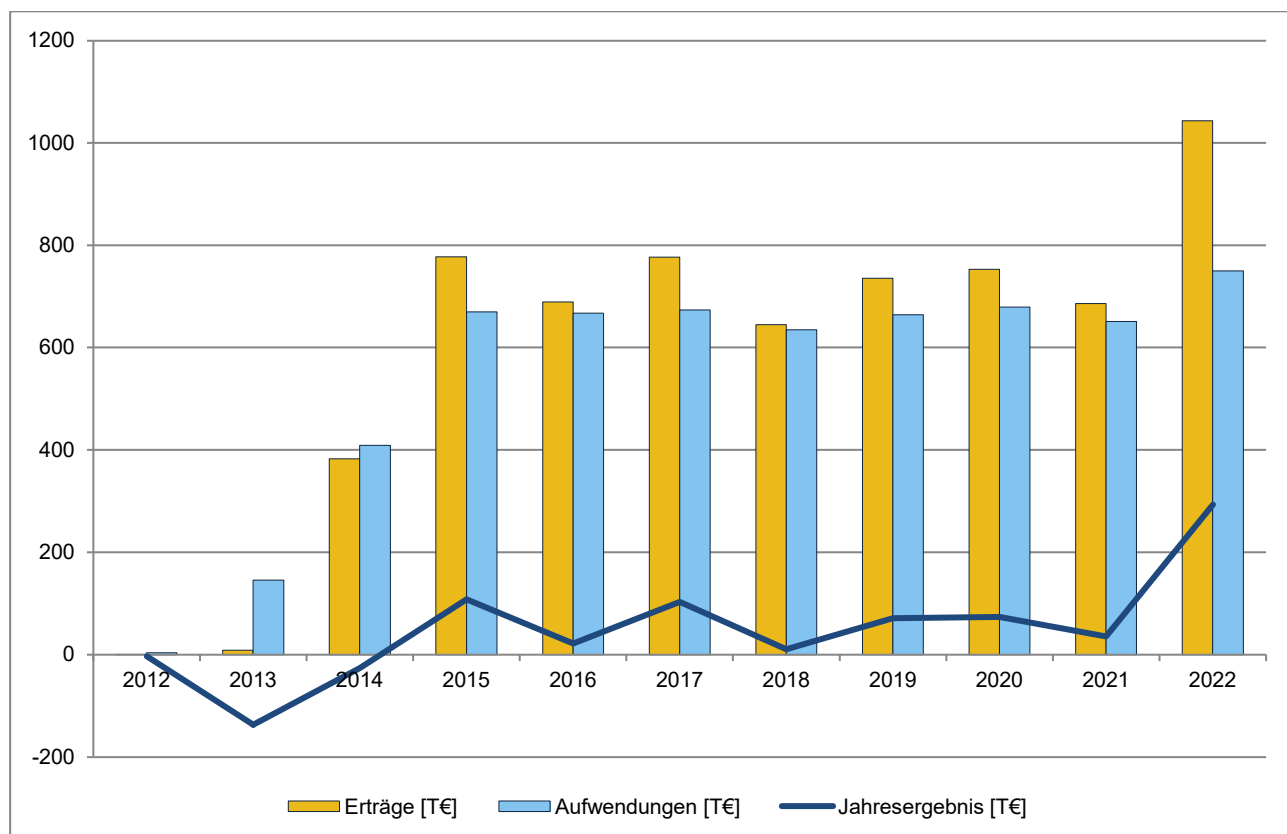
Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	35,51%	37,52%	44,31%	6,80%
Eigenkapitalrentabilität	4,80%	2,36%	16,78%	14,42%
Anlagendeckungsgrad 2	110,52%	110,41%	121,14%	10,73%
Verschuldungsgrad	181,58%	166,55%	125,67%	-40,88%
Umsatzrentabilität	24,39%	18,64%	40,57%	21,93%

17 REA WEA Birk GmbH & Co.KG

Wernersstraße 23
52351 Düren
Telefon: -
Telefax: -
E-Mail: j.lehmann@rea-dn.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windkraftanlage WEA Würselen-Birk.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	250,00	33,33
REA GmbH & Co. KG Fonds 3	170,00	22,67
Weitere Privatpersonen	330,00	44,00
Stammkapital	750,00	100,00
Pers. haftende Komplementärin		
REA Komplementär GmbH (seit 12.10.2023)		

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	2.524.958,00 €	2.366.392,00 €	2.214.226,00 €	-152.166,00 €	-6,43%
II. Finanzanlagen	24.500,00 €	24.500,00 €	24.500,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte			1.500,00 €	1.500,00 €	
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	43.273,54 €	95.558,02 €	92.106,86 €	-3.451,16 €	-3,61%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	339.041,62 €	310.277,23 €	575.358,04 €	265.080,81 €	85,43%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.682,93 €	1.529,39 €	1.548,10 €	18,71 €	1,22%

D. Nicht durch Vermögens- einlagen gedeckter Ver- lustanteil Kommanditisten	4.123,36 €	2.875,64 €	0,00 €	-2.875,64 €	-100,00%
Summe Aktiva	2.937.579,45 €	2.801.132,28 €	2.909.239,00 €	108.106,72 €	3,86%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Kapitalanteile Komman- ditisten	780.221,94 €	770.194,71 €	773.725,38 €	3.530,67 €	0,46%
II. Bilanzgewinn	100.972,77 €	92.330,67 €	266.241,23 €	173.910,56 €	188,36%
B. Rückstellungen	45.665,05 €	64.432,79 €	120.128,02 €	55.695,23 €	86,44%
C. Verbindlichkeiten	1.985.506,69 €	1.842.963,11 €	1.711.587,37 €	-131.375,74 €	-7,13%
D. Passive latente Steuern	25.213,00 €	31.211,00 €	37.557,00 €	6.346,00 €	20,33%
Summe Passiva	2.937.579,45 €	2.801.132,28 €	2.909.239,00 €	108.106,72 €	3,86%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	416.565,83 €	403.157,80 €	644.777,43 €	241.619,63 €	58,00%
2. sonstige betriebliche Er- träge	3.835,95 €	4.260,09 €	3.915,60 €	-344,49 €	-8,98%
3. Abschreibungen	158.566,00 €	158.566,00 €	158.566,00 €	0,00 €	0,00%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	108.319,33 €	107.868,62 €	139.717,78 €	31.849,16 €	29,40%
Betriebsergebnis	153.516,45 €	140.983,27 €	350.409,25 €	209.425,98 €	136,42%
5. Erträge aus anderen Wertpapieren und Auslei- hungen des Finanzanlage- vermögens	245,00 €	245,00 €	245,00 €	0,00 €	0,00 €
6. sonstige Zinsen u. ähnli- che Erträge	286,65 €	0,00 €	1.369,42 €	1.369,42 €	477,73%
7. Zinsen u. ähnliche Auf- wendungen	33.213,83 €	30.992,94 €	28.546,24 €	-2.446,70 €	-7,37%
Finanzergebnis	-32.682,18 €	-30.747,94 €	-26.931,82 €	3.816,12 €	-11,68%
Ergebnis d. gewönl. Ge- schäftstätigkeit	120.834,27 €	110.235,33 €	323.477,43 €	213.242,10 €	176,47%
8. Steuern vom Einkom- men und vom Ertrag	18.497,00 €	16.656,94 €	54.360,56 €	37.703,62 €	203,84%
Jahresergebnis	102.337,27 €	93.578,39 €	269.116,87 €	175.538,48 €	171,53%
9. Gutschrift auf Kapital- konten	1.364,50 €	1.247,72 €	2.875,64 €	1.627,92 €	119,31%
Bilanzgewinn	100.972,77 €	92.330,67 €	266.241,23 €	173.910,56 €	172,24%

f) Lagebericht

1. BERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF

Die REA WEA Birk GmbH & Co. KG wurde am 18.01.2016 von Herrn Hans-Willi Schruff als Gründungsgesellschafter gegründet. Die REA Windprojekte GmbH, HRB 7036, ist an der REA WEA Birk GmbH & Co. KG vermögenslos als Komplementärin beteiligt. Bis zum 12.09.2016 wurden weitere 12 Kommanditisten aufgenommen. Am 10.08.2017 wurde der RURENERGIE GmbH ein Kommanditanteil von 33,33% im Wege der Sonderrechts-nachfolge übertragen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlage, kurz WEA, Würselen-Birk II. Hierbei handelt es sich um eine WEA der Firma Enercon, Typ E 82 E2.

Die Gesellschafter haben dem Investitionsplan in Höhe von EUR 3.300.000,00 im Rahmen des Gesellschaftervertrages zugestimmt. Das benötigte Eigenkapital in Höhe von EUR 750.000,00 wurde vollständig eingezahlt.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2022

Nach dem überdurchschnittlichen Jahr 2020 (102,5%) und dem unterdurchschnittlichen Jahr 2021 (93,9%) liegt der Windindex für das Jahr 2022 in Nordrhein-Westfalen mit 97,5% wieder Nahe an 100%. Durch den außerordentlich windstarken Monat Februar und einen windstarken April, sowie nur zwei Monaten mit Werten deutlich unter 75%, liegt der Windindex 2022 deutlich näher am Durchschnitt als im Jahr 2021.

Von besonderer Bedeutung für die Windenergie Branche in 2022 waren die Entwicklungen am Strommarkt.

Mit dem Inkrafttreten des EEG 2014 wurde die verpflichtende Direktvermarktung eingeführt. Im gesamten Jahr 2022 lag der Marktwert stets über 10 Cent und erreichte im August 2022 einen Rekordwert von 46,092 Cent. Aufgrund dieser außerordentlichen Marktlage erlangten die Betreibergesellschaften der REA Firmengruppe deutlich höhere Erlöse als in den Vorjahren.

*Quelle: Anemos Windreport 2022 (Ertragsindex NRW)

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMASSNAHMEN

Die WEA Birk wurde am 23.12.2016 in Betrieb genommen. Maßgeblich für die Einspeisevergütung ist das EEG 2017. Der Bau der WEA Birk ist in 2017 vollständig abgeschlossen worden. Darüber hinaus hat die Gesellschaft keine Investitionen getätigt.

Zur Finanzierung der WEA hat die Gesellschaft ein Darlehen bei der GLS Bank in Bochum in Höhe von EUR 2.425.000,-- mit einer Laufzeit von 15 Jahren aufgenommen. Dieses wurde in 2017 vollständig ausbezahlt. Die WEA speist über eine Übergabestation den Strom in das öffentliche Netz des Versorgers Envor ein. Die beanspruchten Grundstücke für den Betrieb der WEA sind durch Grundbucheintragen gesichert.

2. DARSTELLUNG DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2017. Aufgrund der zwingend notwendigen Direktvermarktung des Stromes an der Strombörse wurde mit der Fa. NaturStrom Trading GmbH ein Direktvermarktungsvertrag abgeschlossen.

Die garantierte EEG-Vergütung (Anfangsvergütung) beträgt EUR 0,0848 pro kWh. Das Steuerungs-, Vermarktungs- und Abrechnungsmanagement wurde über die Dienstleistungsgebühr in Höhe von EUR 0,0009 an NaturStrom im Rahmen des Direktvermarktungsvertrages gezahlt.

Aufgrund der Entwicklung des Börsenstrompreises im Jahr 2022 lag die Gesamtvergütung pro kWh im Durchschnitt bei EUR 0,1572. Die WEA hat im Jahre 2022 4.102.868 kWh produziert (Vorjahr 3.929.995 kWh) und vergütet bekommen (die Netzverluste betrugen durchschnittlich 0,55 %). Dies bedeutet eine Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr von EUR 241.619,63.

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus den Pacht- und Finanzierungs-aufwendungen zusammen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für die Betriebsführung i.H. v. EUR 27.584,97 enthalten. Durch die Darlehensgewährung der GLS Bank zum 08.09.2016 sind Zinsaufwendungen für 2022 in Höhe von EUR 26.443,88 angefallen. In Summe verbleibt in 2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 269.116,87.

Die zusätzlichen Kosten für die Wirtschaftsprüfung übernimmt die RURENERGIE GmbH. Diese sind im Wirtschaftsplan unter Sonstige Einnahmen abgebildet.

FINANZLAGE

Das Eigenkapital in Höhe von EUR 750.000,-- wurde in 2016 vollständig eingezahlt. Die Tilgung des Darlehens begann zum 30.03.2018. Die vom Darlehensgeber geforderte Rücklage zur Schuldendienstreserve in Höhe von EUR 100.000,00 ist im August 2018 hinterlegt worden. Der Rückbau ist durch eine Bankbürgschaft gesichert. Die Gesellschaft verfügt über EUR 575.358,04 (Vorjahr EUR 310.277,23) an liquiden Mitteln. Davon wurden EUR 100.000,00 auf dem Festgeldkonto der GLS Bank als Schuldendienstreserve entsprechend dem Darlehensvertrag hinterlegt (Stand zum 31.12.2022 EUR 100.366,46) und stehen dementsprechend nicht für die Ausschüttung zur Verfügung. Die Rücklage für den Rückbau wird auf einem weiteren Festgeldkonto der GLS Bank bis zum Ende der Finanzierung sukzessive angespart (Stand zum 31.12.2022 EUR 80.000). Die übrigen EUR 394.991,58 (Vorjahr EUR 139.910,77) befinden sich auf dem Girokonto der GLS Bank.

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Bilanz			
AKTIVA ZUM		31.12.2021	31.12.2022
		EUR	EUR
BILANZSUMME		2.801.132,28	2.909.239,00
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		104.416,00	97.416,00
SACHANLAGEN		2.261.976,00	2.116.810,00
FINANZANLAGEN		24.500,00	24.500,00
Zahlungsmittel		170.366,46	180.366,46
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		2.561.258,46	2.419.092,46
FO RDERUNGEN + SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		95.558,02	93.606,86
STEUERFO RDERUNGEN		0,00	0,00
ZAH LUNG SM ITTEL		139.910,77	394.991,58
RECHNUNG SABGRENZUNGSPOSTEN		1.529,39	1.548,10
Nicht durch vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil		2.875,64	0,00
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		239.873,82	490.146,54
PASSIVA ZUM		31.12.2021	31.12.2022
		EUR	EUR
BILANZSUMME		2.801.132,28	2.909.239,00
EIGENKAPITAL		862.525,38	1.039.966,61
RÜCKSTELLUNGEN		64.432,79	120.128,02
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		1.655.000,00	1.501.000,00
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		187.963,11	210.587,37
PASSIVE LATENTE STEUER		31.211,00	37.557,00

3. BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG UND MÖGLICHE CHANCEN UND RISIKEN DES UNTERNEHMENS

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die langlebige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse sind so weit wie möglich versichert. Für die WEA wurde eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein Vollwartungsvertrag nach dem Enercon-Partner-Konzept vom 05.09.2016 über die geplante Finanzierungslaufzeit hinaus eine 20-jährige Verfügbarkeit seitens des Herstellers von 97 % bzw. 95 % ab dem Betriebsjahr 16.

Ziel der Gesellschaft ist, dass eine möglichst hohe Verfügbarkeit erreicht wird. Dies wird durch ein laufendes Monitoring und Prüfung von Warnmeldungen erreicht, um Fehler und Stillstandzeiten der WEA zu verringern und den Ertrag zu erhöhen. Die Verfügbarkeit betrug im Jahr 2022 99,7 %.

Für die 20-jährige Betriebslaufzeit der WEA wird im Wirtschaftsplan eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 5,56 % prognostiziert.

Im Jahr 2022 ergibt sich eine Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 35,89 %.

Die ersten Monate im Jahr 2023 waren bisher mit Blick auf den Ertrag zufriedenstellend.

Der Börsenstrompreise der ersten Monate haben im Vergleich zu den Werten im Vorjahr wieder im Bereich 8 bis 10 Ct eingependelt und führten zu den gewohnten Einnahmen.

Im Dezember 2022 wurde das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) erlassen. Dies führt für die Gesellschaft neben der Dämpfung der Energiekosten durch eine Strompreisbremse dazu, dass für den Zeitraum vom 01.12.2022 bis 30.06.2023 (ggf. Verlängerung bis 30.04.2024) bei erhöhten Marktwerten Überschusserlöse abgeschöpft werden. Die maximale Abschöpfung für den Dezember wurde im Jahresabschluss 2022 zurückgestellt. Die Meldung und Zahlung erfolgt im Juni/August 2023.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse können deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Ab Oktober 2022 wurden im Zusammenhang mit der angespannten Energieversorgungslage in Deutschland aufgrund der politischen Krise bei der Energiegewinnung alle Leistungsreduzierungen für die Verminderung von Schall und Schattenwurf auf Grundlage des **§ 31k BImSchG Abweichungen von Vorgaben bei WEA** zum Teil ausgesetzt, sodass die Windenergieanlagen auf Volllast betrieben werden konnten. Dadurch erhöhten sich die produzierten kWh.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der WEA bzw. einzelner Komponenten können geringer sein, als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für das Jahr der Inbetriebnahme und die folgenden 20 Betriebsjahre. Eine stark ansteigende Inflation kann zu höheren Aufwendungen und somit zu einer Verschlechterung des Geschäftsergebnisses führen.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Gesetzliche Anpassungen zur Steigerung der Akzeptanz für Windenergie-anlagen

Der Gesetzgeber hat ab Ende 2022 eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Das angenommene Angebot von Protea Tech und Enercon für die „Transponderlösung“ liegt bei ca. EUR 19.100 zzgl. jährliche laufende Kosten von ca. 500 Euro für die Wartung des Systems. Diese Nachrüstung ist im Jahr 2022 noch nicht abgeschlossen.

Chancen

Betriebszeit:

Durch den langfristigen Wartungsvertrag ist eine längere Betriebszeit als 20 Jahre zu erwarten.

4. SONSTIGE ANGABEN

VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der Darlehensaufnahme wurde ein fester Zinssatz in Höhe von 1,51 % über die komplette Finanzierungslaufzeit der 15 Jahre vereinbart.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: REA Komplementär GmbH (seit 12.10.2023)
vertr. durch
Hans-Willi Schruff

Gesellschafterversammlung:

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung:

Zerres, Thomas

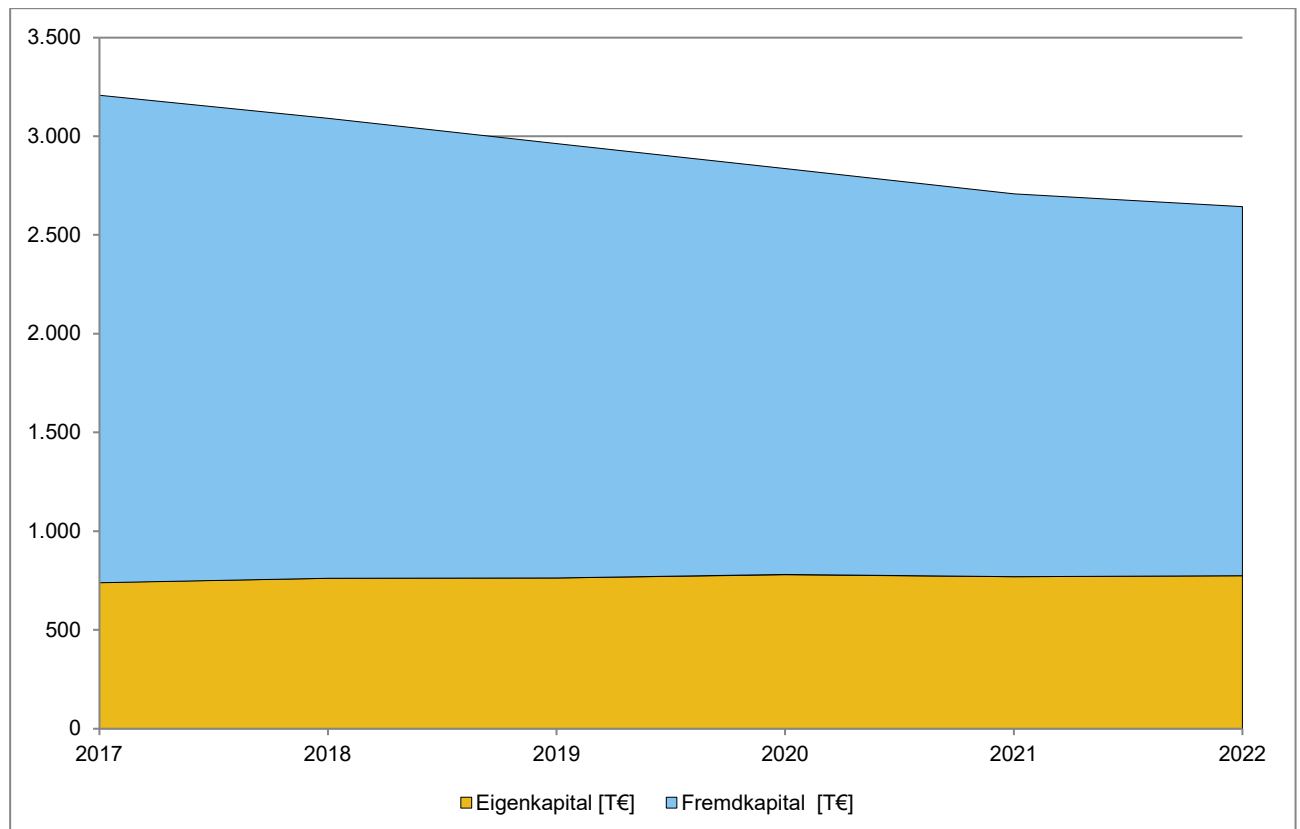
RURENERGIE

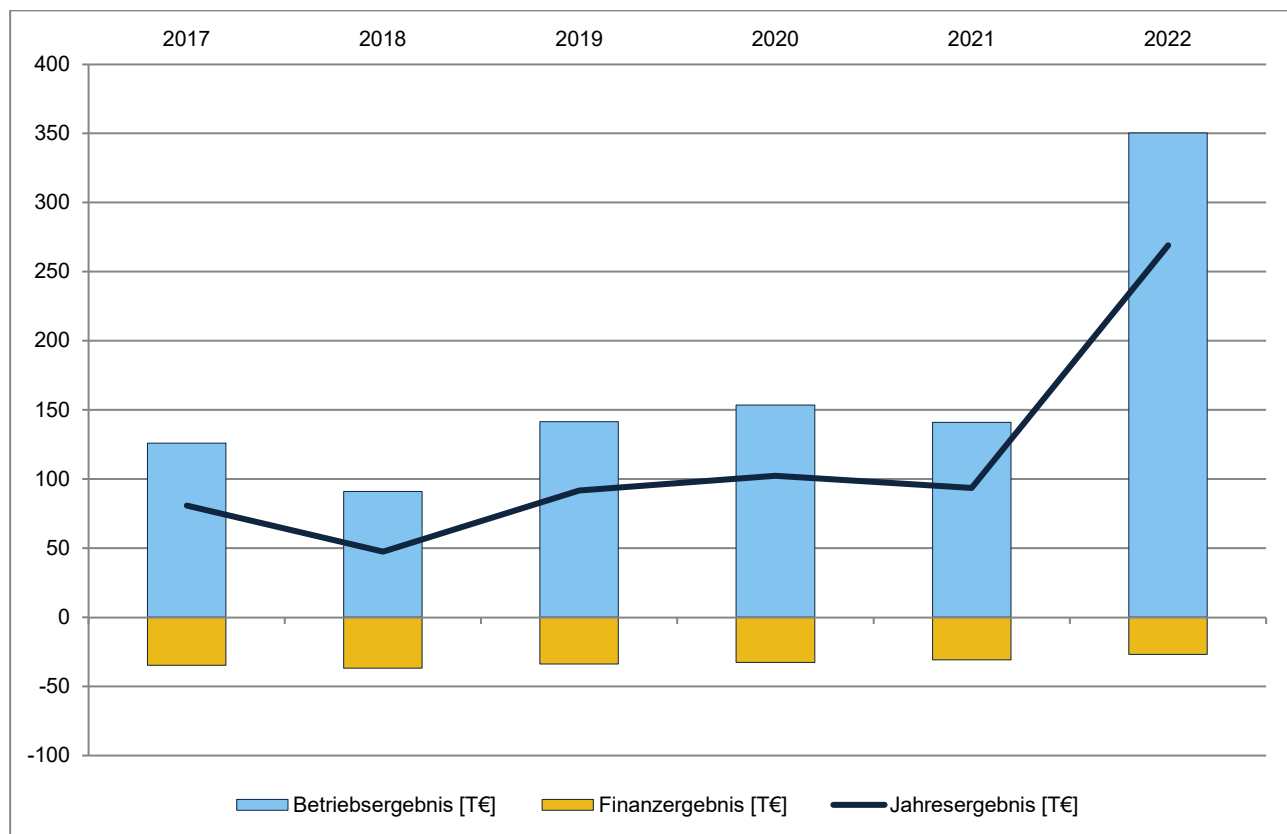
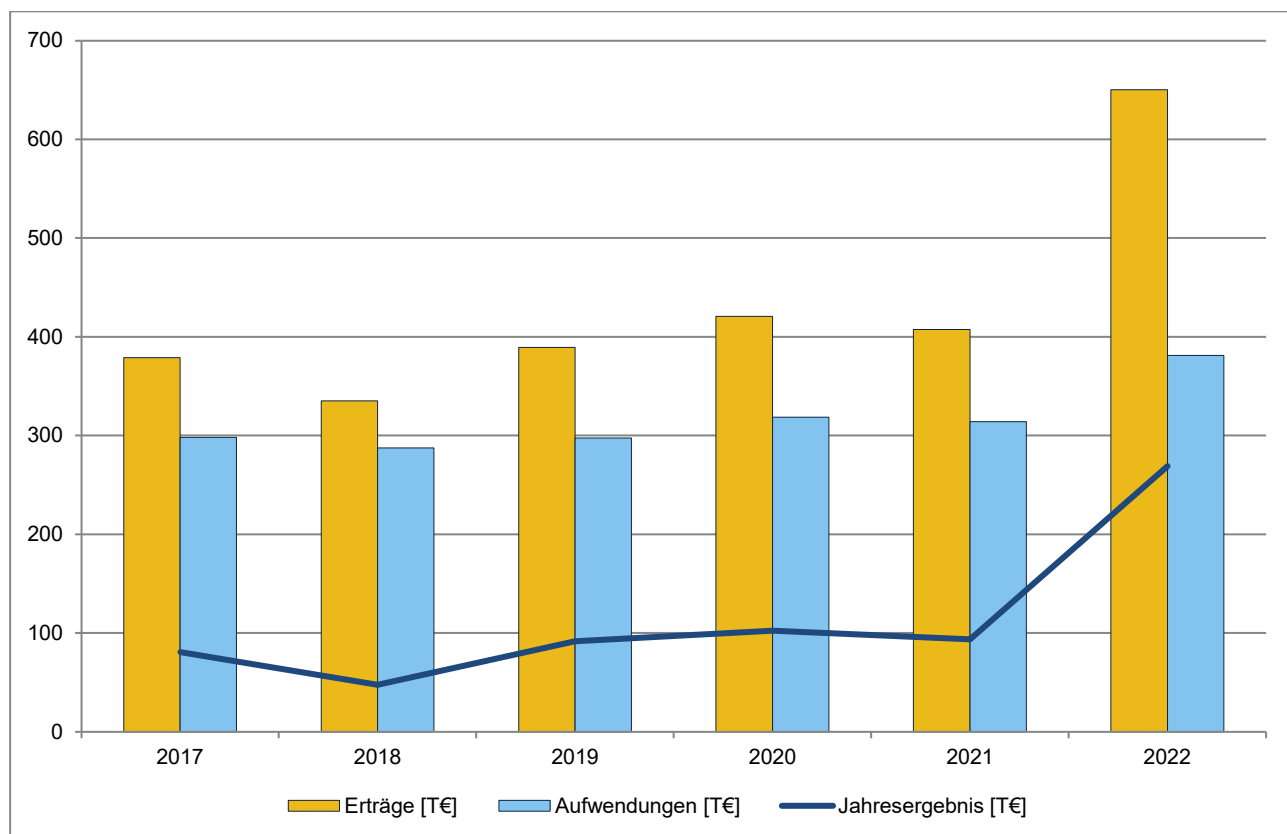
Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2019	2020	2021	Veränderung
Eigenkapitalquote	27,98%	30,00%	30,79%	0,79%
Eigenkapitalrentabilität	10,73%	11,61%	10,85%	-0,76%
Anlagendeckungsgrad 2	104,03%	105,52%	105,30%	-0,22%
Verschuldungsgrad	255,10%	230,50%	221,14%	-9,36%
Umsatzrentabilität	36,92%	36,85%	34,97%	-1,88%

18 regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbh



Lombardendstraße 24
52070 Aachen
Telefon: 0241 / 413 59 – 0
Telefax: 0241 / 413 540 – 1698
E-Mail: info@regioit.de
Homepage: www.regioit.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter sowie deren kommunalen Gesellschaften sowie von Einwohnerinnen und Einwohnern der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	12,878	0,859
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (EVA)	564,624	37,642
INFOKOM Gütersloh AöR	193,184	12,879
StädteRegion Aachen	151,340	10,089
Stadt Aachen	151,340	10,089
Regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	15,000	1,00
Stadt Alsdorf	12,878	0,859
Stadt Baesweiler	12,878	0,859
Stadt Eschweiler	12,878	0,859
Stadt Herzogenrath	12,878	0,859
Stadt Monschau	12,878	0,859
Gemeinde Roetgen	12,878	0,859
Gemeinde Simmerath	12,878	0,859
Kupferstadt Stolberg	12,878	0,859

Stadt Würselen	12,878	0,859
Stadt Düren	12,878	0,859
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	12,878	0,859
Civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	269,977	17,998
Stammkapital	1.500,00	100,00

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9.225.969,85 €	9.803.347,27 €	11.353.747,38 €	1.550.400,11 €	15,82%
II. Sachanlagen	13.711.511,13 €	12.972.197,54 €	14.884.838,03 €	1.912.640,49 €	14,74%
III. Finanzanlagen	3.304.894,52 €	3.488.628,12 €	3.203.841,36 €	-284.786,76 €	-8,16%
B. Umlaufvermögen				0,00 €	
I. Vorräte	190.817,08 €	0,00 €		0,00 €	
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	16.797.018,50 €	16.270.414,15 €	17.767.597,67 €	1.497.183,52 €	9,20%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.202.966,79 €	7.453.171,07 €	1.073.176,97 €	-6.379.994,10 €	-85,60%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.071.115,54 €	4.763.399,09 €	5.268.117,84 €	504.718,75 €	10,60%
Summe Aktiva	48.504.293,41 €	54.751.157,24 €	53.551.319,25 €	-1.199.837,99 €	-2,19%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.500.001,00 €	1.500.001,00 €	1.500.001,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	3.799.900,00 €	3.799.900,00 €	3.799.900,00 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	1.873.000,83 €	3.609.225,58 €	6.109.225,58 €	2.500.000,00 €	69,27%
IV. Jahresergebnis	3.736.224,75 €	7.420.154,63 €	10.506.327,22 €	3.086.172,59 €	41,59%
B. Rückstellungen	9.676.618,61 €	14.708.215,93 €	17.822.115,76 €	3.113.899,83 €	21,17%
C. Verbindlichkeiten	27.482.891,59 €	23.438.980,73 €	13.125.826,30 €	-10.313.154,43 €	-44,00%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	435.656,63 €	274.679,37 €	687.923,39 €	413.244,02 €	150,45%
Summe Passiva	48.504.293,41 €	54.751.157,24 €	53.551.319,25 €	-1.199.837,99 €	-2,19%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	122.283.123,98 €	149.303.572,73 €	153.614.016,77 €	4.310.444,04 €	2,89%
2. Erträge aus aktivierten Eigenleistungen	97.960,32 €	235.838,88 €	466.656,00 €	230.817,12 €	97,87%
3. sonstige betriebliche Erträge	848.035,62 €	1.063.804,09 €	2.432.651,52 €	1.368.847,43 €	128,67%

4. Materialaufwand	52.597.077,19 €	69.065.588,79 €	67.475.807,79 €	-1.589.781,00 €	-2,30%
5. Personalaufwand	46.573.701,88 €	49.472.330,13 €	53.394.439,64 €	3.922.109,51 €	7,93%
6. Abschreibungen	7.870.290,23 €	8.199.824,60 €	9.002.387,48 €	802.562,88 €	9,79%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	10.744.701,49 €	12.329.424,76 €	11.735.738,67 €	-593.686,09 €	-4,82%
Betriebsergebnis	5.443.349,13 €	11.536.047,42 €	14.904.950,71 €	3.368.903,29 €	29,20%
8. Erträge aus Beteiligungen	309.043,04 €	109.988,28 €	114.725,81 €	4.737,53 €	4,31%
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	11.432,89 €	13.215,67 €	11.403,58 €	-1.812,09 €	-13,71%
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	206.079,95 €	332.569,62 €	200.152,97 €	-132.416,65 €	-39,82%
Finanzergebnis	114.395,98 €	-209.365,67 €	-74.023,58 €	135.342,09 €	-64,64%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	5.557.745,11 €	11.326.681,75 €	14.830.927,13 €	3.504.245,38 €	30,94%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.781.411,69 €	3.870.365,63 €	4.289.770,09 €	419.404,46 €	10,84%
13. sonstige Steuern	40.108,67 €	36.161,49 €	34.829,82 €	-1.331,67 €	-3,68%
Jahresergebnis	3.736.224,75 €	7.420.154,63 €	10.506.327,22 €	3.086.172,59 €	41,59%

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Die regio iT investiert zudem in Beteiligungen, die als eigenständige Gesellschaft mit weiteren Partnern gemeinsame Kompetenzen bündeln und auf diese Weise zukunftsorientierte Geschäftsfelder und IT-Technologien erschließen.

Die vote iT GmbH, an der die regio iT mehrheitlich beteiligt ist, versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen.

Im Bereich der digitalen Vernetzung von Mobilitätsangeboten ist die regio iT an der Better Mobility GmbH beteiligt.

Im Jahr 2021 wurde die Unternehmenstochter cogniport GmbH strategisch neu aufgestellt, um mit digitalen Bildungsangeboten wie eLearning und Blended Learning weiter zu wachsen. In der Folge konnte mit der SIT GmbH/Südwestfalen IT ein strategischer Partner als weiterer Gesellschafter der cogniport GmbH gewonnen werden.

1.2. Gesellschafterstruktur

Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen die Wachstumsstrategie der Gesellschaft. Die regio iT ist offen für neue Gesellschafter, die ihrerseits ihr Geschäft in die regio iT einbringen. Sie ist willens, sich auch an Unternehmen, die zum Geschäftsfokus der regio iT passen, zu beteiligen.

Somit ergibt sich zum 31. Dezember 2022 folgende Gesellschafterstruktur:

Gesellschafter	Nennbetrag Geschäftsanteil	Quote in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen (E.V.A.)	564.624 €	37,64%
civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	269.977 €	18,00%
INFOKOM Gütersloh Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	193.184 €	12,88%
Stadt Aachen	151.340 €	10,09%
StädteRegion Aachen	151.340 €	10,09%
regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	15.000 €	1,00%
Stadt Alsdorf	12.878 €	0,86%
Stadt Baesweiler	12.878 €	0,86%
Stadt Eschweiler	12.878 €	0,86%
Stadt Herzogenrath	12.878 €	0,86%
Stadt Monschau	12.878 €	0,86%
Gemeinde Roetgen	12.878 €	0,86%
Gemeinde Simmerath	12.878 €	0,86%
Kupferstadt Stolberg	12.878 €	0,86%
Stadt Würselen	12.878 €	0,86%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	12.878 €	0,86%
Stadt Düren	12.878 €	0,86%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	12.878 €	0,86%
	1.500.001 €	100,00%

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um etwa 1,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Berichtsjahr geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine, extremen Energiepreiserhöhungen sowie verschärften Material- und Lieferengpässen.

Deutlich positiver haben sich die Teilmärkte der Digitalbranche entwickelt. Die Umsätze im Informationstechnik-Gesamtmarkt stiegen 2022 von 188,6 (2021) auf 196,1 Mrd. Euro (+4,0 %).

Die für die regio iT wichtigen Teilmärkte für IT-Hardware (+5,4%), Software (+9,4 %) sowie IT-Services (+5,5%) waren erneut die Wachstumstreiber im IT-Gesamtmarkt. Auch die Anzahl der Beschäftigten in der Informationstechnik ist erneut um 49.000 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

2.2. Geschäftsverlauf

Die regio iT ist im Geschäftsjahr 2022 bei Umsatz und Jahresergebnis erneut stärker gewachsen als der IT-Gesamtmarkt. Wachstumstreiber ist weiterhin der Digitalisierungsbedarf im kommunalen Bereich, der nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie transparent gemacht wurde. Deutliche Umsatzzuwächse konnten dementsprechend im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb realisiert werden, in diesem Segment konnte der Umsatz von 93,4 Mio. € auf 105,1 Mio. € gesteigert werden.

Im Beratungsgeschäft konnte erneut ein hohes Umsatzniveau erwirtschaftet werden, auch wenn der Umsatz im Berichtsjahr mit 15,1 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau liegt (15,3 Mio €).

Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden eine Vielzahl von Projekten beauftragt. Im Berichtsjahr konnten Zuwächse beim IT-Service für Schulen, durch die Übernahme des technischen IT- Betriebs der Stadt Ratingen, aber auch im Bereich der klassischen Kommunalverfahren erzielt werden. Auch Mengenzuwächse haben zu Umsatzzuwächsen geführt, da nach wie vor VDI-Arbeitsplätze, Remote-Zugänge und Videokonferenzsysteme stark nachgefragt werden. Weiterhin spielten SAP-Projekte sowie die Konsolidierung von Infrastrukturservices in unseren Rechenzentren eine wichtige Rolle.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten, diese sind von 49,5 Mio. € auf 53,4 Mio. € im Berichtsjahr gestiegen.

Mit 11,7 Mio. € liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen unter dem Vorjahreswert (12,3 Mio. €).

Aufgrund der hervorragenden Geschäfts- und Umsatzentwicklung wurde das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres (11,3 Mio. €) auf 14,8 Mio. € erneut und deutlich gesteigert. Der Jahresüberschuss beträgt 10,5 Mio. € (Vorjahr 7,4 Mio. €).

2.3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

2.3.1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 89,0 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr 81,5 Mio. €). Das geplante Rohergebnis (85,1 Mio. €) wurde deutlich übertroffen (+3,9 Mio. €).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 105,1 Mio. € ebenfalls über Planniveau (98,3 Mio. €).

Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (17,5 Mio. €) konnten sehr deutlich mit 21,8 Mio. € übertroffen werden.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 13,9 Mio. € (9,9 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 15,0 Mio. € (9,8 % der Gesamtumsätze) gegenüber.

Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 14,8 Mio. € um 6,0 Mio. € sehr deutlich über dem Planwert (8,8 Mio. €). Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 9,6 % (Plan 6,2 %, Vorjahr 7,6 %).

2.3.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits fanden auch im Berichtsjahr 2022 statt.

Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2023 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2020 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2023 zu führen.

2.4. Ertragslage

Deutliche Umsatzzuwächse konnten im Bereich Produkt-/Applikationsbetrieb realisiert werden, in diesem Segment konnte der Umsatz von 93,4 Mio. € auf 105,1 Mio. € gesteigert werden. Im Beratungsgeschäft konnte erneut ein hohes Umsatzniveau erwirtschaftet werden, auch wenn der Umsatz im Berichtsjahr mit 15,0 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau liegt (15,3 Mio. €). Mit 153,6 Mio. € liegen die Gesamtumsätze 4,3 Mio. € über dem Vorjahreswert (149,3 Mio. €). Die sonstigen Erträge liegen mit 2,4 Mio. € ebenfalls sehr deutlich über dem Vorjahresniveau (1,0 Mio. €). In der Folge konnte das Rohergebnis von 81,5 Mio. € auf 89,0 Mio. € gesteigert werden.

Mit 53,4 Mio. € liegen die Personalkosten im Berichtsjahr 3,9 Mio. € über dem Vorjahreswert (49,5 Mio. €).

Zum 31. Dezember 2022 waren bei der regio iT 669 Mitarbeitende (Vorjahr: 622), davon 49 Auszubildende (Vorjahr: 42) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen, dem Zweckverband INFOKOM Gütersloh sowie dem Zweckverband civitec insgesamt 27 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr 29) zugewiesen. Die Personalkostenintensität (Personalkosten in % vom Umsatz) liegt bei 34,8% (Plan 38,1 %, Vorjahr 33,1 %).

Die Abschreibungen liegen aufgrund des gestiegenen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 9,0 Mio. € über dem Vorjahreswert (8,2 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 11,7 Mio. € über dem Vorjahresniveau (12,3 Mio. €).

2.5. Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme 53,5 Mio. € (Vorjahr 54,8 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 12,5 Mio. € (Vorjahr 8,1 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2022 betrug der Anlagendeckungsgrad¹ 74,4 %, und die Eigenkapitalquote 40,9 % (Eigenkapitalquote Vorjahr 29,8 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 9,5 Mio. € (Vorjahr 13,3 Mio. €).

2.6. Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung (§ 108 GO NRW) wird folgendes festgestellt: Die regio iT ist im Berichtsjahr ihren satzungsgemäßen Aufgaben, bestehend aus der Erbringung von IT-Dienstleistungen für alle hierfür geeigneten kommunalen Aufgaben, nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

2.7. Zusammenfassung

Der Geschäftsverlauf des Berichtsjahres 2022 kann unter schwierigen Rahmenbedingungen erneut als hervorragend bewertet werden. Das Wachstum im Berichtsjahr lag über der Entwicklung des ITK-Marktes (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik) und ausschlaggebend für das sehr gute Gesamtergebnis sind die überproportional gestiegenen Umsatzerlöse. Der Finanzierungsbedarf im Berichtsjahr war über ein variables Gesellschafterdarlehen sowie über langfristige Bankdarlehen ausreichend gedeckt. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

3. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

2.8. Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen.

Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 126,4 Milliarden Euro und einer Wachstumsrate von 6,3 % wird trotz der weltweiten Krisen auch für das Jahr 2023 von einer sehr positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Dies bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite

¹ (Eigenkapital x 100)/Anlagevermögen

Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2022/2023 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2023 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €):

	2022 Ist	2023 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	153,6	156,2	2,6	1,7%
<u>davon</u>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	105,1	108,6	3,5	3,3%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	15,0	14,8	-0,2	-1,3%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	21,8	20,2	-1,6	-7,3%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,8%	9,5%	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹	89,0	93,3	4,3	4,8%
Personalkosten	53,4	59,0	5,6	10,5%
Personalkostenquote ²	34,8%	37,8%	-	-
Ergebnis vor Steuern	14,8	10,9	-3,9	-26,4%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	9,6%	7,0%	-	-

¹ Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV) ./ Materialaufwand

² Personalkostenquote=Personalkosten(inkl. Fremdl. Beamte) / Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 108,6 Mio. € eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 14,8 Mio. € weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2022) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich

mit 20,2 Mio. € nach wie vor auf sehr hohem Niveau liegen werden. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Risiken entgegen, da die gesamtwirtschaftliche Lage negativen Einfluss auf finanzielle Spielräume der Kommunen haben könnte. Trotz der positiven Marktprognose verbleibt auch das Risiko, dass die Hersteller der hohen Nachfrage nur mit sehr langen Lieferzeiten begegnen können, auch aufgrund von Störungen der Lieferketten.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwarten wir eine Steigerung, im Wesentlichen durch geplante Neueinstellungen und angenommenen Tarifierhöhungen, auf 59,0 Mio. €.

In der Folge erwartet die regio iT für 2023 eine Steigerung des Rohergebnisses von 80,9 Mio. € auf 93,3 Mio. €, bei einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern von 14,8 Mio. € auf 10,9 Mio. €.

Die regio iT beabsichtigt, den Beitrag der unternehmerischen Aktivitäten zum Gemeinwohl mittels nicht-finanzieller Leistungsindikatoren transparenter zu machen, um perspektivisch alle Geschäftsprozesse stärker an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Hierzu wurde im Vorjahr eine erste Bestandsaufnahme erarbeitet, um Handlungsbereiche und Kennzahlen zu identifizieren. Im Jahr 2022 wurde darauf aufgesetzt und die freiwillige Berichterstattung fortgeführt.

Zusammenfassend geht die regio iT weiterhin von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2023 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

2.9. Erklärung der Geschäftsführung gemäß § 289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Danach müssen unter anderem Gesellschaften, die der unternehmerischen Mitbestimmung (insbesondere nach dem MitbestG oder dem DrittelbG) unterliegen, Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung festlegen. Die Geschäftsführung des Unternehmens besteht aus drei männlichen Geschäftsführern. Für die Laufzeit der Bestellung und der Anstellungsverträge kann diese Quote nicht verändert werden. Der 15-köpfige Aufsichtsrat ist mit 15 Männern besetzt (Frauenquote: 0 %). Da die Aufsichtsräte ihr Mandat bis zur nächsten Kommunalwahl innehaben, ist auch hier in den nächsten 5 Jahren nicht mit einer Änderung zu rechnen. Bei der regio iT besteht die Besonderheit, dass es im technischen Umfeld ausgesprochen schwierig ist, weibliche Führungskräfte zu finden. So weist die erste Führungsebene unter der Geschäftsführung 1 weibliche Führungskraft und 8 männliche Führungskräfte auf. Mithin beträgt die Frauenquote 11,11 %.

Die zweite Führungsebene (Center & Stäbe mit Leitungsfunktion) unter der Geschäftsführung besteht zum Bilanzstichtag aus 42 männlichen und 5 weiblichen Führungskräften. Die Frauenquote beträgt folglich 10,6 % Selbstverständlich wird sich die Geschäftsführung dafür einsetzen, Frauen in Führungspositionen zu bringen und wird weiterhin die Förderung von Frauen besonders unterstützen.

2.10. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT ist die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Deren finanzielle Mittel sind in hohem Maße von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Der IT-Markt ist zudem äußerst wettbewerbsintensiv und die IT-Branche ist einem rasanten technologischen Wandel unterworfen. Der herrschende Wettbewerb prägt hinsichtlich hohen Preisdrecks bei gleichzeitig steigenden Anforderungen auf Produkt- und Servicequalität insbesondere den IT-Dienstleistungsbereich. Neue Technologien können sich zudem disruptiv auf das Geschäftsmodell der regio iT auswirken, z. B. wenn Softwarelieferanten durch Cloud-Technologien zu Wettbewerbern werden. Um diesen Risiken zu begegnen, passt die regio iT alle Prozesse sowie das Produktportfolio laufend den Markt-/Kundenanforderungen an. Die regio iT investiert zudem in Forschung & Entwicklung, die auf Geschäftsfelder mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial ausgerichtet sind (Cloud-Computing, E-Mobilität, Shared-Service-Dienstleistungen, Bildung etc.). In diesem Umfeld beteiligt sich die regio iT regelmäßig an Netzwerken innerhalb von mit Bundes- oder EU-Mitteln geförderten Projekten.

Die Überwachung der Geschäftsentwicklung und der damit einhergehenden Risiken ist wesentlicher Bestandteil des operativen Controllings der regio iT und des Berichtswesens. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die konstante Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Verbindung mit wesentlichen kurzfristigen Vertragskündigungen wird derzeit als gering eingeschätzt.

Die Kunden der regio iT, Kommunen und kommunale Unternehmen, haben hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit und die Verfügbarkeit. Dies gilt auch für die regio iT selbst. Die Anzahl der Cyberangriffe und des Datendiebstahls durch kriminelle Handlungen, Sabotage und Spionage hat auch im Berichtsjahr weltweit weiter zugenommen. Cyberangriffe können zu erheblichen Beeinträchtigungen und negative Einwirkungen auf die IT-Infrastruktur der regio iT führen. Im Extremfall können Attacken auf die IT-Systeme zum vollständigen Erliegen von Arbeitsabläufen und Prozessen der regio iT führen. Risiken bestehen auch bei Ausfall der IT-Systeme aufgrund technischer Probleme oder durch sonstige negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Servicemanagement-Prozesse. Weiterhin bestehen Haftungsrisiken aus dem Verstoß gegen nationale und internationale Datenschutzbestimmungen. Um diese Risiken zu minimieren, trifft die regio iT zahlreiche Vorkehrungen. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist daher ein zentraler Aspekt aller Prozesse der regio iT. So sind die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechend den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 sowie ISO/IEC 20000 zertifiziert. Zudem verfügt die regio iT über ein nach der strengen internationalen Norm ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheits-Managementsystem. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die getroffenen (Sicherheits-)Maßnahmen keinen ausreichenden Schutz bieten. Können Beeinträchtigungen der IT-Infrastruktur nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. In der Folge können durch Ausfälle der IT-Systeme Umsatzeinbußen, Reputationsschäden sowie Zahlungsverpflichtungen aus vertraglichen und/oder gesetzlichen Ansprüchen von Kunden, Vertragspartnern und Behörden entstehen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Projekte der regio iT zeichnen sich oft durch hohe Komplexität bei hohem Zeit- und Kostenaufwand aus. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese aufgrund von negativen Einwirkungen das definierte

Projektziel verfehlen. Daher erfolgt vor der Erstellung von Angeboten grundsätzlich eine Vorkalkulation auf Basis definierter kaufmännischer Kennzahlen/Vorgaben (Deckungsbeitrag, Mindestrendite, Kapazität/Mitarbeiteräquivalente) sowie eine Prüfung der technischen und personellen Machbarkeit.

Weiterhin bestehen Risiken aus einer möglichen Verletzung von Schutzrechten Dritter. Dies kann dazu führen, dass Lizenzzahlungen erforderlich sind oder Dritte Ansprüche aus der Verletzung von Schutzrechten gegenüber der regio iT geltend machen.

Eventuellen Vertragsrisiken wird bei der regio iT durch die Verwendung von standardisierten und/oder geprüften Verträgen begegnet. Dies beinhaltet auch den Abgleich der vertraglichen Rahmenbedingungen eines möglichen Vorlieferanten mit den vertraglichen Verpflichtungen, die die regio iT mit ihren Kunden eingeht. Im Rahmen von ASP-Dienstleistungen (Application Service Providing) stellt die regio iT ihren Kunden Softwareprodukte Dritter zur Verfügung. Eine nicht vertragskonforme Erbringung des vertraglich vereinbarten Leistungsniveaus durch den Lieferanten oder dessen Ausfall könnte negative Auswirkungen auf das mit dem Kunden vertraglich vereinbarte Leistungsniveau haben. Zur Minimierung dieses Risikos setzt die regio iT auf ein stringentes Lieferantenmanagement bei wichtigen IT-Produkten. Ein verbleibendes Risiko besteht jedoch darin, dass der Markt für spezialisierte kommunale Anwendungen/Verfahren sehr klein ist und häufig keine adäquaten Alternativen bestehen.

Der Erfolg der regio iT, die zukünftige positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung geschäftlicher Risiken hängt entscheidend vom eigenverantwortlichen Handeln aller Mitarbeiter nach den definierten und beschriebenen Prozessen ab. Hierzu muss die regio iT hinreichend qualifiziertes Personal aufbauen, gewinnen und halten können. Demzufolge ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen.

Bei der regio iT bestehen in geringem Umfang Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken. Eine Verschlechterung der Geschäftsentwicklung bzw. der Liquidität kann für die regio iT wesentliche und möglicherweise bestandsgefährdende Risiken zur Folge haben. Daher erstellt die regio iT neben der mittelfristigen Finanzplanung auch einen monatlichen Liquiditätsplan mit rollierendem Forecast für 12 Monate.

Störungen innerhalb der bzw. zwischen den am Leistungsprozess der regio iT beteiligten Organisationseinheiten und Teilprozessen könnten zu Problemen bzw. zum Erliegen des Leistungsprozesses führen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher (technischer) Integrität, eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des civitec Zweckverbands mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele erreicht werden.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist derzeit geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine, extremen Energiepreiserhöhungen sowie verschärften Material- und Lieferengpässen. Sollte sich in der Folge die gesamtwirtschaftliche Lage und insbesondere die Entwicklung der Digitalbranche

entgegen den Prognosen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Risikoberichts deutlich negativer entwickeln, kann dies die genannten Risiken verschärfen. Die regio iT geht dennoch davon aus, diesen auf Basis des bestehenden Risikomanagements begegnen zu können.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Ludwigs, Dieter (Vorsitzender) Wolf, Dr. Stefan		
Aufsichtsrat:	Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (EVA)	6 Sitze	
	Stadt Aachen	3 Sitze	
	StädteRegion Aachen	3 Sitze	
	INFOKOM Gütersloh AöR	3 Sitze	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

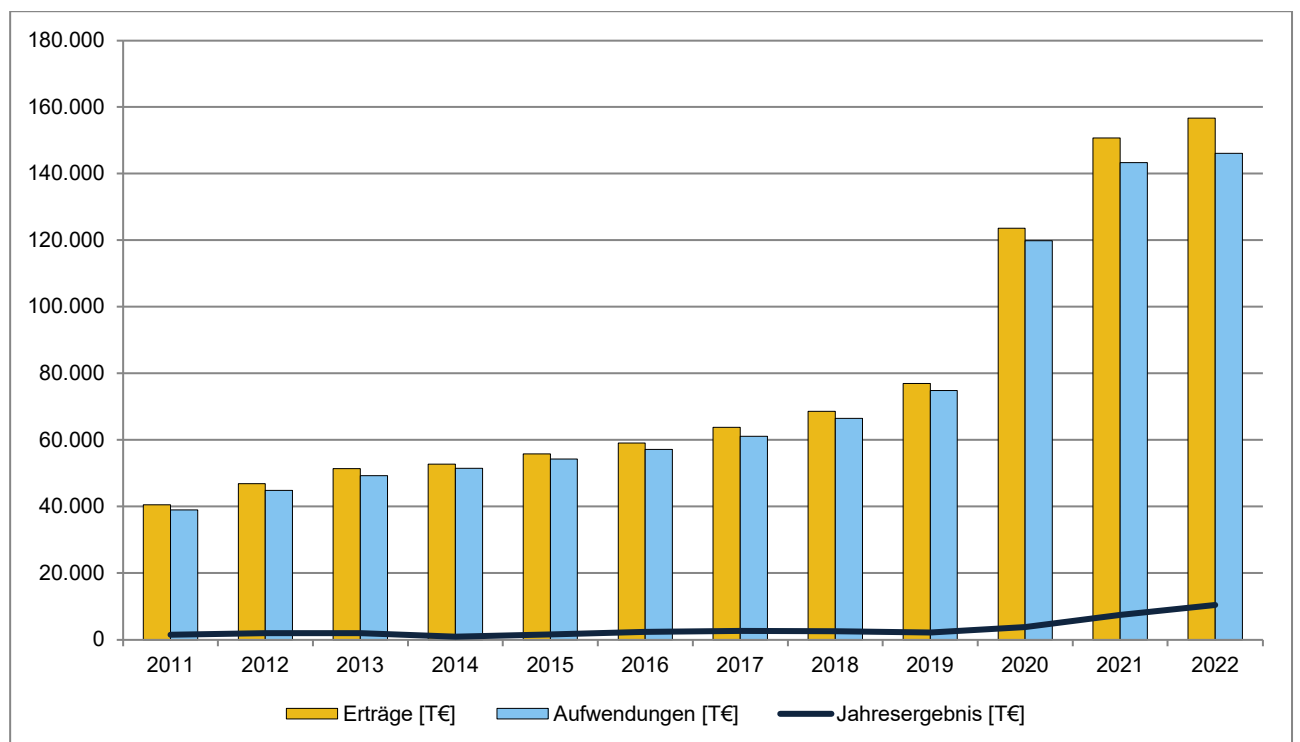
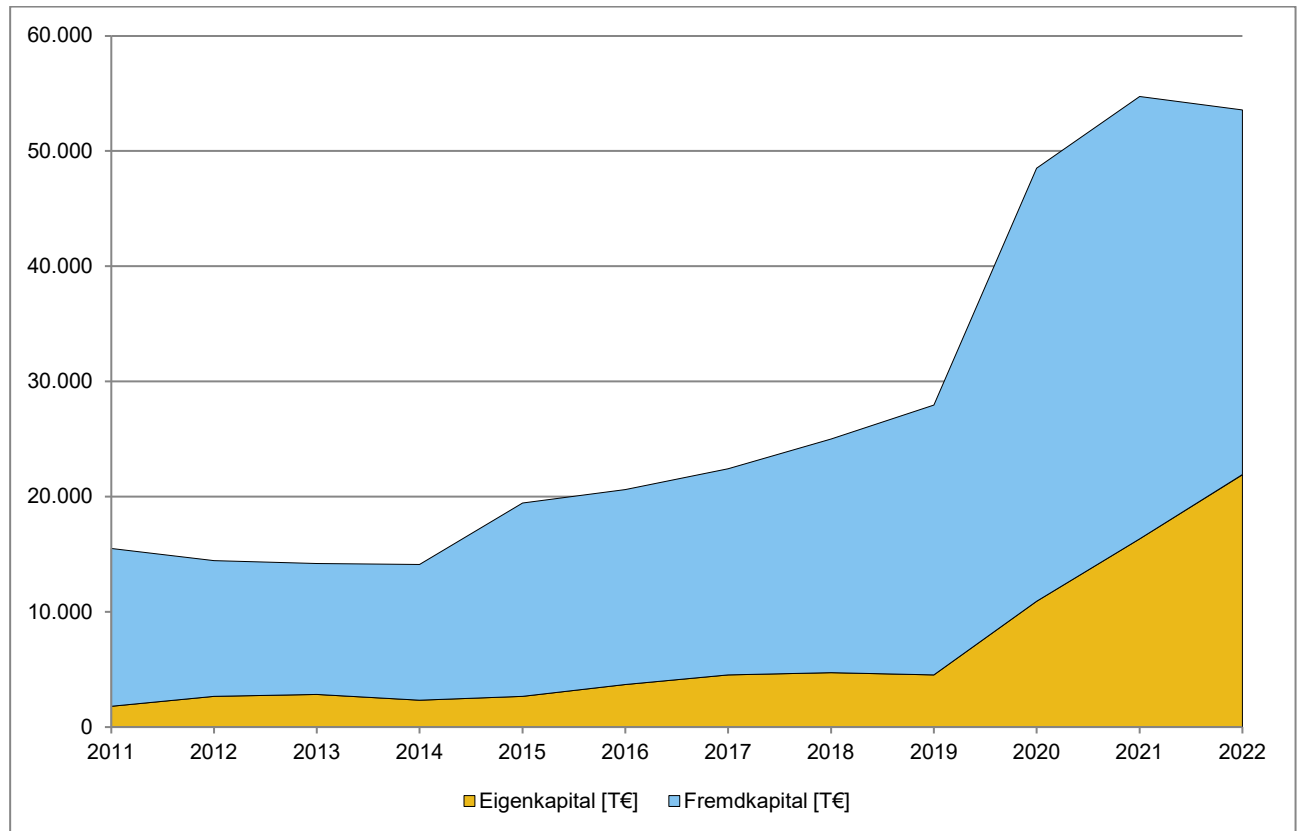
Gesellschafterversammlung:

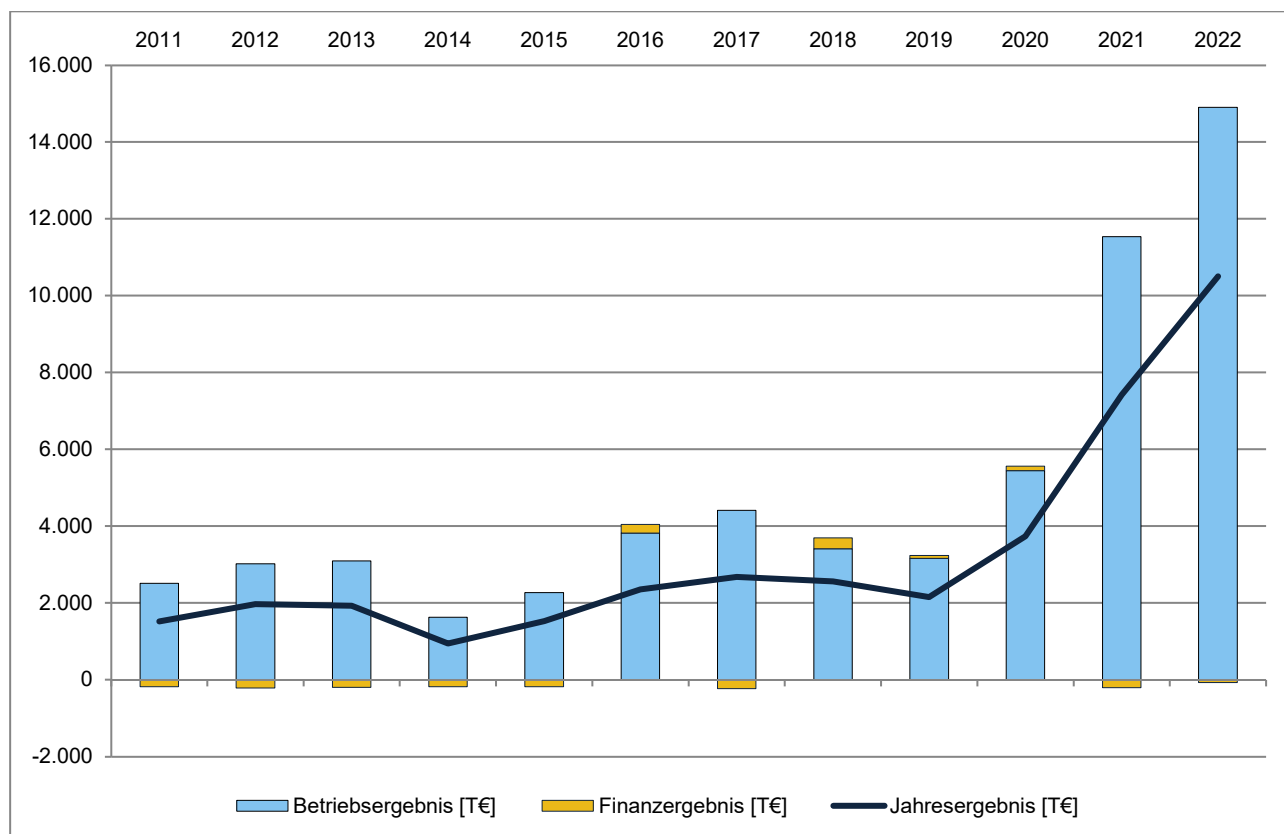
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	13.09.2012	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 580 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	22,49%	29,82%	40,92%	11,10%
Eigenkapitalrentabilität	34,25%	45,44%	47,94%	2,50%
Anlagendeckungsgrad 2	92,12%	98,18%	95,05%	-3,13%
Verschuldungsgrad	340,63%	233,61%	141,22%	-92,40%
Umsatzrentabilität	4,45%	7,73%	9,70%	1,98%

19 RURENERGIE GmbH



Moltkestraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22-1080500
Telefax: -
E-Mail: info@rurenergie.de
Homepage: www.rurenergie.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien, bzw. die Vermarktung der in diesen Anlagen erzeugten Energie, sowie die Erbringung von Versorgungsleistungen in den Bereichen Energie und Wärme und die mit diesen Bereichen unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	250,500	50,1
Stadtwerke Düren GmbH (SWD)	125,500	25,1
Stadtwerke Jülich GmbH	50,00	10,0
S-Beteiligungsgesellschaft mbH	49,00	9,8
EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH	25,00	5,0
Stammkapital	500,00	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	159.920,04 €	10.566,88 €	10.157,88 €	-409,00 €	-3,87%
II. Sachanlagen	10.365.486,48 €	12.288.903,67 €	15.250.290,13 €	2.961.386,46 €	24,10%
III. Finanzanlagen	9.912.773,72 €	11.244.827,26 €	10.901.561,95 €	-343.265,31 €	-3,05%
B. Umlaufvermögen				0,00 €	
I. Vorräte	0,00 €	7.131,49 €	0,00 €	-7.131,49 €	-100,00%

II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	744.335,14 €	860.381,39 €	560.467,18 €	-299.914,21 €	-34,86%
III. Kassenbestand	363.666,77 €	1.027.591,98 €	2.666.548,84 €	1.638.956,86 €	159,49%
C. Rechnungs abgrenzungsposten	11.632,42 €	11.632,42 €	14.848,46 €	3.216,04 €	27,65%
Summe Aktiva	21.557.814,57 €	25.451.035,09 €	29.403.874,44 €	3.952.839,35 €	15,53%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	14.649.720,00 €	16.194.470,00 €	16.194.470,00 €	0,00 €	0,00%
III. Ergebnisvortrag	-689.886,46 €	-288.902,59 €	589.969,94 €	878.872,53 €	-304,21%
IV. Jahresergebnis	400.983,87 €	978.872,52 €	1.475.975,77 €	497.103,25 €	50,78%
B. Sonderposten	34.721,00 €	33.232,00 €	47.989,00 €	14.757,00 €	44,41%
C. Rückstellungen	49.562,08 €	199.789,71 €	661.114,15 €	461.324,44 €	230,91%
D. Verbindlichkeiten	6.612.714,08 €	7.833.573,45 €	9.934.355,58 €	2.100.782,13 €	26,82%
Summe Passiva	21.557.814,57 €	25.451.035,09 €	29.403.874,44 €	3.952.839,35 €	15,53%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.800.763,10 €	1.889.235,21 €	3.640.570,98 €	1.751.335,77 €	92,70%
2. Verminderung des Bestands anfertigen und unfertigen Erzeugnissen			7.131,49 €		
3. sonstige betriebliche Erträge	21.461,56 €	762.293,81 €	528.889,96 €	-233.403,85 €	-30,62%
4. Materialaufwand	285.485,27 €	507.356,21 €	1.275.932,24 €	768.576,03 €	151,49%
5. Personalaufwand	190.575,83 €	182.831,86 €	246.617,80 €	63.785,94 €	34,89%
6. Abschreibungen	752.099,97 €	771.754,17 €	899.981,68 €	128.227,51 €	16,62%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	228.912,62 €	394.260,73 €	258.181,70 €	-136.079,03 €	-34,51%
Betriebsergebnis	365.150,97 €	795.326,05 €	1.481.616,03 €	686.289,98 €	86,29%
8. Erträge aus Beteiligungen	258.091,60 €	410.462,25 €	867.719,39 €	457.257,14 €	111,40%
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.064,89 €	5.480,47 €	4.960,22 €	-520,25 €	-9,49%
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	229.705,07 €	200.990,25 €	174.220,93 €	-26.769,32 €	-13,32%
Finanzergebnis	35.451,42 €	214.952,47 €	698.458,68 €	483.506,21 €	224,94%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	400.602,39 €	1.010.278,52 €	2.180.074,71 €	1.169.796,19 €	115,79%
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00 €	31.406,00 €	704.098,94 €	672.692,94 €	2141,92%
12. sonstige Steuern	-381,48 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	400.983,87 €	978.872,52 €	1.475.975,77 €	497.103,25 €	50,78%

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Die im August 2011 gegründete RURENERGIE ist in der Energiewirtschaft im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Primäres Ziel ist die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien und die Erbringung von damit unmittelbar verbundenen Versorgungs- und Dienstleistungen. Die Gesellschafter der RURENERGIE wollen einen spürbaren regionalen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer möglichst umweltschonenden Energieversorgung in der Region Düren leisten.

Hauptfokus der RURENERGIE ist die Projektentwicklung und der Erwerb von Anlagen im Bereich Windenergie und Photovoltaik.

2. Forschung und Entwicklung

Das Unternehmen betreibt derzeit keine wissenschaftliche Forschung und Entwicklung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Am 7. Juli 2022 hat der Bundestag eine umfassende Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) beschlossen, die am 01.01.2023 in Kraft getreten ist. Hierdurch soll der Ausbau der erneuerbaren Energien massiv beschleunigt werden. Bis zum Jahr 2030 sollen demnach mindestens 80 Prozent des verbrauchten Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energien stammen. Das Land NRW hat zur Zielerreichung am 28. Dezember 2022, einen Erlass zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen in Kraft gesetzt. Durch den Erlass wird die Flächenkulisse für Photovoltaik- und Windenergieanlagen deutlich erweitert.

Das Erneuerbaren-Energien-Gesetz garantiert weiterhin eine feste Einspeisevergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen (PVA) für 20 Jahre. Anlagen über 1.000 kWp müssen an bundesweiten Ausschreibungen teilnehmen, um eine feste Einspeisevergütung im Rahmen des EEG zu erhalten. Ebenso müssen Windenergieprojekte an bundesweiten Ausschreibungen teilnehmen, um eine feste Einspeisevergütung im Rahmen des EEG zu erhalten.

Die in der Bundesrepublik 2022 neu installierte Nettonennleistung im Bereich Photovoltaik lag bei 7,1 GWp. Die gesamte installierte Leistung betrug damit zum Ende 2022 66,5 GW.

Der Netto-Zubau von Windenergieanlagen an Land lag 2022 bei 2,2 GW. Die gesamte installierte Leistung betrug zum Ende 2022 58,2 GW.

2. Geschäftsverlauf der RURENERGIE

Im Verlauf des Jahres 2022 hat die RURENERGIE zwei weitere PVA in Betrieb genommen. Hierzu gehörte der Solarpark Merscher Höhe, der die bisher größte Photovoltaikanlage im Portfolio der RURENERGIE darstellt. Das Anlagenportfolio der RURENERGIE im Bereich Photovoltaik umfasste zum 31.12.2022 rd. 18,9 MW installierte Leistung. Im Jahr 2022 wurden durch die eigenen Photovoltaikanlagen der RURENERGIE rd. 12.800 MWh Strom erzeugt.

Mitte des Jahres 2022 ist der Windpark in Jülich in Betrieb gegangen. Damit liegt rechnerisch die gesamte installierte Leistung aus den Windkraftbeteiligungen zum 31.12.2022 bei 37,1 MW. Durch die Beteiligungen an Windenergieanlagen wurden rund 68.650 MWh erzeugt.

3. Lage der Gesellschaft

a. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem positiven Jahresergebnis von 2.180 TEUR vor Ertragssteuern. Der Rohertrag ist im Zuge der deutlich gestiegenen Börsenpreise sowie der Inbetriebnahme weiterer PV-Anlagen im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 976 TEUR gestiegen und liegt nun bei 2.358 TEUR. Die Verringerung der sonstigen betrieblichen Erträge um 233 TEUR auf 529 TEUR resultiert aus einer Verringerung von Erträgen aus der Projektentwicklung bzw. dem Verkauf von Projektrechten an Windkraftgesellschaften mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die Personalkosten sind aufgrund eines zusätzlichen Mitarbeiters um 64 TEUR auf 247 TEUR gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind durch den Wegfall der Sondereffekte aus dem Vorjahr planmäßig von 394 TEUR auf 258 TEUR gesunken. Durch die Erweiterung des Bestandes an PV-Anlagen erhöhen sich die Abschreibungen auf nun 900 TEUR. Die Erträge aus Beteiligungen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 457 TEUR auf 868 TEUR gestiegen. Aus diesem Grund hat sich auch das Finanzergebnis auf 699 TEUR verbessert.

	2022 in T€	2021 in T€
Rohertrag	2.357	1.382
Sonstige betriebliche Erträge	529	762
Personalaufwand	247	183
Abschreibungen	900	772
sonstige betriebliche Aufwendungen	258	394
Betriebsergebnis/EBIT	1.482	795
Beteiligungs-/Finanzergebnis	699	215
Ergebnis vor Steuern	2.180	1.010
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	704	31

Jahresüberschuss	1.476	979

b. Finanzlage

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr auf 2.479 TEUR gestiegen (2021: 817 TEUR). Ursächlich hierfür ist der deutlich gestiegenen Jahresüberschuss.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit von -2.646 TEUR (2021: -2.730 TEUR) ist gekennzeichnet durch die Investitionen im Bereich der PVA in Höhe von 3.862 TEUR (Sachanlagevermögen). Dem gegenüber stehen die erhaltenen Dividenden (868 TEUR) sowie Eigenkapitalrückzahlungen aus den Beteiligungsgesellschaften (343 TEUR).

Der positive Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (1.806 TEUR) resultiert im Wesentlichen aus der Aufnahme von Darlehen (2.960 TEUR) sowie der Tilgung alter Darlehen (880 TEUR). Außerdem erfolgten Zinszahlungen (174 TEUR) und Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter (100 TEUR)

Den Zahlungsverpflichtungen wurde im Jahr 2022 jederzeit fristgerecht nachgekommen.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der RURENERGIE erhöhte sich im Zuge der Investitionen ins Anlagevermögen um 3.953 TEUR auf 29.404 TEUR. Auf der Passivseite erhöhten sich entsprechend der Finanzierungsquote der neuen Projekte das Eigenkapital aus der Thesaurierung von Gewinnen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Das Vermögen der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag mit 89,0% (2021: 92,5%) im Anlagevermögen gebunden und zu 63,8% (2021: 68,3%) über Eigenkapital finanziert. Die gestiegene Fremdkapitalquote von 36,2% (2021: 31,7%) zeigt, dass entsprechend der Vorgaben der Gesellschafter die neuen Projekte stärker über Fremdkapital finanziert werden als zuvor. Weiterhin gilt, dass das langfristige Vermögen auch langfristig finanziert wurde.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die RURENERGIE trägt im Rahmen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien zum Klima- und Umweltschutz bei.

Aufgrund der kommunalen Prägung genießt das Unternehmen bei Kooperationspartnern und Lieferanten eine hohe Reputation.

Die RURENERGIE ist am Markt gut handlungsfähig, da sich Abstimmungen und Rücksprachen, welche der Zustimmung der Entscheidungsgremien benötigen, zeitnah und bedarfsgerecht einplanen lassen. Es finden regelmäßig Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen statt.

III. Prognosebericht

Die gestiegenen Rohstoffkosten führten in den vergangenen Monaten zu einem deutlichen Anstieg der Komponentenpreise. Hinzu kommt es aktuell zu längeren Lieferzeiten bei größeren technischen Komponenten (z.B. Schaltanlagen, Transformatoren, Wechselrichter).

Gemäß des im letzten Jahr erstellten Wirtschaftsplans geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens von einem positiven Ergebnis für 2023 von 504 TEUR vor Ertragssteuern aus.

Für 2023 plant die Gesellschaft hierfür Investitionen von 5,9 Mio. EUR, davon 5,0 Mio. EUR in PVA und 810 TEUR in Windenergiebeteiligungen. Darüber hinaus sind Investitionen von 90 TEUR in die Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern vorgesehen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancen- und Risikobericht

Die RURENERGIE verfolgt zwei Hauptbeschäftigungsfelder. Zum einen betreibt sie eigene Anlagen bzw. ist an Gesellschaften beteiligt, die Anlagen betreiben. Zum anderen entwickelt die RURENERGIE neue Projekte teilweise in Kooperation mit externen Projektierern.

Die Risikoanalyse in Form der laufenden Risikoanalyse ist wie der Controllingprozess fester Bestandteil der betrieblichen Abläufe. Im Folgenden werden die hierbei untersuchten Risiken dargestellt.

Chancen und Risiken aus politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen

Der durch die Bundesregierung garantierte Bestandsschutz für die Einspeisevergütungen für bereits gebaute Anlagen garantiert auch weiterhin kalkulierbare Renditen für die bestehenden Anlagen. Zudem besteht die Chance, fertiggestellte Anlagen profitabel zu veräußern.

Für den Erhalt einer festen Einspeisevergütung bei Windenergieanlagen und bei größeren PVA ist weiterhin eine erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen notwendig. Damit ist die Höhe der Vergütung zu Beginn der Projektplanung nicht sicher kalkulierbar.

Die Landesregierung NRW ist gemäß des „Wind-an-Land-Gesetz“ des Bundes verpflichtet, 1,8 Prozent der Landesfläche bis Ende 2032 als Windenergiebereiche auszuweisen. Die Landesregierung hat hierzu Änderungen des Landesentwicklungsplans angekündigt. Zukünftig soll die Errichtung von Windenergieanlagen auf geeigneten Waldflächen möglich werden. Zudem ist die Streichung der 1500-m-Abstandsregelung für Windenergieanlagen geplant.

Chancen und Risiken im Bereich der Projektentwicklung

Im abgeschlossenen Jahr lag ein Schwerpunkt in der Projektentwicklung neuer Projekte im Bereich Windenergie und Photovoltaik. Die RURENERGIE trägt hier Projektentwicklungsrisiken. Trotz des sehr guten Know-hows können externe nicht beeinflussbare Faktoren dazu führen, dass laufende Projekte technisch nicht realisierbar sind bzw. eine Realisierung unwirtschaftlich sein würde und die Entwicklung daher abgebrochen werden muss.

Risiken bestehen hierbei etwa durch unerwartete behördliche Auflagen im Rahmen des Genehmigungsprozesses, die zu nicht kalkulierten Ertragsverlusten führen. Bei Windenergie- und Photovoltaikfreiflächenprojekten können zudem Verzögerungen im Genehmigungsprozess entstehen, sodass Projekte nicht in dem vorgesehenen Zeitrahmen umgesetzt werden können.

Aufgrund der Ausschreibungsverpflichtung bei größeren Projekten ergeben sich weitere Risiken. Bei Windenergieprojekten ist der Erhalt einer Genehmigung nach BImSchG eine wesentliche Voraussetzung. Für den Erhalt einer Genehmigung nach BImSchG sind allerdings ein kostenintensives Genehmigungsverfahren und meist noch ein vorgeschaltetes Bauleitverfahren notwendig. Diese Kosten belaufen sich für größere Parks schnell auf 500 – 900 TEUR. Für Photovoltaikfreiflächenanlagen ist oftmals ein Bauleitverfahren anzustoßen und externe Gutachten zu beauftragen. Hierbei entstehen in der Regel Kosten im Bereich von 50 – 200 TEUR.

Falls ein Projekt in der Ausschreibung keinen Zuschlag erhält, kann es aufgrund der fehlenden garantierten Vergütung in der Regel wirtschaftlich nur schwierig umgesetzt werden. Im Ergebnis besteht somit ein Verlustrisiko in Höhe der bereits getätigten Entwicklungskosten.

Die RURENERGIE analysiert daher laufend die möglichen Risiken im Rahmen des Projektmanagements und entwickelt gemeinsam mit Kooperationspartnern, die einen Teil des Risikos übernehmen. Aufgrund der starken Marktnachfrage nach Projektrechten ist eine Veräußerung der Projektrechte zu jedem Zeitpunkt eine Option.

Chancen und Risiken im Bereich des Anlagenbetriebs

Aufgrund der Wettereinflüsse können sich Schwankungen bei den Ertragsmengen ergeben, die zu Mehr- oder Mindererlösen führen. Die Plandaten der Bestandsanlagen wurden zumeist auf Basis konservativer Ertragsannahmen errechnet.

Aufgrund steigender Börsenpreise besteht die Chance höherer Umsatzerlöse für die Anlagen in der Stromvermarktung. Nach unten sind die Anlagen durch die garantierte Vergütung abgesichert.

Im Rahmen des Anlagenbetriebs können sich Ertragsausfälle aufgrund von Ausfällen der Anlagen oder Teilen der Anlagen ergeben. Für alle Photovoltaikanlagen, die die RURENERGIE betreibt, sind externe Dienstleister mit der technischen Betriebsführung sowie der Wartung und Instandhaltung der Anlagen beauftragt. Im Rahmen der technischen Betriebsführung findet eine laufende Überwachung aller Anlagen statt. Im Bereich der Windenergie bestehen sogenannte Vollwartungsverträge mit dem jeweiligen Anlagenhersteller. Diese Verträge garantieren feste Verfügbarkeiten. Ansonsten wird der Hersteller pönalisiert. Auch hier findet zusätzlich eine laufende Überwachung durch einen externen technischen Betriebsführer statt.

Gemäß Wirtschaftsplan 2023 sind für die kommenden Jahre weiterhin Kapitalzuführungen aus dem Gesellschafterkreis vorgesehen. Ohne die Kapitalzuführungen können die geplanten Projekte nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden.

2. Gesamtaussage

Der Bestandsschutz für die Einspeisevergütungen für bereits gebaute Anlagen garantiert auch zukünftig kalkulierbare Umsatzerlöse für die im Betrieb befindlichen Anlagen.

Aufgrund der gestiegenen Strompreise an der Börse sind größere Projekte im Bereich der Photovoltaik trotz der gleichzeitig deutlich gestiegenen Komponentenpreise weiterhin wirtschaftlich umsetzbar.

Windprojekte sind aufgrund der eingeschränkten Flächenkulisse in NRW weiterhin rar, allerdings hat die Landesregierung die Ausweitung der Flächenkulisse angekündigt. Auch Windprojekte lassen sich aufgrund der attraktiven Strompreise und des technischen Fortschritts trotz der gestiegenen Komponentenpreise weiterhin wirtschaftlich umsetzen.

Bei größeren Projekten sind deutliche Planungsrisiken vorhanden, da die Entwicklung kostenintensiv ist.

Die RURENERGIE betreibt ein aktives Risikomanagement. Bereits im Vorfeld einer Investition wird die technische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit neuer Projekte gegebenenfalls unter Einbeziehung externer Sachverständiger kritisch geprüft und den Gremien zunächst zur Entscheidung vorgelegt. Während der Projektentwicklung findet im Rahmen des Projektmanagements eine laufende wirtschaftliche und technische Bewertung statt.

Bevor sich die RURENERGIE über das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung hinaus engagiert, wird sie separate Risikobetrachtungen anstellen. Sie wird sich nur in weiteren Energiemarktsegmenten betätigen, wenn hieraus unter vorsichtiger Risikobewertung, eine angemessene Rentabilität zu erwarten ist.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Zerres, Thomas

Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	8 Sitze
	Stadtwerke Düren mbH (SWD)	4 Sitze
	S-Beteiligungsgesellschaft mbH	1 Sitz
	Stadtwerke Jülich	1 Sitz
	EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH	1 Sitz

Gesellschafterversammlung:	1 Stimme	je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Frings, Thomas	Kreistagsmitglied	31.03.2022	
Knappe, Hermann Josef	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Kochs, Wolfgang	Kreistagsmitglied	26.11.2020	30.03.2022
Krüttgen, Kurt	Kreistagsmitglied	30.09.2014	
Lenzen, Jonas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Nix, Christoph	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Peill, Patricia	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	25.08.2011	
Szadkowski, Heike	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
von Laufenberg, Reiner	Kreistagsmitglied	25.08.2011	31.08.2023
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

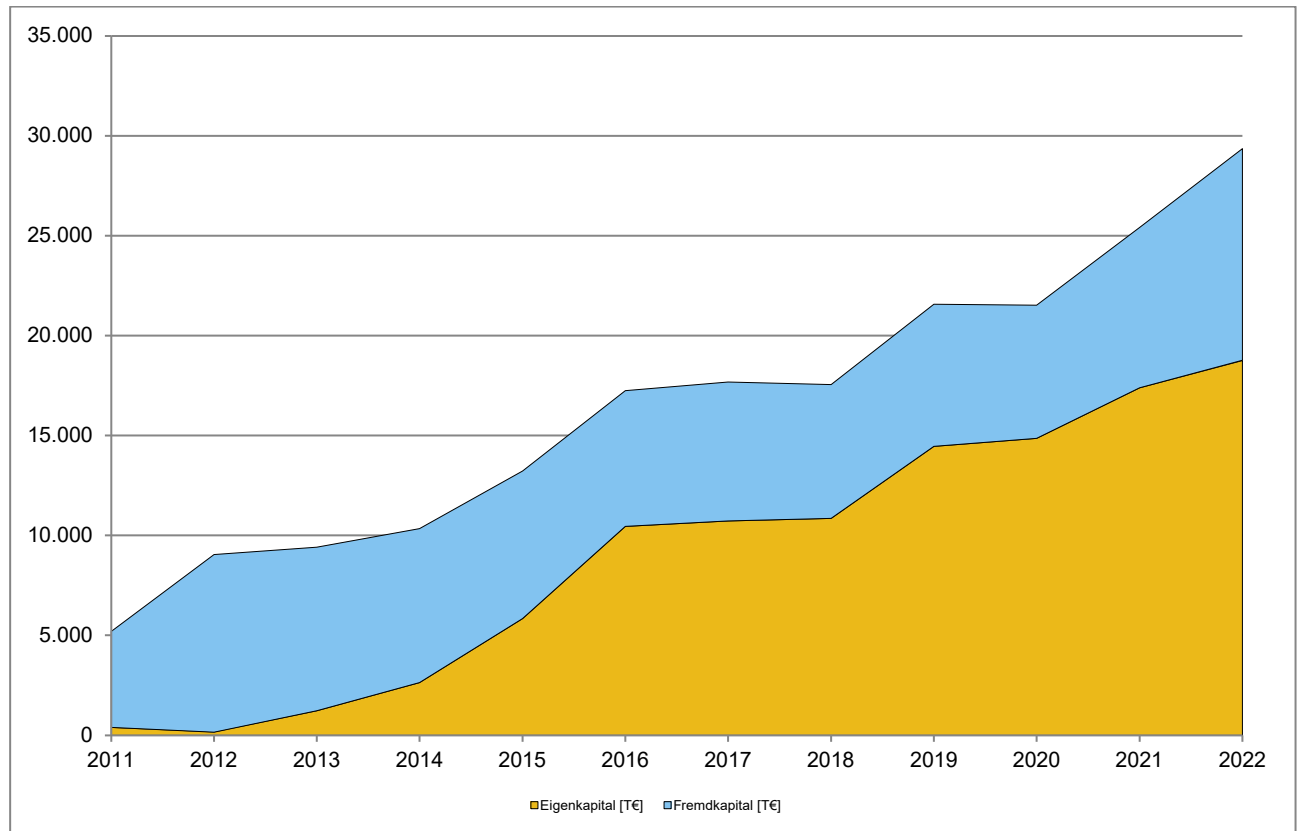
Gesellschafterversammlung:

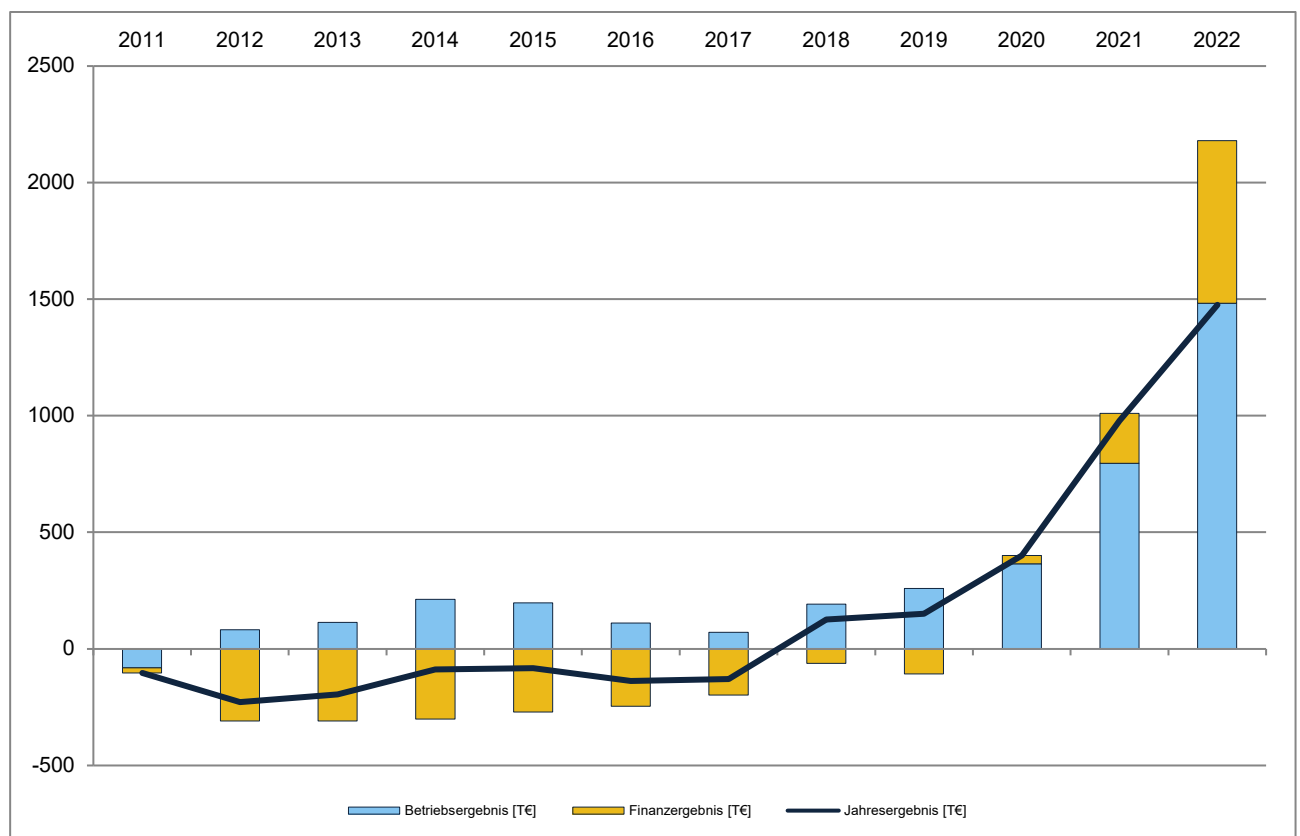
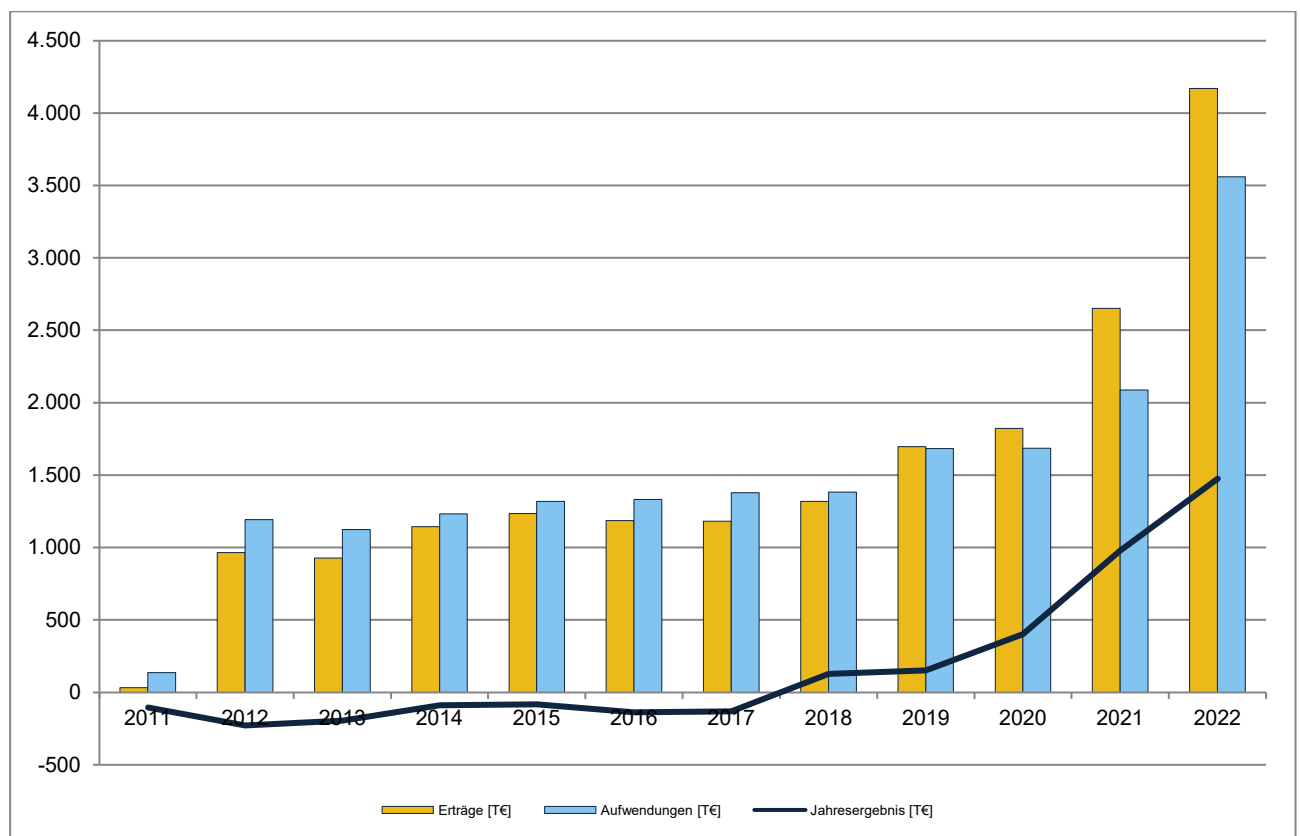
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	19.07.2011	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	68,93%	68,31%	34,81%	-33,50%
Eigenkapitalrentabilität	2,70%	5,63%	36,13%	30,50%
Anlagendeckungsgrad 2	90,53%	87,91%	53,13%	-34,78%
Verschuldungsgrad	44,83%	46,21%	186,20%	139,99%
Umsatzrentabilität	20,28%	42,10%	39,19%	-2,91%

20 Rurtalbahn GmbH



Kölner Landstraße 271
52351 Düren
Telefon: 02421/ 2769-300
Telefax: 02421/ 2769-335
E-Mail: info@rurtalbahn.de
Homepage: www.rurtalbahn.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung, sowie die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	251,00	25,10
R.A.T.H. GmbH	749,00	74,90
Stammkapital	1.000,00	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	40.910,00 €	32.438,00 €	92.309,00 €	59.871,00 €	184,57%
II. Sachanlagen	7.169.596,34 €	6.572.805,50 €	5.553.532,95 €	-1.019.272,55 €	-15,51%
III. Finanzanlagen	7.249.690,12 €	2.997.151,70 €	6.849.346,72 €	3.852.195,02 €	128,53%
B. Umlaufvermögen				0,00 €	
I. Vorräte	2.039.426,93 €	2.320.458,61 €	2.738.379,56 €	417.920,95 €	18,01%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	4.715.237,44 €	7.599.516,65 €	5.389.074,26 €	-2.210.442,39 €	-29,09%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.091.918,18 €	5.813.188,52 €	4.987.769,52 €	-825.419,00 €	-14,20%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	693.125,05 €	401.389,13 €	105.756,92 €	-295.632,21 €	-73,65%
Summe Aktiva	23.999.904,06 €	25.736.948,11 €	25.716.168,93 €	-20.779,18 €	-0,08%
Passiva				0,00 €	
A. Eigenkapital				0,00 €	

I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	0,00 €	0,00%
III. Jahresergebnis	1.552.369,46 €	2.091.649,84 €	2.157.720,51 €	66.070,67 €	3,16%
B. Sonderposten	40.362,41 €	385.928,79 €	259.993,36 €	-125.935,43 €	-32,63%
C. Rückstellungen	2.200.133,00 €	3.434.526,50 €	4.260.294,74 €	825.768,24 €	24,04%
D. Verbindlichkeiten	15.212.736,99 €	14.830.540,78 €	14.039.553,77 €	-790.987,01 €	-5,33%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	4.304,35 €	4.304,35 €	
Summe Passiva	23.999.904,06 €	25.736.948,11 €	25.716.168,93 €	-20.779,18 €	-0,08%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	19.388.154,33 €	21.274.606,07 €	26.930.333,14 €	5.655.727,07 €	26,58%
2. sonstige betriebliche Erträge	3.705.246,15 €	5.658.452,53 €	3.249.164,49 €	-2.409.288,04 €	-42,58%
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	19.839,38 €	29.833,62 €	125.935,43 €	96.101,81 €	322,13%
4. Materialaufwand	6.294.109,41 €	6.499.030,18 €	8.411.624,78 €	1.912.594,60 €	29,43%
5. Aufwand für fremdbezogenes Personal	2.500.235,67 €	2.507.612,59 €	2.490.593,25 €	-17.019,34 €	-0,68%
6. Personalaufwand	3.968.010,09 €	5.138.850,49 €	5.814.819,35 €	675.968,86 €	13,15%
7. Abschreibungen	1.378.073,06 €	1.401.155,42 €	1.534.100,44 €	132.945,02 €	9,49%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	6.632.453,43 €	8.307.214,12 €	8.856.871,42 €	549.657,30 €	6,62%
Betriebsergebnis	2.340.358,20 €	3.109.029,42 €	3.197.423,82 €	88.394,40 €	2,84%
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	313.427,85 €	317.001,55 €	303.375,23 €	-13.626,32 €	-4,30%
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
12. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	182.736,58 €	181.715,92 €	196.411,05 €	14.695,13 €	8,09%
Finanzergebnis	130.691,27 €	135.285,63 €	106.964,18 €	-28.321,45 €	-20,93%
				0,00 €	
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	2.471.049,47 €	3.244.315,05 €	3.304.388,00 €	60.072,95 €	1,85%
13. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
14. Regionalisierungszuschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
15. Öffentl. Ausgleichszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	906.875,81 €	1.140.156,43 €	1.133.000,00 €	-7.156,43 €	-0,63%
17. sonstige Steuern	11.804,20 €	12.508,78 €	13.667,49 €	1.158,71 €	9,26%
Jahresergebnis	1.552.369,46 €	2.091.649,84 €	2.157.720,51 €	66.070,67 €	3,16%

f) Lagebericht

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die Rurtalbahn GmbH ist eine nichtbundeseigene Eisenbahngesellschaft mit Sitz in Düren. Der Name Rurtalbahn wurde zunächst als Marke von der Abteilung Schiene der Dürener Kreisbahn für die auf den von der Deutschen Bahn übernommenen Strecken geführt. Das zum 1. Januar 2003 unter Beteiligung der R.A.T.H. GmbH als eigenständige Gesellschaft ausgegliederte Eisenbahnunternehmen erhielt dann den Namen Rurtalbahn GmbH.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs sowie die Durchführung von Infrastruktur- und Werkstatteleistungen.

Die Hauptgeschäftszweige betreffen die Personenbeförderung, deren Grundlage die Verkehrsverträge über das Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) inklusive Service- und Sicherheitsleistungen auf der SPNV-Linie RB 21 auf den Strecken Düren - Linnich und Düren - Heimbach sowie der SPNV-Linie RB 28 auf der Strecke Düren - Euskirchen des Aufgabenträgers Zweckverband go.Rheinland sind, sowie die Herstellung (Reaktivierung), den Betrieb und die Instandhaltung der Eisenbahninfrastruktur sowie die Instandhaltung von Schienenfahrzeugen und Linienbussen.

Als Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) betreibt die Gesellschaft 98 km Streckennetz und als Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) erbringt die Gesellschaft 1,14 Millionen Zugkilometer.

Die betriebliche Infrastruktur verteilt sich auf die Strecken Düren - Heimbach (30 km), Düren - Linnich (26 km), Düren - Euskirchen (30 km) und Heinsberg - Lindern (12 km). Bei diesen Strecken handelt es sich um Mischstrecken, auf denen Personen- sowie Güterverkehr durchgeführt wird. Insgesamt liegen 30 Bahnhöfe und Haltepunkte für den Personenverkehr an den Strecken Heimbach - Düren - Linnich, 7 Bahnhöfe und Haltepunkte an der Strecke Heinsberg - Lindern sowie 5 Bahnhöfe und Haltepunkte auf der Eifel-Bördebahn zwischen Düren und Zülpich.

Aufbauend auf den umfassenden Erfahrungen im Bereich der Reaktivierung von Eisenbahnstrecken, der bedarfsgerechten Unterhaltung und des Betriebs von Nebenbahnen bietet die Rurtalbahn als Komplett-dienstleister wirtschaftliche Lösungen für das gesamte Eisenbahnwesen mit dem Schwerpunkt „Regionalbahnen“ an.

Dabei werden die im Unternehmen Rurtalbahn GmbH vorhandenen Kernkompetenzen im bedarfsgerechten Gleisbau (Unterhaltung und Neubau), der Planung von Bahnübergängen, der Projektsteuerung und der Baurechtsverfahren im Geschäftsbereich Planung gebündelt und im Bedarfsfall durch externe Fachplaner ergänzt.

Weiterhin unterhält die Gesellschaft eine eigene Werkstatt, die als kombinierte Bus-/Schienenwerkstatt darauf spezialisiert ist, Nutzfahrzeuge für den öffentlichen Personenverkehr und Güterverkehr instand zu halten und zu setzen.

Dem seit der Ausgliederung der Rurtalbahn GmbH aus der damaligen Dürener Kreisbahn GmbH stetig wachsenden Güterverkehrsanteil wurde im Geschäftsjahr 2010 durch die Gründung der RTB CARGO GmbH Rechnung getragen. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen von Dienst- und Kooperationsverträgen die selbstständige Durchführung der ehemaligen Güterverkehrssparte der Rurtalbahn GmbH.

Die Dienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr werden vom Standort Düren aus im gesamten Kreis Düren erbracht.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Grundlage der Schätzung ist die gleitende Mittelfristprognose Sommer 2022, die für den Güter- und Personenverkehr von der INTRAPLAN Consult GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) erstellt wurde. Dieser Bericht erstreckt sich auf die Jahre 2022 bis 2024. Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine der zentralen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Güter-, aber auch des Personenverkehrs, bildet die Herbstprojektion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) vom 12. Oktober 2022 die Grundlage.

Für die wichtigsten Kenngrößen des Wirtschafts- und Verkehrsgeschehens ist, aufgrund der gesamt- und branchenwirtschaftlichen sowie geopolitischen Lage, eine hohe Volatilität in der Entwicklung der letzten Jahre festzustellen. Auch im Prognosezeitraum ist weiterhin mit Unsicherheiten in den Bereichen Rohölnotierungen, Wechselkurse, geopolitischer Spannungen und zunehmender Verknappungen am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, in deren Folge die Sanktionspakete umgesetzt wurden, sind die Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands weder absehbar noch prognostizierbar. Zu den Folgen für den Rohölpreis, auf die Lieferkettenproblematik, die Importe von Energierohstoffen und andere Einflussfaktoren auf die Verkehrsentwicklung wurden im Rahmen der Mittelfristprognose Annahmen gesetzt, die zwangsläufig hohen Unsicherheiten unterliegen.

Das deutsche preisbereinigte BIP ist im Jahr 2022, gemäß den derzeitigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts, um 1,9 % gewachsen. In den beiden Folgejahren wird sich die Dynamik laut Prognose des BMWK abschwächen. Für 2023 wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,4 %, für 2024 eine Steigerung in Höhe von 1,6 % gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Die Entwicklung im Personenverkehr war zum einen durch einen Aufholeffekt durch das Nachlassen der Auswirkungen der Corona-Pandemie, zum anderen auch durch starke Fahrgastzuwächse während der Gültigkeit des 9 €-Tickets getrieben.

Im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr ist im Gesamtjahr 2022 im Vergleich zum Vorkrisenniveau des Jahres 2019 ein Minus von 14,9 % (Aufkommen) bzw. 11,1 % (Leistung) zu erwarten. Zwar wurde mit Einführung des 9 € Tickets in den Monaten Juni bis August 2022 ein deutliches Plus in Aufkommen und Leistung gegen 2019 erzielt, jedoch war dieser Effekt nur temporär und wurde durch eine ungünstige Entwicklung im weiteren Jahresverlauf kompensiert.

Im Fernverkehr war die Entwicklung 2022 im Vergleich zum Vorkrisenniveau des Jahres 2019 auch noch negativ. Im gesamten Jahr, in dem der Fernverkehr auch durch den Kraftstoffpreisanstieg spürbar ange-regt wurde, verbleibt noch ein Minus gegenüber 2019 in Höhe von 6 % (Aufkommen) bzw. 3 % (Leistung).

Verlagerungen hin zum SPFV aufgrund des 9 €-Tickets dürften sich in engen Grenzen gehalten haben. Dämpfend wirkten vielmehr zahlreiche Großbaustellen sowie ungünstige Wetterlagen, die zu teilweisen spürbaren Reisezeitverlängerungen/Ausfällen führten.

Im Jahr 2023 wird der Eisenbahnverkehr – auch hier bei Eintreffen der Grundvoraussetzungen dieser Prognose u. a. zur Pandemie – spürbar wachsen; quantifiziert wird dies mit einem Plus von rund 15,3 % (Fahrgastzahl) bzw. 14,4 % p. a. (Leistung) gegenüber 2022.

Jedoch wird der Homeoffice-Effekt den SPNV nach aller Voraussicht stärker als alle anderen Verkehrsarten bremsen, da der Anteil des Berufsverkehrs hier rund ein Drittel beträgt und das Zuhause-Arbeiten bei längerer Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz weit häufiger zum Tragen kommt.

Im darauffolgenden Zeitraum bis zum Jahre 2024 wird sich im SPNV sowohl die Fahrgastzahl um 2,2 % als auch die Leistung um 1,9 % gegenüber dem Vorkrisenniveau erhöhen.

Für den Fernverkehr wird sich die konjunkturelle Erholung, die Fahrpreissenkung durch die Weitergabe der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes in 2020, der Kraftstoffpreisanstieg im PKW-Sektor sowie die Verbesserung und Ausweitung des Angebotes auf die Zeit nach der Überwindung der Pandemie positiv auswirken. Dem stehen dauerhaft dämpfende Effekte aus der Pandemie, in erster Linie durch den Ersatz von Geschäftsreisen durch Videocalls etc., entgegen. Hier hat sich während des Lockdowns vor allem die erheblich verbesserte Technologie und deren Diffusion in den Unternehmen spürbar ausgewirkt, wenn-gleich die weitaus meisten Geschäfts- und Dienstreisen, bei denen der persönliche Kundenkontakt er-forderlich ist, nicht ersetzbar sein werden.

Somit verbleibt im Zeitraum von 2019 bis 2024 im SPFV ein solides Wachstum um 13 % (Fahrgastzahl) bzw. 17 % (Leistung). Pro Jahr entspricht das 2,5 % bzw. 3,2 %. Hier war die Nachfrage im Jahr 2022 nicht mehr weit vom Vorkrisenniveau entfernt, so dass es im Jahr 2023 mit hoher Sicherheit übertroffen wird. Des-halb kann für das kommende Jahr nochmals ein kräftiges Plus um 17 % erwartet werden.

Für den gesamten Eisenbahnverkehr errechnet sich daraus für den Zeitraum 2024/19 ein (gesamtes) Plus zwischen 2019 und 2024 in Höhe von 6 % (Aufkommen) bzw. 8 % (Leistung). Daraus errechnen sich knapp zweistellige jahresdurchschnittliche Wachstumsraten gegenüber 2022. Diese sind überwiegend auf die weiteren Aufholeffekte zurückzuführen, die für das Jahr 2023 zu erwarten sind.

Bereits vor der Ausbreitung der Pandemie waren die Abwärtsrisiken größer als die aufwärtsgerichteten, vor allem hinsichtlich des außenwirtschaftlichen Umfelds. Seitdem haben sich Erstere sicherlich erhöht, vor allem hinsichtlich der Folgen des Ukraine-Krieges auf die gesamt- und branchenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Ein spürbarer Einfluss auf die Verkehrsentwicklung kann vom Rohölpreis ausgehen. Bereits in den ersten beiden Monaten 2022 ist der Rohölpreis von 74 USD (Stand Dezember 2021) auf rund 95 USD im Februar (Monatsdurchschnittswert) gestiegen. Zum einen haben die Befürchtungen, dass Omikron die Weltölnachfrage dämpfen könnte, nachgelassen. Zum anderen haben sich bereits die Spannungen um die Ukraine auf die Rohölpreisentwicklung ausgewirkt. Nach dem Angriff Russlands schoss der Ölpreis in der Spitze auf knapp 130 USD, um dann, bis September 2022 auf gut 90 USD deutlich zu sinken. Dies ist vor allem auf die spürbare Abkühlung der Weltwirtschaft und der damit verbundenen Weltölnachfrage zurückzuführen. Unter der Annahme einer annähernden Konstanz in den letzten Monaten des Jahres errechnet sich daraus ein Jahresdurchschnittspreis in Höhe von gut 100 USD. Dies bedeutet einen Preisanstieg um 44 %.

Ab dem Jahr 2023 sind die Unsicherheiten zum gegenwärtigen Zeitpunkt weit geringer als in 2022. Es kann davon ausgegangen werden, dass russisches Rohöl dem Weltmarkt weiterhin zur Verfügung steht und sich nur die Abnehmerländer verändern. Ein gewisser preistreibender Effekt kann aus der erwarteten Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft entstehen.

Deshalb rechnen sowohl die US-Energiebehörde EIA als auch die Warenterminbörsen mit einem klaren Rückgang auf gut 87 USD.

Im Vergleich zum drastischen Effekt des Rohölpreisanstiegs auf den Kraftstoffpreis verblasst die sog. 'CO₂-Bepreisung', die de facto einer Anhebung des Mineralölsteuersatzes gleichkommt.

Wie im Vorjahr werden auch weiterhin durch die Aufgabenträger vermehrt Verkehrsleistungen in wettbewerblichen Verfahren vergeben. Steigerungen im Bereich der Fahrgastzahlen können zum Ausgleich der Kostensteigerung, insbesondere im Energiesektor, durch den Aufgabenträger (Brutto-vertrag) oder das Eisenbahnverkehrsunternehmen (Nettovertrag) genutzt werden.

Gemäß der Bund-Länder-Einigung vom 2. November 2022 hat die Bundesregierung beschlossen, den Ländern im Jahr 2022 zusätzliche Regionalisierungsmittel in Höhe von 1 Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen. Die jährliche Dynamisierungsrate der Regionalisierungsmittel wird ab dem Jahr 2023 von 1,8 auf 3,0 % erhöht.

Nach Berechnungen des Bundesverkehrsministeriums werden die Länder in den Jahren 2022 bis 2031 zusätzliche Regionalisierungsmittel in Höhe von 17,3 Milliarden Euro erhalten.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob diese Finanzierung ausreicht, um die Kosten der angestrebten Verkehrswende sowie der Angebotsoffensive, wie sie in den nächsten Jahren mit dem Deutschlandtakt erreicht werden soll, zu tragen.

Geschäftsverlauf

Schienenpersonennahverkehr

Der Geschäftsbetrieb des Schienenpersonennahverkehrs war im Geschäftsjahr 2022 durch einen Aufholeffekt durch das Nachlassen der Auswirkungen der Corona-Pandemie, zum anderen auch durch starke Fahrgastzuwächse während der Gültigkeit des 9 €-Tickets geprägt. Viele Menschen haben die Möglichkeiten durch die Kombination von weniger Einschränkungen und kosten-günstigem Verkehrsangebot angenommen. Insbesondere touristische Strecken, unter anderem unsere Strecke zwischen Düren und Heimbach, wurden stark frequentiert. Nichtsdestotrotz bringen Lieferkettenengpässe, steigende Materialpreise und ein knapper Arbeitsmarkt die entsprechenden Herausforderungen mit sich.

Die aufgetretenen Einnahmenverluste aufgrund der Pandemieeffekte und des 9 €-Tickets wurden wie in den vergangenen Jahren durch einen ÖPNV Rettungsschirm kompensiert.

Alle in den Jahren 2011, 2012, 2018 und 2019 angeschafften bzw. angemieteten Triebfahrzeuge der Baureihe Regio Shuttle RS1 (8 einteilige Einheiten) und Lint 54 (3 zweiteilige Einheiten) waren in 2022, gemäß vertraglicher Verpflichtung gegenüber dem go.Rheinland, auf den Strecken der Rurtalbahn Düren - Heimbach, Düren - Linnich sowie Düren - Euskirchen in Betrieb. Im Herbst wurde ein zusätzliches Fahrzeug vom Typ Regio Shuttle RS1 langfristig angemietet.

Die am 7. Juli 2021 im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichte Vorinformation zur Vergabe von Verkehrsleistungen auf dem Netz der Rurtalbahn ab dem Fahrplanwechsel 2025/2026 mit Triebwagen basierend auf Wasserstoffantrieben (HEMU) hat bisher noch kein Vergabeverfahren nach sich gezogen.

Die Verkehrsleistungen im Jahre 2022 auf der eigenen Infrastruktur der Rurtalbahn GmbH im Rahmen des Schienenpersonennahverkehrs betrugen rund 1.141.063 Zugkilometer.

Seit dem 12. Dezember 2021 gilt hier der neue Verkehrsvertrag, der einen Stundentakt auf der Bördebahn bis zum Dezember 2025 vorsieht. Die stündliche Bedienung der Strecke konnte aufgrund von verspäteten infrastrukturellen Maßnahmen außerhalb des Einflusses der Rurtalbahn GmbH erst zum 8. Januar 2023 aufgenommen werden.

Die neuen Verkehrsverträge sind als sogenannte „Brutto-Verträge“ gestaltet, sodass die Erlösverantwortung auf den Linien RB21 Nord und RB28 durch den Aufgabenträger übernommen wurde und lediglich auf dem „Südast“ (RB21 Süd) bei der Rurtalbahn GmbH verbleibt.

Zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Marke Rurtalbahn und einer damit einhergehenden positiven Identifikation mit dem Unternehmen wurden auch in 2022 diverse Marketingmaßnahmen durchgeführt.

Eisenbahninfrastruktur und Infrastruktur-Planung

Das Geschäftsjahr 2022 war neben den üblichen Maßnahmen zur Wartung und Instandhaltung der Bahnanlagen geprägt durch die weiteren Planungen zum Streckenvollausbau der Eifel-Bördebahn (RB 28).

Die Schwerpunkte lagen hier bei dem Bau einer Kreuzungsstelle in Zülpich sowie dem weiteren Ausbau von Haltepunkten und Bahnübergängen in Vettweis und Elsig. Zudem wurde die Zugsicherung auf der Strecke Düren - Euskirchen vervollständigt. Diese Maßnahmen waren zur Aufnahme eines Stundentaktes zwingend erforderlich.

Die Auswirkungen des Jahrhunderthochwasser im Juli 2021 haben auch im Rurtal ihre Spuren hinterlassen. Obwohl die Talsperren Szenarien wie an Erft und Ahr verhindern konnten, trat die Rur über die Ufer und flutete Teile der Bahnanlagen im südlichen Streckenabschnitt zwischen Düren und Heimbach. Schäden sind insbesondere im Oberbau (Verschlammung) und in der Leit- und Sicherheitstechnik festzustellen. Der Betrieb ist dadurch nicht bzw. nur bedingt eingeschränkt, die Schadensbehebung aber unvermeidlich. Entsprechende Mittel wurden im Jahresabschluss 2021 berücksichtigt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat ein Förderprogramm eingerichtet, es ist jedoch nach wie vor unklar, in welcher Höhe Mittel zur Schadensbehebung an den Strecken der Rurtalbahn GmbH zur Verfügung stehen. Die entsprechenden Risiken sind weiterhin im Jahresabschluss 2022 berücksichtigt und deren Auswirkungen sind auch für die Folgejahre noch zu erwarten.

Im Juni 2022 ist in der Nähe von Garmisch-Partenkirchen ein Regionalzug entgleist, mit tödlichen Folgen. Schon sehr schnell kam die Vermutung auf, dass beschädigte Betonschwellen die Ursache für die Entgleisung waren. Diese Vermutung wurde inzwischen durch einen Zwischenbericht der Bundesstelle für Eisenbahnunfalluntersuchung (BEU) bestätigt. Seitens unserer Aufsichtsbehörde wurden wir aufgefordert, alle im Netz der Rurtalbahn verbauten Betonschwellen auf Rissbildung zu untersuchen und ggfs. ein Sanierungskonzept in Abhängigkeit vom Schadensbild aufzustellen und umzusetzen. Das Schadensbild tritt bei bestimmten Betonschwellen auf, die in ganz Deutschland verbaut wurden, unter anderem auch auf den Netzen der Rurtalbahn. Eine betriebliche Gefahr ist aktuell nicht gegeben und der Zustand der Schwellen wird engmaschig überwacht. Dennoch müssen die betroffenen Schwellen ausgetauscht werden. Es ist aktuell davon auszugehen, dass die Maßnahmen förderfähig sind, jedoch muss die Rurtalbahn in jedem Fall den Eigenanteil der geförderten Maßnahme tragen. Daher wurden entsprechende Mittel im Jahresabschluss berücksichtigt.

Betriebswerkstatt

Neben der regelmäßigen und wiederkehrenden Instandhaltung der Schienenfahrzeugflotte des Geschäftsbereichs SPNV lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten innerhalb der Betriebswerkstatt in der Instandhaltung der Busflotte der Rurtalbus GmbH und der VIAS BUS GmbH.

Verwaltung

Im kaufmännischen Bereich erfolgt die Abwicklung auf Basis von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin R.A.T.H. GmbH. Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterliegen einer permanenten Anpassung an die sich ändernden Rahmenbedingungen.

Geschäftsführung und Bereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Abgleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten werden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich analysiert. Des Weiteren

werden monatlich Kennzahlen zur Steuerung der unternehmerischen und betrieblichen Belange ermittelt und der Geschäftsführung und den Leitern der Geschäftsbereiche zur Verfügung gestellt.

Ein Aufgabenschwerpunkt im Geschäftsjahr lag in der Weiterentwicklung des bestehenden Datenmanagementsystems sowie der Optimierung bestehender Geschäftsbereiche in das Reporting-system. Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen wurden nicht eingeleitet.

Darstellung der Lage

a. Ertragslage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich.

Ergebnis in TEUR	2022	2021	Veränderung
<i>Umsatzerlöse</i>	26.930	21.275	5.655
<i>Erträge aus der Auflösung des SoPo</i>	126	30	96
<i>Sonstige betriebliche Erträge</i>	3.249	5.658	-2.409
<i>Materialaufwand</i>	-8.412	-6.499	-1.913
<i>Personalaufwand</i>	-8.305	-7.646	-659
<i>Abschreibungen</i>	-1.534	-1.401	-133
<i>Sonstige betriebliche Aufwendungen</i>	-8.857	-8.307	-550
<i>Zinsergebnis</i>	107	135	-28
<i>Steuern</i>	-1.147	-1.153	6
Jahresergebnis	2.158	2.092	66

Die Ertragslage ist maßgeblich vom Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs geprägt. Der überwiegende Teil des Umsatzes im Bereich Schienenpersonennahverkehr wurde durch Vergütungen aus Verkehrserträgen, Zuschedungen aus Einnahmeaufteilungen sowie Ausgleichszahlungen von Vertriebsdienstleistern erzielt. Daher ist ein Ausfallrisiko in diesem Segment begrenzt.

Das Rohergebnis (Ergebnis aus Umsatzerlösen zzgl. sonstigen betrieblichen Erträgen inkl. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens abzüglich Materialaufwand und Aufwand für fremdbezogenes Personal) belief sich im Geschäftsjahr auf TEUR 19.403 (i. V. TEUR 17.956). Der Anstieg um TEUR 1.447 resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Umsatzerlösen (TEUR 5.655) bei gesunkenen sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR -2.409) sowie einem Aufwandsanstieg bei Treibstoffen und für bezogene Waren (TEUR -1.913). Die Zunahme der Umsatzerlöse zeigt sich insbesondere in gestiegenen Zuschüssen des Aufgabenträgers sowie gestiegenen Erlösen aus Werkstattdienstleistungen sowie Treibstoffverkäufen. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert primär aus gesunkenen Aufwandszuschüssen, dem Wegfall der Corona-Billigkeitsleistungen sowie verminderten periodenfremden Erträgen.

Als bedeutsame, finanzielle Leistungsindikatoren und erfolgskritische Schlüsselkennzahlen verwendet die Rurtalbahn GmbH zur internen Steuerung des Unternehmens die Kennzahlen EK-Quote und Umsatzrentabilität.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis zzgl. Steuern zu Umsatzerlösen zzgl. Erträgen aus der Auflösung des SoPos) beträgt 12,2 % (i. V. 15,2 %). Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert, und entspricht nicht der qualifiziert-komparativen Prognose aus 2021 einer leicht steigenden Entwicklung der Umsatzrendite. Die Abnahme resultiert im Wesentlichen aus dem im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegenen Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von TEUR 3.350 (i. V. TEUR 3.244), bei gleichzeitig deutlich gestiegenen Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 26.930 (i. V. TEUR 21.275).

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf TEUR 3.249 (i. V. TEUR 5.658), dies bedeutet eine Abnahme um TEUR 2.409 im Vergleich zum Vorjahr.

Die COVID-19-Pandemie hat auch in 2022 bei den Verkehrsunternehmen zu erheblichen Einnahmenausfällen geführt. Erschwerend kamen die Rückgänge bedingt durch das 9 €-Ticket hinzu. Bund und Länder haben daher auch in 2022 den ÖPNV-Rettungsschirm fortgeführt. Die Rurtalbahn GmbH konnte ebenfalls durch die Mechanismen des Rettungsschirms entsprechende Einnahmenausfälle ausgleichen.

Die Vergütungen im Rahmen der Verkehrserträge dienen als Ausgleich der Betriebskosten, die infolge der Verkehrsleistung und der notwendigen Trassenentgelte auf der Rurtalbahn entstehen. Darüber hinaus boten die Rettungsschirme eine Finanzierung der pandemiebedingten Fahrgeldmindereinnahmen.

Die Verkehrsleistung auf dem Südast (RB 21 Süd) basiert derzeit auf einem Zuwendungsvertrag zwischen dem Zweckverband go.Rheinland und der Rurtalbahn GmbH vom Dezember 2010. Der Vertrag gilt bis Dezember 2025.

Im Juni 2021 hat die Rurtalbahn vom Zweckverband go.Rheinland den Zuschlag für die Verkehrsleistungen auf den Netzen RB 21 Nord und RB 28 in den laufenden Vergabeverfahren bis Dezember 2025 erhalten.

Die Trassenentgelte stehen der Rurtalbahn GmbH aufgrund des eingangs erwähnten Infrastrukturpachtvertrages langfristig zu.

Auf der Aufwandsseite stellen die bezogenen Fremdpersonalleistungen in Höhe von TEUR 2.491 (i. V. TEUR 2.508) eine maßgebliche Position dar; in dieser Höhe sind die Aufwendungen auch für die Folgejahre zu kalkulieren.

Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten haben sich steigend entwickelt. Die Entwicklung der Energiekosten ist insbesondere im Bereich der Dieselmotorkraftstoffe stark von der weltweiten Nachfrage sowie des Angebotes auf den angespannten Rohstoffmärkten abhängig. Preissteigerungen am Markt werden insbesondere im Bereich der Treibstoffe durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte durch Indexmechanismen kompensiert.

Der Personalaufwand, laut Posten 5 und 6 der Gewinn- und Verlustrechnung, betrug insgesamt TEUR 8.305 (i. V. TEUR 7.646), und hat sich somit im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 659 erhöht.

Ursachen für den Personalkostenanstieg sind die gestiegene Mitarbeiterzahl, geleistete Sonderzahlungen sowie die Auswirkungen der neu abgeschlossenen Tarifverträge, die in 2022 Tarifierhöhungen vorsahen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 8.857 (i. V. TEUR 8.307) sind um TEUR 550 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Anstieg zeigt sich insbesondere in den Bereichen Reparaturen und Instandhaltungen vorwiegend im Infrastrukturbereich (TEUR 513), Weiterbelastungen (TEUR 132), sowie Kfz-Kosten (TEUR 73) bei gleichzeitig gesunkenen Fortbildungskosten (TEUR 41) sowie Forderungsverlusten (TEUR 101).

Die rückläufige Entwicklung des Zinsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von TEUR 29 resultiert aus gestiegenen Zinsaufwendungen (TEUR 15) bei gleichzeitig gesunkenen Zinserträgen (TEUR -14).

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt TEUR 3.304 (i. V. TEUR 3.244). Dies bedeutet eine Zunahme um TEUR 60, bei einem nahezu gleichbleibenden Aufwand aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag um TEUR 1.133 (i. V. TEUR 1.140). Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 2.158 (i. V. TEUR 2.092).

b. Finanzlage

	2022 TEUR	2021 TEUR
Jahresüberschuss	2.158	2.092
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.534	1.401
+/- Zunahme/Abnahme Sonderposten mit Rücklagenanteil	-126	346
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	826	1.234
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-14	1
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.088	-2.874
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	374	1.117
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	6.840	3.317

+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des

Sachanlagevermögens	22	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-489	-784
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-93	-13
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	7.682
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.852	-3.429
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-4.412	3.456
- Auszahlungen an Unternehmenseigner	-2.092	-1.552
+ Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten	0	0
- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-1.161	-1.500
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.253	-3.052
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-825	3.271
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.813	2.092
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.988	5.813

Liquide Mittel werden mit TEUR 4.988 (i. V. TEUR 5.813) ausgewiesen. Dies bedeutet eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um TEUR 825. Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr 2022 ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 6.840. Dieser zeigt eine hohe Innen-finanzierungskraft und Stabilität der Gesellschaft.

Aufgrund der bestehenden Zuwendungsverträge über das Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr auf den SPNV-Linie RB 21 Strecken Düren - Linnich und Düren - Heimbach sowie der RB 28 des Aufgabenträgers Zweckverband go.Rheinland erhält die Rurtalbahn GmbH festgelegte Vergütungen des Auftraggebers, die einer in den Verkehrsverträgen festgeschriebenen jährlichen Dynamisierung bzw. Indexierung zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten durch den Auftraggeber unterliegen.

Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leistet der Auftraggeber gegenüber der Rurtalbahn GmbH monatliche Abschlagszahlungen auf den Gesamtanspruch. Die hierfür erforderlichen Mittel werden dem go.Rheinland durch das Land NRW nach den einschlägigen Rechtsvorschriften, derzeit gemäß § 11 ÖPNVG NRW, zur Verfügung gestellt.

Die Höhe des Anspruchs bestimmt sich nach den vertraglich vereinbarten SPNV-Leistungen im Gebiet des go.Rheinland im Umfang von rund 1.003 TZugkm/Normjahr. Die endgültige Abrechnung des bestellten Betriebsprogramms erfolgt für die RB 21 Süd und die RB 28 spätestens zum 31. März des jeweiligen

Folgejahres auf der Grundlage eines Normjahres, für die RB 28 Nord hingegen bis zum 30. Juni des jeweiligen Folgejahres. Diese eigenen flüssigen Mittel stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die Rurtalbahn GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen.

Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, auftretende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Rurtalbahn GmbH schließt zum 31. Dezember 2022 mit TEUR 25.716 (i. V. TEUR 25.737). Dies bedeutet eine Vermögensabnahme gegenüber dem Vorjahr um TEUR 21.

Das Anlagevermögen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 12.495 (i. V. TEUR 9.602). Der Anstieg in Höhe von TEUR 2.893 resultiert primär aus der Zunahme der Ausleihungen an die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren in Höhe von TEUR 3.875 bei gleichzeitigen planmäßigen Abschreibungen sowie Abgängen im Sachanlagevermögen.

Die Anlagendeckung (Verhältnis des Eigenkapitals einschließlich 65 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie des langfristigen Fremdkapitals zum Bestand des Sachanlagevermögens inklusive der immateriellen Vermögensgegenstände) beträgt zum 31. Dezember 2022 rd. 295 %. Dies weist auf eine hohe finanzielle Stabilität der Gesellschaft hin.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 5.389 (i. V. TEUR 7.600).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich in Höhe von TEUR 94 auf TEUR 496 (i. V. TEUR 402) erhöht.

Der Bestand der sonstigen Vermögensgegenstände reduziert sich um TEUR 2.162 auf TEUR 3.133 (i. V. TEUR 5.295). Die Verringerung resultiert größtenteils aus erfolgten Spitzabrechnungen der Verkehrsverträge sowie Ausgleichsforderungen bzgl. der III. Phase der Corona-Überbrückungshilfe. Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Ansprüche aus dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) (TEUR 1.787), Steuererstattungsforderungen (TEUR 531), Ansprüche aus Ausbildungsbeförderungspauschalen (TEUR 151) und die periodengerechte Erfassung von Einnahmen (TEUR 375).

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beläuft sich auf TEUR 106 (i. V. TEUR 401). Der Rückgang resultiert aus der Auflösung der geleisteten Pachtvorauszahlung für 2022 in Höhe von TEUR 343. Der Posten beinhaltet im wesentlichen noch Forderungsabtretungen in Höhe von TEUR 75 sowie eine Einmalzahlung für einen Triebwagen in Höhe von TEUR 23.

Auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 9.498 (i. V. EUR 10.267) einen bedeutenden Bilanzposten dar. Dieser beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der R.A.T.H. GmbH in Höhe von TEUR 2.110 (i. V. TEUR 2.857) aus Darlehensgewährung

gemäß Mietkaufvertrag zur Finanzierung der RS 1-Fahrzeuge sowie weitere erhaltene Darlehen von Seiten der R.A.T.H. GmbH in Höhe von TEUR 7.150 (i. V. TEUR 7.150).

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der Rückzahlung von Zuschüssen in Höhe von TEUR 71 (i. V. TEUR 219), Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer in Höhe von TEUR 40 (i. V. TEUR 37) sowie eine erhaltene Kautions in Höhe von TEUR 50 (i. V. TEUR 50).

Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 7.152 (i. V. TEUR 7.086), dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 27,8 % (i. V. 27,5 %).

III. Prognosebericht

Wir erwarten für die Gesellschaft eine rückläufige Entwicklung im Hinblick auf das Jahresergebnis.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird in den kommenden Jahren durch Maßnahmen der schweren Instandhaltung an den Schienenfahrzeugen der Rurtalbahn GmbH geprägt sein. Diese Maßnahmen wurden kalkulatorisch berücksichtigt, sind aber ergebnismindernd im Jahr des tatsächlichen Aufwandes zu erfassen.

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges sowie die damit zusammenhängende Entwicklung der Energie und Materialkosten hat weiterhin erhebliche Auswirkungen. Aufgrund der großen Unsicherheit der weiteren Entwicklung ist eine detaillierte abschließende Risikoeinschätzung noch immer nicht möglich. Die Auswirkungen auf die Umsatz- und Ertragslage der Gesellschaft befinden sich in einem noch überschaubaren Rahmen, die Planungen berücksichtigen die derzeit bekannten Risiken in entsprechendem Umfang. Allerdings sind insbesondere im Bereich der Materialbeschaffung und Fremdleistungen deutliche Preissteigerungen aufgrund der weitergereichten Inflationsentwicklung zu verzeichnen.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit einem graduell steigenden Umsatz, sowie einem leicht reduzierten Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Geschäftsjahr 2022 gerechnet.

Weiterhin wird für das Jahr 2023 mit einer leicht sinkenden Umsatzrendite als auch mit einer leicht sinkenden Eigenkapitalquote gerechnet. Die im Vorjahr prognostizierte tendenziell steigenden Eigenkapitalquote hat sich in 2022 realisiert.

Wesentliche Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre sind nicht ersichtlich.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Rurtalbahn GmbH befindet sich in einer guten Ausgangsbasis für die zukünftigen Wettbewerbsverschärfungen und Wettbewerbschancen. Maßgeblich ist hier auch, dass sich die Rurtalbahn GmbH erfolgreich in der internationalen Verkehrsausschreibung des Zweckverbandes go.Rheinland um die Verkehrsleistung auf der eigenen Infrastruktur auf dem Streckenabschnitt Düren - Linnich sowie auf der Bördebahn mit Beginn ab dem Fahrplanwechsel 2021/2022 durchsetzen konnte und die Verkehrsleistung bis Dezember 2025 weiterhin erbringen kann.

Zusätzlich konnte neben dem Eigentumserwerb der Strecke Düren - Euskirchen durch die BTG auch der betriebliche Teil des Bahnhofes Düren Nord erworben werden, der ebenfalls im Rahmen des langlaufenden Pachtvertrages der Rurtalbahn zum Betrieb übertragen wird und eine wesentliche Bedeutung für die weitere, selbstbestimmte Entwicklung in den kommenden Jahren darstellt.

Der Bund stellte den Ländern in 2016 Euro 8,2 Milliarden EUR für den Schienenpersonennahverkehr zur Verfügung - EUR 200 Millionen mehr als zuletzt geplant. Ab 2017 wird dieser Betrag um jährlich 1,8 % steigen. Die Neuregelung hat eine Laufzeit bis 2031. Aufgrund der Steigerungen in den Preiskomponenten Energie und Personal finden intensive Verhandlungen zwischen den Aufgabenträger und den Bundesländern statt, da die Regionalisierungsmittel in der Konsequenz der Verkehrsausweitungen durch die politisch gewollte Verkehrswende und die Kostensteigerung nicht ausreichend sind. Daher bleibt weiterhin abzuwarten, welche Lösungen in der Politik gefunden werden können.

Die Verteilung der Regionalisierungsmittel auf die Bundesländer erfolgt nach den Festlegungen des Kieler Schlüssels, auf den sich die Länder im Oktober 2014 geeinigt hatten. Dabei handelt es sich um einen Zielschlüssel, der sich je zur Hälfte aus den Einwohnern und den bestellten Zugkilometern zusammensetzt.

Ausgehend von der bis zum Jahr 2015 gültigen, konstanten horizontalen Mittelverteilung, findet im Zeitraum von 2016 bis 2031 Jahr für Jahr eine schrittweise Umverteilung der Länderanteile am Sockelbetrag der Regionalisierungsmittel statt, bis im Jahre 2031 der endgültige Zielschlüssel 'Kieler Schlüssel' erreicht ist. Für den Sockelbetrag ergeben sich im Zeitraum der Umverteilung somit je Bundesland jährlich unterschiedliche prozentuale Mittelanteile.

Im Rahmen des Klimapaketes hat die Bundesregierung beschlossen, die Regionalisierungsmittel in den Jahren 2020 bis 2023 zu erhöhen und im Sinne der Planungssicherheit für die Länder zu dynamisieren. Durch die zusätzlich vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel haben die Länder die Möglichkeit, die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs attraktiver zu gestalten und die Fahrgastzahlen zu erhöhen.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die Rurtalbahn GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Geschäftsbereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, das durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen. Im Neukundenbereich sind vor der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen entsprechende Bonitätsauskünfte einzuholen.

Die Gesellschaft besitzt infolge der guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft. Investitionen werden aus Eigenmitteln dargestellt. Eine Aufnahme von Fremdverbindlichkeiten ist aus Sicht der Geschäftsführung nicht notwendig.

Preissteigerungen am Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte oder Preisfortschreibungen in den Verkehrsverträgen kompensiert.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Häner, Herbert	Nideggen	
	Zimmermann, Björn (seit 19.05.2020)	Cadier en Keer/NL	
	Bröker, Jens (ab 01.01.2024 bis 24.04.2024)	Kreis Düren	Referatsleiter
	Weinberger, Walter (bis 31.12.2023)	Kreis Düren	Ehem. Amtsleiter
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbG (BTG)	3 Sitze	
	R.A.T.H. GmbH	3 Sitze	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.02.2004	

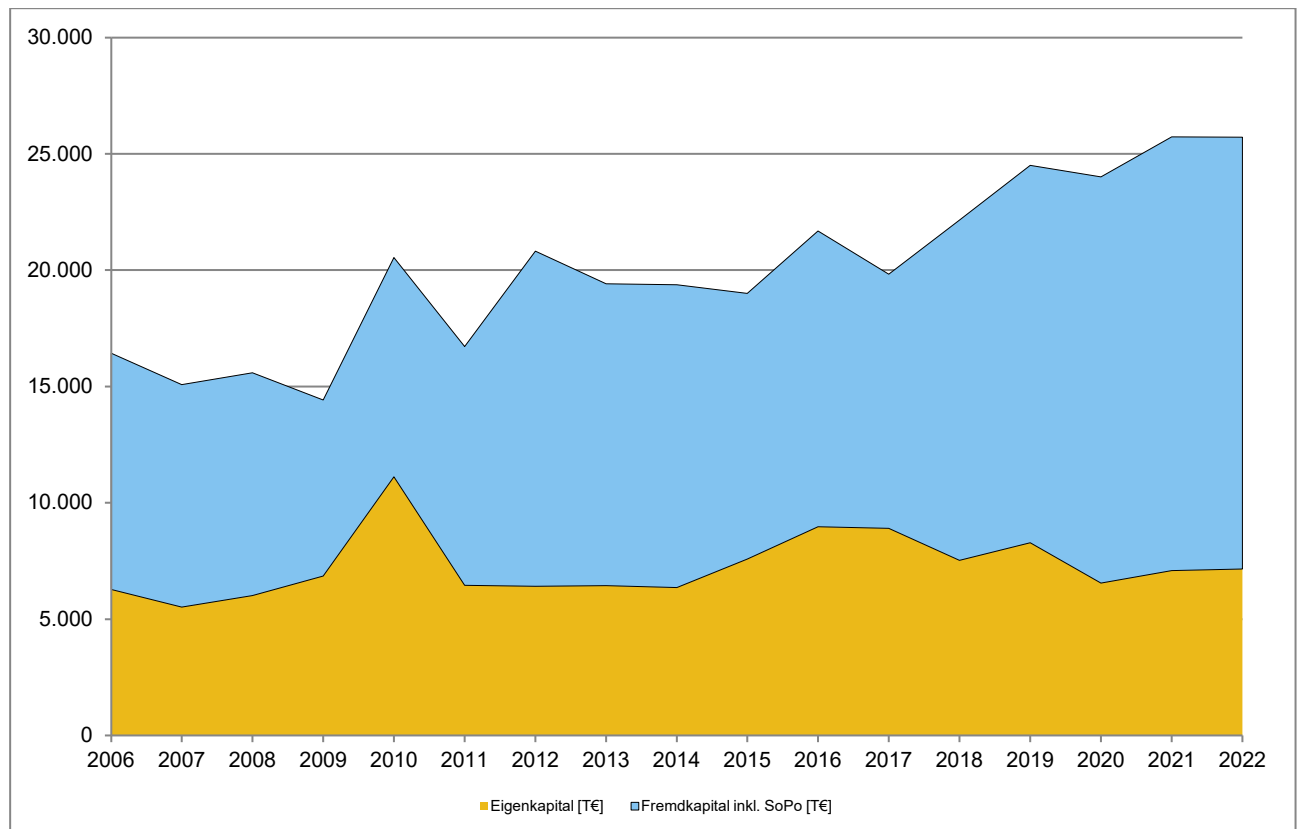
Gesellschafterversammlung:

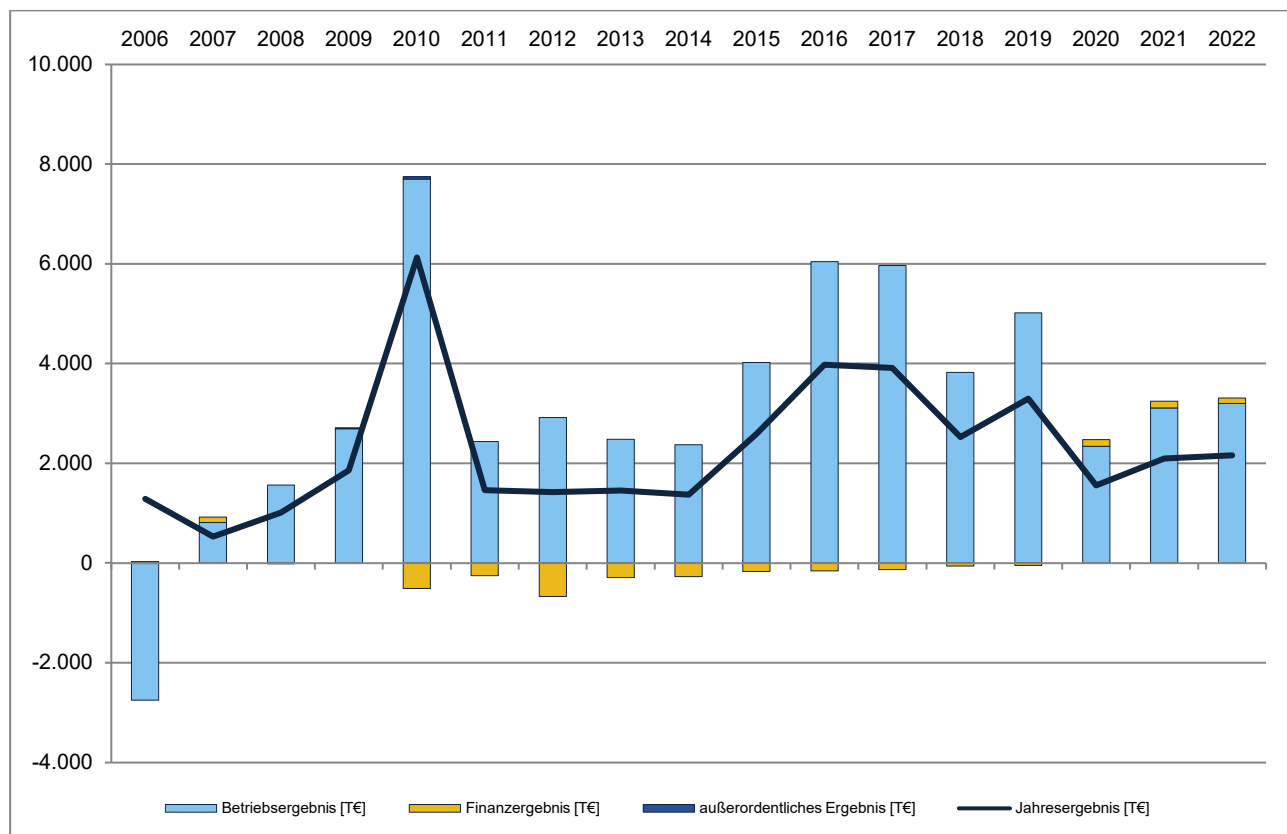
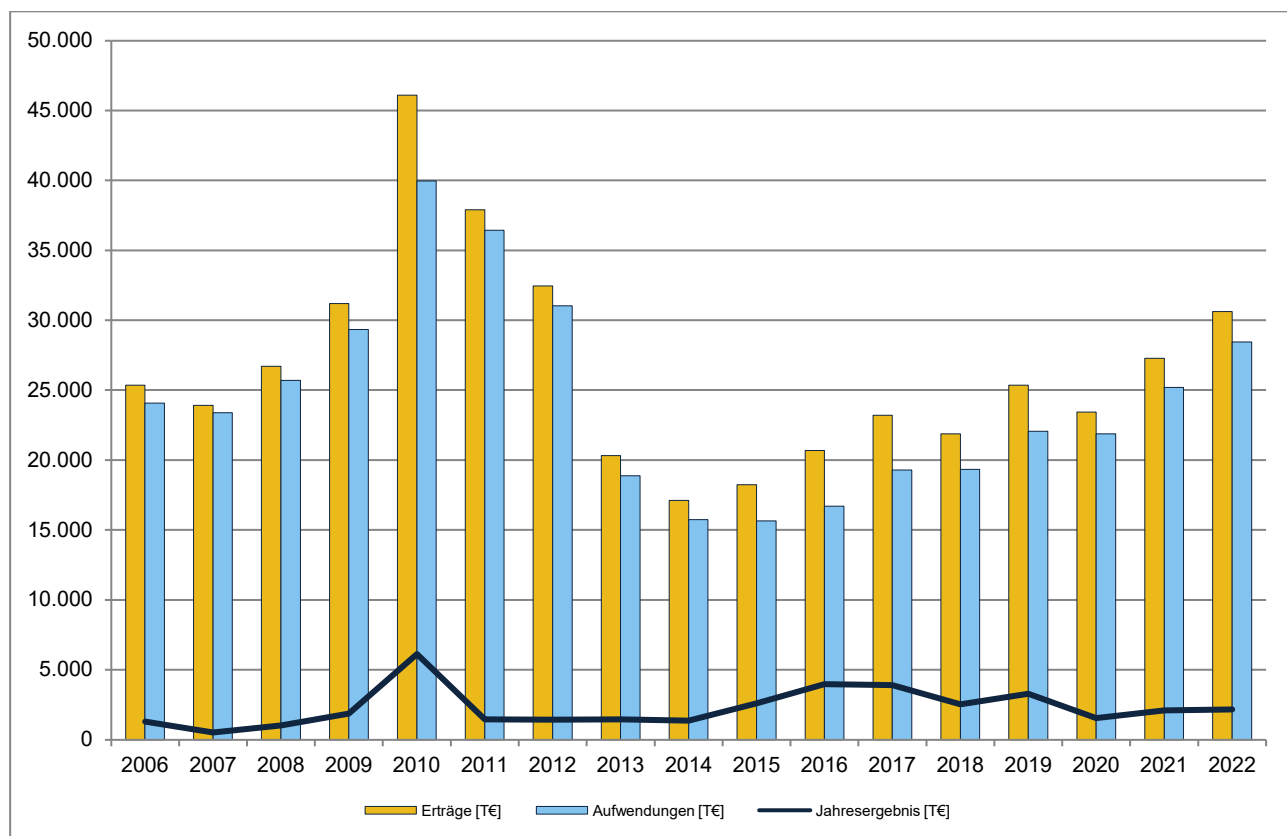
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	03.11.2009	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 134 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	27,28%	27,53%	-317,97%	-345,50%
Eigenkapitalrentabilität	23,71%	29,52%	100,00%	70,48%
Anlagendeckungsgrad 2	57,03%	187,21%	-2,07%	-189,28%
Verschuldungsgrad	265,98%	257,76%	52,64%	-205,12%
Umsatzrentabilität	12,07%	14,61%	11,87%	-2,74%

21 Rurtalbus GmbH



Kölner Landstraße 271
52351 Düren
Telefon: 02421 3901-999
Telefax: 02421 3901-88
E-Mail: info@rurtalbus.de
Homepage: www.rurtalbus.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die gewerbsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen im Linienverkehr einschließlich dessen Sonderformen sowie im Gelegenheitsverkehr. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich insbesondere an anderen Unternehmen beteiligen, sie erwerben, die Geschäftsführung für solche Unternehmen übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bis 31.12.2019: Dürener Kreisbahn GmbH (DKB)	12,25	49
R.A.T.H. GmbH	12,75	51
Stammkapital	25,0	

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17.542,00 €	21.571,00 €	10.923,00 €	-10.648,00 €	-49,36%
II. Sachanlagen	212.685,00 €	198.699,00 €	247.693,00 €	48.994,00 €	24,66%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.925.210,81 €	3.886.489,68 €	5.949.609,31 €	2.063.119,63 €	53,08%

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.449.593,34 €	1.770.105,57 €	1.145.056,75 €	-625.048,82 €	-35,31%
C. Rechnungs abgrenzungsposten	314.720,55 €	320.715,75 €	227.491,14 €	-93.224,61 €	-29,07%
Summe Aktiva	4.919.751,70 €	6.197.581,00 €	7.580.773,20 €	1.383.192,20 €	22,32%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	-1.089.807,21 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Jahresüberschuss (i. V. Jahresfehlbetrag)	1.557.691,35 €	1.749.921,73 €	1.224.827,11 €	-525.094,62 €	-30,01%
B. Sonderposten	0,00 €	6.074,91 €	0,00 €	-6.074,91 €	-100,00%
C. Rückstellungen	1.155.432,56 €	1.370.709,43 €	1.784.935,70 €	414.226,27 €	30,22%
D. Verbindlichkeiten	3.271.435,00 €	3.045.874,93 €	4.546.010,39 €	1.500.135,46 €	49,25%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	4.919.751,70 €	6.197.581,00 €	7.580.773,20 €	1.383.192,20 €	22,32%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	29.003.019,80 €	29.141.858,80 €	33.448.593,06 €	4.306.734,26 €	14,78%
2. sonstige betriebliche Erträge	155.878,86 €	1.547.201,28 €	981.600,93 €	-565.600,35 €	-36,56%
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	0,00 €	8.504,93 €	6.074,91 €	-2.430,02 €	-28,57%
4. Materialaufwand	23.844.191,08 €	24.598.363,26 €	27.902.341,56 €	3.303.978,30 €	13,43%
5. Aufwand für fremdbezogenes Personal	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
6. Personalaufwand	33.685,56 €	136.662,81 €	263.372,97 €	126.710,16 €	92,72%
7. Abschreibungen	118.839,48 €	57.163,48 €	57.472,58 €	309,10 €	0,54%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.335.782,98 €	3.320.973,43 €	4.395.737,98 €	1.074.764,55 €	32,36%
Betriebsergebnis	1.826.399,56 €	2.584.402,03 €	1.817.343,81 €	-767.058,22 €	-29,68%
10. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	525,62 €	0,00 €	3,30 €	3,30 €	
12. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	16.395,83 €	128,30 €	0,00 €	-128,30 €	-100,00%
Finanzergebnis	-15.870,21 €	-128,30 €	3,30 €	131,60 €	-102,57%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	1.810.529,35 €	2.584.273,73 €	1.817.347,11 €	-766.926,62 €	-29,68%
13. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €		
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	252.657,00 €	833.676,00 €	592.354,00 €	-241.322,00 €	-28,95%
17. sonstige Steuern	181,00 €	676,00 €	166,00 €	-510,00 €	-75,44%
Jahresergebnis	1.557.691,35 €	1.749.921,73 €	1.224.827,11 €	-525.094,62 €	-30,01%

f) Lagebericht

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 22.08.2019 von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB), Düren, einer 100 %-Tochter der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG), Düren, und der privatwirtschaftlichen, in der Region verwurzelten, R.A.T.H. GmbH, Düren, gegründet. Mehrheitsgesellschafter ist die R.A.T.H. GmbH mit 51 % der Anteile, während die Dürener Kreisbahn GmbH 49 % der Anteile hält. Zum 01.01.2020 wurde die DKB auf den übernehmenden Rechtsträger, die Muttergesellschaft BTG, verschmolzen. Für die Rurtalbus GmbH (Rurtalbus) haben sich hieraus weder Änderungen hinsichtlich der organisatorischen noch der finanziellen Rahmenbedingungen ergeben.

Die Haupttätigkeit der Gesellschaft ist die Erbringung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) – überwiegend im Kreis Düren. Die Gesellschaft hat zum 01.01.2020 den operativen Betrieb im Bereich öffentlicher Straßenpersonennahverkehr aufgenommen. Die Leistungen werden sowohl im Selbsteintritt als auch durch Subunternehmer erbracht.

Maßgebend für das öffentlich bestellte Leistungspaket der Rurtalbus GmbH ist der vorherige Nahverkehrsplan des Kreises Düren. Der Kreis Düren als Aufgabenträger für den ÖSPV im Kreis Düren hat in einem wettbewerblichen Verfahren die gesamte ÖSPV-Leistung im Kreis Düren in einem Los für 10 Jahre ausgeschrieben. Am 30.04.2019 hat der Kreis Düren den Zuschlag für diese Leistungen an die Bietergemeinschaft, bestehend aus der BTG und der R.A.T.H. GmbH, für einen Zeitraum von 10 Jahren vergeben. Der geschlossene Verkehrsvertrag läuft dementsprechend ab dem 01.01.2020 und endet zum 31.12.2029. Mit Beginn des Verkehrsvertrages werden alle Maßnahmen und Veränderungen aus dem neuen Nahverkehrsplan des Kreises Düren umgesetzt. Insbesondere enthält der neue Nahverkehrsplan das Ziel, die Ausgestaltung des Nahverkehrs zu stärken und mögliche Problemstellungen bei Schnittstellen zu minimieren und die öffentlichen Verkehrsleistungen zukünftig aus einer Hand zu beziehen. Im Verkehrsvertrag ist zu Beginn eine zweijährige Bruttophase vorgesehen, die zum 01.01.2022 von der Nettophase abgelöst werden soll. Während der Bruttophase liegt die Erlösverantwortung beim Aufgabenträger Kreis Düren. Aufgrund des unvorhersehbaren, pandemiebedingten Fahrgastrückganges und damit einhergehendem Rückgang der Fahrgelderlöse wurde mit dem Kreis Düren als Aufgabenträger zur gegenseitigen Vermeidung erheblicher wirtschaftlicher Risiken vereinbart, die Bruttophase bis zum 31.12.2023 zu verlängern.

Auf Grund des im April 2019 gewonnenen wettbewerblichen Verfahrens über die gesamten ÖSPV-Leistungen im Kreis Düren und den damit einhergehenden Rahmenbedingungen des abgeschlossenen Verkehrsvertrages bedient sich die Gesellschaft im Rahmen von Personalgestellungsverträgen mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) des beigestellten Fahr- und Betriebspersonales. Weiterhin nutzt die Gesellschaft die von Seiten der BTG vorgehaltene technische Infrastruktur und deren Fuhrpark an Kraftomnibussen sowie die Servicedienstleistungen bei Werkstatt- und Betankungsdienstleistungen durch die Rurtalbahn GmbH, Düren, für die eigenen Busse sowie den beigestellten Fuhrpark. Im kaufmännischen Bereich erfolgt die Abwicklung im Wesentlichen auf Basis von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin R.A.T.H. GmbH, Düren.

Lediglich untergeordnet ist die Gesellschaft in diesen Bereichen unabhängig von den Beistellungen aktiv, z. B. bei der Erbringung von Schülerspezialverkehr außerhalb der verkehrsvertraglichen Leistung. Nachbesetzungen bei Personal sowie Neuanschaffungen von Betriebsausrüstung (insbesondere Fahrzeuge) werden ebenfalls im Rahmen der Beistellung vorgenommen.

Die eingesetzte Fahrzeugflotte soll sukzessiv auf alternative Antriebsmodelle umgestellt werden. So wurden im September 2020 die ersten 5 elektrisch betriebenen Omnibusse für den reinen Stadtverkehr erfolgreich in Betrieb genommen. Im Frühjahr 2022 wurden die ersten 5 Wasserstoffbusse geliefert. Die Inbetriebnahme der Fahrzeuge ist erfolgt und die Sicherstellung einer geeigneten Betankungsmöglichkeit im Bedienungsgebiet ist in der Umsetzung. Mittelfristig soll der gesamte für den Aufgabenträger eingesetzte Fuhrpark auf alternative Antriebe – vorzugsweise Wasserstoff – umgestellt werden. Unter gutachterlicher Begleitung ist der Beschaffungsprozess für weitere 10 Wasserstoffbusse eingeleitet. Ziel ist die Inbetriebnahme dieser Fahrzeuge im letzten Quartal des Jahres 2024.

Weiterhin bestehen ein Einnahmearbeitsvertrag und ein Kooperationsvertrag mit dem Aachener Verkehrsverbund (AVV). Die Interessen der Rurtalbus im Verkehrsverbund Rhein – Sieg (VRS) werden, aufgrund der lediglich geringen wirtschaftlichen Bedeutung für die Rurtalbus, vom AVV gebündelt mit anderen Nahverkehrsunternehmen mit Geschäftssitz im Gebiet des AVV vertreten. Die Gesellschaft wirkt im AVV im Aufsichtsrat und im Unternehmensbeirat sowie in untergeordneten Gremien mit. Abschließende Entscheidungen fallen in der politisch besetzten Zweckverbandsversammlung. Während der Bruttophase des Verkehrsvertrages liegt die Beschlussbefugnis im Unternehmensbeirat des AVV beim Kreis Düren; die Rurtalbus nimmt in dieser Phase nur beratend teil.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Grundlage der Schätzung ist die gleitende Mittelfristprognose Sommer 2022, die für den Güter- und Personenverkehr von der INTRAPLAN Consult GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) erstellt wurde. Dieser Bericht erstreckt sich auf die Jahre 2022-2024 und gibt somit auch einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung im Jahr 2022. Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine der zentralen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Güter-, aber auch des Personenverkehrs, bildet die Herbstprojektion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) 2022 die Grundlage.

Die gegenwärtige Entwicklung im Personenverkehr muss nach wie vor vor dem Hintergrund der drastischen Rückgänge und Verlagerungen im Jahr 2020 betrachtet werden, die aufgrund der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung entstanden. Alle fundamentalen Einflussfaktoren auf die Entwicklung des ÖSPNV wurden in 2020 in einem noch nie zu beobachtenden Ausmaß von der Corona-Pandemie überlagert. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand ging der Personenverkehr gesamtmodal um 18 % (Aufkommen) bzw. 21 % (Leistung) zurück.

Im Jahr 2021 hat der gesamtmodale Personenverkehr annähernd auf dem gedrückten Vorjahresstand stagniert.

Im Jahr 2022 haben sich die Perspektiven für die Haupteinflussfaktoren merklich abgekühlt. Ab dem zweiten Quartal verstärkte der durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energiepreisschub den Preis-auftrieb, der bereits während der Pandemie eingesetzt hatte. Die Inflationsraten haben Werte erreicht, die über den bisherigen Höchstständen aus den 1970ern und den frühen 1980ern lagen, was zu einem massiven Kaufkraftentzug führt, der auf alle Wirtschaftsbereiche ausstrahlt.

Trotz der zum Teil sehr schwierigen Rahmenbedingungen ist die deutsche Wirtschaftsleistung in 2022, nach den inzwischen vorliegenden Daten des statistischen Bundesamtes, real um 1,8 % gewachsen. Damit lag das Bruttoinlandsprodukt in etwa auf dem Niveau des letzten Quartals 2019 – vor Beginn der Corona-Pandemie und vor dem russischen Angriffskrieg. Allerdings war der Trend am Jahresende 2022 negativ. Nachdem sich die Wirtschaft in den ersten drei Quartalen gut behaupten konnte, nahm die Wirtschaftsleistung im vierten (gegenüber dem 3. Quartal) 2022 bereinigt um 0,4 % leicht ab.

Besonders die preis-, saison- und kalenderbereinigten privaten Konsumausgaben, die die deutsche Wirtschaft im Verlauf der ersten Quartale gestützt hatten, waren in den letzten drei Monaten niedriger als im Vorquartal.

Die Erwerbstätigenzahl wird allerdings den Rückgang im ersten Pandemiejahr wettmachen. Zu diesen Faktoren kommt ein nochmaliger kräftiger Anstieg der Kraftstoffpreise um 27 % (Jahresdurchschnitt) hinzu. Dies dämpft nicht nur den gesamtmodalen Verkehr, weil zahlreiche Fahrten nicht verlagert, sondern gänzlich unterlassen werden.

Jedoch werden alle diese dämpfenden Einflüsse überlagert von der Aufholbewegung auf den pandemiebedingten Einbruch, die im Jahr 2021 weitgehend ausgeblieben ist. Dieser Effekt trat vor allem in den ersten beiden Monaten auf, die im Vorjahr noch massiv von dem Winterlockdown 2020/21 betroffen waren. Im weiteren Verlauf hat sich der gesamtmodale Personenverkehr dem Vorkrisenstand zwar spürbar angenähert, wird ihn aber am Jahresende nur knapp erreichen.

Einen positiven Effekt auf das Mobilitätsverhalten und das Reiseaufkommen im ÖPNV wurde mit der Einführung des 9-Euro-Tickets erzielt. Das 9-Euro-Ticket, das in Deutschland von Juni bis August 2022 zur Verfügung stand, ermöglichte Fahrten mit dem Nahverkehr im gesamten Bundesgebiet. Es sollte Haushalte in Zeiten der Inflations- und Energiekrise finanziell entlasten und wurde insgesamt 52 Millionen Mal verkauft.

Aggregiert ergibt sich für das gesamte Jahr ein Plus gegenüber 2021 um 8 % (Fahrtenzahl) bzw. 11 % (Leistung).

Für das Jahr 2023 wird eine allmähliche Abschwächung der Teuerung sowie eine Entspannung hinsichtlich der Lieferengpässe erwartet.

Weiterhin haben sich die sehr realen Risiken einer Gasmangellage über den Winter nicht realisiert. Dies schlägt sich in einer günstigeren wirtschaftlichen Ausgangslage zum Jahresbeginn 2023 nieder. Dennoch bestehen nach wie vor hohe Belastungen: der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und dessen wirtschaftliche Folgen, eine insgesamt schwächelnde Entwicklung der Weltwirtschaft sowie die anhaltend hohen Energiepreise und Inflationsraten. Angesichts dieser Belastungen rechnet die

Bundesregierung für den Jahresdurchschnitt 2023 mit einem nur sehr geringen Wachstum der preisbereinigten Wirtschaftsleistung um 0,2 %.

Im ÖSPNV wird für 2023 erwartet, dass der Liniennahverkehr vom Anstieg der Zahl der Auszubildenden und der Erwerbstätigen leicht angeregt wird. Durch den Kraftstoffpreisanstieg werden spürbare Substitutionen vom PKW-Verkehr ausgelöst. Die Nachfolgeregelung des 9-Euro-Tickets wird ebenfalls positive Effekte haben, die aber schon wegen der Preisrelationen weit geringer sein werden als die starke Rabattierung im laufenden Jahr. Dem entgegen steht der Homeoffice-Effekt, der im ÖSPNV etwas stärker ausfallen sollte als im Individualverkehr. Ein weiteres Segment mit Reduktionspotential besteht in Geschäftsverkehrsfahrten, insbesondere im Fernverkehr, die durch Videokonferenzen etc. substituiert werden.

III. Darstellung der Lage

a. Ertragslage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich:

Ergebnis in TEUR	2022	2021	Veränderung
Rohergebnis	6.533	6.099	434
Personalaufwand	-263	-137	-126
Abschreibungen	-57	-57	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.396	-3.321	-1.075
Zinsergebnis	0	0	0
Steuern	-592	-834	242
Jahresergebnis	1.225	1.750	-525

Die Ertragslage im ÖSPV ist maßgeblich von der Erbringung der Verkehrsleistungen, überwiegend im Kreis Düren, geprägt. Lediglich untergeordnet ist die Gesellschaft bei der Erbringung von Schüler-spezialverkehren, außerhalb der verkehrsvertraglichen Leistung, aktiv. Im Geschäftsjahr 2022 wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 33.449 erzielt (i. V. TEUR 29.142). Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 4.307.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen TEUR 982 in 2022 (i. V. TEUR 1.547). Der Rückgang in Höhe von TEUR 565 resultiert primär aus gesunkenen periodenfremden Erträgen (-TEUR 261), abnehmenden Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (-TEUR 363), bei gestiegenen Aufwandszuschüssen (+TEUR 69) und höheren sonstigen betrieblichen Erträgen (+ TEUR 23).

Der überwiegende Teil der Gesamtleistung wurde durch die erzielten Fahrgeldeinnahmen sowie die Abschlagszahlungen gemäß Verkehrs-Service-Vertrag mit dem Kreis Düren generiert. Daher ist das Ausfallrisiko von Forderungen begrenzt. Aufgrund der negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Fahrgastzahlen sowie die Fahrgeldeinnahmen erfolgte unterjährig eine Anpassung der Abschlagszahlungen durch den Aufgabenträger.

Im Materialaufwand mit TEUR 27.902 (i. V. TEUR 24.598) stellen die Fremdleistungen für die beauftragten Subunternehmer zur Erbringung der öffentlichen Verkehrsleistungen gemäß Verkehrsvertrag mit dem Kreis Düren, die Aufwendungen für das beigestellte Personal, die vorgehaltene technische Infrastruktur zzgl. Fuhrpark an die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH sowie die Servicedienstleistungen bei Werkstatt und Betankungsdienstleistungen durch die Rurtalbahn GmbH für die eigenen Busse sowie den beigestellten Fuhrpark, die wesentlichen Aufwendungen dar.

Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten werden sich voraussichtlich leicht steigend weiterentwickeln. Im Jahr 2022 war die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine mit extremen Energiepreiserhöhungen. Hinzu kamen verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie.

Die weitere Entwicklung der Energiekosten ist wesentlich abhängig von der Entwicklung des Ukraine-Krieges und den damit verbundenen Handelsbeziehungen zu Russland.

Es ist derzeit mit weiteren leichten Verteuerungen im Energiesektor zu rechnen. Preissteigerungen im Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte teilweise kompensiert.

Die Abschreibungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2022 auf TEUR 57 (i. V. TEUR 57) und resultieren aus den planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich in 2022 auf TEUR 4.396 (i. V. TEUR 3.321), das bedeutet eine Steigerung in Höhe von TEUR 1.075. Der Anstieg basiert im Wesentlichen aus höheren periodenfremden Aufwendungen (+ TEUR 701), gestiegenen Reparaturkosten in Höhe von TEUR 187 sowie einer Steigerung der VVDE Haftpflichtumlage (+TEUR 130). Weitere wesentliche Posten sind Mieten und Pachten in Höhe von TEUR 437 (i. V. TEUR 438), Rechts- und Beratungskosten in Höhe von TEUR 279 (i. V. TEUR 303) sowie Werbe- und Sponsoringkosten in Höhe von TEUR 226 (i. V. TEUR 218).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag haben das Ergebnis mit TEUR 592 (i. V. TEUR 834) belastet.

In 2022 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.225 (i. V. TEUR 1.750) realisiert.

b. Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt die folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

	2022	2021
	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss	1.225	1.750
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	57	57
+/- Zunahme/Abnahme Sonderposten mit Rücklagenanteil	-6	6

+/- Zunahme/Abnahme der mittel- und kurzfristigen Rückstellungen	414	215
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.970	-967
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.500	-226
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.221	835
+/- Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1	0
+/- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-97	-33
+/- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-14
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-96	-47
+/- Auszahlungen an Unternehmenseigner	-1.750	-468
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.750	-468
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-625	320
+/- Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.770	1.450
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.145	1.770

Liquide Mittel werden zum 31. Dezember 2022 mit TEUR 1.145 (i. V. TEUR 1.770) ausgewiesen. Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leistet der Auftraggeber aus dem Verkehrsvertrag gegenüber der Rurtalbus GmbH monatliche Abschlagszahlungen auf den Grundanspruch. Die Höhe der Abschlagszahlungen bemisst sich nach dem fortgeschriebenen Grundanspruch unter Anrechnung der auf Basis des Erlösgutachtens vom IVV aus 2017 ermittelten durchschnittlichen, kassen-technischen Einnahmen sowie unter Beachtung pauschaler Zuwendungen nach § 145 SGB IX , § 11a ÖPNVG NRW sowie erhaltener MobilTickets Zuwendungen.

Die endgültige Abrechnung des vertraglich vereinbarten Betriebsprogramms im ÖSPV erfolgt zum 30. Juni des nachfolgenden Kalenderjahres durch den Auftraggeber. Zum Ende des Geschäftsjahres erfolgt eine vorläufige Abgrenzung.

Diese eigenen flüssigen Mittel stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die Rurtalbus GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, sich anbahnende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Rurtalbus GmbH beträgt zum 31. Dezember 2022 TEUR 7.581 (i. V. TEUR 6.198).

Das Anlagevermögen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 259 (i. V. TEUR 220). Der Anstieg basiert primär auf Neuanschaffungen in den Bereichen Betriebsausstattung und Einbauten in fremde Fahrzeuge bei planmäßig getätigten Abschreibungen in Höhe von TEUR 57.

Die Anlagendeckung (Verhältnis des Eigenkapitals zum Bestand des Anlagevermögens) beträgt zum 31. Dezember 2022 rd. 483 %. Dies weist auf eine hohe finanzielle Stabilität hin.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 5.950 (i. V. TEUR 3.886). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 1.312 (i. V. TEUR 1.138), die sonstigen Vermögensgegenstände belaufen sich auf TEUR 4.540 (i. V. TEUR 2.724).

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer in Höhe von TEUR 999, (i. V. TEUR 833), sowie Ansprüche aus ausstehenden Abrechnungen in Höhe von TEUR 3.018 (i. V. TEUR 1.669).

Der Bestand an liquiden Mitteln beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 1.145 (i. V. TEUR 1.770).

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 227 (i. V. TEUR 321) enthält im Wesentlichen die Kosten für die erteilten Konzessionen des Linienverkehrs gem. § 42 PBefG für die Jahre 2021-2029 in Höhe von TEUR 16 (i. V. TEUR 18) sowie die Aufwendungen für die gemieteten Fahrzeugdrucker für die Jahre 2021-2029 in Höhe von TEUR 207 (i. V. TEUR 237).

Das Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2022 TEUR 1.250 (i. V. TEUR 1.775); dies entspricht einer Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 525.

Die Eigenkapitalquote 2022 (Eigenkapital/Bilanzsumme) beträgt 16,49 % (i. V. 28,64 %).

Zum 31. Dezember 2022 stellen auf der Passivseite die sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 830 (i. V. TEUR 772), die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 1.572 (i. V. TEUR 1.165), die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 1.971 (i. V. TEUR 1.397) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEUR 937 (i. V. TEUR 457) die wesentlichen Posten dar.

Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen resultiert vorwiegend aus einer Steigerung der WVDE-Haftpflichtumlage zum 31.12.2022.

Die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEUR 480 auf TEUR 937 (i. V. TEUR 457) ergibt sich im Wesentlichen aus Spitzabrechnungen der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren für Personalgestellungsleistungen für die Jahre 2021 und 2022.

IV. Prognosebericht

Nach erfolgter Aufnahme des operativen Betriebs mit einer erheblichen Ausweitung der Busverkehrsleistungen von 6,9 auf ca. 8,5 Mio. Buskilometer im Jahr 2020 hat sich die zu erbringende Verkehrsleistung im Jahr 2021 bei 8,5 Mio. Buskilometern stabilisiert. Aufgrund einer erneuten Leistungs- ausweitung um rund 500 Tkm im Jahre 2022 werden derzeit Leistungen knapp unter 9 Mio. km erbracht. Die entsprechende Leistungserbringung wird zu einem erheblichen Anteil durch die zusätzliche Bestellung von Subunternehmerleistungen sichergestellt. Insbesondere der Fachkräftemangel bei den Omnibusfahrern zieht in vielen Bereichen Qualitätsprobleme bei den Subunternehmern nach sich. Ziel ist die vollumfängliche Erfüllung der Qualitätsstandards des Verkehrsvertrages. Bei Nicht-erfüllung der Leistungen aus dem Verkehrsvertrag durch Subunternehmer werden die negativen wirtschaftlichen Folgen an die Subunternehmer durchgereicht.

Das im Vorjahr geplante Jahresergebnis in Höhe von TEUR 836 konnte trotz der bestehenden Corona-Auswirkungen sowie den wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges im laufenden Jahr mit einem Jahresergebnis von TEUR 1.225 übertroffen werden. Ursächlich hierfür sind insbesondere die periodenfremden Erträge in Höhe von TEUR 707 sowie gestiegene Umsatzerlöse aus der Leistungs- ausweitung in 2022.

Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Gesellschaft, aufgrund des aktuell bestehenden Wirtschaftsplans, einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 707. Es wird unterstellt, dass alle Subunternehmer in der Lage sind, die im Jahr 2019 geschlossenen Verträge zur Erbringung der Verkehrsleistung zu erfüllen.

Als bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren und erfolgskritische Schlüsselkennzahlen verwendet die Rurtalbus GmbH zur internen Steuerung des Unternehmens die Kennzahlen EK-Quote und Umsatzrentabilität.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis zzgl. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zu den Umsatzerlösen) beträgt in 2022 5,43 % (i. V. 8,87 %). Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert und entspricht nicht der qualifiziert-komparativen Prognose aus 2021 einer konstanten Umsatzrendite. Grund hierfür war eine hohe Steigerung der Gesamtleistung bei gleichzeitig, im Verhältnis zum Anstieg der Gesamtleistung, stärker gestiegenen betrieblichen, operativen Aufwendungen, die zu einem, im Vergleich zum Vorjahr, geringeren Jahresüberschuss vor Steuern führten.

Die Eigenkapitalquote beträgt in 2022 16,49 % (i. V. 28,64 %) und ist im Vergleich zum Vorjahr um 12,15 Prozentpunkte gesunken; die im Vorjahr prognostizierte konstante Eigenkapitalquote hat sich in 2022 aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme und des niedrigeren Jahresergebnisses nicht realisiert.

Für das Jahr 2023 wird mit einer konstanten Umsatzrendite und Eigenkapitalquote im Vergleich zu 2022 gerechnet.

Es ist davon auszugehen, dass das Coronavirus für die gesamte Verkehrsbranche nicht mehr die in den Vorjahren erheblichen negativen Auswirkungen im Jahre 2023 haben wird. Durch die für die Jahre 2020 bis 2023 getroffene Bruttovereinbarung trifft das Risiko schwankender Beförderungs-erlöse den Kreis Düren als Auftraggeber.

Aufgrund der aktuellen weltweiten, wirtschaftlichen Entwicklungen entfacht durch den von Russland geführten Krieg gegen die Ukraine, bestehen erhebliche wirtschaftliche Risiken hinsichtlich der Dieselpreisentwicklungen und der Vertragserfüllung der Subunternehmer. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Chancen- und Risikobericht verwiesen.

Wegen der erheblichen Unsicherheit der längerfristigen Entwicklung lässt sich über das Jahr 2023 hinaus keine Prognose hinsichtlich der Auswirkungen durch das Coronavirus und den Ukraine-Konflikt treffen.

Die Bundesregierung hat beschlossen, das sogenannte „Deutschlandticket“ einzuführen. Es handelt sich dabei um ein deutschlandweites Ticket, mit dem die Nutzenden den regionalen Bus- und Zugverkehr im gesamten Bundesgebiet nutzen können. Das Ticket wird zu einem attraktiven Preis von 49 € angeboten. Es ist davon auszugehen, dass viele Bestandskunden vom bisherigen Abo zum neuen Angebot wechseln. Auch zahlreiche Neukunden sind zu erwarten. Die Finanzierung des Tickets ist für das Jahr 2023 durch den Bund und die Länder zugesagt. Eine finale Vorgehensweise zu Ausgleichzahlungen liegt noch nicht vor. Es besteht die Möglichkeit, dass kurzfristig Liquiditätsengpässe bei der Rurtalbus entstehen. Für diesen Fall hat der Kreis Düren als Aufgabenträger und als Erlösverantwortlicher bereits Unterstützung signalisiert.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen darüber hinaus aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine weiteren Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

V. Chancen- und Risikobericht

Infolge des Ukraine-Konflikts mit seinen aktuellen weltweiten, wirtschaftlichen Entwicklungen, bestehen weiterhin wirtschaftliche Risiken hinsichtlich der Dieselpreisentwicklung und der Vertragserfüllung der Subunternehmer.

Mit Beginn des Ukraine-Krieges hatte sich der Dieselpreis sprunghaft erhöht. Der Preis an den freien Tankstellen war bis Ende März bis auf EUR 2,20 geklettert, ist aber bis Ende Dezember mit einem Durchschnittspreis von EUR 1,80 deutlich gesunken. Wie Daten des ADACs und des Bundeskartellamts zeigen, dürfte sich diese rückläufige Dieselpreisentwicklung in 2023 fortsetzen.

Für diese Prognose spricht einerseits der sinkende Ölpreis: Seit Oktober fallen die Preise durch die sich verlangsamende Weltkonjunktur. Selbst die Förderkürzungen der Förderländer, zu denen Russland gehört, konnten den Effekt nicht aufhalten.

Da Experten für 2023 eine verhaltene Wirtschaftsentwicklung vorhersagen – das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) rechnet für die Bundesrepublik mit einem Nullwachstum – dürfte sich dieser Effekt fortsetzen. Auch die seit Ende des Tankrabatts rückläufige Nachfrage nach Benzin und Diesel dürfte die Preise weiter senken.

Bei den Subunternehmen wurden im Jahr 2022 insgesamt 2 Unternehmer mit einer kurzfristigen Liquiditätshilfe unterstützt. Es zeichnet sich derzeit ab, dass es jedoch eine bundesweite Unterstützung geben wird, die, sobald sie der Rurtalbus zur Verfügung steht, an alle beteiligten Subunternehmen ausgeschüttet wird. Eine Schlüsselung wird anhand der gefahrenen Kilometer erfolgen. Die im Jahr 2022 bereits

ausgezählten Leistungen sollen dann verrechnet werden. Durch diese Kompensation in Verbindung mit der Vergütungsanpassung der Subunternehmer laut Index sollten die Subunternehmer keinen finanziellen Engpass mehr erleiden.

Sollten dennoch ein oder mehrere Subunternehmer kurzfristig Insolvenz anmelden, so würde eine kurzfristige Neuvergabe dieser Leistungen vonnöten sein, um die Verkehrsbedienung aufrecht zu erhalten. Eine kurzfristige Vergabe führt in der Regel zu überhöhten Preisen, was je nach Menge der neu zu vergebenden Verkehrsleistung ein erhebliches Risiko darstellt.

Es besteht aber auch die Chance, dass bei Neuvergabe dieser Fahrbetriebsleistungen an Dritte diese Leistungen zu reduzierten Kosten bei der Verkehrsleistungserstellung führen können.

Weiterhin besteht das Risiko, aber auch wiederum die Chance, dass aufgrund veränderter Rahmenbedingungen der Aufgabenträger während der Bruttophase bis zu 5 % und insgesamt über die gesamte Laufzeit des Verkehrsvertrages bis zu einem Drittel der Verkehrsleistungen zu dem von der Rurtalbus GmbH mit der Angebotsabgabe festgelegten Konditionen zu- oder abbestellen kann, was zu einer Änderung des Ausgleichsanspruchs führen würde.

Die Rurtalbus GmbH hat die Möglichkeit der Abbestellung von jährlich bis zu 7 % der Verkehrsleistung in die Subunternehmerverträge aufgenommen, um sich die Möglichkeit offen zu halten, einen Großteil der Abbestellung ggfs. durch Reduzierung der Subunternehmerleistung vornehmen zu können.

Die Bruttophase des Verkehrsvertrages wurde zur gegenseitigen Minimierung von wirtschaftlichen Risiken bis Ende des Verkehrsvertrages aufgrund der ungewissen Entwicklungen der Fahrgelderlöse wegen der Corona-Pandemie verlängert. Diese soll bis Ende 2023 verlängert werden. Daher besteht erst ab dem Jahr 2024 ein Erlösrisiko aus Fahrgeldeinnahmen. Die Erlösverantwortung stellt aber gleichermaßen bei steigenden Einnahmen eine Erlöschance für die Rurtalbus dar.

Im Verkehrsvertrag ist eine sogenannte Wertsicherung vorgesehen. Beim Übergang von der Brutto- in die Nettophase werden die Fahrgelderlöse inkl. Fahrgeldsurrogaten aus dem letzten Jahr der Bruttophase als Vergleichsbasis genommen und die aktuellen durchschnittlichen Tarifierhöhungen hinzugerechnet. Bei der Abrechnung der Fahrgelderlöse inkl. Fahrgeldsurrogaten für das Jahr der Nettophase wird dann der um die Tarifierhöhung angepasste wertgesicherte Betrag mit den tatsächlichen Erlösen verglichen. Sind die tatsächlichen Erlöse inkl. Fahrgeldsurrogate höher als der Vergleichswert, so verbleibt die Differenz bei der Rurtalbus GmbH; liegt dieser Betrag unter dem Vergleichswert, so muss die Rurtalbus GmbH die Differenz an den Aufgabenträger leisten.

Im Bereich des operativen Geschäfts ist die Gesellschaft über den Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen – einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit – versichert. Risiko besteht hier für den Fall eines durch ein Mitglied verschuldeten Großschadenereignisses, das die Höchsthaftungsgrenzen des Versicherungsverbandes (100 Mio. Euro je Schadenereignis) übersteigt.

Die Liquidität der Gesellschaft ist im Wesentlichen abhängig von der Absatzlage bei den Fahrscheinen und den monatlichen Abschlagszahlungen des Aufgabenträgers für die Leistungserbringung gemäß dem

Verkehrsvertrag. Sollten dennoch temporäre Liquiditätsengpässe entstehen, besteht die grundsätzliche Bereitschaft der Gesellschafter, kurzfristige Darlehen zu gewähren.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Christian Hoverath (seit 01.01.2023) Jan Oliver Mau (bis 31.12.2022) Nikolas Asbach (bis 31.05.2023)		
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbG (BTG)	3 Sitze	
	R.A.T.H. GmbH	3 Sitze	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

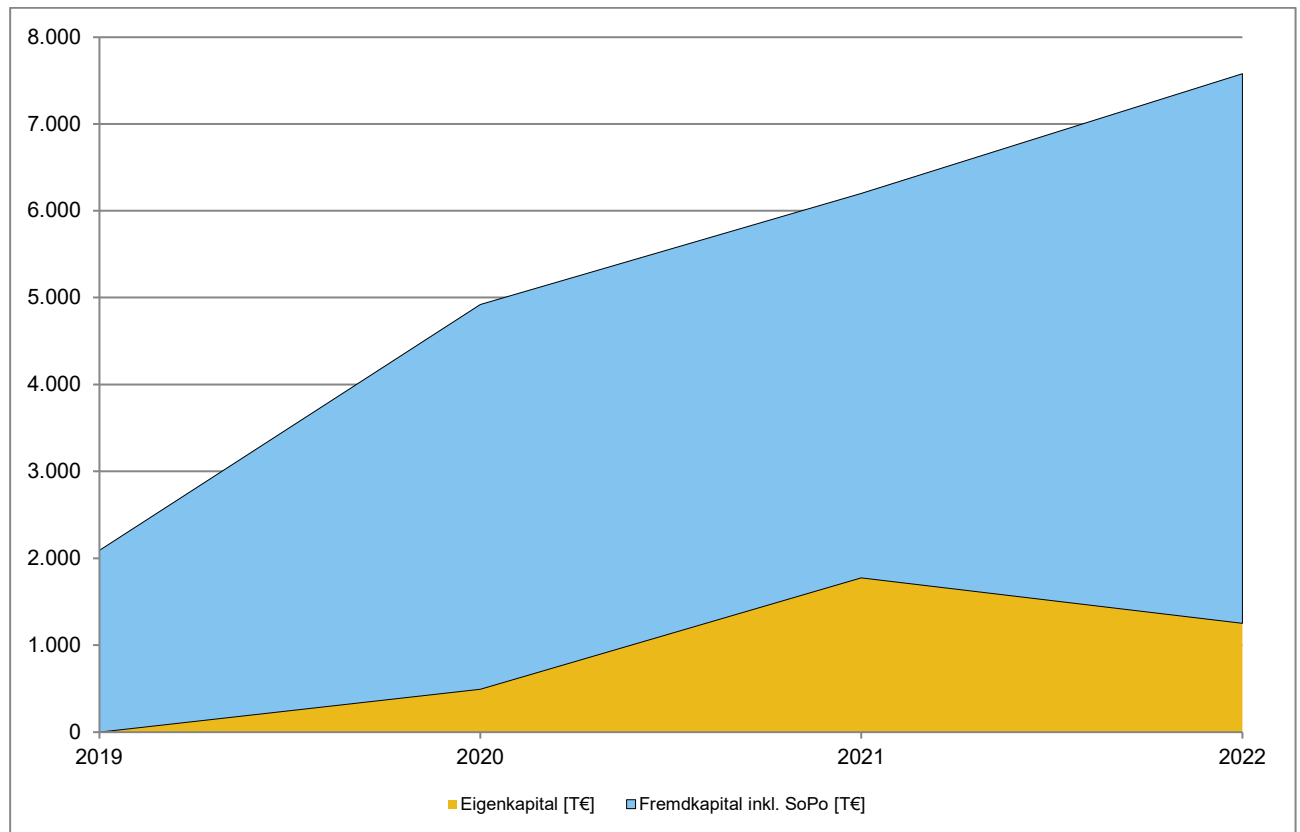
Aufsichtsrat:

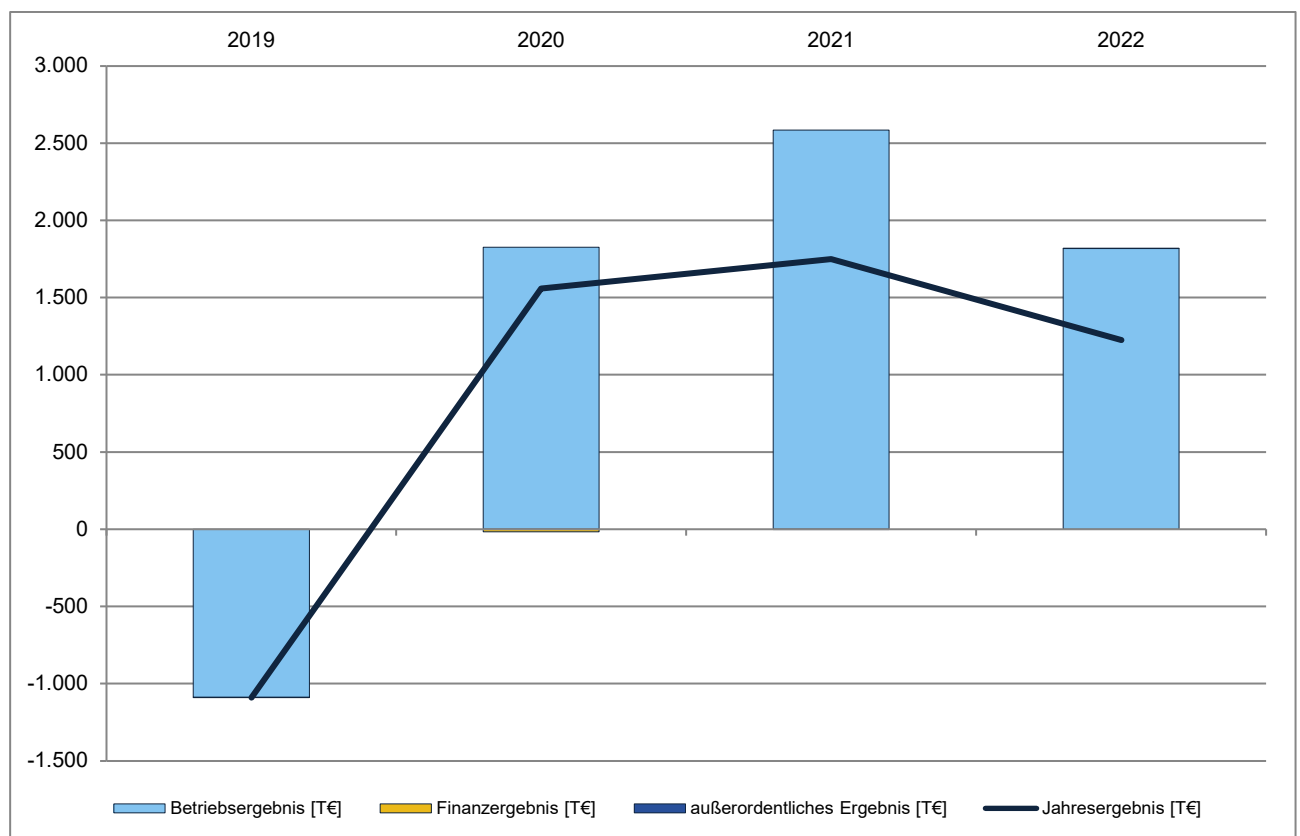
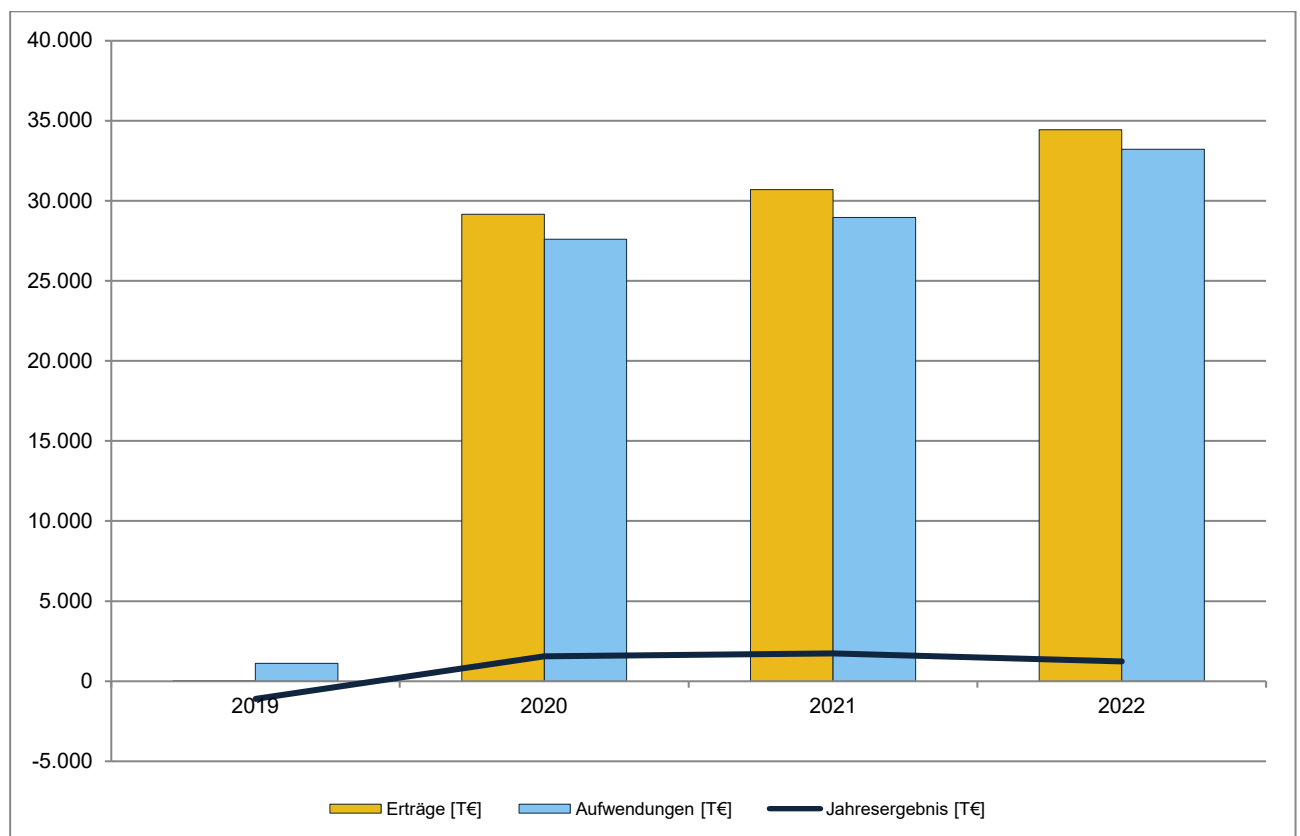
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	22.08.2019	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Frey, Heinz	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Grün, Achim	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Klingen, Giacomo	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Küpper, Anne	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Maris, Achim	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Meißner, Jan	Sachkundiger Bürger	30.09.2021	
Peill, Patricia	Kreistagsmitglied	22.08.2019	
Pracht, Niclas	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Schruff, Hansbert	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	22.09.2021
Simon, Jörg	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	22.08.2019	
Titz, Paul-Ulrich	Kreistagsmitglied	22.08.2019	
Zorn, Ralf	Kreistagsmitglied	22.08.2019	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	-21,64%	0,40%	0,33%	-0,07%
Eigenkapitalrentabilität	316,04%	98,59%	98,00%	-0,59%
Anlagendeckungsgrad 2	-462,50%	14,11%	9,67%	-4,44%
Verschuldungsgrad	-415,74%	17666,34%	25323,78%	7657,45%
Umsatzrentabilität	6,30%	8,87%	5,43%	-3,44%

22 SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG

Vorbrinkstraße 67
45966 Gladbeck
Telefon: 02421/972 575-0
Telefax: -
E-Mail: -
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Gereonsweiler. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die RURENERGIE GmbH hat sich in 2012 an der Projektgesellschaft beteiligt.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Mit der Errichtung und dem Betrieb der Windenergie-Anlagen erfüllt die Gesellschaft den öffentlichen Zweck.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
SL NaturEnergie GmbH	1,0	50,00%
RURENERGIE GmbH	1,0	50,00%
Stammkapital	2,0	100,00

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	10.162.895,72 €	10.171.812,00 €	8.916,28 €	0,09%
I. Finanzanlagen	1.940,00 €	1.940,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	335.699,42 €	989.245,45 €	653.546,03 €	194,68%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	718.181,42 €	1.421.670,93 €	703.489,51 €	97,95%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.439,72 €	77.784,03 €	73.344,31 €	1652,00%
Summe Aktiva	11.223.156,28 €	12.662.452,41 €	1.439.296,13 €	0,13 €

Passiva				
A. Eigenkapital			0,00 €	
I. Kapitalanteile Kommanditisten	1.234.428,00 €	1.234.428,00 €	0,00 €	0,00%
II. Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Rückstellungen	35.752,00 €	197.967,00 €	162.215,00 €	453,72%
C. Verbindlichkeiten	9.952.976,28 €	11.230.057,41 €	1.277.081,13 €	12,83%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	11.223.156,28 €	12.662.452,41 €	1.439.296,13 €	0,13 €

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	314.257,04 €	2.101.357,82 €	1.787.100,78 €	568,67%
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	20,00 €	20,00 €	
3. Materialaufwand	79,50 €	10.342,12 €	10.262,62 €	12908,96%
4. Aufwand für fremd- bezogenes Personal	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Personalaufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
6. Abschreibungen	0,00 €	442.254,72 €	442.254,72 €	
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	59.589,21 €	438.095,83 €	378.506,62 €	635,19%
Betriebsergebnis	254.588,33 €	1.210.685,15 €	956.096,82 €	375,55%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	913,89 €	913,89 €	
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	59.508,59 €	106.484,23 €	46.975,64 €	78,94%
Finanzergebnis	-59.508,59 €	-105.570,34 €	-46.061,75 €	77,40%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	195.079,74 €	1.105.114,81 €	910.035,07 €	466,49%
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30.717,00 €	203.660,72 €	172.943,72 €	563,02%
12. sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	164.362,74 €	901.454,09 €	737.091,35 €	448,45%
13. Belastung auf Kapitalkonten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
14. Gutschrift auf Kapitalkonten	164.362,74 €	901.454,09 €	737.091,35 €	448,45%
Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

f) Lagebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1. Unternehmensstruktur, Geschäftstätigkeit

Die SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG wurde am 25.05.2020 gegründet und hat ihren Sitz in Gladbeck.

Im Geschäftsjahr 2021 ist die RURENERGIE GmbH mit Wirkung zum 12.04.2021 als Kommanditistin der SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG beigetreten.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG liegt in der Erzeugung von Strom durch regenerative Energien in Form von Windenergie. Sonstige Geschäftsbereiche wie Herstellung, Fertigung etc. sind nicht berührt.

Die SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG verfolgt als Betreibergesellschaft von Windenergieanlagen keine besonderen Marktstrategien oder Vergleichbares.

2. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf steht regelmäßig in Abhängigkeit zum Windjahr. Wie bereits im Vorjahr sind in 2022 die Winderträge bundesweit rund 20% unter dem langjährigen Durchschnitt geblieben. Das Geschäftsjahr war allerdings auch geprägt von massiv gestiegenen Strompreisen, die der Gesellschaft überdurchschnittliche Erlöse pro kWh ermöglicht haben, die insgesamt zu einer überdurchschnittlichen Ertragslage geführt haben.

Das Ergebnis des Berichtsjahres hat sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend deutlich verbessert.

Für das nachfolgende Geschäftsjahr rechnen wir wiederum mit einem positiven Geschäftsverlauf. Dabei werden allerdings die Erlöshöhe pro kWh nicht mehr erreicht werden, da die Bundesregierung im Rahmen der sogenannten Strompreisbremse eine Erlösabschöpfung eingeführt hat. Zudem hat sich die Situation an den Strommärkten etwas entspannt, so dass überhohe Erlöse nicht mehr zu erwarten sind.

B. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG hat sich im Geschäftsjahr 2022 insgesamt weiterhin positiv entwickelt.

1. Ertragslage

Der Umsatz betrug EUR 2.101.357,82.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse hat sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert, dies ist aber nicht auf bessere Windverhältnisse im Windjahr, sondern auf die deutlich erhöhten Marktpreise an der Börse zurückzuführen.

Die Gesellschaft hat ein Jahresergebnis von EUR 1.105.114,81 vor Ertragsteuern erzielt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr verbessert.

2. Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug im Berichtszeitraum TEUR 1.318 (Vorjahr: TEUR - 232).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug im Berichtszeitraum TEUR -106 (Vorjahr: TEUR 9.653).

Die Liquiditätslage der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgängig stabil.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur zeigen die solide Struktur unserer Unternehmensfinanzierung. Mit einer geordneten Vermögens- und Finanzlage sehen wir eine wesentliche Voraussetzung erfüllt, um auch zukünftig erfolgreich arbeiten zu können.

Die Finanzierung der Windenergieanlagen setzt sich aus langfristigen Fremdmitteln in Form von Bankdarlehen, Gesellschafterdarlehen sowie Eigenmitteln zusammen.

3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG belief sich zum Bilanzstichtag auf EUR 12.662.452,41. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr (EUR 11.223.156,28) um 12,82% erhöht.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 1.439.296,13 erhöht.

Die Vermögensstruktur ist durch einen Anteil vom Anlagevermögen an der Bilanzsumme von 80,33% gekennzeichnet.

Das Sachanlagevermögen erhöhte sich um EUR 8.916,28.

Das Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich um EUR 1.430.379,85.

Das Unternehmen wird auch künftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Die Kapitalstruktur ist durch einen Anteil vom Eigenkapital an der Bilanzsumme von 9,75% gekennzeichnet.

Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital decken mit EUR 10.823.428,00 das Anlagevermögen zu

100,92%.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft wird im Einzelnen ausgeführt:

Wir erwarten für das laufende Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr ein positives, aber im Vergleich zum Vorjahr geringeres Ergebnis. Abhängig ist die Entwicklung unter anderem vom aktuellen Windjahr, den künftigen Börsenstrompreisen sowie den Abschaltzeiten des Netzbetreibers und Direktvermarkters und den damit verbundenen Entschädigungszahlungen.

Neue Investitionsmaßnahmen für das laufende Geschäftsjahr sind nicht geplant.

C. Prognosebericht

Eine Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung erscheint sehr schwierig, da die Umsatzerlöse direkt vom Windertrag des jeweiligen Jahres abhängig sind. Aufgrund einer soliden Planung und Finanzstruktur rechnen wir jedoch nicht mit ernsthaften Schwierigkeiten für die Gesellschaft - selbst im Falle eines unterdurchschnittlichen Windjahres.

Sofern auch weiterhin hohe Börsenstrompreise erzielt werden können, wird dies die Ertragslage der Gesellschaft weiterhin positiv beeinflussen. Ein Verlustrisiko besteht unterdessen nicht, da niedrige Börsenpreise über eine entsprechende Marktprämie gem. EEG kompensiert werden.

D. Risikobericht

Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsleitung der Gesellschaft. Aufgrund der umfassenden Erfahrungen im Bereich der Erneuerbaren Energien ist die Geschäftsleitung stets über aktuelle Entwicklungen und Risiken informiert und könnte im Zweifel kurzfristig notwendige Maßnahmen oder Entscheidungen treffen.

Mögliche Ausfallrisiken der Windenergieanlagen sind durch das Vorliegen eines Wartungsvertrages abgesichert. Dieses garantiert eine durchschnittliche Verfügbarkeit der Windenergieanlagen von mindestens 98 % und verhindert somit langfristige Ausfälle oder Stillstände. Sollte es dennoch zu einem solchen Vorfall kommen, erhält die Gesellschaft gemäß Wartungsvertrag einen finanziellen Ausgleich für entgangene Erträge.

Weitere Risiken sind nicht zu benennen - einzig das Umweltrisiko in Form eines möglichen konstanten Windmangels über Jahre hinweg könnte ein Risiko für die Gesellschaft darstellen. Dafür sind gegenwärtig jedoch keine Anzeichen erkennbar.

E. Forschung und Entwicklung

Dieser Bereich entfällt für die berichtende Gesellschaft.

F. Bestehende Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

G. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Geschäftsführung und damit einhergehende Personalkosten werden über Betriebsführungsverträge mit der Komplementärin nahestehenden Unternehmen der abgerechnet.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: SL Verwaltungs GmbH
vertr. durch
Nitzschke, Milan und Schulze-Langenhorst,
Klaus

Gesellschafterversammlung:

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Zerres, Thomas

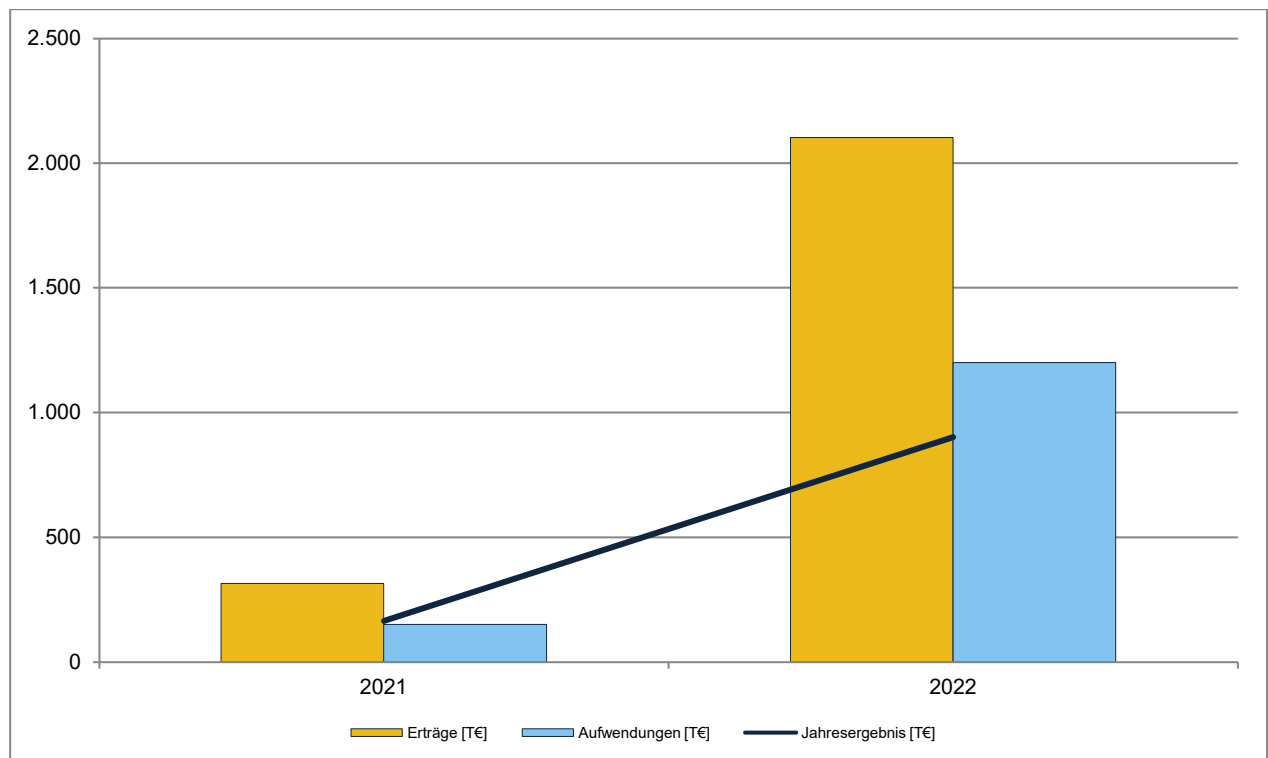
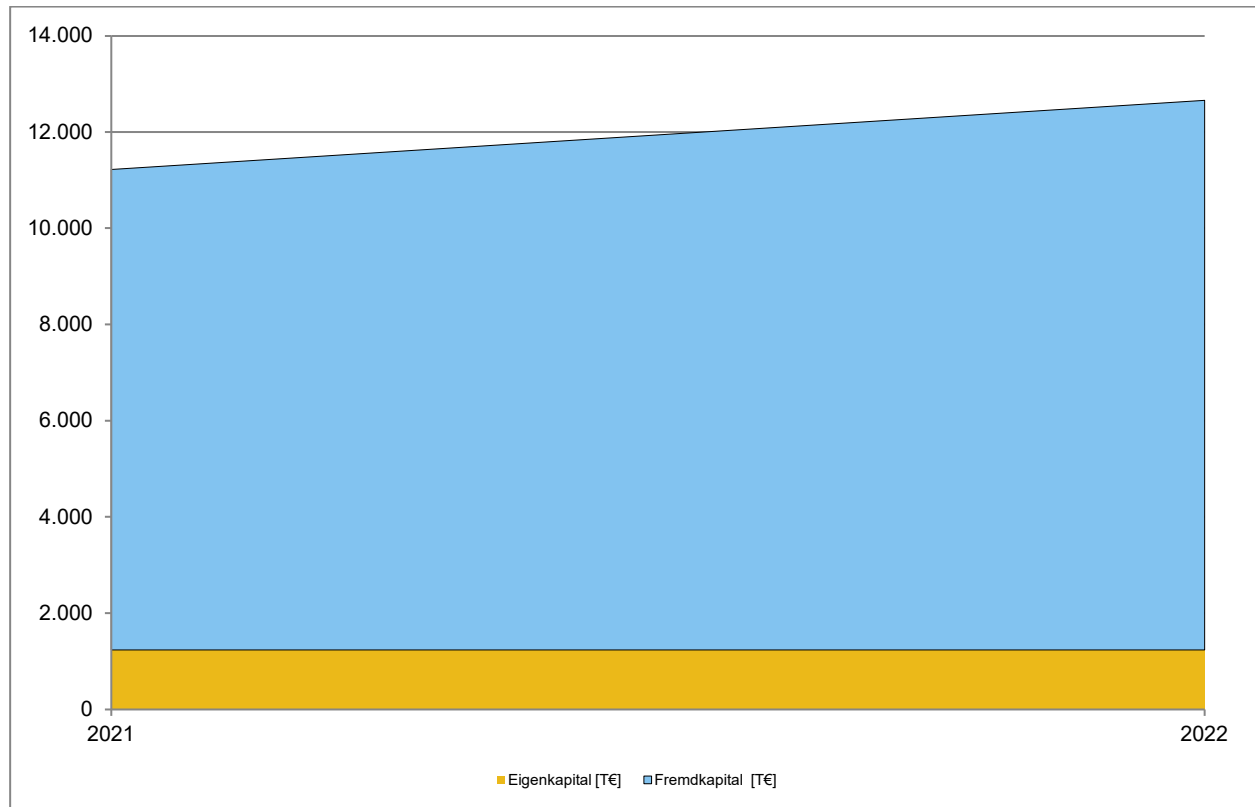
RURENERGIE

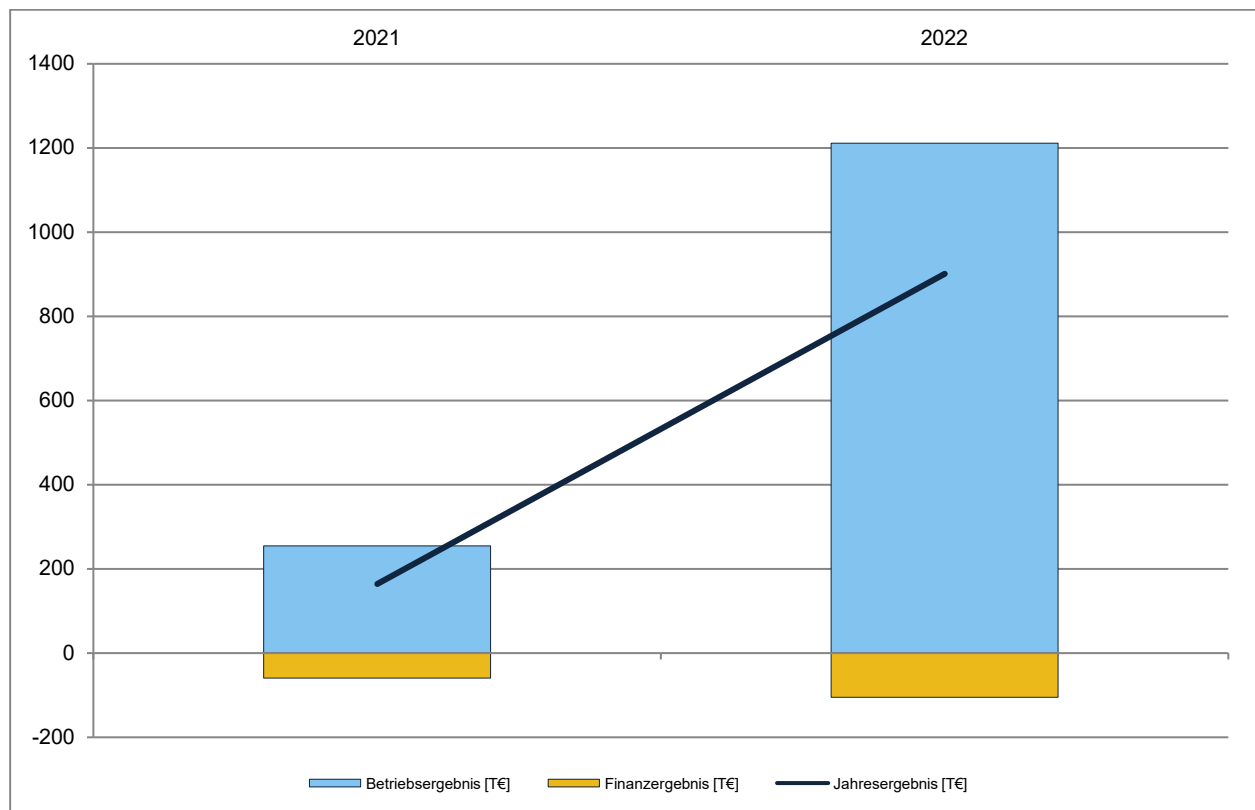
Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	11,00%	9,75%	1,25%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%
Anlagendeckungsrad 2	106,48%	106,39%	0,09%
Verschuldungsgrad	809,18%	925,77%	-116,60%
Umsatzrentabilität	81,01%	57,61%	23,40%

23 TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH

Karl-Heinz-Beckurts-Str. 13
52428 Jülich
Telefon: 02461/6900
Telefax: 02461/690115
E-Mail: -
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Vermietung und Verwaltung von Gewerbeimmobilien im Zusammenhang mit der Förderung des Technologiestandorts Jülich, einschließlich Planung, Errichtung, Erwerb und Anmieten etwaiger hierzu erforderlichen Immobilien und Anlagen, sowie die Durchführung sonstiger Maßnahmen im Zusammenhang mit der Förderung der technologischen Entwicklung der Region Jülich.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Technologiezentrum Jülich	25,0	100
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	3.744.868,92 €	3.617.109,92 €	3.489.350,92 €	-127.759,00 €	-3,53%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen	91.440,67 €	77.950,17 €	90.743,58 €	12.793,41 €	16,41%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	330.187,68 €	421.856,27 €	464.046,92 €	42.190,65 €	10,00%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.750,93 €	6.914,51 €	7.873,59 €	959,08 €	13,87%
Summe Aktiva	4.174.248,20 €	4.123.830,87 €	4.052.015,01 €	-71.815,86 €	-1,74%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Ergebnisvortrag	69.830,93 €	107.738,10 €	131.876,34 €	24.138,24 €	22,40%
III. Jahresergebnis	37.907,17 €	24.138,24 €	33.928,08 €	9.789,84 €	40,56%
B. Rückstellungen	12.619,88 €	16.809,75 €	16.418,41 €	-391,34 €	-2,33%

C. Verbindlichkeiten	3.996.819,72 €	3.918.074,28 €	3.812.721,68 €	-105.352,60 €	-2,69%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	32.070,50 €	32.070,50 €	32.070,50 €	0,00 €	0,00%
Summe Passiva	4.174.248,20 €	4.123.830,87 €	4.052.015,01 €	-71.815,86 €	-1,74%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	383.396,02 €	373.385,21 €	385.553,26 €	12.168,05 €	3,26%
2. sonstige betriebliche Erträge	34,61 €	189,43 €	74,47 €	-114,96 €	-60,69%
3. Personalaufwand	9.458,62 €	9.216,38 €	9.368,18 €	151,80 €	1,65%
4. Abschreibungen	127.759,00 €	127.759,00 €	127.759,00 €	0,00 €	0,00%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	96.231,39 €	109.471,97 €	108.578,69 €	-893,28 €	-0,82%
Betriebsergebnis	149.981,62 €	127.127,29 €	139.921,86 €	12.794,57 €	10,06%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	92.114,67 €	90.012,23 €	87.993,14 €	-2.019,09 €	-2,24%
Finanzergebnis	-92.114,67 €	-90.012,23 €	-87.993,14 €	2.019,09 €	-2,24%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	57.866,95 €	37.115,06 €	51.928,72 €	14.813,66 €	39,91%
7. Steuern vom Einkommen und Ertrag	19.365,90 €	12.382,94 €	17.329,30 €	4.946,36 €	39,94%
8. sonstige Steuern	593,88 €	593,88 €	671,34 €	77,46 €	13,04%
Jahresergebnis	37.907,17 €	24.138,24 €	33.928,08 €	9.789,84 €	40,56%

f) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

1.1. TÄTIGKEITEN DER GESELLSCHAFT

Seit September 2010 ist das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) Mieter im Technologiezentrum Jülich und betreibt seit Juli 2011 mit seinem „Institut für Solarforschung“ im angrenzenden Gewerbegebiet Königskamp den „Solarturm“ zu Forschungs- und Entwicklungszwecken. Die Leistungen und Arbeitsergebnisse des Instituts für Solarforschung tragen dazu bei, eine rationelle und umweltfreundliche Energieversorgung technisch und wirtschaftlich zu ermöglichen. Im Verbund mit der TPG mbH und weiteren Partnern aus Industrie und Forschung soll das Solarversuchskraftwerk durch ergänzende Anlagen und Testfelder zu einem Solarforschungszentrum weiterentwickelt und der Standort Jülich ausgebaut werden.

Die von der TPG mbH bauseits errichtete Hochleistungsstrahler-Anlage „Synlight®“ unterstützt die DLR-Forscher in der Entwicklung eines Verfahrens zur effizienten Herstellung von Wasserstoff, der als besonders umweltfreundlicher Treibstoff der Zukunft gilt. Da Wasserstoff nur als chemische Verbindung

vorkommt, wird er durch die Energie der künstlichen Sonne (*synthetic light*) in einem direkten chemischen Prozess abgespaltet.

Der Schwerpunkt liegt seitens des DLR in den nächsten Jahren auch auf der Entwicklung von Herstellverfahren für weitere solare Treibstoffe. Aber auch Forscher und Industrieunternehmen der solarthermischen Kraftwerksbranche oder aus der Luft- und Raumfahrt finden in „Synlight®“ ideale Bedingungen für Tests an Komponenten realer Größe vor.

Mit der Anlage können immer wieder gleiche Strahlungsverhältnisse erzeugt werden, was auch für externe Unternehmen oder Forschungseinrichtungen, die die Möglichkeit haben eine der drei Versuchskammern des Hochleistungsstrahlers anzumieten, reproduzierbare Ergebnisse ihrer Tests bedeutet.

1.2. SYNLIGHT®

Seit Juli 2016 hat die TPG mbH das gesamte Gebäude langfristig an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. vermietet. Nach gut 1,5 Jahren Bauphase wurde die Anlage am **23.03.2017** vom damaligen NRW-Umweltminister Johannes Remmel feierlich eingeweiht und in Betrieb genommen.

Zudem konnte – nach einer qualifizierten Ausschreibung – erfreulicherweise knapp **90 %** des Auftragsvolumens des Gebäudes an Firmen in der Technologieregion Aachen vergeben werden.

Nennenswerte Zwischenfälle oder Ausfälle der Anlage waren bislang nicht zu verzeichnen.

1.3. FUTURE FUEL

Mit dem DLR-Institut für Future Fuels I und II im nordrhein-westfälischen Jülich, ergänzt und verstärkt das DLR seine Forschung zur solaren Erzeugung und Speicherung von Wasserstoff und weiteren Grundstoffen für die Produktion erneuerbarer Brennstoffe. Dabei können die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf eine breite Basis vorhandener Erfahrungen des DLR in der solaren Thermochemie – der Erzeugung von Kraftstoffen mittels konzentrierter Sonnenenergie – zurückgreifen und diese Kompetenzen weiter ausbauen.

Die Vision für das DLR-Institut „Future Fuels“ ist die Entwicklung technologischer Lösungen, mit denen sich solare Brennstoffe künftig im Sonnengürtel der Erde produzieren lassen. Es werden Technologien benötigt, die effizient und vor allem hochskalierbar sind. Denn für eine auf erneuerbaren Energien basierende Weltwirtschaft sind enorme Mengen an CO₂-armen Kraftstoffen notwendig. Welche Verfahren erlauben es, die Ausgangsstoffe kostengünstig und im großen Maßstab zur Verfügung zu stellen? Welche flüssigen Brennstoffe können am besten aus solar erzeugtem Wasserstoff oder Kohlenstoffmonoxid hergestellt werden? Und wie lassen sich die Herstellungsverfahren optimieren? Hier besteht erheblicher Forschungsbedarf.

Das DLR-Institut für „Future Fuels“ soll die Industrie bei der Umsetzung der Technologien unterstützen und auch sozioökonomische Aspekte sowie Logistikkonzepte bewerten.

Aufbauend auf den Ergebnissen aus dem DLR-Strategieprojekt „Future Fuels“, in dem solarer Wasserstoff hergestellt wurde, wird im Projekt „Future Fuels 2“ die Erzeugung von synthetischen Brennstoffen mittels solarthermischer Verfahren (Solar Fuels) sowie Elektrolyse (Power-to-Fuel) untersucht.

Im Projekt „Future Fuels (Teilprojekt 2)“ wird unter anderem untersucht, wie sich synthetische Kraftstoffe mit konzentrierter Sonnenenergie gekoppelt an eine Hochtemperaturelektrolyse herstellen lassen.

2. AUSBLICK

Der TPG mbH ist es in enger Kooperation mit der TZJ GmbH gelungen, das DLR an den Standort Jülich zu binden und als Partner zur Gestaltung des Strukturwandels in der Region zu gewinnen.

Das Institut für „Future Fuels“ des DLR wird die gesamte Entwicklungskette zur Bereitstellung von solareren Brennstoffen in vier Bereiche gegliedert abdecken:

1. Die Grundlagenforschung zur Synthese und Modellierung von reaktiven Materialien sowie zur Trennung von Gasgemischen.
2. Die Entwicklung von Verfahren, Komponenten und Reaktoren für die Integration von Wärme- und Stoffströmen.
3. Die Hochskalierung von Verfahren sowie die Analyse der Anlagen z.B. über digitale Zwillinge sowie die Unterstützung der Industrie bei der Umsetzung von Verfahren in die Anwendung.
4. Die techno- und sozioökonomische Bewertung von Verfahren und logistischen Konzepten zur optimalen Einbindung solarer Brennstoffproduktion in einen globalen Markt.

Das in Jülich ansässige Solarinstitut des DLRs befindet sich in einer kontinuierlichen Ausbauphase, da die DLR-Strategieprojekte „Future Fuels“, wie auch „Future Fuels 2“ sowie der Einbau eines neuen Strahlungsempfängers am Solarturm, auf internationales Interesse im Bereich der Forschung in der Thematik solarerzeugter Brennstoffe trifft.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Aretz, Carlo

Gesellschafterversammlung:

Die Technologiezentrum Jülich GmbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung und bis zu zwei weitere durch sie benannte Personen vertreten.

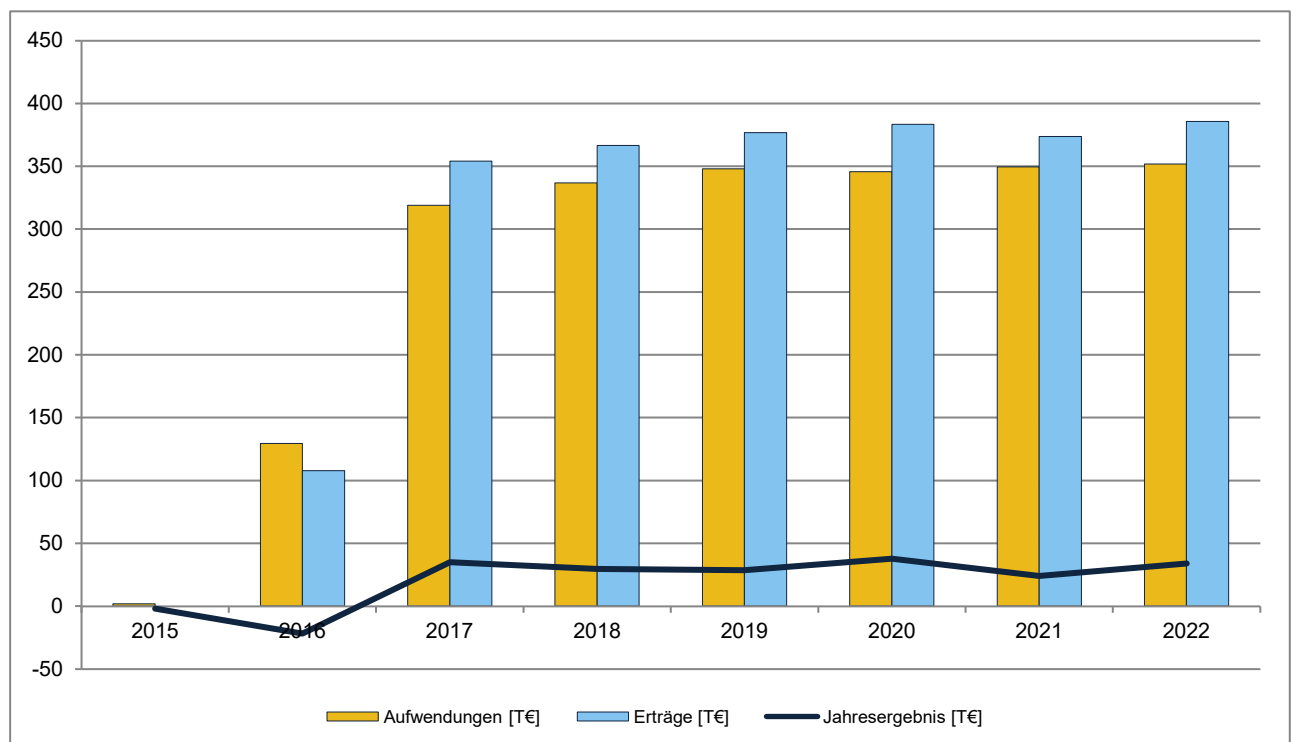
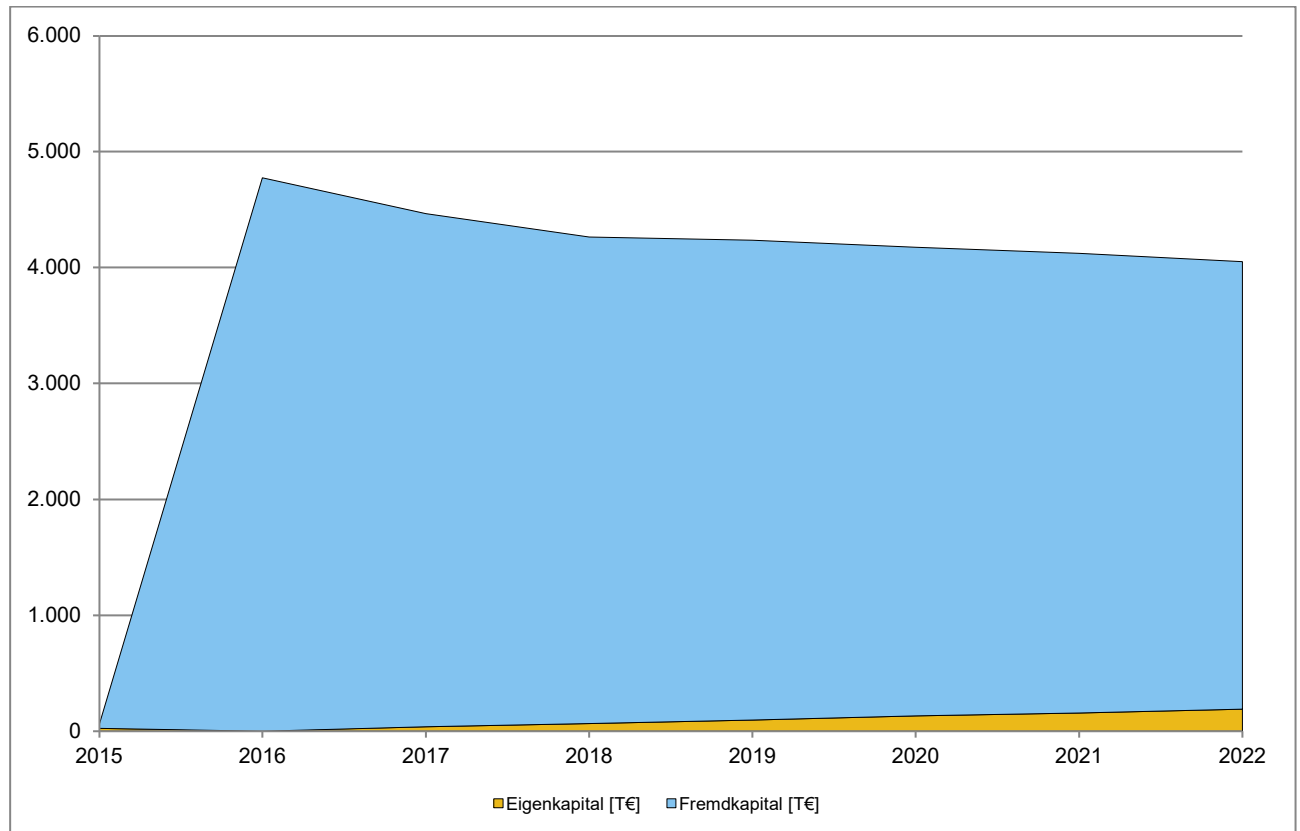
1 Stimme

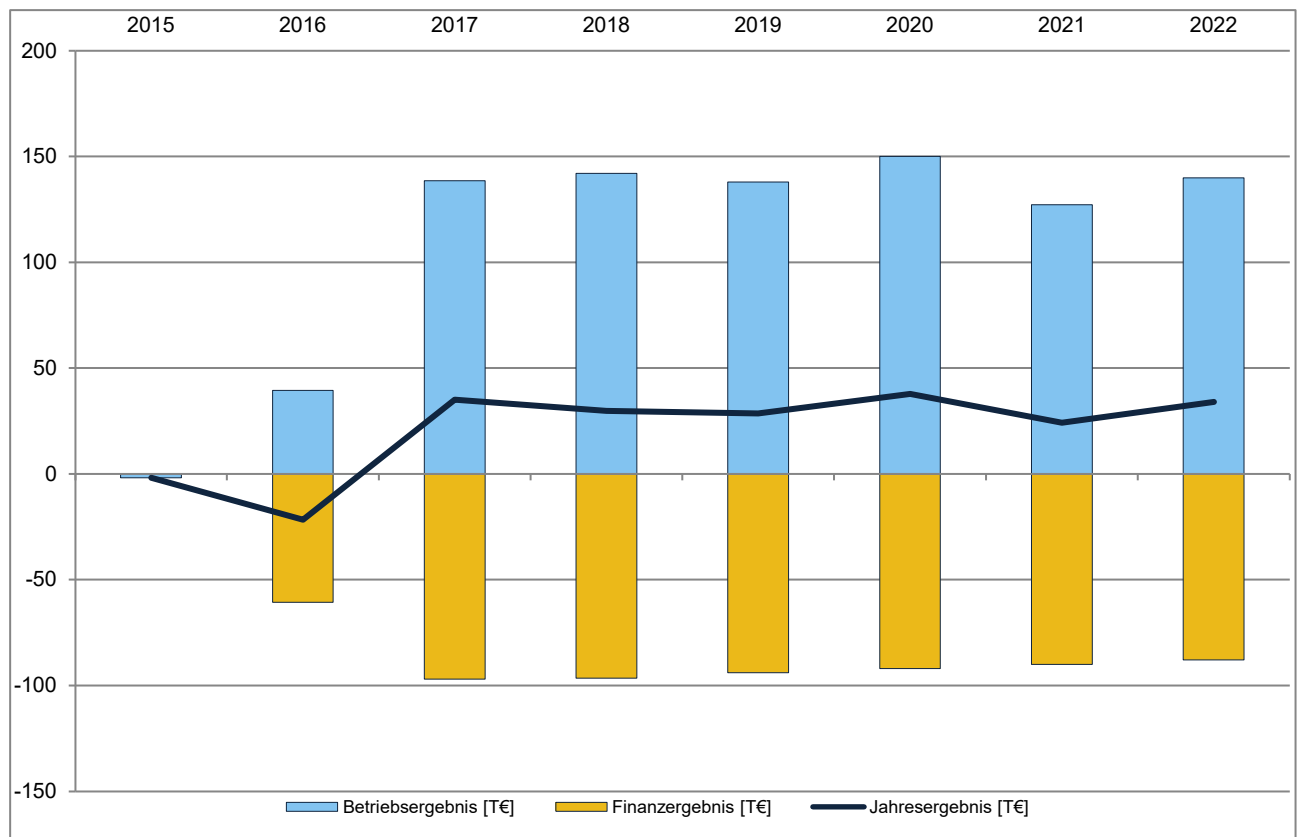
100 %

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	3,18%	3,80%	4,71%	0,90%
Eigenkapitalrentabilität	28,56%	15,39%	17,78%	2,39%
Anlagendeckungsgrad 2	95,77%	97,01%	98,55%	1,54%
Verschuldungsgrad	3020,56%	2508,27%	2006,84%	-501,43%
Umsatzrentabilität	39,12%	34,05%	36,29%	2,24%

24 Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH



Auf der Komm 12
52457 Aldenhoven
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@verbandswasserwerk-aldenhoven.de
Homepage: www.verbandswasserwerk-aldenhoven.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasser- und Wärmeversorgung einschließlich Nah- und Fernwärmeversorgung sowie der Einsatz von modernen Energieerzeugungsanlagen wie Block-heizkraftwerke (BHKW), die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, der Ein- und Verkauf von Wasser und Energie sowie energienaher Dienstleistungen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	24,80	1,21
Gemeinde Aldenhoven	621,70	30,37
Städtisches Wasserwerk E-schweiler GmbH	494,2	24,14
Gemeinde Inden	392,050	19,15
Gemeinde Niederzier	514,550	25,13
Stammkapital	2.047,300	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %

Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	41.660,19 €	35.544,55 €	29.428,93 €	-6.115,62 €	-17,21%
II. Sachanlagen	13.994.631,13 €	14.821.282,52 €	16.310.138,70 €	1.488.856,18 €	10,05%
III. Finanzanlagen	93.942,00 €	93.942,00 €	93.942,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	10.884,73 €	10.884,73 €	10.884,73 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.029.732,37 €	1.126.378,09 €	1.089.641,79 €	-36.736,30 €	-3,26%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.826,77 €	431.814,65 €	0,00 €	-431.814,65 €	-100,00%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	15.177.677,19 €	16.519.846,54 €	17.534.036,15 €	1.014.189,61 €	6,14%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	538.139,53 €	538.139,53 €	538.139,53 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	1.298.795,46 €	1.298.795,46 €	1.298.795,46 €	0,00 €	0,00%
IV. Ergebnisvortrag	1.454.705,93 €	1.591.286,34 €	1.700.584,62 €	109.298,28 €	6,87%
V. Jahresergebnis	341.310,41 €	314.028,28 €	428.954,09 €	114.925,81 €	36,60%
B. Sonderposten	2.854.357,47 €	2.867.830,87 €	2.945.160,56 €	77.329,69 €	2,70%
C. Rückstellungen	1.253.550,00 €	1.347.759,59 €	1.340.076,00 €	-7.683,59 €	-0,57%
D. Verbindlichkeiten	5.389.518,39 €	6.514.706,47 €	7.235.025,89 €	720.319,42 €	11,06%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	15.177.677,19 €	16.519.846,54 €	17.534.036,15 €	1.014.189,61 €	6,14%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	4.719.554,25 €	4.727.468,40 €	5.857.135,49 €	1.129.667,09 €	23,90%
2. sonstige betriebliche Erträge	509.065,82 €	247.528,62 €	189.933,72 €	-57.594,90 €	-23,27%
3. Materialaufwand	1.770.064,26 €	1.518.599,99 €	2.187.475,41 €	668.875,42 €	44,05%
4. Personalaufwand	10.393,85 €	370,97 €	28.696,18 €	28.325,21 €	7635,44%
5. Abschreibungen	774.749,46 €	806.996,20 €	885.097,05 €	78.100,85 €	9,68%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.957.290,85 €	1.995.869,13 €	2.142.158,44 €	146.289,31 €	7,33%
Betriebsergebnis	716.121,65 €	653.160,73 €	803.642,13 €	150.481,40 €	23,04%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	148.543,81 €	155.117,81 €	119.866,98 €	-35.250,83 €	-22,73%
Finanzergebnis	-148.543,81 €	-155.117,81 €	-119.866,98 €	35.250,83 €	-22,73%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	567.577,84 €	498.042,92 €	683.775,15 €	185.732,23 €	37,29%
9. außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	188.930,01 €	172.549,23 €	243.350,75 €	70.801,52 €	41,03%
11. sonstige Steuern	37.337,42 €	11.465,41 €	11.470,31 €	4,90 €	0,04%
Jahresergebnis	341.310,41 €	314.028,28 €	428.954,09 €	114.925,81 €	36,60%

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (nachfolgend VWA) versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen, vorwiegend im Kreis Düren, mit Trinkwasser. Zum Versorgungsgebiet gehören die Gemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier sowie Teile der Stadt Eschweiler und der Stadt Alsdorf.

Seit August 2005 versorgt das VWA das Schulzentrum Schwanenstraße in Aldenhoven mit Wärme.

Mit den Gesellschaftergemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier wurden am 1. Juli 2005 rückwirkend zum 1. Januar 2005 Konzessionsverträge über eine Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen. Der Konzessionsvertrag mit der Stadt Eschweiler trat am 3. Mai 1999 in Kraft und endet nach 30 Jahren am 3. Mai 2029. Mit der Stadt Alsdorf wurde am 1. Juli 2002 ein Konzessionsvertrag über 25 Jahre abgeschlossen. Durch die langfristige Ausrichtung der Verträge ist die Versorgungstätigkeit gesichert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bundesweit ist sowohl im Kundenbereich Haushalte und Kleingewerbe als auch bei den Industriekunden eine historisch niedrigere Abgabeentwicklung zu verzeichnen. Laut Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft zur Entwicklung des Wasserverbrauchs verbrauchte 2021 jeder Deutsche pro Tag 127 Liter Wasser. Der Verbrauch ist damit weiterhin historisch auf einem niedrigen Niveau. (Quelle: statista) Demografische Änderungen, technische Entwicklungen zum Wassersparen, Konjunkturschwankungen, Strukturwandel und Umweltschutz sind nur einige Aspekte, aufgrund derer sich der Nachfragerückgang fortsetzen könnte.

2.2 Geschäftsverlauf

Umsatz und Absatz

Die Umsatzerlöse sind im Geschäftsjahr insbesondere wegen der zum 1. Januar 2022 umgesetzten Wasserpreiserhöhung auf 5.857 TEUR (Vorjahr: 4.727 TEUR) gestiegen.

Die Kundenwasserabgabe nahm im Geschäftsjahr bereinigt durch die periodenfremden Aspekte gegenüber dem Vorjahr um 4.125 m³ bzw. 0,23 % ab und beträgt 1,825 Mio. m³ (Vorjahr: 1,829 Mio. m³).

Im Geschäftsjahr 2022 belaufen sich die rechnerischen Trinkwasserverluste in Relation zur Beschaffungsmenge unter Berücksichtigung der periodenfremden Aspekte auf 12,2 % (Vorjahr: 12,7 %).

Die Wärmesparte konnte im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 266 TEUR (Vorjahr: 115 TEUR) verzeichnen. Korrespondierend dazu liegt die abgesetzte Menge mit 1.003 MWh über dem Vorjahresniveau von 929 MWh. Diese wurden in voller Höhe an die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und katholische Grundschule Aldenhoven) abgegeben. Der deutliche Anstieg der Umsatzerlöse ist mit der Weitergabe der stark gestiegen Beschaffungskosten zu begründen.

Die übrigen Umsatzerlöse resultierten aus den aufgelösten Ertragszuschüssen von 170 TEUR (Vorjahr: 187 TEUR), aus dem Installationsgeschäft in Höhe von 7 TEUR (Vorjahr: 3 TEUR) und aus den Mieterlösen in Höhe von 143 TEUR (Vorjahr 143 TEUR).

Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 429 TEUR (Vorjahr: 314 TEUR) erwirtschaftet. Dieser entspricht einer Verzinsung des gezeichneten Kapitals in Höhe von 21,0 % (Vorjahr: 15,3 %).

Investitionen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen im Geschäftsjahr 2.367 TEUR (Vorjahr: 1.628 TEUR) und betreffen Investitionen für Erneuerungen und Erweiterung der Leitungsnetze und der Hausanschlüsse. Die Entwicklung der steigenden Investitionen im laufenden Betrieb ist einerseits geprägt durch Mitverlegungsprojekte (Erneuerungen über mehrere Sparten), den Neubau von Transportwasserleitungen sowie der Schadensentwicklung im Netzbetrieb.

Finanzierung

Die oben genannten Investitionen wurden durch Abschreibungen und die Inanspruchnahme einer Kreditlinie finanziert.

Personalbereich

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

Das Personal ist mit Wirkung vom 1. Juni 1996 und 1. April 1998 auf die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, übergegangen.

Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen stehen in kausalem Zusammenhang mit dem damaligen Personal, das auf die Betriebsführerin übergegangen ist.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanz zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 93,7 % (Vorjahr 90,5 %). Zugängen in Höhe von 2.367 TEUR stehen Abschreibungen in Höhe von 885 TEUR gegenüber.

Der Deckungsgrad des Sachanlagevermögens durch Eigenkapital – unter Einbeziehung weiterer Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter – sinkt um 3,1 %-Punkte von 52,2% im Vorjahr auf nun 49,1 %.

Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 70 % ergibt sich zum Bilanzstichtag eine angemessene Eigenkapitalquote - bezogen auf das Gesamtkapital - in Höhe von 46,1 % (Vorjahr 47,2 %).

Die Fremdkapitalquote zeigt sich folglich erhöht um 1,1 %-Punkte auf 53,9 % (Vorjahr: 52,8 %). Im Geschäftsjahr wurden die langfristigen Darlehen planmäßig in Höhe von 371 TEUR getilgt.

2.4. Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

	2022 TEUR	2021 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.325	712	613
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.367	-1.628	-739
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-327	4.215	-4.542
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.369	3.299	-4.668
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	432	-2.867	3.299
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-937	432	-1.369

Der Finanzmittelfonds beinhaltet die Inanspruchnahme der Kontokorrentlinie in Höhe von 937 TEUR (Vorjahr: Guthaben bei Kreditinstituten 432 TEUR).

Demnach führen insbesondere die Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 2.367 TEUR, die Gewinnausschüttung in Höhe von 205 TEUR sowie die Auszahlungen für Darlehenstilgungen in Höhe von 370 TEUR, unter Berücksichtigung des operativen Cashflows in Höhe von 1.325 TEUR sowie den erhaltenen Zuschüssen für Hausanschlüsse, zu einer Verminderung des Finanzmittelfonds in Höhe von 1.369 TEUR.

2.5 Ertragslage

Die wesentlichsten Aufwandspositionen der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind zum einen das Betriebsführungsentgelt (1.150 TEUR) für den kaufmännischen bzw. technischen Betriebsführer und zum anderen die Konzessionsabgabe (532 TEUR). Zudem beliefen sich die Aufwendungen für Versicherungen im Geschäftsjahr auf 234 TEUR (233 TEUR im Vorjahr).

Das Finanzergebnis liegt mit -120 TEUR über dem Vorjahresniveau (-155 TEUR im Vorjahr). Insbesondere die Zuführung des Zinsanteils zur Pensionsrückstellung reduzierte sich deutlich von 76 TEUR im Vorjahr auf 31 TEUR.

Unter Abzug der Ertragsteuern in Höhe von 243 TEUR zeigt sich im Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von 429 TEUR (Vorjahr: 314 TEUR). Im Verhältnis zum im November 2021 verabschiedeten Budget für 2022 liegt das Jahresergebnis mit 165 TEUR unter Plan. Ein wesentlicher Grund für die Abweichung liegt in der geschlossenen Ergänzungsvereinbarung zum Betriebsführungsvertrag, die planerisch noch nicht abgebildet war.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

2.6 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzieller Leistungsindikator steht die Kundenzufriedenheit bezüglich der Qualität des zu liefernden Trinkwassers und der hiermit verbundenen Umweltbelange an oberster Stelle. Qualitativ bekommt die Geschäftsführung positive Rückmeldungen aus den Reihen der Gesellschafter. Quantitativ kann aus fehlenden Beschwerden im Beschwerdemanagement der technischen Betriebsführerin Regio-netz auf eine hohe Kundenzufriedenheit rückgeschlossen werden. Im Rahmen des Beschwerdemanagements werden unter anderem Themen wie „Abrechnung“, „Bearbeitungsdauer“, „Erreichbarkeit“, „Termin-treue“ und „fehlende Information“ abgefragt bzw. aufgenommen. Hier finden sich keine Beschwerden über die VWA; in Einzelfällen gibt es Rückfragen zur Jahresabrechnung in Richtung des kaufmännischen Bereichs der Betriebsführerin.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist es, der Öffentlichkeit die Bedeutung einer sicheren Wasserversorgung sowie der Maßnahmen zur Trinkwasserhygiene transparent darzustellen. Dies gelingt zum einen durch einen qualitativ sehr guten Web-Auftritt des Unternehmens sowie die Zurverfügungstellung von entsprechenden Drucksachen und Lehrmaterialien für Schulen im Versorgungsgebiet.

3. Prognose, Chancen- und Risikobericht

3.1 Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer kaufmännischen Betriebsführerin, der EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können.

Beschaffungsmarktrisiken

Durch die Bezirksregierung Köln wurde am 8. Februar 2006 das Recht, Grundwasser in einer Menge von bis zu insgesamt 2,3 Mio. m³ pro Jahr zur Verwendung als Trink- und Brauchwasser in der

Trinkwasseraufbereitungsanlage Aldenhoven zu Tage zu fördern, bewilligt. Die Bewilligung der Bezirksregierung läuft über 20 Jahre und mindert das Beschaffungsrisiko der Gesellschaft. Der Wasserrechtsantrag Niederzier wurde ebenfalls von der Bezirksregierung Köln genehmigt. Die VWA hat das Recht, bis zum 31. Dezember 2031 0,9 Mio. m³ Wasser pro Jahr zu fördern.

Die VWA bezieht am Standort Aldenhoven aufgrund der Sulfatbelastung des Tagebaus Inden Ersatzwasser von der RWE Power AG (RWE Power). Die RWE Power forderte, wie in Vorjahren, weiterhin eine Anpassung der ersparten Selbstkosten für die ihrerseits erbrachten Ersatzlieferungen. Die Forderung bezieht sich auf die Kosten, die aufgrund der Wassergewinnung und -aufbereitung mittels einer Filterhalle entstehen. RWE Power trägt pauschal vor, dass sie die Grundannahmen des Vertrages „Bereitstellung von Wasser als Ersatzwasser“ überprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die Berechnung der Höhe der von VWA ersparten Selbstkosten nicht mehr den aktuellen wasserwirtschaftlichen, rechtlichen und wettbewerblichen Rahmenbedingungen entspreche. Die Ersatzleistungen der RWE Power stellen nicht den vertraglich geschuldeten Ausgleich der für VWA entstandenen Nachteile dar.

Die Geschäftsführung befindet sich auch weiterhin in Gesprächen mit der RWE Power über geäußerte Ansprüche, wobei die RWE Power die Beweis- und Darlegungslast innehat. RWE Power hat ein Angebot unterbreitet, welches die Geschäftsführung diese mit einem Gegenvorschlag erwiderte. Die Gespräche wurden sodann beidseitig abgebrochen. Bis dato wartet die Geschäftsführung auf eine Reaktion. Damit ist es folglich auch im aktuellen Geschäftsjahr zu keiner Einigung gekommen.

Die Geschäftsführung rechnet derzeit mit keiner Inanspruchnahme für das Geschäftsjahr 2023, kann diese aber nicht vollumfänglich ausschließen. Insofern könnte in den kommenden Geschäftsjahren aus diesem Sachverhalt eine jährliche Belastung für das Jahresergebnis der VWA resultieren.

Betriebsrisiken

Generell schützt sich die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. Durch u. a. laufende Instandhaltungen und Ersatzinvestitionen werden die Risiken im Hinblick auf potentielle Wasserverluste und einem potentiellen Versorgungsausfall minimiert.

Ein Risiko ist Verschlechterung der Trinkwasserqualität aufgrund von Störungen der Rohwasserqualität, Verunreinigungen und Störung im Aufbereitungsprozesse sowie Wasserverluste aufgrund von Rohrbrüchen. Diese Risikofelder mitigiert das Verbandswasserwerk Aldenhoven durch unterschiedliche Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen. So wird beispielsweise das Rohwasser kontinuierlich auf Verunreinigungen untersucht und Beratungen mit Landwirten (Stichwort „Landwirtschaftliche Kooperation“) und Industrieunternehmen zum präventiven Schutz des Rohwassers durchgeführt. Weiterhin werden zur Sicherung der Trinkwasserqualität und des zügigen Auffindens von Rohrbrüchen geeignete Mess-, Steuer- und Regelungstechnik unterhalten und bei Bedarf Maßnahmen zur Aufbereitung und Desinfektion des Trinkwassers eingesetzt. Durch die zunehmende Anzahl dieser fernauslesbaren Mess-, Steuer- und Regelungstechnik ist ein kontinuierlicher Online-Überwachungsprozess möglich. Abgerundet wird die Risikovorsorge durch den Austausch veralteter und ungeeigneter Rohrleitungsmaterialien.

Die Geschäftsführung sieht auch weiterhin eine erhebliche Gefährdung für das Langfristkonzept der Gesellschaft aufgrund einer geplanten Errichtung einer Abfalldeponie in Aldenhoven. Das Risiko des Verlustes der Eigenständigkeit ab 2060 ist somit immer noch gegeben und wird durch die Geschäftsführung mit Sorge gesehen. Gemäß Beschluss des Aufsichtsrates hat die Geschäftsführung beim Verwaltungsgericht Aachen gegen den entsprechenden Planfeststellungsbeschluss vom 15.03.2019 Klage eingereicht. Nach dem Prozess am 14.12.2020 vor dem Verwaltungsgericht Aachen ging mit Datum vom 10.01.2021 der Prozessbevollmächtigte der VWA GmbH die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Aachen im Klageverfahren „VWA ./ Kreis Düren“ zu. Die Klage wurde abgewiesen; VWA trägt als Klägerin die Kosten des Verfahrens einschließlich der außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen (Davids GmbH).

Der Aufsichtsrat der VWA GmbH hat in seiner Sitzung vom 19.02.21 beschlossen, den Rechtsstreit nicht weiterbetreiben zu wollen. Die Geschäftsführung wird das Thema also nicht weiter juristisch verfolgen.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit des VWA und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Insbesondere die abrupten Zinsanstiege durch die Europäische Zentralbank schlagen sich teilweise auf die Finanzierungskosten der Gesellschaft nieder. Größtenteils sind die Zinssätze der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auch langfristig gesichert. Lediglich die Zinsen für die Kontokorrentkreditlinie unterliegen einem Anstieg, welche die Rentabilität der Gesellschaft belasten könnten.

Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und deren interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Das finanzielle Gleichgewicht war im Geschäftsjahr jederzeit gewahrt.

Preisrisiken

Risiken aus Preissteigerungen in den Bereichen Tiefbau und Material sowie die teilweise verschlechterte Verfügbarkeit von Dienstleistungsunternehmen und Material führen derzeit zu Überschreitungen des Investitionsplans. Diese Risiken entziehen sich der Gestaltung durch die Geschäftsführung des Verbandswasserwerk; gleichwohl sind sie bei der Planung von Budgets und konkreten Projekten entsprechend zu würdigen.

Lieferkettenrisiko für Erdgas

Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die souveräne Ukraine im Februar 2022 stellt ein einschneidendes Ereignis dar, das Spuren in der globalen Wirtschaft hinterlassen hat. In Folge der verhängten Sanktionen gegen Russland wurde ein Importstopp für russisches Erdgas umgesetzt. Die zu ersetzenden Importe aus Russland konnten weitgehend durch

Importe aus anderen Förderländer substituiert werden. Infolgedessen hat sich der Preis für Erdgas im Vergleich zum Vorkrisenniveau deutlich verteuert. Eine befürchtete Gasmangellage im Winter 2022/2023 konnte aber u. a. durch Verbrauchseinsparungen vermieden werden.

Das VWA betreibt Wärmeerzeugungsanlagen, die Erdgas als Brennstoff benötigen. Sollte es zu einem Mangel an Erdgas auf dem deutschen Markt kommen, könnten davon auch die Anlagen des VWA betroffen sein. Somit könnten sich Risiken hinsichtlich der mengenmäßigen Verfügbarkeit von Erdgas ergeben. Derzeit gibt es keine Hinweise auf konkrete Engpässe.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

3.2 Prognosebericht

Ergebnisentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresergebnis in Höhe von rund 539 TEUR erwartet. Für die Jahre 2024 und 2025 reduziert sich der Jahresüberschuss planerisch von 520 TEUR auf 458 TEUR.

Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen, wenn sich die der Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen. Investitionen

Im Bauplan für das Geschäftsjahr 2023 ist eine Investitionssumme in Höhe von 1.500 TEUR vorgesehen, wovon 31 TEUR für die Gewinnung und Aufbereitung und 1.344 TEUR für das Leitungsnetz, Anschlusserneuerungen und Neuanschlüsse sowie 125 TEUR für Wasserzähler bestimmt sind.

Preispolitik

Eine Anhebung des Systempreises und des Mengenpreises wurde zum 01.01.2022 umgesetzt, um den künftigen Investitionspfad finanziell sicherzustellen. Die Geschäftsführung plant derzeit keine weitere Preisanpassungen für die kommenden Geschäftsjahre.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Dr.-Ing. Herzog, Christoph		
Aufsichtsrat:	Gemeinde Aldenhoven	4 Sitze	30,37 %
	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1 Sitz	beratendes Mitglied
	Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	3 Sitze	24,14 %

Gemeinde Inden	3 Sitze	19,15 %
Gemeinde Niederzier	3 Sitze	25,13 %

Gesellschafterversammlung:

Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden.

1 Stimme

je 50 € eines Geschäftsanteils

Vertreter des Kreises Düren

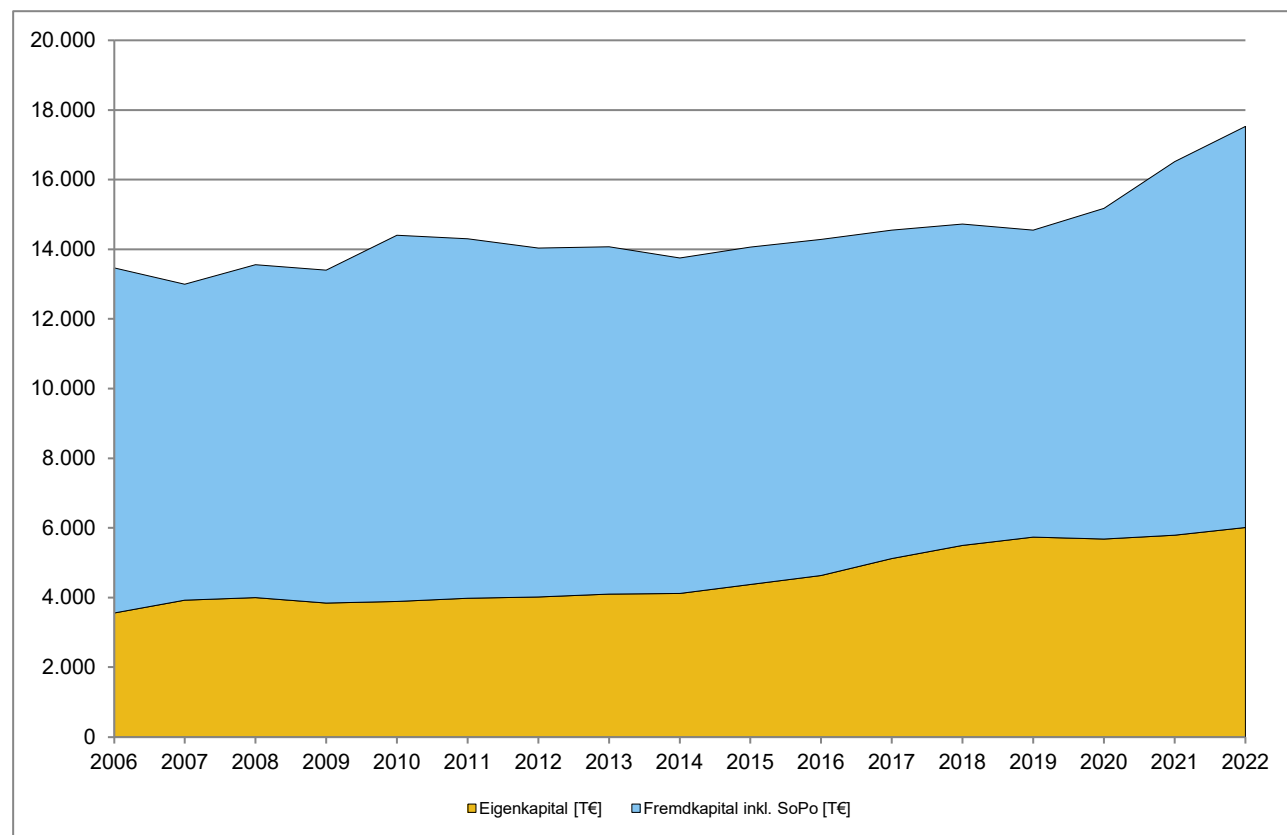
Gesellschafterversammlung:

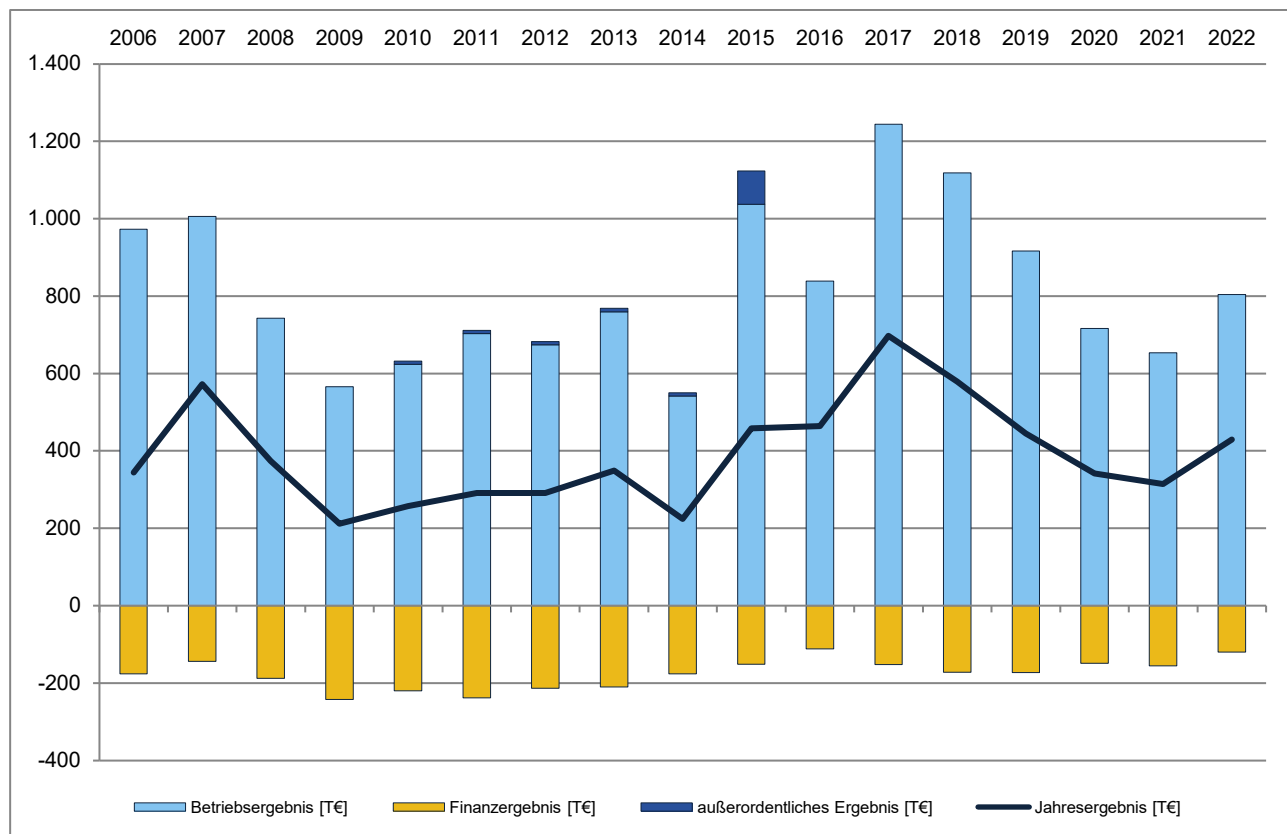
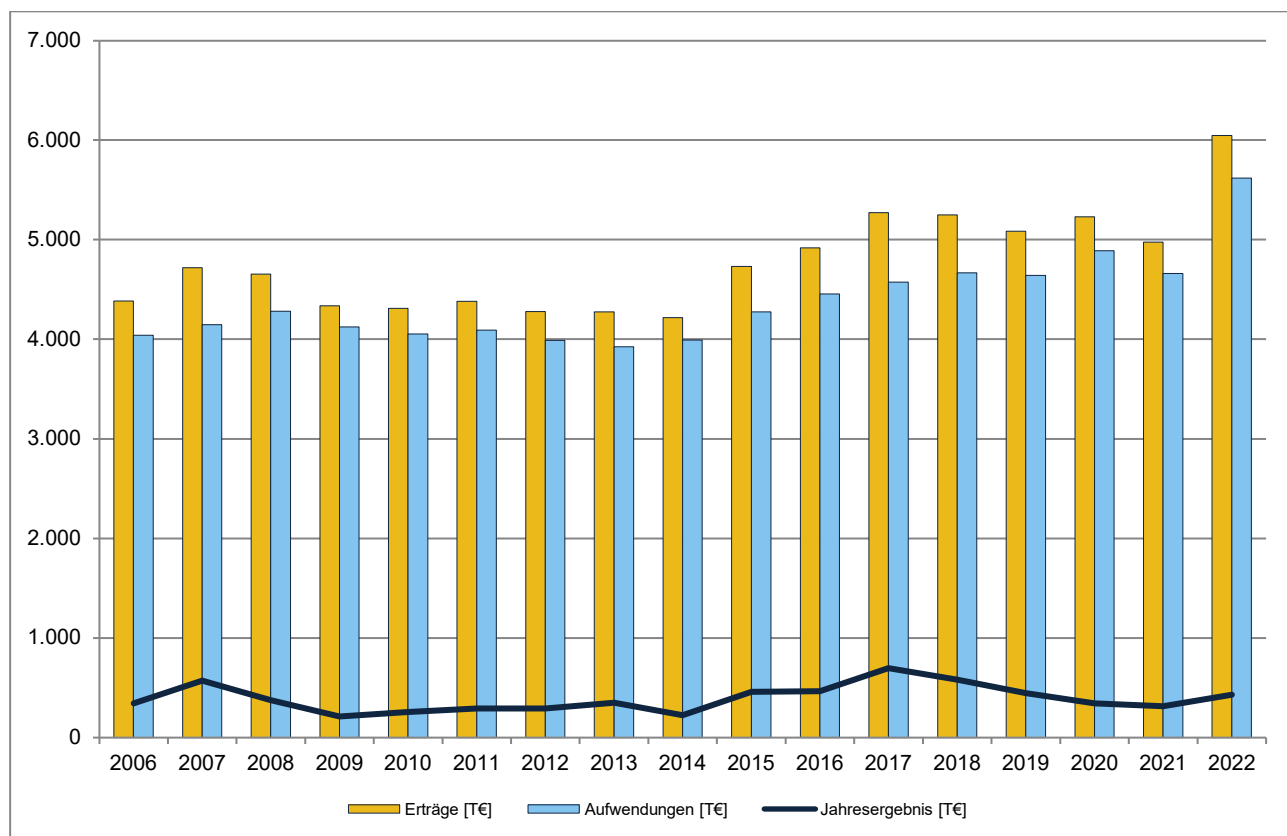
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	03.02.2004	
Kaplakarslan, Ayşe	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Königstein, Hans Josef	Kreistagsmitglied	24.06.2015	

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	37,43%	35,05%	22,11%	-12,94%
Eigenkapitalrentabilität	6,01%	5,42%	51,25%	45,83%
Anlagendeckungsgrad 2	70,47%	94,85%	20,34%	-74,51%
Verschuldungsgrad	116,95%	135,80%	317,82%	182,02%
Umsatzrentabilität	15,17%	13,82%	13,32%	-0,50%

25 VIAS GmbH



Kurt – Schumacher - Str. 10
60311 Frankfurt am Main
Telefonnummer: 069/ 213 – 22 314
Telefax: 069/ 213 – 25 233
E-Mail: kundenservice@vias-online.de
Homepage: www.vias-online.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Unternehmensgegenstand der VIAS GmbH ist die Planung, Organisation und Durchführung eines Schienenpersonennahverkehrs.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Rurtalbahn GmbH	12,5	50
R.A.T.H. GmbH	12,5	50
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebes	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.306,00 €	55.194,00 €	41.458,00 €	-13.736,00 €	-24,89%
II. Sachanlagen	52.335.293,00 €	47.585.528,00 €	42.845.901,01 €	-4.739.626,99 €	-9,96%
III. Finanzanlagen	2.705.652,19 €	2.801.769,23 €	2.899.473,78 €	97.704,55 €	3,49%
C. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.385.282,84 €	2.462.879,27 €	5.030.666,67 €	2.567.787,40 €	104,26%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	8.010.624,31 €	8.461.947,12 €	21.970.818,51 €	13.508.871,39 €	159,64%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.361.476,83 €	16.823.188,85 €	3.911.269,95 €	-12.911.918,90 €	-76,75%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	26.629,54 €	25.016,84 €	21.749,07 €	-3.267,77 €	-13,06%
Summe Aktiva	70.833.264,71 €	78.215.523,31 €	76.721.336,99 €	-1.494.186,32 €	-1,91%
Passiva					
A. Eigenkapital					

I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	975.000,00 €	975.000,00 €	975.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Ergebnisvortrag	9.498.243,54 €	9.974.264,21 €	14.280.042,08 €	4.305.777,87 €	43,17%
IV. Jahresergebnis	476.020,67 €	4.305.777,87 €	940.391,53 €	-3.365.386,34 €	-78,16%
B. Rückstellungen	3.345.396,00 €	10.525.756,82 €	8.905.119,91 €	-1.620.636,91 €	-15,40%
C. Verbindlichkeiten	56.513.604,50 €	52.402.407,01 €	51.590.474,70 €	-811.932,31 €	-1,55%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	7.317,40 €	5.308,77 €	-2.008,63 €	-27,45%
Summe Passiva	70.833.264,71 €	78.215.523,31 €	76.721.336,99 €	-1.494.186,32 €	-1,91%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	55.239.047,06 €	47.145.012,92 €	84.392.994,17 €	37.247.981,25 €	79,01%
2. sonstige betriebliche Erträge	3.002.651,65 €	8.782.314,16 €	3.718.686,02 €	-5.063.628,14 €	-57,66%
3. Materialaufwand	45.985.124,03 €	37.900.540,17 €	73.354.990,92 €	35.454.450,75 €	93,55%
4. Personalaufwand	1.202.339,50 €	1.355.163,91 €	1.392.983,57 €	37.819,66 €	2,79%
5. Abschreibungen	5.242.994,67 €	5.268.271,07 €	5.302.497,98 €	34.226,91 €	0,65%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.849.178,04 €	2.003.894,94 €	3.777.586,56 €	1.773.691,62 €	88,51%
Betriebsergebnis	3.962.062,47 €	9.399.456,99 €	4.283.621,16 €	-5.115.835,83 €	-54,43%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	134.823,35 €	124.452,52 €	115.197,66 €	-9.254,86 €	-7,44%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.185.041,61 €	3.013.252,58 €	2.842.651,41 €	-170.601,17 €	-5,66%
Finanzergebnis	-3.050.218,26 €	-2.888.800,06 €	-2.727.453,75 €	161.346,31 €	-5,59%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	911.844,21 €	6.510.656,93 €	1.556.167,41 €	-4.954.489,52 €	-76,10%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	431.559,54 €	2.200.859,06 €	612.440,88 €	-1.588.418,18 €	-72,17%
10. sonstige Steuern	4.264,00 €	4.020,00 €	3.335,00 €	-685,00 €	-17,04%
Jahresergebnis	476.020,67 €	4.305.777,87 €	940.391,53 €	-3.365.386,34 €	-78,16%

f) Lagebericht

I. Grundlage der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines öffentlichen Eisenbahnverkehrsunternehmens nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG), das bedeutet die Planung, Organisation und Durchführung von Verkehren, die mit schienengebundenen Verkehrsmitteln nach Fahrplan erbracht werden.

Grundlage der Gesellschaft im Geschäftsfeld Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist der Verkehrsvertrag über die Erbringung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr des Teilnetzes „Rheingau-Linie“ der Aufgabenträger Rhein-Main-Verkehrsverbund- und Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord. Die Gesellschaft unterhält eine Werkstatt und Lagerhalle für die Erbringung der Dienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr in Frankfurt am Main. Grundlage der Gesellschaft im Geschäftsfeld Güterverkehr ist der Transportvertrag zwischen der Gesellschaft und der RTB CARGO GmbH über die eigenständige und umfassende Durchführung des Schienentransports von Gütern.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Grundlage der Schätzung ist die gleitende Mittelfristprognose Sommer 2022, die für den Güter- und Personenverkehr von der INTRAPLAN Consult GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) erstellt wurde. Dieser Bericht erstreckt sich auf die Jahre 2022 bis 2024.

Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine der zentralen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Güter-, aber auch des Personenverkehrs, bildet die Herbstprojektion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) vom 12. Oktober 2022 die Grundlage.

Für die wichtigsten Kenngrößen des Wirtschafts- und Verkehrsgeschehens ist, aufgrund der gesamt- und branchenwirtschaftlichen sowie geopolitischen Lage, eine hohe Volatilität in der Entwicklung der letzten Jahre festzustellen. Auch im Prognosezeitraum ist weiterhin mit Unsicherheiten in den Bereichen Rohölnotierungen, Wechselkurse, geopolitischer Spannungen und zunehmender Verknappungen am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, in deren Folge die Sanktionspakete umgesetzt wurden, sind die Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands weder absehbar noch prognostizierbar. Zu den Folgen für den Rohölpreis, auf die Lieferkettenproblematik, die Importe von Energierohstoffen und andere Einflussfaktoren auf die Verkehrsentwicklung wurden im Rahmen der Mittelfristprognose Annahmen gesetzt, die zwangsläufig hohen Unsicherheiten unterliegen.

Das deutsche preisbereinigte BIP ist im Jahr 2022, gemäß den derzeitigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts, um 1,9 % gewachsen. In den beiden Folgejahren wird sich die Dynamik laut Prognose des BMWK abschwächen, für 2023 wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,4 %, für 2024 eine Steigerung in Höhe von 1,6% gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Bereits vor der Ausbreitung der Pandemie waren die Abwärtsrisiken größer als die aufwärtsgerichteten, vor allem hinsichtlich des außenwirtschaftlichen Umfelds. Seitdem haben sich Erstere sicherlich erhöht, vor allem hinsichtlich der Folgen des Ukraine-Krieges auf die gesamt- und branchenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Geschäftsfeld Personenverkehr

Im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr ist im Gesamtjahr 2022 im Vergleich zum Vorkrisen-niveau des Jahres 2019 ein Minus von 14,9 % (Aufkommen) bzw. 11,1 % (Leistung) zu erwarten.

Zwar wurde mit Einführung des 9-Euro-Tickets in den Monaten Juni bis August 2022 ein deutliches Plus in Aufkommen und Leistung gegen 2019 erzielt, jedoch war dieser Effekt nur temporär und wurde durch eine ungünstige Entwicklung im weiteren Jahresverlauf kompensiert.

Im Fernverkehr war die Entwicklung 2022 im Vergleich zum Vorkrisenniveau des Jahres 2019 auch noch negativ. Im gesamten Jahr, in dem der Fernverkehr auch durch den Kraftstoffpreisanstieg spürbar ange-regt wurde, verbleibt noch ein Minus gegenüber 2019 in Höhe von 6 % (Aufkommen) bzw. 3 % (Leistung). Verlagerungen hin zum SPFV aufgrund des 9-Euro-Tickets dürften sich in engen Grenzen gehalten haben. Dämpfend wirkten vielmehr zahlreiche Großbaustellen sowie ungünstige Wetter-lagen, die zu teilweisen spürbaren Reisezeitverlängerungen/Ausfällen führten.

Im Jahr 2023 wird der Eisenbahnverkehr – auch hier bei Eintreffen der Grundvoraussetzungen dieser Prognose u. a. zur Pandemie – spürbar wachsen; quantifiziert wird dies mit einem Plus von rund 15,3 % (Fahrgastzahl) bzw. 14,4 % p. a. (Leistung) gegenüber 2022.

Jedoch wird der Homeoffice-Effekt den SPNV nach aller Voraussicht stärker als alle anderen Verkehrsarten bremsen, da der Anteil des Berufsverkehrs hier rund ein Drittel beträgt und das Zuhause-Arbeiten bei längerer Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz weit häufiger zum Tragen kommt.

Im darauffolgenden Zeitraum bis zum Jahre 2024 wird sich im SPNV sowohl die Fahrgastzahl um 2,2 % als auch die Leistung um 1,9 % gegenüber dem Vorkrisenniveau erhöhen.

Für den Fernverkehr wird sich die konjunkturelle Erholung, die Fahrpreissenkung durch die Weitergabe der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes in 2020, der Kraftstoffpreisanstieg im PKW-Sektor sowie die Verbesserung und Ausweitung des Angebotes auf die Zeit nach der Überwindung der Pandemie positiv auswirken. Dem stehen dauerhaft dämpfende Effekte aus der Pandemie, in erster Linie durch den Ersatz von Geschäftsreisen durch Videocalls etc., entgegen. Hier hat sich während des Lockdowns vor allem die erheblich verbesserte Technologie und deren Diffusion in den Unternehmen spürbar aus-gewirkt, wenn-gleich die weitaus meisten Geschäfts- und Dienstreisen, bei denen der persönliche Kundenkontakt er-forderlich ist, nicht ersetzbar sein werden.

Somit verbleibt im Zeitraum von 2019 bis 2024 im SPFV ein solides Wachstum um 13 % (Fahrgastzahl) bzw. 17 % (Leistung). Pro Jahr entspricht das 2,5 % bzw. 3,2 %. Hier war die Nachfrage im Jahr 2022 nicht mehr

weit vom Vorkrisenniveau entfernt, so dass es im Jahr 2023 mit hoher Sicherheit über-troffen wird. Deshalb kann für das kommende Jahr nochmals ein kräftiges Plus um 17 % erwartet werden.

Für den gesamten Eisenbahnverkehr errechnet sich daraus für den Zeitraum 2019/24 ein (gesamtes) Plus zwischen 2019 und 2024 in Höhe von 6 % (Aufkommen) bzw. 8 % (Leistung). Daraus errechnen sich knapp zweistellige jahresdurchschnittliche Wachstumsraten gegenüber 2022. Diese sind überwiegend auf die weiteren Aufholeffekte zurückzuführen, die für das Jahr 2023 zu erwarten sind.

Gemäß der Bund-Länder-Einigung vom 2. November 2022 hat die Bundesregierung beschlossen, den Ländern im Jahr 2022 zusätzliche Regionalisierungsmittel in Höhe von EUR 1 Mrd. zur Verfügung zu stellen. Die jährliche Dynamisierungsrate der Regionalisierungsmittel wird ab dem Jahr 2023 von 1,8 % auf 3,0 % erhöht.

Nach Berechnungen des Bundesverkehrsministeriums werden die Länder in den Jahren 2022 bis 2031 zusätzliche Regionalisierungsmittel in Höhe von EUR 17,3 Mrd. erhalten.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob diese Finanzierung ausreicht um die Kosten der angestrebten Verkehrswende sowie der Angebotsoffensive, wie sie in den nächsten Jahren mit dem Deutschlandtakt erreicht werden soll, zu tragen.

Geschäftsfeld Güterverkehr

Das Geschäftsfeld Güterverkehr wurde im Jahr 2022 von der spürbaren Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Perspektiven gebremst. In der ersten Jahreshälfte 2022 schwächte sich die Weltkonjunktur spürbar ab. Dazu trugen die verminderte Dynamik in den USA, die Folgen der Non-Covid-Politik in China, die weiterhin gestörten Lieferketten, die politischen Einflüsse durch den Ukrainekrieg und zunehmend auch die drastischen Preissteigerungen bei Energierohstoffen bei. Im weiteren Verlauf des Jahres wurde dies durch die Energiekrise, die weiter steigende Inflation und die erheblich gestraffte Geldpolitik in weiten Teilen der Welt weiter verschärft.

Saldiert ist für das gesamtmodale Güterverkehrsaufkommen im Jahr 2022 ein sehr geringer Rückgang zu erwarten (-0,3 %). Die Leistung wird nahezu vollständig stagnieren.

Für den Schienengüterverkehr wird erwartet, dass das Transportaufkommen insgesamt nach rd. 391 Mio. Tonnen im Jahr 2019 erst im Jahr 2024 wieder eine Steigerung auf rd. 387 Mio. Tonnen erfährt und somit das Vorkrisenniveau erreicht werden kann.

Die Transportleistung wird voraussichtlich im gleichen Zeitraum in 2024 mit rd. 135 Mrd. Tonnenkilometern wieder das Vorkrisenniveau übersteigen. Der Anteil des kombinierten Verkehrs wird dabei im gleichen Zeitraum von rd. 57 Mrd. Tonnenkilometer auf rd. 64 Mrd. Tonnenkilometer anwachsen, wodurch die Bedeutung dieses Segments deutlich wird. Es ist daher weiterhin ein Zuwachs der durchschnittlichen Transportentfernung innerhalb des deutschen Verkehrsnetzes zu erwarten. Die nationalen Gütertransporte dürften dabei bis zum Jahr 2024 geringere Zuwächse aufweisen als Versand, Empfang und Durchgangsverkehre von Gütern. Damit nimmt die Bedeutung der grenzüberschreitenden Verkehre weiter zu.

Für 2023 wird eine annähernde Stagnation des Aufkommens (+ 0,1 %) und ein leichter Leistungszuwachs von 1,0 % erwartet gegenüber 2022, basierend auf Verlagerungseffekten von der Straße auf die Schiene als auch infolge von Nachholeffekten in der Weltwirtschaft. Für den Kombinierten Verkehr wird eine ähnliche Entwicklung prognostiziert.

2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2022 war im Geschäftsfeld Personenverkehr durch die Auswirkungen des Überfalls auf die Ukraine und in geringerem Ausmaß als im Vorjahr durch die weltweite Corona-Pandemie stark geprägt. Ebenfalls starken Einfluss übte die Knappheit von operativem Fahrpersonal sowie der schlechte Zustand der Eisenbahninfrastruktur der DB Netz aus. Die Zahl der zu befördernden Fahrgäste erholte sich wieder. Durch fehlende Triebfahrzeugführer kam es weiterhin zu vereinzelt Zugausfällen.

Im Geschäftsfeld Güterverkehr war in 2022 eine steigende Nachfrage im Intermodal- und Mineralölbereich zu verzeichnen, während bei den PKW-Verkehren eine große Schwankungsbreite erkennbar war. Im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres konnten aber Bestandsverkehre weiter ausgebaut werden sowie wesentliche Leistungen verlängert werden. Das Ergebnis in der Sparte Güterverkehr war geprägt durch die zu Beginn des Jahres enormen Preissteigerungen im Energiebereich sowie die im weiteren Verlauf steigende Inflation.

Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen wurden nicht eingeleitet.

Gegenüber den Prognosen des Lageberichtes der Vorperiode hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Geschäftsjahr 2022 nicht so positiv wie erwartet entwickelt. Wir verweisen auf die entsprechenden Ausführungen im Prognosebericht. Dennoch ist die Geschäftsentwicklung unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen insgesamt gut verlaufen.

Die kaufmännische Betreuung der Gesellschaft erfolgt auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin Rurtalbahn GmbH, Düren, bzw. der R.A.T.H. GmbH, Düren. Das Buchhaltungssystem mit integrierter Kostenrechnung ist an die unternehmensspezifischen Rahmenbedingungen der VIAS GmbH angepasst.

Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterstehen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Geschäftsführung und Geschäftsbereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Vergleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten für die VIAS GmbH werden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich, analysiert. Des Weiteren werden monatlich Kennzahlen zur Steuerung der unternehmerischen und betrieblichen Belange ermittelt und der Geschäftsführung und den Leitern der Geschäftsbereiche zur Verfügung gestellt.

III. Darstellung der Lage

a) Ertragslage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich:

Ergebnis in TEUR	2022	2021	Veränderung
Umsatzerlöse	84.393	47.145	37.248
Sonstige betriebliche Erträge	3.719	8.782	-5.063
Materialaufwand	-73.355	-37.901	-35.454
Personalaufwand	-1.393	-1.355	-38
Abschreibungen	-5.302	-5.268	-34
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.778	-2.004	-1.773
Zinsergebnis	-2.727	-2.889	162
Steuern	-616	-2.205	1.589
Jahresergebnis	940	4.306	-3.366

Die **Ertragslage** im Geschäftsfeld Personenverkehr ist maßgeblich von dem Betrieb der Rheingau-Linie geprägt. Ein Großteil der Gesamtleistung wurde durch die Einnahmen aus dem Verkehrs-Service-Vertrag mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH und dem Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV Nord) erzielt. Daher ist das Ausfallrisiko von Forderungen begrenzt. Im Geschäftsjahr erfolgte zudem eine Anpassung der Einnahmen auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten.

Seit 2019 beauftragt die RTB CARGO GmbH die VIAS GmbH im Rahmen eines neuen Transportvertrages mit der eigenständigen und umfassenden Durchführung des Schienentransports von Gütern der Kunden der RTB CARGO GmbH. Nach Maßgabe dieses geänderten Transportvertrages sind die an die VIAS gezahlten Schienentransportentgelte unter den Umsatzerlösen, die entsprechenden Kosten im Materialaufwand, ausgewiesen.

Die Ertragslage im Geschäftsfeld Güterverkehr ist aufgrund der deutlich kürzeren Laufzeiten von Transportaufträgen insgesamt volatiler, wobei durch eine Streuung auf unterschiedlichste Transportaufträge eine Diversifikation erfolgt.

Die Umsatzerlöse sind von TER 47.145 auf TEUR 84.393 gestiegen, im Wesentlichen durch eine deutliche Ausweitung der Güterverkehrserlöse um TEUR 16.416 auf TEUR 36.591, Einnahmen aus dem zum 1. Januar 2022 eingeführten Deutschlandtarif in Höhe von TEUR 4.743 sowie aus Leistungen im Rahmen des Kooperationsvertrages mit der VIAS Rail GmbH in Höhe von TEUR 5.280.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR 5.063 auf TEUR 3.719 resultiert aus den in 2021 erhaltenen rückwirkenden Trassenpreisförderungen für den Zeitraum 2020 bis 2021, die in 2022 nicht mehr in dieser Förderhöhe geleistet wurden.

Im Materialaufwand mit TEUR 73.355 (i. V. TEUR 37.901) stellen die Aufwendungen aufgrund der Verträge mit den Stadtwerken Tübingen GmbH, der DB Netz AG, der DB Station & Service AG sowie der DML Deutsche Mobilien Leasing GmbH die maßgeblichen Aufwendungen dar. Der Anstieg in Höhe von TEUR 35.454 resultiert im Wesentlichen aus deutlich gestiegenen Energiekosten sowie merklich angewachsenen Trassenkosten, insbesondere im Güterverkehrssektor.

Diese Trassenkostensteigerung in 2022 basiert auf gesunkenen TraFöG Fördersätzen. Bei der Trassenpreisförderung im Güterverkehr (TraFöG) handelt es sich um eine vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) initiierte Fördermaßnahme, mit der der umwelt- und klimafreundliche Schienengüterverkehr über eine anteilige Finanzierung der Trassenpreise gefördert werden soll.

Während die Trassenpreisförderung im Schienengüterverkehr ab dem 12. Dezember 2021 noch auf einem hohen Niveau von 86,6 % lag, wurde diese für den Zeitraum 1. Januar 2022 bis 30. September 2022 auf 44,9 % reduziert. Damit kehrt der Fördersatz wieder auf das Niveau vor Erhöhung der Fördermittel um die Corona-Hilfen zurück. Das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) hat für den Zeitraum 11. Dezember 2022 bis 30. Juni 2023 einen Fördersatz in Höhe von 48,3% beschieden.

Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten werden sich voraussichtlich steigend entwickeln. Jedoch sind die Preise für Trassen- und Stationsnutzung sowie der Materialbeschaffung vertraglich für das Geschäftsjahr fixiert. Die Entwicklung der Energiekosten ist stark von der weltweiten Nachfrage und des Angebots sowie der EEG-Umlage abhängig. Hier ist derzeit mit Steigerungen der Preise zu rechnen. Preissteigerungen im Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte teilweise kompensiert.

Der Posten Personalaufwand in Höhe von TEUR 1.393 (i. V. TEUR 1.355) verzeichnet einen Anstieg in Höhe von TEUR 38. Ursächlich sind insbesondere in 2022 erfolgte Tarifanpassungen sowie beglichene Leistungs-/Sonderzahlungen.

Der marginale Anstieg der Abschreibungen um TEUR 34 auf TEUR 5.302 (i. V. 5.268) resultiert im Wesentlichen aus den ganzjährigen planmäßigen Abschreibungen bei einem gestiegenen Anlagenbestand 2022 im Sachanlagenbereich.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von TEUR 2.004 auf TEUR 3.778 gestiegen. Der Anstieg in Höhe von TEUR 1.774 resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen periodenfremden Aufwendungen, Provisionsaufwand, insbesondere für den zum 1. Januar 2022 eingeführten Deutschlandtarif (der seit dem 1. Januar 2022 im Schienenpersonennahverkehr in Deutschland zur Anwendung kommt und den Nahverkehrstarif der Deutschen Bahn ablöst), erhöhten Marketingkosten bei gleichzeitig verminderten Fordeungsverlusten sowie Unfallkosten.

Während die Zinserträge nur geringfügig auf TEUR 115 (i. V. TEUR 124) gesunken sind, haben sich die Zinsaufwendungen deutlich um TEUR 170 auf TEUR 2.843 (i. V. TEUR 3.013) reduziert. Ursächlich hierfür sind die niedrigeren Zinsaufwendungen aus dem getätigten Mietkaufvertrag für die Schienenfahrzeuge.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belasten das Ergebnis in Höhe von TEUR 612 (i. V. TEUR 2.201) im Geschäftsjahr 2022.

In 2022 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 940 erzielt. Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang von TEUR 3.366 gegenüber dem Vorjahresultat in Höhe von TEUR 4.306. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen im Güterverkehrssektor aus enormen Preissteigerungen im Energiebereich, der im weiteren Verlauf gestiegenen Inflation sowie dem Anstieg der Trassenkosten durch die verminderte

Trassenpreisförderung. Diese Kosten konnten im Geschäftsjahr nur teilweise an die Kunden weitergegeben werden.

b) Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt die folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

		2022	2021
		TEUR	TEUR
	Periodenergebnis	940	4.306
+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.302	5.268
+/-	Zunahme/Abnahme der mittel- und kurzfristigen Rückstellungen	-1.621	7.180
-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 16.074	-528
+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 812	-4.102
Cashflow auslaufender Geschäftstätigkeit		- 12.264	12.123
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-549	-514
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-52
-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-98	-96
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		-647	-662
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		0	0
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds		-12.912	11.462
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	16.823	5.361
Finanzmittelfonds am Ende der Periode		3.911	16.823

Liquide Mittel werden zum 31. Dezember 2022 mit TEUR 3.911 (i. V. TEUR 16.823) ausgewiesen. Aufgrund des bestehenden Verkehrs-Service-Vertrags für die Rheingau-Linie erhält die VIAS GmbH festgelegte Vergütungen der Auftraggeber, die einer jährlichen Fortschreibung auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten durch den Auftraggeber unterliegen. Im Geschäftsfeld Güterverkehr sind gemäß Transportvertrag relationsspezifische Entgelte für die verschiedenen Transportaufträge vereinbart, die jährlich überprüft und ggf. angepasst werden.

Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leisten die Auftraggeber im Geschäftsfeld Personenverkehr gegenüber der VIAS GmbH monats- und quartalsweise Abschlagszahlungen auf den Grundanspruch. Die

Höhe der Abschlagszahlungen bemisst sich nach dem fortgeschriebenen Grundanspruch unter Anrechnung der auf Basis des Vorjahres ermittelten durchschnittlichen, kassentechnischen Einnahmen des Eisenbahnverkehrsunternehmens sowie unter Beachtung seiner pauschalen Zuwendungen nach § 145 SGB IX und erfolgt rechnerisch auf Basis der Preissteigerung gemäß den zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember vorliegenden relevanten Indizes des Vorjahres. Die Abrechnung der Transportaufträge im Geschäftsfeld Güterverkehr erfolgt wöchentlich, so dass hier eine große zeitliche Kongruenz des Anfalls von Kosten und Erlösen besteht.

Die endgültige Abrechnung des vertraglich vereinbarten Betriebsprogramms im Geschäftsfeld Personenverkehr erfolgt regulär zum 31. Mai des nachfolgenden Kalenderjahres durch den Auftraggeber. Zum Ende des Geschäftsjahres erfolgt eine vorläufige Abgrenzung.

Diese eigenen flüssigen Mittel stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die VIAS GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen.

Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, sich anbahnende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

c) Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der VIAS GmbH beträgt zum 31. Dezember 2022 TEUR 76.721 (i. V. TEUR 78.216).

Das **Anlagevermögen** beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 45.787 (i. V. TEUR 50.442). Der Rückgang in Höhe von TEUR 4.655 resultiert primär aus planmäßig getätigten Abschreibungen in 2022.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die **Vorräte** in Höhe von TEUR 5.031 (i. V. TEUR 2.463) sowie die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** in Höhe von TEUR 21.971 (i. V. TEUR 8.461). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Forderungen gegen verbundene Unternehmen (TEUR 11.237, i. V. TEUR 2.123) sowie angestiegenen sonstigen Vermögensgegenständen (TEUR 9.593, i. V. TEUR 5.301).

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** enthalten im Wesentlichen ausstehende Versicherungs-erstattungen (TEUR 827, i. V. TEUR 827), Steuererstattungsansprüche (TEUR 1.982, i. V. TEUR 1.574), ausstehende Abrechnungen mit dem Aufgabenträger RMV (TEUR 3.117, i. V. TEUR 2.891) sowie Abrechnungen im Rahmen des Transportvertrages zwischen der VIAS GmbH und der RTB CARGO GmbH (TEUR 3.000, i. V. TEUR 0).

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** in Höhe von TEUR 22 (i. V. TEUR 25) enthält im Wesentlichen eine Abgrenzung für einen Investitionszuschuss an das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen des Anschlusses einer Weiche im Bahnhof Kaub.

Das **Eigenkapital** beträgt zum 31. Dezember 2022 TEUR 16.220 (i. V. TEUR 15.280); dies entspricht einer Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) von 21,1 % (i. V. 19,5 %). Der Anstieg der Eigenkapitalquote resultiert im Wesentlichen aus dem Jahresergebnis von TEUR 940 bei einer um TEUR 1.494 gesunkenen Bilanzsumme.

Für das Jahr 2023 wird mit einer leicht sinkenden Eigenkapitalquote gerechnet. Die im Vorjahr prognostizierte tendenziell sinkende Eigenkapitalquote hat sich in 2022 nicht realisiert.

Zum 31. Dezember 2022 stellen auf der Passivseite die **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von TEUR 7.415 (i. V. TEUR 8.950) sowie die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von TEUR 50.537 (i. V. TEUR 50.510) die wesentlichen Posten dar. Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** bestehen insbesondere in Höhe von TEUR 45.719 (i. V. TEUR 48.666) gegenüber der DML Deutsche Mobilien Leasing GmbH aus dem Erwerb der Triebfahrzeuge in 2019.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten für die Gesellschaft eine rückläufige Entwicklung im Hinblick auf das Jahresergebnis. Diese Einschätzung basiert im Geschäftsfeld Personenverkehr auf dem zukünftig steigenden Aufwand für die Instandhaltung der FLIRT Fahrzeuge der Rheingau-Linie. Grundsätzlich stabilisierend wirkt sich der Geschäftsbereich Güterverkehr aufgrund des in 2019 neu gefassten Transportvertrages mit einer konstant hohen und beständigen Nachfrage aus.

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges sowie die damit zusammenhängende Entwicklung der Energie- und Materialkosten hat weltweit erhebliche Auswirkungen. Aufgrund der großen Unsicherheit der weiteren Entwicklung ist eine detaillierte abschließende Risikoeinschätzung derzeit nicht möglich. Die Auswirkungen auf die Umsatz- und Ertragslage der Gesellschaft befinden sich in einem noch überschaubaren Rahmen, die Planungen berücksichtigen die derzeit bekannten Risiken in entsprechendem Umfang. Allerdings sind insbesondere im Bereich der Materialbeschaffung und Fremdleistungen deutliche Preissteigerungen aufgrund der weitergereichten Inflationsentwicklung zu verzeichnen.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die operative Ergebnisentwicklung in allen Geschäftsfeldern, vor allem im Geschäftsfeld Güterverkehr, rückläufig sein wird.

Mit zunehmendem Alter der Fahrzeuge des Typs FLIRT der Firma Stadler ist mit steigendem Aufwand in der Instandhaltung der Fahrzeuge zu rechnen, der sich negativ auf die Entwicklung der Ertragslage auswirken wird. Hierunter fallen in 2023 insbesondere die weiteren Arbeiten im Rahmen der nächsten Stufe der schweren Instandhaltung der Fahrzeuge.

Als bedeutsame, finanzielle Leistungsindikatoren und erfolgskritische Schlüsselkennzahlen verwendet die VIAS GmbH zur internen Steuerung des Unternehmens die Kennzahlen EK-Quote und Umsatzrentabilität.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zu den Umsatzerlösen) beträgt rund 1,84 % (i. V. 13,81 %). Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr und entspricht tendenziell der qualifiziert-komparativen Prognose aus 2021 zur Entwicklung der Umsatzrendite.

Gründe hierfür waren ein deutlich gesunkener Jahresüberschuss vor Steuern bei merklich gestiegenen Umsatzerlösen. Die Ursachen der höheren Umsatzerlöse sowie des gesunkenen Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr sind in den Darstellungen zur Ertragslage enthalten.

Für das Jahr 2023 wird mit einer leicht sinkenden Umsatzrendite gerechnet.

Darüber hinausgehende wesentliche Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre sind nicht ersichtlich.

V. Chancen- und Risikobericht

Die VIAS GmbH befindet sich in einer guten Ausgangsbasis für die zukünftigen Wettbewerbsverschärfungen und Wettbewerbschancen. Maßgeblich ist hier, dass sich die VIAS GmbH erfolgreich in der internationalen Verkehrsausschreibung der Aufgabenträger Rhein-Main-Verkehrsverbund und Zweckverband SPNV Nord für den Betrieb der Linie RB 10 durchsetzen konnte und ab dem Fahrplanwechsel 2023/2024 die Verkehrsleistung auf der `Rheingau-Linie` weiterhin erbringen kann.

Im Geschäftsfeld Güterverkehr werden verschiedene Produktgruppen (z. B. Intermodal, Liquid, Bulk, Automotive) bedient. Vor allem im Bereich Automotive sind die Veränderungen im Markt erkennbar, die genauen Auswirkungen können in der jetzigen Situation weder hinsichtlich Dauer noch Ausmaß abschließend beziffert werden.

Im Geschäftsfeld Personenverkehr sind die Auswirkungen insgesamt geringer, so dass dieses Geschäftsfeld eine stabilisierende Wirkung auf die Liquiditätssituation des Gesamtunternehmens hat. Daher führen sinkende Umsätze nur zu einem geringen Liquiditätsrisiko.

Die VIAS GmbH wird die Rheingaulinie RB 10 zwischen Frankfurt, Wiesbaden sowie Koblenz und Neuwied weiter bedienen. Dies haben in 2021 die Aufgabenträger RMV (Rhein-Main Verkehrsverbund) und der SPNV Nord aus Rheinland-Pfalz beschlossen. Der neue Vertrag wird von Dezember 2023 bis Ende 2038 laufen.

Die 19 Flirt-Fahrzeuge der VIAS sollen schrittweise modernisiert werden. Bei dem Verkehrsvertrag gelten die Tariftreuegesetze beider Länder.

Unser Schwesterunternehmen, die VIAS Rail GmbH wird nach Ausschreibung des Rhein-Main-Verkehrsverbunds (RMV) und des Zweckverbands Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV-Nord) die neue RegionalExpress-Linie RE19 betreiben. Ab Dezember 2025 wird die neue zusätzliche RE-Verbindung alle zwei Stunden rechtsrheinisch zwischen Koblenz und Frankfurt unterwegs sein und die bestehende Regionalbahn-Linie RB10 ergänzen, die an allen Bahnhöfen hält und bereits seit 2010 von der VIAS GmbH betrieben wird. Damit stärkt die RATH-Gruppe nachhaltig die Position ihres SPNV in der Region Rhein-Main, da dieser Verkehrs-Service-Vertrag synchronisiert mit der wieder betrauten Rheingau-Linie RB 10 bis Ende 2038 läuft.

Das Netz der RegionalExpress-Linie RE19 umfasst knapp 875.000 Zug-km pro Jahr und verstärkt insbesondere in den Hauptverkehrszeiten die Verbindungen zwischen Neuwied/Koblenz und Frankfurt, mit Ausläufern nach Koblenz-Gondorf an der Moselstrecke.

Aufgrund der Einigung zwischen Bund und Ländern über die Höhe der Regionalisierungsmittel in den Jahren 2015 bis 2030 besteht nun für die Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr eine große Finanzierungssicherheit. Ebenso ist der Aufteilungsschlüssel auf die Bundesländer dahingehend geändert worden, dass Ballungsräume stärker berücksichtigt werden, was tendenziell den Aufgabenträgern der Gesellschaft zu Gute kommt.

Im Rahmen des Klimapakets hat die Bundesregierung beschlossen, die Regionalisierungsmittel in den Jahren 2020 bis 2023 zu erhöhen und im Sinne der Planungssicherheit für die Länder zu dynamisieren. Durch die zusätzlich vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel haben die Länder die Möglichkeit, die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs attraktiver zu gestalten und die Fahrgastzahlen zu erhöhen.

Gleichwohl besteht das Risiko, aber auch die Chance, dass aufgrund veränderter Rahmenbedingungen die Aufgabenträger Rhein-Main-Verkehrsverbund und Zweckverband SPNV Nord Leistungsänderungen, wie z. B. Änderungen der Betriebs- und Taktzeiten oder Änderungen im Fahrplanangebot verlangen, die zu einer Änderung des Grundanspruchs führen.

In 2022 wurden Taktfrequenzen und Kapazitäten durch die Aufgabenträger nicht wesentlich erweitert. Für 2023 erwartet die Geschäftsleitung eine Leistungsausweitung im Rahmen des neuen Verkehrs-Service-Vertrages.

Ein weiteres Risiko besteht bei nicht planbaren Betriebsstörungen, wie beispielsweise bei Fahrzeugausfällen, Unfällen oder durch die zuständigen Behörden oder Eisenbahninfrastrukturunternehmen kurzfristig bekannt gemachten Einschränkungen des Schienenverkehrs, die auch zu Zugausfällen und daher auch Umsatzausfällen führen können.

Diesem Wagnis beugt die VIAS GmbH durch das Vorhalten einer adäquaten Betriebsleitstelle sowie eines Notfall- und Störungsmanagements vor, das im Bedarfsfall ein kurzfristiges Handeln ermöglicht.

Im Geschäftsfeld Personenverkehr wurde im Verkehrs-Service-Vertrag ein Anreizsystem zur Bewertung und Gewichtung von Leistungs- und Qualitätskriterien inkl. eines Bonus/Malus-Systems vereinbart, das als Bestandteil des Verkehrs-Service-Vertrags zur grundsätzlichen Anhebung der Qualität der Leistungserstellung in Richtung einer noch stärkeren Ausrichtung auf kundenorientierte Produkte und Dienstleistungen und damit der Zuverlässigkeit des Gesamtsystems SPNV beitragen soll. Das Bonus/ Malus-System basiert auf definierten Qualitätsstandards (Akzeptanzwerten) zu angegebenen objektiven und subjektiven Qualitätskriterien. Während für die objektiv messbaren Qualitätskriterien über regelmäßige Erfassung und Auswertung von Daten die Zielerreichungsgrade ermittelt werden, werden für die subjektiven Kriterien über regelmäßige Kundenbefragungen und deren Auswertung die Bewertungsziffern ermittelt. Die ermittelten Zielerreichungsgrade (objektive Qualitätskriterien) bzw. Bewertungsziffern werden jährlich mit den vorgegebenen Akzeptanzwerten verglichen.

Im Geschäftsfeld Güterverkehr erfolgt das Leistungsmonitoring zug- und relationsbezogen zur Sicherstellung der frühzeitigen Wahrnehmung von Problemschwerpunkten, die zu systematischen Störungen und Leistungsausfällen führen können.

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges sowie die damit zusammenhängende Entwicklung der Energiekosten hat weltweit erhebliche Auswirkungen. Aufgrund der großen Unsicherheit der weiteren Entwicklung ist eine detaillierte abschließende Risikoeinschätzung derzeit nicht möglich. Die Auswirkungen auf die Umsatz- und Ertragslage der Gesellschaft befinden sich in einem noch überschaubaren Rahmen, die Planungen berücksichtigen die derzeit bekannten Risiken in entsprechendem Umfang. Zu den weiteren Ausführungen wird auf den Prognosebericht verwiesen.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die VIAS GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Geschäftsbereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, das durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen.

Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft. Investitionen werden weitgehend aus Eigenmitteln finanziert. Eine Aufnahme kurzfristiger Finanzierungsmittel ist aus Sicht der Geschäftsführung nur temporär notwendig.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

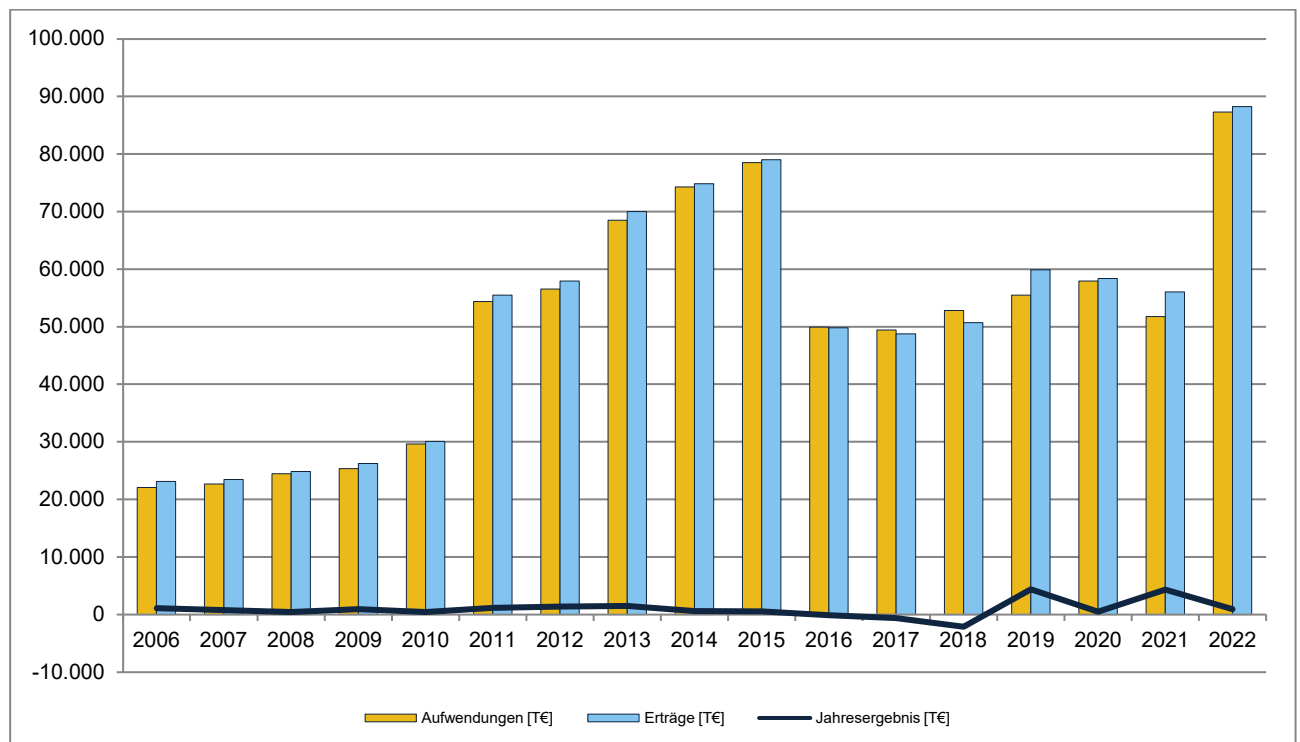
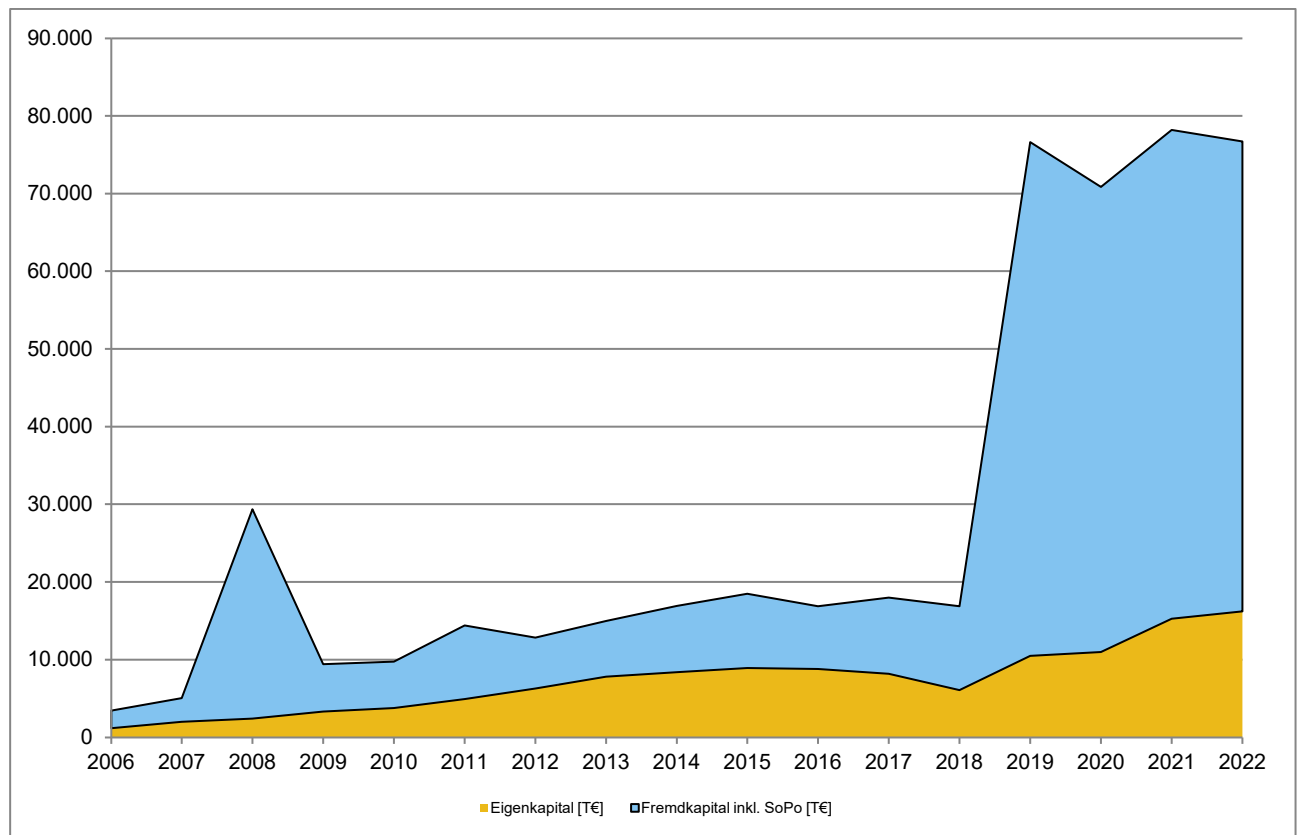
Geschäftsführung:	Reh, Franz	Frankfurt am Main
	Auler, Jochen	Frankfurt am Main
	Hermanns, Marcel	Düren
	Eßer, Thomas	Frankfurt am Main

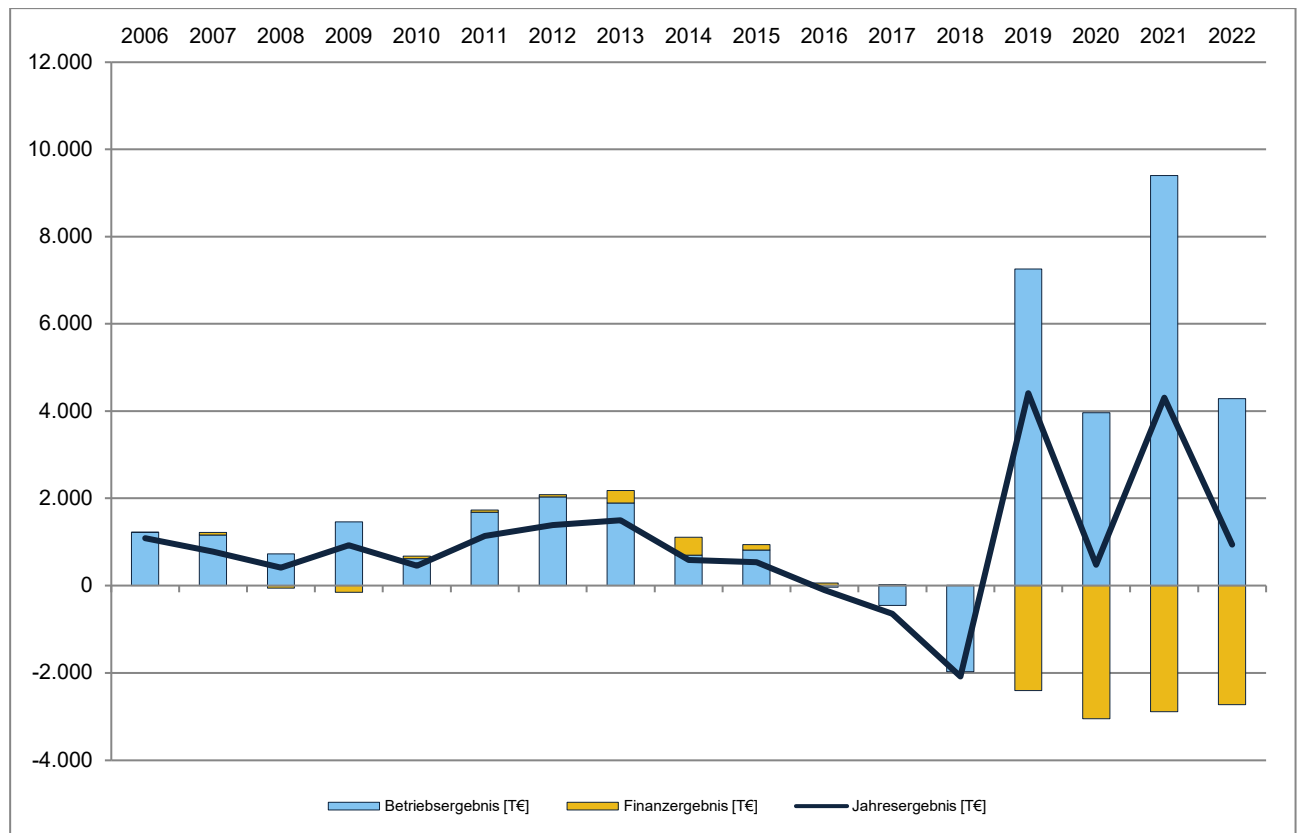
Gesellschafterversammlung:	Beschlüsse der Gesellschaft werden in der Gesellschafterversammlung gefasst.

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	15,49%	19,54%	21,14%	1,61%
Eigenkapitalrentabilität	4,34%	28,18%	5,80%	-22,38%
Anlagendeckungsgrad 2	108,34%	120,93%	35,43%	-85,50%
Verschuldungsgrad	545,45%	411,83%	372,96%	-38,87%
Umsatzrentabilität	7,17%	19,94%	5,08%	-14,86%

26 Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH



Urbanusstraße 1
52372 Kreuzau
Telefon: 02422/ 94 76 200
Telefax: 02422/ 94 76 250
E-Mail: info@wasserwerk-concordia.de
Homepage: www.wasserwerk-concordia.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Aufgaben des Unternehmens sind die Wasserversorgung der Einwohner des Versorgungsgebietes sowie der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienenden Geschäfte.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	490,00	49
Gemeinde Kreuzau	510,00	51
Stammkapital	1.000,00	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	43.006,00 €	39.187,00 €	35.631,50 €	-3.555,50 €	-9,07%
II. Sachanlagen	10.337.604,09 €	10.982.423,88 €	11.492.410,89 €	509.987,01 €	4,64%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	116.111,94 €	127.537,78 €	127.537,78 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	268.977,13 €	309.796,72 €	283.384,81 €	-26.411,91 €	-8,53%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	584.227,51 €	273.683,18 €	950.867,97 €	677.184,79 €	247,43%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	273,85 €	5.317,55 €	468,72 €	-4.848,83 €	-91,19%
Summe Aktiva	11.350.200,52 €	11.737.946,11 €	12.890.301,67 €	1.152.355,56 €	9,82%

Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	1.238,53 €	1.238,53 €	1.238,53 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnvortrag	164.513,31 €	164.513,80 €	164.514,18 €	0,38 €	0,00%
IV. Jahresüberschuss	75.314,04 €	50.303,42 €	104.610,18 €	54.306,76 €	107,96%
B. Empfangene Ertragszuschüsse	692.964,66 €	729.255,26 €	898.064,75 €	168.809,49 €	23,15%
C. Rückstellungen	123.504,02 €	179.449,64 €	153.286,11 €	-26.163,53 €	-14,58%
D. Verbindlichkeiten	9.292.665,96 €	9.613.185,46 €	10.568.587,92 €	955.402,46 €	9,94%
Summe Passiva	11.350.200,52 €	11.737.946,11 €	12.890.301,67 €	1.152.355,56 €	9,82%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.497.541,56 €	2.522.281,66 €	2.656.038,54 €	133.756,88 €	5,30%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	66.809,03 €	75.325,02 €	52.360,98 €	-22.964,04 €	-30,49%
3. sonstige betriebliche Erträge	80.486,25 €	20.677,35 €	28.448,65 €	7.771,30 €	37,58%
4. Materialaufwand	430.528,75 €	464.997,55 €	444.773,17 €	-20.224,38 €	-4,35%
5. Personalaufwand	936.294,68 €	902.895,02 €	897.849,64 €	-5.045,38 €	-0,56%
6. Abschreibungen	490.666,18 €	525.548,60 €	547.635,27 €	22.086,67 €	4,20%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	493.141,63 €	455.395,56 €	481.331,05 €	25.935,49 €	5,70%
Betriebsergebnis	294.205,60 €	269.447,30 €	365.259,04 €	95.811,74 €	35,56%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	104,54 €	329,91 €	5,99 €	-323,92 €	-98,18%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	176.502,09 €	189.848,32 €	196.953,04 €	7.104,72 €	3,74%
Finanzergebnis	-176.397,55 €	-189.518,41 €	-196.947,05 €	-7.428,64 €	3,92%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	117.808,05 €	79.928,89 €	168.311,99 €	88.383,10 €	110,58%
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	37.028,24 €	24.156,26 €	57.462,00 €	33.305,74 €	137,88%
12. sonstige Steuern	5.465,77 €	5.469,21 €	6.239,81 €	770,60 €	14,09%
Jahresergebnis	75.314,04	50.303,42	104.610,18	54.306,76 €	107,96%

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beinhaltet die Versorgung mit Trink- und Brauchwasser der Einwohner des Versorgungsgebietes der Gemeinde Kreuzau.

Forschung und Entwicklung betreibt die Gesellschaft nicht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

a) Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,9% höher als im Vorjahr. „Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2022 geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine wie den extremen Energiepreiserhöhungen“, sagte Dr. Ruth Brand, seit 1. Januar 2023 neue Präsidentin des Statistischen Bundesamtes. „Hinzu kamen verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie. Trotz dieser nach wie vor schwierigen Bedingungen konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 insgesamt gut behaupten“, so Brand weiter. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2022 um 0,7% höher.

b) Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Mit dem „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2020“ gaben ATT, BDEW, DBVW, DVGW, DWA und VKU in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wieder einen Überblick der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland, und es zeigt, dass die von Politik und Wasserwirtschaft gleichermaßen verfolgte Modernisierungsstrategie auch unter schwieriger werdenden Randbedingungen wirksam ist. (Das in 2023 zu aktualisierende Branchenbild lag zum Aufstellungszeitpunkt noch nicht vor.)

Demografischer Wandel, der sich abzeichnende Klimawandel, steigender und teilweise konkurrierender Wasserbedarf in der Gesellschaft, der verfeinerte Nachweis und die Minimierung des Eintrags anthropogener Spurenstoffe und weiterer Verunreinigungen sowie Nutzungskonflikte mit Industrie, Landwirtschaft und energiepolitischen Zielen sind die aktuellen Herausforderungen der deutschen Wasserwirtschaft. Trinkwasserversorger und Abwasserentsorger stellen sich diesen Aufgaben und setzen sich vor Ort für flexible und angepasste Lösungen im gesellschaftlichen Konsens ein.

Der Aufwand für die Trinkwasserbereitstellung wird von der lokalen Verfügbarkeit der Wasserressourcen (Quell-, Grund-, Oberflächenwasser) und der Rohwasserqualität bestimmt.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind in Deutschland Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und unterliegen der Zuständigkeit der Gemeinden oder anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Ihre demokratisch legitimierten Organe treffen die strategischen Entscheidungen über Organisationsformen, Beteiligungen und Kooperationen.

Die Wasserversorgung ist wesentlicher Bestandteil der kritischen Infrastrukturen in Deutschland. Hohe Sicherheits- und Qualitätsstandards gewährleisten zusätzlich, dass auch in Krisensituationen die Versorgung mit Trinkwasser ohne Einschränkungen funktioniert.

Die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH nimmt seit 2014 regelmäßig am Benchmark des eingangs genannten „Branchenbildes“ teil. Ein wichtiger Schritt hieraus war in den letzten Jahren die Steigerung der Rohrnetzerneuerungsrate, welche durch Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung beschlossen wurde.

2. Geschäftsverlauf

Gegenüber dem Vorjahr sind im Berichtsjahr 2022 – trotz der insbesondere durch den Ukrainekrieg hervorgerufenen Lieferkettenunterbrechungen und Energiekostensteigerungen – keine unerwarteten Veränderungen im Geschäftsverlauf eingetreten, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben. Es war jedoch erkennbar, dass allgemeine Preissteigerungen im Bereich des Tiefbaus sowie in der Materialbeschaffung zukünftig zu Herausforderungen in den betriebsinternen Kalkulationen führen werden.

Für die Gewinnungsanlage Lohberg besteht für die Zeit vom 01. Oktober 2006 bis 30. September 2026 ein Wassergewinnungsrecht für jährlich 1.100.000 m³ Grundwasser aus den vorhandenen Tiefbrunnen. Die Ingenieurleistungen zur Erstellung des Antrages zur Beantragung des neuen Wassergewinnungsrechtes sind bereits beauftragt, sodass 2024 der Antrag bei der Bez.-Reg. Köln eingereicht werden kann.

Im Berichtsjahr betrug die über Hauswasserzähler abgegebene Wassermenge inklusive der Fördermenge an die Stadtwerke Düren 992.118 m³ (Vorjahr: 999.308 m³). Die Wasserabgabe an Endverbraucher ist somit im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben (-0,72%).

Die Wasserverluste haben sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. So stellt sich die Verlustrate für das Jahr 2022 mit 11,5 % dar gegenüber 14 % im Vorjahr. Während die Hälfte der Ortsteile nur noch Wasserverluste von deutlich unter 10 % ausweisen, fallen andere Ortsteile mit teils deutlichen Wasserverlusten auf. Insbesondere im Ortsteil Üdingen wurden Wasserverluste von 21 % errechnet, trotzdem konnten hier die Verluste vom Vorjahr um 29% reduziert werden. Auch die Ortslage Stockheim fällt mit Wasserverlusten von rd. 21% auf. Diese Wasserverluste sind überwiegend damit begründet, dass defekte Hausanschlussleitungen nur sehr erschwert in vorhandener Ortsbebauung lokalisiert werden können.

Die Anzahl der versorgten Einwohner stieg im Geschäftsjahr von 16.521 (Stichtag 31.12.2021) auf 16.778 (Stichtag 31.12.2022).

Laut Wirtschaftsplan 2022 wurden für das Wirtschaftsjahr 2022 Umsatzerlöse aus der Wasserabgabe an Endverbraucher und SWD mit T€ 2.516 geplant. Tatsächlich betrugen die Erlöse einschließlich der Wasserabgabe an die SWD für das Geschäftsjahr 2022 T€ 2.530 – der Planwert wurde somit erreicht.

Der Personalaufwand für das Wirtschaftsjahr 2022 wurde im Plan mit T€ 948 angesetzt, tatsächlich betrug der Personalaufwand im Jahr 2022 rd. T€ 898. Hintergrund für den Rückgang sind vor allem mehrere Langzeiterkrankungen, deren vakante Stellen nicht sofort durch Aushilfskräfte besetzt wurden.

In 2022 ist nur noch ein Fall im förmlichen wasserrechtlichen Entschädigungsverfahren offen. Nach einem Erörterungstermin bei der Bezirksregierung Köln im September 2020 wurde dem

Antragsteller bereits mitgeteilt, dass bei Entscheidung eine Forderung vermutlich dem Grunde nach abzulehnen sei, worauf anschließend eine Ablehnung der Bezirksregierung folgte. Gegen diese Entscheidung hat der Antragsteller geklagt. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung ist das Klageverfahren noch anhängig. Es ist davon auszugehen, dass frühestens 2024 durch das Verwaltungsgericht Aachen eine Entscheidung herbeigeführt wird. Wir gehen nach unserer wie auch nach der Rechtsauffassung der Bezirksregierung davon aus, dass auch das Gericht dem folgen wird. Jedoch bleibt ein Prozessrisiko, weshalb wir am Ansatz einer Rückstellung in Höhe von 40T€ weiterhin festhalten.

Investitionen wurden – wie bereits im Vorjahr – im Wesentlichen in Erneuerungen des Rohrnetzes und von Hausanschlussleitungen getätigt.

Insgesamt hat sich die Geschäftsentwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH in 2022 bezüglich der Erträge erwartungsgemäß entwickelt; die Summe der erzielten Gesamterträge liegt mit T€ 2.737 auf Planniveau (T€ 2.694). Gegenüber dem Planansatz geringeren Personal- und Steueraufwendungen standen leicht gestiegene Material- und sonstige betriebliche Aufwendungen gegenüber. Insgesamt übersteigt das Jahresergebnis mit T€ 104 deutlich den Planansatz von T€ 56 und ist auch im Vergleich zum Vorjahr (T€ 50) gestiegen.

3. Lage

a) Ertragslage

Die **Umsatzerlöse** aus der Wasserabgabe sowie die sonstigen Umsatzkomponenten stellen sich wie folgt dar:

in T€	2023 Wirtschafts- plan	2022	2021
Entgelte aus der Wasserabgabe an Endverbraucher + SWD	2.666	2.530	2.404
Hydrantengebühr	9	9	9
Auflösung des Passivpostens für empfangene Ertragszuschüsse	60	51	48
Mieterlöse und übrige Erlöse	100	66	61
Umsatzerlöse	2.835	2.656	2.522

Der Grundpreis für Hauswassermesser wurde zum 01.01.2022 von bisher 14,00 € um 1,50 € auf 15,50 €/Monat erhöht. Der Verbrauchspreis wurde beibehalten (1,65 €/m³). Die Steigerung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr ist ganz überwiegend auf die Anpassung des Grundpreises zurückzuführen.

Der **Aufwand für Material und bezogene Leistungen** ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 20 auf T€ 445 gesunken.

Die **Wasserbezugspreise** für die Wasserlieferung durch die Stadtwerke Düren zur Versorgung des Ortsteils Obermaubach betrugen im Wirtschaftsjahr 2022 durchschnittlich 0,65 €/m³ (Vorjahr: 0,66 €/m³) und des Wohnplatzes Welk durchschnittlich 0,63 €/m³ (Vorjahr: 0,44 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserleitungszweckverbandes der Neffeltalgemeinden zur Versorgung des Ortsteils Leversbach betrug im Wirtschaftsjahr 2022 durchschnittlich 1,09 €/m³ (Vorjahr: 0,99 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserversorgungszweckverbandes Perlenbach zur Versorgung der Ortsteile Bogheim, Bergheim und Schlagstein betrug im Wirtschaftsjahr 2022 durchschnittlich 0,85 €/m³ (Vorjahr: 0,78 €/m³).

Der **Personalbestand** betrug im Berichtsjahr 2022 im Innendienst drei Ganztagskräfte und eine Teilzeitkraft. Im Außendienst waren im Geschäftsjahr 2022 neun Vollzeitarbeitskräfte sowie seit August 2022 ein Azubi für den Beruf des Rohrleitungsbauers und ein geringfügig Beschäftigter tätig. Die Verringerung der Personalkosten ist vor allem darin begründet, dass vakanten Stellen bei Langzeiterkrankungen nicht durch Aushilfskräfte besetzt wurden.

in T€	2023 Wirtschafts- plan	2022	2021
Löhne und Gehälter	783	698	697
Soziale abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unter- stützung	220	200	206
Personalaufwand	1.003	898	903

Die **Abschreibungen** betrugen im Geschäftsjahr 2022 rd. T€ 548 (Vorjahr T€ 526). Die deutliche Steigerung der Abschreibungen spiegelt insbesondere die Investitionen des Geschäftsjahres und des Vorjahres in die Erneuerung des Rohrnetzes sowie der Hausanschlüsse wider.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betrugen im Jahr 2022 rd. T€ 481 (Vorjahr T€ 455). Hierin enthalten sind unter anderem die sonstigen Abgaben (hier: Konzessionsabgabe) mit rd. T€ 238 (Vorjahr: T€ 227) und der Verwaltungskostenbeitrag mit unverändert T€ 11. Der Anstieg beruht zudem auf den gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Aufwendungen für Wasserentnahmeentgelte und Wasserschutzmaßnahmen (T€ 56 gegenüber T€ 52 im Vorjahr) sowie gestiegenen PKW- und Fortbildungskosten. Einsparungen gegenüber den Vorjahren konnten im Bereich der Rechts- und Beratungskosten verzeichnet werden.

Die **Zinsaufwendungen** betrugen im Geschäftsjahr 2021 T€ 197 (Vorjahr T€ 190). In den Zinsaufwendungen enthalten sind Aufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten (Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten), für langfristige Verbindlichkeiten (Zinsaufwand für Darlehen) und zinsähnliche Aufwendungen.

b) Finanzlage

Unsere Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die Liquiditätslage war in 2021 weiterhin durch Investitionen in das Sachanlagevermögen sowie korrespondierend hierzu aufgenommene neue Kreditmittel geprägt. Zum Ende des Geschäftsjahres 2022 bestanden Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Kontokorrentkrediten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 9.915 (Vorjahr: T€ 9.070). Neu aufgenommenen bzw. verspätet abgerufenen Darlehen in Höhe von T€ 1.300 standen dabei Darlehenstilgungen in Höhe T€ 455 gegenüber. Der Kreditrahmen zur Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten beträgt weiterhin T€ 250.

Die Liquidität betrug zum 31.12.2022 insgesamt T€ 951.

Die bisherigen und noch anstehenden Investitionsmaßnahmen in die Verteilnetze und -anlagen werden in den kommenden Jahren – bei ansonsten gleichen Ergebnisrahmendaten – einen stärkeren Fokus der Betrachtung auch auf den Cashflow aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierung notwendig machen, um sicherzustellen, dass die Gesellschaft bei positiven Ergebnissen auch liquiditätsseitig das finanzielle Gleichgewicht einhält. Mit einem operativen Cashflow von T€ 914 zuzüglich Einzahlungen aus Ertragszuschüssen von T€ 220 konnte die Gesellschaft in 2022 den Kapitaldienst (Zins und Tilgung) von T€ 652 stemmen und darüber hinaus einen Teil der Investitionen in Höhe von T€ 1.055 selbst finanzieren. Die Finanzierung des restlichen Teils der Investitionen erfolgte durch Darlehensneuaufnahme. Das finanzielle Gleichgewicht war gesichert.

c) Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2022 wurden – wie bereits in den Vorjahren – Investitionen in Rohrnetzerneuerungen und -erweiterungen durchgeführt. Von insgesamt in 2022 investierten T€ 1.055 betrafen T€ 980 die Verteilnetze und Hausanschlüsse. Schwerpunkt in 2022 waren dabei die Erneuerung der Versorgungsleitungen und Hausanschlüsse in Üdingen, Im Seel und Dorfstraße. Es wurden aber auch laufend Hausanschlüsse erneuert, bei denen eine Reparatur aufgrund des Alters nicht mehr möglich war.

Der Anteil des Sachanlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt nunmehr 89% gegenüber 94% zum Vorjahresstichtag. Dem Anstieg bei den Sachanlagen stand dabei ein Anstieg des Umlaufvermögens und der liquiden Mittel gegenüber, so dass das Anteilsverhältnis insgesamt zurückgegangen ist.

Hinsichtlich der Vermögens- und Kapitalstruktur hatten die Investitionen keinen nennenswerten Einfluss. Zwar erfolgte die Finanzierung der Investitionen durch Darlehensaufnahme bei der Sparkasse Dürren. Durch das gestiegene Jahresergebnis (T€ 105 gegenüber T€ 50 im Vorjahr) ist die bilanzielle Eigenkapitalquote zum Stichtag trotz Vollausschüttung des Ergebnisses 2021 weiterhin bei 10 % der Bilanzsumme.

I. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unsere Unternehmenssteuerung die Kennzahlen abgegebene Wassermenge, durchschnittlicher Wasserpreis sowie EBT heran.

Die abgegebene Wassermenge nach Wasserverlust beträgt im Geschäftsjahr 992.118 cbm (Vorjahr 999.308 cbm). Der um den Eigenverbrauch bereinigte Wasserverlust beträgt im Geschäftsjahr ca. 11,5 % (Vorjahr 13,6 %) und hat sich damit verringert.

Der durchschnittliche Wasserpreis pro Kubikmeter beträgt im Geschäftsjahr € 3,44 brutto (Vorjahr € 3,27 brutto). Der durchschnittliche Wasserpreis ist um die Förderung an die Stadtwerke Düren bereinigt.

Das EBT ist von T€ 74 im Vorjahr auf T€ 162 gestiegen, wobei sich der Anstieg sowohl aus einer Erhöhung der Umsatzerlöse als auch aus einer Vielzahl sich teils kompensierender, teils verstärkender Effekte in den Aufwendungen ergibt wie oben erläutert.

III. Prognosebericht

Zwar ist das erste Quartal 2023 nicht mehr durch die Corona-Pandemie geprägt, der Ukrainekonflikt birgt jedoch in vielen Bereichen erhebliche volkswirtschaftliche Risiken, wie etwa durch gestörte Lieferketten, stark steigende Energie- und Allgemeinkosten sowie hieraus resultierend eine kontinuierliche Steigerung der Inflationsrate. Vieles weist jedoch darauf hin, dass sich die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland derzeit wieder normalisiert. Allerdings ist anzunehmen, dass der Ukraine-Konflikt dazu führt, dass langfristige Planungen aufgrund der Unsicherheit der Preisentwicklungen insbesondere im Baubereich nur noch erschwert möglich sein werden.

Zwar sind für 2023 weitere Investitionen in Netzerneuerungen geplant, der Schwerpunkt wird in 2023 jedoch in der Abteufung der Erkundungsbohrung des neu zu errichtenden Brunnens 5 sein, sollten rechtzeitig die entsprechenden Genehmigungen der Bezirksregierung Köln vorliegen. Grundlage bildet das 2020 aktualisierte Finanzierungs- und Investitionskonzept, welches in der Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung im März 2021 vorgestellt wurde und als Ausgangsbasis für die Planung weiterer Investitionen in den Jahren 2022 ff. dient. Für das Wirtschaftsjahr 2023 sind im Wirtschaftsplan insgesamt Investitionen im Umfang von rd. T€ 862 geplant. Die in den kommenden Jahren durchzuführenden Investitionsmaßnahmen sind dabei überwiegend mit Fremdmitteln zu finanzieren.

Es besteht seit dem 11.04. 2023 ein neuer Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Kreuzau mit wirtschaftlicher Wirkung ab dem 01.07.2023. Der Konzessionsvertrag hat zunächst eine Laufzeit von 20 Jahren und läuft bis zum 30.06.2043. Durch die Vertragslaufzeit ist die Gesellschaft einerseits mit entsprechenden Aufwendungen für Konzessionsabgaben gebunden, was andererseits aber die Planungssicherheit erhöht.

Für das Geschäftsjahr 2023 wurde eine Erhöhung der Grundpreise für Haus- und Verbundwassermesser beschlossen. Hierdurch ergeben sich im aktuellen Wirtschaftsplan für 2023 geplante Umsatzerlöse in Höhe von T€ 2.835 und Gesamtplanerträge von T€ 2.865 (Ist 2022: T€ 2.737). Es wird für 2023 mit einem Ergebnis vor Steuern von T€ 182 gerechnet.

IV. Chancen- und Risikobericht

Der aktuelle Ukraine-Konflikt beeinflusst zwar nicht die eigentliche Geschäftstätigkeit der Gesellschaft, es besteht jedoch aus den damit einhergehenden Lieferengpässen und Kostensteigerungen insb. auch im Bausektor das Risiko, dass geplante Investitionen im Zusammenhang mit der Rohrnetz- und Anlagenunterhaltung nicht vollständig oder nur unter höheren Investitionskosten umgesetzt werden können. Dies hätte – durch gestiegenen Zins- und Abschreibungsaufwand – mittelfristig Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft.

Die Chancen- und Risikoeinschätzung hat sich im Übrigen gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt einer Vielzahl von Risiken, die untrennbar mit der unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind.

Das europäische Parlament hat im Frühjahr 2013 darüber beraten, den Vorschlag der Kommission zur Vergabe von Konzessionsrichtlinien anzuwenden. Dies hätte zu einer Öffnung des Wassemarktes und zu einer Ausschreibungspflicht von Konzessionsverträgen geführt. Nach heftigem Protest der Fachverbände BDEW, VKU und des Städte- und Gemeindebundes wurde insbesondere die Bundesregierung davon überzeugt, auf eine Herausnahme des Wassemarktes aus der Konzessionsvergaberichtlinie zu drängen. Aufgrund dieser Proteste ist es gelungen, eine überarbeitete Fassung der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie zu erwirken. Teil dieser Einigung ist die Herausnahme des Wassers aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie. Somit ist eine „Privatisierung“ des Wassemarktes nicht mehr zu befürchten.

Eine Beibehaltung der Wasserversorgung durch die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist aufgrund der Zwecksetzung gemäß § 7 Abs. 1 b des Gesellschaftsvertrages gegeben. Gemäß § 8 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH obliegt dem Wasserwerk Concordia die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser im Gemeindegebiet Kreuzau, mit Ausnahme des Ortsteils Untermabach sowie der Wohnplätze Bilstein und Langenbroich. Von daher ist eine Abwanderung des Kundenstamms auszuschließen.

Aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen Brunnenregenerierungs- bzw. -sanierungsmaßnahmen und der laufenden Rohrnetz- und Anlagenunterhaltung sind versorgungstechnische langfristige Störungen nicht zu erwarten.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt aufgrund ihres Versorgungsgebietes über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind bis zum heutigen Tag nur im geringen Umfang zu verzeichnen.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über die vorhandenen liquiden Mittel sowie über eingeräumte Kreditlinien.

Ziel des Kontroll- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Diese Kontroll- und Risikomanagementsysteme sind installiert, werden laufend optimiert und den geänderten Marktverhältnissen angepasst.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Dreyling, Peter	Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Gemeinde Kreuzau	4 Sitze	51,00 %
	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3 Sitze	49,00 %
Gesellschafterversammlung:	Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrecht.	1 Stimme	entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Balen, Yvonne	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.02.2004	

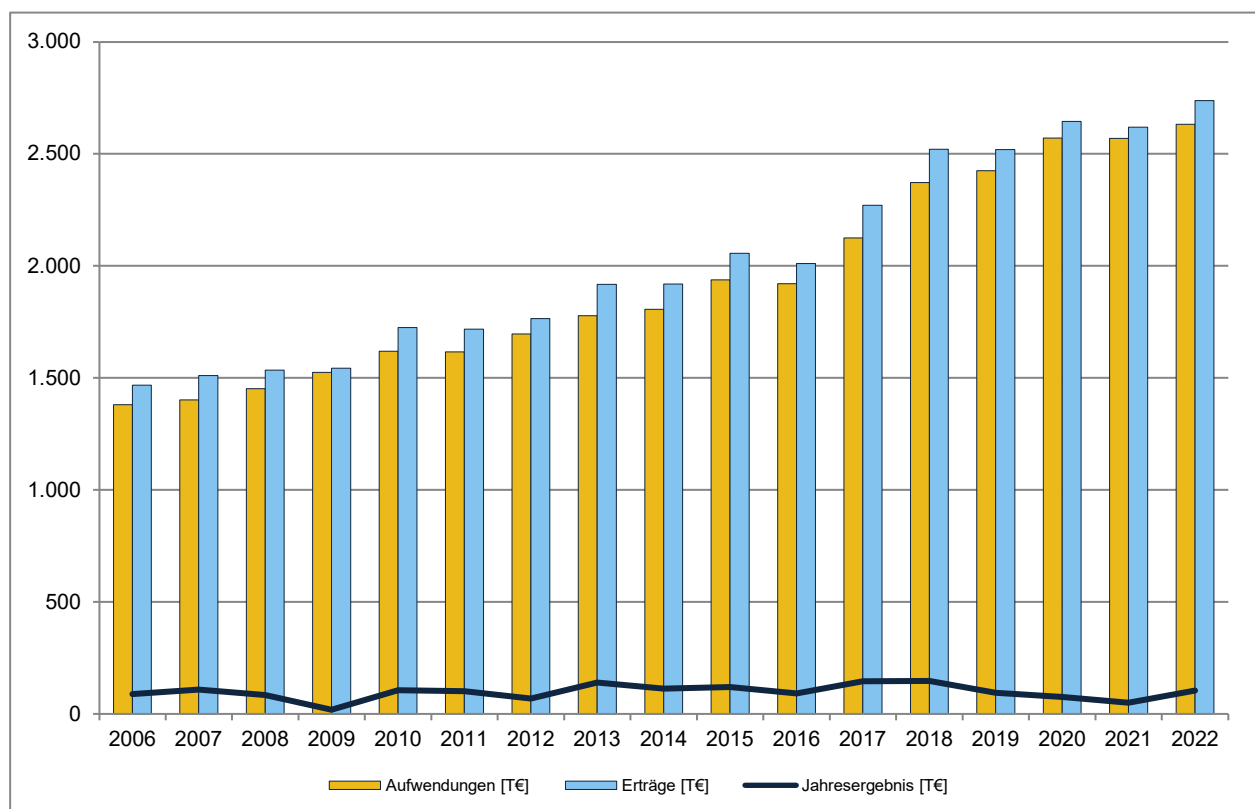
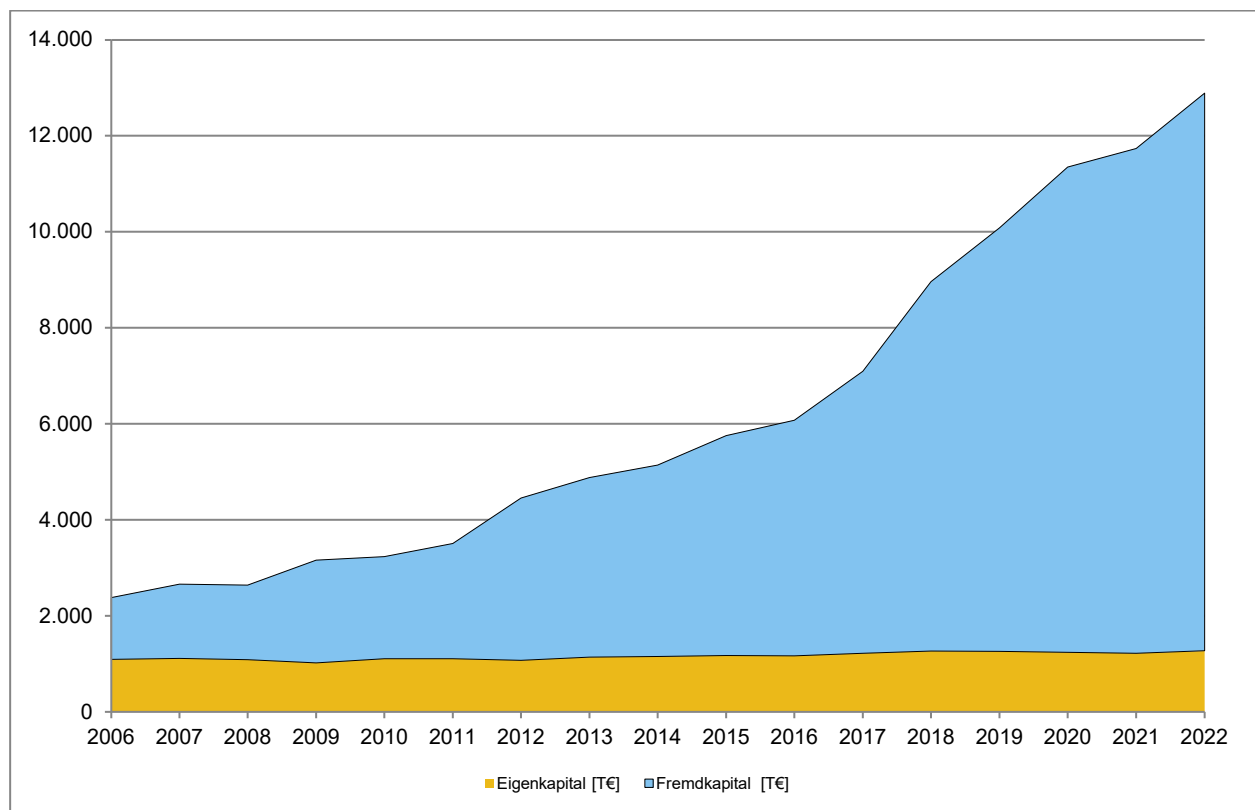
Gesellschafterversammlung:

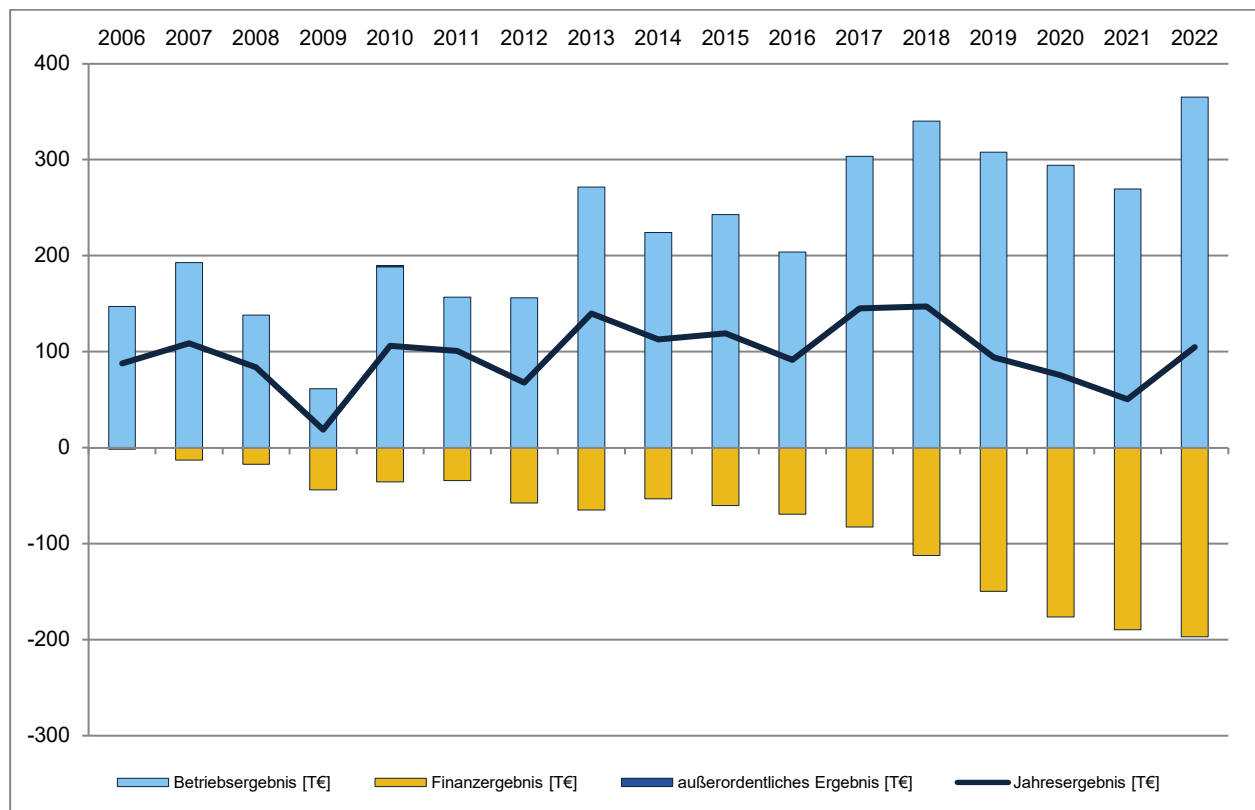
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	03.02.2004	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	10,93%	10,36%	9,86%	-0,50%
Eigenkapitalrentabilität	6,07%	4,14%	8,23%	4,10%
Anlagendeckungsgrad 2	94,51%	89,34%	85,89%	-3,45%
Verschuldungsgrad	758,72%	805,28%	844,00%	38,72%
Umsatzrentabilität	11,78%	10,68%	13,75%	3,07%

27 Windenergie Jülich GmbH & Co. KG

Wernersstraße 23
52351 Düren
Telefon: 02421/972 575-0
Telefax:
E-Mail: info@rea-dn.de
Homepage: www.rea-dn.de/windenergie/unsere-anlagen/jue-lich-ost/

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Jülich-Bourheim. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2021 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	5,0	50,0
REA GmbH & Co. KG Fonds 3	5,0	50,0
Stammkapital	10,0	100
Pers. haftende Komplementärin		
Windenergie Jülich Komplementär GmbH		

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	52.663,60 €	6.438.737,25 €	13.123.366,01 €	6.684.628,76 €	103,82%
II. Finanzanlagen	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	339.273,89 €	316.542,30 €	213.239,94 €	-103.302,36 €	-32,63%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	392.752,24 €	4.812.925,72 €	3.494.899,73 €	-1.318.025,99 €	-27,39%

C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	37.222,39 €	35.846,93 €	-1.375,46 €	-3,70%
Summe Aktiva	809.689,73 €	11.630.427,66 €	16.892.352,61 €	5.261.924,95 €	45,24%
Passiva				0,00 €	
A. Eigenkapital				0,00 €	
I. Kapitalanteile Kommanditisten	355.745,77 €	1.916.744,83 €	2.344.063,64 €	427.318,81 €	22,29%
B. Rückstellungen	7.810,00 €	7.768,75 €	87.434,29 €	79.665,54 €	1025,46%
C. Verbindlichkeiten	446.133,96 €	9.705.914,08 €	14.460.854,68 €	4.754.940,60 €	48,99%
Summe Passiva	809.689,73 €	11.630.427,66 €	16.892.352,61 €	5.261.924,95 €	45,24%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	0,00 €	751.012,57 €	751.012,57 €	
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	0,00 €	116.800,00 €	116.800,00 €	
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	10.601,45 €	36.093,20 €	198.073,51 €	161.980,31 €	448,78%
Betriebsergebnis	-10.601,45 €	-36.093,20 €	669.739,06 €	705.832,26 €	-1955,58%
4. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.652,78 €	42.907,74 €	181.079,25 €	138.171,51 €	322,02%
Finanzergebnis	-3.652,78 €	-42.907,74 €	-181.079,25 €	-138.171,51 €	322,02%
				0,00 €	
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-14.254,23 €	-79.000,94 €	488.659,81 €	567.660,75 €	-718,55%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	61.341,00 €	61.341,00 €	
Jahresergebnis	-14.254,23 €	-79.000,94 €	427.318,81 €	506.319,75 €	-640,90%
6. Belastung auf Kapitalkonten	14.254,23 €	79.000,94 €	0,00 €	-79.000,94	-100,00%
7. Gutschriften auf Kapitalkonten	14.254,23 €	79.000,94 €	427.318,81 €	348.317,87	440,90%
Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

f) Lagebericht

1. GRUNDLAGE DES UNTERNEHMENS

Die Windenergie Jülich GmbH & Co. KG, HRA 3577, wurde am 29.06.2017 von Herrn Hans-Willi Schruff, Geschäftsführer der REA Windprojekte GmbH, HRB 7036, gegründet. Seit 08.09.2020 übernimmt die Windenergie Jülich Komplementär-GmbH, HRB 8461, die alleinige Komplementärs-Funktion der Gesellschaft. Am 01.09.2020 hat die alleinige Kommanditistin REA GmbH Management mit einer Einlage in Höhe von EUR 2.000,00 ihre Beteiligung an die REA GmbH & Co. KG Fonds 3 übertragen. Gleichzeitig hat die REA GmbH & Co. KG Fonds 3 die Einlage auf insgesamt EUR 5.000,00 erhöht. Als weitere Kommanditistin mit einer Einlage in Höhe von EUR 5.000,00 ist ebenfalls zum 01.09.2020 die

Rurenergie GmbH beigetreten. Das im Handelsregister eingetragene Haftkapital der Windenergie Jülich GmbH & Co. KG beträgt somit insgesamt EUR 10.000,00 und wurde im Jahr 2020 vollständig eingezahlt. Die Kommanditisten REA GmbH & Co. KG FONDS 3 und Rurenergie GmbH haben im Jahr 2020 jeweils eine variable Einlage in Höhe von EUR 180.000,00 geleistet. Im Jahr 2021 erfolgte von beiden Kommanditisten zusätzlich eine weitere variable Einlage in Höhe von jeweils EUR 820.000,00. Insgesamt beträgt das variable Kapital der Kommanditisten somit EUR 2.000.000,00.

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlagen, kurz WEA, Jülich-Bourheim.

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMAßNAHMEN

Im Jahr 2021 wurde zur Finanzierung der Windenergieanlagen ein Darlehen über die DZ Bank bei der NRW.Bank in Höhe von EUR 14.000.000,00 mit einer Laufzeit von 20 Jahren (19 Jahre ab Inbetriebnahme) aufgenommen. Der Darlehensbetrag wird bis ins Jahr 2022 vollständig an die Gesellschaft ausgezahlt. Die Windenergieanlagen speisen nach Inbetriebnahme über eine Übergabestation den Strom in das öffentliche Netz des Netzbetreibers Westnetz ein. Die beanspruchten Grundstücke für den Betrieb der Windenergieanlagen sind privatrechtlich (Gestattungsverträge) und dinglich (Grundbucheintragungen) gesichert. Weitere Investitionen hat die Gesellschaft nicht getätigt.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2021

Nach den beiden überdurchschnittlichen Windjahren 2019 (102.5%) und 2020 (109.9%) liegt der Ertragsindex für das Jahr 2021 in NRW mit 87.2% deutlich unter 100% und ist damit das schwächste Windjahr seit über 20 Jahren. Aufgrund der außerordentlich windschwachen Wintermonate 2021, sowie vier weiteren windschwachen Monaten mit Werten deutlich unter 90%, liegt der Ertragsindex deutlich unter dem Niveau der Vorjahre.

*Quelle: Anemos Windreport 2019, 2020 und 2021 (Ertragsindex NRW)

Von besonderer Bedeutung für die Windenergie-Branche in 2021 waren die Entwicklungen am Strommarkt. Mit Inkrafttreten des EEG 2014 wurde die verpflichtende Direktvermarktung eingeführt und somit die Erlöse den Marktchancen und -risiken ausgesetzt. Ab dem zweiten Halbjahr 2021 entwickelte sich der Marktwert Wind stetig nach oben (Spitzenwert: 16,077 Cent im Dezember 2021) Der Direktvermarktungsvertrag wurde zum 05.08.2021 mit der Quadra abgeschlossen. Der anzulegende Wert beträgt für die WEA 07 7,75 ct/kWh und für die WEA08 7,39 ct/kWh. Zusätzlich wurde mit der Quadra eine Vereinbarung zur Entgeltdynamisierung in Anhängigkeit zum Marktwert geschlossen.

2. GESCHÄFTSVERLAUF UND RAHMENBEDINGUNGEN

Errichtet werden zwei Windenergieanlagen der Firma GE Wind Energy GmbH vom Typ GE 158.

Die erste Windenergieanlage Jülich-Bourheim ist bereits seit dem 07.07.2022 in Betrieb, die Inbetriebnahme der zweiten Windenergieanlage folgt voraussichtlich im dritten Quartal 2022.

3. DARSTELLUNG DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2021. Aufgrund der zwingend notwendigen Direktvermarktung des Stromes an der Strombörse wurde mit der Fa. Quadra Energy GmbH aus Düsseldorf ein Direktvermarktungsvertrag geschlossen, der das Vermarktungsmanagement regelt.

Die anzulegenden Werte gemäß EEG betragen für die beiden WEA EUR 0,0775 pro kWh bzw. EUR 0,0738 pro kWh. Die Werte ergeben sich aus dem Zuschlagswert in der Ausschreibung von EUR 0,062 pro kWh und dem standortspezifischen Korrekturfaktor gemäß Standortgütegutachten. Die anzulegenden Werte gelten zunächst für die ersten 5 Betriebsjahre und werden dann im Rahmen der Standortgüteüberprüfung ggf. auf Grundlage der tatsächlichen Erträge angepasst.

Das Steuerungs-, Vermarktungs- und Abrechnungsmanagement wird über ein dynamisiertes vom Marktwert abhängiges Dienstleistungsentgelt von Quadra im Rahmen des Direktvermarktungsvertrages in Rechnung gestellt.

Für das Jahr 2021 betrugen die Kosten für sonstige betrieblichen Aufwendungen EUR 36.093,20; darin enthalten sind unter anderem Pachten in Höhe von 15.799,84, Abschluss- und Prüfungskosten i.H.v. EUR 6.537,47, die Haftungsvergütung an den Komplementär i.H.v. EUR 3.000,00 sowie Buchhaltungskosten i.H.v. EUR 2.500,00. Zusätzlich wurden 1.945,19 für Versicherungen und Beiträge gezahlt.

Durch das Darlehen über die DZ-Bank sind Finanzierungsaufwendungen in Höhe von EUR 40.407,75 angefallen. In Summe entstand im Jahr 2021 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 79.000,94.

FINANZLAGE

Im Jahr 2020 erfolgten erste Kapitaleinlagen der Gesellschafter in Höhe von EUR 370.000,00. Im Jahr 2021 wurde das Eigenkapital auf insgesamt EUR 2.010.000,00 aufgestockt und ist somit vollständig eingezahlt, wobei EUR 10.000,00 das Haftkapital im Handelsregister darstellt. Die Tilgung des Darlehens beginnt zum 30.09.2023. Die vom Darlehensgeber geforderte Rücklage zur Schuldendienstreserve in Höhe von EUR 383.500,00 ist bis zum 30.06.2023 zu hinterlegen. Der Rückbau der Windenergieanlagen ist durch eine Bankbürgschaft gesichert. Die Rücklage für den Rückbau ist in Höhe von EUR 685.198,80,00 bis zum 18.06.2041 zu hinterlegen. Zusätzlich ist ggf. eine Rücklage für den Korrekturfaktor (evtl. Rückzahlung der Vergütung) zu hinterlegen.

Die Konten der Gesellschaft wiesen zum 31.12.2021 einen Kontostand in Höhe von EUR 4.812.925,72 aus.

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Die Darstellung der Fristigkeiten im Lagebericht und Anhang der Gesellschaft können abweichen.

AKTIVA ZUM	31.12.2020	31.12.2021
	EUR	EUR
BILANZSUMME	809.659,73	11.630.427,66
SACHANLAGEN	52.663,60	6.438.737,25
FINANZANLAGEN	25.000,00	25.000,00
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	0,00	37.222,39
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	77.633,60	6.500.959,64
FORDERUNGEN + SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	339.273,89	316.542,30
STEUERFORDERUNGEN	0,00	0,00
Zahlungsmittel	392.752,24	4.812.925,72
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	732.026,13	5.129.468,02
PASSIVA ZUM	31.12.2020	31.12.2021
	EUR	EUR
BILANZSUMME	809.689,73	11.630.427,66
EIGENKAPITAL	355.745,77	1.916.744,83
RÜCKSTELLUNGEN	7.810,00	7.768,75
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	0,00	9.420.000,00
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	446.133,96	285.914,08

3. BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG UND MÖGLICHE CHANCEN UND RISIKEN DES UNTERNEHMENS

Durch die gesetzlich garantierte EEG-Vergütung für den erzeugten Strom und die heutige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse lassen sich weitgehend versichern. Für die WEA wurden eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Für die Bauphase wurde zusätzlich eine Montageversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert der Vollwartungsvertrag mit der GE Wind Energy GmbH über die geplante Finanzierungslaufzeit hinaus eine 20-jährige zeitbasierte Verfügbarkeit von 98 % (ab dem zweiten Jahr nach Abnahme; zuvor 95 % bzw. 97 % für das erste bzw. zweite Halbjahr).

Für die 20-jährige Betriebslaufzeit der WEA wird in dem Wirtschaftsplan eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 27,6 % prognostiziert.

Die Gesellschaft hat Ihre Geschäftstätigkeit in 2021 noch nicht aufgenommen, daher ergibt sich noch kein plausibler Wert für die Eigenkapitalrendite.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse können deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der WEA bzw. einzelner Komponenten können geringer sein, als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für 20 Betriebsjahre (unter Berücksichtigung der Standortgüte). Eine stark ansteigende Inflation kann zu höheren Aufwendungen und damit im Ergebnis zu einer Verschlechterung des Geschäftsergebnisses führen.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Aktuelles Risiko

Der Gesetzgeber hat ab Ende 2022 eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Die wesentlichen Kosten sind in den Investitionskosten enthalten. Hinzu kommen geringe laufende Kosten.

§ 51 EEG

Der § 51 EEG regelt, dass bei sechs aufeinanderfolgenden Stunden mit negativen Preisen an der deutschen Strombörse die Vergütung für diesen Zeitraum entfällt. Der Windpark erhält dann lediglich den Monatsmarktwert Wind, welcher monatlich schwankt. Zeiten mit § 51 ergeben sich insbesondere bei viel Erzeugung im Netz (Sturm, Sonne) und geringer Last (nachts, Wochenende, Feiertag). § 51 EEG wird nur relevant, wenn der Monatsmarktwert Wind unterhalb der EEG-Vergütung liegt, was aufgrund der aktuellen Entwicklungen in den nächsten Jahren eher unwahrscheinlich ist.

Chancen

- Betriebszeit:

Durch den langfristigen Wartungsvertrag ist eine längere Betriebszeit als 20 Jahre zu erwarten.

- Marktwert:

Durch die momentane Entwicklung am Strommarkt ist mit deutlich höheren Einnahmen zu rechnen.

4. SONSTIGE ANGABEN

VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der Darlehensaufnahme wurde ein fester Zinssatz in Höhe von 1,36% über die komplette Finanzierungslaufzeit der 20 Jahre vereinbart.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Windenergie Jülich Komplementär-GmbH
vertr. durch
Hans Willi Schruff

Gesellschafterversammlung:

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Zerres, Thomas

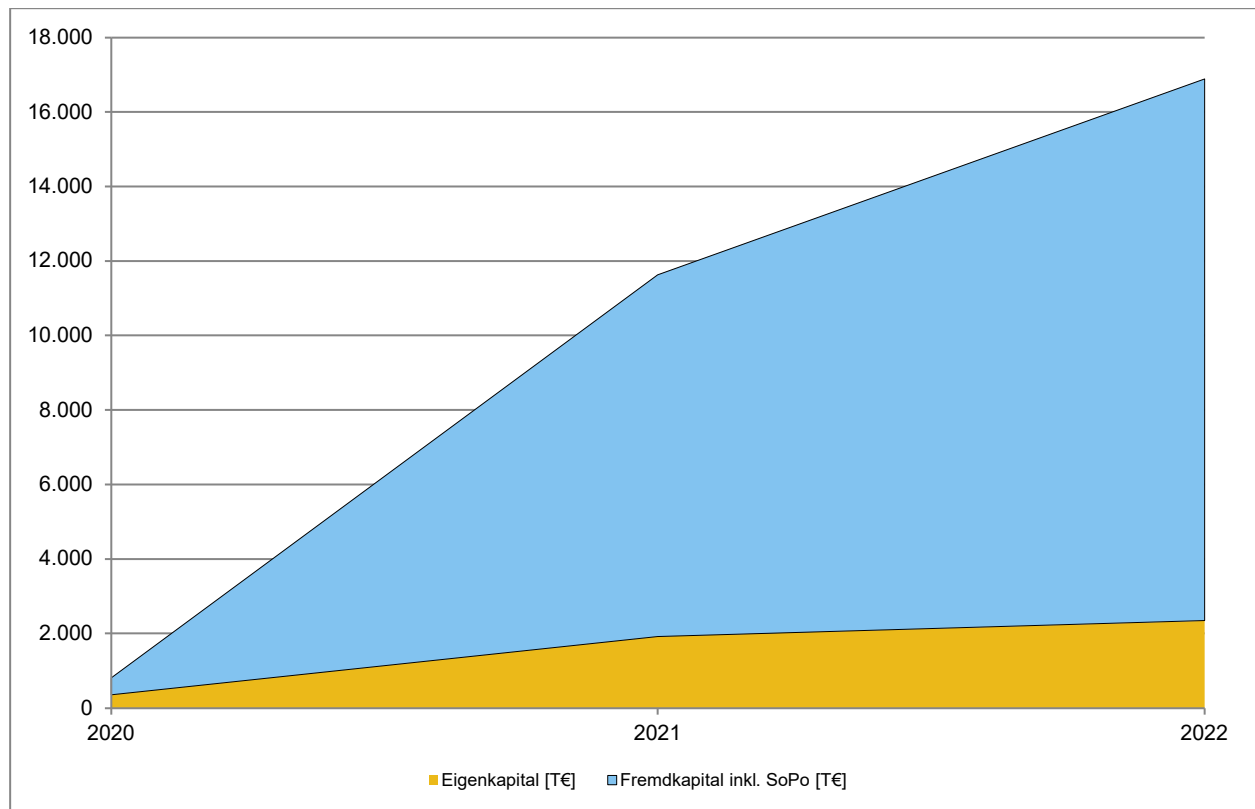
RURENERGIE

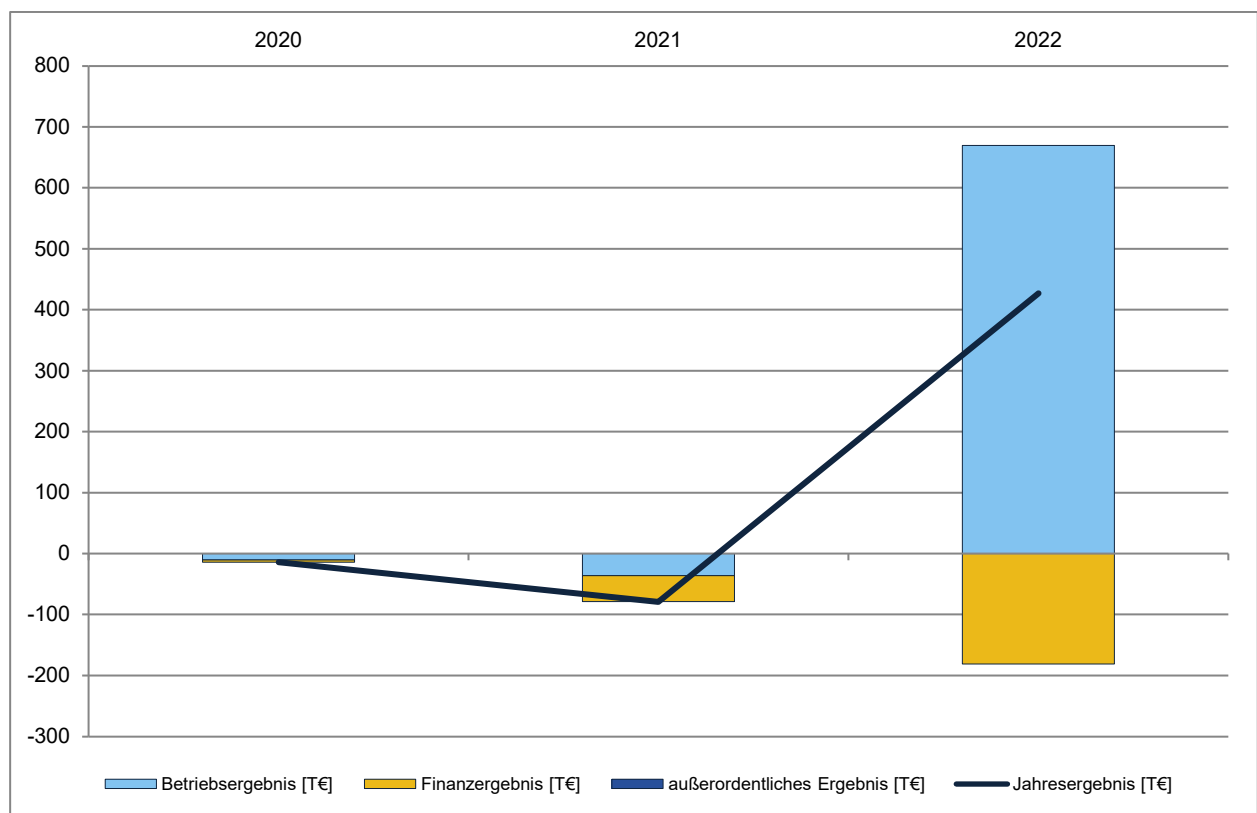
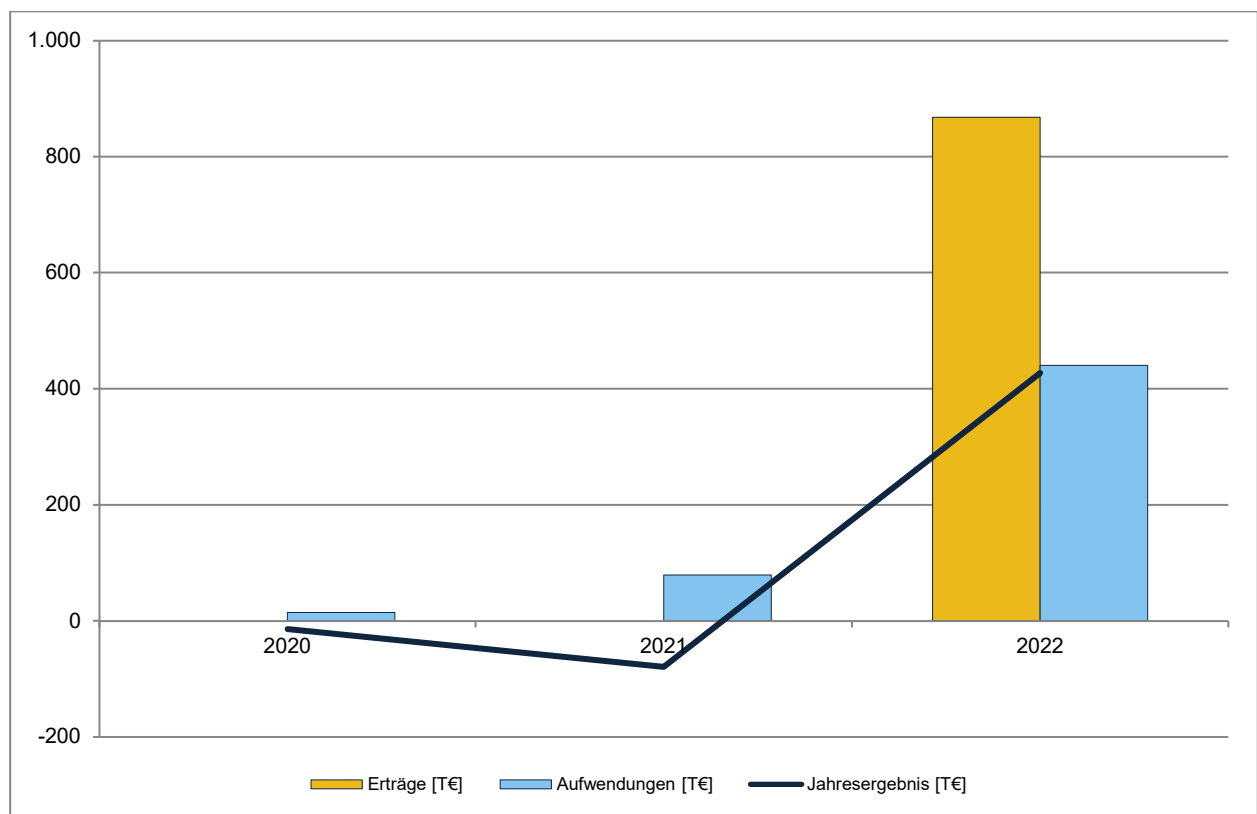
Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	43,94%	16,48%	13,88%	-2,60%
Eigenkapitalrentabilität	-4,01%	-4,12%	18,23%	22,35%
Anlagendeckungsgrad 2	458,06%	175,39%	121,35%	-54,04%
Verschuldungsgrad	127,60%	506,78%	620,64%	113,86%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,00%	89,18%	89,18%

28 Windenergie Körrenzig GmbH

Friedhofstraße 31
 52441 Linnich-Körrenzig
 Telefon: 02421/972 575-0
 Telefax: -
 E-Mail: info@rea-dn.de
 Homepage: www.rea-dn.de/windenergie/unsere-anlagen/lin-
 nich-koerrenzig/

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlagen 1, 3, 4 und 5 Linnich-Körrenzig.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2021 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	15,00	60,00
REA GmbH Management	2,50	10,00
REA GmbH Umweltinvest	1,50	6,00
Weitere Privatpersonen	6,00	24,00
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	10.119.906,00 €	9.190.452,00 €	8.290.198,00 €	-900.254,00 €	-9,80%
II. Finanzanlagen	751.577,01 €	754.205,50 €	756.841,31 €	2.635,81 €	0,35%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	6.600,00 €		
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	193.265,33 €	382.138,29 €	389.892,79 €	7.754,50 €	2,03%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	892.302,21 €	886.188,20 €	1.800.903,13 €	914.714,93 €	103,22%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	31.017,02 €	29.263,35 €	26.122,76 €	-3.140,59 €	-10,73%
Summe Aktiva	11.988.067,57 €	11.242.247,34 €	11.270.557,99 €	28.310,65 €	0,25%

Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	2.100.000,00 €	2.100.000,00 €	1.700.000,00 €	-400.000,00 €	-19,05%
III. Ergebnisvortrag	7.825,83 €	275.344,64 €	180.134,42 €	-95.210,22 €	-34,58%
IV. Jahresergebnis	267.518,81 €	204.789,78 €	1.040.770,30 €	835.980,52 €	408,21%
C. Rückstellungen	280.291,01 €	243.593,41 €	750.367,79 €	506.774,38 €	208,04%
D. Verbindlichkeiten	9.407.431,92 €	8.493.519,51 €	7.574.285,48 €	-919.234,03 €	-10,82%
Summe Passiva	12.088.067,57 €	11.342.247,34 €	11.270.557,99 €	-71.689,35 €	-0,63%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.973.894,96 €	1.861.430,48 €	3.273.802,72 €	1.412.372,24 €	75,88%
2. sonstige betriebliche Erträge	8.491,79 €	11.120,28 €	11.127,60 €	7,32 €	0,07%
3. Abschreibungen	929.455,00 €	929.454,00 €	929.454,00 €	0,00 €	0,00%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	378.122,44 €	414.196,16 €	581.705,85 €	167.509,69 €	40,44%
Betriebsergebnis	674.809,31 €	528.900,60 €	1.773.770,47 €	1.244.869,87 €	235,37%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	4.219,67 €	4.219,67 €	
6. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	28.422,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	219.463,58 €	200.339,89 €	175.994,61 €	-24.345,28 €	-12,15%
Finanzergebnis	-247.886,57 €	-200.339,89 €	-171.774,94 €	28.564,95 €	-14,26%
				0,00 €	
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	426.922,74 €	328.560,71 €	1.601.995,53 €	1.273.434,82 €	387,58%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	159.403,93 €	123.770,93 €	561.225,23 €	437.454,30 €	353,44%
Jahresergebnis	267.518,81	204.789,78	1.040.770,30	835.980,52 €	408,21%

f) Lagebericht

1. BERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF

Die Windenergie Körrenzig GmbH wurde im Jahr 2011 als LE Wind GmbH von Herrn Lambert Evertz gegründet und in 2015 umfirmiert. Durch einen Geschäftsveräußerungsvertrag sind drei weitere Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Seit dem Jahr 2016 sind folgende Gesellschafter in der Firma: Lambert Evertz, RURENERGIE GmbH, REA GmbH Management, REA GmbH Umweltinvest. Die Gesellschaft betreibt vier Windenergieanlagen ENERCON E 92 in Linnich-Körrenzig. Seit Dezember 2015 sind die Windenergieanlagen in Betrieb und speisen die elektrische Energie in das Netz des Netzbetreibers NEW ein.

Die Stammeinlage der Windenergie Körrenzig GmbH beträgt EUR 25.000,00; zusätzlich wurde eine Kapitalrücklage in Höhe von EUR 2.550.000,00 eingezahlt; die als zusätzliches Eigenkapital gebunden ist. Die Kapitalrücklage wurde reduziert und beträgt zum Ende des Jahres 2022 EUR 1.700.000,00. Die Gesellschafter haben am 30.04.2015 dem Investitionsplan in Höhe von EUR 14.990.000,00 zugestimmt.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2022

Nach dem überdurchschnittlichen Jahr 2020 (102,5%) und dem unterdurchschnittlichen Jahr 2021 (93,9%) liegt der Ertragsindex für das Jahr 2022 in Nordrhein-Westfalen mit 97,5% wieder nahe an 100%. Durch den außerordentlich windstarken Monat Februar und einen windstarken April, sowie nur zwei Monaten mit Werten deutlich unter 75%, liegt der Ertragsindex 2022 deutlich näher am Durchschnitt als im Jahr 2021.*

Von besonderer Bedeutung für die Windenergie Branche in 2022 waren die Entwicklungen am Strommarkt.

Im gesamten Jahr 2022 lag der Marktwert stets über 10 Cent und erreichte im August 2022 einen Rekordwert von 46,092 Cent. Aufgrund dieser außerordentlichen Marktlage erlangte die Gesellschaft deutlich höhere Erlöse als in den Vorjahren.

*Quelle: Anemos Windreport 2022 (Ertragsindex NRW)

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMABNAHMEN

Der Bau der vier Windenergieanlagen wurde im Jahr 2016 abgeschlossen.

Zur Finanzierung der Windenergieanlagen hat die Gesellschaft ein Darlehen bei der Sparkasse Düren in Höhe von EUR 12.440.000,00 mit einer Laufzeit von 15 Jahren aufgenommen. Dieses wurde im Jahr 2015 vollständig ausgezahlt. Die vier Windenergieanlagen speisen über eine eigene Übergabestation in ca. 10 km Entfernung in das Umspannwerk der NEW ein.

Sämtliche Windenergieanlagenstandorte sind durch Grundbucheintragungen auf den Standortgrundstücken gesichert und das Mittelspannungskabel ist in seinem gesamten Verlauf durch Dienstbarkeiten gesichert, mit Ausnahme der kommunalen Wege.

2. DARSTELLUNG DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Die Ertragslage der Gesellschaft kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2023. Das Steuerungs-, Vermarktungs- und Abrechnungsmanagement wird über ein Dienstleistungsentgelt von der Quadra Energy GmbH im Rahmen des Direktvermarktungsvertrages in Rechnung gestellt.

Die garantierte EEG-Vergütung beträgt EUR 0,089 pro kWh in der Anfangsvergütung.

Aufgrund der Entwicklung des Börsenstrompreises im Jahr 2022 lag die Gesamtvergütung pro kWh im Durchschnitt bei EUR 0,1590.

Insgesamt haben die vier Windenergieanlagen in 2022 20.064.341 kWh produziert (102,9 % der Prognose), davon wurden 19.794.825 kWh eingespeist und vergütet, die Netzverluste betrugen damit durchschnittlich 1,34%. Zudem wurden 71.473 kWh durch Leistungsreduzierungen nicht produziert, jedoch zum Marktwert/EEG-Vergütung bezahlt.

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus den Pacht-, Wartungs- und Finanzierungsaufwendungen sowie Abschreibungen zusammen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für die Betriebsführung i. H. v. EUR 66.177,72, enthalten. Durch die Darlehensgewährung der Sparkasse Düren zum 15.07.2014 sind Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 164.291,73 angefallen. Die Abschreibungen betragen im Geschäftsjahr EUR 929.454,00. In Summe verbleibt in 2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 1.040.770,30.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM	01.01.2021	01.01.2022
BIS	31.12.2021	31.12.2022
	EUR	EUR
UMSATZERLÖSE	1.861.430,48	3.273.802,72
WARENEINGANG	-173.224,08	-140.347,30
ROHERTRAG	1.688.206,40	3.133.455,42
ABSCHREIBUNGEN	-929.454,00	-929.454,00
PACHTEN	-134.791,25	-134.499,31
PACHTAUSGLEICH	8.491,79	8.491,79
SONSTIGE BETRIEBL. ERTRÄGE	2.628,49	2.635,81
VERSICHERUNGEN UND BEITRÄGE	-8.556,83	-9.295,04
SONSTIGE BETRIEBL. AUFWENDUNGEN	-97.624,00	-297.564,20
BETRIEBSERGEBNIS	528.900,60	1.773.770,47
ZINSAUFWENDUNGEN	-188.637,01	-164.291,73
ZINSAUFWENDUNGEN Aval	-11.702,88	-11.702,88
ZINSERTRAG	0,00	4.219,67
WERTMINDERUNG SCHATZBRIEF	0,00	0,00
FINANZERGEBNIS	-200.339,89	-171.774,94
STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	-123.770,93	-561.225,23
JAHRESERGEBNIS	204.789,78	1.040.770,30

FINANZLAGE

Das Eigenkapital in Höhe von EUR 2.575.000,00 wurde im Jahr 2015 vollständig eingezahlt. In den vergangenen Jahren wurden bisher EUR 850.000,00 aus der Kapitalrücklage an die Gesellschafter zurückgezahlt, diese beträgt zum Ende des Jahres 2022 EUR 1.700.000,00. Die vom Darlehensgeber geforderte Rücklage zur Schuldendienstreserve in Höhe von 560.607,41 EUR (Vorjahr EUR 570.415,87) ist vollständig hinterlegt. Die Rücklage zur Rückbauverpflichtung in Höhe von EUR 780.000,00 wurde auf dem Konto zur Bürgschaftssicherung hinterlegt und im Jahr 2019 in einen Allianz Schatzbrief in Höhe EUR 780.000,00

umgewandelt.

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

AKTIVA ZUM	31.12.2021	31.12.2022
	EUR	EUR
BILANZSUMME	11.242.214,52	11.270.557,99
SACHANLAGEN	9.190.452,00	8.290.198,00
FINANZANLAGEN	754.205,50	756.841,31
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	29.263,35	26.122,76
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	9.973.920,85	9.073.162,07
FORDERUNGEN	364.411,82	396.262,01
STEUERFORDERUNGEN	17.693,65	230,78
ZAHLUNGSMITTEL	886.188,20	1.800.903,13
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	1.268.293,67	2.197.395,92
PASSIVA ZUM	31.12.2021	31.12.2022
	EUR	EUR
BILANZSUMME	11.242.247,34	11.270.557,99
EIGENKAPITAL	2.505.134,42	2.945.904,72
RÜCKSTELLUNGEN	243.593,41	750.367,79
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	8.373.076,91	7.416.153,83
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	120.442,60	158.131,65

BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG UND MÖGLICHE CHANCEN UND RISIKEN DES UNTERNEHMENS

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die heutige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse sind soweit wie

möglich versichert. Für sämtliche WEA wurde eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein Vollwartungsvertrag gemäß Enercon-Partner-Konzept vom 30.04.2015 über die geplante Finanzierungslaufzeit hinaus eine 20-jährige Verfügbarkeit seitens des Herstellers von 97 % bzw. 95 % ab dem 16. Betriebsjahr.

Ziel der Gesellschaft ist es Fehler und Stillstandzeiten der WEA zu verringern um eine möglichst hohe Verfügbarkeit zu erreichen und somit den Ertrag zu erhöhen. Dies wird durch ein laufendes Monitoring und die Prüfung von Warnmeldungen erreicht. Die Verfügbarkeit betrug im Jahr 2022 durchschnittlich 99,5 %.

Für die 20-jährige Betriebslaufzeit der WEA wird in der Wirtschaftlichkeits-berechnung eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 10,31 % prognostiziert. Im Jahr 2022 ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan eine Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 40,8 %.

Die ersten Monate im Jahr 2023 waren bisher mit Blick auf den Ertrag zufrieden-stellend.

Der Börsenstrompreise der ersten Monate haben im Vergleich zu den Werten im Vorjahr wieder im Bereich 8 bis 10 Ct eingependelt und führten zu den gewohnten Einnahmen.

Im Dezember 2022 wurde das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) erlassen. Dies führt für die Gesellschaft neben der Dämpfung der Energiekosten durch eine Strompreisbremse dazu, dass für den Zeitraum vom 01.12.2022 bis 30.06.2023 (ggf. Verlängerung bis 30.04.2024) bei erhöhten Marktwerten Überschusserlöse abgeschöpft werden. Die maximale Abschöpfung für den Dezember wurde im Jahresabschluss 2022 zurückgestellt. Die Meldung und Zahlung erfolgt im Juni/August 2023.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse am Standort schwanken saisonal und können deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der WEA bzw. einzelner Komponenten können geringer sein, als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für 20 Betriebsjahre. Eine stark ansteigende Inflation kann zu höheren Aufwendungen und somit zu einer Verschlechterung des Geschäftsergebnisses führen.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Direktvermarktung

Zum Jahreswechsel 2022 haben sich die Konditionen für die Direktvermarktung im Windpark Körrenzig geändert, die Dienstleistungsgebühr wurde von Januar bis September in Abhängigkeit vom Marktwert angehoben. Ab dem 01.09.2022 wurde das Dienstleistungsentgelt erneut verhandelt, die Erhöhungsstufen entfielen dabei, wodurch seitdem wieder das ursprüngliche Dienstleistungsentgelt i. H. v. EUR 0,001 berechnet wird.

Gesetzliche Anpassungen zur Steigerung der Akzeptanz für Windenergie-anlagen

Der Gesetzgeber hat ab Ende 2023 eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Die beauftragten Kosten für die „Transponderlösung“ inkl. Schnittstelle liegen bei EUR 55.600,00 für den Windpark. Zusätzlich ergeben sich jährliche Kosten, ca. EUR 2.400,00 für die Wartung des Systems. Diese Nachrüstung ist im Jahr 2022 noch nicht abgeschlossen.

Chancen

Betriebszeit:

Durch den langfristigen Wartungsvertrag ist eine längere Betriebszeit als 20 Jahre zu erwarten.

EEG-Direktvermarktung

Durch den Stromliefervertrag zur EEG-Direktvermarktung mit Quadra GmbH hat die Gesellschaft die Chancen auf höhere Umsatzerlöse.

Nachtragsgenehmigung

Im Herbst 2018 wurde, aufgrund der Vorlage einer neuen Vermessung der WEA, aus der sich geringere Schallwerte ergaben, eine Nachtragsgenehmigung beim Kreis Düren beantragt und genehmigt. Danach können die WEA 4 und WEA 5 nachts mit einer geringeren Drosselung von 1,4 MW anstelle 1,2 MW gefahren werden. Der Mehrertrag durch die Anhebung der Leistungsgrenze beträgt schätzungsweise 2-3 %.

Ab Oktober 2022 wurden im Zusammenhang mit der angespannten Energieversorgungslage in Deutschland aufgrund der politischen Krise bei der Energiegewinnung alle Leistungsreduzierungen für die

Verminderung von Schall und Schattenwurf auf Grundlage des § 31k BImSchG Abweichungen von Vorgaben bei WEA zum Teil ausgesetzt, sodass die Windenergieanlagen auf Volllast betrieben werden konnten. Dadurch erhöhten sich im Zeitraum von Oktober bis April die produzierten kWh deutlich.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Schruff, Hans-Willi	Düren	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 1 € eines Geschäftsanteils

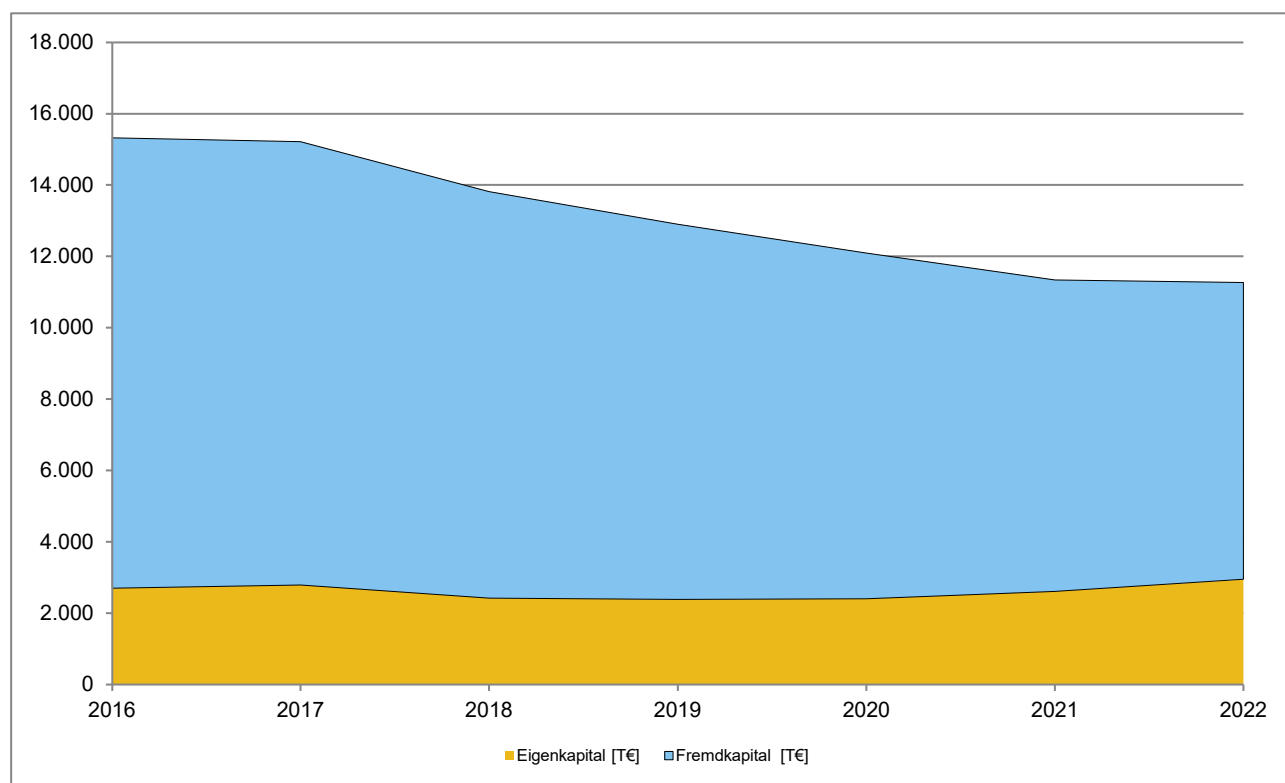
Vertreter des Kreises Düren

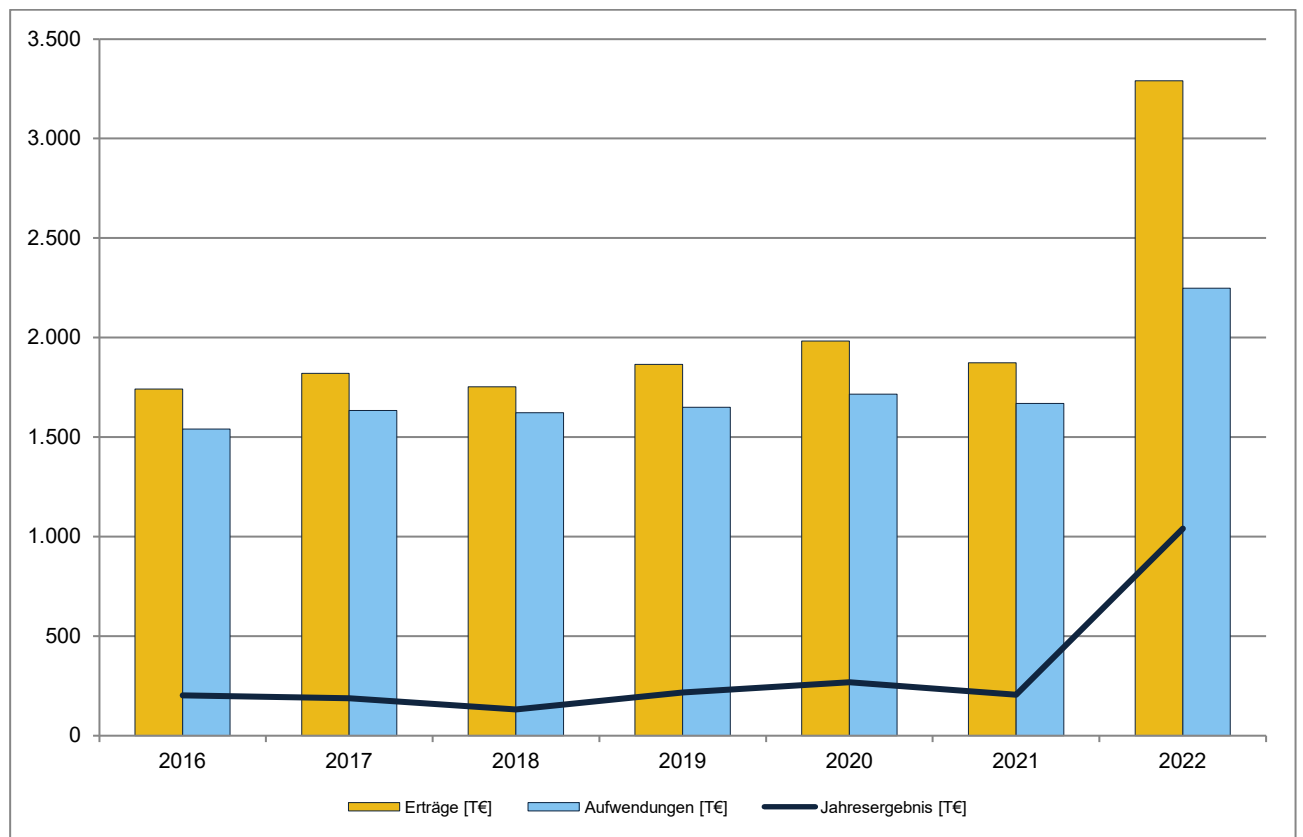
Gesellschafterversammlung:	Zerres, Thomas	RURENERGIE	Geschäftsführer

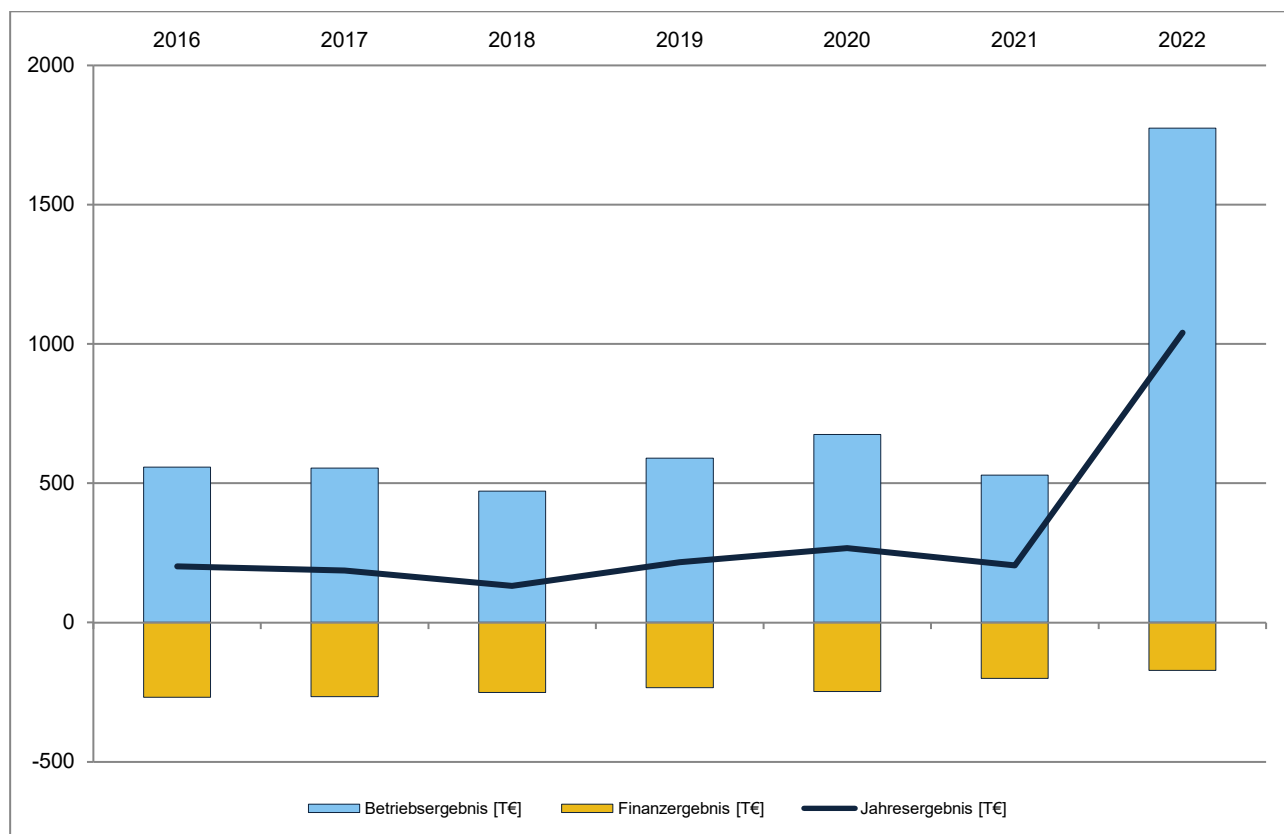
h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen







Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	19,86%	22,97%	-475,34%	-498,31%
Eigenkapitalrentabilität	11,15%	7,86%	245,32%	237,46%
Anlagendeckungsgrad 2	99,10%	100,77%	-757,56%	-858,33%
Verschuldungsgrad	403,60%	335,38%	-121,04%	-456,42%
Umsatzrentabilität	34,19%	28,41%	88,14%	59,73%

29 Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG

Wernersstraße 23
 52351 Düren
 Telefon: 02421/972 575-0
 Telefax
 E-Mail: info@rea-dn.de
 Homepage: www.rea-dn.de/windenergie/unsere-anlagen/kreuzau/

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Kreuzau-Thum. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	9,855	73,0
REA GmbH Umweltinvest	3,645	27,0
Stammkapital	13,5	100,0
Pers. haftende Komplementärin		
Windenergie Kreuzau Komplementär GmbH		

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	722,13 €	486,08 €	598,80 €	112,72 €	431,23%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	19.906,75 €	21.350,18 €	22.272,41 €	922,23 €	2315,06%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	20.628,88 €	21.836,26 €	22.871,21 €	1.034,95 €	2109,89%

Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	
II. Ergebnisvortrag	-5.535,98 €	-5.677,14 €	-4.163,74 €	1.513,40 €	-375,12%
III. Jahresergebnis	-141,16 €	1.513,40 €	49,25 €	-1.464,15 €	-103,36%
C. Rückstellungen	1.020,00 €	1.000,00 €	1.950,00 €	950,00 €	105,26%
D. Verbindlichkeiten	286,02 €	0,00 €	35,70 €	35,70 €	0,00%
Summe Passiva	20.628,88 €	21.836,26 €	22.871,21 €	1.034,95 €	2109,89%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	104,00 €	15,75 €	-88,25 €	0,00%
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.641,16 €	1.590,60 €	2.966,50 €	1.375,90 €	119,28%
Betriebsergebnis	-1.641,16 €	-1.486,60 €	-2.950,75 €	-1.464,15 €	112,09%
3. Erträge aus Beteiligungen	1.500,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	0,00 €	
3. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
4. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	1.500,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	0,00 €	
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-141,16 €	1.513,40 €	49,25 €	-1.464,15 €	9,64%
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	-141,16	1.513,40	49,25	-1.464,15 €	9,64%

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlagen, kurz WEA, Kreuzau-Thum. Hierbei handelt es sich um Windenergieanlagen der Firma GE Wind Energy GmbH vom Typ GE 3.2 – 130.

Die Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG wurde als REA WEA 1 Kreuzau GmbH & Co. KG HRA 3397 am 25.09.2014 von Herrn Hans-Willi Schruff, damals Geschäftsführer der REA GmbH Umweltinvest, HRB 6368, gegründet und am 12.07.2017 in Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG umfirmiert. Seit dem 13.12.2017 übernimmt die Windenergie Kreuzau Komplementär-GmbH, HRB 7671, die alleinige Komplementärs-Funktion der Gesellschaft. Die REA GmbH Umweltinvest ist Kommanditistin mit einer Einlage in Höhe von EUR 2.000,00. Am 13.02.2019 ist die Firma RURENERGIE GmbH als weitere Kommanditistin mit einer Einlage in Höhe von EUR 9.855,00 beigetreten. Gleichzeitig hat die Kommanditistin REA GmbH

Umweltinvest die Einlage auf insgesamt EUR 3.645,00 aufgestockt. Das Haftkapital der Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG beträgt somit EUR 13.500,00. Es wurde zusätzlich eine variable Einlage in Höhe von insgesamt EUR 4.000.000,00 durch die Gesellschafter eingezahlt. Hiervon hat die RURENERGIE GmbH einen Betrag in Höhe von EUR 3.450.000,00 und die REA GmbH Umweltinvest einen Betrag in Höhe von EUR 550.000,00 eingezahlt.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2022

Nach dem überdurchschnittlichen Jahr 2020 (102,5%) und dem unterdurchschnittlichen Jahr 2021 (93,9%) liegt der Windindex für das Jahr 2022 in Nordrhein-Westfalen mit 97,5% wieder Nahe an 100%. Durch den außerordentlich windstarken Monat Februar und einen windstarken April, sowie nur zwei Monaten mit Werten deutlich unter 75%, liegt der Windindex 2022 deutlich näher am Durchschnitt als im Jahr 2021.*

Von besonderer Bedeutung für die Windenergie Branche in 2022 waren die Entwicklungen am Strommarkt.

*Quelle: Anemos Windreport 2022 (Ertragsindex NRW)

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMABNAHMEN

Der Bau des Windparks Kreuzau Thum erfolgte in den Jahren 2019 und 2020. Zwei der fünf Windenergieanlagen im Windpark Kreuzau Thum wurden im Jahr 2019 errichtet und fertiggestellt, sodass die Inbetriebnahme der WEA 2 am 20.12.2019 und der WEA 6 am 12.12.2019 erfolgte. Die vollständige Errichtung der WEA 3, 4 und 5 fand im Jahr 2020 statt, sodass eine Inbetriebnahme bis zum 17.02.2020 erfolgte und der Bau der Windenergieanlagen erfolgreich abgeschlossen wurde. Maßgeblich für die Einspeisevergütung ist das EEG 2017. Die Abnahme der Windenergieanlagen mit dem Hersteller erfolgte am 31.03.2020. Weitere Investitionen hat die Gesellschaft nicht getätigt.

Zur Finanzierung der Windenergieanlagen hat die Gesellschaft ein Darlehen bei der Sparkasse Düren in Höhe von EUR 20.500.000,00 mit einer Laufzeit von 17 Jahren aufgenommen. Dieses wurde im Jahr 2020 vollständig ausgezahlt. Die Windenergieanlagen speisen über eine Übergabestation in direkter Nähe den Strom in das öffentliche Netz des Netzbetreibers Westnetz ein. Die beanspruchten Grundstücke für den Betrieb der Windenergieanlagen sind privatrechtlich (Gestattungsverträge) und dinglich (Grundbucheintragungen) gesichert.

2. Darstellung der Lage

ERTRAGSLAGE

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2017. Aufgrund der zwingend notwendigen Direktvermarktung des Stromes an der Strombörse wurde mit der Firma Quadra Energy GmbH ein Direktvermarktungsvertrag geschlossen, der das Vermarktungsmanagement regelt.

Der anzulegende Wert gemäß EEG beträgt für die WEA 2 EUR 0,0733 pro kWh, für die WEA 3 EUR 0,0719 pro kWh, für die WEA 4 EUR 0,0754 pro kWh, für die WEA 5 EUR 0,0703 pro kWh, für die WEA 6 EUR 0,0683 pro kWh. Diese Werte gelten zunächst für die ersten 5 Betriebsjahre und werden dann im Rahmen der Standortgüteüberprüfung auf Grundlage der tatsächlichen Erträge ggf. angepasst.

Das Steuerungs-, Vermarktungs- und Abrechnungsmanagement wurde über das Dienstleistungsentgelt in Höhe von EUR 0,00025 von Quadra im Rahmen des Direktvermarktungsvertrages zusätzlich ausgezahlt.

Zum 01.12.2021 wurde der Direktvermarktungsvertrag mit der Quadra um eine Zusatzvereinbarung zur Preisfixierung ergänzt. Diese betrug 8,5 ct/kWh bei einer vorläufigen Fixpreisquote von 75 %. Somit erhielt die Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG für einen Großteil des erzielten Ertrages monatlich gleichbleibende Vergütungen bis einschließlich Dezember 2022. Die Spitzabrechnung erfolgte im Januar 2023. Die endgültige Fixpreisquote beträgt 72,09 %.

Aufgrund der Entwicklung des Börsenstrompreises im Jahr 2022 lag die Gesamtvergütung pro kWh im Durchschnitt bei EUR 0,1106 im Windpark.

Zusammen haben die fünf WEA im Jahr 2022 insgesamt 36.122.710,07 kWh (Vorjahr 31.165.963 kWh) produziert. Dies führte aufgrund der Entwicklungen am Strommarkt zu einer Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr von EUR 934.758. Die Netzverluste betrugen durchschnittlich 0,63 %.

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus Abschreibungen, Pachten, Wartungskosten, Fremdleistungen sowie Finanzierungsaufwendungen zusammen.

Die Abschreibungen betrugen für das Jahr 2022 insgesamt EUR 1.185.419,00. Für das Jahr 2022 betrugen die Pachtkosten EUR 459.077,19. Die Wartungskosten von GE betrugen in 2022 EUR 232.064,37. In den Fremdleistungen ist die Betriebsführung in Höhe von EUR 189.427,22 enthalten. Durch die Darlehensgewährung der Sparkasse Düren sind Zinsaufwendungen zur Finanzierung der Windenergieanlagen für das Jahr 2022 in Höhe von EUR 381.690,12 angefallen. In Summe entstand im Jahr 2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 1.192.043,50.

FINANZLAGE

Das Eigenkapital in Höhe von EUR 4.013.500,00 wurde in 2019 vollständig eingezahlt. Die Höhe der Eigenkapitalquote liegt bei 21,05 %. Die Fremdkapitalquote beträgt 78,95 %. Die Tilgung des Darlehens hat zum 30.03.2021 begonnen und beträgt EUR 325.400,00 im Quartal (EUR 1.301.600,00 im Jahr). Die vom Darlehensgeber geforderte Rücklage zur Schuldendienstreserve in Höhe von EUR 859.900,00 wurde zum 31.12.2022 vollständig hinterlegt.

Der Rückbau der Windenergieanlagen ist durch eine Bankbürgschaft gesichert. Die Rücklage für den Rückbau ist in Höhe von EUR 784.960,00 bis zum 31.12.2025 zu hinterlegen. Folgende zusätzliche Rücklagen sind noch zu hinterlegen:

- 1) AGM Rücklage in Höhe von EUR 160.800,00 bis zum 31.12.2025. Reduzierung der Summe um EUR 80.400,00 nach 5 Jahren. Weitere Reduzierung der Summe um EUR 80.400,00 nach 10 Jahren
- 2) Korrekturfaktor (evtl. Rückzahlung der Vergütung)

Auf dem Girokonto der Sparkasse Düren befinden sich zum 31.12.2022 EUR 1.207.234,64 (Vorjahr: EUR 782.210,62).

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Angaben für Lagebericht bei WP (Bilanz)			
Bilanz			
AKTIVA ZUM		31.12.2021	31.12.2022
		EUR	EUR
BILANZSUMME		23.985.602,94	23.775.433,83
SACHANLAGEN		21.356.848,00	20.236.847,79
FINANZANLAGEN		25.000,00	25.000,00
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		462.146,92	428.330,43
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		21.843.994,92	20.690.178,22
VORRÄTE		0,00	12.540,74
FORDERUNGEN + SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		540.295,40	647.376,23
ZAHLUNGSMITTEL		1.601.312,62	2.425.338,64
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		2.141.608,02	3.085.255,61
PASSIVA ZUM		31.12.2021	31.12.2022
		EUR	EUR
BILANZSUMME		23.985.602,94	23.775.433,83
EIGENKAPITAL		4.311.829,91	5.003.873,41
RÜCKSTELLUNGEN		106.108,28	367.357,23
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		19.198.400,00	17.896.800,00
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		271.623,75	358.616,19
PASSIVE LATENTE STEUERN		97.641,00	148.787,00

Die Darstellung der Fristigkeiten im Lagebericht und Anhang der Gesellschaft können abweichen.

3. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und mögliche Chancen und Risiken des Unternehmens

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die langlebige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse sind weitgehend versichert. Für die WEA wurde eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein Vollwartungsvertrag mit GE Wind Energy GmbH vom 28.12.2017 über die geplante Finanzierungslaufzeit hinaus eine 20-jährige produktionsbasierte Verfügbarkeit von 97,5 %.

Ziel der Gesellschaft ist es Fehler und Stillstandzeiten der WEA zu verringern um eine möglichst hohe Verfügbarkeit zu erreichen und somit den Ertrag zu erhöhen. Dies wird durch ein laufendes Monitoring und die Prüfung von Warnmeldungen erreicht. Die Verfügbarkeit im Betriebsjahr April 2022 bis März 2023 betrug 97,69 %. Die garantierte Verfügbarkeit wurde somit erreicht, es erfolgt keine Maluszahlung durch GE. Ab einer Verfügbarkeit von über 98 % erfolgt eine Bonuszahlung an GE.

Für die 20-jährige Betriebslaufzeit der WEA wird in dem Wirtschaftsplan eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach Gewerbesteuer in Höhe von 10,18 % prognostiziert. Diese Eigenkapitalrendite bemisst sich nach dem von der finanzierenden Bank geforderten Eigenkapitalanteil in Höhe von 4.000.000 Euro.

Für das Jahr 2022 ergibt sich eine Eigenkapitalrendite nach Gewerbesteuer in Höhe von 29,8 % vom ursprünglich eingesetzten Eigenkapital in Höhe von 4.000.000 Euro für die Finanzierung.

Die ersten Monate im Jahr 2023 waren bisher mit Blick auf den Ertrag sehr positiv.

Die Börsenstrompreise der ersten Monate in 2023 haben sich im Bereich von 8 bis 10 Ct eingependelt und führen weiterhin zu Mehrerlösen.

Im Dezember 2022 wurde das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) erlassen. Dies führt für die Gesellschaft neben der Dämpfung der Energiekosten durch eine Strompreisbremse dazu, dass für den Zeitraum vom 01.12.2022 bis 30.06.2023 (ggf. Verlängerung bis 30.04.2024) bei erhöhten Marktwerten Überschusserlöse abgeschöpft werden. Die maximale Abschöpfung für den Dezember wurde im Jahresabschluss 2022 zurückgestellt. Die Meldung und Zahlung erfolgt im Juni/August 2023.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse können deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Ab Oktober 2022 wurden im Zusammenhang mit der angespannten Energieversorgungslage in Deutschland aufgrund der politischen Krise bei der Energiegewinnung alle Leistungsreduzierungen für die Verminderung von Schall und Schattenwurf auf Grundlage des **§ 31k BImSchG Abweichungen von Vorgaben bei WEA** zum Teil ausgesetzt, sodass die Windenergieanlagen auf Volllast betrieben werden konnten. Dadurch erhöhten sich die produzierten kWh.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der Anlagen bzw. einzelner Komponenten können geringer sein, als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für 20 Jahre ab Inbetriebnahme. Eine stark ansteigende Inflation kann zu höheren Aufwendungen und somit zu einer Verschlechterung des Geschäftsergebnisses führen.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Aktuelles Risiko

Der Gesetzgeber hat ab Ende 2023 eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Das beauftragte Angebot für die „Transponderlösung“ liegt bei EUR 88.000.

Zusätzlich ergeben sich jährliche Kosten, ca. EUR 1.800,00 für die Wartung des Systems. Diese Nachrüstung ist im Jahr 2022 noch nicht abgeschlossen.

Klageverfahren

Gegen die Genehmigung des Windparks wurde beim Verwaltungsgericht Aachen eine Klage eingereicht. Die Klage richtete sich gegen den Kreis Düren als Genehmigungsbehörde, die Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG wurde als Beigeladene am Verfahren beteiligt. Zwischenzeitlich hat das VG Aachen mit Datum vom 28.05.2020 entschieden, dass die Klage im Eilverfahren abgewiesen wird. Gegen diesen Beschluss wurde Beschwerde eingelegt. Am 12.02.2021 hat das Oberverwaltungsgericht Münster die Beschwerde vollumfänglich zurückgewiesen. Das Hauptsacheverfahren wurde am 18.01.2022 vom VG Aachen abgewiesen und ist inzwischen rechtskräftig. Somit ist das Verfahren endgültig beendet.

§ 51 EEG

Der § 51 EEG regelt, dass bei sechs aufeinanderfolgenden Stunden mit negativen Preisen an der deutschen Strombörse der Anspruch auf die Marktprämie für diesen Zeitraum entfällt. Der Windpark erhält dann den Monatsmarktwert Wind, welcher monatlich schwankt. Zeiten mit § 51 EEG ergeben sich insbesondere bei viel Erzeugung im Netz (Sturm, Sonne) und geringer Last (nachts, Wochenende, Feiertag). Aufgrund des aktuell hohen Strompreisniveaus hat der §51 EEG derzeit keine Auswirkungen, auch wenn weiterhin negative Strompreise im Markt zu sehen sind. In Zukunft wird die wirtschaftliche und energiepolitische Entwicklung Einfluss auf die Zahl negativer Stunden haben.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:

Windenergie Kreuzau Komplementär-GmbH
vertr. durch
Hans-Willi Schruff

Gesellschafterversammlung:

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

**Gesellschafterver-
sammlung**

Zerres, Thomas

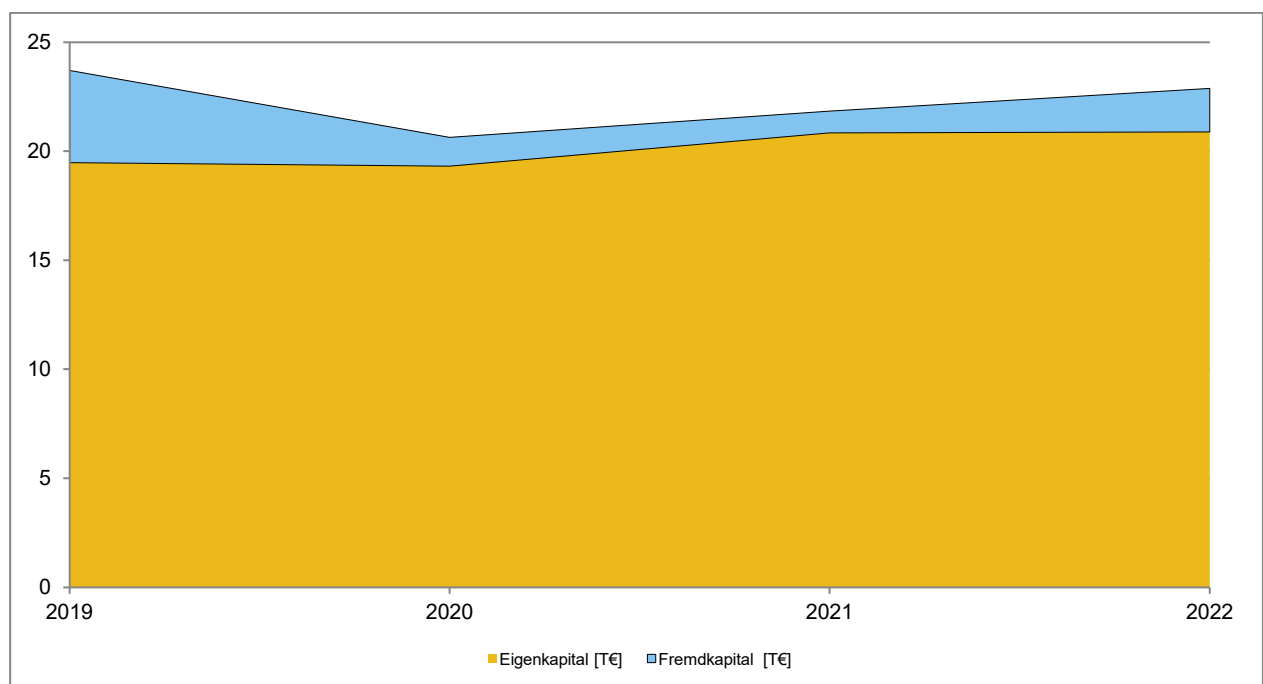
RURENERGIE

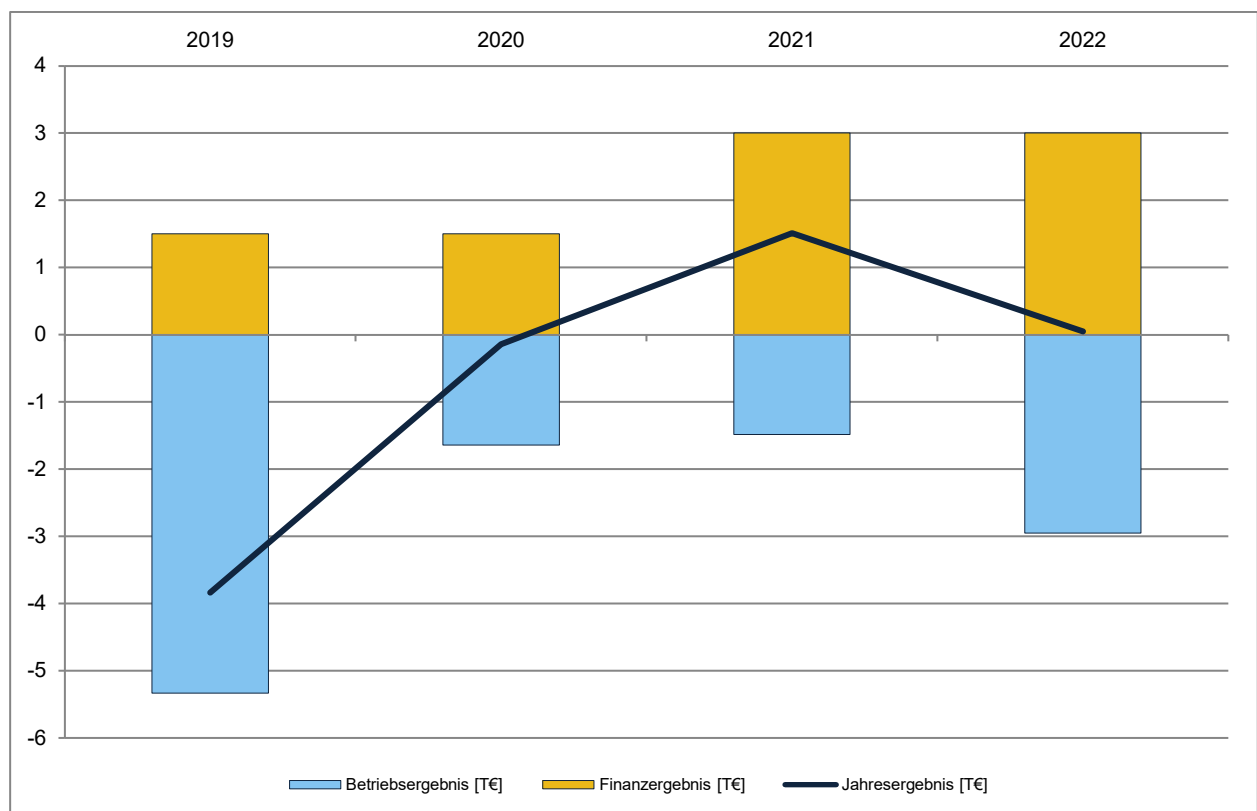
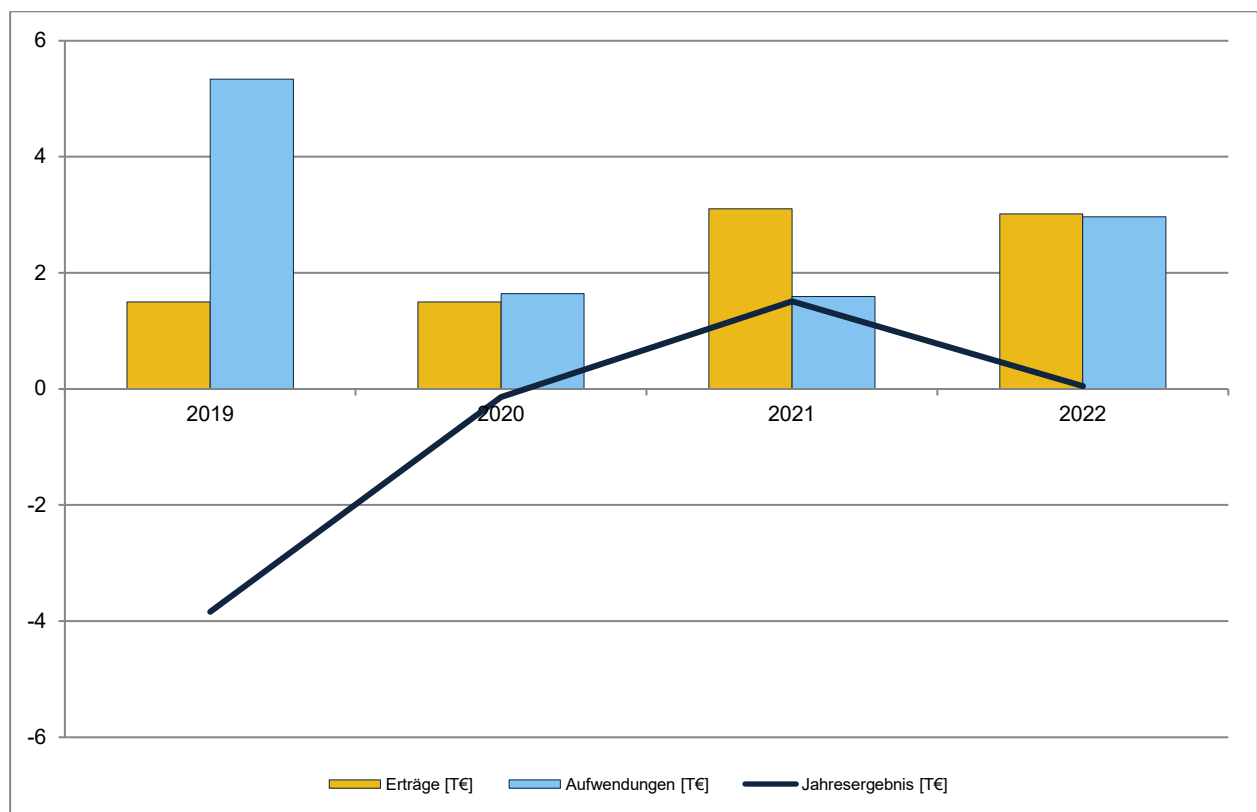
Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	10,93%	10,36%	9,86%	-0,50%
Eigenkapitalrentabilität	6,07%	4,14%	8,23%	4,10%
Anlagendeckungsgrad 2	94,51%	89,34%	85,89%	-3,45%
Verschuldungsgrad	758,72%	805,28%	844,00%	38,72%
Umsatzrentabilität	11,78%	10,68%	13,75%	3,07%

30 Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH

Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: -
Telefax: -
E-Mail: -
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als Kommanditistin an der Innogy indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co.KG.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2021 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
EWV Energie- und Wasserversorgung- GmbH	13,797	55,18
RURENERGIE GmbH	10,220	40,82
Green GmbH	1,022	4,00
Stammkapital	25,039	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen	23.261.780,00 €	22.477.780,00 €	19.145.780,00 €	-3.332.000,00 €	-14,82%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	460.176,50 €	8.088,16 €	8.088,16 €	0,00 €	0,00%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	2.583.581,41 €	1.735.753,78 €	3.743.475,86 €	2.007.722,08 €	115,67%
Summe Aktiva	26.305.537,91 €	24.221.621,94 €	22.897.344,02 €	-1.324.277,92 €	-5,47%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.039,00 €	25.039,00 €	25.039,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	4.884.426,12 €	4.434.426,12 €	4.034.426,12 €	-400.000,00 €	-9,02%
III. Ergebnisvortrag	-543.637,12 €	837,03 €	3.082,32 €	2.245,29 €	268,24%
IV. Jahresergebnis	904.474,15 €	672.245,29 €	857.564,08 €	185.318,79 €	27,57%
C. Rückstellungen	74.373,50 €	105.850,50 €	575.944,50 €	470.094,00 €	444,11%
D. Verbindlichkeiten	20.960.862,26 €	18.983.224,00 €	17.401.288,00 €	-1.581.936,00 €	-8,33%
Summe Passiva	26.305.537,91 €	24.221.621,94 €	22.897.344,02 €	-1.324.277,92 €	-5,47%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	8.087,72 €	8.087,72 €	8.510,90 €	423,18 €	5,23%
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	30.406,02 €	51.693,04 €	60.655,31 €	8.962,27 €	17,34%
Betriebsergebnis	-22.318,30 €	-43.605,32 €	-52.144,41 €	-8.539,09 €	19,58%
3. Erträge aus Beteiligungen	1.549.079,94 €	1.406.449,38 €	1.939.076,35 €	532.626,97 €	37,87%
4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	428.388,18 €	397.963,62 €	367.115,86 €	-30.847,76 €	-7,75%
Finanzergebnis	1.120.691,76 €	1.008.485,76 €	1.571.960,49 €	563.474,73 €	55,87%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	1.098.373,46 €	964.880,44 €	1.519.816,08 €	554.935,64 €	57,51%
5. Steuern vom Einkommen und Ertrag	193.899,31 €	292.635,15 €	662.252,00 €	369.616,85 €	126,31%
Jahresergebnis	904.474,15	672.245,29	857.564,08	185.318,79	27,57%

f) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Gründung und Unternehmensgegenstand der Gesellschaft

Die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH (im Folgenden WEB genannt) mit Sitz in Stolberg und Geschäftsanschrift „Willy-Brandt-Platz 2 in 52222 Stolberg“ wurde mit notariell beurkundetem Gesellschaftsvertrag vom 01.02.2016 errichtet. Unternehmensgegenstand ist „die Beteiligung als Kommanditistin an der RWE indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG (operational company, nachfolgend OpCo genannt, vormals: innogy indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG)“. Das Unternehmen gewährleistet die Beteiligung an der OpCo durch Eigen- und Fremdkapital in Höhe der benötigten anteiligen Investitionsmittel. Das Stammkapital beträgt 25.039,00 Euro und wird gehalten von:

Gesellschafter	Nominalwert der Geschäftsanteile	Anteilsquote
EWV Energie- und Wasser Versorgung GmbH, Stolberg	13.797,00 Euro	55,18 %
RURENERGIE GmbH, Düren	10.220,00 Euro	40,82 %
GREEN Gesellschaft für erneuerbare Energien mbH, Stolberg	1.022,00 Euro	4,00 %

Die WEB entstand als juristische Person mit Handelsregistereintragung am 24.02.2016. Sie ist registriert im Amtsgericht Aachen unter der HRB 20263.

1.2 Historie der Beteiligungsabsicht

RWE Renewables GmbH (bis 01.07.2020: Innogy SE) entwickelte auf dem Gebiet der Stadt Eschweiler einen Windpark mit insgesamt 13 Windenergieanlagen. Zur Umsetzung des Windparks Eschweiler („Projekt“) bestehend aus den Teilprojekten Eschweiler Nord und Eschweiler Fronhoven ("Teilprojekte") sind RWE Renewables GmbH und WEB an der OpCo beteiligt. Die RWE ineländ Windpark Eschweiler Verwaltungs GmbH, Gildehofstr. 1, 45127 Essen, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Essen unter HRB 26292 ist die alleinige persönlich haftende Gesellschafterin der Gesellschaft und an deren Gesellschaftsvermögen nicht beteiligt. RWE Renewables GmbH und WEB sind die einzigen Kommanditisten der Gesellschaft. An dem gesamten Kommanditkapital der Gesellschaft sind RWE Renewables GmbH mit 51 % und WEB mit 49 % beteiligt.

Die GREEN Gesellschaft für erneuerbare Energien mbH, Stolberg, hat rückwirkend zum 1. Januar 2019 Anteile in Höhe von 4 % an der WEB vom Mehrheitsgesellschafter EWW GmbH erworben und wurde damit zum dritten Anteilseigner der Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH. Die notarielle Beurkundung fand am 9. Oktober 2019 statt. Die Handelsregistereintragung ist ebenfalls erfolgt. Somit halten EWW GmbH 55,18 %, RURENERGIE GmbH 40,82 % und GREEN GmbH 4,00 % der Anteile an der Gesellschaft.

Das Projekt unterstützt die Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern, hier insbesondere mit der Stadt Eschweiler sowie RWE Renewables GmbH.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Operative Tätigkeit

Die Gesellschaft beschränkt sich in der operativen Tätigkeit auf die Kommanditstellung an der OpCo, die Unternehmensplanung, die Einforderung und Vereinnahmung der im Rahmen des Gesellschaftsvertrags und der weiteren Gesellschafterbeschlüsse vereinbarten finanziellen Mittel.

Aufgrund dieser Tätigkeit ist die WEB weitgehend unabhängig von gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. Ihre Entwicklung ist vielmehr an die Entwicklung der OpCo und hier vor allem an den Windertrag und den im Rahmen der Direktvermarktung erzielbaren Erlösen gekoppelt.

Die kaufmännische Betriebsführung wird durch die EWW Energie- und Wasser Versorgung GmbH (EWW) geleistet. Der Vertrag umfasst die kaufmännische Verwaltung, dazu gehört insbesondere die Vorlage des Wirtschaftsplans (Finanz-, Investitions- und Ergebnisplanung), des Jahresabschlusses sowie des Reportings an den Kreditgeber Commerzbank AG. Steuer und Gremientätigkeiten runden diesen Tätigkeitsumfang ab.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde in beiden Windparks in Summe 92.882 MWh Strom erzeugt. Die erzeugte Menge des Teils Fronhoven wurde vollständig über das Netz der RWE Power AG in das vorgelagerte Netz

der Westnetz GmbH eingespeist. Die erzeugte Menge des Teils Nord wurde in das Verteilnetz der Regio-
netz GmbH eingespeist.

2.2 Beteiligung am Windpark

RWE Renewables GmbH hält 51 % der Anteile an der OpCo; WEB die übrigen Anteile i.H.v. 49 %. Die EWV, die RURENERGIE und die GREEN GmbH sind damit indirekt mit 26 % (EWV) bzw. 20 % (RURENERGIE) und 3 % (GREEN GmbH) an der OpCo beteiligt. Auf der Ebene der OpCo wurden die Finanzmittel für die Investition i.H.v. rd. 61,3 Mio. zu 100 % als Eigenkapital zur Verfügung gestellt. Die OpCo selbst hat kein Fremdkapital aufgenommen.

Die Einlage der WEB in die OpCo i.H.v. 22,5 Mio. € setzt sich zusammen aus 19,0 Mio. € Fremdkapital und 3,5 Mio. € Eigenkapital.

2.3 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2022 wurden keine weiteren Investitionen vorgenommen. Es fand eine geplante Kapitalrückführung aus der OpCo i.H.v. 3,332 Mio.€ statt.

2.4 Finanzierung

Am 13.07.2017 erfolgte die Unterzeichnung eines Darlehensvertrags über 24,52 Mio. €. Die Darlehenslaufzeit beträgt 17 Jahre mit einer Zinsbindungsfrist von 10 Jahren und einem damit verbundenen Zinssatz i.H.v. 1,95 % p.a. Die Darlehensmittel werden über die Commerzbank AG durch ein Fördermitteldarlehen der KfW (Programm für Investitionskredite) mit quartalsweiser Zins- und Tilgungsleistung bereitgestellt.

Seit dem Jahr 2017 besteht ein Zinsswap zur Absicherung des Zinsniveaus der geplanten Anschlussfinanzierung nach dem Ablauf der aktuellen Zinsbindung am 30. September 2027, Dem Zinsswap liegt ein Grundgeschäft mit vergleichbaren, gegenläufigen Risiken (Mikro Hedge) zugrunde.

2.5 Personalbereich

Die WEB beschäftigt keine Arbeitnehmer. Eine Geschäftsführerin wurde bestellt; sie ist gleichzeitig Prokuristin der Gesellschafterin EWV.

2.6 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 853 T€ ab. Dieser Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus der Gewinnausschüttung der OpCo i.H.v. 1.939 T€ aus dem Jahr 2021. Zu beachten ist, dass OpCo und WEB hinsichtlich der Ausschüttungspraxis nicht phasengleich agieren. Demgegenüber haben sich insbesondere

Zinsaufwendungen i.H.v. 367 T€ sowie Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 663 T€ negativ auf den Jahresüberschuss ausgewirkt.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Durch die mittelbaren Investitionen in erneuerbare Energien werden durch den Windpark 60.925 Tonnen CO2 pro Jahr eingespart.

3. Vermögenslage

	31.12.2022		31.12.2021	
	EURO	%	EURO	%
Aktiva				
Finanzanlagen	19.145.780,00 €	83,61%	22.477.780,00 €	92,80%
Forderungen gg. Ges.	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%
Forderungen gg. Bet.	8.088,16 €	0,04%	8.088,16 €	0,04%
Liquide Mittel	3.743.475,86 €	16,35%	1.735.753,78 €	7,16%
	<u>22.897.344,02 €</u>	<u>100,00%</u>	<u>24.221.621,94 €</u>	<u>100,00%</u>
Passiva				
gezeichnetes Kapital	25.039,00 €	0,11%	25.039,00 €	0,10%
Kapitalrücklage	4.139.926,12 €	18,08%	4.434.426,12 €	18,31%
Gewinn-/Verlustvortrag	3.082,32 €	0,01%	837,03 €	0,00%
Jahresüberschuss	857.564,08 €	3,75%	672.245,29 €	2,78%
Verbindlichkeiten KI	17.401.288,00 €	76,00%	18.983.224,00 €	78,38%
sonst. Verbindlichkeiten	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%
Rückstellungen	575.944,50 €	2,52%	105.850,50 €	0,44%
	<u>22.897.344,02 €</u>	<u>100,00%</u>	<u>24.221.621,94 €</u>	<u>100,00%</u>

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

Im Finanzanlagevermögen i.H.v. 19,1 Mio. € zeigt sich die 49,0 % ige Beteiligung an der RWE indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co.KG.

In den Forderungen gegen das Beteiligungsunternehmen sind Kostenumlagen erfasst.

Die liquiden Mittel i.H.v. 3,74 Mio. € beinhalten Guthaben bei Kreditinstituten, welche aufgrund der Sicherheitenverträge des Kreditvertrags mit der Commerzbank AG in Höhe von 569 TEUR verpfändet sind.

Das gezeichnete Kapital beinhaltet das voll eingezahlte Stammkapital i.H.v. T€ 25.

Die Kapitalrücklage beinhaltet die eingeforderten freiwilligen Zahlungen ins Eigenkapital gemäß Gesellschaftsvertrag und Gesellschafterbeschlüssen i.H.v. gesamt 4,14 Mio. €.

Der Gewinnvortrag aus dem Jahr 2021 beträgt T€ 103.

Ferner zeigt sich im Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss i.H.v. T€ 858.

Schließlich werden Rückstellungen i.H.v. T€ 576 ausgewiesen, diese beinhalten Steuerrückstellungen i.H.v. T€ 569.

4. Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in T€	2022	2021
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.018	-617
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	5.271	2.190
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.244	-2.421
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands 2.009 -848 Finanzmittelfonds am Anfang der Periode 1.735 2.583		
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.744	1.735

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet u.a. den erwirtschafteten Jahresüberschuss i.H.v. T€ 858.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit setzt sich zusammen aus einer Eigenkapitalrückführung i.H.v. T€ 3.332 und der Gewinnausschüttung der OpCo i.H.v. T€ 1.939.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet die Zins- und Tilgungsleistungen i.H.v. T€ 1.949 und die Eigenkapitalrückführung an die Gesellschafter i.H.v. T€ 295.

5. Ertragslage

Im Geschäftsjahr konnten Erträge i.H.v. T€ 1.939 erzielt werden, die aus der Gewinnausschüttung der OpCo aus dem Geschäftsjahr 2021 resultieren. Außerdem sind ertragswirksame Kostenweiterbelastungen in Höhe von T€ 8 erfolgt. Demgegenüber stehen Darlehenszinsen i.H.v. T€ 358 sowie Avalzinsen i.H.v. T€ 8. Ferner wurden Aufwendungen für die kaufmännische Betriebsführung i.H.v. T€ 48 und die Jahresabschlussprüfung i.H.v. T€ 6,4 erfasst.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht geändert.

6. Risikobericht

6.1 Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer kaufmännischen Betriebsführerin, der EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Auf bestehende Risiken wird im Folgenden näher eingegangen.

6.2 Vermögensrisiken

Es besteht das Risiko, dass die in der Beteiligung an der OpCo gebundenen Mittel zum 31.12.2022 i.H.v. 22,5 Mio. € einer Wertminderung in der Zukunft unterliegen. Insbesondere könnten künftig geplante Renditen nicht realisiert werden, sodass die Beteiligung an Wert verliert. Gegenwärtig sind hierfür keine Anzeichen zu erkennen.

6.3 Finanzrisiken

Weitere nach dem Bilanzstichtag durch die OpCo angeforderte finanzielle Mittel liegen nicht vor. Die Gesellschaft ist ausreichend kapitalisiert.

Die notwendige Liquidität wird im Rahmen der kaufmännischen Betriebsführung durch die EWW laufend überwacht.

Die Liquidität und Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Laufe des Geschäftsjahres 2022 gewahrt.

6.4 Gesamtrisiko

Aktuell liegen keine bestandsgefährdeten Risiken vor.

6.5 Chancenbericht

Die Chancen der WEB sind abhängig von den Ergebnissen der RWE indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG und diese Ergebnisse wiederum sind maßgeblich geprägt vom Windaufkommen und den hier zu erwartenden Vergütungen.

7. Ausblick

7.1 Ergebnisentwicklung

Der Deutsche Bundestag hat am 15. Dezember 2022 die Gesetze für die Energiepreisbremsen verabschiedet. Der Bundesrat stimmte den gesetzlichen Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen am 16. Dezember 2022 zu. Die Gesetze sehen auch Regelungen zur Erlösabschöpfung bei Energieerzeugungsunternehmen

vor. Demnach sind gemäß dem Gesetz für die Energiepreisbremsen Strompreisbremsegesetz die Erlöse der Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen auf das EEG-Förderungsniveau zuzüglich einer Sicherheitsmarge von 30 €/MWh sowie 6 % des Mittelwerts des jeweiligen energieträgerspezifischen Monatsmarktwerts begrenzt. Darüberhinausgehende Erlöse werden zu 90 % abgeschöpft. Die gesetzliche Erlösabschöpfung trat rückwirkend zum 1. Dezember 2022 in Kraft und gilt zunächst für eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2023. Eine Verlängerung bis zum 30. April 2024 ist möglich.

Der Wirtschaftsplan 2023 geht von einer positiven Entwicklung aus. Es wird mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 2,2 Mio. € gerechnet. Mittelfristig weist die Wirtschaftsplanung Jahresüberschüsse von rund 4,6 Mio. € p.a. aus.

Zum Zeitpunkt der Lageberichterstellung gehen wir nicht davon aus, dass die Pandemiesituation, die Lage in der Ukraine sowie die Auswirkungen der Erlösabschöpfung i.V.m. dem Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse (StromPBG) die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen werden. Gesicherte Aussagen hinsichtlich möglicher Auswirkungen des Klimawandels und den damit verbundenen Veränderungen der Windrichtungen und Windintensitäten liegen nicht vor. Insofern hält die Gesellschaft unverändert an ihren Ertragsprämissen fest.

7.2 Investitionen

Weitere Investitionen sind bei der OpCo bzw. der WEB nicht geplant. Geplant sind weitere, turnusmäßige Eigenkapitalrückführungen.

7.3 Volks- und marktwirtschaftlicher Ausblick

Nach ersten Prognosen wird erwartet, dass die globale Wirtschaftsleistung 2023 voraussichtlich um rund 2 % steigen wird. Das Bruttoinlandsprodukt des Euro-Raums soll sich in diesem Jahr nur um 0,3 % erhöhen. Noch etwas schlechter scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: der Sachverständigenrat hält 2023 eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung für möglich. Negative Auswirkungen werden insbesondere von den hohen Energiepreisen erwartet, die zu sinkendem privatem Konsum und fallenden Investitionen führen dürften.

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2022 über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Falle eines Jahres 2023 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage steigen. Der konjunkturabhängige Teil der Energienachfrage wird aufgrund der schrumpfenden Wirtschaftswachstumsaussichten das Vorjahresniveau wahrscheinlich unterschreiten. Zudem werden voraussichtlich wieder dämpfende Einflüsse eines immer effizienteren Energieeinsatzes die Gas- und Stromnachfrage reduzieren.

Im Strommarkt notieren die Base-Forwardkontrakte 2023 mit durchschnittlich knapp 194 €/MWh ca. 18 % unter den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2022, während die Peak-Forwardkontrakte mit rund 234 €/MWh ca. 2 % unter dem durchschnittlichen Peakpreis des vergangenen Jahres liegen.

8 Öffentliche Zweckerfüllung

Öffentliche Aufgabe der WEB ist die Förderung der Ökologie und Nachhaltigkeit in der Region, welche durch die Beteiligung an der OpCo mittelbar auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien (Windkraftanlagen) erbracht wird.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Patelczyk, Claudia	EWV	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 5111 € eines Geschäftsanteils

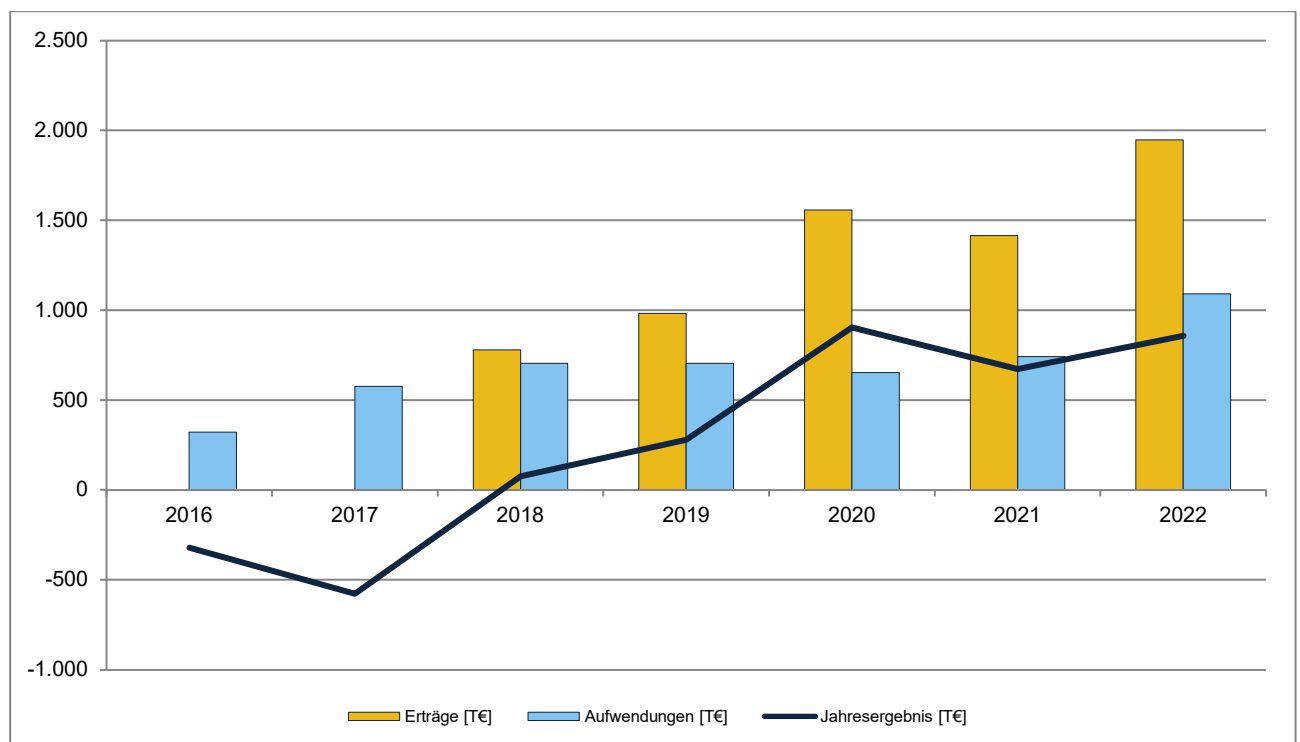
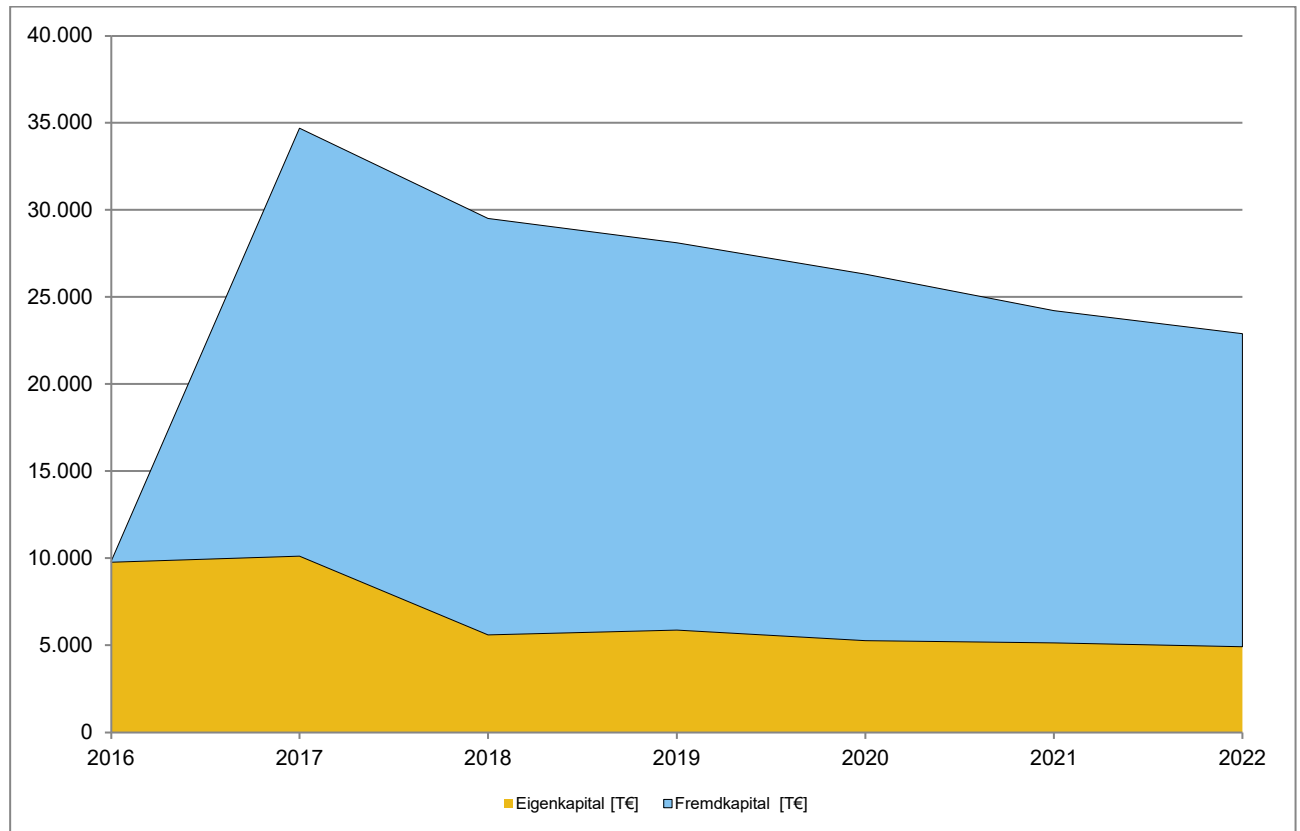
Vertreter des Kreises Düren

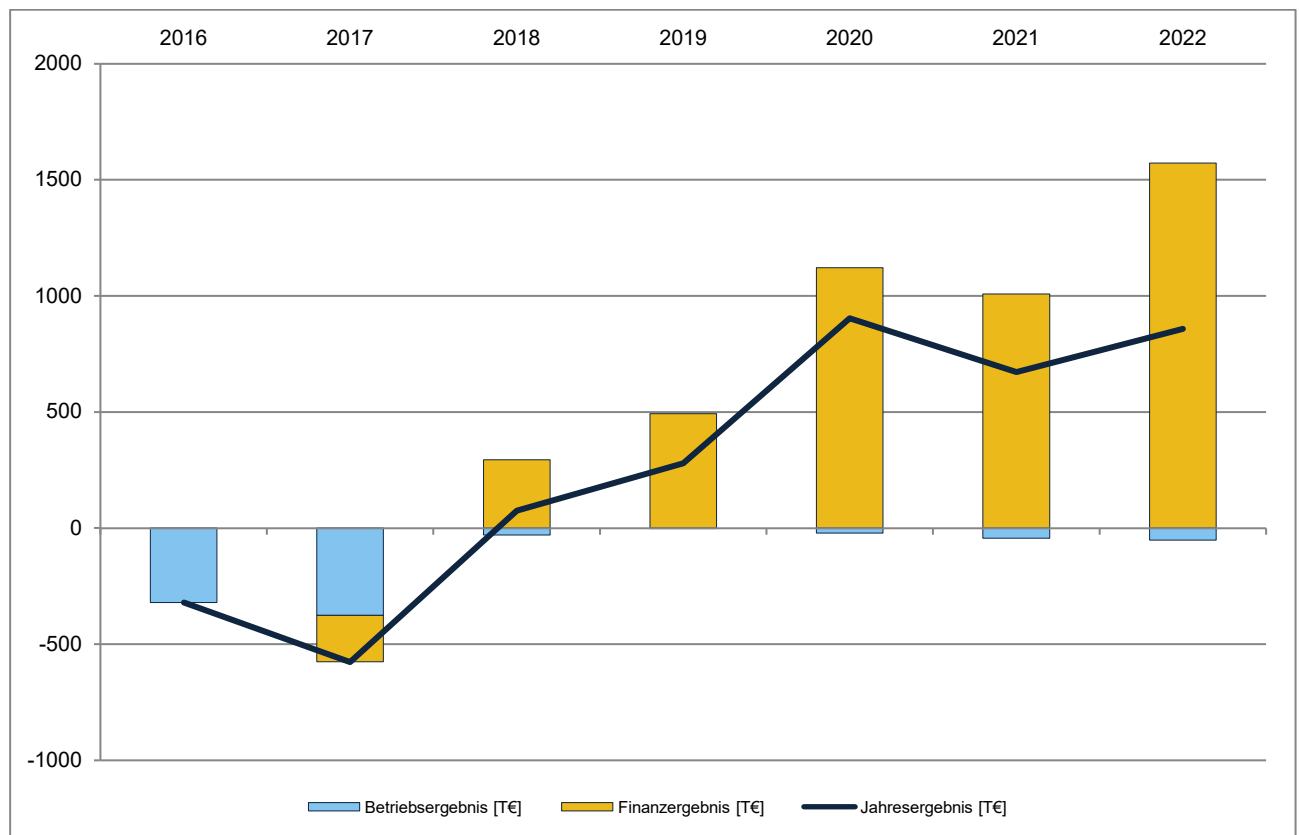
Gesellschafterversammlung:	Zerres, Thomas	RURENERGIE	Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine eigenen Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2019	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	20,86%	20,03%	21,19%	16,04%	-5,15%
Eigenkapitalrentabilität	4,75%	17,16%	13,10%	-87,24%	-100,33%
Anlagendeckungsrad 2	106,87%	104,26%	100,25%	6,38%	-93,87%
Verschuldungsgrad	379,30%	399,13%	371,92%	523,38%	151,46%
Umsatzrentabilität	keine Umsatzerlöse				

Konzernübersicht Kreis Düren

Stand: 31.12.2022

Kreis Düren

